

Complex

# EUROPA-ARCHIV

*Herausgegeben von Wilhelm Cornides*

*in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft*

9/I

NEUNTES JAHR

JANUAR - JUNI 1954

---

INSTITUT FÜR EUROPÄISCHE POLITIK UND WIRTSCHAFT  
FRANKFURT AM MAIN

## Inhalt

Verzeichnis der Beiträge und Dokumente . . . . .	3*
Sachverzeichnis . . . . .	6*
Personenverzeichnis . . . . .	17*

## Erläuterungen

Im Sachverzeichnis sind die Seitenzahlen des zu einem Stichwort gehörenden Hauptbeitrages durch fetteren Druck hervorgehoben; ein Stern vor der Seitenzahl verweist auf Notizen in der Zeittafel.

---

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co.) in Verbindung mit dem  
Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Anschrift der Schriftleitung: Frankfurt am Main, Myliusstraße 20,  
Telefon 7 80 21.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferung-  
abteilung Europa-Archiv, Frankfurt am Main, Myliusstr. 20,  
Telefon 7 33 47.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH., Frank-  
furt am Main, Große Eschenheimer Straße 16—18.



# Verzeichnis der Beiträge und Dokumente

## Verzeichnis der Beiträge

Aufgaben und Funktionen der wissenschaftlichen Institute auf den Gebieten des Völkerrechts, der Zeitgeschichte, der Wissenschaft von der Politik und der internationalen Beziehungen. Von Prof. Dr. Eberhard Menzel . . . . .	6249
Die soziale Arbeit des Europarates. Von Hans Pfeffermann . . . . .	6255
Supranationaler Rechtsschutz. Sein Umfang und seine Organisation innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Von Dr. Franz Bretnner . . . . .	6263
Atlantikpakt und Europäische Verteidigungsgemeinschaft auf der 12. Tagung des Nordatlantikrates in Paris vom 14. bis 16. Dezember 1953. Von Hermann Volle . . . . .	6285
Politik des Reisens? Eine Untersuchung über die Bedeutung von Auslandsreisen für die Schaffung eines Europabewußtseins	
I. Teil: Europareisen und Europabewußtsein in der Neuzeit. Von Prof. Dr. Wilhelm Treue . . . . .	6295
II. Teil: „Austausch“ und Europabewußtsein . . . . .	6461
Die britischen Gewerkschaften als politische Organisationen. Von Heinrich Klebes . . . . .	6303
Die Umstellung der NATO auf eine Politik der „Langen Sicht“. Von Hermann Volle . . . . .	6321
Die Grundlagen der europäischen Landwirtschaft. Eine Bestandsaufnahme. Von Dr. Fritz Below.	
1. Teil . . . . .	6329
2. Teil . . . . .	6361
Oeffentliche Meinung und auswärtige Politik. Von George F. Kennan . . . . .	6353
Die Veränderungen der deutschen Bevölkerungsstruktur von 1939 bis 1953 . . . . .	6385
Wissenschaftspolitik in den Volksdemokratien. Die Prager Akademie der Wissenschaften als Beispiel wissenschaftlicher Gleichschaltung nach sowjetischem Muster. Von Dr. Helmut Slapnicka . . . . .	6393
Die Auslandhilfegesetzgebung des amerikanischen Kongresses und die europäische Integration. Von Hans-Jürgen Stieringer . . . . .	6421
Der Handel zwischen Asien und Europa. Bericht über eine Untersuchung der Vereinten Nationen. Von Hermann R. Habicht . . . . .	6429
Sechs Jahre Benelux. Von Dr. Heinz Umrath . . . . .	6453
Das Problem der europäischen Sicherheit auf der Berliner Viermächtekonferenz 1954	
I. Teil: Entwicklungsstadien des europäischen Sicherheitsproblems 1943 bis 1953. Von Wilhelm Cornides . . . . .	6489
II. Teil: Die Verhandlungen über das Sicherheitsproblem auf der Berliner Konferenz von 1954. Von Walter Bödigher . . . . .	6496
Die Oesterreichverhandlungen auf der Berliner Konferenz von 1954. Eine Uebersicht. Von Hermann Volle und Ernst Wallrapp . . . . .	6514

Menschenrechtsschutz und Europäische Integration. Gedanken zur Frage der Menschenrechtsbeschwerde und der Menschenrechtsklage vor europäischen Institutionen internationaler oder supranationaler Prägung. Von Dr. Franz Bretnner . . . . .	6559
Europas Flüchtlings- und Bevölkerungsprobleme in der Sicht des Europarats. Von Per Fischer . . . . .	6569
Die Diskussion über die gegenwärtige Rechtsstellung des Saarlandes. Von Prof. Dr. Eberhard Menzel . . . . .	6599
Neue Aufgaben für die Völkerrechtswissenschaft. Von Georg Schwarzenberger, Ph. D., Dr. iur . . . . .	6635
Die Eisen- und Stahlindustrie in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Von Dipl.-Ing. Rolf H. Middendorf . . . . .	6639
Bemühungen um einen gemeinsamen nordischen Markt. Von Lars Frisk . . . . .	6649

## Verzeichnis der Dokumente (nach der Zeitfolge)

Dokumente zur Gründung der Europäischen Organisation für Kernforschung am 1. Juli 1953	
Schlußakte der Gründungskonferenz . . . . .	6399
Abkommen . . . . .	6400
Finanzprotokoll . . . . .	6404
Kommuniqué über die amerikanisch-japanischen Besprechungen in Washington betr. die Aufstellung japanischer Streitkräfte vom 30. Oktober 1953 . . . . .	6347
Dokumente zur Frage der europäischen Sicherheit	
Note der polnischen Regierung an die Regierungen Frankreichs, Belgiens, Dänemarks, Luxemburgs, der Niederlande und Norwegens zur deutschen Frage vom 19. November 1953 . . . . .	6273
Note der Sowjetregierung an die Westmächte mit neuen Vorschlägen zum europäischen Sicherheitsproblem vom 31. März 1954 . . . . .	6532
Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vom 13. April 1954 . . . . .	6578
Erklärung über die militärische Assoziierung der Streitkräfte des Vereinigten Königreiches und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vom 13. April 1954 . . . . .	6579
Erklärung der britischen Regierung zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vom 13. April 1954 . . . . .	6581
Botschaft Präsident Eisenhowers an die Regierungschefs der sechs EVG-Staaten vom 16. April 1954 . . . . .	6582
Erklärungen Staatspräsident Titos zum Balkanpakt und zur EVG vom 22. April 1954 . . . . .	6583
Note der Westmächte an die Sowjetunion vom 8. Mai 1954 in Beantwortung der sowjetischen Vorschläge vom 31. März . . . . .	6618
Entschließung der Ministerstellvertreter des Europarates zur Uebernahme des Patronats über die Insel Ithaka auf ihrer Tagung vom 7. bis 9. Dezember 1953 . . . . .	6316



Dokumente zur Frage der internationalen Atomkontrolle		
Rede Präsident Eisenhower vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 8. Dezember 1953	6275	
Erklärung der Sowjetregierung vom 21. Dezember 1953	6406	
Entschließung des Deutschen Bundestages für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vom 10. Dezember 1953	6273	
Ergebnisse der 13. Sitzung des Ministerkomitees des Europarats in Paris am 11. und 12. Dezember 1953		
Entschließung zur Politik des Europarats	6316	
Entschließung zur Saarfrage	6317	
Entschließung über die Ernennung von Pierre Schneider zum Sonderbeauftragten für Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse in Europa	6319	
Entschließung über Ernennungen und Beförderungen von Beamten des Europarats	6320	
Kommuniqué über die Saarbesprechungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Außenminister Bidault vom 12. Dezember 1953	6281	
Schlußkommuniqué der 12. Tagung des Nordatlantikrates in Paris vom 16. Dezember 1953	6309	
Entschließung des Exekutivkomitees der Liberalen Weltunion zur europäischen Integration auf der Tagung in Paris vom 7. bis 9. Januar 1954	6348	
Kommuniqué der deutsch-französischen Konferenz von Zeitungverlegern und Journalisten in Straßburg vom 12. Januar 1954	6384	
Kommuniqué der Arbeitsgruppe des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung nach der Sitzung vom 15. Januar 1954 über die weitere Arbeit am Verfassungsentwurf	6348	
Kommuniqué der Konferenz der Finanzminister des Commonwealth in Sydney vom 15. Januar 1954	6477	
Resolution der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, betreffend die Beziehungen mit der Beratenden Versammlung des Europarates, vom 16. Januar 1954	6381	
Dokumente zur Berliner Viermächtekonferenz vom 25. Januar bis 18. Februar 1954		
Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 16. Dezember 1953	6308	
Note der Westmächte an die Sowjetunion vom 1. Januar 1954	6309	
Note der Sowjetunion an die Westmächte vom 4. Januar 1954	6309	
Resolution der Union Europäischer Föderalisten zur Berliner Viermächtekonferenz vom 16. Januar 1954	6343	
Rundfunkansprache des Präsidenten der Beratenden Versammlung des Europarats, François de Menthon, zur Berliner Viermächtekonferenz vom 19. Januar 1954	6343	
Dokumente der Berliner Viermächtekonferenz vom 25. Januar bis 18. Februar 1954		
Vorschlag Edens für die Wiedervereinigung Deutschlands vom 29. Januar 1954	6525	
Vorschlag Molotows über die Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland vom 1. Februar 1954	6526	
Entwurf der Sowjetregierung für den Friedensvertrag mit Deutschland vom 1. Februar 1954	6526	
Vorschlag Molotows für die Bildung einer gesamtdeutschen provisorischen Regierung vom 4. Februar 1954	6528	
Vorschlag Molotows für die Erleichterung der mit den Kriegsfolgen zusammenhängenden finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands vom 6. Februar 1954	6528	
Vorschlag Molotows über die Gewährleistung der Sicherheit in Europa vom 10. Februar 1954	6529	
Entwurf der Sowjetregierung für einen gesamt-europäischen Vertrag über die kollektive Sicherheit in Europa vom 10. Februar 1954	6529	
Zusatzentwurf Molotows zu Artikel 4 bis des österreichischen Staatsvertrages vom 14. Februar 1954	6520	
Vorschlag Molotows für die Neufassung des Artikels 33 des österreichischen Staatsvertrages vom 14. Februar 1954	6520	
Erneuter Vorschlag Molotows zur Neufassung des Artikels 33, Punkt 5, vom 16. Februar 1954	6521	
Die Konzeption der Westmächte für die Sicherheit in Europa (Auszug aus der Rede des französischen Außenministers Bidault vom 15. Februar 1954)	6530	
Vorschläge Molotows zur Regelung innerdeutscher Fragen vom 17. Februar 1954	6531	
Schlußkommuniqué der vier Außenminister vom 18. Februar 1954	6397	
Erklärung der Außenminister der drei Westmächte vom 19. Februar 1954	6398	
Erklärung der deutschen Bundesregierung zur Berliner Konferenz vom 19. Februar 1954	6398	
Stellungnahme der „Prawda“ zur Berliner Konferenz vom 20. Februar 1954	6439	
Rede Bundeskanzler Adenauers über die Ergebnisse der Berliner Konferenz in Berlin am 23. Februar 1954	6435	
Entschließung des Deutschen Bundestages zur Berliner Konferenz vom 25. Februar 1954	6398	
Dokumente der Zweiten Wirtschaftskonferenz der Europäischen Bewegung in Westminster vom 29. Januar bis 1. Februar 1954		
Allgemeine Entschließung	6469	
Besondere Entschließung zur Assoziation des Vereinigten Königreichs mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl	6473	
Plan für europäische Zusammenarbeit, Denkschrift der Europäischen Liga für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, vorgelegt von M. Giscard d'Estaing	6473	
Zusammenfassung der wesentlichen Punkte des Straßburg-Plans	6474	
Bericht über die Tagung zum Studium der Wirtschaftsprobleme Griechenlands in Brüssel am 3. und 4. Dezember 1953	6476	
Arbeitsthesen der Deutschen Sektion der MSEUE zur europäischen Integration vom 14. Februar 1954 (Auszug)	6442	
Absatz über die EVG aus der Resolution der Konferenz der europäischen Sozialisten in Brüssel vom 27. bis 28. Februar 1954 (Auszug)	6442	
Kommuniqué des Unterausschusses des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten des Europarates über das Problem der politischen Parteien an der Saar vom 20. März 1954	6554	
Dokumente zur Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik		
Erklärung der Sowjetregierung vom 25. März 1954	6534	



Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 27. März 1954 . . . . .	6535	Empfehlung Nr. 61 an das Ministerkomitee zum Entwicklungsprogramm des Straßburger Plans . . . . .	6683
Regierungserklärung Bundeskanzler Adenauers vor dem Deutschen Bundestag vom 7. April 1954 . . . . .	6536	Direktive Nr. 56 an den Ausschuß für Wirtschaftsfragen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Südeuropas . . . . .	6683
Erklärung der Alliierten Hohen Kommission vom 8. April 1954 . . . . .	6537	Empfehlung Nr. 59 an das Ministerkomitee zur Vereinfachung der Grenzformalitäten für Privatkraftwagen . . . . .	6685
Ergebnisse der 13. Tagung des Atlantikrates in Paris am 23. April 1954 . . . . .	6617	Empfehlung Nr. 60 an das Ministerkomitee über die Schaffung eines europäischen Kulturfonds für Exilierte . . . . .	6692
Schlußkommuniké . . . . .	6617	Entschließung Nr. 47 über die unterdrückten europäischen Nationen . . . . .	6693
Entschließung der Europäischen Parlamentarier-Konferenz vom 24. April 1954 über die europäische Integration . . . . .	6592	Direktive Nr. 54 an das Präsidium (Voranschlag des Haushalts für das Rechnungsjahr 1955) . . . . .	6694
Empfehlung (Entwurf) des Allgemeinen Ausschusses der Beratenden Versammlung des Europarates über den Europäischen Status des Saarlandes vom 26. April 1954 . . . . .	6592	Direktive Nr. 55 betr. Gesuche um beratenden Status von nicht von den Regierungen getragenen internationalen Organisationen (Non Governmental Organizations) . . . . .	6694
Sachverständigen-Bericht der OEEC zur Lage der europäischen Wirtschaft vom 26. April 1954 . . . . .	6619	Ergebnisse der Tagung des Zentralkomitees der Union Europäischer Föderalisten in Straßburg am 24. und 25. Mai 1954 . . . . .	
Entschließung des Deutschen Bundestages zur Europa-Politik und zur Saarfrage vom 30. April 1954 . . . . .	6628	Entschließung zur Europäischen Politischen Gemeinschaft (Auszug) . . . . .	6658
Deklaration des Interimsausschusses der EVG zur Wahl der parlamentarischen Versammlung vom 4. Mai 1954 . . . . .	6658	Entschließung zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft . . . . .	6658
	Anm.	Entschließung zum Saarproblem . . . . .	6659
Dokumente zur sowjetisch-österreichischen Kontroverse über angebliche Anschlußbestrebungen Verbalnote des sowjetischen Hohen Kommissars, Iljitschow, an die österreichische Regierung vom 17. Mai 1954 . . . . .	6654	Entschließung des 5. Parteitages der CDU zur Außenpolitik der Bundesrepublik vom 30. Mai 1954 (Auszug) . . . . .	6660
Antwort Bundeskanzler Raabs vom 17. Mai 1954 (Auszug) . . . . .	6655		
Regierungserklärung Bundeskanzler Raabs vom 19. Mai 1954 (Auszug) . . . . .	6655	<b>Aus dem Zeitgeschehen</b>	
Resolution des österreichischen Nationalrats vom 19. Mai 1954 . . . . .	6655	<i>Informationen und Berichte</i>	
Dokumente der vierzehnten Sitzung des Ministerkomitees des Europarats in Straßburg vom 18. bis 20. Mai 1954 . . . . .		Die politische Integration Europas. Sitzung der Arbeitsgruppe des Verfassungsausschusses . . . . .	6348
Auszüge aus der Sonderbotschaft (enthaltend den Entwurf eines Aktionsprogramms) an die Beratende Versammlung vom 18. Mai 1954 . . . . .		Die Liberale Weltunion zur internationalen Lage . . . . .	6318
zu den Aufgaben der Versammlung und des Ministerkomitees . . . . .	6667	Die amerikanische Politik in der Frage des Ost-West-Handels . . . . .	6348
zur Rolle der Versammlung auf wirtschaftlichem Gebiet . . . . .	6679	Der Verlauf der Berliner Viermächtekonferenz . . . . .	
Zusatz betr. die Lösung der Saarfrage vom 19. Mai 1954 . . . . .	6673	1. Verhandlungswoche vom 25. bis 30. Januar 1954 . . . . .	6372
Entschließung über die Wahl der Mitglieder der Kommission der Menschenrechte . . . . .	6684	2. Verhandlungswoche vom 1. bis 6. Februar 1954 . . . . .	6409
Entschließung über die multilaterale kulturelle Zusammenarbeit . . . . .	6689	3. Verhandlungswoche vom 8. bis 14. Februar 1954 . . . . .	6410
Dokumente der Sechsten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarats, 1. Teil, vom 20. bis 29. Mai 1954 . . . . .		4. Verhandlungswoche vom 15. bis 18. Februar 1954 . . . . .	6412
Entschließung Nr. 46 zur Saarfrage . . . . .	6674	Die Wirtschaftslage der OEEC-Länder . . . . .	6373
Empfehlung Nr. 58 an das Ministerkomitee über Konsultationen zwischen den europäischen Delegationen bei internationalen Organisationen . . . . .	6677	Das 1. Jahresprogramm des Europäischen Produktivitätsamtes . . . . .	6414
Entschließung Nr. 45 zur gleichen Frage . . . . .	6677	Hauptversammlung des Rates der Europäischen Handelsföderationen . . . . .	6414
Stellungnahme zum 2. Gesamtbericht der Hohen Behörde der EGKS . . . . .	6680	Stellungnahme der europäischen Sozialisten zur Berliner Konferenz und zur europäischen Integration . . . . .	6442
Erklärung zur Annahme des 6. Berichtes der OEEC . . . . .	6682	Die Arbeiten des Interimsausschusses der Konferenz der europäischen Landwirtschaftsminister . . . . .	6443
Direktive Nr. 55 an den Ausschuß für Wirtschaftsfragen zum Ost-West-Handel . . . . .	6682	Der 5. Jahresbericht der OEEC . . . . .	6443
		Die Reparationsleistungen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands . . . . .	6481
		Ein Jahr Gemeinsamer Markt der Montanunion . . . . .	6538
		Die Ergebnisse der Beratungen über den Ost-West-Handel in Genf . . . . .	6585
		Die Gläubigerstellung der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der EZU . . . . .	6585
		Fünfter ordentlicher Bundesparteitag der FDP . . . . .	6586
		Der Verlauf der Genfer Ostasienkonferenz . . . . .	
		26. April bis 15. Mai 1954 . . . . .	6621
		16. bis 31. Mai 1954 . . . . .	6653
		Die Tagung des Ministerrates der OEEC und die deutsch-britischen Währungsbesprechungen im Mai 1954 . . . . .	6624
		Außenpolitische Debatte des Deutschen Bundestages vom 29. April 1954 . . . . .	6626



Der Parteitag des Gesamtdeutschen Blocks/BHE . . . . .	6628	Zeittafel vom 16. bis 31. März 1954 . . . . .	6543
Sowjetisch-österreichische Kontroverse über angebliche „Anschlußbestrebungen“ . . . . .	6654	Zeittafel vom 1. bis 15. April 1954 . . . . .	6547
Die Straßburger Saar-Gespräche vom 18. bis 20. Mai 1954 . . . . .	6655	Zeittafel vom 16. bis 30. April 1954 . . . . .	6587
Tagung des Zentralkomitees der UEF am 24. und 25. Mai 1954 . . . . .	6657	Zeittafel vom 1. bis 15. Mai 1954 . . . . .	6629
Der Zweite Nationalkongreß der Nationalen Front in Berlin . . . . .	6659	Zeittafel vom 16. bis 31. Mai 1954 . . . . .	6661
Der 5. Bundesparteitag der CDU . . . . .	6660		
Die 17. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (ECOSOC) . . . . .	6660	<b>Mitteilungen des Europarats</b>	
<b>Zeittafeln</b>		13. Sitzung des Ministerkomitees . . . . .	6315
Zeittafel vom 1. bis 15. Dezember 1953 . . . . .	6279	14. Sitzung des Ministerkomitees . . . . .	6667
Zeittafel vom 16. bis 31. Dezember 1953 . . . . .	6311	6. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (1. Teil) . . . . .	6667
Zeittafel vom 1. bis 15. Januar 1954 . . . . .	6349	Gemeinsame Sitzung der Beratenden Versammlung und der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl . . . . .	6669
Zeittafel vom 16. bis 31. Januar 1954 . . . . .	6375	Die Tätigkeit des Europarats im Dezember 1953 . . . . .	6315
Zeittafel vom 1. bis 15. Februar 1954 . . . . .	6415	Die Tätigkeit des Europarats im Januar 1954 . . . . .	6381
Zeittafel vom 16. bis 28. Februar 1954 . . . . .	6444	Die Tätigkeit des Europarats im Februar 1954 . . . . .	6449
Zeittafel vom 1. bis 15. März 1954 . . . . .	6483	Die Tätigkeit des Europarats im März 1954 . . . . .	6553
		Die Tätigkeit des Europarats im April 1954 . . . . .	6591
		Die Tätigkeit des Europarats im Mai 1954 . . . . .	6667

## Sachverzeichnis

### Abkommen

Balkan \*6376, 6583, \*6663  
 Frankreich-Saarland 6345, 6600ff.  
 Pakistan-Türkei, Verteidigungsabkommen, 2. April 1954: \*6447, \*6545f., \*6549f., \*6631  
 Pakistan-USA, Verteidigungshilfsabkommen, 19. Mai 1954: \*6448, \*6664  
 —von Potsdam, 17. Juli 1945: 6274f.  
 —von Rio (amerikanische Staaten), 30. August 1947: 6498f.  
 Skandinavien, Konvention über einen gemeinsamen nordeuropäischen Arbeitsmarkt, 22. Mai 1954: 6649  
**Abrüstung**  
 6275, 6277, \*6313, 6372f., 6397, 6437, 6439f., 6490, 6503, 6532, \*6544, \*6550, \*6590, 6618f., \*6631f.  
**Ägypten**  
 und Arabische Liga \*6351  
 und Großbritannien \*6351  
 und Irak \*6546  
 und Israel \*6378, \*6418  
 Mohammedanische Bruderschaft \*6351  
 Parteien \*6546  
 Regierungswechsel \*6589  
 und Suezkanal \*6351, \*6378, \*6546  
 und Türkei \*6351, \*6546  
 und türkisch-pakistanischer Militärpakt \*6546  
 Unruhen \*6546  
 vorübergehende Absetzung des Staatspräsidenten \*6447, \*6486  
**Afrika**  
 Westafrikanische Verteidigungskonferenz \*6546  
**Albanien**  
 und Jugoslawien (diplomatische Beziehungen) \*6312, \*6543

### Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen

s. Vereinte Nationen  
**Amerika**  
 Interamerikanische Konferenz (Caracas) \*6486, \*6546  
 interamerikanische Sicherheitsverträge \*6486  
 Kommunisten \*6486, \*6546  
 Vertrag von Rio 6498f.  
**Anglo-Ägyptischer Sudan**  
 \*6351, \*6486  
**Arabische Liga**  
 und Ägypten \*6351  
 und Irak \*6351  
 und Israel \*6378, \*6631  
 und Marokko \*6378  
 und Oesterreich \*6378  
 und Spanien \*6378  
 Tagung des Rates \*6351  
**Arbeits- und Sozialpolitik**  
 Arbeitsmarkt 6260, 6433, 6443, 6461, 6556, 6649  
 —, gemeinsamer nordischer \*6661  
 Europa 6260, 6330, 6338, 6461  
 Europarat 6255ff., 6317, 6451, 6555, 6669, 6680f., 6687  
 Internationale Arbeitskonferenz 6255  
 Internationales Arbeitsamt 6255f., 6259, 6555  
 Jugend 6574, \*6587, \*6661  
 Sowjetzonenflüchtlinge \*6280, 6319, 6390  
 Soziale Sicherheit 6255ff., 6260, 6317, 6469f., 6555, 6681, 6687ff.  
 Vereinte Nationen 6660  
 Vollbeschäftigung 6374, \*6377, 6470  
 Wanderarbeiter 6255, 6258, 6681  
 Westunion 6256f.

### Zentralstelle für Soziales Urkundenmaterial 6687

### Zwangsarbeit 6660

### Asien

Handel 6429ff.  
 Kapitalmarkt 6434  
 Lebensstandard 6430, 6434  
**Atlantikpakt (NATO)**  
 6494f., 6504ff., 6638  
**Atlantikrat**  
 Jahresbericht 1953: 6310  
 12. Tagung, 14. bis 16. Dezember 1953: 6285ff., 6309f., 6321ff.  
 13. Tagung, 23. April 1954: \*6587, 6617  
 Atomwaffen 6310, 6322, 6326  
 und Belgien \*6629  
 Bevölkerungsschutz 6328  
 und britisch-sowjetischer Beistandspakt 6506  
 und Bundesrepublik Deutschland 6288f., 6291f., 6310, 6327, \*6416  
 und Deutsche Demokratische Republik 6617  
 und Europarat 6676, 6678  
 und EVG 6285ff., 6310, 6316, 6583, \*6587, 6617  
 und Frankreich 6291, \*6376  
 und französisch-sowjetischer Beistandspakt 6506  
 und Genfer Fünfmächte-Konferenz 6617  
 und Griechenland \*6376  
 und Großbritannien \*6549, 6579f., 6581  
 Infrastrukturprogramm 6310, 6327  
 und Italien \*6377, \*6477  
 und Kanada \*6417  
 Kommando-Organisation \*6349, \*6444, \*6483, \*6629  
 und Marshallplan 6426



und Norwegen \*6377  
politische Konsultationen 6617  
Programm 6321ff.  
und Sowjetunion 6321, 6341, 6411f.,  
6436, 6508ff., 6534  
Standardisierung der Waffen 6328  
Streitkräfte 6309f., 6323, 6326  
Stützpunkte 6274  
und Türkei \*6351  
und USA 6324, \*6550  
Verteidigungsausgaben der Länder  
6326  
**Atomenergie**  
und Atlantikpakt 6310, 6322, 6326  
Europäische Organisation für Kern-  
forschung 6399ff., 6598  
und Großbritannien \*6417, \*6446,  
\*6489, \*6549  
Konferenz der Atomwissenschaftler  
6659  
Kontrolle der — 6275, 6309, \*6312f.,  
6373, 6406ff., 6412, 6490, 6503,  
6532, \*6547ff., \*6550, 6618f., 6622,  
6638  
— in der Landwirtschaft 6278  
— in der Medizin 6278  
und Sowjetunion \*6313, 6406ff.,  
6440, \*6664  
und USA 6276ff., \*6281, \*6313, 6324,  
\*6352, \*6378, 6406, \*6447, 6474,  
\*6545ff.  
und Vereinte Nationen 6278  
**Auslandhilfe, amerikanische**  
s. Foreign Operations Administration  
(FOA)  
**Australien**  
und Sowjetunion (diplomatische Be-  
ziehungen) \*6590  
Thronrede Königin Elisabeths II.  
\*6418  
Wahlen (Parlament) \*6664  
**Balkanpakt** \*6376, 6583, \*6663  
**Belgien**  
Arbeitsmarkt 6574  
Bevölkerungsfragen 6574  
und Deutschland  
(Wiedervereinigung) \*6415  
Eisenerz 6540  
und Europäische Zahlungsunion  
\*6415  
und Europäischer Wirtschaftsrat 6455  
und EVG \*6415, \*6483, 6508, 6557  
Gewerkschaften 6458f.  
Handel 6431, 6456f.  
Kohle 6539, 6669  
Landwirtschaft 6333f., 6336ff., 6361,  
6364f., 6443, 6457f., 6557  
Lebensstandard 6458f.  
Liga für die Verteidigung der Men-  
schenrechte 6694  
und Luxemburg (Wirtschaftsunion)  
6453  
und Marshallplan 6455  
und Montanunion (Klage) 6539  
Regierungserklärung \*6629  
Regierungswechsel \*6587, 6598  
Schrott 6540  
Stahl 6540  
Steuern 6454  
Verfassung \*6483

Verteidigung 6326, \*6629  
Wahlen \*6483, \*6547, 6598  
Wirtschaft 6453ff.  
Zölle 6457  
**Benelux-Staaten 6453ff.**  
Agrarpolitik 6457  
und allgemeines Zoll- und Handels-  
abkommen 6460  
und Europäische Politische Gemein-  
schaft 6554  
und Europäischer Wirtschaftsrat 6374  
Handel \*6281, \*6415, 6450, 6453ff.  
Kapitalmarkt 6450, 6554  
Landwirtschaft 6457  
Lebensstandard 6458  
Ministerkonferenzen \*6281, \*6415,  
\*6543  
Wirtschaftslage 6374, 6453ff.  
Zölle 6453, 6455  
**Berlin (West)**  
und Bundesrepublik Deutschland  
\*6279, 6439, \*6445  
Parteien  
Sozialdemokraten \*6280  
Regierungserklärung \*6279  
Steuern 6439  
**Bevölkerungsfragen**  
Auswanderung 6318, 6328, 6374, 6476,  
6570, 6572f., 6691  
Bevölkerungsdichte 6337 Anm. 3  
Europa 6330, 6338f., 6476, 6569f.,  
6691  
Europäisches Demographisches Insti-  
tut 6573, 6690  
Europarat 6319, 6569 f., 6691  
Ueberbevölkerung 6318, 6571  
**Bevölkerungsschutz**  
und Atlantikpakt 6328  
Bundesrepublik Deutschland 6328,  
\*6446  
Genfer Konvention zum Schutze der  
Zivilbevölkerung 6259  
Kinderschutz im Kriegsfall 6259  
**Brüsseler Pakt**  
s. Westunion  
**Bulgarien**  
und europäischer Sicherheitspakt (so-  
wjetischer Plan) \*6543  
Fünfjahrplan \*6483  
und Griechenland (diplomatische Be-  
ziehungen) \*6663  
Kommunistische Partei \*6483  
Wahlen \*6311  
**Burma**  
und China (Volksrepublik), Nicht-  
angriffspakt \*6664  
**Ceylon**  
und Indochina 6621  
**China (National-)**  
Staatspräsident \*6547  
**China (Volksrepublik)**  
und Genfer Ostasien-Konferenz  
\*6279, 6308, 6372, 6407, 6440, \*6545  
Handel 6432  
und Indien \*6590  
und Indochina 6322, 6372, \*6550  
und Japan (Handel) 6347  
und Korea \*6352, \*6418  
und USA 6348, \*6546

und Vereinte Nationen \*6352, 6372,  
6407, 6442, \*6547, \*6632  
Wirtschaft 6624  
**Colombo-Plan** 6433, 6638  
**Commonwealth**  
Erziehungswesen 6479  
und Europa 6469, 6472  
und Europäische Zahlungsunion 6472,  
6480  
und Europäischer Wirtschaftsrat 6470  
Finanzministerkonferenz \*6352,  
6477ff.  
Gesundheitswesen 6479  
und Großbritannien 6479f.  
Handel \*6352, 6469, 6478f.  
Industrie 6479  
Kapitalmarkt 6480  
Lebensstandard 6479  
Rohstoffe 6479  
Verkehr 6479  
Wirtschaft 6478f.  
Wohnungswesen 6479

**Dänemark**

Außenpolitik 6651  
und Bundesrepublik Deutschland  
6675  
und Deutsche Demokratische Repu-  
blik \*6629  
und EVG 6290, 6675  
und gemeinsamer nordischer Markt  
6649ff.  
Handel 6431, 6680  
Landwirtschaft 6333, 6336, 6361, 6365  
Lebensstandard 6651  
Minderheiten in Südschleswig 6676  
Verteidigung 6326  
Wirtschaftspolitik 6651  
Zölle 6651

**Deutschland**

Alliierter Kontrollrat 6493, 6501  
Besatzungsfragen \*6484, 6529  
Besatzungskosten 6529  
Bevölkerung 6385ff.  
Eisenerzvorräte 6639f.  
Evangelische Kirche \*6417, \*6484,  
\*6543  
und Frankreich 6288, 6292, \*6312,  
6348  
Friedensvertrag (sowjet. Entwurf,  
Wortlaut) 6526ff.  
Interzonenhandel \*6311, 6659  
Interzonenverkehr \*6311f., \*6349,  
6413, \*6445, \*6483f., \*6543, 6659,  
\*6662  
Oder-Neiße-Linie \*6349, \*6485  
und Polen 6273, \*6281  
Reparationen 6528f.  
Währungseinheit 6659  
Wiedervereinigung 6273, \*6280,  
\*6311, 6344, \*6349f., 6372f.,  
\*6375f., 6397f., 6409ff., 6413,  
\*6415f., 6435ff., 6440ff., \*6444ff.,  
\*6486, 6490, 6497, 6501, 6506ff.,  
6525f., 6526ff., 6534, \*6544, \*6548,  
6586, 6616, 6626, \*6629, 6659f.,  
\*6661, 6674, 6676

**Deutschland (Bundesrepublik)**

Alliierte Hohe Kommission \*6444f.,  
6537, \*6543



- Arbeitsgemeinschaft für Europäische Fragen (SPD) \*6375, 6443  
 Arbeits- und Sozialpolitik \*6543, \*6588, \*6629, 6660  
 und Atlantikpakt 6288f., 6291f., 6327f., \*6416  
 Auslandsschulden 6409, 6586  
 Außenpolitik 6439, \*6547, \*6588, 6605, 6626ff., \*6630, 6660, \*6661  
 und Berlin \*6279, 6439, \*6445, \*6483  
 und Berliner Konferenz \*6281, \*6349, \*6375f., 6398, \*6415, 6435ff., \*6444ff., \*6483  
 Besatzungskosten \*6445  
 Bevölkerungsfragen 6385ff., 6570, 6572f.  
 Bevölkerungsschutz 6328  
 Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung 6465  
 Bundesfamilienministerium \*6629  
 Bundespostminister \*6280  
 Bundesverband der Deutschen Industrie \*6661, \*6548  
 Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände \*6311  
 Bundesverfassungsgericht \*6311, \*6543, \*6547, 6560  
 und Dänemark 6675  
 deutsch-alliierte Verträge \*6312, 6327, 6342, 6409, \*6416f., 6438, \*6446, 6535, \*6543ff., \*6547, 6557, \*6587f., 6626, \*6631, 6659f., 6694  
 und Deutsche Demokratische Republik (Souveränität) 6536f., \*6548  
 Deutsche Sektion der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa 6442f., \*6444  
 Deutscher Rat der Europäischen Bewegung \*6376  
 Eisenerze 6540  
 und Europäische Politische Gemeinschaft 6626  
 und Europäische Zahlungsunion 6374, \*6483, 6585, 6596, 6620, 6624  
 und Europäischer Wirtschaftsrat 6373  
 Europa-Union \*6629  
 und EVG s. deutsch-alliierte Verträge  
 Flüchtlinge und Vertriebene \*6280, \*6312, 6319, 6382, 6410, \*6417, 6452, \*6548, 6691  
 und Frankreich \*6281, 6288, \*6484, 6557, 6655ff.  
 Fremdenlegionäre \*6587, 6659  
 Gesetze  
   Beitritt zum Allgemeinen Abkommen vom 2. 9. 1949 über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates \*6630  
   Bundesvertriebenengesetz \*6280  
   Ergänzung zum Grundgesetz (Wehrhoheit) \*6349f., \*6446, \*6483f., \*6543, \*6547  
   Finanzverfassung \*6484  
   Kartellgesetz (Entwurf) \*6662  
   Ratifizierung der Konvention über die Einrichtung einer Europäischen Organisation für Kernforschung 6598  
 Gewerkschaften 6303, \*6311, \*6375, 6465, \*6588, \*6631  
 Gleichberechtigung von Mann und Frau \*6311  
 Grenzfragen (Gebiet unter niederl. und belg. Verwaltung) \*6484  
 und Griechenland \*6485, \*6587  
 und Großbritannien (Währungsbesprechungen) 6624f.  
 Hamburg (Senatswahl) \*6279, \*6543  
 Handel 6373, 6431, 6433  
 Haushalt 1954/55: \*6376, \*6629, \*6662  
 Investitionen 6373  
 und Italien \*6545  
 und Kanada \*6416  
 Kohle 6539  
 Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder \*6416  
 und Europäische Konvention der Menschenrechte 6560  
 Landwirtschaft 6333f., 6336, 6338ff., 6361, 6363ff., 6443, \*6484, 6557, 6596  
 und Lateinamerika \*6587  
 Minderheitenproblem (Dänen) 6676  
 und Österreich \*6377, 6655  
 Parteien  
   Christlich-Demokratische Union \*6375, 6627, 6660, \*6661  
   Christlich-Soziale Union 6627  
   Freie Demokratische Partei \*6483f., \*6544, 6586, 6628, \*6629, \*6661f.  
   Gesamtdeutscher Block/BHE 6628, \*6661  
   Sozialdemokratische Partei \*6280, \*6311, \*6349, \*6375f., \*6416, 6442f., \*6444, \*6446, \*6483ff., \*6547f., 6626f., \*6629, 6675  
 Regierungserklärungen \*6446, 6536, \*6588, 6626f.  
 Rundfunk \*6416  
 und Saargebiet \*6280, 6317, 6345, \*6445, \*6484, \*6544, \*6548, 6554, \*6587f., 6604f., 6614ff., 6626ff., \*6629, 6655ff., 6660  
 Schulwesen \*6416  
 Sichtvermerke 6558, 6598  
 und Sowjetunion 6441, \*6630, \*6661  
 Stahl 6540  
 Steuerreform \*6375, \*6484  
 und Türkei \*6545  
 und USA \*6280, 6493  
 und Vereinte Nationen \*6446  
 Verfassungsschutz \*6416  
 Verteidigungsbeitrag s. deutsch-alliierte Verträge  
 Vertriebene s. Flüchtlinge  
 Wiederaufrüstung 6285, 6287, 6291, \*6416, 6495  
 Wirtschaft 6373f., 6410, 6439, 6493, 6555, 6586, 6660  
 Wohnungsbau \*6279, 6319, 6691  
 Zahlungsbilanz 6374  
**Deutschland (Deutsche Demokratische Republik)**  
 Amnestie \*6375  
 Arbeitsmarkt 6646f.  
 Arbeitsminister \*6280  
 Arbeits- und Sozialpolitik \*6280  
 und Atlantikpakt 6617  
 und Atomkontrolle \*6548  
 und Berliner Konferenz \*6312, \*6350, \*6376, \*6445, \*6483  
 Besatzungskosten 6481f.  
 Bevölkerungsfragen 6385ff.  
 und Bundesrepublik Deutschland \*6548  
 Demokratischer Block der antifaschistischen Parteien \*6416  
 Demontagen 6482, 6640  
 und deutsch-alliierte Verträge \*6350, \*6415, \*6445  
 Eisen- und Stahlindustrie 6639ff.  
 und EVG s. deutsch-alliierte Verträge  
 Fünfjahrplan 6639, 6642f.  
 und Genfer Fünfmächtekonferenz \*6587  
 Gewerkschaften \*6280, \*6376, \*6631  
 Handel 6642f., 6647  
 Haushaltsplan 6482  
 Innenpolitik \*6587  
 Investitionen \*6311, 6642f., 6646, 6648 Anm. 16  
 Jugend \*6445  
 Kirche \*6662  
 Kohle 6644  
 Kulturministerium \*6349  
 Nachkriegsschulden 6409  
 Nationale Front \*6445, 6659  
 Neuer Kurs 6642, 6648 Anm. 16  
 Parteien  
   Sozialistische Einheitspartei (SED) \*6376, \*6548, 6642  
   Politische Gefangene \*6280, \*6417, \*6444f.  
   Preise 6482  
   Produktion \*6311  
   Regierungserklärungen \*6311, \*6375, \*6415, \*6445, 6535f.  
   Reparationen \*6349, 6481f., 6641f.  
   Rohstoffversorgung 6643ff.  
   SAG-Betriebe \*6279, 6481f., 6640  
   Schulen \*6483, \*6662  
   Souveränität 6534ff., \*6543, \*6548, \*6629, \*6664  
   Sowjetische Hohe Kommission 6414, \*6483, 6534, \*6543, \*6548  
   und Sowjetunion \*6313, \*6445, 6534ff., \*6543  
   Streitkräfte 6619  
   Uranerzbergbau 6482  
   Vaterländischer Verdienstorden \*6587  
   Volksabstimmung 6659, \*6662  
   Volksaufstand (17. Juni 1953) 6536  
   Volkskammer \*6280, \*6311, \*6548, \*6587, \*6662  
   Wirtschaft \*6311, 6640ff.  
   Wohnungs- und Siedlungswesen \*6280  
 Donauföderation 6491  
 Donaukommission \*6281  
**ECAFE, Economic Commission for Asia and the Far East**  
 s. Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Sozialrat. Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten  
**ECE, Economic Commission for Europe**  
 s. Vereinte Nationen, Wirtschaftskommission für Europa



**Eden-Plan**

s. Deutschland, Wiedervereinigung  
**ECKS**  
 s. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl  
**Europa**  
 Agrarunion s. Landwirtschaft  
 Arbeits- und Sozialpolitik 6260, 6330, 6338, 6461  
 Bevölkerungsfragen 6330, 6338f., 6476, 6569f., 6691  
 —Bewußtsein \*6279, 6295ff., 6461ff.  
 Büro für protestantische Dokumentation 6598  
 Büro für soziale Dokumentation 6260 und Commonwealth 6469  
 Flüchtlinge 6569  
 Fonds für wissenschaftliche Forschung 6471  
 und Französische Union 6469  
 Fremdenverkehr 6461  
 Gemeinden 6452, 6692  
 Gerichtsbarkeit 6263ff.  
 Geschichtsunterricht 6318, 6556  
 Handel 6429ff., 6434, 6469, 6475, 6682  
 Institut für Investitionsfragen 6473  
 Integration 6249, \*6280, 6285f., 6343, 6348, \*6350, 6421, 6442, 6462f., 6469, 6477, \*6485  
 Investitionen 6472f., 6476  
 Jugend \*6415, 6467, \*6543, 6558, 6574, \*6587, \*6661  
 Kernforschung 6399ff.  
 Kulturpolitik 6463  
 Landwirtschaft 6329ff., 6361ff., 6443, 6471, \*6661, 6682  
 Lebensstandard 6469f., 6472, 6555  
 Liberale Bewegung für ein Vereintes — 6348  
 und Marshallplan 6472f.  
 Parlamentarische Konferenz 6592  
 Patente 6471, 6554  
 Plan für europäische Zusammenarbeit 6473  
 Rat der Europäischen Handelsföderationen 6414  
 —reisen 6295ff., 6461ff.  
 Runder Tisch 6318, 6451, 6463, 6597, 6690  
 —Schultag 6452  
 Sicherheit 6489ff.,  
 s. a. Atlantikpakt, Europäische Verteidigungsgemeinschaft und Berliner Konferenz  
 Soziale Sicherheit 6255f., 6687f.  
 Studiengemeinschaft für Informationen \*6279  
 Studienwoche 6318  
 Supranationales Recht 6263ff.  
 —Tag 6689  
 Textilindustrie 6555  
 und USA \*6350, 6421ff., 6499  
 Verkehr \*6415, 6452, 6469, 6554  
 Wirtschaft 6469ff., 6555, 6619f., 6681ff.  
 Wohnungsbau 6472f., 6688  
 Zölle 6424, 6469  
**Europäische Bewegung**  
 Aktionskomitee der — \*6444

Deutsche Gruppe im Parlamentarischen Rat der — \*6375  
 Deutscher Rat der — \*6376  
 Ehrenpräsident Dr. Adenauer \*6279  
 Europäische Jugendkampagne \*6661  
 Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit s. diese  
 Europäische Parlamentarische Konferenz 6592  
 und Europarat 6557  
 Niederländischer Rat der — \*6485  
 Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa s. diese  
 Union Europäischer Föderalisten s. diese  
 Wirtschaftskonferenz (Westminster) \*6375, \*6415, 6443, 6450, 6469ff.  
**Europäische Gemeinschaft**  
 und Benelux-Staaten 6554  
 und Bundesrepublik Deutschland 6442, 6626  
 und Europarat 6315, 6449f., 6675, 6677  
 und EVG 6343  
 Exekutivrat 6263, 6267  
 Gerichtshof 6267ff.  
 Kommission für die — \*6444, \*6483, 6553  
 und Menschenrechte 6560  
 und Montanunion 6538  
 Rat der nationalen Minister 6264, 6267  
 Rechtsschutz 6263ff.  
 und Saargebiet \*6544, 6607, 6657  
 Satzungsentwurf 6263, \*6485, 6566  
 und Union Europäischer Föderalisten 6657  
 Verfassungsausschuß 6270, 6348, \*6444, 6560, 6562  
 Vertrag über die Satzung s. Satzungsentwurf  
 Wirtschafts- und Sozialrat 6258  
**Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl** 6285, 6472, \*6661  
 Organe:  
 Besonderer Ministerrat \*6279, \*6311, 6316, 6450, 6553, 6671  
 Gemeinsame Versammlung \*6279, \*6375, 6671  
 Gerichtshof 6266ff., 6671  
 Hohe-Behörde 6258, 6263, \*6279, \*6349, \*6375, \*6444, 6451, \*6483, 6553, 6591  
 Anleihe \*6415, 6554, 6591, 6669, 6672, 6680  
 Arbeits- und Sozialpolitik 6258, 6541  
 6591, 6672  
 auswärtige Beziehungen 6316, 6671  
 Beamte (Statut) 6671  
 und Belgien (Klage) 6539  
 Eisenerz 6540  
 und Europäische Politische Gemeinschaft 6538  
 und Europäischer Wirtschaftsrat 6541  
 und Europarat 6316, 6669ff., 6677  
 und Frankreich 6539, 6553  
 gemeinsamer Markt 6538ff., 6591, 6669f., 6680  
 und Großbritannien \*6311, 6473, 6554, \*6630, 6669ff., 6679f.

Handel 6670, 6672  
 und Handelsverträge von Mitgliedstaaten 6538f.  
 Haushalt 6671  
 und Internationales Arbeitsamt 6541  
 Investitionspolitik \*6279, 6316, \*6375, 6541, 6591, 6672  
 Jahresbericht 6591  
 Kohle \*6279, \*6375, 6450, \*6483, 6538ff., 6553, 6671, 6680  
 und Marshallplan 6426  
 und Menschenrechte 6559, 6565  
 und Österreich 6669ff.  
 Preispolitik 6538f., 6541, 6553, 6670ff., 6680  
 und Saar \*6375, 6606  
 Schrott \*6311, \*6483, 6538, 6540, 6553  
 und Schweden 6671  
 Stahl \*6279, \*6311, \*6375, 6540f., 6553, 6591, 6670, 6680  
 Technische Forschung 6541  
 Transportfragen \*6349, 6538, 6591, 6672  
 Umlage 6541  
 Umsiedlung von Bergleuten 6553  
 und USA (Anleihe) 6541, 6554, 6591  
 Wettbewerb 6538ff.  
 Wirtschaftslage 6539  
 Wohnungsbau (Bergarbeiter) 6541, 6591, 6672  
 Zölle 6669ff.  
**Europäische Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC)** 6473f.  
**Europäische Organisation für Kernforschung** 6399ff., 6598  
**Europäische Politische Gemeinschaft**  
 s. Europäische Gemeinschaft  
**Europäische Verkehrsministerkonferenz** \*6415, 6554  
**Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)**  
 6438, \*6446, 6500, 6504f., \*6544  
 und Atlantikpakt 6285ff., 6310, 6316, 6583, \*6587, 6617  
 und Belgien \*6415, \*6483, 6508, 6557  
 und Bundesrepublik Deutschland 6310, 6327, 6342, 6438, \*6446, 6535, \*6543ff., 6557, \*6587f., \*6631, 6660, 6675, 6694  
 und Dänemark 6290, 6675  
 und Deutsche Demokratische Republik \*6350  
 und Europäische Politische Gemeinschaft 6343  
 und Europarat 6694  
 und Frankreich \*6281, 6287ff., 6343, \*6350, \*6376, \*6417, \*6446, \*6484f., 6505, 6508, 6511, 6513 Anm. 62, \*6544, \*6548, \*6588, 6599, 6626, 6658, \*6663, 6674, 6676, 6694  
 und Französische Union \*6588  
 und Großbritannien 6290, \*6447, 6505, \*6548f., 6557, 6578ff., 6598, 6617, 6694  
 Interimsausschuß \*6629  
 und Italien 6322, \*6377, \*6549, 6598  
 und Jugoslawien 6583f.  
 und Liberale Weltunion 6348  
 und Luxemburg \*6549, 6557, 6598



und Marshallplan 6426f.  
 und Menschenrechtsschutz 6565  
 und Niederlande \*6377, \*6417, 6452,  
 \*6485, 6557  
 und Norwegen 6290  
 und Polen 6274, 6498  
 Protokolle zum EVG-Vertrag \*6663  
 Rechtsschutz 6266  
 und Saargebiet 6345, 6607  
 und Sowjetunion 6321, 6341, 6372,  
 6412, 6435f., 6441, 6495, 6497,  
 6500, 6505, 6533, 6619, 6658  
 und Sozialistische Internationale  
 6442, 6452  
 und Ungarn \*6546  
 und Union Europäischer Föderalisten  
 6343, \*6350, 6658  
 und USA 6287ff., 6292, \*6314, 6322,  
 6324, 6495, 6500, 6505, 6582f.,  
 6598  
**Europäische Zahlungsunion (EZU)**  
 6470, 6475, 6494, 6555, 6624, 6682  
 Aktionsprogramm 6683  
 und belgisch-luxemburgische Wirt-  
 schaftsunions \*6415  
 und Bundesrepublik Deutschland  
 \*6279, 6374, \*6483, 6585, 6596,  
 6620, 6624  
 und Commonwealth 6473, 6480  
 und Frankreich 6620  
 und Großbritannien 6596, 6624  
 und Marshallplan 6425, 6456  
 und Niederlande 6456  
 und Österreich \*6483  
**Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)**  
 6470f., 6494  
**Organe**  
 Europäische Zahlungsunion s. diese  
 Ministerrat 6624, 6683  
 Produktivitätszentrale 6414  
 Arbeits- und Sozialpolitik 6260, 6573  
 und Belgien 6455  
 und Benelux-Staaten 6374  
 und Bundesrepublik Deutschland  
 6373f.  
 und Commonwealth 6470  
 und Europarat 6317, 6555, 6667,  
 6677  
 Exportförderungsmaßnahmen 6625f.  
 und Frankreich 6374, 6625  
 und Französische Union 6470  
 Fremdenverkehr 6461  
 und Großbritannien 6374, 6443  
 Handel 6555, 6681  
 und Italien 6374, 6443  
 5. Jahresbericht 6443, 6450  
 Konvertibilität 6625  
 Landwirtschaft 6330, 6361, 6443  
 Liberalisierung \*6375, 6475, 6596,  
 6625, 6681  
 und Montanunion 6541  
 Produktivität 6555, 6681  
 und Schweiz 6374, 6443  
 und Skandinavien 6374, 6443  
 und Straßburg-Plan 6596, 6681  
 Textilindustrie 6555  
 Transfer von Beträgen für Studien-  
 aufenthalte 6596  
 Wirtschaftsaussichten Europas (Sach-  
 verständigen-Bericht) 6619f.  
 Zahlungsverkehr 6555

**Europarat**  
 6315, 6381, 6449, 6490, 6553, 6591,  
 6667  
**Organe:**  
 Beratende Versammlung 6255,  
 6257ff., 6262, 6315f., 6343, 6449,  
 6598, 6668  
 Generalsekretär 6598, 6694  
 Ministerkomitee 6256f., 6259f.,  
 \*6281, 6315f., 6344, 6673  
 Sonderbeauftragter für Flüchtlings-  
 fragen und Bevölkerungsüber-  
 schüsse 6319, 6449, 6451f., \*6548,  
 6557, 6569, 6592, 6597, 6667,  
 6690f.  
**Sitzungen:**  
 11. bis 12. Dez. 1953: Minister-  
 komitee \*6281, 6315f.  
 13. Dez. 1953: Stellvertreter der  
 Minister 6316  
 5. bis 6. Febr. 1954: Allgemeiner  
 Ausschuß der Beratenden Ver-  
 sammlung 6450  
 8. Febr. 1954: Ständiger Ausschuß  
 der Beratenden Versammlung  
 6449  
 8. bis 18. Febr. 1954: Stellvertreter  
 der Minister 6449  
 29. März bis 3. April 1954: Stell-  
 vertreter der Minister 6553, 6591  
 11. bis 17. Mai 1954: Stellvertreter  
 der Minister 6667  
 18. bis 20. Mai 1954: Minister-  
 komitee 6667  
 20. bis 29. Mai 1954: 1. Teil der  
 6. Sitzungsperiode der Beraten-  
 den Versammlung 6449, 6668  
 21. Mai 1954: Beratende Ver-  
 sammlung und Gemeinsame Ver-  
 sammlung der Montanunion 6669  
 21. Mai 1954: Stellvertreter der  
 Minister 6667  
 Aktionsprogramm 6553, 6556, 6591,  
 6667f., 6676, 6679, 6683f., 6687,  
 6689  
 Allgemeines Abkommen über Pri-  
 vilegien und Immunitäten 6557  
 Arbeits- und Sozialpolitik 6255ff.,  
 6317, 6451, 6555, 6669, 6680f., 6687  
 Arbeitsweise 6677  
 und Asien 6676  
 und Atlantikpakt 6676, 6678  
 Beamte des — 6316, 6319f.  
 Beglaubigungspflicht 6684  
 Beziehungen zu NGO's (Non-Gov-  
 ernmental Organizations) 6687,  
 6694  
 Beziehungen zu Nichtmitgliedsta-  
 ten 6669, 6682  
 Bibliothek 6687  
 und Cypern 6675f.  
 und Deutschland 6343, 6674  
 und Europäische Bewegung 6557  
 und Europäische Politische Gemein-  
 schaft 6315, 6449f., 6675, 6677  
 und Europäische Verkehrsminister-  
 Konferenz 6678  
 und Europäischer Wirtschaftsrat 6317,  
 6555, 6667, 6677  
 Europäisches Jahrbuch 6692  
 und EVG 6694

Fahne 6667f.  
 Fernsehen 6692  
 Forschungsstipendien 6318, 6451,  
 6597  
 und Frankreich (Abgeordnete) 6557  
 gegenseitige Behandlung von Staats-  
 angehörigen 6451, 6596, 6684,  
 6686f.  
 Gemeinden 6452, 6692  
 Gesundheitswesen 6687  
 und Gewerkschaften 6451  
 Grenzformalitäten 6596, 6684ff.  
 und Griechenland (Hilfeleistung) 6674  
 Handelsprobleme 6449f., 6678f.,  
 6681, 6683  
 Haushalt 6315, 6449, 6677, 6694  
 Hilfe bei Katastrophenfällen 6687  
 und Indochina 6674  
 und Institut für Vereinheitlichung  
 des Privatrechts 6687  
 und internationale Organisationen  
 6553  
 und internationale Personenstands-  
 kommission 6451  
 und internationale private Organi-  
 sationen 6449  
 und Internationales Büro zum Schutz  
 des industriellen Eigentums 6687  
 und Island 6557  
 und Italien 6452  
 und Jugoslawien 6674  
 und Kanada 6687  
 Kartelle 6679f.  
 Konsultationsverfahren 6450, 6677  
 Konvention über Auslieferung 6451,  
 6680  
 Konvention für die Entwicklung der  
 kulturellen Beziehungen 6556, 6690  
 Konvention über die friedliche Bei-  
 legung von Streitigkeiten 6686  
 Konvention über die Gleichwertig-  
 keit der Schulabgangszeugnisse  
 6557  
 Konvention zum Schutze der Men-  
 schenrechte 6315, 6556, 6559ff.,  
 6597, 6676, 6684  
 Kommission 6553, 6667, 6684  
 Konvention über soziale und ärzt-  
 liche Unterstützung 6317, 6556  
 Konvention über Staatenlosigkeit  
 6687  
 Konvention über den Straßenverkehr  
 6685  
 und Konvertierbarkeit der Wäh-  
 rungen 6679, 6683  
 Koordinierung der landwirtschaft-  
 lichen Märkte 6450  
 Kulturausweis 6318, 6451, 6556, 6690,  
 6694  
 Kulturfonds für Exilierte 6315, 6692f.  
 Kulturfragen 6318, 6451, 6667, 6689f.  
 Kunstgegenstände (Schutz) 6597, 6690  
 Landwirtschaftsfragen 6596, 6679  
 Low Tariff Club 6679  
 und Montanunion 6316, 6669ff., 6677  
 und Norwegen 6452  
 und Österreich 6320, 6343  
 Ost-West-Handel 6449, 6553  
 Patente 6317, 6450, 6554, 6679, 6687  
 Patronat über die Insel Ithaka 6316



Politik des — 6316, 6343f., 6449, 6596, 6674, 6676, 6678  
 Privilegien und Immunitäten 6452  
 und Saarfrage 6316f., 6344, 6449f., \*6485, 6554, 6557, 6592ff., 6605f., 6667, 6673f., 6676  
 Schulabgangszeugnisse 6318, 6597, 6690, 6694  
 und Schweden 6557  
 Sichtvermerke 6598, 6685f.  
 und Sowjetunion 6676  
 Soziale Sicherheit 6681, 6687f.  
 Statut 6557, 6591  
 Straßburgplan 6317, 6449, 6451, 6469, 6474, 6596, 6679, 6681, 6683  
 Streitigkeiten (Beilegung) 6320, 6684  
 und Südeuropa (wirtschaftliche Entwicklung) 6679, 6683  
 Transportfragen 6669, 6680  
 und Triest 6674, 6676  
 und UNESCO 6597, 6639f.  
 und unterdrückte europäische Nationen 6693  
 und USA 6687  
 und Vereinte Nationen 6677, 6694  
 Verkehrswesen 6452, 6679, 6685f.  
 Verwaltung 6677  
 und Viernächtekonferenz in Berlin (Rede de Menthons) 6343 (Wortlaut)  
 Wanderarbeiter 6255, 6681  
 und Weltgesundheitsorganisation 6689  
 Wohnungs- und Siedlungswesen 6255, 6259, 6680, 6688  
 Zentralstelle für Soziales Urkundenmaterial 6687  
 und Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Auswanderung 6577, 6691

#### FAO, Food and Agriculture Organization

s. Vereinte Nationen, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation

#### Finanz- und Währungsfragen Commonwealth (Konferenz) \*6352, 6477ff.

deutsch-britische Währungsbesprechungen 6624f.  
 Dollarproblem 6424, 6471, 6474, 6620, 6682  
 Europa 6472  
 Konvertibilität \*6352, 6424, 6443, 6475, \*6587, \*6661, 6679, 6683

#### Finnland

Handel \*6312, 6431  
 und Internationale Zivil-Luftfahrt-Organisation 6672  
 Landwirtschaft 6336  
 Regierungsbildung \*6630  
 und Sowjetunion (Wirtschaftsverhandlungen) \*6312, \*6417  
 Wahlen \*6484

#### Flüchtlinge 6256, 6328

und Europarat 6319, 6449, 6451f., \*6548, 6557, 6569ff., 6592, 6597, 6667, 6690f.  
 Internationaler Flüchtlingsfonds 6691  
 Rechtsstellung der — \*6312, 6691

Sowjetzonenflüchtlinge \*6280, 6319, 6390, 6410, \*6417, 6452, \*6548, 6569, 6691  
 und Vereinte Nationen 6571, 6597, 6691

und Völkerbund 6572

#### Foreign Operations Administration (FOA)

6291, 6294, 6322, 6326f., 6348, \*6378, 6414, \*6486, \*6549

#### Frankreich

Arbeitsmarkt 6574  
 Außenpolitik 6285f., 6530f., \*6663  
 Bevölkerungsfragen 6574  
 und Bundesrepublik Deutschland \*6280f., 6288, \*6312, 6557, 6655ff.  
 und Deutschland 6288, 6292, 6348  
 Eisenerz 6540  
 und Europäische Zahlungsunion 6620  
 und Europäischer Wirtschaftsrat 6374  
 und Europarat (Abgeordnete) 6557  
 und EVG \*6281, 6287ff., 6343, \*6350, \*6376, \*6417, \*6446, \*6484f., 6505, 6508, 6511, 6513 Anm. 62, \*6544, \*6548, \*6588, 6599, 6626, 6658, \*6662f., 6674, 6676, 6694  
 Finanzfragen \*6350, 6374, \*6417  
 Fremdenlegionäre (Deutsche) \*6587, 6659  
 und Genfer Ostasien-Konferenz 6373, \*6484  
 Gewerkschaften \*6281  
 und Griechenland \*6376  
 und Großbritannien 6300  
 Handel 6374, 6431f., \*6545  
 und Indochina \*6280, 6288, \*6446, \*6484, \*6548, 6588, 6622, \*6630, \*6662, 6676  
 und Kanada (Besuch St. Laurents) \*6417

Kohle 6539  
 und Korea 6374

Landwirtschaft 6333ff., 6336, 6338f., 6361, 6363ff., \*6417, 6443, 6557  
 Liberalisierung 6596, 6625, 6683  
 und Marokko \*6376, \*6378, \*6417, \*6662  
 und Montanunion 6539, 6553  
 Nationalversammlung \*6350, \*6417, \*6484, \*6630, 6657, \*6662f.

#### Noten

an die österreichische Regierung über die Behandlung des Staatsvertrages, vom 12. Januar 1954: \*6350  
 an die spanische Regierung wegen der Rede des Hohen Kommissars in Spanisch-Marokko, vom 22. Januar 1954: \*6376  
 an die Sowjetunion zur Berliner Viernächte-Konferenz, vom 1. Januar 1954: 6309 (Wortlaut), \*6352  
 an die Sowjetunion, vom 8. Mai 1954, als Antwort auf die Vorschläge vom 31. März 1954: 6618 (Wortlaut)

Parteien  
 Kommunistische Partei 6493  
 Nationales Zentrum Sozialer Republikaner \*6446  
 Radikalsozialistische Partei \*6485

#### Republikanische Volksbewegung

\*6484, \*6663  
 Sozialistische Partei \*6376, \*6663  
 und Polen (Studienreise in das Gebiet östlich der Oder-Neiße) \*6281  
 Regierungserklärung \*6350, \*6484  
 und Saargebiet \*6280, 6317, 6345, \*6445, \*6484f., \*6544, \*6588, 6599, 6606f., 6655ff.  
 Sichtvermerke 6598  
 und Sowjetunion \*6281, 6506  
 und Spanien \*6378  
 Staatspräsident \*6312, \*6350, \*6376  
 Stahl 6540  
 und USA 6288f., \*6630  
 Verteidigung 6326  
 Wirtschaft 6374, \*6417, 6596, 6620  
 Wirtschaftsunion (mit Saarland) \*6484f.  
 Wohnungsbau 6374, \*6417  
**Französische Union**  
 und Europa 6469, 6470  
 und EVG \*6588

#### GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)

s. Vereinte Nationen. Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen

#### Gewerkschaften 6252

Europäische Gewerkschaftskonferenz für Jugendfragen \*6661  
 und Europarat 6451  
 Internationaler Bund Freier Gewerkschaften 6262, \*6311, \*6415, 6451  
 Internationaler Bund der Christlichen Gewerkschaften 6262, \*6415, 6451  
 Konferenz von Vertretern der Montanunionländer \*6543  
 Weltgewerkschaftsbund \*6631

#### Griechenland

Arbeitsmarkt 6570  
 und Balkanpakt \*6663  
 Bevölkerungsfragen 6476, 6570, 6572f.  
 und Bulgarien (diplomatische Beziehungen) \*6663  
 und Bundesrepublik Deutschland \*6485, \*6587  
 und Europarat 6598, 6674  
 und Frankreich \*6376  
 und Großbritannien (Cypern) \*6630, 6675  
 Handel 6476f.  
 und Jugoslawien 6584  
 Kapitalmarkt 6477  
 Kriegswaisen (Stipendien) 6597  
 Landwirtschaft 6334, 6336, 6361ff., 6365, 6477  
 Lebensstandard 6476  
 und Marshallplan 6476  
 Verteidigung 6326, 6476  
 Wirtschaft 6476f., 6555, 6620

#### Großbritannien

und Aegypten 6351  
 und Atlantikpakt \*6549, 6579, 6581  
 Atomenergie 6276, \*6312, \*6417, \*6446, \*6485, \*6549  
 Auswanderung 6575  
 und Berliner Viernächtekonferenz \*6447



und Bundesrepublik Deutschland (Währungsbesprechungen) 6624f.  
und Commonwealth 6479f.  
und Deutschland \*6350, 6525f.  
und Europäische Zahlungsunion 6596, 6624  
und Europäischer Wirtschaftsrat 6374  
und EVG 6290, \*6447, 6505, \*6548f., 6557, 6578ff., 6598, 6617  
und Frankreich 6300, \*6588  
und Genfer Ostasien-Konferenz 6373, \*6588, \*6663  
Genossenschaften 6305  
Gewerkschaften 6303ff.  
und Gibraltar \*6663f.  
und Griechenland (Cypern) \*6630, 6675  
Handel 6374, 6430ff., 6475, \*6545  
Hoher Kommissar für Österreich 6351  
und Indochina \*6549, \*6588  
Kohle 6539  
Kolonialpolitik \*6312  
Landwirtschaft 6298, 6332f., 6335f., 6361, 6364f.  
und Montanunion \*6311, 6473, 6554, \*6630, 6669ff., 6679f.  
Noten  
an die österreichische Regierung über die Behandlung des Staatsvertrages, vom 12. Januar 1954: 6350  
an die Sowjetunion zur Berliner Viernächtekonferenz, vom 1. Januar 1954: 6309 (Wortlaut), \*6352  
an die Sowjetunion, vom 8. Mai 1954, als Antwort auf die Vorschläge vom 31. März 1954: 6618 (Wortlaut)  
Parteien  
Labour Party 6304f., \*6312, \*6446f., \*6588, \*6630, \*6663, 6694  
und Persien \*6281  
und Sowjetunion \*6350, 6503, 6506, 6510, \*6631  
Sozialisierung 6304  
und Spanien \*6663f.  
und Südostasien \*6664  
und Suezkanal \*6351, \*6546  
und Triest 6322  
und USA (Stützpunkte) \*6545  
und Vereinte Nationen 6503  
Verteidigung 6316, 6326, \*6377, \*6446, \*6485, 6580f.  
und Weltbank 6480  
Zölle 6670  
Guatemala \*6664  
  
**Handel**  
Außenhandel 6365, 6414, \*6415, 6443, 6454  
Diskriminierung 6275  
Exportförderungsmaßnahmen 6626  
Genossenschaftswesen 6414  
Liberalisierung \*6313, 6373, \*6375, 6424f., \*6447, 6475, 6480, 6672  
Rat der Europäischen Handelsföderationen 6414  
Restriktionen 6555, 6620, \*6662  
Welthandel 6429, 6475, 6478

**ICAO (International Civil Aviation Organization)**  
s. Vereinte Nationen, Internationale Zivil-Luftfahrt-Organisation  
**ICEM (Intergovernmental Committee for European Migration)**  
s. Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Auswanderung  
**ILO (International Labour Organization)**  
s. Vereinte Nationen, Internationale Arbeitsorganisation  
**IMF (International Monetary Fund)**  
s. Vereinte Nationen, Internationaler Währungsfonds  
**Indien**  
und Chinesische Volksrepublik \*6590, \*6664  
Fünfjahrplan 6433  
Handel 6432  
und Indochina \*6590, 6621  
und Korea \*6664  
und USA \*6448, \*6486, \*6550  
und Vereinte Nationen (Abrüstungskommission) \*6550  
**Indochina**  
und Ceylon 6621  
und China (Volksrepublik) 6322, 6372, \*6550  
und Europarat 6674  
und Frankreich \*6280, 6288, \*6446, \*6484, \*6548, \*6588, 6622, \*6630, 6676  
und Französische Union 6623  
und Genfer Ostasienkonferenz 6621ff., 6653f.  
und Großbritannien \*6549, \*6588  
und Indien \*6590, 6621  
und Korea \*6418  
Krieg \*6280, \*6314, 6397, \*6418, 6440, \*6550, 6621, \*6632, 6653, \*6663  
und Pakistan 6621  
und USA 6288, \*6546, \*6548f., \*6589  
Waffenstillstandsbemühungen 6622f.  
**Indonesien**  
und China (Volksrepublik) \*6664  
**Institute**  
Europäisches Demographisches Institut 6573  
— für internationale Beziehungen (Konferenzen) 6249, 6353  
Wissenschaftliche — 6249ff.  
Zusammenarbeit zwischen — 6353  
**Internationale Arbeitsorganisation**  
s. Vereinte Nationen  
**Internationale Flüchtlingsorganisation**  
s. Vereinte Nationen  
**Internationale Zivil-Luftfahrt-Organisation**  
s. Vereinte Nationen  
**Internationaler Gerichtshof**  
s. Vereinte Nationen  
**Internationaler Währungsfonds**  
s. Vereinte Nationen  
**Irak**  
und Arabische Liga \*6351  
und türkisch-pakistanischer Pakt \*6546

**Irland**  
Arbeits- und Sozialpolitik 6556  
und Konvention über soziale und ärztliche Unterstützung 6556  
Landwirtschaft 6333, 6336, 6361f., 6364  
Wahlen \*6663  
**IRO (International Refugee Organization)**  
s. Vereinte Nationen, Internationale Flüchtlingsorganisation  
**Island**  
und Deutsche Demokratische Republik \*6629  
und Europarat 6557  
Sichtvermerke 6320  
**Israel**  
und Ägypten \*6378, \*6418  
und Arabische Liga \*6378, \*6631  
und Jordanien \*6547  
und Suezkanal \*6378, \*6547  
und Syrien \*6378  
und Türkei \*6351  
und Vereinte Nationen \*6448, \*6547  
**Italien**  
Arbeitslosenproblem 6374  
Arbeitsmarkt 6570  
und Atlantikpakt \*6377, \*6447  
Außenpolitik \*6447  
Auswanderung 6374, 6570  
Bevölkerungsfragen 6570, 6577f.  
Bodenreform \*6447  
und Bundesrepublik Deutschland \*6545  
Eisenerz 6540  
Europäische Föderalistische Bewegung (MFI) \*6350  
und Europäischer Wirtschaftsrat 6320, 6374  
und Europarat 6320, 6452  
und EVG 6322, \*6377, \*6447, \*6549, 6598  
Handel 6431  
Innenpolitik \*6447  
und Jugoslawien \*6377, \*6631  
und Kanada \*6417  
Kohlengruben 6669  
Landwirtschaft 6334, 6336, 6361 6363f., 6557  
Parteien  
Kommunistische Partei 6493  
Regierungserklärung \*6447  
Regierungswechsel \*6350, \*6377, \*6417, 6452  
Schrott 6540  
Stahl 6540  
und Triest \*6281, 6322, \*6631  
und USA \*6630  
Verfassungsgerichtshof \*6447  
Verteidigung 6326  
Vertrauensfrage \*6485  
Wahlgesetz \*6377  
Wirtschaft \*6447, 6555, 6620  
Wohnungsbau \*6447  
Zahlungsbilanz 6620  
  
**Japan**  
Amami-Inseln \*6314  
und Atomkontrolle \*6547  
und China (Handel) 6347  
Handel 6347, 6431f.



Investitionen 6347  
und USA \*6314, 6347, \*6486, 6493  
Verteidigung 6347, \*6486, \*6632  
Wirtschaft \*6486  
und Weltbank 6347

**Jemen**

und Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation \*6281

**Jordanien**

und Israel \*6547  
und Vereinte Nationen \*6448, \*6547

**Jugend**

Auslandsreisen 6465ff.  
Berufsschulung (europäische Zentren) 6574, \*6587

Bureau Européen de la Jeunesse et de l'Enfance \*6587

Conseil Français de Mouvements de Jeunesse \*6415

Deutscher Bundesjugendring \*6415, 6468 Anm. 20

Europäische Gewerkschaftskonferenz für Jugendfragen \*6661

Europäische Jugendkampagne \*6661

Europäische Versammlung der politischen Jugend \*6543, 6558

Internationaler Rat für Jugendselbsthilfe 6465, 6468 Anm. 18

Internationales Jugend-Gemeinschaftslager 6467

Kongreß der Arbeiterjugend der Deutschen Demokratischen Republik \*6445

**Jugoslawien**

und Albanien (diplomatische Beziehungen) \*6312, \*6543

Arbeitsmarkt 6570

und Atlantikpakt 6584

Außenpolitik \*6312, \*6377, \*6485, \*6631

und Balkanpakt \*6663

Bund der Kommunisten \*6351, \*6377

und Europäische Organisation für Kernforschung 6399

und Europarat 6674

und EVG 6583f.

Exekutivrat \*6377

und Griechenland 6584

und Italien \*6377, \*6631

Nationalversammlung \*6312

Regierungserklärung \*6377

und Triest \*6281, \*6631

und Türkei \*6549

Wirtschaft 6555

**Kanada**

und Atlantikpakt \*6417

Atomenergie 6276

und Bundesrepublik Deutschland \*6416

und Europarat 6687

und Frankreich \*6417

Handel 6475

und Italien \*6417

Landwirtschaft 6335, 6362, 6364

und USA \*6632

Verteidigung 6276, 6326

**Kapitalmarkt**

Asien 6434

Benelux-Staaten 6450

Investitionen in überseeischen Ländern 6476

**Kernforschung**

s. Atomenergie

**Konferenzen**

Berlin (Viermächtekonferenz) 6494ff.  
und Atlantikpakt 6322

und Bundesrepublik Deutschland \*6280f., \*6349, \*6375, 6398,

\*6416, 6435ff., \*6445, \*6483, 6586, 6660

Chronologie 6307ff., 6372, 6409ff.  
und Deutsche Demokratische Republik \*6312, \*6350, \*6376,

\*6416, \*6445

Europäisches Sicherheitsproblem 6489ff., 6494ff.

Kommunikés 6397f. (Wortlaut)  
und Oesterreich \*6313, \*6351,

\*6447, 6514ff., 6655

Verlauf 6372f., 6409ff.  
Vorbereitungen zur — \*6349

Bermuda (Dreimächtekonferenz) 6277, \*6281, 6286ff., 6290, \*6312,

6316, 6322, \*6350

Colombo (Konferenz der Ministerpräsidenten von Burma, Ceylon, Indonesien, Indien, Pakistan) 6622,

\*6632

Genf (Ostasien-Konferenz) 6621ff., 6653ff.

und Atlantikrat 6617  
und Berliner Viermächtekonferenz

6397, 6413, 6437, 6439  
und Indochina 6621ff., 6653f.

und Korea 6621ff., 6653f.

Korea 6397, 6440, 6456  
und Genfer Konferenz 6621ff., 6653f.

und Indien \*6664

Kriegsgefangene \*6314, \*6378, \*6448

Politische Koreakonferenz \*6282, \*6352, 6372

und Vereinte Nationen 6277, \*6281, \*6378, \*6418

Wahlen 6621, 6623, 6653f.

Wiedervereinigung 6621f.

Korea (Nord)  
und China (Volksrepublik) \*6418

Korea (Süd)  
und Indochina \*6418

und Vereinigte Staaten \*6314, 6324, 6326

Wahlen \*6664

Landwirtschaft  
und Atomenergie 6278

Europa 6239ff., 6361ff., 6443, 6471, 6557, 6679, 6682

Flurbereinigung 6333

Mechanisierung 6337

Veredlungswirtschaft 6335  
und Vereinte Nationen (Wirtschafts- und Sozialrat) 6660

Liberaler Bewegung für ein Vereintes Europa 6348

Liberaler Weltunion 6348

Libyen  
und Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation \*6281

**Luxemburg**

und Belgien (Wirtschaftsunion) 6453

Eisenerze 6540

und Europäische Zahlungsunion \*6415

und EVG \*6549, 6557, 6598

Handel 6431

Landwirtschaft 6333, 6335f., 6361, 6363f., 6443, 6457f.

Lebensstandard 6458f.

Ministerpräsident \*6313

Schrott 6540

Stahl 6540

Steuern 6454

Verteidigung 6326

Wahlen \*6663

Wirtschaft 6453ff.

Marokko  
und Arabische Liga \*6378

und Frankreich \*6376, \*6378, \*6417

Marshallplan 6421ff., 6455f., 6472f., 6476, 6493

Montanunion  
s. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Neuseeland  
Thronrede Königin Elisabeth II. \*6352

Niederlande  
Arbeits- und Sozialpolitik 6569

und belgisch-luxemburgische Wirtschaftsunion 6554

Bevölkerungsfragen 6374, 6572

und Europäische Zahlungsunion 6456

und EVG \*6377, \*6417, 6452, \*6485, 6557

Handel 6431f., 6454ff., 6459

und Konvention zum Schutz der Menschenrechte 6556, 6597

Landwirtschaft 6333f., 6338ff., 6361, 6364f., 6443, 6457f., 6557

Lebensstandard 6458f.

und Marshallplan 6456

Rat der Europäischen Bewegung \*6485

Stahl 6540

Steuern 6454

Verteidigung 6326

Wirtschaft 6374, 6453f., 6555

Zölle 6454

Nordischer Rat 6652

Norwegen  
Arbeitsmarkt 6574

und Atlantikpakt \*6377

Außenpolitik 6651

Bevölkerungsfragen 6574

und Deutsche Demokratische Republik \*6629

und Europarat 6452

und EVG 6290

und gemeinsamer nordischer Markt 6649ff.

Hafenbau \*6589

Handel 6431

Investitionen 6650

Landwirtschaft 6333, 6336, 6361, 6364f.

Regierungswechsel \*6663

Thronrede \*6377



**Verkehr 6651**

Verteidigung 6325, \*6377

Vollbeschäftigung \*6377

Wirtschaftspolitik 6651

Zölle 6651

**Oeffentliche Meinung 6251, 6353ff.****Oesterreich**

Anschlußbestrebungen 6654f.

Außenhandel \*6313, \*6447

Besatzungsfragen 6515ff., 6654ff.

Bevölkerungsfragen 6570, 6573

und Bundesrepublik Deutschland

\*6377, 6655

und Europäische Zahlungsunion

\*6483

und Europarat 6320

Handel \*6281

und Internationale Zivil-Luftfahrt-

Organisation 6672

Landwirtschaft 6361, 6363f., 6557

und Montanunion 6669ff.

**Noten**

an den alliierten Rat (österreichische Lufthoheit), vom 19. Dezember 1953: \*6313

an die Außenminister der Berliner Konferenz, vom 22. Januar 1954: \*6377

an die vier Großmächte (Berliner Konferenz), vom 5. Januar 1954: \*6351

Oelfelder (Förderung durch Sowjetunion) 6523 Anm. 32

**Parteien**

Oesterreichische Volkspartei \*6377

Sozialistische Partei \*6485

Regierungserklärungen 6515, 6558, 6598, 6655

und Sowjetunion \*6377, 6398, 6435,

6510ff., 6523 Anm. 2, 6654

Staatsvertrag \*6351, \*6377, 6397f., 6410ff., 6435f., 6441f., \*6447, \*6486,

6509, 6514ff., 6523f., 6619, 6655

und USA (Wirtschaftshilfe) \*6351,

6517ff.

und Vereinte Nationen 6515

**Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur**

s. Vereinte Nationen

**Pakistan**

amerikanische Militärhilfe \*6632

Außenpolitik \*6418

und Indochina 6621

und Sowjetunion \*6632

und Türkei (Abkommen) \*6447,

\*6545, \*6549f., \*6631f.

und USA \*6448, \*6664

Verteidigung \*6448, \*6631f.

**Panuropäische Bewegung** \*6279**Patente**

Europäisches Patentamt 6471

Konvention über — 6317

**Persien**

Belagerungszustand \*6418

und Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation \*6281

und Großbritannien \*6281

Moslem-Bruderschaft \*6418

Wahlen \*6314, \*6418

**Polen**

und Atlantikpakt 6274

und Deutschland 6273

und EVG 6274, 6498

und Frankreich 6498

Gewerkschaften \*6631

Glaubensfreiheit \*6313

Minderheiten \*6281

**Noten**

an Frankreich, Belgien, Dänemark, Luxemburg, Niederlande und Norwegen gegen Wiedererrichtung des deutschen Militarismus, vom 19. November 1953: 6273 (Wortlaut)

an die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien gegen Wiedererrichtung des deutschen Militarismus vom 25. November 1953: 6498

und Oder-Neiße-Linie \*6281, \*6485

Vereinigte Arbeiterpartei \*6545

**Portugal**

Arbeitsmarkt 6570

und Internationale Zivil-Luftfahrt-

Organisation 6672

Landwirtschaft 6361, 6363

Verteidigung 6326

**Presse**

Europäische Studiengemeinschaft für

Informationen \*6279

Internationales Presse-Institut \*6349,

\*6631

**Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe**

\*6545

**Rechtswissenschaft**

Internationales Recht 6559ff., 6635ff.,

6687

Internationaler Gerichtshof 6610,

6636

Völkerrecht 6250f., 6635ff.

Völkerrechtssoziologie 6636f.

Supranationales Recht 6263ff., 6494,

6559ff.

Grundrechte, Menschenrechte \*6546,

6559ff., 6602, 6635, 6694

Institut für Vereinheitlichung des

Privatrechts 6687

**Regierungsbildung und -wechsel**

Aegypten \*6589

Anglo-ägyptischer Sudan \*6351,

\*6486

Belgien \*6587, 6598

Finnland \*6630

Italien \*6350, \*6377, \*6417

Norwegen \*6663

Syrien \*6448

Tunesien \*6486

Vietnam \*6314, \*6352

**Regierungserklärungen**

Belgien \*6629

Bundesrepublik Deutschlnd \*6446,

6536, \*6588, 6626

Deutsche Demokratische Republik

\*6311, \*6375, \*6415, \*6445, 6535f.

Frankreich \*6350, \*6384

Italien \*6447

Jugoslawien \*6377

Oesterreich 6515, 6655

Sowjetunion 6534

**Rumänien**

Arbeiterpartei (Generalsekretär)

\*6589

und europäischer Sicherheitspakt

\*6545

Gewerkschaften 6660

**Rundfunk**

Bundesrepublik Deutschland \*6416

Fernsehen 6452, 6557, 6692

**Sargebiet**

Besatzung 6612f.

und Bundesrepublik Deutschland

\*6280, 6317, 6345, \*6445, \*6484,

\*6544, \*6548, 6554, \*6587, 6604,

6614ff., 6627f., \*6629, 6655ff.,

6660

und Europäische Politische Gemein-

schaft \*6544, 6607

und Europarat 6316f., 6344, 6449f.,

\*6485, 6554, 6557, 6592ff., 6605f.,

6667, 6673f., 6676

und EVG 6345, 6599, 6607

Finanzfragen 6601

und Frankreich \*6280, 6317, 6345,

\*6445, \*6484f., \*6544, 6600ff.

Gesetz über politische Parteien 6603

Gewerkschaften 6600

Justiz 6601

Kohle 6539, 6600, 6612

Landwirtschaft 6557

und Montanunion \*6375, 6606

Mouvement pour le rattachement de la Sarre à la France 6600

**Parteien**

Demokratische Partei 6599, 6603,

6609

Sozialdemokratische Partei \*6544

Presse 6604

Rechtsstellung 6599ff., \*6630

Stahl 6540

und Union Europäischer Föderalisten

6659

und USA 6612

van Naters-Plan 6344ff., 6592ff.

Wahlen 6599, 6604f., 6673

Zölle 6601

**Schul- und Hochschulwesen**

Europa 6301, 6452, 6465, 6471, 6557

Geschichtslehrbücherrevision 6556,

6690

Schulabgangszeugnisse (Gleichwertig-

keit) 6318, 6597, 6690, 6694

**Schweden**

Arbeitsmarkt 6574

Außenpolitik 6651

Bevölkerungsfragen 6574

und Deutsche Demokratische Repu-

blik \*6629, \*6664

und Europarat (Abgeordnete) 6557

und gemeinsamer nordischer Markt

6649ff.

Handel 6431

Landwirtschaft 6333f., 6336ff., 6361,

6364f.

Lebensstandard 6651

und Montanunion 6671

Sichtvermerke 6694

Thronrede \*6351

Verteidigung \*6351

Verkehr 6651



- Wirtschaft \*6351, 6651  
Zölle 6651
- Schweiz**  
Arbeitsmarkt 6574  
Bundespräsident \*6313  
und Europäischer Wirtschaftsrat 6374  
Finanzfragen 6374, \*6378  
Handel 6431  
und Internationale Zivil-Luftfahrt-Organisation 6672  
Landwirtschaft 6333f., 6336ff., 6361, 6363, 6365, 6557  
Schweizer Europa-Hilfe 6575  
Wirtschaft 6374
- Skandinavien**  
und Deutsche Demokratische Republik \*6629  
gemeinsamer Arbeitsmarkt \*6661  
gemeinsamer Markt 6649ff.  
Gewerkschaften 6651  
Konferenz der Ministerpräsidenten \*6589  
Sichtvermerke 6651, 6685f.  
Verkehr 6651  
Zölle 6651
- Sowjetunion**  
Abrüstung \*6313, 6439  
und Allierter Kontrollrat in Deutschland 6501  
und Atlantikpakt 6321, 6341, 6411f., 6436, 6508ff., 6534  
Atomenergie 6276, \*6313, \*6351, 6406ff., 6440, \*6664  
Außenpolitik 6321f., 6406, \*6418, 6435, \*6445f., \*6448, 6495, 6497, 6526ff., 6536, 6617, 6658  
und Australien (diplomatische Beziehungen) \*6590  
Bevölkerungsdichte 6337  
und Bundesrepublik Deutschland 6441, \*6630  
und Deutsche Demokratische Republik \*6313, \*6445, 6481, 6534f.  
und Deutschland 6526, 6531  
und EVG 6321, 6341, 6372, 6412, 6435, 6441, 6495, 6497, 6500, 6505, 6533, 6619, 6658  
und Finnland (Wirtschaftsverhandlungen) \*6312, \*6417  
und Frankreich \*6281, 6506  
und Genfer Ostasienkonferenz 6372, 6407, 6439, \*6545  
und Großbritannien \*6350, 6503, 6506, \*6631  
Handel 6432, 6585  
Haushalt \*6589  
Hoher Kommissar für Deutschland 6414, \*6483, 6534, \*6548  
Industrie 6321  
Innenpolitik 6321  
und Internationale Arbeitsorganisation \*6589  
Kohle 6539  
Kommunistische Partei 6321  
und Konvention zum Schutz von Kriegsgopfern \*6589  
Landwirtschaft 6321, 6362, 6364  
Lebensstandard \*6589  
Noten  
an Griechenland (gegen amerikanische Stützpunkte), vom 18. März 1954: \*6545  
an Irak (gegen Verteidigungsabkommen), vom 26. März 1954: \*6545  
an Niederlande (gegen Stationierung amerikanischer Luftstreitkräfte), vom 18. März 1954: \*6545  
an österreichische Regierung zur österreichischen Frage auf der Berliner Konferenz, vom 17. Januar 1954: \*6377  
an österreichische Regierung über angebliche Anschlußbestrebungen, vom 17. Mai 1954: 6654  
an Pakistan (gegen amerikanische militärische Unterstützung), vom 27. März 1954: \*6545  
an Türkei zum Verteidigungsabkommen Türkei—Pakistan, vom 18. März 1954: \*6545  
an die Westmächte zur Berliner Viermächtekonferenz, vom 26. November 1953: 6497  
an die Westmächte zur Berliner Viermächtekonferenz, vom 26. Dezember 1953: 6308 (Wortlaut)  
an die Westmächte zur Berliner Viermächtekonferenz, vom 4. Januar 1954: 6309 (Wortlaut)  
an die Westmächte über die europäische Sicherheitsfrage, vom 31. März 1954: \*6545, 6502, 6532ff. (Wortlaut)  
Oberster Sowjet \*6418  
und Oelförderung auf österreichischen Feldern 6523 Anm. 32  
und Oesterreich \*6377, 6398, 6435f., \*6486, 6516ff., 6523 Anm. 2., 6619, 6654ff.  
Sicherheitspakt (Vorschlag) 6322, 6341, 6411, \*6416, 6436, 6441f., \*6445, \*6485, 6496ff., 6529f. (Wortlaut), 6532ff., \*6543, \*6545f., \*6589, 6618  
und Triest 6514, 6518f.  
und UNESCO \*6589  
und USA \*6313, \*6351, 6372  
und Vereinte Nationen 6619  
Verteidigung 6321, \*6418, \*6589, 6617, \*6661, 6674  
Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa 6442f., \*6444  
Sozialistische Internationale 6442, 6452, \*6631  
Sozialpolitik  
s. Arbeits- und Sozialpolitik  
Spanien  
und Arabische Liga \*6378  
Arbeitsmarkt 6570  
und Frankreich \*6378, \*6418  
Gewerkschaften 6660  
und Gibraltar \*6663f.  
und Großbritannien \*6664  
und Internationale Zivil-Luftfahrt-Organisation 6672  
Landwirtschaft 6362f.  
und Marokko \*6418  
Protestanten 6676  
und USA 6675  
Straßburg-Plan  
s. Europarat  
Suezkanal \*6351, \*6378, \*6546  
\*6351, \*6378, \*6546  
Syrien  
und Israel \*6378  
Regierungswechsel \*6448
- Thailand**  
und Vereinte Nationen (Sicherheitsrat) \*6664
- Triest**  
\*6281, \*6313, 6322, 6412, 6514, 6518f., \*6631, 6674, 6676
- Tschechoslowakei**  
und europäischer Sicherheitspakt (Sowjetischer Plan) \*6545  
Kommunistische Partei 6393  
Wissenschaft 6393ff.
- Türkei**  
und Aegypten \*6351  
Arbeitsmarkt 6570  
und Atlantikpakt \*6351  
Außenpolitik 6584  
und Balkanpakt \*6663  
Bevölkerungsfragen 6570, 6572f.  
und Bundesrepublik Deutschland \*6545  
und Cypern 6674  
und Europäische Konvention der Menschenrechte 6684  
und Israel \*6351  
und Jugoslawien \*6549  
Landwirtschaft 6334, 6361ff., 6365, 6443  
Note an Sowjetunion (türkisch-pakistanisches Abkommen), vom 9. Mai 1954: \*6631  
und Pakistan \*6447, \*6545f., \*6549f., \*6631  
Verteidigung 6326, \*6448, \*6631  
Wahlen \*6631  
Wirtschaft 6555, 6620
- Tunesien**  
Regierungsbildung \*6486
- Ungarn**  
und europäischer Sicherheitspakt (Sowjetischer Plan) \*6546  
und EVG \*6546  
UNESCO (United Educational, Scientific, and Cultural Organization)  
s. Vereinte Nationen, Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur  
Union Europäischer Föderalisten (UEF)  
6343, \*6375, 6657ff.  
Europa-Union (Bundesrepublik Deutschland) \*6629  
Europäische Föderalistische Bewegung (Italien) \*6350
- Vatikan**  
Weihnachtsbotschaft Papst Pius XII. \*6313



**Vereinigte Staaten von Amerika**

Arbeits- und Sozialpolitik \*6352  
und Atlantikpakt 6287f., 6324, \*6546,  
\*6550

Atomenergie 6275f., \*6281, 6309,  
\*6312f., 6324, 6351, \*6352, \*6378,  
6406, \*6447, 6474, \*6545ff., \*6550

Auslandhilfe s. Foreign Operations  
Administration

Auslandhilfegesetzgebung 6421ff.

Außenpolitik 6277, 6285ff., 6323ff.,  
\*6352, 6353ff., \*6378, 6421ff., 6493,  
\*6546, \*6549

Beamtenum 6356

Bricker-Amendment \*6448

und Bundesrepublik Deutschland 6493  
und China (Volksrepublik) 6348,  
\*6546

und Deutschland \*6280

Erziehungswesen 6356

und Europa \*6350, 6421ff., 6478,  
6499

und EVG 6287ff., 6292, \*6314, 6322,  
6495, 6500, 6505, 6582f., 6598

Foreign Operations Administration  
s. diese

und Frankreich 6288f.

und Genfer Ostasienkonferenz 6373,  
\*6448

und Großbritannien (Stützpunkte)  
\*6545

und Handel \*6280, 6348, \*6378,  
6430ff., 6480, \*6545, \*6547, 6592

Haushalt \*6378

Hawaii \*6352

und Indien \*6448, \*6486

und Indochina 6288, \*6546, \*6548f.,  
\*6589

Innenpolitik \*6352

und Italien \*6630

und Japan \*6314, 6347, \*6486, 6493  
und Kanada \*6632

Kohle 6539

Kommunisten 6357, \*6549

und Korea \*6314, 6324, 6326

Landwirtschaft 6334f., 6362, 6364

und Montanunion \*6415, 6554, 6669,  
6672, 6680

Noten

an die Sowjetunion zur Berliner  
Viermächtekonferenz, vom 1. Ja-  
nuar 1954: 6309 (Wortlaut) \*6352  
an die Sowjetunion, vom 8. Mai  
1954, als Antwort auf die Vor-  
schläge vom 31. März 1954: 6618  
(Wortlaut)

öffentliche Meinung 6354ff.

und Österreich \*6352, 6517ff.

und Pakistan \*6448, \*6664

und Pan American Union \*6546

Parteien

Demokratische Partei \*6418

Publizistik 6356ff.

Funkt-Vier-Programm 6638

Rassenprobleme \*6664

und Saargebiet 6612

und Sowjetunion \*6313, \*6351

und Spanien 6675

Steuerpolitik \*6352, \*6378

Streitkräfte \*6314, 6316, 6324, \*6550

Stützpunkte 6372, \*6545f., \*6550

und Südostasien \*6632

Taft-Hartley-Gesetz \*6352

und Triest 6322

und Vereinte Nationen 6324

Verteidigung 6276, \*6281, 6291,  
\*6314, 6323f., 6326, \*6352, \*6378,  
\*6549

Wirtschaft 6374, \*6378, 6478, 6480,  
\*6549, 6619

Wohnungswesen \*6352

Zahlungsbilanz 6374

Zölle \*6378

**Vereinte Nationen**

Organe:

Generalsekretariat \*6448

Vollversammlung 6275f., 6277f.,  
\*6281, \*6314, \*6378

Amt des Hochkommissars für  
Flüchtlingswesen \*6314, 6319,  
6576, 6597, 6691

Sicherheitsrat \*6281, \*6378, 6411f.,  
\*6418, 6499, 6530, \*6547, \*6550,  
\*6631f., \*6664

Wirtschafts- und Sozialrat

(ECOSOC) 6660

Wirtschaftskommission für  
Europa (ECE) 6335, 6472,  
\*6547, 6555, 6585

Wirtschaftskommission für Asien  
und den Fernen Osten  
(ECAFE) 6429ff.

Internationaler Gerichtshof 6610,  
6636

Sonderorganisationen

Allgemeines Zoll- und Handels-  
abkommen (GATT) 6460, 6470,  
6475, 6480, 6651, 6670, 6679

Ernährungs- und Landwirtschafts-  
organisation (FAO) \*6281, 6333,  
6335, 6679

Internationale Arbeitsorganisation  
(ILO) 6255f., 6259, 6261, \*6281,  
6576, \*6589

Internationales Arbeitsamt 6255f.,  
6259, 6555

Internationale Flüchtlingsorgani-  
sation (IRO) 6575

Internationale Zivil-Luftfahrt-  
Organisation (ICAO) 6320, 6591,  
6672

Internationaler Währungsfonds  
(IMF) 6475, 6478, 6480

Organisation für Erziehung, Wis-  
senschaft und Kultur (UNESCO)  
6467f., \*6589, 6597, 6660, 6689f.

Weltbank (IBRD) 6347, 6476

Weltgesundheitsorganisation  
(WHO) 6689

Abrüstung 6275, 6277, \*6550, \*6590,  
\*6632

und Atomenergie 6278, 6440, \*6550  
und Bundesrepublik Deutschland  
\*6446

Charta 6273, 6276, 6287, \*6350, 6407,  
6412, 6492, 6504, 6530, 6619, 6638  
und China \*6352, 6372, 6407, 6442,  
\*6547, \*6632

und Europarat 6677, 6694

Flüchtlinge \*6314, 6571, 6597

und Frankreich 6504

und Gewerkschaften 6660

und Großbritannien 6503f.

und Indien \*6550

und israelisch-ägyptischer Streit

\*6418, \*6547, \*6550

und israelisch-syrischer Streit \*6378,  
\*6550

und Korea 6277, \*6281, \*6352,  
\*6378, \*6418

Menschenrechte (Allgemeine Erklä-  
rung) 6559, 6635

und Österreich 6515

und Sowjetunion \*6589, 6619

und Thailand \*6664

und Triest \*6281, 6412, \*6631

und USA 6324, 6504

Zwangsarbeit 6660

**Verkehrswesen**

Commonwealth-Länder 6479

Europäische Kommission für zivile

Luftfahrt 6673

Europäische Verkehrsministerkon-  
ferenz \*6415, 6654, 6678

Internationale Zivil-Luftfahrt-Organi-  
sation 6320, 6591, 6672f.

Internationales Kraftwagenversiche-  
rungssystem 6686

Konvention über den Straßenverkehr  
6685

Luftfahrt 6672f.

Sichtvermerke 6320, 6598, 6651,  
6672, 6685f., 6694

Skandinavien 6649, 6652, 6685f.

Transportwesen \*6349, 6452, 6538,  
6591, 6669, 6672, 6680

**Wahlen**

Australien \*6664

Belgien \*6547, 6598

Bulgarien \*6311

Finnland \*6484

Frankreich (Staatspräsident) \*6312

Irland \*6663

Korea (Süd) \*6664

Luxemburg \*6663

Persien \*6314, \*6418

Schweiz (Bundespräsident) \*6313

Türkei \*6631

**Weltbank**

s. Vereinte Nationen

**Weltfriedensrat**

\*6589, \*6662

**Weltgesundheitsorganisation**

s. Vereinte Nationen

**Westunion**

Arbeits- und Sozialpolitik 6256f.  
und Genfer Fünfmächtekonferenz  
6554

**WHO (World Health Organization)**

s. Vereinte Nationen, Weltgesund-  
heitsorganisation

**Wirtschaft**

Europa 6555, 6619f., 6681ff.

Fremdenverkehr 6461

Genossenschaftswesen 6414

Internationales Büro zum Schutz des  
industriellen Eigentums 6687

Konferenzen

Europäische Bewegung \*6375,  
\*6415, 6443, 6450, 6469ff.

Internationale Zinn — \*6281

Internationaler Industriellen-  
Kongreß \*6662



Montanunion 6538ff., 6669, 6672  
 Patente 6679, 6687  
 Produktionssteigerung 6470f.  
 Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe  
 \*6545  
 Sozialisierung (Großbritannien) 6304  
 Südeuropa 6679, 6683  
 Unterentwickelte Länder 6433

Welternährungslage \*6281  
 Weltkohlenlage 6539  
 Wettbewerb 6470, 6479, 6538f.,  
 \*6661  
 Zinn \*6281  
**Wirtschaftsunionen**  
 belgisch-luxemburgische — 6453, 6554  
 Europa 6453ff.

Frankreich-Saarland 6345, \*6484f.,  
 6600ff.

**Zentralafrikanische Föderation**  
 \*6352  
**Zwischenstaatliches Komitee für Euro-  
 päische Auswanderung (ICEM)**  
 6574  
 und Europarat 6577, 6597, 6691

## Personenverzeichnis

**Abs**, Hermann J. 6415, 6629  
**Acheson**, Dean 6294, 6323, 6423,  
 6426, 6493, 6612  
**van Acker**, Achill 6587, 6598, 6629  
**Ackermann**, Anton 6376  
**Adenauer**, Konrad 6279ff., 6288,  
 6290, 6311, 6320, 6349f., 6375f.,  
 6416, 6435, 6444ff., 6483ff., 6495,  
 6536, 6544f., 6554, 6587f., 6597,  
 6626f., 6629f., 6655f., 6661, 6667f.,  
 6673  
**Akbay**, Muvaffak 6684  
**Alexander**, Lord 6327  
**Alexandrow**, J. 6322, 6497  
**Ali**, Mohammed 6448, 6621  
**Almond**, Gabriel 6354  
**Alphand**, Hervé 6578  
**Alric**, Gustave 6557  
**Als**, Robert 6578  
**Amery**, Leopold Charles 6450, 6598  
**Andersson**, Gustaf Henning 6557  
**Apostol**, Gheorghe 6589  
**Arnold**, Karl 6484  
**el-Atassi**, Haschem 6448  
**Attlee**, Clement Richard 6306, 6549  
**Auriol**, Vincent 6350, 6588, 6631  
**Azara**, Antonio 6663, 6676  
**el-Azhari**, Ismail 6351

**Bach**, Otto 6629  
**Bayar**, Celal 6631  
**Balke**, Siegfried 6280  
**Bao Dai** 6314, 6623, 6653  
**Beaufort**, L. J. C. 6684  
**Bech**, Joseph 6313, 6663  
**Becher**, Johannes R. 6349  
**Becker**, Max 6628, 6675  
**Bedell Smith**, Walter 6591, 6622,  
 6629, 6653f.  
**Bell**, Ronald 6598, 6682, 6685  
**Bengtsson**, Tore 6557  
**Benvenuti**, Lodovico 6320, 6592  
**Bérard**, Armand 6656  
**Berg**, Fritz 6661  
**Berg**, Paal 6684  
**Berija**, Lawrentij P. 6313, 6321  
**Beutler**, Wilhelm 6629  
**Bevan**, Aneurin 6306, 6549  
**Bevin**, Ernest 6306, 6493f.  
**Beyen**, Johan Willem 6289, 6348,  
 6667, 6691

**Bidault**, Georges 6280, 6286f., 6290,  
 6315, 6322, 6372f., 6409ff., 6415,  
 6417, 6445f., 6484f., 6498, 6500,  
 6503, 6505ff., 6517, 6519, 6530,  
 6548, 6554, 6557, 6588, 6621ff.,  
 6629, 6653ff., 6663  
**Bierut**, Boleslaw 6545  
**Black**, William 6684  
**Blank**, Theodor 6578, 6592  
**Plankenborn**, Herbert 6554  
**Eleek**, Karl-Theodor 6597  
**Blücher**, Franz 6445, 6586, 6624f.  
**Boggiano-Pico**, Antonio 6668, 6682,  
 6692  
**Boggs**, Thomas Hale 6423  
**Bohlen**, Charles E. 6351, 6545  
**Bohy**, Georges 6449f., 6592, 6675f.,  
 6678  
**Bolz**, Lothar 6417, 6659  
**Boothby**, Sir Robert 6598  
**Bottomley**, Arthur George 6592,  
 6598, 6679, 6681ff.  
**Bowden**, Herbert 6598, 6668  
**Boyle**, Sir E. 6598  
**Brauer**, Max 6629  
**Braun**, Heinz 6557, 6592  
**von Brentano**, Heinrich 6348, 6376,  
 6444, 6592, 6627, 6656, 6668, 6673,  
 6676  
**Bricker**, John W. 6448  
**Brill**, Hermann 6443  
**Brooman-White**, Richard 6598, 6670,  
 6676  
**Brown**, M. G. 6596, 6598  
**Brugmans**, Henri 6452  
**Bruins Slot**, J. A. 6670  
**Bulganan**, Nikolai A. 6328, 6589  
**Burckhardt**, Helmuth 6384  
**Butler**, Richard Austen 6624f., 6683  
**Buu Loc**, Prinz von Vietnam 6352

**Caccia**, Sir Harold 6350  
**Callaghan**, L. James 6598  
**Campbell**, Sir L. 6598  
**Carcassonne** Roger 6671  
**Cardon**, Philip V. 6282  
**Casey**, Richard 6621f., 6653  
**Cassady**, John Howard 6483  
**Cassimatis**, Gregoire 6676  
**Cattani**, Attilio 6555  
**van Cauwelaert**, Frans 6668

**Ceausescu**, Nicolai 6589  
**Chaban-Delmas**, Jacques 6668, 6673  
**Charpentier**, René 6681f.  
**Chesham**, Lord 6682  
**Chetwynd**, George 6668, 6670  
**Chruschew**, Nikita 6321, 6328  
**Churchill**, Sir Winston 6288, 6290,  
 6312, 6322, 6447, 6451, 6483,  
 6490ff., 6494f., 6497, 6502, 6545,  
 6549, 6588, 6631, 6663  
**Combs**, Thomas F. 6483  
**Conant**, James B. 6544  
**Cook**, Thomas 6300ff.  
**Correns**, Erich 6659  
**Costello**, John A. 6663  
**Coty**, René 6312, 6350, 6376, 6557  
**Couchoud**, Eitel Viktor 6464  
**Coudenrove-Kalergi**, Graf Richard  
 6279, 6592  
**Crosbie**, James 6685  
**Cunin**, Georges 6384  
**Cyrankiewicz**, Josef 6313, 6545

**Dahlem**, Franz 6376  
**Daladier**, Edouard 6446, 6485, 6544  
**Dalea**, Mihai 6589  
**Dany**, René 6290  
**Daum**, Léon 6279  
**Deakin**, Arthur 6306  
**Dean**, Arthur 6282  
**Debré**, Michel 6544, 6663  
**Dehler**, Thomas 6483f., 6544, 6586,  
 6629f., 6656  
**Dehousse**, Fernand 6384, 6676  
**Deist**, Heinrich 6629  
**Delbos**, Yvon 6348, 6668  
**Dibelius**, Otto 6659, 6661f.  
**Dieckmann**, Johannes 6350, 6659  
**Dixon**, Sir Pierson 6590  
**Djilas**, Milovan 6312, 6351, 6377  
**Djuritsch**, Dragoje 6281  
**Dodd**, Norris Edward 6282  
**Dominedo**, Francesco Maria 6684  
**Dorolle**, Pierre Marie 6598  
**Droulias**, Tassis 6675  
**Dulles**, John Foster 6280f., 6286ff.,  
 6290f., 6313f., 6322f., 6325f., 6352,  
 6372f., 6409ff., 6415, 6422, 6444,  
 6448, 6486, 6495, 6499, 6502, 6504f.,  
 6507, 6509ff., 6517, 6519ff., 6546,  
 6548f., 6550, 6588, 6590, 6621f.,  
 6630, 6632, 6654, 6664



Dupong, Pierre 6313  
Duvieusart, Jean 6316

Ebert, Friedrich 6548  
Ebüzziya, Ziyad 6675  
Eccles, Sir David 6681f.  
Edelsten, Sir John 6310, 6327  
Eden, Anthony 6280f., 6322, 6350,  
6372f., 6409ff., 6444ff., 6489ff.,  
6499f., 6503ff., 6515, 6517, 6519,  
6521, 6525, 6546, 6549, 6588,  
6621ff., 6653f., 6662f.

Ehlers, Hermann 6350, 6415  
Einaudi, Luigi 6350, 6417  
Eisenhower, Dwight D. 6275ff.,  
6290f., 6312ff., 6322ff., 6352, 6378,  
6418, 6447f., 6478, 6486, 6492, 6515,  
6546f., 6549f., 6582, 6587, 6590,  
6632, 6664

Elfes, Wilhelm 6662  
Elisabeth II., Königin von Großbri-  
tannien 6352, 6418

Elmgren, Bengt 6668, 6670

Ely, Paul 6663

Erhard, Ludwig 6280, 6553, 6587,  
6624f., 6661f.

d'Estaing, Edmond Giscard 6473

Ete, Muhlis 6668, 6684

Etzel, Franz 6670

Euler, August Martin 6544, 6586

Eustathiades, Constantin T. H. 6684

Faber, Paul 6684

Fairfax, Lord 6598, 6682

Fanfani, Amintore 6350, 6377

Faure, Maurice 6348, 6607

Fazekas, Janos 6589

Federspiel, Per 6382, 6596, 6668,  
6670, 6680, 6682

de Félice, Pierre Henri 6592, 6673,  
6682, 6685

Fens, J. J. 6676

Fierlinger, Zdeněk 6393

Figl, Leopold 6410ff., 6447, 6515,  
6517f., 6521f.

Finet, Paul 6383, 6592

Flandin, Pierre-Etienne 6630

Flückiger, Hermann 6524 Anm. 46

Förster, Paul 6414

Fohrmann, Jean 6671

Foster, John G. 6558, 6598

Franco, Francisco 6377, 6417f.

François-Poncet, André 6554

Freitag, Walter 6375

de Freitas, Geoffrey 6383, 6450, 6554,  
6598, 6685

Frey, Charles 6557

Friedländer, Ernst 6376, 6445, 6629

von Friesen, Bertil 6557

Fiest, Irmgard 6684

Fulbright, James William 6422ff.,  
6426

de Gasperi, Alcide 6592, 6671

George, Walter F. 6448

Gereke, Günter 6659

Gerns, Heinrich 6668

Gerstenmaier, Eugen 6557, 6592,  
6627

Cheorghie--Dej, Gheorge 6589

Giacchero, Enzo 6383

Gibson, Hugh 6452, 6598

Goedhart, F. J. 6668, 6676, 6693

van der Goes van Naters, Marinus  
6279, 6317, 6344, 6450, 6554, 6592,  
6603ff., 6609, 6629, 6656, 6668,  
6673, 6679

Gosnjak, Ivan 6377

Gottwald, Klement 6395

Grandval, Gilbert 6656

Grewe, Wilhelm 6280, 6416, 6495

Griffiths, James 6306

Grotewohl, Otto 6313, 6375, 6415,

6445, 6481f., 6484, 6544, 6548

Gruber, Karl 6515

Grüber, Heinrich 6659, 6662

Grunther, Alfred M. 6310, 6327

Guillaume, Augustin 6662

Gustaf VI. Adolf, König von Schweden  
6351

Haakon VII., König von Norwegen  
6377

Haberland, Ulrich 6629

Hägglof, Sten Ingmar 6678

Haekkerup, Per 6682

Hall, Sir Robert 6619

Hallstein, Walter 6320, 6553, 6592,  
6629, 6656

Hammarskjöld, Dag 6378, 6448,

6550, 6654, 6694

Hansen, Ingeborg 6684

Haussmann, Wolfgang 6586

Hayes, Michael 6318, 6556

Heck, Karl 6543

Hector, Edgar 6601

Heinemann, Gustav 6544

Helmer, Oskar 6654

Henderson, Lord 6598, 6668

Henle, Günter 6629

Herriot, Edouard 6585, 6544, 6591

Herrstadt, Rudolf 6376

Herter, Christian Archibald 6421

Heuss, Theodor 6543f.

van Heuven-Goedhart, Gerrit Jan  
6314, 6452, 6598, 6691

Heyman, Henri 6383, 6668, 6679,  
6688

Höpker-Aschoff, Hermann 6375

Hoffman, Paul 6424

Hoffmann, Johannes 6375, 6588,  
6600, 6602, 6604, 6656, 6673

Hollis, Maurice 6598, 6682

Hope, Lord John 6598, 6679

van Houtte, Jean 6547, 6587

Howe, Sir Robert 6486

Hull, John E. 6418, 6489, 6491ff.

Hyde, H. Montgomery 6598, 6685

Hynd, John 6592

Jlitschow, Iwan 6654f.

Ilk, Hertha 6586

Ikeda, Hayato 6347

Ismay, Lord 6310, 6322, 6327f.

Jacquet, Marc 6663

Jakobsen, Frode 6592, 6675

Jakoby, Neil Herman 6619

Jamali, Fadhil 6351

Jebb, Sir Gladwyn 6662

Jenks, C. Wilfred 6598

Johnson, Joseph E. 6353

Jonasson, Herman 6684

Jouhaux, Léon 6588

Jouve, Géraud 6316, 6449, 6452,  
6553, 6591-

Judd, Walter H. 6424f.

Juin, Alphonse 6544, 6548, 6629

Kabanow, Iwan G. 6312

Kaganowitsch, Lazar M. 6589

Kahn, Emile 6544

Kaisen, Wilhelm 6442, 6629

Kaiser, Jakob 6416, 6445f.

Kalbitzer, Helmut 6681ff.

Kanngießer, Wolfgang 6629

Kaptein, P. J. 6668

Kaschani, Ayatollah 6418

Kekkonen, Urho 6312

Kemal Atatürk 6584

Kendall, Paul W. 6349

Kennan, George F. 6353

van de Kieft, J. 6382

Kiesinger, Kurt Georg 6383, 6668

Klečka, Anton 6396

Klepacz, Michael 6313

Klompé, Margaretha A. M. 6381,  
6669, 6677, 6680

Kluthe, Hans Albert 6629

Knudsen, Kai 6663

Köprülü, Fuad 6447, 6631

Koniew, Iwan S. 6313

Kopecky, Vaclav 6395

Kost, Heinrich 6629

Kotelawala, Sir John 6621

Kraft, Ole Bjoern 6668, 6675

Kraft, Waldemar 6592, 6628

Kurtz, Josef 6673

Kutsch, Paul 6600

Laabs, Hans-Joachim 6543

Lacoste, Francis 6662f.

La Malfa, Ugo 6592

Lange, Halvard 6289, 6322, 6592,  
6694

Laniel, Joseph 6294, 6312, 6350,  
6484, 6548, 6588, 6630

Lannung, Hermod 6670, 6676f.,  
6685

Larock, Victor 6442, 6598

Laufberger, Wilhelm 6393

Layton, Lord 6315, 6449, 6598,  
6667ff., 6679, 6682, 6692

Lehmann, Otto 6631

Lei Jen-min 6624

Lemaire, Maurice Henri 6592

Léon, P. 6587

Le Troquer, André 6350, 6592

Leverkuehn, Paul 6629

Lévy, Paul M. G. 6384, 6452, 6558,  
6597

Lippmann, Walter 6293

Lloyd, Selwyn 6632

Loch, Hans 6349, 6659

Lombardo, Ivan Matteo 6578

Lucifero, Robert 6668

Luigs, Paul 6543

Luns, Joseph M. 6622

Lychnos, Gérassimos 6675, 6682

Lyttelton, Oliver 6312

Maccas, Léon 6476, 6592, 6675

McCormick, Lynde D. 6310, 6327,  
6444



- Macher, Fritz** 6280  
**MacLay, John Scott** 6676  
**de Madariaga, Salvador** 6592  
**Malenkow, Georgij M.** 6313, 6321, 6328, 6515, 6589  
**Malik, Jakob** 6312, 6516, 6632  
**Mandalinci, Zeyyat** 6675  
**Mange** 6381, 6415  
**von Manteuffel, Hasso** 6662  
**Marchal, Léon** 6315, 6320, 6383, 6449, 6592, 6598, 6694  
**Marjolin, Robert** 6555, 6592  
**Marshall, George C.** 6422, 6493  
**Massip, Roger** 6290  
**Matern, Hermann** 6548  
**Mayer, Daniel** 6417, 6663  
**Mayer, René** 6343, 6485  
**Mende, Erich** 6586, 6592  
**Menderes, Adnan** 6631  
**Menemencioglu, Numan** 6317  
**Menon, Krischna** 6653f.  
**de Menthon, François** 6315, 6343, 6381, 6449, 6553, 6668f., 6673  
**Menzies, Robert** 6664  
**Mercouris, Stamatios** 6674  
**von Merkat, Hans-Joachim** 6557, 6627, 6661  
**Merkulow, W. N.** 6313  
**Michélet, Edmond** 6544  
**Middelhaue, Friedrich** 6586  
**Mikojan, Anastas I.** 6548, 6589  
**Mikolajczyk, Stanislaw** 6491  
**Mills, Walter** 6293  
**Minc, Hilary** 6545  
**Moch, Jules** 6632, 6662f.  
**Moe, Finn** 6682  
**Moghioros, Alexandru** 6589  
**Mohammed ben Jussef** 6376, 6378, 6417f.  
**Mohammed ben Moulay Arafa, Sultan von Marokko** 6378  
**Mollet, Guy** 6442, 6449f., 6592, 6596, 6663, 6668, 6674, 6676  
**Molotow, Wjatscheslaw M.** 6328, 6351, 6372f., 6409ff., 6416, 6435f., 6441, 6444f., 6484ff., 6489, 6496, 6498ff., 6503ff., 6517ff., 6526ff., 6531, 6545f., 6589, 6621ff., 6653  
**Mommer, Karl** 6558, 6627, 6673, 6676, 6678, 6684f.  
**Monnerville, Gaston** 6350, 6592  
**Monnet, Jean** 6375, 6415, 6541, 6553, 6591, 6630, 6656, 6669, 6671, 6674, 6680  
**Montgomery, Viscount Robert** 6661  
**Morrison, Herbert** 6306, 6447, 6598, 6674  
**Morse, David** 6452, 6598  
**Mossadegh, Mohammed** 6282, 6314  
**Motz, Roger** 6676  
**Müller, Erwin** 6604, 6607  
**Müller, Josef** 6629  
**Mulert, Friederike** 6629  
**Mutter, André** 6668  
**Myrdal, Gunnar** 6585, 6598  
  
**Naegelen, Edmond** 6312, 6663  
**Naguib, Mohammed** 6351, 6447, 6486, 6546, 6589  
**Nam Il** 6621, 6653  
  
**Nasser, Gamal Abdel** 6351, 6447, 6486, 6589  
**Nehru, Jawaharlal** 6448, 6486, 6550, 6590, 6621, 6664  
**Nejedly, Zdeněk** 6393ff.  
**Neumann, Franz** 6279  
**Neumayer, Fritz** 6586  
**Nguyen Quoc Dinh** 6622  
**Nguyen Trung Vinh** 6588  
**Nguyen Van Tam** 6314  
**Nixon, Richard M.** 6589  
**Noddings, Paul** 6587  
**Norden, Albert** 6349  
**Nottet, P. J.** 6592, 6672f.  
**Novotný, Antonín** 6393  
**Nowak, Zeon** 6545  
**Nuschke, Otto** 6349f., 6659  
**Nutting, Anthony Harold** 6592, 6598, 6673, 6675, 6680  
  
**Oberländer, Theodor** 6280, 6548, 6597, 6628  
**Oelssner, Fred** 6548  
**Ohlen, Bertil Gotthard** 6557  
**Oldenbroek, Jacobus Hendrik** 6311  
**Ollenhauer, Erich** 6311, 6349, 6375f., 6416, 6442ff., 6483, 6485, 6511, 6543, 6547, 6587f., 6626f., 6661  
**Oppenheim, Carl Frhr. von** 6629  
**Oppenheimer, Robert** 6550  
**Overbeck, K.** 6667  
  
**Palewski, Gaston** 6417  
**Pandit, Vidjaja Lakschmi** 6282  
**Papagos, Alexander** 6376, 6485, 6630, 6663  
**Patterson, Morehead** 6632  
**Paulssen, Hans Constantin** 6311  
**Pearson, Lester Bowles** 6289, 6622, 6632  
**Pear, Thomas** 6668  
**Pelissier, Pierre** 6663  
**Pella, Giuseppe** 6289, 6322, 6350, 6592  
**Pelt, Adrian** 6598  
**Pernot, Georges** 6450, 6668, 6677, 6684  
**Petitpierre, Max** 6624  
**Petren, Sture** 6684  
**Petrow, Apollon A.** 6590  
**Pevtschin, Geneviève** 6684  
**Pezet, Ernest** 6668, 6676, 6682  
**Pfleiderer, Karl Georg** 6495, 6628, 6630, 6661, 6692  
**Pflimlin, Pierre** 6350  
**Pham Van Dong** 6622f., 6654  
**Philip, André** 6592, 6663  
**Piccioni, Attilio** 6417  
**Pieck, Wilhelm** 6375, 6417, 6548  
**Pijade, Moshe** 6377  
**Pittermann, Bruno** 6320, 6384  
**Pius XII., Papst** 6313  
**Pleven, René** 6348  
**Plowden, Sir Edwin** 6417  
**Poher, Alain** 6669f.  
**Popowitsch, Kotscha** 6312, 6377, 6549, 6631  
**Potthoff, Heinz** 6383  
**Preusker, Viktor-Emanuel** 6279, 6586  
**Pünder, Hermann** 6604, 6671  
  
**Pyun Yung Tai** 6418, 6621, 6623, 6653f.  
  
**Raab, Julius** 6377, 6447, 6485, 6515, 6558, 6591, 6631, 6654f.  
**Rademacher, Max** 6586  
**Radford, Arthur W.** 6282, 6323f.  
**Radius, René** 6673  
**Randall, Clarence B.** 6378  
**Rasquin, Michel** 6316  
**Rau, Heinrich** 6548  
**Reading, Lord** 6653  
**Reed, Daniel A.** 6378  
**Reimer, Eduard** 6554  
**Reinink, H. J.** 6558  
**Renard, André** 6375, 6384, 6553, 6591  
**Reuter, Georg** 6588  
**Rey, Jean** 6598  
**Rhee, Syngman** 6664  
**Ridgway, Matthew B.** 6550  
**Rohens, Alfred** 6596, 6598, 6668, 6676, 6678  
**Rolin, Henri** 6508, 6668, 6676  
**Ronan, Sean** 6555ff.  
**Roosevelt, Franklin D.** 6491f., 6549  
**Rosenberg, Ludwig** 6376  
**Roser, Dieter** 6629  
**Royer, Jean Emile** 6598  
**Rubattel, Rodolphe** 6313  
**Russel, Bertrand** 6592  
  
**Saillant, Louis** 6631  
**St. Laurent, Louis** 6416f.  
**Salan, Raoul** 6663  
**Salat, Rudolf** 6318, 6557  
**Salisbury, Lord** 6417  
**Saller, Raphaël** 6681f.  
**Santero, Natale** 6592, 6675  
**Saragat, Giuseppe** 6417  
**Seelha, Mario** 6417, 6447, 6452, 6545, 6630  
**Schäfer, Albert** 6629  
**Schäfer, Hermann** 6586  
**Schäffer, Fritz** 6376, 6484  
**Schärf, Adolf** 6654  
**Schirdewan, Karl** 6548  
**Schischakli, Adib** 6448  
**Schmal, J. J. R.** 6668, 6676  
**Schmid, Carlo** 6675  
**Schmittlein, Raymond** 6663  
**Schneider, Heinrich** 6613ff.  
**Schneiter, Pierre** 6319, 6449, 6451f., 6548, 6557, 6569, 6572, 6577, 6592, 6597, 6667, 6690ff.  
**Schöner, Josef** 6351  
**Schreiber, Walther** 6279, 6415f., 6444  
**Schulte, Pater** 6629  
**Schuman, Robert** 6285, 6425, 6508, 6597  
**Schumann, Maurice** 6312, 6417f., 6545, 6629, 6656, 6662f.  
**Schwennicke, Karl Hubert** 6586  
**Segers, Paul W.** 6452  
**Seiboth, Frank** 6627  
**Semjonow, Wladimir S.** 6483, 6543, 6548, 6587  
**Semler, Johannes** 6376  
**Senghor, Léopold Sédar** 6682  
**Seymour, Charles** 6556



Sforza, Graf Carlo 6382  
 Sharett, Moshe 6547  
 Shotwell, James T. 6353  
 Silva, Raymond 6598  
 Silvandre, Jean 6682  
 Singer, Franz 6607  
 Smith, Kingsbury 6313, 6483  
 Smithers, Peter 6598, 6676f., 6692  
 Smitt-Ingebretsen, Herman 6668  
 Soerensen, Max 6692  
 Soustelle, Jacques 6544  
 Spaak, Paul Henry 6348, 6381, 6450, 6476, 6495, 6587, 6592, 6596, 6598, 6623, 6656, 6673  
 Spierenburg, Dirk 6591, 6671  
 von Spreti, Graf Karl 6669  
 Staercke, André de 6578  
 Stalin, Josef W. 6481, 6490ff., 6495  
 Stangen, Karl 6301  
 Stangen, Louis 6301  
 van Starckenborgh-Stachouwer, A. W. L. Tjarda 6449, 6578  
 Stassen, Harold E. 6348, 6352, 6545  
 Steel, Sir Christopher 6578  
 Stephanopoulos, Stephan 6376, 6485  
 Stevenson, Sir Ralph 6546  
 Stoll, Ladislaw 6395  
 Stoph, Willi 6548  
 Storch, Anton 6597  
 Strauss, Franz Josef 6349, 6484  
 Strömer, Joachim 6586  
 Struycken, Arnold 6669  
 Struye, Paul 6317, 6668, 6675  
 Süsterhenn, Adolf 6684  
 Suhr, Otto 6312  
 Swerew, Arsenij F. 6589  
 Szyr, Eugeniusz 6545

Taviani, Paolo 6417  
 Teitgen, Pierre Henri 6656f., 6663, 6673  
 von Thadden-Trieglaff, Reinhold 6484  
 Thedieck, Franz 6483  
 Thierfelder, Franz 6383  
 Thorneycroft, Peter 6545  
 Tinbergen, Jan 6619  
 Tito (Broz, Josip) 6377, 6485, 6549, 6583, 6631  
 Tritteltvitz, Hermann 6627f.  
 Truman, Harry S. 6421, 6493  
 Tschervenokoff, Vulko 6483  
 Tschiang Kai-schek 6547  
 Tschu En-Lai 6352, 6621ff., 6653  
 Tuomioja, Skari 6312  
 Ulbricht, Walter 6311, 6350, 6416, 6445, 6548, 6659  
 Undén, Oesten 6320, 6664  
 Valino, Garcia 6378  
 de la Vallée Poussin, Etienne 6571, 6592  
 Vansittart, Lord 6578 Anm.  
 Vendroux, Jacques 6657  
 Vermeylen, Pierre 6598  
 Vigorelli, Ezio 6597  
 Vixeboxse, G. 6671, 6682  
 Voche, Wilhelm 6625  
 Vorys, John Martin 6423f.  
 Wade, Donald 6598, 6676  
 Waldock, C. H. M. 6684  
 Wallentheim, Adolf 6557  
 Wallinger, Sir Geoffrey 6350

Walz, Karl 6627  
 Wan Waithayakon, Prinz von Thailand 6621f.  
 Wandel, Paul 6376  
 Warburg, James Paul 6512 Anm. 50  
 Warner, Edward 6591  
 Watillon, M. L. 6555  
 Webb, Thomas Clifton 6622, 6664  
 Weber, Max 6281  
 Wehner, Herbert 6349, 6415f.  
 Weir, Sir Cecil 6671  
 Wenke, Hans 6543  
 Werner, Pierre 6313  
 Wessel, Helene 6544  
 Westrick, Ludger 6591, 6671  
 Wiebringhaus, H. 6609ff.  
 Wilson, Harold 6592  
 Wilson, Charles E. 6293, 6314, 6323, 6326f.  
 Wintrich, Josef 6543, 6547  
 Wirth, Joseph 6662  
 Wistrand, Karl 6449, 6668, 6675, 6692  
 Wright, Jerauld 6444  
 Wyschinskij, Andrej J. 6524, 6547  
 Zablocki, Clement John 6426f.  
 Zafrullah Khan, Sir Mohammed 6418, 6664  
 Zaisser, Wilhelm 6376  
 Zapotocky, Antonin 6394  
 Zarubin, Georgi N. 6352, 6546  
 van Zeeland, Paul 6289, 6315, 6322, 6415, 6508  
 Zijlstra, Jan 6450  
 Ziller, Gerhard 6376  
 Zorn, Rudolf 6629



## Aufgaben und Funktionen der wissenschaftlichen Institute

auf den Gebieten des Völkerrechts, der Zeitgeschichte, der Wissenschaft von der Politik  
und der internationalen Beziehungen

Von Prof. Dr. Eberhard Menzel, Hamburg

Den Lesern des Europa-Archivs ist die Problematik der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit politischen Fragen aus eigener Erfahrung und aus verschiedenen Beiträgen dieser Zeitschrift bekannt. (Vgl. Walther Hofer: „Ueber das Problem einer Revision des deutschen Geschichtsbildes“ in Europa-Archiv 2, 1949, S. 1801 ff.; Karl Cornides: „Die Politik und die Welt des Geistes“, 14, 1949, S. 2297 ff.; Adam Wandruszka: „Die Problematik der Geschichtsschreibung in der Gegenwart“, 18, 1949, S. 2453 ff.; Theodor Pütz: „Wissenschaft und Politik“, 19, 1949, S. 2493 ff.; Theodor Steltzer: „Aufgaben und Probleme der Europaforschung“, 16, 1953, S. 5897 ff.; Raymond-Jean Guizon: „Das Kolonialproblem als Aufgabe der Europaforschung“, 22, 1953, S. 6089 ff.)

Ein weiteres Eingehen auf diese methodischen Fragen bedarf daher keiner Rechtfertigung. Die nachfolgenden Ausführungen sind einem Referat entnommen, das Professor Menzel am 28. November 1953 bei einer Zusammenkunft deutscher Institute für Völkerrecht, Zeitgeschichte und internationale Beziehungen in Göttingen hielt. Kurz vor dieser von dem Doyen der deutschen Völkerrechtslehre, Professor Dr. Herbert Kraus, einberufenen Tagung hatte die Carnegie-Stiftung in New York (vom 20. bis 30. Oktober 1953) eine Konferenz von Instituten für internationale Beziehungen aus der ganzen Welt veranstaltet. Am 20. und 21. November 1953 hatte sich die Arbeitsgemeinschaft der Institute für Europaforschung (Association des Instituts d'Etudes Européennes, AIEE) in Mainz getroffen. Die von Professor Menzel angeschnittenen Fragen standen auf allen drei Zusammenkünften im Mittelpunkt der Erörterungen. Schon daraus ergibt sich, daß die hier skizzierte Entwicklung keineswegs auf Deutschland beschränkt ist, sondern sich überall dort anbahnt, wo die geistige Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit sich ohne Zwang und Lenkung von staatlicher Seite entfalten kann.

Wir benutzen diese Gelegenheit, um unseren Lesern mitzuteilen, daß auch die Entwicklung des Europa-Archivs die von Professor Menzel bezeichneten Phasen von der Dokumentation zur Publizistik und schließlich zur institutionalisierten Forschung durchlaufen hat: Aus der im Juli 1945 begonnenen Materialsammlung entstand im Sommer 1946 die Zeitschrift Europa-Archiv, und beide zusammen bildeten den Grundstock für ein im Juli 1952 gegründetes Institut für das Studium internationaler Beziehungen, das Institut für Europäische Politik und Wirtschaft in Frankfurt am Main, das von Theodor Steltzer geleitet wird. Das Institut hat seine Tätigkeit im Herbst 1953 aufgenommen und sich insbesondere die Aufgabe gestellt, ein Zentrum für die wissenschaftlichen Bemühungen um die Probleme der europäischen Einigung zu bilden. Ueber die Arbeitsergebnisse wird das Europa-Archiv laufend berichten. Das Institut als solches bezieht keine eigene Stellung zu den internationalen Problemen. Die im Europa-Archiv wiedergegebenen Meinungen sind die des Herausgebers, beziehungsweise die der Autoren und Mitarbeiter. Co.

### I.

Wenn man die Bezeichnung „wissenschaftliches Institut“ hört, so regen sich doch Zweifel, ob nicht „wissenschaftlich“ und „Institut“ einen Gegensatz darstellen. Ist nicht die Apposition „wissenschaftlich“ hier eine *contradictio in adiecto*?

Mit anderen Worten: Läßt sich eine wissenschaftliche Betätigung — insbesondere auf unseren Fachgebieten des Völkerrechts und der Politik — wirklich institutsmäßig ausführen? Ist nicht das Sich-wissenschaftlich-Betätigen ein schöpferisch-intuitives Verhalten und haftet nicht demgegenüber dem Begriff des Instituts etwas Kollektiv-Mechanisches, um

nicht zu sagen „Fabrikhaftes“, an? Schließt sich nicht beides gegenseitig aus?

Es besteht kein Zweifel darüber, daß in weiten Kreisen der Öffentlichkeit und auch im engeren Kollegenkreis an den Universitäten derartige Vorstellungen vorhanden sind. Die Folge ist eine Minder-schätzung der Institutsarbeit und das Fehlen des Verständnisses für die in ihr liegenden Chancen.

Einer solchen Auffassung liegt offenbar ein Bild von der Wissenschaft und insbesondere vom Wissenschaftler zugrunde, das sicher einmal zutreffend war, aber heute keine Geltung mehr beanspruchen kann:



Das 19. Jahrhundert erblickte im Wissenschaftler die schöpferisch-intuitive Persönlichkeit, als deren Prototyp der Philosoph galt. Sie wurden der Öffentlichkeit nahegebracht durch die Darstellung gestreich-beschwörender Dozenten an Universitätskathedern oder als markante Köpfe auf dem Hintergrund wohlgefüllter Bücherreihen ihrer Privatbibliotheken. Noch heute ist die Vorstellung vom Wissenschaftler weithin von diesem Ideal her bestimmt. Noch heute sieht man vielfach im Wissenschaftler nur das hervorragende Individuum, dem es dank seiner Anlagen und seiner Schulung gegeben ist, neue Erkenntnisse zu sammeln und sie in beinahe patriarchalischer Weise einer Schar von Jüngern zu übermitteln. Man braucht nur einen Blick etwa in die Illustrierten zu werfen, um festzustellen, wie noch heute der Typ des Wissenschaftlers seinen publizistisch-bildhaften Ausdruck findet: Es ist der große Arzt etwa, der Chirurg am Operationstisch, der Visite machende Internist, gefolgt von einem Kometenschweif von Assistenten und Famuli.

Es fragt sich aber, ob diese Vorstellung vom Wissenschaftler und damit auch von der Wissenschaft heute noch gültig ist. Ist nicht inzwischen ein Wandel eingetreten in der Form und Technik der wissenschaftlichen Betätigung? Stellt das noch so hervorragende Individuum heute noch wirklich den Typus des Wissenschaftlers dar? Kann man Wissenschaft in der modernen Zeit wirklich noch so im „Alleingang“ betreiben? Ist es nicht auffallend, daß wir sehr wohl wissen, wer den Blitzableiter und wer die Glühbirne erfunden hat, aber keinen Erfinder etwa der Atom-bombe anzugeben vermögen?

In der Tat: Im Bereich der Naturwissenschaften hat sich zuerst die Abkehr von der „klassischen“ Wissenschaftsform des 19. Jahrhunderts und die Hinwendung zu einem neuen Typus der wissenschaftlichen Betätigung vollzogen.

Der außerordentliche Aufschwung dieser Disziplinen im ausgehenden 19. Jahrhundert hat zu einer starken Spezialisierung geführt. Die einzelnen Wissenschaftszweige sind so komplex geworden, daß der einzelne sie nicht mehr übersehen kann. Der Typ des „Polyhistor“, wie er etwa noch durch Alexander von Humboldt verkörpert wurde, ist heute ausgestorben und nicht mehr möglich. Die großen Neuerungen auf naturwissenschaftlichem Gebiet entstehen heute nicht mehr am Schreibtisch der Gelehrtenstube, sondern in den großen Laboratorien und Versuchsanstalten. Das bedeutet gleichzeitig einen Wandel in der Methode der Forschung: Es ist eine gewisse Entindividualisierung eingetreten, die zumindest auf der unteren und mittleren Stufe eine Institutionalisierung der Forschungstätigkeit zur Folge hat. Die vielfach völlig anonym bleibende Kollektivarbeit ist zur entscheidenden Arbeitsweise geworden. Das team-work in seinen verschiedenen Spielarten ist in den Vorder-

grund getreten. Man mag diese Entwicklung bedauern, man wird aber nicht ernstlich in Abrede stellen können, daß die Entwicklung in dieser Richtung verläuft.

Diesem grundsätzlichen Wandel hat man im Bereich der Naturwissenschaften sehr bald Rechnung getragen. Aus den bloßen Versuchslaboratorien der Industrie wurden echte Forschungslaboratorien. Die Universitätsinstitute auf den Gebieten der Naturwissenschaften werden stets besser dotiert als andere Einrichtungen unserer Hochschulen. Der Staat und öffentliche Körperschaften, wie die ehemalige Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft — die heutige Max-Planck-Gesellschaft — haben sich dieser Entwicklung angenommen und sie durch großzügige Errichtung von Forschungsinstituten unterstützt.

Auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften ist nun der gleiche Prozeß eingetreten, der auch die Entwicklung der naturwissenschaftlichen Forschung kennzeichnet. Auch hier ist es zu einer starken Spezialisierung, einem Emporschießen neuer Wissenschaftszweige, einem Unübersichtlichwerden des Stoffes, einer Unmöglichkeit der souveränen Beherrschung auch nur eines größeren Teilgebietes gekommen. Selbst — und vielleicht gerade — die Gebiete des Rechts und der Politik sind von diesem Differenzierungsvorgang erfaßt worden.

Um hierfür nur zwei Beispiele zu nennen: Wer sich vor 50 Jahren über die bis dahin erlassenen Verfassungsurkunden orientieren wollte, griff etwa zu den Sammlungen von Pölitz-Bühlau oder Posener und hatte in höchstens zwei Bänden alle ihn interessierenden Unterlagen; heute dagegen gibt es überhaupt keine allumfassende Sammlung aller Verfassungstexte, weil ihre Zahl auf über 1200 gestiegen ist. Oder ein Beispiel aus dem Völkerrecht: Franz Lieber konnte es noch unternehmen, die gesamte Völkerrechtsproblematik seiner Zeit in einigen hundert Leitsätzen zusammenzustellen; heute legen wir beim Studium einer Spezialfrage selbst ein dreibändiges Völkerrechtslehrbuch enttäuscht aus der Hand. Und bedeutet nicht auch die Tatsache, daß wir in Deutschland kein Standardwerk über Völkerrecht oder Allgemeine Staatslehre besitzen, eine Kapitulation vor der Fülle und Unübersehbarkeit des Stoffes? Unlängst erklärte mir einer unserer bekanntesten Ordinarien resignierend, er habe seinen Lieblingswunsch, zu Ende seiner wissenschaftlichen Betätigung mit einem umfassenden Lehrbuch über Allgemeine Staatslehre aufzuwarten, nunmehr endgültig begraben, da dies ein Einarbeiten in zu viele Nebengebiete bedeute und materialmäßig nicht zu bewältigen sei. Es kann dahingestellt bleiben, ob diese Folgerung wirklich zwingend ist, aber diese Resignation eines im Grunde in den wissenschaftlichen Traditionen des 19. Jahrhunderts lebenden Gelehrten ist auf jeden Fall kennzeichnend.



Für die Disziplinen der Geisteswissenschaften ergibt sich also, daß sie dem gleichen Differenzierungsprozeß unterworfen sind wie die Naturwissenschaften. Der grundlegende Unterschied besteht aber darin, daß man zwar bei den Naturwissenschaften, dagegen noch nicht bei den Geisteswissenschaften die notwendigen Folgerungen aus dieser neuen Situation gezogen hat.

Stärker als bei den Naturwissenschaften macht sich hier noch das konservative Bild des Wissenschaftlers des 19. Jahrhunderts geltend. Man glaubt, auch weiterhin mit den alten Forschungsmethoden, d. h. der „Wissenschaft im Alleingang“, auskommen zu können.

Kennzeichnend hierfür ist beispielsweise die Aufgabenstellung für die Universitätsinstitute auf dem Gebiet des Völkerrechts, der Rechtsvergleichung, des Auslandsrechts: Soweit überhaupt derartige Universitätsinstitute errichtet werden — und dies ist in einem erschreckend geringen Maße der Fall —, beschränken sie sich weitgehend auf universitätsinterne Aufgaben. Sie dienen etwa dem zuständigen Ordinarius als „verlängerter Arm“ für dessen eigene wissenschaftliche Studien. Oder sie stellen nur den Verwaltungsapparat für fachliche Sonderbibliotheken dar, die etwa auf dem Schenkungsweg an die Universitäten gelangt sind und keineswegs immer sachgemäß fortgeführt werden. Allzu oft werden die ohnehin nicht zahlreichen Assistentenstellen mit Kräften besetzt, denen die Anfertigung eigener Doktor- oder Habilitationsschriften wichtiger ist als der „Institutsbetrieb“, der dann gewissermaßen mit der linken Hand erledigt wird und ohnehin auf die Anschaffung von Büchern reduziert ist. Hinzu kommt, daß sich manche Einrichtungen auf diesem Gebiet als reine „Briefkopfinstitute“ darstellen.

Freilich herrscht auch im engsten Kreis der Universitäten — in den Fakultäten — nicht immer das nötige Verständnis für die Notwendigkeit echter Institutsarbeit. Die materielle Ausstattung der Institute ist hierfür ein ebenso deutliches Kennzeichen wie manche personalpolitische Entscheidung. Die Einsicht, daß auf diese Weise wertvolle Ansatzpunkte zu wissenschaftlicher Forschung verlorengehen und im Grunde Steuergelder nutzlos vertan werden, ist noch nicht Allgemeingut geworden.

Um so höher ist die Tatsache zu werten, daß sich einige Institute weit über den ihnen personalmäßig gesteckten Rahmen eigene umfassende Forschungsaufgaben gestellt haben. Ein guter Maßstab hierfür ist die publizistische Tätigkeit. Und es ist in diesem Sinn sicher kein Zufall, daß wir hier in Göttingen Gäste eines Instituts sind, das zu einem Vorort für eine solche umfassende wissenschaftliche Tätigkeit geworden ist. Wir verdanken ihm nicht nur die Ueber-

setzung von Korowins „Völkerrecht der Uebergangszeit“ oder des Buches von Alf Ross, sondern auch die Stellungnahme zu zahlreichen völkerrechtspolitischen Fragen und insbesondere die wissenschaftliche Durchleuchtung des Nürnberger Materials. Das sind echte Forschungsaufgaben, denen sich aber nicht allzu viele Universitätsinstitute unterziehen.

Hier liegt ganz offensichtlich — jedenfalls auf der Seite der Universitäten — ein gewisser Schwachpunkt. Es wird noch keineswegs genügend erkannt, daß die Forschungstätigkeit auch auf unseren Studieng gebieten notwendigerweise die zeitgemäßen Formen der naturwissenschaftlichen Arbeitsmethoden annehmen muß: der Arbeit innerhalb des festgefügt und mit umfassendem Material versehenen Apparates eines Institutes. Nur in einer solchen Umgebung, nur mit der damit verknüpften Arbeitsweise des team-work können die modernen Aufgaben bewältigt werden. Der private Schreibtisch des Gelehrten und seine infolge der materiellen Nöte unserer Zeit und der Differenzierung der Arbeitsgebiete notwendigerweise unzulängliche Privatbibliothek sind heute nicht mehr ausreichend.

Außerdem hat sich der Wissenschaftsstil auch im Bereich der Geisteswissenschaften geändert: Wir leben nicht mehr in einer Wissenschaftsepoche der vorwiegend intuitiven Schau, sondern unsere Erkenntnismittel sind im höheren Maße als früher Empirie, Analyse, Vergleich, Wertung, d. h. es sind mehr aristotelische als platonische Formen der Erkenntnisgewinnung.

In dieser Tatsache liegen gerade die Chancen der Institutsarbeit beschlossen. Es gehört daher wenig Prophetengabe zu der Feststellung, daß die wissenschaftliche Arbeit in der Zukunft wesentlich stärker als bisher auf eine derartige Aufgabenerfüllung durch die Institute zurückgreifen wird und auf sie angewiesen ist.

Diese Entwicklung wird noch unterstrichen durch eine andere Tendenz der modernen Zeit, die man sprachlich-unschön die „Verwissenschaftlichung“ genannt hat: Damit ist gemeint, daß die Entscheidungen im sozialen oder politischen Bereich, bei denen es früher nur um das „zweckmäßige Agieren“ ging, heute von Vorentscheidungen abhängig gemacht werden, die im Bereich der Wissenschaften liegen und sich auf wissenschaftliche Methoden gründen. Die Tatsache, daß sich die politischen Instanzen in zunehmendem Maße des fachwissenschaftlichen Rückhalts durch Anforderung von Gutachten usw. versichern, ist eine der interessanten Auswirkungen dieser Entwicklung. Selbst die für den Politiker notwendige Erforschung der öffentlichen Meinung liegt schon — soweit diese Aufgabe ernst genommen wird — in den Händen der Wissenschaft und läßt sich bezeichnenderweise überhaupt nur in Form einer Gemeinschaftsarbeit im Institutsrahmen durchführen. Der komplexe



Charakter der sozialen Gegebenheiten unserer Tage, die Tendenz nach zunehmender Juridifizierung unserer Lebensverhältnisse und auch die zunehmende Komplizierung der zwischenstaatlichen Beziehungen — alles dies fördert naturgemäß den Hang nach wissenschaftlicher Klärung als Grundlage politischer Ermessensentscheidungen. Die Tatsache, daß etwa die Interessenverbände der beiden großen Sozialpartner — Gewerkschaften und Industrieverbände — zur Gründung eigener wissenschaftlicher Institute übergegangen sind, kennzeichnet sehr deutlich diese modernen Tendenzen.

Freilich läßt sich darüber streiten, ob eine derartige Institutsarbeit — sowohl im Bereich der Universitäten als auch der weiteren Öffentlichkeit — schon eine echte wissenschaftliche Betätigung oder nur eine kompilatorische Vorstufe hierzu darstellt. Ohne auf diese Streitfrage näher eingehen zu wollen — sie setzte übrigens eine Untersuchung darüber voraus, wo der Anfangspunkt der „Wissenschaftlichkeit“ generell liegt — läßt sich eines mit Gewißheit feststellen: Ohne derartige Vorbereitungshandlungen ist das Gewinnen wissenschaftlicher Erkenntnisse heute unmöglich. Selbst wenn man hinsichtlich der Wissenschaftlichkeit einen sehr anspruchsvollen Standpunkt einnimmt, würde sich eine solche Vorbereitungstätigkeit der wissenschaftlichen Institute immer als eine Notwendigkeit herausstellen.

Damit erhebt sich die bedeutsame Frage: Welche Aufgaben fallen den wissenschaftlichen Instituten im Rahmen dieser Sicht zu, und in welcher Weise werden sie erfüllt?

## II.

Wenn die Beantwortung dieser Fragen hier auf die völkerrechtlich-politischen Institute abgestellt werden darf, so zeigt sich, daß diese Einrichtungen sowohl Haupt- als auch Nebenaufgaben zu erfüllen haben.

Die Nebenaufgaben ergeben sich durch den Bereich, dem die Institute jeweils attachiert sind und dem sie ihr Entstehen verdanken. So haben beispielsweise die Universitätsinstitute weitgehend Seminaraufgaben zu erfüllen, d. h. Arbeitsräume, Buch- und Zeitschriftenmaterial für das Studium der Studenten bereitzustellen. Qualifiziertere Institute dienen darüber hinaus auch der Schulung des Hochschulnachwuchses. In besonderen Fällen können den Instituten auch justitiarische Aufgaben zufallen, etwa die Beratung bestimmter Behörden usw.

Doch wichtiger sind die eigentlichen Hauptaufgaben. Sie lassen sich ganz allgemein dahingehend kennzeichnen: Die Institute haben der Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und deren Weitergabe an die interessierte Öffentlichkeit zu dienen. Dabei hängt es von der Qualität des betreffenden Institutes ab, ob es selbst Forschungsaufgaben durchführt oder sie nur vorbereitet.

In jedem Fall ergibt sich eine Hierarchie der Funktionen einer solchen Betätigung, die zugleich einen Maßstab für den Wert eines wissenschaftlichen Institutes abgibt:

An unterster Stelle steht die *Dokumentationsaufgabe*. Das bedeutet, daß die Institute das einschlägige Material — Monographien, Abhandlungen, Gesetzes- und Entscheidungsmaterial, diplomatische Urkunden usw. — zu sammeln und zu sichten haben. Die Institute haben auf diesem Gebiet also die Vorbereitungshandlungen zu vollziehen, die dem Wissenschaftler aus zeitlichen und finanziellen Gründen heute nicht mehr möglich sind. Besonders günstig — weil ein noch lebendigeres Bild vermittelnd — liegen die Verhältnisse, wenn sich diese Materialsammlung auch auf die Presse bezieht, d. h., wenn ein Ausschnittarchiv angelegt und sorgsam weitergeführt werden kann. Allerdings bedeutet dies eine starke personelle und sachliche Belastung. Ueber das reine Archivieren geht dann schon die Anfertigung von Spezialkarteien, Bibliographien usw. hinaus. Die eigentlichen Schwerpunkte der Dokumentationsarbeit, so wie sie sich heute allgemein herausbilden, liegen dann in der Auskunfterteilung und in der Materialbeschaffung für Spezialuntersuchungen, die, sei es im Institut selbst, sei es von auswärtigen Stellen, durchgeführt werden.

Zu dieser sammelnden Tätigkeit tritt dann als zweite Stufe die *publizistische Aufgabe*. Die Anhäufung noch so interessanten Materials ist dann wertlos, wenn es nicht ausgewertet wird. Es ist auch nicht damit getan, daß es öffentlich zugänglich gemacht wird in dem Sinn, daß interessierte Kreise das Archiv benutzen oder Einsicht in die gesammelten Materialien nehmen können. Die Erfahrung zeigt, daß diese Form der Ausnutzung nicht sehr effektiv ist und den Aufwand kaum lohnen würde. Es kommt vielmehr darauf an, daß das Material durch Veröffentlichung in Fachzeitschriften, Dokumentensammlungen usw. einem nicht nur lokalen Kreis, sondern der wissenschaftlichen Öffentlichkeit im allgemeinen nutzbar gemacht wird. Die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift oder die Beteiligung an fremden Periodica ist die natürliche Folge dieser publizistischen Funktion. Die erstgenannte Möglichkeit, die natürlich das Optimum darstellt, wird in der Praxis freilich dadurch beschränkt, daß schon aus Absatzgründen nicht jedes Institut eine eigene Zeitschrift herausgeben kann.

Bei dieser publizistischen Aufgabe der Institute ist aber — und dies gilt vor allem für die Universitätsinstitute — im Auge zu behalten, daß in erster Linie das die Allgemeinheit interessierende Material zu veröffentlichen ist. Erst in zweiter Linie kann es sich darum handeln, daß je nach der Arbeitsrichtung der Institutsmitglieder zu bestimmten wissenschaftlichen Fragen und Problemgruppen Stellung genom-



men wird. Die Institute würden jedoch ihre Aufgabe verfehlen, wenn sie den Gedanken ihrer allgemeinen publizistischen Verantwortung außer acht ließen und sich nur als Apparat für die persönlichen wissenschaftlichen Ambitionen ihrer Mitglieder mißbrauchen ließen.

Diese publizistische Funktion schließt im übrigen auch die Erstattung von Gutachten in sich ein. Auf diesem Feld läßt sich wohl mit Befriedigung feststellen, daß von dieser in der Institutsarbeit liegenden Möglichkeit erfreulicherweise reger Gebrauch gemacht wird. Auf diese Weise wird der nötige Kontakt mit der Praxis hergestellt und damit die Ausprägung schädlicher Einseitigkeit verhindert. Außerdem bedeutet diese Tätigkeit eine nicht unerhebliche Finanzquelle, so daß die daraus fließenden Einkünfte — hier wieder abgestellt auf Universitätsinstitute — den eigentlichen Etat übersteigen können und damit einen finanziellen Spielraum gewähren, der angesichts der verlegerischen Schwierigkeiten in der heutigen Zeit dringend erforderlich ist.

Die dritte und in der Hierarchie der Funktionen zweifellos die höchste ist die politische Aufgabe der Institute. Ich bin mir bewußt, daß die Verbindung „wissenschaftliche Institute“ und „politische Aufgabe“ oft nur mit Mißbehagen und Mißtrauen betrachtet wird. Den echten Wissenschaftler — so meint man vielerorts — müsse eine Gänsehaut überkommen, wenn er den seiner Denkungsart so gegensätzlichen Begriff der Politik in Zusammenhang mit seiner wissenschaftlichen Tätigkeit bringen soll. Es mögen auch unliebsame Erinnerungen an die krampfhaften Politisierungsversuche vergangener Zeiten wach werden, die natürlich in diesem Zusammenhang nicht gemeint sind.

Wenn hier von der politischen Aufgabe der Institute gesprochen wird, so sei „Politik“ im antiken Sinn des „auf die Gesamtheit Bezogenen“ verstanden. Gemeint ist dabei, daß die Institutsarbeit sich nicht — gerade auf unseren Studiengebieten — auf eine allzu enge fachwissenschaftliche Aufgabenstellung beschränken soll, sondern teilzunehmen hat an den großen politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit. Dies hat freilich nicht im Sinne einer leidenschaftlichen Parteinahme zugunsten dieser oder jener Richtung zu geschehen, sondern gerade dadurch, daß diesen Auseinandersetzungen durch die Aufzeigung der tiefer liegenden Problematik, durch den Hinweis auf ausländische Lösungsversuche usw. ein sachlicher und vertiefter Hintergrund gegeben wird.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei ein konkretes Beispiel genannt: Die Hamburger Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht hat, da sich gegenwärtig die Kämpfe um das Ausführungsgesetz zu Artikel 4 Abs. 3 des Bonner Grundgesetzes (Kriegsdienstverweigerung) abzuzeichnen beginnen, eine Schrift über die ausländische

Kriegsdienstverweigerungsgesetzgebung herausgegeben, um an Hand dieser ausländischen Lösungen und der mit ihnen gemachten Erfahrungen vor allzu einseitigen Festlegungen zu warnen. Es wird weder in dem einen noch in dem anderen Sinn Stellung genommen, es werden auch keine Patentlösungen empfohlen, sondern diese Materialveröffentlichung will nur auf Gesichtspunkte hinweisen, die bisher in den deutschen Auseinandersetzungen noch keine Berücksichtigung gefunden haben, aber doch bei einer gesetzlichen Fixierung von Bedeutung sind. In ähnlicher Weise werden Veröffentlichungen über die Auswärtige Gewalt, die Rechtstellung der Parteien usw. folgen. Ähnliches ist für den eigentlichen völkerrechtlichen Bereich geplant.

Diese Feststellungen zeigen bereits, daß den Instituten bewußt oder unbewußt eine „Lenkungs-Aufgabe“ zufällt. Es wird meist viel zuwenig bemerkt, welchen Einfluß allein schon die literarische Behandlung von Problemen ausübt. Entsprechende Publikationen bringen sehr oft Fragestellungen erst zum Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit. Dies gilt in erhöhtem Maße noch für die engere Fachwelt. Erst das Aufgreifen einer bestimmten Problematik, der Hinweis auf früher praktizierte Lösungen oder im Ausland gemachte Erfahrungen führen vielfach erst zu den Auseinandersetzungen, die für eine wirkliche Klärung unentbehrlich sind.

Eine solche „mittelbare“ Einflußnahme auf die politische Gestaltung — und gerade im Sinne einer solchen „Unparteilichkeit“ — erscheint nicht nur förderlich, sondern dringend notwendig angesichts der vom Interessenstandpunkt ausgehenden Arbeit der Interessengruppen und Verbände. Die wissenschaftlichen Institute haben hier ein Gegengewicht zu schaffen und eine neutralisierende Funktion auszuüben. Gerade durch eine solche taktvoll ausgeübte Tätigkeit werden sie in der Öffentlichkeit die Bedeutung erlangen können, die ihnen bisher noch nicht zugestanden wird.

Vielleicht liegt die Minderschätzung der wissenschaftlichen Institute — und insbesondere der Universitätsinstitute auf unserem Studienbereich — gerade darin begründet, daß sie diese Aufgabe nicht immer richtig gesehen haben. Sie scheint aber der Prüfstein für die Bedeutung eines Institutes zu sein. Freilich wird sich die Ueberzeugung von dem Wert der wissenschaftlichen Institute nicht nur im engen Universitätsbereich, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit erst dann durchsetzen, wenn ganz allgemein die Rolle dieser Institutionen richtig eingeschätzt wird.

Damit klingt eine weitere Frage an, der noch einige Bemerkungen gewidmet seien: die Frage der allgemeinen Interessengemeinschaft der wissenschaftlichen Institute.



## III.

Wenn es richtig ist, daß die wissenschaftlichen Institute die eben gekennzeichneten Funktionen haben, und wenn es ferner zutrifft, daß der ganze Stil der modernen Wissenschaft immer mehr — und sei es auch nur als vorbereitende Stufe zur Gewinnung echter wissenschaftlicher Erkenntnisse — auf eine Nutzbarmachung der Institutsarbeit hindrängt, dann kann man die gegenwärtige materielle und personelle Lage der Institute im völkerrechtlich-politischen Bereich nur als sehr unbefriedigend kennzeichnen.

Aber auch die Bewilligungspolitik unserer gesetzgebenden Körperschaften trägt manche enttäuschenden Züge. Es gehört zu den psychologischen Eigenarten unserer Legislaturen, daß zwar für technische Anlagen große Summen meist anstandslos bewilligt werden, aber die Etats der Forschungsinstitute auf wesentlich minderes Wohlwollen stoßen. Man muß sich einmal die Größenordnungen, um die es sich hierbei handelt, vor Augen halten: Vor kurzem wurde beispielsweise in einer Vorstadt Hamburgs eine neue Sielanlage für einige Straßenzüge in Vorschlag gebracht. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 400 000.— DM. Dieser Betrag stellt den Sachetat der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht für hundert Jahre dar, das heißt also bis zum Jahr 2054! Wenn man sich ferner vergegenwärtigt, daß in den deutschen Völkerrechtsinstituten noch keine 50 wissenschaftlichen Bearbeiter beschäftigt sind, und wenn man diese Zahl mit dem Umfang selbst nebensächlicher Sonderbehörden vergleicht, so tritt die Diskrepanz offen zutage.

Abhilfe wird hier nur langsam geschaffen werden können. Sie setzt außerdem voraus, daß die wissenschaftlichen Institute in den Augen der Öffentlichkeit eine erhöhte Bedeutung gewinnen und ihr Wert stärker in das allgemeine Bewußtsein dringt. Gibt es auch durchaus Anlaß, gegenüber der gesetzgeberischen oder sonstigen öffentlichen Handhabung der materiellen Unterstützung der Institute einige Bedenken zu äußern — mitunter werden auch die von den Legislaturen bewilligten Mittel von den Unterrichtsverwaltungen oder Fakultäten anders verwandt! —, so bleibt natürlich in erster Linie zu fragen, ob nicht im Kreis der Institute selbst einiges geschehen könnte, um der Institutsarbeit bei der Allgemeinheit eine größere Anerkennung zu sichern und die Arbeit als solche effektvoller zu gestalten, vor allem im Hinblick auf die obengenannte „politische Aufgabe“ dieser Einrichtungen.

## IV.

Damit ist als letztes Problem die Frage der Selbsthilfe der Institute angesprochen. Auf diesem Gebiet erscheinen in der Tat einige Maßnahmen notwendig.

Dabei handelt es sich in erster Linie um eine Rationalisierung der gemeinsamen Arbeit.

Bei der publizistischen Tätigkeit beispielsweise

müßte darauf geachtet werden, daß Doppelbearbeitungen nach Möglichkeit unterbleiben. Die ohnehin schwierige Finanzierungsfrage sollte hier zu einer Zusammenarbeit führen, die eine möglichst effektvolle Ausnutzung der vorhandenen Geldmittel garantiert. Dies würde bedeuten, daß man sich über Zeitschriftenfragen einigt, und vor allem, daß die Institute sich in großen Zügen über ihre publizistischen Vorhaben gegenseitig informieren. Wegen der langen Anlaufzeit wissenschaftlicher Darstellungen müßte eine solche Verständigung möglichst früh erfolgen.

Weitere gemeinsame Interessen bestehen hinsichtlich der Möglichkeit zusätzlicher, das heißt nicht etatisierter Mitarbeiter. Es sei in diesem Zusammenhang beispielsweise der unterschiedlichen Länderspraxis in der Zuteilung von Referendaren an wissenschaftliche Institute zur Ableistung der sogenannten Verwaltungsstation gedacht.

Ein allgemeines Anliegen betrifft Fragen der Dokumentation und damit der Zusammenarbeit mit amtlichen Stellen. Hier könnte von den Instituten zweifellos auch im Interesse der Öffentlichkeit wertvolle Hilfestellung geleistet werden. Auch gelegentliche Einigungen bei schwierigen terminologischen Fragen erscheinen zweckmäßig.

Ferner sei an das Besprechungswesen erinnert, dessen gegenwärtige Ausgestaltung mitunter Ausdruck einer Rivalitätspolitik ist. Auch der Austausch der Institutsveröffentlichungen könnte besser organisiert und großzügiger gehandhabt werden.

Hinzu kommen die gemeinsamen Interessen auf verlegerischem Gebiet. Auch in steuerlicher Hinsicht — etwa die Frage der Umsatzsteuer für Veröffentlichungen im Instituts-Selbstverlag — müßten Erfahrungen ausgetauscht werden. Das gleiche gilt für Probleme der Auslandsbeziehungen.

Abschließend kann also festgestellt werden: Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, auf dem Wege der Zusammenarbeit zu einer Intensivierung der Institutsarbeit zu kommen. Wir sollten nicht vergessen, daß diese Institute zwar unterschiedlich in ihrer Struktur, ihrer unmittelbaren Zweckgebung und ihrem Arbeitspotential sind, aber gegenüber der Wissenschaft und der Allgemeinheit doch im Grunde die gleiche Verpflichtung und ein gemeinsames Ziel haben.

Wenn zunächst auf diesem Wege der Selbsthilfe eine solche Intensivierung der Institutsarbeit erzielt wird, wird auch ihre Stellung in der allgemeinen Beurteilung eine zufriedenstellendere werden. Und lassen wir bei unserer gemeinsamen Arbeit nicht außer acht, daß der moderne Wissenschaftsstil nicht nur auf dem Gebiet der Naturwissenschaften, sondern auch im Bereich der Geisteswissenschaften die Akzente immer mehr auf diese Institutsarbeit verlagert. Möge die kommende Entwicklung die Institute bereit finden, diese Aufgabe zu erfüllen.

## Die soziale Arbeit des Europarates

Von Hans Pfeffermann, Sozialreferent im Generalsekretariat des Europarates, Straßburg

Seit seiner Gründung im Jahre 1949 verfolgt der Europarat das in seinen Statuten (§ 1a) festgelegte Ziel „einen stärkeren Zusammenschluß seiner Mitglieder zum Schutz und zur Förderung der Ideale und Prinzipien, die ihr gemeinsames Erbe sind, sowie zum Besten ihres wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts“. Es darf hier dem Leser in Erinnerung gerufen werden, daß die folgenden vierzehn Staaten Vollmitglieder des Europarates sind: Belgien, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Schweden und die Türkei. Hinzu kommt als assoziiertes Mitglied die Saar.

### *Die Vorarbeiten*

Schon während der ersten Tagung der Beratenden Versammlung im August und September 1949 wurden die Aufgaben des Europarates auf sozialem Gebiet zur Debatte gestellt. Am 6. September richtete die Beratende Versammlung eine Empfehlung<sup>1</sup> an den Ministerausschuß, die in drei Teile gegliedert war.

Der erste Teil betraf die soziale Sicherung und gipfelte in der folgenden Forderung: 1) die Sozialversicherungsgesetzgebung in allen Mitgliedstaaten weiterzuentwickeln, und zwar nicht im Sinne einer generellen Vereinheitlichung, sondern mittels *Weiterentwicklung der sozialen Sicherung durch voneinander abweichende Methoden auf ein gleich hohes Leistungsniveau*; 2) die Möglichkeit einer generellen Ratifizierung der internationalen Abkommen auf dem Gebiet der sozialen Sicherung im Rahmen des Europarates zu prüfen; 3) die bereits bestehenden zweiseitigen oder regionalen Abkommen als Ausgangsbasis für ein mehrseitiges Abkommen zu benutzen, um eine Ausdehnung der Sozialgesetzgebung auf die Staatsangehörigen der anderen Mitgliedstaaten zu erzielen.

Der zweite Teil der Empfehlung befaßte sich mit dem Wohnbauprobem und der dritte Teil mit den Wanderarbeitern. In bezug auf diesen letzten Punkt gab die Versammlung ihrer Ansicht Ausdruck, daß diejenigen Länder, welche Fremdarbeiter aufnehmen, diese hinsichtlich der sozialen Leistungen mit den einheimischen Arbeitern gleichstellen sollten. In diesem Sinne empfahl sie als ersten Schritt die Ratifizierung der diesbezüglichen internationalen Konvention, welche von der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 1949 angenommen worden war.

Am 5. November 1949 trat das Ministerkomitee zu seiner zweiten Sitzung zusammen und faßte den Beschluß, die Vorschläge der Beratenden Versammlung in bezug auf soziale Sicherung sowie die Empfehlung der Versammlung, die Wanderarbeiterkonvention möglichst rasch ratifizieren zu lassen, den Regierungen der Mitgliedstaaten zu übermitteln. Bezüglich der Wohnbaufragen traf das Ministerkomitee keine Entscheidung.

Im folgenden Jahr, und zwar im August, beschäftigte sich die Beratende Versammlung erneut mit der sozialen Sicherung und stellte nun die Schaffung einer *europäischen sozialen Sicherungsordnung* (Code européen de Sécurité sociale) immer stärker in den Vordergrund. Das geschah vor allem in der Empfehlung vom 24. August 1950<sup>2</sup>, der eine Anlage<sup>3</sup> beigefügt war, welche eine Reihe von Vorschlägen in bezug auf den Inhalt und die Grundprinzipien dieses „Code européen“ enthält. Ihr lagen die Vorschläge des Internationalen Arbeitsamtes zugrunde, welche bereits vom Unterausschuß für soziale Sicherung im Rahmen des Sozialausschusses der Beratenden Versammlung geprüft worden waren<sup>4</sup>.

Auf Grund dieser Empfehlung beschloß nun das Ministerkomitee, ihre Grundsätze anzunehmen, und betraute einen Expertenausschuß für soziale Sicherung, in dem jede Regierung durch einen Sachverständigen vertreten war, mit der näheren Abklärung<sup>5</sup>. Hierbei machte sich das Ministerkomitee die Ansicht der Beratenden Versammlung zu eigen, der Code européen solle in enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt in die Form einer Konvention gegossen werden. Diese Konvention wäre dann von einer europäischen Arbeitskonferenz zu billigen, auf welcher Unternehmer, Arbeitnehmer und Regierungen vertreten sein sollten.

Der Expertenausschuß begann nun im November 1950 anläßlich seiner zweiten Sitzung mit dieser Arbeit. Man hatte zu diesem Zeitpunkt die Hoffnung, daß die für 1951 geplante internationale Arbeitskonferenz, die sich mit der Möglichkeit der Schaffung einer internationalen Konvention über soziale Sicherung befassen sollte, nicht nur hinsichtlich der Mindestnormen, sondern auch höherer Normen auf diesem Gebiet Entschlüsse fassen würde. Im Hinblick auf die Wichtigkeit dieser Aufgabe für die Schaffung eines Code européen beschloß der Expertenausschuß, nach Beendigung der Internationalen Arbeitskonferenz



erneut zu tagen, was auch in seiner 4. Sitzung im Oktober 1951 geschah. Die Internationale Arbeitskonferenz von 1951 hatte jedoch bezüglich der höheren Normen keinerlei Beschlüsse gefaßt und die Prüfung dieser Frage auf 1952 vertagt. Als sich nun der Expertenausschuß im März 1952 zu seiner 5. Sitzung traf, mußte er erfahren, daß auch die für 1952 angesetzte Internationale Arbeitskonferenz die Frage der höheren Normen nicht zum Ziele bringen könnte. Daraufhin gab der Ausschuß seiner Ansicht Ausdruck, sich auf jeden Fall bei der Herbstsitzung 1952 mit der Frage des Code européen zu befassen. Auf dieser seiner 6. Sitzung, im Oktober 1952, beschloß der Expertenausschuß unter anderem, die internationale Arbeitskonvention Nr. 102 als Grundlage für den Code européen zu benutzen und alle in dieser Konvention festgesetzten Normen auf ihre Verbesserungsmöglichkeiten hin zu prüfen.

Als nächster Schritt erging nun an das Internationale Arbeitsamt das Ersuchen, einen entsprechenden Fragebogen vorzubereiten, der sämtlichen Mitgliedsregierungen unterbreitet werden sollte. Das geschah auch im Dezember 1952 und bezweckte zu ermitteln, in welchem Umfang und auf welchen Gebieten der Code européen einen Fortschritt gegenüber der erwähnten internationalen Konvention darstellen könnte.

Die Auswertung dieser Antworten wurde unverzüglich vom Internationalen Arbeitsamt für den Expertenausschuß des Europarates vorgenommen, und dieser kann nun in seiner folgenden Sitzung die Grundzüge des Code européen festlegen. Das wird in den ersten Monaten des Jahres 1954 geschehen.

Inzwischen konnten jedoch in kleinerem Rahmen auf dem Gebiete der sozialen Sicherung erhebliche Fortschritte in Straßburg erzielt werden. In der zu Beginn dieses Artikels erwähnten Empfehlung<sup>1</sup> hatte die Beratende Versammlung (Ziffer 3) empfohlen, *die bereits bestehenden zweiseitigen oder regionalen Abkommen als Ausgangsbasis für ein mehrseitiges Abkommen zu benutzen*. Als erstes Nahziel galt es nun, im Rahmen eines europäischen Abkommens die Anwendung der Sozialgesetzgebung jedes Mitgliedsstaates auf alle diejenigen Staatsangehörigen aller anderen Mitgliedsländer zu erreichen, die ihren ordentlichen Wohnsitz im Gebiete eines anderen Mitgliedsstaates als dem eigenen haben. Schon in ihrer Antwort auf die diesbezügliche Empfehlung hatte die belgische Regierung den Vorschlag gemacht, die am 7. November 1949 zwischen Belgien, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg und den Niederlanden im Rahmen des Brüsseler Paktes unterzeichnete Konvention auf alle Mitgliedsländer des Europarates auszudehnen. Anlässlich seiner ersten Sitzung (im Juni 1950) kam der Expertenausschuß zu der Auffassung, daß praktisch keine Möglichkeit bestand, diese Konvention auf alle Mitgliedsländer des Europarates innerhalb kurzer Zeit

auszudehnen. Dazu wäre der Abschluß einer ganzen Reihe von zweiseitigen Abkommen, wie sie der Brüsseler Konvention zugrunde lagen, erforderlich gewesen.

#### *Europäische Interimsabkommen über soziale Sicherung*

Dagegen war der Ausschuß der Ansicht, daß durch den Abschluß von *Interimsabkommen* bereits einige Resultate zu erzielen wären. Diese müßten zwei Grundgedanken Ausdruck verleihen, und zwar 1. der Gleichstellung von Einheimischen und Ausländern auf dem Gebiete der sozialen Sicherung im Rahmen des Europarates und 2. der Ausdehnung der Leistungen, welche auf Grund zwei- oder vielseitiger Abkommen, wie sie bereits zwischen einzelnen Staaten bestanden, gewährleistet sind, auf die Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten, welche im Gebiete eines der unterzeichnenden Staaten ihren ordentlichen Wohnsitz haben. Diese Vorschläge wurden vom Ministerkomitee anlässlich seiner 5. Tagung am 4. August 1950 genehmigt.

Das Internationale Arbeitsamt wurde nun umgehend mit der Ausarbeitung von zwei Vertragsentwürfen betraut. Maßgebend für diese Aufteilung in zwei Abkommen waren zwei Ueberlegungen: Zunächst einmal herrschte im damaligen Zeitpunkt die Befürchtung, einige Mitgliedstaaten würden aus finanziellen Gründen nicht das *gesamte Gebiet* der sozialen Sicherung in einem einzigen Abkommen zusammenfassen und ratifizieren können. Außerdem gab es in einzelnen Staaten legislative Hindernisse, die den erstrebten europäischen Tendenzen im Wege standen. So konnte die Ratifizierung wenigstens des einen der beiden Abkommen a priori als gesichert gelten. Diese Vertragsentwürfe wurden im Verlaufe mehrerer Sitzungen vom Expertenausschuß geprüft und verbessert, und im Verlaufe seiner 5. Sitzung, im März 1952, hatte dieser Ausschuß diese Arbeit beendet. Ferner wurde ein Protokollentwurf fertiggestellt, der die Ausdehnung der in den Abkommen vorgesehenen Leistungen auf dem Gebiete der sozialen Sicherung auf *Flüchtlinge* zum Ziel hat, wie sie in der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 definiert sind.

Die beiden Interimsabkommen wurden vom Ministerkomitee der Beratenden Versammlung vorgelegt, welche im Verlaufe ihrer 4. Tagung im Mai 1952 ihre Zustimmung dazu gab. Am 11. Dezember 1953 wurden beide Abkommen vom Ministerkomitee anlässlich seiner 13. Sitzung in Paris unterzeichnet und gehen nun den nationalen Parlamenten zur Ratifizierung zu. Da die Abkommen somit in nächster Zeit in Kraft treten dürften, verlohnt es sich, schon heute auf ihren Inhalt etwas näher einzugehen.

Wie schon weiter oben erwähnt, liegt den beiden Interimsabkommen unter anderem die Absicht zugrunde, die Leistungen, die auf Grund zwei- oder viel-

seitiger Abkommen bereits zwischen einzelnen Staaten für die betreffenden Staatsangehörigen gewährleistet waren, *auf alle diejenigen Staatsangehörigen der anderen Mitgliedstaaten auszudehnen*, welche im Gebiete eines der unterzeichnenden Staaten ihren ordentlichen Wohnsitz haben. Die Abkommen, auf welche man sich bei der Ausarbeitung gestützt hat, sehen ferner *den Schutz der erworbenen Rechte des Versicherten vor, wenn er sich aus einem Land in ein anderes begibt*, unter anderem die Anrechnung von Versicherungsmitgliedschaftsfristen, welche ja bei der Errechnung der zustehenden Leistungen eine erhebliche Rolle spielen. Ein Beispiel möge dieses Verfahren veranschaulichen: Großbritannien und Frankreich sind durch ein bilaterales Abkommen dieser Art gebunden. Wenn nun der Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates des Europarates in Frankreich einwandert, so genießt er dort versicherungsmäßig die gleichen Vorteile wie der französische Staatsangehörige. Wenn er nach einiger Zeit eine Arbeitsstelle in Großbritannien antritt, wird er nicht nur versicherungsmäßig dem britischen Staatsangehörigen gleichgestellt, sondern er kann sich darüber hinaus auch auf das erwähnte französisch-britische Abkommen berufen, so daß unter anderem auch seine in Frankreich geleisteten Versicherungsbeiträge in Großbritannien voll angerechnet werden.

Die beiden Interimsabkommen berühren das gesamte Gebiet der sozialen Sicherung. Das erste Abkommen schließt die Alters-, Unfall- und Hinterbliebenenrenten aus, welche Gegenstand des zweiten Abkommens bilden. Wie schon weiter oben erwähnt, wurde diese Aufteilung in zwei Abkommen von den Regierungsexperten nahegelegt, und man hat so vermieden, daß wegen eines einzigen Einwandes eines einzigen Mitgliedslandes das gesamte Gebäude wieder zum Einsturz gebracht wird. Insgesamt umfassen die beiden Abkommen 119 Teilgebiete der sozialen Sicherung; sie beseitigen mindestens 15 Varianten von auf das Nationalitätenprinzip begründeter Diskriminierung. Darüber hinaus hat das Ministerkomitee anlässlich der Unterzeichnung der Abkommen den Regierungen nahegelegt, alle gesetzgeberischen Maßnahmen zu treffen, um zur Zeit noch gemachte Einzelvorbehalte aus den Abkommen innerhalb von zwei Jahren beseitigen zu können. Derartige Einzelvorbehalte waren nicht restlos zu vermeiden, da beim heutigen Stand der Gesetzgebung in manchen Ländern der Begriff der Gleichstellung der Ausländer auf dem Gebiete der sozialen Sicherung noch nicht genügend ausgeprägt ist.

#### Europäisches Fürsorgeabkommen

Ergänzt werden die beiden Interimsabkommen durch die Konvention für soziale und ärztliche Fürsorge, welche ebenfalls am 11. Dezember 1953 vom Ministerkomitee des Europarates unterzeichnet wor-

den ist. Alle drei Abkommen zusammen umschließen das gesamte Gebiet der sozialen Sicherung und Fürsorge, gleichgültig ob es an Beitragsleistungen oder Bedürftigkeitsnachweis gebunden ist. Grundlage dieser Konvention ist das multilaterale Fürsorgeabkommen, welches die am Brüsseler Pakt beteiligten Mächte am 7. November 1949 abgeschlossen haben. Desgleichen wurde das von diesen Mächten inzwischen abgeschlossene Zusatzabkommen in die Arbeiten der vom Ministerausschuß benannten Regierungsexperten einbezogen. Die Arbeiten dieses Ausschusses fanden im engsten Kontakt mit dem Ausschuß für soziale Sicherung statt, um eine lückenlose Abgrenzung zu gewährleisten. Darüber hinaus sieht wiederum ein Zusatzprotokoll zu diesem Abkommen seine Ausdehnung auf Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 vor.

Im März 1953 billigte das Ministerkomitee den Konventionsentwurf<sup>6</sup> und ließ ihn der Beratenden Versammlung vorlegen, welche ihn am 24. Juni einschließlich dem zusätzlichen Protokoll<sup>7</sup> gutgeheißen hat, worauf er, wie schon erwähnt, vom Ministerkomitee unterzeichnet wurde.

Der Konvention liegt in erster Linie der Gedanke zugrunde, jedem Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates des Europarates, der sich im Gebiete eines anderen Mitgliedstaates im Einklang mit dessen Gesetzen aufhält, im Falle der Bedürftigkeit fürsorgliche Hilfe im gleichen Maße angedeihen zu lassen wie den eigenen Staatsangehörigen. Ausgeschlossen davon sind lediglich Rentenansprüche ohne vorherige Beitragsleistung sowie Unterstützung für Kriegs- und Besetzungsoffer, welche übrigens auch außerhalb des Rahmens der Interimsabkommen über soziale Sicherung stehen. Obwohl im Prinzip die Unterstützung von Bedürftigen auf Kosten derjenigen Partei erfolgt, auf deren Gebiet der Bedürftige sich befindet (§ 4), ist die Möglichkeit vorgesehen, daß in bestimmten Fällen eine Vergütung von dritter Seite erfolgen kann (§ 5).

Das Abkommen sieht ferner vor, daß kein Angehöriger eines Europaratstaates lediglich wegen seiner Bedürftigkeit aus dem Gebiete eines anderen Europaratstaates ausgewiesen werden kann, sofern er mindestens fünf Jahre lang (diese Frist wurde von fast allen Ländern akzeptiert) seinen ordentlichen Wohnsitz in diesem Staate hatte. Wenn eine Heimschaffung erfolgt, so wird den Angehörigen des Betreffenden jede Möglichkeit gegeben, sich ebenfalls heimschaffen zu lassen.

#### Mehrseitiges Abkommen über Gewährleistung gleichmäßiger Behandlung

Wie bereits eingangs erwähnt, war diese Aufgabe zugunsten der Schaffung der Interimsabkommen über soziale Sicherung zunächst einmal zurückgestellt worden. Nachdem nun die Interimsabkommen vollendet



sind, kann die Frage der Gewährleistung gleichmäßiger Behandlung wieder aufgenommen werden.

Im Rahmen des schon mehrfach erwähnten Brüsseler Paktes gibt es bereits ein mehrseitiges Abkommen über Gewährleistung gleichmäßiger Behandlung. Im August 1950 hatte die Beratende Versammlung in einer Empfehlung<sup>8</sup> ihre vollständige Zustimmung zu einem solchen Abkommen (sei es eine Ausdehnung des betreffenden Brüsseler Abkommens auf alle Mitgliedstaaten des Europarates, sei es die Schaffung eines neuen Abkommens auf der Grundlage gleicher Prinzipien) gegeben. Das Thema dürfte nun von den Regierungsexperten für soziale Sicherung im Laufe der nächsten Zeit wieder in Angriff genommen werden.

#### *Soziale Sicherung der Familien von Wanderarbeitern*

Am 14. Mai 1951 hatte die Beratende Versammlung in ihrer Empfehlung Nr. 3 unter anderem folgendes ausgeführt:

„Die Versammlung...

b) unterstreicht, daß das wichtigste soziale Recht des Wanderarbeiters darin besteht, seine Familie an jeden Arbeitsplatz mitzunehmen, beziehungsweise sie in kürzester Zeit nachkommen zu lassen. Auf jeden Fall sollte die Familie des Wanderarbeiters in den Genuß aller jener Vorteile gelangen, auf welche sie normalerweise Anrecht hat, und zwar ohne daß die Wahl des Wohnorts hierbei irgendwelche einschränkende Wirkungen zur Folge hat.

c) empfiehlt, bei der Ausarbeitung der mehrseitigen Abkommen für soziale Sicherung auf diese Notwendigkeit Rücksicht zu nehmen. Sie weist die betreffenden Regierungen ganz besonders auf diesen Punkt hin.“

Diese Empfehlung wurde dem Expertenausschuß für soziale Sicherung übermittelt, der sich damit anläßlich seiner vierten Sitzung im Oktober 1951 befaßte. Da dieser Ausschuß keine Einstimmigkeit erzielen konnte, wurde entsprechend den Satzungen des Europarates der Standpunkt der Mehrheit sowie derjenige der Minderheit dem Ministerkomitee übermittelt. Die Mehrheit war der Auffassung, daß die Lösung des Problems auf der Grundlage des *Territorialitätsprinzips* erfolgen müsse. Das würde bedeuten, daß alle Versicherungsleistungen von demjenigen Lande zu tragen wären, in welchem *die Familie ihren Wohnsitz hat*, und zwar im Rahmen der vom Europarat vorbereiteten Abkommen über soziale Sicherung. Immerhin sei es auch denkbar, ein anderes Kriterium als das der Territorialität zugrunde zu legen, sofern es sich nur um zweiseitige oder im Rahmen des Europarates auf einige Staaten beschränkte Abkommen handeln würde. Falls nun der Expertenausschuß zur Ansicht kommen sollte, es sei unerlässlich, die dem *Emigrationsland* entstehenden Lasten aufzuteilen, so wäre die Frage zu prüfen, ob und in welcher Weise ein europäisches Kompensierungssystem zu schaffen wäre. Da aber derartige Maßnahmen einen rein wirt-

schaftlichen Charakter hätten, fielen sie nicht in die Kompetenz des Expertenausschusses.

Die Minderheit war dagegen der Auffassung, daß die Versicherungsleistungen nicht von den Rechten und der Person des Familienoberhauptes zu trennen seien und infolgedessen zu Lasten des jeweiligen Landes gehen müßten, in dem der betreffende Wanderarbeiter arbeitet. Sie hält eine Untersuchung über die Schaffung eines Ausgleichsfonds für Beiträge und Leistungen auf dem Gebiete der sozialen Sicherung für erforderlich, die einem anderen Expertenausschuß zu übertragen wäre.

Das Ministerkomitee nahm von diesem Bericht Kenntnis und beauftragte erneut die Experten, die Frage einer Prüfung zu unterziehen, wobei ihnen diesmal ein Lösungsvorschlag der Regierung eines Mitgliedstaates vorgelegt wurde. (Der Vorschlag war dem Ministerkomitee von der Bundesregierung unterbreitet worden.) Die Experten berieten nun über diesen Vorschlag in ihrer 6. Sitzung im Oktober 1952 und gelangten diesmal zu einer Einigung, allerdings ohne sich ausdrücklich für das Prinzip der Territorialität oder das der Person auszusprechen. Da jedoch diesmal das Ministerkomitee keine Einigung erzielen konnte, wurden wiederum die Experten mit den Vorschlägen für eine Lösung betraut, und zwar erneut auf der Basis des Vermittlungsvorschlages eines Mitgliedstaates (belgische Regierung). Die Frage wird nun Anfang 1954 anläßlich der nächsten Sitzung des Expertenausschusses wieder aufgenommen werden.

Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die Hohe Behörde der Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Luxemburg bemüht ist, das Problem der sozialen Sicherung der Wanderarbeiter im Rahmen der sechs Mitgliedstaaten der Gemeinschaft (die ebenfalls Mitglieder des Europarates sind) zu lösen. Sollte eine derartige Lösung in Luxemburg schon in den nächsten Monaten Wirklichkeit werden, so liegt es auf der Hand, daß eine derartige Konvention für die übrigen acht<sup>9</sup> Mitgliedstaaten des Europarates wegweisend sein kann. Es ist durchaus möglich, daß ein derartiges Abkommen mit gewissen, durch den größeren geographischen Bereich des Europarates bedingten Abänderungen auf europäischer Ebene in Anlehnung an das eventuelle Luxemburger Beispiel zustande kommt.

#### *Der europäische Wirtschafts- und Sozialrat*

Im Vertragsentwurf für die europäische politische Gemeinschaft ist die Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrates vorgesehen. Sollte im Rahmen des Europarates, d. h. im Rahmen der 15 Länder, ebenfalls ein Wirtschafts- und Sozialrat errichtet werden, so würde der im Rahmen der politischen Gemeinschaft vorgesehene Rat in denjenigen des Europarates eingegliedert werden. Das hätte den Vorteil, Doppelspurigkeiten zu vermeiden, und würde den sechs Staaten der

Politischen Gemeinschaft ein gemeinsames Auftreten im Rahmen des Rates der 15 Länder ermöglichen.

Nun hatte die Beratende Versammlung in ihrer außerordentlichen Sitzung vom Januar 1953 die Absicht, einen derartigen Rat im Rahmen des Europarates zu schaffen, gutgeheißen. Es soll sich um ein *Konsultativorgan* handeln<sup>10</sup>. Die Beratende Versammlung beauftragte ihre Ausschüsse für Wirtschafts- und Sozialfragen, einen Entwurf über die Schaffung des Rates auszuarbeiten. Beide Ausschüsse konstituierten im Mai 1953 einen Unterausschuß, an den das von der Beratenden Versammlung erteilte Mandat weiterging. Es mußte nun eine Reihe von Vorfragen geklärt werden, und das Generalsekretariat des Europarates ist damit beschäftigt, zu ermitteln, in welchem Umfang und auf welche Art und Weise die Regierungen der Mitgliedstaaten Konsultationen der Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Konsumorganisationen usw. vorgenommen haben. Darüber hinaus hat das Generalsekretariat eine eingehende Analyse aller den zu schaffenden Rat betreffenden Versammlungsdebatten und Dokumente vorgenommen sowie eine Aufstellung aller Probleme ausgearbeitet, welche in diesem Zusammenhang noch abgeklärt werden müssen und konkreter Entschließungen bedürfen<sup>11</sup>.

Im September 1953 trat der Unterausschuß zu einer Sitzung in Straßburg zusammen, um den Stand der Dinge zu prüfen. Er forderte nicht nur eine möglichst umgehende Beantwortung der vom Generalsekretariat vorgelegten Fragen, sondern beauftragte auch das Generalsekretariat, auf Grund der eingehenden Antworten einen Bericht abzugeben, der möglichst viele Kommentare und Anregungen enthalten soll. Darüber hinaus wurden die beiden zu der Sitzung des Unterausschusses zugelassenen internationalen Organisationen (Vereinte Nationen und Internationale Arbeits-Organisation) ersucht, ebenfalls ihren Standpunkt zu formulieren und in Form von Memoranden vorzulegen.

#### *Diverse Teilaufgaben*

Abgesehen von den bisher erwähnten und zum Teil bereits verwirklichten größeren Aufgaben hat sich der Europarat mit einer Reihe von Teilfragen zu befassen gehabt, deren Lösung entweder vorläufig noch nicht abzusehen ist oder aber auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen ist.

##### a) Wohnbaufinanzierung

Seitdem die Beratende Versammlung in einer Empfehlung vom August 1950<sup>12</sup> diesem Problem ihre Aufmerksamkeit gewidmet hatte, hat das Generalsekretariat zunächst einmal die Tätigkeit anderer internationaler Organisationen auf diesem Gebiet einer eingehenden Prüfung unterzogen. Es lag in den Absichten der Beratenden Versammlung, einen *europäischen Fonds zur Finanzierung des Wohnungsbaus* zu schaffen. Das Ministerkomitee des Europarates

entschied jedoch im Jahre 1952, daß der Europarat sich darauf beschränken solle, auf diesem sowie dem Gesamtgebiet des Wohnungsbaus überhaupt die Tätigkeit der anderen internationalen Organisationen, und zwar in erster Linie der Vereinten Nationen und des Europäischen Wirtschaftsrates, zu verfolgen. Die Beratende Versammlung gab jedoch dem Wunsche Ausdruck, die gesamte Frage auf ihrer Tagesordnung zu belassen. Darüber hinaus nahm sie in einer Empfehlung vom 26. September 1952<sup>13</sup> zur speziellen Frage der Finanzierung des Wohnungsbaus Stellung.

Anfang Mai 1953 gaben die Ministerstellvertreter ihrer Ansicht Ausdruck, daß es außerordentlich schwierig sein würde, in am Wohnungsbau nicht interessierten Ländern Kapital für die an der Frage interessierten Länder zu finden und von Land zu Land zu transferieren. Immerhin versprach nun das Ministerkomitee der Beratenden Versammlung, es wolle anläßlich einer seiner nächsten Sitzungen die Frage erneut prüfen. Inzwischen hatte der Internationale Verband für Bauwesen und öffentliche Arbeiten dem Europarat einen Statutenentwurf für ein europäisches Institut für Wohnungsbaufinanzierung vorgelegt, und der Sozialausschuß der Beratenden Versammlung beschloß im September 1953, dieses Projekt dem Ministerkomitee vorzulegen. Darüber hinaus hat der Sozialausschuß eine im Jahre 1950 begonnene Untersuchung über alle einschlägigen Fragen fortgesetzt<sup>14</sup>.

##### b) Kinderschutz im Kriegsfall

Im Mai 1951 befaßte sich die Versammlung mit einem Vorschlag, im Rahmen des Europarates eine Organisation zu schaffen, die den Schutz der Kinder im Kriegsfall zu übernehmen hätte. Die ersten Untersuchungen erfolgten in enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz in Genf. Im Anschluß daran empfahl die Beratende Versammlung am 20. September 1952<sup>15</sup> dem Ministerkomitee, alle Mitgliedstaaten des Europarates aufzufordern,

- 1) die Genfer Konvention zum Schutze der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten vom 12. August 1949 zu ratifizieren,
- 2) alle geeigneten Maßnahmen treffen zu lassen, um die in der Konvention festgelegten Schritte und Methoden anzuwenden,
- 3) alle anderen Mitgliedstaaten über alle mit dem Problem zusammenhängenden Fragen, insbesondere jedoch mit den zweckmäßigsten Evakuierungsmethoden der Zivilbevölkerung, vertraut zu machen,
- 4) die Versammlung über die erzielten Ergebnisse auf diesem Gebiete zu unterrichten.

Das Ministerkomitee kam durch seine im Dezember 1952 gefaßten Beschlüsse diesen Anregungen im großen und ganzen nach, jedoch hat die ursprünglich von der Versammlung angeregte Schaffung einer



speziellen Organisation bisher keine weiteren Schritte gezeitigt.

c) Austausch von Kriegsversehrten der Mitgliedstaaten zwecks ärztlicher Behandlung

Im September 1952 übermittelte die Versammlung dem Sozialausschuß einen diesbezüglichen Vorschlag<sup>16</sup>, und das Generalsekretariat arbeitete einen ersten Bericht<sup>17</sup> aus, aus dem hervorging, daß auf diesem Gebiet noch keine einzige internationale Organisation tätig war. Daher regte das Generalsekretariat die Versendung eines entsprechenden Fragebogens an die zuständigen Verwaltungen der Mitgliedsländer an. Im Mai 1953 wurde diese Prozedur vom Sozialausschuß gutgeheißen. Bis zur Stunde liegt auf diesem Gebiet nichts Neues vor.

d) Amt für intereuropäischen Arbeitskräfteausgleich

Schon im Jahre 1949 wurde der Frage des Austauschs von Arbeitskräften beziehungsweise ihrer zweckmäßigeren Verteilung innerhalb Europas Aufmerksamkeit geschenkt. Im Rahmen einer Empfehlung<sup>18</sup> schlug die Versammlung im Jahre 1951 unter anderem vor, ein Amt für intereuropäischen Arbeitskräfteausgleich zu schaffen. Der betreffende Teil dieser Empfehlung wurde daraufhin vom Ministerkomitee einem Expertensonderausschuß für Flüchtlingsfragen und Bevölkerungsüberschuß zugestellt, der jedoch die Schaffung eines solchen Amtes nicht befürwortete.

#### *Gemeinsame Politik auf sozialem Gebiet*

Der bisher gegebene Bericht über die Tätigkeit des Europarates auf sozialem Gebiet wäre unvollständig, wenn er nicht stärker in die Zukunft weisen würde, als das bei den zum Teil schon vollendeten Aufgaben möglich war. Schon im August 1950 war sich die Versammlung darüber im klaren, daß sie eines möglichst vollständigen, organischen Programms bedurfte. Sie beauftragte damals den Sozialausschuß mit der Abfassung von Vorschlägen für eine *gemeinsame europäische Sozialpolitik*<sup>19</sup>. Ein spezieller Unterausschuß wurde mit dem Studium dieser Frage beauftragt, dessen abschließender Bericht im November 1951 vom Sozialausschuß der Versammlung vorgelegt wurde<sup>20</sup>. Diese nahm daraufhin am 7. Dezember 1951 eine entsprechende Empfehlung<sup>21</sup> an. Ueber die bereits weiter oben behandelten Fragen, wie soziale Sicherung, Wohnbaufinanzierung usw., hinaus wurden die folgenden Punkte hinzugefügt:

1) Gemeinsame Aktion zwecks Ratifizierung der Abkommen der Internationalen Arbeits-Organisation;

2) Studium der sozialen Aspekte der Arbeit des Europäischen Wirtschaftsrates;

3) Studium der Beziehungen zwischen Europarat und Sonderbehörden, in erster Linie der Montangemeinschaft;

4) Herstellung von Verbindungen zwischen den mit sozialen Aufgaben betrauten Verwaltungen der Mitgliedstaaten.

Im Mai 1952 informierte das Ministerkomitee die Versammlung, daß es die Harmonisierung der diversen nationalen Aktivitäten auf sozialem Gebiet gutheiße und daß es das Generalsekretariat beauftragt habe, abzuklären, was der Europarat auf diesem Gebiet leisten könnte. Darauf gab die Versammlung dem Wunsche Ausdruck, das vom Generalsekretariat anzufertigende Memorandum zur Kenntnis zu nehmen, *bevor* das Ministerkomitee etwas auf diesem Gebiete unternähme. Das Ministerkomitee gab der Versammlung die gewünschte Zusage. Das Generalsekretariat legte nun im April 1953 sein Memorandum<sup>22</sup> den Regierungen vor, und am 13. Mai 1953 forderte der Sozialausschuß seine Mitglieder auf, dem Generalsekretariat ihre Stellungnahme mitzuteilen. Des weiteren wurde dieses Dokument der Internationalen Arbeits-Organisation und dem Europäischen Wirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt. Ende Juni 1953 beauftragten die Ministerstellvertreter das Generalsekretariat, das Memorandum einem Sonderausschuß von Regierungsexperten für Sozialfragen vorzulegen. Dieser Ausschuß tagte vom 7. bis 10. September in Straßburg und übermittelte unverzüglich dem Ministerkomitee seinen Bericht.

Wenige Tage später nahm der Sozialausschuß der Beratenden Versammlung zum Memorandum Stellung. Der Grundsatz einer *europäischen Sozialcharta* (als Gegenstück zur bereits in Kraft getretenen Charta zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten) wurde einstimmig gutgeheißen. Sie soll die Ziele der Mitgliedstaaten auf sozialem Gebiet umreißen und dem Europarat als Leitfaden für alle weiteren Aktionen auf diesem Gebiet dienen. Die Versammlung unterstrich darüber hinaus, daß diese wichtige Grundsatzklärung unbedingt in engem Zusammenhang mit ihr selbst erarbeitet werden sollte. Ja, es sei geradezu die ureigenste Aufgabe der Beratenden Versammlung, alle in Betracht kommenden Prinzipien selbst zu definieren<sup>23</sup>.

Ebenfalls wurde einstimmig auf die Notwendigkeit hingewiesen, jegliche Form von *Diskriminierung*, die durch Fragen der Staatsangehörigkeit bedingt ist, aus der sozialen Gesetzgebung der Mitgliedstaaten auszumerzen. Darüber hinaus wurde die *Harmonisierung der Sozialgesetzgebung* der Mitgliedstaaten und insbesondere die Harmonisierung aller zukünftigen gesetzgeberischen Maßnahmen auf diesem Gebiete empfohlen. Damit könnte im Verlaufe einiger Zeit eine weitgehende Angleichung der Sozialgesetzgebung selbst, über die Angleichung des Leistungsniveaus hinaus, erreicht werden.

Ferner wurde die Notwendigkeit unterstrichen, ein „*Comité Social*“ zu schaffen, das sich aus höheren Beamten der verschiedenen nationalen Sozialverwaltungen zusammensetzen und permanenten Charakter haben soll. Dieser ständige Charakter war bei den bisherigen Ausschüssen von Regierungsexperten noch

nicht gegeben. Daraus haben sich manchmal Nachteile ergeben, die nun vermieden werden könnten.

Das Comité Social sollte zwei- oder dreimal im Jahre zusammentreten und in engem Zusammenhang mit dem Internationalen Arbeitsamt in Genf sowie dem Europäischen Wirtschaftsrat in Paris arbeiten, um jegliche Doppelspurigkeit auszuschalten.

Darüber hinaus könnte dieser Ausschuß vor den großen internationalen Sozialkonferenzen zusammentreten, um so weitgehend wie irgendwie möglich ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten des Europarates zu gewährleisten.

Es ist ferner damit zu rechnen, daß die regelmäßige Zusammenarbeit höherer Beamter aus den verschiedenen Ländern mit der Zeit dazu führen wird, daß ein *gemeinsames* Ideal, eine *gemeinsame* Theorie entstehen, was auf die nationalen Sozialgesetzgebungen nicht ohne Rückwirkungen bleiben dürfte. Gesetzestexte würden sich allmählich angleichen und damit zum Zustandekommen weiterer Abkommen, die heute noch undenkbar sind, beitragen.

Eine wichtige Aufgabe für das Comité Social wäre es auch, darauf zu achten, daß alle einschlägigen neuen Gesetze im Einklang mit den vom Europarat geschaffenen Abkommen stehen, und darauf zu achten, daß alle sich aus den Abkommen ergebenden Verpflichtungen von allen Mitgliedstaaten genau eingehalten werden.

Außerdem wurde die Schaffung eines *europäischen Büros für soziale Dokumentation* im Rahmen der Bibliothek und Dokumentationsabteilung des Generalsekretariates empfohlen. Eine derartige Abteilung wäre ganz besonders für die Abgeordneten der Beratenden Versammlung sehr nützlich, da sie alle für ihre Interventionen erforderlichen Daten und Fakten sozialer Art in kürzester Zeit zur Verfügung hätten.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten würden diesem Zentralbüro alle einschlägigen Auskünfte und Drucksachen über Sozialprobleme und die diesbezügliche Gesetzgebung zu übermitteln haben (Berichte, Gesetzentwürfe, Gesetz- und Verordnungstexte usw.). Das ist bereits anläßlich der Vorarbeiten für die Interimsabkommen und die Fürsorgekonvention geschehen und sollte nun auf allen anderen in Betracht kommenden Gebieten erfolgen. Erst auf Grund von brauchbaren Vergleichsnormen, die es zum Teil noch zu erarbeiten gilt, ist die Weiterführung der Harmonisierung der diversen Sozialgesetzgebungen und die vollständige Beseitigung noch bestehender Diskriminierungen durchführbar.

Wohl gemerkt handelt es sich nicht darum, die vom Internationalen Arbeitsamt oder anderen internationalen Organisationen bereits durchgeführten Untersuchungen nochmals durchzuführen. Erst wenn sich die internationalen Organisationen außerstande erklären, bestimmte vom Europarat benötigte An-

gaben zu machen, würde das Büro für soziale Dokumentation mit seinen Wünschen an die Mitgliedsregierungen herantreten, um dann anschließend die erhaltenen Mitteilungen zu verarbeiten.

Das dürfte gar nicht so selten der Fall sein, da die verschiedenen internationalen Organisationen infolge ihrer andersartig gespannten Rahmen andere Ziele verfolgen und andere Vergleichsmethoden haben als der Europarat. Ein Beispiel mag das verdeutlichen: Die mit Fürsorgefragen befaßten Körperschaften sind nicht in allen Mitgliedstaaten die gleichen. Aus historischen und religiösen Gründen liegen die Verhältnisse von Land zu Land anders. Einmal liegt die Zuständigkeit, entsprechend dem Zentralisierungssystem, beim Innenministerium und dessen Organen, einmal, entsprechend dem Föderativsystem, bei regionalen Körperschaften, einmal bei kommunalen Behörden, manchmal bei den Kirchen usw. Im Moment, wo die Frage einer Angleichung der Ausführungsmethoden erstrebt würde, stünde der Europarat vor einer terra incognita. Darüber hinaus wäre die Verzerrung der in Betracht kommenden Behörden innerhalb jedes Landes zu prüfen. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß irgendeine internationale Organisation erschöpfende Auskünfte über ein derartiges spezifisch europäisches Problem geben könnte. Und hier würde erneut das europäische Büro für soziale Dokumentation einzusetzen haben.

#### Schlußbetrachtungen

Die Sozialarbeit geht im Rahmen des Europarates nicht isoliert vor sich. Neben ihr her vollzieht sich die Tätigkeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, um nur die wichtigsten zu nennen. Untergeordnet ist die gesamte Arbeit dem Hauptziel: Europa enger zusammenzuschmieden. Und das ist eine eminent *politische* Aufgabe.

Man hat im sozialen Sektor nicht mit einem starren Programm begonnen, das den Anspruch erheben könnte, das gesamte Sozialfeld abzustecken und zu beackern. Es liegt vielmehr eine empirische Methode zugrunde, ein vorsichtiges Abtasten dessen, was zunächst erreichbar ist, und dessen, was der näheren oder fernerer Zukunft überlassen bleiben muß. Jedoch wäre es nicht richtig, den gewählten Weg als den des geringsten Widerstandes zu bezeichnen; denn innerhalb des Erreichbaren galt es wiederum, eine Dringlichkeitsordnung aufzustellen und einzuhalten. Und hier spielte von Anfang an die Ueberlegung eine Rolle, daß die drei erwähnten Abkommen, welche im Laufe von vier Jahren geschaffen worden sind, wohl den wichtigsten Versuch bilden würden, der bisher auf *europäischer* Basis begonnen wurde, um die Voraussetzungen für eine *größere Freizügigkeit der Arbeitnehmer* von Land zu Land zu schaffen. Erst jetzt kann überhaupt ernstlich jenes weite Gebiet betreten werden, das man gemeinhin als *europäische Integration* bezeichnet.



Nachdem nun diese ersten Projekte, entsprechend den Empfehlungen der Beratenden Versammlung, auf der Ebene der diversen Regierungsapparate und der Straßburger Ebene internationalen Beamtentums geschaffen worden sind, erhebt sich die Frage, wie eine größere Tiefenwirkung des geleisteten Werkes in breitesten Volkskreisen erzielt werden kann. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß die Beratende Versammlung einem Antrag des Ministerausschusses und dem diesbezüglichen Bericht ihres Sozialausschusses entsprochen hat, bestimmten *gewerkschaftlichen Organisationen* ein Konsultativstatut zu gewähren. Sie hat sich für die Schaffung einer derartigen Bindung mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften sowie mit dem Internationalen Bund der Christlichen Gewerkschaften ausgesprochen. Die Verhandlungen über die endgültige Fassung des Statuts sind zur Zeit noch im Gange.

Es liegt auf der Hand, daß damit nicht nur für eine *Popularisierung* der Sozialarbeit des Europarates in den an den Abkommen am stärksten interessierten Bevölkerungsschichten gesorgt wäre, sondern daß auch Vorschläge der Gewerkschaften für die weitere

Sozialarbeit einen gewinnbringenden Beitrag darstellen würden. Jedoch wäre der erstgenannte Faktor politisch bei weitem der bedeutsamere angesichts der dem Europarat gestellten Aufgabe: Europa gesündere und stärkere Grundlagen zu geben. Und das kann nicht allein durch die schrittweise Abschaffung der Diskriminierung zwischen den Mitgliedstaaten geschehen, sondern in erster Linie durch die Schaffung weitgehend angenäherter Sozial- und Existenzbedingungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Es versteht sich von selbst, daß gesündere Grundlagen nur dann gegeben sein werden, wenn die Annäherung des sozialen Standards nach *oben* erfolgt. Die Abstände, die es zu überwinden gilt, sind zum Teil sehr beträchtlich. Man denke etwa an das von zwei Weltkriegen und einem Bürgerkrieg heimgesuchte Griechenland einerseits und das von Kriegen verschont gebliebene Schweden andererseits. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, festzustellen, daß schon bei der bisher geleisteten Arbeit der Starke dem Schwachen half. Und vieles spricht dafür, daß dieser Grundsatz auch bei der zukünftigen Arbeit des Europarates zum Ausdruck kommen wird.

### Anmerkungen

<sup>1)</sup> Doc. AS (1) 79. Empfehlung an den Ministerrat vom 6. 9. 1949. „Rôle du Conseil de l'Europe dans le domaine de la Sécurité sociale.“

<sup>2)</sup> Empfehlung 28 an den Ministerrat vom 24. 8. 1950 (Doc. AS [2] 99). „Recommandation tendant à la création d'un Code européen de Sécurité sociale.“

<sup>3)</sup> Anhang zu Doc. AS (2) 81 vom 22. 8. 1950.

<sup>4)</sup> AS/Soc. — I (49) 1.

<sup>5)</sup> Beschluß Nr. 52, 1950.

<sup>6)</sup> Doc. AS (5) 116 vom 16. 4. 1953. „Demande d'Avis formulée par le Comité des Ministres sur un projet de Convention d'Assistance sociale et médicale et un projet de protocole additionnel.“

<sup>7)</sup> Avis No. 4 sur un projet de Convention d'Assistance sociale et médicale. (Protocole additionnel à la Convention d'Assistance sociale et médicale.)

<sup>8)</sup> Empfehlung 29 an den Ministerrat vom 24. 8. 1950 (Doc. AS [2] 100). „Recommandation relative à l'extension de la Sécurité sociale aux ressortissants d'autres pays.“

<sup>9)</sup> Da die Montanunion nicht nur Frankreich, Deutschland, Italien und die drei Beneluxländer umfaßt, sondern auch die Saar, deren Interessen von Frankreich wahrgenommen werden, würde ein Abkommen in Luxemburg nur noch auf acht Mitgliedstaaten des Europarates auszudehnen sein.

<sup>10)</sup> Resolution 26 vom 17. Januar 1953, insbesondere Abschnitt III: „Conseil Economique et Social“.

<sup>11)</sup> AS/Soc. EC (5) 1.

<sup>12)</sup> Doc. AS (2) 113 vom 26. 8. 1950. „Recommandation relative au logement.“

<sup>13)</sup> Empfehlung 28 vom 26. 9. 1952. „Recommandation tendant à la création d'un Institut de Crédit Foncier Européen.“

<sup>14)</sup> AS/Soc. (4) 23.

<sup>15)</sup> Empfehlung 29 vom 26. 9. 1952. „Recommandation sur la protection de l'enfance en cas de guerre.“

<sup>16)</sup> Doc. AS (4) 58 vom 17. 9. 1952. „Echange des mutilés de guerre pour leur permettre de bénéficier des moyens curatifs dans les divers pays membres du Conseil de l'Europe.“

<sup>17)</sup> AS/Soc. (4) 29.

<sup>18)</sup> Empfehlung 3 vom 14. 5. 1951. „Recommandation relative à la création d'un Bureau européen de la Main d'Oeuvre et à la Sécurité sociale des travailleurs migrants.“

<sup>19)</sup> Doc. AS (2) 88 vom 10. 8. 1950. „Proposition de Résolution tendant à l'adoption d'une politique commune en matière sociale.“

<sup>20)</sup> Doc. AS (3) 67 vom 26. 11. 1951. „Rapport relatif à l'adoption par les Etats membres du Conseil de l'Europe d'une politique commune en matière sociale.“

<sup>21)</sup> Empfehlung 14 vom 7. 12. 1951.

<sup>22)</sup> SG (53) 1.

<sup>23)</sup> Avis No. 5 sur le mémorandum du Secrétariat Général relatif aux activités que le Conseil de l'Europe pourrait utilement entreprendre dans le domaine social, § 2, vom 23. 9. 1953.

## Supranationaler Rechtsschutz

### Sein Umfang und seine Organisation innerhalb der Europäischen Gemeinschaft

Von Dr. Franz Breitner

Die nachfolgende Abhandlung stellt einen Auszug aus einer Arbeit dar, die der Verfasser unter dem Titel „Europäische Gerichtsbarkeit“ als Einleitung zu Band XIV der von der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg herausgegebenen Dokumente veröffentlichen wird. Der Vorabdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Alfred Metzner Verlages, Frankfurt und Berlin. H. V.

#### Einleitung

Wie bereits die Verträge über die Gründung der Montanunion (MU) und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), so enthält auch der am 9. März 1953 den Außenministern der sechs Schumanplan-Staaten überreichte Entwurf einer Satzung für die Europäische (Politische) Gemeinschaft zahlreiche Bestimmungen über ein künftiges europäisches Rechtsschutzsystem. Wenn im gegenwärtigen Zeitpunkt auch die Verwirklichung dieser Gemeinschaft noch keineswegs feststeht, so empfiehlt sich doch auf dem Gebiete des Rechtsschutzes schon jetzt eine allgemeine Orientierung, zumal durch die fast unveränderte Uebernahme der Parallelbestimmungen aus dem MU- und EVG-Vertrag im Rahmen der Integration dieser Teilgemeinschaften<sup>1</sup> in die umfassendere politische Gemeinschaft dieser für jedermann so bedeutsame Komplex einen Umfang erlangen wird,

der beim Studium des Entwurfs nicht immer mit letzter Deutlichkeit zu Tage treten dürfte.

Mit den folgenden Darlegungen soll darum der Versuch eines möglichst breiten Ueberblicks über die materielle und institutionelle Garantie des Rechtsschutzes nach Inkrafttreten der Satzung der Europäischen Gemeinschaft (SEG) gemacht werden. Daß im Rahmen eines solchen Versuches manche juristisch interessante Einzelfrage übergangen werden mußte, bedarf wohl kaum einer Entschuldigung. Die Fülle des zu behandelnden Stoffes zwang darüber hinaus aber auch zum Verzicht auf allzu breite Erörterungen hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Struktur der supranationalen Gemeinschaften im allgemeinen und der Europäischen (politischen) Gemeinschaft im besonderen. Wegen dieser Fragen sei auf die früheren Veröffentlichungen in diesem Archiv verwiesen<sup>2</sup>.

#### Materieller Rechtsschutz

Die Verfassung der Europäischen Gemeinschaft basiert auf dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit. Dementsprechend unterliegt ihr gesamtes Wirken der gerichtlichen Kontrolle. Diese vollzieht sich, von zahlreichen hier nicht zu erörternden Einzelkompetenzen abgesehen, nach den folgenden Gesichtspunkten:

##### *I. Organkontrolle*

##### *Tätigkeitskontrolle*

Der gerichtlichen Nachprüfung unterliegen alle vom Europäischen Exekutivrat und den ihm nachgeordneten Verwaltungsstellen erlassenen generellen und individuellen Entscheidungen und Empfehlungen; vgl. Art. 43 SEG<sup>3</sup>. Entscheidungen und Empfehlungen sind die beiden verpflichtenden Formen der in Artikel 33 SEG typisierten Willens- und Mei-

nungskundgebungen der Exekutivorgane. Entscheidungen sind in allen ihren Teilen, Empfehlungen lediglich im Hinblick auf die in ihnen aufgestellten Ziele verbindlich. Nachgeordnete Verwaltungsstelle im Sinne des Artikels 43 SEG ist nach Ablauf der Uebergangszeit von zwei Jahren auch die Hohe Montanbehörde, während das EVG-Kommissariat seine Befugnisse zu diesem Zeitpunkt gänzlich an den Exekutivrat abgibt. Bis zum Ablauf der Uebergangszeit vollzieht sich die Kontrolle der Akte der Exekutivorgane beider Teilgemeinschaften nach Maßgabe des MU- bzw. EVG-Vertrages<sup>4</sup>.

Die nach MU- und EVG-Recht gegebenen Möglichkeiten der Anfechtung von Ratsbeschlüssen<sup>5</sup> werden nach Inkrafttreten der Satzung keine Rolle mehr spielen, da zu dem genannten Termin der Minister-



rat sowohl der MU als auch der EVG im Rat der nationalen Minister aufgehen, gegen dessen Akte eine Klagemöglichkeit nicht vorgesehen ist. Freilich könnte man aus dem Wortlaut des Artikels 42 § 2 SEG auch folgern, daß die im MU- und EVG-Vertrag vorgesehenen Anfechtungsmöglichkeiten gegen derartige Akte in Ansehung derjenigen Kompetenzen fortbestehen, die der Rat der nationalen Minister in seiner Eigenschaft als Nachfolgeorgan der Räte der Teilgemeinschaften zu übernehmen hat<sup>6</sup>. Etwas Ähnliches gilt im übrigen auch von den Beschlüssen der Gemeinsamen Versammlung für die Montanunion und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft<sup>7</sup>.

Die genannten Akte werden zur gerichtlichen Kontrolle durch die Erhebung einer dem französischen „recours pour excès de pouvoir“ nachgebildeten Aufhebungs- bzw. Nichtigkeitsklage gestellt. Diese wird auf die Behauptung der Fehlerhaftigkeit der angefochtenen Maßnahme gestützt. Als Klaggründe kommen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Form- (und Verfahrens-) Vorschriften, Vertrags- bzw. Rechtsverletzung und Ermessensmißbrauch in Betracht<sup>8</sup>. Bei der Anfechtung von Ordnungsstrafentscheidungen (Sanktionen) der Hohen Behörde (Sanktionsklage) kann der Kläger außerdem geltend machen, daß der Akt, dessen Verletzung zum Anlaß der Sanktion genommen wurde, fehlerhaft sei (mangelnder Sanktionsgrund); Artikel 36/III des Montanunion-Vertrages (MUV). Nach dem Recht der Montanunion sind die Beschlüsse der Versammlung und des Rates wegen Unzuständigkeit und Verletzung wesentlicher Formvorschriften anfechtbar (Beschlussklage; Art. 38 MUV). Das gleiche gilt für die nach EVG-Recht ergehenden Versammlungsbeschlüsse. Beschlüsse des EVG-Rates können dagegen auch mit der Begründung angefochten werden, daß sie eine Vertrags- bzw. Rechtsverletzung darstellen oder unter Mißbrauch des dem Rat zustehenden Ermessens ergangen seien<sup>9</sup>.

Anfechtungsberechtigt sind nach Artikel 43 SEG die „Beteiligten“. Soweit EVG-Tatbestände zur Anfechtung gelangen, ist zu beachten, daß die Akte des Kommissariats nur von den Mitgliedstaaten, dem Rat oder der Versammlung angefochten werden können. Entscheidungen und Empfehlungen der Hohen Montanbehörde, mit Ausnahme der Ordnungsstrafentscheidungen, können im allgemeinen nur vom Rat, den Mitgliedstaaten und in einem gewissen Umfang auch von den Montanunternehmen und deren Verbänden vor Gericht gebracht werden<sup>10</sup>. Nichtmontanunternehmen dürfen bei Akten der Hohen Behörde Rechtsschutz nur in Ausnahmefällen in Anspruch nehmen, etwa die Käufer von Montanerzeugnissen im Falle des Artikels 63 MUV oder die von einer Entflechtungsmaßnahme nach Artikel 66 MUV Betroffenen<sup>11</sup>.

Voraussetzung für alle derartigen Klagen ist nicht

wie nach deutschem Recht eine konkrete Rechtsbeeinträchtigung des Klägers. Es genügt vielmehr, daß dieser lediglich in seinen Interessen verletzt wurde.

#### Untätigkeitskontrolle

Der gerichtlichen Kontrolle unterliegt neben der (aktsetzenden) Tätigkeit auch weitgehend die (aktverweigernde) Untätigkeit bestimmter Exekutivorgane, nämlich der Hohen Behörde und des Kommissariats; vgl. Artikel 35 MUV und 55 EVG-Vertrag. Damit wird jedenfalls innerhalb des Rechtskreises der beiden Teilgemeinschaften das Funktionieren der Verwaltung auch in positiver Weise sichergestellt. In die Satzung der Europäischen Gemeinschaft ist dieses Institut der Untätigkeitsklage allerdings nicht aufgenommen worden.

Die Klage schlägt ein, wenn das betreffende Organ den Erlaß einer bestimmten Entscheidung oder Empfehlung verabsäumt, obwohl es hierzu nach dem Vertrage verpflichtet wäre. Darüber hinaus ist sie in den Fällen gegeben, in welchen das Organ von einer ihm zustehenden Befugnis zur Setzung eines bestimmten Aktes unter Mißbrauch seines Ermessens keinen Gebrauch macht. Nach MU-Recht sind zur Erhebung der Untätigkeitsklage die Mitgliedstaaten, der Rat und die Montanunternehmen und nach EVG-Recht die Mitgliedstaaten und der Rat berechtigt.

#### Wirtschaftsstörungen

Ebenfalls mit der Klage sind tiefgreifende und anhaltende Störungen im Wirtschaftsleben eines der Mitgliedstaaten auf Grund einer Handlung oder Unterlassung der Hohen Behörde oder des EVG-Kommissariats angreifbar (Störungsklage). Dabei handelt es sich im wesentlichen um Tatbestände, die durch eine den gemeinsamen Markt berührende wirtschafts- oder rüstungspolitische Maßnahme der genannten Organe geschaffen werden. Doch kann mit der Klage nicht etwa die Wirtschafts- oder Militärpolitik des zuständigen Organs als solche angegriffen werden. Nachprüfbar ist immer nur ein ganz bestimmtes Verhalten „in einem ganz bestimmten Falle“. Andererseits wird durch die erwähnte Klagennorm nicht erfordert, daß der Störungstatbestand zur Zeit der Klagerhebung bereits eingetreten ist, sondern es genügt, daß er sich in groben Umrissen abzeichnet. Im Hinblick auf die entsprechende Regelung in der Satzung ist zu beachten, daß eine Rüge derartiger Störungstatbestände späterhin nicht mehr Gegenstand eines ordentlichen, sondern eines Schiedsgerichtsverfahrens sein wird<sup>12</sup>.

#### Menschenrechte

Artikel 45 SEG garantiert den Schutz der durch die Konvention von Rom statuierten Menschenrechte und Grundfreiheiten innerhalb des Wirkungskreises der Gemeinschaft. Danach ist jede Entscheidung oder Maßnahme eines Organs auf ihre Ver-

einbarkeit mit den in der Konvention garantierten Rechten und Freiheiten, die nach Artikel 2 SEG zum integrierenden Bestandteil der Satzung erhoben wurden, überprüfbar. Klagberechtigt sind, anders als nach Artikel 48 der Konvention bei der Klage vor dem Gerichtshof für die Menschenrechte<sup>13</sup>, auch natürliche Personen.

## II. Die Haftung der Gemeinschaft

a) Nach MU- und EVG-Recht haftet die Gemeinschaft für die von ihren Bediensteten, Streitkräften und bestimmten Institutionen verursachten Schäden. Die Satzung hat diese Haftung bisher nicht auf die neu hinzukommenden Bediensteten der politischen Gemeinschaft ausgedehnt. Doch könnte eine entsprechende Regelung ohne Schwierigkeiten im Gesetzgebungsverfahren getroffen werden.

Nach dem gegenwärtigen Rechtszustand kann eine Verpflichtung der Gemeinschaft zur Leistung von Schadensersatz ausgelöst werden:

- durch Amtspflichtverletzungen seitens der in ihrem Dienst stehenden Personen nach Artikel 40 und 34 MUV bzw. 1 und 6 des Justizprotokolls (JP),
  - durch schädigende Einwirkungen seitens militärischer Liegenschaften oder infolge übermäßiger Abnutzung von Verkehrsmitteln und öffentlichen Anlagen anlässlich ihrer Benutzung durch europäische Streitkräfte; Artikel 2 und 4 JP,
  - durch Beschädigung von der Gemeinschaft vertraglich durch Mitgliedstaaten oder juristische Personen der Mitgliedstaaten überlassenen Gegenständen; Artikel 5 JP,
  - durch Manöver- oder Uebungsschäden oder Schäden, die infolge Unterbringung von europäischen Verteidigungsstreitkräften entstehen; Artikel 17 JP.
- Außer bei Amtspflichtverletzungen haftet die Gemeinschaft ohne Rücksicht auf irgendein Verschulden; Artikel 2 § 1/1 JP.

Nicht verantwortlich dagegen ist die Gemeinschaft für Schäden, die von ihren Bediensteten außerhalb ihrer dienstlichen Tätigkeit verursacht werden. Hier haften die Bediensteten stets allein und können übrigens auch nur von den zuständigen staatlichen Gerichten auf Schadensersatz in Anspruch genommen werden; vgl. Artikel 40/III MUV und 7 JP. Falls die Gemeinschaft dennoch eine Entschädigung gewährt, kann diese Maßnahme nicht im Klagewege angefochten werden; vgl. Artikel 7 JP.

b) Wegen seiner deutlichen Anlehnung an französische Vorbilder erfordert das Amtshaftungsrecht besondere Aufmerksamkeit. Das französische Amtshaftungsrecht kennt nämlich die unmittelbare Haftung des Staates nur bei Amtsfehlern (*fautes de service*), worunter man in etwa eine Schadensverursachung zu verstehen hat, die überwiegend einem mehr oder weniger anonymen Versagen des Verwaltungsapparates als solchem entspringt. Wurde der

Schaden dagegen durch ein individuelles, dem im Verwaltungsapparat Tätigen persönlich zurechenbares Verschulden (*faute personnelle*) verursacht, so haftet grundsätzlich der Bedienstete selbst. Nur wenn der Geschädigte von diesem keinen Ersatz seines Schadens erlangen kann, tritt die sogenannte (staatliche) Garantiehaftung ein.

Dieser Regelung entspricht im vollen Umfange das Amtshaftungsrecht des MU-Vertrages; vgl. Artikel 40/I und II. Lediglich bei der Garantiehaftung ist insofern eine Abweichung zu verzeichnen, als sie auf eine „billige Entschädigung“ beschränkt bleibt; vgl. Artikel 40/II/2 MUV.

Dem Geschädigten stehen daher je nach der Lage des Einzelfalles drei verschiedene Klagen zur Verfügung, nämlich:

- die gegen die Gemeinschaft zu richtende (echte) Amtshaftungsklage wegen Amtsfehlers; vgl. Artikel 40/I,
- die gegen den Bediensteten zu richtende Personalhaftungsklage wegen persönlichen Fehlers; Artikel 40/II/1,
- die — wiederum gegen die Gemeinschaft zu richtende — Garantiehaftungsklage bei Zahlungsunfähigkeit des Bediensteten; vgl. Artikel 40/II/2.

Wird die Amtshaftung durch eine fehlerhafte Entscheidung oder Empfehlung der Hohen Behörde begründet, so tritt wegen eines unmittelbaren und besonderen Schadens, den ein oder mehrere Montanunternehmen durch sie erlitten haben, an die Stelle der Amtshaftungsklage die Schadensersatzklage nach Artikel 34 MUV. Dabei ist aber noch zweierlei erforderlich: Einmal muß die betreffende Entscheidung oder Empfehlung durch ein Urteil des Gerichtshofes aufgehoben und als mit einem „die Haftung der Gemeinschaft begründenden Fehler behaftet“ bezeichnet worden sein. Und zum anderen ist erforderlich, daß die Hohe Behörde die ihr gemäß Artikel 34/I/2 MUV obliegende Wiedergutmachungspflicht versäumt oder die Gewährung einer „billigen“ Entschädigung verweigert hat<sup>14</sup>.

Das EVG-Recht hat diese Regelung nun nicht mehr übernommen. Zwar unterscheiden Artikel 1 und 6 JP noch immer zwischen Amtsfehler und persönlichem Verschulden; aber in beiden Fällen tritt die gleiche Haftungsfolge, nämlich die unmittelbare (echte) Amtshaftung der Gemeinschaft ein. Damit nähert sich das Amtshaftungsrecht der EVG wieder mehr dem deutschen Vorbild. Begrüßungswert erscheint der Fortfall der bloßen Garantiehaftung wegen seiner Beschränkung im MU-Recht auf die Höhe einer billigen Entschädigung.

## III. Die Strafgewalt der Gemeinschaft

Strafrechtliche Normierungen sind den Integrierungsverträgen im allgemeinen fremd. Nur der EVG-Vertrag bildet hiervon eine Ausnahme, indem er zwei



wichtige Wirtschaftsstraftatbestände statuiert<sup>15</sup> und eine Reihe grundsätzlicher Regeln für eine künftige europäische Militärstrafgesetzgebung aufstellt.

a) Nach Artikel 107 § 1 und 3 EVG-Vertrag sind die Erzeugung sowie die Ein- und Ausfuhr von Rüstungsmaterial von und nach dritten Ländern, Produktionsplanungen auf dem Gebiete der Rüstung und die angewandte Waffenforschung ohne Genehmigung des Kommissariats verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Geldbußen oder Zwangsgeldern geahndet, die der Gerichtshof auf Antrag des Kommissariats verhängen kann, vgl. Art. 107 § 6 EVG-Vertrag. Ähnliche Strafen können auf Antrag des Kommissariats nach Artikel 108 § 2 EVG-Vertrag vom Gerichtshof wegen Verweigerung der Auskunftspflicht (Artikel 114) oder falscher Auskünfte verhängt werden.

b) Artikel 19 JP sieht eine gemeinsame künftige Militärstrafgesetzgebung der EVG-Partner vor. Diese

ist „unter Beachtung der in jedem Mitgliedstaate geltenden Verfassungsvorschriften“ auszuarbeiten. Sie soll auf bestimmten allgemeinen Grundsätzen fußen, die „auf dem gemeinsamen juristischen Erbe“ der sechs Staaten beruhen. Das dem Gründungsvertrag beigegebene Protokoll über allgemeine Strafrechtsgrundsätze nennt dabei: den Grundsatz „nullum crimen“ (Ziffer 1), das Verbot der „ex post facto-Gesetzgebung“ (Ziffer 2), Straffreiheit für Handeln aus Notwehr oder Notstand, auf rechtmäßigen Befehl und für Taten in einem die freie Willensbetätigung ausschließenden Zustande (Ziffer 5), die Achtung vor den Freiheiten und Grundrechten des Menschen (Ziffer 9/II), die Gleichheit aller vor dem Gesetze u. a. m. Als Strafe sieht das Protokoll auch die Todesstrafe vor; doch kann bei Tätern mit Staatsangehörigkeit von Ländern, in denen diese Strafe abgeschafft ist, die lebenslängliche Freiheitsentziehung an ihre Stelle treten.

### Institutioneller Rechtsschutz

Die institutionelle Garantie der Rechtsstaatlichkeit wird durch die Gerichtsorganisation der Gemeinschaft gewährleistet. Als Spitze derselben ist der bereits bestehende Gerichtshof der Montangemeinschaft vorgesehen, der nach dem Rechtszustand bei Inkrafttreten der Satzung in einer sehr großen Anzahl von Fällen auch als einzige Instanz in Anspruch genommen werden wird. Die Satzung sieht jedoch als Endziel einen mehrstufigen Gerichts Aufbau vor, wie er in groben Umrissen zum Teil schon durch den EVG-Vertrag vorgezeichnet ist und nach Inkrafttreten der politischen Gemeinschaft nach und nach zur Entlastung des obersten Justizorgans weiter ausgebaut werden dürfte.

#### *I. Schadenskammern und Militärstrafgerichte*

##### Schadenskammern

Der Vertrag über die EVG sieht als obligatorische erste Instanz für alle nach seinem Recht gegebenen Schadensersatzklagen, mit Ausnahme gewisser Streitigkeiten über die Anwendbarkeit des Schadensersatzrechtes als solchem<sup>16</sup>, die sogenannten örtlichen Schadenskammern vor, deren Zahl und Bezirk durch eine Verordnung des Kommissariats bestimmt wird; Artikel 10 § 1 JP.

Diese Kammern werden in der Besetzung mit drei Mitgliedern tätig. Der vom Kommissariat — oder einer von ihm ermächtigten Behörde — zu bestimmende Vorsitzende muß die Staatsangehörigkeit des Staates besitzen, in welchem die Kammer ihren Sitz hat, und in diesem Staate zum Richteramt befähigt sein. Von den beiden Beisitzern ist der eine vom Kommissariat zu bestimmen; er muß Staatsangehöriger eines der Mitgliedstaaten sein, der nicht Aufenthaltsstaat der Kammer ist. Der zweite Beisitzer

ist ein Mitglied der europäischen Verteidigungsstreitkräfte und wird für dieses Amt von der „örtlich zuständigen militärischen Behörde“ bestimmt; vgl. Artikel 10 § 2 JP. Aufgabe der Kammern ist in erster Linie der Versuch eines gütlichen Ausgleichs zwischen der haftenden Gemeinschaft und dem Geschädigten. Kommt ein solcher nicht zustande, so setzt die betreffende Kammer in einer mit Mehrheit zu treffenden und zu begründenden Entscheidung den Schadensersatz selbst fest; vgl. Artikel 10 § 3 JP.

##### Militärstrafgerichte

Die richterliche Gewalt in Militärstrafsachen wird in erster Instanz entweder von „europäischen Gerichten nationaler Zusammensetzung“ oder von kraft Ermächtigung der Gemeinschaft tätig werdenden „Gerichten der Mitgliedstaaten“ wahrgenommen. Die letzteren werden dort eingesetzt, wo „der betreffende Mitgliedstaat sie aus verfassungsrechtlichen Gründen oder aus Gründen des allgemeinen grundlegenden Gerichtsaufbaus für notwendig erachtet“; vgl. Artikel 22 § 2 JP<sup>17</sup>.

Diese zur Aburteilung von Straftaten der Mitglieder der europäischen Verteidigungsstreitkräfte zuständigen Gerichte werden „in europäischer Hoheitsausübung“ tätig; vgl. Artikel 18 und 21 JP. Ihre Verfassung und ihr Verfahren werden durch die Gesetzgebung der betreffenden Mitgliedstaaten bestimmt. Die so geschaffenen Vorschriften gelten bezüglich der europäischen Gerichte als „europäisches Recht“. Ueber Einzelheiten dieser grundsätzlichen Regelung geben die Artikel 20 ff. JP Auskunft.

Was die Straftaten gegen die europäischen Verteidigungsstreitkräfte und ihre Mitglieder betrifft, so bestimmt Artikel 29 JP, daß im Recht jedes Mitglied-

staates die gesetzlichen Bestimmungen über die Bestrafung der Straftaten gegen die nationalen Streitkräfte, ihre Einrichtungen oder ihre Mitglieder entsprechende Anwendung finden. Die Regierung eines jeden Mitgliedstaates hat ferner nach § 2 desselben Artikels die für notwendig erachteten Gesetze vorzubereiten, um auf ihrem Gebiet „die Sicherheit und den Schutz der europäischen Verteidigungsstreitkräfte, ihrer Einrichtungen, ihres Materials, ihres Eigentums, ihrer Archive und Urkunden“ auch durch entsprechenden strafrechtlichen Schutz zu gewährleisten.

## II. Die Landessenate

Zwischen den Gerichtshof einerseits und die örtlichen Schadenskammern und die europäischen Gerichte nationaler Zusammensetzung<sup>18</sup> andererseits hat die Gerichtsverfassung der EVG mit fünf Richtern besetzte sogenannte Landessenate gestellt. Der Vorsitzende eines solchen Senats ist ein Richter des Gerichtshofes; die vier Beisitzer werden aus Staatsangehörigen des Mitgliedstaates ausgewählt, in welchem der Senat seinen Sitz hat; vgl. Artikel 12/I JP. Zahl und örtlicher Zuständigkeitsbereich der Senate sowie die Voraussetzungen, unter denen sie gegebenenfalls an verschiedenen Orten ihres Zuständigkeitsbereichs zu tagen haben, bestimmt eine Entscheidung des Rates, die auf Vorschlag des Gerichtspräsidenten und nach Stellungnahme des Kommissariats ergeht; vgl. Artikel 12/II JP<sup>19</sup>.

## III. Der Gerichtshof

Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft übt die ihm übertragenen Aufgaben nach dem Grundsatz der Einheit der Rechtsprechung aus. Er ist identisch mit dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der EVG; Artikel 38 § 2 SEG und 52 EVG-Vertrag. Jedoch ist nun eine Erhöhung der richterlichen Planstellen und eine Präzisierung des Befähigungsnachweises sowie eine Herabsetzung der Amtsdauer von 6 auf 9 Jahre vorgesehen. Artikel 39 § 1/I SEG sieht eine Höchstzahl von 15 Richtern vor, die „das höchste moralische Ansehen genießen und nach den Gesetzen ihres Landes zur Ausübung höchster richterlicher Ämter befähigt oder Rechtsgelehrte von anerkannter Sachkenntnis“ sein müssen. An Stelle einer Auswahl der Richter durch die Mitgliedstaaten „im Einvernehmen untereinander“ (Art. 32/I MUV) wird nunmehr eine solche durch den Exekutivrat mit Zustimmung des Rates der nationalen Minister, und zwar aus einer Liste vorgenommen, die je drei Kandidaten eines jeden Mitgliedstaates enthält; vgl. Artikel 39 § 1/II).

Die Zuständigkeit des Gerichtshofes ist entweder eine ausschließliche oder eine solche als Rechtsmittelinstanz. Die ausschließliche Zuständigkeit umfaßt neben zahlreichen Einzelkompetenzen auf den verschiedensten Sachgebieten sowohl die Verfassungs-

und die Verwaltungsgerichtsbarkeit als auch die ordentliche Zivil- und Straferichtsbarkeit; daran schließen sich eine Anzahl Aufgaben vollstreckungsrechtlicher Natur. Nähere Einzelheiten ergeben sich aus der Uebersicht am Schluß dieser Arbeit.

Als Rechtsmittelinstanz wird der Gerichtshof bei den Schadensersatzklagen und bei Militärstrafsachen nach EVG-Recht tätig. Greifbares läßt sich dabei vorerst kaum herausstellen. Lediglich die Entscheidungen über Grundsatzfragen bei Schadensersatzprozessen verdienen ausdrückliche Erwähnung. Für die Zukunft legt Artikel 41 § 2 SEG die Rolle des Gerichtshofes als Kassations- und Revisionsinstanz auch für andere noch zu errichtende untere Gerichte fest.

## IV. Der Schiedshof

Neben dem Gerichtshof sehen Artikel 39 § 1, 73 und 86 SEG einen Schiedshof vor. Dessen Aufgabe wird vornehmlich aus der Schlichtung von Streitigkeiten bestehen, die nach dem Recht der beiden Teilgemeinschaften dem Gerichtshof in der Form einer Störungsklage nach Artikel 37 MU- oder 56 EVG-Vertrag zu unterbreiten sind. Ueber Art und Zusammensetzung des Schiedshofes bleibt der Gründungsvertrag so gut wie jede Auskunft schuldig. Bis zu seiner Einsetzung werden die ihm zukommenden Befugnisse weiterhin vom Gerichtshof wahrgenommen werden, so daß für die Störungsklagen vorerst keine gegenüber MU- und EVG-Recht veränderte Zuständigkeit zu vermerken ist.

## V. Rechte und Pflichten der Richter

Die Richter des Gerichtshofes<sup>20</sup> sind unabhängig und nur dem Recht unterworfen. Sie haben in öffentlicher Sitzung einen Amtseid zu leisten und müssen am Sitz des Gerichtshofes wohnen; vgl. Artikel 2 und 9 des dem MU-Vertrag beigelegten Protokolls über die Satzung des Gerichtshofes (PG) sowie Artikel 2 der Verfahrensordnung des Montangerichtshofes (VerFo).

Die Rechtsordnung der Verträge verleiht den Richtern Immunität gegen gerichtliche Verfolgung. Diese Immunität reicht hinsichtlich der in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen, einschließlich mündlicher und schriftlicher Äußerungen, auch über die Beendigung der amtlichen Tätigkeit hinaus. Der Gerichtshof kann die Immunität jedoch in einer Plenarsitzung aufheben; ein danach gegen einen Richter eingeleitetes Strafverfahren darf nur von dem in jedem Mitgliedstaat für die Aburteilung von Richtern der obersten nationalen Gerichte zuständigen Gericht durchgeführt werden; vgl. Artikel 3/I bis III PG. In Disziplinarsachen gegen seine Mitglieder ist der Gerichtshof ausschließlich zuständig; vgl. Artikel 39 § 4 SEG.

Die Richter genießen ferner ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit auf dem Gebiete jedes Mit-



gliedstaates Befreiung von allen Steuern hinsichtlich der von der Gemeinschaft gezahlten Gehälter und Bezüge, Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen und von einer etwaigen Registrierungspflicht für Ausländer u. a. m.; vgl. Artikel 3/IV PG in Verbindung mit Artikel 11 b, c und d des Protokolls über die Privilegien und Immunitäten der Montanunion (PP). Sie dürfen weder eine politische Funktion noch ohne Genehmigung des Rates eine entgeltliche oder unentgeltliche Tätigkeit ausüben. Während ihrer Amtszeit und drei Jahre danach ist ihnen jede unmittelbare oder mittelbare Tätigkeit an Kohle und Stahl betreffenden Geschäften verboten; vgl. Artikel 4 PG.

#### VI. Sonstige Organisationsfragen

Die Richter werden durch die Generalanwälte, den Kanzler, die Hilfsberichterstatter und das sonstige Personal in ihrer Tätigkeit unterstützt.

Die unter den gleichen Bedingungen und für die gleiche Amtsdauer zu bestimmenden Generalanwälte stellen zu den dem Gerichtshof unterbreiteten Streit-sachen öffentlich mündliche und begründete Schlußanträge, und zwar in völliger Unparteilichkeit; vgl. Artikel 11 u. 12 PG, 7—9 u. 50 § 1 VerFO. Sie entsprechen in etwa dem französischen „Commissaire du

Gouvernement“. Hinsichtlich des Amtseides, ihrer Privilegien und Immunitäten, der mit ihrem Amte unvereinbaren Tätigkeiten und anderer Einzelfragen kann auf die entsprechenden Bemerkungen hinsichtlich der Richter verwiesen werden; vgl. auch Artikel 13 und 9 PG sowie 7—9 VerFO.

Mit dem Kanzler erscheint der „greffier“ des französischen Rechts. Ihm obliegt eine doppelte Aufgabe: Einmal soll er die Richter möglichst von aller Routinearbeit entlasten und zum anderen führt er unter dem Gerichtspräsidenten die Aufsicht über das Personal; vgl. Artikel 10, 16/I und II PG sowie 10 ff. VerFO. Auch der Kanzler leistet den Amtseid, hat am Sitz des Gerichtshofes zu wohnen und genießt bestimmte, seiner Stellung angemessene Vorrechte und Immunitäten; vgl. Artikel 14/I 2, 9 und 14/II PG sowie Artikel 10 f. VerFO.

Die Aufgaben des Gerichtspersonals bedürfen hier keiner näheren Behandlung. Lediglich der Hilfsberichterstatter, die zur Unterstützung der Richter bei der Bearbeitung bestimmter Streitsachen hinzugezogen werden, sei gedacht; vgl. Artikel 19 VerFO. Im Bedarfsfalle können auch sogenannte Gerichtsattachés ernannt werden; vgl. Artikel 20 VerFO.

### Verfahrensgrundsätze

#### I. Klagen

Nach Erlaß der Verfahrensordnung des Montan-gerichtshofes am 4. März 1953 herrscht nunmehr auch über die wichtigsten Einzelfragen prozessualer Natur Klarheit. Da die wesentlichen Grundsätze des Montanprozesses auch für die Streitigkeiten nach EVG- und SEG-Recht Anwendung finden werden, lassen sich zusammenfassend folgende gemeinsame Grundsätze für die Einreichung und Behandlung von Klagen vor dem künftigen europäischen Gerichtshof aufstellen:

a) Die Erledigung der Streitsachen erfolgt im Prozeßwege. Der Prozeß wird mit der Erhebung einer an bestimmte Formvorschriften gebundenen Klageschrift eingeleitet. Die Wahrung der Formvorschriften prüft der Kanzler; vgl. Artikel 22 PG, 29 ff. VerFO.

Von Wichtigkeit ist die Frist zur Erhebung der Klage, die regelmäßig einen Monat beträgt<sup>21</sup>. Bei den Untätigkeitsklagen hat der Kläger die Hohe Behörde bzw. das Kommissariat vor der Klagerhebung mit der Angelegenheit zu „befassen“; vgl. Artikel 35 MU- bzw. 55 EVG-Vertrag. Hierdurch wird eine zweimonatige Frist ausgelöst, in der das angangene Organ den begehrten Akt von sich aus nachholen kann. Erst nach fruchtlosem Ablauf der Frist kann die Klage innerhalb eines weiteren Monats erhoben werden. Sie richtet sich dann formell gegen die „in diesem Schweigen zu erblickende ablehnende Entscheidung“; vgl. Artikel 35/III MU- bzw. 55 § 2

EVG-Vertrag. Ein ähnliches Verfahren ist nach EVG- und MU-Recht auch für die Störungsklagen vorgesehen; vgl. Artikel 37 MU- bzw. 56 EVG-Vertrag<sup>22</sup>.

Bei den Schadensersatz- und Amtshaftungsklagen ist an die Stelle einer formellen Erhebungsfrist eine materialrechtliche Verjährungsfrist von regelmäßig fünf (Artikel 14/I JP), in Ausnahmefällen drei Jahren (Artikel 14/II JP) getreten. Stellt der Geschädigte aber innerhalb der Verjährungsfristen an das betreffende Organ einen Antrag auf Schadensersatz, so hat dies die Wirkung einer „Befassung“ im Sinne der oben erwähnten Artikel 35/III MU- bzw. 55 EVG-Vertrag. Das heißt, daß das Klagrecht des Geschädigten bei abschlägigem Bescheid innerhalb eines Monats und bei Schweigen innerhalb der gleichen Frist, vom Zeitpunkt des Ablaufes der zweimonatigen Befassungsfrist ab gerechnet, erlischt; vgl. Artikel 40/2 und 3 PG.

Bei Versäumung einer Frist infolge Zufalls oder höherer Gewalt kann Nachsicht gewährt werden; Artikel 39/III PG.

b) Das Prozeßverfahren vor dem Gerichtshof ist zweigeteilt; vgl. Artikel 21/I PG. Im ersten, dem vorbereitenden schriftlichen Teil, der ausschließlich unter der Leitung des Kanzlers steht, wird die formelle Seite der Klagen geprüft. Näheres ergibt sich aus den Artikeln 29 ff. VerFO. Der grundsätzlich öffentliche mündliche Verfahrensteil beginnt mit der Bestimmung des Berichterstatters durch den Präsidenten des Gerichtshofes; vgl. Artikel 34/I/2 VerFO. Er kann

erforderlichenfalls durch ein sogenanntes vorbereiten-des Verfahren vor einer der beiden zu diesem Zwecke gebildeten Kammern eingeleitet werden; vgl. Artikel 34/II bis IV und 35 ff. VerfO. Der mündliche Teil umfaßt die Verhandlung der Parteien vor dem Gerichtshof, die Beweisaufnahme, die Plädoyers der Parteivertreter und die Schlußanträge des am Verfahren beteiligten Generalanwalts; vgl. Artikel 46 ff. VerfO.

## II. Die gerichtliche Entscheidung

a) Die Entscheidung einer Streitsache erfolgt nach geheimer Beratung vermittels eines in öffentlicher Sitzung zu verlesenden, schriftlich abgesetzten und mit Gründen versehenen Urteils, in welchem auch über die Kosten des Verfahrens befunden wird; vgl. Artikel 29 und 30 PG in Verbindung mit 54 ff. VerfO.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Ausgestaltung des richterlichen Nachprüfungsrechtes bei den auf Organkontrolle abzielenden Klagen. Wird man bei den verschiedenen Amtshaftungsklagen davon ausgehen können, daß sie ihrem französischen Vorbild entsprechend stets die volle Nachprüfungsbefugnis (*pleine juridiction*) eröffnen<sup>23</sup>, so sieht Artikel 33/I/2 MU-Vertrag für die Nichtigkeitsklage grundsätzlich das Gegenteil vor. Danach darf der Gerichtshof seine Nachprüfung nicht auf die Würdigung der auf wirtschaftlichen Tatsachen oder Umständen beruhenden Verhältnisse erstrecken, die zu der angefochtenen Entscheidung oder Empfehlung geführt haben. Diesem Grundsatz stehen aber folgende Ausnahmen gegenüber:

- 1) Voll nachprüfbar sind alle Tatsachenwürdigungen der Hohen Montanbehörde, die eine Ermessensbetätigung voraussetzen, und zwar ohne weiteres bei den Sanktionsentscheidungen und auf besondere Rüge auch bei der gewöhnlichen Nichtigkeitsklage, wenn der Kläger behauptet, daß das beklagte Organ bei der Tatsachenwürdigung sein Ermessen mißbraucht habe; vgl. Artikel 36 und 33/I/2 MU-Vertrag.
- 2) Voll nachprüfbar sind ferner die von der Hohen Behörde in Anwendung des Art. 66 MU-Vertrag getroffenen Entflechtungsmaßnahmen; vgl. Art. 66 § 5/II MU-Vertrag.
- 3) Ferner sind voll nachprüfbar im übrigen alle Tatsachenwürdigungen dann, wenn der Hohen Behörde bei einer Nichtigkeitsklage der Vorwurf gemacht wird, sie habe Vertragsbestimmungen oder anzuwendende Rechtsnormen „offensichtlich verkannt“; vgl. Artikel 33/I/2 MU-Vertrag.
- 4) Ein uneingeschränktes Nachprüfungsrecht besitzt der Gerichtshof schließlich gemäß Artikel 37/III MU- bzw. 56 § 2 EVG-Vertrag bei den Störungsklagen.

Im Falle der Aufhebung eines Aktes der Hohen Behörde oder des Kommissariats verweist der Gerichtshof die Sache an das betreffende Organ zurück. Dieses

hat die Maßnahmen zu ergreifen, welche sich aus der aufhebenden Entscheidung ergeben; vgl. Art. 34/I/2 MU-Vertrag.

b) Da die Entscheidungen des Gerichtshofes stets in letzter Instanz ergehen, sind sie mit ihrer Verkündung rechtskräftig; vgl. Art. 56 VerfO. Doch ergeben sich auch in dieser Beziehung einige Ausnahmen, nämlich:

- 1) der Widerspruch gegen Versäumnisurteile; Artikel 35 PG, 72 § 4 und 5 VerfO.
- 2) die Wiederaufnahme des Verfahrens mit einer Ausschußfrist von zehn Jahren unter den Voraussetzungen der Artikel 38 PG und 74 ff. VerfO.
- 3) der Drittwiderspruch für nicht am Streit Beteiligte nach Artikel 36 PG und 73 VerfO.

## III. Vollstreckungsfragen

a) Entscheidungen des Gerichtshofes sind im Gebiete der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft nach Artikel 106 SEG sowie 44 in Verbindung mit 92 MU- bzw. 66 EVG-Vertrag vollstreckbar.

Die Durchführung der Zwangsvollstreckung bleibt den örtlich und sachlich zuständigen Behörden derjenigen Mitgliedstaaten überlassen, auf deren Gebiet die Entscheidung vollstreckt werden soll. Dabei wird auch das für die jeweilige Vollstreckungsbehörde maßgebliche Verfahrensrecht angewandt. Regelmäßig ist eine Vollstreckungsklausel erforderlich; diese erteilen aber die betreffenden Behörden „auf Veranlassung eines von jeder Regierung hierfür bestimmten Ministers“ selbst<sup>24</sup>. Hierbei wird lediglich die Echtheit der Urschrift der gerichtlichen Entscheidung nachgeprüft.

b) Wenn der Gerichtshof auf Grund der beschriebenen Regelung kaum Gelegenheit haben wird, als Vollstreckungsgericht tätig zu werden, so sind ihm doch eine Anzahl von vollstreckungs-schutzrechtlichen Befugnissen zugewiesen; vgl. Artikel 39 MU bzw. 59 EVG-Vertrag bzw. 49 SEG, und zwar im wesentlichen die folgenden:

- 1) Aussetzung der Vollstreckung von Organakten durch die Organe nach Art. 39/II MU- bzw. 59/II EVG-Vertrag bzw. 49/I/2 SEG<sup>25</sup>.
- 2) Versagung der Genehmigung zur Vollstreckung von gerichtlichen oder behördlichen Titeln aus einem der Mitgliedstaaten in das Vermögen der Gemeinschaft nach Art. 1 des Protokolls über die Vorrechte und Immunitäten.

c) Wegen der Vollstreckung von Entscheidungen der Landessenate und örtlichen Schadenskammern verweist der insoweit maßgebliche Art. 15 JP auf die allgemeinen Vollstreckungsvorschriften des Artikels 66 EVG. Danach ergeben sich also für die Vollstreckung von Entscheidungen dieser Gerichte keinerlei Abweichungen gegenüber den unter a) getroffenen Feststellungen.



Die Vollstreckung von Freiheitsstrafen erfolgt gemäß Artikel 28 JP durch die Behörden des jeweiligen Herkunftslandes des Täters<sup>26</sup>. Auch die Ausübung des

Gnadenrechts ist nicht Sache der Gemeinschaft, sondern der zuständigen Instanzen des Landes, dem der Verurteilte entstammt.

### Schlußbemerkungen

Die vorausgegangenen Betrachtungen mögen gezeigt haben, daß dem Gerichtshof und den ihm nachgeordneten Instanzen eine hervorragende Rolle im Leben der Gemeinschaft zugeordnet ist. Aber damit nicht genug. Gerade in der Organisation der künftigen europäischen Justiz spiegelt sich so recht die erstmalig mit dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gelungene Ueberwindung des bloßen Koordinationsprinzips des Europarats zugunsten des supranationalen Gedankens. Mit der obligatorischen Unterwerfung selbst der Mitgliedstaaten unter die Gerichtsbarkeit der Gemeinschaft ist eines der größten Hindernisse auf dem Wege zum Zusammenschluß dieses Kontinents auf staatsrechtlicher und rechtsstaatlicher Grundlage beiseite geräumt: die uneingeschränkte nationalstaatliche Souveränität.

Es ist das Verdienst des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung, erkannt zu haben, daß innerhalb der Gemeinschaft eine „dritte“ Gewalt ihre Funktion nur dann im vollen Umfange zu erfüllen imstande sein werde, wenn sie ausschließlich den Bedürfnissen dieser Gemeinschaft angepaßt würde. Die seitens des Europarats ergangene Aufforderung, den im Rahmen der Konvention von Rom geplanten Gerichtshof für die Menschenrechte zum höchsten Justizorgan der Gemeinschaft zu bestellen<sup>27</sup>, dürfte zwar dem Wunsche nach möglichst enger Verflechtung bestehender und geplanter europäischer Einrichtungen entsprochen haben. Ihre Verwirklichung hätte aber außer zu diesem Vorteil auch zu einer Anzahl erheblicher Schwierigkeiten geführt. Niemand, auch nicht ein europäisches Gericht, kann zwei Herren dienen. Der supranationalen Gemeinschaft ist nur eine supranationale Justizorganisation adäquat. In

diesem Sinne war die Uebernahme der teils verwirklichten, teils ihrer Verwirklichung unmittelbar entgehenden entsprechenden Justizorganisation der beiden supranationalen Teilgemeinschaften, insbesondere die Uebernahme des Gerichtshofes der Montangemeinschaft und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die gegenüber dem Straßburger Vorschlag ungleich bessere Lösung.

Eine interessante Frage ist, inwieweit in der Ausgestaltung des Rechtsschutzes etwa eine weitgehende „Juridifizierung des Politischen ganz großen Ausmaßes“<sup>28</sup> zu erblicken sei. Ihre Untersuchung würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Sicher ist aber, daß der Umfang der justizfreien Räume, zumindest auf dem Gebiete der zwischenstaatlichen Politik der Mitgliedstaaten untereinander, nach Inkrafttreten der Gemeinschaft erheblich zusammenschrumpfen wird. Soweit sich dabei von einer Juridifizierung des Politischen reden läßt, stellt sie weder etwas Fortschrittfeindliches noch etwas Außergewöhnliches dar. Sie dürfte vielmehr als die natürliche Folge eines Zusammenschlusses bisher souveräner Staaten zu einem neuen überstaatlichen Gebilde aufzufassen sein.

Zusammenfassend läßt sich im übrigen das eine feststellen: Die europäische Jurisprudenz wird in Zukunft, was sowohl die theoretische Durchdringung der justizrechtlichen Bestimmungen der Integrationsverträge als auch deren praktische Anwendung und deren notwendige gesetzgeberische Ergänzung anbetrifft, vor große und nicht immer ganz leichte Aufgaben gestellt werden. Der Gedanke, daß bei ihrer Lösung die Erfahrungen von sechs europäischen Nationen im friedlichen Wettstreit miteinander stehen werden, hat einen eigenartigen Reiz.

### Anmerkungen

<sup>1</sup>) Vgl. Art. 5, 42 § 2 und 56 ff. des Satzungsentwurfs.

<sup>2</sup>) *Sahn*: „Die Verfassung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, *Europa-Archiv* 10—11/1951, S. 3977 ff.; *Steindorff*: „Schumanplan und europäischer Bundesstaat“, *Europa-Archiv* 10—11/1951, S. 3955 ff.; *Kielmansegg*: „Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, *Europa-Archiv* 13—14/1952, S. 5009 ff.; *Genzer*: „Die Satzung der Europäischen Gemeinschaft“, *Europa-Archiv* 9/1953, S. 5653 ff.

<sup>3</sup>) Wegen der Definition der Entscheidung und Empfehlung siehe auch Art. 14 MU- und 27 EVG-Vertrag; „generell“ ist eine Entscheidung oder Empfehlung, wenn sie mehrere Fälle oder ein gesamtes Sachgebiet, „individuell“, wenn sie lediglich einen Einzelfall regelt; die Bedeutung dieser Entscheidung ergibt sich u. a. aus Art. 33 MUV, vgl. Anm. 10.

<sup>4</sup>) Art. 42 § 2 SEG.

<sup>5</sup>) Art. 38 MU- bzw. 57 EVG-Vertrag.

<sup>6</sup>) Art. 60 § 2 SEG.

<sup>7</sup>) Art. 38 MU- bzw. 58 EVG-Vertrag; nach Art. 60 § 1 SEG tritt das Parlament mit der Konstituierung der Völkerkammer an die Stelle der gemeinsamen MU- und EVG-Versammlung. Auch hier könnte man u. U. folgern, daß die entsprechenden Kompetenzen des Parlaments nach Art. 42 § 2 SEG justiziabel bleiben.

<sup>8</sup>) Vgl. hierzu: *Ule*: „Der Gerichtshof der Montangemeinschaft als europäisches Verwaltungsgericht“ in *Deutsches Verwaltungsblatt* 1952, S. 65 ff.; *Steindorff*: „Die Nichtigkeitsklage, ein rechtsvergleichender Beitrag zur verwaltungsgerichtlichen Kontrolle der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, Frankfurt: 1952; *Breitner*: „Der Gerichtshof der Montangemeinschaft und seine Anrufung bei fehlerhaften Organakten“, Hamburg: 1953.

<sup>9</sup>) Ueber die Klagsmöglichkeiten gegen Rats- oder Versammlungsbeschlüsse nach Inkrafttreten der Satzung vgl. Anm. 7.

<sup>10)</sup> Art. 33/II gibt Montanunternehmen und deren Verbänden das Klagerecht grundsätzlich nur wegen der sie betreffenden individuellen Entscheidungen oder Empfehlungen; generelle Akte können sie nur mit der Begründung anfechten, sie stellten ihnen gegenüber einen Ermessensmißbrauch dar.

<sup>11)</sup> Nach Art. 63 § 2 darf die Hohe Behörde den Montanunternehmen unter bestimmten Voraussetzungen im gewissen Umfange den Geschäftsabschluß mit Dritten untersagen; nach dieser Vorschrift kann der betroffene Dritte die „Käuferklage“ erheben. Bei Art. 66 handelt es sich um die sogenannte Trennungsklage des § 5 des Artikels.

<sup>12)</sup> Siehe S. 6267f.

<sup>13)</sup> Vor diesem bisher noch nicht errichteten Gerichtshof des Europarates können nur die Kommission für Menschenrechte (Art. 19 der Konvention von Rom), der Staat, dem der Verletzte angehört, und der Staat, der die „Kommission“ mit dem Fall befaßt hat (Art. 48 der Konvention), klagen.

<sup>14)</sup> Art. 34/II MUV.

<sup>15)</sup> Vielfach wird die Sanktionsklage nach MU-Recht (Art. 36) unter die strafrechtliche Zuständigkeit der Gemeinschaft gerechnet (vgl. Entscheidung IV des Verfassungsentwurfs der ad hoc-Versammlung); m. E. zu Unrecht, da sie ganz die Züge einer verwaltungsrechtlichen Aufhebungsklage trägt.

<sup>16)</sup> Art. 10 § 1 und 16 JP.

<sup>17)</sup> Praktisch im Falle Belgiens; vgl. Art. 31 JP.

<sup>18)</sup> Nicht dagegen auch die im Auftrage der Gemeinschaft tätig werdenden nationalen Gerichte.

<sup>19)</sup> Sachliche Zuständigkeit in Haftungsstreitigkeiten als Berufungsinstanz; vgl. Art. 11 u. 12 JP; die strafrechtliche Zuständigkeit der Landessenate ist noch ziemlich unklar; vgl. Art. 22 § 2 u. 23 JP.

<sup>20)</sup> Vorläufig ist lediglich die Stellung der Richter des Gerichtshofes positiv rechtlich geregelt; die meisten der auf sie bezüglichen Vorschriften dürften aber entsprechend auch auf die Richter des Schiedshofes, der Schadenskammern und der Landessenate anzuwenden sein.

<sup>21)</sup> Vgl. Art. 33 MUV und 54 § 2 EVG-Vertrag in Verbindung mit Art. 29 ff. VerFO; maßgeblich bei individuellen Entscheidungen oder Empfehlungen ist die Zustellung; bei generellen Entscheidungen und Empfehlungen die Veröffentlichung im Amtsblatt; Art. 43 SEG enthält für die Aufhebungsklage nach EVG-Recht keine ausdrückliche Frist, doch dürfte m. E. auch hier die Monatsfrist anzuwenden sein.

<sup>22)</sup> Ueber besondere Fristen wegen der Entfernung vom Gerichtsort vgl. Art. 85 VerFO.

<sup>23)</sup> Vgl. *Much*: „Die Amtshaftung im Recht der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, Frankfurt: 1952, S. 87 ff.

<sup>24)</sup> Art. 92/II MU- bzw. 66/III EVG-Vertrag u. 106/II SEG.

<sup>25)</sup> Verfahren: Art. 63 ff. VerFO.

<sup>26)</sup> Definition des Ausdrucks Herkunftsland: Art. 33 JP.

<sup>27)</sup> Vgl. ad hoc-Versammlung, Bericht des Verfassungsaussschusses S. 51.

<sup>28)</sup> Vgl. hierzu *Ridder*: „Der Entwurf einer Satzung der Europäischen Gemeinschaft“, *Juristenzeitung*, 1953, S. 334.

## Übersicht über die ausschließliche Zuständigkeit des Gerichtshofes

### I. Zuständigkeit in Verfassungs- und Verwaltungssachen

Entscheidungen über:

Nichtigkeits- bzw. Aufhebungs- bzw. Beschlußklagen wegen fehlerhafter Organakte, d. h., wegen der generellen oder individuellen Entscheidungen oder Empfehlungen des Europäischen Exekutivrates oder der ihm nachgeordneten Verwaltungsstellen (Art. 43 SEG), der Hohen Montanbehörde (Art. 33 MUV), einschließlich der von diesem Organ erlassenen Ordnungsstrafentscheidungen (Art. 36 und 66 § 6 MUV) und einschließlich der Klage wegen Entscheidungen im Sinne der Artikel 63 § 2b/II (Käuferklage), 66 § 5/II (Trennungsklage) und 88 MUV (Staatenklage) und des Kommissariats (Art. 54 EVG-Vertrag) einschließlich der Klagen wegen Entscheidungen im Sinne des Art. 117 EVG-Vertrag (Staatenklage nach EVG-Recht),

wegen der Beschlüsse der MU- und EVG-Versammlung (Art. 38 MUV bzw. 58 EVG-Vertrag), und

wegen der Beschlüsse des MU- und des EVG-Rates bzw. des Rates der nationalen Minister (Art. 38 MUV und 57 EVG-Vertrag in Verbindung mit 42/II SEG);

Untätigkeitsklagen gemäß Artikel 35 MUV und 55 EVG-Vertrag;

Störungsklagen gemäß Artikel 37 MUV und 56 EVG-Vertrag sowie, bis zur Bildung des in Art. 73 SEG vorgesehenen Schiedsgerichtshofes, über die gemäß Art. 86 SEG bei dem Gerichtshof eingereichten Störungsklagen;

Streitigkeiten über die Anwendung der Verträge und der

Satzung gemäß den Art. 89/I MUV, 65 § 1 EVG-Vertrag und 41 § 1 SEG;

Streitigkeiten wegen Verletzung von anerkannten Menschenrechten und Grundfreiheiten infolge von Maßnahmen eines Organs der Europäischen Gemeinschaft gemäß Art. 45 SEG;

Amts- und Garantiehaftungsklagen nach Art. 34, 40/I bzw. 40/II/2 MUV.

### II. Zuständigkeit in Strafsachen

Auswerfen von Geldstrafen in Wirtschaftsstrafsachen gemäß Art. 107 § 6 und 108 § 2 EVG-Vertrag;

Entscheidungen über strafrechtliche Zuständigkeits- und Rechtsfragen gemäß Art. 22 § 1a und 1b JP sowie über strafrechtliche Fragen, in denen der Gerichtshof später Zuständigkeiten zugewiesen erhält, insbesondere die Bestrafung von Angehörigen der europäischen Verteidigungsstreitkräfte, die sich gegenüber der Gemeinschaft einer schweren Verletzung schuldig gemacht haben, vgl. Art. 22 § 1c JP.

### III. Zuständigkeit in Zivilsachen

Entscheidungen über Personalhaftungsklagen gemäß Art. 40/II/1 MUV.

### IV. Einzelkompetenzen auf verschiedenen Sachgebieten

1) kraft Vertrag bzw. Satzung:

a) Unwirksamkeitserklärung eines Vetos gegen die Ernennung von Mitgliedern der Hohen Montanbehörde gemäß Art. 10/XI MUV;



- b) Amtsenthebung von Mitgliedern der Hohen Montanbehörde oder des Kommissariats gemäß Art. 12/II MUV bzw. 23/I EVG-Vertrag;
  - c) Aberkennung von Ruhegehaltsansprüchen von Mitgliedern des Kommissariats gemäß Art. 20 § 2/IV EVG-Vertrag;
  - d) Entscheidung über die Auskunftspflicht von Mitgliedstaaten dem Kommissariat gegenüber gemäß Art. 114 EVG-Vertrag;
  - e) Mitwirkung bei der institutionellen Revision des MU-Vertrages gemäß Art. 95/IV MUV; diese Bestimmung wird jedoch durch den Art. 109 SEG aufgehoben;
  - f) Inzidententscheidungen über die vor einem mitgliedstaatlichen Gericht in Frage gestellte Gültigkeit von Akten des Europäischen Exekutivrates, des Rates der nationalen Minister (Art. 44 SEG), der Hohen Montanbehörde (Art. 41 MUV) oder des EVG-Kommissariats (Art. 62 EVG-Vertrag);
  - g) Entscheidungen von Streitigkeiten über das auf einen Abänderungsvertrag gemäß Art. 111 bis 113 SEG anzuwendende Verfahren (Revision der Satzung), Art. 114 SEG;
  - h) Entscheidungen über Disziplinarverfahren gegen die eigenen Richter; Art. 39 § 4 SEG.
- 2) kraft mitgliedstaatlicher Zuständigkeitsanordnung:  
Artikel 43/II MUV, 64/II EVG-Vertrag und 47 SEG.

3) kraft Parteivereinbarung:  
Entscheidungen über:

- a) Klagesachen, die auf Grund eines Assoziationsvertrages anhängig gemacht werden; Art. 92/II und III SEG;
- b) Klagen, die auf Grund einer Schiedsklausel anhängig gemacht werden, wenn eine solche in einem von der Gemeinschaft oder für ihre Rechnung abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Verträge vereinbart ist (Vertragsklagen), vgl. Art. 42 MUV und 63 EVG-Vertrag;
- c) Streitigkeiten unter Mitgliedstaaten gemäß Art. 89/II MUV und 65 § 2 EVG-Vertrag (völkerrechtliche Streitigkeiten unter Mitgliedstaaten im Gegensatz zu den gemeinschaftsrechtlichen nach Art. 89/I MUV bzw. 65 § 1 EVG-Vertrag).

#### **V. Zuständigkeit im Zwangsvollstreckungsverfahren**

- 1) Aussetzung der Zwangsvollstreckung aus Titeln der Gemeinschaft gemäß Art. 49/I/2 SEG, 39,II MUV und 59/II EVG-Vertrag;
- 2) Erteilung der Genehmigung zur Vollstreckung in das Vermögen der Gemeinschaft auf Grund von Titeln mitgliedstaatlicher Gerichte oder Organe gemäß Art. 3 PP. SEG, 1 PP. MUV;
- 3) Erlaß einstweiliger Anordnungen bzw. Sicherheitsmaßnahmen nach Artikel 49/II SEG, 39,III MUV und 59/III EVG-Vertrag.

## Dokumente zur deutschen Frage

### Entschließung des Deutschen Bundestages vom 10. Dezember 1953 für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands

Durch den letzten Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion hat sich die Aussicht eröffnet, daß in Kürze in Berlin eine Viermächte-Konferenz zur Behandlung der Deutschlandfrage zusammentritt. Aus diesem Anlaß erklärt der Deutsche Bundestag erneut den Willen des ganzen deutschen Volkes, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Der Bundestag gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Viermächte-Konferenz dazu beitragen möge, die Welt dem wirklichen Frieden, den alle Völker in Ost und West ersehnen, näherzubringen.

Von der Bundesregierung erwartet der Deutsche Bundestag, daß sie während der Viermächte-Konferenz dafür eintritt, daß die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage der Bundestagsentschließung vom 10. Juni 1953<sup>\*</sup> in friedlicher Weise herbeigeführt

wird und daß die in der Charta der Vereinten Nationen und in den europäischen Konventionen niedergelegten Menschenrechte für das ganze deutsche Volk in einer rechtsstaatlichen Ordnung gewährleistet werden.

Der Deutsche Bundestag bekundet erneut seine tiefe Verbundenheit mit den Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone und in Berlin. Seine Arbeit für die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit gilt ihnen ebenso wie allen anderen Deutschen. Sein besonderes Bemühen wird — wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft — darauf gerichtet sein, daß die Unfreiheit beseitigt wird und daß auch den politischen Gefangenen, die zum Teil seit Jahren ohne Nachweis einer Schuld in sowjetzonalen Gefängnissen festgehalten werden, die Freiheit wiedergegeben wird.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 11. Dezember 1953.

### Note der polnischen Regierung an die Regierungen Frankreichs, Belgiens, Dänemarks, Luxemburgs, der Niederlande und Norwegens vom 19. November 1953

Geleitet von der Sorge um die Sicherheit ihres Landes, ist die Regierung der Volksrepublik Polen der Ansicht, daß die Garantie für die Sicherheit der europäischen Völker vor allem in den realen Erfolgen bei der Entspannung der internationalen Lage und in dem entsprechenden Verhalten aller Länder liegt, die an der Erhaltung und Festigung des Friedens in Europa interessiert sind. Im Zusammenhang damit hält es die Regierung der Volksrepublik Polen für zweckmäßig, der Regierung der Republik Frankreich ihre Stellungnahme zu einigen aktuellen und besonders wichtigen Problemen zu unterbreiten, in der Überzeugung, daß der gegenseitige Meinungsaustausch zwischen den an einer Lösung dieser Probleme ureigenst interessierten Staaten nützlich für die Bemühungen sein kann, die auf die Entspannung der internationalen Lage gerichtet sind.

Die Regierung der Volksrepublik Polen verfolgt mit größter Aufmerksamkeit den Notenwechsel zwischen den Regierungen der UdSSR, den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich sowie die Schritte, die von diesen Regierungen im Laufe der letzten Jahre in Europa unternommen wurden. Das polnische Volk, das im letzten Krieg furchtbar gelitten hat, mißt der deutschen Frage besondere Bedeutung bei, deren gerechte Lösung ohne Zweifel das Hauptproblem für den Frieden und die Sicherheit in Europa ist. Gerade für die an Deutschland angrenzenden Staaten ist das Problem der Sicherung einer auf demokratischer Grundlage beruhenden friedlichen Entwicklung Deutschlands, die den demokratischen Bestrebungen der gegen die Politik der Militarisierung und Revanche auftretenden Kräfte des deutschen Volkes entspricht, eine lebenswichtige

Frage. Es ist offensichtlich, daß einer solchen friedlichen und demokratischen Entwicklung Deutschlands die Politik der verstärkten Aufrüstung widerspricht, die gegenwärtig mit der allseitigen Unterstützung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika von den alten aggressiven, reaktionären Kräften betrieben wird. Sie sind bestrebt, die militärische Macht Deutschlands wiederherzustellen mit dem Ziele, neue Versuche zu unternehmen, um Europa zu erobern und dem wiedererstandenen deutschen Imperialismus den Weg zur Expansion im Weltmaßstab zu bahnen. Die Politik der Militarisierung Deutschlands ist heute eine ständig wachsende Gefahr für den Frieden und die Sicherheit aller europäischen Völker, insbesondere der Nachbarstaaten Deutschlands, die bereits mehrfach die schrecklichen Folgen dieser auch für das deutsche Volk selbst verhängnisvollen Politik erfahren haben.

Ueber acht Jahre sind seit Beendigung der Kriegshandlungen der alliierten Armeen gegen Hitlerdeutschland vergangen, und der Frieden in Europa ist nicht gefestigt. Bisher wurde kein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen, aber bereits seit Jahren wachsen neue Kräfte heran, die den so teuer bezahlten Frieden bedrohen. Trotz der Erfahrungen des letzten Krieges geschieht dies durch die Hilfe, die die Vereinigten Staaten bei der Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus leisten.

Die auf die Weltherrschaft gerichtete Politik der aggressiven Kreise verfolgt das Ziel, durch die Verwandlung Westdeutschlands in ein Rüstungsarsenal und in eine Stoßkraft dieser Politik sich Europa völlig unterzuordnen und dann das neofaschistische Deutschland zum Gauleiter Europas zu machen. Dieses und nichts anderes ist die Grundlage für die den Frieden bedrohende Spaltung Deutschlands, für die schnelle Wiedergeburt des deutschen

<sup>\*</sup>) Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 13/1953, S. 5825.



Imperialismus und seine Bestrebungen, für den Separatvertrag von Bonn und für den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, der den tatsächlichen Wiederaufbau der Wehrmacht, als vorherrschende militärische Kraft in Europa, zum Ziel hat. Findet diese Tatsache nicht darin ihre Bestätigung, daß die faschistischen Kriegsverbrecher nicht nur öffentlich rehabilitiert, sondern auch verherrlicht werden, was die Gefühle von Millionen Opfern des Hitlerfaschismus verletzt?

Im Widerspruch zu den offensichtlichen Tatsachen wird behauptet, daß der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ausschließlich Verteidigungsaufgaben habe und daß die Bonner Verträge die Möglichkeiten zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland nicht ausschließen. Allein die Tatsache, daß auf dem Territorium derjenigen Staaten, die den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft unterzeichnet haben, immer bedrohlicher und offen Militärstützpunkte des aggressiven Atlantikpaktes, in den die Vereinigten Staaten die wiedererrichtete Wehrmacht unter dem Deckmantel der EVG einbeziehen wollen, errichtet werden, ist der unwiderlegbare Beweis für den aggressiven Charakter dieses Vertrages. Die Bonner Regierungskreise drängen auf die schnelle Ratifizierung der Verträge von Bonn und Paris, um die Schaffung einer aggressiven deutschen Armee zu forcieren und auf diese Weise den Weg zum Abschluß eines Friedensvertrages zu versperrern.

Es ist vollkommen klar, daß man sich nicht gegen die Hegemonie des deutschen Imperialismus mit Hilfe von Separatverträgen sichern kann. Nur eine entsprechende Verständigung der vier Großmächte auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens könnte diese Gefahr beseitigen. Dies liegt im Interesse sämtlicher östlicher und westlicher Nachbarn Deutschlands.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Völker Europas, wenn sie die Erfahrungen der Geschichte nicht unterschätzen, diese Gefahr in Erwägung ziehen müssen, die sich für sie natürlich anders gestalten würde als für eine jenseits des Ozeans gelegene Macht, wie die Vereinigten Staaten von Amerika. Die polnische Regierung erachtet die „Konzeption“ der Belebung der reaktionären Kräfte und der revanchelüsternden und militaristischen Bestrebungen in Westdeutschland, die Aggression der wiedererrichteten Wehrmacht gegen den Osten zu lenken, als im Widerspruch zu den Grundsätzen des internationalen Zusammenlebens stehend und — im Lichte der Erfahrungen der Geschichte — als offenkundig falsch.

Muß man an die Folgen der Politik von München erinnern, die sich auf dieselbe „Konzeption“ stützte und den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erleichtert und beschleunigt hat? Muß man noch einmal vorrechnen, wieviel und womit vor allem die Nachbarländer Deutschlands im Osten und im Westen für diese Politik bezahlt haben? Es ist klar, daß die Wiederholung dieser Politik mit unerbittlicher Logik zu ähnlichen Folgen führen muß. Es ist auch nicht verwunderlich, daß diese Politik vor allem von den aggressiven Kräften jenseits des Ozeans, für die sie eine Quelle riesiger Profite war, forciert wird.

Die wachsende Beunruhigung sowie die immer breitere Kreise erfassende Bewegung gegen die Aufstellung einer europäischen Armee, deren Hauptkraft gerade die wiedererrichtete Wehrmacht unter Führung von Hitlergenerälen wäre, zeugt davon, daß die Völker in ihr ein aggressives Instrument sehen, das den Frieden und ihre nationale Existenz bedroht.

Die Hitlergeneräle und die Führer zahlreicher Soldatenverbände betrachten den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft mit aller Offenheit als eine Neuauflage der Konzeption der „Neuordnung“ Europas, deren Verfechter die Hitlerwehrmacht und die Waffen-SS waren und die heute ein Instrument sein soll, das der

deutschen Armee eine vorherrschende Rolle in der Europaarmee sichert. Die Täuschungsmanöver über „Demokratie“ und „Friedfertigkeit“ aus dem Munde derer, die Westdeutschland regieren, geraten immer mehr ins Wanken. Ihre kürzlichen Äußerungen auf den Wahlkundgebungen, die Erklärungen Adenauers über die Politik der Befreiung usw. waren doch deutlich genug. Die Ähnlichkeit dieser Atmosphäre mit den Stimmungen im Jahre 1933 drängt sich in ganzer Größe jedem klardenkenden Menschen auf.

Ähnlich wie in den damaligen Jahren wird auch jetzt versucht, die Wachsamkeit der Völker mit Projekten über illusorische Garantien einzuschläfern, statt die eigenen und andere europäische Völker vor der Aggression des deutschen Imperialismus tatsächlich zu schützen.

Die eigenen bitteren Erfahrungen berechtigen das polnische Volk, daran zu erinnern, daß die damalige verbrecherische Politik der Begünstigung des deutschen Imperialismus unter dem Deckmantel von Garantien, die Polen am Vortage des Krieges erhielt, das polnische Volk nicht nur vor dem Ueberfall nicht geschützt haben, sondern auch zur Quelle der nationalen Katastrophe und unermesslicher Leiden und Zerstörungen wurden.

Die Remilitarisierung Westdeutschlands und alle Maßnahmen, die diese erleichtern können, sind mit den staatlichen Interessen aller Nachbarstaaten Deutschlands unvereinbar.

Im Falle des Inkrafttretens des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft werden ihr die deutschen Militaristen entsprechend ihren eigenen Ankündigungen ihre Revanche- und Annexionspläne zur „Befreiung“ der Deutschen Demokratischen Republik, der polnischen Gebiete sowie der Gebiete anderer Völker aufdrängen und neue Methoden zur Provozierung von Konflikten ausfindig machen. Welche Motive könnten die neubewaffneten revanchelüsternden deutschen Revisionisten mit ihrem Kriegspotential dazu bewegen, sich von ihren keineswegs geheimgehaltenen Forderungen loszusagen? Auf diese Weise muß die „Europäische Armee“ ein Instrument der politischen und militärischen Unterstützung des deutschen Revisionsprogramms, also ein Instrument der Bedrohung der Unabhängigkeit der Völker Europas werden.

Die Völker Europas, und insbesondere die Nachbarvölker Deutschlands, waren berechtigt, zu glauben, daß der Sieg über den Hitlerfaschismus, den sie mit großen Opfern errungen haben, zur Herstellung eines friedliebenden Deutschlands beitragen würde und daß die deutschen Revanchepläne die Beziehungen in Europa nicht mehr vergiften könnten. Von dieser Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens zwischen einem solchen Deutschland und seinen Nachbarn zeugen die gutnachbarlichen und freundschaftlichen Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik zu Polen, zur Tschechoslowakischen Republik und anderen Ländern. Der von der UdSSR vorgeschlagene Entwurf der Grundsätze eines Friedensvertrages mit Deutschland schafft die Möglichkeit zur Herstellung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden deutschen Staates, zur Entspannung der internationalen Lage und zu einem friedlichen Zusammenleben. Das Inkrafttreten der Verträge von Bonn und Paris dagegen wird die Möglichkeit einer solchen Vereinigung Deutschlands und den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages endgültig zunichte machen, die Spannung der internationalen Lage erhöhen und in Europa eine Bedrohung des Friedens schaffen.

Die polnische Regierung hofft, daß die Regierung der Republik Frankreich die Bedeutung der Frage und die Absichten richtig einschätzen wird, die die polnische Regierung veranlaßt hat, ihre Ansichten darzulegen. Diese Motive sind freundschaftlicher Art und werden von der Sorge um den Frieden in Europa, von der Sorge für die

Sicherheit und die friedliche Arbeit in unseren Ländern diktiert.

Die polnische Regierung möchte sich besonders an die französische Regierung wenden, an die Regierung eines Volkes, das mit Deutschland benachbart ist und gleichzeitig große Traditionen hat. Frankreich ist folglich für das Schicksal des Friedens im besonderen Maße mitverantwortlich, und seine Haltung könnte wesentlich zur Verhinderung der Wiedergeburt eines aggressiven Deutschlands und seiner Remilitarisierung beitragen.

Wenn man — wie es die Regierung der UdSSR vorschlägt — für eine Konferenz der fünf Großmächte über die Entspannung der internationalen Lage auch nur einen Teil der Bemühungen und Anstrengungen aufwenden würde, die zur Verwirklichung von Separatabkommen unternommen werden, die Konflikte in sich bergen und von den Teilnehmern an diesen Verträgen den Verzicht auf einen großen Teil ihrer Souveränität und auf viele teure Traditionen fordern, dann würden diese Bemühungen bestimmt zur Sicherung der von den Völkern so heiß begehrten friedlichen Zukunft führen. Die Politik der Remilitarisierung Deutschlands, die unvermeidlich eine allgemeine verstärkte Aufrüstung zur Folge hat, übt jetzt schon einen starken negativen Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der Länder Europas aus. Die staatlichen Ausgaben für Rüstungszwecke wachsen in einem unerhörten Tempo und Ausmaß. Das muß die Belastung der Bevölkerung steigern und die Schwierigkeiten in der Wirtschaft eines jeden Staates verstärken. Die Politik der Handelsdiskriminierung hat sich für die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit als falsch und als sehr schädlich erwiesen. Diese Politik war nicht nur ungünstig für den wirtschaftlichen Aufstieg der Länder, die sie unter dem Druck der Vereinigten Staaten von Amerika angewandt haben, sondern sie trug auch zur Vertiefung der

bestehenden Schwierigkeiten bei, indem sie den freien internationalen Warenaustausch behinderte. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Einstellung des Wettrennens durch den Abschluß eines entsprechenden Vertrages zwischen den Großmächten auf dem Wege der allmählichen Abrüstung und des Verbots der Massenvernichtungswaffen nicht nur erfolgreich zur dauerhaften Entspannung in der internationalen Lage beitragen würde, sondern auch eine erhebliche Entwicklung des Warenaustausches im Weltmaßstab mit sich brächte.

Deshalb wiederholt die polnische Regierung nachhaltig ihren Appell an alle Nachbarn Deutschlands, in ihren Bemühungen, die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus und Militarismus zu verhindern, nicht nachzulassen. Angesichts der konkreten Situation müssen diese Bemühungen erheblich verstärkt werden. Die polnische Regierung erwartet deshalb, daß sich die Regierung der Republik Frankreich der Freundschaftsbande erinnert, die unsere Völker verbinden, und diesem Appell ihre ganze Aufmerksamkeit schenkt.

Die Entspannung in den internationalen Beziehungen und gleichzeitig eine gerechte und dauerhafte Lösung der deutschen Frage ist nach Meinung der polnischen Regierung nur auf dem Wege der Verständigung der Großmächte möglich. Deshalb unterstützt auch die polnische Regierung die Vorschläge zur Einberufung einer Außenministerkonferenz, die von der Regierung der UdSSR hauptsächlich in der Note vom 3. November 1953 unterbreitet worden sind, und wendet sich an die Regierung der Republik Frankreich mit der Aufforderung, auch ihrerseits diesen Vorschlag zu unterstützen.\*

Quelle: *Pressedienst*, herausgegeben von der Presseabteilung der polnischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Deutschland. Sondernummer vom 21. November 1953.

## Vorschläge über die internationale Kontrolle der Atomenergie

Rede Präsident Eisenhowers vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 8. Dezember 1953

Die Einladung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Hammarskjöld, vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen das Wort zu ergreifen, erreichte mich auf den Bermudas gerade zu dem Zeitpunkt, da ich eine Reihe von Besprechungen mit den Ministerpräsidenten

und Außenministern Großbritanniens und Frankreichs über einige der Probleme begann, denen sich unsere Welt gegenübersteht. Bis zum Abschluß der Konferenz hielt ich mir stets vor Augen, daß mich eine große Ehre erwartet. Diese Ehre ist mir heute zuteil geworden, da

\*) Parallel dazu richtete die polnische Regierung Noten an die Vereinigten Staaten und Großbritannien, die am 25. November 1953 den Botschaftern der beiden Länder in Warschau überreicht wurden.

In diesen Noten wird den beiden Mächten vorgeworfen, daß sie eine Lösung der deutschen Frage im Geiste des Friedens nicht wünschten und in Westdeutschland Bedingungen schafften, die der Herrschaft der deutschen Militaristen den Weg ebnen, wogegen die Sowjetunion sich unaufhörlich bemühe, das Wachsen solcher Kräfte zu verhindern und eine Lösung der deutschen Frage im Geiste des Potsdamer Abkommens zu erzielen.

Weiter heißt es in der Note: „Entgegen den eingegangenen Verpflichtungen, Deutschland als einen einheitlichen, friedlichen und demokratischen Staat wieder aufzubauen, und entgegen den Bestrebungen Europas, ist es das Ziel der Regierung der Vereinigten Staaten (bzw. Großbritanniens), das neonazistische, militarisierte Westdeutschland zu einer bewaffneten Faust des Atlantik-Systems der Aggression und der Eroberung Europas unter dem Deckmantel eines europäischen Verteidigungssystems zu machen... Wenn die Politik der Bonner und Pariser Abkommen irgendeinen bestimmten Sinn oder eine bestimmte Bedeutung hat, so sind diese hinreichend klar und eindeutig: es soll eine Situation geschaffen werden,

in der ein remilitarisiertes Westdeutschland seine Rolle als Hauptaggressionsmacht in Europa wieder übernehmen würde.“

Die beiden Mächte werden dann beschuldigt, unter Ausnutzung ihrer Stellung als Besatzungsmacht Westdeutschland zu einem ständigen militärischen Stützpunkt gemacht zu haben, der eine Bedrohung für den europäischen Frieden und für die Sicherheit der an Deutschland angrenzenden Nationen darstelle. Daher wachse unter den europäischen Völkern der Widerstand gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Nach dem Hinweis auf die besondere Verantwortung der Großmächte für die internationale Entspannung und die Lösung der deutschen Frage stellt die polnische Regierung folgende Forderungen: „Die polnische Regierung ruft die Regierungen der westlichen Großmächte auf, der wachsenden Gefahr der Remilitarisierung Westdeutschlands und seines Revisionismus ein Ende zu machen und die Versuche aufzugeben, den Völkern Europas eine neue ‚Wehrmacht‘ in den Uniformen einer Europa-Armee aufzuzwingen. Deshalb appelliert die polnische Regierung an die Regierungen der Vereinigten Staaten (bzw. Großbritanniens), die Initiative der Regierung der UdSSR, wie sie besonders in ihrer Note vom 3. November 1953 zum Ausdruck gekommen ist, anzunehmen und gemeinsam mit der UdSSR eine internationale Entspannung herbeizuführen.“



ich hier stehe und den Vorzug habe, vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen zu sprechen.

So wie ich die Auszeichnung, vor Ihnen sprechen zu dürfen, würdige, so erfaßt mich auch ein Gefühl der Erleichterung, wenn ich auf dieses Gremium blicke. Niemals zuvor in der Geschichte hat eine einzige Organisation für so viele Völker so große Hoffnungen verkörpert. Ihre Beratungen und Entscheidungen in diesen düsteren Jahren haben einige dieser Hoffnungen bereits erfüllt.

Aber die großen Bewährungsproben und Leistungen liegen noch vor uns. Und in der zuversichtlichen Erwartung, daß diese uns noch bevorstehenden Aufgaben gemeistert werden, will ich das Amt, das ich gegenwärtig bekleide, benutzen, um Ihnen zu versichern, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Vereinten Nationen unbeirrbar weiter unterstützen wird. Wir werden dies in der Ueberzeugung tun, daß Sie den Glauben schaffen, der dieser Welt einen dauernden Frieden für alle Völker und Glück und Wohlergehen für alle Menschen gebt.

Es wäre unpassend, wenn ich diese Gelegenheit benutzen wollte, um Ihnen einen einseitigen amerikanischen Bericht über Bermuda zu geben. Dennoch möchte ich Sie versichern, daß wir in unseren Beratungen die gleichen großen Konzeptionen des Weltfriedens und der Menschenwürde vor Augen hatten, die so eindeutig in Ihrer Charta niedergelegt sind. Auch wäre es der Größe der hier gebotenen Gelegenheit nicht gemäß, wollte ich sie benutzen, um lediglich fromme Platitüden, und seien sie noch so hoffnungsvoll, zu rezitieren. Ich entschied daher, daß diese Gelegenheit mich verpflichtet, Ihnen einiges von dem mitzuteilen, was seit vielen Monaten die Gedanken und Herzen meiner Mitarbeiter in der Exekutive und Legislative und mich selbst bewegt — Gedanken, die ich ursprünglich hauptsächlich dem amerikanischen Volk mitteilen wollte.

Ich weiß, daß das amerikanische Volk mit mir die feste Ueberzeugung teilt, daß, wenn eine Gefahr in der Welt existiert, es eine Gefahr ist, die alle angeht — und daß in gleicher Weise, wenn im Herzen irgendeines Volkes eine Hoffnung lebt, an dieser Hoffnung auch alle anderen Völker teilhaben sollten.

Schließlich aber, wenn es um die Bekanntgabe eines Planes geht, der die gegenwärtig in der Welt herrschenden Spannungen — und sei es nur um eine Kleinigkeit — verringern könnte, welches Auditorium wäre dann dafür geeigneter als die Vertreter der in der Vollversammlung der Vereinten Nationen zusammengeschlossenen Staaten?

Ich fühle mich verpflichtet, heute zu Ihnen in einer Sprache zu reden, die in gewissem Sinne eine neue Sprache ist, die ich, der eine so lange Spanne seines Lebens als Soldat verbrachte, eigentlich niemals gebrauchen wollte. Diese neue Sprache ist die Sprache des Atomkrieges.

Das Atomzeitalter hat sich in einem derartigen Tempo entwickelt, daß jeder Bürger dieser Welt zumindest in vergleichenden Angaben eine gewisse Vorstellung von dem Ausmaß dieser Entwicklung, von ihrer überragenden Bedeutung für uns alle haben sollte. Wenn die Völker dieser Erde mit Klugheit nach dem Frieden streben wollen, so müssen sie, das ist klar, mit den bedeutsamen Tatsachen ihrer gegenwärtigen Existenz gewappnet sein.

Mein Bericht über die Gefahren und die Macht des Atomzeitalters beruht notwendigerweise auf den Erfahrungen der Vereinigten Staaten, denn diese sind die einzigen unumstößlichen Tatsachen, die ich kenne. Ich brauche jedoch hier vor diesem Gremium kaum zu betonen, daß dieses Thema globalen und nicht nur rein nationalen Charakter hat.

Am 16. Juli 1945 wurde von den Vereinigten Staaten die erste Atomexplosion der Welt ausgelöst. Seit jenem Tag des Jahres 1945 haben die Vereinigten Staaten 42 Atomversuchsexplosionen durchgeführt. Die Gewalt der Atom-

bomben von heute ist 25 mal größer als die der Waffen beim Anbruch des Atomzeitalters. Die zerstörende Wirkung der Wasserstoffwaffen entspricht der Sprengkraft von Millionen Tonnen Trinitrotoluol. Die zerstörende Wirkung der Atomwaffen, über die die USA in ihren Arsenalen heute bereits verfügen und deren Zahl natürlich täglich zunimmt, übertrifft um ein Vielfaches die Wirkung aller Bomben und aller Granaten, die auf sämtlichen Kriegsschauplätzen des Zweiten Weltkrieges von Flugzeugen jemals abgeworfen und von Geschützen je verfeuert wurden. Ein einziger Flugzeugverband, sei er zu Lande oder auf Trägerschiffen stationiert, kann heute über jedem erreichbaren Ziel eine Bombenlast von einer Zerstörungskraft abwerfen, die die aller während des Zweiten Weltkriegs auf Großbritannien geworfenen Bomben übertrifft.

In ihrem Umfang und in ihrer Vielfalt ist die Entwicklung der Atomwaffen nicht weniger bemerkenswert gewesen. Diese Entwicklung war derart, daß die Atomkampfmittel praktisch Bestandteil der normalen Ausrüstung unserer Streitkräfte geworden sind. In den Vereinigten Staaten sind die Armee, die Marine, die Luftstreitkräfte und das Marinekorps sämtlich in der Lage, diese Kampfmittel militärisch einzusetzen.

Aber das furchtbare Geheimnis und die schrecklichen Instrumente der Atomgewalt stehen uns nicht allein zur Verfügung. Erstens einmal ist dieses Geheimnis auch im Besitz unserer Freunde und Alliierten Großbritannien und Kanada, deren geniale Wissenschaftler einen ungeheuren Beitrag zu unseren anfänglichen Entdeckungen und zu den Atombombenkonstruktionen geleistet haben.

Auch die Sowjetunion kennt das Geheimnis. Die Sowjetunion hat uns wissen lassen, daß sie im Verlaufe der letzten Jahre erhebliche Hilfsquellen für die Atomwaffen eingesetzt hat. In dieser Zeit hat die Sowjetunion eine Reihe von Atomexplosionen ausgelöst, bei denen es sich zumindest in einem Fall um thermonukleare Reaktionen handelte.

Wenn die Vereinigten Staaten einst das besessen haben, was man als ein Atommonopol hätte bezeichnen können, so hörte dieses Monopol vor einigen Jahren auf zu existieren. Wenngleich es uns durch unseren zeitlich früheren Start möglich war, einen heute in mengenmäßiger Hinsicht großen Vorteil zu erringen, so schließen die gegenwärtigen Realitäten auf dem Gebiet des Atoms zwei Tatsachen von sogar noch größerer Bedeutung ein.

1. Das heute mehreren Nationen eigene Wissen wird schließlich von anderen, möglicherweise von allen Staaten geteilt werden.

2. Selbst eine ausgedehnte zahlenmäßige Ueberlegenheit an Atomwaffen und die daraus sich ergebende Fähigkeit, diese zu vernichtender Vergeltung einzusetzen, sind an sich kein Vorbeugungsmittel gegen die furchtbaren materiellen Verwüstungen und Opfer an Menschenleben, die eine überraschende Aggression verursachen würde.

Die freie Welt, die diese Tatsachen zumindest vage begriffen hat, hat natürlich ein umfangreiches Programm der Warn- und Verteidigungssysteme in Angriff genommen. Dieses Programm wird in seiner Durchführung beschleunigt und in seinem Ausmaß erweitert werden.

Aber niemand möge glauben, daß der Aufwand von gewaltigen Summen für Waffen und Verteidigungsanlagen den Bürgern und den Städten irgendeiner Nation absolute Sicherheit garantieren könne. Die furchtbare Mathematik der Atombombe gestattet keine derartige leichte Lösung. Selbst bei allerstärksten Verteidigungsanlagen könnte ein Angreifer, der im Besitz der für einen Ueberraschungsangriff notwendigen Mindestzahl von Atombomben ist, wahrscheinlich eine genügend große Zahl seiner Bomben auf die ausgewählten Ziele placieren, um damit verheerende Zerstörungen anzurichten.

Sollte ein derartiger Atomwaffenangriff gegen die Vereinigten Staaten geführt werden, dann würden wir rasch und energisch reagieren. Aber hier zu sagen, daß die Verteidigungsmöglichkeiten der Vereinigten Staaten so sind, daß jeder Angreifer furchtbare Verluste erleiden würde, zu sagen, daß die Vergeltungsmöglichkeiten der Vereinigten Staaten groß genug sind, um das Land eines jeden Angreifers zu verwüsten — dies alles, wenngleich ein Faktum, wäre doch nicht der wahre Ausdruck der Absichten und Erwartungen der Vereinigten Staaten.

Hier einzuhalten, hieße endgültig in der Ausweglosigkeit des Gedankens zu resignieren, daß zwei Atomgiganten dazu verdammt sind, einander mißtrauisch zu beobachten, während die übrige Welt in Zittern verharret. Hier stehenzubleiben bedeutet, sich hilflos mit der Wahrscheinlichkeit abzufinden, daß alle Kultur und Zivilisation zerstört werden und daß das unersetzliche, von Generation zu Generation weitergegebene Erbe der Menschheit vernichtet wird. Es wäre gleichbedeutend mit der Verdammnis der Menschheit — es würde bedeuten, den jahrhundertalten Kampf, in dem sie sich aus Wildheit und Primitivität zu Anstand, Recht und Sitte emporgerungen hatte, noch einmal von seinen ersten Anfängen an erneut beginnen zu müssen.

Sicherlich vermöchte kein normal empfindendes Mitglied der menschlichen Rasse in solch einem trostlosen Zustand einen Sieg zu entdecken. Könnte irgend jemand wollen, daß die Geschichte seinen Namen mit einer derartigen Herabwürdigung der Menschheit und mit derartiger Zerstörung verbindet? Die Geschichte verzeichnet auf manchen ihrer Seiten die Gestalten der „großen Vernichter“, aber in ihrer Gesamtheit enthüllt sie uns doch das niemals endende Streben der Menschheit nach Frieden und die ihr von Gott verliehene Gabe des Schaffens.

Mit diesem Buch der Geschichte und nicht mit den wenigen Seiten wollen die Vereinigten Staaten stets identifiziert werden. Mein Land will aufbauen und nicht zerstören. Es will mit anderen Nationen Vereinbarungen treffen und keine Kriege führen. Es will selbst in Freiheit und in dem Vertrauen leben, daß die Bevölkerung jedes anderen Landes gleichfalls das Recht genießt, über ihren eigenen Lebensweg zu bestimmen. Die Vereinigten Staaten wollen der Welt somit helfen, aus dem schreckensvollen Dunkel zum Licht und zu einem Weg zu finden, auf dem die gesamte Menschheit mit all ihren Gedanken, Gefühlen und Hoffnungen in Richtung auf Frieden, Glück und Wohlstand voranschreiten kann.

Ich weiß, daß es uns bei diesem Streben nicht an Geduld fehlen darf. Ich weiß, daß in einer geteilten Welt wie der unsrigen das Heil nicht durch einen einzelnen, dramatischen Schritt erreicht werden kann. Ich weiß, daß wir viele Monate hindurch viele Schritte werden tun müssen, ehe die Welt eines Tages Einkehr zu halten und wahrhaft zu erkennen vermag, daß auf ihr eine neue Atmosphäre des gegenseitigen, friedvollen Vertrauens herrscht. Aber ich weiß auch, daß wir zu allererst einmal mit diesen Schritten beginnen müssen — und zwar jetzt.

In den vergangenen Monaten haben die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten Großbritannien und Frankreich versucht, einige Schritte auf diesem Wege zu machen. Niemand möge sagen, daß wir einer Konferenz aus dem Wege gehen wollen. Es ist bekannt, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich schon seit langem wünschen, mit der Sowjetunion über das Problem des geteilten Deutschland zu verhandeln. Es ist bekannt, daß es schon lange der Wunsch derselben drei Nationen gewesen ist, einen Staatsvertrag für Österreich abzuschließen. Es ist weiter bekannt, daß die Vereinten Nationen nach wie vor die Probleme Koreas zu erörtern wünschen.

In allerjüngster Zeit haben wir von der Sowjetunion eine Mitteilung erhalten, die praktisch ihre Bereitschaft zur Abhaltung einer Viermächtekonferenz zum Ausdruck bringt. Zusammen mit unseren Alliierten Großbritannien und Frankreich waren wir darüber erfreut, daß diese Note nicht die früher genannten unannehmbaren Vorbedingungen enthielt.

Wie Sie bereits aus unserem gemeinsamen Bermuda-Kommuniqué wissen, haben die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich einem Treffen mit der Sowjetunion unverzüglich zugestimmt. Die Regierung der Vereinigten Staaten geht dieser Konferenz voll hoffnungsvoller Aufrichtigkeit entgegen. Wir werden all unsere Verstandeskraft einspannen, um aus dieser Konferenz mit konkreten, zum Frieden führenden Ergebnissen hervorzugehen — dem einzigen wirklichen Weg zur Verringerung der internationalen Spannungen. Wir haben niemals vorgeschlagen oder angedeutet, daß die Sowjetunion das, was rechtmäßig ihr eigen ist, aufgeben sollte — und wir werden dies auch niemals tun. Wir werden niemals sagen, daß die Völker der Sowjetunion unsere Feinde sind, mit denen wir niemals freundschaftliche und fruchtbare Beziehungen zu unterhalten wünschen.

Wir hoffen im Gegenteil, daß die kommende Konferenz freundschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion einleiten möge, die schließlich zu einem freien, ungehinderten Verkehr zwischen den Völkern des Westens und des Ostens führen. Dies ist der einzige menschliche Weg zur Entwicklung jenes Verständnisses, das für vertrauensvolle und friedliche Beziehungen erforderlich ist.

Statt der Unzufriedenheit, die zur Zeit in Ostdeutschland, dem sowjetisch besetzten Teil Oesterreichs und den Ländern Osteuropas herrscht, streben wir eine harmonische Familie freier europäischer Nationen an, in der kein Volk das andere und am allerwenigsten die Völker der Sowjetunion bedroht. Ueber die Probleme der Unruhe, des Haders und des Elends Asiens hinaus suchen wir nach friedlichen Möglichkeiten für diese Völker, die Bodenschätze ihrer Länder zu entwickeln und ihr Los zu verbessern.

Das sind keine müßigen Worte oder Hirngespinnste. Dahinter steht die Tatsache, daß Nationen in jüngster Zeit ihre Unabhängigkeit nicht durch Krieg, sondern durch freie Uebertragung oder friedliche Verhandlungen errungen haben. Es steht bereits fest, daß Staaten des Westens bedürftigen Bevölkerungen und jenen gern geholfen haben, die unter den zeitweiligen Auswirkungen von Hungersnöten, Dürren und Naturkatastrophen leiden. Dies sind Taten des Friedens. Ihre Sprache ist eindringlicher als Versprechungen oder Beteuerungen friedlicher Absichten.

Ich möchte jedoch nicht bei der erneuten Aufzählung der Vorschläge oder Taten der Vergangenheit verharren. Unsere Zeit ist so ernst, daß jeder neue Weg zum Frieden erforscht werden sollte, wie schwach er sich auch erst abzeichnen mag. Es gibt zumindest einen neuen Weg des Friedens, der bisher noch nicht gründlich erforscht worden ist — eine Straße, die zum erstenmal von der Vollversammlung der Vereinten Nationen aufgezeigt wurde.

In ihrer Resolution vom 18. November 1953 schlug die Vollversammlung vor, und nun zitiere ich, „daß die Abrüstungskommission untersuchen soll, ob es wünschenswert ist, einen aus Vertretern der hauptsächlich interessierten Staaten zusammengesetzten Unterausschuß zu bilden, der nichtöffentlich nach einer annehmbaren Lösung suchen und über eine derartige Lösung der UN-Vollversammlung und dem Sicherheitsrat spätestens bis zum 1. September 1954 berichten soll“.

Die Vereinigten Staaten sind eingedenk der Empfehlung der UN-Vollversammlung unverzüglich bereit, sich



in nichtöffentlichen Verhandlungen mit den anderen hieran hauptsächlich interessierten Nationen zusammenzufinden, um mit ihnen „eine annehmbare Lösung“ für das Atomwetterüsten zu finden, das nicht nur den Frieden, sondern die gesamte Existenz der Welt überschattet.

Wir werden bei diesen nichtöffentlichen oder diplomatischen Gesprächen eine neue Konzeption entwickeln. Die Vereinigten Staaten würden hierbei mehr als eine bloße Verminderung oder Abschaffung des für militärische Zwecke verfügbaren Atommaterials herbeizuführen suchen.

Es genügt nicht, wenn man diese Waffe aus den Händen der Soldaten nimmt. Sie muß in die Hände derer gelegt werden, die wissen, wie man sie ihres militärischen Charakters entkleidet und sie in den Dienst des Friedens stellt.

Die Vereinigten Staaten wissen, daß die furchtbarste aller zerstörerischen Kräfte, die Atomenergie, zu einer großen, dem Wohlergehen der gesamten Menschheit dienenden Gabe werden kann, wenn es gelingt, die erschreckende Tendenz zu einem immer weiteren Ausbau der Atomwaffen zum Halten und zur Umkehr zu bringen.

Die Vereinigten Staaten wissen, daß es kein Zukunfts-traum mehr ist, aus der Atomenergie Kräfte für friedliche Zwecke zu gewinnen. Die erwiesene Möglichkeit dazu besteht jetzt — hier — heute. Wer könnte bezweifeln, daß diese Möglichkeit einer universalen, wirksamen und wirtschaftlichen Form der Atomenergienutzung rasch verwirklicht würde, wenn alle Wissenschaftler und Ingenieure der ganzen Welt ausreichende Mengen spaltbaren Materials zur Verfügung hätten, um damit ihre Ideen erproben und weiterentwickeln zu können?

Um den Anbruch des Tages zu beschleunigen, da die Furcht vor dem Atom aus dem Denken der Völker und der Regierungen in Ost und West zu verschwinden beginnt, können jetzt bestimmte Schritte unternommen werden.

Ich unterbreite daher folgenden Vorschlag:

Die hauptsächlich betroffenen Regierungen sollen in dem durch die elementare Klugheit gebotenen Ausmaße jetzt damit beginnen und darin fortfahren, aus ihren Vorräten von normalem Uran und spaltbaren Materialien gemeinsame Beiträge an eine internationale Atomenergie-Behörde zu leisten. Wir würden erwarten, daß eine derartige Behörde unter der Aegide der Vereinten Nationen errichtet wird.

Die Anteile der Beiträge, die Verfahrensweise und andere Einzelheiten würden am besten im Rahmen der von mir bereits erwähnten „nichtöffentlichen Verhandlungen“ zu klären sein.

Die Vereinigten Staaten sind bereit, sich an diesen Untersuchungen guten und ehrlichen Willens zu beteiligen. Jeder Partner der Vereinigten Staaten, der beseelt von dem gleichen guten Willen handelt, wird in den Vereinigten Staaten einen nicht unvernünftigen oder kleinen Partner finden.

Zweifelloos würden die ersten und anfänglichen Beiträge zu diesem Plan mengenmäßig klein sein. Der Vorschlag hat jedoch den großen Vorteil, daß er ohne die Reibungen und ohne den gegenseitigen Argwohn ausgeführt werden kann, die mit jedem Versuch zur Einführung eines allgemein annehmbaren Systems weltweiter Inspektion und Kontrolle verbunden sind.

Die Atomenergie-Behörde könnte dafür verantwortlich gemacht werden, das beigesteuerte spaltbare Material und die anderen Stoffe unter Verschuß zu halten, zu lagern und zu schützen. Unsere Wissenschaftler werden

mit ihrem Ideenreichtum besondere Sicherheitsbedingungen entwickeln können, die ein derartiges Lager spaltbaren Materials gegen eine überraschende Inbesitznahme grundsätzlich immun machen.

Die wichtigere Aufgabe dieser Atomenergie-Behörde wäre die Ausarbeitung von Methoden zur Verteilung dieses spaltbaren Materials für die friedfertigen Vorhaben der Menschheit. Die Experten würden eingesetzt werden, um die Atomenergie der Landwirtschaft, der Medizin und anderen friedlichen Aufgaben nutzbar zu machen. Eine besondere Aufgabe wäre es, an die Energiequellen armen Teile der Welt reichlich mit Kraftstrom zu versorgen. Die an diesem Vorhaben beteiligten Länder würden damit einen Teil ihrer Stärke der Aufgabe widmen, den Nöten der Menschheit und nicht deren Befürchtungen zu dienen.

Die Vereinigten Staaten würden mehr als bereit sein — sie würden stolz darauf sein, mit den anderen „hauptsächlich interessierten“ Regierungen die Entwicklung von Plänen in Angriff zu nehmen, die eine derartige friedliche Verwendung der Atomenergie beschleunigen könnten. Unter diesen „hauptsächlich interessierten“ Regierungen muß sich natürlich auch die Sowjetunion befinden.

Ich werde bereit sein, dem Kongreß der Vereinigten Staaten mit jeder Aussicht auf Zustimmung jeden Plan zu unterbreiten, der Folgendes vorsehen würde:

1. Sich für eine die ganze Welt umspannende Untersuchung über die wirksamste Verwendung des spaltbaren Materials zu friedlichen Zwecken einzusetzen und dabei die Gewißheit zu haben, daß alles Material zur Verfügung steht, das für die Durchführung aller hierbei angebrachten Experimente benötigt wird.

2. Mit der Verminderung der potentiellen Zerstörungskraft der vorhandenen Atomvorräte zu beginnen.

3. Allen Völkern aller Nationen Gelegenheit zu der Erkenntnis zu geben, daß in diesem aufgeklärten Zeitalter die großen Mächte im Osten und im Westen an erster Stelle mehr an den Aspirationen der Menschheit als am Aufbau einer Kriegsrüstung interessiert sind.

4. Einen neuen Weg zu friedlichen Erörterungen zu erschließen und wenigstens einen neuen Zugang zu den vielen schwierigen Problemen aufzuzeigen, die bei den nichtöffentlichen und öffentlichen Verhandlungen gelöst werden müssen, wenn sich die Welt von der durch Furcht erzwungenen Lähmung befreien und positive Fortschritte in Richtung auf den Frieden machen will. Vor dem düsteren Hintergrund der Atombombe aber wollen die Vereinigten Staaten nicht nur ihre Stärke zeigen, sondern auch ihren Wunsch und ihre Hoffnung auf Frieden.

Die kommenden Monate werden mit schicksalsschweren Entscheidungen beladen sein. In dieser Vollversammlung, in den Hauptstädten und militärischen Hauptquartieren der Welt, in den Herzen aller Menschen — seien sie nun Regierende oder Regierte — können die Entscheidungen liegen, die diese Welt von der Furcht hinweg zum Frieden führen werden.

Angesichts dieser schicksalsschweren Entscheidungen geben die Vereinigten Staaten vor der Vollversammlung — und damit vor der ganzen Welt — das feierliche Versprechen, daß sie entschlossen sind, an der Lösung des furchtbaren, durch das Atom geschaffenen Dilemmas mitzuhelfen — und daß sie all ihre Kräfte des Herzens und des Verstandes daran setzen werden, einen Weg zu finden, auf dem des Menschen wunderbare Erfindergabe nicht zu seiner Vernichtung gebraucht, sondern seinem Leben geweiht wird.

Quelle: *Amerika-Dienst* vom 9. Dezember 1953.

# Zeittafel vom 1. bis 15. Dezember 1953

## Die Ereignisse in Europa

### Europäische Integration

1. Die Europäische Verpackungsföderation (EPF) gibt ihre am 6. November erfolgte Gründung bekannt. Sitz der Föderation, der die nationalen Vereinigungen der Verpackungsindustrien Belgiens, Dänemarks, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, der Niederlande, Portugals, der Schweiz und Spaniens angehören, ist Paris. Eines der Ziele der Föderation ist die Schaffung allgemeiner Normen im Verpackungswesen.
2. Der Beratende Ausschuß der Montanunion verweigert der Hohen Behörde das Recht, Mindestpreise für Stahlexporte in dritte Länder festzusetzen.  
Der Präsident der Paneuropäischen Bewegung, Graf *Coudenhove-Kalergi*, bezeichnet in einer Ansprache vor Studenten der Frankfurter Universität den Zusammenschluß Europas als die größte historische Umwälzung seit der Reformation. Diese Vereinigung müsse den deutsch-französischen und dann den europäisch-russischen Frieden bringen. In diesem Zusammenhang tritt er für eine Fünfmächte-Konferenz unter Einfluß Chinas ein.
- 4.—5. Das Institut für Europäische Politik und Wirtschaft veranstaltet in Königswinter eine Arbeitstagung unter dem Thema „Austausch im Dienste der Bildung des europäischen Bewußtseins“, an der Vertreter von Austauschorganisationen, Bundes- und Länderministerien, Behörden und Dienststellen der Bundesrepublik Deutschland teilnehmen.
- 7.—8. Sitzung des Ministerrates der Montanunion. Die Entscheidung über die Festsetzung der Stahlexportpreise und die Neufestsetzung der Schrottpreise wird vertagt. Der Rat diskutiert das Investitionsprogramm der Montanunion, das u. a. bezweckt, innerhalb von fünf Jahren die Kohleproduktion von 225 auf 285 Millionen Tonnen und die Stahlproduktion von 42 auf 50 Millionen Tonnen zu steigern sowie durch Rationalisierungsinvestitionen Preissenkungen zu erzielen.
8. Der deutsche Bundeskanzler, Konrad *Adenauer*, wird zum Ehrenpräsidenten der Europäischen Bewegung ernannt.
9. In Paris nimmt die Europäische Studiengemeinschaft für Informationen ihre Arbeit auf. Zu ihrem Präsidenten wird M. *van der Goes van Naters* (Niederlande) gewählt. Der Gemeinschaft gehören die sechs Staaten der Montanunion an, die in das Direktorium je einen Beamten und einen Parlamentarier entsenden.
10. Der Rat der OEEC setzt die Rallonge der deutschen EZU-Quote von 200 auf 300 Millionen Verrechnungseinheiten herauf.
14. In einer Sitzung des Investitionsausschusses der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion erklärt das Mitglied der Hohen Behörde *Léon Daum*, die Hohe Behörde werde keine Investitionspläne auf-

stellen, sondern halte lediglich eine Orientierung der Investitionspolitik auf die großen Bedürfnisse der europäischen Wirtschaft für notwendig.

### Europarat

Vgl. hierzu die in jeder zweiten Folge des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarates.

### Deutschland

1. Von einer gemischten deutsch-sowjetischen Kommission wird in Ost-Berlin ein Protokoll unterzeichnet, das die Uebergabe von 33 seinerzeit von der Sowjetunion beschlagnahmten deutschen Betrieben (SAG-Betriebe) in das Eigentum der DDR vorsieht.
2. Bundeswohnungsbauminister Dr. *Preusker* gibt in Bonn Einzelheiten des Wohnungsbauprogramms für die nächsten vier Jahre bekannt: Im Jahresdurchschnitt sollen 550 000 Wohnungen gebaut werden, außerdem ist vorgesehen, im Jahre 1954 die Altbau-mieten um 10 vH zu erhöhen und ab 1. Januar 1955 den Mietstop ganz aufzuheben. Gegen diese Absicht wendet sich am 11. November der Bundesvorstand des DGB mit der Erklärung, daß die Erhöhung der Mieten und die Freigabe des Mietpreises zu lohn-politischen Konsequenzen führen müßten.  
Die Hamburger Bürgerschaft spricht dem bisherigen Senat mit 62 gegen 55 Stimmen das Mißtrauen aus und wählt folgenden neuen Senat, der sich ausschließlich aus Mitgliedern des Hamburg-Blocks zusammensetzt: Erster Bürgermeister und Senator für Schulwesen: Dr. Kurt *Siebeking*, Zweiter Bürger-meister und Senator für regionale Verwaltung: Edgar *Engelhard*, Wirtschaft und Ernährung: Dr. Karl *Schulze-Schlutius*, Hafen, Schifffahrt und Verkehr: Ernst *Plate*, Finanzen: Dr. Wilhelm *Ziegeler*, Polizei: Erwin *Jacobi*, Arbeit und Gesundheitswesen: Ewald *Samsche*, Jugend und Sozialwesen: Ernst *Breidenbach*, Kultur: Dr. Hans *Biermann-Ratjen*, Erster Bausenator: Paul *Wilken*, Zweiter Bausenator: Johan-nes *Büll*, Bevollmächtigter beim Bund: Dr. Renatus *Weber*.
3. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walther *Schreiber*, gibt vor dem Abgeordnetenhaus die Regierungserklärung ab. Er betont den Willen des Berliner Senats, sich ohne Vorbehalt hinter die euro-päische und gesamtdeutsche Politik der Bundesregie-rung zu stellen. Insbesondere fordert er eine Ver-stärkung der wirtschaftlichen und rechtlichen Ver-bindung Berlins mit der Bundesrepublik und appelliert an die Westmächte, auch in Berlin ein fortschritt-licheres Besatzungsstatut einzuführen. In der Debatte am 7. Dezember vertritt der Berliner Landesvor-sitzende der SPD, Franz *Neumann*, die Auffassung, daß Berlin auf Grund seiner Nachkriegsgeschichte und seiner besonderen Lage eine Sonderstellung ge-bühre, die es oftmals auch gegen die Bundesregie-rung durchzusetzen gelte. Das Regierungsprogramm



wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten gebilligt.

5. Die Volkskammer der DDR richtet eine Botschaft an die französische Nationalversammlung, in der sie erklärt, daß die Revanchepläne militaristischer Kreise in Westdeutschland sich auch gegen Frankreich richteten. Die Volkskammer appelliert an die französische Nationalversammlung, „die Anstrengungen des französischen Volkes und der friedliebenden Kräfte in Deutschland zu vereinen, um die drohende Wiederbewaffnung des von aggressiven Kräften beherrschten Westdeutschland abzuwenden“.
6. Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard kehrt von einem zweiwöchigen Besuch in den Vereinigten Staaten zurück. Am 10. Dezember berichtet er in einer Pressekonferenz über seine Besprechungen, daß die Vereinigten Staaten wieder stark am europäischen Markt interessiert seien. Es sei für Europa von schicksalhafter Bedeutung, in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Neuorientierung der amerikanischen Handelspolitik die freizügigen Kräfte in ihrer Position zu stärken.
9. Die bei der Bildung der Bundesregierung offengebliebene Stelle des Bundespostministers wird durch die Ernennung von Dr. Siegfried Balke besetzt.
10. Der Bundestag faßt einstimmig eine Entschlie ßung zu der vorgesehenen Viernächtekonferenz in Berlin (vgl. den Wortlaut auf S. 6273 dieser Folge).

Zum Minister für Arbeit der DDR wird der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Post- und Fernmeldewesen des FDGB, Fritz Macher, ernannt.

Der Ministerrat der DDR erläßt eine „Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften“, in der eine Reihe von Maßnahmen auf betriebspolitischem und sozialpolitischem Gebiet, eine Erweiterung des Wohnungsbauprogramms, die Entwicklung eines neuen Leistungswettbewerbs, die Bildung von Industrieministern und eine Erweiterung der Kontrollbefugnisse der Gewerkschaften angeordnet werden.

11. Rede Bundeskanzler Adenauers in Paris vor der französischen Presse (vgl. Frankreich).
  12. Der Vorstand der SPD richtet anläßlich der vorgesehenen Viernächtekonferenz einen Appell an die vier Besatzungsmächte, alle Möglichkeiten einer Verständigung über die deutsche Frage auszuschöpfen. Auf seiner Sitzung beschließt der Vorstand, zwei Kommissionen mit der Ueberprüfung der Grundsatzenfragen der sozialdemokratischen Politik auf Grund des Wahlergebnisses vom 6. September zu beauftragen.
- Besprechungen Bundeskanzler Adenauers in Paris mit Außenminister Bidault über die Saarfrage und am 13. Dezember mit den Außenministern Dulles und Eden über das deutsche Problem (vgl. Frankreich).
13. In Bonn wird ein „Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge“ gegründet. Der Verband fordert in einer Entschlie ßung die Wiedervereinigung Deutschlands, freie Wahlen, freies Koalitionsrecht, Auflösung der Konzentrationslager und Entlassung aller politischen Gefangenen in der Sowjetzone, Auf-

klärung der Bevölkerung der Bundesrepublik über das System der Sowjetzone und Gleichberechtigung der Sowjetzonenflüchtlinge nach dem Bundesvertriebenengesetz.

14. Nach seiner Rückkehr von seinen Pariser Besprechungen erklärt Bundeskanzler Adenauer auf einer Pressekonferenz in Bonn zu der vorgesehenen Berliner Viernächtekonferenz, er lehne die Anwesenheit deutscher Vertreter an der Konferenz ab, weil sie eine Anerkennung der Sowjetzonen-Regierung impliziere. Ueber den Ablauf einer Wiedervereinigung Deutschlands äußert der Bundeskanzler, eine aus gesamtdeutschen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung habe seiner Meinung nach nur die Befugnis der Verfassungsgebung; die gesamtdeutsche Regierung könne erst in Funktion treten, wenn die Verfassung in Kraft getreten sei. Bis dahin müßten die staatlichen Organe der Bundesrepublik und der DDR ihre Tätigkeit weiter ausüben.
  15. Der Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Professor Dr. Grewe, wird zum Bevollmächtigten der Bundesregierung für die vorgesehene Viernächtekonferenz in Berlin ernannt.
- Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer gibt in Bonn Einzelheiten eines Zweijahresplanes für die Eingliederung der Vertriebenen bekannt. Insbesondere sind vorgesehen: die Auflösung der noch bestehenden Flüchtlingslager, Eingliederung weiterer Vertriebenen in den Arbeitsprozeß, Ansiedlung von 40 000 heimatvertriebenen Bauern und Verstärkung der Kapitalgrundlage von Flüchtlingsbetrieben.

#### Frankreich

3. In einem Kommuniqué erklärt die Regierung, daß sie bereit sei, offizielle Vorschläge der Vietminh-Bewegung für einen Friedensschluß in Indochina zu prüfen.
- 4.—7. Konferenz der Regierungschefs der drei Westmächte auf Bermuda (vgl. den Wortlaut des Kommuniqués in EA 24/1953, S. 6231).
8. Note an die Sowjetunion mit der Zustimmung zu einer Viernächtekonferenz in Berlin (vgl. den Wortlaut in EA 24/1953, S. 6230).
11. In einer Ansprache vor den Vereinigungen der französischen und der ausländischen Presse erklärt der deutsche Bundeskanzler, Konrad Adenauer, die Staatsmänner aller europäischen Staaten müßten Abschied nehmen von den Illusionen vergangener Macht und müßten die Dinge sehen, wie sie jetzt sind. Nur die Integration Europas werde die Völker davor bewahren, einzeln nacheinander sowjetische Satelliten zu werden. Der Bundeskanzler wendet sich scharf gegen den Gedanken einer erzwungenen Neutralisierung Deutschlands, die in kürzester Zeit dazu führen müsse, daß Deutschland dem sowjetischen Machtbereich anheimfalle, womit auch das Schicksal der Nachbarländer Deutschlands besiegelt sei. Auf eine Frage nach seiner Ansicht zur Saarfrage erklärt der Bundeskanzler, daß es keine europäische Lösung für die Saar geben werde, wenn die europäische Integration nicht Wirklichkeit wird.
12. Nach Besprechungen zwischen Außenminister Bidault und Bundeskanzler Adenauer über die Saarfrage wird in Paris folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

„Außenminister Bidault und Bundeskanzler Adenauer haben die vor vierzehn Tagen in Den Haag aufgenommenen Besprechungen über das Saarproblem fortgesetzt. Dabei sind neue Fortschritte erzielt worden. Die beiden Minister sind gleichermaßen davon überzeugt, daß diese Frage im Interesse der deutsch-französischen Beziehungen und der Vereinigung der europäischen Länder geregelt werden muß. Die von ihnen gesuchte Lösung muß die Interessen aller beteiligten Parteien wahren, sie darf keine Bitterkeit zwischen Frankreich und Deutschland bestehen lassen und muß auf diese Weise zur Erreichung der großen Ziele beitragen, die beide Länder in Uebereinstimmung mit ihren europäischen Partnern und mit allen freien Ländern gemeinsam verfolgen.“

13. Nach Abschluß der Sitzung des Ministerkomitees des Europarats in Paris trifft der deutsche Bundeskanzler, Konrad Adenauer, nacheinander mit dem amerikanischen Außenminister, Dulles, und mit dem britischen Außenminister, Eden, zu Besprechungen über die Ergebnisse der Bermuda-Konferenz und über die vorgesehene Viermächtekonferenz in Berlin zusammen. Der Bundeskanzler teilt nach den Besprechungen mit, daß er die Zusage erhalten habe, daß die Bundesregierung über alle wichtigen Entscheidungen auf der Konferenz konsultiert werden wird.

Der Bundesvorstand des Gewerkschaftsbundes „Force Ouvrière“ tritt in einer Entschliebung für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Marktes und einer übernationalen politischen Behörde ein und erklärt, er betrachte die europäische Einigung als ein Mittel zur Erhaltung des Friedens durch die deutsch-französische Aussöhnung und die Möglichkeit gemeinsamer Verteidigung. Es sei notwendig, die organisierte Arbeiterklasse für die europäische Idee zu gewinnen und die europäische Gewerkschaftseinheit anzustreben.

#### Großbritannien

- 4.—7. Konferenz der Regierungschefs der drei Westmächte auf Bermuda (vgl. den Wortlaut des Kommuniqués in EA 24/1953, S. 6231).
6. Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Persien (vgl. Persien).
8. Note an die Sowjetunion mit der Zustimmung zu einer Viermächtekonferenz in Berlin (vgl. den Wortlaut in EA 24/1953, S. 6230).

#### Italien

5. In Verhandlungen zwischen der Regierung und dem jugoslawischen Gesandten wird eine Uebereinkunft getroffen, daß beide Staaten gleichzeitig ihre an der Grenze des Freistaates Triest konzentrierten Truppen zurückziehen werden.

#### Jugoslawien

5. Abkommen über den beiderseitigen Abzug der Truppen von der italienisch-jugoslawischen Grenze (vgl. Italien).

#### Oesterreich

8. Der Ministerrat beschließt, mit Wirkung vom 15. Dezember die Liberalisierungsquote für die österreichischen Einfuhren aus den OEEC-Ländern auf 50 vH zu erhöhen.

#### Luxemburg

9. Zweite Ministerkonferenz der Benelux-Staaten in Luxemburg. Es wird ein Protokoll über die Einführung einer gemeinsamen Handelspolitik unterzeichnet, das vorsieht, daß die drei Länder in Handelsfragen gegenüber dritten Staaten und internationalen Organisationen als ein Partner auftreten. Die Frage der Liberalisierung des Kapitalverkehrs innerhalb der Benelux-Union wird einem Sachverständigenausschuß zur weiteren Prüfung überwiesen.

#### Polen

- 5.—12. Neun Abgeordnete der französischen Nationalversammlung, darunter Edouard Daladier (Radikalsocialist) und Jacques Soustelle (Gaullist), unternehmen auf Einladung der polnischen Regierung eine Studienreise durch die unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Gebiete östlich der Oder und Neiße. Daladier erklärt nach seiner Rückkehr nach Paris, er sei von dem Friedenswillen Polens überzeugt, doch werde es Krieg bedeuten, wenn die Deutschen die Oder überschreiten wollten. Polen habe keine fremden Minderheiten mehr, und die Oder-Neiße-Linie sei seine natürliche Grenze.

#### Rumänien

15. Die Donaukommission wählt auf ihrer Sitzung in Galatz den Jugoslawen Dragoje Djuritsch zu ihrem neuen Sekretär. Bisher war dieser Posten stets von einem Sowjetrussen besetzt. Auf Vorschlag der jugoslawischen Delegation wird ferner beschlossen, den Sitz der Donaukommission nach Budapest zu verlegen.

#### Schweiz

6. In einer Volksabstimmung wird die von beiden Kammern des Parlaments gebilligte Vorlage über die Neuordnung der Bundesfinanzen mit 487 364 gegen 353 962 Stimmen verworfen. Daraufhin erklärt der Leiter des Finanz- und Zolldepartements, Bundesrat Max Weber (Sozialdemokratische Partei), am 7. Dezember seinen Rücktritt. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei faßt am 13. Dezember eine Entschliebung, in der er die Verwerfung der Finanzvorlage bedauert, den Rücktritt Webers billigt und beschließt, sich an der Regierung künftig nicht mehr zu beteiligen.

#### Sowjetunion

10. Anlaßlich des 9. Jahrestages der Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Bündnisvertrages veröffentlicht die *Prawda* einen Leitartikel, in dem es heißt, die herrschende Schicht in den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Mächten sei bestrebt, Frankreichs Großmachtstellung zu vermindern und seinen Reichtum aufzuteilen; diese Pläne seien von den deutschen Imperialisten geboren. Das Zustandekommen der EVG bedeute, daß Frankreich auf die internationale Stellung Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs herabsinke. In dem Artikel wird dann der Widerstand in der französischen Nationalversammlung gegen die EVG begrüßt und daran erinnert, daß das französisch-sowjetische Bündnis die Verhinderung jeder neuen Bedrohung durch Deutschland zum Ziele habe.



## Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

### AMERIKA

#### Vereinigte Staaten

- 4.—7. Konferenz der Regierungschefs der drei Westmächte auf Bermuda (vgl. den Wortlaut des Kommuniqués in EA 24/1953, S. 6231).
8. Note an die Sowjetunion mit der Zustimmung zu einer Viermächtekonferenz in Berlin (vgl. den Wortlaut in EA 24/1953, S. 6230).  
Rede Präsident *Eisenhowers* vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen über die internationale Kontrolle der Atomenergie (vgl. den Wortlaut auf S. 6275 dieser Folge).
14. Der Chef des Vereinigten Generalstabs, Admiral *Arthur W. Radford*, gibt in einer Rede vor dem National Press Club Einzelheiten über die neuen Verteidigungspläne bekannt, deren Ziel es sei, die Verteidigungslasten innerhalb von drei Jahren auf 32 Milliarden Dollar zu senken. Dabei werde das Hauptgewicht in Zukunft auf den Ausbau der Luftwaffe und der Atomwaffen gelegt werden, da es für die Vereinigten Staaten auf die Dauer unmöglich sei, schlagkräftige und überlegene Verbände überall da stehen zu haben, wo eine Aggression erfolgen könnte.

### ASIEN

#### Korea

12. Der Delegationschef der Vereinten Nationen bei den Vorverhandlungen über die Politische Korea-Konferenz in Panmunjom, *Arthur Dean*, unterbricht die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit, nachdem die Vereinigten Staaten von kommunistischer Seite beschuldigt wurden, den Ausbruch der 25 000 nordkoreanischen Kriegsgefangenen am 18. Juni (vgl. Zeit-*tafel* in EA 14—15/1953) gemeinsam mit der südkoreanischen Regierung veranlaßt zu haben.

#### Persien

6. In einem gleichzeitig in Teheran und London veröffentlichten Kommuniqué wird bekanntgegeben, daß Großbritannien und Persien die Wiederaufnahme der am 22. Oktober 1952 von der Regierung *Mossadegh* abgebrochenen diplomatischen Beziehungen vereinbart haben. Die baldige Wiederaufnahme von Verhandlungen über die Beilegung des Oelkonflikts wird angekündigt.

### Organisation der Vereinten Nationen

#### Vollversammlung

3. Gegen die Stimmen des Sowjetblocks wird eine Resolution gefaßt, in der die Unmenschlichkeiten chinesischer und nordkoreanischer Behörden gegenüber Kriegsgefangenen der Vereinten Nationen in Korea verurteilt werden.
8. Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten, *Dwight D. Eisenhower*, vor der Vollversammlung über die internationale Kontrolle der Atomenergie (vgl. den Wortlaut auf S. 6275 dieser Folge).
9. Die Vollversammlung vertagt ihre 8. Sitzungsperiode und bevollmächtigt die Präsidentin, *Vijaya Lakshmi*

*Pandit*, sie wieder einzuberufen, sobald die Lage in Korea dies erfordert.

#### Sicherheitsrat

14. Der Rat beschließt auf Antrag der Vereinigten Staaten und gegen die Stimme der Sowjetunion, die Behandlung des Triest-Problems auf unbestimmte Zeit zu vertagen, bis die Verhandlungen der beteiligten Mächte zu einem Ergebnis geführt haben.

#### Sonderorganisationen

##### *Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO)*

12. Beendigung der am 23. November begonnenen 7. Jahrestagung in Rom. In dem Bericht des Generaldirektors über die Welternährungslage wurde festgestellt, daß in Amerika, Westeuropa, Afrika und dem Mittleren Osten die Agrarproduktion jetzt rascher zunimmt als die Bevölkerungszahl; damit trete aber das Problem der Uebervölkerung des Landes auf, dem mit weiterer Industrialisierung begegnet werden müsse. Der Entwicklung rückständiger Gebiete will die FAO auch weiterhin ihr Hauptaugenmerk schenken, doch wurde festgestellt, daß die Hauptanstrengungen von den beteiligten Staaten selbst unternommen werden müssen, da die FAO nur über ein Budget von 6 Millionen Dollar verfügt. Zum neuen Generaldirektor der FAO wurde *Philip V. Cardon* gewählt, der auf Wunsch der amerikanischen Regierung den bisherigen Generaldirektor, *Norris E. Dodd*, der der Demokratischen Partei angehörte, ablöst. Während der Tagung wurde der Beitritt des Jemen, Libyens und Persiens zur FAO gebilligt; die Zahl der Sitze im Rat der FAO wurde von 18 auf 24 erhöht.

##### *Internationale Arbeitsorganisation (ILO)*

11. Beendigung der am 30. November begonnenen 5. Tagung des Kohlenbergbauausschusses der ILO in Düsseldorf. In einer einstimmig gebilligten Entschließung zur Frage der Sozialeinrichtungen fordert der Ausschuß Verbesserungen der medizinischen Betreuung, des Erholungswesens, des Bergarbeiterwohnungsbaus und der Aufstiegsmöglichkeiten der Bergarbeiter. Weitere Resolutionen befassen sich mit der Steigerung der Produktivität im Bergbau und dem gerechten Anteil der Arbeitnehmer an dieser Steigerung, mit der Ausbildung der Jungbergleute und mit der Verwirklichung der Beschlüsse des Ausschusses in den Mitgliedstaaten der ILO.

#### Verschiedenes

##### *Internationale Zinnkonferenz*

9. Beendigung einer am 16. November begonnenen internationalen Konferenz zur Regelung der Zinnpreise in Genf. An der Konferenz, die von den Vereinten Nationen einberufen wurde, nahmen 30 Nationen teil. Es wurde ein Abkommensentwurf ausgearbeitet, der die Einsetzung eines internationalen Zinn-Rates in London und die Bildung einer Zinnreserve zur Preisregulierung vorsieht.

# NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

9. JAHR

5. JANUAR 1954

1. FOLGE

## Bücher und Broschüren

Bertieaux, Raymond: Aspects de l'Industrialisation en Afrique Centrale. Bruxelles: Institut des Relations Internationales 1953. 318 S. 1 Karte.

Brown, W. Norman: The United States and India and Pakistan. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press 1953. 308 S. \$ 4,50.

Das vorliegende Buch, von einem hervorragenden Indienkenner und Indologen geschrieben, bemüht sich um ein besseres Verständnis für die indischen und pakistanischen Probleme unter der amerikanischen Bevölkerung. Es gibt einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung des Subkontinents bis zur Gründung der beiden großen Staaten Indien und Pakistan. Es zeigt darüber hinaus die historischen, politischen und sozialen Kräfte auf, die einmal den Nationalismus zum Entstehen brachten aus Protest gegen die britische Herrschaft und die zum zweiten das Verlangen der Mohammedaner nach einer eigenen und unabhängigen staatlichen Form aufkommen ließen. Ebenso beleuchtet der Verfasser die Wesensverschiedenheiten der beiden neuen Nationen Indien und Pakistan, untersucht die neue indische Verfassung, die politischen Parteien, analysiert die innenpolitischen Probleme Indiens und Pakistans wie Erziehung, Sprache, Presse und vor allem Bevölkerung und Industrialisierung. Desgleichen werden die außenpolitischen Beziehungen der beiden Staaten zum britischen Commonwealth einerseits und zu anderen Nationen in Asien einschließlich China, zu Rußland und den Vereinigten Staaten eingehend erörtert.

Deutsche Geschichte im Überblick. Ein Handbuch. Herausgegeben unter Mitwirkung zahlreicher Fachgelehrter von Peter Rassow. Stuttgart: J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung 1953. XII, 866 S. Ln. DM 62,—, Hled. DM 68,—, br. (vier Lieferungen) DM 57,—.

Eine Reihe Historiker geben in vier Bänden einen Überblick über die deutsche Geschichte. Beginnend mit der Darstellung des Verhältnisses Germanen und Römer bis zur jüngsten Nachkriegsentwicklung sind die Abschnitte deutscher Geschichte im Zusammenhang mit den Nachbarländern und dem Weltgeschehen dargestellt. Abweichend von der üblichen Einteilung wird der jüngeren und jüngsten Zeitgeschichte weitaus mehr Raum gegeben als den zurückliegenden Epochen. Eine ausführliche Bibliographie (60 Seiten) gibt die Quellen für die einzelnen Abschnitte der Geschichte wieder.

Deutsche Tatsachen. Ein Leitfaden für deutsche Amerika-reisende (in deutscher und englischer Sprache). Herausgegeben von der „Transatlantik-Brücke“. Hamburg: o. J. 123 S.

Drashkovich, Milorad M.: Tito's Elections. Chicago: The Serbian Literary Association, Inc. 1953. 14 S. 20 c.

The Flow of the News. A Study by the International Press Institute. In Cooperation with Editors, Agency Executives and Foreign Correspondents in ten countries. Zürich: The International Press Institute 1953. 266 S.

Das Gesundheitswesen in der Sowjetzone (Denkschriften des Sopade-Informationsdienstes Heft 53). Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bonn. 85 S. (hektografiert).

Gurian, Waldemar: Bolshevism. An Introduction to Soviet Communism. Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame Press 1952. 189 S. \$ 3,25.

Der Verfasser untersucht zunächst den Bolschewismus als soziale und politische Religion, wobei er sowohl die theoretischen Erörterungen als auch die „zynisch-amoralische Praxis“ zugrunde legt. Daran schließt sich eine gut gegliederte Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des Bolschewismus und ihrer soziologischen Probleme, um schließlich

das Problem „Bolschewismus als Weltmacht“ aufzugreifen, insbesondere die Gründe für seinen Weiterfolg. Gurians Schlußfolgerungen laufen auf die Feststellung hinaus, daß die Bedeutung des Bolschewismus darin liege, daß durch ihn das soziale Gewissen der Welt wachgerufen wurde, das seinerseits neue Verhältnisse schaffe, die den Bolschewismus selbst ad absurdum führen. Der Arbeit sind auf 75 Seiten Quellenhinweise mit Zitaten aus Büchern und Zeitungen sowie eine kurze bibliographische Übersicht beigefügt.

Heinitz, Ernst: Staatsschutz und Grundrechte (Vortrag, gehalten auf der Tagung des Deutschen Bundes für Bürgerrechte e. V. in Mannheim am 29. Mai 1953). Kleine Schriften für den Staatsbürger, Heft 17, herausgegeben vom Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten in Mannheim. Frankfurt am Main — Berlin: Alfred Metzner Verlag 1953. 29 S. DM 1,—.

Herzfeld, Hans: Weltmächte und Weltkriege. Die Geschichte unserer Epoche 1890—1945. — Braunschweig: Georg Westermann Verlag 1952, 374 S. Zugleich erschienen in der Folge: Westermanns Studienhefte, Reihe: „Geschichte der Neuzeit“, herausgegeben von Gerhard Ritter: „Die moderne Welt, 1789—1945“, Teil II.

Einem I. Teil über „Die Epoche der bürgerlichen Nationalstaaten — 1789-1890“, eingeleitet von Professor Gerhard Ritter, folgte der oben genannte zweite Teil von Hans Herzfeld, dem Ordinarius für neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin. Die Besprechungen dieses Werkes durch maßgebliche Fachleute heben übereinstimmend hervor, wie mit außerordentlicher Sachkunde, Selbstdisziplin und wissenschaftlichem Verantwortungsbewußtsein das schwierige Werk gelungen sei, den heikelsten Problemen unserer Zeit von der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges bis zum Ende Hitlers gerecht zu werden.

Hodscha, Enver: Die Partei der Arbeit Albaniens im Kampf für den Sozialismus (Rede auf der Feier des 10. Jahrestages der Partei der Arbeit Albaniens am 8. November 1951). Berlin: Dietz Verlag 1953. 63 S.

Holtzmann, Walther: Das mittelalterliche Imperium und die werdenden Nationen. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Abteilung Geisteswissenschaften Heft 7. Köln und Opladen: Westdeutscher Verlag 1953. 28 S. DM 2,50.

Hurewitz, J. C.: Middle East Dilemmas. The Background of United States Policy. Published for the Council on Foreign Relations. New York: Harper & Brothers, 273. \$ 3,75.

Das vorliegende Buch gibt als erstes eine zusammenfassende Darstellung der stetig ansteigenden Entwicklungsstufen, die das amerikanische Interesse am Mittleren Osten durchlaufen hat, begleitet von einer im gleichen Maße wachsenden Last der Verantwortung. Ein Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Länder des Mittleren Ostens und die Schilderung der diplomatischen Rivalitäten und Machtkämpfe der europäischen Staaten in diesem Bereich bilden den wirkungsvollen Hintergrund zu diesem Buch.

Länderlexikon. Erarbeitet von den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs und Länderexperten. Verantwortlich für den politischen Teil Prof. Dr. Karl Heinz Pfeffer, Hamburg, für den wirtschaftlichen Teil Dr. Werner Schlote, Hamburg. Erscheint in 24 Einzelleistungen zu DM 5,— je Lieferung (Subskriptionspreis bis 31. Dezember 1953) oder in drei abgeschlossenen Einzelbänden (I. Bd. am



1. April 1954), Halbleder, je DM 40.— (Subskriptionspreis). 1. Lieferung: Hamburg o. J., 80 S.
- Das Länderlexikon will nicht eine Datensammlung alten Stils sein, sondern ein Nachschlagewerk darstellen, das alle zum Verständnis des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Geschehens in der Welt erforderlichen Informationen gibt. Die erste Lieferung des Werkes gibt über 156 Spalten einen erschöpfenden und äußerst lebendig dargebotenen Überblick über Großbritannien. Die Darstellung wird durch gutes Bildmaterial und Karten aufgelockert und überdies durch zahlreiche, aufschlußreiche Statistiken sowie durch eine Bibliographie ergänzt. Schon die erste Lieferung läßt erkennen, daß dieses Länderlexikon für alle am Weltgeschehen interessierten Kreise, vor allem für Politiker, Wirtschaftler, Journalisten und Pädagogen, zu einem wertvollen Nachschlagewerk werden dürfte.
- Longrigg, Stephen Hemsley: „Iraq“ 1900 to 1950. A political, social, and economic history. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1953. 436 S., 1 Karte. £ 1/15/—.
- A Policy for Europe To-day. Council of Europe, Debate at the Consultative Assembly September, 1953. Strasbourg. 247 S. \$ 1,50.
- Quelques Aspects de la Démographie et de l'Economie. Etude Statistique portant sur Quelques Aspects de la Démographie et de l'Economie des Etats membres du Conseil de l'Europe. Strasbourg: Conseil de l'Europe, Secrétariat Général 1952. 62 S.
- Das Saargebiet, Zankapfel oder Brücke? Vorschlag zur Lösung des Saarproblems. Herausgegeben von der Union Européenne des Fédéralistes. Paris: o. J. 40 S.
- Seibold, Kaspar: Die europäische Agrar-Union. Herausgegeben vom Büro für politische Studien G. m. b. H., Frankfurt am Main, Serie „Wissenswertes“, Nummer 20. 24 S.
- Die Sowjetregierung und der österreichische Staatsvertrag. Bericht und Dokumente 1943—1953. Zweite, erweiterte Fassung. O. O.: Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung. Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte. Herausgegeben von Werner Markert. Nr. 17. 1953.
- Die Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung stellt in einer wesentlich kürzeren Fassung die Entwicklung der Probleme zwischen Österreich und Rußland dar, berücksichtigt dabei aber u. a. auch den Komplex der deutschen Vermögenswerte. Im Anhang geben einige Karten eine Darstellung der Grenzsituation, dabei auch über die Lage von Triest; ferner sind die wichtigsten Dokumente angeschlossen.
- Die soziale Sicherheit der selbständig Erwerbstätigen. Herausgegeben von der Internationalen Vereinigung für soziale Sicherheit. (10. Generalversammlung, Wien, 3. bis 7. Juli 1951), Bericht II. Genf: 1952. 336 S.
- Umbau des Steuersystems? Gutachten zur Frage des Abbaus der Einkommensteuer (Lohnsteuer) und der Körperschaftsteuer zugunsten einer Um- und Ausgestaltung der Umsatzsteuer, erstattet von Prof. Dr. Günter Schmolders, Universität Köln. Abgeschlossen im März 1953. 52 S.
- Westphal, Otto: Weltgeschichte der Neuzeit 1750—1950. Stuttgart: W. Kohlhammer Verlag 1953. 400 S. DM 16,80.
- Das Besondere an dieser Darstellung ist die Tatsache, daß der Verfasser das Dritte Reich aus Überzeugung anerkannt und geistig mitvertreten hat. Eine Selbstkritik des Nationalsozialismus also, von der er „gleichsam ausprobieren will, ob sie heute (Vorwort vom Sommer 1949) innerlich möglich ist und sich äußerlich Gehör verschaffen kann“, ist der eine Leitgedanke des vorliegenden Werkes. Der zweite ist der „Versuch, die Idee, in Kontinenten zu denken, nicht nur auf die gegenwärtige, sondern auf die ganze Weltgeschichte auszudehnen“. Der dritte, leider einem nicht mehr geschriebenen zweiten Bande zur Ausführung überlassene Gedanke sollte zeigen, „inwiefern politische Geschichte als Religionsgeschichte geschrieben werden muß“.
- Die nächste Zeit wird zeigen müssen, ob der Hinweis im Klappentext, daß das nachgelassene Werk Westphals (gest. 1950) ein Fragment, aber eines der bedeutsamsten seit langem sei, zu Recht besteht. Es ist zu vermuten, daß diese Arbeit, die die Erregung des unmittelbar Beteiligten noch deutlich spüren läßt, Diskussionen herausfordern wird.
- Yershov, Vasil, a. oth.: Soviet Economic Policy in Post-war Germany. A Collection of Papers by Former Soviet Officials. Edited and with an Introduction by Robert Slusser. Studies on the USSR Nr. 3. New York: Research Program on the U.S.S.R. 1953. 184 S.
- Die Schrift behandelt in verschiedenen Aufsätzen von ehemaligen sowjetischen Beamten der SBZ die wirtschaftspolitische Entwicklung von 1945—1950, u. a. in der Landwirtschaft, im Uran- und Kohlenbergbau. Ein weiterer Aufsatz befaßt sich mit der Politik der Männer, die nach Stalins Tod in die Spitzengruppe sowjetischer Politik gerückt sind. Die Aufsätze bilden insofern eine wesentliche Quelle, als ihre Verfasser selber in Funktionen gestanden haben, die es ihnen ermöglichten, Hintergründe und Zusammenhänge der sowjetischen Politik in der SBZ zu übersehen. Eine besonders übersichtliche, vergleichende Zeitafel (1945—1950) und eine gut ausgewählte Bibliographie sowie ein Register vervollständigen die Publikation.
- Zorn, Rudolf: Die Als-ob-Demokratie. Ueber die Notwendigkeit der Aenderung der Regierungstechnik. Zwei Vorträge, gehalten im Bayerischen Rundfunk am 29. Oktober und 5. November 1953. Mannheim: Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e. V. 1953. 38 S. DM 2,—.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond Jean Guillon, Paris; Dr. Walther Hofer, Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstr. 20, Telefon 73347.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

## Atlantikpakt und Europäische Verteidigungsgemeinschaft auf der 12. Tagung des Nordatlantikrats in Paris vom 14. bis 16. Dezember 1953

Von Hermann Volle

### Vorbemerkung

Die Folge von Berichten, die wir im Juli 1950 unter dem Titel „Schumanplan und Atlantikpakt“<sup>\*</sup> begonnen und im Januar 1952 unter dem Titel „Atlantikpakt und Europäische Verteidigungsgemeinschaft“<sup>\*\*</sup> fortgeführt haben, ist bei manchen Freunden dieser Zeitschrift auf Widerspruch gestoßen. Die Initiative *Schumans* zur Schaffung eines Europäischen Marktes für Kohle und Stahl vom 9. Mai 1950, so wurde uns gesagt, habe doch nichts mit der rein militärischen Aufgabe des Atlantikpaktes zu tun. Sie sei vielmehr der Ansatzpunkt einer Integrationspolitik, die auf lange Sicht Europa als „dritte Kraft“ zwischen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion stellen wolle. Auf Grund der an dieser Stelle veröffentlichten Äußerungen von *Schuman* und *Bidault* sind wir zu einer anderen Interpretation der von beiden — trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten im einzelnen — seit der Moskauer Außenministerkonferenz vom März 1947 kontinuierlich verfolgten Politik gelangt. Wir haben versucht, sie als die These vom „doppelten Gleichgewicht“ zu formulieren. Der Ausbruch des Kalten Krieges stellte Frankreich vor die Alternativen: Restauration der Maginotlinie und der französischen Bündnispolitik der dreißiger Jahre oder Aufhebung des deutsch-französischen Gegensatzes auf der höheren Ebene einer atlantischen Gemeinschaft. Der Versuch, völlig unabhängig zwischen Ost und West zu lavieren, hätte Frankreich politisch isoliert und wirtschaftlich zugrunde gerichtet. Ein europäischer Isolationismus — und darum handelt es sich ja im Grunde bei der Politik der „dritten Kraft“ — mußte über kurz oder lang Deutschland die Führungsrolle auf dem Kontinent zuspieren. So blieb nur der Versuch einer europäischen Politik mit atlantischer Rückversicherung. Was Frankreich an eigener Kraft fehlte, um einem deutschen Uebergewicht politisch und wirtschaftlich standzuhalten, das sollte ihm aus Garantien der Vereinigten Staaten und Großbritanniens

zuwachsen. Aus dieser Sonderstellung auf dem Kontinent, verankert einmal in den europäischen Institutionen, zum anderen in einem auch auf den politischen und wirtschaftlichen Bereich ausgedehnten Atlantikpakt, konnte dann eine selbständige Vermittlerrolle Frankreichs zwischen den Großmächten gleichsam „mit europäischem Resonanzboden“ angestrebt werden. Der gefährlichste Störfaktor für diese Politik ist das Problem der Wiederaufrüstung Deutschlands. Allein schon durch die Notwendigkeit der Eingliederung deutscher bewaffneter Kontingente und unabhängig von deren Stärke, gewinnt das Ziel der Integration sowohl der Europäischen wie der Atlantischen Gemeinschaft einen anderen Charakter. Der Zustand der Integration, d. h. des inneren Zusammenhaltes einer Gemeinschaft, steht ja immer im Verhältnis zu dem Potential der desintegrierenden, zentrifugalen Kräfte. Erst die Notwendigkeit, die deutsche militärische Macht in sich aufzunehmen und zu binden, gibt den europäischen Institutionen den Charakter des Endgültigen. Solange dieser letzte entscheidende Schritt nicht getan ist, bleiben alle übrigen Bindungen europäischer oder atlantischer Art Provisorien, die sich bei einer veränderten Konstellation wieder lösen lassen. Der große Bankier Fürstenberg soll einmal gesagt werden, das wichtigste sei, keinen Vertrag abzuschließen, von dem man nicht weiß, wie man wieder herauskommt. Das ist auch die Maxime der französischen Diplomatie. Dagegen geht es den Amerikanern darum, in Europa vollendete Tatsachen zu schaffen, die auch ein Nachlassen des Kalten Krieges nicht auftauen kann.

Damit ist aber der besonderen Art der französischen Mittlerstellung die Grundlage entzogen, die ja gerade in dem Balancieren innereuropäischer, atlantischer und weltpolitischer Gruppierungen besteht. Das scheint uns — auf eine einfache Formel gebracht — der Kern des Konfliktes zu sein, der im

<sup>\*</sup>) Vgl. Europa-Archiv 13/1950, S. 3147—3158; 21/1950, S. 3464—3474; 22/1950, S. 3503—3514; 10—11/1951, S. 3961 bis 3976.

<sup>\*\*</sup>) Vgl. Europa-Archiv 1/1952, S. 4613—4626; 5/1952, S. 4745—4762; 13—14/1952, S. 5020—5040.



Prinzip seit der Moskauer Außenministerkonferenz von 1947, akut seit der Koreakrise das Schicksal der europäischen Einigung bestimmt. Das ist natürlich eine Arbeitshypothese. Die Quellen stehen, soweit sie veröffentlicht sind, unseren Lesern zur Verfügung. Man wird vielleicht einwenden, daß die Ueberschrift „Atlantikpakt und Europäische Verteidigungsgemein-

schaft“ ebensowenig den Kern dieses Konfliktes trifft wie die der vorangehenden Berichtserie „Schumanplan und Atlantikpakt“. Das liegt aber nicht an den Chronisten, sondern an der Eigenart jeder Diplomatie, Gegensätze zu verhüllen und auch bei erstgemeinten Verhandlungen innere Vorbehalte zu machen. Co.

### Der französisch-amerikanische Meinungsaustausch

#### *Bidaults Verlangen nach Gleichgewicht und zusätzlichen Garantien*

Nach vorbereitenden Tagungen des Ständigen Militärausschusses (Vereinigte Staaten, Großbritannien und Frankreich) und des Militärausschusses (Stabschefs der 14 Mitgliedstaaten der NATO) sowie einer Ministerkonferenz der Brüsseler Paktmächte begann am 14. Dezember 1953 in Paris die 12. Tagung des Nordatlantikrates. Wenngleich keinerlei Punkte auf der Tagesordnung<sup>1</sup> standen, die auf ein besonderes Ereignis hindeuteten, so brachte doch schon der erste Tag der Konferenz Worte von weittragender Bedeutung.

In seiner Eröffnungsansprache griff der Präsident des Atlantikrates, der französische Außenminister Georges Bidault, gewissermaßen der Tagesordnung vor, indem er die Frage der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zum Hauptgegenstand einer außenpolitischen Erklärung machte<sup>2</sup>. Im Gegensatz zu bisherigen Tagungen war es die einzige öffentliche Ansprache, die gehalten wurde. Sofort nach Beendigung der Rede Bidaults mußte die Öffentlichkeit das Feld den Außen-, Verteidigungs- und Finanzministern und den sie begleitenden Sachverständigen — nicht weniger als 300 Personen — überlassen.

Im Zentrum der Rede Bidaults stand das Plädoyer für die Unterordnung der europäischen Integrationsbestrebungen unter den Atlantikpakt. Es sei unvorstellbar, so sagte Bidault, daß eine europäische Verteidigungsorganisation außerhalb der atlantischen Allianz existieren könne. Man sei bereits in Ottawa<sup>3</sup> übereingekommen, daß die Entwicklung der letzteren die Bedingung für die Existenz der ersteren sei. Es sei daher erforderlich, die Mittel zu finden, um die Bemühungen zu koordinieren und in ein Gleichgewicht zu bringen.

„Wenn es uns gelingen sollte, solch ein Gleichgewicht zwischen der europäischen Organisation und der atlantischen Allianz zu finden, dann wären wir sehr nahe daran, es zugleich auch in der europäischen Organisation selbst zu finden.“

Bidault stellte fest, daß nur zwei Möglichkeiten bestünden: das Gleichgewicht oder das Risiko einer dominierenden starken Nation. (Mit dieser Bemerkung spielte Bidault offensichtlich auf Deutschland an.) Seit das zivilisierte Europa bestehe, so sagte er,

habe sich die Politik ständig um die Erreichung des europäischen Gleichgewichts bemüht. Heute befinde sich Europa in einer gefährlichen Situation, und es seien daher der nationalen Tradition bisher unbekannte Opfer erforderlich. Der europäische Kontinent bedürfe sowohl des Gleichgewichts als auch der Garantien, zumindestens so lange, bis „die Stabilität der Aussöhnung“ erreicht sei. Während Bidault hiermit wiederum auf das deutsch-französische Verhältnis Bezug nahm, wandte er sich mit seinen weiteren Ausführungen an Großbritannien und die Vereinigten Staaten, indem er sagte:

„Während es die Aufgabe einiger unserer atlantischen Verbündeten sein mag, als Gegengewicht zu wirken und die Garantie zu liefern, glaube ich auch, daß es die Aufgabe des Atlantikrates ist, ein angemessenes Programm dafür zu formulieren. Der Stand der Verteidigung, der Wirtschaft und des Fortschritts ruft gebieterisch nach breiteren Gruppierungen und erweiterten Gemeinschaften, ... aber wenn dies auf unserem Kontinent zur Folge hätte, daß die nationale Isolierung nur durch die Isolierung Europas abgelöst würde, dann muß ich sagen, daß ein Festhalten an diesem Plan für die Zukunft Europas so riskant wäre, daß sich viele dazu veranlaßt sehen könnten, in dem uns von der Vergangenheit hinterlassenen System Schutz zu suchen.“

#### *Die Warnung Dulles' über die Konsequenzen eines Scheiterns der EVG*

Nach der Rede Bidaults ergriff am Nachmittag des 14. Dezember 1953 der amerikanische Außenminister John Foster Dulles das Wort zu einer umfassenden Darlegung der amerikanischen Außenpolitik. Es handelte sich hierbei um eine im Anschluß an die Bermuda-Konferenz für die NATO-Tagung vorbereitete Erklärung, in deren Mittelpunkt, genau wie in der Rede Bidaults, die Frage über das Schicksal der EVG stand. Es war also nicht, wie in der Presse viel gesagt wurde, eine durch die Rede Bidaults hervorgerufene spontane Entgegnung. Vor dem Atlantikrat erklärte Dulles<sup>4</sup>:

„Wenn der Westen jetzt nicht in der Lage ist, für seine Zivilisation ein sicheres Heim zu schaffen, dann wird seine staatsmännische Kunst als bankrott betrachtet werden müssen, und die Menschheit wird sich anderweitig nach Führung umsehen müssen.“

Der Westen verfüge zwar über eine gewaltige potentielle Stärke, aber um mit dieser Stärke der

Herausforderung unserer Zeit begegnen zu können, sei ein stärkerer Zusammenschluß erforderlich.

„Unser Zusammenschluß muß entsprechend den verschiedenen Verhältnissen und Bedürfnissen verschiedene Formen annehmen. Auf dem Kontinent ist eine integrierte europäische Gemeinschaft wichtig, damit die Probleme dieses Gebiets gelöst werden und ein Kern für eine umfassendere atlantische Gemeinschaft gebildet wird. Diese beiden Strukturen werden verschieden sein, aber sie müssen zusammen aufgebaut werden. Jede ist lebenswichtig für den Erfolg der anderen...“

Unter Hinweis auf die in Europa bereits erfolgten Einigungsbemühungen sagte Dulles, daß das amerikanische Volk alle diese Projekte aufmerksam verfolgt habe.

„Einige unserer Freunde scheinen anzunehmen, daß wir nur an den militärischen Aspekten interessiert seien und daß wir die Rekrutierung deutscher Kräfte und nichts anderes wünschen. Wir sind der Ansicht, daß es für den Westen unsinnig wäre, den Beitrag zu mißachten, den das deutsche Volk für die gemeinsame Verteidigung leisten kann. Die Behauptung, daß das amerikanische Volk nur an der deutschen Wiederbewaffnung interessiert sei, ist aber völlig falsch und bedeutet eine grobe Verdrehung der Tatsachen. Die Vereinigten Staaten sind in erster Linie darum besorgt, daß die europäische Zivilisation weiterbestehen und blühen kann. Das ist aber nicht ohne eine europäische Gemeinschaft möglich, in der die Interessen und Fähigkeiten von zwei großen Nationen im Herzen Europas, von Frankreich und Deutschland, unlösbar verbunden sein müssen.

Es wäre schwer für mich, die Besorgnis zu übertreiben, mit der das amerikanische Volk den Vollzug dieses historischen Aktes erwartet...“

Entscheidende Schritte bleiben immer noch zu tun. Sie müssen mehr als bloße Verträge zwischen souveränen Staaten sein. Versprechen für die Zukunft genügen nicht, um eine Vergangenheit zu beenden, die mit Bitterkeit erfüllt war. Europa hat umfassendere und organischere Formen der Verbindung nötig.

Es gibt Leute, die befürchten, daß nach der Bildung der EVG die Vereinigten Staaten die militärische Hilfe an Europa einstellen werden. Diese Furcht ist grundlos.“

Dulles wies sodann darauf hin, daß in Bermuda Einigung darüber geherrscht habe, daß die Schaffung der EVG im Rahmen der atlantischen Gemeinschaft eine enge und dauernde Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich gewährleisten würde.

„Wenn aber die EVG nicht verwirklicht werden sollte, wenn Frankreich und Deutschland getrennt blieben und wieder potentielle Feinde würden, dann müßte man sehr bezweifeln, ob das kontinentale Europa eine Region der Sicherheit werden könnte. Das würde zwangsweise zu einer schmerzhaften Ueberprüfung der amerikanischen Politik führen. Wenn Westeuropa eine politische, wirtschaftliche und militärische Einheit mit Einschluß von Frankreich und Deutschland bilden will, muß das bald geschehen. Starke Kräfte sind an der Arbeit, die sechs Nationen der Ge-

meinschaft zusammenzuschweißen, und Großbritannien und die Vereinigten Staaten stehen bereit, ihre feste Unterstützung zu leihen. Wenn aber dieser Zusammenschluß nicht bald erfolgt, könnten andere Kräfte die Ueberhand gewinnen. Diese trennenden Kräfte werden auch in den Vereinigten Staaten zu finden sein. Die Integration in Freiheit wäre dann vielleicht nie mehr möglich, wohl aber könnte der Fall eintreten, daß Westeuropa in gleicher Weise wie Osteuropa zusammengeschlossen würde, in Niederlage und Knechtschaft.

Französisches staatsmännisches Geschick hat es mit starker Unterstützung, darunter aus Deutschland, fertig gebracht, daß das Projekt für eine Verteidigungsgemeinschaft aus dem Stadium der nebelhaften Planung in jenes des konkreten Vertrages übergeführt wurde. Dieser Vertrag steht jetzt vor der Verwirklichung. Niemand von uns übersieht die Schwierigkeiten, welche mit den letzten Schritten verbunden sind. Niemand von uns übersieht, daß der Vertrag für die Verteidigungsgemeinschaft in Zukunft neue Probleme aufwerfen wird. Wir sind aber der Meinung, daß dieser Vertrag einem selbstmörderischen Kampf ein Ende setzt und neue Beziehungen schafft, die den dauernden Frieden garantieren. Trotz eventuellen Unzulänglichkeiten im Vertrag hat die Entscheidung über die EVG schicksalhafte Bedeutung...“

Bis zum nächsten Frühjahr, wenn wir voraussichtlich wieder zusammentreten werden, werden historische Entscheidungen getroffen sein, die den Charakter unserer Aufgabe wesentlich beeinflussen und neue Möglichkeiten eröffnen können. Diese Möglichkeiten liegen zum Teil in der EVG, zum Teil liegen sie im größeren Rahmen der Charta der Vereinten Nationen.“

#### *Eine Erwiderung Bidaults:*

##### *Frankreich braucht mehr als nur Sympathie*

In einer Erwiderung auf die Rede des amerikanischen Außenministers erklärte Bidault<sup>6</sup>, daß er von der Offenheit der Äußerungen Dulles' Kenntnis nehme. Er selbst habe das Projekt der EVG bis zur Grenze seiner Kräfte, ja sogar darüber hinaus verteidigt. Man dürfe aber nicht übersehen, daß von den sechs EVG-Ländern Frankreich als einziger Staat weltweite Verpflichtungen zu erfüllen habe. Es handle sich bei der EVG um eine enge Integration mit einem Lande, dessen Ostgrenze nicht festgelegt sei und dessen Westgrenze es noch viel weniger sei. Er habe jedoch allen Grund zu hoffen, daß die Frage der Westgrenze bald geregelt werde. Bidault sagte weiter, daß der EVG-Vertrag ein definitives Engagement vielleicht auf die Dauer von Jahrhunderten bedeute. Er habe sich persönlich bemüht, die bestehenden Befürchtungen zu zerstreuen, aber er kenne die damit verbundenen Schwierigkeiten aus eigener Erfahrung nur zu gut. Er betonte aber gleichzeitig, daß Frankreich für den Fall einer Ablehnung der EVG keine „Ersatzpolitik“ bereithalte. Er verließ dem Wunsche Ausdruck, daß Frankreich gern diejenigen zu Bundesgenossen haben möchte, mit denen es bisher keine Konflikte gehabt habe. Man spreche seit drei Jahren von der EVG, aber seit mehr als drei Jahrhunderten habe Frankreich Schwierigkeiten mit



seinem Nachbarn im Osten gehabt. Man dürfe nicht übersehen, was sich erst vor neun Jahren in Paris ereignet habe. Es gelte, in den Perspektiven der Geschichte einen neuen Standort zu beziehen. Es sei sicherlich dringend, sich zu entscheiden, aber man müsse Frankreich mit etwas mehr als nur der Sympathie der großen Alliierten zu helfen versuchen.

#### *Die Pressekonferenz des amerikanischen Außenministers*

Noch am gleichen Tage gab Außenminister Dulles vor der Presse eine Erklärung<sup>6</sup> ab, in der er zunächst die wesentlichen Gedanken seiner vor dem Atlantikrat gehaltenen Rede wiederholte. Im Verlaufe seiner Ausführungen und der Beantwortung von Fragen sprach er nicht weniger als fünfmal von der Möglichkeit einer entschiedenen Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik im Falle des Nichtzustandekommens der EVG.

Auf eine Frage, ob die Vereinigten Staaten damit rechneten, daß der Nordatlantikpakt auf 50 Jahre verlängert werde, antwortete Dulles, der Nordatlantikpakt sei ein Vertrag unbeschränkter Dauer, der nicht automatisch nach 20 Jahren ablaufe. Man könne ihn zwar kündigen, doch bestehe kein Grund zu der Annahme, daß dies der Fall sein würde. Die NATO sei eine Organisation, die Bestand habe. Dulles betonte, daß von einer Absage der Vereinigten Staaten an den Atlantikpakt nicht die Rede sein könne und daß auch bestimmte Verpflichtungen, wie beispielsweise die 870 Millionen Dollar amerikanischer Finanzhilfe für die Kriegführung Frankreichs in Indochina, nicht wieder aufgerollt werden würden. Auf die Frage, ob die Vereinigten Staaten bereit seien, ähnlich wie die belgische Regierung, im Falle eines Nichtzustandekommens der EVG die Aufnahme Deutschlands in die NATO zu unterstützen, erwiderte Dulles, seine Regierung erwäge zur Zeit überhaupt keine Pläne für den Fall, daß die EVG scheitern könnte. Sollte sie aber scheitern, würde dies eine grundlegende Ueberprüfung der Politik der Vereinigten Staaten erforderlich machen.

Zu der Frage, ob er eine aus politischen Gründen etwa notwendig werdende Abänderung des EVG-Vertrages als annehmbar bezeichnen könne, erklärte

Dulles, dies sei kein Problem, das ihn direkt berühre. Er vermute jedoch, daß, wenn man zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Vertrag neu aushandeln wolle, man niemals innerhalb der begrenzten Frist, die er vorher mit dem Wort „bald“ umschrieben habe, irgendwelche Maßnahmen treffen könne.

Die Vereinigten Staaten seien in erster Linie an einem Zusammenschluß Frankreichs und Deutschlands interessiert, der es nicht nur unwahrscheinlich, sondern sogar unmöglich mache, daß Frankreich und Deutschland noch einmal gegeneinander kämpfen werden. Aus einer solchen Lage seien bereits zwei Weltkriege entstanden, und falls sich daraus ein weiterer Krieg ergeben sollte, dann sei das ihre Verantwortung. Die Vereinigten Staaten seien grundsätzlich an der EVG nicht als an einem Instrument interessiert, um irgendeine festgesetzte Zahl deutscher Divisionen zu erhalten. Die amerikanische Regierung bemühe sich im Augenblick, Verhältnisse zu schaffen, die die westlichen Staaten vor dem Selbstmord bewahren sollen. Wenn sie sich jedoch zum Selbstmord entschlossen, dann könnte es sehr wohl sein, daß sie ihn allein begehen müssen.

Dulles wurde sodann gefragt, ob er mit dem Begriff „bald“ in bezug auf die Ratifizierung des EVG-Vertrages die Zeit noch vor den Beratungen des Haushaltsjahres 1954/55 meine. Er erklärte hierzu, die Kongreßausschüsse würden sich zweifellos über die inzwischen erzielten Fortschritte bei der Einigung Europas informieren. Der Kongreß habe dem immer große Bedeutung beigemessen. Aus dem Gesetz, auf das sich die amerikanische Auslandshilfe in diesem Jahr stütze, gehe hervor, daß 50 vH der im laufenden Jahr für die zukünftigen Mitgliedstaaten der EVG bewilligten Mittel nur an die EVG selbst ausgezahlt werden dürfen. Diese Bestimmung sei auf Grund der Annahme erfolgt, daß die EVG aller Voraussicht nach bis zum Beginn des neuen Kalenderjahres zustande kommen werde, das heißt bis zum Ablauf der ersten Hälfte des amerikanischen Haushaltsjahres. Demnach könnte also die zweite Hälfte der Mittel nur unter der Bedingung des Zustandekommens der EVG ausgezahlt oder verwendet werden. Hieraus könne man seine eigenen Schlüsse ziehen.

#### **Echo und Kommentare zu den Auffassungen von Bidault und Dulles**

##### *Churchill unterstützt die amerikanische Haltung*

Am 17. Dezember gab der britische Premierminister, Sir Winston Churchill, vor dem britischen Unterhaus eine Erklärung ab, mit der er die Ansichten Dulles' voll und ganz billigte und bekräftigte<sup>7</sup>. Sir Winston erklärte, ihm sei in Bermuda klar geworden, wie sehr sich die amerikanische Regierung in Uebereinstimmung mit Bundeskanzler Adenauer auf die Auffassung festgelegt habe, es gebe keinen

anderen Weg, das deutsche Militärpotential für das westliche Abwehrsystem nutzbar zu machen, als die EVG.

Hatte er in Margate noch von der Alternative einer unmittelbaren Einbeziehung Deutschlands in die NATO gesprochen, so ließ er diesen Vorschlag diesmal wieder in der Schublade verschwinden und machte sich die amerikanische Auffassung zu eigen.

„Ich hielt es für meine Pflicht, die Franzosen in Bermuda auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen,

die entstehen könnte, wenn die EVG nicht von ihnen akzeptiert würde.

Die von Mr. Foster Dulles gebrauchte Redewendung, daß die Lage möglicherweise einer schmerzhaften Ueberprüfung unterzogen werden müsse, erscheint mir besonders gewichtig.

Ich muß persönlich dazu sagen, daß die Sicherheit Frankreichs, ja sogar Europas von der Politik der Vereinigten Staaten abhängt und daß die möglichen Folgen von einem Aufgeben der EVG dem französischen Volk in aller Deutlichkeit klargemacht werden sollten.

Ich möchte nicht, daß die Angelegenheit als von geringfügiger Bedeutung betrachtet wird. Sie ist von lebenswichtiger Bedeutung. Ich muß jedoch darauf hinweisen, daß ich in Bermuda nicht den Versuch unternommen habe, M. Bidault oder M. Laniel von der Notwendigkeit der EVG zu überzeugen.“

Sir Winston wies darauf hin, daß beide ja die Sache der EVG vor der französischen Nationalversammlung vertreten hätten.

#### *Stellungnahme anderer Mitglieder des Atlantikrates*

Während der Pariser Tagung des Atlantikrates nahmen der belgische Außenminister Paul van Zeeland und der kanadische Außenminister Lester B. Pearson Gelegenheit, sich zu den von Bidault und Dulles vertretenen Auffassungen zu äußern. Beide Erklärungen haben das gemeinsame Kennzeichen, daß sie sich von der These, es gebe keine Alternative zur EVG, distanzieren.

Van Zeeland erklärte auf einer Pressekonferenz am 15. Dezember, die Zeit sei nunmehr für die Mächte gekommen, zu der EVG ja oder nein zu sagen<sup>8</sup>. Er fügte jedoch hinzu, daß im Falle eines Fehlschlages der EVG „wir uns nicht in den Straßen graben legen werden, um zu sterben“. Er bestätigte, daß seine Regierung bei einem Nichtzustandekommen der EVG die unmittelbare Aufnahme Deutschlands in die NATO unterstützen werde.

„Die EVG ist gewiß nicht die einzige Formel. Ich habe vor drei oder vier Jahren Pläne vorgeschlagen, die ich vorgezogen hätte, aber das tut jetzt nichts mehr zur Sache. Ich glaube, daß die EVG die beste oder vielleicht die am wenigsten schlechte Lösung darstellt. Wenn sie allerdings fehlschlägt — was Gott verhüten möge —, dann müssen wir uns mit der Möglichkeit einer Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO befassen.“

Wenn er in einem solchen Falle Stellung zu nehmen habe, dann würde er es vorziehen, Deutschland in der NATO zu sehen, als den Weg zu einer Katastrophe frei zu machen, die eine rein deutsche Nationalarmee heraufbeschwören könne. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß eine Entscheidung über die Aufnahme Deutschlands in die NATO einstimmig gefaßt werden müsse, und stellte die Frage, welche Aussichten für die Annahme einer solchen Entscheidung bestünden. Er selbst glaube nicht, daß die Aussichten sehr gut seien.

„Ich kritisiere niemanden. Ich habe genügend Schwierigkeiten in meinem eigenen Land und kann daher die

Schwierigkeiten anderer verstehen. Aus diesem Grunde wende ich mich an alle, guten Willen und Großmütigkeit zu gebrauchen, um den Partnern bei der Lösung der Schwierigkeiten zu helfen, die noch im Wege stehen. Aber wir sind am Augenblick der Entscheidung angelangt, und ich glaube, daß wir innerhalb der nächsten Monate die Antwort haben werden. Mein Gefühl ist, daß Vernunft und Fortschritt siegen werden.“

Der kanadische Außenminister Pearson empfahl anläßlich einer Pressekonferenz am 18. Dezember 1953 Mäßigung und Diplomatie im amerikanisch-französischen Konflikt um die EVG<sup>9</sup>. Er führte u. a. aus:

„Ich persönlich möchte nicht in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, daß alles von der EVG abhängt. Ich bin nicht einverstanden mit einer starren Haltung in dieser Angelegenheit. In der Diplomatie gibt es nichts Endgültiges, es gibt immer Alternativen. Wenn sich die EVG nicht als möglich erweist, dann müssen wir eben einen anderen Weg finden...“

Zur Frage eines Rückzugs der amerikanischen Truppen aus Europa und einer eventuellen Beschränkung der amerikanischen Strategie auf die Verteidigung der Neuen Welt bemerkte Pearson:

„Kanada hat erkannt, daß in der Idee des ‚Kontinentalismus‘ keine Sicherheit liegen kann. Es gibt keine Sicherheit durch einen Rückzug.“

Der norwegische Außenminister Halvard Lange und der italienische Ministerpräsident Giuseppe Pella sprachen sich im Verlauf der Debatte im Atlantikrat für die Notwendigkeit der Verabschiedung der EVG aus<sup>10</sup>. Der holländische Außenminister Johan W. Beyen erklärte am 18. Dezember anläßlich einer Europa-Debatte in der Zweiten Kammer des holländischen Parlaments zu der von einigen Abgeordneten an den Aussagen Dulles' geäußerten Kritik, die Amerikaner besäßen eben nun einmal eine andere Ausdrucksweise als die Franzosen. Er wies im übrigen darauf hin, daß Dulles in Paris eine bekannte amerikanische These vertreten habe<sup>11</sup>.

#### *Unzufriedenheit, aber auch Einsicht in Frankreich*

Zweifellos hatte Dulles mit seinen offenen Worten den Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich weiter verschärft. Dies zeigte sich vor allem in den zum Teil empörten Äußerungen französischer Parlamentarier. Zahlreiche Abgeordnete verliehen ihrer Unzufriedenheit in Erklärungen und Resolutionen Ausdruck. Lauten Beifall erntete in der Nationalversammlung der ex-gaullistische Abgeordnete General de Monsabert, als er erklärte:

„Die Nationalversammlung muß gegen die Ausdrücke, die von einem Vertreter einer verbündeten und befreundeten Nation verwendet wurden, feierlich protestieren. Sie muß protestieren gegen Ausdrücke, nach denen Frankreich nicht als unabhängiges Land betrachtet wird<sup>12</sup>.“

Der Außenpolitische Ausschuß der Nationalversammlung, der sich schon seit geraumer Zeit mit dem



technischen Studium des EVG-Vertrages befaßt, erklärte am 16. Dezember in einer Entschließung:

„Keine Intervention, von wo sie auch kommen mag — selbst von Frankreichs besten Freunden —, wird die Entscheidung beeinflussen, die der Ausschuß . . . vorzuschlagen haben wird“<sup>13</sup>.

Im Rat der Republik wurde am gleichen Tage ein Resolutionsentwurf eingebracht, der neue internationale Verhandlungen verlangt, um der EVG ihren supranationalen Charakter zu nehmen und auf diese Weise Großbritannien, Norwegen und Dänemark den Beitritt zu ermöglichen<sup>14</sup>.

Der französische Ministerrat befaßte sich in einer Sondersitzung mit der Rede des amerikanischen Außenministers. Wie es hieß, war Bidault bemüht, seine aufgebrachten Kollegen zu besänftigen. Er wies darauf hin, daß die Vereinigten Staaten ein gewisses Recht hätten, sich Klarheit über die Aussichten der EVG zu verschaffen. Gleichzeitig warb Bidault um Verständnis für die Stellung der amerikanischen Regierung gegenüber den in den Vereinigten Staaten vorherrschenden Strömungen<sup>15</sup>.

Auch in der Pariser Presse, die zwar den Ton der Dulles-Erklärung kritisierte und von völligem Mangel an diplomatischem Takt sprach, fehlte es nicht an Besinnung und Verständnis. So schrieb René Dany im *Combat*:

„Man kann das amerikanische Ultimatum verurteilen, man kann es aber gleichzeitig auch begreifen.“ Roger Massip schrieb in einem Leitartikel im *Figaro*, jedermann habe begriffen, daß Dulles mit der Rückkehr zur peripherischen Strategie gedroht habe. Das bedeute, daß Europa nicht mehr östlich des Rheines verteidigt und daß der Begriff des Schutzes durch den Begriff der Befreiung ersetzt würde. Dulles habe von einem Aufgeben Europas gesprochen. Ueber die Tragweite dieser Warnung sei kein Zweifel mehr erlaubt.

„Es ist eine brutale Warnung, aber sie gibt denen Recht, die — wie wir — seit vielen Monaten die Öffentlichkeit unaufhörlich darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Ablehnung der EVG für die Zukunft Frankreichs und für die Geschichte Westeuropas äußerst schwerwiegend wäre.“

Le Monde brachte die Anwesenheit des deutschen Bundeskanzlers am Vorabend der NATO-Konferenz mit den auf der Sitzung des Atlantikrates und auf der bevorstehenden Berliner Viermächtekonferenz zu behandelnden Problemen in Verbindung und schrieb, daß die am Rande der Konferenzen geführten Besprechungen vielleicht noch wichtiger seien als die Konferenzen selbst. Es sei nicht zu übersehen gewesen, daß Dr. Adenauer bei vielen dieser Gespräche der „geehrte und obligatorische Mitsprecher“ war. Wenn Deutschland auch rechtlich der NATO nicht angehöre, so zähle Dr. Adenauer doch zu den großen Staatsmännern des Westens, dessen

Stimme gehört und dessen Rat oder Zustimmung jedesmal eingeholt werden müsse, wenn es gelte, eine wichtige Entscheidung zu treffen. Wenn man beobachte, daß Dr. Adenauer sowohl vor der Bermuda-Konferenz als auch vor Beginn der NATO-Konferenz konsultiert und informiert wurde, dann müsse man sich fragen, ob der Kanzler nicht der 15. Mann — in partibus — der Allianz geworden sei und ob sein Veto im Gegensatz zu allen Verträgen nicht schwerer wiege als das des einen oder anderen Mitgliedstaates der NATO<sup>15a</sup>.

#### Kühle Aufnahme der Dulles-Rede durch die britische Presse

Die britische Presse verhielt sich in ihrer Berichterstattung über die Dulles-Rede kühl und zum Teil ablehnend. Der *Daily Telegraph* bezeichnete es als falsch, sich ohne positive Alternativen auf den Plevin-Plan zu versteifen. Die *Times* gab in einem Bericht aus Washington<sup>16</sup> zu verstehen, daß man nicht daran glaube, daß eine Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik so weittragende Folgen haben werde, wie sie beispielsweise von der *New York Times* dargestellt wurden (vgl. S. 6291).

Der *Manchester Guardian* schrieb, es sei zwar verständlich, daß Dulles ungeduldig sei, aber nicht, daß er eine so drastische Drohung ausstoße. In einem anderen Aufsatz stellte das gleiche Blatt die Frage, ob die Vereinigten Staaten die sofortige Wiederbewaffnung Deutschlands für so wesentlich hielten, daß sie bereit seien, bei französischem Widerstreben die bestehende Struktur der westlichen Verteidigung niederzureißen. Dies scheine nahezu unglaublich.

„Ist es hingegen wirklich der Fall, so muß die Ungeduld von Eisenhower und Dulles und ihren Ratgebern die klare Einsicht verhindert haben. Da ihnen die Einzelheiten der europäischen Verteidigung vollauf bekannt sind, sollten sie nur zu gut wissen, daß die Wiederbewaffnung Westdeutschlands weder aus militärischen noch aus politischen Gründen von unmittelbarer Bedeutung ist.“

Es ist richtig, wenn Sir Winston sagt, daß Deutschland nicht für unbegrenzte Zeit unbewaffnet bleiben kann. Aber der Zeitraum braucht nicht gleich definitiv mit sechs Monaten bemessen zu werden . . .“

Zu der Rede Bidaults schrieb die *Times* am 15. Dezember 1953, daß die Auslegung der Rede wesentlich einfacher sei, als es auf den ersten Blick scheine. Offensichtlich sei Bidault mit der Ueberzeugung von der Bermuda-Konferenz zurückgekehrt, daß, was immer Frankreich auch wünsche, London und Washington nicht bereit seien, bestimmte Bindungen über die Stationierung ihrer Truppen auf dem europäischen Kontinent einzugehen. Aus diesem Grunde argumentiere Bidault nun, daß die britischen und amerikanischen Garantien, ohne die eine Verwirklichung der EVG nur schwer zu sehen sei, in dem weiteren Rahmen einer gestärkten NATO realisiert

werden sollen. „In anderen Worten“, so schreibt die *Times*, „muß die Hinzufügung von 12 deutschen Divisionen in die europäische Schlachtordnung eine Hinzufügung sein und nicht nur ein Ersatz für die sich vom Kontinent zurückziehenden amerikanischen und britischen Truppen.“

Was die Stärkung der NATO selbst anlange, so denke Frankreich offensichtlich an bestimmte Vorschläge auf dem Gebiete der Rationalisierung und der Standardisierung der Waffen. Die *Times* wandte sich aber entschieden gegen einen etwaigen Gedanken zur Schaffung einer „political standing group“, die lediglich zur Zerstörung der Einheit der NATO führen würde. Im übrigen bestehe tatsächlich bereits eine solche Einrichtung, deren Zusammenkünfte, seien sie auf der Ebene der Regierungschefs, der Außenminister oder leitender Diplomaten, den Kontakt zwischen den drei großen Mächten der atlantischen Allianz aufrechterhielten.

#### *Billigung und Unterstützung in den Vereinigten Staaten*

In den Vereinigten Staaten wurden die Äußerungen Dulles' allgemein gebilligt und unterstützt. Präsident Eisenhower stellte sich am 16. Dezember hinter die Rede seines Außenministers, als er anlässlich einer Pressekonferenz erklärte:

„Ich bin ein wenig erstaunt, daß irgend jemand diese Erklärung als neuartig oder besonders offen bezeichnet, denn sie bedeutet nichts anderes, als was das Gesetz von uns verlangt<sup>17</sup>.“

In einer Verlautbarung, die das Weiße Haus nach der Rückkehr der amerikanischen NATO-Delegation im Anschluß an eine Sitzung des National Security Council am 23. Dezember 1953 bekanntgab<sup>18</sup>, hieß es, Präsident Eisenhower halte die EVG für den einzigen praktischen Vorschlag zur Beendigung der deutsch-französischen Gegensätze.

„Der Präsident teilt die dem Rat von Außenminister Dulles vorgetragenen Ansichten, daß ein Fehlschlag, die EVG bald zu verwirklichen, die Vereinigten Staaten der Notwendigkeit gegenüberstellen werde, ihre grundlegende Politik, soweit sie Europa betrifft, einer Neuorientierung zu unterziehen.“

In Regierungskreisen wurde betont, die Verteidigungspolitik der Vereinigten Staaten beruhe, soweit sie Europa betreffe, auf der EVG. Wenn es keine EVG geben solle, so müßte die Regierung der Vereinigten Staaten dies sehr bald wissen, damit sie ihre eigenen Pläne ändern könne<sup>19</sup>.

Die amerikanische Presse befaßte sich am 16. Dezember sehr ausführlich mit den von Dulles geäußerten Ansichten. Die *Washington Post* lobte den Außenminister für seine kühne Erklärung; die *Baltimore Sun* erklärte, es sei nicht unbedingt schlechte Diplomatie, wenn man zur Abwechslung auch mal die Wahrheit sage, und die *New York Herald Tribune*

vertrat die Meinung, nach einiger Zeit werde sich zeigen, daß die Luft durch die Worte Dulles' gereinigt worden sei. Die *New York Times* schrieb, es sei nun an Europa, eine Entscheidung zu treffen. Die Folgen einer Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik würden drastisch sein und das Ende der amerikanischen Hilfe, eine getrennte und möglicherweise unkontrollierte Wiederaufrüstung Deutschlands und eine periphere Verteidigung der Vereinigten Staaten bedeuten. Ein Leitartikel der *New York Herald Tribune* vom 17. Dezember bezeichnete die Rede in ihrer Gesamtheit als eine Darlegung der fundamentalen amerikanischen Interessen, die mit den fundamentalen französischen Interessen übereinstimmen.

Wenngleich Außenminister Dulles in Paris erklärt hatte, die amerikanische Regierung befaße sich zur Zeit nicht mit Alternativlösungen zur EVG, glaubte der Korrespondent der *New York Times*, C. S. Sulzberger, daß den Vereinigten Staaten im Falle eines Scheiterns der EVG — und mit dieser Möglichkeit müsse man immerhin rechnen — nichts anderes übrig bleibe, als sich mit folgenden Alternativen zu befassen:

- 1) Unmittelbare Einbeziehung Westdeutschlands in die atlantische Gemeinschaft,
- 2) Verlegung des Schwergewichts auf eine Strategie der peripherischen Verteidigung,
- 3) Schaffung eines auf den amerikanischen Kontinent beschränkten Verteidigungssystems.

Man sei sich zwar klar darüber, daß diese Alternativen gefährlich und auch nicht dauerhaft seien, aber man werde sich gegebenenfalls mit ihnen befassen müssen<sup>20</sup>.

#### *Dulles präzisiert seine Auffassungen*

Außenminister Dulles nahm zu diesen Fragen nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten Stellung. In einem Bericht über die 12. Tagung des Atlantikrates erklärte er vor dem National Press Club in Washington<sup>21</sup>:

„... Bei meinem Pariser Aufenthalt in der vergangenen Woche wies ich auf die Bedeutung baldigen Handelns hin und erklärte, daß die Vereinigten Staaten eine schmerzliche Ueberprüfung ihrer grundlegenden Europapolitik durchführen müßten, wenn es nicht zu einer baldigen und positiven Antwort kommt.

Diese Erklärung gab nach meiner Meinung eine für sich selbst sprechende Wahrheit wieder. In einer Reihe aufeinanderfolgender internationaler Kommuniqués, die im Laufe dieses Jahres herausgegeben wurden, hieß es, daß die Verwirklichung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft ‚dringend‘, ‚von überragender Bedeutung‘, ‚notwendig‘, ‚erforderlich‘ und ‚lebenswichtig‘ sei. Aber diese schwerwiegenden Äußerungen scheinen kein rechtes Gehör gefunden zu haben. Lassen Sie mich deshalb drei der Faktoren nennen, die die EVG zu einem Problem von lebenswichtiger Bedeutung machen.



Erstens: Wir stehen vor dem unmittelbaren Problem der sogenannten „Strategie der Verteidigung unmittelbar am Eisernen Vorhang“ in Westeuropa. Darunter sind der Plan und der Wille zu verstehen, das gesamte Gebiet der künftigen EVG-Länder zu verteidigen und nicht von Anfang an die Räumung vorgeschobener Positionen in Deutschland zu planen, die das übrige Gebiet unhaltbar machen könnte. In Verfolgung dieser Strategie hält ein wesentlicher Teil der amerikanischen Streitkräfte vorgeschobene Positionen in Westdeutschland besetzt. Ohne die Europäische Verteidigungsgemeinschaft jedoch besteht keine gesetzliche Handhabe, die deutsche Stärke für die Verteidigung deutschen Bodens heranzuziehen. Genau so ist es natürlich unannehmbar, daß die Vereinigten Staaten weiter die Rolle des hauptsächlichen Verteidigers Deutschlands zu tragen haben, während die Deutschen selbst rein als Zuschauer dabeistehen. Die Strategie der Verteidigung unmittelbar am Eisernen Vorhang setzte im September 1950 auf Grund der Annahme ein, daß es bald zu einer deutschen Beteiligung an der gemeinsamen Verteidigung kommen würde. Fällt diese Aussicht fort, so muß dann die grundlegende Strategie der NATO erneut überprüft werden.

Zweitens: Es geht nicht nur darum, deutsche Kontingente zu erhalten, sondern vielmehr um die Frage, dies in einer Form zu tun, die für die Nachbarn Deutschlands vernünftigerweise annehmbar ist. Die europäische Verteidigungsgemeinschaft löst dieses Problem, indem die Stärke der deutschen Truppen begrenzt wird und diese zum Bestandteil einer von sechs Mächten gebildeten Armee gemacht werden. Die deutschen Kontingente unterstehen keinem deutschen Generalstab und können nicht für eigenstaatliche Ziele eingesetzt werden. Dies stellt eine Garantie für Frankreich und die anderen Staaten, einschließlich der Sowjetunion, dar, die zu Recht darum besorgt sind, daß die Deutschen nicht unter Bedingungen wiederbewaffnet werden, die eine Wiederholung jener Invasion des deutschen Militarismus möglich machen, denen diese Länder ausgesetzt waren.

Drittens: Wir stehen vor dem Problem, den Bruch zwischen Frankreich und Deutschland endgültig zu heilen. Als die Vereinigten Staaten vor zwölf Jahren offiziell in den Zweiten Weltkrieg eintraten, schrieb ich:

„Der europäische Kontinent ist das gefährlichste Pulverfaß der Welt gewesen. Nun ist das gesamte Gebiet ein Raub der Flammen geworden. Wir verurteilen jene, die den Brand legten und ihn vergrößerten. Aber dies heißt nicht, daß wir, wenn die Zeit des Wiederaufbaues gekommen ist, etwa erneut ein Gebäude errichten, aus dem später wiederum mit Sicherheit die Flammen schlagen.“

Meiner Ansicht nach ist dies der entscheidende Gedanke. Ihm gebührt der Vorrang vor dem Problem der Eingliederung deutscher Divisionen in die NATO, so wichtig diese Frage auch ist. Das Wichtigste liegt ein für allemal darin, die selbstmörderischen Gegensätze zu beseitigen, die so lange die westliche Welt heimgesucht haben. Sie haben sie in materieller Hinsicht so geschwächt und ihr Prestige vermindert, daß die westliche Kultur nun durch eine materialistisch eingestellte Zivilisation ernsthaft gefährdet werden kann, bei der hinter einer dürrtigen und scheinheiligen theoretischen Verbrämung in Wirklichkeit der Mensch wieder auf eine

Stufe herabgedrückt wird, wie sie einmal in den finsternen Zeiten bestand.

Zur EVG, so heißt es, müsse es Alternativen geben. Natürlich werden im Falle eines Scheiterns der EVG entsprechende Maßnahmen ergriffen werden müssen. Wir verschließen uns dieser Tatsache nicht. Aber „Alternativen“ im Sinne von anderen gangbaren Wegen, auf denen man die drei von mir erwähnten Ziele der EVG erreichen könnte, vermag ich nicht zu sehen.

Wir wollen einmal zur Verdeutlichung die am häufigsten genannte „Alternative“ heranziehen: Man gebe der Bundesrepublik ihre Souveränität und nehme sie dann als Mitglied in die NATO auf.

Das ist leicht gesagt, aber schwer getan. Bestenfalls würde man damit dem ersten der drei Ziele der europäischen Verteidigungsgemeinschaft gerecht werden, deutsche Soldaten in die NATO einzubeziehen.

Aber wie steht es dann mit dem zweiten Ziel: dies so zu tun, daß Frankreich und Sowjetrußland sich nicht bedroht fühlen?

Damit würde erneut eine nationale deutsche Streitmacht geschaffen werden, die auf Befehl des deutschen Generalstabs zurückgezogen und für nationale Ziele eingesetzt werden könnte. Dies kann nicht zu einem Gefühl der Sicherheit beitragen.

Wie steht es nun um das dritte Ziel, um die Schaffung einer organischen Einheit in Westeuropa, die ein Ende des selbstmörderischen Ringens unter den westeuropäischen Ländern sicherstellen würde?

Nehmen wir aber einmal an, wir würden uns dafür entscheiden, diesen Weg zu versuchen, wie das vielleicht der Fall sein könnte. Wir dürfen nicht glauben, daß dieses Verfahren einfach wäre oder sich schnell durchführen ließe. Es würde zunächst einmal neue Verhandlungen über die gegenwärtige Viermächte-Konvention erfordern, die die Wiederherstellung der Souveränität Westdeutschlands zum Ziele hat. Der Grund hierfür ist, daß die gegenwärtige Konvention, wie ich bereits betonte, von dem Inkrafttreten des EVG-Abkommens abhängt. Neue Verhandlungen über diesen Vertrag dürften unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht einfach sein, auch steht nicht eindeutig fest, daß die vier Mächte sich erneut schnell zu einer Meinung zusammenfinden werden.

Wenn diese Hürde aber genommen werden kann, so würde immer noch das Problem der Aufnahme Westdeutschlands in die NATO bestehen. Dies würde zunächst einmal die Bereitschaft der Westdeutschen erfordern, um Aufnahme in die NATO nachzusuchen. Diese Bereitschaft kann nicht garantiert werden. Viele Deutsche lehnen die Wiedererrichtung einer deutschen Nationalarmee mit einem deutschen Generalstab eindeutig ab.

Dann würde sich das Problem ergeben, die für eine Abänderung des Nordatlantikkpakt notwendige Zustimmung aller 14 Signatarstaaten einzuholen. Viele Franzosen fragen sich, ob ein französisches Parlament, das eine Wiederbewaffnung Deutschlands unter der einschneidenden Beschränkung der EVG ablehnt, einen Zusatz zum Nordatlantikkpakt ratifizieren würde, auf Grund dessen sich Westdeutschland ohne diese Beschränkungen bewaffnen könnte. Frankreich hat in dieser Angelegenheit das Recht, sein Veto einzulegen.

Es sind natürlich noch viele andere Alternativen vorgeschlagen worden. Ich möchte nicht, daß man meine

Worte dahingehend auslegt, als lehnte ich irgendeine davon ab. Aber alle sind, wie Präsident Eisenhower sagte, 'schwach'. Sie erfordern darüber hinaus Zeit, ein Faktor, der gegenwärtig nicht übersehen werden kann...

Selbstverständlich werden wir etwas unternehmen, wenn die europäische Verteidigungsgemeinschaft scheitert. Was wir dann aber tun, könnte sich unter Umständen wesentlich von dem unterscheiden, auf dessen Verwirklichung wir gehofft hatten. Es könnte dabei darum gehen, daß wir uns, wie einst, taktisch unseren Weg durch ein Gewirr vielfältiger Gefahren suchen.

Ich rechne zuversichtlich damit, daß die Vereinigten Staaten ausreichend stark, erfindungsreich und klug sind, um ihre lebenswichtigen Interessen auch im Falle eines Scheiterns der EVG und der durch sie symbolisierten europäischen Einheit zu wahren...“

#### *Amerikanische Kritik an der Auffassung Dulles'*

Wie die vorangegangenen Abschnitte gezeigt haben, fanden die Erklärungen Dulles' in der amerikanischen Öffentlichkeit allgemein eine zustimmende Aufnahme. Es fehlte aber auch nicht an kritischen Stimmen. So erklärte beispielsweise der amerikanische Verteidigungsminister *Wilson* bei seiner Rückkehr aus Paris zu der Frage, ob er eine Einstellung der amerikanischen Hilfe im Falle des Scheiterns der EVG für richtig halte, „that wouldn't be my way ob doing it“.<sup>22</sup> Es ist vielleicht auch bemerkenswert, daß eine republikanische Zeitung in ihren Spalten der Kritik an Außenminister Dulles Gehör verschaffte. In einem längeren Aufsatz in der *New York Herald Tribune*, der auch in Form eines Inserates von anderen amerikanischen Zeitungen, so zum Beispiel der *New York Times*, abgedruckt wurde, befaßte sich der bekannte amerikanische Publizist *Walter Lippmann* mit der Frage der deutsch-französischen Beziehungen im Lichte der Dulles-Rede<sup>23</sup>.

„Es wird offen gesagt, daß es keine gute Alternative zur EVG gibt. Es würde eher stimmen, wenn man sagen würde, daß es keine gute Alternative zu einer französisch-deutschen Aussöhnung gibt. Aus diesem Grunde ist es Angelegenheit aller Betroffenen, einen Entscheidungskampf zu vermeiden, der uns zwingen könnte, die unerwünschten Alternativen in Erwägung zu ziehen... Wenn die EVG gebraucht werden kann, um eine Partnerschaft zu fördern, dann sind wir dafür, wenn sie jedoch ein Hindernis zu dieser Partnerschaft bildet, dann sind wir für eine Revision dieses Vertrages. Um was es wirklich geht, ist nicht die Ratifizierung des EVG-Vertrages so, wie er ist, sondern eine französisch-deutsche Aussöhnung und Partnerschaft. Wir werden uns nur in ein unlösbares Durcheinander hineinreden, wenn wir die Ratifizierung des EVG-Vertrages und eine französisch-deutsche Verständigung identifizieren und sie so behandeln, als wenn sie ein und dieselbe Sache wären. Es ist zumindest eine offene Frage, ob nicht die EVG selbst in ihrer gegenwärtigen Form das schwerste Hindernis für eine deutsch-französische Verständigung bildet. Dies wird sicherlich der Fall sein, wenn die EVG, selbst wenn es nur dem Anschein nach geschieht, in erster Linie zu einem amerikanischen Projekt wird. Wir täten besser daran, uns darüber klar zu sein, daß, wenn Franzosen

und Deutsche von jetzt an aufrichtig miteinander arbeiten sollen, dies nur aus ihrem eigenen Wunsche entstehen kann und nicht, weil wir dies verlangen.“

Das schwerwiegendste Problem sei offensichtlich, daß Deutschland eines Tages zur stärksten Macht in Westeuropa werden könne. Die damit verbundene Gefahr könne von keinem weiblickenden Staatsmann übersehen werden. Es wäre allerdings falsch, zu argumentieren, daß Deutschland überhaupt nicht bewaffnet werden sollte oder daß es kein Mitglied der westlichen Gemeinschaft werden solle. Das echte Argument sei, das französische Bedürfnis nach Sicherheit zu berücksichtigen. Lippmann schließt seine Ausführungen mit der These, daß es besser sein würde, alle Anstrengungen darauf zu verwenden, um nach der Basis einer echten Verständigung zu suchen, gleichgültig, wie lange man dazu auch brauche, vorausgesetzt, daß die Zeit zu Verhandlungen und zu einer neuen Orientierung benutzt werde, die auf Versöhnung und Partnerschaft ausgerichtet sei.

Ganz besondere Kritik rief die Rede des amerikanischen Außenministers vor dem Presseklub in Washington bei dem Korrespondenten der *New York Herald Tribune*, *Walter Mills*, hervor<sup>24</sup>. Er schrieb, Dulles sei in dieser Rede hinsichtlich der Frage der Verwirklichung der EVG noch einen Schritt weitergegangen als in seinen Pariser Erklärungen. Er habe angedeutet, daß bei einem Fehlschlag der EVG nicht nur die amerikanische Hilfe gekürzt werde, sondern daß möglicherweise auch die jetzt in Deutschland befindlichen Divisionen zurückgezogen werden müssen.

Diese Erklärung, so schreibt Mills, bedeute nichts anderes als eine Revision des gesamten Kurses der amerikanischen Außenpolitik in Europa seit ihrer Entstehung, zumindest aber seit der Verkündung der Truman-Doktrin im Jahre 1947. Wie dies aber geschehen solle, habe Dulles nicht gesagt. Es sei zwar gut und schön, eine Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik anzukündigen, solange man aber nicht eine neue richtunggebende Konzeption aufzuweisen habe, könnten solche Erklärungen nicht sehr viel bedeuten.

Ein Abzug der sechs Divisionen aus Deutschland würde die NATO ruinieren, die bisher in Europa investierten Milliarden seien fortgeworfen, und man gestehe Rußland zu, den Sieg im Kalten Kriege errungen zu haben. Nach einem Abzug der amerikanischen Truppen aus Deutschland werde Großbritannien seine vier Divisionen nicht einen Tag länger in Deutschland belassen können, und die taktische Luftwaffe der Vereinigten Staaten in Deutschland und Ostfrankreich könne nicht bleiben.

Es sei ein unverantwortlicher Leichtsin, von solchen Dingen als praktische Politik oder Strategie zu sprechen. Wenn Dulles nur versuche, Frankreich die EVG aufzuzwingen, so benutze er dazu ein ungeeignetes Mittel.



„Wenn er andererseits aber tatsächlich glaubt, daß wir an einem kritischen Punkt angelangt sind, an dem eine neue Politik unabdingbar erforderlich ist, dann ist es höchste Zeit, die Wunschträumerei zu vergessen und wirk-

lich den Schmerzen und finanziellen Lasten gegenüberzutreten, die die Folge einer neuen Politik nicht nur für unsere Alliierten, sondern auch für uns bedeuten.“

### Ausblick

Es ist vielleicht verfrüht, schon jetzt die Tragweite der Erklärungen Dulles' auf die künftige Haltung Frankreichs und der Vereinigten Staaten abzuschätzen. Die Auswirkungen können sich erst im Laufe der ersten Monate des Jahres 1954 zeigen, wenn sich in den Vereinigten Staaten der Kongreß mit den Fragen der amerikanischen Politik gegenüber Europa, insbesondere mit der Bewilligung weiterer Mittel im Rahmen der Auslandhilfsprogramme befassen wird und falls in Frankreich die Nationalversammlung in die entscheidende Debatte über die EVG eintritt.

Im Grunde genommen hat Dulles mit seinen Erklärungen vor dem Atlantikrat und vor der Presse in Paris und Washington nichts grundsätzlich Neues gesagt. Schon 1950 schrieb Dulles in seinem Buch „War or Peace“ (S. 214—215), daß die europäische Einigung nicht erreicht werden könne, wenn kein freundlicher, aber fester Druck von außen erfolge, und empfahl, daß die Vereinigten Staaten die Gelegenheit ergreifen sollten, um diesen Druck auszuüben.

Wäre er, ähnlich wie sein Vorgänger Acheson es zu wiederholten Malen getan hat, auch diesmal wieder auf die französischen Wünsche und Bedenken eingegangen, so hätte er damit nur einen weiteren Aufschub erzielt. In Anbetracht der Ungeduld des amerikanischen Kongresses und der amerikanischen Öffentlichkeit zog es Dulles aber vor, diesmal in

aller Offenheit und Deutlichkeit zu sprechen. Er betrachtete es als seine Pflicht, dem französischen Volk die Tatsachen vor Augen zu führen, die sich aus einem Scheitern der EVG ergeben würden.

Das Echo der Dulles-Rede zeigt, daß die bewußt undiplomatischen Ausführungen des amerikanischen Außenministers keinen Bruch in der Zusammenarbeit der Westmächte herbeiführten, sondern zur Klärung der seit langem schwelenden Gegensätze beitrugen. Das Schlußkommuniqué des Atlantikrates, auf dessen Text sich alle 14 Mitgliedstaaten einigten, bezeichnet die Errichtung der EVG einschließlich eines deutschen Beitrages im Rahmen der sich ständig weiterentwickelnden atlantischen Gemeinschaft als ein wesentliches Ziel für die Stärkung der Verteidigungskraft der NATO. Mit dieser Formulierung ist der Versuch gemacht worden, sowohl dem amerikanischen als auch dem französischen Standpunkt Rechnung zu tragen.

Wie die jüngste Erklärung des französischen Ministerpräsidenten erkennen läßt, ist man sich in Frankreich nunmehr klar darüber, daß man der Entscheidung über die EVG nicht länger ausweichen kann. Am 6. Januar 1954 sagte Laniel vor der Nationalversammlung, daß das französische Parlament in den Wochen nach der Berliner Konferenz eindeutige Entscheidungen treffen müsse. Jede Verzögerung der Debatte über die Ratifizierung der EVG sei dann unzulässig<sup>27</sup>.

### Anmerkungen

<sup>1</sup>) Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Bericht des Generalsekretärs der NATO über den seit der 11. Tagung im April 1953 erzielten Fortschritt; 2. Aussprache über die internationale Lage; 3. Bericht des Militärausschusses über die militärischen Fortschritte der NATO; 4. Bericht des Militärausschusses über die Einschätzung des militärischen Risikos (Stärke der Sowjetunion); 5. Jahresbericht für 1953 und Planung für 1954; 6. Verschiedenes und Anberaumung der nächsten Tagung.

<sup>2</sup>) Vgl. den Wortlaut der Rede Bidaults in *La Documentation Française*, Annexe au Bulletin Quotidien No. 2649 vom 16. Dezember 1953.

<sup>3</sup>) Vgl. den Wortlaut der Vereinbarung von Ottawa in *Europa-Archiv* 20/1951, S. 4437.

<sup>4</sup>) Vgl. den Wortlaut der Rede Dulles' in *The New York Times* vom 15. Dezember 1953, S. 3.

<sup>5</sup>) Vgl. die Inhaltsangabe der Rede Bidaults in *Le Monde* vom 16. Dezember 1953, S. 2.

<sup>6</sup>) Vgl. die Wiedergabe der Pressekonferenz in *The New York Times* vom 15. Dezember 1953, S. 3.

<sup>7</sup>) Vgl. den Wortlaut der Erklärung Sir Winston Churchills in *The New York Times* vom 18. Dezember 1953, S. 3.

<sup>8</sup>) Vgl. den Inhalt der Ausführungen von Zeelands in *The New York Herald Tribune* vom 16. Dezember 1953, S. 1.

<sup>9</sup>) Vgl. den Inhalt der Ausführungen Pearsons in *The New York Times* vom 19. Dezember 1953, S. 4 und *Neue Zürcher Zeitung* vom 20. Dezember 1953, S. 2.

<sup>10</sup>) Vgl. *Le Monde* vom 16. Dezember 1953, S. 2.

<sup>11</sup>) Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. Dezember 1953, S. 3.

<sup>12</sup>) Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 17. Dezember 1953, S. 1.

<sup>13</sup>) Vgl. *Die Welt* vom 17. Dezember 1953, S. 2.

<sup>14</sup>) Vgl. *Die Welt* a. a. O.

<sup>15</sup>) Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 17. Dezember 1953, S. 1.

<sup>15a</sup>) Vgl. den Leitartikel in *Le Monde* vom 15. 12. 1953.

<sup>16</sup>) Vgl. *The Times* vom 16. Dezember 1953, S. 6.

<sup>17</sup>) Vgl. *New York Herald Tribune* vom 17. Dezember 1953, S. 1, und *Neue Zürcher Zeitung* vom 18. Dezember 1953, S. 2.

<sup>18</sup>) Vgl. *The Times* vom 24. Dezember 1953, S. 6.

<sup>19</sup>) Vgl. *The New York Times* vom 16. Dezember 1953, S. 1.

<sup>20</sup>) Vgl. *The New York Times* vom 17. Dezember 1953, S. 4.

<sup>21</sup>) Vgl. den Wortlaut des Berichtes von Außenminister Dulles in *The New York Times* vom 23. Dezember 1953, S. 3. (Deutsche Fassung: *Amerika-Dienst* vom 23. Dezember 1953).

<sup>22</sup>) Vgl. *The New York Times* vom 18. Dezember 1953, S. 3.

<sup>23</sup>) Vgl. *New York Herald Tribune* vom 18. Dezember 1953, S. 4.

<sup>24</sup>) Vgl. *New York Herald Tribune* vom 28. Dezember 1953, S. 2.

<sup>25</sup>) Vgl. den Wortlaut der außenpolitischen Erklärung von John Foster Dulles vom 27. Januar 1953 in *Europa-Archiv* 5/1953, S. 5528 ff. sowie unseren Beitrag über die amerikanische Außenpolitik nach dem Regierungswechsel in *Europa-Archiv* 5/1953, S. 5519 ff.

<sup>26</sup>) Vgl. *Europa-Archiv* 4/1953, S. 5493 ff. und 5/1953, S. 5519 ff., insbesondere S. 5528.

<sup>27</sup>) Vgl. *Le Monde* vom 7. Januar 1954, S. 1.

## Politik des Reisens?

Eine Untersuchung über die Bedeutung von Auslandsreisen für die Schaffung eines Europabewußtseins

### Vorbemerkung

In den vergangenen zwölf Monaten wurden rund neun Millionen Grenzübertritte von Deutschen aus der Bundesrepublik gezählt, die sich nicht auf Geschäfts- und Dienstreisen, sondern zu privaten Zwecken ins Ausland begaben. Während der gleichen Zeit kamen etwa fünf Millionen Ausländer nach Deutschland. Etwa 200 000 Deutsche gelangten in diesem Zeitraum durch Jugend-, Studenten-, Arbeitsaustausch und andere Formen „gelenkter“ Reisen in das Ausland. Allein schon diese Zahlen rechtfertigen die Frage nach den politischen Auswirkungen eines solchen in etwa drei Jahren sprunghaft angewachsenen Reisestromes.

Es ist die herrschende Ansicht, daß dem Kontakt zwischen Menschen verschiedener Nationalität, sei es bei einem einzelnen Individuum, sei es im größeren Rahmen von Gruppen, im Bereich der internationalen Beziehungen große Bedeutung zukommt. Hinsichtlich des tatsächlichen Erfolges jedoch gehen die Ansichten auseinander. Die Annahme, daß ausgedehntere und tiefere Berührung der Angehörigen verschiedener Nationalität untereinander zur internationalen Zusammenarbeit beitragen könnte, ist häufig Gegenstand von Untersuchungen gewesen. Die einen glauben, ein gegenseitiges besseres Kennen bedeute auch ein besseres Verständnis und erzeuge somit größte Übereinstimmung im Denken und Handeln unter den verschiedenen Gruppen. Von anderer Seite dagegen wird genau das Gegenteil behauptet.

Hier setzt nun eine Untersuchung des Instituts für

Europäische Politik und Wirtschaft in Frankfurt am Main ein, über deren Fragestellung und vorläufige Ergebnisse wir in diesem und in einem weiteren Beitrag berichten wollen. Dieses Institut hat sich im Rahmen einer größeren Studie über die Problematik der Bildung eines europäischen Bewußtseins vorgenommen, einige typische Verfahren zu analysieren, durch die der einzelne mittelbar oder unmittelbar mit den Wirklichkeiten Europas in Berührung gebracht wird, und den Wirkungen dieser Verfahren nachzuspüren. Auslandsreisen bilden in diesem Zusammenhang ein besonders dankbares Untersuchungsobjekt. „Austausch“ im Dienste der Bildung eines europäischen Bewußtseins war daher das Thema einer Arbeitstagung, die das Institut im Dezember 1953 veranstaltete. Einer der Wissenschaftler, die an dieser Aussprache teilnahmen, Professor Dr. Wilhelm Treue, Göttingen/Hannover, hat sich bereits verschiedentlich unter historischen und kultursoziologischen Gesichtspunkten mit dem Thema Auslandsreisen befaßt. Seine hier veröffentlichte Studie zeigt das Problem aus der Sicht des Historikers. Ein weiterer Beitrag wird die aktuelle Problematik einer „Politik des Reisens“ darlegen. Beiden Beiträgen liegt eine einheitliche Fragestellung zugrunde, die dem Verfahren der Auswahl, den Arten der vollzogenen Begegnungen und den feststellbaren „Nachwirkungen gelenkter“, d. h. mit einer bestimmten Erziehungsabsicht organisierter Auslandsreisen gilt.

Co.

## Europareisen und Europabewußtsein in der Neuzeit

Von Prof. Dr. Wilhelm Treue

### Das Zeitalter der „Grand Tour“

Wir wollen hier nicht der Frage nachgehen, ob die Wallfahrten, Pilgerfahrten und Kreuzzüge der Antike und des Mittelalters in unserem Sinne als Auslandsreisen bezeichnet werden können. Denkt man aber an die 70 000 Kreuzfahrer, die 1146 unter Konrad III. an dem großen Kreuzzug teilnahmen, oder an die mindestens 100 000 Franzosen, die unter

Ludwig XII. donauabwärts nach Palästina zogen, so kann man in ihnen eine ausgewählte Schar von Reisenden sehen, die, nicht ohne Lenkung kirchlicher und staatlicher Stellen, dem fernen Ziel ihrer religiösen Sehnsucht und dem Höhepunkt ihres Glaubenslebens zustrebten.

Aber erst im 16. Jahrhundert im Zusammenhang mit den Entdeckungs- und Forschungsreisen und



offenbar auch mit einem Erstarken des Reisetriebes überhaupt kann man eigentlich von Auslandsreisen im buchstäblichen Sinne sprechen. Seit dieser Zeit sind Reiseaufzeichnungen, Reisebeschreibungen und Reisehandbücher in großer Zahl vorhanden.

Im Vordergrund unserer Betrachtung muß naturgemäß die Grand Tour des 17. und 18. Jahrhunderts stehen, wie sie sich beim europäischen Adel, einer damals noch geschlossenen übernationalen, kosmopolitischen Gesellschaftsschicht, entwickelt hat. Hierbei handelte es sich durchaus um gelenkte Reisen, insofern als die jungen Angehörigen des Adels von ihren Eltern und weiterhin sehr stark von ihren Tutoren, Mentoren oder Reisemarschällen auf einer gewöhnlich im voraus festgelegten Route mit pädagogisch-bildungsmäßigen Zielen durch Europa geführt wurden. Der Reisende beobachtete, er belehrte und er amüsierte sich auch. Er schlug wohl auch die Zeit tot, deren Wert er in seiner Jugend noch nicht voll zu schätzen verstand. Er lernte reiten, mit dem Degen fechten, tanzen, sich weltlichen und geistlichen Großen vorstellen. Er verstand es schließlich, diese um Reisebeihilfen, um Posten und Titel, um Offizierspatente und selbst um vage Versprechungen für die Zukunft zu bitten — aber nicht einen Augenblick gab er seine Heimat innerlich oder äußerlich auf.

Es hat auch bei den Reisen jener Zeit erhebliche „weltanschauliche“ Schwierigkeiten gegeben. Im ausgehenden Zeitalter der Religionskriege und der politischen Stellungnahmen durch die Zugehörigkeit zur einen oder anderen Konfession bedeutete die Reise eines angesehenen Protestanten nach Rom ein Unternehmen, das von seinen Glaubensgenossen mit äußerstem Mißtrauen, von den Katholiken mit der Hoffnung auf Konversion betrachtet werden konnte und häufig betrachtet worden ist, ganz abgesehen davon, daß der „Andersgläubige“ sich durch die Unkenntnis von Festtags- und Fastengebräuchen sowie anderer Dinge in erhebliche persönliche Schwierigkeiten bringen konnte. Auf jeden Fall war vor dem Antritt der Reise eines Protestanten aus einem protestantischen Lande nach Rom durchaus zu überlegen, ob man sich damit nicht spätere Berufsaussichten in der Heimat verbaute, indem man das Mißtrauen einflußreicher und bestimmender Personen erregte.

Alle diese Reisen haben nun nicht allein die meist jugendlichen Reisenden selbst beeinflusst und geformt, sondern auch die Gesellschaftsschichten der Völker, denen sie angehörten, und nicht zuletzt das Urteil der besuchten Völker über das Herkunftsland der Besucher. Eine ganze Reihe von einfachen und offensichtlichen wie von komplizierten und verborgenen Beziehungen entstand durch derartige Reisen, die aufzuspüren und zu verfolgen sich auch heute noch lohnt. Insofern vermag der Historiker vielleicht für den „Reisepolitiker“ der Gegenwart

manche Lehren aufzudecken. Handelt es sich doch um einen wichtigen Ausschnitt aus der Geschichte der internationalen Beziehungen und der Urteile europäischer Nationen übereinander.

In einer Zeit, in der die „Presse“ weder sehr tief noch sehr breit in das Volk reichte und der Kreis der an der Regierung Beteiligten sehr klein blieb, wurde das Urteil aus der Begegnung mit diesem oder jenem Individuum zu einem Urteil über Millionen, die häufig genug den einzelnen durchaus nicht als ihren gültigen Repräsentanten akzeptiert hätten, wenn sie gefragt worden wären. Der Weg von dem um seiner Bildung willen reisenden unüberlegten Jüngling zur politischen Sympathie oder Aversion von Nationen war damals nicht länger als heute. Und die Gesandten, die in jenen Zeiten ihre Pflicht ernst nahmen, beaufsichtigten daher auch genau Route, Verhalten und Reputation der Reisenden, über die sie, wenn es sich um Angehörige bekannter Familien handelte — und das war sehr häufig der Fall —, regelmäßig ein paar Worte an ihre politisch-wirtschaftliche Berichterstattung anhängten. Naturgemäß kam es zu einer gelegentlich ausgesprochenen, häufig aber nur spürbaren Zusammenarbeit zwischen Eltern, Tutor bzw. Reisemarschall und Gesandten oder Agenten im Auslande, um den Schützling wirklich nur das sehen zu lassen, was ihm bestimmt war.

Es reiste nun freilich keineswegs nur der Adel. Sondern in dem Maße, in dem zunehmend seit dem 16. Jahrhundert gebildete Laien ihr Universitätsstudium hinter sich hatten, in den Dienst der Fürsten traten und dort die Verwaltungsarbeit übernahmen, gehörte auch bei ihnen, wie bei den adligen Diplomaten, die Kenntnis des europäischen Auslandes zur nahezu selbstverständlichen Vorbereitung auf den Beruf. So, wie neben oder zunächst hinter dem Adel das Bürgertum zu wirtschaftlichem Wohlstand und von dort aus zu finanziellem und dadurch wiederum auch zu politischem Rang aufstieg, sind auch die Söhne solcher führenden Bürger auf ihre Art der Grand Tour oder der Tour d'Europe geschickt worden. Längere Frankreich- und Italienreisen und Fahrten durch Westeuropa gehörten schon seit dem Ende des 16., spätestens seit dem 17. Jahrhundert wie selbstverständlich zur Schulzeit auch von Patriziersöhnen. Bewußt hat man die „Tugend der Weite“ gesucht.

Das Reisen war in jener Zeit eine „Moving Academy or the true peripathetic school“, wie man es in England bezeichnenderweise genannt hat. Dabei gab es verschiedene Reiserouten, die man verfolgen konnte. Während in Deutschland der große Krieg das Reisen für längere Zeit erschwerte, fand der Reisende in Frankreich ruhige Zeiten. Die Route, die von Marseille zur Westküste Italiens nach Rom und Neapel und nach der Ueberquerung der Halbinsel im Osten wieder nordwärts nach Venedig

führte, wurde häufig und gern benützt. Mehr und mehr trat Rom in der Wertschätzung der Reisenden an die Stelle des seit alters bevorzugten Venedig. So führte nicht mehr eine verhältnismäßig kurze Reise über Mont Cenis und Brenner nach Oberitalien, sondern der Giro d'Italia nahm nun mehr Zeit in Anspruch, wurde länger und fand seinen Höhepunkt in Rom. Aber auch diese Zeit wurde von der der eigentlichen Grand Tour abgelöst, bei dem jetzt Italien überhaupt hinter Frankreich an Interesse und Aufwand von Geld und Zeit zurücktrat. Außer Rom war fortan keine italienische Hauptstadt im entferntesten mit Paris zu vergleichen. Die englischen Gesandtschaften in Venedig und Turin wurden kleine, nicht eben glänzende Horch- und Beobachtungsposten und waren nicht mehr Repräsentationszentren großen Stils, an denen man Förderung für die eigene Zukunft und Reiseberatung gewinnen mochte. Das heißt: das Element der Vorbereitung auf die politische Karriere verschwand fast ganz aus dem italienischen Abschnitt der Reise, der nun um so mehr den Charakter der Bildungs- und Kunstreise annahm — falls er nicht gänzlich ausgelassen wurde. Die „Nachwirkungen“ der Italienreise verschoben sich also in einem Maße, daß es fraglich wurde, ob ein solcher Reiseabschnitt sich für den einen oder anderen Reisenden überhaupt noch lohnte.

Interessant ist, wie mit der Interessenausweitung des Herrschers auch der Reiseraum seiner Untertanen größer wurde: Ludwig XIV. sandte seit 1669 geeignete junge Leute zum Sprachenlernen und zur Begegnung mit der handels- und militärpolitisch wichtigen Levante in die Klöster Smyrnas und Konstantinopels. Nach Ludwigs Tod finanzierte die Académie politique regelmäßig für junge Leute guter Herkunft Auslandsreisen, um dann unter diesen Anwärter für Ministerialbeamte und Diplomaten aussuchen zu können. Häufig wurde die Ecole de droit public der Universität Straßburg erste Etappe der Reise.

Wir sind am stärksten an der Frage der deutschen Reisen interessiert und zugleich über deutsche Italienreisen am genauesten durch Spezialforschungen unterrichtet. Es handelt sich nicht allein um die den Deutschen — auch in der eigenen Heimat — so häufig vorgeworfene „Anbetung alles Fremdländischen“, wenn seit dem 16. Jahrhundert in den vornehmen Kreisen Deutschlands die Sitte immer mehr um sich griff, die Söhne zur Erweiterung und zum Abschluß ihrer Erziehung und Bildung ins Ausland zu senden.

Diese Tendenz, die eben mehr als nur eine Mode war, wird man doch wohl in Verbindung mit der außerordentlichen „Umwälzung in der Bildungssphäre der Höfe“ sehen müssen, die seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts deutlich zu beobachten war. Schon vor etwa 70 Jahren, als man sich also

mit der politischen Gegenwartsbedeutung von Auslandsreisen kaum beschäftigte, hat Eduard Heyck im Zusammenhang mit der Reise der Markgrafen Ferdinand Maximilian und Wilhelm Christoph von Baden-Baden in den Jahren 1644 bis 1646 geschrieben: „Der Regent wünscht und fordert nunmehr, in allem der erste zu sein, und hat das Bedürfnis und Bestreben, es sein zu können. Er will nicht allein der einzige Gebieter, er will auch als Gesetzgeber der erste Theologe, der erste Jurist seines Hofes sein. So ist es die fürstliche Erziehung, die an Bedeutung gewinnt, die notwendig eine treffliche und allgemeine, die zur Wissenschaft und systematischen Methode wird. Würden wir den maßgebenden Einfluß dieses Gedankens sonst nicht erkennen, die reiche Literatur würde für ihn zeugen, die er hervorgebracht.“ Gewiß hat gegen Ende des 17. Jahrhunderts Philander von der Linde gespottet: „Ein aufgeweckter Geist muß London und Paris, Rom, Amsterdam, Madrid und andere mehr besucht haben.“ Aber das waren in der Tat eben die Zentren des politischen, des wirtschaftlichen, des kulturellen und des religiösen Lebens, die Orte, in denen man höfische Sitte und die Form eines gehobenen Lebens erwerben konnte oder erwerben zu können hoffte, wie deutsche Städte sie damals nicht zu bieten vermochten. Die Kavaliereisen liefen ja eben doch keineswegs in der Hauptsache nur auf vornehme Vergnügungen und verfeinerten Müßiggang hinaus. Beschäftigt man sich mit der eindrucksvoll langen Liste von Memoiren und Reisebeschreibungen des 17. Jahrhunderts, so fällt sehr bald ins Auge, wie in den Zeiten territorialstaatlicher Enge, Armut und Streitigkeiten in der Heimat der Sinn für die Weite der Welt, für die Bedeutung der antiken Tradition wie für die Werte der überseeischen Entdeckungen allein auf solchen Reisen und nicht irgendwo im partikularistisch zersplitterten Deutschland selbst entwickelt werden konnte. Nur in den Niederlanden, etwa in Amsterdam, konnte der spätere Große Kurfürst von Brandenburg, konnte Peter der Große, konnten so viele andere modernen Handels- und Wirtschaftsgeist, Reichtum in Verbindung mit Sparsamkeit, bürgerliche Würde auf der Grundlage strenger Frömmigkeit kennenlernen. Und es besteht wohl kaum ein Zweifel, daß durch die Aufenthalte in Paris die deutsche Kultur alles in allem bereichert wurde. Ist von den jungen Fürstensöhnen in Rom und Venedig nicht mehr gewonnen worden als nur Tanzkunst und Krankheit — nämlich die Fähigkeit, historische Größe zu empfinden, die Macht des Papsttums, aber auch die Glaubenskraft der Katholiken einzuschätzen oder auch aus den Trümmern antiken Lebens Maßstäbe für die eigene Zukunft, Vorbilder und Wegweiser zu gewinnen?

Weit mehr als junge Engländer bedurften junge Deutsche im 17. und 18. Jahrhundert solcher Ein-



drücke im weiten Europa. Und mancher fürstliche Vater hat einsichtsvoll und opferwillig erhebliche Kosten für diese gewissermaßen abschließenden Erziehungsjahre seiner Söhne auf sich genommen. Seit dem 16. Jahrhundert war die Welt über Europa hinausgewachsen, ohne daß Deutschland an dieser Expansion teilgehabt hatte. Wo hätte nun der deutsche Fürst, hätte man in Deutschland überhaupt wohl Kenntnisse über Asien und Amerika gewinnen können, wenn nicht aus Italien, Frankreich, den Niederlanden, England und Spanien? Noch immer war Italien im 17. Jahrhundert ein äußerst wichtiges Transitland für Kunst und Wissenschaft aus dem Orient nach Europa. Gewiß war der Strom schmäler geworden, doch war er nicht versiegt. Ja, im Bereich der katholischen Mission wurde er unzweifelhaft mächtiger. Die Bedeutung der katholischen Geistlichkeit in China für die europäische Chinoiserie im allgemeinsten Sinn, für die Literatur und den Physiokratismus in Europa wird selten in ihrem ganzen Werte gewürdigt. In Rom stießen doch immerhin einige Reisende in diese Bereiche vor. Das waren Austauschwirkungen, wie man sie sich in einem größeren Umfang und der Zeit kaum vorstellen und für Gegenwart und Zukunft kaum erheblicher wünschen konnte. Die Bedeutung Amsterdams und der Niederlande überhaupt so wie die von Paris in diesen Fragen braucht nicht ausdrücklich hervorgehoben zu werden. Jedes Schiff aus Batavia, Kanton oder Deshima (Nagasaki) brachte außer Seide, Porzellan und vielen anderen fernöstlichen Dingen Szenen aus dem ostasiatischen Leben und schließlich auch Menschen zurück in die Heimat: Kaulleute, Beamte, Seeleute, Soldaten, die dieses Leben für längere oder kürzere Zeit kennengelernt und nun weitervermittelten, was sie dort aufgenommen hatten. Der Maßstäbe setzende, den Geschmack verfeinernde, Wohnweise und Philosophie gleichermaßen erfassende Einfluß des Fernöstlichen ist auch durch die Schicht der reisenden jungen Kavaliere gewissermaßen in einer zweiten Etappe in vielen Abwandlungen und naturgemäß auch über Entstellungen und Mißverständnisse zu einem deutschen wie zu einem westeuropäischen Kulturelement geworden.

In einem viel weiteren Bereich, der hier im einzelnen nicht behandelt werden kann, sondern nur angeführt werden darf, verliefen naturgemäß die Reisen der großen Gelehrten. Erinnert sei nur an Thomas Morus, an Erasmus, an Leibniz schließlich, die mit jeder ihrer Reisen nicht nur allgemeines Kulturgut, sondern Wissenschaft im breitesten und tiefsten Sinne mit sich trugen und über Europa verbreiteten, wissenschaftliche Diskussionen anregten und über die Jahrhunderte hinweg Nachwirkungen hinterlassen haben. Wie wollte man mit wenigen Sätzen darstellen, was Descartes' oder Grotius' Rei-

sen für die europäische Wissenschaft bedeutet haben? Doch wird man niemals übersehen dürfen, daß beides, Individual- und Gruppenreisen, nötig waren, um die Wirkungen zu erzielen, die wir beobachten können.

#### *Ein Beispiel für die politischen Auswirkungen von Auslandsreisen im 18. Jahrhundert*

Zu Beginn der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts kam es in England nicht nur zur sogenannten industriellen Revolution, sondern auch zu Neuerungen innerhalb der Landwirtschaft, die durchaus als eine landwirtschaftliche Revolution bezeichnet werden können. Auf den französischen, noch immer sehr stark auf dem Lande sesshaften und als Grundherr an den Erträgen der Landwirtschaft interessierten Adel übte dieser agrarische Aufstieg Englands mit seinen finanziellen Folgen einen erheblichen Anreiz aus. Plötzlich lohnte es sich nicht nur für junge Engländer, Paris zu besuchen, sondern auch für den französischen Adel, die englische Landwirtschaft etwas näher zu betrachten.

So kam es seit etwa 1750 in verhältnismäßig kurzer Zeit zu zahlreichen Reisen französischer Grundherren nach England, die dort zunächst einmal kaum mehr als Ackerbau und Viehzucht auf der höheren Ebene kennenlernen wollten. Sehr bald ergab sich jedoch — und der Historiker kann diesen Prozeß im einzelnen gut verfolgen —, daß die Reisenden weit mehr aufnahmen als nur das Agromomische. Sie erhielten nollens volens Einblicke in Englands Literatur, in seine Regierungsweise, in seine politische Philosophie. So gerieten sie in Berührung mit dem englischen Leben ihrer Zeit und hatten festzustellen, daß dieses weit anders und auf jeden Fall sehr viel liberaler verlief, als sie es in der Heimat gewohnt waren.kehrten sie dann dorthin zurück, so trafen sie in Paris wiederum nicht nur Männer wie Adam Smith, der mit seiner Befürwortung des freien Austausches auf dem Weltmarkte etwas ganz Neues, Ungewöhnliches und Reizvolles vertrat, sondern auch Männer wie Arthur Young, — diesen allerdings einige Jahrzehnte später —, der ihnen nun die neuesten landwirtschaftlichen Erkenntnisse auf der Ebene der vergleichenden Betrachtung direkt nach Frankreich brachte. Das alles waren fortschrittliche, liberale Einflüsse, deren Wirkung man sich kaum tief genug vorstellen kann. Sie reichten zugleich bemerkenswert weit in die Breite. Den politisch-weltanschaulichen Höhepunkt dieses wechselnden Verhältnisses zwischen Frankreich und England bildete der starke britische Einfluß auf die französischen Reformminister zwischen 1750 und 1789, auf Maurepas, Trudaine und Turgot, auf die energischen Bemühungen der französischen Regierung, unmittelbar und offiziell Informationen über den Stand der englischen Landwirtschaft zu erhalten,

um die französische zu verbessern. Das bedeutete, daß man über die Reform der Landwirtschaft, des Grundgewerbes Frankreichs, das gerade eben von den Physiokraten so stark in den Vordergrund geschoben worden war, noch einmal den Versuch machen wollte, die zur Revolution drängende Entwicklung in Frankreich aufzuhalten und hineinzuleiten in die Kanäle eines Prozesses, dessen Ergebnisse man unmittelbar vor der Küste im englischen Wohlstand beobachten konnte. Aus der individuellen Bildungsreise des 16. und 17. Jahrhunderts wurde hier in Frankreich in der zweiten Hälfte des 18. auf dem labilen Höhepunkt des Ancien Régime und angesichts von dessen offenbaren Schwächen die Informationsreise, die ihrerseits zum wirtschaftlich-politischen Element, zum sozialen Faktor in der Krisis einer Großmacht wurde.

Ein erheblicher Teil der Tätigkeit und der Erfolge der Reformer beruhte auf der intensiven Arbeit der zahlreichen Akademien und wissenschaftlichen Societäten in der französischen Provinz, die gerade durch den wenn auch nicht geplanten, so doch erreichten Austausch von englischen Besuchern und französischen Reisenden ihren an sich schon starken Reformeifer ständig intensivierten und erneuerten. Dabei handelt es sich nicht nur allein um die oberste Schicht der großen Akademien, so wenig wie man bei den Reisenden ausschließlich an den Hoch- und höchsten Hofadel denken darf, sondern um die zahlreichen kleineren Institutionen, die in Frankreich zwischen etwa 1750 und 1789 in der Provinz vielfach gegründet wurden und die nicht zuletzt von den Anregungen aus England lebten. Durch sie wurde der französische Adel, auch der in der Provinz, immer wieder mit den Berichten von Reisenden beider Länder bekanntgemacht, zum politisch-sozialen Nachdenken, zum reformerischen Protest angeregt; vornehmlich naturgemäß in Nordfrankreich, wo der englische Einfluß am häufigsten auftrat, am auffälligsten jedoch ohne Zweifel im Zentrum, nämlich in Versailles, wo die Einflüsse von allen Seiten aufeinanderstießen, einander steigerten und zu einem lebhaften Austausch politischer Ideen aus der Heimat wie aus dem Auslande anregten.

#### *Das Wesen der „gelenkten“ Auslandsreisen im 17. und 18. Jahrhundert*

Versuchen wir an dieser Stelle noch einmal festzuhalten, was für unsere speziellen Zwecke wichtig erscheint. Zunächst: die Reisen des 17. und 18. Jahrhunderts waren „gelenkte“ Reisen. Sehr genau wußte man, was die jungen Menschen, die nach Frankreich, Italien und Spanien zogen, lernen sollten und zu welchen Zwecken sie die Reise unternahmen: nämlich zur Vorbereitung auf ihren späteren Beruf. Zwar wurde die Lenkung nicht von irgendeiner Behörde vorgenommen, aber von einer nicht weniger

einflußreichen Gesellschaftsschicht, die in sich geschlossen war und genau wußte, was sie wollte: regieren oder ihren Einfluß auf die Regierung des Staates nicht verlieren, sondern eher steigern. Unbewußt handelte es sich darüber hinaus um die Erhaltung einer gleichmäßigen Führungsschicht über ganz Europa hin, letzten Endes um die Bewahrung des ritterlich-adligen Herrschaftskomplexes, der seit dem Mittelalter aufgebaut worden war, und um den dazugehörigen Menschentyp, der sein Ideal im Cortegiano des 16. Jahrhunderts, im Honnête Homme des 17. und immer stärker im Gentleman des 17. und 18. Jahrhunderts erblickte. Daß dabei eine Auswahl der Teilnehmer stattfand, steht außer Frage, wenn sie auch nicht sichtbar vorgenommen wurde. Sie fand zunächst einmal vor der Abreise statt, d. h. also, bevor die aussichtsreichsten Söhne der Familien, die in Frage kamen, ins Ausland geschickt wurden; sodann während der Reise selbst etwa über die Berichte, die von den Gesandtschaften im Auslande nach der Heimat zurückgeschickt wurden. Das heißt also, in gewisser Weise wählten die Diplomaten sich selbst ihren Nachwuchs aus. Ziel der gelenkten Auslandsreisen war auch im 17. und 18. Jahrhundert die internationale Begegnung, der unmittelbare Kontakt mit bestimmten Menschen, Menschengruppen und — unter Umständen — Kulturgütern in einem fremden Lande. Ueber die Länge des Austausches ist nicht mehr zu erwähnen, als daß er sich von wenigen Monaten bis auf mehrere Jahre ausdehnen konnte, wenn man das Ganze der Reise betrachtet. Im allgemeinen wird man sagen können, daß es sich um ein bis zwei, höchstens um drei Jahre handelte. Der Aufenthalt am einzelnen Ort, etwa in Paris oder in Rom, hat gewöhnlich einige Monate nicht überschritten. Ja, man wird den Verdacht äußern können, daß ein junger Mann, der sich über Jahre hin in Rom aufhielt, eher zum Vertrödeln seiner Zeit und zum Abschweifen von seiner eigentlichen Aufgabe neigte.

Das soziale Milieu, aus dem der junge Reisende kam und in das er zurückkehrte, entsprach gewöhnlich dem, das er besuchte. Dabei bestand grundsätzlich keine Feindschaft gegen die führenden Schichten des Auslandes — ohne Rücksicht darauf, daß es gelegentlich zu Kriegen mit dem Lande kam, dessen Hof man etwa besuchte. Auslandserfahrungen wurden hoch geschätzt, sie gehörten ja gewissermaßen zur Ausbildung schlechthin. Man fühlte sich als Mitglied einer internationalen Elite, die in großer Breite kennenzulernen notwendig war. Im allgemeinen reiste man nicht in größeren Gruppen, sondern allein, zu zweit oder zu dritt — selbstverständlich mit Tutor und gewöhnlich mit einem entsprechenden Stabe von Domestiken und Kutschern. Man wird sagen können, daß die Erfolgchancen der Auslandsreisenden im sozialen und beruflichen Leben seiner Heimat durch die Reise stiegen. Natürlich blieben



sie auch weiterhin abhängig von den Familien und Ständen und den Zusammenhängen, in denen Familie und Sippe in der Heimat lebten. Dagegen war mit der Auslandsreise die Gefahr eines sozialen und beruflichen Abstieges oder Prestigeverlustes kaum je verbunden — es sei denn, daß man sich mit der „falschen“ Konfession allzu nahe eingelassen hatte. Der soziale Bewegungsraum des Reisenden war im allgemeinen eng. Man lernte kennen, was man in der Heimat kannte: also das soziale Vis-à-vis. Vorstöße in den dritten Stand, in das Bauerntum, in das Proletariat kamen nur selten vor; erkenntlich wird dieser Umstand etwa daran, daß auch die meisten Reisenden, die in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts Frankreich besuchten, kaum eine Ahnung davon verspürten, wie es unter der Decke der führenden Oberschicht zu gären begann. Die Zugehörigkeit zu einer religiösen Gruppe spielte eine erhebliche Rolle: im allgemeinen besuchte der Protestant den Protestanten, der Katholik den Katholiken. Dagegen scheinen Rasse und Nation kaum eine Bedeutung gehabt zu haben. Das „soziale Kapital“ der Reisenden dürfte schwer allgemein zu beurteilen sein. Gewöhnlich waren die jungen Reisenden Mitglieder der sogenannten alten und berühmten Familien; doch gab es selbstverständlich auch solche aus sozial aufsteigenden und absteigenden Kreisen.

Eine Vorbereitung der Reisen im modernen Sinne hat nicht stattgefunden; dagegen wird man sagen können, daß sie unter anderen Gesichtspunkten und von einer anderen Seite her weit gründlicher betrieben worden ist, als uns das heute möglich wäre, indem nämlich eine solche Reise selbstverständlich war und Jahre im voraus über sie gesprochen worden sein dürfte. Man wußte, wohin man reisen, was man dort sehen, was man von dorthier mitbringen wollte. Die Nachwirkung derartiger Reisen ist so evident, daß über sie nicht viel gesagt zu werden braucht. Sie hat im allgemeinen ein Leben lang angehalten und sich ausgewirkt auf die Haltung der Höfe wie der Völker zueinander: Man wird kaum übertreiben, wenn man behauptet, daß das enge Verhältnis Englands zu Frankreich im kulturellen und menschlichen Bereich nicht zuletzt auf der Häufigkeit der Reisen hin und her beruht hat und noch heute beruht.

Der Kreis der Reisenden war im Verhältnis klein. Es handelte sich zunächst nur um eine schmale Schicht von Menschen, die überhaupt für eine solche Reise in Frage kamen, sodann wiederum aus dieser Schicht im allgemeinen nur um die jüngeren. Streben wir heute bewußt nach der Bildung eines europäischen Bewußtseins, so ist das selbstverständlich im 18. Jahrhundert nicht geschehen, in gewisser Weise jedoch unbeabsichtigt erreicht worden, indem die kleine Gruppe der Regierenden und Mitregierenden durch diese Reise in ständigem Kontakt und Austausch

untereinander gehalten wurde, so daß das Gefühl des Einsseins und der Gemeinschaft bis zum Zusammenbruch der Herrschafts- und Lebensform und selbst darüber hinaus lebendig geblieben ist.

#### *Im Zeitalter Cooks und Baedekers*

Mit dem Abschnitt, der zwischen der Französischen Revolution von 1789 und den Reformen liegt, die sich in Deutschland seit der Niederlage von 1806 abspielten, beginnt eine neue Epoche nicht nur in der europäischen Gesellschaftsgeschichte, sondern auch in der Geschichte der Auslandsreisen. In dem Maße, in dem in Westeuropa der Dritte Stand politisch, sozial und wirtschaftlich aufstieg, trat er auch in der Geschichte des Reisens in den Vordergrund. Daß bereits Vater Goethe im Jahre 1740 von Venedig aus im Rahmen eines Reisebüros, das einem Perückenmacher gehörte, eine etwa drei Wochen dauernde Reise durchgeführt hat und mit ihr sehr unzufrieden gewesen ist, mag noch als ein Kuriosum betrachtet werden, war aber doch wohl schon mehr. Denn wer reiste mit einem solchen Unternehmen? Doch nicht der junge Adelige auf der Grand Tour, sondern der unabhängige und nach Bequemlichkeit, aber auch nach Führung durch Ortskundige suchende Bürgersmann. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hat dann ein anderer Italiener namens Galignani in Paris ein Reisebüro gegründet, von dessen Geschichte noch nicht viel, aber doch genug bekannt ist, um zu erkennen, daß es sich in einer neuen Zeit an eine neue Gesellschaft wandte. Erst einige Jahrzehnte später trat Thomas Cook in Erscheinung, der Mann, dessen Name zu einem Symbol für das Reisen des Dritten Standes, zunächst des gehobenen und später immer mehr des mittleren Bürgertums geworden ist. Cooks Reiseorganisation ist aufgestiegen von Gesellschaftsreisen innerhalb Englands über den organisierten Besuch der Weltausstellungen von 1851 und 1855 zur europäischen Kontinent-, zur Ägypten- und Amerikareise. Cook hatte eine sehr lebhaftere Vorstellung von der Zusammengehörigkeit von Dampfkraft, Eisenbahn und Bürgertum. „We must have railways for the millions“ war eines seiner Lieblingsworte, wie andererseits seine Pläne und Hoffnungen auf der allgemein wachsenden Prosperität des Bürgertums beruhten. Nicht mehr nur die Reichsten, sondern alle, mit Ausnahme der Aermsten, waren nun instande zu reisen, bedurften dazu jedoch der Hilfestellung, die Cook ihnen zu bieten bereit war, der Tutor des 19. Jahrhunderts. Er erkannte die Eisenbahn in ihrer sozialen Bedeutung wie wenig andere. Seine Ausflugsfahrten basierten von Anfang an auf einer Auffassung, die etwa der Bentham's entsprach: der größte Vorteil für die größte Menge zu dem niedrigsten Preise. So führten denn Cook selbst und später seine zahlreichen Angestellten den reisenden Mittelstand durch das Ausland und trugen dafür

Sorge, daß er für sein Geld soviel wie möglich und soviel wie erwartet und versprochen sehen konnte. Die Tage der Grand Tour waren vorbei — und mit ihnen ihre Bildungs- und Gesellschaftsformen und -ziele. Man wird die zugrunde liegenden Zusammenhänge kaum übertreiben, wenn man sich erinnert, daß ja auch das Schul- und Hochschulwesen in jener Zeit tiefgreifende Wandlungen erlebte. Sehen wir ab von der Entwicklung der Universität in Berlin — es bleiben gerade in Cooks Heimatland die Zeichen der Gründung der ersten Red-Brick-University in London und die Anfänge der Universität Manchester mit Bildungs- und Ausbildungszielen, die aufs Haar den Zielen der Mittelstandsreisen entsprachen, wie Cook sie plante und leitete — in Jahrzehnten, die nicht nur den Aufstieg des reichen Unternehmerbürgertums über den Großadel, sondern auch den der städtischen Bevölkerung zur Majorität über die Landbevölkerung erlebten. Man wird sagen dürfen, daß Cook zur Emanzipation dieser Städte von der Lebensphilosophie des Bauern erheblich beigetragen, daß er den Gesichts- und Erfahrungskreis jener Menschen erweiterte und damit die „politische Bildung“ dieser Schicht erheblich beeinflusst hat, die seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts, deutlich sichtbar in England seit 1832, Schritt für Schritt in den Bereich der politischen Entscheidung eintrat.

Was für Cook zutraf, gilt genau so, wenn auch in geringerem Umfange, für die nun schnell aufstrebenden Reisebüros auf dem Kontinent. Aber naturgemäß reichten Cooks Wirkungen im britischen Weltreich weiter, als es ähnlichen Einrichtungen in Frankreich und Deutschland möglich war. Cook hat später Aegypten der reichen Schicht der Vergnügungsreisenden erschlossen und den Reiseverkehr nach und von Indien organisiert, um — mit entschiedener Zustimmung der britischen Behörden — menschliche und politische Beziehungen zwischen Mutterinsel und Kolonien zu verdichten.

Sprechen wir von dem Reisebüro, so darf man zugleich auch nicht das Reisehandbuch übersehen. Symbol für diesen „Führer“, der dem Bürgertum das bieten sollte, was entsprechende Bücher im 17. und 18. Jahrhundert dem jungen Mann auf der Grand Tour geboten hatten, ist gewissermaßen Baedekers Name. Karl Baedeker wurde 1801 in Essen geboren als Sohn eines Verlegers. Mit 26 Jahren gab er in Koblenz den ersten Band seiner nun klassisch gewordenen Reisehandbücher heraus: einen Führer durch das Rheinland. Auch für Baedeker steht nicht mehr die Bildung im Rahmen eines Standes, die Vorbildung auf einen Beruf, die Erziehungsarbeit im Bereich einer regierenden Schicht im Vordergrund, sondern die Besichtigung, das sight-seeing, das von ihm als eine kultivierte Beschäftigung des Bürgertums betrachtet wird. Baedeker starb im

Jahre 1859, sein Sohn führte jedoch das Werk fort, und man wird sagen können, daß die goldene Zeit des „Baedekers“ etwa in dem Jahrzehnt zwischen 1897 und 1909 gelegen hat, nachdem 1857 der nun schon gewaltig angewachsene Verlag nach Leipzig übersiedelt war. „Baedeker“ gab seinem Reisenden nicht nur an, wo, an welcher Stelle und zu welcher Stunde er den schönsten Ausblick auf einen Fluß, auf ein Tal oder einen Berg hatte, er deutete nicht nur durch einen, zwei oder drei Sterne an, welches Kunstwerk am sehenswertesten, am berühmtesten war, was den Bildungslücken der Massenreisenden entschieden und auf eine sehr höfliche Art entgegenkam. Er unterrichtete ihn auch in einleitenden Kapiteln genau über Eisenbahn- und Hotelverhältnisse, über Währungsvergleiche und Gewichte, schließlich über Sitten und Gebräuche, über Umgangsformen und die Unterhaltungsweise der „Eingeborenen“, so daß der unsichere, mißtrauische, Werte für sein Geld fordernde, der ausländischen Polizei besonders durch geringe Sprachkenntnisse sich ausgesetzt führende Reisende des mittleren Bürgertums mit dem „Baedeker“ in der Hand das Gefühl der Sicherheit entwickeln konnte, das dem Adel des 17. und 18. Jahrhunderts, der gewissermaßen unter sich reiste, ganz selbstverständlich gewesen war. Wie Cook und die anderen Reisebüros mit Eisenbahn und Dampfschiff die Welt des bürgerlichen Reisenden dem Vergnügungs- und Bildungsreisenden des Dritten Standes erschlossen, so tat es zugleich Baedekers Handbuch, das es sehr bald nicht nur für alle europäischen Länder, sondern ebenso für Syrien, Kanada und die Vereinigten Staaten von Amerika, für Mexiko, für Kuba und Puerto Rico gab.

In Deutschland nahm die Stelle Cooks gewissermaßen das im Jahre 1863 in Aktion getretene, 1868 offiziell gegründete Reisebüro von Louis und Karl Stangen ein. Ueber diese Institution hieß es im Brockhaus des Jahres 1903, daß es „sich zur Aufgabe macht, Schwierigkeiten, die sich dem Reisenden namentlich im internationalen Verkehr entgegenstellen, zu beseitigen und dadurch das Reisen in fernen Ländern zu erleichtern“. Bis zum Jahre 1902 hatte Stangen bereits 880 Reisen mit 18 600 Personen nach außerdeutschen Ländern durchgeführt: deutlich zeichnete sich das Quantitative der neuen Art zu reisen ab. In der Massen-Gesellschaft reiste um 1900 bereits der Massen-Mensch mit Baedekers Reiseführer in der Hand. So sehr, daß die Hamburg-Amerika-Paketfahrt A.G. im Frühjahr 1891 beginnen konnte, mit einem ihrer Schnelldampfer sechswöchige Orientfahrten durchzuführen, und seit 1894 auch dreiwöchige Nordkap-Spitzbergen-Fahrten unternahm. Anfang 1901 wurde ein Schiff ausschließlich für „Vergnügungsfahrten nach allen Weltteilen“, 1904 ein anderes für „billige Vergnügungsfahrten“ in Dienst gestellt.



*Ausblick*

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert war damit der Weg im ganzen vorgezeichnet: der größeren Gesellschaft folgte die immer größere Reisegesellschaft. Schließlich erkannten nicht nur Cook und andere Reisebüro-Besitzer die Möglichkeit zur politischen Bildung auf solchen Reisen, sondern auch Politiker und Staatsmänner.

Für uns ist es nötig, noch einmal zurückzublicken und zusammenzufassen: Das Bürgertum, das seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert mit seiner Art des Reisens in den Vordergrund trat und den Grand Tour immer mehr verdrängte, war bei weitem weniger geschlossen als seine Ahnen. Es hatte nicht die Absicht zu regieren, sondern wenn ihm ein Zug gemeinsam war, so eher der des Geldverdienen-Wollens. Es hatte keine so klar definierbaren und deutlich hervortretenden Gruppeninteressen wie der Adel, sondern sein Kennzeichen war es gerade, daß das Individuum und damit die individuelle Interessenrichtung weit stärker als das Gemeinsame seiner Gruppe hervortrat. Die Altersbreite der Reisenden war weit größer, als wir sie beim Adel beobachtet haben; ebenso waren die Bildungsunterschiede erheblich größer als bei den Reisenden im 17. und 18. Jahrhundert. Obgleich wir vom Bürgertum sprechen, war doch auch die soziale Herkunft entschieden vielfältiger und das Milieu, aus dem die Reisenden kamen, längst nicht so einheitlich wie beim Adel. Sie kamen von Stadt und Land, aus Industrie, Handel, Beamtentum usw., aus einer viel komplexeren Umgebung, aus einem sehr viel bunteren Milieu, als die jungen Adligen im 18. Jahrhundert. Und selbst in religiöser Beziehung waren die Kreise der Herkunft zahlreicher, indem nun zumindest das jüdische Element eine Rolle spielte, was im 18. Jahrhundert nicht der Fall gewesen war. Im ganzen war also die Gesellschaft, aus der die Masse der Reisenden im 19. und 20. Jahrhundert sich rekrutierte, weniger stabil, weniger einheitlich, weniger in sich geschlossen. Das bedeutet, daß die Vorbereitung auf die Reise und die Erwartungen, mit denen man an diese heranging, sehr viel uneinheitlicher und daß auch die Nachwirkungen sehr viel verschiedener waren

und etwa von der Steigerung des Nationalen zum Nationalistischen einerseits bis zur Ablehnung des Vaterländischen andererseits reichten. Beides hatte es im 17. und 18. Jahrhundert nicht oder doch mindestens nicht in diesen überspitzten Formen gegeben.

Bis in die Zeiten der Diktaturen nach dem Ersten Weltkrieg gab es im eigentlichen Sinne keine Reise-„Politiker“, falls man nicht etwa die Organisation von Austauschreisen von Gelehrten zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika in diesen Bereich hineinziehen will. Danach aber geriet, wie bereits angedeutet, auch das Reisen in den Sog der Politik. Reisen mit dem Druck der politischen Macht zu organisieren, war nicht schwer, ihr Ergebnis, vom Staate her gesehen, durchaus unbefriedigend. Der moderne „Reisepolitiker“ steht vor Problemen, die viel schwieriger liegen und größer sind als je zuvor. Der Historiker kann zu diesen Schwierigkeiten nur Erfahrungen aus der Vergangenheit zur Verfügung stellen und in gewisser Weise aufbereiten. Sie zeigen, daß die Gesellschaft, mit der wir es zu tun haben und die die Politiker zu formen wünschen, viel komplexer, mißtrauischer und individueller geworden ist, als sie im 17., 18. oder 19. Jahrhundert war. Das bedeutet, daß der Politiker sich viel stärker mit dem einzelnen beschäftigen muß als früher, um durch die Lenkung von Auslandsreisen bestimmte Bildungs- und Erziehungsabsichten zu verwirklichen. Es ist heute viel schwieriger als vor hundert Jahren, bestimmte gewünschte Wirkungen zu erzielen, und noch schwieriger ist es, die Nachwirkungen von Lenkungsmaßnahmen eindeutig festzustellen. Der Historiker, der verschiedene Formen des abendländischen oder europäischen Bewußtseins im Bereich der Kirche des Mittelalters, des Rittertums und Adels vom Mittelalter bis zur Neuzeit jeweils in Verbindung mit großen A u f g a b e n hat beobachten können, wird sich überhaupt fragen, ob das nicht der richtigere Weg zur Entwicklung eines europäischen Bewußtseins in unserer gegenwärtigen Gesellschaft sein dürfte. Bei der gemeinsamen Arbeit werden wir — wenn überhaupt — Europäer, nicht bei der Formulierung eindrucksvoller Bezeichnungen und bei deren häufigen Gebrauch. So viel vermag die Geschichte immerhin zu lehren.

*Bibliographische Anmerkung:* Die historische Reiseliteratur ist sehr umfangreich. Die soziologisch-politische Aufbereitungsarbeit an ihr ist bisher kaum begonnen worden. Ich nenne zu dieser Aufgabe als Neuestes und bisher Bestes: John Walter Stoye: „English Travellers Abroad 1604–1667“, London, 452 S.; vgl. auch Wilhelm Treue: „Zum Thema der Auslandsreisen im 17. Jahrhundert“ (Archiv für Kulturgeschichte XXXV/1953, Heft 2) und derselbe: „Zum Thema der Auslandsreisen im 18. und 19. Jahrhundert“ (ebenda, Heft 4); dort auch weitere Literatur. Ueber Pilger als Träger religiösen und kulturellen Austausches zwischen Orient und Okzident in der Antike und frühchristlichen Zeit vgl. Bernhard Kötting:

„Perigrinatio religiosa“, Münster 1950. Ueber das Ideal des Honnête Homme vgl. Carl Burckhardt: „Gestalten und Mächte“, Zürich 1941; zum ganzen Thema im 17. und 18. Jahrhundert überhaupt wichtig und anregend die beiden Bücher von Paul Hazard: „Die Krise des europäischen Geistes 1680–1715“, Hamburg 1939, und „Die Herrschaft der Vernunft“, Hamburg 1949. Erhebliche Anregungen und vorzügliche Gesichtspunkte verdanke ich der Einleitung zu den „Vorberichten zur Arbeitstagung ‚Austausch im Dienste der Bildung eines europäischen Bewußtseins‘ am 4. und 5. Dezember 1953“ (Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt/Main, 1953).

# Die britischen Gewerkschaften als politische Organisationen

Von Heinrich Klebes

Nicht nur in Deutschland ist in den vergangenen Jahren die Diskussion um die Stellung der Gewerkschaften im Staate immer mehr in den Vordergrund gerückt. In allen Industrieländern sind die organisierten Arbeitnehmer zu einer Macht geworden, die sich nicht nur in der Wirtschaft, sondern auf allen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens fühlbar machten. Das Problematische dieser Entwicklung, mag man sie nun gut oder schlecht heißen, liegt in der Frage, welche Stellung diese neue Macht neben den Organen des parlamentarischen Regierungssystems einnehmen soll.

Ist die direkte politische Betätigung der Gewerkschaften — als Vertreter von Gruppeninteressen und nicht als politische Partei — mit den grundlegenden Spielregeln der parlamentarischen Demokratie vereinbar? Entsteht hier nicht ein Widerspruch zwischen Elementen einer syndikalistischen Gesellschaftsordnung und dem auf der Bildung politischer Parteien beruhenden parlamentarischen System? Wird die Wirksamkeit dieses letzteren Systems nicht gefährdet, wenn organisierte Interessengruppen — gleich welcher Art — in der Lage sind, das Parlament unter Druck zu setzen?

Dies sind Fragen, mit denen man sich auseinanderzusetzen muß. Aufgabe der folgenden Ausführungen soll es sein, durch eine Darstellung des Standorts der englischen Gewerkschaften gegenüber Parteien und Parlament einen Beitrag zur Diskussion zu liefern.

Die englische Situation ist von der deutschen grundverschieden. In Deutschland hat man es sich nach 1945 zur Aufgabe gemacht, eine parteipolitisch neutrale Gewerkschaftsbewegung aufzubauen. Ob diese Bestrebungen schließlich zum Erfolg führen werden, ist aber, wie besonders die vergangenen Monate gezeigt haben, noch keineswegs sicher. Es fragt sich, ob die parteipolitische Neutralität überhaupt möglich ist. Es fragt sich ferner, ob sie nicht gerade die Tendenz, sich außerhalb des parlamentarischen Systems zu stellen, bestärkt und vielleicht sogar dazu zwingt.

In England sind die Gewerkschaften infolge einer anders verlaufenen historischen Entwicklung an eine politische Partei gebunden. Sie passen sich in das Parteiensystem ein und versuchen, ihre politischen Ziele auf dem Wege über das Parlament durchzusetzen. Der Streik als politisches Mittel hat in England heute nur noch wenige Anhänger.

## Struktur der britischen Gewerkschaftsbewegung

Die englische Gewerkschaftsbewegung ist nicht nach einem einheitlichen Plan aufgebaut. Es gibt keine einheitliche innere Struktur der einzelnen Gewerkschaften und kein einheitliches Organisationsprinzip. Die Gewerkschaften sehen so aus, wie sie zu verschiedenen Zeitpunkten an verschiedenen Orten emporgewachsen sind. Industriegewerkschaften, die alle Arbeitnehmer eines bestimmten Industriezweiges in ihre Reihen aufnehmen, Fachgewerkschaften, die Angehörige eines bestimmten Berufs in verschiedenen Industriezweigen organisieren, und „general workers unions“, die alle Arten von Arbeitnehmern umfassen, stehen nebeneinander<sup>1</sup>. Ende 1952 gab es im Vereinigten Königreich (Großbritannien und Nordirland) 690 autonome Gewerkschaften<sup>2</sup> (gegenüber den 16 Industriegewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft) mit über neunemillionen organisierter Arbeitnehmer. Ordnet man die Gewerkschaften nach der Zahl ihrer Mitglieder, so ergibt sich jedoch folgendes Bild: 66,9 vH aller Gewerkschafter

gehören 17 Gewerkschaften mit je über 100 000 Mitgliedern an. Weitere 11,8 vH sind in Gewerkschaften der Größenordnung zwischen 50 000 und 100 000 organisiert. Auf der anderen Seite befinden sich 0,1 vH aller organisierten Arbeitnehmer in 131 Gewerkschaften mit weniger als 100 Mitgliedern. Trotz der großen Zahl von Gewerkschaften finden wir also eine äußerst starke Konzentration der Mitglieder in wenigen großen Organisationen<sup>3</sup>.

Nur 183 Gewerkschaften sind dem britischen Gewerkschaftsbund (TUC) angeschlossen. Sie repräsentieren jedoch über 8 Millionen Mitglieder, d. h. rund 85 vH aller organisierten Arbeitnehmer<sup>4</sup>. Von den größeren Gewerkschaften sind lediglich die der Kommunalbeamten und der Lehrer nicht angegliedert. Die abseits stehenden sind unter sich nicht zusammengeschlossen und versuchen nicht, mit dem TUC in Wettbewerb zu treten. Es gibt keine christlichen, konservativen oder liberalen Gewerkschaften. Es gibt lediglich Zusammenschlüsse konservativer, liberaler



und katholischer Gewerkschafter außerhalb ihrer Gewerkschaften. Auch die Kommunisten sind nicht bestrebt, eine eigene Gewerkschaftsbewegung ins

Leben zu rufen, sondern versuchen, durch Infiltration in den bestehenden Organisationen den größtmöglichen Einfluß auszuüben<sup>5</sup>.

### Gewerkschaften und Labour Party

84 Gewerkschaften sind mit über fünf Millionen Mitgliedern der Labour Party angegliedert. Zum Verständnis dieser Situation muß man sich einige historische Tatsachen vor Augen halten. Die Labour Party ist entstanden als das politische Aktionsinstrument der Gewerkschaften. Auf Initiative des TUC gründete im Jahre 1900 ein Kongreß, bestehend aus Delegierten der Gewerkschaften, der Genossenschaften und einiger Gesellschaften sozialistischer Intellektueller (Fabian Society, Social Democratic Federation, Independent Labour Party) das Labour Representation Committee mit dem Ziel der Vertretung gewerkschaftlicher Interessen im Parlament. Im Jahre 1906 änderte es seinen Namen und nannte sich fortan Labour Party. Erst seit dem Jahre 1918 gibt es in der Partei eine individuelle Mitgliedschaft. Im gleichen Jahr nahm sie unter maßgeblichem Einfluß der Gesellschaft der Fabier, zu der u. a. das Ehepaar Webb und der Dichter George Bernard Shaw gehörten, ein Programm an, durch das sie formell zu einer sozialistischen Partei wurde. Aber — und das ist für das Verständnis der englischen Arbeiterbewegung ebenfalls sehr wesentlich — mit Ausnahme einzelner kleiner Gruppen waren und sind Gewerkschaften und Labour Party in England nicht marxistisch.

Die Gewerkschaften stellen der Partei heute rund vier Fünftel ihrer Mitglieder; entsprechend ist auch ihr Anteil an der Führung und Willensbildung der Partei. Die Labour Party ist konstitutionell eine Föderation von Gewerkschaften, Genossenschaften, sozialistischen Gesellschaften und Wahlkreisparteien. In den letzteren sind die sogenannten individuellen Mitglieder organisiert. Alle diese Organisationen sind berechtigt, für je 5000 ihrer Mitglieder einen Delegierten zum obersten Organ der Partei, der jährlichen Parteikonferenz, zu entsenden. Zwar schicken die großen Gewerkschaften nicht die volle Zahl der ihnen zustehenden Delegierten; aber dadurch wird ihre Stellung auf der Parteikonferenz nicht geschwächt. Alle wesentlichen Fragen, und insbesondere die zukünftige Parteipolitik, werden mittels der „card vote“ entschieden: jede angegliederte Organisation erhält eine Stimmkarte für je 1000 Mitglieder, ungeachtet der Zahl der entsandten Delegierten. Demnach war das Stimmenverhältnis 1953 wie folgt:

Gewerkschaften . . . . .	5 086 000	Stimmen
Sozialistische Gesellschaften . .	10 000	„
Genossenschaften . . . . .	14 000	„
Wahlkreisparteien . . . . .	1 307 000	„
	6 417 000	Stimmen

Diese Zahlen zeigen die gewaltige Uebermacht des gewerkschaftlichen Flügels gegenüber den in den Wahlkreisparteien organisierten individuellen Mitgliedern. Darüber hinaus aber bedeutet die starke Konzentration der Gewerkschaftsmitglieder auf wenige große Gewerkschaften, daß die politischen Entscheidungen der Konferenz unter Umständen in der einen oder anderen Richtung gelenkt werden können, sofern sich nur die Führer einiger weniger großer Gewerkschaften zusammenfinden. Ebenso eindeutig ist die gewerkschaftliche Uebermacht im Parteivorstand. Das „National Executive Committee“ besteht aus 28 Mitgliedern. Zwölf werden von den Gewerkschaften gestellt und sieben von den Wahlkreisparteien. Fünf weibliche Vorstandsmitglieder sowie der Schatzmeister der Partei werden von der Konferenz als Ganzes gewählt. Bei der bestehenden Stimmenverteilung bedeutet dies, daß nur solche Kandidaten damit rechnen können, gewählt zu werden, die dem gewerkschaftlichen Flügel genehm sind<sup>6</sup>.

Die Vormacht der Gewerkschaften wird von den Vertretern der Wahlkreisparteien keineswegs stillschweigend akzeptiert. Reibungen zwischen dem gewerkschaftlichen und dem rein politischen Flügel der Partei bestehen schon seit langem. Sie werden heute dadurch akzentuiert, daß die Mehrheit des gewerkschaftlichen Flügels nach rechts gerückt ist, während die Wahlkreisparteien in der Regel weiter links stehen. So werden zum Beispiel sechs von den sieben Sitzen der Wahlkreisparteien im Parteivorstand von Angehörigen der *Bevan*-Gruppe eingenommen.

Es ist eine interessante Erscheinung, daß gerade die großen „general workers unions“, das heißt diejenigen, die in erster Linie ungelernete Arbeiter organisieren (wie die Transport and General Workers Union) am stärksten nach rechts neigen. Dies mag zum Teil daran liegen, daß gerade die ungelerten Arbeiter in den Jahren nach 1945 die größten Fortschritte in der Erhöhung ihres Lebensstandards erzielen konnten. Ihre Löhne sind im Verhältnis weit mehr angestiegen als die der gelernten Arbeiter. Deshalb besteht in dieser Gruppe verhältnismäßig wenig Grund zur Unzufriedenheit. Die Hoffnung auf wirtschaftlichen Fortschritt durch Sozialisierung weiterer Industriezweige bietet für sie wenig Anreiz. Vertreter der Arbeitgeberseite haben die Mäßigung der „general workers unions“ und die im großen und ganzen militantere Haltung der „crafts unions“, d. h. der Gewerkschaften für gelernte Facharbeiter, bestätigt<sup>7</sup>. Gerade die „general workers unions“ sind aber auch die größten Gewerkschaften des Landes.

Es ist eine oft beobachtete Erscheinung, daß mit zunehmender Größe einer Organisation deren Führer eine gemäßigte Haltung einnehmen, zum Teil wohl wegen der größeren Last der auf ihnen ruhenden Verantwortung, wohl aber auch infolge der materiellen und gesellschaftlichen Hebung ihrer eigenen Stellung, die sie zu einer konservativeren Haltung hinführt.

Von Vertretern der Wahlkreisparteien kann man den Vorwurf hören, daß die große Macht der Gewerkschaftsführer undemokratisch sei, daß die Gewerkschaftsapparate zunehmend verbürokratisiert würden und den Führern der Kontakt mit der Masse der Geführten fehle. Der Vorwurf ist nicht unbegründet, wie verschiedene Untersuchungen der letzten Zeit gezeigt haben (beispielsweise die bekannte Untersuchung der Transportarbeitergewerkschaft durch den amerikanischen Soziologen Goldstein<sup>8</sup>). Die Teilnahmslosigkeit der Masse der Gewerkschaftsmitglieder ist notorisch und gerade in den „general workers unions“ besonders stark ausgeprägt. Sie läßt den Führern trotz formaler Demokratie einen weiten Spielraum für eine selbständige Leitung der Geschäfte. Den Wahlkreisparteien erscheint es ungerecht, daß die Gewerkschaftsführer mit dem Stimmgewicht einer Masse apathischer Mitglieder die Richtung der Parteipolitik bestimmen, während die politisch aktiven individuellen Parteimitglieder von der „Gewerkschaftsdampfwalze“ an die Wand gedrückt werden.

Auf der letzten Parteikonferenz in Margate mangelte es nicht an Anträgen von Wahlkreisparteien, die darauf hinzielten, das Uebergewicht der Gewerkschaften zu reduzieren. Unter anderem wurde vorgeschlagen, den Gewerkschaften nur einen Delegierten für je 10 000 Mitglieder, den Wahlkreisparteien aber einen Delegierten für je 2500 Mitglieder zuzugestehen. Andere wollten die Gewerkschaften überhaupt nur durch die Wahlkreisparteien vertreten wissen, und zwar auf dem Wege der Angliederung der Ortsausschüsse der Gewerkschaften an die örtlichen Parteiorganisationen. Daß derartige Anträge bei der augenblicklichen Stimmenverteilung nicht durchzubringen sind, liegt auf der Hand. Sie zeigen aber das weitverbreitete Unbehagen innerhalb der Wahlkreisparteien und beim intellektuellen Flügel der Partei gegenüber der Machtkonzentration bei den Führern der großen Gewerkschaften. Auf seiten der letzteren werden die Bestrebungen der Wahlkreisparteien oft mit einer Art moralischer Entrüstung zurückgewiesen. Schließlich, so sagt man, ist die Partei ja das Kind der Gewerkschaften. Und man erwartet offensichtlich, daß der Sprößling die Autorität der gewerkschaftlichen Eltern respektiert.

#### *Der Beitrag zur Parteikasse*

Die Gewerkschaften führen der Partei nicht nur Millionen von Mitgliedern zu, sie bestreiten auch zum

größten Teil die Finanzierung der Partei. Das Einkommen der Parteizentrale wird regelmäßig im Bericht des Vorstandes an die jährliche Parteikonferenz veröffentlicht. Es belief sich während der vergangenen Jahre auf etwa 200 000 Pfund Sterling im Jahr und floß zu ungefähr drei Vierteln aus dem politischen Fonds der Gewerkschaften.

Neben besonderen Zuwendungen zahlen die angegliederten Gewerkschaften regelmäßig 6 pence (ca. 30 Pfennig) pro Jahr und Mitglied für alle Mitglieder, die sich nicht schriftlich weigern, zusammen mit ihrem Gewerkschaftsbeitrag auch den „political levy“ zu entrichten, aus dem der politische Fonds der Gewerkschaften gespeist wird. Der Prozentsatz der Beitragenden liegt bei den größeren Gewerkschaften gewöhnlich zwischen 80 und 100 vH. Dabei kann jedoch nicht angenommen werden, daß alle Beitragenden auch Anhänger der Labour Party sind. Der politische Beitrag ist sehr niedrig: er liegt bei den einzelnen Gewerkschaften zwischen 10 und 30 Pfennig im Monat. Daß die Interesslosigkeit und Apathie der Masse der Mitglieder hier eine Rolle spielen, zeigt sich in der Tatsache, daß vor 1947, als im Gegensatz zum heutigen System ein Mitglied eine schriftliche Erklärung abgeben mußte, um zum politischen Fonds beizutragen, der Prozentsatz der Beitragenden im Durchschnitt um fast 50 vH niedriger lag.

Der Bericht der Parteizentrale berücksichtigt nicht das Einkommen der über 600 örtlichen Parteiorganisationen, das in seiner Gesamtheit nicht erfassbar ist. Aber auch hier bilden die Zuwendungen von gewerkschaftlicher Seite in der Regel den größten Einzelposten.

Neben den Beiträgen zu der zentralen und zu den örtlichen Parteiorganisationen geben die Gewerkschaften selbständig Gelder für politische Zwecke aus: für politische Propaganda, Versammlungen, Schulungskurse, vor allem aber für die Finanzierung von Kandidaten für das Unterhaus sowie auf örtlicher Ebene für Gemeinderäte, Kreisräte und Grafschaftsräte.

#### *Die Gewerkschaften im Parlament*

Bei den Wahlen des Jahres 1951 stellten die Gewerkschaften 139 von 613 Labour-Kandidaten. 105 Gewerkschaftskandidaten wurden gewählt gegenüber 173 Kandidaten der Wahlkreisparteien und 17 Kandidaten der Genossenschaften. Das bedeutet, daß 76 vH der Gewerkschaftskandidaten gewählt wurden, gegenüber nur 40 vH der übrigen Labour-Kandidaten. Die Gewerkschaftskandidaturen sind also in der Regel sicherer. Zur Zeit sind 36 vH aller Labour-Abgeordneten Vertreter der Gewerkschaften. Die Bergarbeiter allein haben 38 Vertreter im Parlament. Während der Dauer ihres Mandats erhalten die Gewerkschafts-abgeordneten von ihrer Organisation gewöhnlich einen Unterhaltszuschuß, der zwischen 100 und 250 Pfund im Jahr liegt.



Das Gewicht des gewerkschaftlichen Elements kam auch in der Beteiligung der Gewerkschaften an der Labour-Regierung zum Ausdruck. Von den 17 Mitgliedern des britischen Kabinetts im April 1951 waren fünf Gewerkschaftsabgeordnete: Ernest Bevin (Lord-siegelbewahrer und früherer Außenminister), Aneurin Bevan (Arbeitsminister), James Griffiths (Minister für die Kolonien), Thomas Williams (Landwirtschaftsminister) und George Tomlinson (Kultusminister). Hiervon waren drei Vertreter der Bergarbeitergewerkschaft, nämlich Bevan, Griffiths und Williams. Von den übrigen Kabinettsmitgliedern waren vier weitere aus dem Arbeiterstand emporgestiegen, unter ihnen Herbert Morrison, der jetzige stellvertretende Parteiführer und frühere Außenminister, der seine Laufbahn mit elf Jahren als Zeitungsjunge begann. (Sechs Kabinettsmitglieder waren Universitätsdozenten gewesen — unter ihnen Attlee, Gaitskell, Wilson und Dalton —, einer Lehrer und einer Journalist.)

### Die Einheit von Partei und Gewerkschaften

In letzter Zeit war in der Öffentlichkeit viel von einer Spaltung zwischen dem gewerkschaftlichen und dem rein politischen Flügel der Partei die Rede. Daß Spannungen vorhanden sind, ist oben angedeutet worden; und eine Lösung dieser Probleme wird früher oder später gefunden werden müssen, wenn die Einheit der Partei daran nicht zerbrechen soll. Während der letzten Parteikonferenz gab ein Mitglied

des Generalrats des TUC, Tom O'Brien, vor einem Pressevertreter eine vielbeachtete Erklärung ab, in der er sagte, es sei nunmehr an der Zeit, das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften einer Revision zu unterziehen. Man müsse sich ernsthaft überlegen, ob es für die Gewerkschaften als Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmerschaft nicht besser sei, sich der politischen Verantwortung, die alle Bürger im Staat betreffe, zu entledigen. O'Briens Erklärung führte auf der Konferenz zu erregten Szenen. Der Generalsekretär der Transportarbeitergewerkschaft, Arthur Deakin, nahm im Namen des gewerkschaftlichen Flügels gegen O'Brien Stellung und erklärte unter stürmischem Beifall der ganzen Versammlung, er sei sicher, daß von den der Partei angegliederten Gewerkschaften keine auch nur einen Augenblick daran denke, die Bindung zur Partei zu lösen.

Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sowohl die Unzufriedenheit der Wahlkreisparteien mit der Uebermacht der Gewerkschaften als auch das Streben eines Teils der Gewerkschaftsführer nach größerer politischer Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit von der Partei durchaus realer Natur und ernst zu nehmen sind. Aber die Bindung zwischen Partei und Gewerkschaften in England ist zu sehr historisch verwurzelt und zu sehr in das Denken und Fühlen der Beteiligten eingegangen, als daß sie von heute auf morgen gelöst werden könnte.

### Anmerkungen

<sup>1</sup>) Die Frage, ob die Gliederung nach Arbeitern und Angestellten eine Rolle spielt, läßt sich schwerlich in wenigen Sätzen beantworten. Angesichts der deutschen Verhältnisse liegt die Frage natürlich auf der Hand, aber für England ist eine derartige Aufgliederung kaum möglich. Den rechtlichen Begriff des „Angestellten“ gibt es in England nicht. Man könnte bestenfalls unterscheiden zwischen Lohnarbeitern und Gehaltsempfängern oder zwischen manuellen und nicht-manuellen Arbeitern. Nun sind einmal diejenigen Beschäftigungsgruppen, die bei uns in der Regel mit dem Angestelltenverhältnis zusammenfallen, in England nicht immer von Gehaltsempfängern besetzt. Andererseits können in Deutschland sowohl manuelle als auch nicht-manuelle Arbeiter Angestellte sein. Selbst wenn man der Einfachheit halber annehmen wollte, der Begriff des „Angestellten“ falle mit dem des „non-manual worker“ zusammen, so bestünde weiter die Schwierigkeit, daß die betreffenden Arbeitnehmer in den verschiedensten Gewerkschaften organisiert sind: zum Teil in Industriegewerkschaften und „general workers unions“ und zum Teil in etwa fünfzehn „non-manual workers unions“ (nach der Klassifikation des TUC). Von letzteren sind dreizehn dem TUC und hiervon wiederum vier (mitgliedsmäßig die Mehrheit) der Labour Party angeschlossen. Bei den Beamten-gewerkschaften ist die Situation ähnlich. Auch hier decken sich die Begriffe nicht (Beamter, Civil Servant). Zum Beispiel sind die Arbeitnehmer der Post in der Regel Beamte, die der Eisenbahn aber nicht. Ebenso sind Lehrer, Universitätsdozenten und Kommunal-„beamte“ keine „Civil Servants“. Sieben Beamten-gewerkschaften (teils nach Rang und teils nach Beschäftigungsart organisiert) sind dem TUC, aber nur eine — allerdings die größte: die Post-gewerkschaft — ist der Labour Party angeschlossen.

<sup>2</sup>) *Ministry of Labour Gazette*, November 1953.

<sup>3</sup>) Die größte Organisation ist die von Ernest Bevin im Jahre 1922 gegründete Transportarbeitergewerkschaft mit rund 1,1 Millionen Mitgliedern.

<sup>4</sup>) Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer beläuft sich zur Zeit auf rund 23 Millionen.

<sup>5</sup>) Die einzige Gewerkschaft mit einer kommunistischen Mehrheit in der Exekutive ist die Elektrikergewerkschaft. Sie ist sowohl dem TUC als auch der Labour Party angeschlossen.

<sup>6</sup>) Genossenschaften und sozialistische Gesellschaften stellen zusammen ein Vorstandsmitglied. Der Parteiführer und sein Stellvertreter sind Vorstandsmitglieder „ex officio“. Sie werden nicht von der Konferenz, sondern von der Parlamentsfraktion der Partei gewählt.

<sup>7</sup>) Vgl. hierzu folgende Zahlen im Zusammenhang mit dem eintägigen Proteststreik in der Metallindustrie am 2. Dezember 1953: Unter den gelernten Arbeitern betrug die Streikbeteiligung 80–100 vH, unter den ungelernten dagegen nur 40 vH. Innerhalb der Konföderation der Metallarbeitergewerkschaften wandten sich die Vertreter der „general workers unions“ gegen den Streik; die treibende Kraft dagegen war eine Fachgewerkschaft gelernter Arbeiter, die „Amalgamated Engineering Union“ (*Frankfurter Allgemeine*, Nr. 281, vom 3. Dezember 1953).

<sup>8</sup>) Goldstein, Joseph: „The Government of British Trade Unions. A study of apathy and the democratic process in the Transport and General Workers Union“. London: Allen and Unwin, 1952.

## Der Weg zur Berliner Viermächtekonferenz 1954

## Chronologie

1947

15. Dezember: Abbruch der Londoner Außenministerkonferenz der vier Großmächte über Deutschland und Oesterreich. (EA 1/1948, S. 1067—1086.)

1948

13. Februar: Protest der Sowjetunion gegen separate Deutschlandbesprechungen der Westmächte. Im Verlauf eines Notenwechsels weisen die Westmächte diesen Protest zurück. (Vgl. die einschlägigen Dokumente in „Dokumente und Berichte des Europa-Archivs“, Bd. 6.)
18. Juni: Beginn der Blockade Berlins.
6. Juli: Die Westmächte protestieren gegen die Blockade Berlins.
1. August—18. September: Ergebnislose Verhandlungen über die Aufhebung der Blockade Berlins.
4. Oktober: Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen befaßt sich mit der Berliner Frage. Am 4. Dezember setzt der Sicherheitsrat eine Untersuchungskommission ein, die ihre Arbeiten am 16. März 1949 ergebnislos einstellt.

1949

4. Mai: Vertreter der vier Großmächte einigen sich nach Besprechungen in New York, die Blockade Berlins am 12. Mai aufzuheben. (EA 10/1949, S. 2146.)
23. Mai—20. Juni: Außenministerkonferenz der vier Großmächte in Paris. Ueber die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands wird keine Einigung erzielt. In der Frage des österreichischen Staatsvertrags sind Fortschritte zu verzeichnen. Die Außenministerstellvertreter werden beauftragt, die noch offenen Fragen zu klären. (EA 14/1949, S. 2327.)
1. Juli: Die Außenministerstellvertreter nehmen ihre Beratungen über den Staatsvertrag auf. Bei Ablauf des von den Außenministern gestellten Termins (1. September 1949) sind noch neun Artikel des Staatsvertrags ungeklärt. 1950 und 1951 finden noch einzelne Sitzungen statt, die ergebnislos verlaufen.

1950

3. November: Die Sowjetunion protestiert gegen die beabsichtigte Wiederaufrüstung Deutschlands und schlägt die Einberufung des Außenministerrates vor. Nach mehrmaligem Notenaustausch wird vereinbart, eine Vorkonferenz einzuberufen.

1951

5. März: Die Vorkonferenz der Außenministerstellvertreter tritt in Paris zusammen. Sie wird am 21. Juni ergebnislos abgebrochen.
20. Dezember: Die Vollversammlung der Vereinten Nationen beauftragt eine neutrale Kommission mit der Untersuchung der Voraussetzungen für freie gesamtdeutsche Wahlen.

1952

21. Januar: Auf eine Einladung der Westmächte zu einer neuen Sitzung der Außenministerstellvertreter über

den Staatsvertrag für Oesterreich antwortet die Sowjetunion mit der Forderung, erst die Triester Frage zu besprechen. Als die Westmächte dies ablehnen, verweigert die Sowjetunion ihre Teilnahme an der Sitzung.

24. Februar: Die Deutschlandkommission der Vereinten Nationen ersucht die Regierungen der Bundesrepublik und der DDR um die Erlaubnis zur Einreise. Die Regierung der DDR lehnt am 28. Februar ab; die Regierung der Bundesrepublik stimmt am 1. März zu.
10. März: Die Sowjetunion schlägt die Aufnahme von Viermächtebesprechungen über einen deutschen Friedensvertrag vor. Sie unterbreitet gleichzeitig einen Entwurf der Prinzipien eines Friedensvertrags. (EA 7/1952, S. 4832.)
13. März: Vorschlag der Westmächte für einen „Kurzvertrag“ an Stelle des Staatsvertrags für Oesterreich. (EA 8—9/1952, S. 4867.)
- 16.—18. März: Die Deutschlandkommission der Vereinten Nationen besucht die Bundesrepublik und (am 21. und 22. März) West-Berlin.
25. März: Die Westmächte fordern die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung durch freie Wahlen und die Zulassung der Deutschlandkommission der Vereinten Nationen in die DDR. (EA 7/1952, S. 4833.)
9. April: Die Sowjetunion schlägt die Ueberprüfung der Voraussetzungen für freie Wahlen durch eine Viermächtekommission vor und fordert die ausdrückliche Anerkennung der Potsdamer Beschlüsse. (EA 8—9/1952, S. 4866.)
30. April: Die Deutschlandkommission der Vereinten Nationen stellt fest, daß sie ihren Auftrag nicht erfüllen kann, da ihr der Zutritt zur DDR verweigert wurde.
9. Mai: Die Westmächte ersuchen um Beantwortung der Note vom 13. März über den „Kurzvertrag“. (EA 11/1952, S. 4938.)
13. Mai: Die Westmächte erklären sich mit dem Vorschlag einer Viermächtekonferenz einverstanden, falls die Verhandlungsthemen vorher klar festgelegt werden. Sie fordern die Zusicherung voller Handlungsfreiheit für eine zukünftige gesamtdeutsche Regierung. (EA 11/1952, S. 4963.)
24. Mai: Die Sowjetunion protestiert gegen die Unterzeichnung des Deutschland- und des EVG-Vertrags und fordert die sofortige Einberufung einer Viermächtekonferenz. (EA 12/1952, S. 4985.)
10. Juli: Die Westmächte fordern für eine Viermächtekonferenz die Behandlung freier gesamtdeutscher Wahlen als ersten Punkt der Tagesordnung. (EA 15/1952, S. 5093.)
14. August: Die Sowjetunion lehnt den „Kurzvertrag“ für Oesterreich ab. (EA 17/1952, S. 5144.)
23. August: Die Sowjetunion schlägt folgende Tagesordnung für die Viermächtekonferenz vor: 1. Vorbereitung des Friedensvertrags, 2. Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, 3. Frage der Wahlen. (EA 18/1952, S. 5180.)
5. September: Die Westmächte schlagen vor, die Wün-



sche der Sowjetunion in den „Kurzvertrag“ für Oesterreich einzuarbeiten und die Verhandlungen der Außenministerstellvertreter wieder aufzunehmen. (EA 19/1952, S. 5208.)

23. September: Die Westmächte fordern freie gesamtdeutsche Wahlen als Voraussetzung für Viermächteverhandlungen. (EA 19/1952, S. 5207.)
27. September: Die Sowjetunion lehnt den „Kurzvertrag“ für Oesterreich erneut ab und fordert zunächst Regelung der Triestfrage. (EA 20/1952, S. 5254.)

## 1953

- 6.—9. Februar: Die 259. und 260. Sitzung der mit der Ausarbeitung des österreichischen Staatsvertrags beauftragten Außenministerstellvertreter verlaufen ergebnislos. Die Einladung zu einer erneuten Sitzung lehnt der sowjetische Vertreter am 26. Mai ab.
11. Juni: Die Westmächte ersuchen um Mitteilung eines für die Sowjetunion annehmbaren Staatsvertrags mit Oesterreich. (EA 16/1953, S. 5915.)
15. Juli: Vorschlag der Westmächte für eine Viermächtekonferenz über freie Wahlen, die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und den Abschluß des österreichischen Staatsvertrags. (EA 16/1953, S. 5913.)
30. Juli: Die Sowjetunion verlangt Zurückziehung des „Kurzvertrags“ und Fortsetzung der Verhandlungen über den Entwurf des Staatsvertrags. (EA 16/1953, S. 5916.)
4. August: Vorschlag der Sowjetunion für eine Fünfmächtekonferenz unter Einschuß der Chinesischen Volksrepublik zur Erörterung von Maßnahmen zur Entspannung der internationalen Beziehungen, der Wiedervereinigung Deutschlands und des Abschlusses eines Friedensvertrags. (EA 16/1953, S. 5913.)
15. August: Vorschlag der Sowjetunion für die Einberufung einer Friedenskonferenz über Deutschland und Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung. (EA 17/1953, S. 5951.)
17. August: Die Westmächte verzichten auf Erörterung des „Kurzvertrags“ für Oesterreich und schlagen die Wiederaufnahme der Sitzungen der Außenministerstellvertreter vor. (EA 17/1953, S. 5954.)
29. August: Die Sowjetunion verlangt Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Staatsvertrag für Oesterreich auf diplomatischem Wege. Sie lehnt die Teilnahme an Sitzungen der Außenministerstellvertreter ab. (EA 18/1953, S. 5976.)
2. September: Die Westmächte laden die Sowjetunion zu einer Viermächtekonferenz für den 15. Oktober

nach Lugano ein. Sie lehnen eine Teilnahme der Chinesischen Volksrepublik ab und fordern die Beschränkung der Konferenzthemen auf Deutschland und Oesterreich. (EA 18/1953, S. 5975.)

28. September: Die Sowjetunion übergeht die Einladung nach Lugano und schlägt eine Außenministerkonferenz vor, auf der die fünf Mächte über die Verminderung der internationalen Spannungen und die vier Mächte über die deutsche Frage verhandeln sollen. (EA 20/1953, S. 6042.)
18. Oktober: Die Westmächte erneuern ihre Einladung zu einer Viermächtekonferenz über die deutsche und österreichische Frage. (EA 21/1953, S. 6065.)
3. November: Die Sowjetunion schlägt erneut eine Fünfmächtekonferenz unter Einschuß der Chinesischen Volksrepublik vor. Die Erörterung der deutschen Frage wird von dem Verzicht auf die EVG und der Räumung der amerikanischen Stützpunkte in Europa abhängig gemacht. Die Einladung nach Lugano wird erneut übergangen. (EA 23/1953, S. 6175.)
16. November: Die Westmächte bezeichnen die sowjetische Note vom 3. November als unannehmbar, halten aber die Einladung zu einer Viermächtekonferenz aufrecht. (EA 23/1953, S. 6179.)
25. November: Die Westmächte erklären, daß der „Kurzvertrag“ für Oesterreich zurückgezogen ist, und schlagen die Wiederaufnahme der Oesterreichverhandlungen vor. (EA 24/1953, S. 6228.)
26. November: Die Sowjetunion schlägt die Abhaltung einer Viermächtekonferenz in Berlin vor, auf der die Minderung der internationalen Spannungen, das Problem der Sicherheit Europas und die deutsche Frage besprochen werden sollen. (EA 24/1953, S. 6228.)
8. Dezember: Die Westmächte stimmen der Viermächtekonferenz in Berlin zu und schlagen den 4. Januar 1954 als Termin vor. Sie erklären ihre Bereitschaft, auch über eine spätere Fünfmächtekonferenz zu verhandeln. (EA 24/1953, S. 6230.)
26. Dezember: Die Sowjetunion schlägt die Verschiebung der Berliner Konferenz auf den 25. Januar 1954 vor. (EA 2/1954, S. 6308.)

## 1954

1. Januar: Die Westmächte stimmen dem von der Sowjetunion vorgeschlagenen Konferenztermin zu. (EA 2/1954, S. 6309.)
4. Januar: Die Sowjetunion bestätigt die Note der Westmächte vom 1. Januar. (EA 2/1954, S. 6309.)

## Der abschließende Notenwechsel

*Note der Sowjetunion an die Westmächte  
vom 26. Dezember 1953*

Die Sowjetregierung bestätigt den Eingang der Antwortnote der Regierung der Vereinigten Staaten vom 8. Dezember auf die Note der Sowjetregierung vom 26. November 1953.

Die Regierung der UdSSR bekräftigt erneut ihre Haltung, die sie bereits früher hinsichtlich der Einberufung einer Konferenz der Außenminister zum Ausdruck gebracht hat. Sie sieht die Bedeutung dieser Konferenz im Zusammenhang mit der Möglichkeit, eine Verringerung der internationalen Spannungen herbeizuführen — sofern auf seiten aller Konferenzteilnehmer der entsprechende Wunsch besteht — sowie im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, die Sicherheit Europas zu gewährleisten

und die Drohung eines wiedererstehenden deutschen Militarismus auszuschalten.

Die Sowjetregierung nimmt von dem Einverständnis der amerikanischen Regierung Kenntnis, die Frage der Einberufung einer Fünfmächtekonferenz unter Teilnahme der Volksrepublik China zu erörtern, zumal eine Konferenz der Außenminister der fünf Mächte natürlich in höchstem Maße zur Lösung akuter internationaler Probleme beizutragen vermag.

In Ansehung der für eine Außenministerkonferenz erforderlichen Vorbereitungen und der Wichtigkeit, allen Regierungen entsprechende Bedingungen für die Teilnahme an der Konferenz zu bieten, erachtet die Sowjetregierung den 25. Januar oder jeden späteren Tag als den für die Konferenz geeigneten Zeitpunkt.

Was die Räumlichkeiten anbetrifft, in denen die vorstehend erwähnte Konferenz stattfinden soll, scheint es zweckmäßig, diese Frage durch ein Uebereinkommen unter den Hochkommissaren der vier Mächte in Berlin zu regeln.

Gleichlautende Noten wurden von der Sowjetregierung den Regierungen Englands und Frankreichs übermittelt.

Quelle: Office of the US. High Commissioner for Germany, Presseinformation vom 28. Dezember 1953.

*Antwortnote der Westmächte an die Sowjetunion  
vom 1. Januar 1954*

1. Die Regierung der Vereinigten Staaten bestätigt den Eingang der Note vom 26. Dezember 1953, in der sich die sowjetische Regierung bereit erklärte, einen Vertreter auf eine Konferenz der Außenminister Frankreichs, des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten und der UdSSR in Berlin zu entsenden. Obwohl die Regierung der Vereinigten Staaten bedauert, daß die sowjetische Regierung das vorgeschlagene Datum vom 4. Januar nicht akzeptiert hat, stimmt sie dem in der sowjetischen Note nunmehr genannten Datum des 25. Januar zu.

2. Die Regierung der Vereinigten Staaten stimmt ferner zu, daß Vertreter der Hochkommissionen die technischen Vorbereitungen der Konferenz erörtern sollten, einschließlich der Frage des Gebäudes, in dem die Konferenz abzuhalten ist, und sie hat den Amerikanischen Hochkommissar entsprechend angewiesen. In bezug auf den Konferenzort ist die Regierung der Vereinigten Staaten

nach wie vor der Ansicht, daß das Gebäude, das ehemals von dem alliierten Kontrollrat benutzt wurde, allen Erfordernissen entspricht.

3. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat in ihren Noten früheren Datums bereits ihre Ansichten in bezug auf die Konferenz und die zu behandelnden Fragen dargelegt. Daher hält sie es jetzt nicht für notwendig, auf diese Angelegenheiten zurückzukommen, die in Kürze von den Außenministern der vier Staaten erörtert werden.

Quelle: Office of the US. High Commissioner for Germany, Presseinformation vom 1. Januar 1954.

*Antwortnote der Sowjetunion an die Westmächte  
vom 4. Januar 1954*

Die sowjetische Regierung bestätigt den Empfang der Note der Regierung der Vereinigten Staaten vom 1. Januar, in der sie dem von der sowjetischen Regierung gemachten Vorschlag zustimmt, eine Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der UdSSR für den 25. Januar nach Berlin einzuberufen.

Zur Frage der Tagungsstätte, an der diese Konferenz abgehalten werden soll, ist der Hochkommissar der UdSSR in Deutschland davon verständigt worden, daß diese Frage durch ein Uebereinkommen der Vertreter der Hochkommissare der vier Mächte in Berlin geregelt werden soll.

Quelle: *Die Neue Zeitung* vom 5. Januar 1954.

## Die Ergebnisse der zwölften Tagung des Nordatlantikrates in Paris vom 14. bis 16. Dezember 1953

### Das Schlußkommuniqué

1. Der Nordatlantikrat, der unter dem Vorsitz des französischen Außenministers, Herrn Georges Bidault, in Paris in ministerieller Session tagte, hat heute seine Arbeit beendet.

2. Der Rat hat die internationale Situation untersucht und Ansichten über Angelegenheiten von allgemeinem Interesse, einschließlich der sowjetischen Politik, ausgetauscht. Der Rat ist zu der Ansicht gekommen, daß keine Beweise für eine Aenderung der letzten sowjetischen Ziele vorliegen und daß es ein Hauptziel der Sowjets ist, die Auflösung der Atlantischen Allianz herbeizuführen. Während die Sowjetregierung noch zu zeigen habe, daß sie aufrichtig wünscht, zu einer Einigung über irgendeinen der anstehenden Reibungspunkte in der ganzen Welt zu kommen, ist es die Politik der NATO, Lösungen der Probleme mit friedlichen Mitteln zu suchen. Der Rat hat daher die Schritte begrüßt, die von den Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten in ihrem jüngsten Notenwechsel mit der Sowjetregierung unternommen wurden, um ein baldiges Treffen der vier Außenminister in Berlin herbeizuführen. Der Rat hat auch wärmstens die Initiative unterstützt, die der Präsident der Vereinigten Staaten ergriff, indem er den Vereinten Nationen Vorschläge unterbreitete, um den friedlichen Ge-

brauch der Atomenergie zu entwickeln und zu beschleunigen und um die hauptsächlich beteiligten Mächte zusammenzubringen, um eine Lösung des Problems der Atomwaffen zu suchen.

3. Der Rat hat erneut seine Ueberzeugung bestätigt, daß Friede und Sicherheit das oberste Ziel der Atlantikpaktorganisation sein müssen. Er hat anerkannt, daß die wachsende Stärke und Einheit der Nordatlantik-Mächte, die noch ständig erhöht werden müssen, sich als entscheidende Faktoren bei der Aufrechterhaltung des Friedens und der Verhinderung der Aggression erwiesen haben. Trotzdem bleibt die Bedrohung der westlichen Welt bestehen, und die Mitgliedstaaten müssen bereit sein, für eine lange Periode mit einer Fortdauer dieser Bedrohung zu rechnen. Die Atlantische Gemeinschaft muß deshalb darauf vorbereitet sein, auf Jahre hinaus Streitkräfte und Waffen bereitzuhalten, die ein Hauptfaktor in der Abschreckung der Aggression und der Gewährleistung der wirksamen Sicherheit des Gebietes der NATO sind und die die Mitgliedstaaten aufbringen können, während sie zugleich ihre soziale und wirtschaftliche Struktur beibehalten und verbessern. Ohne Unterlaß müssen Verbesserungen an der Schlagkraft der NATO-Streitkräfte angestrebt werden, und es muß dafür gesorgt werden, daß ihre Ausrüstung ständig auf der Höhe ist,



so daß sie im Falle eines Angriffs als Schutzschild operieren können, hinter dem die volle Stärke der Mitgliedstaaten auf schnellstem Wege mobilisiert werden kann.

Innerhalb des sich ständig weiterentwickelnden Rahmens der Atlantischen Gemeinschaft bleibt die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, einschließlich eines deutschen Beitrages, ein wesentliches Ziel für die Stärkung der Verteidigungskraft des Bündnisses.

4. Der Rat beriet den Jahresbericht für das Jahr 1953, der über den Fortschritt der Verteidigungsbemühungen der NATO, besonders im vergangenen Jahre, Aufschluß gibt. Auf seiner Sitzung im Dezember 1952 hatte der Rat den Nachdruck auf die Entwicklung der Schlagkraft der Streitkräfte gelegt. In dieser Hinsicht ist ein bemerkenswerter Fortschritt erzielt worden. Große Mengen neuer Ausrüstung sind den Streitkräften zur Verfügung gestellt worden. Dadurch wurde vor allem die Aufstellung einer Reihe von neuen Nachschubeinheiten möglich. Die Ziele, die für das laufende Jahr gesteckt wurden, sind bei den Landstreitkräften vollkommen und bei den See- und Luftstreitkräften zu einem wesentlichen Teil erreicht worden.

5. Der Rat hat auf Grund der in dem Bericht gemachten Vorschläge feste bindende Ziele für 1954, vorläufige Ziele für 1955 und Planziele für 1956 festgelegt. Die vereinbarten bindenden Ziele für 1954 sehen eine Erhöhung der numerischen Stärke der bestehenden NATO-Streitkräfte und eine sehr wesentliche Verbesserung ihrer Qualität und Schlagkraft vor.

6. Es ist Einigkeit darüber erzielt worden, daß der ständigen Bereitstellung moderner Waffen der neuesten Typen für die Verstärkung des Verteidigungssystems der NATO besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte.

Der Rat hat mit Befriedigung die Absicht des Präsidenten der Vereinigten Staaten zur Kenntnis genommen, den Kongreß um die Ermächtigung zu ersuchen, Informationen über Atomwaffen zum Zwecke der militärischen Planung der NATO an die NATO-Befehlshaber zu geben.

7. Der Rat hat anerkannt, daß ein Verteidigungssystem auf lange Sicht, wie es jetzt vorgesehen ist, schwerwiegende militärische und finanzielle Probleme aufwirft. Mit Rücksicht auf die militärischen Probleme hat der Rat den Militärausschuß ersucht, seine Untersuchung der auf lange Sicht wirksamsten Gliederung der Streitkräfte fortzusetzen, und zwar sowohl der aktiven als auch der Reserve-Einheiten; besondere Aufmerksamkeit soll hierbei den Ergebnissen der Untersuchung der Wirksamkeit neuer Waffen gewidmet werden. Der Rat wird über den Fortschritt dieser Arbeit weiter unterrichtet werden, und ein Bericht wird ihm ordnungsgemäß unterbreitet

werden. Der Rat wird auch die sehr beträchtlichen finanziellen Anstrengungen im Auge behalten, die immer noch notwendig sind, um den augenblicklichen Aufbau zu vervollständigen, die NATO-Streitkräfte in einem angemessenen Zustand der Bereitschaft zu halten und veraltete Waffen zu ersetzen.

8. Der Rat hat die Berichte von Admiral Sir John Edelsten, Oberbefehlshaber im Kanal, Admiral L. D. McCormick, Oberster Alliierter Befehlshaber im Atlantik, und General Alfred M. Gruenther, Oberster Alliierter Befehlshaber in Europa, über die in ihren Befehlsbereichen geleistete Arbeit gehört und einen Entwicklungsbericht des Militärausschusses zur Kenntnis genommen.

9. Im Verlauf seiner Ueberprüfung behandelte der Rat den Bericht des Generalsekretärs und begrüßte den Fortschritt, der seit der letzten Ministersitzung gemacht wurde. Er betonte die Wichtigkeit der Arbeit, die bei der Koordination der nationalen Planungen in Fragen der Zivilverteidigung, der Kontrolle und Verteilung von Gütern in Kriegszeiten sowie der Schifffahrt und anderer Transportmittel geleistet wurde. Es wurde die Zustimmung zum Ausdruck gebracht zu der von Lord Ismay geäußerten Ansicht, daß die Vorbereitungen der einzelnen Regierungen auf diesen Gebieten Hand in Hand mit dem Fortschritt gehen sollten, der schon auf militärischem Gebiet erzielt wurde. Der Rat nahm zur Kenntnis, daß die Probleme der Arbeitskräfte unter Beobachtung gehalten wurden und daß verschiedene Empfehlungen an die Regierungen gebilligt wurden. Der Fortschritt, der in diesem Jahre bei der Ausarbeitung koordinierter Produktionspläne erzielt wurde, ist begrüßt worden. In diesen Plänen ist die Produktion wichtiger militärischer Ausrüstung auf Jahre im voraus berücksichtigt. Der Rat äußerte seine Befriedigung über den Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung des gemeinsamen Infrastruktur-Programmes. Abgesehen von einer großen Anzahl jetzt in Bau befindlicher Projekte sind nicht weniger als 120 Flugplätze und ein großes Netz von Nachrichtenverbindungen bei den NATO-Streitkräften in Gebrauch.

10. Die Minister nahmen die Gelegenheit wahr, in vertraulichen Sitzungen zusammenzukommen und informell Fragen zu diskutieren, die im Interesse aller Mitgliedsregierungen liegen. Sie beabsichtigen, dieses Verfahren, das sich in natürlicher Weise aus dem Geiste der Einheit des Bündnisses entwickelt hat, auch bei zukünftigen Zusammenkünften beizubehalten. Sie sind sich ständig der politischen Bindungen bewußt, die sie in einem Bündnis vereinen, das nicht nur militärischen Charakters ist.

Quelle: *The New York Times* vom 17. Dezember 1953. Übersetzung des Europa-Archivs.

# Zeittafel vom 16. bis 31. Dezember 1953

## Die Ereignisse in Europa

### Europäische Integration

16. Auf Einladung der Hohen Behörde prüft in Luxemburg eine Gruppe von Regierungssachverständigen der sechs Staaten der Montanunion die Voraussetzungen für die Herstellung der Freizügigkeit von Montanarbeitern gemäß Art. 69 des Vertrages. Es wird die Einberufung einer Konferenz auf Regierungsebene zur Regelung dieser Frage erwogen.
21. Tagung des Ministerrates der Montanunion in Luxemburg. Der Rat spricht sich gegen eine Festsetzung von Mindest- und Höchstpreisen für den Stahllexport durch die Hohe Behörde aus und lehnt eine Stellungnahme zu dem Exportkartell der Stahlproduzenten der Montanunion (Brüsseler Konvention) ab. Er befürwortet eine liberalere Anwendung der Entscheidung der Hohen Behörde über verbotene Praktiken innerhalb des Gemeinsamen Marktes sowie die Herabsetzung der Höchstpreise für Schrott. Auf belgischen Antrag ersucht der Rat die Hohe Behörde, eine Untersuchung über die Lage der an der Grenze der Rentabilität arbeitenden Kohlengruben anzustellen.
28. Die Hohe Behörde der Montanunion lädt die britische Regierung offiziell ein, in Verhandlungen über die Verwirklichung der vorgesehenen Assozierung zwischen der Montanunion und Großbritannien einzutreten.

### Europarat

Vgl. hierzu die Mitteilungen des Europarats auf S. 6315 dieser Folge.

### Nordatlantikpakt-Organisation

- 14.—16. Zwölfte Ministertagung des Nordatlantikrates in Paris (vgl. den Beitrag „Atlantikpakt und Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ auf S. 6285 ff. und den Wortlaut des Schlußkommunikés auf S. 6309 dieser Folge).

### Bulgarien

20. Bei den Wahlen zur Sobranje (2. Kammer) erhält die kommunistische „Vaterländische Front“ 99,8 vH der abgegebenen Stimmen.

### Deutschland

16. Regierungserklärung des amtierenden Ministerpräsidenten der DDR, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer. Ulbricht fordert die Bundesregierung auf, anlässlich der bevorstehenden Berliner Konferenz der vier Großmächte mit der Regierung der DDR über die Wiedervereinigung Deutschlands und die Herbeiführung eines Friedensvertrages zu beraten. An die vier Großmächte richtet er die Forderung, Vertreter der beiden deutschen Regierungen zur Teilnahme an der Konferenz einzuladen.
17. Zwischen Bundeskanzler Adenauer und dem Oppositionsführer, Erich Ollenhauer, findet eine Aussprache über die Frage der Kompetenzen einer zu-

künftigen deutschen Nationalversammlung statt. Am 18. Dezember erklärt Ollenhauer vor der Presse, daß dabei kein befriedigendes Resultat erzielt worden sei. Gegenüber der Auffassung des Bundeskanzlers (vgl. Zeittafel in EA 1/1954) stehe die SPD auf dem Standpunkt, daß eine Nationalversammlung eine gesamtdeutsche provisorische Regierung bilden und deren Kompetenzen festlegen müsse; die Regierungen der Bundesrepublik und der DDR müßten von diesem Augenblick an nachgeordnete Verwaltungsbehörden werden.

Unter dem Vorsitz des Generalsekretärs des IBFG, J. H. Oldenbroek, werden in Köln Verhandlungen zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Deutschen Angestelltengewerkschaft fortgesetzt, die am 25. November in Brüssel begonnen hatten. Es wird beschlossen, einen gemeinsamen Ausschuß für die Zusammenarbeit beider Organisationen in gewerkschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen zu bilden und die Werbetätigkeit unter den Unorganisierten künftig nicht durch die Austragung organisatorischer Meinungsverschiedenheiten zu stören.

Der Ministerrat der DDR erläßt eine „Verordnung über die Erhöhung und Verbesserung der Produktion von Verbrauchsgütern für die Bevölkerung“.

18. In Berlin werden neue Warenlisten zum Interzonenhandelsabkommen vom 20. September 1951 unterzeichnet, die für das Jahr 1954 einen Warenaustausch in Höhe von 547,5 Millionen Verrechnungseinheiten vorsehen.

Das Bundesverfassungsgericht entscheidet in einem Normenkontrollverfahren, daß Art. 117 Abs. 1 des Grundgesetzes gültig und damit der Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau vor dem Gesetz seit 1. April 1953 in Kraft getreten ist.

Der Bundesrat lehnt die von der Bundesregierung vorgeschlagene Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommensteuer auf 42 vH ab und spricht sich für Beibehaltung des bisherigen Satzes von 38 vH aus.

Die Volkskammer der DDR billigt einstimmig den Volkswirtschaftsplan für 1954, der u. a. eine Steigerung der industriellen Produktion auf 112,6 vH gegenüber 1953 vorsieht. Die Produktivität der Industrie soll auf 106,8 vH gesteigert, die Selbstkosten sollen um 3,9 vH gesenkt werden. Die Investitionsmittel für den Kohlenbergbau, die Energiewirtschaft, die Leichtindustrie und die Lebensmittelindustrie sollen erhöht, die für das Hüttenwesen und den Maschinenbau vermindert werden.

21. Der Vorstand der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wählt in Frankfurt Dr. Hans Constantin Paulssen (Konstanz) zum neuen Präsidenten der Bundesvereinigung.

Die Hohen Kommissare der drei Westmächte besuchen den sowjetischen Hohen Kommissar, in Anbetracht des zu erwartenden starken Interzonen-Reise-



verkehrs zum Weihnachtsfest acht von den sowjetischen Besatzungsbehörden gesperrte Zonengrenzübergänge wieder zu öffnen. Der Vorschlag bleibt unbeantwortet.

24. Die Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge tritt im Gebiet der Bundesrepublik in Kraft.

Die Volksvertretung von Ost-Berlin unterbreitet dem Abgeordnetenhaus von West-Berlin „Vorschläge zur Schaffung einer Atmosphäre des Friedens und der Demokratie in Berlin“, in denen u. a. gefordert wird, gemeinsam die Teilnahme deutscher Vertreter an der Berliner Viermächtekonferenz zu verlangen, die Teilnahme Westdeutschlands an der EVG zu verhindern, die Tätigkeit von „Agenten und Spionageorganisationen“ in West-Berlin zu unterbinden und das Besatzungsstatut für West-Berlin aufzuheben. Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Otto Suhr, weist die Vorschläge am 29. Dezember zurück mit dem Hinweis, daß es sich dabei zum Teil um Fragen handle, die mit der Berliner Politik nichts zu tun haben, zum anderen Teil um Fragen, für deren Diskussion das Abgeordnetenhaus von West-Berlin die einzige geeignete Plattform sei.

#### Finnland

17. Bei Abschluß eines mehrtägigen Besuches des sowjetischen Außenhandelsministers, *Kabanow*, in Helsinki gibt Ministerpräsident *Tuomioja* bekannt, daß die Sowjetunion sich bereit erklärt habe, die seinerzeit mit dem früheren Ministerpräsidenten *Kekkonen* begonnenen Verhandlungen über eine sowjetische Anleihe und handelspolitische Erleichterungen (vgl. Zeittafel in EA 24/1953) weiterzuführen.

#### Frankreich

17. Im Schloß von Versailles tritt der aus Nationalversammlung und Rat der Republik bestehende Wahlkongreß zur Wahl des neuen Staatspräsidenten zusammen. Im ergebnislosen ersten Wahlgang, bei dem acht Kandidaten zur Wahl stehen, erringt der Sozialist Edmond Naegelen die meisten Stimmen. Vom dritten bis zum zehnten Wahlgang führt Ministerpräsident Laniel vor Naegelen, ohne jedoch die absolute Mehrheit erreichen zu können. Nach dem Verzicht Laniels auf seine Kandidatur verlaufen noch zwei weitere Wahlgänge ergebnislos, bis endlich am 23. Dezember der Vizepräsident des Rates der Republik, René Coty (Unabhängige Rechte), mit 477 (von 871) Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt wird.
20. In einem Vortrag an der Universität Lille warnt der Staatssekretär im Außenministerium, Maurice Schumann, das französische Volk davor, es auf einen Abzug der amerikanischen und britischen Truppen aus Europa ankommen zu lassen; dadurch würden die Bedingungen wiederhergestellt, aus denen die beiden Weltkriege entstanden seien. Zur Frage von Sicherheitsgarantien erklärt er, Frankreich sei bereit, eine Garantie gegen jede gewaltsame Veränderung von Grenzen in der ganzen Welt zu geben; insbesondere müsse die Bundesrepublik Deutschland veranlaßt werden, sich zu verpflichten, daß sie die territoriale

Situation an ihren Grenzen nicht mit Gewalt ändern wird.

#### Großbritannien

16. Das Unterhaus lehnt mit 301 gegen 273 Stimmen einen Tadelantrag der Labour-Opposition gegen die Kolonialpolitik der Regierung ab. In der Debatte erklärt Kolonialminister Oliver Lyttelton, die Krise in Afrika habe ihre Ursache in der Berührung der schwarzen Völker mit der westlichen Zivilisation; dieses Problem könne aber nicht mit dem einfachen Verteilen von Verfassungen gelöst werden. Vielmehr müßten die Kolonialmächte eine allmähliche politische Emanzipation einleiten und während dieser Periode Ruhe und Ordnung aufrechterhalten.
17. Premierminister Sir Winston Churchill berichtet dem Unterhaus über die Bermuda-Konferenz. Er stellt fest, daß die Konferenz den Beweis der Zweckmäßigkeit informeller, vertraulicher Aussprachen zwischen Regierungschefs erbracht habe und daß es wahrscheinlich sei, daß solche Konferenzen in Zukunft häufiger stattfinden. Der Premierminister berichtet, er glaube seine Gesprächspartner von der Notwendigkeit einer Sicherheitsgarantie an die Sowjetunion überzeugt zu haben. Er hoffe, daß die Berliner Konferenz zu einem Sicherheitsgefühl führen werde, das auf anderen Faktoren als der reinen Macht beruhe. Ueber die auf Bermuda geführten britisch-amerikanischen Atomgespräche sagt Sir Winston, er hoffe, daß im Ergebnis der Besprechungen eine engere Zusammenarbeit und ein fruchtbarer Austausch von Forschungsergebnissen sich entwickeln würden. Die Vorschläge Präsident Eisenhowers über die internationale Atomkontrolle vor den Vereinten Nationen bezeichnet der Premierminister als eines der bedeutendsten historischen Ereignisse seit dem Zweiten Weltkrieg. Er betont, daß er auf der Konferenz von dem Entwurf der Rede des Präsidenten in Kenntnis gesetzt worden sei und seine Zustimmung erklärt habe. (Die Ausführungen Sir Winston Churchills über das EVG-Problem sind in dem Beitrag „Atlantikpakt und Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ auf S. 6288 im Wortlaut wiedergegeben.)
23. Der sowjetische Botschafter, Jakob Malik, wird von Premierminister Sir Winston Churchill zu einer Unterredung empfangen.

#### Jugoslawien

21. In Belgrad wird bekanntgegeben, daß die Regierung das Angebot Albaniens angenommen hat, die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern, die seit dem Austritt Jugoslawiens aus dem Kominform im Sommer 1948 unterbrochen waren, wieder aufzunehmen.
24. Die neugewählte Nationalversammlung tritt zu ihrer ersten Sitzung zusammen und wählt Milovan Djilas zu ihrem Präsidenten.
26. Außenminister Kotscha Popowitsch wendet sich in einem Interview mit jugoslawischen Pressevertretern gegen Gerüchte, wonach Jugoslawien eine Rückkehr in den Ostblock beabsichtige; seine Politik der Normalisierung der Beziehungen mit dem Ostblock sei gerechtfertigt und im Sinne der Vereinten Nationen. Jugoslawien sei in der Lage, mit dem Westen auch

weiterhin im Sinne der Gleichberechtigung zusammenzuarbeiten, es sei aber eine unzulässige Einmischung in seine inneren Angelegenheiten, dafür besondere Garantien zu verlangen, weil es ein sozialistischer Staat sei.

#### Luxemburg

23. Tod von Ministerpräsident Pierre Dupong. Zu seinem Nachfolger wird am 28. Dezember Außenminister Joseph Bech ernannt, der sein bisheriges Amt beibehält. Das Finanzministerium, das ebenfalls von dem verstorbenen Ministerpräsidenten verwaltet wurde, übernimmt Pierre Werner.

#### Oesterreich

19. In einer Note an den Alliierten Rat protestiert die Regierung gegen die Aufrechterhaltung von Einschränkungen der österreichischen Lufthoheit.
22. Der Ministerrat beschließt, zu der bevorstehenden Viermächtekonferenz in Berlin eine inoffizielle österreichische Delegation zu entsenden und wegen der Zulassung einer offiziellen Delegation bei den vier Mächten vorstellig zu werden.  
Der Ministerrat setzt eine Kommission zum Studium weiterer Maßnahmen auf dem Gebiete der Liberalisierung des Außenhandels ein.

#### Polen

17. In Warschau leisten die Bischöfe Polens der Regierung den von ihr verlangten Treueid. Ministerpräsident Josef Cyrankiewicz weist in seiner Ansprache auf die in Polen herrschende Glaubensfreiheit hin, betont aber, daß diese Glaubensfreiheit von niemandem zu Zielen, die mit der Religion nichts gemein hätten, mißbraucht werden dürfe. Der Vorsitzende des polnischen Episkopats, Bischof Michael Klepacz, erklärt, daß das Streben der Regierung nach Stärkung des Vaterlandes immer die leidenschaftliche Unterstützung des Episkopats finden werde. Er kündigt an, daß das Episkopat seine Bemühungen fortsetzen werde, die organisatorische Gliederung der ehemals zu Deutschland gehörigen Kirchenprovinzen so zu verändern, daß sie der Zugehörigkeit dieses Gebietes zu Polen entspricht.

#### Schweiz

22. Die Bundesversammlung wählt den Chef des Wirtschaftsdepartements, Bundesrat Rodolphe Rubattel, für das Jahr 1954 zum Bundespräsidenten. Als Nachfolger des zurückgetretenen Bundesrates Max Weber wird Hans Streuli (Freisinnig-Demokratische Partei) zum neuen Chef des Finanzdepartements gewählt.

#### Sowjetunion

16. Der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen

Republik, Otto Grotewohl, wird von Ministerpräsident Malenkow zu einer Unterredung empfangen.

21. Die Regierung übermittelt der amerikanischen Botschaft ihre Antwort auf die Vorschläge Präsident Eisenhowers über die internationale Kontrolle der Atomenergie. Darin erklärt sich die Sowjetregierung zur Teilnahme an Verhandlungen über die Atomkontrolle bereit.  
Das Präsidium des Obersten Sowjets ernennt fünf Minister zu stellvertretenden Ministerpräsidenten. Es sind dies: M. S. Saburou, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, M. G. Perwuchin, Minister für Kraftwerke und Elektroindustrie, J. F. Tewossjan, Minister für Hüttenindustrie, W. A. Malyschew, Minister für Mittleren Maschinenbau, und A. N. Kossygin, Minister für Massenbedarfsgüterindustrie.
24. Es wird bekanntgegeben, daß der ehemalige Innenminister Lawrentij P. Beria, der ehemalige Minister für Staatskontrolle B. M. Merkulow und weitere fünf Angeklagte vom Obersten Gericht unter Vorsitz von Marschall Koniew wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sind. In dem Kommuniqué heißt es, das Ziel der Verschwörer habe darin bestanden, die Organe des Innenministeriums gegen die Kommunistische Partei und die Regierung einzusetzen, um die Macht zu ergreifen und den Kapitalismus in der Sowjetunion wiederherzustellen.
26. Note an die drei Westmächte über die Viermächtekonferenz in Berlin (vgl. den Wortlaut auf S. 6308 dieser Folge).
31. Ministerpräsident Malenkow erklärt in einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Kingsbury Smith, er wünsche eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Als den wichtigsten Schritt im Interesse des Weltfriedens bezeichnet er den Abschluß eines Abkommens über das Verbot der Atomwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen. Gleichzeitig halte die Sowjetunion eine wesentliche Herabsetzung aller anderen Rüstungen für notwendig.

#### Triest

29. Der Gemeinderat der Stadt Triest ersucht die alliierten und jugoslawischen Besatzungsbehörden, den ungehinderten Verkehr über die Demarkationslinie zwischen den Zonen A und B wiederherzustellen.

#### Vatikan

24. In seiner Weihnachtsbotschaft ruft Papst Pius XII. die europäischen Staatsmänner auf, die Einigung Europas zu vollziehen. Er erklärt, es gebe dabei gewiß ein Risiko, doch heiße es, den guten Willen für Europa verlieren, wenn man absolute Sicherheiten verlange. Voraussetzung sei allerdings die Herstellung der Ordnung im inneren Leben der Nationen.

### Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

#### AMERIKA

##### Vereinigte Staaten

21. In einer offiziellen Erklärung begrüßt Außenminister Dulles die Antwort der Sowjetregierung auf die Vorschläge Präsident Eisenhowers für die internationale

Atomkontrolle (vgl. Sowjetunion). Er sagt, die Vereinigten Staaten seien bestrebt, neue Wege zu gehen, um jede Möglichkeit auszunutzen, die sich biete, um Präsident Eisenhowers Vorschläge in die Tat umzusetzen.



22. Rede Außenminister *Dulles* vor dem National Press Club in Washington über die Tagung des Atlantikrates in Paris (vgl. den Beitrag „Atlantikpakt und Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ auf S. 6285 ff. dieser Folge).
23. Communiqué des Weißen Hauses über eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates, in der Präsident *Eisenhower* sich über die Haltung der amerikanischen Regierung zur EVG äußerte (vgl. den Beitrag „Atlantikpakt und Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ auf S. 6285 ff. dieser Folge).
26. In einer in seinem Weihnachtsquartier in Augusta herausgegebenen Erklärung kündigt Präsident *Eisenhower* den Abzug der zwei amerikanischen Divisionen aus Korea an. Er erklärt dazu, daß der Ausbau der südkoreanischen Armee und die wachsende Stärke der amerikanischen Luftwaffe diese Maßnahme nun ermögliche. Die amerikanischen Streitkräfte im Fernen Osten blieben trotzdem stark genug, um einem Bruch des Waffenstillstandes in Korea wirkungsvoll entgegenzutreten zu können.
29. In seinem Jahresbericht über den Stand der amerikanischen Verteidigung erklärt Verteidigungsminister *Charles E. Wilson*, die militärische Schwäche, die vor vier Jahren in der freien Welt herrschte, bestehe heute nicht mehr. Nun sei es an der Zeit, im Lichte der neuen Waffen und der Entwicklung der globalen Strategie die Verteidigungspläne neu zu überprüfen.

## ASIEN

### Japan

24. Die Vereinigten Staaten geben die Souveränität über die Amami-Inseln des Riu-Kiu-Archipels an Japan zurück. Außenminister *Dulles* erklärt dazu am gleichen Tage in Washington, daß die übrigen Inseln der Riu-Kiu-Gruppe einschließlich des See- und Luftstützpunktes Okinawa im Interesse der Verteidigung des Pazifik weiterhin unter amerikanischer Verwaltung bleiben werden.

### Korea

23. Die Befragung der nicht heimkehrwilligen Kriegsgefangenen durch Vertreter beider Seiten wird termingemäß abgeschlossen. Am 28. Dezember unterbreitet die neutrale Heimschaffungskommission den beiden Oberkommandos einen mit den Stimmen der indischen, polnischen und tschechoslowakischen Vertreter gegen die der schwedischen und schweizerischen Vertreter beschlossenen Bericht über die Be-

fragung, in dem die südkoreanischen Behörden beschuldigt werden, durch Fortsetzung einer starken Beeinflussung der Kriegsgefangenen und durch Androhung von Gewalt eine ordnungsgemäße Befragung verhindert zu haben. Die beiden Oberkommandos werden aufgefordert, eine Entscheidung über das Schicksal der nicht heimkehrwilligen Kriegsgefangenen zu treffen.

### Laos

25. Vietminh-Truppen dringen von Mittel-Vietnam aus in Laos ein und erreichen bei Thakhek die siamesische Grenze. Damit ist der in französischer Hand befindliche Teil Indochinas in zwei Teile gespalten.

### Persien

19. Durch kaiserliches Dekret wird das Parlament aufgelöst und der sofortige Beginn von Neuwahlen angeordnet. Die Maßnahme wird damit begründet, daß die Obstruktion der Anhänger des ehemaligen Ministerpräsidenten *Mossadegh* das bisherige Parlament seit dem Sturze *Mossadeghs* beschlußunfähig gemacht habe.
21. Ein Militärgerichtshof verurteilt den ehemaligen Ministerpräsidenten *Mohammed Mossadegh* wegen Hochverrats zu drei Jahren Einzelhaft. In der Urteilsbegründung heißt es, daß *Mossadegh* die Todesstrafe verdient habe, daß man aber in Anbetracht der Fürsprache des Schahs zugunsten *Mossadeghs* Gnade vor Recht habe ergehen lassen.

### Vietnam

17. Ministerpräsident *Nguyen Van Tam* erklärt den Rücktritt seines Kabinetts. In einer Pressekonferenz gibt er bekannt, daß er von Staatschef *Bao Dai* zum Rücktritt aufgefordert worden sei.

## Organisation der Vereinten Nationen

### Vollversammlung

#### Amt des Hohen Kommissars für Flüchtlinge

18. Hochkommissar *G. J. van Heuven Goedhart* gibt in einer Rundfunkansprache bekannt, daß die Mittel des Flüchtlingshilfsfonds der Vereinten Nationen, aus dem bisher den am meisten bedürftigen Flüchtlingsgruppen eine bescheidene Hilfe habe geleistet werden können, nunmehr nahezu erschöpft seien. Er appelliert an Regierungen und Privatleute, dem Fonds durch Spenden und Zuwendungen die Fortsetzung der Hilfeleistung zu ermöglichen.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.  
Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Büdiger, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London. Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond Jean Guillon, Paris; Dr. Walther Hofer, Berlin; Boris Melssner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myllusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1953 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimer Straße 16–18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. Auslandsliste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myllusstr. 20, Telefon 73347.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

# MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

## Die Tätigkeit des Europarats im Dezember 1953

### Dreizehnte Sitzung des Ministerkomitees

#### Neujahrswünsche des Europarats

Am 31. Dezember 1953 wurde um Mitternacht das Geläute der Glocken des Straßburger Münsters, die das neue Jahr einläuteten, von den drei Hauptsendern des französischen Rundfunks übertragen und von den Sendern folgender Länder übernommen: Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Luxemburg, Niederlande und Saarland. Anschließend richtete der Präsident der Beratenden Versammlung, Herr François de Menthon, folgende Botschaft an die Europäer:

„Ich spreche zu allen denen, deren Staaten sich im Rahmen des Europarats zusammengeschlossen haben, um die europäische Einigung fortschreitend zu verwirklichen, und ich wünsche ihnen, ihren Familien und ihren Völkern ein Jahr des Friedens, der Eintracht, des Glücks und des Fortschritts. Der Sache der europäischen Einheit stellen sich noch Schwierigkeiten und Hindernisse entgegen und werden ihr auch weiter entgegenstehen. Ich bin aber überzeugt, daß sie trotz des äußeren Anscheins Fortschritte machen wird, und zwar eben auf Grund der Tatsache der gegenwärtigen Auseinandersetzungen. Ich habe bemerkt, daß in Fällen einzelner umstrittener Pläne die Gegner fast ohne Ausnahme es sich angelegen sein lassen zu erklären, daß sie für die europäische Einheit eintreten und in Zukunft eintreten werden. Die Zahl derer, die erkennen, daß die Zukunft ihrer eigenen Nation die Verwirklichung der europäischen Einheit erfordert, und die sich der engen Solidarität der Gesamtheit der europäischen Nationen bewußt sind, ist ständig im Wachsen begriffen. Im übrigen machen auch die schon bestehenden europäischen Institutionen weitere Fortschritte. Insbesondere die Zukunft des Europarats und seine Rolle zeichnen sich deutlich ab. Mit Ihrer aller Unterstützung werden wir im Laufe des neuen Jahres fortfahren, für den Frieden zu arbeiten, indem wir auf dem Weg zur Einheit weiter voranschreiten.“

#### I. Tagungen der Organe des Rates

##### MINISTERKOMITEE

Die dreizehnte Sitzung des Komitees der Außenminister des Europarats wurde am 11. und 12. Dezember unter dem Vorsitz des französischen Außenministers, Herrn George Bidault, im Château de la Muette in Paris abgehalten. Der Sitzung ging eine Feierlichkeit voraus, während der die Minister im Namen ihrer Regierungen fünf Konventionen oder Abkommen unterzeichneten. Herr van Zeeland, der belgische Außenminister und scheidende Präsident des Ministerkomitees, unterzeichnete, auf Grund eines hierüber gefaßten Beschlusses der Stellvertreter der Minister, im Namen der Regierung des Saarlandes.

Herr Léon Marchal, der gemäß der Empfehlung des

Ministerkomitees vom vergangenen September durch die Beratende Versammlung zum Generalsekretär des Europarats ernannt wurde, legte danach vor den Ministern den Eid ab.

Einzelheiten über die von dem Ministerkomitee gefaßten Beschlüsse sowie eine kurze Zusammenfassung der Konventionen und Abkommen werden im folgenden unter den betreffenden Abschnitten gebracht.

#### GEMISCHTER AUSSCHUSS

Am Samstag, dem 12. Dezember, fand unter Vorsitz des Präsidenten der Beratenden Versammlung, Herrn François de Menthon, eine Sitzung des Gemischten Ausschusses statt. Es waren anwesend:

für das Ministerkomitee die Herren Paul van Zeeland (Belgien), Georges Bidault (Frankreich), Walter Hallstein (Bundesrepublik Deutschland) und Anthony Nutting (Vereinigtes Königreich);

für die Beratende Versammlung die Herren George Brown (Engländer), van der Goes van Naters (Holländer), Kapani (Türke), Luetkens (Deutscher), Montini (Italiener) und Wistrand (Schwede).

Lord Layton und Herr Beamish (Engländer) sowie Herr Pfeleiderer (Deutscher) waren ebenfalls zur Teilnahme eingeladen worden, Lord Layton als Vertreter des Präsidenten der Versammlung der Sechs der Haager Konferenz, die Herren Beamish und Pfeleiderer in ihrer Eigenschaft als Vorsitzender beziehungsweise Berichterstatter des Ausschusses zur Wahrung der Interessen der im Europarat nicht vertretenen Nationen.

Herr de Menthon sprach über die Arbeit der Beratenden Versammlung und die Aussichten für die Zukunft. Herr Bidault, in seiner Eigenschaft als Präsident des Ministerkomitees, antwortete auf diese Ausführungen und betonte dabei die Bedeutung, die die Minister den Debatten über den Europarat in den Parlamenten jedes Mitgliedstaates beilegen, wie sie in einigen von ihnen schon stattgefunden haben. Herr van Zeeland berichtete dann über die von den Sechs hinsichtlich der Schaffung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft erzielten Fortschritte und drückte, unter Zustimmung von Lord Layton, seine Befriedigung über die erreichten Ergebnisse aus.

Der Ausschuß nahm darauf einen Meinungs austausch über den Vorschlag der Versammlung betreffs Errichtung eines Kulturfonds für die Exilierten vor, ebenso über die Durchführung des Artikels 21 der Europäischen Konvention der Menschenrechte (Wahl der Mitglieder der Kommission), den Haushalt der Versammlung und die für die



Ernennung der hohen Beamten des Rates geltenden Bestimmungen.

## STELLVERTRETER DER MINISTER

Vor der dreizehnten Sitzung des Ministerkomitees und im Anschluß daran tagten unter Vorsitz des Ständigen Vertreters Frankreichs beim Europarat, Herrn Geraud Jouve, die Stellvertreter der Minister.

Im Verlauf ihrer ersten Tagung (7. bis 9. Dezember) bereiteten die Stellvertreter die Arbeit des Ministerkomitees vor und billigten folgende Entschlieung betreffs der Uebernahme des Patronats über die Insel Ithaka:

*„Auf Grund der Empfehlung 55 der Beratenden Versammlung bezüglich der Hilfeleistung durch den Europarat für die Geschädigten der Erdbeben in Griechenland, unter Hinweis auf seine Entschlieung (53) 27, die sich mit dieser Katastrophe befaßt und in der den Regierungen der Mitgliedstaaten empfohlen wird, Griechenland so weitgehend und wirksam wie möglich die Hilfe zukommen zu lassen, um die es etwa für den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete ersuchen wird, in dem Wunsch, das Eingreifen des Europarats mit einem verpflichtenden Ziel zu verbinden, das die europäische Solidarität sichtbar zum Ausdruck bringt, beschließt das Ministerkomitee die Uebernahme des Patronats über die Insel Ithaka durch den Europarat und empfiehlt den Regierungen, soweit ihnen nur irgend möglich ist, an dem Wiederaufbau der Insel teilzunehmen, unter Berücksichtigung der von verschiedenen Mitgliedstaaten schon eingeleiteten Schritte oder bereits durchgeführten Hilfsmaßnahmen für die Betroffenen in Griechenland.“*

Im Laufe ihrer zweiten Tagung, am 13. Dezember, wurde von den Stellvertretern die Tagesordnung für ihre kommende Arbeit vorbereitet, die sich besonders mit dem gemäß den Anweisungen der Minister aufgestellten Arbeitsprogramm befassen wird (vgl. „Mitteilungen des Europarats“ in EA 12/1953, S. 5785). Die Minister hatten beschlossen, daß die Ausarbeitung dieses Programms die Prüfung der Frage mit einbegreifen sollte, welche durch Artikel 1 der Statuten des Europarats definierten Aufgaben den verschiedenen internationalen Organisationen zu übertragen wären. Dieses Programm soll vor der sechsten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung, die im Mai 1954 in Straßburg beginnen wird, fertiggestellt werden.

Die Stellvertreter werden ihre nächste Tagung am 8. Februar in Straßburg abhalten.

## II. Andere Tagungen

### Bermuda-Konferenz

Das offizielle Kommuniqué, das am Schluß der Konferenz der Premierminister Frankreichs und Großbritanniens und des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf den Bermudas ausgegeben wurde, enthält folgenden auf die europäische Vereinigung und die Probleme Europas bezüglichen Absatz:

„Wir sehen in der steten Entwicklung auf ein vereinigtes Europa hin, in dem Deutschland mit einbegriffen sein soll, das beste Mittel zur Steigerung des Wohlstandes, der Sicherheit und der Stabilität der Lage der freien Völker Europas. Wir haben von neuem versichert, daß die EVG zur Verstärkung der Defensivkraft der atlantischen Gemeinschaft notwendig ist, von der sie ein

integrierender Bestandteil sein wird. In diesem Rahmen wird eine enge und dauerhafte Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen und britischen Streitkräften und den Streitkräften der EVG auf dem europäischen Kontinent gewährleistet werden.

Der französische Außenminister hat die Probleme, die sich für die Regierung hinsichtlich der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ergeben, genau umrissen. Wir können die gegenwärtige Teilung Europas nicht als gerechtfertigt oder als dauernd betrachten. Wir hoffen, daß mit Hilfe friedlicher Mittel die Länder Osteuropas, wenn der Augenblick gekommen ist, von neuem die ihnen zustehende Rolle spielen können, soweit sie freie Nationen in einem freien Europa sind.“

### Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hat vom 7. bis 9. Dezember unter dem Vorsitz des luxemburgischen Wirtschaftsministers, Herrn Michel Rasquin, in Luxemburg getagt.

Auf einer von Herrn Rasquin sowie von Herrn Duvieusart, dem belgischen Wirtschaftsminister, abgehaltenen Pressekonferenz wurden genaue Auskünfte betreffs des Meinungsaustausches gegeben, der zwischen dem Europarat und der Hohen Behörde über die allgemeine Politik der Kohle- und Stahl-Gemeinschaft und im besonderen über die Investitionen stattgefunden hat.

Der Sonderrat hat am 21. Dezember in Luxemburg eine zweite Tagung abgehalten. Sie war der Vorbereitung einer Tagung zwischen den Regierungsvertretern und den Vertretern der Hohen Behörde zur Beratung von Fragen hinsichtlich der auswärtigen Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gewidmet.

## III. Politische Fragen

### Politik des Europarats

Am vergangenen 26. September hatte die Beratende Versammlung nach mehrtägiger Debatte eine Entschlieung gebilligt, die eine Definition der Politik des Europarats im Licht der letzten Entwicklung der internationalen Lage zum Inhalt hatte. (Der vollständige Text dieser Entschlieung ist in den „Mitteilungen des Europarats“ in EA 21/1953, S. 6079 veröffentlicht worden.)

Obwohl diese Entschlieung nicht ausdrücklich an die Minister gerichtet war, wurde sie doch von diesen im Verlauf ihrer dreizehnten Sitzung geprüft. Die Minister verabschiedeten folgenden Text:

*„Nach Prüfung der Entschlieung 44 der Versammlung, in der die Politik definiert wird, die nach Ansicht der Versammlung im Licht der letzten Entwicklung der Weltlage von den Mitgliedstaaten verfolgt werden sollte,*

*beschließt das Ministerkomitee, die in dieser Entschlieung festgelegte allgemeine Politik in ihren großen Linien zu billigen und seine aufrichtige Hoffnung auszudrücken, daß die Versammlung weiterhin über wichtige politische Fragen dieser Art debattieren werde, um damit richtunggebend für die europäische öffentliche Meinung zu wirken.“*

### Zukünftiges Statut des Saarlandes

### MINISTERKOMITEE

Ebenfalls im Verlauf ihrer September-Sitzung billigte die Beratende Versammlung eine vorläufige Empfeh-

lung an das Ministerkomitee, in der gewisse Vorschläge, das Saarproblem betreffend, gemacht wurden. Gleichzeitig beauftragte die Versammlung ihren Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten, das Studium des von Herrn van der Goes van Naters (Holländer) verfaßten Berichts über das zukünftige Statut des Saarlandes fortzusetzen und ebenfalls Abänderungsvorschläge zu prüfen, bevor sie zu diesem hinzugefügt werden, so daß der endgültige Bericht des Ausschusses während der nächsten Sitzung der Versammlung geprüft werden kann.

Nach Prüfung dieser Empfehlung billigte das Ministerkomitee folgende Entschließung:

„Nach Prüfung der Empfehlung (53) 57 der Beratenden Versammlung,

im Bewußtsein des Ernstes des Saarproblems und der dringenden Notwendigkeit, zu einer Lösung desselben zu gelangen,

beschließt das Ministerkomitee,

den Regierungen der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen, daß es mit Befriedigung die Wiederaufnahme von zweiseitigen Verhandlungen zwischen diesen Regierungen begrüßt und hofft, daß sie schnell zu einer für alle Parteien annehmbaren Lösung führen werden.“

#### Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten

Der Unterausschuß, der von dem Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten mit der Untersuchung gewisser wirtschaftlicher Seiten des Problems des Saarlandes beauftragt worden war, hat am 4. Dezember unter Vorsitz von Herrn Struye (Belgier) in Brüssel getagt. Die Ergebnisse, zu denen der Unterausschuß gelangte, einschließlich derjenigen der Wirtschaftssachverständigen, werden dem Plenum des Ausschusses bei dessen nächster Sitzung im Januar in Paris unterbreitet werden.

#### IV. Wirtschaftsfragen

##### Konvention über Patente

Die Europäische Konvention bezüglich der für die Anmeldung von Patenten vorgeschriebenen Formalitäten, die von den Außenministern des Europarates am Freitag, dem 11. Dezember, unterzeichnet wurde, stellt den ersten Schritt zur Schaffung eines europäischen Patentamtes dar, das die Beratende Versammlung seit ihrer Ersten Sitzungsperiode dringend empfohlen hatte. Die Fertigstellung eines Konventionsentwurfs über die Einführung eines einheitlichen Klassifizierungs-Systems der Patente, der zur Zeit von einem Sachverständigen-Ausschuß bearbeitet wird, wird eine zweite Etappe darstellen. Aber die soeben unterzeichnete Konvention bedeutet an sich schon einen beträchtlichen Fortschritt, insofern als sie soweit wie möglich die nach dem Gesetz der verschiedenen Länder geltenden Vorschriften vereinfacht und vereinheitlicht. Ihre Bedeutung liegt besonders darin, daß die Vertragsstaaten sich verpflichten, zu den endgültig festgelegten Formalitäten nichts mehr hinzuzufügen. Die Urheber haben also die Gewißheit, daß keine der vertragsschließenden Parteien noch formelle Einwände gegen die Anwendung der Patente erheben kann, wenn die durch die Konvention erforderten Formalitäten erfüllt sind.

Die Konvention wird am ersten Tag des Monats in Kraft treten, der auf die Hinterlegung der vierten Ratifikationsurkunde folgt. Danach wird sie außerdem für den Beitritt aller Mitgliedstaaten der Internationalen Union

zum Schutz des industriellen Eigentums offenstehen. Wir möchten hier darauf hinweisen, daß die Schweiz und Oesterreich, obwohl sie dem Europarat nicht angehören, Beobachter zu dem Sachverständigenausschuß entsandt haben, der die Konvention ausarbeitet.

#### Verbindungsausschüsse Europarat — OEEC

Die Verbindungsausschüsse haben am 15. Dezember unter Vorsitz von Herrn Menemcioglu, dem türkischen Botschafter in Paris, in Paris getagt. Die Ausschüsse nahmen einen Meinungsaustausch über die laufenden Arbeiten der beiden Organisationen und über die Vorbereitung der Wirtschaftsdebatte für die Sitzung der Beratenden Versammlung im Mai 1954 vor.

Außerdem legten sie ein Konsultationsverfahren für eine Sondersitzung fest, die sie zwischen einigen Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaftsfragen der Beratenden Versammlung und den Sachverständigen der OEEC über den Straßburger Plan veranstalten werden.

Endlich wurde beschlossen, daß die Generalsekretariate der beiden Organisationen demnächst eine gemeinsame Tagung abhalten sollen, deren Tagesordnung als wesentlichen Punkt vorsieht, die Tätigkeit der beiden Generalsekretariate auf den Gebieten, wo die Gefahr der Ueberschneidung besteht, aufeinander abzustimmen.

#### V. Soziale Fragen

##### Zwischenabkommen über soziale Sicherheit und Konvention über soziale und ärztliche Hilfe

Am 11. Dezember unterzeichneten die Außenminister zwei Zwischenabkommen über soziale Sicherheit und eine Europäische Konvention über soziale und ärztliche Hilfe; die Abkommen sowie die Konvention werden in Kraft treten, wenn zwei Ratifikations-Urkunden bei dem Generalsekretär des Europarats hinterlegt worden sind. In Zusatzprotokollen werden die Vorteile, die die Abkommen und die Konvention gewähren, auch auf die Flüchtlinge erstreckt, soweit sie der Definition dieses Begriffes nach der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 entsprechen. Dänemark hat die Zusatzprotokolle zu den beiden Zwischenabkommen nicht unterzeichnet.

Das erste der beiden Abkommen umfaßt alle Seiten der sozialen Sicherheit mit Ausnahme der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenen-Fürsorge; diesen Versorgungszweigen gilt das zweite Abkommen. In beiden Fällen ist das Ziel dasselbe: erstens, in jedem Vertragsstaat gleiche Behandlung hinsichtlich der Gesetze und Verordnungen über soziale Sicherheit für alle Angehörigen dieses Staates und für die Angehörigen anderer Vertragsstaaten zu gewährleisten; zweitens, auf alle Angehörigen der Mitgliedstaaten die Vorteile zu erstrecken, die sich aus den zwischen den Unterzeichnerstaaten schon abgeschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen Konventionen über soziale Sicherheit ergeben. Dieser letztere Punkt ist von besonderer Bedeutung. Wenn zum Beispiel ein Angehöriger eines Mitgliedstaates in Frankreich Arbeit aufnimmt (wo er auf der gleichen Basis wie ein französischer Staatsbürger versichert wird) und sich später nach dem Vereinigten Königreich begibt, wird er dort nicht nur einem britischen Staatsbürger gleichgestellt, sondern kann ebenfalls die Vorteile der zweiseitigen britisch-französischen Konvention in Anspruch nehmen, derart, daß ihm die Beiträge, die er in Frankreich gezahlt hat, angerechnet werden. Durch die neuen Abkommen werden achtund-



zwanzig zur Zeit gültige Konventionen erfaßt; und sie finden auf hundertneunzehn Systeme der sozialen Sicherheit Anwendung.

Das Ministerkomitee hat den Regierungen, deren Gesetzgebung diese Gleichheit der Behandlung nicht gewährleistet, empfohlen, im Verlauf von zwei Jahren die notwendigen Schritte zur Abänderung der Gesetze ihres Landes zu unternehmen.

Die Europäische Konvention bestimmt, daß unter sozialer und medizinischer Fürsorge „jegliche durch die Gesetze und Verordnungen vorgesehene Unterstützung“ zu verstehen ist, „um Personen ohne ausreichende Geldmittel mit den Mitteln zur Sicherung ihrer Existenz und für die Pflege, die ihr Gesundheitszustand erfordert, zu versehen“. Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, den Angehörigen eines anderen Vertragsstaates bei ordnungsgemäßem Aufenthalt in seinem Hoheitsgebiet die Vorteile der Fürsorge unter den gleichen Bedingungen wie seinen eigenen Staatsangehörigen zu gewähren. Die in jedem Land geltenden Bestimmungen sind in einem Anhang zu der Konvention angeführt.

Im gesamten stellen die Abkommen und die Konvention einen bedeutenden Schritt auf den Abschluß einer Europäischen Sozialcharta hin dar, die im Prinzip schon im August 1950 von der Beratenden Versammlung vorgeschlagen worden war.

## VI. Kulturelle Fragen

### *Gleichwertigkeit der Abgangszeugnisse*

Am 11. Dezember haben die Außenminister des Europarats eine Europäische Konvention bezüglich der Gleichwertigkeit der Schulabgangszeugnisse unterzeichnet. Einer der ersten Punkte des Kulturprogramms des Europarats ist damit verwirklicht worden. Nach diesem zunächst von der Versammlung ausgearbeiteten, von dem Ausschuß der Kultursachverständigen abgewandelten und dann von dem Ministerkomitee gebilligten Programm soll die Gleichwertigkeit der akademischen Grade und Zeugnisse der Mitgliedstaaten anerkannt werden. Dieses Ziel soll in drei Phasen verwirklicht werden, von denen die erste, die die Zulassung zu den Hochschulen der verschiedenen Mitgliedstaaten gestattet, durch diese Konvention erreicht ist; die zweite besteht in der Anerkennung der schon durchgemachten Studienzeit bei einem Ausländer und die dritte in der gegenseitigen Anerkennung der akademischen Grade.

Gemäß der jetzt unterzeichneten Konvention erklärt sich jede der vertragschließenden Parteien bereit, die für die Zulassung an der Universität eines Mitgliedstaates erforderlichen Zeugnisse als gültig für die Zulassung an den entsprechenden Anstalten der anderen Länder anzuerkennen. Unter dem in der Konvention gebrauchten Wort „Diplom“ ist jedes Zeugnis oder jeglicher andere Nachweis, einerlei in welcher Form — ob unmittelbar ausgehändigt oder an bestimmter Stelle eingetragen —, zu verstehen, wonach der Inhaber das Recht hat, sich um die Zulassung an einer Universität oder ähnlichen Anstalt zu bewerben. Die Zulassung wird jedoch begrenzt durch die Zahl der vorhandenen Plätze. Unterliegen die Hochschulen nicht der Kontrolle des Staates, so haben die Regierungen sich verpflichtet, keine Mühe zu sparen, um die Anerkennung der Bestimmungen der Konvention durch die Hochschulen zu erreichen; der Text der Kon-

vention wird diesen durch die Regierungen zugeleitet werden.

### *Ausschuß der Kultursachverständigen*

Der Ausschuß der Kultursachverständigen hat vom 1. bis 3. Dezember unter Vorsitz von Herrn Valeur (Frankreich) in Straßburg seine siebente Sitzung abgehalten. Herr Salat (Bundesrepublik Deutschland) wurde zum Vizepräsidenten und die Herren Bodelsen (Dänemark), Hayes (Irland) und Kitsikis (Griechenland) zu Mitgliedern des Präsidiums gewählt.

Der Ausschuß prüfte die Frage der Fertigstellung eines Kulturprogramms auf lange Sicht, das in das „Aktionsprogramm“ des Europarats aufgenommen werden könnte, dessen Bearbeitung zur Zeit im Gange ist. Die Kultursachverständigen nahmen als Ausgangspunkt die Ergebnisse der Arbeit des Vorbereitungskurses in Nancy und des Treffens in Calw im Schwarzwald, die der Darstellung der europäischen Idee im Geschichtsunterricht gewidmet waren.

Während einer Diskussion über die Ergebnisse des im Oktober 1953 in Rom abgehaltenen europäischen Runden Tisches wurde beschlossen, daß ein aus einer Anzahl von Publizisten des Runden Tisches zusammengesetzter Unterausschuß Anfang 1954 tagen soll, um Vorschläge für eine Veröffentlichung und deren Form auszuarbeiten, in der in Zusammenfassung die Arbeit des Runden Tisches gebracht werden soll. Außerdem beschloß man, daß der im Kulturhaushalt für eine zweite Diskussion des Runden Tisches im Jahr 1954 vorgesehene Betrag für die Tagung des Unterausschusses und, wenn möglich, für eine baldige größere Tagung von Publizisten verwendet werden könnte.

Der Ausschuß hat empfohlen, die vierte vom Europarat organisierte Europäische Studienwoche während der nächsten Herbstsitzung der Beratenden Versammlung im Europahaus abzuhalten. Diese Studienwoche ist besonders für junge Hochschulprofessoren und Lehrer der höheren Schulen eingerichtet.

Der Kulturausweis des Europarates, in dem derjenige des Brüsseler Abkommens aufgeht, wird am 1. Juni 1954 gültig werden. Dieser Ausweis wird seinem Inhaber in den fünfzehn Mitgliedstaaten eine Reihe von Vorteilen verschaffen; erhalten werden ihn Studierende und Hochschulprofessoren, Fachleute, Gruppenführer von Jugendbewegungen dieser Länder sowie Exilierte aus europäischen Nichtmitgliedstaaten, die in ihren jeweiligen Gebieten ordnungsmäßig ansässig sind; dies letztere Vorrecht rührt von einer Empfehlung der Beratenden Versammlung in diesem Sinn vom September 1953 her.

Eine Reihe von Gemäldeausstellungen, die von der gemeinsamen kulturellen Vergangenheit der Europäer zeugen sollen, werden veranstaltet werden, und zwar als erste eine dem europäischen Humanismus gewidmete Ausstellung von Leonardo da Vinci bis Breughel, die 1954 in Brüssel stattfinden soll. Ähnliche Ausstellungen werden in Frankreich (1955), Deutschland (1956), den Niederlanden (1957) und Italien (1958) folgen.

Der Ausschuß hat empfohlen, eins der Forschungstipendien des Europarats für 1954 einer griechischen Kriegswaisen zuzuteilen.

Die nächste Tagung des Ausschusses wird am 17. März 1954 in Straßburg stattfinden.

## VII. Flüchtlinge und Ueberbevölkerung

### MINISTERKOMITEE

#### Ernennung eines Sonderbeauftragten

Die Beratende Versammlung hatte in Uebereinstimmung mit ihrer Empfehlung vom 7. Dezember 1951, in der sie zur Schaffung eines Besonderen Verbindungsausschusses für die Probleme der Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse riet, die Minister ersucht, einen mit der Vertretung des Europarats in diesen Fragen beauftragten Sonderbeauftragten zu benennen. Das Ministerkomitee leistete diesem Ansuchen auf seiner Sitzung im Mai 1953 Folge und beschloß, eine namhafte europäische Persönlichkeit für den Zeitraum eines Jahres zu ernennen, die speziell mit dem Problem der Flüchtlinge und der Ueberbevölkerung in Europa betraut wird.

Im Lauf ihrer dreizehnten Sitzung billigten die Minister folgende Entschliebung:

*„In Anbetracht der Bedeutung und Dringlichkeit des Problems der Flüchtlinge verschiedener Nationen und des Problems der Ueberbevölkerung in Europa,*

*in Anbetracht der bestehenden Lücken in dem System der internationalen Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse,*

*unter Bezugnahme auf die Empfehlung (51) 13 der Beratenden Versammlung und ihre Entschliebung (51) 57 sowie den abschließenden Bericht des Ausschusses der Regierungssachverständigen (Dok. CM (51) 69) und die Entschliebungen (52) 11 und (53) 19, 20 und 22 des Ministerkomitees,*

*in dem Willen, schnell und wirksam zu handeln, ohne in die Tätigkeit und die Befugnisse anderer internationaler Organisationen und namentlich des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen eingreifen zu wollen,*

*beschließt das Ministerkomitee:*

1. Herrn Pierre Schneider für den Zeitraum eines Jahres, beginnend mit dem 1. Februar 1954, die Aufgabe anzuvertrauen, sich mit dem Problem der Flüchtlinge der verschiedenen Nationen und dem Problem der Ueberbevölkerung in Europa zu befassen;

2. ihm den Titel „Sonderbeauftragter des Europarats für die Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse in Europa“ zu verleihen;

3. ihn zu beauftragen:

a) das Interesse der öffentlichen Meinung für die in Frage stehenden Probleme zu wecken;

b) bei der Untersuchung dieser Probleme die Regierungen und die interessierten internationalen Organisationen zu konsultieren, um die Gefahr der Ueber-schneidung zu vermeiden;

c) dem Ministerkomitee im Rahmen der Empfehlungen CM (52) 11 und CM (53) 19 und 20 Vorschläge für ihre Lösung zu machen.“

Die in dem letzten Absatz dieses Textes zitierten Entschliebungen des Ministerkomitees wurden im März 1952 beziehungsweise Mai 1953 angenommen. Die erstere billigt die Vorschläge der Beratenden Versammlung hinsichtlich der Schaffung eines Besonderen Verbindungsausschusses für das Flüchtlingsproblem und das Problem der Ueberbevölkerung zwischen der Beratenden Versammlung und dem Ministerkomitee und weist ihm gewisse Aufgaben zu, „die darin bestehen, die ausdrückliche Unterstützung durch die europäische öffentliche Meinung bei der Lösung dieser Probleme sicherzustellen“ und „die Arbeiten des Europarats auf diesem Gebiet zu

koordinieren und weiter anzuregen“. Die Entschliebung ermächtigt außerdem den Generalsekretär des Europarats, ständigen Kontakt mit den Mitgliedregierungen und den internationalen Organisationen, die auf diesem Gebiet tätig sind, zu halten, um alle zweckdienlichen Informationen zu sammeln, die die Bevölkerungsüberschüsse in jedem Land, die ausgearbeiteten Pläne oder schon ergriffenen Maßnahmen zur Behandlung des Problems im Rahmen der einzelnen Volkswirtschaften sowie Maßnahmen zur Vereinfachung der innereuropäischen Wanderungen und der Auswanderung nach Uebersee betreffen. In den Entschliebungen der Minister vom vergangenen Mai wird der Generalsekretär beauftragt, dem Ministerkomitee „eine Untersuchung über die Möglichkeiten der besseren Organisation der innereuropäischen Wanderungen, beruhend auf beschränkten, aber konkreten Vorschlägen, vorzulegen, welche die Ansiedlung von Arbeitern aus den überfüllten Ländern in den aufnahmebereiten Staaten gestattet“; außerdem wird darin die Absicht des Europarats bekanntgegeben, „jede technische oder wirtschaftliche Hilfsmaßnahme, die die wirtschaftliche Assimilation von Auswanderern aus Westeuropa erleichtern würde und zu diesem Zweck unternommen wird, zu unterstützen“.

Herr Pierre Schneider wurde 1905 in Reims geboren. Er trat mit 20 Jahren in die Luftstreitkräfte ein und kam nach der Kriegserklärung wieder zum Militärdienst. Nachdem er aus diesem entlassen war, schloß er sich der Widerstandsbewegung an. Im Jahr 1945 wurde er zum Abgeordneten bei beiden aufeinanderfolgenden konstituierenden Nationalversammlungen und im darauf-folgenden Jahr zum Abgeordneten des Departements Marne beim M. R. P. gewählt. Im Jahre 1946 war er Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, wurde dann Staatssekretär für deutsche Fragen und 1948 Minister für Öffentliche Gesundheit und Bevölkerungs-fragen.

#### Besonderer Verbindungsausschuß

Der Besondere Verbindungsausschuß für Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse in Europa hat am 14. und 15. Dezember in Paris getagt, unter Vorsitz des Sozial- und Verwaltungsdirektors beim Außenministerium, Herrn Jean Serre, als Vertreter von Herrn Bidault.

Es waren anwesend: für die Minister: Herr Bounous (Italien) und Herr von Trützschler (Bundesrepublik Deutschland); für die Beratende Versammlung: die Herren de la Vallée-Poussin (Belgien), Mandalinci (Türkei), Mercouris (Griechen) und Bottomley (Engländer).

Der Ausschuß diskutierte den technischen Bericht der Sachverständigen über das Thema des Wohnungsbaues und die Planung von Behelfswohnungen in Westdeutschland für die Flüchtlinge aus der Ostzone. Er nahm außerdem die Verbindung mit Herrn Pierre Schneider auf und beriet über die zukünftige Tätigkeit des Europarats in der Angelegenheit der Flüchtlinge und der Bevölkerungs-überschüsse sowie über geeignete Mittel, diese Aufgabe zufriedenstellend durchzuführen.

## VIII. Juristische und Verwaltungsfragen

### MINISTERKOMITEE

#### Ernennungen und Beförderungen von Beamten

In Erwiderung auf die im vergangenen September von der Beratenden Versammlung angenommene Empfeh-



lung (vgl. „Mitteilungen des Europarats“ in EA 22/1953, S. 6115) billigte das Ministerkomitee folgende EntschlieÙung:

„In der Erwägung, daß es im allgemeinen Interesse des Rates liegt, jede geeignete Maßnahme zu ergreifen, die der Förderung des Zusammenwirkens zwischen der Beratenden Versammlung und dem Ministerkomitee dient, billigt das Ministerkomitee folgende EntschlieÙung:

1. Bevor das Ministerkomitee der Beratenden Versammlung eine Empfehlung für die Ernennung des Generalsekretärs, des stellvertretenden Generalsekretärs und des Verwaltungsdirektors der Versammlung im Range eines stellvertretenden Generalsekretärs übermittelt, wird es mit der Versammlung darüber beraten, und zwar normalerweise durch Vermittlung des Gemischten Ausschusses.

2. Keinerlei Amt im Sekretariat soll als fester Anspruch eines bestimmten Mitgliedstaates des Europarats gelten.

3. Bei der Ernennung aller Beamten des Europarats für freigewordene Posten sollen die Befähigungen und die Erfahrung von schon beim Europarat beschäftigten Personen berücksichtigt werden, soweit sich das mit dem Gebot der Zweckmäßigkeit vereinbaren läÙt, von Zeit zu Zeit neue Talente heranzuziehen und eine gerechte geographische Verteilung der zu besetzenden Posten unter die Angehörigen der Mitgliedstaaten anzustreben.“

#### *Friedliche Beilegung von Streitigkeiten*

Während der Tagung des Ministerkomitees legte der schwedische Außenminister, Herr *Unden*, ein Exposé über die Entscheidung von nicht-juristischen Streitigkeiten unter Mitgliedern des Europarats vor. Auf Anregung von Herrn *Unden* beschloß das Komitee, den schwedischen Vorschlag den Stellvertretern der Minister zuzuleiten, die den Ausschuß der Rechtssachverständigen konsultieren können.

#### *Abschaffung der Sichtvermerke*

Wie bekanntgegeben wurde, hat Island, der EntschlieÙung (52) 20 des Ministerkomitees folgend, die Abschaffung der Einreisevisen für die Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.

### **IX. Verschiedenes**

#### *Herr Marchal in Bonn*

Bei seinem offiziellen Besuch in Bonn am 7. und 8. Dezember wurde der Generalsekretär des Europarats von dem Kanzler der Bundesrepublik, Dr. *Adenauer*, und Herrn Staatssekretär *Hallstein* empfangen. Herr

*Marchal* hatte ebenfalls Unterredungen mit hohen Beamten des Außenministeriums sowie mit verschiedenen Abgeordneten des Bundestages und wurde von dem Präsidenten des Bundestages empfangen.

#### *Internationale Organisation der Zivilen Luftfahrt*

Die Konferenz der Internationalen Organisation der Zivilen Luftfahrt, die auf Einladung des Europarats veranstaltet wird, findet im kommenden Frühling in Straßburg statt.

#### *EntschlieÙung der österreichischen Nationalversammlung*

Bevor die österreichische Nationalversammlung für die Ferienzeit am Jahresende auseinander ging, billigte sie einen Antrag an die Regierung, die Bedingungen zu prüfen, unter denen Oesterreich Mitglied des Europarats werden könnte. Der Antrag wurde durch Herrn *Pittermann* und Herrn *Stürck* eingebracht, die der Sozialistischen Partei beziehungsweise der Oesterreichischen Volkspartei angehören, den beiden Parteien also, die die Regierungskoalition bilden.

Das österreichische Parlament hat seit 1951 Beobachter zu den Sitzungen der Beratenden Versammlung und ihrer Ausschüsse geschickt. Darüber hinaus unterhält Oesterreich eine ständige Vertretung in Straßburg und entsendet Delegierte zu gewissen Sachverständigen-Ausschüssen.

Wir erinnern außerdem daran, daß die Beratende Versammlung im Dezember 1951 einstimmig eine EntschlieÙung annahm, in der sie den Wunsch ausdrückte, das Ministerkomitee möchte die erste passende Gelegenheit ergreifen, Oesterreich zum Beitritt zum Europarat einzuladen.

#### *Rücktritt von Herrn Benvenuti*

Der italienische Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Herr *Lodovico Benvenuti*, hat auf seinen Sitz in der Beratenden Versammlung verzichtet. Herr *Benvenuti* war Abgeordneter bei der Beratenden Versammlung und Mitglied des Ständigen Ausschusses seit der Gründung des Europarats.

#### *Italienische Abgeordnete*

Das italienische Parlament hat beschlossen, am 12. Januar zur Wahl seiner Abgeordneten bei der Beratenden Versammlung des Europarats und bei der Gemeinsamen Versammlung der Kohle- und Stahl-Gemeinschaft zusammenzutreten.

## Die Umstellung der NATO auf eine Politik der „Langen Sicht“

Von Hermann Volle

Der amerikanisch-französische Meinungs-austausch zu Beginn der Tagung des Atlantikrats vom 14. bis 16. Dezember 1953 wurde von der Öffentlichkeit so aufmerksam beachtet, daß er als das Hauptthema der Konferenz erschien (er ist in dem Beitrag „Atlantikpakt und Europäische Verteidigungsgemeinschaft auf der 12. Tagung des Nordatlantikrats in Paris vom 14. bis 16. Dezember 1953“ in Europa-Archiv 2/1954, S. 6285—6294, ausführlich behandelt). So entstand der Eindruck, daß im Gegensatz zu früheren Tagungen die Erörterung politischer Fragen die Behandlung militärischer Angelegenheiten überschattet habe, ein Eindruck, den der inzwischen bekanntgewordene Bericht an den Atlantikrat über die sowjetische Politik verstärkte. Indessen ist der Eindruck nicht zutreffend. Die neue Orientierung der NATO-Strategie, die der Atlantikrat billigte, ist ein Ereignis von fundamentaler Bedeutung, insbesondere im Zusammenhang mit der gleichzeitig verkündeten neuen Konzeption der amerikanischen Rüstung und Verteidigung. Dieser bisher nicht genügend beachtete Teil der Verhandlungen des Atlantikrats ist Gegenstand des folgenden Beitrags.

### Die Prüfung der internationalen Lage durch den Atlantikrat

#### *Einschätzung der sowjetischen Politik*

Bei der Prüfung der internationalen Lage während der 12. NATO-Tagung im Dezember 1953 in Paris ergab sich im Atlantikrat die übereinstimmende Auffassung, daß keine Beweise für eine Änderung der Ziele der sowjetischen Politik vorliegen. Der Rat gelangte zu der Ansicht, daß die Sowjetunion sich nach wie vor mit Nachdruck um die Auflösung der atlantischen Allianz und insbesondere um die Verhinderung der im Rahmen der NATO zu errichtenden EVG bemüht<sup>1</sup>.

Dieser Einschätzung der sowjetischen Politik lag ein sorgfältig vorbereiteter Bericht<sup>2</sup> zugrunde, dessen Inhalt im Verlaufe der Tagung von den Außen-, Verteidigungs- und Finanzministern der 14 Paktstaaten gebilligt wurde. Darin wird die Auffassung vertreten, daß die Machtkämpfe innerhalb des Kreml noch nicht zum Abschluß gekommen sind, daß es aber nicht möglich ist, die sich bekämpfenden Gruppen und Personen mit Genauigkeit zu identifizieren.

Die neuen Parteibosse seien bemüht, eine schärfere Kontrolle des Parteiapparates auszuüben und die Art der Schulung der Mitglieder auf geschickte Weise zu ändern<sup>3</sup>. Andererseits wird jedoch festgestellt, daß der Wechsel von der persönlichen Despotie Stalins zu der gegenwärtigen Regierung einer kleinen Gruppe unter Führung Malenkows „offensichtlich erfolgreich“ durchgeführt wurde. Es bestehe auch kein Grund zu der Annahme, daß die Stabilität der Regierung Malenkow bedroht sei. Es wäre daher völlig

falsch, mit einer ernstzunehmenden Opposition zu rechnen. Nikita Chruschtschew, der erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, scheine der wichtigste Gefolgsmann Malenkows zu sein. Er habe bedeutend an Einfluß gewonnen. Als kollektives Organ stelle die Kommunistische Partei die anerkannte Regierungsmacht dar, während Geheimpolizei und Armee im Hintergrund blieben. Wenngleich die neue Regierung einige echte Konzessionen, vor allem wirtschaftlicher Art, an die sowjetische Bevölkerung gemacht habe, so dürften diese doch in erster Linie zum Zwecke der Festigung der Regierung Malenkows erfolgt sein.

Der Atlantikrat stellte fest, daß der Totalitarismus auch weiterhin die wesentliche Form des Sowjetregimes geblieben ist. Der Fall Beria habe gezeigt, wie leicht der Staat auf die willkürlichen Methoden aus der Zeit Stalins zurückgreifen könne. Von einer echten Abkehr von der Politik Stalins könne daher nicht die Rede sein. An dem Kollektivsystem in der Landwirtschaft habe sich nichts geändert. Wenn auch einige der von Stalin begünstigten Großbauprojekte zurückgestellt worden seien, so liege die Betonung doch weiterhin auf der Schwerindustrie. Es müsse damit gerechnet werden, daß die Sowjetunion ihre militärische Stärke weiterentwickle. Die Tatsache, daß die Sowjetunion über die Wasserstoffbombe verfüge, beweise, in welchem Ausmaße Kraft und Geld den militärischen Angelegenheiten gewidmet würden. Gegenwärtig werde mehr für die gesamte Verteidigung ausgegeben als im Vorjahr.



Die sowjetische Außenpolitik beruht nach Ansicht des Berichtes nach wie vor auf dem kommunistischen Credo, daß der westliche Kapitalismus letztlich auseinanderfallen (desintegrate) werde. Aus diesem Grunde versuche die Sowjetunion, die westlichen Regierungssysteme zu unterminieren und die Mächte des Atlantikpaktes zu entzweien. Der Kreml sei vor allem bestrebt, die Vereinigten Staaten von ihren Freunden zu trennen.

Der Atlantikrat rechnet damit, daß sowohl die Sowjetunion als auch das kommunistische China zwar den Wunsch haben, den Waffenstillstand in Korea aufrechtzuerhalten. Es sei jedoch gegenwärtig nicht möglich, die zukünftige Asienpolitik der Sowjetunion klar zu erkennen. Es sei aber anzunehmen, daß Moskau und Peking vorerst Alliierte bleiben werden.

Das kommunistische China wird in der dem Atlantikrat vorgelegten Studie als die treibende Kraft hinter den Bürgerkriegen und Unruhen in Indochina, Burma und Malaya bezeichnet. Die kommunistische Infiltration der indonesischen Republik wird als ein alarmierendes Zeichen betrachtet.

#### Die Aussichten der Berliner Konferenz

Auf Grund der Einschätzung der Ziele und Absichten der sowjetischen Politik zeigte der Atlantikrat keine allzu optimistische Haltung hinsichtlich der bevorstehenden Berliner Konferenz. Trotz der sowjetischen Note vom 26. November 1953<sup>4</sup>, die den Weg zu einer Viermächte-Außenministerkonferenz freigab, weist der bereits zitierte Bericht darauf hin, daß der Kreml bisher kein echtes Verlangen nach Verhandlungen über grundlegende Uebereinkünfte gezeigt habe. Schon in seiner Eröffnungsansprache hatte der französische Außenminister *Bidault* angedeutet, daß er wohl auf das Zustandekommen der Berliner Konferenz hoffe, den Willen dazu auf sowjetischer Seite aber noch nicht für unbedingt gesichert halte<sup>5</sup>.

Von verschiedenen Ministern, so beispielsweise dem norwegischen Außenminister *Halvard Lange* und dem belgischen Außenminister *Paul van Zeeland*, wurde angeregt, daß die Außenminister der drei Westmächte auf der Berliner Konferenz als Vertreter der NATO sprechen sollten. Ein entsprechendes Mandat hat der Atlantikrat den drei Großmächten jedoch nicht erteilt. Der Generalsekretär der NATO, *Lord Ismay*, erklärte auf einer Pressekonferenz am 16. Dezember 1953 hierzu<sup>6</sup>:

„Die drei Mächte werden nicht im Namen der NATO sprechen, da nicht alle Mitglieder des Atlantikrates auch Besatzungsmächte sind. Indessen werden die drei Großmächte ihre Verbündeten konsultieren und den Ansichten der 11 Mitgliedstaaten Rechnung tragen.“

Was im einzelnen über die bevorstehende Berliner Konferenz gesprochen wurde, ist nicht bekannt geworden, da die entsprechenden Beratungen vertraulich und im kleineren Kreise geführt wurden. An die-

sen Sitzungen nahmen „nur“ 80 anstatt der sonst üblichen 300 Personen teil. Aus den spärlichen für die Presse herausgegebenen Informationen läßt sich lediglich entnehmen, daß die Minister die Aussichten der Viererkonferenz in Berlin erörterten und darüber berieten, wie man am besten mit den Russen verhandeln könne.

Es darf jedoch vermutet werden, daß die Frage einer Sicherheitsgarantie für die Sowjetunion von den Ministern behandelt wurde, nachdem es dem britischen Premierminister, Sir *Winston Churchill*, während der Bermudakonferenz offensichtlich gelungen war, seine Kollegen von der Berechtigung und den Vorteilen einer solchen Sicherheitsgarantie zu überzeugen. In seinem Bericht vor dem britischen Unterhaus am 17. Dezember 1953 erklärte Sir *Winston*, er hoffe, daß sich während der Berliner Konferenz Mittel finden lassen würden, um den Russen ein Gefühl der Sicherheit zu geben, das auf anderen Faktoren als nur auf Stärke beruhe<sup>7</sup>. Auch Außenminister *Dulles* ging in seinem Bericht über die 12. NATO-Konferenz auf die Frage des sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses ein<sup>8</sup>.

Von sowjetischer Seite liegt inzwischen ebenfalls eine ausführliche Stellungnahme zur Frage der Sicherheit vor. *I. Alexandrow* hat in einem Aufsatz in der *Prawda* „Die europäische Sicherheit und die Politik der Entfachung von Feindschaft in Europa“ zu erkennen gegeben, wie sich die Sowjetunion die Lösung des Problems vorstellt<sup>9</sup>, die wir auf S. 6341 dieser Folge im Wortlaut bringen.

#### Andere internationale Fragen

Die Minister der NATO-Mächte befaßten sich auch mit einer Reihe anderer die internationale Lage betreffenden Probleme, darunter auch mit dem Vorschlag Präsident *Eisenhowers*, einen friedlichen Gebrauch der Atomenergie zu entwickeln und zu beschleunigen<sup>10</sup>. Der britische Außenminister *Eden* gab dem Atlantikrat eine Darstellung über den Stand der britisch-ägyptischen Verhandlungen. Außenminister *Dulles* benutzte die Gelegenheit, nochmals im einzelnen die Situation zu schildern, die sich für den amerikanischen Kongreß und insbesondere für die Bewilligung der Auslandshilfe ergeben würden, wenn der EVG-Vertrag unratifiziert bliebe<sup>11</sup>. Zur Diskussion stand auch die Frage des Waffenstillstands in Korea und die Lage in Indochina. Ob sich die Außenminister auch mit den Saarproblemen und Triest befaßten, ist nicht bekannt geworden. Der italienische Ministerpräsident *Pella* führte jedoch am Rande der Konferenz Gespräche mit Außenminister *Dulles* und Außenminister *Eden*, bei denen das Triestproblem behandelt wurde. *Pella* soll hierbei mitgeteilt haben, daß Italien den EVG-Vertrag erst dann ratifizieren werde, wenn das Problem Triest befriedigend gelöst sei.

Das Schlußkommuniqué der NATO enthält über die Erörterung der internationalen Lage nur einen kurzen Absatz, in dem es heißt, die Sowjetregierung habe noch zu zeigen, daß sie aufrichtig wünsche, zu einer Einigung über irgendeinen der bestehenden Reibungspunkte zu kommen. Die von den

Westmächten unternommenen Schritte zur Herbeiführung eines Treffens der vier Außenminister in Berlin wurden durch den Rat begrüßt. Die von Präsident Eisenhower den Vereinten Nationen unterbreiteten Vorschläge für eine Lösung des Problems der Atomwaffen fanden die Unterstützung des Rates.

### Die Konzeption der „Langen Sicht“

#### *Die Entstehung der neuen Konzeption*

Beim Aufbau der NATO war man von der Annahme ausgegangen, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt mit dem Ausbruch eines neuen Weltkrieges gerechnet werden müsse. Diese These wurde vor allem von dem damaligen amerikanischen Außenminister *Acheson* vertreten. Die Bemühungen der NATO waren daher anfänglich darauf ausgerichtet, so schnell wie möglich die volle Verteidigungsstärke zu erreichen. Das auf diese Weise eingeschlagene Tempo konnte jedoch von keinem der Mitgliedstaaten auf unbegrenzte Zeit durchgehalten werden. Schon 1952, stärker aber noch im Jahre 1953 wurde von vielen Mitgliedstaaten der NATO erklärt, daß sie den ihnen zugewiesenen Anteil am Programm nicht tragen könnten, wenn die Vereinigten Staaten nicht weitgehend wirtschaftliche Hilfe gewährten. Präsident *Eisenhower* und Außenminister *Dulles* gaben aber zu verstehen, daß die Vereinigten Staaten eine solche Belastung auch nicht auf unbegrenzte Dauer übernehmen könnten. Eine Minderung des Eiltempo der NATO erschien den Vereinigten Staaten nicht nur vertretbar, sondern sogar dem Gebot der Vorsicht entsprechend. So kam es zu den amerikanischen Vorschlägen auf der Aprilsitzung des Nordatlantikrates<sup>12</sup>, die heute allgemein als die Konzeption des „Long Haul“ bezeichnet wird.

Diese neue Konzeption der „Langen Sicht“ sieht vor, daß die NATO mit einem Etat arbeitet, der von den Mitgliedstaaten auch über eine unter Umständen lange Zeitspanne hinweg aufgebracht werden kann. Sie bedeutet nach den Worten des amerikanischen Außenministers *Dulles* eine stetige Weiterentwicklung der NATO, die jedoch die wirtschaftliche und finanzielle Stärke ihrer Mitgliedstaaten wahrt und nicht erschöpft:

„Wir sind überzeugt, daß unsere Mitglieder die Mittel für eine ausreichende Verteidigung einschließlich einer Vielzahl neuer Waffen zur Verfügung stellen und gleichzeitig eine stetige Verbesserung des Lebensstandards und des allgemeinen Wohlstandes unserer Völker ermöglichen können... und daß dies eine reine Sicherheitsmaßnahme ist. Sie macht die subversiven, gegen die freien Regierungen gerichteten Bemühungen der Kommunisten zu nichts. Sie schafft ferner einen auffallenden Kontrast zum Despotismus und stellt die sowjetischen Machthaber so einem Dilemma im eigenen Land gegenüber“<sup>13</sup>.

An anderer Stelle hat der amerikanische Außenminister erklärt<sup>14</sup>:

„Dies ist nicht die Zeit für die freie Welt, in ihren Anstrengungen nachzulassen und ihre militärische Kapazität zur Selbstverteidigung und zum Gegenschlag zu schwächen. Wir sind aber an dem Punkte angekommen, wo wir den sowjetischen Machthabern mit einem Nutzeffekt demonstrieren können, daß wir zwei Dinge auf einmal zu tun in der Lage sind, nämlich unsere militärische Stärke aufzubauen und den wirtschaftlichen Wohlstand zu erhöhen.“

#### *Weiterentwicklung der neuen Konzeption durch die Vereinigten Staaten*

Die Vereinigten Staaten haben die im Rahmen der NATO vorgeschlagene und nunmehr gebilligte Konzeption der „Langen Sicht“ im eigenen Lande vorbereitet und weiterentwickelt. Dies zeigt sich aus einer Reihe von programmatischen Ankündigungen auf den Sektoren der Verteidigungs- und Außenpolitik. Der Vorsitzende der Joint Chiefs of Staff, Admiral *Arthur W. Radford*, trat als erster mit der Bekanntgabe einer neuen amerikanischen Verteidigungskonzeption an die Öffentlichkeit. Während der Atlantikrat in Paris tagte, erklärte *Radford* in Washington:<sup>14a</sup>

„Das Motiv und das Tempo für den „New Look“ beruhen auf der Anweisung, die in der Rede Präsident *Eisenhowers*<sup>14b</sup> vom April 1953 enthalten ist und in der er sagte, daß die Planung künftig auf der Basis der Vorbereitungen für den „long-term pull“ erfolgen müsse. Hier liegt der Schlüssel für unsere neue Planung.

Mit der Politik des Präsidenten als Ausgangspunkt sollten wir zu wirtschaftlich gesunden militärischen Plänen sowohl für die Vereinigten Staaten als auch für unsere Alliierten gelangen.“

*Radford* verwies sodann auf eine Rede des Verteidigungsministers *Wilson*, die dieser im November 1953 vor dem National Press Club in Washington hielt und in der er die Ziele der neuen Planung wie folgt umriß:

„Das Ziel der gesamten Verteidigungsorganisation ist die Entwicklung der maximalen militärischen Stärke und Sicherheit unseres Landes, die wir durch kluge Verwendung derjenigen Gelder erreichen können, die das Volk durch den Kongreß für die Verteidigung unseres Landes zu geben bereit und in der Lage ist.“

*Radford* erklärte, es sei für die Vereinigten Staaten aus leicht erkennbaren Gründen unmöglich, schlagkräft-



tige und überlegene Verbände überall dort stehen zu haben, wo eine Aggression erfolgen könnte. Aus diesem Grunde müsse eine bewegliche und schlagkräftige Armee zur Verfügung stehen, die sofort in Bewegung gesetzt und ohne Verzug eingesetzt werden könnte. Die Schaffung einer Armee, die den wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten Rechnung trage, sei das Ziel des neuen Verteidigungsplanes. Radford sagte, das angestrebte Ergebnis der neuen Verteidigungspläne bestehe darin, die Verteidigungsausgaben im Verlaufe der nächsten drei Jahre von gegenwärtig 45 Milliarden Dollar auf 32 Milliarden Dollar zu vermindern. Das Hauptgewicht dieses Dreijahresplanes werde auf dem Ausbau der Luftwaffe und der Atomwaffen liegen, wodurch eine bedeutende Herabsetzung der Bestände des Heeres möglich werde. Dieses neue Verteidigungsprogramm wurde von Präsident *Eisenhower* am 16. Dezember 1953 anlässlich einer Geheimsitzung des Nationalen Sicherheitsrates der Vereinigten Staaten grundsätzlich gebilligt<sup>15</sup>. Nur zehn Tage später, am 26. Dezember 1953, kündigte *Eisenhower* den Abzug von zwei Divisionen aus Korea an.

In seiner Botschaft über die Lage der Nation an den amerikanischen Kongreß vom 7. Januar 1954 hat Präsident *Eisenhower* die von ihm ausgearbeitete Politik auf lange Sicht sodann ausführlich umschrieben<sup>16</sup>:

„Im vergangenen Jahr hat sich in der Welt tatsächlich ein großer strategischer Wandel vollzogen. Die Initiative, dieser kostbare, unwägbarer Begriff, wird mehr und mehr unser. Unserer Politik, die sich nicht auf die bloße Reaktion auf von anderen hervorgerufene Krisen beschränkt, steht es nicht nur im Ausland, sondern auch im eigenen Lande frei, sich nach den Richtlinien unserer Wahl zu entwickeln. Der Grundtenor der amerikanischen Politik im kommenden Jahr soll unsere gemeinsame Entschlossenheit sein, diese Initiative zu behalten und zu nützen...

Die Freiheit Amerikas ist so lange bedroht, wie die kommunistische Weltverschwörung in ihrem gegenwärtigen Umfang, ihrer gegenwärtigen Stärke und Feindseligkeit besteht. Stärker denn je zuvor ist die Freiheit Amerikas mit der der übrigen Völker verknüpft. In der Einheit der freien Welt liegt unsere beste Chance für eine Verringerung der kommunistischen Bedrohung ohne einen Krieg. Bei der Aufgabe, diese Einheit zu erhalten und alle ihre Partner zu stärken, fällt die größte Verantwortung naturgemäß denen zu, die, wie wir, die größte Freiheit und Stärke besitzen.

Wir werden daher fortfahren, die Sache der Freiheit an den Fronten im Ausland zu fördern.“

Präsident *Eisenhower* befaßte sich sodann mit den Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den Ländern im Fernen Osten, in Südasien und im Mittleren Osten sowie mit den Beziehungen zu den Nachbarn der Vereinigten Staaten in der westlichen Hemisphäre und zu der Organisation der Vereinten Nationen. Ueber Europa erklärte *Eisenhower*:

„In Westeuropa ruht unsere Politik fest auf dem Nordatlantikpakt. Soweit wir überhaupt sehen können, wird sie sich auf diesen Pakt stützen. Innerhalb seiner Organisation ist die Schaffung einer europäischen Gemeinschaft, einschließlich Frankreichs und Deutschlands, von entscheidender Bedeutung für ein freies und auf eigenen Füßen stehendes Europa. Dieses wird durch die europäische Verteidigungsgemeinschaft gefördert werden, die eine Garantie für die Sicherheit Europas bietet. Mit der kommenden Einheit Westeuropas wird die Wirksamkeit der Unterstützung, die die amerikanische Nation für die Sicherheit Europas und der freien Welt zu leisten imstande ist, vervielfacht werden...

Die Verteidigungshilfe muß fortgesetzt werden. Auch die technische Hilfe müssen wir weiterhin durchführen. Die Wirtschaftshilfe kann reduziert werden...

Die Tatsache, daß wir nunmehr das Ausmaß unserer wirtschaftlichen Auslandshilfe in zahlreichen Gebieten verringern können, ist ein erfreulicher Beweis dafür, daß ihre Ziele erreicht worden sind. Bei Fortdauer der hohen, über dem Vorkriegsstand liegenden wirtschaftlichen Aktivität gewinnt Westeuropa an Selbständigkeit. Damit tritt unser Verhältnis zu diesen Ländern in eine neue Phase...

Da wir für alle Völker den Frieden erhoffen, schulden wir uns und der Welt eine aufrichtige Erklärung für die militärischen Maßnahmen, die wir zur Sicherung dieses Friedens unternehmen...

Lassen Sie mich einige Punkte unserer Verteidigungsplanung darlegen:

Während wir erstens entschlossen sind, die Atomkraft für friedliche Zwecke einzusetzen, tragen wir gleichzeitig der großen und wachsenden Zahl an Atomwaffen sowie der äußerst wirkungsvollen Möglichkeit Rechnung, diese gegen einen Aggressor einzusetzen, sofern dies zur Erhaltung der Freiheit notwendig ist. Unsere Verteidigung wird noch stärker sein, wenn wir unter geeigneten Sicherheitsvorkehrungen mit unseren Verbündeten gewisse Kenntnisse über den taktischen Einsatz von Atomwaffen teilen. Ich ersuche den Kongreß dringend, die hierzu erforderlichen Vollmachten zu geben.

Zweitens: Die Nützlichkeit dieser neuen Waffen schafft neue Beziehungen zwischen Menschen und Material. Diese neuen Beziehungen ermöglichen in dem Maße, wie wir Streitkräfte aufbauen, eine Einsparung an Menschen. Wie aus der Haushaltsbotschaft am 21. Januar ersehen werden kann, wird auf die Luftmacht unserer Marine und unserer Luftstreitkräfte großer Nachdruck gelegt.

Drittens: Unsere Streitkräfte müssen ihre Beweglichkeit zurückgewinnen. Unsere strategischen Reserven müssen zentral placiert und jederzeit aufmarschbereit sein, um einer plötzlichen Aggression gegen unser Land oder unsere Verbündeten begegnen zu können.

Viertens: Unser Verteidigungssystem muß auf einem gut ausgebildeten Personal und seinem Einsatz nach wirtschaftlichen Grundsätzen bei größter Beweglichkeit aufgebaut sein. Eine Berufsarmee ist das Herz jeder Sicherheitsorganisation. Sie ist Lehrer und Führer derer, die vorübergehend ihrer Verpflichtung zur Verteidigung der Republik nachkommen...

Fünftens: Die Fähigkeit, von einer teilweisen zu einer gesamten Mobilisierung übergehen zu können, ist für

unsere Sicherheit unumgänglich notwendig ... Die amerikanische Nation muß schließlich eine den gegebenen Erfordernissen entsprechende Basis für die Mobilisierung haben — die Grundlage eines gesunden Verteidigungsprogramms ...

Sechstens: Die militärischen und nichtmilitärischen Maßnahmen für die kontinentale Verteidigung müssen verstärkt werden und werden verstärkt. Im laufenden Haushaltsjahr weisen wir für diese Zwecke einen steigenden Betrag unserer Gesamtausgaben an, und im kommenden Haushaltsjahr werden wir fast eine Milliarde Dollar mehr dafür ausgeben als 1953.

Unsere Verteidigungsanstrengungen auf dem zivilen Sektor sind ein nicht wegzudenkender Bestandteil unserer Sicherheitsvorkehrungen auf dem amerikanischen Kontinent. Hierin werden wir nur dann erfolgreich sein, wenn uns die uneingeschränkte Mithilfe der Gouverneure der Bundesstaaten, der Bürgermeister in den Städten und der freiwilligen Bürgervereinigungen zuteil wird. Unter ihrer Mitwirkung können wir ein auf Zusammenarbeit abgestelltes Programm in Angriff nehmen, durch das im Falle eines Angriffes zahllose Menschenleben gespart und die Zerstörungen verringert werden können.

Das im Budget für das Haushaltsjahr 1954/55 vorgeschlagene Verteidigungsprogramm steht in Einklang mit allem vorstehend aufgeführten Erwägungen. Es stützt sich auf ein neues Militärprogramm, das vom gemeinsamen Generalstab einstimmig empfohlen und von mir im Anschluß an die Erörterung durch den Nationalen Sicherheitsrat gebilligt wurde. Dieses neue Programm wird die Vereinigten Staaten in diesem Zeitalter der Gefahr stark machen und stark erhalten. Seine Durchführung darf durch nichts behindert werden.

Die von mir vorstehend umrissene Außenpolitik wird uns zusammen mit den Verteidigungsvorkehrungen in die Lage versetzen, von einer Position der Stärke aus zu verhandeln und gleichzeitig unseren entschlossenen Kurs zur Schaffung einer befriedeten Welt beizubehalten.“

Der amerikanische Außenminister Dulles hat die von Präsident Eisenhower dargelegte Konzeption wenige Tage später, am 12. Januar 1954, vor dem Council of Foreign Relations in New York in den Rahmen der amerikanischen Außenpolitik gestellt<sup>17</sup>. Er bezeichnete die von Eisenhower konzipierte Politik als „eine Politik für die ganze historische Ära der Bedrohung durch den sowjetischen Expansionismus“. Dulles ging davon aus, daß die bisher verfolgte Politik der früheren Administration im ganzen gut und richtig gewesen sei. Sie habe aber an einem Mangel gelitten; sie habe aus lauter krisenhaften Reaktionen gegen Vorstöße der Sowjetunion bestanden und habe Anstrengungen erfordert, die auf die Dauer für die Vereinigten Staaten wie für ihre Alliierten untragbar gewesen seien.

„Es ist keine gesunde militärische Strategie, die amerikanischen Landstreitkräfte in Asien, dauernd in einem Maße einzusetzen, das uns keine strategischen Reserven beläßt.

Es ist weder eine gesunde Wirtschaftspolitik noch eine gute Außenpolitik, ständig andere Länder zu unter-

stützen, denn dies schafft auf die Dauer genau so viel schlechten Willen wie guten Willen.

Es ist auch nicht gesund, dauernd zu so hohen militärischen Ausgaben verpflichtet zu werden, daß sie „zum praktischen Bankrott“ führen.

Ein Wechsel war unumgänglich, um die physische Kraft für eine dauernde Sicherheit zu gewährleisten. Aber es war in gleicher Weise unumgänglich, daß dieser Wandel von einem Verständnis unserer wahren Ziele und Zwecke begleitet wurde. Ein plötzlicher und auffallender Wandel mußte vermieden werden.

Andernfalls hätte es vielleicht eine Panik unter unseren Freunden und eine auf falschen Voraussetzungen beruhende Aggression unserer Feinde geben können. Wir können, so glaube ich, in dieser Hinsicht einen guten Bericht ablegen.

Wir brauchen Verbündete und eine kollektive Sicherheit. Unser Ziel ist es, diese Beziehungen wirksamer und weniger kostspielig zu gestalten. Dies kann dadurch getan werden, daß man mehr Gewicht auf die abschreckende Macht legt und sich weniger auf die örtliche Verteidigungsstärke verläßt ...

Die örtliche Verteidigung wird immer wichtig sein. Aber es gibt kein örtliches Verteidigungssystem, das für sich allein die riesige Macht der kommunistischen Welt in Schach halten könnte. Die örtlichen Verteidigungssysteme müssen dadurch verstärkt werden, daß eine massive Verteidigungsmacht als Abschreckung wirkt. Ein möglicher Aggressor muß wissen, daß er nicht immer die Kampfbedingungen vorschreiben kann, die ihm passen. Andernfalls könnte zum Beispiel ein potentieller Aggressor, der über ein ungeheures Menschenreservoir verfügt, versucht sein, im Vertrauen darauf, daß der Widerstand nur auf dem Menschenpotential beruhe, anzugreifen. Er könnte versucht sein, dort anzugreifen, wo seine Ueberlegenheit entscheidend wäre.

Für die Gemeinschaft der freien Nationen liegt der Weg, die Aggression abzuschrecken, darin, willens und in der Lage zu sein, mit Macht und Entschlossenheit an selbstgewählten Punkten und mit selbstgewählten Mitteln zurückzuschlagen.

Solange unsere außenpolitischen Grundkonzeptionen nicht klar umrissen waren, konnten unsere Militärs bei dem Aufbau unserer militärischen Stärke nicht wählerisch sein.“

Der Grundgedanke der neuen Politik beruht demnach auf der Möglichkeit strategischen Zurückschlagens in Verbindung mit örtlicher Verteidigung. Die grundsätzliche Entscheidung Präsident Eisenhowers, daß die Vereinigten Staaten über die Macht verfügen müssen, solche strategischen Schläge mit Mitteln und an Orten ihrer eigenen Wahl zu führen, ermöglicht es den militärischen Führungsstellen, ein entsprechendes Programm aufzustellen. Heute brauchen sie, wie Dulles sagte, nicht mehr ständig bereit zu sein, gleichzeitig in der Arktis und in den Tropen, in Asien, im Mittleren Osten und in Europa, zur See, auf dem Land und in der Luft zu kämpfen.

„Nunmehr sind das Verteidigungsministerium und die Chefs unserer gemeinsamen Stäbe in der Lage, unsere militärische Organisation nach den politischen Erforder-



nissen auszurichten. Sie brauchen nicht mehr zu versuchen, eine passende Antwort auf die zahlreichen Möglichkeiten und Absichten des Feindes zu finden. Dies erlaubt eine Auswahl der militärischen Machtmittel statt einer Vervielfältigung dieser Mittel.“

Dadurch habe das Land heute mehr Sicherheit zu geringeren Kosten. Daraus erkläre sich der Entschluß, zwei Divisionen aus Korea zurückzuziehen, um in den Vereinigten Staaten eine strategische Reserve zu bilden, was u. a. auch den kommunistischen Vorwurf entkräfte, Amerika sei „imperialistisch“. Daraus erkläre sich auch das langfristige Programm der NATO, das sogenannte „Long Haul“-Programm, das während langer Zeit aufrechterhalten werden könne.

### Die militärische Planung der NATO im Zeichen der neuen Verteidigungskonzeption

In Anbetracht dieser nunmehr im einzelnen festgelegten Konzeption der amerikanischen Politik und Strategie gewinnen die militärischen Ergebnisse und Entscheidungen der 12. Tagung des Atlantikrates eine besondere Bedeutung. Sie zeigen, daß die amerikanische Konzeption der „langen Sicht“ zur beherrschenden These in der militärischen Planung der NATO geworden ist.

#### Das Programm für 1954

Das vom Atlantikrat gebilligte Militärprogramm sieht für 1954 im Vergleich zu 1953 eine rund 25prozentige Verstärkung der Luftwaffe, eine 15prozentige Verstärkung der Marinestreitkräfte und eine 5prozentige Verstärkung der größeren Verbände an Landtruppen vor.

In diesem Zusammenhang wurde bekanntgegeben, daß die 14 NATO-Länder im Jahre 1953 insgesamt rund 65,6 Milliarden Dollar für Verteidigungszwecke ausgegeben haben. Das sind etwa 10 vH mehr als im Jahre 1952. Die amerikanischen und kanadischen Hilfsprogramme beliefen sich im Jahre 1953 auf 3 bis 4 Milliarden Dollar gegenüber 2,1 Milliarden Dollar im Jahre 1952. Das britische Verteidigungsbudget betrug 1953 schätzungsweise 1770 Millionen Pfund Sterling (207 Millionen Pfund mehr als 1952), das amerikanische 51 860 Millionen Dollar (4189 Millionen mehr) und das französische 1430 Milliarden Francs (133 Milliarden mehr als im Vorjahr). Die gesamte amerikanische Wirtschafts- und Rüstungshilfe an die europäischen NATO-Staaten betrug im Jahre 1953 1012 Millionen Dollar, das heißt 346 Millionen Dollar weniger als 1952.

Die Verteidigungsausgaben der NATO-Länder im Jahre 1953 waren dreieinhalbmal höher als 1949, das heißt in jenem Jahre, welches dem Beginn des Aufbaues der NATO unmittelbar vorangibt<sup>18</sup>.

Auf die einzelnen Mitgliedstaaten verteilen sich die Ausgaben wie folgt<sup>19</sup>:

Zur Frage der künftigen Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten machte Dulles folgende Ausführungen:

„Die neuen Konzeptionen auf dem Gebiet der kollektiven Sicherheit bewirken eine Reduzierung der unproduktiven militärischen Ausgaben unserer Alliierten bis zu einem Punkt, wo es tunlich und praktisch ist, die Wirtschaftshilfe gleichfalls zu verringern. Es bestand die Notwendigkeit, die Beziehungen mit anderen Staaten auf die Basis einer größeren Selbstachtung zu stellen, und das ist genau das, was unsere Alliierten wollten. Gesunde Handelsbeziehungen, größere Märkte und freie Investierungsmöglichkeiten sind wirtschaftlich viel gesünder als bilaterale Wirtschaftshilfen...“

#### Verteidigungsausgaben der NATO-Länder (Millionen US-Dollars)

Land	1949	1950	1951	1952	1953 <sup>2</sup>
Belgien . . .	153	165	268	401	450
Dänemark . .	52	52	69	98	156
Frankreich . .	1 370	1 599	2 517	3 706 <sup>2</sup>	4 086 <sup>2</sup>
Griechenland .	109	131	222	164	221
Großbritannien .	2 181	2 377	3 218	4 377	4 957
Italien . . .	482	565	731	842	835
Kanada . . .	338	450	1 159	1 917	2 171
Luxemburg . .	2	3	5	9	11
Niederlande . .	179	237	279	330	417
Norwegen . .	52	50	80	116	159
Portugal . . .	50	53	54	58	76
Türkei . . .	258	248	273	307	386
Vereinigte Staaten	13 300	14 300	33 216	47 671	51 860
Summe Europ.					
NATO-Länder <sup>1</sup>	4 831	5 413	7 605	10 326	11 643
Summe NATO <sup>1</sup>	18 503	20 208	42 041	59 812	65 475

<sup>1</sup>) Die Beträge für die einzelnen Länder sind aus der Landeswährung in US-Dollars zum offiziellen Wechselkurs umgerechnet; die Summen sind von der NATO bekanntgegeben.

<sup>2</sup>) Mit Einschluß von Ausgaben, die aus spezieller US-Militärhilfe in Höhe von 60 Mill. Dollar im Jahre 1952 und von 177 Mill. Dollar im Jahre 1953 finanziert wurden. Die Gesamtsumme für alle NATO-Länder ist entsprechend berichtet, um Doppelzählung zu vermeiden.

<sup>3</sup>) Geschätzt.

#### Die Bedeutung der Atomwaffen

Im Mittelpunkt der militärischen Lageprüfung durch den Atlantikrat stand die Erklärung des amerikanischen Verteidigungsministers, Charles Wilson, daß die Vereinigten Staaten auch künftig modernstes Kriegsmaterial für die europäischen Partner der NATO zur Verfügung stellen werden, und die Ankündigung, daß die Regierung Eisenhower einen Gesetzesentwurf vorbereitet habe, der den Austausch von Informationen über die Atomwaffen unter den Verbündeten der Vereinigten Staaten ermöglichen soll<sup>20</sup>.

Diese Ankündigung Wilsons wurde einen Tag

später, am 16. Dezember 1953, durch Präsident *Eisenhower* auf seiner Pressekonferenz bestätigt. Er erklärte, daß die Regierung vom Kongreß eine Revision des *McMahon-Act* verlangen werde, um die Möglichkeit zu haben, auf dem Gebiete der Atomwaffen enger mit den Alliierten der NATO zusammenzuarbeiten. *Eisenhower* machte aber klar, daß es sich vorläufig nicht darum handele, den Alliierten Atomwaffen zu liefern. Diese Möglichkeit müsse aber für den Fall eines Krieges ins Auge gefaßt werden, da ein solches Vorgehen im Interesse der Vereinigten Staaten liegen könnte. Die geplante Gesetzesrevision betreffe nicht die Forschung und noch weniger die Herstellung von Atomwaffen, sondern das Gebiet des Gebrauchs, daß heißt des Einsatzes und der Wirkungen der Waffen<sup>21</sup>.

Die Ankündigung *Wilsons* vor dem Atlantikrat erfolgte bei der Vorlage der Berichte, die vom Militärausschuß der NATO ausgearbeitet worden waren.

#### *Die Berichte des Militärausschusses der NATO*

Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General *Alfred Gruenther*, zeigte sich in bezug auf die Ergebnisse der Verteidigungsbemühungen der NATO-Länder sehr optimistisch. Er bezeichnete die von der NATO im Verlaufe des Jahres 1953 auf militärischem Gebiet erzielten Fortschritte als „phantastisch“. Er müsse diese Feststellung vor allem angesichts der großen Schwierigkeiten treffen, die in der NATO zu überwinden waren.

Die Stärke des Westens reiche jedoch immer noch nicht aus, um einem sowjetischen Angriff standzuhalten. Er setzte sich für eine Vermehrung der Streitkräfte und die Einbeziehung deutscher Einheiten über die EVG ein. Vor allem forderte *Gruenther* eine Verstärkung der Luftverteidigung und ein wirksames Programm für den Aufbau von Reserven an Bodentruppen.

In bezug auf die neuen Waffen erklärte *Gruenther*, daß ihre Auswirkungen auf das Dispositiv und die Bedeutung der Truppen noch nicht genügend bekannt seien. Es sei nicht sicher, daß sie zu einer Herabsetzung der Bestände führen könnten. Das Problem werde aber studiert. Auch der amerikanische Verteidigungsminister *Wilson* warnte davor, von den neuen Waffen Wunder zu erwarten.

Der Oberste Alliierte Befehlshaber im Atlantik, Admiral *Lynde D. McCormick*, berichtete, daß die Flottenstreitkräfte der Allianz damit beschäftigt seien, ihre Pläne den Gegebenheiten neuer Waffen so schnell wie möglich anzupassen. Admiral *Sir John Edelsten*, der Oberbefehlshaber im Bereich Aermelkanal, verlangte bessere Verteidigungsmöglichkeiten für die Häfen und eine Verstärkung der Flotten- und Luftstreitkräfte<sup>22</sup>.

Ein Sprecher der NATO führte in Erläuterung des Berichtes über die militärische Tätigkeit der NATO u. a. aus:

„Unser bemerkenswertester Fortschritt im laufenden Jahr bestand in der Ausbildung und Ausrüstung der Spezialwaffen, deren Kampfwert gegenüber dem letzten Jahr um 40 vH zugenommen hat. Auf dem Gebiet der Landarmee und der Marine wurden die Ziele erreicht; aber in bezug auf die Luftwaffe besteht ein leichter Rückstand, da die Flugzeugproduktion geringer war, als ursprünglich erwartet wurde<sup>23</sup>.“

Nachdem sich noch verschiedene hohe Offiziere zu dem Bericht geäußert hatten, stimmte der Rat dem Bericht über die militärische Tätigkeit der NATO zu. Er ging anschließend zur Aussprache über den Bericht des Militärausschusses über das militärische Risiko über. Dieser Bericht betont, daß die Gefahr sich seit April nicht fühlbar erhöht habe. Die Notwendigkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrages wurde in dem Bericht besonders hervorgehoben. Im Verlaufe der Diskussion trat der amerikanische Verteidigungsminister *Wilson* für eine Vermehrung des Personals und des Materials, vor allem bei den Jagdfliegerformationen, ein. Er bezeichnete die weitere Modernisierung der Ausrüstung und eine verbesserte Planung auf lange Sicht als Hauptziele der NATO.

Der britische Verteidigungsminister, Lord *Alexander*, erklärte vor dem Rat, die NATO habe bereits viel geleistet, doch bleibe noch viel zu tun. Er sprach von der Notwendigkeit einer Ueberprüfung der Militärpolitik auf lange Sicht und verlangte eine Verbesserung der Qualität der Reserven sowie die Vorbereitung von Zivilorganisationen gegen einen „Anfangsschock“.

Die meisten Finanz- und Verteidigungsminister unterstrichen in ihren Äußerungen, daß der Aufbau und die Unterhaltung der NATO-Streitkräfte von nun an auf der Grundlage der „Langen Sicht“ erfolgen müsse. Es werde nicht länger nach der Erreichung einer genau festgelegten Stärke innerhalb eines genau festgelegten Zeitraumes gestrebt.

#### *Der Bericht des Generalsekretärs*

In seinem Jahresbericht wies Lord *Ismay* darauf hin, daß wichtige Fortschritte beim Aufbau der Verteidigung Westeuropas gemacht wurden. Besonders bemerkenswert sei der Fortschritt in der Koordinierung der langfristigen Pläne der Mitgliedstaaten für die Produktion militärischer Materialien und in der Vervollständigung der wesentlichen militärischen Einrichtungen. Dem Bericht zufolge konnte die Zahl der Ende 1952 zur Verfügung stehenden Flugplätze im Verlaufe des Jahres 1953 verdoppelt werden. Von den im Rahmen des Infrastrukturprogramms genehmigten und im Bau befindlichen 160 Flugplätzen (davon 34 in Deutschland) waren bis Ende des Jahres 100 anwendungsbereit und weitere 20 mit benutzbaren Rollbahnen ausgestattet. Wie Lord *Ismay* erklärte, zeigte sich, abgesehen von den auf amerikanischen off shore-Aufträgen beruhenden europäischen Programmen (in erster Linie Jagdflugzeuge, Feld- und



Flakgeschütze, kleine Waffen und Munition) im Werte von rund 2 Milliarden Dollar, bei der Planung der eigenen Verteidigungsprogramme der NATO-Mitglieder nur sehr wenig Solidarität. Manche Länder, so sagte er, würden weiterhin auf nationaler Basis produzieren, anstatt ihre Hilfsquellen gemeinsam auszunutzen.

Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Problem der Standardisierung geschenkt. Nach langen Verhandlungen einigten sich Belgien, Kanada, die Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien über die Standardisierung des Kalibers von Handfeuerwaffen. Auch hinsichtlich der geplanten Einführung eines Standardgewehres bei der NATO waren Fortschritte zu verzeichnen<sup>24</sup>.

Lord Ismay gab jedoch zu verstehen, daß es unmöglich sein werde, eine „totale Standardisierung“ auf allen Gebieten zu erzielen.

In einem anderen Abschnitt befaßt sich der Bericht mit dem Versorgungsproblem in Kriegszeiten, wobei vor allem die Frage der schnellstmöglichen Umstellung der Friedenswirtschaft im Falle eines Krieges behandelt wird. Unter den übrigen im Jahresbericht behandelten Fragen sind zu nennen: die Mobilisierung von Arbeitskräften, Auswanderungsfragen, das Informationswesen der NATO und die zivile Verteidigung<sup>25</sup>.

Auf dem Sektor der zivilen Verteidigung, vor allem auf dem Gebiet des Luftschutzes, ist Deutschland bereits mit in die NATO-Planung einbezogen worden. Ohne eine Entscheidung über die Einbeziehung deutscher Streitkräfte in die Verteidigung des Westens abzuwarten, hat der Atlantikrat Deutschland zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung aufgefordert und diese auch schon eingelei-

tet. Bei dem von der NATO für diesen Fragenkomplex gebildeten ad hoc-Ausschuß handelt es sich um einen gemeinsamen Ausschuß der NATO und des Interimsausschusses der EVG, in dem die Bundesrepublik durch ihre Delegation beim Interimsausschuß in Paris vertreten ist. Die Bundesregierung hat diesem Ausschuß bereits zwei Berichte zugeleitet, in denen die deutschen Erfahrungen über die Verlagerung von Industriebetrieben und die Aufrechterhaltung des Nachrichtenwesens und andere Aspekte des zivilen Bevölkerungsschutzes dargelegt werden.

Der von Lord Ismay erstattete Bericht kritisiert die geringe Aufmerksamkeit, die die Regierungen der Paktstaaten den Fragen der zivilen Verteidigung schenken, und bezeichnet die hierfür aufgewandten finanziellen Mittel als unzureichend<sup>26</sup>.

Um den Regierungen behilflich zu sein, hat der internationale Stab des Generalsekretärs der NATO verschiedene Pläne ausgearbeitet, die im Falle eines Krieges sofort angewandt werden können. Einer dieser Pläne befaßt sich mit den Maßnahmen, die bei Ausbruch eines Krieges gegenüber feindlichen Schiffen oder Flugzeugen zu ergreifen sind, die sich in Häfen oder auf Flugplätzen der Paktstaaten befinden. Ein anderer Plan befaßt sich mit Blockademaßnahmen, während ein dritter dem bei Ausbruch eines Krieges besonders bedeutsam werdenden Flüchtlingsproblem gewidmet ist. Die *New York Times* vom 15. Dezember 1953 schrieb in diesem Zusammenhang:

„Wenn man bedenkt, daß die meisten Flüchtlinge zweifellos Deutsche sein werden und daß sie im Falle eines russischen Angriffs aus dem Osten in erster Linie nach Frankreich einströmen würden, dann ist es nicht schwer zu verstehen, warum Deutschland in diese Planung mit einbezogen werden muß oder warum diese Planung auf internationaler Ebene erforderlich ist.“

## Anmerkungen

<sup>1)</sup> Vgl. hierzu das Abschlußkommuniqué der 12. Tagung des Nordatlantikrates in Europa-Archiv 2/1954, S. 6309—6310, und *Neue Zürcher Zeitung* vom 18. Dezember 1953, S. 1.

<sup>2)</sup> Vgl. Ausführungen von C. L. Sulzberger in *The New York Times* vom 18. Dezember 1953, S. 3, Sp. 1.

<sup>3)</sup> Eine gewisse Bestätigung hierfür boten die Meldungen der sowjetischen Presse vom 15. Januar 1954, daß hochgestellte sowjetische Persönlichkeiten wie Malenkow, Molotow, Chruschtschow, Bulganin u. a. an Debatten örtlicher kommunistischer Parteikonferenzen persönlich teilgenommen haben. Vgl. hierzu *Neue Zürcher Zeitung* vom 16. Januar 1954.

<sup>4)</sup> Vgl. den Wortlaut der Note in Europa-Archiv 24/1953, S. 6228.

<sup>5)</sup> Vgl. den Wortlaut der Rede Bidaults in *La Documentation Française*, Annexe au Bulletin Quotidien No. 2649 vom 16. Dezember 1953.

<sup>6)</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 18. Dezember 1953, S. 1.

<sup>7)</sup> Vgl. *The Times* vom 18. Dezember 1953, S. 2.

<sup>8)</sup> Vgl. Europa-Archiv 2/1954, S. 6292, Punkt 2.

<sup>9)</sup> Vgl. den Wortlaut des Artikels von I. Alexandrow in *Pravda* vom 13. Januar 1954, deutscher Wortlaut auf S. 6341 dieser Folge.

<sup>10)</sup> Vgl. den Wortlaut der Vorschläge Präsident Eisenhowers in Europa-Archiv 1/1954, S. 6275—6278.

<sup>11)</sup> Vgl. *The Times* vom 17. Dezember 1953.

<sup>12)</sup> Vgl. den Bericht über die Ergebnisse der 11. Tagung des Atlantikrates in Europa-Archiv 6/1953, S. 5765—5768.

<sup>13)</sup> Vgl. die Ausführungen des amerikanischen Außenmini-

sters vor dem Atlantikrat, zitiert in seiner Rede vor dem National Press Club in Washington am 22. Dezember 1953; Text in *The New York Times* vom 23. Dezember 1953.

<sup>14)</sup> Vgl. *The New York Times* vom 22. Dezember 1953.

<sup>14a)</sup> Vgl. den Wortlaut der Rede Radfords vor dem National Press Club in Washington am 14. Dezember 1953 in *Vital Speeches of the Day*, Vol. XX, No. 6 vom 1. Januar 1954, S. 171—173.

<sup>14b)</sup> Vgl. den Wortlaut der Erklärung Präsident Eisenhowers vom 30. April 1953 in *Vital Speeches of the Day*, Vol. XIX, No. 15 vom 15. Mai 1953, S. 457—458.

<sup>15)</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 20. Dezember 1953, Bl. 1.

<sup>16)</sup> Vgl. den Wortlaut der State of the Union-Botschaft in *The New York Times* vom 8. Januar 1954.

<sup>17)</sup> Vgl. den Wortlaut der Dulles-Rede in *The New York Times* vom 13. Januar 1954.

<sup>18)</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 17. Dezember 1953, S. 2.

<sup>19)</sup> Vgl. *The Economist* vom 19. Dezember 1953, S. 865.

<sup>20)</sup> Vgl. *The Times* vom 16. Dezember 1953, S. 5.

<sup>21)</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 18. Dezember 1953, S. 2.

<sup>22)</sup> Vgl. *The New York Times* vom 16. Dezember 1953, S. 3.

<sup>23)</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 17. Dezember 1953.

<sup>24)</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 16. Dezember 1953, Bl. 3.

<sup>25)</sup> Vgl. *The New York Times* vom 15. Dezember 1953, S. 4, Sp. 4.

<sup>26)</sup> Vgl. hierzu den Beitrag von Wolf von Dreising, „Der zivile Bevölkerungsschutz im Ausland“ in Europa-Archiv 19/1953, S. 5991—6000.

# Die Grundlagen der europäischen Landwirtschaft

## Eine Bestandsaufnahme (1. Teil)

Von Dr. Fritz Below, Straßburg

Mit dem nachstehenden Beitrag soll der Versuch unternommen werden, aus dem umfangreichen Gebiet „europäische Landwirtschaft“ einige Tatbestände für eine Anzahl von Ländern — und, wo es ging, auch als europäische Durchschnittswerte — größenordnungsmäßig herauszustellen. Bewußt ist dabei das Zahlenmaterial in der statistisch einfachsten Form dargeboten worden; komplizierte Umrechnungen verboten sich wegen der Unterschiedlichkeit in der Aussagekraft der Grunddaten. Für alle Vergleichszwecke dürfte jedoch die Darstellung von Zuständen und Entwicklungen in Form von „Grobzahlen“ voll ausreichen.

Da es sich bei der Beschreibung der „Grundlagen der europäischen Landwirtschaft“ wegen des großen Umfangs der Materie immer nur um einen Ausschnitt handeln konnte, mußte auf manche Hinweise verzichtet werden. So wurden u. a. in diesem Zusammenhang nicht berührt: Bodenqualitäten, Pflege des Ackers, Erzeugung und Verwendung von künstlichen Düngern, betriebswirtschaftliche Probleme unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit nach Gebieten und Erzeugungen, Preisverhältnisse und Niveauunterschiede, Berechnung sinnvoller Vergleichspreise, Zusammenhang Landwirtschaft und Nahrungsmittelindustrie, industrialisierte Landwirtschaften, Zollbelastung landwirtschaftlicher Produkte usw. Das Unterlassen einer zahlenmäßigen Beurteilung dieser Tatbestände soll nicht auf eine mindere Bedeutung im Gesamtrahmen hinweisen.

Bewußt ist in den Ausführungen, die die Realitäten schildern sollten, auf Hinweise und Anregungen für eine europäische „Integration“ verzichtet worden. Darin darf keineswegs eine Skepsis gesehen werden. Wer sich mit den Fragen gemeinsamer Märkte in Europa befaßt, wird zuerst die Grundtatsachen abwägen müssen, ehe er durch Urteile über Aufbau und Ausweitung solcher Märkte nach Gebieten und Produkten entscheiden kann. Deshalb sind auch in den einzelnen Abschnitten die jeweiligen Verhältnisse und im größeren Rahmen die Bedeutung der einzelnen Landwirtschaften nach dem Produktionsanteil innerhalb einer Völkergruppe beschrieben worden. Der Weg zu einer europäischen Landwirtschaftsunion wird durch eine Anzahl von Problemen belastet. Die Voraussetzungen liegen in der politisch-wirtschaftlichen Bereitschaft einerseits und der menschlichen andererseits. Die Frage der Abgrenzung des Partnerkreises nach teilnehmenden Ländern muß aus der Grundhaltung der einzelnen Volkswirtschaften und den nationalen wirtschaftlichen Gegebenheiten beantwortet werden.

### Einleitung

Von einer „europäischen“ Landwirtschaft sprechen bedeutet, solange keine einheitlichen Marktverhältnisse vorliegen, mit Tatbeständen „statistischer“ Natur rechnen zu müssen. Man kann die Grundlagen in den einzelnen Ländern und in der Gesamtheit wohl in Zahlenwerten zum Ausdruck bringen, wird aber kaum das lebendige Gefüge und die inneren Zusammenhänge eindeutig aufzeigen können. Man sollte sich darüber klar sein, daß Zahlenbilder der europäischen Landwirtschaft häufig nur eine Seite des Problems enthüllen und daß vieles, was sich aus geschichtlichem Werden, nationalen Eigenarten und Abhängigkeit vom heimischen Boden bis zum gegenwärtigen Zustand entwickelte, dem oberflächlichen Blick verborgen bleibt. Außerlich hebt sich im Bild der europäischen Landwirtschaft eine Vielgestaltigkeit an Produktionsweisen, Leistungen, Erzeugnissen, Erträgen u. ä. ab. Dem Beobachter des bunten Mosaiks wird sich zunächst das Trennende und Unterschiedliche eher aufdrängen als das Gemeinsame.

In regionaler Begrenzung ist der Begriff der „europäischen“ Landwirtschaft ebenfalls nicht eindeutig. Soll man dem herkömmlichen geographischen Ein-

teilungsprinzip folgen und die Gebiete westlich des Ural als europäischen Landwirtschaftsraum ansehen? Manches spräche jedenfalls für eine solche Betrachtung. In der Gegenwart hat sich aber die Gewohnheit immer stärker herausgebildet, wirtschaftliche Fragen im Rahmen bereits bestehender politischer Gruppenbindungen zu behandeln. Man könnte demnach europäische Landwirtschaftsangelegenheiten für die Mitgliedländer der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, des Europarates oder des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) untersuchen. Auch die Frage, inwieweit die sich immer mehr entwickelnde Landwirtschaft Nordafrikas als europäische Angelegenheit zu betrachten ist, drängt sich ohne weiteres auf<sup>1</sup>.

Die bisher geleisteten Vorarbeiten von verschiedenen Berufsverbänden und Organisationen in der Schaffung gemeinsamer Landwirtschaftsmärkte lassen die Frage der Zugehörigkeit von Volkswirtschaften zu einer europäischen Gemeinschaft zuweilen offen<sup>2</sup>. Man wird deshalb zweckmäßigerweise — d. h. den augenblicklichen Bedürfnissen folgend — als zur „europäischen“ Landwirtschaft gehörig alle euro-



päischen Länder westlich des Eisernen Vorhanges rechnen können. Die Ungleichwertigkeit des zur Verfügung stehenden statistischen Materials gestattet lediglich eine Beurteilung in Ausschnitten. Bei einzelnen Tatbeständen liegt brauchbares Material für eine größere Ländergruppe vor; bei anderen jedoch können nur die Verhältnisse in einigen ausgewählten Ländern untersucht werden. Die besten Vergleichsmöglichkeiten bieten sich im allgemeinen nach den vorhandenen Statistiken für die OEEC-Mitgliedländer an.

Die europäische Landwirtschaft, als Gesamtheit betrachtet, verdankt ihre gegenwärtige Struktur einer langen historischen Entwicklung. Die Wechselwirkungen zwischen ihrem jeweiligen Stand und den wirtschaftlich-sozialen Grundlagen der Zeit haben über Jahrhunderte hinweg das Bild des europäischen Lebens beeinflusst. Und auch heute noch sind — in einem Lande stärker betont, in einem anderen weniger — derartige Verbindungen zwischen Landwirtschaft und Gesamtwirtschaft zu erkennen. Die landwirtschaftliche Tätigkeit in Europa vollzieht sich in dicht besiedelten Gebieten, wo im Durchschnitt etwa 85 Menschen auf einem Quadratkilometer Boden wohnen<sup>3</sup>. Die der Landwirtschaft zur Verfügung stehende Fläche ist also begrenzt. Das zeigt sich auch deutlich an der Tatsache, daß seit etwa 50 Jahren im Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den europäischen Ländern westlich des Eisernen Vorhanges kaum Änderungen eingetreten sind (landwirtschaftliche Nutzfläche = Ackerland, Gartenland, Obstanlagen, Baumschulen, Rebland, Wiesen, Viehweiden). Es scheint sich tatsächlich in Europa ein stabiles Verhältnis in den Hauptarten der Bodenbenutzung eingespielt zu haben, das keine größeren Veränderungen ohne Schäden für Klima, Wasserversorgung und Agrarkultur gestattet. Nur innerhalb der Formen der landwirtschaftlich benutzten Fläche sind zeitweise geringere Abwandlungen zu erkennen<sup>4</sup>. In der

gleichen Zeit jedoch, wo die europäische Landwirtschaft keine neuen Bodenflächen mehr für ihre Produktion erschließen konnte, steigerte sie die Hektarerträge, vergrößerte die Leistungen der Viehwirtschaft und nutzte den Produktionsfaktor „Boden“ auf beste Weise. Zwei Kriege taten das Ihre, um dem europäischen Menschen die Bedeutung der heimischen Landwirtschaft — und ihre Begrenzung vor Augen zu führen.

Von 1850 bis zur Gegenwart verdoppelte sich in etwa die Bevölkerung. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung (in landwirtschaftlichen Betrieben lebende Personen) an der Gesamtbevölkerung laufend ab. Gegenwärtig beträgt der Anteil dieser Gruppe im europäischen Durchschnitt fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Eine weitere langsame Abnahme im Prozentsatz ist festzustellen. Europa zeigt hierbei keine andere Tendenz als die übrigen Gebiete in der Welt<sup>5,6</sup>. Das „Land“ in Europa verödete aber bei dieser Entwicklung keineswegs. Es blieb nur weit hinter der Zunahme der Bevölkerung in den städtischen Siedlungen zurück. Inzwischen verwischten sich auch die gesellschaftlichen Unterschiede zwischen „Land“ und „Kleinstadt“, zwischen „Kleinstadt“ und „Mittelstadt“ oder „Großstadt“ mehr und mehr, seit moderne Verkehrsmittel und andere Verbindungen (Radio, Kino, Zeitung, Fernsehen) den Lebenszuschnitt von „Stadt“ und „Land“ einander angeglichen haben.

In den europäischen Volkswirtschaften spielt die Landwirtschaft jeweils eine unterschiedliche Rolle durch den Beitrag, den sie im Rahmen der allgemeinen Wertschöpfung zum Volkseinkommen liefert. Aber nicht nur diese sichtbaren Leistungen machen ihre Bedeutung aus. Die europäische Landwirtschaft und die mit ihr verbundenen Menschen stellen im Sozial- und Wirtschaftsgefüge des Kontinents eine in die verschiedenen Schichtungen hinein wirkende Kraft dar.

### I. Landwirtschaftliche Bevölkerung und landwirtschaftliche Erwerbspersonen

Man darf schätzen, daß heute von den 278 Millionen Menschen, die in den Mitgliedländern des Europäischen Wirtschaftsraumes (OEEC) leben, etwa 75 bis 80 Millionen zur landwirtschaftlichen Bevölkerung rechnen; das heißt, als Erwerbspersonen und Familienangehörige in der Landwirtschaft tätig sind oder als Kinder und alte Leute den entsprechenden Familien angehören<sup>7</sup>. Den genauen Umfang der „landwirtschaftlichen Bevölkerung“ festzustellen, bereitet Schwierigkeiten, weil einerseits die statistischen Unterlagen in den einzelnen Ländern voneinander abweichen, andererseits es zahlreiche Grenzfälle gibt, bei denen vom landwirtschaftlichen Eigentümer, beziehungsweise von seinen Familienangehörigen noch ein weiterer Beruf ausgeübt wird. Der auf diese

Weise in der Landwirtschaft nur „Halbbeschäftigte“ wird häufig selbst nicht wissen, zu welcher Berufs- oder Wirtschaftsgruppe er sich rechnen soll.

Die Stellung der europäischen landwirtschaftlichen Bevölkerungsschicht wird nun nicht allein durch die Anteile, die sie am Stand der Bevölkerung, der Erwerbspersonen und an den gesamtwirtschaftlichen Leistungen aufweist, umrissen. Es sind vielmehr zusätzlich soziologische Einflüsse und Bindungen zum Gesamtorganismus vorhanden, die über die wirtschaftlichen Momente hinaus die Bedeutung dieser Gruppe festlegen. Die landwirtschaftliche Bevölkerung Europas stellt in der heutigen Volkswirtschaft eine Mittelschicht mit starkem konservativem Einschlag dar<sup>8</sup>. Die enge Bindung an den Produktionsfaktor Boden

läßt in der modernen Welt der Vermassung und Heimatlosigkeit die Landbevölkerung gelegentlich als Idealbild eines besseren Zeitalters erscheinen. Die Sehnsucht des Städters nach dem „ruhigen Lande“ in der natürlichen Umgebung trifft auch zuweilen mit dem „Landüberdruß“ des Bauern zusammen, der auf der Scholle nicht mehr den genügenden Ertrag für seine Arbeitsleistung zu finden glaubt. Politisch bildet die Landwirtschaft ebenfalls eine Mittelgruppe, ohne jedoch in den meisten Ländern als maßgebende politische Partei aufzutreten. Die „grüne Front“ zieht sich erfahrungsgemäß in vielen europäischen Parlamenten durch mehrere Parteien; und auf diese Weise wird das Interesse der landwirtschaftlichen Belange häufig stärker vertreten, als es dem rein zahlenmäßigen Anteil der Bevölkerung entspricht. Hinzu kommt noch, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung innenpolitisch vielfach als das stabile Element angesehen wird, dessen Gewicht durch enge Bindungen an Kirche, Brauchtum und nationale Vergangenheit gegenüber extremen Bestrebungen und Forderungen in die politische Waagschale geworfen werden kann. Unter demographischen Gesichtspunkten stellt die landwirtschaftliche Bevölkerung ein Reservoir dar, aus dem der wachsende Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft gespeist werden kann. Bei fast allen Völkern weisen städtische Gebiete eine geringere Geburtenhäufigkeit als ländliche auf; das gilt sowohl im Ländervergleich als auch für die Verhältnisse von Stadt und Land im gleichen Wirtschaftsraum. Das „Land“ ist eben kinderreicher als die „Stadt“.<sup>9</sup>

Das wirtschaftliche Grenzgebiet, wo sich ein Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung in anderen Berufen (Handwerk, Industrie, Handel u. ä.) nebenberuflich oder auch hauptberuflich betätigt, verdient ebenfalls das Interesse dessen, der sich mit Fragen der europäischen Landwirtschaft befaßt. Häufig werden die Besitzer von Kleinbetrieben (u. U. auch die Familienangehörigen) oder die Familienangehörigen in einem Mittel- beziehungsweise Großbetrieb in anderen Wirtschaftszweigen eine zusätzliche Entlohnung suchen. In vielen Fällen erweist sich der Kleinbetrieb als unrentabel, und erst die Kombination mit einem anderen Haupt- oder Nebenberuf läßt eine gesicherte Existenzgrundlage entstehen. Man kann zwar weder im europäischen Durchschnitt noch bei den nationalen Gegebenheiten zahlenmäßig eine untere Betriebsgröße angeben, bei der die Gewinnung zusätzlicher Einkommen zur landwirtschaftlichen Tätigkeit erforderlich wäre. Dazu sind die Verhältnisse — auch nach den Produktionsvorhaben — allzu unterschiedlich. In einer Anzahl von europäischen Industrieländern hatte sich seit Beginn der Industrialisierung die Gewohnheit herausgebildet, daß Landwirtschaft und Industriearbeit, wenn eine günstige Nachbarschaftslage beider Pro-

duktionen vorhanden war, kombiniert wurden. Der Arbeiter erhöhte dann durch die Selbsterzeugung von Lebensmitteln in der meistens von der Familie betriebenen Landwirtschaft seinen Reallohn beträchtlich. Auch heute noch kann der Arbeiter-Bauer durch Vermeidung der Handelsspannen bei der Sicherstellung der Ernährungsgrundlage seiner Familie teilweise günstiger kalkulieren als der mittlere hauptberuflich tätige Landwirt<sup>10</sup>.

Es ist weniger der Umfang der landwirtschaftlichen Produktion in dieser Randgruppe des Arbeiter-Bauern, der eine Beschäftigung mit ihr rechtfertigt, als vielmehr deren soziale und soziologische Bedeutung. Menschen dieser Kategorie tragen und bewahren in ihrer geistigen Haltung „bäuerliche“ Züge. Sie sind ortsgebunden und stellen häufig einen festen Stamm von Industriearbeitern mit betonter „Betriebsstreue“. Im Laufe der industriellen Veränderungen und Entwicklungen ist es allerdings, vor allem unter dem Gesichtspunkt hoher Industrielöhne, häufig dazu gekommen, daß die Doppeltätigkeit aufgegeben wurde. Die Folge war in verschiedenen Gebieten Europas eine auffallende Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Stadtnähe. In einigen Ländern wurde bereits durch staatliche Maßnahmen versucht (beispielsweise Begünstigung des ländlichen Siedlungswesens), einer unerwünschten Auflösung dieser Randschicht der landwirtschaftlichen Bevölkerung entgegenzuwirken. Die Entwicklung der modernen Landmaschinenteknik könnte unter Umständen bei Einsparung von Arbeitskraft durch Schaffung entsprechender Kleingeräte wieder die Anregung zur Aufnahme einer nebenberuflichen landwirtschaftlichen Tätigkeit geben.

Die innerhalb der landwirtschaftlichen Bevölkerung tatsächlich Arbeit leistende Gruppe der *Erwerbspersonen* setzt sich aus Arbeitgeber, Personen, die auf eigene Rechnung arbeiten, Lohn- und Gehaltsempfängern, unbezahlten oder bezahlten mit helfenden Familienangehörigen zusammen. Eine gewisse statistische Schwierigkeit bei der zahlenmäßigen Erfassung dieser Erwerbspersonen entsteht aus der Eigenart der landwirtschaftlichen Tätigkeit; die ständige und Saisonarbeitskräfte, voll im Betrieb eingesetzte Familienkräfte und nur gelegentlich mitarbeitende Familienangehörige kennt<sup>11</sup>. Zur Errechnung brauchbarer Vergleichswerte müssen Schätzungen auf die durchschnittliche volle Arbeitskraft vorgenommen werden. Die heute zwischen einem Prozentsatz von 5 und 76 schwankenden Anteile der in der Landwirtschaft (einschließlich Forstwirtschaft und verwandten Tätigkeiten) europäischer Länder ausgewiesenen Erwerbspersonen, gemessen an der Gesamtheit der Erwerbspersonen, deuten bereits oberflächlich auf eine unterschiedliche regionale Struktur der Wirtschaft hin. Diese Quoten der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen liegen in den mei-



sten europäischen Ländern auch höher als die Anteile der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, weil in der Landwirtschaft die Mithilfe der Familienangehörigen weitaus stärker ausgeprägt ist als in anderen Wirtschaftsgruppen<sup>12</sup>.

Welchen Umfang die Arbeitsleistung der Besitzer, Familienangehörigen und auf eigene Rechnung arbeitenden Personen gegenwärtig in der europäischen Landwirtschaft einnimmt, kann am Beispiel einiger Länder ersehen werden, für die brauchbare Statistiken vorliegen. Der Anteil dieser Gruppen macht hier zwischen 60 und 86 vH der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen aus; Gehalts- und Lohnempfänger sind dagegen nur mit Werten zwischen 14 und 40 vH beteiligt<sup>13</sup>.

Bei allgemein abnehmender Tendenz des Anteils der landwirtschaftlichen Bevölkerung (beziehungsweise der in der Landwirtschaft tätigen Erwerbspersonen) über Jahrzehnte hinweg in Europa können auch gebietsweise Perioden einer gegenläufigen Bewegung festgestellt werden. Im allgemeinen handelt es sich dabei um Zeiträume, wo die Ernährung der Bevölkerung in Frage gestellt ist und der Zustand des „Selbstversorgers“ als besondere Attraktion angesehen wird. In derartigen Zeitabschnitten darf u. U. sogar von einer „Rückwanderung“ gesprochen werden. Deren Dauer überlebt jedoch erfahrungsgemäß nicht die „anormale“ Zeit, und eine verstärkte rückläufige Bewegung ist häufig die Folge. Sicherlich besteht auch beim anteilmäßigen Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung und der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen im zeitlichen Ablauf ein Zusammenhang mit den allgemeinen Konjunkturentwicklungen. In Industrieländern wird sich eine solche Beeinflussung meistens kräftiger auswirken als in Agrarländern. Wie stark eine „Landflucht“ mit dem Industrieaufschwung und dessen Folgeerscheinungen (höhere Löhne, bessere Sozialbedingungen, werkseigene Wohnungen usw.) verbunden sein kann, zeigt u. a. das deutsche Beispiel. Mitte 1953 wurden in der Bundesrepublik 116 600 Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte) weniger in der Landwirtschaft (Ackerbau, Tierzucht, Gartenbau) gezählt als Mitte 1950. Dieser Rückgang in Höhe von beinahe 12 vH in drei Jahren, an dem sich Frauen (—12,7 vH) und Männer (—11,2 vH) in fast gleicher Weise beteiligten, ist — selbst wenn man eine frühere Ueberbesetzung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zugesteht — zweifellos durch die günstige Industriekonjunktur und die Verbesserung der Lebensverhältnisse in den großen Zentren beschleunigt worden<sup>14</sup>.

Unter Zugrundelegung der Prozentsätze der in den einzelnen Wirtschaftsparten ausgewiesenen Erwerbspersonen läßt sich auch allgemein eine oberflächliche Typenbildung nach der volkswirtschaftlichen Struktur (Industrieländer — gemischte Volks-

wirtschaften — Landwirtschaftsländer) aufstellen. Dazu werden zweckmäßigerweise folgende drei große Gruppen verglichen:

1. Industrie (einschließlich Bergbau, Bauwesen und Handwerk),
2. Landwirtschaft (einschließlich Forstwesen und verwandte Wirtschaftszweige),
3. Handel, Verkehr, öffentliche Verwaltung.

Der Rest der Erwerbspersonen, der sich auf verschiedene und in den jeweiligen nationalen Statistiken anders eingeordnete Dienstleistungen aufteilt, interessiert hier nicht. Durch den Vergleich der Volkswirtschaften ergeben sich dann u. a. folgende Typengruppen. Die Anteile der Erwerbspersonen, in vH der Erwerbspersonen der Gesamtwirtschaft ausgedrückt, sind in der ersten Gruppe höher als in der zweiten und in dieser wieder höher als in der dritten (symbolisiert durch das Zeichen > „größer als“):<sup>15</sup>

- Ia) Industrie > Handel usw. > Landwirtschaft,
- b) Industrie > Landwirtschaft > Handel usw.,
- Iia) Landwirtschaft > Industrie > Handel usw.,
- b) Landwirtschaft > Handel usw. > Industrie.

Die Gliederung nach der Beschäftigtenverteilung sagt noch nichts über das wirtschaftliche Leistungsvermögen der einzelnen Gruppen aus; dazu müssen andere Kennziffern herangezogen werden. Sie vermittelt jedoch gewisse Hinweise auf die Sozialstruktur der europäischen Länder, die sich allein schon aus der Verteilung der arbeitenden Bevölkerung andeutet. Die Intensität der volkswirtschaftlichen Gruppenleistung kann in zwei Kennwerten ihren Ausdruck finden, in den Anteilen, die die Gruppen zum Volkseinkommen beisteuern — und im Vergleich der auf den Kopf der Erwerbspersonen jeweils entfallenden Produktionswerte.

Die beiden landwirtschaftlichen Vergleichsziffern (Anteile der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen an der Gesamtheit — Beitragssätze zum Volkseinkommen) zeigen gegenwärtig in Europa kein Uebereinstimmen (Ausnahme: Großbritannien); in der Mehrzahl sind sogar größere Abweichungen vorhanden<sup>16</sup>. In einer oberflächlichen Bewertung könnte man versucht sein, bei starken Mißverhältnissen zwischen den beiden Werten auf landwirtschaftlich rückständige Gebiete zu schließen. Aber so einfach liegen die Dinge nicht; um zu einem einigermaßen zutreffenden Urteil zu kommen, ist eine genaue Untersuchung der jeweiligen Situation erforderlich. Vor allem müssen Betriebsgrundlagen, Maschinenausstattung, Arbeitslage, Erträge, Absatzverhältnisse, Verkehrserschließung u. a. in Rechnung gestellt werden.

Für die Berechnung des landwirtschaftlichen Produktionswertes je Kopf der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen fehlte es bisher an ausreichenden

statistischen Angaben. Eine Untersuchung der FAO hat jetzt etwas Licht in die Verhältnisse gebracht. Nach dieser Darstellung sind für 1950 (die Zahlen dürften aber auch noch heute ungefähr zutreffen) die wichtigsten europäischen Landwirtschaften nach dem Nettoproduktionswert (net output = Produktionswert abzüglich der Kosten der hinzugekauften Materialien) je Erwerbsperson in vier große Gruppen eingeteilt worden<sup>17</sup>. Den Schätzungen zufolge liegt der europäische Durchschnitt (14 zugrundegelegte Länder)

bei 550 Dollar je Beschäftigten im Jahr. In die Gruppe von 1000 Dollar und mehr rechnen Großbritannien, Belgien, Dänemark und die Schweiz. Bei etwa 850 Dollar bewegt sich der Nettoproduktionswert in Schweden, Holland und Luxemburg. Zur Durchschnitts- und Mittelgruppe mit etwa 550 Dollar je Erwerbsperson gehören Norwegen, Frankreich, Irland und die Bundesrepublik Deutschland. Mit 350 bis 400 Dollar Produktionswert sind Griechenland, Finnland und Italien vertreten.

## II. Betriebsformen und Betriebsgrößenklassen

Die europäische Landwirtschaft ist durch die Tatsache gekennzeichnet, daß, sowohl an der Anzahl der Betriebe als auch am Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche gemessen, die Betriebsgrößenklassen unter 50 ha weitaus überwiegen. Der heutige Zustand, wie er sich in den einzelnen Ländern am Bild der Aufteilung der Betriebe nach Größenklassen anzeigt, ist ebenfalls durch eine historische, Jahrhunderte wirkende Entwicklung beeinflusst worden. Zahlreiche — und von Land zu Land nicht immer übereinstimmende — Faktoren haben dazu beigetragen, die gegenwärtigen Besitzverteilungen und Betriebsformen zu schaffen. Neben politischen und ökonomischen Einflüssen sind es vor allem solche soziologischen Charakters gewesen, die aus der Eigenart des Bauerntums hervorgehen. Der Bauer vertritt beispielsweise die Tendenz, den Betrieb als Erbe ungeteilt einem Nachfolger zu übergeben. In einigen Gebieten Europas — besonders dort, wo starke bäuerliche Traditionen lebendig sind — hat sich auch dieser Brauch bis auf unsere Zeit erhalten. In der modernen Geldwirtschaft wird es aber für die Landwirtschaft immer schwieriger, Kredite zur Abgeltung von Erbansprüchen der nicht den Betrieb erbenden Familienangehörigen zu finden. Vielfach führt heute der Weg zur Erbauseinandersetzung über den Verkauf von Land. Wo nach der Erbschaftstradition die Besitzaufteilung bereits jahrhundertelanger Brauch gewesen ist, wird die Zersplitterung noch deutlicher. In den meisten europäischen Ländern ist deshalb ein betonter Gegensatz zwischen zwei Ansprüchen entstanden, den familienrechtlichen Grundsätzen und den wirtschaftlich-technischen Gesichtspunkten der Rentabilität.

Diese „Auflösungserscheinungen“ in den landwirtschaftlichen Betriebsformen kommen hauptsächlich in der Realteilung der landwirtschaftlichen Nutzfläche, d. h. in der Zunahme der kleineren Betriebe und in der Unordnung der Felderlage, zum Ausdruck. Dadurch daß im zeitlichen Ablauf von den einzelnen Betrieben Ländereien verkauft oder zugekauft werden, tritt die abgerundete, Wege und Arbeit sparende Wirtschaftsform zurück und macht dem „Streubesitz“ Platz. Im Interesse einer rationellen und daher auch

leistungsfähigeren Landwirtschaft ist in verschiedenen Gebieten Europas immer wieder der Versuch einer „Flurbereinigung“ auf gesetzlicher Grundlage gemacht worden. Widerstände ergaben sich dabei vor allem aus der konservativen Haltung der Landwirte selbst, die ererbte Landstücke nicht hergeben wollten, oder aus der teilweisen Unmöglichkeit, eine wirklich gerechte Flurbereinigung innerhalb der Gemarkung durchzuführen. Zudem bringt jede Flurbereinigung auch nur augenblicklichen Nutzen, weil die Zersplitterung mit ihr nicht aufhört, sondern neu beginnt. Aus der Ordnung der Betriebsstruktur der europäischen Landwirtschaft kann jedenfalls, wenn sie weitgehend in Angriff genommen wird, eine nennenswerte Steigerung der Erträge erwartet werden<sup>18</sup>.

Die Einteilung der landwirtschaftlichen Betriebe von der menschlich-wirtschaftlichen Seite her unterscheidet:

- Nebenerwerbsbetriebe,
- Familienbetriebe,
- Lohnarbeitsbetriebe.

Unter die ersten rechnen Kleinstbetriebe und Kleinbetriebe, deren Ertrag nicht ausreicht, um die Lebenshaltung der Familie zu bestreiten. Die Familienbetriebe erstrecken sich auf alle Größenklassen und werden entweder von der Familie selbst (Bauernwirtschaften) oder mit Hilfe von einigen ständigen oder zeitweiligen familienfremden Arbeitskräften (Großbauernbetriebe) bewirtschaftet. Lohnarbeitsbetriebe sind dann vorhanden, wenn die betrieblichen Verhältnisse die ständige Beschäftigung von mindestens fünf familienfremden Arbeitskräften gestatten.

Die herkömmliche und oberflächliche Gliederung nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Kleinst-, Klein-, Mittel- und Großbetriebe läßt sich in europäischer Sicht nicht ohne weiteres nach Größenklassen durchführen. Lediglich für die obere Gruppe kann allgemein ausgesagt werden, daß ein Betrieb mit 100 ha und mehr landwirtschaftlicher Nutzfläche als Großbetrieb gilt — wobei nicht ausgeschlossen bleibt, daß auch Betriebe unter 100 ha zuweilen durch die Form des Betriebes (starke industrielle Ausrichtung) oder durch die Art der Hauptproduktionen (Veredlungserzeugnisse) den Charakter von Großbetrieben



tragen. In den übrigen Größenklassen sind die Grenzen fließend. So kann beispielsweise ein Mittelgebirgsbetrieb, dessen Größenklasse in der fruchtbaren Tiefebene die Eingliederung in die Mittelklasse rechtfertigen würde, der Produktionsleistung und den Erträgen nach zu den Kleinbetrieben gezählt werden. Auch die Art der Produktion weist häufig über die rein zahlenmäßigen Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche hinweg auf andere Einteilungsprinzipien hin. Da jedoch für die meisten Länder derartige Werte nicht vorliegen, muß auf die äußerliche Einteilung der Betriebe nach der zugrundeliegenden landwirtschaftlichen Nutzfläche zurückgegriffen werden. Hierbei sind die Zahlen in der Gesamtheit nicht ohne weiteres vergleichbar; der Begriff der „landwirtschaftlichen Nutzfläche“ wechselt nach den jeweiligen Definitionen (in einigen Ländern wird nur das Ackerland herangezogen).

Nach dem demnach etwas unklaren Begriff der landwirtschaftlichen Nutzfläche aufgegliedert, zeigt sich eindeutig, daß zahlenmäßig in Europa — und das trifft besonders für Nord- und Kerneuropa zu — der Kleinst- und Kleinbetrieb überwiegt. Für Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande, die Schweiz, Schweden u. a. gilt beispielsweise, daß von 100 landwirtschaftlichen Betrieben mehr als 70 nur über eine landwirtschaftliche Nutzfläche von unter 10 ha verfügen. Frankreich macht eine gewisse Ausnahme mit fast 60 Betrieben unter 10 ha. Die europäische Mittelklasse (10 ha bis unter 100 ha) weist (Ausnahme Frankreich) Anteile in der Größenordnung um 20 auf — und die Großbetriebe (über 100 ha) erreichen im allgemeinen nur einen Satz von 1 bis 2 vH<sup>19</sup>. In den Vereinigten Staaten liegt vergleichsweise folgende große Gliederung der Besitzverhältnisse vor: 38 vH der Betriebe verfügen über eine Nutzfläche von unter 20 ha, 49 vH über eine solche von 20 bis unter 100 ha, und 13 vH der Betriebe bewirtschaften mehr als 100 ha.

Die zweite Fragestellung zur Beurteilung der Größenstruktur der europäischen Landwirtschaft lautet: Welche Anteile der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche eines Landes werden von den einzelnen Betriebsklassen bewirtschaftet? Die Beantwortung an Hand der vorliegenden Zahlenwerte läßt ebenfalls in Europa gewisse Übereinstimmungen erkennen. Die von Betrieben der Größenklasse 10 bis 50 ha bewirtschaftete Fläche macht beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich und in den Niederlanden die Hälfte und mehr der insgesamt zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Nutzfläche aus; in Schweden, Belgien und der Schweiz wird diese Quote nicht ganz erreicht. Die großbäuerlichen Wirtschaften und der Großgrundbesitz (50 ha und mehr) nehmen zusammen in Mittel- und Nordeuropa Anteile zwischen 8 und 30 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche ein. Der eigentliche

Großgrundbesitz (Betriebe mit 100 ha und mehr) bewirtschaftet in keinem mitteleuropäischen Land mehr als ein Sechstel der Gesamtfläche (beispielsweise in Frankreich 15 vH, in der Bundesrepublik Deutschland 4 vH, in Belgien 2 vH). Die geringen Anteile des Großgrundbesitzes deuten an, daß bei einer auf Zerschlagung dieser Größenklasse gerichteten Bodenreform in vielen europäischen Ländern keine besonderen Ergebnisse zu erwarten sind. Dagegen könnte vielleicht in einzelnen regional begrenzten Gebieten eine Aenderung der Größenverhältnisse des landwirtschaftlichen Besitzes gewisse strukturelle Ausgleiche und Entspannungen bringen. Um die Notwendigkeit derartiger Aenderungen örtlicher Art zu begründen, bedarf es jedoch eingehender Untersuchungen, bei denen auch die soziale Lage der Bevölkerung in der Gesamtheit eines Landes und in den betreffenden Gebieten berücksichtigt werden muß. Die von Klein- und Kleinstbetrieben (bis 10 ha landwirtschaftliche Nutzfläche) bewirtschaftete Bodenfläche schwankt in den Anteilen der einzelnen Länder (z. B. 15 vH der Nutzfläche in Frankreich, 46 vH in Belgien, 50 vH in der Schweiz); sie übersteigt aber allgemein (mit Ausnahme von Frankreich) den Flächenbesitz der größeren Landwirtschaften über 50 ha<sup>20</sup>.

Was die Verhältnisse eines anderen bedeutenden europäischen Agrarlandes, Italien, angeht, so unterscheiden sich hier die Tatbestände etwas von denen des nord-mitteleuropäischen Blocks — wie ja überhaupt die südlichen europäischen Randgebiete (Iberische Halbinsel, Italien, Griechenland, Türkei) gewisse Besonderheiten in der landwirtschaftlichen Struktur aufweisen, die bei einer europäischen Bewertung Berücksichtigung finden müssen. Italien zeichnet sich beispielsweise einmal durch einen hohen Prozentsatz von Kleinstbetrieben aus (rund 53 vH aller landwirtschaftlichen Betriebe arbeiten mit einer Fläche von weniger als 0,5 ha) und verfügt dementsprechend über für europäische Begriffe hohe Anteile der landwirtschaftlichen Bevölkerung und der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen. Auf der anderen Seite erreicht der Flächenanteil der Großbetriebe (Betriebe mit 100 und mehr ha Nutzfläche) in Italien über 35 vH und steht damit weit über den Sätzen mittel- und nordeuropäischer Länder<sup>21</sup>. Wiederum verglichen mit den Vereinigten Staaten, zeigt sich bei allen Zahlenwerten europäischer Länder doch deutlich der große Unterschied zwischen dem raumbegrenzten „alten“ Kontinent und der „Neuen Welt“. In den Vereinigten Staaten entfallen beispielsweise nur 17 vH der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Betriebe bis 40 ha; die Anteile der landwirtschaftlichen Nutzfläche bei den Größenklassen 40 bis 100 ha und 100 bis 400 ha halten sich in etwa mit 35 vH beziehungsweise 34 vH das Gleichgewicht. Die auch für nordamerikanische Verhältnisse

als ausgesprochene Großbetriebe anzusehenden Farmen (über 400 ha) beanspruchen noch 14 vH der Nutzfläche.

Einen weiteren Hinweis auf Besonderheiten in der Betriebsstruktur der europäischen Landwirtschaft vermitteln die Quoten der hier tätigen Erwerbspersonen, auf die Flächeneinheit berechnet. Während beispielsweise in den Vereinigten Staaten und Kanada knapp zwei Erwerbspersonen auf 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche entfallen, liegen heute die Werte in den europäischen Ländern (mit Ausnahme von Großbritannien, wo teilweise Großgrundbesitz und extensive Wirtschaftsformen das Bild bestimmen) erheblich höher<sup>22</sup>. Diese Zahlen tragen jedoch nur einen beschreibenden Charakter; man kann unmittelbar aus ihnen weder auf den Arbeitseffekt noch auf durchschnittliche Größenverhältnisse schließen. Durch das

Zusammenwirken vieler Faktoren (Stand der Mechanisierung, unterschiedliches Klima und geographische Lage, wechselnde Bodenqualitäten, verschiedene Produktionsarten usw.) zeigen sie kein eindeutiges Gesicht. Die Werte spiegeln lediglich, wie auch andere Daten, die besonders intensive Form der Landwirtschaft und deren Größenstruktur in europäischen Ländern wider. Eine genauere Aussagekraft der Relation Beschäftigte—Bodenfläche ergibt sich erst, wenn man wieder auf die einzelnen Größenklassen zurückgeht. In den unteren Gruppen ist die Ausstattung mit Arbeitskräften (hauptsächlich familieneigenen) auf 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche am stärksten ausgeprägt. Mit steigender Betriebsgröße nimmt die Zahl der Beschäftigten je 100 ha allgemein ab. Bei dieser Tendenz vermindert sich besonders die Zahl der familieneigenen Arbeitskräfte, während die der familienfremden langsam steigt<sup>23</sup>.

### III. Verkaufserlöse und Betriebsausgaben

Die Kenntnis einer Aufgliederung der landwirtschaftlichen Wertschöpfung nach Produktionsgruppen liefert die Grundlage für die Durchführung einer vernünftigen Landwirtschaftspolitik. Aus der Bedeutung der einzelnen Produktionsparten und den vorhandenen Bedürfnissen lassen sich erwünschte Entwicklungsmöglichkeiten vor unerwünschten herausstellen. In der europäischen Landwirtschaft als Gesamtheit verhalten sich heute die wertmäßigen Produktionsleistungen der beiden Hauptzweige pflanzliche und tierische Erzeugnisse etwa wie 4:6. Mit der Zeit vor dem Zweiten Weltkriege verglichen, ist ein leichter Rückgang im Produktionswertanteil der pflanzlichen Erzeugnisse und eine Zunahme im entsprechenden Anteil der tierischen Erzeugnisse zu erkennen. Diese Tendenz scheint auch für die Zukunft fortzuwirken; die Veredlungswirtschaft, wie sie besonders in der Verarbeitung von tierischen Erzeugnissen zum Ausdruck kommt, entspricht bevorzugt der Größenstruktur der europäischen landwirtschaftlichen Betriebe. Bei einer rein zahlenmäßigen Bewertung der Veränderungen dürfen jedoch nicht die teilweise voneinander abweichenden Preisentwicklungen übersehen werden.

Eine gemeinsame Untersuchung der FAO und der ECE<sup>24</sup> befaßt sich mit der Aufgliederung der landwirtschaftlichen Verkaufserlöse in 14 europäischen Ländern<sup>25, 26</sup>. Als Jahr für die Berechnung ist 1950 zugrunde gelegt worden; die Werte der einzelnen Gruppen dürften aber auch heute noch größenordnungsmäßig deren Gewichten entsprechen. Im Grunde sind es vier Gruppen — Lieferung von Milch- und Milcherzeugnissen, Schweinezucht, Rindviehzucht, Getreideanbau —, die zusammen mit 60 vH am heutigen Gesamtverkaufserlös beteiligt sind und demnach Wesen und Rentabilität der europäischen Landwirt-

schaft betont bestimmen<sup>27</sup>. In Einzelheiten bewertet, ergeben sich einige interessante Feststellungen, die einer breiten Öffentlichkeit oft nicht geläufig sind. Beispielsweise verdient gegenwärtig die europäische Landwirtschaft aus Getreideerzeugnissen nur etwas mehr als die Hälfte der Erlöse aus der Milchwirtschaft. Die Erträge der Großviehwirtschaft an Fleisch, Fett, Häuten usw. machen über das Doppelte der für Getreide eingenommenen Summen aus. Die Erlöse für den Verkauf von Eiern überschreiten die für abgesetzte Früchte, beziehungsweise für Gemüse. Die Einnahmen für verkaufte Gemüse, Früchte, Wein, Kartoffeln und Zuckerrüben zusammen erreichen noch nicht den Umfang der für Milch- und Milcherzeugnisse ausgewiesenen Beträge. Bei grober Einteilung entfallen die durchschnittlichen Verkaufserlöse in der europäischen Landwirtschaft zu einem Viertel auf Erzeugnisse der Rind- und Schweinezüchtung, zu einem Viertel auf Milch- und Milcherzeugnisse, zu einem weiteren Viertel auf Getreide, Gemüse, Früchte und Wein; das restliche Viertel umfaßt die Vielzahl der übrigen Produktionsarten (einschließlich Hackfrüchten und Kulturpflanzen). Eine nur auf die Verkaufserlöse ausgerichtete Schätzung wird allerdings der reinen Produktionsgliederung nicht voll gerecht, weil ein Teil der pflanzlichen Erzeugnisse nicht in den Verkauf gelangt, sondern als Futtermittel in der Viehwirtschaft Verwendung findet.

Gegenüber dem aufgezeigten Durchschnittsbild sind innerhalb der einzelnen Länder zum Teil erhebliche Abweichungen zu erkennen. Wir können deshalb bestimmte Typen unterscheiden<sup>28</sup>:

- Ia) Der Verkaufserlös für tierische Produkte liegt bei zwei Drittel und mehr des Gesamterlöses (Niederlande, Luxemburg, Großbritannien,



Bundesrepublik Deutschland, Schweiz, Irland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland);

- b) der Verkaufserlös für pflanzliche Produkte liegt bei zwei Drittel und mehr des Gesamterlöses (Griechenland);

IIa) Der Verkaufserlös für tierische Produkte liegt zwischen ein Drittel und zwei Drittel des Gesamterlöses (Italien, Frankreich, Belgien);

- b) Der Verkaufserlös für pflanzliche Produkte liegt zwischen ein Drittel und zwei Drittel des Gesamterlöses (Belgien, Frankreich, Italien).

Gliedert man weiter nach Produktionszweigen auf, so zeigt sich deutlich, daß bis auf Ausnahmen (beispielsweise Italien und Frankreich) im allgemeinen fünf Erzeugungen zu einer landwirtschaftlichen Wertschöpfung von jeweils über zwei Drittel des Gesamtumfangs beitragen. Die Reihenfolge und die Produktionen wechseln zwar von Land zu Land (abhängig vor allem vom Klima und den geographischen Voraussetzungen); im wesentlichen stützt sich aber die Landwirtschaft der einzelnen europäischen Länder, unter dem Gesichtspunkt der Verkaufserlöse betrachtet, nur auf wenige Produktionsgrundlagen.

#### Anteile

*der jeweils fünf wichtigsten Produktionszweige am Verkaufserlös der Landwirtschaft in europäischen Ländern (1950)*

#### Belgien

Milch und Milchprodukte . . . . .	22 Prozent
Produkte der Rindviehhaltung . . . . .	13 "
Produkte der Schweinehaltung . . . . .	13 "
Eier . . . . .	11 "
Gemüse . . . . .	9 "

68 Prozent

#### Bundesrepublik Deutschland

Produkte der Schweinehaltung . . . . .	26 Prozent
Milch und Milchprodukte . . . . .	23 "
Produkte der Rindviehhaltung . . . . .	12 "
Getreide . . . . .	9 "
Kartoffeln . . . . .	7 "

77 Prozent

#### Dänemark

Milch und Milchprodukte . . . . .	30 Prozent
Produkte der Schweinehaltung . . . . .	27 "
Produkte der Rindviehhaltung . . . . .	12 "
Eier . . . . .	7 "
Getreide . . . . .	6 "

82 Prozent

#### Finnland

Milch und Milchprodukte . . . . .	55 Prozent
Produkte der Schweinehaltung . . . . .	12 "
Getreide . . . . .	10 "
Produkte der Rindviehhaltung . . . . .	7 "
Kartoffeln . . . . .	5 "

89 Prozent

#### Frankreich

Milch und Milchprodukte . . . . .	17 Prozent
Produkte der Rindviehhaltung . . . . .	15 "
Produkte der Schweinehaltung . . . . .	11 "
Getreide . . . . .	11 "
Wein . . . . .	10 "

64 Prozent

#### Griechenland

Getreide . . . . .	19 Prozent
Früchte . . . . .	17 "
Milch und Milchprodukte . . . . .	14 "
Viehprodukte aller Arten . . . . .	10 "
Tabak . . . . .	8 "

68 Prozent

#### Großbritannien

Milch und Milchprodukte . . . . .	30 Prozent
Produkte der Rindviehhaltung . . . . .	11 "
Eier . . . . .	11 "
Getreide . . . . .	9 "
Produkte der Schweinehaltung . . . . .	8 "

69 Prozent

#### Irland

Produkte der Rindviehhaltung . . . . .	22 Prozent
Milch und Milchprodukte . . . . .	21 "
Produkte der Schweinehaltung . . . . .	10 "
Eier . . . . .	10 "
Getreide . . . . .	8 "

71 Prozent

#### Italien

Getreide . . . . .	25 Prozent
Milch und Milchprodukte . . . . .	12 "
Früchte . . . . .	9 "
Wein . . . . .	7 "
Produkte der Rindviehhaltung . . . . .	7 "

60 Prozent

#### Luxemburg

Milch und Milchprodukte . . . . .	29 Prozent
Produkte der Schweinehaltung . . . . .	22 "
Getreide . . . . .	13 "
Produkte der Rindviehhaltung . . . . .	12 "
Wein . . . . .	9 "

85 Prozent

#### Niederlande

Milch und Milchprodukte . . . . .	35 Prozent
Produkte der Schweinehaltung . . . . .	14 "
Produkte der Rindviehhaltung . . . . .	9 "
Kartoffeln . . . . .	8 "
Eier . . . . .	7 "

73 Prozent

#### Norwegen

Milch und Milchprodukte . . . . .	40 Prozent
Produkte der Rindvieh- und Schafhaltung . . . . .	15 "
Produkte der Schweinehaltung . . . . .	12 "
Kartoffeln . . . . .	6 "
Eier . . . . .	6 "

79 Prozent

Schweden

Milch und Milchprodukte . . . . .	44 Prozent
Produkte der Schweinehaltung . . . . .	14 „
Produkte der Rindviehhaltung . . . . .	11 „
Getreide . . . . .	7 „
Kartoffeln . . . . .	5 „

81 Prozent

Schweiz

Milch und Milchprodukte . . . . .	36 Prozent
Produkte der Rindviehhaltung . . . . .	15 „
Produkte der Schweinehaltung . . . . .	14 „
Eier . . . . .	6 „
Getreide . . . . .	6 „

77 Prozent

Quelle: FAO/ECE.

Die Gegenüberstellung der Verkaufserlöse auf der einen und der Betriebsausgaben auf der anderen Seite in der europäischen Landwirtschaft gestattet gewisse Hinweise auf die Rentabilität in der Gesamtheit und in den verschiedenen Ländern. Die Betriebsausgaben, die in zahlreiche Einzelpositionen zerfallen, lassen sich allgemein in drei Gruppen einordnen: Zugekaufte Materialien (Futtermittel, Saatgut, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Brennstoffe, Elektrizität u. ä.) — Wirtschaftsunterhaltung (Reparaturen, Neubauten,

Maschinenanschaffung usw.) — Löhne, Steuern und Sozialaufwendungen (einschl. Zinsendienst). Die Untersuchung der FAO/ECE schätzt, daß die zugekauften Materialien etwa 15 vH des Verkaufserlöses im europäischen Durchschnitt ausmachen. Von Land zu Land sind allerdings erhebliche Streuungen im Anteil dieser Gruppe zu erkennen, die besonders durch den Umfang der zugekauften Futtermittel bestimmt werden<sup>29</sup>. Für die zweite Ausgabengruppe lassen sich kaum Übereinstimmungen feststellen. In den Ländern, wo sich eine verstärkte Mechanisierung in der Landwirtschaft durchsetzt, sind die Ausgaben entsprechend höher. Etwas Ähnliches gilt auch für die Gruppe Löhne, Steuern und Sozialaufwendungen, deren Anteile, auf die Verkaufserlöse berechnet, sich zwischen 10 und 25 vH bewegen.

Das wertmäßige Verhältnis von Verkaufserlösen und Betriebsausgaben in der Gesamtheit wechselt ebenfalls entsprechend den speziellen Verhältnissen von Land zu Land. Man kann deshalb auch keine europäische Durchschnittsschätzung angeben; für einige europäische Volkswirtschaften bietet sich die Höhe der Betriebsausgaben mit 70—80 vH der Verkaufserlöse an<sup>30</sup>. (Fortsetzung folgt)

Anmerkungen

<sup>1</sup>) S. dazu „Le Plan de Strasbourg“, Europarat 1952 (französischer und englischer Text).

<sup>2</sup>) U. a. sind hier zu nennen: die Arbeiten der „Commission Spéciale de l'Agriculture“ der Beratenden Versammlung des Europarates; die Expertenberichte der „Conférence Européenne sur l'Organisation des Marchés agricoles“; die Bemühungen der „Confédération Européenne de l'Agriculture“ in der Schaffung einer „Tribune Européenne de l'Agriculture“ und eines „Collège Européen de l'Agriculture“; die Gründung (Paris, 12. März 1953) der „Union Européenne des Commerces des Grains, Graines oléagineuses, Aliments du bétail et dérivés“; die Hinweise über Landwirtschaftsfragen in den Berichten der OEEC an den Europarat (letzter, 5. Bericht vom September 1953).

<sup>3</sup>) Die Bevölkerungsdichte (Einwohner je qkm) in anderen Gebieten der Erde beträgt:

Afrika . . . . .	6—7	Sowjetunion . . . . .	9
Amerika . . . . .	8	Asien . . . . .	46—50
Nordamerika . . . . .	8	Südwestasien . . . . .	11—12
Mittelamerika . . . . .	18—19	Südl. Zentralasien . . . . .	90—92
Südamerika . . . . .	6—7	Südostasien . . . . .	38—41
Ozeanien . . . . .	2	Ostasien . . . . .	46—53

Quelle: Demographic Yearbook — United Nations 1952.

<sup>6</sup>) An dem Einzelbeispiel Deutschland („Die Bevölkerung nach dem Bundesgebiet 1939 und 1950“) mag außerdem die Tendenz der Gesamtbevölkerung:

	1882	1895	1907	1925	1933	1939	1939*	1950*
Land- und Forstwirtschaft . . . . .	39,9	33,5	27,0	22,8	20,8	17,7	17,9	14,7
Industrie und Handwerk . . . . .	37,0	40,1	41,6	42,2	39,0	40,3	40,4	39,6
Handel und Verkehr . . . . .	9,6	11,1	14,6	16,7	16,9	15,6	14,0	14,2
Öffentliche Dienste, sonstige Dienstleistungen u. a. . . . .	8,8	9,1	8,7	9,2	9,7	13,6	15,6	13,5
Selbständige, Berufslose . . . . .	4,7	6,2	8,1	9,1	13,6	12,8	12,1	18,0
Gesamtbevölkerung . . . . .	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

\* heutiges Bundesgebiet.

Quelle: Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1953.

<sup>4</sup>) So wird beispielsweise im OEEC-Bericht „L'Evolution de la Situation économique et ses Perspectives“ vom Juni 1951 darauf hingewiesen, daß das Ackerland und einzelne Nutzungen sich in den OEEC-Ländern folgendermaßen verändert hatten (Vorkriegszeit = 100):

	1947	1948	1949	1950
Gesamtackerland . . . . .	100	102	103	105
Getreideland . . . . .	94	98	96	97
Hackfruchtland . . . . .	99	101	98	98
Ackerland mit Oelfrüchten . . . . .	165	196	231	244

<sup>5</sup>) Anteile der landwirtschaftlichen Bevölkerung (in %)

	1937	1950
Europa . . . . .	36	33
Nordamerika . . . . .	25	20
Mittelamerika . . . . .	70	67
Südamerika . . . . .	62	60
Asien . . . . .	73	70
Afrika . . . . .	76	74
Ozeanien . . . . .	34	30
Weltdurchschnitt . . . . .	62	59

Quelle: Yearbook of Food and Agricultural Statistics — FAO 1952.

Wirtschaftsbereichen im Reichsgebiet 1882 bis 1939 und im Bundesgebiet 1939 und 1950“) mag außerdem die Tendenz der modernen Entwicklung aufgezeigt werden (Anteile in % der



<sup>7)</sup> *Anteile der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in europäischen Ländern*

	zwischen den Welt- kriegen	Gegen- wart
Großbritannien . . . . .	6	5
Luxemburg . . . . .	20	17
Belgien . . . . .	20	18
Niederlande . . . . .	20	20
Schweiz . . . . .	22	20
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	22	15
Norwegen . . . . .	25	22
Oesterreich . . . . .	26	26
Frankreich . . . . .	29	26
Dänemark . . . . .	30	20
Schweden . . . . .	31	22
Island . . . . .	36	31
Italien . . . . .	45	44
Portugal . . . . .	45	40
Irland . . . . .	51	49
Spanien . . . . .	50	49
Griechenland . . . . .	53	52
Türkei . . . . .	76	72

Quelle: Nach Angaben der FAO und nationalen Statistiken.

<sup>8)</sup> H. J. Seraphim führt beispielsweise in „Europäisches Bauerntum und Agrarunion“ (in „Probleme einer europäischen Agrarintegration“, Wien 1953) folgende typisch bäuerliche Charakterzüge an:

1. eine ausgeprägte Beständigkeit im Denken und Handeln, aus der Schwierigkeiten bei etwa notwendig werdenden Anpassungen und Umstellungen resultieren;
2. Mißtrauen und Vorsicht gegenüber Neuerungen;
3. teilweises Fehlen der Weltoffenheit;
4. ein stark entwickeltes Selbständigkeits- und Freiheitsbewußtsein, das in seinen negativen Ausprägungen zu betont egozentrischem Verhalten führt;
5. eine nur bedingt entwickelte Zweckrationalität des Handelns.

<sup>9)</sup> Die Vereinten Nationen haben im 1. Einführungskapitel des *Demographic Yearbook 1952* dem Gesichtspunkt des demographischen Unterschiedes zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung in einer Untersuchung Rechnung getragen: „Urban Trends and Characteristics“. Allerdings erlaubte das vorhandene Material nicht eine Bearbeitung nach der wirtschaftlichen Gliederung „landwirtschaftliche Bevölkerung“, sondern nur nach den Gemeindegrößenklassen. In der folgenden Tabelle (im Auszug) ist die Anzahl der Kinder unter fünf Jahren auf 1000 Frauen im Alter von 15–49 Jahren angegeben:

	städtische Bevölkerung	ländliche Bevölkerung
<i>Landwirtschaftliche Gebiete</i>		
Bulgarien . . . . . 1934	832	520
Rumänien . . . . . 1930	821	597
Türkei . . . . . 1945	865	599
<i>Landwirtschaftl.-industrielle Gebiete</i>		
Finnland . . . . . 1940	195	370
Island . . . . . 1930	440	535
Irland . . . . . 1946	366	461
<i>Industrielländer</i>		
Dänemark . . . . . 1948	372	457
Norwegen . . . . . 1930	194	386
Schweden . . . . . 1945	301	368
Großbritannien . . . . . 1951	332	358

Die Einteilung nach den drei Klassen (landwirtschaftliche, landwirtschaftlich-industrielle Gebiete und Industrieländer) ist

nach den Anteilen der männlichen Erwerbspersonen in der Landwirtschaft und verwandten Berufen erfolgt (landwirtschaftliche Gebiete: 60 und mehr Prozent, landwirtschaftlich-industrielle Gebiete: 35–59 Prozent, Industrieländer: weniger als 35 Prozent).

<sup>10)</sup> Weitere Hinweise bei W. Goetz: „Sorgen um den bäuerlichen Kleinbetrieb“, *Der Volkswirt*, Nr. 7/1953.

<sup>11)</sup> Die Problematik wird u. a. aufgezeigt in „La place de l'Agriculture dans le revenu national français“, *Etudes et Conjoncture*, Paris, März–April 1953.

<sup>12)</sup> Von 100 Erwerbspersonen gehören gegenwärtig zur Landwirtschaft in folgenden Ländern:

Großbritannien . . . . .	5	Norwegen . . . . .	29
Belgien . . . . .	12	Oesterreich . . . . .	32
Niederlande . . . . .	19	Frankreich . . . . .	36
Schweiz . . . . .	20	Island . . . . .	40
Schweden . . . . .	23	Island . . . . .	45
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	23	Italien . . . . .	48
Dänemark . . . . .	26	Portugal . . . . .	48
		Griechenland . . . . .	61
		Türkei . . . . .	76

Quelle: berechnet nach amtlichen Statistiken und nach Angaben des BIT und der OEEC.

<sup>13)</sup> Aufgliederung der heutigen Erwerbspersonen in der Landwirtschaft ausgewählter europäischer Länder; von 100 Erwerbspersonen sind:

	Selbständige und auf eigene Rech- nung arbeitende Personen	Mithelfende Familien- angehörige	Gehalts- und Lohn- emp- fänger
Dänemark . . . . .	40	20	40
Niederlande . . . . .	34	34	32
Schweden . . . . .	51	17	32
Italien . . . . .	33	40	27
Schweiz . . . . .	46	28	26
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	25	53	22
Oesterreich . . . . .	29	51	20
Belgien . . . . .	55	31	14

Quelle: berechnet nach nationalen Statistiken.

<sup>14)</sup> Zahlen aus: „Beträchtliche Abnahme der landwirtschaftlichen Berufe“, *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 14. August 1953.

<sup>15)</sup> Nach der obigen Gliederung sind einige europäische Länder heute folgendermaßen einzuordnen (Anteile in Prozent der Gesamterwerbspersonen):

I a)	Industrie>Handel usw.>Landwirtsch.
Großbritannien . . . . .	49 28 5
Belgien . . . . .	49 29 12
Niederlande . . . . .	43 28 19
Schweden . . . . .	43 27 20
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	43 25 23
b)	Industrie>Landwirtsch.>Handel usw.
Norwegen . . . . .	35 29 23
Dänemark . . . . .	34 26 23
II a)	Landwirtsch.>Industrie>Handel usw.
Frankreich . . . . .	36 34 24
Griechenland . . . . .	61 18 18
b)	Landwirtsch.>Handel usw.>Industrie
Irland . . . . .	40 23 22

Quelle: Länderstatistiken und Angaben in den OEEC *Statistical Bulletins*.

<sup>16)</sup> Anteile der Landwirtschaft  
(in % — 1950/52)

	an allen Erwerbs- personen	am Volks- einkommen
Großbritannien . . . . .	5	5
Belgien . . . . .	12	9
Niederlande . . . . .	19	14
Schweiz . . . . .	20	12
Schweden . . . . .	23	13
Bundesrepublik Deutschland	23	12
Dänemark . . . . .	26	22
Norwegen . . . . .	29	15
Frankreich . . . . .	36	16
Irland . . . . .	40	30
Italien . . . . .	48	30
Griechenland . . . . .	61	39
Türkei . . . . .	76	54

Quelle: berechnet nach amtlichen Statistiken, Veröffentlichungen der FAO und des Europarates.

<sup>17)</sup> Veröffentlicht in: „Receipts and Expenses of Farmers in some European Countries“, *Monthly Bulletin of Agricultural Economics and Statistics*, FAO, März 1953.

<sup>18)</sup> Aufgliederung der Betriebe nach Betriebsgrößenklassen  
(Von 100 Betrieben wirtschaften... mit einer  
landwirtschaftlichen Nutzfläche von ...)

Betriebsgrößenklassen (landw. Nutzfläche)	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Schweden	Belgien	Niederlande	Schweiz
unter 5 ha . . . . .	60	36	54	58	42	52
5 bis unter 10 ha . . . . .	20	21	23	23	27	23
10 bis unter 20 ha . . . . .	13	23	14	13	20	20
20 bis unter 50 ha . . . . .	6	16	7	5	10	
50 bis unter 100 ha . . . . .	1	4	2	1	1	
100 ha und mehr . . . . .	1	4	2	1	1	20
alle Betriebsgrößen- klassen . . . . .	100	100	100	100	100	100
landwirtschaftliche Betriebe in 1000 . . . . .	1978	2364	414	252	241	210

Quelle: berechnet nach amtlichen statistischen Angaben — letzte zur Verfügung stehende Zahlen.

<sup>20)</sup> Aufgliederung der landwirtschaftlichen Nutzfläche  
(von 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche werden... ha  
durch folgende Betriebsgrößenklassen bewirtschaftet)

Betriebsgrößenklassen	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Schweden	Belgien	Niederlande	Schweiz
unter 5 ha . . . . .	19	5	15	22	11	19
5 bis unter 10 ha . . . . .	21	10	19	24	20	31
10 bis unter 20 ha . . . . .	26	22	23	26	30	42 <sup>1)</sup>
20 bis unter 50 ha . . . . .	24	33	23	19	31	8 <sup>2)</sup>
50 bis unter 100 ha . . . . .	6	15	9	7	5	
100 ha und mehr . . . . .	4	15	11	2	3	
Alle Betriebsgrößen- klassen . . . . .	100	100	100	100	100	100

<sup>1)</sup> Betriebe von 10—30 ha.

<sup>2)</sup> Betriebe über 30 ha.

Quelle: berechnet nach amtlichen statistischen Angaben — letzte zur Verfügung stehende Zahlen.

<sup>21)</sup> Weiteres s. auch bei E. Woermann: „Das Strukturbild“ der westeuropäischen Landwirtschaft und betriebswirtschaftliche Probleme einer Agrarunion“ in „Gutachten zu Fragen einer europäischen Agrargemeinschaft“ — Auswärtiges Amt, Bonn 1953.

<sup>22)</sup> Landwirtschaftliche Erwerbspersonen auf 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche:

<sup>18)</sup> In welchem Ausmaß eine Unordnung noch vorliegt, mag am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland gesehen werden. „Von insgesamt 14 Millionen ha landwirtschaftlicher Grundfläche sind noch 7 Millionen ha umlegungsbedürftig; d. h. die Hälfte unserer landwirtschaftlichen Nutzfläche ist so zersplittert, daß eine Mechanisierung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität erfolglos bleiben muß. Zahlreiche kleine und mittelbäuerliche Höfe liegen in dicht bebauten Dörfern so eingeengt, daß die Anwendung neuzeitlicher Wirtschaftsmethoden und arbeitsparender Maschinen und Geräte für sie unmöglich ist.“ (Auszug aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 20. Oktober 1953 vor dem Deutschen Bundestag.)

Die Ausführungen des deutschen Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (veröffentlicht in *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* vom 21. 11. 1953) beschreiben ebenfalls eine Situation, die nicht nur in der deutschen Landwirtschaft vorhanden ist, sondern typisch europäisch sein dürfte: „Einengung der Hoflage, Ueberalterung der Gebäude, Feldzersplitterung erschweren die Rationalisierung ungeheuer. Flurbereinigung und Aufstockung der Zwergebetriebe müssen mit weit größeren Mitteln vorangetrieben werden. Ein entsprechendes Grundstücksverkehrsgesetz muß die Neuaufteilung verhindern. Durch Kreditbeschaffung muß die Zusammenlegung, Erbaueinandersezung, Aussiedlung ermöglicht werden. Zuständigkeitsfragen sind untergeordnet.“ (Auszug.)

Großbritannien . . . . .	6	Oesterreich . . . . .	28
Dänemark . . . . .	18	Niederlande . . . . .	31
Schweden . . . . .	17	Bundesrepublik	
Schweiz . . . . .	18	Deutschland . . . . .	36
Frankreich . . . . .	21	Italien . . . . .	40
Belgien . . . . .	22	Portugal . . . . .	41

Vorstehende Zahlen wurden nach den amtlichen Statistiken geschätzt; eine Berechnung war nicht möglich, weil die Zu-



sammenfassung der Erwerbspersonen nach Wirtschaftsabteilungen vielfach auch die in der Forstwirtschaft und Fischerei Beschäftigten enthält.

<sup>23)</sup> Als ein Beispiel mögen die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland herangezogen werden, wo auf 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach der letzten Erhebung (1949) im Durchschnitt folgende ständig beschäftigten Arbeitskräfte (unterteilt nach „familieneigenen“ und „familienfremden“) in den einzelnen Betriebsgrößenklassen gezählt wurden:

Betriebe mit landwirtschaftlicher Nutzfläche von	ständig beschäftigte Arbeitskräfte auf 100 ha		
	insgesamt	davon familien-eigen	familien-fremd
0,1 bis unter 2 ha . . . . .	143	132	11
2 „ „ 5 „ „ . . . . .	78	73	5
5 „ „ 10 „ „ . . . . .	49	44	5
10 „ „ 20 „ „ . . . . .	32	25	7
20 „ „ 50 „ „ . . . . .	21	12	9
50 „ „ 100 „ „ . . . . .	17	4	13
100 „ und mehr . . . . .	18	1	17

Quelle: abgerundete Werte nach *Wirtschaft und Statistik*, Nr. 8/1951.

<sup>24)</sup> FAO: Food and Agriculture Organization (Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation der Vereinten Nationen), Rom.

ECE: Economic Commission for Europe (Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa), Genf.

<sup>25)</sup> Als Auszug veröffentlicht unter dem Titel: „Receipts and Expenses of Farmers in some European Countries“ in *Monthly Bulletin of Agricultural Economics and Statistics*, FAO, März 1953.

<sup>26)</sup> Es handelt sich dabei um folgende Länder: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweden, Schweiz.

<sup>27)</sup> Anteile landwirtschaftlicher Erzeugnisse am Wert der europäischen landwirtschaftlichen Gesamtproduktion (Verkaufserlöse, Durchschnitt von 14 europäischen Ländern) (in % der Gesamtproduktion)

	unmittelbare Vorkriegsjahre	Gegenwart
Getreide . . . . .	16	12
Gemüse . . . . .	6	5
Früchte . . . . .	6	5
Wein . . . . .	6	4
Kartoffeln . . . . .	4	5
Zuckerrüben . . . . .	2	3
Sonstige pflanzliche Produkte . . . . .	4	5
Pflanzliche Produkte . . . . .	44	39

Milch und Milcherzeugnisse . . . . .	20	23
Erzeugnisse der Rindviehhaltung . . . . .	12	12
Erzeugnisse der Schweinehaltung . . . . .	12	13
Eier . . . . .	6	7
Sonstige tierische Produkte . . . . .	6	6

Tierische Produkte . . . . .	56	61
Gesamterzeugnisse . . . . .	100	100

Quelle: abgerundete Werte nach FAO/ECE.

<sup>28)</sup> Anteil der pflanzlichen und tierischen Produkte am Gesamtwert des landwirtschaftlichen Verkaufserlöses in einzelnen Ländern (1950) (in %)

Pflanzliche Produkte	Tierische Produkte
Griechenland . . . . .	Finnland . . . . . 81
Italien . . . . .	Dänemark . . . . . 80
Frankreich . . . . .	Norwegen . . . . . 78
	Schweden . . . . . 77
Durchschnitt von 14 europäischen Ländern . . . . .	Irland . . . . . 76
	Schweiz . . . . . 73
Belgien . . . . .	Bundesrepublik Deutschland . . . . . 70
Niederlande . . . . .	Großbritannien . . . . . 68
Luxemburg . . . . .	Luxemburg . . . . . 68
Großbritannien . . . . .	Niederlande . . . . . 67
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	Belgien . . . . . 63
Schweiz . . . . .	
Irland . . . . .	Durchschnitt von 14 europäischen Ländern . . . . . 61
Schweden . . . . .	
Norwegen . . . . .	Frankreich . . . . . 59
Dänemark . . . . .	Italien . . . . . 40
Finnland . . . . .	Griechenland . . . . . 30

Quelle: abgerundete Werte nach FAO/ECE.

<sup>29)</sup> „Zugekaufte Materialien“ 1950 (Wert in % der landwirtschaftlichen Gesamterlöse ausgedrückt):

Griechenland . . . . .	4	Schweden . . . . . 17
Finnland . . . . .	9	Luxemburg . . . . . 18
Italien . . . . .	10	Dänemark . . . . . 21
Frankreich . . . . .	11	Norwegen . . . . . 23
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	12	Niederlande . . . . . 25
Irland . . . . .	16	Großbritannien . . . . . 29
Schweiz . . . . .	17	Belgien . . . . . 35

Quelle: FAO/ECE — abgerundete Werte.

<sup>30)</sup> In der Bundesrepublik Deutschland machten die Betriebsausgaben 1938/39 75 %, 1950/51 78 % und 1951/52 73 % der Verkaufserlöse aus. In absoluten Zahlen ausgedrückt, ergeben sich folgende Werte (in Mill. RM/DM):

	1938/39	1950/51	1951/52
Verkaufserlöse . . . . .	5 208	9 422	12 090
Betriebsausgaben . . . . .	3 900	7 355	8 779
Ueberschuß . . . . .	1 308	2 067	3 311

Quelle: „Die westdeutsche Landwirtschaft im Jahre 1952“ — Veröffentlichung der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt a. M., 1953.

## Dokumente zur Berliner Viermächtekonferenz 1954

Ein Aufsatz in der „Prawda“ zur Frage der europäischen Sicherheit von I. Alexandrow

Das Problem der Gewährleistung der Sicherheit der europäischen Länder ist gegenwärtig eins der wichtigsten internationalen Probleme. Von seiner Lösung hängt das Schicksal des Friedens in Europa ab.

Die Sowjetunion, die sich dafür einsetzt, daß die Hauptaufgaben der europäischen Politik im Geiste der Zusammenarbeit und der Freundschaft zwischen den Staaten gelöst werden, hat den unumstößlichen Beweis geliefert, daß ihre Interessen untrennbar mit den Interessen des Friedens verknüpft sind. Sowohl von der Zeit vor dem Kriege als auch von der Zeit nach dem Kriege kann man mit aller Bestimmtheit behaupten, daß im Kampf gegen alle Versuche, die Kräfte der Reaktion zu entfesseln, aggressive Militärblocks zusammenzuzimmern, eine Gruppe von Staaten einer anderen Gruppe entgegenzustellen und damit die Sicherheit Europas in Gefahr zu bringen, kein Land solche Standhaftigkeit und Konsequenz bewiesen hat wie die Sowjetunion.

In letzter Zeit wird das Thema der europäischen Sicherheit auch im Westen immer häufiger aufgegriffen. Dabei muß man jedoch das Augenmerk auf die Tatsache richten, daß verschiedene Äußerungen von führenden Politikern der Westmächte und die Äußerungen der Presse, die deren Standpunkt in der Frage der Gewährleistung der Sicherheit der europäischen Länder wiedergeben, bei näherer Betrachtung große Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit aufkommen lassen.

In den letzten Monaten konnte man zum Beispiel folgende bezeichnende Erscheinung feststellen. Sobald die Pläne zur Aufstellung der Europaarmee, die auf eine Wiederbelebung der Kräfte der Revanche und der Aggression in Westdeutschland abzielen, in den westeuropäischen Ländern auf Widerstand stoßen, wird sogleich eine ganze Welle von Behauptungen losgelassen, daß die Anhänger der Europaarmee die Absicht hätten, irgendwelche Projekte für „Sicherheitsgarantien“ für alle europäischen Länder, darunter auch für die Sowjetunion, aufzustellen. Hierbei wird als Grundlage des ganzen Systems... gerade die Europaarmee hingestellt, die, wie allgemein bekannt ist, als Instrument der Aggression gegen die UdSSR und die Länder der Volksdemokratie gedacht ist.

Selbst die Bonner Revanchepolitiker, die erkennen, daß ihre Pläne aufgedeckt worden sind, und ein Fiasko erleiden, bemühen sich, diese Pläne mit Redereien von „Sicherheitsgarantien“ zu verschleiern. So erklärte zum Beispiel Adenauer in seiner Neujahrsrede, die EVG solle Ausgangspunkt für ein Sicherheitssystem sein, das die Sicherheitsbedürfnisse aller europäischen Völker, einschließlich Rußlands, berücksichtigt.

In den westeuropäischen Ländern wird man sich immer mehr darüber klar, daß die Politik der „Achse Washington—Bonn“ diese Länder in die Vorbereitung einer gegen die

Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie gerichteten Aggression einbezieht. Auch die Bevölkerung Westdeutschlands beginnt zu begreifen, daß der Weg des Militarismus, der Aggression und des Krieges für Deutschland ein Weg des nationalen Selbstmords ist.

Um nun breite Kreise der Öffentlichkeit Westeuropas über die wahren Ziele des Pariser Vertrages über die Europaarmee irrezuführen, behaupten seine Verteidiger, sie ständen den Interessen der europäischen Sicherheit nicht ablehnend gegenüber.

Worauf läuft aber ihr Gerede von den „Sicherheitsgarantien“ hinaus?

Alle Erklärungen zu dieser Frage sind mit Vorbedacht nebelhaft formuliert. Schon im Mittelalter galt der Satz: „Die Unklarheit des Gegenstandes führt zur Unklarheit der Darlegung.“ Die bürgerliche Presse behauptet jedoch, es handle sich um die Schaffung eines „neuen Sicherheitssystems“ auf der Grundlage „gegenseitiger Nichtangriffsgarantien“ einerseits zwischen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und der Sowjetunion und andererseits zwischen der Organisation des Nordatlantikpaktes, dessen Bestandteil diese „Gemeinschaft“ wäre, und der Sowjetunion.

Als Voraussetzung für den Aufbau dieses „neuen Systems“ wird also eine Politik bezeichnet, die darauf abzielt, eine Gruppe von europäischen Staaten einer anderen Gruppe entgegenzustellen. Hierbei hat man im Auge, daß ein Teil der europäischen Staaten eine besondere militärische Gruppierung in Form der sogenannten Europaarmee bilden soll, die gegen die anderen Länder Europas gerichtet ist. Zum Kern dieser aggressiven militärischen Gruppierung will man die jetzt im Gebiet Westdeutschlands wiedererstehende Naziwehrmacht machen. Damit wird das Wiedererstehen des deutschen Militarismus, also das Wiedererstehen einer realen und äußerst gefährlichen Bedrohung für alle Nachbarn Deutschlands, sowohl im Osten als auch im Westen, zur Grundlage des „neuen Systems“ gemacht.

Es ist jedoch allgemein bekannt, daß das Problem der europäischen Sicherheit vor allem und in der Hauptsache darin besteht, die Bemühungen aller europäischen Staaten, ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit ihrer sozialen Ordnung, in dem Bestreben zu vereinen, die Möglichkeit eines Wiedererstehens des deutschen Militarismus zu verhindern. Die Völker Europas wissen auf Grund ihrer in zwei Weltkriegen gesammelten Erfahrungen sehr gut, daß das Wiedererstehen des deutschen Militarismus unweigerlich zur Aggression führt. Sobald man die Wiederaufstellung der revanchelüsternden Wehrmacht zuläßt, steht der Krieg wieder vor den Toren Europas.

In Anbetracht dieser Tatsache haben die Großmächte, die die Führung der Antihitlerkoalition hatten, schon im



Kriege und dann auch gleich nach Kriegsende die Grundlagen für ein neues System geschaffen, das die Sicherheit Europas gewährleistet.

Die von ihnen gefundene Lösung hatte keineswegs den Charakter einer provisorischen diplomatischen Kombination, die später durch eine andere diplomatische Kombination ersetzt werden und in Vergessenheit geraten sollte. Sie hatte eine völlig andere Grundlage: Die Völker, die im Krieg ihr Blut vergossen und unermessliches Leid erduldet hatten, forderten Garantien für einen dauerhaften Frieden und eine verlässliche Sicherheit für sich und ihre Kinder. Der damals eingeschlagene Weg zur Lösung des Deutschlandproblems ist einer der wichtigsten Erfolge bei der Gewährleistung der Sicherheit aller Völker Europas, wo immer sich das Gebiet ihrer Staaten auch befindet, im Osten, im Westen, im Süden oder in der Mitte Europas.

Die in Potsdam gefaßten Beschlüsse sahen die Schaffung eines einheitlichen, unabhängigen, friedliebenden und demokratischen Deutschland vor. Die Durchführung dieser Beschlüsse hätte wirkliche reale Sicherheitsgarantien für alle friedliebenden Völker gewährleistet.

Die Erfahrungen der Geschichte haben den europäischen und nicht nur den europäischen, sondern allen Völkern gezeigt, daß keine Garantien die revanchelüsternten Bestrebungen der deutschen Militaristen aufhalten können, wenn man den revanchelüsternten und militaristischen Elementen in Deutschland ihren Willen läßt, wenn man dem deutschen Volk nicht demokratische Rechte garantiert, wenn man nicht die Möglichkeit der Einbeziehung Deutschlands in aggressive Militärblocks beeinträchtigt.

Die jetzt aufgestellten Projekte für das sogenannte „neue Sicherheitssystem“ ignorieren diese um den hohen Preis von in zwei Weltkriegen gewonnenen Lehren. Sie sehen nicht nur keine Maßnahmen vor, die auf die Schaffung eines geeinten, demokratischen, friedliebenden und unabhängigen Deutschland abzielen, sondern gehen im Gegenteil von der Voraussetzung der Spaltung Deutschlands und der Einbeziehung seines westlichen Teils in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft aus. Aber wer weiß nicht, daß nach der Verwirklichung dieser Maßnahmen von einem Friedensvertrag mit Deutschland als einem geeinten Staat zu sprechen schon nicht mehr möglich sein wird?

Als Vorbedingung für die Schaffung des von den Westmächten vorgeschlagenen sogenannten „neuen Sicherheitssystems“ wird also die Vertiefung der Spaltung Deutschlands und das Wiedererstehen des deutschen Militarismus im westlichen Teil des Landes bezeichnet. Liegt es nicht klar auf der Hand, daß dieses „System“ nicht auf die Beseitigung, sondern auf die Schaffung eines gefährlichen Aggressions- und Kriegsherdes im Herzen Europas abzielt?

Als weitere Vorbedingung für den Aufbau dieses „neuen Systems“ wird die Verwirklichung der Politik bezeichnet, die zum Ziel hat, einen Teil Europas dem anderen Teil entgegenzustellen und eine militärische Gruppierung der westeuropäischen Länder zu schaffen, die gegen den anderen Teil der europäischen Staaten gerichtet ist. Man darf auch nicht übersehen, daß diese militärische Gruppierung zu einem Bestandteil des Atlantikblocks gemacht und dadurch dem Kommando einer nichteuropäischen

Macht, der USA, unterstellt werden soll, die sie im Interesse ihrer eigenen Politik verwenden könnte.

Die Urheber der Pläne für das „neue Sicherheitssystem“ versuchen demzufolge, die Aufteilung Europas in verschiedene Gruppierungen zu sanktionieren und zu rechtfertigen, wobei sie die Entfachung der Feindschaft zwischen den europäischen Staaten und Völkern fördern.

Jeder vernünftig denkende Mensch könnte sich die verständliche Frage vorlegen: Wenn die Kreise, die plötzlich von der Notwendigkeit der Herstellung internationaler Sicherheitsgarantien zu sprechen angefangen haben, es damit ernst meinen, wäre es dann nicht logischer für sie, mit einem Verzicht auf eine Politik zu beginnen, die zum Ziel hat, daß Europa gespalten wird und ein Teil der europäischen Länder den anderen Ländern Europas entgegengestellt wird?

Der Kern der Sache besteht aber gerade darin, daß die Urheber des „neuen Sicherheitssystems“ nicht im geringsten den Wunsch haben, von ihren Plänen abzurücken, in Europa eine abgesonderte militärische Gruppierung von Staaten zusammenzuzimmern, deren Zentrum und treibende Kraft ihren Berechnungen zufolge Westdeutschland werden soll und in dem die USA die Führung haben. Ist es im Lichte aller dieser Tatsachen nicht ganz klar, daß die Anhänger dieses „Systems“ in Wirklichkeit keinerlei Sicherheitsgarantien zu gewähren gedenken? Sie wollen mit ihrem Gerede von „Garantien“ breite Kreise der Öffentlichkeit in den Ländern Westeuropas irreführen und den reaktionären Politikern dieser Länder helfen, die Ratifizierung der Kriegsverträge von Paris und Bonn in den Parlamenten durchzupeitschen, indem sie diese Verträge als Bestandteil ihres „Sicherheitssystems“ hinstellen.

Dadurch wird auch verständlich, warum einige Politiker das Projekt für das „neue Garantiesystem“ als „neues Locarno“ bezeichnet haben. Der sattsam bekannte Locarnopakt von 1925 war, wie man weiß, ein nicht unbedeutendes Glied in der Kette der Vorbereitungen zu einem neuen Weltkrieg, wenn er auch mit der Flagge des Friedens bemäntelt worden war. Das „alte Locarno“ hatte in Europa eine Gruppe von Ländern einer anderen Staatengruppe entgegengestellt, was die Sicherheit auf dem Kontinent nicht festigte, sondern unterminierte und zerstörte.

Die jetzt vorgebrachten Vorschläge für ein „neues Locarno“ zielen in die gleiche Richtung. Die Urheber dieser Vorschläge setzen ihre Hoffnung wieder auf das Wiedererstehen eines militaristischen Deutschland, das sie als ihr Instrument bei der Durchführung aggressiver Pläne zu benutzen gedenken. Die Geschichte des Zweiten Weltkrieges hat jedoch eindeutig genug gezeigt, wie gefährlich dieses Spiel mit dem deutschen Militarismus für die ist, die es anzetteln. Und wenn man das an gewissen Stellen auch vergessen hat, in Europa erinnert man sich sehr gut daran, welches Ergebnis das „alte Locarno“ hatte. Das Wiedererstehen des deutschen Militarismus bedroht auch die Länder im Westen, in erster Linie Frankreich. Darin besteht die Lehre der Geschichte.

Die Organisatoren der aggressiven Blocks suchen sich jetzt in die Toga von „Friedensstiftern“ zu hüllen, vor allem aus dem Grunde, weil auf Initiative der Sowjetunion der Kampf um die Durchführung eines umfangreichen und konkreten Programms von unaufschiebbaren

Maßnahmen in Gang gekommen ist, die darauf gerichtet sind, die internationale Spannung zu vermindern und ein wirkliches System der Sicherheit für alle großen und kleinen Länder Europas unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung zu schaffen.

Die Gewährleistung der Sicherheit der Länder Westeuropas wird, wie es in der Note der Sowjetregierung an die Regierungen Frankreichs, Englands und der USA vom 26. November 1953 hieß, fest begründet sein, wenn sie

nicht darauf beruht, daß die Länder Westeuropas den Ländern Osteuropas entgegengestellt werden, sondern darauf, daß die Bemühungen aller europäischen Länder zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa koordiniert werden. Diese Bemühungen können und müssen sich auf die früher von den entsprechenden Mächten übernommenen Verpflichtungen stützen, deren Ziel die Verhinderung neuer Aggressionsakte in Europa ist.

Quelle: *Prawda* vom 13. Januar 1954. Deutscher Text: *Tägliche Rundschau* vom 14. Januar 1954.

### Resolution der Union Europäischer Föderalisten vom 16. Januar 1954

Das am 16. Januar 1954 in Paris zusammengetretene Zentralkomitee der UEF nimmt nach einer ausgedehnten Debatte über die internationale politische Situation zur Kenntnis, daß am Ende langer, von den westlichen Mächten unternommener Bemühungen eine Zusammenkunft der „Vier“ für den 25. Januar in Berlin vorgesehen ist. Das Zentralkomitee hält es für angebracht, vor dieser Zusammenkunft, auf der über das Schicksal Deutschlands und damit Europas verhandelt werden soll, folgende Punkte hervorzuheben:

Jedes Feilschen unter den ehemaligen Alliierten, das, sei es zur Neutralisierung Deutschlands, sei es zur Verhinderung oder Verzögerung seiner Integration in Westeuropa führen könnte, ist entschieden zurückzuweisen. Der Begriff der Integration Europas schließt den EVG-Vertrag ein, dessen Verteidigungscharakter im übrigen keines besonderen Hinweises mehr bedarf.

Die europäische Vereinigung, Pflicht der Menschen unserer Generation aus offensichtlichen ökonomischen, sozialen und politischen Gründen, kann nicht an jedem Wendepunkt der internationalen Politik, ob dieser nun von den Sowjets erzwungen wird oder nicht, in Frage gestellt werden.

Es ist weiterhin angebracht, daran zu erinnern, daß die sowjetische Note, in welcher die Verhandlungsbereitschaft erklärt wurde, am Vorabend des Tages, an dem sich das französische Parlament über die Europa-Politik entscheiden sollte, in Paris eintraf. Diese Note erscheint demzufolge als das Ergebnis eines Manövers, das auf die Zerstörung des europäischen Vereinigungs-Werdgangs, der zur Zeit abläuft, abzielt.

Hinsichtlich der EVG erinnert das Zentralkomitee der UEF daran, daß der Vertrag vom 27. Mai 1952 das Ergebnis eines Verfahrens ist, das die UEF niemals befürwortet hat. Das Zentralkomitee unterstützt indessen heute mit allen Kräften die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, denn bei den gegebenen Zeitumständen führt der Weg zu Europa über die EVG. Die Verwerfung der EVG würde auf nicht wieder gutzumachende Weise der europäischen Sache Abbruch tun und den früher oder später eintretenden Triumph der wiedererstehenden Nationalismen bedeuten.

Folglich müssen jetzt alle Anstrengungen der aufrichtigen Europäer und besonders aller Mitglieder der UEF auf die Annahme des Vertrages besonders durch Frankreich gerichtet werden. Für Frankreich ebenso wie für seine Partner stellt Europa die einzige Lösung der ihnen gemeinsam gestellten Probleme dar. Demgegenüber hätte die Verwerfung der EVG keine anderen Ergebnisse als:

- den tödlichen deutsch-französischen Gegensatz in Europa wieder aufzurichten,
- die Schaffung einer deutschen Nationalarmee mit allen ihren Folgen hervorzuufen,
- die Umkehrung der Bündnisse und damit das Spiel des Kommunismus zu begünstigen, wenn nicht gar diesem den Weg zu bereiten,
- im Zusammenhang mit dem Rückzug der amerikanischen Truppen zweifellos einen radikalen Wechsel der amerikanischen Strategie und Politik gegenüber Europa hervorzurufen,

— Frankreich in eine tragische Situation zu stürzen, in der es verurteilt sein würde, entweder sich völlig isoliert, auch Großbritannien gegenüber, zu befinden oder in die Einflußsphäre Moskaus zu geraten.

Jede Illusion, neue Verhandlungen mit dem Ziel von Vertragsänderungen wieder aufnehmen zu können, muß zerstreut werden. Frankreich ist sich schuldig, den EVG-Vertrag, der seiner Initiative zu verdanken ist, mit Ja oder Nein zu beantworten.

Die UEF ist fest überzeugt, daß das französische Parlament, trotz seiner verständlichen Bedenken, mit der Einheit Europas den Weg der wahren Größe Frankreichs wählen wird.

Schließlich erinnert das Zentralkomitee daran, daß die EVG in seinen Augen niemals etwas anderes als eine durch die Verhältnisse auferzwungene Etappe auf dem Wege zur Politischen Gemeinschaft sein sollte. Es legt dem Exekutivbüro und allen Mitgliedsorganisationen der UEF nahe, die Ausarbeitung des Statutes der Politischen Gemeinschaft mit Wachsamkeit zu verfolgen und ihren supranationalen Charakter in jedem Falle zu bekräftigen.

Quelle: *Europäisches Informations-Bulletin* vom 19. Januar 1954.

### Rundfunkansprache des Präsidenten der Beratenden Versammlung des Europarats, François de Menthon, vom 19. Januar 1954

Am 26. September vorigen Jahres hat unsere Beratende Versammlung mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, welche die Politik des Europarates im Lichte der derzeitigen Weltlage definiert. In dieser Resolution wird als erstes erklärt, daß der Friedenswille aller europäischen Völker es erfordert, daß West-Europa keine Initiative versäumen darf, um der internationalen Spannung ein Ende zu setzen und die zu dieser Spannung führenden Probleme zu lösen.

Die Versammlung forderte die schleunige Einberufung einer Viererkonferenz, auf der in erster Linie die österreichische und die deutsche Frage zu behandeln seien. Diese Konferenz sollte, unter Beteiligung der österreichischen Regierung, zum Abschluß und zur schleunigen Durchführung eines Staatsvertrages führen, der Österreich seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährt. Betreffend Deutschland sollte, nach der Auffassung der Beratenden Versammlung des Europarates,



das Endziel dieser Konferenz der Abschluß eines Friedensvertrages sein. Dieser setzt freie Wahlen in dem gesamten Gebiet voraus und die Einsetzung einer aus diesen Wahlen hervorgegangenen Regierung, die berechtigt sein würde, im Namen des vereinigten Deutschland zu handeln.

Der Ministerausschuß des Europarates hat vor wenigen Wochen, am 12. Dezember 1953, die politische Linie unserer Versammlung in ihren große Zügen gutgeheißen und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß sie der öffentlichen Meinung als Richtschnur dienen möge.

In Berlin tagt jetzt die von unserer Versammlung geforderte Viererkonferenz, von allen friedliebenden Völkern mit soviel Unruhe und Hoffnungen erwartet. Die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs, die beide dem Ministerausschuß des Europarates angehören, werden in Berlin nicht nur im Namen ihrer eigenen

Regierungen sprechen können; sie können sich auch auf die Unterstützung der öffentlichen Meinung der 15 Länder Europas berufen, die im Europarat zusammengeschlossen sind.

Die Resolution der Straßburger Versammlung stellt fest, daß das Werk der gesamteuropäischen Einigung nicht unternommen wurde, um kriegerischen Drohungen zu begegnen, sondern in sich einen entscheidenden Faktor zur Schaffung eines dauerhaften Friedens darstellt. Beide Ziele, Einheit und Frieden, sind unteilbar. Unsere europäische Aktion will den Frieden und jeder echte Fortschritt in dieser Richtung kann nur der Einheit Europas dienen.

Die Wünsche unserer Versammlung begleiten die Unterhändler; mögen sie zugleich die Einheit Europas fördern und den Frieden schaffen.

Quelle: Conseil de l'Europe: *Information de Presse* Nr. 674a vom 18. Januar 1954.

## Vorschläge für die zukünftige Stellung der Saar

Auszüge aus dem Bericht des niederländischen Abgeordneten van der Goes van Naters an die Politische Kommission der Beratenden Versammlung des Europarats

*Der im September 1953 der Politischen Kommission der Beratenden Versammlung des Europarats unterbreitete Bericht des niederländischen Abgeordneten van der Goes van Naters über die zukünftige Stellung der Saar ist auf Beschluß der genannten Kommission (vgl. Europa-Archiv 21/1953, S. 6079) bisher nicht veröffentlicht worden. Er hat aber in der Zwischenzeit den Charakter der Vertraulichkeit verloren. In verschiedenen Zeitungen — insbesondere in Frankreich und im Saargebiet — sind in den vergangenen Monaten eingehende Auszüge veröffentlicht worden. Unter diesen Umständen hat es der „Informationsdienst“ des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung für angebracht und gerechtfertigt gehalten, auch die deutsche Öffentlichkeit über den genauen Inhalt der in dem Bericht enthaltenen Vorschläge durch die nachstehend wiedergegebene deutsche Übersetzung zu unterrichten.*

### I. Zwischenlösung bis zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft

#### A. Politische Fragen

1. Die Saar wird europäisches Territorium.

2. Der Schutz der Interessen der Saar in allen Fragen der Außenpolitik und der Verteidigung wird einem europäischen Kommissar übertragen.

Der europäische Kommissar wird vom Ministerkomitee des Europarats, dem er verantwortlich ist, ernannt. Er darf weder Franzose noch Deutscher noch Angehöriger der Saar sein. Bei seiner Ernennung ist die Stellungnahme der Hohen Behörde der Montanunion gebührend in Betracht zu ziehen. Ferner wird unter den gleichen Bedingungen ein stellvertretender europäischer Kommissar ernannt.

Der europäische Kommissar legt dem Ministerkomitee in regelmäßigen Zeitabständen einen Bericht vor, den dieses der Beratenden Versammlung übermittelt.

In der Ausübung der Verantwortlichkeiten, die ihm durch diese Ziffer und durch Ziffer 4 übertragen werden,

trifft das Ministerkomitee seine Entscheidungen mit Zweidrittelmehrheit.

3. Der europäische Kommissar handelt in allen Fällen in engem Einvernehmen mit der Saarregierung. Die zwischenstaatlichen Verträge, die der europäische Kommissar im Namen der Saar unterzeichnet, bedürfen der Genehmigung durch das Saarparlament.

4. Das Ministerkomitee ernennt ferner einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Ausschuß, der den europäischen Kommissar in der Ausübung seiner Funktionen unterstützt.

Die Mitglieder des Beratenden Ausschusses sind Angehörige der Mitgliedstaaten des Europarats, beziehungsweise der Staaten, die die Garantie für den europäischen Status der Saar gemäß Ziffer 18 dieser Entschließung übernommen haben. Dem Ausschuß müssen stets ein deutscher und ein französischer Staatsbürger angehören. Bei den Ernennungen zum Beratenden Ausschuß ist die Stellungnahme der Hohen Behörde der Montanunion gebührend in Betracht zu ziehen.

5. In der Ausübung ihrer Zuständigkeiten dürfen der europäische Kommissar, der stellvertretende europäische Kommissar und die Mitglieder des Beratenden Ausschusses Weisungen nationaler Regierungen weder erbitten noch entgegennehmen. Sie enthalten sich aller Handlungen, die mit dem europäischen Charakter ihrer Aufgaben unvereinbar sind.

6. Dem europäischen Kommissar und dem Beratenden Ausschuß steht ein aus europäischen Beamten bestehendes, zahlenmäßig beschränktes Personal zur Verfügung. Sein Generalsekretär ist Angehöriger des Saargebietes. Die Beamten sind dem europäischen Kommissar unterstellt.

7. Die Vertretung der Interessen der Einwohner des Saargebietes bei den europäischen Organisationen wird wie folgt sichergestellt:

a) Europarat

(i) Ministerkomitee: Der europäische Kommissar be-

ziehungsweise sein Stellvertreter gehören ihm mit beratender Stimme an.

(ii) Beratende Versammlung: wie bisher.

**b) Montanunion**

(i) Ministerrat: Der europäische Kommissar beziehungsweise sein Stellvertreter gehören ihm mit beratender Stimme an.

(ii) Gemeinsame Versammlung: Drei Abgeordnete werden vom Saarparlament gewählt. Die Abordnung Frankreichs bleibt zahlenmäßig, wie in Artikel 21 des Vertrages über die Gründung der Montanunion vorgesehen, den Abordnungen Italiens und Deutschlands gleich.

**c) Europäische Verteidigungsgemeinschaft**

(i) Ministerrat: Der europäische Kommissar beziehungsweise sein Stellvertreter gehören ihm mit beratender Stimme an.

(ii) Versammlung: Drei Abgeordnete werden vom Saarparlament gewählt. Die Bestimmungen des Artikels 33 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bleiben in allen anderen Fällen unverändert.

8. Bis zur Errichtung der Europäischen Armee wird die Verteidigung der Saar durch die dem Obersten Befehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa unterstehenden Streitkräfte gewährleistet. In allen die Saar betreffenden Fragen arbeitet der Oberste Befehlshaber der alliierten Streitkräfte stets eng mit dem europäischen Kommissar zusammen.

9. Der europäische Kommissar ist befugt, den Einwohnern des Saargebietes Pässe auszustellen.

10. Der Schutz der Interessen der Saar in den Staaten, die dem Europarat nicht angehören, wird durch die Vertreter jedes Mitgliedstaates (beziehungsweise aller Mitgliedstaaten) des Europarats, die hierzu durch Vereinbarung zwischen dem europäischen Kommissar und dem betreffenden Mitgliedstaat bestellt werden, gewährleistet.

11. Außer den nachstehend vorgesehenen Fällen gehören alle übrigen Sachgebiete zur Zuständigkeit einer frei gewählten Saarregierung.

**B. Wirtschaftliche Fragen**

12. Die Wirtschaftsunion zwischen Frankreich und der Saar und die auf ihr beruhenden französisch-saarländischen Abkommen, d. h. das Wirtschaftsabkommen, das Abkommen über den Betrieb der Saargruben, das Abkommen über die französisch-saarländische Gerichtsbarkeit, der Steuer- und Haushaltsvertrag und die darauf bezüglichen Artikel der Allgemeinen Konvention werden durch einen einzigen Vertrag über wirtschaftliche Zusammenarbeit, der zwischen Frankreich und der Saar für eine Dauer von 50 Jahren geschlossen wird, ersetzt. Zweck dieses Vertrages ist die Aufrechterhaltung eines gemeinsamen Marktes zwischen Frankreich und der Saar als Uebergangsstadium bis zur Errichtung eines einzigen Marktes, der alle Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft umfaßt. Den Bestimmungen dieses Vertrages gemäß verpflichten sich die beiden Unterzeichnerländer, keine Einfuhr- und Ausfuhrzölle oder Gebühren mit ähnlicher Wirkung einzuführen, den Güterverkehr keinen mengenmäßigen Beschränkungen zu unterwerfen, keine Einfuhr- oder Ausfuhrlicenzen zu verlangen, keine Maß-

nahmen zu treffen, die Erzeuger, Abnehmer oder Verbraucher unterschiedlich behandeln, keine Subventionen oder Beihilfen in irgendeiner anderen Form zu gewähren, weder Sondergebühren zu erheben noch sich einschränkender Praktiken zur Aufteilung oder Ausnutzung des Marktes zu bedienen, sowie die Freizügigkeit der Arbeitskräfte und den freien Güterverkehr nicht zu behindern. Kraft desselben Vertrages gehen die gegenwärtig von den „Saarbergwerken“ (SBW) verwalteten Gruben und Bergbauanlagen des Warndt wieder auf das Saargebiet über, das ihr alleiniger Eigentümer wird und allein ihre Verwaltung übernimmt.

13. Der französische Franc ist bis zur Schaffung einer europäischen Währung weiterhin gesetzliches Zahlungsmittel im Saargebiet.

14. Gemäß den in den beiden vorstehenden Ziffern aufgestellten Grundsätzen ist eine der wesentlichen Voraussetzungen der durch diese Entschließung vorgeschlagenen Lösung, daß auch zwischen dem Saargebiet und Deutschland sobald wie möglich ein gemeinsamer Markt errichtet wird. Die Errichtung dieses Marktes erfolgt fortschreitend mit der Integration der verschiedenen Sektoren der europäischen Wirtschaft, sei es in einzelnen Zweigen wie Kohle und Stahl, Landwirtschaft, Verkehrswesen, sei es durch die Gründung eines gemeinsamen Marktes, der alle Erzeugnisse umfaßt. Bis zu seiner Verwirklichung erfolgt die gegebenenfalls erforderliche Zoll- und Währungskontrolle unter der Leitung des europäischen Kommissars.

**C. Menschenrechte**

15. Die politischen Parteien, die Zeitungen und die öffentlichen Versammlungen bedürfen nicht mehr der Genehmigung.

**D. Kulturelle Fragen**

16. An die Stelle des gegenwärtigen Kulturabkommens zwischen Frankreich und der Saar tritt ein neues Abkommen, das zwischen Deutschland, Frankreich und dem europäischen Kommissar, der im Namen der Saar handelt, geschlossen wird. Einer der Hauptzwecke dieses Abkommens besteht darin, die deutsche Kultur und Sprache der Saarbevölkerung in jeder Hinsicht zu wahren.

**E. Juristische und sonstige Fragen**

17. In Kraft bleiben in ihren wesentlichen Bestimmungen: das Abkommen zwischen Frankreich und der Saar über den Rechtshilfeverkehr und seine Anlagen sowie der Vertrag zur Ausschaltung von Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amtshilfe, unterzeichnet am 20. Mai 1953, das Abkommen über die Fürsorge mit Zusatzabkommen und Anlagen, unterzeichnet am 3. März 1950, sowie das allgemeine Abkommen über die soziale Sicherheit und die Ergänzungsabkommen, unterzeichnet am 25. Februar 1949. Entsprechende Abkommen sind zwischen der deutschen Regierung und dem europäischen Kommissar, der im Namen der Saar handelt, zu schließen.

Die übrigen Abkommen zwischen Frankreich und der Saar, nämlich: die Konvention über den Betrieb der Eisenbahnen an der Saar, die Konvention auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, die Konvention auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, die Konvention über die Niederlassung der beiderseitigen Staatsangehörigen und über die Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit, die Konvention über die Aufsicht in den Ver-



sicherungsunternehmen, das Postabkommen, das Abkommen über die Binnenschifffahrt, das Abkommen über die Regelung der Straßentransporte, das Abkommen über die Regelung der pharmazeutischen Belange und das Abkommen über die Maßeinheiten und Meßgeräte treten außer Kraft. Jedoch trifft der europäische Kommissar nach Anhörung der Saarregierung, der deutschen und der französischen Regierung die Uebergangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Verwaltung, die durch die Bestimmungen des in Ziffer 12 angeführten, für die Dauer von fünfzig Jahren zwischen Frankreich und der Saar geschlossenen Vertrages über wirtschaftliche Zusammenarbeit notwendig werden.

## II. Garantie für diese Lösung

18. Die Regierungen Frankreichs, Deutschlands, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika verpflichten sich, die dargelegte Lösung zu unterstützen und zu garantieren, bis ein Friedensvertrag geschlossen wird oder eine entsprechende Regelung erfolgt. Sie verpflichten sich ferner, die Annahme dieser Lösung als endgültige Lösung sowohl bei den Vorverhandlungen zu diesem Verträge beziehungsweise dieser Regelung wie bei ihrer Durchführung vorzuschlagen und zu unterstützen.

## III. Durchführung

19. Die in den Abschnitten I und II dieser Entschlie-ßung enthaltenen Vorschläge sind auf einer Konferenz zu berücksichtigen, zu der Vertreter Deutschlands, Frankreichs, der Saar sowie Vertreter der anderen Mitgliedstaaten des Europarats, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Hohen Behörde der Montanunion eingeladen werden. Die Beratende Versammlung und das Generalsekretariat des Europarats können durch Beobachter vertreten werden.

Den Vorsitz auf dieser Konferenz führt der Präsident des Ministerkomitees des Europarats persönlich beziehungsweise durch seinen Stellvertreter. Tagungsort hätte Saarbrücken zu sein.

20. Die verfassungsrechtlichen Vorschläge, über die sich diese Konferenz einigt, erhalten die Form einer neuen Saarverfassung, über die sich die Saarbevölkerung in einem unter der Schirmherrschaft des Europarats durchgeführten Volksentscheid frei zu entscheiden haben wird.

21. Wird die neue Verfassung von 60 Prozent der an dem Volksentscheid teilnehmenden Wähler gebilligt, so wird das Saarparlament aufgelöst, und es sind gemäß den Bestimmungen der neuen Verfassung Neuwahlen abzuhalten.

Erklären sich mehr als 40 Prozent der an dem Volksentscheid teilnehmenden Wähler gegen die neue Verfassung, so ist die in Ziffer 19 in Betracht gezogene Konferenz erneut einzuberufen, um die sich aus dieser Ablehnung ergebende Lage zu prüfen.

22. Am Abstimmungstage ernennt das Ministerkomitee den europäischen Kommissar, seinen Stellvertreter und den Beratenden Ausschuß gemäß den Bestimmungen der Ziffern 2 bis 6. Diese übernehmen ihre Funktionen an der Saar mit ihrer Ernennung.

23. Die Durchführung der von der in Ziffer 19 angeführten Konferenz angenommenen Vorschläge obliegt

dem europäischen Kommissar, der in enger Zusammenarbeit mit den Regierungen der Saar, Deutschlands und Frankreichs handelt.

## IV. Maßnahmen, die mit Gründung der Europäischen Gemeinschaft\* zu treffen sind

24. Der Schutz der Interessen der Saar in den Fragen der Außenpolitik und der Verteidigung wird unter die unmittelbare Verantwortung des Europäischen Exekutivrates gestellt. Der Europäische Exekutivrat ist jedoch befugt, mit Zustimmung des Ministerkomitees des Europarats die Dienste des europäischen Kommissars, des stellvertretenden europäischen Kommissars und des Beratenden Ausschusses in Anspruch zu nehmen.

25. Die Vertretung der Saar in den Organen der Gemeinschaft wird wie folgt geregelt:

- a) Parlament
  - (i) Völkerrammer: unmittelbare Wahl der 12 Abgeordneten (Artikel 15).
  - (ii) Senat: Wahl von drei Senatoren durch das Saarparlament (Artikel 17).
- b) Europäischer Exekutivrat
 

Die von der Saarbevölkerung gewählten Abgeordneten können dem Europäischen Exekutivrat angehören, in dem sie auch den Vorsitz führen können (Artikel 28).
- c) Rat der nationalen Minister
 

Die Regierung der Saar ernannt einen Vertreter, der dem Rat der nationalen Minister mit beratender Stimme angehört (Artikel 36).
- d) Gerichtshof
 

Die europäischen Staatsbürger der Saar können vom Europäischen Exekutivrat, der zu den entsprechenden Beschlüssen der Genehmigung des Senats bedarf, zu Mitgliedern des Gerichtshofes bestellt werden (Artikel 39).
- e) Wirtschafts- und Sozialrat
 

Die europäischen Staatsbürger der Saar können zu Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrates ernannt werden (Artikel 50—51).

26. Die Saar gehört dem in Kap. V des Teils III des Entwurfs eines Vertrages über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft bezeichneten gemeinsamen europäischen Markt an.

27. Alle anderen Sachgebiete gehören weiterhin zur Zuständigkeit der Regierung der Saar.

## V. Unmittelbare Maßnahmen

28. Mit Zustimmung der französischen Regierung, der Saarregierung und der deutschen Regierung trifft der Präsident des Ministerkomitees (des Europarats) unverzüglich alle geeigneten Maßnahmen zur Einberufung der in Ziffer 19 vorgesehenen Konferenz.

Quelle: Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Nr. 193 vom 15. Januar 1954.

\*) Im Sinne des Entwurfs eines Vertrages über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft, den die ad hoc-Versammlung vorgelegt hat.

## Die Aufstellung japanischer Streitkräfte

Kommuniqué über die amerikanisch-japanischen Besprechungen in Washington vom 30. Oktober 1953

Herr Hayato Ikeda, der persönliche Vertreter des Ministerpräsidenten von Japan, und seine Begleitung führten während der vergangenen vier Wochen eine Reihe von Besprechungen mit Herrn Walter S. Robertson, dem Stellvertretenen Staatssekretär für Fernost-Angelegenheiten, und anderen Beamten der Regierung der Vereinigten Staaten.

Die Besprechungen umfaßten mehrere miteinander im Zusammenhang stehende Probleme von gemeinsamem Interesse, wie z. B. den Aufbau der japanischen Verteidigung, die Hilfe der Vereinigten Staaten, eine Regelung über die von den USA in der Nachkriegszeit gewährte wirtschaftliche Hilfe (GARIOA), ausländische Investitionen und den Handel mit dem kommunistischen China. Der zwanglose Gedankenaustausch über diese Themen war äußerst fruchtbar und legt die Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Die Diskussionen trugen informativem Charakter; vertragliche Abmachungen wurden nicht getroffen. Gewisse allgemeine Vereinbarungen werden im folgenden dargelegt.

Die Verhandlungspartner erzielten Einigkeit über die Notwendigkeit, Japans, eigene Verteidigungsstreitkräfte zum Schutz gegen eine etwaige Aggression zu verstärken und den Beitrag der Vereinigten Staaten zur Verteidigung Japans herabzusetzen. Es wurde jedoch festgestellt, daß es unter den gegenwärtigen Umständen verfassungsmäßige, wirtschaftliche, etatbedingte und andere Grenzen gibt, die der sofortigen Schaffung einer für die Verteidigung Japans ausreichenden eigenen Verteidigungsmacht im Wege stehen. Bei gebührender Berücksichtigung dieser Grenzen wird Japan fortgesetzte Anstrengungen machen, um den Aufbau zu beschleunigen. Vorbehaltlich der erforderlichen Zustimmung durch den Kongreß boten die amerikanischen Verhandlungspartner an, Japan beim Aufbau der japanischen Streitmacht durch Lieferung größerer Ausrüstungsgegenstände für die von Japan aufzustellenden Land-, See- und Luftstreitkräfte zu unterstützen.

Fragen der japanischen Verteidigungsmacht und des militärischen Bestandes durch die Vereinigten Staaten werden in naher Zukunft in Tokio von Vertretern beider Regierungen eingehender besprochen werden mit dem Ziel, eine endgültige Vereinbarung herbeizuführen.

Die Verhandlungspartner kamen überein, daß eine Herabsetzung des japanischen Beitrags zur Unterhaltung von amerikanischen Streitkräften von Zeit zu Zeit unter Berücksichtigung der Entwicklung von Japans eigenen Streitkräften in Betracht gezogen werden solle. Es wurde ebenfalls vereinbart, daß die Zurückziehung der amerikanischen Streitkräfte aus Japan durchgeführt werden solle in dem Maße, in dem die japanischen Streitkräfte in die Lage kommen werden, ihr Land selbst zu verteidigen.

Die Verhandlungspartner waren der Meinung, daß 50 Millionen Dollar eine vernünftige Summe darstellten, in deren Höhe Waren an Japan gemäß Absatz 550 des Mutual Security Act\* geliefert werden sollen. Es ist geplant, die Einnahmen in Landeswährung aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Produkte aus solchen Lieferun-

gen in off-shore-Aufträgen und Investitionen zugunsten von Japans Rüstungsproduktion und seinem Industriepotential anzulegen. Es werden die notwendigen Maßnahmen ergriffen, um den Erfordernissen von Absatz 550 und den damit verbundenen Arbeiten für die Verteidigung zu entsprechen.

Die Verhandlungspartner erkannten an, daß die Beibehaltung einer scharfen Kontrolle über den Handel mit dem kommunistischen China wichtig sei, solange keine politische Regelung in Korea getroffen ist. Da jedoch der japanische Handel durch diese Kontrolle in Mitleidenenschaft gezogen ist, werden die USA und Japan die gegenwärtigen Absprachen über die zu kontrollierenden Waren fortsetzen.

Die amerikanischen Gesprächspartner maßen einer baldigen Regelung der GARIOA-Hilfe große Bedeutung bei. Es wurde vereinbart, in naher Zukunft zwischen Vertretern der Vereinigten Staaten und Japans in Tokio eine Konferenz abzuhalten, um Einigung über eine solche Regelung zu erzielen.

Hinsichtlich ausländischer Investitionen in Japan wurden das Investitions-Garantie-Programm im Rahmen des Mutual Security Act und des Contact Clearing House Service sowie die Dienste des amerikanischen Handelsministeriums als nützliche Maßnahmen seitens der Vereinigten Staaten angesehen, während die japanischen Vertreter die Bereitschaft Japans zum Ausdruck brachten, die japanischen Gesetze und Bestimmungen über ausländische Investitionen zu liberalisieren, um ein für ausländische Investitionen günstigeres Klima zu schaffen.

Die japanischen Verhandlungspartner äußerten die Ueberzeugung, daß von Seiten Japans energische Anstrengungen, einer Inflation entgegenzuarbeiten, von größter Wichtigkeit seien, um Japans wirtschaftliche Lage zu stärken und eine weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Japan zu fördern.

Mit Befriedigung haben alle Konferenzteilnehmer zur Kenntnis genommen, daß während ihrer Beratungen das Abkommen über eine Anleihe in Höhe von 40 Millionen Dollar für Japans thermoelektrische Projekte von der Weltbank und japanischen Vertretern unterzeichnet wurde und daß die Export-Import Bank in Washington einen 60-Millionen-Dollar-Kredit für Baumwolle an Japan angekündigt hat.

Quelle: *The State Department Bulletin*, Vol. XXIX, Nr. 750 vom 9. November 1953. Uebersetzung des Europa-Archivs.

\* Absatz 550 des Mutual Security Act sieht vor, daß 100 Millionen bis 250 Millionen Dollar aus dem Auslandhilfefonds für den Ankauf überschüssiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Vereinigten Staaten verwendet werden sollen, die der Präsident befreundeten Staaten gegen Bezahlung in deren Landeswährung zur Verfügung stellen kann. Die aus diesen Verkäufen gewonnenen Mittel können nur für bestimmte Zwecke, wie beispielsweise militärische Hilfe an befreundete Länder oder Verteidigungsorganisationen, Anleihen und Hilfeleistung zur Entwicklung der Produktion sowie Erschließung neuer Märkte, verwendet werden.



## Berichte und Informationen

### Die politische Integration Europas

#### *Sitzung der Arbeitsgruppe des Verfassungsausschusses*

Nach einer Sitzung, die am 15. Januar 1954 in Straßburg stattfand, hat die Arbeitsgruppe des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung folgendes Kommuniqué herausgegeben:

„Auf ihrer Sitzung vom 15. Januar hat die Arbeitsgruppe des Verfassungsausschusses erneut ihre Ueberzeugung bekräftigt, daß die politische Integration Europas ohne Unterbrechung fortgesetzt werden muß und daß sie unter den gegenwärtigen Umständen das einzige Mittel ist, die Sicherheit und die Wohlfahrt Europas und den Frieden in der Welt zu verbürgen.

Mit dem Beschluß der Haager Außenministerkonferenz, daß die Ausarbeitung des Vertrages über die europäische politische Gemeinschaft in Zusammenarbeit der sechs Regierungen mit der Arbeitsgruppe des Verfassungsausschusses erfolgen soll, befiehlt, hat die Gruppe die unbedingte Notwendigkeit unterstrichen, ein enges Einvernehmen zwischen den Regierungen und der ad hoc-Versammlung aufrechtzuerhalten. Die Herren Paul Henri Spaak, Präsident der Versammlung, und Heinrich von Brentano, Präsident des Verfassungsausschusses, wurden gebeten, in den nächsten Tagen mit Außenminister Beyen, Präsident der Konferenz für die europäische politische Gemeinschaft, in Verbindung zu treten, um mit ihm die Modalitäten dieser Zusammenarbeit zu klären. Dieses Treffen wird die Kontinuität der Tätigkeit der Regierungen und der Parlamentarier für die Einigung Europas bezeugen.“

Quelle: Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Nr. 194 vom 23. Januar 1954.

### Die Liberale Weltunion zur internationalen Lage

Vom 7. bis 9. Januar 1954 hielt das Exekutivkomitee der Liberalen Weltunion in Paris eine Tagung ab, auf der eine Aussprache über die internationale Lage und die gegenwärtige Situation der europäischen Integration stattfand. Als Ergebnis der Aussprache wurde eine Entschließung gefaßt, die folgenden Wortlaut hat:

„Das in Paris vom 7. bis 9. Januar versammelte Exekutivkomitee der Liberalen Weltunion stellt fest, daß der Aufbau Europas, der über die historischen Gegebenheiten des deutsch-französischen Problems hinausreicht, einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Welt bedeutet und daß er allein geeignet ist, den wirtschaftlichen Restriktionen ein Ende zu bereiten, die den sozialen Fortschritt behindern.

Es begrüßt die in dieser Richtung seit sechs Jahren unternommenen Bemühungen und spricht sich für die Ratifikation der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und die Verwirklichung der geplanten Politischen Gemeinschaft aus. Die Ablehnung dieser Projekte würde in ihrer moralischen Auswirkung der gesamten Arbeit für die europäische Einigung einen tödlichen Schlag versetzen und die Zeit der nationalen Rivalitäten wieder aufleben lassen. Die Fortsetzung der Politik der Einigung Europas darf nicht aus der irrigen Befürchtung heraus aufgeschoben werden, daß dadurch die Aussichten von Verhandlungen mit der Sowjetunion beeinträchtigt werden könnten.

Das Exekutivkomitee warnt vor der Gefahr angeblicher Ersatzlösungen, deren Prüfung zu neuen Kontrollversen und neuen Verzögerungen führen und jede Entscheidung unmöglich machen würde. Es betont darüber hinaus seine Ueberzeugung, daß die atlantische Politik, die keineswegs eine Alternative zur Europapolitik darstellt, nur durch fortgesetzte und gesteigerte Bemühungen um den Aufbau Europas gefördert und gestärkt werden kann.“

Auf einer anschließenden Pressekonferenz nahm der französische radikalsozialistische Politiker Maurice Faure zu den internationalen Aspekten der europäischen Integrationspolitik Stellung. Er betonte, daß die EVG keine gegen die Sowjetunion gerichtete Spitze aufweise; deshalb bestehe kein Anlaß, angesichts der Berliner Konferenz von der Integration und dem Programm weiterer Zusammenschlüsse abzurücken. Als die Hauptaufgabe einer konstruktiven Europapolitik bezeichnete Maurice Faure die Entgiftung der deutsch-französischen Beziehungen. Faure gab auf der gleichen Pressekonferenz die Gründung einer französischen Sektion der Liberalen Bewegung für ein Vereintes Europa bekannt, deren Vorstand u. a. Yvon Delbos, René Mayer und René Pleven angehören.

### Die amerikanische Politik in der Frage des Ost-West-Handels

Eine liberalere Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber dem Handel mit den kommunistischen Ländern kündigte der Leiter des amerikanischen Amtes für Auslandsvorhaben (FOA), Harold E. Stassen, am 9. Januar 1954 in einem Presseinterview in Washington an. Er erklärte, daß eine Steigerung des Ost-West-Handels zur Verbreitung demokratischen Gedankengutes hinter dem „Eisernen Vorhang“ und zur Verbesserung der Beziehungen mit der Sowjetunion beitragen könne.

Stassen betonte, daß die amerikanische Regierung nach wie vor an der Begrenzung und Kontrolle des Handels mit kriegswichtigen Gütern festhalte; ebenso wenig habe sie ihre Ansicht über den Handel mit dem kommunistischen China geändert, und hier sei auch keine Aenderung vorgesehen, solange nicht ein vernünftiger Friede in Korea und Indochina geschlossen werde. Dagegen lasse die wirtschaftliche Erstarkung Westeuropas einen verstärkten Handel zwischen diesem Gebiet und den osteuropäischen Ländern sowohl vom wirtschaftlichen wie vom politischen Standpunkt aus als nutzbringend erscheinen. Unter Hinweis auf die im Laufe des vergangenen Jahres zutage getretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der kommunistischen Länder empfahl Stassen die Lieferung von Ausrüstungen für die Konsumgüterindustrie, die in Osteuropa dringend benötigt würden. So könne der Westen seine wirtschaftliche Stärke benutzen, um durch die Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen zu einer Milderung der Spannung im Kalten Kriege beizutragen.

# Zeittafel vom 1. bis 15. Januar 1954

## Die Ereignisse in Europa

### Europäische Integration

- 5.—6. Auf einer Konferenz von Eisenbahnsachverständigen der Mitgliedstaaten der Montanunion sowie der Schweiz und Oesterreichs in Genua wird die Einführung einheitlicher Frachttarife für den Transport von Kohle aus den deutschen, belgischen, saarländischen und französischen Revieren nach Italien beschlossen.
7. In Paris beginnt die von der Haager Außenministerkonferenz der Europäischen Gemeinschaft im November 1953 (vgl. EA 24/1953, S. 6232) eingesetzte Studienkommission für die politische Gemeinschaft mit ihren Arbeiten.
- 7.—9. Tagung des Exekutivkomitees der Liberalen Weltunion in Paris (vgl. Kurzbericht auf S. 6348).
11. In Straßburg findet auf Anregung des Internationalen Presseinstituts eine Aussprache deutscher und französischer Journalisten statt, bei der Mittel und Wege erörtert werden, über die Presse ein besseres gegenseitiges Verständnis der beiden Völker zu erzielen. Es wird die Errichtung von Büros in beiden Hauptstädten beschlossen, die sich dieser Aufgabe widmen werden.

Die Hohe Behörde der Montanunion legt der Gemeinsamen Versammlung ein Exposé über die Lage der Gemeinschaft am Jahresanfang 1954 vor.

### Nordatlantikpakt-Organisation

8. Ernennung von Generalleutnant Paul W. Kendall (USA) zum neuen Befehlshaber der Alliierten Landstreitkräfte in Südosteuropa.

### Deutschland

1. Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, warnt in einem im Parlamentarisch-Politischen Pressedienst veröffentlichten Interview davor, die Berliner Konferenz vor die Alternative „sofortige Wiedervereinigung oder Abbruch der Verhandlungen“ zu stellen. Er erklärt, es sei eine „kleine Lösung“ denkbar, die zwar niemals als Ersatz für die Wiedervereinigung akzeptiert werde, aber immerhin ein Schritt auf dem Wege zur Gesamtlösung sein könne. Dabei sei an die Wiederherstellung der Einheit Berlins, die Erleichterung des Verkehrs nach Berlin und des Interzonenverkehrs sowie an die Aufhebung des Währungsgefälles zwischen beiden Teilen Deutschlands zu denken.
6. Im Sozialdemokratischen Pressedienst wird die Absicht der Regierungskoalition, die erste Lesung der Wehrgänzungen des Grundgesetzes noch vor der Berliner Konferenz durchzuführen, als Versuch der Sabotage der Berliner Konferenz bezeichnet. Bundeskanzler Adenauer ersucht daraufhin den 1. Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, sich von dieser Äußerung zu distanzieren. In einem Schreiben an den Bundes-

kanzler am 8. Januar bedauert Ollenhauer den Ausdruck „Sabotage“ und hebt hervor, daß die SPD dem Bundeskanzler nicht unterstelle, daß er keinen Erfolg der Berliner Konferenz wünsche. Sachlich halte die SPD jedoch an dem Standpunkt fest, daß die Wehrdebatte die Erfolgsaussichten der Berliner Konferenz vermindere. Am 11. Januar findet eine persönliche Aussprache zwischen Adenauer und Ollenhauer über die Frage der Wehrdebatte statt.

7. Der Ministerrat der DDR faßt folgende Beschlüsse: a) Bildung eines „Ausschusses für Deutsche Einheit“, der alle mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages und mit der Wiedervereinigung zusammenhängenden Fragen zusammenfassend bearbeiten soll. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wird der stellvertretende Ministerpräsident Hans Loch, zum Sekretär der Leiter des Informationsamtes der DDR, Albert Norden (unter gleichzeitiger Ernennung zum Staatssekretär) ernannt. b) Schaffung eines Ministeriums für Kultur der DDR. Zum Minister für Kultur wird der Präsident des Kulturbundes, Johannes R. Becher, ernannt. c) Auflösung des Amtes für Reparationen.

In Berlin beginnen Vertreter der Hohen Kommissionen der vier Großmächte mit Vorverhandlungen über die technischen Fragen der Abhaltung der Berliner Konferenz. Die Verhandlungen werden am 14. Januar unterbrochen, ohne daß eine Uebereinkunft über den Tagungsort der Konferenz erzielt wurde.

9. Bundesminister Franz Josef Strauß warnt in einer Rede vor dem Arbeitsausschuß Oder-Neiße der CSU in München vor einem Aufrollen der Oder-Neiße-Frage anläßlich der Berliner Konferenz. Er erklärt, die Bundesregierung müsse zwar ihren Standpunkt darlegen, aber sonst alles unterlassen, was die Konferenz mit einer politischen oder moralischen Hypothek belaste. Gleichzeitig warnt Strauß davor, in der Frage der gesamtdeutschen Wahlen der anderen Seite Unmögliches zuzumuten.
  11. Der stellvertretende Ministerpräsident der DDR Otto Nuschke beschuldigt in einer Pressekonferenz des Nationalrates der Nationalen Front die amerikanischen Geheimdienste, für Anfang 1954 „eine neue provokatorische Aktion gegen die DDR“ nach dem Muster des 17. Juni 1953 zu planen. Nuschke fordert die Einstellung dieser Tätigkeit und die Schaffung einer friedlichen Atmosphäre für die Berliner Konferenz.
  12. Das Bundeskabinett stellt für die Berliner Konferenz folgende Forderungen Deutschlands auf: 1. freie gesamtdeutsche Wahlen, 2. Verfassunggebende Nationalversammlung, 3. gesamtdeutsche Regierung mit völliger Handlungsfreiheit.
- Bundeskanzler Adenauer erklärt in einem außenpolitischen Bericht vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das deutsche Volk befinde sich bei der Berliner Konferenz in der ernstesten Situation seit 1945. Die sowjetischen Absichten liefen auf die Verhinderung



der europäischen Integration hinaus; dies aber könne die Abkehr der Vereinigten Staaten von Europa zur Folge haben. Der Bundeskanzler warnt in diesem Zusammenhang vor einer endlosen Verschleppung der Berliner Konferenz, da dadurch auch die Entscheidung über die EVG endlos verzögert würde.

13. Der Präsident der Volkskammer der DDR, Johannes Dieckmann, fordert in einem Schreiben an Bundestagspräsident Hermann Ehlers, daß Vertreter des Bundestages und der Volkskammer gemeinsam die Teilnahme deutscher Vertreter an der Berliner Konferenz verlangen sollen. Außerdem schlägt er vor, daß Vertreter beider Teile Deutschlands schon vor der Konferenz miteinander in Verhandlungen treten. Der „Ausschuß für Deutsche Einheit“ der DDR fordert nach einer Tagung, an der die stellvertretenden Ministerpräsidenten Walter Ulbricht und Otto Nuschke teilnahmen, erneut die Teilnahme von Vertretern beider Teile Deutschlands an der Berliner Konferenz. Gleichzeitig schlägt der Ausschuß die Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung vor, die die Bedingungen für gesamtdeutsche Wahlen schaffen soll. Der Ausschuß erklärt, daß der EVG-Vertrag unvereinbar mit der Wiedervereinigung Deutschlands sei, und ruft die westdeutsche Bevölkerung zum Kampf gegen die Wiederaufrüstung auf.
14. Der Bundestag verweist in erster Lesung gegen die Stimmen der SPD den Gesetzentwurf über die Wehrgänzungen des Grundgesetzes an die zuständigen Ausschüsse. Eine Debatte findet nicht statt; Regierung und Opposition begnügen sich mit kurzen Erklärungen zu dem Gesetzentwurf.

#### Frankreich

1. Note an die Sowjetunion über die Berliner Viermächtekonferenz (vgl. den Wortlaut in EA 2/1954, S. 6309).
  2. Ministerpräsident Laniel bittet in einem Schreiben Staatspräsident Auriol, den anläßlich des Amtsantritts des neuen Staatspräsidenten am 17. Januar fällig werdenden Rücktritt der Regierung schon jetzt anzunehmen, damit bis zum Beginn der Berliner Konferenz eine funktionsfähige Regierung wieder gebildet werden könne. Nach Konsultation mit dem neuen Präsidenten, René Coty, lehnt Präsident Auriol am gleichen Tage das Rücktrittsangebot ab und bittet die Regierung, im Amte zu bleiben. Er weist darauf hin, daß die Nationalversammlung der Regierung nach der Bermuda-Konferenz das Vertrauen ausgesprochen habe. Daraufhin beruft Ministerpräsident Laniel die Nationalversammlung zu einer Sondersitzung zur Entgegennahme einer Regierungserklärung ein.
  6. Die Nationalversammlung billigt mit 409 gegen 208 Stimmen das Finanzgesetz für 1954 mit Ausnahme der Ausgaben für Verteidigung und Erziehungswesen. Nach dem Gesetz sollen sich die Einnahmen auf 2,869 Milliarden Francs und die Ausgaben (ohne Verteidigung und Erziehungswesen) auf 1,380 Milliarden Francs belaufen. Für die beiden Budgetteile werden vorläufige Kredite für die ersten beiden Monate bewilligt.
- Sondersitzung der Nationalversammlung. Nach Entgegennahme einer Regierungserklärung spricht die

Nationalversammlung der Regierung mit 319 gegen 249 Stimmen das Vertrauen aus, indem sie alle Anträge zur Tagesordnung zurückweist. In seiner Regierungserklärung hatte Ministerpräsident Laniel eine klare Entscheidung gefordert, die der Regierung für die Berliner Konferenz die notwendige Autorität verleihe. Zum EVG-Vertrag hatte er erklärt, daß die Nationalversammlung nach der Berliner Konferenz darüber eine definitive Entscheidung werde fällen müssen.

12. Note an die österreichische Regierung über die Behandlung des Staatsvertrags auf der Berliner Konferenz (vgl. Oesterreich).
- 12.—13. Sitzung der Nationalversammlung zur Wahl ihres neuen Präsidenten. Im dritten Wahlgang wird der Sozialist André Le Troquer mit 300 Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat, Pierre Pflimlin (MPR), erhält 251 Stimmen. Zum Präsidenten des Rates der Republik wird am 12. Januar Gaston Monnerville (Radikalsozialist) wiedergewählt.

#### Großbritannien

1. Note an die Sowjetunion über die Berliner Viermächtekonferenz (vgl. den Wortlaut in EA 2/1954, S. 6309).
4. Zum neuen britischen Botschafter und Hohen Kommissar in Oesterreich wird der bisherige Botschafter in Bangkok, Sir Geoffrey Wallinger, ernannt. Der bisherige Hohe Kommissar, Sir Harold Caccia, wird stellvertretender Unterstaatssekretär im Außenministerium.
11. Außenminister Eden erklärt in einer Rundfunkansprache, die Westmächte könnten das Prinzip freier gesamtdeutscher Wahlen als erstes Erfordernis für die Wiedervereinigung Deutschlands niemals aufgeben; kein ost-westlicher Kunstgriff könne die Notwendigkeit einer repräsentativen gesamtdeutschen Regierung ersetzen. Ein Sicherheitsverlangen der Sowjetunion gegen ein Wiederaufleben deutscher Aggression sei jedoch gerechtfertigt. Die Sowjetunion habe aber schon verschiedene Sicherheitsgarantien erhalten, beispielsweise die Charta der Vereinten Nationen und den britisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag; auch die EVG schließe in sich eine Garantie gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus ein. Trotzdem seien die Westmächte bereit, eine zusätzliche Garantie zu erwägen. Der Außenminister betont aber, daß die Westmächte niemals bereit sein werden, als Preis für ein Abkommen ihre Verteidigungsvorkehrungen aufzugeben.
12. Note an die österreichische Regierung über die Behandlung des Staatsvertrags auf der Berliner Konferenz (vgl. Oesterreich).

#### Italien

5. Rücktritt der Regierung. Nachdem der bisherige Ministerpräsident, Giuseppe Pella, einen neuen Auftrag zur Regierungsbildung abgelehnt hat, beauftragt Staatspräsident Einaudi am 12. Januar den bisherigen Innenminister, Amintore Fanfani, mit der Bildung einer neuen Regierung.
10. Das Zentralkomitee der Europäischen Föderalistischen Bewegung (MFE) richtet einen Aufruf an alle demokratischen Parteien und Gruppen Italiens, eine ge-

meinsame „Europäische Front“ zu bilden und sich für die sofortige Ratifizierung des EVG-Vertrags sowie die baldige Ausarbeitung und Annahme eines Statuts der europäischen politischen Gemeinschaft einzusetzen.

#### Jugoslawien

10. Das Exekutivkomitee des Bundes der Kommunisten erklärt in einem Kommuniqué, daß eine Artikelserie, die der Präsident der Nationalversammlung, Milovan Djilas, in den Zeitungen *Borba* und *Nova Misl* veröffentlicht hatte, im Widerspruch zu den Auffassungen des Exekutivkomitees und zu den Beschlüssen des 6. Parteitages stehe und geeignet sei, der Entwicklung des Bundes der Kommunisten und dem Fortschritt des Sozialismus zu schaden. Djilas hatte in seinen Artikeln den Zentralismus des Parteiapparates kritisiert und die Abschaffung der Parteidisziplin gefordert. Er begründete das damit, daß heute in Jugoslawien ein sozialistisches Bewußtsein außerhalb der Partei bestehe und daß ein Machtkampf nach revolutionärer Manier sinnlos geworden sei. Für den Sieg einer neuen Idee sei die Schaffung einer Atmosphäre von Gedankenfreiheit notwendiger als die Organisation der Massen; deshalb seien berufsmäßige Parteifunktionäre überflüssig.

#### Oesterreich

4. Ernennung eines neuen britischen Hohen Kommissars (vgl. Großbritannien).
5. Die Bundesregierung richtet in einer Note an die vier Großmächte den „dringenden Appell, der Behandlung der österreichischen Frage im Rahmen dieser bevorstehenden Konferenz (Berliner Konferenz) jenen Platz einzuräumen, der ihre endgültige und zufriedenstellende Regelung und die eheste Beendigung des dieses Land seit so vielen Jahren bedrückenden und belastenden Zustandes ermöglicht“. Am

12. Januar überreichen die Botschafter der drei Westmächte getrennte Antwortnoten, in denen jedoch übereinstimmend versichert wird, daß die westlichen Regierungen sich auf der Berliner Konferenz mit Nachdruck für den Abschluß des Staatsvertrages einzusetzen werden.

9. Die Bundesregierung teilt den vier Großmächten mit, daß sie eine Delegation unter Leitung des Chefs der Politischen Abteilung des Bundeskanzleramtes, Josef Schöner, zur Berliner Konferenz entsenden wird, um mit den Delegationen der Großmächte in Verbindung zu treten.

#### Schweden

12. In der Thronrede zur Eröffnung des Reichstags führt König *Gustaf VI. Adolf* aus, daß trotz der während des vergangenen Jahres eingetretenen Entspannung der internationalen Lage die Stärke und Schlagkraft der Landesverteidigung aufrechterhalten werden müsse. Die wirtschaftliche Lage des Landes wird in der Thronrede als ausgeglichene Hochkonjunktur bezeichnet.

#### Sowjetunion

4. Note an die Westmächte über die Berliner Viermächtekonferenz (vgl. den Wortlaut in EA 2/1954, S. 6309).
6. Nach mehreren Besprechungen zwischen Außenminister *Molotow* und dem amerikanischen Botschafter, *Charles E. Bohlen*, wird in einem Kommuniqué bekanntgegeben, daß die beiden Regierungen übereingekommen seien, in Washington vorbereitende Besprechungen über Zeitpunkt und Modalitäten internationaler Verhandlungen über die Kontrolle der Atomenergie zu führen.
13. Artikel der *Prawda* über die Frage der europäischen Sicherheit (vgl. den Wortlaut auf S. 6341 dieser Folge).

### Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

#### AFRIKA

##### Aegypten

7. In einem in der Zeitung *Al Gumhuriya* abgedruckten Interview erklärt der stellvertretende Ministerpräsident *Gamal Abdel Nasser*, Aegypten könne sich den Bemühungen der Türkei um eine gemeinsame Verteidigungspolitik im Nahen Osten nicht anschließen, solange die Türkei Mitglied der NATO und der britisch-ägyptische Gegensatz nicht bereinigt sei und solange die Türkei den Staat Israel unterstütze.
11. In einem in der Zeitung *Al Gumhuriya* veröffentlichten Artikel bezeichnet Präsident *Mohammed Naguib* die vollständige Vereinigung der arabischen Staaten als den besten Weg zu Emanzipation, Befreiung und Hebung des Lebensstandards. Am gleichen Tage erläutert der zu einer Tagung des Rates der Arabischen Liga in Kairo weilende irakische Ministerpräsident, *Fadhil Jamal*, einen Föderationsplan. Danach sollten zunächst zwei arabische Staaten sich zu einer Föderation mit gemeinsamer Außen- und Wirtschaftspolitik zusammenschließen; Irak sei bereit, mit jedem anderen arabischen Staat ein solches Bündnis einzugehen. Später solle dann eine föderative

Verfassung ausgearbeitet werden, die den anderen Staaten zur Annahme unterbreitet werde. Das Politische Komitee der Arabischen Liga befaßt sich am 13. Januar mit diesem Plan und beschließt, ihn den Regierungen der Mitgliedstaaten zur Prüfung zu empfehlen.

Der Rat der Arabischen Liga versichert Aegypten der Unterstützung aller arabischen Staaten in dem Konflikt mit Großbritannien über die Räumung der Suezkanal-Zone. Die arabischen Staaten werden ersucht, ihre Außenpolitik zu revidieren und eine Zusammenarbeit mit anderen Staaten nur unter der Voraussetzung der Gleichberechtigung zu pflegen.

13. Die Regierung verfügt die Auflösung der Mohammedanischen Bruderschaft. Bis zum 15. Januar werden über 400 führende Mitglieder dieser Bewegung verhaftet.

##### Anglo-ägyptischer Sudan

1. Das im Dezember 1953 gewählte erste Parlament des Landes konstituiert sich in Khartum. Zum Ministerpräsidenten wird am 6. Januar der Führer der Nationalen Unionspartei, *Ismail el-Azhari*, gewählt. Am 9. Januar übernimmt die Regierung ihr Amt;



damit tritt der Sudan in die im britisch-ägyptischen Abkommen vom 12. Februar 1953 vorgesehene dreijährige Uebergangsperiode vor der Erlangung voller Selbstbestimmung ein.

## AMERIKA

### Vereinigte Staaten

1. Note an die Sowjetunion über die Berliner Viermächtekonferenz (vgl. den Wortlaut in EA 2/1954, S. 6309).
4. Der Leiter des Amtes für Auslandsaufgaben, Harold C. Stassen, kündigt auf einer Pressekonferenz die Beendigung der direkten amerikanischen Wirtschaftshilfe für Oesterreich an.
7. Präsident *Eisenhower* unterbreitet dem Kongreß seine Botschaft über die Lage der Nation. Die Ausführungen des Präsidenten über die Außen- und Verteidigungspolitik sind auf S. 6324 dieser Folge auszugsweise wiedergegeben. In seinen Darlegungen über die Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ersucht der Präsident den Kongreß u. a. um gesetzgeberische Maßnahmen zur Aberkennung des Staatsbürgerrechts von Hoch- und Landesverrätern, um eine Regulierung des landwirtschaftlichen Marktes, um Maßnahmen zur Verstärkung des Schutzes gegen Arbeitslosigkeit, um eine Ausweitung der Sozialversicherung und Verbesserungen des Gesundheitswesens. Er kündigt weitere Steuerermäßigungen, ein Wohnungsbauprogramm und eine Revision des Taft-Hartley-Gesetzes an. Die Bundesstaaten werden um die Schaffung einheitlicher Wahlgesetze und um die Aufnahme Hawaiis als Bundesstaat ersucht. Die Vorschläge zur Revision des Taft-Hartley-Gesetzes und zur Regulierung des landwirtschaftlichen Marktes werden dem Kongreß am 11. Januar in besonderen Botschaften des Präsidenten unterbreitet.
9. Interview des Leiters des Amtes für Auslandsaufgaben, Harold E. Stassen, über den Ost-West-Handel (vgl. Kurzbericht auf S. 6348).
11. In Washington beginnen vorbereitende Besprechungen zwischen Außenminister *Dulles* und dem sowjetischen Botschafter, Georgi N. *Zarubin*, über Zeitpunkt und Modalitäten der von Präsident *Eisenhower* am 8. Dezember 1953 vorgeschlagenen internationalen Verhandlungen über die Atomkontrolle.
12. Außenpolitische Rede von Außenminister *Dulles* vor dem Council on Foreign Relations (vgl. die Zusammenfassung und auszugsweise Wiedergabe auf S. 6325 dieser Folge).

Note an die österreichische Regierung über die Behandlung des Staatsvertrages auf der Berliner Konferenz (vgl. Oesterreich).

## ASIEN

### Chinesische Volksrepublik

9. In einer von Radio Peking verbreiteten Erklärung schlägt Ministerpräsident *Tschu En-lai* die sofortige Wiederaufnahme der Vorbesprechungen zur Politischen Korea-Konferenz in Panmunjom vor. Er protestiert gegen die beabsichtigte Freilassung der nicht heimkehrwilligen Kriegsgefangenen und fordert eine Diskussion über die koreanische Frage in den Vereinten Nationen, an der die Chinesische Volksrepublik und Nordkorea teilnehmen müßten.

### Vietnam

12. Prinz *Buu Loc* bildet eine neue Regierung, in der er die Ämter des Ministerpräsidenten und des Innenministers übernimmt.

## AUSTRALIEN

### Australischer Bund

- 8.—15. In Sydney findet eine Konferenz der Finanzminister des Commonwealth statt, an der erstmals auch der Finanzminister der neugebildeten Zentralafrikanischen Föderation teilnimmt. In dem Communiqué der Konferenz werden diskriminatorische Maßnahmen und Restriktionen als Mittel zur Besserung der Zahlungssituation verworfen. Das Ziel der Commonwealth-Länder sei die Stärkung der Position jedes einzelnen Landes, die Stärkung des Pfundes Sterling als Währung und die Errichtung eines weiteren und freieren Handelssystems mit anderen Ländern, dessen wesentlicher Bestandteil die Konvertibilität des Sterling sei.

### Neuseeland

12. Königin *Elisabeth II.* eröffnet auf ihrer Reise durch das Commonwealth das neuseeländische Parlament mit einer Thronrede. Sie weist auf die Entwicklung Neuseelands von einer Kolonie zu einem modernen, selbständigen Staat hin und hebt besonders die in Neuseeland verwirklichte Gleichberechtigung zwischen Europäern und Eingeborenen hervor. Neuseeland habe sich durch seine Fortschritte auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet hohe Wertschätzung in der Welt erworben.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.  
Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guiton, Paris; Dr. Walter Hofer, Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1954 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5.— Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstr. 20, Telefon 73347.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

## Öffentliche Meinung und auswärtige Politik

Von George F. Kennan

*Institute for Advanced Studies, Princeton University, Princeton, New Jersey*

George F. Kennan ist als Diplomat und Historiker weithin bekannt. Der hier veröffentlichte Vortrag wurde am 23. Oktober 1953 gehalten als Einleitung einer Diskussion über die gestaltenden Kräfte der Außenpolitik in Demokratien. Diese Diskussion erfolgte im Rahmen der Internationalen Konferenz außenpolitischer Institute, die vom 20. bis 31. Oktober 1953 in New York stattfand. Die Teilnehmer erfreuten sich der großzügigen Gastfreundschaft des Carnegie Endowment for International Peace, das in Gemeinschaft mit der Foreign Policy Association, der World Peace Foundation und der Woodrow Wilson Foundation die Konferenz veranstaltet hatte. Vertreten waren neunzehn Länder, und zwar Australien, Belgien, Burma, Kanada, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Pakistan, Schweiz, Südafrikanische Union, Vereinigte Staaten.

Der Prolog der Konferenz war ein Vortrag von Professor James T. Shotwell, der auf Grund eigener Erinnerungen und Erfahrungen die Anfänge und die Entwicklung wissenschaftlicher Arbeit über internationale Beziehungen darstellte, insbesondere die Entstehungsgeschichte des Royal Institute of International Affairs in London und des Council on Foreign Relations in New York, der Vorbilder für die Arbeit der Institute für auswärtige Politik.

Das Thema des ersten Teils der Konferenz waren die Vereinten Nationen. Im Anschluß an einen Vortrag von Präsident Joseph E. Johnson (Carnegie Endowment) wurde die Rolle der Vereinten Nationen und die Verbesserung ihrer Organisation und ihrer Wirkungskraft erörtert. Forschungsarbeiten im Zusammenhang mit den Vereinten Nationen, die Mitwirkung der Institute und die Materialbeschaffung durch das Sekretariat der Vereinten Nationen waren Gegenstand einer Diskussion, in der leitende Beamte des Sekretariats wertvolle Anregungen gaben.

Die Sitzung, die den zweiten Teil der Konferenz über „Bestimmende Kräfte der auswärtigen Politik“ eröffnete, fand in der Universität Princeton statt. Dem Vortrag von Mr. Kennan folgten Beiträge der Professoren H. Cantril, G. A. Almond und R. W. van Wagonen. Die weiteren Diskussionen wurden eingeleitet von Dr. John Goormaghtigh (Direktor des European Centre des Carnegie Endowment) über die Rolle der Sachverständigen, Dr. B. H. Vlekke (Generalsekretär des Nederlandsch Genootschap voor Internationale Zaken) über die Rolle der „Pressure Groups“ und Mr. Edgar McInnis (Präsident des Canadian Institute of International Affairs) über die Aufgaben der Institute bei der Bestimmung der auswärtigen Politik.

Der letzte Teil der Konferenz war den Problemen, Arbeitsmethoden und Zielen der Institute gewidmet. Die Diskussionen wurden eingeleitet durch Vorträge von Mr. Ivison S. Macadam (Director General des Royal Institute of International Affairs) über Aufgaben und Leistungen der Institute, Dr. S. L. Poplai (Direktor des Indian Council of World Affairs) über Bibliotheks- und Dokumentationsprobleme, Professor G. L. Bassani (Direktor des Istituto per gli Affari Internazionali) über Institutspublikationen, Squadron Leader J. M. Ross (New Zealand Institute of International Affairs) über die Aufgaben von Studien- und Diskussionsgruppen und Dr. A. Appadorai (Generalsekretär des Indian Council of World Affairs) über finanzielle Probleme der Institute.

Am Ende der Konferenz wurden ihre Ergebnisse von Mr. Howard Wilson zusammengefaßt, der die Vorbereitung und Organisation der Konferenz geleitet hatte.

Der sachliche Ertrag war überaus reich. Die Vorträge und Diskussionen über die Vereinten Nationen waren wichtig für die thematische Entwicklung der Institutsarbeiten; der zweite Teil der Konferenz gab Gelegenheit, den Standort der Institute innerhalb der die auswärtige Politik bestimmenden Kräfte und gegenüber anderen Kräften festzustellen und damit den Bereich abzugrenzen, in dem die Institute wirken können. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß es nicht ihre Aufgabe ist, die „öffentliche Meinung“ im weitesten Sinne unmittelbar anzusprechen, sondern die Ergebnisse unabhängiger Tatsachen- und Grundlagenforschung den „Eliten“ (das Wort wurde übrigens von zahlreichen, insbesondere kontinentaleuropäischen Teilnehmern abgelehnt) als Material für die Urteils- und Willensbildung zur Verfügung zu stellen. Der dritte Teil der Konferenz war jedoch der für die Teilnehmer fruchtbarste — es wurden Fragen diskutiert, von deren Beantwortung die Existenz und die Wirkung der Institute abhängt; vor allem aber wurde beschlossen, die Zusammenarbeit zwischen den Instituten enger zu gestalten. Für die Verstärkung der Kooperation war die Konferenz ein vorzüglicher Ausgangspunkt. Dem Begegnungen dieser Art sind ja nicht nur in sachlicher Hinsicht bedeutsam. Die persönlichen Beziehungen, die in New York begründet werden konnten, gehören zu dem größten Gewinn der Konferenz. Es bleibt dem Vertreter des Instituts für Europäische Politik und Wirtschaft bei der Konferenz nur übrig festzustellen, daß eine anregendere Atmosphäre, eine herzlichere Gastfreundschaft, eine vollkommene Organisation nicht gedacht werden können, als sie den Teilnehmern dieser Konferenz geboten wurden.

D. M.



## Das amerikanische Volk und die auswärtige Politik

Nur wenige Themata können zerfließender und verwirrender sein als dieses, von dem wir alle in mancher Hinsicht viel, in anderer so wenig wissen, ein Thema, für das fast jeder in etwa ein Sachverständiger ist und für das doch fast niemand wirkliche und vollkommene Kompetenz beanspruchen kann.

Ich glaube, daß wir zweierlei gleich zu Beginn feststellen müssen. Einmal, daß es unmöglich ist — jedenfalls für mich —, bei diesem Thema zu verallgemeinern. Ich kann keine Behauptungen mit dem Anspruch auf allgemeine Gültigkeit aufstellen. Es gibt sicher nicht zwei Länder, in denen genau die gleichen Tatsachen im Verhältnis zwischen öffentlicher Meinung und auswärtiger Politik bestehen. Die Führung der auswärtigen Politik ist eine Aufgabe und Verantwortlichkeit der Regierung. Aber es gibt nicht zwei Länder, in denen die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Regierung genau die gleichen sind. In jedem Land kann die Rolle, die der öffentlichen Meinung bei der Vorbereitung politischer Entscheidungen zufällt, nur im Lichte der Traditionen und Institutionen der Nation bestimmt werden sowie der Ziele, denen die Nation als politische Gesellschaft zu dienen sich berufen glaubt. Schließt man diese spezifischen Faktoren aus, so bleiben keine Urteilsmaßstäbe dafür übrig, wie die Beziehung zwischen öffentlicher Meinung und auswärtiger Politik beschaffen sein sollte.

Dieser Umstand scheint mir alle in Bausch und Bogen ausgesprochenen Urteile zu verbieten, die über den spezifisch nationalen Rahmen hinausgehen, und ich glaube, daß selbst ein oberflächlicher Blick auf die derzeitige Lage in verschiedenen Teilen der Welt die Folgerung bestätigen würde. Ich bin sicher, daß die öffentliche Meinung überall in irgendeiner Beziehung zur Führung der auswärtigen Politik steht und daß diese Beziehung nirgends ohne Bedeutung ist. Aber mir scheint, daß ich allein im Verlauf meiner persönlichen Erfahrung im amerikanischen Auswärtigen Dienst die unterschiedlichsten Verhältnisse kennengelernt habe. Ich habe Länder kennengelernt, in denen die öffentliche Meinung nur selten Ausdruck fand und fast nie berücksichtigt wurde, in denen aber gleichwohl die auswärtigen Beziehungen mit bemerkenswerter Klugheit und Zurückhaltung geführt wurden. Ich habe es erlebt, daß andere Regierungen die größten Dummheiten begingen in Verfolg dessen, was ihrer Auffassung nach die öffentliche Meinung gebot. Indessen, ich habe in jedem Falle auch das Gegenteil erlebt.

Als zweite Feststellung möchte ich erwähnen, daß selbst innerhalb des nationalen Rahmens der Begriff „öffentliche Meinung“ nicht fest bestimmbar ist. Es gibt natürlich so viele Meinungen, wie es Menschen gibt, und die Bezeichnung wird allgemein für das gebraucht, was man für die übereinstimmende Mei-

nung hält, und nicht so sehr für die Gesamtheit der Meinungen. Aber selbst wenn die Bezeichnung in diesem Sinne gebraucht wird, bin ich nicht sicher, daß sie eine Bedeutung hat, die als Ausgangspunkt der Diskussion von Nutzen sein könnte. Gewiß ist es beim Verhältnis zwischen öffentlicher Meinung und auswärtiger Politik nur verwirrend, von einer allgemeinen Übereinstimmung der Meinungen zu sprechen, denn die Ansichten einzelner Individuen haben keineswegs das gleiche Gewicht auf die Führung der auswärtigen Politik. Das gleiche trifft für die Meinungen von Gruppen zu. Für die Zwecke der Diskussion ist es, glaube ich, zulässig zu behaupten, daß es so etwas wie eine öffentliche Meinung oder die öffentliche Meinung nicht gibt. Es gibt nicht einmal so etwas wie eine einzige, allgemeine Übereinstimmung der Meinung. Die öffentliche Meinung zerfällt vielmehr in eine Reihe von Gruppen. Die übereinstimmende Meinung oder vorherrschende Stimmung einer jeden dieser Gruppen besitzt einen spezifischen und einzigartigen Wert in ihrem Verhältnis zur auswärtigen Politik, und eine jede muß daher für sich untersucht werden.

Professor Gabriel Almond hat kürzlich ein Buch über das amerikanische Volk und die auswärtige Politik (*The American People and Foreign Policy*) veröffentlicht, in dem er sehr klar die Mannigfaltigkeit dessen dargestellt hat, was wir in den Vereinigten Staaten als öffentliche Meinung über außenpolitische Probleme bezeichnen. Er hat sie einer Art struktureller Analyse unterzogen, indem er sie aufspaltete — wenn ich ihn recht verstanden habe — in das, was er als eine weitgehende Übereinstimmung über die Politik zwischen einer Reihe von „Eliten“ bezeichnete, und in eine emotionale Übereinstimmung, oder Anteil an emotionalen Zuständen, auf seiten der breiten Öffentlichkeit. Bei dem, was ich sagen möchte, gehe ich im allgemeinen von Professor Almonds Begriffsprägung aus, aber ich werde die verschiedenen Komponenten so beschreiben, wie sie von denjenigen gesehen und beurteilt werden, die einmal für die Formulierung der auswärtigen Politik der Exekutive mitverantwortlich waren. In anderen Worten: die Gliederung ist meine eigene, die Anregung dazu gab mir Professor Almonds Buch.

*Die Meinung der Legislative*

Das erste Element der öffentlichen Meinung, das wir betrachten müssen, ist dasjenige, das verfassungsmäßig die größte Autorität besitzt und in der Praxis das wichtigste ist, nämlich: die Meinung der Legislative. Ich bin nicht sicher, ob es üblich ist, die Stimmungen und Reaktionen des Kongresses in den Begriff der öffentlichen Meinung in ihrem Verhältnis zur auswärtigen Politik einzubeziehen, da der Kon-

groß durch die Bestimmungen der Verfassung in mancher Hinsicht an der Formulierung der auswärtigen Politik tatsächlich mitwirkt und nicht nur Beobachter ist. Mir aber erscheint diese Einbeziehung notwendig. Die Meinung des Kongresses und die Meinung der Masse sind natürlich zwei ganz verschiedene Dinge, obgleich man annimmt, daß die eine die andere spiegelt. Oft, so scheint mir, entwickelt der Kongreß eine Stimmung oder Haltung, die in den Gefühlen der breiten Oeffentlichkeit keine sichtbaren Grundlagen hat. Aber es ist letztlich doch die Oeffentlichkeit, welche die Kongreßmitglieder wählt. Der Wahlakt stellt an sich schon einen Ausdruck der öffentlichen Meinung dar, oft nicht ohne Bezug auf die auswärtige Politik. Im Namen des „Volkes“, so wird angenommen, sprechen die Mitglieder der Legislative, wenn sie im Rahmen ihrer Aufgaben auf dem Kapitol Reden halten und zur auswärtigen Politik Stellung nehmen. Und wenn auch ihre Stimmungen und Gefühle nicht immer mit denen des Volkes identisch sind, so bestehen gewiß wichtige Beziehungen zwischen beiden. Deshalb, so scheint mir, muß die Meinung des Kongresses ganz gewiß berücksichtigt werden, und zwar nicht nur als ein Teil, sondern als der höchstautoritative und kompetente Teil der öffentlichen Meinung.

Die Einwirkung der Kongreßmeinung auf die Führung der auswärtigen Politik hat meiner Meinung nach ihre Licht- und Schattenseiten. Es steht außer Frage, daß sie häufig einen sehr nützlichen und notwendigen Zweck erfüllt, indem sie die herkömmlichen und üblichen Fehler des bürokratischen Geistes korrigiert; dadurch nämlich, daß sie Fragen zur Sprache bringt, die sonst nicht zur Sprache kämen, daß sie den Beamten der Exekutive zwingt, seine Ansichten und Entscheidungen im einzelnen zu begründen und zu verteidigen, endlich indem sie dafür sorgt, daß die weltanschaulichen und logischen Elemente der auswärtigen Politik der Ueberzeugung und dem Verständnis des Durchschnittsbürgers nicht allzu weit entrücken. Wir, die wir unser Leben als Berufsbeamte verbracht haben, müssen anerkennen, daß wir als Mitglieder einer beruflichen Kaste für einige eigentümliche Schwächen und Versuchungen anfällig sind: einer Form von Gewohnheit und Routine, die uns oft verführt, die Akten und die Wirklichkeit zu verwechseln; Irrtum in dem Gewicht, das wir diesem oder jenem Problem beilegen; und schließlich dem Zwang unseres eigenen bürokratischen Verfahrens. Wir sind geneigt, dieses Verfahren als etwas Geheiligt anzusehen, das noch über der Wirklichkeit des äußeren Lebens steht. Kurz: wir sind leicht ein Opfer all jener Dinge, die man allgemein unter dem Begriff Bürokratie zusammenfaßt. Diese Tendenzen sind keine Ergebnisse des Zufalls oder besondere Mängel in der Ausbildung oder Formung des Beamten im Vergleich zu anderen

Menschen. Sie ergeben sich vielmehr aus der Natur seiner Stellung und seiner Arbeit und sind oft gepaart mit einer sehr hohen Auffassung von Pflicht und Gemeinwohl. Aber sie sind vorhanden, und wo sie vorhanden sind, bedürfen sie der Korrektur. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Macht der Kongreßmeinung dank ihrer ganz anderen psychologischen Beschaffenheit und der Freiheit von den spezifischen Bedingungen, die zwingend auf den Beamten einwirken, eines der wichtigsten und nützlichsten Mittel der Gegenwirkung ist.

Auf der anderen Seite ist die Meinung des Kongresses selbst weitgehend beeinflusst von einer ganz anderen und spezifischen Art von Zwang, einem Zwang, der geeignet ist, ihre Nützlichkeit bei der Formulierung der auswärtigen Politik meist im ungünstigen Sinne zu beeinflussen. An erster Stelle steht da natürlich die dauernde Notwendigkeit für die Kongreßmitglieder, Zustimmung und Beifall für ihre Worte und Taten bei einer fernen Wählerschaft zu finden, die über die einzelnen Gegenstände der auswärtigen Politik nicht eben zulänglich unterrichtet ist; ihre Reaktionen haben ihre eigenen Schwächen, die unterstützt und ausgenutzt werden können. Ein Kongreßmitglied ist ein Mann auf einer Bühne; er kann niemals ganz „unbewußt“ sein. Er kann niemals die Wirkung vollständig außer acht lassen, die er auf seine Zuhörer ausübt. Und wir dürfen nicht vergessen, daß Zuhörer zwar nur einen kleinen Querschnitt der amerikanischen öffentlichen Meinung darstellen, aber in gleicher Weise strukturell differenziert sind, wie wir es hinsichtlich der öffentlichen Meinung im allgemeinen festgestellt haben. In anderen Worten: die Reaktionen gewisser Teile seiner Zuhörerschaft, nämlich jener, die für ihn politisch ausschlaggebend und daher am wichtigsten sind, bedeuten ihm mehr als die Reaktion anderer Teile. Und die Elemente seiner Wählerschaft, auf die er den größten Wert legt, sind nicht notwendigerweise die Nachdenklichsten, die Bescheidensten, die Gemäßigtesten und die am besten Informierten. Unser politisches System besitzt in dieser Hinsicht keine Sicherungen. Im Gegenteil, es sind meist Menschen, deren Beifall durch Worte und Handlungen gewonnen werden kann, die ihre selbstsüchtigen Gruppeninteressen fördern — seien sie wirtschaftlicher oder politischer Natur —, oder sehr primitive und oberflächliche Reaktionen, hervorgerufen gegenüber dem, was das öffentliche Interesse darstellt. In anderen Worten: ein Kongreßmitglied muß auf seiner Bühne so sprechen und sich so verhalten, daß er den Beifall einer Zuhörerschaft auf seiner Seite hat, deren Selbständigkeit und Reife des Urteils sicher nicht über und manchmal vielleicht sogar unter dem Durchschnitt liegen.

Diese einem Schauspieler vergleichbare Stellung eines Kongreßmitgliedes führt leicht zur Selbstüber-



schätzung und zu einem entsprechenden Auftreten; beide beeinflussen die Qualität seiner Urteile und Äußerungen über internationale Angelegenheiten. Nur ein bescheidener Mann, so bemerkte einst Siegmund Freud, kann unterscheiden zwischen dem, was in unserer Welt wirklich, und dem, was unwirklich ist. Leider scheint der Beifall, den ein Kongreßmitglied finden muß, um im Amt zu bleiben oder überhaupt mit Nutzen in der Öffentlichkeit wirken zu können, nicht der Art zu sein, die gewöhnlich durch Äußerungen der Bescheidenheit und des Maßhaltens hervorgerufen wird. Es gibt natürlich Ausnahmen, und sie sind dann großartig. Denn es gibt sicher keine nützlichere Gabe als die, einen ausgezeichneten Verstand und Charakter mit praktischem Wissen um die innenpolitische Dynamik und zugleich mit der Fähigkeit zu verbinden, das Vertrauen einer Gruppe von Wählern zu erwerben. Aber häufiger noch, so scheint mir, hat der Seitenblick nach dem Wähler eher eine unglückliche als eine nützliche Wirkung auf die Fähigkeit der Menschen, zur Lösung komplizierter Probleme des internationalen Lebens beizutragen. Könnten sie sich dessen enthalten, so wäre ihre Urteilskraft besser.

Diese Umstände sind in den letzten Jahren dadurch noch komplizierter geworden, daß einzelne Kongreßmitglieder auf Kosten von Regierungsbeamten erfolgreich um die Zuneigung der Öffentlichkeit warben: sie spielten die Rolle des wachsamten Hüters der öffentlichen Interessen gegenüber der Unzulänglichkeit oder der Unzuverlässigkeit einzelner Beamter. Ich fürchte, daß das amerikanische Regierungssystem ein günstiger Boden für solche Unternehmungen ist. Das Fehlen eines förmlichen Systems der Rechenschaft und Verantwortlichkeit des Kabinetts wie in England hat dazu geführt, daß jeder nachgeordnete Beamte durch untersuchende Kongreßmitglieder aus der bürokratischen Maschinerie herausgehoben und in das Licht der Öffentlichkeit gestellt werden kann. Er kann in einer Art und Weise über seine amtlichen Pflichten verhört werden, die ihm die größte Verlegenheit bereiten kann, hinsichtlich seiner Verpflichtungen gegenüber Vorgesetzten wie seiner Verpflichtungen zur Wahrung der Amtsgeheimnisse. Uebrigens gibt es in unserem Volk noch keine wirkliche Tradition der Achtung vor dem höheren Beamten. Eine Dauerstellung in der Bürokratie gilt einem großen Teil unseres Volkes nicht gerade als vornehmer Beruf. Wenn nachteilige Folgen für den Beamten sich ergeben, so kann er mit sehr wenig Mitgefühl rechnen. Der Öffentlichkeit ist im allgemeinen nicht bewußt, daß die Erhaltung eines guten Berufsbeamtentums in den höheren Rängen der Regierung in Washington für sie viel bedeutet. Sie beobachtet mit Gleichgültigkeit, wenn nicht gar mit einer gewissen Schadenfreude, wenn gelegentlich einzelne Angehörige dieser Kaste eine Niederlage

erleiden. Unter diesen Umständen stellen Beamte im allgemeinen leichte und schutzlose Zielscheiben für Angriffe und Kritik dar. Ein Kongreßmitglied ist nicht nur ständig versucht, sein Glück in der Politik zu verbessern, indem er sich an dieser Verfolgung beteiligt. Er ist manchmal geradezu gezwungen, es zu tun, wenn er sich nicht von Kollegen oder bedeutenden Elementen seiner Wählerschaft vorwerfen lassen will, „weich“ zu sein, die Exekutive zu „decken“ und die „echten amerikanischen“ Werte nicht genügend wachsam zu schützen.

Diese Verhältnisse schränken, wie gesagt, den Nutzen der Kongreßmeinung für die Formulierung der auswärtigen Politik ein. Das schließt nicht aus, daß gelegentlich sehr wertvolle und nützliche Beiträge von seiten der Legislative kommen. Es schließt aber gewiß ebensowenig Beiträge gänzlich anderer Art aus, deren Bedeutung natürlich durch die gewaltigen verfassungsmäßigen Vollmachten noch erhöht wird, mit denen sie Hand in Hand gehen.

#### *Presse, Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen und Film*

Die zweite Komponente der öffentlichen Meinung, die ich erwähnen möchte, ist das, was wir als kommerzielle Mittel zur Unterrichtung der breiten Masse (commercial mass media) bezeichnen können. Damit sind Presse, Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen und Film gemeint. Ich kann die Wichtigkeit nicht genug unterstreichen, welche diese Mittel in meinen Augen für die Struktur der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten besitzen. Sie stellen gleichzeitig eine Macht an sich dar und eine wichtige Macht bei der Gestaltung anderer Elemente der öffentlichen Meinung. Ihre Bedeutung wird noch erhöht durch das amerikanische Regierungssystem, das nicht nur jeden förmlichen Anteil der Regierung an der Propaganda und weltanschaulichen Erziehung des Volkes über öffentliche Angelegenheiten ausschließt, sondern es der amerikanischen Bundesregierung sogar untersagt, in der Kontrolle und Verwaltung des Erziehungswesens unmittelbar mitzuwirken. Die Erziehung ist örtlichen Behörden und den kommerziellen Informationsmitteln überlassen. Soweit die Regierung das Volk über öffentliche Angelegenheiten unterrichtet und berät, geschieht es vornehmlich im parteipolitischen Sinne, das heißt im Rahmen der Bemühungen um die Zustimmung der Wählerschaft zu bestimmten Handlungen oder Verhaltensarten. Die Bundesregierung sieht es wohl nicht als Verantwortung der allgemeinen Erziehung an, das Verständnis und die Urteilskraft der Öffentlichkeit für die Fragen zu entwickeln und zu verbessern, um die es in der Staatspolitik geht. All dies fällt in die Zuständigkeit der örtlichen Erziehungsbehörden oder der kommerziellen Informationsmittel. Daraus ergibt sich die gewaltige Bedeutung und Verantwortung der letzteren.

In den Vereinigten Staaten haben nun die kommerziellen Informationsmittel ihren finanziellen Rückhalt vornehmlich in Werbefirmen. Ihre Existenz hängt von den Auftraggebern ab; deren Hauptinteresse aber liegt nicht in der Pflege einer auf Wissen beruhenden ausgereiften Urteilsfähigkeit der Oeffentlichkeit, und es kann auch gar nicht darin liegen. Es liegt vielmehr und kann nur liegen in der Beeinflussung der Oeffentlichkeit hinsichtlich ihrer Gewohnheit und Vorliebe bei dem Kauf von Waren und der Inanspruchnahme von Diensten. Um dieses Ziel zu erreichen, sind die Werbefirmen bereit, ihr Reklame-material mit anderem Material zu verbinden wie zum Beispiel mit Nachrichten, darstellenden Artikeln, Leitartikeln und anderen Meinungsäußerungen über außenpolitische Angelegenheiten. Nur dadurch ist es möglich, daß der größte Teil dieses Materials veröffentlicht wird. Das Hauptinteresse der Werbefirmen bei diesem mitanfallenden Material liegt aber darin, daß es ablenkt und anzieht, Aufmerksamkeit findet, daß es das Interesse des Lesers, Hörers oder Zuschauers weckt und zu fesseln imstande ist, daß es nicht langweilt oder die Konzentrationsfähigkeit so stark in Anspruch nimmt, daß die Aufmerksamkeit erlahmt. Das sind die Bedingungen der Werbefirmen an den Herausgeber oder Veranstalter, der sich um ihre Unterstützung bewirbt. Daraus ist leicht ersichtlich, daß diese Bedingungen nur zum Teil die Erfordernisse einer ordentlichen Erziehungsmethode erfüllen, zum Teil stehen sie tatsächlich im Gegensatz zu diesen.

Wir müssen auch berücksichtigen, daß die Werbefirmen ihrerseits dem Unternehmen verpflichtet sind, das ihre Dienste in Anspruch nimmt. Dadurch eröffnet sich eine erhebliche Möglichkeit, die Meinungsbildung durch einzelne Geschäftsleute oder — noch wichtiger — große Konzerne zu beeinflussen. Logischerweise könnte daher gesagt werden, daß die Geschäftswelt einen ungehörlich großen Einfluß auf die Formung der Massenmeinung erhält, da die Geschäftswelt ja ihre spezifischen politischen Interessen hat und im politischen Leben des Landes ein Element für sich darstellt. Das ist auch im wesentlichen der Vorwurf, der von den Kommunisten und anderen totalitär Gesinnten gegen das erhoben wird, was wir als unsere Presse- und Meinungsfreiheit bezeichnen. Die russischen Kommunisten weisen hin auf die Abhängigkeit der Informationsmittel zur Unterrichtung der breiten Masse von der Großindustrie auf dem Wege über die Werbefirmen, sie weisen auf die Tatsache hin, daß diese Informationsmittel selbst wirtschaftliche Konzerne sind, die Kapital benötigen und einen Teil des Wirtschaftslebens darstellen. Sie behaupten, daß dadurch jede wirkliche Pressefreiheit illusorisch wird. Sie empfinden nur Verachtung für eine Regierung, die dem aus dem Wege geht, was sie als deren klare Verantwortlichkeit für die Erziehung

der Oeffentlichkeit ansehen, vor lauter Rücksicht auf das, was sie als das Märchen von der Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung ansehen.

Dieser Vorwurf hätte mehr Durchschlagskraft, wenn er durch die Wirklichkeit erhärtet würde. Tatsächlich erscheint es mir geradezu als erstaunlich, daß die kommerziellen Informationsmittel Amerikas nicht so viel, sondern so wenig politischem Druck von seiten der Werbefirmen und deren Geldgeber ausgesetzt sind. Es erscheint nur erstaunlich, mit welcher Freiheit Journalisten und Kommentatoren regelmäßig ihre Ansichten der Oeffentlichkeit unterbreiten dürfen, ohne daß ein Versuch politischer Zensur gemacht würde. In normalen Zeiten ist das Ausmaß dieser Freiheit ganz außerordentlich. In jüngster Zeit ist die Situation allerdings ungünstig beeinflußt worden durch diejenigen, die sich bemühen, andere Menschen im öffentlichen Leben als Kommunisten oder als vom Kommunismus Verführte bloßzustellen. Diese intensiven Bemühungen, die von führenden Kongreßmitgliedern und einem beträchtlichen und einflußreichen Teil der öffentlichen Meinung unterstützt werden, haben dazu geführt, daß die Unternehmer der Informationsmittel sowohl den Personenkreis, dem sie die Möglichkeit bieten, zu sprechen oder zu schreiben, als auch das Material, das sie veröffentlichen, fühlbar eingeschränkt haben. Diese Beschränkung ist selten auf Grund irgendwelcher fest bestimmter Vorschriften oder Verfahren erfolgt. Sie war eher instinktiv und hat sich selbst aufgedrängt. Sie ist ganz einfach die Folge des natürlichen Wunsches, insbesondere von Wirtschaftskonzernen, Unannehmlichkeiten, Debatten und Untersuchungen aus dem Wege zu gehen. In diesem Sinne kann, glaube ich, gesagt werden, daß sie vielmehr das Ergebnis von Einflüssen sind, die unsere ganze Gesellschaft durchdringen, als das Ergebnis spezieller Beziehungen zwischen kommerziellen Informationsmitteln und Wirtschaft, und daß diese Beschränkung bei jedem Kontroll- und Finanzierungssystem der Massenmittel eingetreten wäre.

Was den Einfluß der Werbefirmen auf den erzieherischen Wert und die Nützlichkeit des Materials anlangt, das internationale Angelegenheiten betrifft — abgesehen von seinem politischen Inhalt —, so ist das Bild weniger ermutigend. Auch hier wieder ist es überraschend, in welch hohem Maße gewissenhafte Darstellung der Tatsachen und nüchterne und reife Darlegung von Meinungen dem amerikanischen Leser, Hörer oder Zuschauer durch die kommerziellen Informationsmittel zugänglich gemacht werden. Aber es ist ebenso wahr, daß derartiges Material die Ausnahme und nicht die Regel darstellt. Es ist gewöhnlich begraben unter der großen Masse von belanglosem, oberflächlichem und sensationellem Schund, den man täglich ausströmen und die Oeffentlichkeit überschwemmen läßt. Da ist man gewiß deprimiert von gewissen Erscheinungen, welche die Erfordernisse der



Reklame unmittelbar spiegeln, von der notgedrungenen Kürze der Behandlung, der Staccato-Art der Darstellung, der Tendenz, den Angesprochenen über seine Verständnisfähigkeit zu täuschen und ihn in der Vorstellung zu bestärken, daß wir in einer Welt erheitender und leicht zu durchschauender Realitäten leben, die seinem Begriffsvermögen vollkommen angepaßt sind. Noch beunruhigender finde ich allerdings die Spiegelung des im allgemeinen niedrigen Bildungsniveaus derjenigen, die einen großen Teil dieses Materials produzieren, die Beweise von Ignoranz, manchmal einer geradezu verblüffenden Ignoranz, die eingefleischte Neigung, die Dinge übermäßig zu vereinfachen, den Mangel an geistiger Schulung, sprachlicher und gedanklicher Disziplin und das Fehlen von geschichtlichen und geographischen Kenntnissen. Aus diesem Grunde vermute ich, daß die Mängel der amerikanischen Mittel zur Unterrichtung der breiten Masse als Faktor zur Formung der öffentlichen Meinung über auswärtige Politik weniger in den offensichtlichen Möglichkeiten zur Kontrolle und Beherrschung durch die Geldgeber als vielmehr in der allgemeinen Qualität des Menschenmaterials liegen, das im Dienste dieser Mittel steht. Wir haben uns in mancher Hinsicht von dem Produkt der Massenerziehung abhängig gemacht, dadurch daß wir unsere Erziehungsmethoden zu stark vereinfacht und standardisiert haben. Und wenn die Mittel zur Information der Masse jeden erschrecken, der um die Entwicklung einer nützlichen und gesunden Fähigkeit der Massen zur Reaktion auf öffentliche Probleme besorgt ist, so liegt meiner Meinung nach der Grund viel eher in unserem Erziehungssystem, durch das sie wie viele andere amerikanische Einrichtungen auf den falschen Weg geführt worden sind, als in dem, was unsere Feinde unser kapitalistisches Wirtschaftssystem zu bezeichnen belieben. Den Nichtamerikanern wird dieses Phänomen, glaube ich, sehr häufig in unserer Gesellschaft begegnen. Das heißt, sie werden feststellen, daß das Endprodukt vornehmlich bestimmt wird durch die kulturelle und erzieherische Heranbildung des einzelnen Menschen und nicht so sehr durch die institutionelle oder administrative Logik. Die angeborenen Qualitäten des einzelnen Angestellten ermöglichen das erfolgreiche Funktionieren recht merkwürdig aufgebauten Institutionen, und seine Mängel beeinträchtigen die Leistung wohldurchdachter Institutionen. Will man amerikanische Institutionen beurteilen, so sieht man sich besser die Menschen und nicht die Organisationspläne an.

Wenn ich die Mängel unserer Masseninformativmittel unter dem Gesichtspunkt betrachte, welche Rolle sie bei der Formung und der Äußerung der amerikanischen öffentlichen Meinung spielen, müssen wir, glaube ich, die Diskussion darüber mit einem großen Fragezeichen beenden: werden die Masseninformativmittel, so wie sie heute sind, der Verantwortung ge-

recht, die sie tragen? Können wir auf unbegrenzte Zeit zulassen, daß sie die gleiche Macht wie gegenwärtig auf die Formung des amerikanischen Denkens ausüben, ohne strengere Anforderungen an sie im öffentlichen Interesse zu stellen als bisher? Diese Anforderungen würden, dessen bin ich sicher, niemals von der Art politischer Zensur sein. Aber manchmal frage ich mich, ob nicht Mittel und Wege gefunden werden müssen, um die schlimmsten Formen der Banalität und des Sensationsdranges bei der Verbreitung von Material über auswärtige Angelegenheiten zu verhindern.

### *Der einflußreiche Bürger*

Die nächste Komponente unserer öffentlichen Meinung ist die, die ich einfach als den einflußreichen Bürger bezeichnen möchte. Ich denke dabei an ihn als Individuum wie auch als Mitglied jener vielen Organisationen, in denen er eine Form von Gruppenäußerungen sucht. Er ist der Führer in der Gemeinschaft: der prominente Geschäftsmann, der berufsmäßige Organisator, der Politiker, manchmal der Erzieher oder Geistliche, manchmal der Gewerkschaftsführer. Gelegentlich, aber nicht oft, ist er der Vorsitzende oder das Mitglied einer Organisation, deren Zweck das Studium internationaler Angelegenheiten ist. Sein Einfluß ist am größten in der kleinen Gemeinde, die weit entfernt ist von den Zentren politischen und akademischen Denkens. Er steht in einem beträchtlichen Maße zwischen dem Kongreßmitglied und dem einfachen Mann, denn der eine bemüht sich um seine Unterstützung, und für den anderen ist er tonangebend. In ähnlicher Weise steht er als eine Art Dolmetscher zwischen den Masseninformativmitteln und dem einfachen Mann.

Der einflußreiche Bürger fühlt sich leicht verpflichtet, seine eigenen Ansichten über Fragen der auswärtigen Politik zu haben und zu äußern. Aus diesem Grunde liest und hört er mit mehr Neugierde und Eifer als der gewöhnliche Bürger, was die Masseninformativmittel zu sagen haben. Aber am Ende ist dieses Gefühl der Verpflichtung vielleicht mehr ein Hemmnis als eine Hilfe: es verleitet ihn manchmal dazu, sich als die höchste Instanz und seine Meinung als der Weisheit letzten Schluß anzusehen; es verleitet ihn, erst zu sprechen und dann zu denken, trotz unzureichender Kenntnis der Tatsachen Ansichten zu vertreten und empfindlich und hartnäckig auf ihnen zu bestehen. Auch er besitzt oft tiefe Bildungslücken und glaubt, sie durch zähes Festhalten am Stereotypen, an Gemeinplätzen und Phrasen wettmachen zu müssen. Mir scheint, daß er in besonderem Maße der Träger jener Gefühle geistiger Unsicherheit, der Enttäuschung und des Unbehagens ist, von denen Amerikaner angesichts des Widersinns und der Gefährdung der Welt um uns so oft befallen und dann gezwungen sind, diese Gefühle in Einklang zu brin-

gen mit unserer großen physischen Stärke, unseren Leistungen in der Vergangenheit und dem, was sie als die beständige Rechtschaffenheit im Verhalten unserer Nation empfinden.

Die Stellung des in der örtlichen Gemeinschaft führenden Bürgers ist von besonderer Bedeutung, weil er im Gegensatz zum Kongreßmitglied und den Angestellten der Masseninformationsmittel im allgemeinen nicht durch irgendwelchen beruflichen Zwang gebunden ist. Bei ihm besteht die Möglichkeit einer elastischeren Einstellung und größerer Unabhängigkeit, er ist eher fähig hinzuzulernen und empfänglicher für Eindrücke. Wir dürfen niemals vergessen, daß er bei seinen häufigen Fehlern doch gleichzeitig sehr oft die Verkörperung einer enormen Aufrichtigkeit und Uneigennützigkeit in seinen Bemühungen ist, Führer und Sprecher der örtlichen Meinung zu sein, einer Uneigennützigkeit und Aufrichtigkeit, die für Amerika typisch ist und nicht leicht von Menschen verstanden wird, die sie nie aus erster Hand kennengelernt haben. Aus diesem Grunde stellt er meiner Meinung nach den meistversprechenden Ansatzpunkt für die günstige Beeinflussung unserer Oeffentlichkeit dar.

#### *The Common Man*

Das führt mich zur letzten der Komponenten, die mir als die wichtigsten unserer öffentlichen Meinung erscheinen: dem einfachen Mann, der Person, die in keine der anderen Kategorien fällt. Auch er hat ihm eigene, charakteristische Eigenschaften, die ihn von den anderen unterscheiden. Im Gegensatz zu allen anderen untersteht er keiner Verpflichtung, als Sprecher für irgend jemanden aufzutreten oder überhaupt Antworten auf Fragen über öffentliche Angelegenheiten bereitzuhalten. Für ihn sind Kenntnisse über internationale Angelegenheiten nicht verbunden mit irgendeinem besonderen Gefühl der Verantwortung. Er ist nicht einmal verpflichtet, irgendwelche Ansichten über derartige Probleme zu hegen. Er ist der einzige, der zugeben kann, ohne sich beruflich zu blamieren, daß er einfach nicht Bescheid weiß. Das ist gleichzeitig ein Nachteil und ein Vorteil, ein Nachteil, weil es bedeutet, daß ihn normalerweise nichts zwingt, sich mit außenpolitischen Problemen zu befassen. Deshalb liest und fragt er vielleicht im Durchschnitt weniger als Angehörige der anderen Kategorien.

Andererseits verleiht ihm seine Freiheit von Verantwortung und Zwang das, was nur wenige andere besitzen: das Recht, bescheiden und nicht anmaßend in bezug auf sein Wissen und seine Urteilsfähigkeit zu sein. Das ist ein gewaltiger Vorteil. Das offene Eingeständnis, daß man etwas nicht weiß, ist schließlich der Anfang alles Wissens. Der einfache Mann ist gewöhnlich an keine Ansichten und Meinungen gebunden und braucht es auch nicht zu sein. Er besitzt das große Privileg, sich sein Urteil vorbehalten zu

können. Und meine eigenen begrenzten Beobachtungen gehen dahin, daß er von diesem Privileg einen guten Gebrauch macht.

Was den einfachen Mann und seine Reaktionen anlangt, so trifft es in besonderem Maße zu, daß jeder und keiner von uns ein Sachverständiger ist. Jeder von uns besitzt seinen eigenen kleinen Fundus an Beobachtungen und Erinnerungen. Kein einziger davon ist jedoch die ausreichende Grundlage eines Urteils. Trotzdem kenne ich keine bessere Grundlage, denn die Reaktionen, die es hier zu erlauben gilt, sind schwer zu analysieren und zu greifen. Sie können durch Meinungsbefragungen und andere unpersönliche Methoden nicht leicht erfaßt werden. Mein eigener Ausblick auf die Welt des einfachen Mannes ist ein Dorf auf dem Lande. In gewisser Hinsicht ist es zweifellos in keiner Weise typisch (welches Dorf wäre das?), aber es kann wahrscheinlich ebensogut erhalten wie jedes beliebige andere Dorf, und ich gebe meinen Eindruck wieder, mag er von Wert sein oder nicht. Mir scheint, daß der durchschnittliche „Mann auf der Straße“ von tiefer Skepsis durchdrungen und zurückhaltend ist mit seinem Urteil über das, was die Leute in der Regierung in den großen Fragen der auswärtigen Politik tun. Er erkennt ganz richtig, daß er nicht eben gut in der Lage ist, das Positive vom Negativen zu unterscheiden, das Gute vom Bösen. Er vermutet fast hinter allem, was die Leute ihm über diese Dinge sagen, entweder die Regierung direkt oder die Masseninformationsmittel, den Versuch einer bestimmten Beeinflussung, und behält sich gewöhnlich auch weiterhin sein Urteil vor, selbst wenn er mit Neugier und Interesse zuhört. Seine starke Seite — das Gebiet, auf dem er sich kompetent fühlt und es im allgemeinen auch ist — ist die Beurteilung der Menschen selbst. Er hat Erfahrung darin. Je kleiner die Gemeinde und je mehr sie abhängig ist von individuellen menschlichen Beziehungen, um so mehr Uebung hat er auf diesem Gebiet. Er beurteilt die Menschen instinktiv, als Gesamtpersönlichkeit. Er versucht nicht, einzelne Teile ihres Wesens zu erfassen. Er reagiert unmittelbar, mit Zutrauen oder Mißtrauen, mit Sympathie oder Abneigung, mit Achtung oder Verachtung, je nachdem. Ihn interessiert mehr die Persönlichkeit der Menschen, die in der Regierung sitzen, als ihre Handlungen oder politischen Grundsätze. Die Persönlichkeit ist es, die abzuschätzen er sich für qualifiziert hält. Die Persönlichkeit ist es, die er mit Vorliebe zum Maßstab für sein Urteil über den Gang der Politik macht und schließlich auch für sein Verhalten bei der Wahl, die der Ausdruck seiner wirklichen verfassungsrechtlichen Beziehung zum Ablauf der Außenpolitik ist.

Unter diesen Verhältnissen sind Rundfunk und Fernsehen eine große Hilfe für die Beziehung des einfachen Mannes zu den Angelegenheiten des Staates. Sie geben ihm Möglichkeiten zur Beurteilung, die



ihm die Presse niemals gegeben hat. In früheren Zeiten hatte er solche Möglichkeiten nur, wenn führende Persönlichkeiten seine Gemeinde besuchten. Dementsprechend fühlt er sich heutzutage besser informiert und sicherer in seinem Urteil als zu den Zeiten, da es noch kein Radio, kein Fernsehen und keine Wochenschau gab. Das trifft aber nur für seine Beurteilung der Persönlichkeit zu. Die Dinge, um die es tatsächlich geht — das gibt er ganz offen zu —, sind komplizierter geworden und seiner Urteilsfähigkeit vielleicht noch weiter entrückt. Er erkennt das ohne Scham und große Besorgnis an. Er weiß, daß er den Staatsmännern bei der Lösung dieser komplizierten Probleme nicht helfen kann. Alles, was er tun kann, ist, den Staatsmännern sein Vertrauen zu geben oder zu entziehen.

Das bedeutet nicht, daß der einfache Mann niemals und unter keinen Umständen seine eigenen Ansichten über auswärtige Politik hätte. Oft hat er solche Ansichten, und zwar sehr kategorische. Aber wie Professor Almond andeutet, haben solche Ansichten eher den Charakter einer gefühlsmäßigen Einstellung als den einer Meinung über bestimmte politische Vorgänge. Sie betreffen eher die Stellung und Haltung der Regierung als deren Lösung bestimmter Probleme. Und selbst hier sind sie leicht weitgehend bedingt durch Erwägungen persönlicher Art: entweder durch das Verhalten von Individuen oder durch die Identifizierung von Nationen mit individuellen Persönlichkeiten und Reaktionen (Onkel Sam und John Bull).

Für denjenigen, der in der Exekutive tätig ist, ist der einfache Mann ebenso wie andere Elemente der öffentlichen Meinung ein vielfältig schillerndes Phänomen in seinem Verhältnis zu den Fragen der auswärtigen Politik. Während er im allgemeinen skeptisch gegenüber den persönlichen Eigenschaften des Beamten ist, zeigt er doch oft mehr Verständnis und Nachsicht für dessen Handlungen und Schwierigkeiten als Angehörige der Legislative, der Masseninformationsmittel oder der führenden Elite, die von sich behaupten, es „besser zu wissen“. Der Beamte ist ihm dankbar für seine etwas verächtliche, aber nicht unfreundliche Nachsicht. Und selbst dann, wenn er auf Beweise einer Massenstimmung stößt, die dem widerspricht, was er selbst als das Beste für sein Land ansieht, so muß er doch in diesen Beweisen eine Spontaneität und Echtheit des menschlichen Impulses anerkennen, die in den subtileren und künstlicheren Reaktionen der verschiedenen führenden Kreise nicht immer vorhanden sind. Er sieht in ihnen gern, wenn nicht gerade Weisheit, so doch eine Autorität und eine Art demokratischer Logik, der er sich guten Gewissens und bereitwillig beugen kann und es auch im allgemeinen tut.

Dies ist ein etwas rohes und vereinfachtes Bild des Gewebes der öffentlichen Meinung in Amerika, wie ich es sehe. Die verwickelten Vorgänge, durch die sie ihre Gesamtwirkung auf die Arbeit der Regierung und die Formulierung der auswärtigen Politik ausübt, gehen über das hinaus, was ich instande bin zu analysieren. Wir haben es hier mit einem großen organischen Prozeß zu tun, der nie zum Stillstand kommt, sich auf höchst komplizierte und nicht erfaßbare Weise von Tag zu Tag ändert, der unergründlich in seiner Vielseitigkeit und Veränderlichkeit ist. Staatsmänner müssen allerdings diesen Einfluß in seiner Gesamtwirkung berücksichtigen. Sie müssen alles in ihrer Macht Stehende tun, um ihn richtig abzuschätzen und sich danach entsprechend zu orientieren. Aber die erfolgreichsten unter ihnen tun dies mit Intuition, Instinkt und Erfahrung, stecken den Weg durch ungefähre Berechnung ab und korrigieren, während sie weiter voranschreiten.

Manche Menschen stellen gern Mutmaßungen dar über an, ob die öffentliche Meinung mehr oder weniger erleuchtet ist als die Regierung, ob sie als Kraft zur Bestimmung der auswärtigen Politik mehr oder weniger weise ist. In einer mehr autoritären Regierungsform oder einer, in der die Tradition einer führenden Elite mehr gilt, mag diese Frage Bedeutung haben, in unserem Land sehr wenig. Worauf es ankommt, ist das Funktionieren unseres demokratischen Systems in seiner Gesamtheit. Hier sind die Kräfte, die wir öffentliche Meinung und Regierungsstrategie nennen, untrennbar miteinander verzahnt. Jeder einzelne von uns, der im Dienste der Regierung steht, ist ein Produkt der Tradition und des Volkstums; der Geistes- und Gemütsverfassung, der Losungsworte und der Stereotypen, mit denen er aufgewachsen und erzogen ist. Wir finden leicht den Uebergang von der Sphäre der privaten Meinung zu der der Regierungsverantwortung und bringen dabei unser ganzes Repertoire eigener Ansichten, Gewohnheiten und Vorurteile mit. Für uns ist die Arbeit in der Regierung normalerweise ein Zwischenspiel und nicht ein Beruf. Und wenn unsere kurz bemessene Zeit in der Regierung vorüber ist, nehmen wir mit gleicher Leichtigkeit und ebenso unvermittelt unseren gewohnten Standort in dem einen oder anderen Teil des Gebäudes der öffentlichen Meinung wieder ein und sind uns kaum bewußt, daß wir jemals an anderer Stelle gestanden haben. Vollständig haben wir es in der Tat auch niemals getan; denn der Regierungsbeamte — Angehöriger einer immer zahlreicher werdenden Gilde — ist gleichzeitig Schauspieler und Zuschauer eines Theaterstückes. Für ihn ist, ebenso wie für jeden anderen Amerikaner, die Frage der öffentlichen Meinung zum Teil eine persönliche Angelegenheit.

# Die Grundlagen der europäischen Landwirtschaft

## Eine Bestandsaufnahme (2. Teil und Schluß)

Von Dr. Fritz Below, Straßburg

### IV. Die europäische Rangordnung in der Landwirtschaft nach den Produktionswerten

Der Hinweis auf den Nettoproduktionswert je Beschäftigten in der Landwirtschaft, auf eine Vergleichswährung umgerechnet, ergab gewisse Anhaltspunkte über die Leistungsfähigkeit bestimmter Ländergruppen im Gesamtbild. Die Aufstellung einer Rangordnung nach den absoluten Produktionswerten der Landwirtschaft — wobei es zunächst gleichgültig ist, welchen Produktionswert man der Uebersicht zugrunde legt — stellt die Bedeutung der einzelnen nationalen Landwirtschaften im Rahmen einer größeren Gemeinschaft heraus.

Es ist naturgemäß schwierig, sichere Vergleichsdaten für einen solchen quantitativen Vergleich zu erarbeiten. Der verhältnismäßig einfachste Weg (Vergleich der Bruttoproduktionswerte) führt über die von der jeweiligen amtlichen Statistik ausgewiesenen Produktionsmengen der Landwirtschaft. Die Einbeziehung der Preisverhältnisse, wobei die Frage nach einem vergleichbaren „neutralen“ Preis auftaucht, kompliziert aber die Berechnungen. Eine andere Möglichkeit bei der Aufstellung einer Rangordnung deutet sich aus den nationalen Volkseinkommensberechnungen (wertmäßiger Beitrag der Landwirtschaft) an<sup>81</sup>.

Man darf unter Berücksichtigung beider Verfahrenswege (Produktionsumfang und Beitrag zum Volkseinkommen) beispielsweise schätzen, daß in der Ländergruppe der OEEC der jährliche Bruttoproduktionswert für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Durchschnitt 1951/53 zugrunde gelegt, sich in der Größenordnung von 25 Milliarden Dollar bewegt. Unter den 16 Mitgliedsländern sind dabei vier (Frankreich, Italien, Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien) zusammen mit etwa zwei Dritteln an diesem Wert beteiligt. Diese Feststellung zeigt deutlich, daß in der europäischen Landwirtschaft im wesentlichen vier Länder dem Produktionsumfang nach das Gesamtbild bestimmen. Gliedert man zahlenmäßig nach Anteilen auf, so deutet sich an, daß Frankreich mit

über 20 vH, Italien, die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien mit jeweils Quoten zwischen 10—20 vH, die Türkei mit einem Satz von etwa 8 vH und alle übrigen Länder (Niederlande, Dänemark, Belgien-Luxemburg, Schweden, Griechenland, Schweiz, Irland, Portugal, Oesterreich, Norwegen) mit Werten unter 5 vH am Gesamtbruttoproduktionswert der europäischen Landwirtschaft, in der Begrenzung auf die OEEC-Länder, beteiligt sind. Damit ergibt sich eine ungefähre Rangordnung der Landwirtschaft nach den Produktionsleistungen für die europäischen Volkswirtschaften<sup>82</sup>.

Einige Abweichungen vom Durchschnittsbild treten auf, wenn die Gruppenproduktionswerte für tierische und pflanzliche Erzeugnisse getrennt untersucht werden. Nach den vorhandenen Unterlagen darf der jährliche Bruttoproduktionswert (1951/53) für tierische Erzeugnisse in den OEEC-Ländern bei etwa 15 Milliarden Dollar und der für pflanzliche Produkte bei etwa 10 Milliarden Dollar angenommen werden. Der Anteil der großen vier Produktionsländer macht bei tierischen Erzeugnissen zusammen ebenfalls gut zwei Drittel des Gesamtwertes aus. Der Rangordnung nach ergeben sich hier folgende Anteile am Gesamtwert: Frankreich über 20 vH, Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien jeweils zwischen 15 und 20 vH, Italien zwischen 10 und 15 vH und alle übrigen Mitgliedsländer der OEEC mit Beiträgen von 5 vH und weniger. Bei den Produktionswerten von pflanzlichen Erzeugnissen erreichen Frankreich, Italien, die Bundesrepublik und Großbritannien nicht volle zwei Drittel Anteil. Rechnet man die Türkei, die einen Beitrag von fast 15 vH am Wert der pflanzlichen Produktion in Europa (OEEC-Länder) liefert, noch zu den genannten vier Volkswirtschaften hinzu, so sind es unter 16 Ländern fünf, die mit über drei Vierteln des Gesamtwertes pflanzlicher Erzeugnisse an der Spitze dieser europäischen Produktion stehen.

### V. Bodenbewirtschaftung und Produkte

#### *Die landwirtschaftliche Nutzfläche*

Die Bedeutung der europäischen Landwirtschaft in der Abhängigkeit des dicht besiedelten Raumes von

der zur Verfügung stehenden Nutzfläche wird durch die Kennziffer: Bevölkerung je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche beschrieben. Während beispielsweise



in den Vereinigten Staaten 35 Menschen im Durchschnitt von 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche abhängen, liegt das europäische Maximum bei fast 500 und das Minimum bei 40. Es sind innerhalb des breiten Streuungsbereichs aber nur die europäischen Randgebiete (Griechenland, Irland, Spanien, Türkei), die eine „Dichte“ unter 100 aufweisen<sup>33</sup>.

Von der Gesamtfläche in Europa (OEEC-Länder: 340 Millionen Hektar) sind 54 vH als landwirtschaftliche Nutzfläche anzusehen. 22 vH werden durch die Forstwirtschaft und 24 vH durch andere Verwendungszwecke (Siedlungen, Binnengewässer, Straßen, Eisenbahnen, Flugplätze usw.) oder Oedland in Anspruch genommen. Innerhalb der landwirtschaftlichen Nutzfläche spielt bei einer Bewertung nach der landwirtschaftlichen Bedeutung vor allem die Fläche eine Rolle, die das mit dem Ziel der Gewinnung von Feldfrüchten, Obst, Wein, Gemüse, Kulturpflanzen u. ä. bearbeitete Land umfaßt. Der Anteil dieses „Acker- und Gartenlandes“ beträgt im europäischen Durchschnitt (OEEC-Länder 1951/53) 27 vH der Gesamtfläche. Der Satz liegt relativ hoch, wenn man außer-europäische Quoten vergleichend heranzieht (Vereinigte Staaten 24 vH, Argentinien 11 vH, Sowjetunion 10 vH, Kanada 4 vH; Weltdurchschnitt 9 vH). Nach dem Anteil des „Acker- und Gartenlandes“ an der Gesamtfläche lassen sich die europäischen Länder in solche mit starker, mittlerer und geringer landwirtschaftlicher Bodenausnutzung einteilen — wobei die geographischen und klimatischen Grundlagen die jeweilige Zugehörigkeit mitbestimmen<sup>34</sup>.

Eine weniger intensive Form der Bodennutzung wird durch die Prozentsätze beschrieben, die Wiesen und Weiden innerhalb der landwirtschaftlichen Nutzfläche beziehungsweise der Gesamtfläche einnehmen. Im allgemeinen sind in der europäischen Landwirtschaft Wiesen und Weiden dort mit größeren Quoten beteiligt, wo tatsächlich Boden und Klimaverhältnisse eine solche Wirtschaftsform begünstigen und die intensivere Ausnutzung in der Produktion von Ackerfrüchten u. ä. unrentabel erscheint. Gebietsweise zwingen aber auch unzureichende Siedlungsdichte und Mangel an Arbeitskräften zur „Weidewirtschaft“. Die Fälle, wo in der europäischen Landwirtschaft durch eine besondere Qualität der Wiesen und Weiden auf eine Ackernutzung im Interesse der Viehwirtschaft verzichtet wird, sind örtlich begrenzt. Nicht übersehen werden darf, daß der statistische Begriff „Wiesen und Weiden“ qualitativ stark unterschiedliche Böden umfaßt und daß auch der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtfläche nur wenig über die Struktur einer Landwirtschaft auszusagen vermag. Im Durchschnitt der OEEC-Länder (1951/53) kann der Anteil von Wiesen und Weiden an der Gesamtfläche in der gleichen Größenordnung wie der des Acker- und Gartenlandes angenommen werden. Auch

um diesen Mittelwert schwanken die Prozentzahlen der einzelnen Länder beträchtlich<sup>35</sup>.

Die eigentliche *landwirtschaftliche Nutzfläche* (total agricultural area — 182 Millionen ha in den OEEC-Ländern) setzt sich gegenwärtig schätzungsweise aus 47 vH wirklich bestelltem Ackerland (Feldfrüchte jeder Art), 13 vH zeitlichen Wiesen und Land mit Grünfütteranbau, 7 vH „Gartenland“ mit Anbau von Obst, Wein, Gemüse u. ä. und 33 vH Dauerwiesen und Weiden zusammen. Innerhalb der einzelnen Länder wechseln die Prozentsätze für das reine Ackerland zwischen dem Maximum von 63 (Dänemark) und dem Minimum von 14 (Irland). Das „Gartenland“ schwankt mit den Anteilen zwischen mehr als 16 vH (Portugal) und fast 0 vH (Norwegen). Bei Dauerwiesen und Weiden weisen die Schweiz mit 68 vH an der landwirtschaftlichen Nutzfläche die höchsten und Schweden mit 12 vH die niedrigsten Werte auf.

#### Das Ackerland

Das europäische Acker- und Gartenland (total arable land) in den OEEC-Ländern umfaßt (ohne den nichterwerbsmäßigen Gartenbau) eine Größenordnung von rund 92 Millionen ha. Nach dem Verwendungszweck aufgegliedert, dienen gegenwärtig rund 90 vH dieser Fläche dem reinen Ackerbau (Getreide, Hackfrüchte u. ä.) und dem Anbau von Grünfütter und anderen Futterpflanzen, 4 vH entfallen auf Obstanlagen (einschließlich Oliven), 4 vH auf Rebanlagen und 2 vH auf Gemüseanbau, Gartenfrüchte, Baumschulen, Blumenzüchtung u. a. Die speziellen Verhältnisse in den einzelnen Ländern weichen naturgemäß auch hier voneinander ab. Die Ackerbauerzeugnisse wechseln ebenfalls innerhalb der Regionen nach Art und Umfang.

Von der rund 64 Millionen Hektar betragenden wirklichen Ackerfläche (ohne Grünfütter und Futterpflanzen) werden gegenwärtig in Europa im Durchschnitt 65 vH mit Getreide und 13 vH mit Hackfrüchten bestellt. Weitere 13 vH können jeweils als zeitweilige Brache (auch Gründung) angenommen werden; 3 vH sind mit Oelfrüchten und Faserpflanzen bestellt, und der Rest von 6 vH verteilt sich auf die verschiedensten Kulturen (Hülsenfrüchte, Tabak, Hopfen u. a.). Hinsichtlich des Anteils des mit Getreidesorten bebauten Ackerlandes sind keine allzu großen Schwankungen zwischen den einzelnen Landwirtschaften festzustellen (von 54 bis 74 vH der reinen Ackerfläche), wohingegen die Anteile des mit Hackfrüchten bestellten Bodens größere regionale Abweichungen aufweisen<sup>36</sup>.

Ein zeitlicher Vergleich der auf dem Ackerland gewonnenen Produktionsmengen in der Gegenüberstellung Vorkriegszeit/Nachkriegsjahre läßt bei allen wichtigen Arten eine teilweise sogar erhebliche Zunahme erkennen, wobei im Entwicklungsbild unterschiedliche Tendenzen auftreten, die u. a. auch von

Preis- und Absatzverhältnissen beeinflußt worden sind<sup>37</sup>. Dabei liegen gewisse Parallelen mit dem Weltdurchschnitt vor.

Bei einem Vergleich der Hektarerträge wichtiger Feldprodukte (Getreide und Hackfrüchte) in der europäischen Landwirtschaft mit denen in überseeischen und anderen Produktionsgebieten schneiden die europäischen Ergebnisse günstig ab. In der räumlichen Enge des europäischen Kontinents hat sich bis heute eine spezielle Leistungsfähigkeit im Ackerbau herausgebildet, die für einen überseeischen Bewohner vielleicht manche „unmodernen Züge“ tragen mag, in ihrer Struktur jedoch weitgehend der europäischen Auffassung entspricht. Man darf außerdem feststellen, daß die europäischen Durchschnittserträge sich von der Vorkriegszeit bis heute teilweise stärker erhöht haben als die entsprechenden Erträge im Weltdurchschnitt. Das Beispiel „Weizen“ zeigt am besten die Entwicklung. 1934/38 wurden im europäischen Mittel 15 Doppelzentner je Hektar geerntet, im Weltdurchschnitt 10; für 1951/52 liegen die Werte bei 17 und 11<sup>38</sup>.

#### Das Gartenland<sup>39</sup>

Das bearbeitete „Gartenland“ macht in den Mitgliedsländern der OEEC rund 9 Millionen Hektar aus; von dieser Fläche stehen etwa 41 vH dem Anbau von Obst, Oliven, Nüssen usw., 40 vH dem Weinbau und nur 16 vH dem Gemüseanbau zur Verfügung. Ein geringer Rest verteilt sich auf Blumenzüchtung, Baumschulen u. ä. Der Produktionsumfang dieser landwirtschaftlichen Erzeugnisse zeigt ebenfalls in der Gegenwart ein höheres Niveau als in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg<sup>40</sup>. In den Produktionswerten der mannigfachen Erzeugnisse drückt sich die intensive Form der Bodenbearbeitung und die Sorgfalt aus, die in der europäischen Landwirtschaft vor allem dem Obst-, Gemüse- und Weinbau zuteil wird. Trotz des geringen Anteils des „Gartenlandes“ an der landwirtschaftlichen Nutzfläche ist der Bruttoproduktionswert aller hier gewonnenen Erzeugnisse in der Größenordnung von 4 Milliarden Dollar im Jahr zu schätzen (über 15 vH des Gesamtwertes der europäischen Landwirtschaftsproduktion). Obst, Gemüse und Wein als wichtigste Produkte des „Gartenlandes“ bilden teilweise die Ausgangsprodukte für einen weiteren Veredlungsvorgang in der Nahrungsmittelindustrie (Konserven der verschiedensten Art, Schaumwein, Alkoholgewinnung u. a.).

Man darf nach den statistischen Unterlagen über Anbau und Erträge voraussetzen, daß in siebzehn europäischen Ländern (OEEC-Mitgliedsländer und Spanien) jährlich mengenmäßig, zugrunde gelegt der Durchschnitt 1950/53, rund 19 Millionen Tonnen an Obst (einschließlich Nüssen) geerntet werden. Die Einbeziehung Spaniens ist bei dieser Bewertung erforderlich, weil von ihm immerhin ein ungefähres

Sechstel der europäischen Obstversorgung gestellt wird. Die mengenmäßige Zusammenfassung der verschiedenen Obstsorten, wenn sie auch auf den ersten Blick überrascht, dürfte aber angebracht sein; denn auch vom Verbraucher her ist eine gewisse Austauschbarkeit, je nach den zur Verfügung stehenden Arten, im Konsum möglich. Der rein rechnerische Durchschnittsbetrag von 60 kg Obst, der jährlich jedem Europäer aus der Erzeugung seines Kontinents zur Verfügung steht, beschreibt am besten die Bedeutung dieses landwirtschaftlichen Produktionszweiges. Zu der in Europa erzeugten Obstmenge treten noch Importe aus Uebersee hinzu, die jedoch mengenmäßig nicht einmal zwei Millionen Tonnen im Jahr ausmachen. An der europäischen Obsterzeugung sind nach der Menge drei Länder (Italien, Spanien, Türkei) zusammen mit etwa der Hälfte beteiligt; vier weitere (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Schweiz, Oesterreich) erreichen zusammen über ein Viertel, und alle übrigen verteilen sich auf den Restbetrag. Wertmäßig dürfte die jährliche europäische Obsterzeugung (17 Länder — Bruttoproduktionswert) in der Größenordnung von 1,5 Milliarden Dollar liegen. Die gegenwärtigen Leistungen im europäischen Obstbau sind aber noch erheblich steigerungsfähig. Die in weiten Gebieten erkennbare Ueeralterung der Strauch- und Baumbestände und die vielfach vernachlässigte Qualitätssortenvahl wirkt sich hemmend auf Güte und Menge mancher Produkte aus.

Die Weinproduktion in den OEEC-Ländern im jährlichen Umfang von 120 Millionen Hektoliter stützt sich auf klimatisch bevorzugte Regionen, die meistens schon seit Jahrhunderten diesen Landwirtschaftszweig betreiben. Frankreich ist gegenwärtig an der europäischen Produktion mit über der Hälfte beteiligt. Italien stellt ein knappes Drittel; Portugal, Griechenland, die Bundesrepublik Deutschland und Oesterreich produzieren zusammen etwa 15 vH der Gesamtmenge. Die übrigen Weinbau treibenden Landwirtschaften (Schweiz, Luxemburg, Türkei) sind nur mit wenig ins Gewicht fallenden Beiträgen vertreten. Wertmäßig steht der Weinbau mit seiner Produktion etwas hinter der Obsterzeugung zurück. Größere Qualitätsunterschiede wirken sich in den einzelnen Gebieten auf der Verbrauchsseite aus.

Die jährliche Produktion an Frischgemüse (OEEC-Länder) liegt mengenmäßig in der Gegenwart bei 25 Millionen Tonnen (je Kopf der europäischen Bevölkerung im Jahr rund 90 kg). Zwischen der Obstwirtschaft und der Gemüswirtschaft bestehen in Europa gewisse Parallelen. Nicht nur der etwa übereinstimmende Produktionswert, sondern auch der geringe Umfang der Importe aus Uebersee (rund 250 000 Tonnen Gemüse im Jahr) und der hohe Grad der europäischen Selbstversorgung kennzeichnen beide Produktionszweige. An der Gemüseproduktion in



Europa sind dem Umfang nach Frankreich und Italien zusammen mit über 50 vH beteiligt; fast 35 vH erzeugen die Anbauflächen zusammen in Großbritannien,

nien, der Bundesrepublik Deutschland, in den Niederlanden und Belgien-Luxemburg. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Länder.

## VI. Viehwirtschaft

Die europäische Viehwirtschaft umfaßt eine Anzahl von Zweigen; von größerer Bedeutung sind in der Gesamtheit aber nur:

- Milchgewinnung und Verarbeitung,
- Rindviehhaltung,
- Schweinehaltung,
- Geflügelhaltung und Eiererzeugung.

An der Wertschöpfung (Bruttoproduktionswert von rund 15 Milliarden Dollar) der Viehwirtschaft in den OEEC-Ländern dürften die einzelnen Sparten gegenwärtig mit folgenden Sätzen beteiligt sein: Milchgewinnung und Verarbeitung 38 vH, Schweinehaltung 21 vH, Rindviehhaltung 20 vH, Geflügelhaltung und Eiererzeugung 12 vH. Von diesem Durchschnitt weichen naturgemäß die Verhältnisse in den einzelnen Ländern ab.

Der Produktionsumfang der Viehwirtschaft liegt heute insgesamt, verglichen mit 1934/38, höher; in einzelnen Ländern wurde jedoch der Vorkriegsstand noch nicht erreicht (Österreich, Irland, Griechenland). Einen besonderen Aufschwung in der Nachkriegszeit haben die Niederlande und die Türkei aufzuweisen. Die Entwicklungstendenzen sind in der Gegenwart nicht überall einheitlich<sup>42</sup>.

### *Besatz mit Großvieh und Fleischgewinnung*

Die Beurteilung des Leistungsstandes einer Viehwirtschaft begegnet gewissen Schwierigkeiten, weil nicht allein die tatsächliche Zahl beziehungsweise der Produktionsumfang zur Beschreibung ausreicht, sondern auch Qualitätsunterschiede das Bild beeinflussen. Um Vergleichsmöglichkeiten von Land zu Land schaffen zu können, ergibt sich die Notwendigkeit, daß mehrere Tiergruppen zusammengefaßt werden. In der Bewertung muß auch auf alle die Tierarten verzichtet werden, die als „Produktionsmittel“ der Landwirtschaft anzusprechen sind, d. h. auf die Tiere, die in erster Linie als Tragtiere, Gespanne u. ä. in Erscheinung treten (in Europa Pferde, Maultiere, Esel). Gefühlsmäßig wird man sich zunächst dagegen sträuben, die Zahlen von Rindvieh, Schweinen, Schafen und Ziegen zu addieren und mit dieser Summe „Großvieheinheiten“ Berechnungen anzustellen. Eine gewisse Berechtigung zu einer solchen „Simplifizierung“ ergibt sich u. a. auch aus der teilweisen Vertretbarkeit der Arten. So übernimmt beispielsweise in einzelnen Gegenden Europas die Ziegen- oder Schafhaltung die Aufgaben der Rinderzucht durch die Bereitstellung von Fleisch, Milch und Milchprodukten.

Das Verhältnis Großviehbesatz : Bodenfläche (landwirtschaftliche Nutzfläche) bringt für die europäische Landwirtschaft kennzeichnende Werte zum Ausdruck. Man darf nach den vorhandenen Unterlagen schätzen, daß gegenwärtig im Weltdurchschnitt auf 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche 60 Stück Großvieh entfallen. In einigen bedeutenden Landwirtschaftsbezirken wird dieser Satz nicht erreicht (beispielsweise in Kanada mit 25 und in den Vereinigten Staaten mit 41 Stück Großvieh); in anderen Gebieten dagegen (beispielsweise in Argentinien mit fast 70, in der Sowjetunion mit über 70 Großvieheinheiten) liegen höhere Werte vor. Die Verhältnisse in Europa zeigen, selbst wenn man die begriffliche Unsicherheit von „landwirtschaftlicher Nutzfläche“ und „Großvieheinheit“ in Rechnung stellt, Quoten, die sich weit über dem Weltdurchschnitt bewegen und mit ein Ausdruck der betrieblichen Verhältnisse in der europäischen Landwirtschaft sind. Das Maximum des europäischen Viehbesatzes findet sich mit rund 350 Einheiten auf 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in Norwegen — das Minimum mit etwa 90 in Schweden. Zwischen diesen beiden extremen Werten gliedern sich die übrigen Landwirtschaften ein<sup>41</sup>.

Die Belieferung mit Fleisch aus der europäischen Produktion gestattet heute einen höheren durchschnittlichen Grad der Selbstversorgung (über 90 vH der europäischen Bedürfnisse) als noch in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen. Im Landwirtschaftsjahr 1952/53 standen in der Gesamtheit der OEEC-Länder 10,2 Millionen Tonnen an Fleisch zur Verfügung (rd. 37 kg je Kopf und Jahr). Von dieser Menge waren, nach Arten aufgeteilt, 41 vH Schweinefleisch, 37 vH Rindfleisch, 5 vH Hammelfleisch; 18 vH verteilen sich auf „sonstige“ Tiere. Als Hauptlieferanten an Fleisch mit zusammen über der Hälfte der Gesamtproduktion treten Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien in Erscheinung<sup>43</sup>.

Die Erzeugung von tierischen Rohstoffen (Felle, Häute, Leder, Horn, Borsten u. a.) für gewerbliche Zwecke richtet sich weitgehend nach dem vorhandenen Viehbestand und der Fleischnutzung. Allgemein wird heute in Europa durch eingespielte Organisationen dafür gesorgt, daß von diesen wertvollen „Abfallprodukten“ der Viehwirtschaft nichts verlorengeht. Trotz aller Bemühungen reichen jedoch die heimischen Produktionen nicht aus, um die Bedürfnisse der entsprechenden Industrie- und Handwerkszweige zu befriedigen; eine Importabhängigkeit von überseeischen Märkten liegt hier noch vor. Seit einigen Jahren stellt

auch die europäische Viehwirtschaft für die Bedürfnisse der pharmazeutischen Industrie die geforderten Grundstoffe (vorwiegend Innereien, Drüsen usw.) in steigendem Maße zur Verfügung.

#### *Milch, Milchprodukte und Eier*

Die Milchgewinnung in Europa (OEEC-Länder) beträgt gegenwärtig über 83 Millionen Tonnen im Jahr; eine weitere Steigerung auf rund 90 Millionen Tonnen 1955/56 wird erwartet. Im Produktionsumfang und in den Milchwirtschaftsleistungen (Erträge je Milchkuh und Jahr) bestehen größere Abweichungen zwischen den einzelnen Gebieten. Während beispielsweise in den Niederlanden und in Belgien die Milchleistungen einer Kuh im jährlichen Durchschnitt auf 3500 kg und mehr kommen und sich in Dänemark, in der Schweiz, in Schweden, Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 2500 kg und 3400 kg bewegen, liegen die entsprechenden Zahlen in Griechenland und in der Türkei bei 1000 kg und weniger. Diese auffallenden Unterschiede erklären sich aus den verschiedensten Ursachen (Zuchtwahl, Futtergrundlage, Tierkrankheiten, Milchkühe als Zugtiere u. a.).

Der Milchverbrauch in den beiden Grundformen: Trinkmilch und Küchenverbrauch einerseits — Milch als Grundlage der Weiterverarbeitung andererseits wechselt in seinen Anteilen von Land zu Land; und auch innerhalb der einzelnen Länder selbst sind Unterschiede zu erkennen, die von den örtlichen Verbrauchsgewohnheiten bestimmt werden. Verhältnismäßig hohe Anteile der Frischmilchverwendung (zwischen 35 und 45 vH der verfügbaren Gesamtmenge) weisen beispielsweise Schweden, die Nieder-

lande, die Bundesrepublik Deutschland, die Schweiz und Norwegen auf. Im europäischen Durchschnitt gelangt weit über die Hälfte der erzeugten Milchmenge (rund 60 vH) in den Verarbeitungsprozeß; lediglich Großbritannien macht eine Ausnahme, indem hier fast 80 vH der heimischen Milchproduktion sofort als Frischmilch in den Konsum gelangen.

Das wichtigste Milcherzeugnis, die Butter, wird jährlich (1951/53) im Umfang von 1,0 Millionen Tonnen in den OEEC-Ländern gewonnen. Diese Menge reicht aus, um etwa 90 vH des europäischen Bedarfs zu decken. Die Milchverarbeitung zu Käse liefert im gleichen Raum Produkte im Gewicht von 1,4 Millionen Tonnen und befriedigt damit etwa 95 vH des Bedarfs<sup>44</sup>. Schließlich bliebe noch die Milchkonservierung (kondensierte Milch) im Umfang von 0,6 Millionen Tonnen zu erwähnen; diese Menge übersteigt bei weitem den europäischen Bedarf und gestattet außerdem Exportlieferungen. Die wichtigsten Produktionsländer für kondensierte Milch sind die Niederlande (rund 35 vH der europäischen Erzeugung), die Bundesrepublik Deutschland (22 vH) und Großbritannien (20 vH). Weitere Milchveredlungen (Milchpulver, Säuglings- und Kindernahrung u. ä.) spielen gegenüber den Hauptverarbeitungszweigen nur eine untergeordnete Rolle.

Der Umfang der Eiererzeugung in der Größenordnung von 2,2 Millionen Tonnen (1951/53 — OEEC-Länder) entspricht fast dem europäischen Bedarf. An der Gesamtproduktion sind vier Ländern mit zusammen über zwei Dritteln beteiligt: Großbritannien (22 vH), Frankreich (21 vH), Italien (14 vH), Bundesrepublik Deutschland (12 vH).

### VII. Versorgungsgrad und Außenhandel

Die Bewertung der landwirtschaftlichen Produktionszweige in Europa unter dem Gesichtspunkt des europäischen Selbstversorgungsgrades ist, solange keine einheitlichen Marktverhältnisse bestehen, im wesentlichen theoretischer Natur. Die übliche Handelspraxis der letzten Jahre hat gezeigt, daß beim innereuropäischen Ausgleich im Bedarf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen noch manche Hemmungen bestehen. Auch die nationale Preispolitik der einzelnen Volkswirtschaften schafft zusammen mit einer jeweils verschieden ausgerichteten Handelspolitik immer wieder Beschränkungen. Wenn deshalb hier die europäische Situation zusammengefaßt behandelt wird, dann mag darin ein Optimismus gesehen werden, der hoffentlich in Zukunft nicht enttäuscht wird.

Die ernährungspolitische Bedeutung der europäischen Landwirtschaft wird zunächst durch folgende Tatsachen umrissen: Die Bevölkerung hat in den OEEC-Ländern in ihrer Gesamtheit zwischen Mitte 1938 und Mitte 1953 um 13 vH zugenommen; der

Umfang der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion stieg jedoch im gleichen Zeitraum um 17 vH. An diesen beiden Zahlen deutet sich an, daß die europäische Landwirtschaft über Reserven und Entwicklungsmöglichkeiten verfügt, die selbst einer wachsenden Bevölkerungszahl genügen könnten. Bei dem oberflächlichen Bild müssen jedoch gewisse Einschränkungen gemacht werden; denn die Verhältnisse in den Ländern unterscheiden sich, teilweise sogar erheblich, und die Steigerungen in der landwirtschaftlichen Leistung sind nicht auf allen Sektoren gleichmäßig ausgeprägt gewesen.

Rein rechnerisch zeigt sich, daß bei den Hauptprodukten ein ungefährer Selbstversorgungsgrad (90 vH und mehr des Bedarfs entstammen der europäischen Erzeugung) gegenwärtig für Fleisch, Milch, Käse, Butter, Eier, Wein, Obst, Gemüse und Kartoffeln vorliegt. Bei Brotgetreide kommen rechnerisch etwa 75 vH des Verbrauchs aus der europäischen Landwirtschaft, bei Zucker fast 70 vH und bei Fetten



aller Art etwas über 50 vH. Diese theoretische Bilanz sagt zunächst nichts über die Lage in den einzelnen Volkswirtschaften aus. Zieht man die nationalen Landwirtschaftsleistungen zur Beurteilung des Selbstversorgungsgrades heran, so ergibt sich folgende Gruppierung, wobei die jeweiligen Verbrauchsgewohnheiten natürlich in Rechnung gestellt sind. Der ungefähre Selbstversorgungsgrad wird gegenwärtig erreicht beziehungsweise überschritten für<sup>45</sup>:

<i>Brotgetreide</i>	<i>Sonstiges Getreide</i>
Frankreich	Frankreich
Türkei	Italien
	Portugal
	Schweden
	Griechenland
	Dänemark
	Türkei
<i>Zucker</i>	<i>Fleisch</i>
Italien	Schweiz
Niederlande	Italien
Türkei	Bundesrepublik
Frankreich	Deutschland
Belgien-Luxemburg	Schweden
Dänemark	Oesterreich
	Portugal
	Belgien-Luxemburg
	Norwegen
	Frankreich
	Türkei
	Niederlande
	Irland
	Dänemark
<i>Butter</i>	<i>Käse</i>
Bundesrepublik	Griechenland
Deutschland	Schweden
Frankreich	Türkei
Oesterreich	Portugal
Irland	Irland
Griechenland	Oesterreich
Türkei	Frankreich
Schweden	Norwegen
Norwegen	Italien
Niederlande	Schweiz
Dänemark	Niederlande
	Dänemark
<i>Gesamtfettstoffe</i>	<i>Eier</i>
Schweden	Oesterreich
Türkei	Italien
Griechenland	Griechenland
Dänemark	Portugal
Norwegen	Belgien-Luxemburg
	Frankreich
	Norwegen
	Schweden
	Türkei
	Irland
	Niederlande
	Dänemark

Die vorstehende Uebersicht ausgewählter Erzeugnisse weist darauf hin, daß von den vier nach Umfang und Wert an der Spitze stehenden landwirtschaftlichen Hauptproduzenten in Europa (Frankreich, Italien, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien) Frankreich bei Brotgetreide, sonstigem Getreide, Zucker, Fleisch, Butter, Käse und Eiern — Italien bei sonstigem Getreide, Zucker, Fleisch, Käse und Eiern — die Bundesrepublik Deutschland nur bei Fleisch und Butter — und Großbritannien in keinem Falle eine in etwa ausreichende Selbstversorgung aufzuweisen haben. Die Bedürfnisse Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland mit zusammen fast 100 Millionen Einwohnern wirken deshalb mit ihrem Gewicht auf die europäische Ernährungsbilanz ein. Auch das Bild des Außenhandels wird durch die jeweilige Abhängigkeit auf dem Ernährungssektor von fremden Märkten beeinflusst. In Europa treten Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich zusammen mit einem Anteil von zwei Dritteln und mehr an den Gesamtimporten (OECC-Länder) bei den einzelnen Gruppen landwirtschaftlicher Erzeugnisse auf<sup>46</sup>.

Die europäischen Länder lassen sich überhaupt nach den Anteilen, die Nahrungsmittel (einschließlich Getränke), andere landwirtschaftliche Erzeugnisse und landwirtschaftliche Bedarfsartikel zusammen am gesamten nationalen Importwert einnehmen, in drei Gruppen einteilen. Mit entsprechenden Quoten über 50 vH des Einfuhrvolumens treten die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Frankreich (zusammen mit rund 142 Millionen Menschen) in Erscheinung. Zur Mittelgruppe mit Importanteilen zwischen 30 und 50 vH rechnen: Italien, Oesterreich, Belgien-Luxemburg, Portugal, Irland, die Niederlande. Und zur dritten Gruppe (Importanteile für Nahrungsmittel u. a. mit Sätzen unter 30 vH) gehören Dänemark, Schweden, Norwegen, die Türkei<sup>47</sup>.

Auf der Exportseite können ebenfalls für die Anteile, die Nahrungsmittel, andere landwirtschaftliche Erzeugnisse und landwirtschaftliche Bedarfsartikel zusammen am Wert der jeweiligen Gesamtausfuhr aufweisen, drei Gruppen aufgeteilt werden. Nur sind die Länderkombinationen hier andere als bei den entsprechenden Importen<sup>48</sup>:

<i>Anteile über 50 vH</i>	<i>Anteile unter 30 vH</i>
Türkei	Italien
Irland	Frankreich
Dänemark	Belgien-Luxemburg
	Großbritannien
	Schweden
	Bundesrepublik
	Deutschland
	Oesterreich
<i>Anteile von 30—50 vH</i>	
Niederlande	
Portugal	
Norwegen	

Bei der nach Ländern aufgegliederten Beschreibung der Importabhängigkeit an landwirtschaftlichen Gütern (ohne Produkte der Forstwirtschaft) in Europa bezie-

Quelle: Zusammengestellt nach Unterlagen der OECC.

hungsweise bei den jeweiligen Exportquoten ist noch nichts darüber ausgesagt, in welchem Umfang sich ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage am europäischen Markt selbst vollzieht. Darüber geben die OEEC-Handelsstatistiken genauere Auskunft<sup>49</sup>. Der Wert der von den Mitgliedländern der OEEC in Europa eingeführten landwirtschaftlichen Produkte (Gruppenpositionen der OEEC-Handelsstatistik: 0 = food — 1 = beverages and tobacco — 4 = animal and vegetable oils and fats) machte in der Gesamtheit 1951 rund 9,2 Milliarden Dollar und 1952 8,8 Milliarden Dollar aus (beide Jahre etwa 27 vH der Gesamtimporte). An diesen Werten waren die europäischen Mitgliedländer 1951 mit Lieferungen von rund 2,5 Milliarden Dollar und 1952 mit solchen von 2,4 Milliarden Dollar beteiligt. Nichtmitgliedländer stellten 1951 Waren für 5,2 Milliarden Dollar, 1952 für 4,9 Milliarden Dollar zur Verfügung. Der noch offene Restbetrag ergibt sich durch Einfuhren aus den Ueberseegebieten der Mitgliedländer. Unter Zugrundelegung der Einfuhrwerte wird also ein gutes Viertel des europäischen Importbedarfes an landwirtschaftlichen Produkten aus der eigenen Erzeugung und dem Export der Mitgliedländer gegenwärtig gedeckt<sup>50</sup>. Daß bei einheitlichen Marktverhältnissen hier

noch gewisse Steigerungsmöglichkeiten denkbar wären, deutet sich aus dem Exportumfang der OEEC-Länder an landwirtschaftlichen Produkten an; allerdings sind diese in der Größenordnung recht beschränkt. Für bestimmte Waren besteht zwangsläufig eine starke Abhängigkeit von überseeischen Märkten und anderen Lieferanten als den europäischen Mitgliedländern der OEEC — vor allem für Kaffee und sonstige Genußmittel, Getreide, Tabak, Öle und Fette.

Zusammenfassend kann die ernährungspolitische Bedeutung der europäischen Landwirtschaft (OEEC-Länder) durch folgende Daten (zugrunde gelegt 1952) beschrieben werden: Bei einem Bruttoproduktionswert von rund 25 Milliarden Dollar werden zusätzlich Lebensmittel, Futtermittel u. a. im Werte von 6,8 Milliarden Dollar aus Nichtmitgliedländern und Uebersee (darunter auch eine Anzahl von Produkten, die die europäische Landwirtschaft nicht erzeugen kann) bezogen. Im gleichen Zeitabschnitt liefert Europa an Nichtmitgliedländer und Ueberseegebiete landwirtschaftliche Erzeugnisse (hauptsächlich veredelte Produkte) für 1,3 Milliarden Dollar und setzt durch den Außenhandel im eigenen Raum an landwirtschaftlichen Gütern für 2,2 Milliarden Dollar um<sup>51</sup>.

### VIII. Nahrungsmittelverbrauch und Verbrauchsgewohnheiten

Zwischen den landwirtschaftlichen Produktionen und den Verbrauchsgewohnheiten in der menschlichen Ernährung — und auch bei der Futterversorgung der Tiere — sind gebietsweise gewisse Zusammenhänge und Wechselwirkungen zu erkennen. Bereits die oberflächliche Aufgliederung nach der einer Bevölkerung zur Verfügung stehenden durchschnittlichen Nahrungsmittelmenge (Kalorien je Einwohner und Tag) läßt hierbei Typen von Völkern hervortreten. Die Zugehörigkeit zu einer oder der anderen Gruppe hängt von den verschiedensten Umständen ab; geographische Lage, Klima und aus diesen hervorgehende Gewohnheiten einerseits sowie wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen andererseits formen vor allem das Bild. In Europa ergeben sich einige regionale Uebereinstimmungen für drei Bezirke, bei den nordeuropäischen Völkern, im mitteleuropäischen Raum und in den südeuropäischen Randgebieten.

Nach einer Schätzung der FAO verbrauchen gegenwärtig rund 60 vH der Weltbevölkerung (je Person und Tag unter Zugrundelegung von 80 vH der Erdbewohner berechnet) weniger als 2200 Kalorien, 13 vH zwischen 2200 und 2700 Kalorien und 27 vH mehr als 2700 Kalorien<sup>52,53</sup>. In Europa zählt von den Ländern, für die die entsprechenden Daten vorliegen, keines zur Gruppe unter 2200 Kalorien. Hier lassen sich nach Schätzungen der OEEC für 1951/52 (die Gliederung dürfte aber auch heute noch in etwa zu-

treffen) folgende Typen nach der Verbrauchshöhe herausstellen<sup>54</sup>:

*Ueber 3000 Kalorien:* Irland, Dänemark, Schweiz, Schweden, Norwegen.

*2700—3000 Kalorien:* Großbritannien, Niederlande, Belgien-Luxemburg, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland.

*Unter 2700 Kalorien:* Oesterreich, Italien, Griechenland, Türkei.

Die Bewertung der Verbrauchsmengen je Kopf und Jahr für ausgewählte Lebensmittel in der Gegenüberstellung: Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg—Gegenwart deutet auf gewisse Aenderungen im Lebenszuschnitt europäischer Völker hin, von denen nicht immer sicher ausgesagt werden kann, ob sie zeitlicher Natur sind oder ob echte Entwicklungen sich hinter den Zahlen verbergen.

In den meisten europäischen Völkern ist beispielsweise der Fleischverbrauch zurückgegangen. Durch diesen Umstand wurde im Zusammenhang mit steigenden Leistungen der Viehwirtschaft auch der durchschnittliche europäische Grad der Selbstversorgung trotz der Bevölkerungszunahme erhöht. Bei Fetten verlief die Veränderung unterschiedlich; in einigen Ländern (beispielsweise Irland, Schweden, Norwegen, Niederlande, Belgien-Luxemburg) werden heute mehr Fettstoffe je Kopf der Bevölkerung verbraucht als vor dem Zweiten Weltkrieg. Bei anderen liegt dagegen das Verbrauchsniveau auf der gleichen Höhe oder unter dem Stand der Jahre vor 1939.



Der Kopfverbrauch an Milch- und Milchprodukten, den wichtigsten Erzeugnissen der europäischen Landwirtschaft, weist ebenfalls Abwandlungen auf. Der Butterverbrauch in 16 europäischen Ländern, als Gesamtdurchschnitt berechnet, zeigt gegenwärtig eine Minderung um über 20 vH, verglichen mit 1934/38. Ein beachtenswerter Rückgang kann dabei für die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Norwegen und die Niederlande festgestellt werden. Zunahmen, die sich nicht allein aus einem Nachholbedarf erklären, sind u. a. bei Irland, Belgien-Luxemburg und Frankreich zu erkennen. Der reine Milchverbrauch (je Kopf und Liter im Jahr) bewegt sich heute in Europa zwischen den Extremen von 250 (Norwegen) und 10 Liter (Portugal). Er liegt in der Gesamtheit gegenwärtig um 15 vH höher als in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg. In den Ländern Schweden, Bundesrepublik Deutschland, Schweiz, Oesterreich, Portugal, Griechenland ist ein Verbrauchsrückgang zu verzeichnen. Bemerkenswert ist auch vielleicht die Tatsache, daß in einigen ausgesprochen Weinländern, wie Frankreich und Italien, eine Erhöhung des Milchkonsums eingetreten ist. Der gegenwärtig etwa mengenmäßig um 6 vH über dem Vorkriegsstand liegende europäische Käseverbrauch hat besonders in den nordischen Ländern und Belgien-Luxemburg zugenommen, während er in den

„klassischen“ Käseproduktionsländern Frankreich und der Schweiz etwa konstant blieb und auch in den süd-europäischen Ländern sich nicht erhöhte. In einem anderen wichtigen Produktionsland, in den Niederlanden, sank der Verbrauch um über ein Fünftel ab<sup>55</sup>.

Eine weitere auffällige Veränderung in der Ernährung zwischen der Vorkriegszeit und der Gegenwart deutet sich auch im steigenden Verbrauch von Gemüse und Früchten an. Hinsichtlich der Verbrauchshöhe (Jahresverbrauch je Kopf und kg) bestehen zwar an sich bereits große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern (jährlicher Kopfverbrauch an Gemüse beispielsweise in Schweden gegenwärtig 25 kg, in Frankreich 138 kg; jährlicher Kopfverbrauch an Obst beispielsweise in Irland 27 kg, in der Schweiz 97 kg). Trotzdem ist, bis auf wenige Ausnahmen, nicht nur der Verbrauch an Obst und Gemüse in den bisher „unterversorgten“ Ländern gestiegen; auch in anderen Gebieten mit hohen Verbrauchsquoten haben sich im Vergleich zur Vorkriegszeit die Sätze erhöht. Welchen Einfluß die Erkenntnisse der modernen Ernährungswissenschaft bei den aufgezeigten zahlenmäßigen Zusammenhängen und Veränderungen überhaupt ausgeübt haben, ist quantitativ nicht zu erfassen. Bei einer Bewertung des Ursachenkomplexes darf aber dieser Gesichtspunkt nicht übersehen werden.

### Anmerkungen

<sup>31)</sup> Unterlagen lassen sich u. a. in den Ausgaben der *International Financial Statistics* des International Monetary Fund finden.

<sup>32)</sup> Rangordnung nach dem Anteil der einzelnen Länder am Gesamtbruttoproduktionswert der europäischen Landwirtschaft (OEEC-Länder — Jahresdurchschnitt 1951/53):

20 und mehr %: Frankreich;

10 bis 20 %: Italien, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien;

5 bis 10 %: Türkei;

3 bis 5 %: Niederlande, Dänemark, Belgien-Luxemburg, Schweden, Griechenland;

unter 3 %: Schweiz, Irland, Portugal, Oesterreich, Norwegen.

<sup>33)</sup> Bevölkerung je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (1950/53)

Belgien . . . . .	487	Oesterreich . . . . .	165
Niederlande . . . . .	440	Schweden . . . . .	150
Bundesrepublik . . . . .		Dänemark . . . . .	135
Deutschland . . . . .	340	Frankreich . . . . .	126
Norwegen . . . . .	315	Griechenland . . . . .	93
Großbritannien . . . . .	258	Irland . . . . .	63
Schweiz . . . . .	215	Spanien . . . . .	60
Italien . . . . .	210	Türkei . . . . .	40

Quelle: berechnet nach den Unterlagen der amtlichen Statistik.

<sup>34)</sup> Starke Bodenausnutzung (über 30 % der Gesamtfläche)

Dänemark . . . . .	63
Italien . . . . .	51
Portugal . . . . .	45
Frankreich . . . . .	38

Bundesrepublik Deutschland . . . . . 36

Belgien . . . . . 34

Irland . . . . . 34

Niederlande . . . . . 31

Großbritannien . . . . . 31

Mittlere Bodenausnutzung (15–30 % der Gesamtfläche)

Griechenland . . . . .	26
Türkei . . . . .	24
Oesterreich . . . . .	22

Geringe Bodenausnutzung (unter 15 % der Gesamtfläche)

Schweiz . . . . .	11
Schweden . . . . .	8
Norwegen . . . . .	3

Quelle: berechnet nach den Unterlagen der amtlichen Statistik.

<sup>35)</sup> Folgende Anteile von Wiesen und Weiden an der Gesamtfläche der Länder sind gegenwärtig zu verzeichnen (in %):

Großbritannien . . . . .	50	Belgien . . . . .	25
Türkei . . . . .	46	Bundesrepublik . . . . .	
Irland . . . . .	45	Deutschland . . . . .	23
Schweiz . . . . .	42	Frankreich . . . . .	22
Griechenland . . . . .	39	Portugal . . . . .	21
Oesterreich . . . . .	28	Italien . . . . .	21
Niederlande . . . . .	27	Dänemark . . . . .	11
		Schweden . . . . .	2

Quelle: berechnet nach den Unterlagen der amtlichen Statistik.

<sup>36)</sup> Anteile von mit Körnerfrüchten und Hackfrüchten bestellten Ländereien am „Ackerland“ in europäischen Ländern (1951/53)  
(in %)

	Körnerfrüchte	Hackfrüchte
Italien . . . . .	75	6
Oesterreich . . . . .	74	25
Großbritannien . . . . .	71	22
Irland . . . . .	70	34
Schweden . . . . .	69	11
Schweiz . . . . .	67	30
Frankreich . . . . .	65	19
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	68	30
Dänemark . . . . .	65	29
Portugal . . . . .	61	3
Belgien . . . . .	64	30
Griechenland . . . . .	62	1
Norwegen . . . . .	61	29
Türkei . . . . .	60	1
Niederlande . . . . .	54	33

Quelle: nach amtlichen Statistiken berechnet beziehungsweise geschätzt.

<sup>37)</sup> Mengenmäßige Produktionsentwicklungen ausgewählter Erzeugnisse in der europäischen Landwirtschaft (OEEC-Länder)  
(1934/38 = 100)

	1949/50	1950/51	1951/52	1952/53
Brotgetreide . . . . .	100	104	104	117
Sonstiges Getreide . . . . .	99	101	114	117
Kartoffeln . . . . .	102	122	111	110
Rohzucker . . . . .	114	157	150	135
Olsaaten . . . . .	281	271	337	326
Tabak . . . . .	117	130	127	113

Quelle: berechnet nach den Angaben in den General Statistics der OEEC.

Mengenmäßige Produktionsentwicklungen ausgewählter Erzeugnisse im Weltdurchschnitt (ohne Sowjetunion)  
(1934/38 = 100)

	1949/50	1950/51	1951/52	1952/53
Reis . . . . .	101	100	101	106
Weizen . . . . .	104	108	105	121
Sonstiges Getreide . . . . .	106	104	107	112
Rohzucker . . . . .	120	135	144	134
Tabak . . . . .	112	109	120	115
Fette und Öle (ohne Butter) . . . . .	108	113	114	119

Quelle: FAO — Monthly Bulletin of Agricultural Economics and Statistics, Juli 1953.

<sup>41)</sup> Bestand und Besatz mit Großvieheinheiten (1951/52)

Länder	Landwirtschaftliche Nutzfläche in Mill. ha	Bestand (in Millionen Stück) an				Großvieheinheiten auf 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche*
		Rindvieh	Schweinen	Schafen	Ziegen	
Belgien . . . . .	1,79	2,18	1,27	0,12	0,09	205
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	14,21	11,38	13,58	1,66	1,44	200
Dänemark . . . . .	3,16	3,06	3,63	0,05		215
Frankreich . . . . .	33,46	16,24	7,22	7,59	1,28	100
Griechenland . . . . .	8,65	0,80	0,59	7,65	3,27	140
Großbritannien . . . . .	19,52	10,24	4,92	21,65	0,04	190
Irland . . . . .	4,69	4,31	0,71	2,84	0,05	170
Italien . . . . .	21,78	8,38	3,51	10,14	2,49	110
Niederlande . . . . .	2,34	2,86	1,84	0,38	0,02	220
Norwegen . . . . .	1,05	1,15	0,42	1,99	0,13	350
Oesterreich . . . . .	4,18	2,28	2,45	0,33	0,32	130
Schweden . . . . .	4,69	2,53	1,36	0,26	0,02	90
Schweiz . . . . .	2,19	1,68	1,01	0,19	0,18	140
Spanien . . . . .	42,71	4,23	5,71	26,00	4,22	95
Türkei . . . . .	53,87	10,40		25,25	17,40	100

Quelle: zusammengestellt nach amtlichen Statistiken.

<sup>38)</sup> Hektarerträge (dz/ha) an Weizen

	1934/38	1950/52
Niederlande . . . . .	30	38
Dänemark . . . . .	30	37
Belgien . . . . .	27	32
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	22	28
Schweiz . . . . .	24	27
Großbritannien . . . . .	23	27
Irland . . . . .	23	28
Schweden . . . . .	24	29
Oesterreich . . . . .	17	19
Norwegen . . . . .	20	18
Frankreich . . . . .	16	18
Europäischer Durchschnitt . . . . .	15	17
Italien . . . . .	14	15
Türkei . . . . .	10	12
Spanien . . . . .	10	10
Griechenland . . . . .	9	10
Portugal . . . . .	9	8
Kanada . . . . .	7	16
USA . . . . .	9	12
Australien . . . . .	8	11
Argentinien . . . . .	10	9
Weltdurchschnitt . . . . .	10	11

Quelle: Länderstatistiken und „Internationale Uebersichten“, in Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1953.

<sup>39)</sup> Der Begriff „Gartenland“ ist im weitesten Sinne zu verstehen; er umschließt den Anbau von Obst, Wein, Oliven, Nüssen, Gemüse, Blumen u. ä. sowie die Anlage von Baumschulen — auch wenn derartige Kulturen im „Feldanbau“ durchgeführt werden. Der nichterwerbsmäßige Gartenbau bleibt bei dieser Betrachtung unberücksichtigt.

<sup>40)</sup> Mengenmäßige Produktionsentwicklung in der Gemüse-, Früchte- und Weinerzeugung der OEEC-Länder  
(1934/38 = 100)

	1949/50	1950/51	1951/52	1952/53
Frischgemüse . . . . .	117	132	127	125
Früchte . . . . .	144	157	154	166
Wein . . . . .	84	106	109	

Quelle: berechnet nach den Angaben in den General Statistics der OEEC. Für Wein: Schätzungen auf Grund der Angaben einzelner Länder.

\*) abgerundete Werte.



<sup>42)</sup> Mengenproduktionsindex der europäischen Viehwirtschaft  
(1934/38 = 100 — Bruttowerte)

	1949/50	1950/51	1951/52	1952/53*
Durchschnitt der OEEC-Länder . . . .	101	107	111	114
Oesterreich . . . . .	73	88	90	92
Irland . . . . .	89	90	91	94
Griechenland . . . . .	73	74	82	96
Schweiz . . . . .	97	97	100	102
Belgien-Luxemburg . . . .	100	108	107	109
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	86	98	110	112
Schweden . . . . .	115	115	114	112
Dänemark . . . . .	108	118	114	116
Italien . . . . .	106	110	113	116
Norwegen . . . . .	118	119	117	117
Frankreich . . . . .	111	113	116	117
Großbritannien . . . . .	107	110	113	118
Türkei . . . . .	106	118	122	122
Niederlande . . . . .	102	115	116	124

\* Die Angaben für 1952/53 gelten als vorläufige Werte.

Quelle: OEEC Statistical Bulletins.

<sup>43)</sup> An der Fleischgewinnung der OEEC-Länder zusammen sind beteiligt (1951/53 — in % der Gesamtmenge):

Frankreich . . . . .	26	Irland . . . . .	4
Bundesrep. Deutschland . . . .	18	Schweden . . . . .	4
Großbritannien . . . . .	14	Oesterreich . . . . .	6
Italien . . . . .	7	Schweiz . . . . .	
Dänemark . . . . .	7	Norwegen . . . . .	2
Niederlande . . . . .	4	Portugal . . . . .	
Belgien/Luxemburg . . . . .	4	Griechenland . . . . .	2
Türkei . . . . .	4	OEEC-Länder . . . . .	
			100

Quelle: berechnet nach OEEC-Statistical Bulletins, vor allem nach Nr. 5/1953.

<sup>44)</sup> Produktionsanteile an der Butter- und Käseerzeugung der OEEC-Länder (1951/53)  
(in % der Gesamtmenge)

Butter		Käse	
Bundesrepublik		Irland . . . . .	4 0
Deutschland . . . . .	24 12	Oesterreich . . . . .	2 2
Frankreich . . . . .	20 22	Schweiz . . . . .	2 4
Dänemark . . . . .	14 6	Norwegen . . . . .	2 2
Schweden . . . . .	8 4	Großbritannien . . . . .	3 4
Niederlande . . . . .	7 11	Griechenland . . . . .	4 4
Belgien-Luxemburg . . . . .	6 1	Portugal . . . . .	0 0
Italien . . . . .	5 22	OEEC-Länder . . . . .	100 100
Türkei . . . . .	5 6		

Quelle: berechnet nach Länderstatistiken und OEEC-Statistical Bulletins.

<sup>45)</sup> Als ausreichender Selbstversorgungsgrad wird auch hier ein Zustand angenommen, bei dem rechnerisch 90 vH und mehr des Verbrauchs aus der heimischen Erzeugung stammen. Die Berechnung ergibt sich aus der Relation: Produktionsumfang in Prozent der zur Verfügung stehenden Mengen (Produktion + Importe-Exporte). Zugrunde gelegt sind die Zahlen der OEEC.

<sup>46)</sup> Anteile am Importwert innerhalb der OEEC-Länder (1952)  
(in %)

	Nahrungsmittel	Getränke und Tabak	Tierische und pflanzl. Öle und Fette
Großbritannien . . . . .	42	29	35
Bundesrep. Deutschland . . . .	15	12	22
Frankreich . . . . .	11	33	12
Belgien-Luxemburg . . . . .	6	5	5
Italien . . . . .	5	1	8
Niederlande . . . . .	4	5	6
übrige Länder . . . . .	17	15	12
Alle OEEC-Länder . . . . .	100	100	100

<sup>47)</sup> Anteile der Einfuhr von Nahrungsmitteln, anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichem Bedarf am Gesamteinfuhrwert (1951)  
(in %)

	Nahrungsmittel <sup>a)</sup>	Andere landwirtschaftl. Erzeugnisse <sup>a)</sup>	Landwirtschaftl. Bedarf	Drei Gruppen zusammen
Bundesrepublik				
Deutschland . . . . .	39	24	1	64
Großbritannien . . . . .	35	25	1	61
Frankreich . . . . .	26	25	1	52
Italien . . . . .	21	26	2	49
Oesterreich . . . . .	28	16	2	46
Belgien-Luxemburg . . . . .	20	19	2	41
Portugal . . . . .	19	14	5	38
Irland . . . . .	23	8	3	34
Niederlande . . . . .	22	9	2	33
Dänemark . . . . .	17	7	5	29
Schweden . . . . .	14	9	2	25
Norwegen . . . . .	14	6	2	22
Türkei . . . . .	6	6	9	21

<sup>a)</sup> einschl. Getränken.

<sup>a)</sup> ohne Erzeugnisse der Forstwirtschaft.

Quelle: Monthly Bulletin of Agricultural Economics and Statistics, FAO, November 1952.

<sup>48)</sup> Anteile der Ausfuhr von Nahrungsmitteln, anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichem Bedarf am Gesamtexportwert (1951)  
(in %)

	Nahrungsmittel <sup>a)</sup>	Andere landwirtschaftl. Erzeugnisse <sup>a)</sup>	Landwirtschaftl. Bedarf	Drei Gruppen zusammen
Türkei . . . . .	30	56	0	86
Irland . . . . .	72	12	0	84
Dänemark . . . . .	70	4	1	75
Niederlande . . . . .	35	6	2	43
Portugal . . . . .	28	8	1	37
Norwegen . . . . .	24	6	5	35
Italien . . . . .	19	5	1	25
Frankreich . . . . .	13	5	2	20
Belgien-Luxemburg . . . . .	5	9	4	18
Großbritannien . . . . .	5	4	3	12
Schweden . . . . .	6	1	1	8
Bundesrepublik				
Deutschland . . . . .	3	1	4	8
Oesterreich . . . . .	1	0	4	5

<sup>a)</sup> einschl. Getränken.

<sup>a)</sup> ohne Erzeugnisse der Forstwirtschaft.

Quelle: Monthly Bulletin of Agricultural Economics and Statistics, FAO, November 1952.

<sup>49)</sup> Zugrunde gelegt sind die Ausgaben der Foreign Trade Statistical Bulletins.

<sup>50)</sup> Anmerkung 50 befindet sich auf der folgenden Seite, oben.

<sup>51)</sup> Weitere Einzelheiten bei H. Niehaus: „Probleme der Agrarunion auf dem Hintergrund der landwirtschaftlich-industriellen Verflechtung des deutschen Außenhandels“ und bei: A. Hanau: „Preisprobleme einer europäischen Agrarunion“ (beide in „Gutachten zu Fragen einer europäischen Agrargemeinschaft“ — Auswärtiges Amt, Bonn 1953).

<sup>52)</sup> Second World Food Survey, Rom 1952; zitiert nach Statistisk Årsbok 1953 (Schweden).

<sup>53)</sup> Weitere statistische Angaben über Kalorienverbrauch insgesamt und nach Nahrungsmittelgruppen in Monthly Bulletin of Agricultural Economics and Statistics, FAO, September 1952 (Spezialtabelle S. 18).

<sup>50)</sup> Importe der OEEC-Länder zusammen, 1951 und 1952  
(in Milliarden Dollar)

Herkunftsgebiete	Gesamtimport	davon*				Anteil der 3 Gruppen am Gesamtimport in %
		Nahrungs- mittel	Getränke und Tabak	tierische und pflanzliche Öle und Fette	3 Gruppen zusammen	
europäische Mit- gliedländer . . . 1951	13,0	2,1	0,2	0,2	2,5	19
1952	12,2	2,0	0,2	0,2	2,4	20
Uebersseegebiete der Mitgliedländer 1951	4,6	1,0	0,2	0,2	1,4	30
1952	4,7	1,0	0,2	0,2	1,4	30
Nichtmitglied- länder . . . . . 1951	15,9	4,4	0,4	0,4	5,2	32
1952	14,1	4,4	0,3	0,2	4,9	35
Gesamtimporte** 1951	33,5	7,5	0,8	0,9	9,2	27
1952	32,1	7,5	0,7	0,6	8,8	27

\* ) Gruppen der OEEC-Statistik: 0 „food“ — 1 „beverages and tobacco“ — 4 „animal and vegetable oils and fats“.

\*\* ) Kleine Abweichungen bei Berechnung der Gesamtsumme ergeben sich aus der statistischen Zusammenfassung des Materials und aus der Abrundung der Zahlenwerte.

Quelle: Foreign Trade OEEC Statistical Bulletins, Serie 2, 1952, Nr. 4.

<sup>54)</sup> Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln  
(Kalorien, Gramm Eiweißstoffe, Gramm Fettstoffe je Kopf und Tag)

	Kalorien		Eiweißstoffe		Fettstoffe	
	Vorkriegszeit	1951/52	Vorkriegszeit	1951/52	Vorkriegszeit	1951/52
Irland . . . . .	3400	3480	99	97	107	117
Dänemark . . . . .	3420	3230	91	91	150	140
Schweiz . . . . .	3140	3120	96	96	112	113
Schweden . . . . .	3120	3080	95	93	120	127
Norwegen . . . . .	3200	3050	90	96	120	125
Großbritannien . . . . .	3120	2990	83	85	125	121
Niederlande . . . . .	2840	2900	80	80	102	110
Belgien-Luxemburg . . . . .	2820	2930	84	86	93	110
Frankreich . . . . .	2830	2750	93	92	88	87
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	3070	2760	84	76	115	100
Oesterreich . . . . .	3000	2660	88	78	103	88
Italien . . . . .	2520	2490	82	78	60	57
Griechenland . . . . .	2600	2490	84	77	69	65
Türkei . . . . .	2450	2550	79	81	41	40
Durchschnitt . . . . .	2880	2770	86	83	95	91

Quelle: OEEC — General Statistics.

<sup>55)</sup> Kopfverbrauch je Jahr an Butter, Milch und Käse

	Butter (kg)*		Milch (Liter)		Käse (kg)*	
	Vorkriegs- durchschnitt	1951/52	Vorkriegs- durchschnitt	1951/52	Vorkriegs- durchschnitt	1951/52
Irland . . . . .	11	16	147	166	—	—
Schweden . . . . .	9	10	249	230	6	8
Belgien-Luxemburg . . . . .	7	9	81	104	3	5
Dänemark . . . . .	7	6	167	167	5	7
Bundesrepublik Deutschland . . . . .	8	5	134	122	5	6
Frankreich . . . . .	4	5	86	97	6	6
Schweiz . . . . .	5	5	244	234	8	9
Großbritannien . . . . .	9	5	100	158	4	4
Norwegen . . . . .	6	4	183	250	6	9
Türkei . . . . .	3	3	21	23	3	4
Oesterreich . . . . .	3	3	166	145	4	3
Niederlande . . . . .	5	2	146	197	6	5
Italien . . . . .	1	1	37	49	5	6
Portugal . . . . .	0,5	1	17	10	2	1
Griechenland . . . . .	1	0,5	42	81	8	6

\* ) Abgerundete Werte.

Quelle: zusammengestellt nach nationalen Statistiken, Berechnungen der OEEC und Schätzungen.



## Informationen und Berichte

### Der Verlauf der Berliner Viermächtekonzferenz

*Erste Verhandlungswoche, vom 25. bis 30. Januar 1954*

25. Januar

Eröffnung der Konferenz der vier Außenminister Georges Bidault (Frankreich), Anthony Eden (Großbritannien), Wjatscheslaw M. Molotow (Sowjetunion) und John Foster Dulles (Vereinigte Staaten) im Gebäude des ehemaligen Alliierten Kontrollrats im amerikanischen Sektor Berlins.

In ihren Einführungsreden schlugen Bidault und Eden vor, die Probleme Deutschland und Oesterreich vordringlich zu behandeln; sie wenden sich gegen die Verknüpfung europäischer und asiatischer Fragen auf der Konferenz. Beide bestehen auf der Abhaltung freier Wahlen als Voraussetzung für Wiedervereinigung und Friedensvertrag und erklären sich bereit, ein sowjetisches Verlangen nach weiteren Sicherheitsgarantien zu diskutieren. Eden wendet sich ausdrücklich gegen einen Diktatfrieden. Bidault betont, daß die französische Regierung für die Einbeziehung Deutschlands in eine Gemeinschaft rein defensiven Charakters eintritt, die schon auf Grund ihrer Struktur eine Aggressionspolitik unmöglich mache.

Molotow spricht sich für die Einberufung einer Fünfmächtekonzferenz mit der Chinesischen Volksrepublik aus und fordert die Zulassung der Chinesischen Volksrepublik zu den Vereinten Nationen. Für die Lösung der deutschen Frage fordert er die Rückkehr zu den Vereinbarungen von Jalta und Potsdam. Er bezeichnet den EVG-Vertrag und die amerikanischen Stützpunkte in Europa und Asien als Teile einer gegen die Sowjetunion gerichteten Aggressionspolitik. Am Schluß seiner Rede legt Molotow folgenden Tagesordnungsvorschlag vor:

1. Ueber die Maßnahmen zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen und über die Einberufung einer Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und der Volksrepublik China;
2. über die deutsche Frage und die Aufgaben der Gewährleistung der europäischen Sicherheit;
3. über den österreichischen Staatsvertrag.

26. Januar

Dulles bedauert in seiner Einführungsrede, daß Molotow keine neuen, konstruktiven Ideen vorgetragen und statt dessen den Geist des Hasses und der Rache beschworen habe; man dürfe aber nicht zu dem bankrotten System von Versailles zurückkehren, das nur Kriege geboren habe. Er unterstützt die von Bidault und Eden zur Regelung der deutschen Frage vorgetragenen Prinzipien und betont, daß es keinen Ersatz für die EVG gebe. Der von Molotow vorgeschlagenen Tagesordnung stimmt Dulles zu.

Molotow hält in seiner Entgegnung am Potsdamer Abkommen fest, räumt aber ein, daß es einige heute überholte Bestimmungen enthalte. Er spricht sich für

eine dauerhafte Freundschaft zwischen der Sowjetunion, Deutschland und Frankreich aus, die gute Beziehungen dieser Länder zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten nicht auszuschließen brauche. Er bringt den Antrag ein, im Mai oder Juni eine Außenministerkonferenz zusammen mit der Chinesischen Volksrepublik abzuhalten.

Bidault und Eden geben kurze Erklärungen ab, in denen sie die vorgeschlagene Tagesordnung unter gewissen Vorbehalten annehmen.

27. Januar

#### *Debatte über Punkt 1 der Tagesordnung*

Dulles, Bidault und Eden schlagen vor, diesen Tagesordnungspunkt ohne Beschlußfassung zu vertagen und sofort mit der Behandlung der deutschen Frage zu beginnen. Sie betonen übereinstimmend, daß das kommunistische China bisher nicht gezeigt habe, daß es bereit sei, konstruktiv an der Lösung internationaler Probleme mitzuarbeiten; Bidault weist besonders auf die indirekte Beteiligung Chinas am Indochina-Krieg hin. Hinsichtlich Koreas verweisen die westlichen Außenminister auf die vereinbarte Politische Korea-Konferenz. Sie erklären, daß eine Lösung der deutschen und österreichischen Frage ein besseres Klima für die Lösung der übrigen internationalen Probleme schaffen würde.

Molotow hält seinen Vorschlag einer Fünfmächtekonzferenz aufrecht und verweist darauf, daß eine solche Konferenz außer den rein politischen Fragen der Entspannung der Beziehungen zwischen den Großmächten auch die Probleme der Rüstungsbeschränkung und der Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zu erörtern habe; im übrigen gebe die Charta der Vereinten Nationen den fünf Großmächten ausdrücklich die besondere Verantwortung für die Wahrung des Friedens.

Molotow übermittelt der Konferenz ein Ersuchen der Regierung der DDR um Zulassung von Vertretern der beiden deutschen Regierungen zu den Beratungen über die deutsche Frage.

28. Januar

#### *Fortsetzung der Diskussion über Punkt 1 der Tagesordnung*

Dulles erklärt, daß die Vereinten Nationen der geeignete Rahmen für die Erörterung der von Molotow am Vortage genannten Themen einer Fünferkonferenz seien. Übereinstimmend mit Bidault und Eden bestreitet er das Recht der fünf Großmächte, allein über die internationalen Probleme zu entscheiden. Bidault betont, daß der in Potsdam eingesetzte Außenministerrat der fünf Mächte eine vorübergehende Institution zur Lösung bestimmter, durch den Krieg entstandener Probleme gewesen sei; er wendet sich gegen den Versuch Molotows, die Konferenz zu benutzen, um dem kommunistischen China einen Platz am Verhandlungstisch zu verschaffen. Eden betont erneut den Vorrang der europäischen Probleme.

Auf ein Ersuchen Molotows um Beschlußfassung über

die Frage der Fünfmächtekonferenz lehnt *Dulles* eine solche Konferenz eindeutig ab; *Bidault* erklärt, daß Frankreich eine Erörterung asiatischer Fragen wie Korea und Indochina nicht ablehne, aber einer Fünfmächtekonferenz im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zustimme; *Eden* schlägt vor, die Diskussion dieser Frage zurückzustellen. Es wird beschlossen, die Frage zu einem späteren Zeitpunkt in einer geschlossenen Sitzung weiter zu erörtern.

Danach übergibt *Molotow* der Konferenz einen Entschließungsentwurf, der die Einberufung einer Welt-Abrüstungskonferenz durch die vier Mächte vorsieht, an der außer allen Mitgliedern der Vereinten Nationen auch Nichtmitgliedstaaten dieser Organisation teilnehmen sollen.

29. Januar

*Dulles* drängt auf die Aufnahme der Erörterung der deutschen Frage. *Molotow* lehnt zunächst ab.

*Bidault* bringt einen eigenen Vorschlag für die Einberufung einer Abrüstungskonferenz durch die Abrüstungskommission der Vereinten Nationen ein. Auf Antrag *Bidaults* wird beschlossen, die Diskussion der Abrüstungsfrage bis zu der am Vortage vereinbarten geschlossenen Sitzung zu vertagen.

*Molotow* beantragt, zur Debatte über Punkt 2 der Tagesordnung (Deutschland) Vertreter der DDR und der Bundesrepublik zur Teilnahme an den Erörterungen der deutschen Frage einzuladen. Die Außenminister der Westmächte sprechen sich gegen diesen Antrag aus und erklären, daß eine legitime Vertretung des gesamten deutschen Volkes erst durch die Abhaltung freier Wahlen geschaffen werden müsse.

*Eden* legt der Konferenz einen Plan für die Wiedervereinigung Deutschlands vor, die sich in folgenden Stadien vollziehen soll:

- I. Freie Wahlen in ganz Deutschland.
- II. Einberufung einer aus diesen Wahlen hervorgehenden Nationalversammlung.
- III. Ausarbeitung einer Verfassung und Vorbereitung der Friedensvertragsverhandlungen.
- IV. Annahme der Verfassung und Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die für die Aushandlung des Friedensvertrages zuständig ist.
- V. Unterzeichnung und Inkrafttreten des Friedensvertrages.

Der Plan enthält ferner folgende Einzelheiten: 1) Schaffung eines Wahlgesetzes durch die vier Mächte unter Berücksichtigung der Vorschläge des Bundestages und der Volkskammer; 2) Ueberwachung der Freiheit der Wahlen durch eine Kommission der vier Mächte mit oder ohne Hinzuziehung neutraler Vertreter; 3) Aufrechterhaltung der Bundesregierung und der Regierung der DDR bis zum Inkrafttreten der Verfassung; 4) Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Behörde durch die Nationalversammlung zur Vorbereitung der gesamtdeutschen Regierungsstellen und als Verhandlungspartner bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages; 5) Freiheit der gesamtdeutschen Regierung, die internationalen Rechte und Verpflichtungen der Bundesrepublik und der DDR zu übernehmen.

In einer erläuternden Rede betont *Eden*, daß die freien Wahlen der Kernpunkt jedes Planes für die Wiedervereinigung Deutschlands sein müßten. Für die künftige gesamtdeutsche Regierung fordert er: „Sie muß die Freiheit haben, jederlei internationale Rechte und Verpflichtungen der Bundesrepublik oder des ostdeutschen Regimes zu übernehmen, sofern sie mit der UN-Charta in Uebereinstimmung stehen. Sie muß Freiheit für die Verhandlungen über den Friedensvertrag besitzen. Ein Friedensdiktat wäre für Deutschland unannehmbar und ebenso auch für uns. Sie muß die Freiheit haben, sich mit anderen Nationen für friedliche Zwecke zusammenzuschließen.“

30. Januar

#### Debatte über Punkt 2 der Tagesordnung

Die Zulassung deutscher Vertreter wird von den westlichen Außenministern abgelehnt.

*Molotow* nimmt zum Eden-Plan Stellung. Er kritisiert die Kontrolle der Wahlen durch die Besatzungsmächte und bezweifelt, ob die künftige gesamtdeutsche Regierung wirklich frei in ihren Entscheidungen sei, insbesondere hinsichtlich der Anerkennung oder Ablehnung der Verträge von Bonn und Paris.

*Dulles* und *Bidault* erklären ihre Zustimmung zu den Grundsätzen des Eden-Plans. Beide wenden sich gegen die unbegrenzte Aufrechterhaltung diskriminierender Kontrollen über Deutschland und unterstreichen den Vorzug der Integration Deutschlands in die europäische Gemeinschaft mit einer europäischen Armee gegenüber der Isolierung Deutschlands mit einer deutschen Nationalarmee. *Bidault* betont, daß die Etappe freier deutscher Wahlen notwendigerweise der Ausarbeitung eines Friedensvertrages vorausgehen müsse.

*Eden* präzisiert seinen Vorschlag dahin, daß der künftigen gesamtdeutschen Regierung sowohl die Annahme wie die Ablehnung der Verträge von Bonn und Paris freistehen soll.

Zwischen *Dulles* und *Molotow* findet anschließend an die Sitzung eine Unterredung über die Modalitäten internationaler Verhandlungen über die Kontrolle der Atomenergie statt.

#### Die Wirtschaftslage der OEEC-Länder

Der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC) veröffentlichte in den vergangenen Wochen Berichte über die wirtschaftliche Lage in seinen Mitgliedstaaten. Während in früheren Jahren die Länderberichte zusammen mit dem Jahresbericht der OEEC veröffentlicht wurden, wurden die Ergebnisse der Länderuntersuchungen diesmal schon vor der Fertigstellung des 5. Jahresberichtes bekanntgegeben.

Die OEEC empfiehlt der Bundesrepublik, die wirtschaftliche Expansion durch Gesamtinvestitionen in mindestens der bisherigen Höhe weiterzufördern, um die sozialen Verhältnisse zu bessern und den wachsenden Aufgaben der Bundesregierung Rechnung zu tragen. Für besonders vordringlich hält die OEEC die Wiederherstellung des privaten Kapitalmarktes — nach den Feststellungen der OEEC erreichten die Investitionen der öffentlichen Hand im Jahre 1952 rund 31 Prozent des gesamten Investitionsvolumens in der Bundesrepublik — und Investitionen in gewissen Grundstoffindustrien. Die künftige wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik wird von der OEEC optimistisch beurteilt. Sie rechnet mit einer weiteren Steigerung der deutschen Exporte und der industriellen Produktion, falls sich die Weltwirtschaftslage nicht verschlechtert. Selbst unter Berücksichtigung der



Wiederaufnahme des internationalen Schuldendienstes wird die Entwicklung der deutschen Zahlungsbilanz zuversichtlich beurteilt. Die OEEC hofft, daß ein Ausgleich der deutschen Zahlungsbilanzpositionen gegenüber den Mitgliedern der Europäischen Zahlungsunion (EZU) nicht durch Einschränkung des deutschen Exports, sondern durch andere Maßnahmen, wie etwa den weiteren Ausbau der Liberalisierung auf dem Gebiete der Wareneinfuhr und der Dienstleistungen, eine Reduktion der Zollsätze und eine expansive innere Wirtschaftspolitik angestrebt wird. Eine neue Steigerung des privaten Konsums in der Bundesrepublik werde vor allem die dauerhaften Gebrauchsgüter betreffen, da diese im Vergleich zum Volkseinkommen zu vergleichbaren anderen Ländern noch nicht in genügender Menge zur Verfügung stehen. Die erhebliche Steigerung des Lohnniveaus in der Bundesrepublik habe nicht zu einer Inflation der Gesteigungskosten geführt, da sie durch den Rückgang der Rohstoffkosten und der Gewinnspannen ausgeglichen werden konnte. Die Kaufkraft der Löhne lag in der Bundesrepublik 1952 um rund 7 Prozent höher als 1951.

Aus dem Bericht über die *Vereinigten Staaten* wird der enge Zusammenhang zwischen dem Konjunkturverlauf in den Vereinigten Staaten und in den westeuropäischen Ländern ersichtlich. Es wird festgestellt, daß die amerikanischen Behörden mit einer Fortsetzung der Wirtschaftsexpansion, wenn auch in vermindertem Tempo, bis Mitte 1954 rechnen, jedoch sind gewisse Ermüdungserscheinungen im Konjunkturverlauf der Vereinigten Staaten zu verzeichnen. Eine eingehende Behandlung findet im Bericht die Entwicklung der Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten. Hier ist seit April 1952 ein grundsätzlicher Wandel eingetreten, da seit diesem Termin die Nicht-Dollar-Länder in der Lage sind, ihre Gold- und Dollarreserven in einem Ausmaß zu vermehren, der einem Zuwachs um jährlich 2 Milliarden Dollar entspricht. Für 1953 wird mit einem Zahlungsbilanzdefizit von rund 0,5 Milliarden Dollar gerechnet, das 1954 bei einer Fortführung der Militärausgaben im Ausland in dem für das erste Halbjahr vorgesehenen Umfang auf 1,5 Milliarden Dollar anzuwachsen droht. Neben den „off shore“-Käufen und den Ausgaben der amerikanischen Truppen im Ausland ist für diese Entwicklung vor allem auch ein Rückgang der amerikanischen Ausfuhr und eine Erhöhung der Einfuhr verantwortlich. Vor allem die westeuropäischen Volkswirtschaften profitieren von dieser Entwicklung.

*Großbritannien* wird in dem OEEC-Bericht dringend ersucht, seine Exporte energisch zu steigern und den Inlandverbrauch nicht zu erhöhen. Die britischen Ausfuhren waren 1953 etwa 2 Prozent höher als 1952 und erreichten damit wieder den Stand vor Ausbruch des Koreakonfliktes, während die Ausfuhren der übrigen OEEC-Staaten zusammen um etwa ein Drittel zugenommen haben. Die industrielle Produktion Großbritanniens ist nach den Feststellungen der OEEC um etwa 4 bis 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Einer Initiative der britischen Regierung zum Abbau der internationalen Handelsschranken mißt die OEEC große Bedeutung bei.

Alle OEEC-Mitgliedstaaten werden aufgefordert, *Italien* bei der Lösung seines Arbeitslosenproblems zu helfen.

Es besteht wenig Aussicht, daß die Massenarbeitslosigkeit in Italien in naher Zukunft durch Auswanderung oder eine Politik der Vollbeschäftigung gelöst werden kann. Deshalb sollten zwischenstaatliche Maßnahmen ergriffen werden, um die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der OEEC-Staaten zu verstärken.

Die schwere Inflationskrise, die in *Frankreich* im wesentlichen durch den Koreakonflikt ausgelöst wurde, konnte zwar inzwischen weitgehend gemeistert werden, aber die Disparität zwischen den französischen und ausländischen Preisen ist, wenn auch in geringerem Umfange, bestehen geblieben. Sie bildet die Hauptursache der bestehenden Gleichgewichtsstörungen. Der Bericht bringt zwar die Auffassung zum Ausdruck, daß es Sache der französischen Regierung sei, darüber zu entscheiden, welche Maßnahmen zur Ueberwindung der Preisdisparität ergriffen werden sollten. Indem sich die OEEC aber gleichzeitig ausdrücklich gegen eine Deflation ausspricht, gibt sie mittelbar zu verstehen, daß die Angleichung im Wege einer Währungsreform angestrebt werden müßte, zumal gleichzeitig eine Liberalisierung des Handels empfohlen wird, die als das wirksamste Mittel zur Begünstigung des Preisabbaus und zur Verhinderung des Preisanstiegs hingestellt wird. Die Exportsubventionen würden nach Ansicht der OEEC nach Beseitigung der Preisdisparität weitgehend gegenstandslos werden. An internen Maßnahmen wird der französischen Regierung insbesondere eine Beschleunigung des Wohnungsbaues empfohlen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der *Benelux-Länder* wird als befriedigend angesehen. Der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion wird eine Erhöhung der industriellen Produktion durch Schaffung neuer Exportindustrien empfohlen. Die Wirtschaftslage der Niederlande kennzeichnet sich durch eine Steigerung der industriellen Produktion bei Aufrechterhaltung einer günstigen Zahlungsbilanzposition. Die rapide Bevölkerungszunahme des niederländischen Volkes bedingt jedoch eine weitere Wirtschaftsexpansion.

Die wirtschaftliche Situation der *skandinavischen Länder* weist insofern gemeinsame Züge auf, als sie zwar gegenwärtig durch ein weitgehendes Gleichgewicht gekennzeichnet wird, das auf längere Sicht aber infolge der allzu einseitigen Orientierung der Exportwirtschaft — Holz, Zellulose und Papier in Schweden und Norwegen, Agrarproduktion in Dänemark — als leicht verwundbar erscheint.

Für die *Schweiz* wird von der OEEC ebenfalls eine günstige Entwicklung der Wirtschaftslage festgestellt. „Die Ausdehnung der Produktion und der Beschäftigung ist zwar bescheiden, dafür aber regelmäßig. Die Stabilität der inneren Finanzlage ist bemerkenswert und der Kapitalmarkt ist reichlich mit verfügbaren Mitteln versorgt... Die laufenden Posten der Zahlungsbilanz wiesen 1952/53 ansehnliche Ueberschüsse auf, die nur teilweise durch Kapitalausfuhren aufgewogen werden konnten. Wie die schweizerischen Behörden selbst darauf hinweisen, erscheint eine weitere Ausdehnung der schweizerischen Kapitalinvestitionen im Ausland als wünschenswert, und zwar sowohl im Interesse der schweizerischen Wirtschaft als auch in demjenigen der Bestimmungsländer.“

## Zeittafel vom 16. bis 31. Januar 1954

## Die Ereignisse in Europa

## Europäische Integration

- 14.—16. Außerordentliche Tagung der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion. Nach einer Darlegung der von der Hohen Behörde beabsichtigten Investitionspolitik durch Präsident Jean Monnet billigt die Versammlung in einer EntschlieÙung die von der Hohen Behörde aufgestellten Grundsätze für die Investitionstätigkeit der Gemeinschaft. (Die Stellungnahme der Versammlung zur Frage der Zusammenarbeit mit dem Europarat vgl. „Mitteilungen des Europarats“ auf S. 6381 dieser Folge.)
16. Das Zentralkomitee der Union Europäischer Föderalisten diskutiert auf einer Sitzung in Paris die internationale Lage. (Vgl. den Wortlaut einer EntschlieÙung zur Berliner Konferenz in EA 3/1954, S. 6343.)
20. Ratifizierung des EVG-Vertrags durch die Erste Kammer der Niederlande (vgl. Niederlande).
25. Die OEEC gibt bekannt, daß die durchschnittliche Liberalisierungsquote aller Mitgliedstaaten auf 75,7 vH (gegenüber 71 vH im Juni 1953) gestiegen ist.
- 25.—26. Sitzung des Beratenden Ausschusses der Hohen Behörde der Montanunion. Neben einer allgemeinen Diskussion der Politik der Hohen Behörde auf dem Kohle- und Stahlsektor befaßt sich der Ausschuß mit den langfristigen Schätzungen der Hohen Behörde über die Verbrauchsentwicklung bei Kohle und Stahl, die er als zu optimistisch bezeichnet. Er empfiehlt gemeinsame Maßnahmen der Hohen Behörde und der einzelnen Regierungen zur Steigerung des Verbrauchs. Zum Präsidenten des Ausschusses für das kommende Jahr wird der belgische Arbeitnehmervertreter André Renard gewählt.
29. Beginn der Zweiten Wirtschaftskonferenz der Europäischen Bewegung in Westminster (London).

## Europarat

Vgl. hierzu die Mitteilungen des Europarats auf S. 6381 dieser Folge.

## Deutschland

16. Tod des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, Hermann Höpker-Aschoff.  
Die Sowjetregierung erläßt eine Amnestie für die von sowjetischen Militärgerichten verurteilten und in der sowjetischen Besatzungszone inhaftierten deutschen Staatsangehörigen. Ausgenommen sind Personen, die als „eine Gefahr für die friedliche und demokratische Entwicklung der Gesellschaft“ angesehen werden.
17. Die vorbereitenden Besprechungen der Vertreter der vier Besatzungsmächte über die Berliner Konferenz werden mit einem Kompromiß über den Tagungsort beendet. Mit der Regelung technischer Einzelfragen wird ein Expertenausschuß beauftragt.  
Der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, weist in einem in den Zeitungen der sowjetischen Besatzungszone veröffentlichten Artikel die Ansicht Bundeskanzler Adenauers zurück, daß die Frage ge-

samtdeutscher freier Wahlen die Kernfrage der Berliner Viermächtekonferenz sei. Grotewohl erklärt, bevor gewählt werde, müsse das Volk wissen, was für ein Staat es sei, für den gewählt werden soll. Er fordert die Einstellung der Westpolitik der Bundesrepublik noch vor der Berliner Konferenz und Verhandlungen zwischen Vertretern der beiden deutschen Regierungen auf der Grundlage der Regierungserklärung der DDR vom 25. November 1953 (vgl. Zeittafel in EA 24/1953). Am 21. Januar fordert auch der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, in einer Erklärung zur Viererkonferenz gesamtdeutsche Beratungen und eine gemeinsame Teilnahme von Vertretern der DDR und der Bundesrepublik an der Konferenz.

18. In Bonn tritt unter dem Vorsitz von Erich Ollenhauer die „Arbeitsgemeinschaft für Europäische Fragen“ der SPD zu ihrer ersten Beratung zusammen. Der Arbeitsgemeinschaft gehören etwa 25 sozialdemokratische Politiker an, die in europäischen Organisationen tätig sind. Die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft besteht darin, Probleme der europäischen Zusammenarbeit zu erörtern und die Arbeit der deutschen Sozialdemokraten in den verschiedenen privaten Europa-Organisationen zu koordinieren.
19. In einer Resolution zur Berliner Viermächtekonferenz erklärt der Parteivorstand der CDU, dem Frieden und der Sicherheit Europas und der Welt könne kein größerer Dienst erwiesen werden als durch die Wiedervereinigung Deutschlands. In der Resolution wird die Notwendigkeit unterstrichen, Deutschland die Möglichkeit der Verteidigung zu geben, denn nur durch einen deutschen Beitrag könne die Sicherheit Deutschlands und Europas gewährleistet werden.

Der saarländische Ministerpräsident, Johannes Hoffmann, schlägt in einer Pressekonferenz in Saarbrücken vor, das Saarland schon vor einer Einigung über die „Europäisierung“ zum endgültigen Sitz der Organe der Montanunion zu bestimmen. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dadurch eine Entgiftung der Atmosphäre geschaffen und der Saarstreit seiner Bereinigung nähergebracht werde.

20. In einer Erklärung zur Berliner Viermächtekonferenz appelliert der 1. Vorsitzende des DGB, Walter Freitag, an die Großmächte, ihre vielfachen Bekenntnisse, daß sie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands wünschen, nun in die Tat umzusetzen.

Mitgliederversammlung der Deutschen Gruppe im Parlamentarischen Rat der Europäischen Bewegung in Bonn. Die nach dem Zusammenschluß der beiden früher bestehenden europäischen parlamentarischen Vereinigungen, der Parlamentarischen Gruppe der Europäischen Bewegung und der Europäischen Parlamentarier-Union (Graf Coudenhove-Kalergi), neu ausgearbeitete Verfassung wird einstimmig angenommen. Zum Vorsitzenden der Gruppe wird Dr. von



*Brentano* gewählt. Das Arbeitsprogramm der Gruppe umfaßt u. a. folgende Aufgaben: 1. regelmäßige Diskussionen im Plenum des Bundestages über die Tagungen des Europarats und des Montanparlamentes; 2. Vorbereitung von Gesetzesvorlagen zur Ratifizierung europäischer Konventionen; 3. Berichterstattung über wichtige Konferenzen der Europäischen Bewegung.

22. Bundeskanzler *Adenauer* fordert in einem Aufruf zur Berliner Viermächtekonferenz die Vertreter der vier Großmächte auf, die Teilung Deutschlands zu beenden und dem deutschen Volke Einheit, Frieden und Freiheit zu geben.

Bundesfinanzminister *Schäffer* legt dem Bundestag den Haushaltsplan für 1954/55 vor, der in Einnahmen und Ausgaben mit insgesamt 27,1 Milliarden DM abschließt und damit um 700 Millionen niedriger ist als der Haushalt 1953/54. Für den Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik sind 9 Milliarden DM veranschlagt. In seiner Etatrede erklärt der Bundesfinanzminister, es müsse aus den Vorjahren ein Fehlbetrag von 2,3 Milliarden DM übernommen werden. Er kündigt ferner an, daß die Vorbereitung der Großen Steuerreform bis zum 1. Januar 1955 abgeschlossen sein wird.

Das Exekutivkomitee des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung hält in Bonn eine Sitzung ab. Zum neuen Vorsitzenden wird *Ernst Friedländer* (Hamburg), zu stellvertretenden Vorsitzenden werden *Dr. Johannes Semler* (München) und *Ludwig Rosenberg* (Düsseldorf) gewählt. *Friedländer* war am 18. Januar vom Zentralkomitee der Union Europäischer Föderalisten einstimmig zum Mitglied des Exekutivbüros der UEF gewählt worden.

- 22.—23. Siebzehnte Tagung des Zentralkomitees der SED in Berlin. Der ehemalige Staatssicherheitsminister der DDR, *Wilhelm Zäißen*, und der ehemalige Chefredakteur des Parteiorgans *Neues Deutschland*, *Rudolf Herrnstadt*, werden aus der Partei ausgeschlossen. Aus dem ZK ausgeschlossen werden unter Erteilung einer strengen Rüge *Anton Ackermann* und *Franz Dahlem*.
23. Der erste Vorsitzende der SPD, *Erich Ollenhauer*, erklärt in einer Rundfunkansprache zur Berliner Viermächtekonferenz, nach Ansicht der SPD müsse die Wiedervereinigung Deutschlands den Vorrang vor der Integrationspolitik haben. Eine frei gewählte gesamtdeutsche Regierung müsse frei den Umfang und die Form der Zusammenarbeit Deutschlands mit den anderen Nationen bestimmen können; damit sei auch die Frage des deutschen militärischen Beitrags in einem internationalen Sicherheitssystem neu gestellt.
24. Die Regierung der DDR beantragt die Zulassung von Vertretern der DDR und der Bundesrepublik zur Berliner Konferenz.
25. Beginn der Berliner Viermächtekonferenz (vgl. die Chronologie auf S. 6372 dieser Folge).
28. Der Ministerrat der DDR gibt bekannt, daß die Minister für Unterricht, Wissenschaft und Kultur, *Paul Wandel*, und für Schwermaschinenbau, *Gerhard Ziller*, auf eigenen Wunsch von ihrer Tätigkeit entbunden wurden.

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund der DDR schlägt in einem Schreiben an den DGB eine Zusammenkunft von Vertretern der beiden Bundesverbände vor, auf der über ein gemeinsames Auftreten der beiden Gewerkschaftsbünde in der Frage des Friedensvertrags und der Wiedervereinigung, über gemeinsame Stellungnahme gegen das Wiedererstehen des Militarismus, über gemeinsame Vertretung der Arbeiterrechte und über gemeinsame Maßnahmen gegen die Macht des Großkapitals verhandelt werden solle. Der DGB lehnt den Vorschlag am 30. Januar ab und verweist darauf, daß frühere Fühlungen beider Organisationen stets an der Weigerung des FDGB, die unabdingbaren Prinzipien der politischen Freiheit und der Unabhängigkeit der Gewerkschaften anzuerkennen, gescheitert seien.

30. Die Regierung der DDR richtet ein Memorandum an die Außenminister der vier Großmächte, in dem sie ihre Ansichten über die Methode der Wiedervereinigung Deutschlands darlegt. Darin wird u. a. vorgeschlagen: Bildung einer gesamtdeutschen provisorischen Regierung, Abhaltung einer Friedenskonferenz unter Teilnahme von Vertretern dieser provisorischen Regierung, Annullierung der Verträge von Bonn und Paris, Verzicht auf die Aufstellung deutscher Streitkräfte bis zum Abschluß des Friedensvertrages, Vorbereitung und Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen. Für den Friedensvertrag wird die Forderung erhoben, daß Deutschland verpflichtet werden soll, an keinem Militärbündnis teilzunehmen.

In einer Erklärung der Bundesregierung wird die Forderung der Regierung der DDR nach Zulassung von Vertretern beider Regierungen zur Berliner Konferenz zurückgewiesen.

#### Frankreich

16. Amtsantritt des neuen Präsidenten der Republik, *René Coty*.
20. Die Regierung erklärt in einem Communiqué, daß sie entschlossen sei, mit allen Mitteln die Einheit Marokkos zu verteidigen. Ein Geschwader französischer Kriegsschiffe wird nach dem algerischen Kriegshafen *Mers-el-Kebir* entsandt. Am gleichen Tage erklärt die Regierung in der Antwort auf eine Botschaft des Ministerrats von Marokko (vgl. Marokko), sie werde alle Maßnahmen ergreifen, um ihre Verpflichtungen hinsichtlich des Schutzes des scherifischen Thrones zu erfüllen. Am 22. Januar übermittelt sie der spanischen Regierung eine Note, in der sie gegen die Rede des Hohen Kommissars in *Spanisch-Marokko* anläßlich der *Notabeln-Versammlung in Tetuan* (vgl. Marokko) protestiert und vor einer Unterstützung der Separationsbestrebungen durch Spanien warnt. Am 25. Januar wird der bisher in *Korsika* exilierte abgesetzte Sultan von Marokko, *Mohammed ben Jussef*, nach *Madagaskar* verbracht. Sein endgültiger Verbannungsort wird nicht bekanntgegeben.
- 20.—21. Besuch des griechischen Ministerpräsidenten, *Alexander Papagos*, und des Außenministers, *Stephan Stephanopoulos*, in Paris. In einem Communiqué wird erklärt, die Minister hätten die internationale Lage, die Entwicklung des Atlantikpaktes und des Balkanpaktes im Rahmen der westlichen Verteidigung

- gung besprochen und die Uebereinstimmung der Politik ihrer Länder festgestellt.
28. Der Lenkungsausschuß der Sozialistischen Partei warnt in einer Entschliebung die Parteimitglieder, sich nicht von den Kommunisten zu einer pazifistisch getarnten Kampagne mißbrauchen zu lassen. In der Entschliebung wird die Haltung der Partei, wie sie auf den letzten Landeskongressen formuliert wurde, folgendermaßen zusammengefaßt: Unterstützung der schnellen Integration Deutschlands in ein demokratisches Europa, Billigung des Prinzips der europäischen Armee, Forderung nach Verbesserung des EVG-Vertrags durch amerikanische Garantien, durch enge Assoziation Großbritanniens und durch den Einbau in eine politische Gemeinschaft. In einer anderen Entschliebung fordert der Lenkungsausschuß einen radikalen Wechsel der französischen Politik in Nordafrika und den Verzicht auf die Anwendung kolonialer Methoden, er spricht aber gleichzeitig dem spanischen Staatschef, General *Franco*, jedes Recht ab, Frankreich wegen seines „Kolonialismus“ zu kritisieren.

#### Großbritannien

27. Verteidigungsminister Lord *Alexander* kündigt in einer Rede in London eine Umstellung der britischen Verteidigungspolitik auf ein langfristiges Programm an, das den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes besser entsprechen soll. Er erklärt, dabei werde das Hauptgewicht auf die Verbesserung der Bewaffnung und Ausrüstung und auf die Bildung einer beweglichen strategischen Reserve auf den britischen Inseln gelegt werden.

#### Italien

18. Nach dem Scheitern von Koalitionsverhandlungen bildet der bisherige Innenminister, Amintore *Fanfani*, eine Regierung, die wieder nur aus Politikern der Christlich-Demokratischen Partei besteht.
26. In seiner Regierungserklärung vor der Abgeordnetenkammer tritt Ministerpräsident *Fanfani* für die Bildung einer demokratischen Front zur Abwehr des Kommunismus ein. Er bekennt sich namens der neuen Regierung zum Atlantikpakt und kündigt die baldige Vorlage des Ratifizierungsgesetzes zum EVG-Vertrag an. Hinsichtlich der Wahlrechtsfrage erklärt sich *Fanfani* mit der Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes einverstanden, das den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts näherkommen soll als das bisherige. Die Regierung wird jedoch am 30. Januar durch ein Mißtrauensvotum der Kammer von 303 gegen 260 Stimmen gestürzt.

#### Jugoslawien

17. Auf einer Sondersitzung des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten wird Milovan *Djilas* wegen seiner der politischen Linie der Partei widersprechenden Artikel (vgl. Zeittafel in EA 3/1954) aus dem ZK ausgeschlossen, aller Parteiämter enthoben und scharf gerügt. Am 19. Januar wird bekanntgegeben, daß *Djilas* auch von seinem Amt als Präsident der Nationalversammlung zurückgetreten ist. Zu seinem Nachfolger wählt die Nationalversammlung bei ihrem Zusammentritt am 28. Januar Moshe *Pijade*.

29. In einer Regierungserklärung vor der Nationalversammlung gibt Präsident *Tito* einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Regierung in den vergangenen vier Jahren. Er weist auf die Erweiterung der persönlichen Freiheit der Staatsbürger und auf die Konsolidierung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens hin, wendet sich aber gegen Versuche gewisser Gruppen, eine Pseudo-Demokratisierung zu propagieren, die an Anarchie grenze. Zur Außenpolitik erklärt er, Jugoslawien werde seinen bisherigen Freunden treu bleiben und seine Politik nicht ändern. Er erhoffe auch eine bessere Zusammenarbeit mit Italien. Nach der Regierungserklärung wird *Tito* einstimmig zum Präsidenten der Republik wiedergewählt.
30. Die Nationalversammlung wählt den neuen Exekutivrat, dessen Mitgliederzahl von 43 auf 29 herabgesetzt wird. Außer *Djilas* und *Pijade* werden alle führenden Mitglieder wiedergewählt; Außenminister *Popowitsch* und Verteidigungsminister *Gosnjak* erhalten erstmalig einen Sitz im Rat.

#### Niederlande

20. Die Erste Kammer (Oberhaus) der Generalstaaten billigt mit 36 gegen 4 Stimmen die Ratifizierung des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft.

#### Norwegen

18. In der Thronrede zur Eröffnung der neuen Parlamentssession erklärt König *Haakon VII.*, der Ausbau der Landesverteidigung und die Zusammenarbeit mit den Verbündeten des Atlantikpaktes werde unvermindert fortgesetzt werden. In der Rede werden die Sicherung der Vollbeschäftigung und die Aufrechterhaltung eines stabilen Preisniveaus als vordringliche Aufgaben bezeichnet.

#### Oesterreich

17. Antwortnote der Sowjetunion auf das Ersuchen der österreichischen Regierung vom 5. Januar (vgl. Zeittafel in EA 3/1954): Die Sowjetregierung versichert, ihrerseits alles für eine Lösung des österreichischen Problems tun zu wollen; der Erfolg der Verhandlungen hänge jedoch davon ab, ob alle Teilnehmer wirklich im Interesse des Friedens in Europa handelten.
22. In Berlin wird den Außenministern der vier Großmächte eine Note überreicht, in der die österreichische Regierung darum ersucht, als unmittelbarer Teilnehmer zu den Besprechungen über Oesterreich zugelassen zu werden.

Bundeskanzler *Raab* wendet sich in einer Rede vor der Wiener Landesparteileitung der ÖVP gegen die in letzter Zeit in der sowjetischen Presse aufgetauchten Gerüchte über Bestrebungen zu einem Anschluß Oesterreichs an die Bundesrepublik Deutschland. Er bezeichnet diese Gerüchte als aufgewärmte „alte Märchen“ und betont, daß weder Oesterreich noch die Bundesrepublik einen solchen Anschluß wünschten. Oesterreich wolle jedoch mit der Bundesrepublik in freundschaftlichster Nachbarschaft leben und werde sich in dieser Hinsicht keinerlei Vorschriften machen lassen.



## Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

### AFRIKA

#### Ägypten

27. Im Verlauf einer an diesem Tage beendeten Sitzungsperiode hat der Rat der Arabischen Liga u. a. folgende Entschlüsse gefaßt: 1. Gemeinsame Bemühungen der arabischen Staaten, um ein Wiedergutmachungsabkommen zwischen Israel und Oesterreich zu verhindern; 2. Vertiefung der Beziehungen der arabischen Staaten zu den asiatischen Ländern; 3. Unterstützung Spaniens in seinem Konflikt mit Frankreich über Marokko; 4. Nichtanerkennung des von Frankreich eingesetzten neuen Sultans von Marokko, *Mohammed ben Moulay Arafä*; 5. Bildung eines Fonds zur Unterstützung des Kampfes der Völker Nordafrikas gegen den Imperialismus.

#### Marokko

20. Der Rat der Wesire (Ministerrat) richtet eine Botschaft an die französische Regierung, in der er gegen Separationsbestrebungen der Notabeln der spanischen Zone Marokkos protestiert und sie als Gefährdung der Einheit des schtifischen Reiches bezeichnet. Die französische Regierung wird gebeten, jeder Bedrohung der politischen und religiösen Einheit Marokkos und seiner äußeren Sicherheit entgegenzutreten und bei der spanischen Regierung Vorstellungen wegen der Vorgänge in der spanischen Zone zu erheben. (Antwort der französischen Regierung vgl. Frankreich).

21. Eine Versammlung von Notabeln der spanischen Zone in Tetuan richtet eine Proklamation an die spanische Regierung, in der sie erklären, daß sie die Absetzung des Sultans *Mohammed ben Jussef* durch die französischen Behörden nicht anerkennen. Unter Betonung der Loyalität gegenüber Spanien empfehlen die Notabeln die vorübergehende Trennung der spanischen Zone von der französischen. Der spanische Hohe Kommissar, General *Garcia Valino*, beschuldigt in einer Ansprache die französische Regierung, in Marokko entgegen ihren Verpflichtungen und ohne Konsultation Spaniens gehandelt zu haben. Sultan *Mohammed ben Moulay Arafä* verurteilt am 24. Januar in einer Proklamation die Teilnehmer an dieser Kundgebung, die sich der Rebellion schuldig gemacht hätten. Er erklärt, daß sie unter dem Zwang örtlicher Behörden gehandelt hätten.

### AMERIKA

#### Vereinigte Staaten

21. Präsident *Eisenhower* legt dem Kongreß die Budget-Botschaft für das Haushaltsjahr 1954/55 vor, in der Ausgaben in Höhe von 65,6 Milliarden Dollar und Einnahmen von 62,7 Milliarden vorgesehen sind. Die Ausgaben sind um 5,3 Milliarden niedriger als im Vorjahr, das Defizit verringert sich von 3,3 auf 2,9 Milliarden. Für die Verteidigung sind im neuen Budget 44,8 Milliarden vorgesehen (gegenüber 48,7 Milliarden 1953/54), jedoch ist der Voranschlag für Atomwaffen von 2,2 auf 2,4 Milliarden erhöht. Der

für Auslandshilfe vorgesehene Betrag beläuft sich auf 5,4 Milliarden (gegenüber 5,5 Milliarden im Vorjahr).

23. Die mit der Untersuchung der amerikanischen Außenhandelspolitik beauftragte Kommission unter Leitung von Clarence B. *Randall* überreicht Präsident *Eisenhower* ihren Bericht, in dem sie eine größere Freizügigkeit der amerikanischen Handels- und Zollpolitik und Lockerungen der Beschränkungen im Ost-West-Handel vorschlägt. Drei republikanische Mitglieder der Kommission, darunter der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses, *Reed*, und der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats, *Millikin*, erklären sich mit diesem Bericht nicht einverstanden.
25. Präsident *Eisenhower* übermittelt dem Kongreß den jährlichen Wirtschaftsbericht, in dem er die Notwendigkeit weiterer Ausdehnung des Produktions- und Handelsvolumens unterstreicht. Er empfiehlt eine Politik der Stabilität, die auch auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Nationen ausgedehnt werden müsse. Dazu müsse eine größere Freizügigkeit im Welthandel erreicht werden, und die Vereinigten Staaten müßten durch ihre Steuergesetzgebung einen Anreiz für erhöhte Investitionstätigkeit im Ausland geben. Im Inneren werde die Regierung ihre Vollmachten zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung und der Kaufkraft anwenden.

### ASIEN

#### Korea

20. Die neutrale Repatriierungskommission beendet ihre Arbeit und übergibt die nicht heimkehrwilligen Kriegsgefangenen wieder den beiden Oberkommandos, die sie bisher in Gewahrsam hatten. Das Oberkommando der UN-Truppen entläßt die Kriegsgefangenen am 23. Januar nach Südkorea beziehungsweise Formosa, während das kommunistische Oberkommando die nicht heimkehrwilligen alliierten Soldaten nach anfänglicher Weigerung am 28. Januar nach Nordkorea abtransportiert.

## Organisation der Vereinten Nationen

### Vollversammlung

30. Generalsekretär *Dag Hammarskjöld* gibt bekannt, daß die von Indien vorgeschlagene Einberufung einer Sondersitzung der Vollversammlung über das Korea-Problem von 28 Mitgliedstaaten abgelehnt wurde, während sich nur 22 dafür aussprachen.

### Sicherheitsrat

22. Eine von den drei Westmächten vorgeschlagene Empfehlung zur Regelung des israelisch-syrischen Streites um die Ausnutzung des Jordan-Wassers scheitert am Veto des sowjetischen Vertreters. Außer der Sowjetunion stimmt auch der Libanon gegen die Resolution.
28. Israel erhebt beim Sicherheitsrat Klage gegen Ägypten wegen der Sperrung des Suezkanals für nach Israel bestimmte Schiffe und der Behinderung des Schiffsverkehrs nach dem israelischen Hafen Elath am Golf von Akaba.

## Bücher und Broschüren

Achinger, Hans: Soziale Sicherheit. Eine historisch-soziologische Untersuchung neuer Hilfsmethoden. Stuttgart: Friedrich Vorwerk Verlag 1953. 139 S. DM 5.20.

Der Verfasser, a. o. Professor für Sozialpolitik an der Universität Frankfurt am Main, weiten Kreisen bekannt geworden durch seine Tätigkeit als sozialpolitischer Redakteur der „Deutschen Zeitung und Wirtschafts-Zeitung“, Stuttgart, legt hier eine zusammenfassende Untersuchung der Grundfragen für eine Neuordnung der sozialen Hilfe vor. Auf der Basis außerordentlich konkreter Detailkenntnisse wirtschaftlich-sozialer Probleme, sei es der Versicherung, der Versorgung und der Fürsorge und ihrer Entwicklung oder der Risiken, Kindermot, Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Alter im einzelnen, rollt der Verfasser die nicht nur für Deutschland bedeutsame Frage nach dem Ziel einer fortschreitenden Entwicklung der modernen sozialen Sicherungssysteme und Sicherungspolitik auf. Das Problem, das er am schärfsten herausarbeitet, sind die Gefahren eines totalen Sozialstaates und der Lähmung aller Selbsthilfefähigkeiten des Menschen.

Bessagnet, Pierre: Coopération et Capitalisme d'Etat. L'Expérience Suédoise de Coopération Agricole. Paris: Presses Universitaires de France 1953. 101 S. ffrs 350.

Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis einer Studienreise, die dem Verfasser auf Grund einer Einladung der Vereinigung schwedischer Landwirtschaftsorganisationen, dem Sveriges Landbruksförbund, die Möglichkeit zu tiefem Einblick in die Methoden der schwedischen Agrarpolitik und landwirtschaftlichen Zusammenarbeit gab. Der Verfasser versucht gleichzeitig, ausgehend von den schwedischen Verhältnissen, eine allgemeine Analyse der Beziehungen zwischen Staat und Staatskapitalismus auf der einen und Landwirtschaft im gesamten und landwirtschaftlicher Produktion auf der anderen Seite zu geben. Dieser Versuch ist zweifellos ein interessanter Beitrag zur Erkenntnis der wirtschaftlichen Grundlagenkrise unserer Zeit.

The British Economy 1945—1950. Herausgegeben von G. D. N. Worswick und P. H. Ady. Oxford: Clarendon Press 1952. VIII, 621 S. 35 s.

Zwanzig Oxforder Gelehrte haben, vor allem für ihre Studenten, einen Ueberblick über alle Gebiete der Nachkriegswirtschaft in Großbritannien gegeben. Die 6 Kapitel (National Income, Structure and Situation of the British Economy in 1945, Developments and Policies, The Social Services, Industrial Organization and Policies, Britain and Overseas) wollen nicht nur die grundlegenden Tatsachen vermitteln — an Hand sehr ausführlicher und oft schwer erreichbarer Unterlagen —, sondern auch in die Grundsatzfragen einführen. Die außerordentlich sorgfältige Arbeit baut sich auf einer Vielzahl von Tabellen auf; besonders sei auf die unschätzbare Bibliographie (auf 81 eng bedruckten Seiten!) hingewiesen.

Calvocoressi, Peter: Survey of International Affairs 1949 to 1950. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London—New York—Toronto: Oxford University Press 1953. 590 S. 3 Weltkarten. £ 2/12/6.

Das mit einem ausführlichen Index versehene Werk beleuchtet in aller Ausführlichkeit die Entwicklung der Gegensätze zwischen Ost und West in den Jahren 1949 und 1950, gibt eine Vorgeschichte sowie eine genaue Darstellung des Verlaufes des Koreakonfliktes und widmet auch der europäischen Zusammenarbeit, den verschiedenen Aspekten des deutschen und österreichischen Problems sowie der Entwicklung in den osteuropäischen Ländern, in Finnland, Jugoslawien, Spanien, Südostasien und Japan große Beachtung. Der internationalen Zusammenarbeit innerhalb der Weltorganisationen ist ebenfalls ein besonderes Kapitel eingeräumt. Ein gleichzeitig erschienener Dokumentenband bietet eine wertvolle Ergänzung dieses mit einem Vorwort von Arnold Toynbee versehenen Werkes.

Deutschland-Jahrbuch 1953. Herausgegeben von Dr. Klaus Mehnert und Dr. Heinrich Schulte. Zweite Folge. Essen: Rheinisch-Westfälisches Verlagskontor GmbH. 1953. 680 S. DM 48.—.

Als vor vier Jahren das erste Deutschland-Jahrbuch erschien, blieb manche Lücke offen, da die Verfasser buchstäblich auf Trümmern aufbauen mußten. Im zweiten Deutschland-Jahrbuch 1953 gelang es mit annähernd 100 qualifizierten Mitarbeitern, die deutsche Nachkriegsentwicklung von 1949 bis 1953 mit einer unglaublichen Fülle übersichtlich geordneten Tatsachenmaterials über Politik, Wirtschaft, soziale Ordnung, Kirche, Erziehung, Wissenschaft und Kultur einzufangen und zugleich in lebendiger Weise die Probleme dieser jüngsten Vergangenheit zu beleuchten. Literaturhinweise, zahllose chronologische und statistische Angaben bis hin zu den Adressen einschlägiger Organisationen, Personen usw. erhöhen die Brauchbarkeit dieses instruktiven und zuverlässigen Handbuchs. Während die Beziehungen Deutschlands zu Europa im Hintergrund bleiben, rückt die Einheit Deutschlands durch ausführliche Berichterstattung auch über die Verhältnisse in der sowjetisch besetzten Zone in den Vordergrund.

Documents on British Foreign Policy 1919—1939. Edited by E. L. Woodward and Rohan Butler, assisted by Anne Orde. Third Series, Volume VI, 1939. London: Her Majesty's Stationery Office 1953. 789 S. £ 2/12/6.

Die im Jahre 1944 begonnene Dokumentenpublikation aus den Akten des Foreign Office über die britische Außenpolitik zwischen den beiden Weltkriegen umfaßt ursprünglich nur zwei Serien (I: 1919—1929 und II: 1930—1939). Um dem dringenden Bedürfnis nach einer schnellen Veröffentlichung der die unmittelbare Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges betreffenden Dokumente Rechnung zu tragen, ist in der Zwischenzeit eine dritte Serie (März 1938 bis September 1939) geschaffen worden, die parallel zu den beiden ersten erscheint.

Der Ende 1953 erschienene Band VI behandelt den Zeitraum vom 8. Juni bis zum 14. August 1939. Er umfaßt eine wichtige Phase der britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen, die Bedrohung Polens durch Deutschland und die britisch-türkischen Verhandlungen.

Das als Anhang II wiedergegebene Dokument über die Einschätzung der militärischen Stärke der Sowjetunion im Sommer 1939 enthält einen sehr aufschlußreichen Abschnitt über die Beurteilung der russischen Mentalität und Taktik bei Verhandlungen. Sie dürfte ihre Gültigkeit auch heute noch haben.

Die Europäische Politische Gemeinschaft. Entwurf eines Vertrages über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft. Mit einer Einführung von Dr. Heinrich Eberhard (Dokumente Heft X). Herausgegeben von der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg. Frankfurt am Main—Berlin: Alfred Metzner Verlag 1953. 32 S.

Die Einführung bringt zunächst eine knappe, aber instruktive Darstellung der Entstehungsgeschichte, insbesondere der Tätigkeit der ad hoc-Versammlung und ihres Verfassungsausschusses sowie die Stellungnahmen des Europarates, des Ministerrates der Montanunion und der Parlamente der Bundesrepublik Deutschland, Hollands und Belgiens. Bei der Darstellung des Satzungsinhalts beschränkt sich der Verfasser auf eine reine Bestandsaufnahme, so daß sich die Einführung aus den in der Literatur schon vorhandenen Beiträgen zum Satzungsentwurf nicht heraushebt.

Zur Dokumentation sind im Anhang das Schrifttum aufgeführt und die Luxemburger Entscheidung der sechs Außenminister vom 10. September 1952 sowie die Mitglieder der Verfassungskommission. Der Satzungsentwurf mit den Änderungsanträgen vom 7. März 1953 ist ebenfalls in den Veröffentlichungen enthalten.

Jahrbuch des deutschen Bergbaus. Herausgegeben von Bergassessor a. D. Dr.-Ing. Wilhelm de la Sauce, Dr.



phil. Rudolf Regul, Bergassessor a. D. Paul Schorn. 61. Erscheinungsjahr, 46. Jahrgang. Essen: Verlag Glückauf G. m. b. H. 1953. 1536 S. DM 20,—.

Das Jahrbuch 1953 umfaßt zum ersten Male auch die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, und zwar sowohl die organisatorische Gliederung der Hohen Behörde als auch die wirtschaftlich-statistische Gliederung der Produktion und des Gemeinsamen Marktes. Dr. Rudolf Regul, Luxemburg, stellvertretender Direktor der Hauptabteilung Wirtschaft der Hohen Behörde, hat dazu einen sehr aufschlußreichen Beitrag über die Arbeit der Organe der Gemeinschaft und über die Probleme des Gemeinsamen Marktes geschrieben. Die durch die inzwischen weiter fortgeschrittene Neuordnung des Kohlen- und Erzbergbaus eingetretenen Veränderungen sind im Jahrbuch voll berücksichtigt. Ein Aufsatz von Dipl.-Ing. A. Pretor von der Wirtschaftsvereinigung Bergbau gibt eine zusammenfassende Darstellung der Vorgänge, die zur Neuordnung des Erzbergbaus geführt haben. Der dem neuen Jahrbuch beigegebene umfangreiche statistische Teil enthält eine Fülle von volks- und betriebswirtschaftlichen Uebersichten, die die statistischen Einzelangaben für alle im Jahrbuch behandelten Mineralien und Bergbaureviere einschließlich der Europäischen Gemeinschaft zusammenfassen.

Miksche, F. O.: Unconditional Surrender. The Roots of a World War III. London: Faber and Faber Ltd. o. J. 468 S. 25 s.

Der Verfasser, früher tschechischer Militärattaché in Paris, ist bekannt geworden durch eine Reihe politisch aktueller Schriften. Das Anliegen des vorliegenden Buches ist, die Grundlagen eines dauerhaften Friedens in Europa zu klären. Die Auseinandersetzung mit der deutschen Frage im Rahmen der europäischen und der Weltpolitik ist das zentrale Thema des Buches.

Plant, G. F.: Oversea Settlement. Migration from the United Kingdom to the Dominions. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London, New York, Toronto: Oxford University Press 1951. 186 S. 16 s.

Der Verfasser, fast 20 Jahre lang Sekretär des Oversea Settlement Committee und seines Nachfolgers, des Oversea Settlement Board, verarbeitet ein außergewöhnlich reiches Material. Seine Arbeit gibt vor allem einen Ueberblick über die Geschichte der Wanderungen im Commonwealth. Er gliedert in drei große Perioden: bis 1815, 1815—1914 und 1914—1939 und stellt dabei die Entwicklung in allen Einzelheiten dar. In einem Schlußkapitel über die gegenwärtige Lage zieht er die Folgerungen und blickt in die Zukunft. Im Anhang werden außerordentlich wertvolle Tabellen geboten, die die Entwicklung von 1899 bis 1949 verdeutlichen. Eine ausgezeichnet fundierte, gründliche Arbeit.

Robson, William A.: Justice and Administrative Law. A Study of the British Constitution. 2. verbesserte und erweiterte Auflage. London: Stevens & Sons Limited 1947. 554 S.

Der Verfasser ist der berühmte Kenner der englischen Kommunalverwaltung, Professor an der London School of Economics and Political Science. Die vorliegende 2. Auflage des 1928 erschienenen Werkes ist wesentlich erweitert und auf den gegenwärtigen Stand gebracht. Gegenstand des Buches ist das britische Verwaltungsrecht; Ziel ist zu zeigen, wie Regierungsstellen und andere öffentliche und private Stellen auf dem Rechtsgebiet tätig werden, wie es zu solcher Tätigkeit kam und welche Vor- und Nachteile damit verbunden sind. In seiner sehr gründlichen und ins einzelne gehenden Arbeit schuf der Verfasser eher ein Nachschlagewerk für den Spezialisten als ein Werk für den allgemein politisch und juristisch interessierten Leser.

Ross, James Stirling: The National Health Service in Great Britain. A Historical and Descriptive Study. London: Oxford University Press 1952. XIV, 398 S. 30 s.

Der Verfasser, ehemaliger hoher Verwaltungsbeamter, gibt eine minutiöse Darstellung des Health Service. Nach einem geschichtlichen Ueberblick über die Zeit von 1850—1946 behandelt er zuerst die Organisation des gewaltigen Systems, dann die Tätigkeit von 1946—1951, die Sonderentwicklung in Schottland und die zu erwartenden Schwierigkeiten und Aussichten. Der Wert des Buches beruht auf der sehr gründlichen Arbeit, die mit vielen Statistiken und Tabellen unterbaut ist; in der Wertung stützt sich der Verfasser wohl etwas zu viel auf amtliche, blasse Erklärungen und kennt die Einzelschwierigkeiten zu wenig.

Vlekke, Bernard H. M.: Tweespalt der Wereldrijken. De Tegenstelling tussen Oost en West in Wezen en Worning. Haarlem: H. D. Tjeenk Willink & Zoon N. V. 1953. IX, 501 S.

Der Verfasser setzt sich folgende Aufgaben: 1. die Art und die Entstehung des Gegensatzes zwischen den beiden Mächtegruppen zu untersuchen; 2. den derzeitigen Zustand dieses Gegensatzes, wie er sich seit dem Frühsommer 1946 herausgebildet hat, zu beschreiben; 3. aus den Gegebenheiten einige Schlüsse zu ziehen, die das gegenwärtige Geschehen verständlicher und damit möglicherweise weniger beunruhigend erscheinen lassen. Streng historisch-methodische Sichtung der einschlägigen Akten- und Memoirenpublikationen als Grundlage der Untersuchung wird erstrebt. Die Darstellung beginnt mit einem Ueberblick über die russische Geschichte und den britisch-russischen Gegensatz und führt über Russische Revolution, Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, Zweiten Weltkrieg, Nachkriegspolitik, Bürgerkrieg in China bis zu den jüngsten Ereignissen. Zahlreiche Anmerkungen geben Rechenschaft über die Fülle der herangezogenen Literatur. Ein ausführliches Personen- und Sachregister erleichtert die Unterrichtung auch über Einzelfragen.

#### Neue Zeitschriften

Europa-Verkehr. Annales des Transports Européens. Schriftleitung: Dr.-Ing. Gerhard Sommer, Stuttgart. 1. Jahrgang, 1. Folge: Dezember 1953. Darmstadt: Otto Elsner Verlagsgesellschaft. 134 S. DIN A 4. Jahresbezugspreis (4 Folgen) DM 20,—.

#### EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft. Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Böldigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Gulton, Paris; Dr. Walter Hofer, Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1954 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstr. 20, Telefon 73347.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

# MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

## Die Tätigkeit des Europarats im Januar 1954

### Die Berliner Konferenz

Am Vorabend der Außenministerkonferenz in Berlin hat der Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats, Herr François de Menthon, eine Rundfunkansprache aus dem Studio des Europarats in Straßburg gehalten, die über sämtliche französischen Sender, Radio Luxemburg sowie Sender in Deutschland, der Saar und Oesterreich verbreitet wurde. (Vgl. den Wortlaut der Ansprache in Europa-Archiv 3/1953, S. 6343.)

### I. Tagungen der Organe des Rates

#### PRÄSIDIUM DER VERSAMMLUNG

Unter dem Vorsitz von Herrn François de Menthon, Präsident der Beratenden Versammlung, tagte das Präsidium der Beratenden Versammlung am 16. Januar in Straßburg. Es waren anwesend die Herren Boggiano-Pico (Italiener), von Brentano (Deutscher), van der Goos van Naters (Holländer), Lord Layton (Engländer).

Das Präsidium nahm mit Befriedigung Kenntnis von den Entscheidungen des Ministerkomitees von dessen letzter Sitzung (siehe „Mitteilungen des Europarates“ in EA 2/1954, S. 6315 ff.). Insbesondere begrüßte das Präsidium die günstige Aufnahme, welche die Entschließung der Versammlung über die europäische Politik bei den Ministern gefunden hatte. Das Präsidium prüfte weiterhin eine Reihe von Fragen, die mit der Besetzung der Europäischen Menschenrechts-Kommission zusammenhängen.

Es wurde beschlossen, den Ständigen Ausschuß der Versammlung für den 8. Februar in Straßburg einzuberufen.

### II. Andere Tagungen

#### Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Auf Wunsch des Präsidenten der Hohen Behörde, Herrn Jean Monnet, trat die Gemeinsame Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 14. bis 16. Januar unter dem Vorsitz von Herrn Paul Henri Spaak (Belgier) am Sitz des Europarats zu einer Außerordentlichen Tagung zusammen. Der Hauptzweck dieser Tagung war die Prüfung der Investitionspolitik der Hohen Behörde, die in einem Bericht niedergelegt war und in einer Rede des Präsidenten der Hohen Behörde erläutert wurde. Auf Grund eines Berichtes, den der Berichterstatter, Herr de Menthon, vorgelegt hatte, wurden die großen Linien dieser Politik gebilligt. Die Gemeinsame Versammlung verabschiedete fernerhin ihren vorläufigen Haushaltsplan mit einer Gesamtsumme von 80 Millionen bfrs. für das Finanzjahr 1954/55. Berichterstatter war Herr Sassen (Holländer).

Die Gemeinsame Versammlung nahm schließlich eine Entschließung an, welche eine Antwort auf die Entschließung Nr. 31 der Beratenden Versammlung des Europarats darstellt (vgl. „Mitteilungen des Europarats“ in EA 14—15/1953, S. 5893 ff.), sowie einen Antrag über

die Uebermittlung von Texten der Beratenden Versammlung. Fräulein Klompé (Holländerin) hatte als Berichterstatterin des Ausschusses für Politische Fragen und Auswärtige Beziehungen entsprechende Berichte vorgetragen. Der Text der Entschließungen findet sich weiter unten, unter Ziffer III.

### Konferenz der Verkehrsminister

Die Vertreter der in der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister vereinigten Minister tagten vom 7. bis 9. Januar in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Maldaretz in Vertretung des belgischen Verkehrsministers, Herrn Seghers. Diese Tagung war ausschließlich Verwaltungsfragen gewidmet. Die Bestellung von Herrn Mange als Verwaltungssekretär wurde genehmigt, und es wurde beschlossen, eine Studie über die Beziehungen zwischen der Konferenz und anderen internationalen Organen, die sich mit Verkehrsproblemen beschäftigen, zu unternehmen.

Die Vertreter werden sich am 2. März zu ihrer nächsten Sitzung treffen, um gewisse technische Fragen zu prüfen, die ihnen von der Brüsseler Konferenz übermittelt worden sind.

### III. Politische Fragen

Nachstehend wird der vollständige Text der Resolution der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl betreffend die Beziehungen mit der Beratenden Versammlung des Europarats wiedergegeben:

„Die Gemeinsame Versammlung stimmt den Erwägungen zu, wie sie in dem Bericht ihres Ausschusses für Politische Fragen und Auswärtige Beziehungen enthalten sind, und schlägt vor, daß der folgende Absatz in den Text der Antwort der Hohen Behörde an den Europarat eingefügt werden möge.

Die Gemeinsame Versammlung legt größten Wert auf die Beziehungen mit dem Europarat und ist sich bewußt, daß auf diesem Gebiete die Schaffung einer Atmosphäre gegenseitigen Verstehens und Vertrauens wesentlich ist. Ohne eine solche ist es unmöglich, feste Beziehungen zu knüpfen und eine fortschreitende Angleichung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und derjenigen Staaten, die ihr bisher nicht beigetreten sind, zu erreichen. In dem Bestreben, eine harmonische Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und dem Europarat auf parlamentarischer Ebene sicherzustellen, begrüßt die Versammlung den Erfolg der ersten Gemeinsamen Sitzung der Mitglieder beider Versammlungen.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß diese Form der Zusammenarbeit, ergänzt durch den Austausch von Meinungen zwischen der Hohen Behörde und den Ausschüssen der Beratenden Versammlung, in allen erforderlichen Fällen durchgeführt werden sollte und daß solche Zusammentreffen von ausreichender Zeitdauer sein sollten, damit alle Punkte der Tagesordnung behandelt werden können.

Die Gemeinsame Versammlung hat die Vorschläge der Entschließung Nr. 31 betreffend die Abhaltung von ge-



meinsamen Sitzungen der Ausschüsse beider Versammlungen geprüft. Sie ist der Ansicht, daß ein solches Verfahren eine Ueberschreitung der Grenzen des Vertrages mit sich bringen könnte und den Aufbau der verschiedenen Organe innerhalb der Gemeinschaft zu stören vermöchte; auch könnte der Erfolg der geplanten Anstrengungen zur Sicherung des Anschlusses bisher außenstehender Länder der Gemeinschaft behindert werden.

Obwohl die Geschäftsordnung der Gemeinsamen Versammlung nicht ausschließt, daß irgendeiner ihrer Ausschüsse die Initiative ergreift und Mitglieder der Beratenden Versammlung oder sogar alle Mitglieder eines ihrer Ausschüsse zur Teilnahme an einer ihrer Sitzungen einlädt, sollten die Diskussionen jedoch auf einen Meinungsaustausch über Angelegenheiten gemeinsamen Interesses beschränkt sein, damit die Verantwortung der Hohen Behörde nicht in Frage gestellt wird. Abstimmungen über diese Diskussionen dürften nicht stattfinden.

Die Gemeinsame Versammlung betont, daß ihre in dieser Entschließung zum Ausdruck kommende Haltung sich insbesondere auf die derzeitigen Verhältnisse bezieht. Sobald die Frage der Verbindungen mit Nichtmitgliedstaaten der Gemeinschaft einen neuen Aspekt angenommen hat, wird die Versammlung ihre Stellung im Lichte der gewonnenen Erfahrungen überprüfen.

Betreffend das für die Uebersendung von Texten der Beratenden Versammlung an die Gemeinsame Versammlung einzuschlagende Verfahren ist die Gemeinsame Versammlung der Ansicht, daß ein Unterschied zu machen ist zwischen den von der Beratenden Versammlung angenommenen „Empfehlungen“, die gemäß Artikel 4 des Protokolls der Hohen Behörde zugeleitet werden, und der von der Beratenden Versammlung angenommenen „Stellungnahme“ als Ergebnis einer gemeinsamen Sitzung; diese wird der Gemeinsamen Versammlung vor der Abstimmung über ihre Entschließung zum Jahresbericht der Hohen Behörde zugeleitet.

Die Gemeinsame Versammlung beauftragt ihr Präsidium, sich bezüglich dieser letztgenannten Stellungnahme mit dem Präsidium der Beratenden Versammlung in Verbindung zu setzen, um ein Verfahren für die unmittelbare Zuleitung auszuarbeiten. Dieses Verfahren würde jedoch im Interesse einer schleunigen und wirksamen Prüfung auf die Uebersendung eines von der Beratenden Versammlung vorbereiteten Textes begrenzt sein, der sich auf den Meinungsaustausch während der gemeinsamen Sitzung der Mitglieder beider Versammlungen bezieht.“

#### IV. Wirtschaftsfragen

##### Ausschuß für Wirtschaftsfragen

Dieser Ausschuß der Beratenden Versammlung trat in Luxemburg am 21. und 22. Januar unter dem Vorsitz von Herrn Federspiel (Däne) zusammen.

Auf seiner ersten Sitzung beschloß der Ausschuß, die Versammlung zu ersuchen, die Frage der Wirtschaftsbeziehungen und des Handels zwischen Ost und West auf die Tagesordnung ihrer nächsten Sitzung zu setzen. Der Vorsitzende gab bekannt, daß eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden soll, die aus Sachverständigen bestimmter internationaler Organisationen (die in ihrem eigenen Namen sprechen würden) und Mitgliedern des Generalsekretariats des Europarats bestehen würde. Diese Arbeitsgruppe hat den Auftrag, dem Ausschuß über die tatsächliche Lage der wirtschaftlichen Integration Europas zu berichten. Außerdem soll sie eine eingehende Studie über die verschiedenen bisher angewandten Integrationsmethoden und den tatsächlich erreichten Stand der Inte-

gration ausarbeiten. Schließlich wird die Arbeitsgruppe eine Stellungnahme über die Hindernisse, die weiteren Fortschritten entgegenstehen, und über entsprechende Abhilfemaßnahmen zu berichten haben. Die Arbeitsgruppe wird erstmals im Laufe des Monats Februar zusammenzutreten.

Der 2. Sitzungstag des Ausschusses war einer gemeinsamen Sitzung mit der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gewidmet; diese war durch die Herren Etzel, Daum, Potthoff und Spierenburg vertreten. Den Vorsitz führte Herr Federspiel.

Die Aussprache ging von einem Fragebogen aus, auf welchen die Mitglieder der Hohen Behörde antworteten. Unter den Themen befanden sich folgende: Verschiebungen auf den Märkten für Kohle und Stahl; die Preispolitik der Gemeinschaft; die Absicht der Hohen Behörde, gegebenenfalls im Zusammenhang mit den von Erzeugern innerhalb der Gemeinschaft an Dritte gemachten Preisen einzugreifen; das Recht der Hohen Behörde, in Handelsabkommen mit Dritten einzugreifen; die Investitionspolitik der Gemeinschaft und Versuche, diese Politik mit derjenigen europäischer Nichtmitgliedstaaten der Gemeinschaft abzustimmen.

##### Europäische Luftverkehrs-Konferenz

Auf Einladung des Ministerkomitees des Europarats hat die Internationale Luftverkehrsorganisation (ICAO) beschlossen, eine Europäische Luftverkehrskonferenz am Sitze des Europarats für den 21. April einzuberufen. Die folgenden Länder werden als Teilnehmer an dieser Konferenz erwartet: Oesterreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Island, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Saar, Spanien, Schweden, Schweiz, Türkei, Großbritannien sowie Jugoslawien als Beobachter.

Der Europarat hat sein Interesse an Fragen des Luftverkehrs bereits im Jahre 1951 gezeigt, als der verstorbene Graf Sforza, damals italienischer Außenminister, dem Ministerausschuß den sogenannten „blauen Plan“ über die Integration des europäischen Luftverkehrs vorlegte.

Die Beratende Versammlung hat ihrerseits auf Grund eines von Herrn van de Kieft, zur Zeit holländischer Finanzminister, vorgelegten Berichtes eine Empfehlung an das Ministerkomitee verabschiedet, in welcher vorgeschlagen wird, eine Konferenz von Regierungssachverständigen und Vertretern der verschiedenen europäischen Luftverkehrsgesellschaften einzuberufen, um die Möglichkeiten der Errichtung einer Vereinigung dieser Gesellschaften oder den wirtschaftlichen und wirksamen Betrieb des europäischen Luftverkehrs sicherzustellen.

Angesichts der Vorschläge des Grafen Sforza und der Empfehlung der Beratenden Versammlung vom Dezember 1951 beschloß das Ministerkomitee im März 1953, die Internationale Luftverkehrsorganisation zur Abhaltung einer Konferenz aufzufordern. Der Exekutivrat dieser Gesellschaft erklärte sich einverstanden und schlug ein Aktionsprogramm vor. Eine vorbereitende Sitzung wurde von der ICAO in Paris abgehalten, an der acht Mitgliedstaaten des Europarats und die Schweiz teilnahmen. Auf dieser Tagung wurde eine vorläufige Tagesordnung für die geplante Konferenz aufgestellt.

Am 15. Dezember 1953 beschloß der Exekutivrat der ICAO, diese Konferenz für den 21. April in Straßburg einzuberufen; die Dauer der Konferenz wird auf etwa vier Wochen veranschlagt.

Die Arbeit der Konferenz wird zwei Hauptprobleme zum Inhalt haben:

1. Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit der Luftverkehrsunternehmen der teilnehmenden Länder,
2. die Möglichkeiten zur Erreichung engerer Zusammenarbeit durch den Austausch von Linienbetrieben zwischen diesen europäischen Ländern.

Im Rahmen dieser Problemstellung werden folgende vier Fragen zur Aussprache stehen:

- a) die Ausdehnung des europäischen Luftverkehrsnetzes,
- b) die Austauschmöglichkeit von Maschinen verschiedener Gesellschaften, mit oder ohne Besatzungen,
- c) die Vereinfachung der Einwanderungs- und Zollformalitäten in Flughäfen,
- d) eine Ueberprüfung der bestehenden Flugsicherungseinrichtungen in Europa.

Diese Probleme werden von Vertretern der Teilnehmerstaaten im Beisein von Beobachtern anderer Mitgliedstaaten der ICAO, des Europarats, der Vereinten Nationen, der OEEC, des Weltpostvereins, der Meteorologischen Weltorganisation, der Internationalen Fernmelde-Union, der Internationalen Handelskammer, des Internationalen Institutes zur Vereinheitlichung des Zivilrechts, der Internationalen Rechtsorganisation und der Internationalen Union von Luftversicherern beraten werden.

Der von der Konferenz angenommene Bericht wird dem Exekutivrat der ICAO vorgelegt werden und von diesem mit den entsprechenden Zusätzen dem Europarat zugeleitet.

## V. Soziale Fragen

### Ausschuß für soziale Fragen

Dieser Ausschuß der Beratenden Versammlung trat am 29. Januar unter dem Vorsitz von Herrn Heymann (Belgien) in Luxemburg zusammen. Analog der kurz vorher abgehaltenen Tagung des Ausschusses für Wirtschaftsfragen handelte es sich ebenfalls um eine gemeinsame Sitzung mit der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Ein Fragebogen, welcher der Hohen Behörde, vertreten durch die Herren Finet, Potthoff und Giaccero, vorgelegt worden war, wurde von dieser beantwortet. In erster Linie erstreckten sich die Aussprachen auf die Probleme der Angleichung der Löhne innerhalb der Gemeinschaft, der Freizügigkeit innerhalb einzelner Länder der Gemeinschaft und innerhalb der Gemeinschaft als solcher sowie auf das Problem einer einheitlichen europäischen Sozialversicherungsordnung. Die Hohe Behörde erklärte sich bereit, innerhalb des ihr vorgeschriebenen Rahmens an den Arbeiten des Europarats auf sozialem Gebiet teilzunehmen.

## VI. Juristische Fragen

### Gegenseitige Behandlung von Staatsangehörigen

Der mit der Ausarbeitung eines Konventions-Entwurfes über die gegenseitige Behandlung von Staatsangehörigen beauftragte Sachverständigen-Ausschuß hielt vom 18. bis zum 28. Januar seine vierte Tagung unter

dem Vorsitz von Herrn Thierfelder (Bundesrepublik Deutschland) in Straßburg ab.

Die Initiative zu dieser Arbeit ging von der Beratenden Versammlung aus, die im Mai 1951 einem Entwurf ihres Ausschusses für Rechts- und Verwaltungsfragen zugestimmt hatte, der die Rechte der Staatsangehörigen von Mitgliedstaaten des Europarats bei Besuchen oder ständigem Aufenthalt auf dem Hoheitsgebiet anderer Mitgliedstaaten regeln und ausdehnen sollte.

Der vorliegende Konventions-Entwurf soll die ungleichartige Behandlung von Staatsangehörigen eines Landes, die sich im Hoheitsgebiet eines anderen Landes aufhalten, vermindern, insbesondere bezüglich Einreise und vorübergehenden Aufenthalts, längeren oder Dauer-aufenthalts, Ausweisung, Ausübung bürgerlicher Rechte in bezug auf Personen und auf Eigentum, Rechtsschutz im gleichen Umfange wie die Staatsangehörigen, Recht zur Berufsausübung (Industrie, Handel, Finanzen, Landwirtschaft, Handwerk) und Recht auf Erziehung. Der Ausschuß wird am 29. März wiederum in Straßburg zusammentreten, um den endgültigen Bericht für das Ministerkomitee auszuarbeiten.

### Ausweisung

Der Unterausschuß für Ausweisung des Ausschusses für Rechts- und Verwaltungsfragen trat vom 28. bis 30. Januar unter dem Vorsitz von Herrn Kiesinger (Deutscher) in London zusammen, um die von Herrn de Freitas (Engländer) vorbereiteten Texte zu einer Europäischen Konvention über Auslieferung zu prüfen. Der Unterausschuß wird an den Vollausschuß berichten, und es ist zu erwarten, daß der Konventions-Entwurf auf der Tagesordnung der nächsten Sitzungsperiode der Versammlung stehen wird.

## VII. Kulturelle Fragen

Der Redaktionsausschuß des Sachverständigen-Ausschusses für Kulturelle Fragen tagte am 28. und 29. Januar unter dem Vorsitz von Herrn Haigh (Großbritannien) in Paris, um die Artikel 6 und 7 des Entwurfes zu einer Europäischen Kultur-Konvention im Lichte gewisser Bemerkungen der norwegischen Delegation einer erneuten Prüfung zu unterziehen.

An der Tagung nahmen teil die Herren Bizos (Frankreich), Christophersen (Norwegen), Reining (Holland); ihre Ergebnisse werden dem Sachverständigen-Ausschuß während seiner Märztagung vorgelegt werden.

## VIII. Verschiedenes

### Herr Marchal in Saarbrücken

Am 12. und 13. Januar stattete Herr Léon Marchal, Generalsekretär des Europarats, im Zuge seiner Besuche in allen Hauptstädten der Mitgliedstaaten, Saarbrücken einen offiziellen Besuch ab. Herr Marchal wurde von Ministerpräsident Hoffmann, Botschafter Grandcal und Herrn Zimmer, Bürgermeister von Saarbrücken, empfangen.

### Abschaffung von Sichtvermerken

Die Niederlande haben zweiseitige Verhandlungen über die Abschaffung des Sichtvermerkzwanges mit Griechenland und der Türkei abgeschlossen. Demnach werden Staatsangehörige dieser Länder für Aufenthalte unter zwei Monaten (in der Türkei drei Monate) keine



Sichtvermerke mehr benötigen. Zu gleicher Zeit gab die niederländische Regierung bekannt, daß Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland für Reisen nach Holland keine Sichtvermerke mehr benötigen.

Die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens haben in einem Notenwechsel Einigung darüber erzielt, daß die Abschaffung des Sichtvermerkzwanges nach dem Abkommen von 1946 auf eine Reihe von überseeischen Gebieten beider Länder ausgedehnt wird. Für britische Staatsangehörige sind diese Gebiete Guayana, Guadeloupe, Martinique und Réunion, für französische Staatsangehörige Barbados, Britisch-Guayana, Britisch-Honduras, Jamaika, Trinidad sowie die Inseln über und unter dem Winde.

#### *Wirtschaftskonferenz von Westminster*

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Bewegung hielt ab 28. Januar eine dreitägige Konferenz im Church House in Westminster ab, um das Thema einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik für Westeuropa und das britische Commonwealth zu besprechen. Das Generalsekretariat des Europarats war durch die Herren *Curtis, Lund* und *Foch* vertreten.

#### *Oesterreich und der Europarat*

Der Ausschuß des österreichischen Parlaments für europäische Fragen hat einstimmig einen Antrag der Herren *Pittermann* und *Stürgkh*, Beobachter bei der Beratenden Versammlung des Europarats, angenommen, in dem die Regierung aufgefordert wird, die Frage eines österreichischen Antrages auf Aufnahme in den Europarat zu prüfen.

#### *Beratender Ausschuß der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl*

Der Beratende Ausschuß der Europäischen Gemeinschaft Kohle und Stahl hielt vom 25. Januar ab unter dem Vorsitz von Herrn *Burckhardt* seine achte Sitzung in Luxemburg ab. Ein Meinungsaustausch über den Kohle- und Stahlbedarf auf lange Sicht sowie über die allgemeine Politik der Hohen Behörde, insbesondere bezüglich der Investitionen, fand statt. Herr *André Renard* (Belgien), trat die Nachfolge von Herrn *Burckhardt* als Vorsitzender dieses Ausschusses an.

#### *Der EVG-Vertrag*

Der Vertrag über die Errichtung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft ist mit 36 gegen 4 Stimmen vom niederländischen Senat angenommen worden. Da das Abgeordnetenhaus bereits seine Zustimmung erteilt hat, wird er jetzt der Königin zur Unterschrift zugeleitet werden.

#### *Kernforschung*

Der Europäische Rat für Kernforschung trat am 14. Januar in Genf zusammen. Der Generalsekretär des Europarats war durch Herrn *Georges Cunin* vertreten.

#### *FILDIR*

Das Präsidium der FILDIR (Internationale Freie Vereinigung der Verschleppten und Internierten der Widerstandsbewegung) trat in Paris am 30. Januar unter dem Vorsitz von Herrn *Dehousse* (Belgien) zusammen. Der Generalsekretär des Europarats war durch Herrn *Lévy*, Direktor der Presse- und Informationsabteilung, ver-

treten. Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Frage eines beratenden Status, den die FILDIR bei gewissen internationalen Organisationen erhalten soll, Archive von Konzentrationslagern und Propaganda für die Europäische Menschenrechts-Konvention.

#### *Deutsch-Französische Konferenz*

Eine deutsch-französische Konferenz von Zeitungsverlegern und Journalisten, organisiert vom Internationalen Presse-Institut in Zürich, fand am Sitz des Europarats am 11. und 12. Januar statt. Die Teilnehmer der Konferenz wurden von Herrn *Lévy*, Direktor der Presse- und Informationsabteilung, im Namen des Generalsekretärs begrüßt. Den Vorsitz bei den vertraulichen Sitzungen hatten nacheinander Herr *Roger Müssip* (Frankreich, *Le Figaro*), Herr *Reinhold Heinen* (Deutschland, *Kölnische Rundschau*), und Herr *Dürrenmatt* (Schweiz, *Basler Nachrichten*) inne. Nach Abschluß der Besprechungen wurde folgendes Communiqué veröffentlicht:

„Eine bedeutende Aufgabe obliegt der Presse in Frankreich und in Deutschland bei der Aufklärung von Mißverständnissen und bei der Hilfe zur Verstärkung des gegenseitigen Verständnisses beider Völker. Um sie zu erfüllen, muß die Presse ihre Arbeit mit der notwendigen Objektivität und Würde und mit Verantwortungsgefühl durchführen. Die in Straßburg versammelten Journalisten verpflichten sich in einem Gentlemen's Agreement, diese Grundsätze in allem, was in ihren Zeitungen geschrieben wird, zu wahren.

Insbesondere halten sie es für erforderlich, die Annahme folgender Maßnahmen nach Möglichkeit zu fördern:

1. Die Zahl der Auslandskorrespondenten soll vermehrt und ihre Arbeitsbedingungen verbessert werden, indem man ihnen zum Beispiel Vorzugsgebühren für Nachrichtenvermittlung einräumt und ihnen Zeitungen und Dokumentation des Aufenthaltslandes zugänglich macht.
  2. Persönliche Kontakte der Redaktionen untereinander sollten gefördert werden, besonders durch den Austausch von Dokumenten, durch häufigere Gelegenheiten für Begegnungen zwischen Journalisten und schließlich durch den vermehrten Austausch von Zeitungen.
  3. Eine zweckmäßige Maßnahme wäre die Schaffung gleichartiger Organe in Bonn und in Paris, bestehend aus je einem französischen und einem deutschen Journalisten. Jedes dieser Komitees würde berechtigt sein, in Fällen einer offensichtlichen Verletzung der oben genannten Grundsätze des Anstandes und der Objektivität einzugreifen, wenn eine solche Verletzung während einer Periode besonderer Bedeutung für die Entwicklung guter Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sich ereignet.
- Wenn eines der Komitees sich zum Eingreifen bewegen fühlt, so sollte dieses die Form einer freundschaftlichen schriftlichen oder mündlichen Vorstellung an den Herausgeber der Zeitung nehmen. Mit anderen Worten, die Aufgabe dieser Komitees würde darin bestehen, dafür zu sorgen, daß die moralischen Verpflichtungen der vorstehend aufgeführten Art so gut wie möglich befolgt werden.

Die an der Konferenz teilnehmenden Journalisten geben ihrer Dankbarkeit gegenüber dem Internationalen Presse-Institut zum Ausdruck, welches die Initiative zu diesem Treffen ergriffen hat. Sie fordern das Institut auf, seine moralische Schirmherrschaft für die Anwendung der in dieser Entschließung niedergelegten Grundsätze zu gewähren.“

## Die Veränderungen der deutschen Bevölkerungsstruktur von 1939 bis 1953

Solange die Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands noch in der Schwebe sind, müssen alle Bemühungen darauf gerichtet sein, bestmögliche sachliche Unterlagen über die Entwicklung in Ost- und Westdeutschland bereitzustellen. Vergleichende Unterlagen wie die folgenden über die Bevölkerungsentwicklung sind um so bedeutsamer, als seit dem Jahre 1946, in dem die letzte gemeinsame Volkszählung für Gesamtdeutschland durchgeführt wurde, die Statistik der sowjetischen Besatzungszone in zunehmendem Maße eigene Wege ging.

Wir berichteten bereits in den Folgen 17 und 18/1949 des Europa-Archivs, S. 2431 ff. und 2475 ff., über „Die Bevölkerungsbewegung in Deutschland in den Jahren 1946 bis 1948“. Der nachfolgende Beitrag erweitert diesen Bericht nicht nur bis zum Sommer 1953, sondern stellt neben die Lebensbilanz auch die Wanderungsbilanz der Bevölkerung und fügt damit die Unterlagen zu einer Bevölkerungsbilanz für Ost- und Westdeutschland zusammen.

Die nachfolgenden Ausführungen sind Auszüge aus einer Studie der Verfasserin, die demnächst unter dem Titel „Die Bevölkerungsbilanz in der sowjetischen Besatzungszone 1939 bis 1953“ in der Reihe der Bonner Berichte des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen veröffentlicht wird.

### I. Die Bevölkerungsstruktur

#### *Anzahl und Dichte*

(Vgl. hierzu die Tabelle auf S. 6386)

Die Bevölkerungszahl des Bundesgebietes, Berlins und der sowjetischen Besatzungszone entsprach im Juni 1953 mit insgesamt 69,5 Millionen etwa derjenigen des Reichsgebietes im Mai 1939 (69,3 Millionen); allerdings wohnten damals innerhalb des 1953 verbliebenen Gebietes nur 58,8 Millionen. Dementsprechend lebten 1939 im Durchschnitt 166,4 Menschen, Mitte 1953 dagegen 196,7 Menschen auf einem Quadratkilometer.

Jedoch unterscheiden sich die Veränderungen von 1939 über 1946 und 1950 bis 1953 in der sowjetischen Besatzungszone wesentlich von denjenigen des Bundesgebietes. Einem vergleichsweise stärkeren Zuwachs der Bevölkerung der sowjetischen Zone 1946 folgte seit 1950 eine absolute Abnahme bis 1953, während im Bundesgebiet die Bevölkerung seit 1946 laufend zunahm.

#### *Sexual- und Altersstruktur*

(Vgl. hierzu die Tabelle auf S. 6387)

Nicht nur die regionale Verteilung der 69 Millionen Deutschen im Jahre 1953, verändert insbesondere durch unterschiedlichen Zuwachs an Flüchtlingen und Aufbau neuer Industrien, weicht von derjenigen der gleichen Volkszahl im Jahre 1939 ab, sondern auch die biologische Struktur sowohl in der Aufgliederung nach dem Geschlecht als auch nach dem Alter.

1939 waren im Reichsgebiet die durch den Ersten Weltkrieg hervorgerufenen Verschiebungen der Se-

xualproportion überwunden. Mit 33,9 Millionen männlichen und 35,4 Millionen weiblichen Einwohnern war die Relation als normal anzusehen. 1946 zeigten sich deutlich die Verluste des Zweiten Weltkrieges: neben 35,9 Millionen weiblichen Einwohnern wurden im verbliebenen Gebiet nur 28,5 Millionen männliche Einwohner gezählt. Die sowjetische Zone wurde in besonderem Maße von dem Verlust an männlicher Bevölkerung betroffen. Auf 100 Männer entfielen 1946 134,6 Frauen. 1950 wurde mit 124,2 Frauen auf 100 Männer der bisher günstigste Stand erreicht. In den folgenden Jahren verschlechterte sich die Proportion Ende 1952 auf 100 Männer zu 126,1 Frauen und Mitte 1953 auf 100 zu 127,3. Die Entwicklung im Bundesgebiet zeigte dagegen eine stetige Tendenz zur Normalisierung. Hierzu trug der Zuzug von Männern aus der sowjetischen Zone bei. Mitte 1953 stellte sich die Relation auf 100 Männer zu 112,9 Frauen.

Die Entwicklung des Altersgefüges der deutschen Bevölkerung in der Nachkriegszeit ließ im Vergleich zu 1939 vor allem eine relative Zunahme der älteren Jahrgänge erkennen. Darin äußert sich einmal die allgemeine Tendenz der Erhöhung des durchschnittlichen Lebensalters, zum anderen jedoch auch — besonders bei der männlichen Bevölkerung — der Ausfall der mittleren Jahrgänge. Diese Veränderungen, die an sich die gesamte deutsche Bevölkerung betreffen, werden in den einzelnen Gebieten recht unterschiedlich wirksam.



Obwohl die Gesamtbevölkerung zugenommen hatte, war in der Altersgruppe 20 bis unter 50 Jahre die Zahl der männlichen Bevölkerung der sowjetischen Zone im Jahre 1946 um 26,7 vH gegenüber 1939 zurückgegangen. Im Bundesgebiet stellte sich die Einbuße auf nur 12,5 vH. Bei gleichzeitiger Zunahme der Zahl der weiblichen Bevölkerung dieser Altersgruppe ergaben sich besonders starke Verschiebungen

der Sexualproportion. In der sowjetischen Zone betrug 1946 die Zahl der Frauen im Alter von 20 bis 40 Jahren mehr als das Doppelte (207,2 vH) der Zahl der gleichaltrigen Männer; im Bundesgebiet lag die entsprechende Relation bei 162,4 vH. Ebenfalls rückläufig zeigte sich 1946 in der sowjetischen Zone die Zahl der männlichen Bevölkerung im Alter von 14 bis unter 20 Jahre.

Wohnbevölkerung und Bevölkerungsdichte im Gebiet der sowjetischen Zone, in Berlin und im Gebiet der Bundesrepublik 1939, 1946, 1950 und 1953

a) Wohnbevölkerung<sup>1</sup>  
in 1 000

	Sowjetische Zone	Berlin Ost- West-	Bundesgebiet	insgesamt
1939 männlich	7 453	738	1 244	19 335
weiblich	7 704	850	1 507	20 003
zusammen	15 157	1 588	2 751	39 338
1946 männlich	7 380	490	814	19 837
weiblich	9 934	695	1 199	24 100
zusammen	17 314	1 175	2 012	43 937
1950 männlich	7 850	507	919	22 351
weiblich	9 750	683	1 235	25 345
zusammen	17 600	1 190	2 147	47 696
1953 männlich	7 510	530	947	23 017
weiblich	9 560	712	1 281	25 977
zusammen	17 070	1 242	2 228	48 994

b) Bevölkerungsdichte<sup>2</sup>  
Einwohner je qkm

	Sowjetische Zone	Berlin Ost- West-	Bundesgebiet	insgesamt
1939	141,4	3 940	5 719	166,4
1946	161,5	2 916	4 183	182,2
1950	164,2	2 953	4 464	194,1
1953	159,3	3 097	4 632	196,7

<sup>1</sup> 1939: Volkszählung vom 17. Mai 1939.

1946: Volkszählung vom 29. Oktober 1946. Wohnbevölkerung einschließlich Lagerinsassen (außer in Berlin).

1950: Volkszählung für die sowjetische Zone und Ostberlin vom 31. August 1950 (für Ostberlin vorläufiges Ergebnis, für Westberlin und die Bundesrepublik vom 13. September 1950).

1953: Fortschreibung, Stand 30. Juni 1953.

<sup>2</sup> Gebietsstand: Sowjetische Zone 107 173 qkm (1. 1. 1949)  
Ostberlin 403 qkm (1. 1. 1946)  
Westberlin 481 qkm (1. 1. 1952)  
Bundesrepublik 245 533 qkm (1. 1. 1952)

Da die weibliche Bevölkerung in allen Altersgruppen an Zahl zugenommen hatte, zeigte hier die Gesamtstruktur im Vergleich zur männlichen Bevölkerung ausgeglichene Verhältnisse. Der Anteil der jüngsten (unter 14 Jahre) nahm von 1939 bis 1946 in der sowjetischen Zone von 20,3 auf 23,5 vH besonders zu. Im Bundesgebiet war der Anteil der jüngsten Jahrgänge 1946 nicht so hoch, da die mittleren Jahrgänge stärker besetzt waren.

Die Statistik für 1950 zeigt, daß im Altersgefüge die großen Verschiebungen sich etwas gemildert hatten, allerdings trat dies für die sowjetische Besatzungszone weniger deutlich zutage als für das Bundesgebiet. Bei kleineren Unterschieden in den einzelnen Alters- und Geschlechtsgruppen verschob sich der Anteil der mittleren Jahrgänge (14 bis unter 50 Jahre) insgesamt nur wenig. In der Tendenz gleichlaufend waren die Veränderungen im Bundesgebiet.

Die Altersstruktur der Wohnbevölkerung des Gebiets der sowjetischen Zone  
und der Bundesrepublik 1939, 1946, 1950 und 1953

	bis unter 14 J.	14 bis unter 20 J.	20 bis unter 40 J.	40 bis unter 50 J.	50 bis unter 60 J.	60 bis unter 65 J.	65 und mehr J.	ins- gesamt
<i>in vH</i>								
<b>Sowjetische Zone</b>								
1939 männl.	21,1	10,6	45,9		14,5		7,9	100,0
weibl.	19,6	9,9	45,1		16,2		9,2	100,0
zus.	20,3	10,3	45,5		15,3		8,6	100,0
1946 männl.	28,0	10,0	18,5	15,5	12,5	5,2	10,3	100,0
weibl.	20,1	8,1	28,5	15,8	12,8	5,0	9,7	100,0
zus.	23,5	8,9	24,2	15,7	12,7	5,0	10,0	100,0
1950 männl.	25,0		47,2		17,9		9,9	100,0
weibl.	19,4		50,2		19,8		10,6	100,0
zus.	21,9		48,9		19,0		10,2	100,0
1953 männl.	28,4	9,8	19,5	21,2		11,1		100,0
weibl.	19,9	8,5	39,8	21,2		10,6		100,0
zus.	23,6	9,0	35,3	21,2		10,9		100,0
<b>Bundesrepublik</b>								
1939 männl.	22,8	11,0	33,1	11,8	9,8	4,4	7,1	100,0
weibl.	21,3	10,2	31,7	13,9	10,8	4,5	7,6	100,0
zus.	22,1	10,6	32,4	12,8	10,3	4,5	7,3	100,0
1946 männl.	36,7 <sup>1</sup>		23,2	15,5	10,9	4,6	9,1	100,0
weibl.	29,3 <sup>2</sup>		30,7	15,2	11,6	4,5	8,7	100,0
zus.	32,7 <sup>3</sup>		27,3	15,3	11,3	4,5	8,9	100,0
1950 männl.	23,9	9,7	26,4	15,7	11,2	4,2	8,9	100,0
weibl.	20,1	8,3	28,8	15,9	12,5	4,8	9,6	100,0
zus.	21,8	9,0	27,7	15,8	11,9	4,5	9,3	100,0

<sup>1)</sup> Darunter 23,2 vH unter 15 Jahre.

<sup>2)</sup> Darunter 22,1 vH unter 15 Jahre.

<sup>3)</sup> Darunter 24,9 vH unter 15 Jahre.

Die nachwachsenden Jahrgänge (bis unter 14 Jahre) traten 1950 etwas zurück, die älteren bestimmten noch mehr als bisher das Altersgefüge. Die zunehmende Ueberalterung der Bevölkerung der sowjetischen Zone zeigte sich weniger in der Altersgruppe über 65 Jahre als vielmehr in der Zunahme der Bevölkerung im Alter von 50 bis 65 Jahre. Eindeutig im Vordergrund standen dabei die älteren Jahrgänge der weiblichen Bevölkerung infolge des Nachwachsens aus den mittleren Jahrgängen, die im Vergleich zur männlichen Bevölkerung während des Krieges nur geringe Verluste erlitten hatten. Trotz Verschiebung der Sexualproportion der Bevölkerung der sowjeti-

schen Zone zugunsten der männlichen Bevölkerung, vor allem in den mittleren Jahrgängen, bleibt auch 1950 das Gefälle zur Sexualstruktur der Bevölkerung des Bundesgebietes erhalten.

Im Jahre 1953 zeigte das Altersgefüge der Bevölkerung in der sowjetischen Zone ein stark gewandeltes Bild. Die älteren Jahrgänge über 40 Jahre wiesen eine erheblich stärkere Abnahme auf, als es dem allgemeinen Bevölkerungsrückgang entsprochen hätte. Dafür hatte die Gruppe im Alter von 20 bis 40 Jahre erheblich an Gewicht gewonnen. Im Bundesgebiet verschob sich das Altersgefüge weiterhin zugunsten der älteren Jahrgänge.

## II. Die Bevölkerungsbewegung

(Vgl. hierzu die Tabelle auf S. 6389)

Der im Abschnitt I vorgenommene Vergleich des jeweiligen Status von Bevölkerungszahl und Bevölkerungsstruktur hat große Veränderungen festgestellt.

Nunmehr soll der Versuch gemacht werden, die Ursachen dieser Veränderungen zu ermitteln.



*Bevölkerungsbewegung zwischen 1939 und 1946*

Letztlich entscheidenden Einfluß auf die Bevölkerungsbewegung hatte in dem Zeitraum zwischen 1939 und 1946 die große Wanderung von Ost nach West. Der Zustrom an Heimatvertriebenen (in der Sowjetzone offiziell als „Umsiedler“ bezeichnet) aus den Provinzen östlich der Oder und Neiße, aus der Tschechoslowakei und den übrigen Gebieten, die seit 1945 nicht mehr unter deutscher Verwaltung stehen, bewirkte eine Zunahme der Bevölkerungszahl sowohl in der Bundesrepublik als auch in der sowjetischen Zone. Insgesamt waren bis 1946 9,5 Millionen Personen (4,2 Millionen Männer und 5,3 Millionen Frauen) als Heimatvertriebene in die verbliebenen deutschen Gebiete zugewandert. Von den 17,3 Millionen Einwohnern der Sowjetzone im Jahre 1946 hatten 3,64 Millionen im Jahre 1939 ihren Wohnsitz in anderen Gebieten, und zwar vorwiegend im deutschen Osten. Unter diesen Heimatvertriebenen befanden sich 1,55 Millionen Männer und 2,1 Millionen Frauen. In das Bundesgebiet waren im gleichen Zeitraum 2,63 Millionen Männer und 3,24 Millionen Frauen geflüchtet. Die Bundesrepublik hatte damit — selbst unter Einschluß der Flüchtlinge aus der sowjetischen Zone (541 000 Männer und 479 900 Frauen) — zwar, absolut gesehen, einen größeren Zugang als die Sowjetzone, nicht aber relativ betrachtet.

Für die deutschen Gebiete insgesamt sind die 2,2 bis 2,3 Millionen Kriegsgefangenen, die sich 1946 noch außerhalb dieser Gebiete befanden<sup>1</sup>, bevölkerungsstatistisch als „Abwanderung“ zu werten. Von diesem Gesamtwert sind jedoch die etwa 0,3 Millionen Kriegsgefangenen abzusetzen, die nicht in den verbliebenen deutschen Gebieten beheimatet waren. Ihre Heimkehr bedeutet für das derzeitige deutsche Gebiet gegenüber 1939 eine echte Zuwanderung, der keine entsprechende Abwanderung vorausgegangen ist. So schließt 1946 die Wanderungsbilanz für die deutschen Gebiete nach Berücksichtigung dieser „Abwanderung“ von 2 Millionen mit einem Wanderungsgewinn von 7,5 Millionen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei den durch Gefangennahme „Abgewanderten“ die Zahl der weiblichen Kriegsgefangenen vernachlässigt werden kann. Infolgedessen weist die Wanderungsbilanz 1946 für die männliche Bevölkerung nur einen Gewinn von 2,2 Millionen aus, während für die weibliche Bevölkerung der oben erwähnte Zugang von 5,3 Millionen bleibt.

Für die Sowjetzone ist 1946 — entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil im Jahre 1939 — mit einer Ab-

wanderung von 515 000 Kriegsgefangenen zu rechnen. Die negative Seite der Wanderungsbilanz 1946 für die sowjetische Zone ist jedoch damit noch nicht abgeschlossen. 1946 wurden im Bundesgebiet 581 687 Personen gezählt, die 1939 ihren Wohnsitz im Gebiet der sowjetischen Zone hatten, als Evakuierte oder Wehrmachtentlassene aber nicht an ihren früheren Wohnort zurückgekehrt oder nach 1945 in das Bundesgebiet geflohen waren. Es handelt sich dabei um 308 300 Männer und 273 400 Frauen. Die Zahl der Ostdeportierten und Ostwanderer, die durch Zwang oder Vertrag bis Ende Oktober 1946 aus der sowjetischen Zone in die Sowjetunion verbracht worden waren, kann hier mangels zuverlässiger Unterlagen nicht besonders berücksichtigt werden.

Die Wanderungsbilanz der sowjetischen Zone ergibt demnach 1946 einen Nettogewinn von 2 545 300 Personen, darunter 728 200 Männer und 1 817 100 Frauen. Der Vergleich des jeweiligen Bevölkerungsstandes hatte für 1946 gegenüber 1939 nur eine Nettozunahme der Bevölkerungszahl um 2 157 000 Personen festgestellt. Das deutet bereits darauf hin, daß die Lebensbilanz 1946 negativ abschließt, einen Sterbeüberschuß aufweist. Im Bundesgebiet erschienen 1946 lediglich die 1 337 000 Kriegsgefangenen auf der negativen Seite der Wanderungsbilanz. Der Wanderungsgewinn betrug 5 562 500 Personen (männliche Bevölkerung 1 838 300, weibliche Bevölkerung 3 724 200). Ein Vergleich des Bevölkerungsstandes 1946 mit dem von 1939 deutet für das Bundesgebiet ebenfalls auf einen negativen Abschluß der Lebensbilanz hin.

Die Wanderungsbewegung bis 1946 verteilte sich bei der weiblichen Bevölkerung ziemlich gleichmäßig auf alle Altersgruppen. Für die männliche Bevölkerung zeigt die Wanderungsbilanz 1946, nach Altersgruppen gegliedert, ein anderes Bild. Die Kriegsgefangenen lassen die Wanderungsbilanz sowohl in der Sowjetzone als auch im Bundesgebiet zur negativen Seite neigen. In der Altersstruktur der Heimatvertriebenen treten die höheren Altersgruppen (über 50 Jahre) in der Sowjetzone stärker in Erscheinung als im Bundesgebiet. Entsprechendes gilt für die Sowjetzonenflüchtlinge.

Bereinigt man die Bevölkerungszahl um die Zahl der Zu- und Abgewanderten, so ergeben sich die biologischen Veränderungen aus Geburt, Alterung und Tod<sup>2</sup>. Für das Gebiet der Sowjetzone, das Bundesgebiet und Berlin insgesamt ergibt sich so für die

<sup>1</sup>) Nach einer Mitteilung von Walter Karsch (*Der Tagesspiegel* vom 1. Januar 1950) hatten die Westmächte im März 1947 noch 1 081 881 deutsche Kriegsgefangene in ihrer Gewalt. Nach einem Bericht Berliner Wohlfahrts- und Flüchtlingsbehörden (*Der Tagesspiegel* vom 18. Januar 1950) sind seit März 1947 1 131 328 Deutsche aus russischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden. Im Herbst 1953 kamen nochmals 5371. Noch befinden sich Kriegsgefangene in der Sowjet-

union. Mit ca. 11 000 besteht Verbindung. Ueber das Schicksal weiterer 87 000 seit November 1950 Verschollener besteht Ungewißheit; eine große Anzahl von ihnen wird nicht mehr am Leben sein (Bericht des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes in *Die Neue Zeitung* vom 17. Oktober 1953).

<sup>2</sup>) Da sie als Restwert ermittelt sind, wirken sich alle eventuellen Ungenauigkeiten der Wanderungsbilanz im Spiegelbild auf die Lebensbilanz aus.

Zeit von 1939 bis 1946 bei der männlichen Bevölkerung ein Sterbeüberschuß von 2,4 Millionen (Sowjetzone 0,8, Berlin 1,3, Bundesgebiet 0,3 Millionen); bei der weiblichen Bevölkerung ergibt sich dagegen ein Geburtenüberschuß von 0,5 Millionen. In den Alters-

gruppen macht sich in der Lebensbilanz 1946 bei der männlichen Bevölkerung der Verlust an Gefallenen in den mittleren Jahrgängen deutlich bemerkbar. Darüber hinaus jedoch war die Alterung der entscheidende Veränderungsfaktor.

### Analyse der Bevölkerungsbewegung 1946, 1950, 1952, 1953 im Gebiet der sowjetischen Zone und im Gebiet der Bundesrepublik

in 1 000

	Sowjetische Zone		insgesamt	Bundesrepublik		insgesamt
	männlich	weiblich		männlich	weiblich	
Bestand 1946 . . . . .	7 380	9 934	17 314	19 837	24 100	43 937
Veränderungen durch:						
Wanderungen						
Heimatvertriebene . . .	+ 323	+ 477	+ 800	+ 1 016	+ 897	+ 1 913
Kriegsgefangene . . .	+ 550	—	+ 550	+ 1 527	—	+ 1 527
Sowjetzonenflüchtlinge <sup>1</sup>	— 269	— 265	— 534	+ 269	+ 265	+ 534
Ostwanderer . . . . .	— 43	— 7	— 50	—	—	—
Verschiedenes <sup>2</sup> . . . . .			— 282			— 1 258
Geburt (+) oder Tod (—)	— 91	— 389	— 198	— 298	+ 83	+ 1 043
Gesamtveränderung . .	+ 470	— 184	+ 286	+ 2 514	+ 1 245	+ 3 759
Bestand 1950 . . . . .	7 850	9 750	17 600	22 351	25 345	47 696
Veränderungen durch:						
Wanderungen						
Heimatvertriebene . . .	—	—	—	+ 189	+ 193	+ 392
Sowjetzonenflüchtlinge <sup>1</sup>	— 181	— 160	— 341	+ 181	+ 160	+ 341
Verschiedenes <sup>3</sup> . . . . .						— 309
Geburt (+) oder Tod (—)	— 15	+ 62	+ 47	+ 150	+ 139	+ 598
Gesamtveränderung . .	— 196	— 98	— 294	+ 520	+ 492	+ 1 012
Bestand Ende 1952 . . .	7 654	9 652	17 306	22 871	25 837	48 708
Veränderungen durch:						
Heimatvertriebene . . .	—	—	—	—	—	+ 98
Sowjetzonenflüchtlinge <sup>1</sup>	—	—	— 145	—	—	+ 145
Verschiedenes <sup>4</sup> . . . . .						— 49
Geburt (+) oder Tod (—)	—	—	— 91	—	—	+ 91
Gesamtveränderung . .	— 144	— 92	— 236	+ 146	+ 140	+ 286
Bestand 30. Juni 1953 . .	7 510	9 560	17 070	23 017	25 977	48 994

<sup>1)</sup> Zugewanderte aus dem Gebiet der sowjetischen Zone und Berlin (mit Wohnsitz 1939 in der sowjetischen Zone und Berlin), nach der Statistik des Bundesgebietes.

<sup>2)</sup> Sowjetische Zone: Abzug nach Berlin, im Bundesgebiet nicht registrierte Sowjetzonenflüchtlinge, Abwanderung von Heimatvertriebenen und Kriegsgefangenen zuzüglich Sterbeüberschuß der Heimatvertriebenen. Bundesrepublik: Auslandsabwanderung, Korrektur für Doppelzählung beim Geburtenüberschuß der Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge sowie bei Kriegsgefangenen, die gleichzeitig Heimatvertriebene bzw. Sowjetzonenflüchtlinge sind.

<sup>3)</sup> Sowjetische Zone: Ausgleich für Wanderungsbewegungen. Bundesrepublik: Nettowanderungsgewinn nach Statistik des Bundesgebietes 404 000.

<sup>4)</sup> Sowjetische Zone: Ausgleich für Wanderungsbewegungen. Bundesrepublik: Nettowanderungsgewinn nach Statistik des Bundesgebietes 194 000.

Das negative Ergebnis der Lebensbilanz 1946 wird durch die Wanderungsbilanz überkompensiert. Während bei der männlichen Bevölkerung der positive Saldo der Wanderungsbilanz ungefähr den negativen der Lebensbilanz deckt, addieren sich bei der weiblichen Bevölkerung die positiven Salden beider Be-

wegungsbilanzen. In dieser zwischen der männlichen und weiblichen Bevölkerung auch in den Nettowerten verbleibenden Differenz zeichnen sich deutlich die für den Zeitraum 1939 bis 1946 wesentlichen Veränderungsursachen — Kriegsverluste und Zustrom von Heimatvertriebenen — ab.



*Bevölkerungsbewegung zwischen 1946 und 1950*

Auch in diesem Zeitraum war die Wanderungsbewegung die letztlich bestimmende Ursache für die Veränderungen der Bevölkerungszahl, und zwar für das gesamte derzeitige deutsche Gebiet. Die natürliche Bevölkerungsbewegung trat demgegenüber in den Hintergrund.

Zwar war der große Strom der Heimatvertriebenen bereits nicht mehr so stark. In die Sowjetzone wanderten aber von 1946 bis 1950 noch etwa 800 000 Personen ein, darunter 323 000 Männer und 477 000 Frauen. Die Altersgruppen der 14- bis 65jährigen sind unter den Zugewanderten relativ stärker vertreten als unter der Wohnbevölkerung insgesamt. Dasselbe gilt für die Altersgruppe bis zu 14 Jahren. Dagegen war ein relativ geringer Prozentsatz der Heimatvertriebenen über 65 Jahre alt. Unter den Heimatvertriebenen befanden sich 1950 weniger Männer als Frauen, sogar relativ zur Sexualproportion der Wohnbevölkerung der Sowjetzone von 1946. Die Heimkehr von rund 550 000 Kriegsgefangenen (1947: 205 000, 1948: 210 000, 1949: 135 000)<sup>3</sup> hatte mehr als einen Ausgleich erbracht. Die männliche Bevölkerungszahl erhielt dadurch 1950 gegenüber 1946 einen Zuwachs von 7,5 vH, der nun hauptsächlich den mittleren Jahrgängen zugute gekommen war.

Allerdings stand dieser Zuwanderung wiederum eine Abwanderung gegenüber. 1950 wurden im Gebiet der Bundesrepublik 534 000 Einwohner mehr gezählt als 1946, die 1939 ihren Wohnsitz in der sowjetischen Zone oder Berlin hatten. Obwohl in diesen Werten sowohl die Zuwanderung aus Berlin als auch das natürliche Wachstum der schon 1946 im Bundesgebiet ansässigen Sowjetzonenflüchtlinge enthalten ist, müssen sie wohl als Mindestwerte angenommen werden. Den geringfügigen Fehlern der Rechnung nach oben stehen sicher größere nach unten gegenüber. Dabei handelt es sich um nicht angemeldete Flüchtlinge, um Personen, die aus der Sowjetzone flohen, aber 1939 dort nicht ihren Wohnsitz hatten, flüchtende Heimatvertriebene oder rückkehrende Evakuierte sowie um die in Westberlin verbleibenden Flüchtlinge. Wie schon in der Zeit von 1939 bis 1946 haben auch von 1946 bis 1950 mehr Männer die Sowjetzone verlassen als Frauen; hierdurch konnte die durch die Heimkehr von Kriegsgefangenen bedingte Verschiebung der Sexualproportion nicht voll zur Auswirkung kommen. Die Kurve der Abwanderung aus der sowjetischen Zone ist von Jahr zu Jahr angestiegen, wenn auch der Verlauf in kürzeren Zeitabschnitten mehr oder weniger große Schwankungen aufgewiesen hat.

Abwanderungen und Zwangsverpflichtungen nach der Sowjetunion können mangels zuverlässiger Unterlagen nur mit sehr vorsichtig gegriffenen Werten schätzungsweise in die Wanderungsbilanz eingesetzt werden; es dürfte mit folgenden Größen zu rechnen sein:

Ostwanderer und Ostdeportierte

Jahr	männlich	weiblich	insgesamt
1947 . .	25 000	5 000	30 000
1948 . .	18 000	2 000	20 000
1949 . .	—	—	—

Unter Berücksichtigung dieser Größen schließt die Wanderungsbilanz der sowjetischen Zone 1950 vorläufig mit einer Zunahme der Bevölkerungszahl um 766 000 ab, männliche Bevölkerung + 561 000, weibliche Bevölkerung + 205 000.

Für diesen Zeitraum muß jedoch noch mit einer Abwanderung aus der sowjetischen Zone nach Ostberlin gerechnet werden, das mit wachsender Zentralisierung von Wirtschaft und Verwaltung Hauptstadtfunktionen für die „Deutsche Demokratische Republik“ übernommen hat. Das Ausmaß dieser Bewegung läßt sich zahlenmäßig schwer festlegen, jedoch ergibt sich — da für 1946 bis 1950 Unterlagen über die natürliche Bevölkerungsbewegung verfügbar sind — aus der Gegenüberstellung des bisher gefundenen Ergebnisses der Wanderungsbilanz (zuzüglich des Saldos der Lebensbilanz) und der Netto-Veränderung (nach den Volkszählungen von 1946 und 1950) für 1950 ein Restwert von —282 000. In diesem spiegelt sich nun keineswegs allein die Abwanderung nach Ostberlin wider, sondern auch diejenige nach Westberlin sowie von Heimatvertriebenen<sup>4</sup> und Kriegsgefangenen. Somit schließt 1950 die Wanderungsbilanz der Sowjetzone mit einem positiven Saldo von 484 000. Die Bevölkerungszahl des Bundesgebietes stieg zwischen 1946 und 1950 durch Wanderung um 1,9 Millionen, und zwar um eine größere Zahl von Männern als von Frauen. Ein Vergleich des Saldos der Wanderungsbilanz der deutschen Gebiete mit der Gesamtveränderung der Bevölkerungszahl nach dem Stand von 1950 weist auf die unterschiedlichen Salden der Lebensbilanz für die sowjetische Zone und das Bundesgebiet hin. In der sowjetischen Zone wurden in dem Zeitraum von 1946 bis 1950 ständig die Geburten durch die Sterbefälle überwogen. Die Geburtenrate lag unter der des Bundesgebietes, während die Sterblichkeit die des Bundesgebietes überstieg. Die niedrige Geburtenrate und die hohe Sterblichkeitsziffer wurden verur-

<sup>3</sup>) Der Schätzung liegen die in Anmerkung 1 angegebenen Werte zugrunde. Es wird angenommen, daß 1 081 881 deutsche Kriegsgefangene im Zeitraum von 1947 bis 1948 von den Westmächten repatriert und daß 1 131 328 deutsche Kriegsgefangene im Zeitraum von 1947 bis Ende 1949 aus der

Sowjetunion entlassen wurden, von denen schätzungsweise 550 000 in die sowjetische Zone heimgekehrt sind.

<sup>4</sup>) Da die nach dem 31. März 1949 erfolgte Zu- und Abwanderung von Heimatvertriebenen im Endergebnis als negativ anzunehmen ist.

sacht sowohl durch die Altersstruktur (Fehlen der mittleren Jahrgänge, starke Besetzung der höchsten Altersgruppen) als auch durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse (Ernährung, ärztliche Versorgung, Mangel an Medikamenten usw.) und nicht zuletzt auch durch die Unsicherheit der Lebenslage jedes einzelnen.

Zwischen 1946 und 1950 starben in der Sowjetzone mehr Männer als Frauen; da (wie normal) die männlichen Geburten die weiblichen überwogen, wurde jedoch in der gesamten Lebensbilanz die Sexualproportion zugunsten der männlichen Bevölkerung verschoben; allerdings lediglich bei den nachwachsenden Jahrgängen. Im Altersgefüge traten allerdings 1950 die nachwachsenden Jahrgänge trotz zunehmender Geburtenrate wegen des Zuwanderungsgewinns der mittleren Jahrgänge im Vergleich zu 1946 etwas mehr zurück.

Die bisher durchgeführte Analyse faßt die verschiedenen Veränderungen jeweils für den gesamten Zeitraum zusammen und erlaubt daher keinen Einblick in die Entwicklung der einzelnen Jahre. Bei einigen Bewegungen wurde dieser Verlauf bereits angedeutet. Hinzuzufügen ist, daß trotz des abnehmenden Sterbeüberschusses die sowjetische Zone bereits 1949 mit 17,89 Millionen die höchste Bevölkerungsziffer erreicht hatte. In der kurzen Zeitspanne von 1949 bis zum 31. August 1950 sank diese mit 17,60 Millionen unter den Stand von 1947 (17,63 Millionen); 1948 betrug sie 17,88 Millionen. Dieser Verlauf ist wesentlich durch die Wanderungen bedingt. Der Strom aus dem Osten war 1946/47 am stärksten, Kriegsgefangene kehrten hauptsächlich 1947 und 1948 heim; dies führte anfangs trotz des hohen Sterbeüberschusses zu einer schnellen Zunahme der Bevölkerungszahl. Dann aber vermehrte sich die Abwanderung nach der Bundesrepublik und nach Berlin; da sie nicht mehr durch Zuwanderung überdeckt und auch nicht durch ein natürliches Wachstum ausgeglichen wurde, nahm die Bevölkerungszahl ab. Das Altersgefüge verschob sich dabei zuungunsten der mittleren Jahrgänge und die Sexualstruktur zugunsten der Frauen.

Die Bevölkerung des Bundesgebietes hatte in dem Zeitraum von 1946 bis 1950 einen natürlichen Zuwachs der Bevölkerungszahl von netto rund 1 Million. Die Geburtenrate lag über derjenigen der sowjetischen Zone, die Sterbeziffer darunter. Altersgefüge und Sexualstruktur — durch die Wanderungsbewegung gegenüber dem durch Kriegsverluste für die gesamte deutsche Bevölkerung bedingten Maß günstiger gestaltet — sowie die aufsteigende wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Lebenslage jedes einzelnen wirkten in der Bundesrepublik in entgegengesetzter Richtung wie die Verhältnisse in der sowjetischen Zone. Die positiv abschließende Lebensbilanz fügt sich dem positiven

Saldo der Wanderungsbilanz an und führt so zwischen 1946 und 1950 zu einer Zunahme der Bevölkerungszahl um 3,8 Millionen.

#### *Bevölkerungsbewegung zwischen 1950 und Mitte 1953*

Für die sowjetische Zone zeigt sich auch in diesen Jahren, daß der Saldo der Wanderungsbilanz die Richtung der Bevölkerungsentwicklung bestimmte, während in der Bundesrepublik gleichzeitig das Schwergewicht auf der natürlichen Bevölkerungsbewegung lag.

Der Zustrom von Heimatvertriebenen hat nun praktisch aufgehört, ebenso fehlten in diesem Zeitraum die Heimkehrer. Teilweise kamen Ostwanderer („Spezialisten“) nach Ablauf ihrer Arbeitsverträge aus der Sowjetunion in die sowjetische Zone zurück. Dabei handelte es sich aber keineswegs um Massenerscheinungen. Viel umfangreicher war die Abwanderung aus der sowjetischen Zone in das Bundesgebiet. Mindestens 341 000 Personen haben im Zeitraum von 1950 bis 1952 die sowjetische Zone verlassen, darunter 181 000 Männer und 160 000 Frauen. Bei der weiblichen Bevölkerung verbleibt bei einem Vergleich der Gesamtveränderung mit der Wanderungsbilanz ein positiver Saldo von 62 000, der auf ein natürliches Wachstum, eine positive Lebensbilanz hindeuten kann. Die Sterblichkeit ist in der Sowjetzone zurückgegangen, und es darf vermutet werden, daß die Geburtenrate seit 1950 nicht gesunken, sondern gestiegen ist. Der entsprechende Ausgleichsaldo der männlichen Bevölkerung ist mit 15 000 negativ. Hier wird die Lebensbilanz, die ebenfalls mindestens ausgeglichen und wahrscheinlich positiv ist, noch überdeckt von einer verstärkten Abwanderung. Die Abwanderung aus der sowjetischen Zone hat einerseits wieder zu einer Verschiebung der Sexualproportionen zugunsten der Frauen geführt, andererseits wurde das Altersgefüge in den mittleren Jahrgängen erneut gestört, nachdem die Heimkehr von Kriegsgefangenen die Bevölkerungszahl dieser Altersgruppe wieder etwas verstärkt hatte.

Im Bundesgebiet stand in der Zeit von 1950 bis 1952 dem Wanderungsgewinn von netto 404 000 der Geburtenüberschuß von 598 000 zur Seite. Die Bevölkerungszahl hat um 2,1 vH zugenommen, die Zahl der männlichen Bevölkerung um 2,3 vH, die der weiblichen um 1,9 vH.

Im ersten Halbjahr 1953, insbesondere in den ersten Monaten, setzte mit der Verschärfung der Politik des „Uebergangs zum Sozialismus“ mit der Ausschaltung aller unerwünschten Kräfte (selbständige Bauern, Handwerker, Gewerbetreibende usw.) und mit dem Ausbaur der „Volkspolizei“ eine Massenflucht aus der sowjetischen Zone ein, die jegliche natürliche Bevölkerungsbewegung, soweit sie einen positiven Saldo zu verzeichnen hätte, weit überdeckt. Der Um-



fang dieser Massenflucht wird nicht allein durch die Zunahme der Zugewanderten im Bundesgebiet (145 000) wiedergegeben, da vielfach die Weiterleitung aus Westberlin noch nicht innerhalb des ersten Halbjahres 1953 abgeschlossen war. So ergibt sich über die 145 000 hinaus noch ein negativer Saldo von 91 000; die Gesamtveränderung liegt also bei —236 000 (männliche Bevölkerung —144 000, weibliche Bevölkerung — 92 000).

Hier ist der Ansatzpunkt für eine kritische Betrachtung der offiziellen Angaben über die Altersstruktur der sowjetzonalen Bevölkerung am 30. Juni 1953. Die Abwanderung war im ersten Halbjahr 1953 die wesentliche Ursache der Bevölkerungsbewegung. Da unter den Flüchtlingen der Anteil der älteren Personen als sehr niedrig anzunehmen ist, erscheint es kaum glaubhaft, daß Mitte 1953 die Zahl der Männer über 60 Jahre gegenüber 1946 um 26,8 vH zurückgegangen war, zumal die Zahl der Männer über 65

Jahre 1950 noch 101,7 vH von 1946 betragen hatte. Ein Ausfall durch den Tod ist in diesem Ausmaß nicht zu vermuten. Desgleichen fehlt es für diese Jahrgänge auch nicht an Zuwachs durch Alterung. Entsprechendes gilt für die hohe Besetzung der Altersgruppe von 20 bis unter 40 Jahre. Ohne weiteres Vergleichsmaterial erscheint es nicht möglich, zu eindeutigen Erkenntnissen zu gelangen. Für 1954 ist eine Bevölkerungszählung in der sowjetischen Besatzungszone vorgesehen, weil beispielsweise die neue Aufteilung in Bezirke zu Schwierigkeiten in der Fortschreibung geführt hat. Da die Altersgruppierung bei Volkszählung und Fortschreibung differiert, können auch hier Fehler im Material vermutet werden.

Im Bundesgebiet war infolge des Flüchtlingsstromes aus der Sowjetzone im ersten Halbjahr 1953 der Saldo der Wanderungsbilanz mit + 194 000 größer als der Saldo der Lebensbilanz mit + 91 000. Das Bevölkerungswachstum hielt weiter an.

### Zusammenfassung

Die gesamte deutsche Bevölkerung hat durch den Krieg schwere Verluste erlitten, die sich insbesondere in der Sexualstruktur und im Altersgefüge bemerkbar machen. Die Zusammendrängung im derzeitigen deutschen Gebiet, der Zustrom der Heimatvertriebenen ändern grundsätzlich nichts, weder an der Abnahme der deutschen Bevölkerung insgesamt noch an den Verschiebungen ihrer Struktur.

So ist aber lediglich die Ausgangssituation zu beurteilen. Entscheidende Unterschiede bestehen in der regionalen Verteilung auf die deutschen Gebiete. Schon im Zustrom der Heimatvertriebenen verbleiben relativ mehr alte Leute in der sowjetischen Zone, während unter den im Bundesgebiet aufgenommenen die mittleren Jahrgänge eine größere Rolle spielen. Der Anteil der Heimatvertriebenen an der jetzigen Bevölkerung ist dabei in der sowjetischen Zone größer als im Bundesgebiet. Von den entlassenen Kriegsgefangenen wählt ein großer Teil der Heimatvertrie-

benen und der ehemaligen Einwohner der sowjetischen Zone das Bundesgebiet als neue Heimat. So trifft die Bevölkerung der sowjetischen Zone — im Verhältnis zum Bundesgebiet — ein neuer Verlust. Darüber hinaus hält die Abwanderung aus der sowjetischen Zone an. Alle Altersgruppen sind unter den Sowjetzonenflüchtlingen („Republikflüchtige“) vertreten, jedoch liegt das Schwergewicht auf den mittleren Jahrgängen. Die Wanderungsbilanz zeigt für die sowjetische Zone nach Aufhören des Zustroms von Heimatvertriebenen und von entlassenen Kriegsgefangenen seit 1950 einen negativen Saldo, im Gegensatz zu dem ständig positiven für das Bundesgebiet. Dieser negative Saldo wird durch den Ausgleich oder positiven Abschluß der Lebensbilanz, die bis 1950 stets negativ war, keineswegs aufgewogen, so daß die Bevölkerungszahl der sowjetischen Zone seit 1950 ständig abnimmt, während die des Bundesgebietes stetig wächst, wobei das natürliche Wachstum an Bedeutung gewinnt.

## Wissenschaftspolitik in den Volksdemokratien

Die Prager Akademie der Wissenschaften als Beispiel wissenschaftlicher Gleichschaltung  
nach sowjetischem Muster

Von Dr. Helmut Slapnicka

In seiner Rede über die Arbeit der Partei auf ideologischem, massenpolitischem und organisatorischem Gebiet vor dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei am 3. Dezember 1953 kritisierte der Erste Sekretär der Partei, Anton Novotný, die Rückständigkeit der Gesellschaftswissenschaften, vor allem der Philosophie, der politischen Oekonomie, der Pädagogik und der Staats- und Rechtswissenschaften. Die raschestmögliche Heranbildung einer ausreichenden Zahl junger, hochqualifizierter, weltanschaulich gefestigter und schöpferischer wissenschaftlicher Arbeiter sei die vordringlichste Aufgabe der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften und der Partei-Hochschule des Zentralkomitees der KPČ.

Diese mißbilligenden Worte aus dem Munde eines der höchsten Parteifunktionäre lassen es verständlich erscheinen, daß kurz vorher der erste Jahrestag der Gründung der Akademie der Wissenschaften kaum erwähnt wurde, während ein Jahr zuvor die Gründung selbst mit einem außergewöhnlichen Propagandaaufwand angekündigt worden war.

### *Aufbau und Gliederung der Akademie*

Als die dritte Säule einer sozialistischen Entfaltung von Wissenschaft und Kultur neben dem Schulgesetz und dem Hochschulgesetz hat der damalige stellvertretende Ministerpräsident der Tschechoslowakei, Zdeněk Fierlinger, das Gesetz über die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften bezeichnet, das am 29. Oktober 1952 dem Prager Parlament vorgelegt und von ihm einstimmig angenommen wurde.

Zum Präsidenten der Akademie wurde vom Staatspräsidenten mit Entschluß vom 12. November 1952 Minister Universitätsprofessor Zdeněk Nejedlý (geb. 1878) ernannt, Träger des Leninordens, des Ordens für die Errichtung der sozialistischen Heimat und des Staatspreises für Wissenschaften, ehemaliger Minister für Arbeitsschutz und soziale Fürsorge sowie für Schulwesen und Volkskultur, stellvertretender Ministerpräsident, Vorsitzender des Slawischen Komitees, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR usw.

Sein erster Stellvertreter ist Dr. Wilhelm Laufberger (geb. 1890), Universitätsprofessor für Physiologie in Prag, zweiter Stellvertreter Dr. Jaroslav Böhm, Dozent für Vorgeschichte und Geschichte der Frühzeit sowie Direktor des Archäologischen Instituts in Prag, Generalsekretär der Akademie Universitäts-

professor Dr.-Ing. Franz Šorm, Direktor des Instituts für organische Chemie und Staatspreisträger.

Die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften, deren konstitutionelle Plenarsitzung am 18. November 1952 in der Aula des Carolinums in Prag stattfand, soll in allen theoretischen und angewandten Wissenschaften eine planmäßige und organisierte Arbeit leisten; sie ist in acht Sektionen gegliedert:

- I. *Mathematisch-physikalische Wissenschaften:*  
Vorsitzender: Universitätsprofessor Dr. Adalbert Jarník, Prorektor der Prager Universität und Staatspreisträger;
- II. *Geologisch-geographische Wissenschaften:*  
Vorsitzender: Dr. Franz Slavík, Universitätsprofessor;
- III. *Chemische Wissenschaften:*  
Vorsitzender: Dr. Rudolf Brdička, Universitätsprofessor;
- IV. *Biologische Wissenschaften:*  
Vorsitzender: Universitätsprofessor Dr. Ivan Málek, Direktor des Biologischen Instituts, Staatspreisträger;
- V. *Technische Wissenschaften:*  
Vorsitzender: Dr.-Ing. Theodor Ježdík, Hochschulprofessor;
- VI. *Philosophisch-historische Wissenschaften:*  
Vorsitzender: Dr. Zdeněk Wirth, Kunsthistoriker, 1918—1938 Sektionschef im Unterrichtsministerium, Vorsitzender der Kommission zur Sicherung von Kunstgegenständen aus „Konfiskaten“;
- VII. *Wirtschaft und Recht:*  
Vorsitzender: Dr. Anton Hobza (geb. 1876), 1908 Dozent für Kirchenrecht, seit 1917 ordentlicher Professor für Völkerrecht, Prag;
- VIII. *Sprache und Literatur:*  
Vorsitzender: Dr. Franz Trávníček (geb. 1887), Professor für tschechische Grammatik und Rektor der Universität Brünn, Dekan der Pädagogischen Fakultät, Abgeordneter der KPČ, Staatspreisträger.

Jeder dieser Sektionen sind Institute angeschlossen, daneben bestehen für die technischen und Naturwissenschaften Laboratorien und für die Gesellschaftswissenschaften Kabinette. Sie werden von Fachkommissionen geleitet, denen außer Mitgliedern der Akademie auch Fachleute aus der Produktion oder



Verwaltung und Vertreter der Hochschulen angehören. Gemeinsame Einrichtungen der Akademie sind die Bibliothek, das Archiv, der Verlag und die Kommission für die Aspirantur, deren Aufgabe die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist.

Die Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften ist an die Stelle der Böhmisches Akademie der Wissenschaften und Künste, der Königlichen Gelehrten Gesellschaft, der Masaryk-Akademie der Arbeit und des Nationalen Forschungsrates getreten. Ihr wurden alle bestehenden wissenschaftlichen Institute (wie das Archäologische oder das Orientalische Institut), Laboratorien, Stationen, Observatorien, Bibliotheken und sonstigen wissenschaftlichen Forschungsstellen eingegliedert oder angeschlossen.

Das Gesetz sichert den Mitgliedern der Akademie, deren Zahl von der Regierung bestimmt wird, ein Monatseinkommen zu, das sie der Notwendigkeit enthebt, aus Existenzgründen einen anderen Beruf auszuüben oder auch nur Vorlesungen an Hochschulen zu halten. Sie führen — nach sowjetischem Vorbild — den Titel „Akademiker“, der heute in der Tschechoslowakei eine andere, weit engere Bedeutung hat als früher. Bei der Errichtung der Akademie wurden vom Präsidenten der Republik außer dem Vorsitzenden, seinen Stellvertretern und den Sektionsvorsitzenden 43 ordentliche Mitglieder der Akademie ernannt, die in ihrer ersten Sitzung einstimmig die gleiche Zahl von korrespondierenden Mitgliedern wählten. Am ersten Jahrestag der Gründung wurde von den technischen und naturwissenschaftlichen Sektionen eine Zahl weiterer Akademiker hinzugewählt.

Das Gesetz über die Tschechoslowakische Akademie verleiht der Akademie das Recht, den Titel eines Kandidaten oder eines Doktors zu verleihen. Zur Vorbereitung hierauf sind, gleichfalls nach sowjetischem Vorbild, die sogenannten „wissenschaftlichen Aspiranturen“ vorgesehen, wie sie auch an den Hochschulen bestehen. Bewerber um die Stelle eines wissenschaftlichen Aspiranten\*) dürfen höchstens 40 Jahre alt sein und müssen nachweisen, daß sie der volksdemokratischen Republik ergeben sind. Hochschulstudium ist nicht unbedingt Voraussetzung, die Fähigkeit zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit und das Wissen eines Hochschulabsolventen können auch auf andere Weise nachgewiesen werden. Die Aufnahmeprüfung besteht aus einer Fachprüfung, einer Prüfung aus dem Gebiet des Marxismus-Leninismus und einer Prüfung aus der russischen Sprache.

#### *Die Akademie als Instrument des Staates und der Partei*

Staatspräsident Zápotočský, damals noch Ministerpräsident, hat in seiner Ansprache anlässlich der

\*) Am 1. Januar 1954 gab es in der Tschechoslowakei 1296 wissenschaftliche Aspiranten, davon 712 an Hochschulen, 242 an den wissenschaftlichen Akademien, die restlichen an Forschungsinstituten der einzelnen Ministerien.

Eröffnung der Akademie Richtlinien für ihre Tätigkeit aufgestellt:

1. Verbindung von Wissenschaft und Praxis;
2. Anknüpfen an die fortschrittliche Tradition der tschechischen Wissenschaftler in der Vergangenheit, von denen viele Forscher von Weltruf waren;
3. Auswertung der Erfahrungen der Sowjetwissenschaft.

Er unterstrich das Interesse, das die volksdemokratische Staatsführung der Wissenschaft entgegenbringt, bezeichnete die Wissenschaft als die Grundlage des Sozialismus und führte dazu wörtlich aus: „Der Sozialismus ist aus der Wissenschaft hervorgegangen und baut bewußt auf der Wissenschaft auf. Nur so kann er die alte Gesellschaftsordnung umgestalten, die Natur beherrschen und die Bedingungen für ein besseres Leben der Menschheit schaffen.“

Der erste Präsident der Akademie, Zdeněk Nejedlý, befaßte sich mit der Aufgabe der Wissenschaft in der kapitalistischen und der sozialistischen Welt und zeigte, wie die Akademie dazu beitragen müsse, daß auch die tschechische Wissenschaft aus der kapitalistischen Vergangenheit in eine sozialistische Zukunft gelange: „Wir wollen nicht nur erkennen — damit hat sich die bourgeoise Wissenschaft zufrieden gegeben —, wir wollen die Dinge deswegen erkennen, um sie ändern zu können.“

Der Leitartikel des *Rudé Právo* vom 16. November 1952 verlangt von der Akademie, die eine lebendige, tatenfrohe und schöpferische Akademie werden müsse, wenn sie die Hoffnungen und das Vertrauen des Volkes nicht enttäuschen soll, daß sie volksfeindliche Einflüsse, pseudowissenschaftliche Ideologien und schädlichen Dogmatismus von der Wissenschaft fernhalte, daß sie die Forscher mit der einzigen wirklichen Philosophie des dialektischen Materialismus, den Lehren des Marxismus-Leninismus, vertraut mache und die Wissenschaft befähige, sich von allen Einflüssen des Kosmopolitismus, des bourgeoisen Nationalismus, des Objektivismus, Idealismus, Agnostizismus, einer bloßen Tatsachenbeschreibung und Skepsis zu befreien, die die schöpferischen Kräfte der Wissenschaft drosseln.

Anknüpfend an die Worte Zápotočskýs und Nejedlýs über die nationale Tradition der tschechischen Forschung verlangt das *Rudé Právo* von der Akademie, daß sie alle „die starken Strömungen unseres nationalen wissenschaftlichen Denkens erneuere, mit denen unsere Wissenschaft die Wissenschaft der Welt bereichert hat, die aber durch unsere kosmopolitische Bourgeoisie beschmutzt und mit Stillschweigen übergangen werden“. Die Vertreter der tschechischen Forschung, auf die sich heute die Tschechoslowakei beruft, hat Minister Štoll in seiner weiter unten zitierten Rede aufgezählt: Comenius, Do-

brovský, Palacký, Šafarik, Procházka, Gebauer, Purkyně.

Keineswegs die „reine Wissenschaft“ — so wird übereinstimmend versichert — sei das Ziel der neuen Akademie, sie wolle vielmehr, wie es in einem Begrüßungstelegramm an den Staatspräsidenten Gottwald formuliert wurde, „ein treuer Mitkämpfer des arbeitenden Volkes in seinem Kampf um den sozialistischen Aufbau der Tschechoslowakei und um die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt“ werden.

Gottwald hat die Bedeutung und den Wert der Akademie für den Staat mit folgenden Worten anerkannt: „Der Volkstaat, der die Entwicklung der Gesellschaft beschleunigen und schnell und planmäßig ihr wissenschaftliches und sittliches Niveau heben will, benötigt so dringend wie Salz eine hochqualifizierte Intelligenz aller Fachgebiete.“

### *Die Gleichschaltung der Wissenschaft*

Am 15. Januar 1952 hatte der Ministerrat eine Kommission zur Vorbereitung einer Akademie der Wissenschaften eingesetzt, an deren Spitze Professor Štoll, der Rektor der Hochschule für Politik, nachmalige Hochschulminister und jetzige Minister für Schulwesen, stand. Aufgabe dieser Kommission war nicht nur die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes und die Auswahl der Mitglieder der Akademie, sondern auch eine ideologische Vorbereitung der Arbeit der künftigen Akademie. Gab doch die weltanschauliche Haltung mancher Hochschulprofessoren noch Anlaß zu Unzufriedenheit und Kritik: „Unter unseren verdienten Wissenschaftlern“, so sagte Minister Štoll, „gibt es noch einzelne, die wegen der Beschränkung auf ihr enges Fachgebiet die Frage der staatsbürgerlichen Haltung eines wissenschaftlichen Arbeiters nicht zu Ende gedacht haben.“

Man glaubte daher, noch vor Errichtung der Akademie eine „ideologische Konferenz“ abhalten zu sollen, um damit den inzwischen erreichten Stand auf dem Gebiet der weltanschaulichen Ausrichtung von Wissenschaft und Forschung in aller Öffentlichkeit vorzuführen, dem eigenen Volk wie dem Ausland. Die Konferenz fand in Brünn zwischen dem 27. Februar und dem 1. März 1952 statt; an ihr hatten die wissenschaftlichen Kräfte der Hochschulen, der zahlreichen staatlichen Forschungsinstitute und der wissenschaftlichen Organisationen teilzunehmen. Endlich konnte man auch einmal auf wissenschaftlichem Gebiet mit Zahlen imponieren: 900 Teilnehmer, 136 Diskussionsbeiträge!

Thema der Konferenz war der Kampf gegen den Kosmopolitismus und Objektivismus auf allen Gebieten der Wissenschaft. Als Motto hatte man den Ausspruch Präsident Gottwalds gewählt: „Der Kampf gegen den Kosmopolitismus muß Angelegenheit unseres ganzen Volkes sein“, und als zweiten Leitspruch die Worte des Dichters Jan Neruda: „Unsere

Kultur kann nur dann eine Weltkultur sein, wenn sie eine nationale Kultur ist.“

„Kosmopolitismus, proletarischer Internationalismus und sozialistischer Patriotismus“ war das Thema, über das einleitend Informationsminister Kopecký sprach, anschließend referierte Staatspreisträger Rektor Štoll über die Gefahren des Objektivismus.

Nicht minder aufschlußreich als die Themenstellung der Hauptreferenten ist die Gliederung der Diskussion in vier Arbeitsgruppen: Die erste umfaßt die Gesellschaftswissenschaften; hierher wurden die Vertreter der Lehrstühle für Marxismus-Leninismus, die Fachleute für Wirtschaftswissenschaften, für Geschichte und Sprachwissenschaft gerechnet. Die zweite Gruppe bildeten die Naturwissenschaftler und Techniker, die dritte die Mediziner und die vierte Gruppe die Militärwissenschaftler, nämlich die Militärtechniker, die Militärmediziner, die politischen Forscher sowie die Kommandeure und Lehrer der Militärhochschulen.

Es ist erstaunlich, wie es den meisten Vortragenden gelungen ist, auf ihrem Fachgebiet einen Beitrag zum Zentralthema zu leisten. So sprach der Generalsekretär des Staatskomitees für Hochschulen über Marxismus-Leninismus als Grundlage für die Entwicklung der Naturwissenschaften und der Technik, der Rektor der Janáček-Akademie der musischen Künste über Kosmopolitismus in der Musik, der Dekan der naturwissenschaftlichen Fakultät der Masaryk-Universität über Kosmopolitismus in der tschechoslowakischen Geologie. Dozent Spalek referierte über den Mißbrauch der Medizin in der kapitalistischen Gesellschaft, Divisionsgeneral Hruška über den Vorsprung der sowjetischen Militärwissenschaften gegenüber den bourgeoisen militärischen Doktrinen, Professor Husa über die kosmopolitischen und bourgeoisen objektivistischen Tendenzen in der Deutung der böhmischen Geschichte, der Prorektor der Bergakademie in Mährisch-Ostrau schließlich über Dialektik in der Metallurgie.

### *Die Vorläufer der heutigen Akademie*

Mit den Vorarbeiten zur Errichtung der neuen Akademie setzte eine heftige Kritik an der Tätigkeit der bisherigen Böhmisches Akademie der Wissenschaften und Künste ein. Besonders die unzulängliche Aufteilung der Fachgebiete in drei Klassen, nämlich eine für Philosophie, Recht und Geschichte, eine für Mathematik, Naturwissenschaften und Medizin und eine dritte, philologische, wurde bemängelt. Minister Nejedlý, obwohl selbst ihr Präsident, erhob in seiner Zeitschrift *Var* schwere Vorwürfe gegen sie: Aus dem Milieu des reich gewordenen Bürgertums entstanden, vom Volk durch hohe Schranken getrennt, unter Kaiser Franz Josef errichtet, seit 1918 unter den reaktionären Regierungen nur noch mehr verbürgerlicht, habe sie abseits jeden wissenschaft-



lichen Forschungsbetriebes gestanden. „Die Spitzen der Behörden, der Erzbischof, die Generalität, aber nirgends Volk“, so charakterisiert Minister Nejedlý die Veranstaltungen der Böhmisches Akademie der Wissenschaften und Künste und vergleicht damit den Jubel und die Begeisterung, mit der in Moskau das Volk bei der 200-Jahr-Feier der dortigen Akademie die Gelehrten feierte. Aber Nejedlý kennt die Mentalität seiner Landsleute zu gut, als daß er sich darauf beschränken würde, sich lediglich auf das sowjetische Vorbild zu berufen. Nein, die neue Prager Akademie der Wissenschaften knüpft ausdrücklich an die Tradition der Königlichen Gelehrten Gesellschaft an, die um 100 Jahre älter ist als die Böhmisches Akademie der Wissenschaften und Künste und zwei Menschenalter älter als die Kaiserliche Akademie in Wien. Ihr verleiht Nejedlý das Prädikat „fortschrittlich“, sie hat nach seinen Worten schon vor mehr als 150 Jahren alle Zweige des öffentlichen Lebens, die Entwicklung der Technik und den Fortschritt der Wissenschaft entscheidend beeinflußt, sie war von modernem Geist durchdrungen und von einer geradezu überraschenden Kühnheit. Nejedlýs persönliche Vorliebe für diese Königlich Böhmisches Gelehrte Gesellschaft wird freilich verständlich, wenn man weiß, daß er selbst 1903 zu ihrem außerordentlichen Mitglied ernannt wurde und damit als 25-jähriger das jüngste Mitglied einer gelehrten Gesellschaft Europas war. Es macht ihm nichts aus, was sich außer ihm heute wohl niemand getrauen dürfte, die Gründer und ersten Mitglieder als hervorragende Gelehrte, als moderne und kritische Wissenschaftler, als Erzieher ganzer Generationen namentlich zu feiern: neben *Bolzano* den tiefgläubigen Priester *Dobrovsky*, den Jesuiten *Tessanek*, den Piaristen *Dobner*, den Prämonstratenser *Unger*, neben den Tschechen *Pelcl* und *Procházka* den Siebenbürger Sachsen Baron *Born*, den Jesuiten westfälischer Abstammung *Stepling*.

#### *Schwesterinstitute der Akademie der Wissenschaften*

Johann Ev. *Purkyně*, der große tschechische Physiologe, der in einer vor fast 100 Jahren erschienenen Broschüre seine Gedanken über eine Akademie der Wissenschaften niedergelegt hat, stellte darin die Forderung auf, daß eine solche Akademie drei Aufgaben dienen müsse: der Forschung, der Publikation und der Popularisierung. Diese letzte Aufgabe will auch die neue Akademie der Wissenschaften nicht vernachlässigen, in erster Linie aber wurde zu diesem Zweck eine eigene Institution errichtet, nämlich die „Tschechoslowakische Gesellschaft zur Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse.“

Aber auch auf rein wissenschaftlichem Gebiet ist die tschechoslowakische Akademie nicht das, worauf ihre Bezeichnung als gesamtstaatliche zentrale wissenschaftliche Institution schließen ließe. Neben ihr

wurde eine neue „Slowakische Akademie der Wissenschaften“ mit dem Sitz in Preßburg errichtet. Das Verhältnis zwischen beiden Akademien ist ähnlich gedacht wie das zwischen der allstaatlichen Akademie der UdSSR und den Akademien der Unionsrepubliken.

Weitere Schwierigkeiten ergaben sich mit den medizinischen und landwirtschaftlichen Fächern, deren große praktische Bedeutung den Rahmen einer Sektion der Akademie sprengen würde. Es wurde bereits von der Regierungskommission für die Vorbereitung der Akademie vorgeschlagen, eine eigene medizinische und eine landwirtschaftliche Akademie ins Leben zu rufen. Bisher wurde dieser Plan nur für die Landwirtschaft verwirklicht.

Die „Tschechoslowakische Akademie der landwirtschaftlichen Wissenschaften“ eröffnete am 12. Januar 1953 mit einem Festakt ihre Tätigkeit. Sie ist ebenso wie die Akademie der Wissenschaften berechtigt, den Doktor- und Kandidatentitel zu verleihen. Sie gliedert sich in vier Sektionen, und zwar für Pflanzenproduktion, für Tierzucht, für Mechanisierung und Organisation der Landwirtschaft sowie für sozialistische landwirtschaftliche Produktion. Ihr sind fünf Institute angeschlossen, und zwar je eines für jede Sektion und ein fünftes für Futtermittelerzeugung und -untersuchung.

Vorsitzender der Landwirtschaftlichen Akademie ist Staatspreisträger Ing. Dr. Anton *Klěčka*, Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Prag, sein erster Stellvertreter Dr. med. vet. I. *Brauner*, Direktor des Staatsunternehmens *Bioveta* in Preßburg, zweiter Stellvertreter das korrespondierende Mitglied J. *Foltýn* und Generalsekretär das korrespondierende Mitglied V. *Rybáček*.

Auf Vorschlag des Landwirtschaftsministeriums wurden von der Regierung weitere neun ordentliche Mitglieder (Akademiker) ernannt, ferner 27 korrespondierende Mitglieder.

Die Slowakische Akademie der Wissenschaften, deren Notwendigkeit neben einer gesamtstaatlichen tschechoslowakischen Akademie mit der besonders stürmischen Entwicklung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Slowakei in den letzten fünf Jahren begründet wird, wurde am 18. Juli 1953 vom Slowakischen Nationalrat errichtet. Der Rat der Beauftragten ernannte am 23. Juni zwölf ordentliche Mitglieder (Akademiker), die am 9. November 1953 weitere fünf ordentliche und 21 korrespondierende Mitglieder hinzuwählten. Zum Vorsitzenden der Slowakischen Akademie der Wissenschaften wurde Andreas *Pavlik*, zu seinem ersten Stellvertreter Dionysius *Blaškovič* und zu seinem zweiten Stellvertreter Josef *Čabelka* ernannt, zum Vorsitzenden der Sektion für Gesellschaftswissenschaften Igor *Hrušovský*, für Biologie und Medizin Ivan *Stanek*, für Landwirtschaft Ivan *Brauer*, für Mathematik und Naturwissenschaften Josef *Vašatka* und für Technik Josef *Čabelka*.

## Dokumente zum Abschluß der Berliner Viermächtekonferenz 1954

### Schlußkommuniqué der vier Außenminister vom 18. Februar 1954

Eine Konferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Sowjetunion, John Foster Dulles, Georges Bidault, Anthony Eden und Wjatscheslaw Molotow, fand vom 25. Januar bis zum 18. Februar 1954 in Berlin statt. Sie erzielten die folgenden Uebereinkommen:

a) Die Außenminister der Vereinigten Staaten, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die in Berlin zusammengekommen sind,

in der Ueberlegung, daß die Errichtung eines vereinigten und unabhängigen Korea durch friedliche Mittel ein wichtiger Faktor in der Verminderung internationaler Spannungen und in der Wiederherstellung des Friedens in andern Teilen Asiens sein würde,

schlagen vor, daß eine Konferenz von Vertretern der Vereinigten Staaten, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Chinesischen Volksrepublik, der Koreanischen Republik (Süd), der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (Nord) und der anderen Länder, deren Streitkräfte an den Feindseligkeiten in Korea teilgenommen haben und die an dieser Konferenz teilzunehmen wünschen, in Genf am 26. April zusammentreten soll mit dem Ziel, eine friedliche Regelung der Korea-Frage zu erreichen,

kommen überein, daß das Problem der Wiederherstellung des Friedens in Indochina ebenfalls auf der Konferenz erörtert werden soll, zu der Vertreter der Vereinigten

Staaten, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Chinesischen Volksrepublik und anderer interessierter Staaten eingeladen werden.

Es wird festgestellt, daß weder die Einladung zur oben genannten Konferenz noch ihre Abhaltung als diplomatische Anerkennung in irgendeinem Falle betrachtet werden soll, in dem diese noch nicht erfolgt ist.

b) Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, überzeugt davon, daß die Lösung internationaler Streitigkeiten, die für die Errichtung eines dauerhaften Friedens notwendig ist, durch ein Uebereinkommen über Abrüstung oder wenigstens über eine beträchtliche Herabsetzung der Rüstungen wesentlich erleichtert würde, werden dementsprechend einen Meinungsaustausch vornehmen, um zu einer erfolgreichen Lösung dieses Problems zu gelangen, wie es in § 6 der Resolution der Vereinten Nationen vom 28. November 1953 vorgesehen ist.

Die vier Minister hatten einen vollständigen Meinungsaustausch über die deutsche Frage, die Probleme der europäischen Sicherheit und über die österreichische Frage; sie waren jedoch nicht imstande, sich in diesen Fragen zu einigen.

Quelle: *The New York Times* vom 19. Februar 1954. Deutscher Text: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 20. Februar 1954.

### Erklärung der Außenminister der drei Westmächte vom 19. Februar 1954

Die Deutschlandfrage stellte für die Berliner Konferenz das Hauptproblem dar. Die drei westlichen Delegationen forderten die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen, die zur Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung führen würden, mit der ein Friedensvertrag abgeschlossen werden könnte. Sie haben zu diesem Zwecke einen praktischen Plan vorgelegt. Ihre Vorschläge wurden von der Sowjetdelegation nicht einmal als Grundlage für die Erörterungen angenommen, so daß die Westmächte zu der Schlußfolgerung gezwungen wurden, daß die Sowjetregierung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bereit ist, freie gesamtdeutsche Wahlen zu gestatten oder ihre Kontrolle über Ostdeutschland aufzugeben.

Die drei westlichen Regierungen werden ihr Bestreben fortsetzen, die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit und auf friedlichem Wege zu erzielen. Einstweilen haben

sie gewisse Maßnahmen vorgeschlagen, die die Auswirkungen der augenblicklichen Teilung Deutschlands und deren Folgen für Berlin mildern würden. Sie haben vorgeschlagen, daß die drei Hohen Kommissare diese Fragen mit dem sowjetischen Hohen Kommissar prüfen. Im Hinblick auf Berlin bekräftigen die drei Regierungen ihr bleibendes Interesse an der Sicherheit der Stadt, so wie es in der Dreimächteerklärung vom 27. Mai 1952 zum Ausdruck gebracht ist. Sie werden alles tun, was in ihren Kräften steht, um die Berliner Verhältnisse zu verbessern und die wirtschaftliche Wohlfahrt der Stadt zu fördern.

Die drei westlichen Minister haben ihr Aeüßerstes getan, um über den österreichischen Staatsvertrag Einigung zu erzielen. Sie haben die sowjetische Fassung aller noch ausstehenden Artikel, über die keine Einigung erzielt worden war, angenommen. Der österreichische Außen-



minister, der an allen Erörterungen über diese Frage teilgenommen hat, erklärte sich bereit, den Vertrag in dieser Form zu unterzeichnen.

Der sowjetische Außenminister bestand jedoch darauf, dem Vertrag neue Bestimmungen hinzuzufügen. Die Auswirkung dieser Bestimmungen wäre gewesen, ausländische Truppen für eine unbegrenzte Zeit nach dem Inkrafttreten des Vertrages in Oesterreich zu belassen und Oesterreichs Recht, seine volle Rolle im internationalen Leben zu spielen, einzuschränken. Aus diesem Grunde konnte der Vertrag in Berlin nicht abgeschlossen werden, trotz eines österreichischen Angebotes, das die Zustimmung der westlichen Außenminister fand, Truppen der vier Mächte bis zum 30. Juni 1955 in Oesterreich zu belassen. Die drei Regierungen sind bereit, ihre Bemühungen um den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages fortzusetzen, ein Fortschritt hängt jedoch davon ab, daß die Sowjetunion ihre Stellungnahme ändert. Einstweilen werden die drei Regierungen auch weiterhin versuchen, die Last der Besatzung für Oesterreich in jeder Weise zu erleichtern.

Die drei Regierungen sind auch weiterhin bereit, jede sich bietende Gelegenheit zu ergreifen, um durch die Erneuerung der in Berlin hergestellten Kontakte oder auf irgendeine andere Weise die Lösung der deutschen und österreichischen Fragen zu fördern.

Die drei Minister haben den rein defensiven Charakter der westlichen Sicherheitsmaßnahmen erklärt und erneut unterstrichen. Sie haben angeboten, zu erörtern, wie die Zusicherungen, die bereits zum Schutze der Sowjetunion gegen einen Angriff bestehen, verstärkt werden könnten. Die Sowjetdelegation hat auf diese Angebote nicht reagiert. Die von ihr vorgebrachten Vorschläge hätten die Auflösung des westlichen Sicherheitssystems mit sich gebracht, wohingegen die militärische Macht des sowjetischen Blocks in Europa intakt geblieben wäre. Die drei Mächte werden sich nicht von ihren Bemühungen abbringen lassen, das Verteidigungssystem zu entwickeln, von dem ihr Fortbestand abhängt.

Quelle: *The New York Times* vom 20. Februar 1954.  
Deutscher Text: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 23. Februar 1954.

### Erklärung der deutschen Bundesregierung vom 19. Februar 1954

Die Bundesregierung weiß sich mit dem ganzen deutschen Volk in der Bundesrepublik und der sowjetisch besetzten Zone eins in dem Gefühl der Trauer über das Ergebnis, das die soeben zu Ende gegangene Berliner Konferenz in der Deutschlandfrage, dem Hauptgegenstand dieser Konferenz, gehabt hat. Die Sowjetunion hat die Wiederherstellung der Freiheit in ihrem Besatzungsgebiet und damit die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit verhindert und klar zu erkennen gegeben, daß sie Deutschland als ein Land minderen Rechts auch weiterhin unter Kontrolle halten will. Die Pläne und Vorschläge der Sowjetregierung haben die ganz Europa bedrohende Absicht enthüllt, die Sowjetregierung zur allein herrschenden Macht auf dem Kontinent zu machen.

Die Bundesregierung dankt im Namen aller Deutschen, denen die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit das höchste Ziel ihrer Bemühungen ist, den Außenministern der drei Westmächte für die ebenso umsichtige und ener-

gische wie unzweideutige Haltung, in der sie um die Wiederherstellung unserer inneren und äußeren Freiheiten gerungen haben. Damit ist erneut unsere gemeinsame Politik bestätigt, die, gegründet auf Freiheit, Recht und Vertrauen, allein die Kraft haben wird, Deutschland einen dauerhaften Frieden und einem einigen Europa Sicherheit zu gewährleisten.

Die Berliner Konferenz hat über die politische Lage eine Klarheit geschaffen, der sich niemand mehr entziehen kann. Die Bundesregierung wird im Bewußtsein unlöslicher Verbundenheit mit der Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone ihr Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit unbeirrt weiterverfolgen. Sie bekundet ihre feste Zuversicht, daß das Recht des deutschen Volkes auf Freiheit und Einheit sich durchsetzen wird.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 20. Februar 1954.

### EntschlieÙung des Deutschen Bundestages vom 25. Februar 1954\*

Der Deutsche Bundestag bedauert auf das tiefste, daß die Berliner Konferenz keine Lösung der Deutschlandfrage gebracht hat. Aus den Stellungnahmen des sowjetischen Außenministers geht eindeutig hervor, daß die Sowjetunion heute nicht willens ist, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zuzulassen.

Der Deutsche Bundestag dankt den Außenministern der Westmächte, daß sie sich mit großer Entschiedenheit für die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit eingesetzt haben.

Der Deutsche Bundestag verpflichtet sich von neuem, als die einzige in Freiheit gewählte Vertretung des deutschen Volkes alles, was in seiner Macht ist, zu tun,

um den in Unfreiheit lebenden Deutschen beizustehen und die Wiedervereinigung mit ihnen in Frieden und Freiheit herbeizuführen.

Der Deutsche Bundestag begrüÙt es, daß die Berliner Konferenz die Voraussetzungen für weitere Verhandlungen geschaffen hat. Er hofft, daß diese Verhandlungen zu einer allgemeinen Entspannung führen und damit neue Möglichkeiten zur Wiedervereinigung Deutschlands eröffnen.

Der Deutsche Bundestag ist willens, dieses Ziel in der Gemeinschaft der freien Welt und in unverbrüchlicher Solidarität mit den anderen freien Völkern Europas zu verfolgen.

Quelle: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 26. Februar 1954.

\*) Die EntschlieÙung wurde einstimmig gefaÙt.

## Die Gründung einer Europäischen Organisation für Kernforschung

### Schlussakte der Gründungskonferenz in Paris am 1. Juli 1953

Auf Einladung des Europäischen Rates für Kernforschung, der durch das Abkommen vom 15. Februar 1952 über die Gründung eines Rates von Vertretern europäischer Staaten zur Planung eines internationalen Laboratoriums und zur Organisation anderer Formen der Zusammenarbeit in der Kernforschung eingesetzt wurde, fand in Paris am 1. Juli 1953 im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten eine Konferenz statt, an welcher Vertreter aus folgenden Staaten teilnahmen:

Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Norwegen, Niederlande, Bundesrepublik Deutschland, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Schweden, Schweiz, Jugoslawien.

Die Konferenz bestellte Herrn J. H. Bannier, Delegierten der Niederlande, zu ihrem Vorsitzenden. Die Konferenz nahm den vom Europäischen Rat für Kernforschung gemäß Artikel III, Abschnitt 2 des Abkommens vom 15. Februar 1952 vorgelegten Bericht zur Kenntnis und billigte die Texte des Uebereinkommens zur Errichtung einer Europäischen Organisation für Kernforschung und des diesem Uebereinkommen beigefügten Finanzprotokolls.

Das Uebereinkommen und das beigefügte Finanzprotokoll, das einen Teil dieses Uebereinkommens bildet, liegen vom 1. Juli 1953 bis zum 31. Dezember 1953 am Sitz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur in Paris zur Unterschrift auf.

Die Konferenz hat ferner folgende Entschlüsse angenommen:

#### *Entschluß Nr. 1*

Die Konferenz bittet den Generalsekretär des Europäischen Rates für Kernforschung, die erste Tagung des Rates der Europäischen Organisation für Kernforschung innerhalb einer Frist von höchstens drei Monaten nach Inkrafttreten des Uebereinkommens nach Genf einzuberufen. Sie überträgt ihm ferner die Aufgabe, die vorläufige Tagesordnung auszuarbeiten und die zur Vorbereitung dieser Tagung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

#### *Entschluß Nr. 2*

Die Konferenz empfiehlt dem Rat der Europäischen Organisation für Kernforschung, sich mit folgendem einverstanden zu erklären:

- 1) mit der Uebertragung des Vermögens des Europäischen Rates für Kernforschung und jeder finanziellen Verbindlichkeit, einschließlich insbesondere des Restbestandes seiner finanziellen Mittel sowie der Pläne, Unterlagen und des Materials jeder Art, das der Europäische Rat für Kernforschung erworben hat;
- 2) mit der Uebertragung der vertraglichen Verbindlichkeiten des Europäischen Rates für Kernforschung gegenüber den Mitgliedern seines Personals.

#### *Entschluß Nr. 3*

Die Konferenz empfiehlt dem Rat der Europäischen

Organisation für Kernforschung, bei Abschluß des in Artikel IX des Abkommens vorgesehenen Abkommens mit dem Staat, in dem er seinen Sitz haben wird, in dieses Abkommen entsprechend den für andere Organisationen geschaffenen Präzedenzfällen Bestimmungen aufzunehmen, auf Grund deren im Falle einer internationalen Spannung in Europa der Staat, in dem er seinen Sitz haben wird, das Recht behält, alle zur Wahrung seiner Sicherheit geeigneten Maßnahmen zu treffen. Im Rahmen dieser Bestimmungen ist der genannte Staat aufzufordern, sich in diesem Falle, so schnell die Umstände es gestatten, mit der Organisation in Verbindung zu setzen, um in gemeinsamem Einvernehmen die zum Schutz der Interessen der Organisation erforderlichen Maßnahmen zu beschließen.

#### *Entschluß Nr. 4*

Die Konferenz bittet den Europäischen Rat für Kernforschung, bereits nunmehr den Entwurf der in Artikel IX des Abkommens genannten Vereinbarung zwischen der Organisation und dem Staat, in dem ihr Sitz errichtet wird, unter Berücksichtigung des Wortlauts der vorstehenden Entschlüsse Nr. 3 auszuarbeiten, damit der Abschluß dieses Abkommens unverzüglich nach Inkrafttreten des Uebereinkommens erfolgen kann.

#### *Entschluß Nr. 5*

Die Konferenz nimmt zur Kenntnis, daß eine Gruppe von Staaten in dem Wunsch, die Teilnahme Jugoslawiens und Griechenlands an der Tätigkeit der Europäischen Organisation für Kernforschung als Vollmitglieder sicherzustellen, bereit sind, freiwillig vom Inkrafttreten des Abkommens an bis zum 31. Dezember 1956 einen Betrag zu zahlen, der den Differenzbetrag zwischen der von Jugoslawien und Griechenland auf Grund des dem Abkommen beigefügten Finanzprotokolls geschuldeten Summe und der Summe, die den für diese beiden Staaten auf 0,65 und 0,35 vH herabgesetzten Prozentsätzen entspricht, nicht übersteigt.

Die Konferenz stellt fest, daß diese Gruppe folgende Staaten umfaßt:

Belgien,  
Dänemark,  
Frankreich,  
Norwegen (vorbehaltlich der Bestätigung),  
Niederlande,  
Bundesrepublik Deutschland,  
Vereinigtes Königreich,  
Schweiz,

und daß der oben erwähnte Differenzbetrag zwischen diesen Staaten im Verhältnis der im Anhang zum Zusatzprotokoll enthaltenen Prozentsätze umzulegen ist.

#### *Entschluß Nr. 6*

Die Konferenz empfiehlt dem Rat der Europäischen Organisation für Kernforschung, daß die Mitgliedstaaten



in dem Finanzausschuß, dessen Einsetzung in Artikel 3 des Finanzprotokolls vorgesehen ist, abwechselnd vertreten sein sollen, so daß alle Mitgliedstaaten nach einer Reihe von Jahren diesem Ausschuß angehört haben.

Der englische und französische Wortlaut der vorstehenden Entschlüssen ist in gleicher Weise maßgebend.

Paris, den 1. Juli 1953.

J. H. Bannier,

Vorsitzender der Konferenz

## Abkommen zur Gründung einer Europäischen Organisation für Kernforschung

Im Hinblick auf das am 15. Februar 1952 in Genf zur Unterzeichnung aufgelegte Abkommen über die Bildung eines Vertreterrats europäischer Staaten zur Planung eines internationalen Laboratoriums und zur Organisation anderer Formen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernforschung;

im Hinblick auf das am 30. Juni 1953 in Paris unterzeichnete Ergänzungsabkommen zur Verlängerung des genannten Abkommens; und

von dem Wunsche beseelt, gemäß Artikel III Absatz 2 des genannten Abkommens vom 15. Februar 1952 ein Abkommen zur Gründung einer Europäischen Organisation für Kernforschung, einschließlich der Errichtung eines internationalen Laboratoriums zur Durchführung eines vereinbarten Forschungsprogramms grundlegender und rein wissenschaftlicher Art über hochenergetische Partikel, abzuschließen,

haben die Unterzeichnerstaaten dieses Abkommens folgendes vereinbart:

### Artikel 1

#### Bildung der Organisation

1. Die Europäische Organisation für Kernforschung (im folgenden als „die Organisation“ bezeichnet) wird hiermit gegründet.

2. Sitz der Organisation ist Genf.

### Artikel II

#### Ziele

1. Die Organisation hat die Zusammenarbeit zwischen europäischen Staaten auf dem Gebiet der Kernforschung grundlegender und rein wissenschaftlicher Art sowie der hiermit im wesentlichen verbundenen Forschung zum Ziele. Die Organisation befaßt sich nicht mit Arbeiten militärischer Art; die Ergebnisse ihrer experimentellen und theoretischen Arbeiten sind zu veröffentlichen oder auf sonstige Weise der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

2. Bei der in Ziffer 1 dieses Artikels genannten Zusammenarbeit beschränkt die Organisation ihre Arbeit auf die in Ziffer 3, 4 und 5 dieses Artikels aufgeführten Tätigkeiten.

3. Das Grundprogramm der Organisation umfaßt:

- a) den Bau eines Internationalen Laboratoriums (im folgenden als „das Laboratorium“ bezeichnet) für Forschungszwecke auf dem Gebiete hochenergetischer Partikel und dem Gebiet der kosmischen Strahlen. Das Laboratorium besteht aus
  - (i) einem Protonen-Synchrotron für Energien über 10 Gigaelektronenvolt ( $10^{10}$  eV);
  - (ii) einem Synchrozyklotron mit einem Protonen-Beschleunigungsvermögen bis annähernd 600 Millionen Elektronenvolt ( $6 \times 10^8$  eV);
  - (iii) den erforderlichen Hilfsgeräten zur Verwendung bei den Forschungsprogrammen, die mittels der

vorstehend unter (i) und (ii) genannten Geräte durchgeführt werden;

- (iv) den zur Unterbringung der in (i), (ii) und (iii) genannten Ausstattung sowie für die Verwaltung der Organisation und die Erfüllung ihrer sonstigen Aufgaben erforderlichen Gebäuden;

- b) den Betrieb des vorstehend beschriebenen Laboratoriums;

- c) die Organisation und Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernforschung unter Einschluß einer Zusammenarbeit außerhalb des Laboratoriums. Diese Zusammenarbeit kann insbesondere umfassen

- (i) Arbeiten auf dem Gebiete der theoretischen Kernphysik;

- (ii) die Förderung der Beziehungen zwischen Wissenschaftlern und des Austausches von Wissenschaftlern, der Verbreitung von Informationen und von Möglichkeiten zur spezialisierten Ausbildung von Forschungsarbeitern;

- (iii) Zusammenarbeit mit nationalen Forschungsinstituten und ihre Beratung;

- (iv) Arbeiten auf dem Gebiet der kosmischen Strahlen.

4. Jedes Ergänzungsprogramm ist dem in Artikel IV genannten Rat vorzulegen und erfordert die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten der Organisation.

5. Das Laboratorium wird im Rahmen seines Grundprogramms und etwaiger Ergänzungsprogramme im größtmöglichen Umfang mit Laboratorien und Instituten in den Gebieten der Mitgliedstaaten zusammenarbeiten. Soweit es sich mit den Zwecken der Organisation vereinbaren läßt, wird das Laboratorium bestrebt sein, seinerseits Forschungsarbeiten zu vermeiden, die bereits in den genannten Laboratorien oder Instituten durchgeführt werden.

### Artikel III

#### Aufnahmebedingungen

1. Staaten, die Vertragsparteien des in der Präambel genannten Abkommens vom 15. Februar 1952 sind, oder an den durch diese Vereinbarung errichteten Rat Geld- oder Sachbeiträge geleistet und tatsächlich an seinen Arbeiten teilgenommen haben, sind berechtigt, Mitglieder der Organisation zu werden, indem sie gemäß den Bestimmungen von Artikel XV, XVI und XVII Vertragsparteien dieses Abkommens werden.

2. a) Andere Staaten können durch den in Artikel IV genannten Rat mittels einstimmiger Entscheidung der Mitgliedstaaten zur Organisation zugelassen werden.

b) Wünscht ein Staat der Organisation gemäß den Bestimmungen des vorstehenden Absatzes beizutreten, so setzt er den Direktor hiervon in Kenntnis. Der Direktor setzt alle Mitgliedstaaten von diesem Antrag in Kenntnis, und zwar mindestens drei Monate, bevor er im Rat erörtert wird. Die durch den Rat zugelassenen Staaten

können durch Beitritt zu dieser Konvention gemäß Artikel XVII Mitglied der Organisation werden.

3. Die Mitgliedstaaten werden an der Arbeit der Organisation mit der Maßgabe mitwirken, daß ein Mitgliedstaat nicht verpflichtet ist, einen finanziellen Beitrag zu anderen Arbeiten als den in Artikel II Ziffer 3 genannten zu leisten. Ein Mitgliedstaat ist nicht zur Teilnahme an Arbeiten berechtigt, zu denen er keinen finanziellen Beitrag geleistet hat.

4. Zum Zwecke der Durchführung des Grundprogramms und etwaiger Ergänzungsprogramme der Organisation werden alle Mitgliedstaaten den Austausch von Personen und einschlägigen wissenschaftlichen und technischen Informationen erleichtern; dies gilt mit der Maßgabe, daß durch die Bestimmungen dieses Absatzes

- a) die Anwendung der Gesetze und Verordnungen von Mitgliedstaaten betreffend der Einreise, den Aufenthalt oder die Ausreise aus ihrem Gebiet nicht berührt wird;
- b) kein Mitgliedstaat verpflichtet ist, in seinem Besitz befindliche Informationen mitzuteilen oder die Mitteilung zu gestatten, sofern er der Auffassung ist, daß eine derartige Mitteilung im Widerspruch zu den Interessen seiner Sicherheit stehen würde.

#### Artikel IV

##### Organe

Die Organisation besteht aus einem Rat und einem durch entsprechendes Personal unterstützten Direktor.

#### Artikel V

##### Der Rat

1. Dem Rat gehören höchstens zwei Delegierte eines jeden Mitgliedstaates an, die bei Sitzungen des Rates von Beratern begleitet sein können.

2. Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Abkommens hat der Rat

- a) die Richtlinien für die Arbeit der Organisation auf wissenschaftlichem, technischem und verwaltungstechnischem Gebiet festzulegen;
- b) den genauen Forschungsplan zu billigen und über etwaige Ergänzungsprogramme für die Arbeit der Organisation zu entscheiden;
- c) gemäß dem diesem Abkommen beigefügten Finanzprotokoll den Haushaltsplan zu verabschieden und die finanziellen Maßnahmen der Organisation festzulegen;
- d) die Ausgaben zu prüfen und die durch Rechnungsprüfer kontrollierten Jahresrechnungen der Organisation zu genehmigen und zu veröffentlichen;
- e) über die erforderlichen Personalstellen zu entscheiden;
- f) einen Jahresbericht zu veröffentlichen;
- g) diejenigen sonstigen Befugnisse wahrzunehmen und Aufgaben durchzuführen, die gegebenenfalls zum Zwecke dieses Abkommens erforderlich sind.

3. Der Rat tritt mindestens einmal jährlich an einem von ihm zu bestimmenden Ort zusammen.

4. Jeder Mitgliedstaat hat im Rat eine Stimme; ein Mitgliedstaat hat kein Stimmrecht in Angelegenheiten, die eine in einem Ergänzungsprogramm genannte Arbeit betreffen, sofern er sich nicht bereit erklärt hat, einen finanziellen Beitrag zu dem betreffenden Ergänzungsprogramm zu leisten, oder sofern die zur Abstimmung stehende Angelegenheit sich nicht auf Anlagen bezieht, zu deren Kosten er beigetragen hat.

5. Ein Mitgliedstaat ist im Rat nicht stimmberechtigt, wenn die Höhe seines rückständigen Beitrags die Höhe der Beiträge übersteigt, die seitens dieses Staates für das laufende Haushaltsjahr und das unmittelbar vorausgegangene Haushaltsjahr fällig sind. Der Rat kann jedoch mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten einem solchen Mitgliedstaate das Stimmrecht gewähren, wenn er zu der Überzeugung gelangt ist, daß der Zahlungsverzug auf Umstände zurückzuführen ist, die sich dem Einfluß des betreffenden Staates entziehen.

6. Soweit in diesem Abkommen nicht anderes bestimmt ist, werden Entscheidungen des Rates mit einfacher Mehrheit der vertretenen und abstimmenden Mitgliedstaaten getroffen.

7. Nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Abkommens legt der Rat seine eigene Verfahrensordnung fest.

8. Zur Beschlussfähigkeit auf einer Sitzung des Rates ist die Anwesenheit von Delegierten der Mehrheit der Mitgliedstaaten erforderlich.

9. Der Rat wählt einen Präsidenten und zwei Vizepräsidenten, die ein Jahr im Amt bleiben und höchstens zweimal hintereinander wiedergewählt werden können.

10. Der Rat kann diejenigen nachgeordneten Organe errichten, die für die Zwecke der Organisation erforderlich sind. Die Errichtung derartiger Organe und die Festlegung ihres Aufgabenbereichs erfolgt durch den Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten.

11. Bereits vor Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Beitrittsurkunden können sich die in Artikel III Ziffer 1 erwähnten Staaten bis zum 31. Dezember 1954 in den Sitzungen des Rates vertreten lassen und an seinen Arbeiten teilnehmen. Dieses Recht umfaßt nicht die Stimmberechtigung, es sei denn, daß der betreffende Staat den nach Artikel IV Ziffer 1 des diesem Abkommen beigefügten Finanzprotokolls vorgesehenen Beitrag zur Organisation geleistet hat.

#### Artikel VI

##### Direktor und Personal

1. a) Der Rat ernennt mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten für eine bestimmte Zeitdauer einen Direktor und kann diesen mit der gleichen Stimmenmehrheit entlassen. Der Direktor ist das oberste Vollzugsorgan der Organisation und ihr gesetzlicher Vertreter. Bei der Finanzverwaltung der Organisation verfährt er gemäß den Bestimmungen des diesem Abkommen beigefügten Finanzprotokolls. Er legt dem Rat einen Jahresbericht vor und nimmt ohne Stimmrecht an allen Sitzungen des Rates teil.

b) Der Rat kann die Ernennung des Direktors nach Inkrafttreten des Abkommens oder nach späterem Freiwerden der Stelle so lange aufschieben, wie er es für erforderlich hält. In diesem Falle ernennt der Rat an Stelle des Direktors eine Person, deren Befugnisse und Obliegenheiten er bestimmt.

2. Dem Direktor steht das vom Rat für erforderlich gehaltene und bewilligte wissenschaftliche, technische, Verwaltungs- und Büropersonal zur Seite.

3. Das Personal wird vom Rat auf Empfehlung des Direktors ernannt und entlassen. Ernennungen und Entlassungen durch den Rat erfordern eine Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten. Mit der gleichen Mehrheit kann der Rat dem Direktor Ernennungs- und Entlassungsbefugnisse übertragen. Alle derartigen Ernennungen und ihre



Beendigung erfolgen gemäß der vom Rat mit der gleichen Mehrheit angenommenen Personalordnung. Nicht zum Personal gehörende Wissenschaftler, die vom Rat zu Forschungsarbeiten im Laboratorium aufgefordert werden, unterstehen dem Direktor und unterliegen allen vom Rat gebilligten allgemeinen Vorschriften.

4. Die Verantwortlichkeiten des Direktors und des Personals in bezug auf die Organisation sind ihrer Art nach ausschließlich international. Bei der Wahrnehmung ihrer Dienstobliegenheiten dürfen sie keine Anweisungen von einer Regierung oder einer nicht der Organisation angehörenden Behörde anfordern oder entgegennehmen. Die Mitgliedstaaten haben den internationalen Charakter der Verantwortlichkeiten des Direktors und des Personals zu beachten und dürfen nicht versuchen, die Genannten bei der Wahrnehmung ihrer Dienstobliegenheiten zu beeinflussen.

#### Artikel VII

##### Finanzielle Beiträge

1. Jeder Mitgliedstaat beteiligt sich am Kapitalaufwand und den laufenden Betriebskosten der Organisation, und zwar

- a) für die Zeit bis zum 31. Dezember 1956 gemäß dem diesem Abkommen beigefügten Finanzprotokoll und danach
- b) nach einer alle drei Jahre vom Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten beschlossenen Skala auf der Basis des durchschnittlichen Nettovolkseinkommens eines jeden Mitgliedstaates zu Faktorkosten während der letzten drei Jahre, für welche Statistiken vorliegen, mit der Maßgabe, daß
  - (i) kein Mitgliedstaat gehalten ist, bezüglich des Grundprogramms mehr als 25 Prozent der Gesamtsumme der vom Rat festgesetzten Beiträge zur Deckung der Kosten dieses Programms zu entrichten;
  - (ii) der Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten beschließen kann, die besonderen Verhältnisse eines Mitgliedstaates zu berücksichtigen und dessen Beitrag entsprechend zu ändern.

2. Die von einem Mitgliedstaat nach Ziffer 1 dieses Artikels zu entrichtenden Beiträge werden für die besonderen Arbeiten, zu denen beizutragen er sich verpflichtet hat, berechnet und nur für diese verwendet. Beteiligen sich Mitgliedstaaten nicht an einem Ergänzungsprogramm, so setzt der Rat für die an diesem Programm teilnehmenden Staaten eine besondere Beitragsskala gemäß Ziffer 1 Unterabsatz (b) fest; jedoch findet hierbei die Einschränkung unter (i) keine Anwendung.

3. a) Der Rat wird von denjenigen Staaten, die nach dem 31. Dezember 1954 Vertragsparteien dieses Abkommens werden, außer den Beiträgen für künftige Kapitalaufwendungen und die laufenden Betriebskosten die Entrichtung eines besonderen Beitrags zu dem der Organisation bereits entstandenen Kapitalaufwand verlangen. Die Höhe dieses besonderen Beitrags wird vom Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten festgesetzt.

b) Alle nach Absatz (a) entrichteten Beiträge werden zur Senkung der Beiträge der anderen Mitgliedstaaten verwendet.

4. Die auf Grund der Bestimmungen dieses Artikels geschuldeten Beiträge werden gemäß dem diesem Abkommen beigefügten Finanzprotokoll entrichtet.

5. Nach Maßgabe der vom Rat erteilten Weisungen kann der Direktor Schenkungen und Vermächtnisse für die Organisation annehmen, vorausgesetzt, daß solche Schenkungen oder Vermächtnisse keinen Bedingungen unterliegen, die mit den Zwecken der Organisation nicht vereinbar sind.

#### Artikel VIII

##### Zusammenarbeit mit der UNESCO und anderen Organisationen

Die Organisation wird mit der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zusammenarbeiten. Sie kann ferner auf Grund eines mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten gefaßten Beschlusses des Rates mit anderen Organisationen und Einrichtungen zusammenarbeiten.

#### Artikel IX

##### Rechtsstellung

Die Organisation hat Rechtspersönlichkeit im europäischen Staatsgebiet aller Mitgliedstaaten. Der Organisation und den Vertretern der Mitgliedstaaten im Rat, den Mitgliedern aller nachgeordneten gemäß Artikel V Ziffer 10 dieses Abkommens errichteten Stellen, dem Direktor sowie dem Personal der Organisation sind im europäischen Staatsgebiet der Mitgliedstaaten auf Grund von Abkommen, die zwischen der Organisation und jedem in Betracht kommenden Mitgliedstaat abzuschließen sind, diejenigen Vorrechte und Befreiungen zu gewähren, die gegebenenfalls für die Ausübung der Funktionen der Organisation im gegenseitigen Einvernehmen für erforderlich gehalten werden. Die zwischen der Organisation und dem Mitgliedstaat, in dessen Gebiet die Organisation errichtet wird, abzuschließende Vereinbarung wird außer Bestimmungen über Vorrechte und Befreiungen Bestimmungen zur Regelung der besonderen Beziehungen zwischen der Organisation und diesem Mitgliedstaat enthalten.

#### Artikel X

##### Aenderungen

1. Der Rat kann den Mitgliedstaaten Aenderungen dieses Abkommens und des beigefügten Finanzprotokolls empfehlen. Jeder Mitgliedstaat, der eine Aenderung vorzuschlagen wünscht, hat den Direktor hiervon in Kenntnis zu setzen. Der Direktor setzt alle Mitgliedstaaten von jeder ihm auf diese Weise mitgeteilten Aenderung in Kenntnis, und zwar mindestens drei Monate, bevor sie im Rat erörtert wird.

2. Jede vom Rat empfohlene Aenderung, mit Ausnahme einer Aenderung des diesem Abkommen beigefügten Finanzprotokolls, bedarf der schriftlichen Annahme aller Mitgliedstaaten und tritt dreißig Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, in dem der Direktor von allen Mitgliedstaaten eine Annahmeerklärung erhalten hat. Der Direktor teilt allen Mitgliedstaaten den Tag mit, an dem die Aenderung demnach in Kraft treten wird.

3. Der Rat kann das diesem Abkommen beigefügte Finanzprotokoll mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten ändern, sofern diese Aenderung nicht in Widerspruch zu dem Abkommen steht. Jede derartige Aenderung tritt in dem vom Rat mit der gleichen Mehrheit bestimmten Zeitpunkt in Kraft. Der Direktor setzt alle Mitgliedstaaten von jeder derartigen Aenderung und von dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens in Kenntnis.

#### Artikel XI Streitigkeiten

Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehreren Mitgliedstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens, die nicht durch Vermittlung des Rates beigelegt wird, ist dem Internationalen Gerichtshof vorzulegen, sofern sich die betreffenden Mitgliedstaaten nicht auf eine andere Art der Beilegung einigen.

#### Artikel XII

##### Austritt

Nachdem dieses Abkommen sieben Jahre in Kraft gewesen ist, kann ein Mitgliedstaat dem Direktor schriftlich mitteilen, daß er das Abkommen kündigt und aus der Organisation austritt. Eine solche Kündigung wird am Ende des Haushaltsjahres, während dessen sie mitgeteilt wird, wirksam, falls sie während der ersten neun Monate dieses Haushaltsjahres erfolgt. Erfolgt sie während der letzten drei Monate des Haushaltsjahres, so wird sie am Ende des nächsten Haushaltsjahres wirksam.

#### Artikel XIII

##### Nichterfüllung der Verpflichtungen

Erfüllt ein Mitgliedstaat Verpflichtungen aus diesem Abkommen nicht, so endet seine Mitgliedschaft auf Beschluß des Rates, der mit einer Mehrheit von zwei Dritteln aller Mitgliedstaaten entscheidet.

#### Artikel XIV

##### Auflösung

Die Organisation wird aufgelöst, wenn die Zahl der Mitgliedstaaten unter fünf herabsinkt. Sie kann jederzeit durch Uebereinkommen der Mitgliedstaaten aufgelöst werden. Vorbehaltlich einer Vereinbarung, die gegebenenfalls im Zeitpunkt der Auflösung zwischen den Mitgliedstaaten getroffen wird, ist der Staat, in dessen Gebiet sich der Sitz der Organisation zu diesem Zeitpunkt befindet, für die Abwicklung verantwortlich. Ein Ueberschuß ist unter denjenigen Staaten zu verteilen, die im Zeitpunkt der Auflösung Mitglieder sind, und zwar im Verhältnis zu den von ihnen vom Zeitpunkt ihres Beitritts zum Abkommen an tatsächlich geleisteten Beiträgen. Ergibt sich ein Fehlbetrag, so ist er von diesen Mitgliedstaaten im Verhältnis ihrer für das dann laufende Haushaltsjahr festgesetzten Beiträge zu tragen.

#### Artikel XV

##### Unterzeichnung

Dieses Abkommen und das beigefügte Finanzprotokoll, das einen wesentlichen Bestandteil dieses Abkommens bildet, liegen bis zum 31. Dezember 1953 zur Unterzeichnung durch jeden Staat auf, der den in Artikel III Ziffer 1 festgesetzten Bedingungen entspricht.

#### Artikel XVI

##### Ratifizierung

1. Dieses Abkommen und das beigefügte Finanzprotokoll unterliegen der Ratifizierung.

2. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur hinterlegt.

#### Artikel XVII

##### Beitritt

1. Jeder den Bedingungen des Artikels III Ziffer 1 oder 2 entsprechende Staat, der nicht Unterzeichnerstaat dieses Abkommens ist, kann vom 1. Januar 1954 an dem Abkommen und dem Finanzprotokoll beitreten.

2. Die Beitrittsurkunden sind beim Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zu hinterlegen.

#### Artikel XVIII

##### Inkrafttreten

1. Dieses Abkommen und das beigefügte Finanzprotokoll treten in Kraft, nachdem sieben Staaten sie ratifiziert haben oder ihnen beigetreten sind, vorausgesetzt, daß

- a) die Summe ihrer Beiträge nach der Skala in der Anlage zum Finanzprotokoll mindestens 75 Prozent beträgt und
- b) sich die Schweiz als das Land, in dem der Sitz der Organisation sein wird, unter diesen sieben Staaten befindet.

2. Für jeden anderen Unterzeichner- oder beitretenden Staat treten dieses Abkommen und das beigefügte Finanzprotokoll mit Hinterlegung seiner Ratifikations- bzw. Beitrittsurkunde in Kraft.

#### Artikel XIX

##### Notifizierungen

1. Der Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur benachrichtigt alle Unterzeichner- und beitretenden Staaten sowie alle sonstigen Staaten, die an der Konferenz zur Organisation von Studien über die Errichtung eines europäischen Kernforschungslaboratoriums im Dezember 1951 in Paris und im Februar 1952 in Genf teilgenommen haben, von der Hinterlegung einer jeden Ratifikations- oder Beitrittsurkunde und vom Inkrafttreten dieses Abkommens.

2. Der Direktor der Organisation unterrichtet alle Mitgliedstaaten und den Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur von jedem Austritt oder jeder Beendigung der Mitgliedschaft.

#### Artikel XX

##### Registrierung

Der Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur legt dieses Abkommen nach seinem Inkrafttreten dem Sekretariat der Vereinten Nationen zur Registrierung gemäß Artikel 102 der Satzung der Vereinten Nationen vor.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, von ihren Regierungen hierzu gehörig bevollmächtigten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu Paris am 1. Juli 1953 in französischer und englischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind, in einer einzigen Ausfertigung, die in den Archiven der Organisation der Vereinten Nationen



für Erziehung, Wissenschaft und Kultur hinterlegt wird, deren Generaldirektor allen Unterzeichner- und beitretenden Staaten sowie allen anderen Staaten, die an der

Konferenz zur Organisation von Studien über die Errichtung eines europäischen Kernforschungslaboratoriums teilgenommen haben, eine beglaubigte Abschrift zustellt.

Für die  
Bundesrepublik Deutschland  
*W. Heisenberg*

Für das  
Königreich Belgien  
*I. Willems*

Für das  
Königreich Dänemark

Für die  
Französische Republik  
*F. Perrin*  
*Alexandre Parodi*  
*Robert Valeur*

Für das  
Königreich Griechenland  
*M. Embiricos*

Für  
Italien  
*Gustavo Colonetti*  
*Antonio Pennetta*

Für das  
Königreich Norwegen

Für das  
Königreich der Niederlande  
*I. H. Bannier*

Für das  
Vereinigte Königreich von  
Großbritannien und  
Nordirland  
*B. Lockspeiser*

Für das  
Königreich Schweden  
*Ivar Waller*  
*Torsten Gustafson*

Für die  
Schweizerische  
Eidgenossenschaft

Für die  
Föderative Volksrepublik  
Jugoslawien  
*Pavle Savitsch*

## Finanzprotokoll (Anlage zum Abkommen)

Die Staaten, die Vertragsparteien des Abkommens zur Gründung einer Europäischen Organisation für Kernforschung (im folgenden als „das Abkommen“ bezeichnet) sind,

wünschen, eine Regelung des Finanzgebarens dieser Organisation zu treffen, und

haben folgendes vereinbart:

### Artikel 1

#### Haushalt

1) Das Rechnungsjahr der Organisation läuft vom 1. Januar bis zum 31. Dezember.

2) Der Direktor legt alljährlich spätestens am 1. September dem Rat ins einzelne gehende Voranschläge über Einnahmen und Ausgaben für das folgende Rechnungsjahr zur Prüfung und Genehmigung vor.

3) Die Voranschläge über Einnahmen und Ausgaben sind nach Kapiteln zu gliedern. Uebertragungen innerhalb des Haushaltsplans sind nur mit Ermächtigung des in Artikel 3 genannten Finanzausschusses zulässig. Die genaue Form der Voranschläge wird vom Finanzausschuß nach gutachtlicher Äußerung des Direktors bestimmt.

### Artikel 2

#### Nachtragshaushalt

Der Rat kann den Direktor um Vorlage eines Nachtrags- oder eines berichtigten Haushalts ersuchen, wenn die Umstände dies erfordern. Ein Beschluß, dessen Durchführung zusätzliche Ausgaben mit sich bringt, gilt erst dann als vom Rat genehmigt, wenn dieser einen vom Direktor vorgelegten Voranschlag der entsprechenden Mehrausgaben genehmigt hat.

### Artikel 3

#### Finanzausschuß

Der Rat setzt einen aus Vertretern von fünf Mitgliedstaaten bestehenden Finanzausschuß ein, dessen Funktionen in einer vom Rat genehmigten Finanzordnung festgelegt werden. Der Direktor legt diesem Ausschuß die Haushaltvoranschläge zur Prüfung vor, die sodann dem Rat mit dem Bericht des Ausschusses übermittelt werden.

### Artikel 4

#### Beiträge

1) Für den am 31. Dezember 1954 endenden Zeitabschnitt stellt der Rat vorläufige Haushaltsvoranschläge auf, deren Ausgaben nach 1) der Anlage zu diesem Protokoll durch Beiträge zu decken sind.

2) Für die Rechnungsjahre 1955 und 1956 werden die genehmigten Haushaltsausgaben durch Beiträge der Mitgliedstaaten gedeckt, die nach Maßgabe der in 2) der Anlage zu diesem Protokoll angegebenen Prozentsätze festgesetzt werden, wobei als vereinbart gilt, daß die Bestimmungen des Artikels VII Ziffer 1 Absatz b) unter (i) und (ii) des Abkommens Anwendung finden.

3) Vom 1. Januar 1957 an werden die genehmigten Haushaltsausgaben durch Beiträge der Mitgliedstaaten nach Artikel XII Ziffer 1 des Abkommens gedeckt.

4) Wird ein Staat nach dem 31. Dezember 1954 Mitglied der Organisation, so werden die Beiträge aller Mitgliedstaaten neu festgesetzt, und die neue Skala tritt mit Beginn des laufenden Rechnungsjahres in Kraft. Soweit erforderlich, erfolgt Rückerstattung, damit die von allen Mitgliedstaaten für das betreffende Jahr gezahlten Beiträge der neuen Skala entsprechen.

5) a) Der Finanzausschuß bestimmt im Benehmen mit dem Direktor die Modalitäten für die Beitragsentrichtung, um ein ordnungsgemäßes Finanzgebaren der Organisation sicherzustellen.

b) Als dann teilt der Direktor den Mitgliedstaaten den Betrag ihrer Beiträge und die Zahlungstermine mit.

#### Artikel 5

##### Währung der Beitragszahlungen

1) Der Haushalt der Organisation wird in der Währung des Landes aufgestellt, in dem die Organisation ihren Sitz hat. Die Beiträge der Mitgliedstaaten sind gemäß den jeweils geltenden Zahlungsregelungen in dieser Währung zu entrichten.

2) Der Rat kann jedoch die Mitgliedstaaten auffordern, einen Teil ihrer Beiträge in irgendeiner anderen Währung zu entrichten, deren die Organisation zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf.

#### Artikel 6

##### Betriebsmittelfonds

Der Rat kann einen Betriebsmittelfonds einrichten.

#### Artikel 7

##### Rechnungen und Rechnungsprüfung

1) Der Direktor sorgt für genaue Verbuchung aller Einnahmen und Ausgaben.

2) Der Rat ernennt auf zunächst drei Jahre Rechnungsprüfer, deren Auftrag erneuert werden kann. Die Rechnungsprüfer prüfen die Buchführung der Organisation, insbesondere zum Zwecke der Bescheinigung, daß die Ausgaben im Rahmen der in Artikel 3 vorgesehenen Finanzordnung den Haushaltsvoranschlägen entsprechen. Die Rechnungsprüfer nehmen außerdem die sonstigen im Finanzreglement bestimmten Aufgaben wahr.

3) Der Direktor erteilt den Rechnungsprüfern alle Auskünfte und gewährt ihnen jede Hilfe, deren sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedürfen.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, von ihren Regierungen hierzu gehörig bevollmächtigten Vertreter dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Paris am 1. Juli 1953 in französischer und englischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind, in einer einzigen Ausfertigung, die in den Archiven der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur hinterlegt wird, deren Generaldirektor allen Unterzeichner- und beitretenden Staaten sowie allen anderen Staaten, die an der Konferenz zur Organisation von Studien über die Errichtung eines europäischen Kernforschungslaboratoriums teilgenommen haben, eine beglaubigte Abschrift zustellt.\*

#### Anlage

##### 1) Beiträge für den am 31. Dezember 1954 endenden Zeitabschnitt

a) Die Staaten, welche Vertragsparteien des Abkommens am Tage seines Inkrafttretens sind, sowie alle anderen Staaten, die während des am 31. Dezember 1954 endenden Zeitabschnitts Mitglieder der Organisation wer-

den, bringen zusammen die Gesamtheit der auf Grund der vom Rat gemäß Artikel 4 Ziffer 1 getroffenen vorläufigen Haushaltsmaßnahmen erforderlichen Beiträge auf.

b) Die Beiträge der Staaten, welche im Zeitpunkt der ersten derartigen vorläufigen Haushaltsmaßnahmen des Rates Mitglieder der Organisation sind, werden vorläufig gemäß Artikel 4 Ziffer 2 unter Berücksichtigung der in Artikel VII Absatz b) unter (i) und (ii) enthaltenen Bedingungen mit der Maßgabe festgesetzt, daß hinsichtlich der Einschränkung unter (i) 25% als durch 30% ersetzt gilt.

c) Die Beitragsfestsetzung für die Staaten, die in der Zeit zwischen den ersten vorläufigen Haushaltsmaßnahmen und dem 31. Dezember 1954 Mitglieder der Organisation werden, erfolgt vorläufig in der Weise, daß die Beiträge aller Mitgliedstaaten den in Ziffer 2 dieser Anlage angegebenen Hundertsätzen proportional sind. Die Beiträge dieser neuen Mitglieder dienen entweder, wie im nachstehenden Absatz d) vorgesehen, zur späteren Rückerstattung eines Teils der zuvor von den anderen Mitgliedstaaten entrichteten vorläufigen Beiträge oder zur Deckung der vom Rat während dieses Zeitraums genehmigten zusätzlichen Bereitstellungen von Haushaltsmitteln.

d) Der endgültige Betrag der für den am 31. Dezember 1954 endenden Zeitraum von allen Staaten, die an dem genannten Tage Mitglieder der Organisation sind, geschuldeten Beiträge wird rückwirkend auf Grund des Gesamthaushalts für den betreffenden Zeitraum in der Weise festgesetzt, daß er dem Betrag entspricht, der erhoben worden wäre, wenn alle diese Staaten Vertragsparteien des Abkommens im Augenblick seines Inkrafttretens gewesen wären. Jeder von einem Mitgliedstaat über den rückwirkend festgesetzten Beitrag hinaus entrichtete Beitrag wird diesem Mitgliedstaat gutgebracht.

e) Sind alle in der in Ziffer 2 dieser Anlage enthaltenen Skala aufgeführten Staaten vor dem 31. Dezember 1954 Mitglied der Organisation geworden, so sind ihre prozentualen Beiträge zum Gesamthaushalt für den genannten Zeitraum die in dieser Skala angegebenen Sätze.

##### 2) Beitragsberechnungsskala für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 1956

	%
Belgien .....	4,88
Dänemark .....	2,48
Frankreich .....	23,84
Bundesrepublik Deutschland .....	17,70
Griechenland .....	0,97
Italien .....	10,20
Niederlande .....	3,68
Norwegen .....	1,79
Schweden .....	4,98
Schweiz .....	3,71
Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland .....	23,84
Jugoslawien .....	1,93

Zusammen 100,00

Quelle: „Convention for the Establishment of a European Organisation for Nuclear Research (including Financial Protocol)“. London: H. M. S. O., Cmd. 9007.

\*) Es folgen die gleichen Unterschriften wie unter dem Abkommen.



# Vorschläge über die internationale Kontrolle der Atomenergie

Erklärung der Sowjetregierung vom 21. Dezember 1953

In seiner Rede in der UN-Vollversammlung vom 8. Dezember ging der Präsident der USA, Eisenhower, auf das Problem des Atomwetrüstens ein.

Mit vollem Recht unterstrich der Präsident der USA die Gefahr für die Völker der Welt, die entsteht, wenn die Regierungen keine Maßnahmen gegen das Atomwetrüsten ergreifen.

Um so wichtiger ist dies jetzt, da neben der Atomwaffe bereits die Wasserstoffwaffe geschaffen wurde, die in vieler Hinsicht die Atomwaffe in ihrer Wirkung übertrifft. Man darf auch solche neuen Waffenarten wie die Raketenwaffe, deren Anwendung über Tausende von Kilometer ohne Benutzung von Flugzeugen durch die moderne Technik ermöglicht wird, sowie Torpedos mit Atomladungen und andere nicht vergessen.

Die Entdeckung der praktischen Möglichkeit, Atomenergie anzuwenden, ist die bedeutendste Errungenschaft der modernen Wissenschaft und Technik. Es wurde sowohl die Möglichkeit der Verwendung der Atomenergie für Kriegszwecke als auch die Möglichkeit ihrer Verwendung für friedliche Zwecke entdeckt. Bis in die Gegenwart hinein war man bestrebt, die Atomenergie in der Hauptsache für die Produktion von Waffen zu verwenden. Indessen ist die Menschheit daran interessiert, daß die Atomenergie nur für friedliche Zwecke verwendet und nicht zugelassen wird, daß die Atomenergie zu solchen, der Ehre und dem Gewissen der Völker widersprechenden Zielen verwandt wird, wie die Massenvernichtung von Menschen und die barbarische Zerstörung von Städten. Vor nahezu 30 Jahren sind die Regierungen von 49 Staaten zu einer Übereinkunft gekommen und haben das Genfer Protokoll vom Jahre 1925 über das Verbot der Anwendung chemischer und bakteriologischer Kampfmittel unterzeichnet, womit sie das Verbrechen der Anwendung solcher Massenvernichtungswaffen anerkannten. Dieses Abkommen zwischen den Regierungen, das seinerzeit auch von der Sowjetunion unterzeichnet wurde, zeitigte positive Ergebnisse.

Jedermann weiß, daß während des Ersten Weltkrieges weitgehend solche Massenvernichtungswaffen, wie Erstickungs- und Giftgase sowie andere Arten chemischer Kampfmittel, zur Anwendung kamen, deren Verwendung von den Völkern entschieden verurteilt wurde.

Auch damals drohte bereits die Gefahr der Anwendung unheilbringender bakteriologischer Kampfmittel, deren Ziel es war, die friedlichen Einwohner der Städte mit schwersten Krankheiten zu verseuchen, womit sich das Gewissen der überwiegenden Mehrheit der Menschen nicht abfinden konnte. Dies rief auch die Notwendigkeit eines internationalen Abkommens in der Form des erwähnten Genfer Protokolls hervor, durch das die Anwendung chemischer und bakteriologischer Kampfmittel in einem Krieg verurteilt und verboten wurde.

Hätte dieses von 49 Staaten unterzeichnete, wenn auch noch nicht von allen Staaten ratifizierte Protokoll nicht bestanden, so hätte es auch im Zweiten Weltkrieg ganz offensichtlich keinerlei hemmenden Faktor für die Anwendung chemischer und bakteriologischer Kampfmittel gegeben.

Die Tatsache, daß sich im Zweiten Weltkrieg keine einzige Regierung entschlossen hat, chemische und bakteriologische Kampfmittel anzuwenden, zeigt, daß das erwähnte Abkommen der Staaten gegen chemische und bakteriologische Kampfmittel positive Bedeutung hatte.

Hierbei darf selbstverständlich auch der Umstand nicht unterschätzt werden, daß die Staaten der Antihitlerkoalition, gestützt auf dieses internationale Abkommen, mit aller Entschiedenheit erklärt hatten, daß Versuche des Gegners, im Krieg chemische Kampfmittel anzuwenden, eine vernichtende Abwehr erfahren würden.

Die oben angeführten Ueberlegungen beziehen sich voll und ganz auch auf die Atom- und die Wasserstoffwaffe. Es ist bekannt, daß die Vereinten Nationen diese Waffe nicht zu den herkömmlichen Waffenarten zählen, sondern sie als eine besondere Waffenart, als eine Massenvernichtungswaffe, anzusehen.

Man kann verstehen, daß Präsident Eisenhower, der als einer der hervorragenden Heerführer des letzten Weltkrieges bekannt ist, die zerstörende Gewalt der Atomwaffe betonte. Auch muß in Betracht gezogen werden, daß die Bedeutung dieses Problems mit der Zeit zunimmt.

Es wäre vollkommen unverständlich, wenn die Staaten, die über die Atom- oder die Wasserstoffwaffe verfügen, der Frage des Verbots der Atom- und der Wasserstoffwaffe wie auch der anderen Massenvernichtungswaffen nicht die gebührende Bedeutung beimessen oder die Herbeiführung eines internationalen Abkommens zu dieser Frage in eine unbestimmte Zukunft hinausschieben würden. Eine solche Einstellung zu diesem wichtigen und unaufschiebbaren Problem wäre keinesfalls zu rechtfertigen.

Die Sowjetunion kämpft konsequent für das Verbot der Atomwaffe und gleichzeitig für eine wesentliche Einschränkung aller Arten der anderen Rüstungen. Das entspricht der Politik des Sowjetstaates, die darauf abzielt, einen neuen Krieg zu verhindern und den Frieden und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu festigen.

In seiner Rede über die Atomwaffe vom 8. Dezember betonte der Präsident der USA die große Bedeutung des Problems der Milderung der internationalen Spannung und der Schaffung einer Atmosphäre des friedlichen gegenseitigen Vertrauens.

Das entspricht auch den Ansichten der Sowjetregierung, die unentwegt bestrebt ist, zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen beizutragen und die Festigung des Friedens in der ganzen Welt zu sichern. Um auf diesem Wege Erfolge zu erreichen, bedarf es gegenseitiger Bemühungen zur Behebung der Ursachen, die einer internationalen Entspannung im Wege stehen. Was die Sowjetunion betrifft, so tun wir alles, um die Arbeit der Sowjetmenschen und unsere Materialreserven auf die Lösung der neuen gigantischen Aufgaben zum weiteren Aufstieg der Friedenswirtschaft und der Kultur des Landes zu konzentrieren und um die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils weiter auszubauen.

Die Sowjetunion gehört zu den Staaten, die die Ent-

wicklung eines gesunden internationalen Handels anstreben und die Politik der Diskriminierung und des Drucks auf die wirtschaftlich abhängigen Länder, eine Politik, die sich auf diesem Gebiet selbst diskreditiert hat, entschieden verurteilen. Die Interessen der Außenpolitik der Sowjetunion erfordern keine Bildung von Militärblöcken und Bündnissen, die sich gegen diese oder jene Staaten richten. Sie erfordern auch keine Schaffung von Militärstützpunkten auf den Territorien anderer Staaten. Die Sowjetunion ist der Ansicht, daß eine Politik, die eine Unterstützung der Diversions- und Wühlätigkeit in anderen Ländern oder die Finanzierung von Diversantenagenten bedeuten würde, mit normalen Beziehungen unter den Staaten unvereinbar ist. Das Streben nach einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten sollte die gegenseitige Anerkennung dieser Grundsätze bewirken, die den nationalen Interessen keines Staates zuwiderlaufen können und zugleich voll und ganz den Interessen der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit entsprechen. Die Sowjetunion erachtet nicht nur die bevorstehende Konferenz in Berlin, sondern auch eine Fünfmächtekonferenz unter Teilnahme der Volksrepublik China gerade deshalb für so wichtig, weil unter den gegenwärtigen Bedingungen nur die vereinten Bemühungen aller Großmächte, zusammen mit den Bemühungen der anderen Staaten, eine Entspannung der ganzen internationalen Lage und die entsprechende Lösung einzelner, aktueller internationaler Probleme gewährleisten können. Das steht auch im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, laut der den fünf Staaten: den USA, Großbritannien, Frankreich, der UdSSR und China eine besondere Verantwortung für die Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit auferlegt ist. Dabei liegt es klar auf der Hand, daß das große chinesische Volk in der Organisation der Vereinten Nationen gegenwärtig gerade durch die Volksrepublik China vertreten sein muß.

Will man die Rolle und Autorität der Organisation der Vereinten Nationen bei der Festigung des Weltfriedens steigern, so muß man besondere Beharrlichkeit an den Tag legen, um die Positionen der fünf Großmächte zur Frage der Einstellung des Wettrüstens auf dem Gebiet der Atomwaffen wie aller anderen Arten der Aufrüstung einander näherzubringen. Jeder Schritt zur Verständigung unter diesen Mächten, sowohl zur Behebung der Gefahr einer Anwendung der Atom- und der Wasserstoffwaffe als auch zur Einstellung des Wettrüstens schlechthin, würde ohne Zweifel bei allen vereinten Nationen einmütige Unterstützung finden. Vor allem ergeben sich auf diesem Wege wichtige Möglichkeiten für die Minderung der internationalen Spannung und für die Festigung des Friedens.

Nachdem Präsident Eisenhower seine Meinung über die Bedeutung der Atomwaffe dargelegt hatte, äußerte er sich dahingehend, daß entsprechende vertrauliche oder diplomatische Verhandlungen zwischen den interessierten Staaten wünschenswert wären. Dabei machte Präsident Eisenhower den Vorschlag, daß die entsprechenden Staaten schon jetzt damit beginnen und auch später fortfahren sollten, zur Verwendung für friedliche Zwecke „aus ihren Vorräten an Normaluran und aufspaltbarem Material einen gewissen Teil einem internationalen Organ für Atomenergie“ zu übergeben, das der Organisation der Vereinten

Nationen unterstehen würde. In diesem Vorschlag wird außerdem darauf hingewiesen, daß man dem internationalen Organ für Atomenergie „die Verantwortung für das Sammeln, Aufbewahren und Bewachen des ihm zur Verfügung gestellten aufspaltbaren und anderen Materials auferlegen könnte“. Man muß untersuchen, was ein solcher Vorschlag bedeutet. Erstens bedeutet dieser Vorschlag, daß aus den vorhandenen und neu entstehenden Vorräten an Atommaterial für friedliche Zwecke nur ein „gewisser“ geringer Teil bereitgestellt werden soll.

Daraus folgt, daß die Hauptmasse des Atommaterials nach wie vor für die Produktion neuer Atom- und Wasserstoffbomben verwendet würde und die volle Möglichkeit bliebe, weitere Atomwaffen anzuhäufen und neue Typen dieser Waffe von noch größerer Zerstörungskraft zu schaffen. Folglich werden durch diesen Vorschlag in seiner gegenwärtigen Form den Staaten, denen es möglich ist, Atom- und Wasserstoffwaffen herzustellen, in keiner Weise die Hände gebunden.

Zweitens wird durch den Vorschlag des Präsidenten Eisenhower in keiner Weise die Möglichkeit als solche eingeschränkt, die Atomwaffe einzusetzen. Die Annahme dieses Vorschlages schränkt den Aggressor beim Einsatz der Atomwaffe zu beliebigen Zwecken und zu beliebiger Zeit in keiner Weise ein. Folglich schwächt dieser Vorschlag keineswegs die Gefahr eines Atomüberfalls ab. Somit ergibt sich die Schlußfolgerung, daß der Vorschlag der USA in seiner gegenwärtigen Form weder der wachsenden Produktion von Atomwaffen Einhalt gebietet noch die Möglichkeit eines Einsatzes dieser Waffen einschränkt. Bei der Beurteilung der wahren Bedeutung dieses Vorschlages kann man nicht umhin, diesem Umstand Rechnung zu tragen. Dieser Vorschlag würde eine andere Bedeutung haben, wenn er von der Anerkennung der Notwendigkeit eines Verbots der Atomwaffe als einer Waffe der Aggression ausginge. In der Rede des Präsidenten der USA wird jedoch die Notwendigkeit eines Verbots der Atomwaffe nicht erwähnt. Die Frage des Verbots der Atomwaffe ist in dieser Rede umgangen, obwohl Präsident Eisenhower die für die Völker der ganzen Welt in der gegenwärtigen Atomepoche bestehende besondere Gefahr der Atomwaffe hervorhebt.

Es ergibt sich die Frage, ob man von der Notwendigkeit der Minderung der internationalen Spannung sprechen und zugleich das Problem des Verbots der Atomwaffe umgehen kann. Auf diese Frage kann es keine zwei verschiedenen Antworten geben. Alle, die eine Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen und eine Festigung des Friedens anstreben, können gar nicht anders als die Forderung erheben, daß sich die Regierungen für die rascheste positive Lösung dieses Problems einsetzen. Es ist gut bekannt, daß die Besorgnis, die die Völker erfüllte, hauptsächlich mit der Möglichkeit des Ausbruchs eines Atomkrieges in Verbindung steht, dessen Gefahr sich ohne Verbot der Atomwaffe nicht beseitigen läßt. Das hat die Organisation der Vereinten Nationen, die sich für die Notwendigkeit eines Verbots der Atomwaffe ausgesprochen hat, sei Beginn ihres Bestehens anerkannt.

Niemand kann die Schwierigkeiten leugnen, denen man auf dem Wege zur Lösung dieser Aufgabe begegnet; man kann jedoch nicht sagen, daß seitens der Vereinten Nationen und vor allem seitens der Staaten, die es be-



sonders angeht, genügende Anstrengungen unternommen wurden, um zu einer internationalen Übereinkunft über das Verbot der Atomwaffe und über die Errichtung einer wirksamen internationalen Kontrolle zur Verwirklichung dieses Verbots zu gelangen. Deshalb wäre es unmöglich, den friedliebenden Völkern eine Situation klarzumachen, bei der die Lösung dieser Frage weiterhin aufgeschoben und diese Frage trotz all ihrer gegenwärtigen Aktualität umgangen werden würde.

Aus diesem Grunde ist die Sowjetregierung nach wie vor der Ansicht, daß das wichtigste und überdies unaufschiebbare Problem das bedingungslose Verbot der Atom- und der Wasserstoffwaffe sowie der anderen Arten der Massenvernichtungswaffen bei gleichzeitiger Errichtung einer strengen internationalen Kontrolle über dieses Verbot ist. Alle friedliebenden Völker sind an der raschesten Lösung dieser Aufgabe interessiert.

Wenn alles darauf hinauslaufen sollte, daß ein gewisser geringer Teil des Atommaterials für friedliche Zwecke verwendet und die Hauptmasse dieses Materials, dessen Menge ununterbrochen wächst, für die Produktion von Atomwaffen mit immer größerer Zerstörungskraft verwendet wird, dann würde die Gefahr eines Atomkrieges keineswegs nachlassen. Das kann zwar zu einem Nachlassen der Wachsamkeit der Völker in bezug auf das Problem der Atomwaffe führen, kann jedoch nicht zu einer Verminderung der realen Gefahr eines Atomkrieges beitragen. Sollte das Abkommen zwischen den Staaten darauf hinauslaufen, daß nur irgendein kleiner Bruchteil des Atommaterials für Friedenszwecke bereitgestellt, die Produktion der Atomwaffe hingegen auch künftig in keiner Weise eingeschränkt wird, so würde ein solches internationales Abkommen faktisch die Produktion von Atomwaffen direkt sanktionieren. Eine international sanktionierte Atomwaffenproduktion käme den aggressiven Kräften zustatten. Diese Lage würde nicht nur das Zustandekommen eines Abkommens über das Verbot der Atomwaffe erleichtern, sondern wäre im Gegenteil ein neues Hindernis für das Zustandekommen des genannten Abkommens.

Da wir nach Festigung des Friedens streben, kann weder ein Nachlassen der Wachsamkeit gegenüber der Gefahr eines Atomkrieges noch eine international sanktionierte Atomwaffenproduktion zu unseren Aufgaben gehören. Deshalb muß anerkannt werden, daß sich die Aufgabe aller friedliebenden Staaten nicht auf die Bereitstellung irgendeines geringen Teils des Atommaterials für Friedenszwecke beschränken darf. Es ist notwendig, daß nicht irgendein Bruchteil, sondern die gesamte Masse des Atommaterials restlos für Friedenszwecke bestimmt wird. Dies böte ungeahnte Möglichkeiten für den Aufschwung von Industrie, Landwirtschaft und Verkehr, für die Anwendung der wertvollsten atomwissenschaftlichen Entdeckungen in der Medizin, für eine Vervollkommnung der Technik auf vielen ihrer Anwendungsgebiete, für einen weiteren und noch größeren Fortschritt der Wissenschaft.

Es muß auch berücksichtigt werden, daß ein Verbot der Atom- und der Wasserstoffwaffe und die Verwendung des gesamten Atommaterials für die friedlichen Bedürfnisse der Völker, bei entsprechender Fürsorge für die Belange der wirtschaftlich schwächeren Gebiete, zugleich das Zustandekommen einer Übereinkunft über eine entschiedene Einschränkung auch der anderen Rüstungen

erleichtern würde. Das würde wiederum zu einer gewaltigen Erleichterung jener Steuerlast führen, welche die Völker angesichts der in vielen Staaten bestehenden aufgeblähten Land-, Luft- und Seestreitkräfte, das heißt angesichts des gegenwärtig fortdauernden Wettrüstens, zu tragen haben.

Das alles erfordert die Anerkennung der Notwendigkeit eines Verbots der Atomwaffe bei gleichzeitiger Errichtung einer internationalen Kontrolle über dieses Verbot sowie den bedingungslosen Verzicht auf die Anwendung dieser Waffe. Darum wird die Sowjetregierung auch weiterhin auf unverzügliches Zustandekommen der entsprechenden internationalen Vereinbarung in dieser Frage bestehen.

Was die Erklärung des Präsidenten Eisenhower über vertrauliche oder diplomatische Verhandlungen bezüglich des von ihm gemachten Vorschlags betrifft, so erklärt die Sowjetregierung, die sich konsequent an ihre Friedenspolitik hält, die Bereitschaft, an solchen Verhandlungen teilzunehmen. Die Sowjetregierung hat direkten Verhandlungen zwischen den Staaten zur Erreichung für alle Seiten annehmbarer Vereinbarungen über strittige Fragen im Interesse der Festigung des Weltfriedens stets große Bedeutung beigemessen. Dabei erwartet die Sowjetregierung, daß die Regierung der USA, wie dies ihrer Erklärung entspricht, die notwendigen Erläuterungen geben wird, da der Vorschlag der USA in seinen wesentlichen Teilen Unklarheiten enthält und ebenso wenig die Notwendigkeit eines Verbots der Atomwaffe wie einen Verzicht auf die Anwendung dieser Waffe vorsieht.

Die Sowjetunion ist zutiefst davon überzeugt, daß die Menschheit vor den Schrecken eines Atomkrieges bewahrt werden muß und kann. Eine besondere Verantwortung für die Lösung dieser Frage fällt jenen Staaten zu, welche bereits über das Potential der Atomwaffe verfügen. Was die Sowjetunion betrifft, so ist ihr Standpunkt vollkommen klar. Er besteht darin, die große Entdeckung des menschlichen Geistes nicht gegen die Zivilisation zu richten, sondern auf ihren alleseitigen Fortschritt, nicht auf eine Massenvernichtung von Menschen, sondern auf friedliche Zwecke, auf allseitige Sicherung des zunehmenden Wohlstandes der Bevölkerung.

Die Sowjetregierung geht davon aus, daß im Verlauf dieser Verhandlungen gleichzeitig folgender Vorschlag der Sowjetunion erörtert wird:

Geleitet von dem Bestreben zur Minderung der internationalen Spannung, nehmen die am Übereinkommen beteiligten Staaten die feierliche und bedingungslose Verpflichtung auf sich, die Atom- und die Wasserstoffwaffe sowie die anderen Massenvernichtungswaffen nicht anzuwenden. Das Zustandekommen eines internationalen Übereinkommens zu dieser Frage wäre ein wichtiger Schritt vorwärts auf dem Wege zur völligen Entfernung der Atom-, der Wasserstoff- und anderer Arten von Massenvernichtungswaffen aus den Rüstungsarsenalen der Staaten und zur Errichtung einer strengen internationalen Kontrolle, welche die Einhaltung dieses Abkommens über das Verbot einer Anwendung der Atomenergie zu Kriegszwecken garantieren würde.

Erfüllt von der tiefen Sorge, die Menschheit vor der todbringenden Atom- und Wasserstoffwaffe zu bewahren, wird die Sowjetunion alles daransetzen, damit diese Waffe nie gegen Menschen gerichtet werden kann.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 22. Dezember 1953.

## Informationen und Berichte

### Der Verlauf der Berliner Viermächtekonzferenz

*Zweite Verhandlungswoche, vom 1. bis 6. Februar 1954*

Die Sitzungen finden in dieser Woche im Gebäude der Sowjetischen Hohen Kommission, Unter den Linden, statt. In sämtlichen Sitzungen wird ausschließlich **Punkt 2 der Tagesordnung (Deutschland)** behandelt.

#### 1. Februar

*Bidault* und *Eden* geben weitere Erklärungen zum *Eden-Plan*. Beide betonen, daß der künftigen gesamtdeutschen Regierung die Anerkennung der von der Bundesrepublik geschlossenen Verträge nicht aufzuzwingen, daß sie ihr aber auch nicht verboten werden dürfe. Beide unterstreichen die Notwendigkeit der internationalen Kontrolle der gesamtdeutschen Wahlen.

*Molotow* unterbreitet der Konferenz den Vorschlag, bis spätestens Oktober 1954 eine Friedenskonferenz einzuberufen, an der auch Vertreter Deutschlands teilnehmen sollen. Die Ausarbeitung eines Friedensvertragsentwurfs sollen die Stellvertreter der vier Außenminister vornehmen, die dazu die Vertreter anderer alliierter Staaten und Vertreter Ost- und Westdeutschlands beziehungsweise einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung hören sollen.

Für den Friedensvertrag legt *Molotow* eine Liste von Prinzipien vor, die, abgesehen von drei Ergänzungen, den gleichen Wortlaut haben wie der von der Sowjetregierung ihrer Note vom 10. März 1952 beigefügte Plan (vgl. EA 7/1952, S. 4832). Die drei Ergänzungen enthalten folgende Forderungen: 1. Erlöschen der Verpflichtungen aus den von der Bundesrepublik und der DDR abgeschlossenen internationalen Verträgen; 2. Befreiung Deutschlands von der Bezahlung seiner Nachkriegsschulden mit Ausnahme der Handelsschulden; 3. vertragliche Beschränkung der deutschen Streitkräfte.

In einer ausführlichen Rede nimmt *Molotow* scharf gegen die Verträge von Bonn und Paris Stellung und erklärt, daß ihre Durchführung die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates „für eine gewisse Zeit“ unmöglich mache. Die vier Mächte müßten aufhören, sich gegeneinander zu stellen, sondern gemeinsam „die Wiedergeburt des deutschen Militarismus“ verhindern. Insbesondere wendet sich *Molotow* an Frankreich, dem er empfiehlt, gute Beziehungen zur Sowjetunion zu unterhalten und gemeinsam mit ihr nach zuverlässigen Wegen zur Gewährleistung der äußeren Sicherheit beider Länder zu suchen. *Molotow* setzt sich erneut dafür ein, Vertreter der DDR und der Bundesrepublik wenigstens zu einzelnen, besonders wichtigen Fragen zu konsultieren.

#### 2. Februar

Die drei westlichen Außenminister antworten auf die Vorschläge *Molotows*. Sie lehnen übereinstimmend ab, den Friedensvertrag mit Vertretern der beiden derzeitigen deutschen Regierungen auszuhandeln, und verlangen erneut, der Bildung einer aus freien Wahlen hervorgegangenen gesamtdeutschen Regierung vor der

Ausarbeitung des Friedensvertrages den Vorrang zu geben. In einer ausführlichen Antwort verteidigt *Bidault* die Pläne zur politischen und militärischen Integration Westeuropas, die nicht zuletzt durch die von der Sowjetunion bereits vollzogene Errichtung eines osteuropäischen Militärsystems notwendig geworden sei; er stellt der sowjetischen Absicht der nationalen Isolierung Deutschlands, die einer Rückkehr zum Versailler System gleichkomme und notwendigerweise eine Wiederholung der Entwicklung zwischen den beiden Weltkriegen auslösen werde, die Konzeption einer freiwilligen Bindung Deutschlands in der Europäischen Gemeinschaft gegenüber. *Eden* ersucht *Molotow*, nun endlich seine Ansichten zu den einzelnen Punkten des britischen Planes für die Wiedervereinigung (*Eden-Plan*) darzulegen.

#### 3. Februar

*Molotow* beginnt die Aussprache mit einer Interpretation der Verträge von Bonn und Paris, durch die er nachzuweisen versucht, daß die beiden Verträge auch die künftige gesamtdeutsche Regierung binden sollen. Er schlägt vor, in ganz Deutschland eine Volksabstimmung darüber abzuhalten, ob das deutsche Volk die Verträge von Bonn und Paris oder einen Friedensvertrag wolle.

In der folgenden lebhaften Diskussion, in der jeder Minister mehrmals das Wort ergreift, lehnen die westlichen Außenminister, die von *Molotow* vorgeschlagene Fragestellung für eine Volksabstimmung als irreführend ab. Sie betonen, daß die künftige gesamtdeutsche Regierung die völlig freie Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Verträge von Bonn und Paris haben werde. *Dulles* schlägt eine Präzisierung des *Eden-Plans* in dieser Richtung vor, die von *Eden* akzeptiert wird. *Eden* ersucht *Molotow* erneut, endlich in die Diskussion seiner Vorschläge für freie Wahlen und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung einzutreten.

#### 4. Februar

*Bidault* erklärt ausdrücklich, daß das wiedervereinigte Deutschland durch die Verträge von Bonn und Paris nicht gebunden sein wird. Er ersucht *Molotow* — unter erneutem Hinweis auf die längst vollzogene Einbeziehung der DDR in das Ostpaktsystem —, seine Agitation gegen die West-Verträge einzustellen und sich den praktischen Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands zuzuwenden.

*Molotow* legt daraufhin einen Plan für die Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung und für die Durchführung von Wahlen vor. Der Plan sieht u. a. vor:

1. Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung durch die Parlamente der DDR und der Bundesrepublik;
2. Aufgaben der provisorischen gesamtdeutschen Regierung:
  - a) Erlaß eines Wahlgesetzes und Durchführung ge-



- gesamtdeutscher Wahlen ohne Einmischung ausländischer Mächte,
- b) Vertretung Deutschlands bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages,
- c) Verhinderung der Einbeziehung Deutschlands in Koalitionen und Militärbündnisse,
- d) Sicherung der freien Betätigung „demokratischer Organisationen“ und Verbot der Betätigung „faschistischer, militaristischer und anderer Organisationen“ in Deutschland,
- e) Entwicklung engerer Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland;
- 3. unverzügliche Einleitung gesamtdeutscher Beratungen zwischen Vertretern der beiden deutschen Regierungen zum Zwecke der Bildung der provisorischen Regierung;
- 4. Abzug der Besatzungstruppen der vier Mächte vor der Durchführung der gesamtdeutschen Wahlen.

In einer erläuternden Rede lehnt Molotow den Eden-Plan als formalistisch ab und kritisiert insbesondere, daß dieser Plan keine Garantien für eine friedliche Entwicklung des wiedervereinigten Deutschland enthalte. Andererseits kritisiert er auch die Absicht der Westmächte, die deutschen Wahlen unter internationaler Kontrolle abzuhalten, was ein beleidigendes Mißtrauen in die demokratischen Kräfte des deutschen Volkes darstelle. Er betont, daß sein Plan demgegenüber die Durchführung der Wahlen völlig den Deutschen selbst überlasse.

Dulles verweist in seiner Entgegnung auf den Widerspruch in Molotows Argumentation. Er unterstellt Molotow, daß er mit seinem Vorschlag eine Art von Wahlen bezwecke, die das Regierungssystem der DDR auf ganz Deutschland ausdehnen sollen. Den Vorschlag des Abzugs der Besatzungstruppen vor den Wahlen legt Dulles dahin aus, daß damit Deutschland der überlegenen militärischen Macht des Ostblocks wehrlos ausgeliefert werden solle.

#### 5. Februar

Die drei westlichen Außenminister bezeichnen übereinstimmend den von Molotow am Vortage vorgelegten Plan als völlig unannehmbar. Ihre Argumentation gegen den Plan enthält — ebenfalls übereinstimmend — folgende Hauptpunkte: 1. Die von Molotow gestellten Bedingungen für die gesamtdeutschen Wahlen entsprechen genau dem in den osteuropäischen Ländern mehrfach angewandten klassischen kommunistischen Rezept zur Auslöschung der Demokratie. 2. Der Abzug der Besatzungstruppen soll Westdeutschland der Gnade der Volkspolizei ausliefern, außerdem will die Sowjetunion mit dem für sie unbedeutenden Rückzug ihrer eigenen Truppen um wenige hundert Kilometer eine Störung der gesamten Verteidigungspläne des Westens erreichen. 3. Die Tatsache, daß Molotow diese Vorschläge unterbreitet, mit deren Verwirklichung er ernstlich nicht rechnen kann, beweist, daß er wirklich freie Wahlen verhindern will, um das Regime der DDR auf unabsehbare Zeit an der Macht zu halten.

Molotow wiederholt in seiner Entgegnung nochmals die Grundgedanken seines Planes und hebt hervor, daß die parlamentarische Regierungsform keine Garantie dafür biete, daß die wirklich friedliebenden Kräfte an die Macht kommen. Er bestreitet, daß ein Uebereinkommen

zwischen Regierungsvertretern Ost- und Westdeutschlands unmöglich sei, und regt an, daß die vier Mächte im Einvernehmen mit den deutschen Vertretern der provisorischen Regierung eine Frist für die Durchführung der Wahlen setzen sollten.

#### 6. Februar

Bidault und Eden appellieren an Molotow, den Grundsatz freier Wahlen wenigstens prinzipiell anzuerkennen, damit man sich über praktische Schritte unterhalten könne. Beide regen an, das Wahlgesetz der Weimarer Republik auf seine Verwendbarkeit für die gesamtdeutschen Wahlen zu prüfen. Für die Kontrolle der Wahlen macht Bidault einen Kompromißvorschlag, dem sich auch Eden anschließt: Es sollen auf Kreis-, Landes- und Zonenebene Kontrollkommissionen aus einem ost-deutschen, einem westdeutschen und einem neutralen Vertreter gebildet werden. Eden bietet der Sowjetunion die Verlängerung des sowjetisch-britischen Bündnisvertrags und die Erörterung jedes anderen Weges zur Erhöhung der Sicherheit gegen ein Wiederaufleben deutscher aggressiver Kräfte an.

Molotow geht auf die Vorschläge von Bidault und Eden nicht ein, sondern legt einen weiteren Vorschlag vor, der die Forderungen der sowjetischen Note vom 15. August 1953 auf Beendigung der Reparationen, Senkung der Besatzungskosten und Erlaß der Nachkriegsschulden wiederholt (vgl. den Wortlaut der Note in EA 17/1953, S. 5951).

Dulles weist in seiner Entgegnung auf den wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik hin und unterstreicht die dabei von den Westmächten geleistete Unterstützung; er verweist auch auf den anhaltenden Flüchtlingsstrom von der sowjetischen Zone nach Westdeutschland. Dulles bedauert, daß Molotow auf die Kompromißvorschläge Bidaults und Edens nicht eingegangen ist; er erklärt, daß die sowjetischen Bedingungen nicht nur für die Westmächte, sondern auch für die Deutschen selbst unannehmbar seien, und ersucht Molotow dringend, sie zurückzunehmen oder wenigstens zu modifizieren.

#### Dritte Verhandlungswoche, vom 8. bis 14. Februar 1954

In der dritten Woche finden die Sitzungen wieder im Gebäude des ehemaligen Alliierten Kontrollrats im amerikanischen Sektor statt.

#### 8. Februar

##### Geschlossene Sitzung über Punkt 1 der Tagesordnung

Die Außenminister erörtern ferner die Frage des Verfahrens für die Aufnahme der Diskussion über Punkt 3 der Tagesordnung. Sie beschließen, die Erörterungen über Oesterreich nicht später als am 12. Februar aufzunehmen. Sie laden eine österreichische Delegation zur Teilnahme an den Verhandlungen ein. Der österreichische Außenminister, Leopold Figl, trifft am 9. Februar in Berlin ein und führt in den folgenden Tagen getrennte Besprechungen mit den westlichen Außenministern und mit Molotow.

#### 9. Februar

##### Fortsetzung der Diskussion über Punkt 2 der Tagesordnung

Molotow erläutert erneut seine Vorschläge vom 4. Februar. Er unterstreicht besonders, daß die Sowjetunion

dem Artikel X ihres Entwurfes, der das Verbot jeder Beteiligung Deutschlands an Militärbündnissen beinhaltet, besondere Bedeutung beimesse. Er ersucht die westlichen Außenminister, ihre Standpunkte zu den Fragen des Friedensvertrages und der europäischen Sicherheit darzulegen, und fordert sie auf, auf die Pläne zur Schaffung der Europa-Armee zu verzichten.

In der folgenden Diskussion erklärt *Bidault* das Verbot der Beteiligung Deutschlands an Bündnissen für unannehmbar; er stellt *Molotow* die Frage, zu welchen Zugeständnissen die Sowjetunion ihrerseits bereit sei, wenn sie die Aufgabe der westlichen Pläne fordere. *Eden* stellt fest, daß *Molotow* wiederum keine Antwort auf die Kompromißvorschläge zum Eden-Plan (vom 6. Februar) erteilt habe. *Dulles* weist darauf hin, daß der westliche Sicherheitsvorschlag die Einbeziehung Deutschlands in eine Gemeinschaft beinhalte, innerhalb derer ihm eine eigenmächtige Anwendung von Gewalt unmöglich sein werde.

#### 10. Februar

##### Fortsetzung der Diskussion über Punkt 2 der Tagesordnung

*Molotow* unterbreitet einen Vorschlag für die weitere Behandlung der deutschen Frage und über Maßnahmen zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa. Der Vorschlag sieht vor:

1. Die vier Besatzungsmächte behalten die Verantwortung für die Lösung der Deutschlandfrage.
2. Innerhalb von sechs Monaten werden die Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands abgezogen, doch behalten sich die vier Mächte das Recht der Wiederbesetzung im Falle einer Bedrohung der Sicherheit in einem Teile Deutschlands vor; der DDR und der Bundesrepublik werden Polizeieinheiten zugestanden, deren Stärke von den vier Mächten festgelegt wird.
3. Im Einklang mit der Neutralisierung Deutschlands wird der Abschluß eines allgemeinen europäischen Sicherheitspaktes angestrebt; zu diesem Zweck soll eine Konferenz aller europäischen Staaten einberufen werden.

Für den europäischen Sicherheitspakt legt *Molotow* einen Entwurf vor, der folgende Prinzipien enthält:

1. Der Vertrag steht allen europäischen Staaten ohne Rücksicht auf ihre Gesellschaftsordnung offen; bis zur Errichtung eines einheitlichen deutschen Staates werden die DDR und die Bundesrepublik getrennt gleichberechtigte Vertragspartner.
2. Die Vertragspartner verpflichten sich zum Verzicht auf Gewaltanwendung und zur Schlichtung ihrer Streitigkeiten durch friedliche Mittel.
3. Im Falle eines drohenden Angriffs unternehmen die Vertragspartner gemeinsame Schritte zur Abwendung der Gefahr.
4. Im Falle eines bewaffneten Angriffs leisten alle Vertragspartner dem angegriffenen Staat militärischen Beistand.
5. Für den militärischen Beistand werden frühzeitig gemeinsame Pläne ausgearbeitet.
6. Maßnahmen zur Selbstverteidigung oder zur Aufrechterhaltung der Sicherheit sind dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mitzuteilen.
7. Die Vertragspartner verpflichten sich, keinem Bündnis

beizutreten, das den Zielen dieses Vertrages widerspricht.

8. Es werden regelmäßige und besondere Konferenzen der Mitgliedstaaten abgehalten; ein ständiger politischer Ausschuß und ein militärischer Ausschuß werden gebildet.
9. Die Vereinigten Staaten und die Chinesische Volksrepublik werden eingeladen, in die Paktgremien Beobachter zu entsenden.
10. Der Pakt berührt die internationalen Verpflichtungen der Vertragspartner nicht, soweit diese mit den Zielen des Paktes in Einklang stehen.
11. Die Vertragsdauer soll 50 Jahre sein.

Zur Begründung seiner Vorschläge führt *Molotow* an, der bisherige Verlauf der Konferenz habe ergeben, daß die Tatsache der Teilung Deutschlands einstweilen fortbestehen werde; deshalb müsse an Stelle der EVG ein kollektives System geschaffen werden, das die Sicherheit aller europäischen Staaten garantiere.

*Dulles* stellt fest, daß der Deutschland betreffende Vorschlag *Molotows* Westdeutschland im Falle einer Aggression bloßstellen würde. Den Vorschlag eines europäischen Sicherheitspaktes legt *Dulles* dahingehend aus, daß der Nordatlantikpakt dadurch ersetzt werden soll; er bittet *Molotow*, ihn zu berichtigen, falls seine Auslegung falsch sei.

*Bidault* und *Eden* erklären, daß die sowjetischen Vorschläge die Neutralisierung und Teilung Deutschlands auf 50 Jahre bedeuten. Beide bezeichnen die NATO als die Basis ihrer Politik (*Eden*) und die realste Garantie für die Verteidigung (*Bidault*). *Eden*, der den Vorschlag *Molotows* als „eine Art moderner Monroe-Doktrin für Europa“ bezeichnet, welche die Vereinigten Staaten aus Europa ausschließen solle, lehnt die sowjetischen Vorschläge sofort ab.

Daraufhin fordert *Molotow* die westlichen Außenminister auf zu erklären, ob sie den Gedanken der kollektiven Sicherheit für Europa akzeptieren oder nicht. *Dulles* lehnt den Deutschland betreffenden Vorschlag ab und erklärt, daß die Vereinigten Staaten die ihnen in dem Sicherheitspakt zugedachte Rolle des Beobachters nicht annehmen werden. *Bidault* erklärt, daß die sowjetischen Vorschläge erst nach der Wiedervereinigung Deutschlands diskutabel seien. *Eden* erneuert seine bereits ausgesprochene Ablehnung.

#### 11. Februar

##### Geschlossene Sitzung über Punkt 1 der Tagesordnung

#### 12. Februar

##### Geschlossene Sitzung über Punkt 1 der Tagesordnung

##### Diskussion über Punkt 3 der Tagesordnung (Österreich)

Der österreichische Außenminister *Figl* appelliert unter Hinweis auf die Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 und auf die Lasten und Opfer, die Österreich durch die Besetzung zu ertragen hatte, an die vier Mächte, seinem Lande endlich den Staatsvertrag zu geben. Er erklärt, daß Österreich jede Bestimmung des Staatsvertrags akzeptieren werde, die seine Unabhängigkeit, Freiheit und staatliche Selbständigkeit sichert.

*Eden* beantragt, sofort mit der Erörterung der fünf Artikel des bestehenden Staatsvertrags-Entwurfs zu beginnen, über die bisher noch keine Einigung erzielt werden konnte.



Molotow legt folgenden Vorschlag vor:

1. Die Stellvertreter der Außenminister werden beauftragt, den Staatsvertrag innerhalb von drei Monaten fertigzustellen. Dabei soll dem bestehenden Entwurf ein Artikel eingefügt werden, der die Teilnahme Oesterreichs an militärischen Bündnissen verbietet.
2. Zur Verhinderung eines neuen Anschlusses sollen die Truppen der vier Mächte bis zum Abschluß des deutschen Friedensvertrages in Oesterreich verbleiben; sie sollen jedoch nicht als Besatzungstruppen gelten.
3. Die Stellvertreter der Außenminister sollen gleichzeitig die Triest-Frage behandeln.

In seiner Begründung spricht Molotow von in Westdeutschland vorbereiteten Plänen eines neuen Anschlusses Oesterreichs, die sogar von gewissen österreichischen Kreisen unterstützt würden. Da die Westmächte den sowjetischen Vorschlag für den deutschen Friedensvertrag, der die Wiedergeburt des deutschen Militarismus verhindern sollte, abgelehnt hätten, müßten die vier Mächte in Oesterreich selbst Maßnahmen zur Verhinderung des Anschlusses treffen. Seine Forderung auf Einbeziehung der Triest-Frage begründet er damit, daß die Sowjetregierung zu verhindern wünsche, daß Oesterreich, ebenso wie Triest, in einen britisch-amerikanischen Militärstützpunkt verwandelt werde.

Dulles und Bidault erklären, daß sie zu einer Verständigung über die noch offenstehenden Artikel und zur sofortigen Unterzeichnung des Staatsvertrages bereit seien. Beide wenden sich gegen jede Verzögerung des Staatsvertrags durch eine Verquickung mit anderen Fragen.

13. Februar

*Fortsetzung der Diskussion über Punkt 3 der Tagesordnung*

Figl gibt der Enttäuschung Oesterreichs über die Vorschläge Molotows Ausdruck, die er als für Oesterreich unannehmbar bezeichnet.

Die drei westlichen Außenminister lehnen die Forderungen Molotows scharf ab und verlangen, daß sofort mit den Verhandlungen über die noch offenstehenden Punkte des Staatsvertrags-Entwurfs begonnen wird, für die sie äußerstes Entgegenkommen zusichern. Sie betonen übereinstimmend, daß eine Annahme der sowjetischen Forderungen Oesterreich einer unbegrenzten Besetzung ausliefern würde. Dulles beschuldigt die Sowjetunion, daß sie sich auf diese Weise einen Vorwand für die Fortdauer der Anwesenheit sowjetischer Truppen in Ungarn und Rumänien sichern wolle.

Molotow besteht auf seinen Vorschlägen und erklärt, daß sie eine Besserung der Lage Oesterreichs gegenüber dem jetzigen Zustand bedeuteten. Er weist darauf hin, daß die in Oesterreich zu belassenden Truppen der vier Mächte keine Besatzungstruppen sein sollten.

Dulles und Molotow setzen ihre Besprechungen über die internationale Atomkontrolle fort. Sie kommen überein, den Meinungsaustausch auf diplomatischem Wege weiterzuführen.

14. Februar

*Fortsetzung der Diskussion über Punkt 3 der Tagesordnung*

Dulles bringt den formellen Vorschlag der Westmächte ein, den Staatsvertrag in seiner bisher vorliegenden Form am 18. Februar zu unterzeichnen, wobei die Westmächte

sich einverstanden erklären, daß die bisher umstrittenen Artikel in der von der Sowjetunion gewünschten Form gefaßt werden. Eden und Bidault erklären ihr Einverständnis mit diesem Antrag.

Molotow zieht seinen Vorschlag, die österreichische Frage an die Stellvertreter der Außenminister zurückzuverweisen, zurück. Er unterbreitet statt dessen Abänderungsvorschläge, durch die seine Forderungen vom 12. Februar dem Staatsvertrag eingefügt werden sollen. Ferner schlägt er vor, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen um eine Ueberprüfung der Triest-Frage zu ersuchen.

Figl erklärt sich namens der österreichischen Regierung bereit, den Staatsvertrag in der von Dulles vorgeschlagenen Form — das heißt mit der von der Sowjetunion gewünschten Fassung der bisher umstrittenen Artikel — zu unterzeichnen. Eine Stellungnahme zu den neuen sowjetischen Aenderungsvorschlägen lehnt er ab.

Die drei westlichen Außenminister lehnen in ihren Antworten die neuen Vorschläge Molotows ab. Dulles bezeichnet sie als einen Betrug am österreichischen Volk; Eden erklärt, es habe den Anschein, als wolle die Sowjetunion Oesterreich überhaupt keinen Vertrag zugestehen; Bidault erklärt, daß Frankreich keiner weiteren Aenderung des Vertragsentwurfs mehr zustimmen wird.

*Vierte Verhandlungswoche, vom 15. bis 18. Februar 1954*

In der letzten Woche finden die Sitzungen im täglichen Wechsel am Sitz der Sowjetischen Hohen Kommission und im Gebäude des ehemaligen Alliierten Kontrollrates statt.

15. Februar

*Geschlossene Sitzung über Punkt 1 der Tagesordnung*

*Fortsetzung der Diskussion über Punkt 2 der Tagesordnung*

Bidault und Eden bestehen darauf, daß erst die deutsche Frage gelöst sein müsse, bevor man über ein europäisches kollektives Sicherheitssystem diskutieren könne. Beide ersuchen Molotow um Klarstellung, ob der Nordatlantikpakt mit dem sowjetischen Sicherheitsvorschlag vom 10. Februar vereinbar sei. Eden erklärt, daß er die Vorschläge nur in diesem Falle diskutieren könne. Bidault weist darauf hin, daß die Garantie gegen eine deutsche Aggression in den Beistandsverträgen der Kriegszeit, in der Verhinderung eines selbständigen militärischen Handelns Deutschlands und in der Charta der Vereinten Nationen liege.

Molotow bezeichnet die Antworten Bidaults und Edens als unvollständig. Er vermeidet eine Antwort auf die Frage nach der Vereinbarkeit seiner Vorschläge mit der NATO, bezeichnet sie aber als eine Alternative zur EVG. Er fordert die westlichen Außenminister auf, dem Gedanken der kollektiven Sicherheit im Prinzip zuzustimmen; dann sei die Sowjetunion zu Modifizierungen ihrer Vorschläge im Detail bereit.

Dulles betont, daß die Lösung der deutschen Frage zuerst kommen müsse; ohne die Vereinigung Deutschlands habe der sowjetische Plan keine Aussicht auf Erfolg.

Bidault stellt Molotow noch einmal konkret die Frage, ob die NATO mit dem sowjetischen Sicherheitsvorschlag vereinbar sei oder nicht; im Falle einer positiven Antwort sei die französische Delegation bereit, über eine

Alternative zur EVG zu sprechen. *Molotow* schlägt die Vertagung der Sitzung vor, ohne eine Antwort zu geben.

16. Februar

*Fortsetzung der Diskussion über Punkt 3 der Tagesordnung*

*Figl* teilt mit, die österreichische Regierung habe ihn ermächtigt, in aller Form zu erklären, daß Oesterreich keiner Abänderung des derzeitigen Staatsvertrags-Entwurfs zustimmen kann. Er versichert *Molotow*, daß Oesterreich weder die Errichtung ausländischer Militärstützpunkte auf seinem Gebiet noch einen Anschluß an Deutschland zulassen werde. *Figl* appelliert noch einmal an die vier Außenminister, den Staatsvertrag in der bestehenden Form zu unterzeichnen.

*Eden* bezeichnet die Zusicherungen *Figls* als befriedigend und schlägt erneut die Unterzeichnung des Staatsvertrags in der bestehenden Form vor.

*Molotow* besteht auf seinen am 14. Februar eingebrachten Zusatzanträgen. Er weist darauf hin, daß die Bestimmung über das Verbot militärischer Koalitionen mit der von *Figl* zum Ausdruck gebrachten Haltung der österreichischen Regierung übereinstimme und daß das vorgeschlagene Verbleiben von Truppen der vier Mächte nur für eine begrenzte Zeit gelten solle.

Danach ergreifen die westlichen Außenminister und *Figl* mehrfach das Wort. Sie bleiben bei der Ablehnung der sowjetischen Zusatzforderungen und appellieren an *Molotow*, sie zurückzuziehen.

*Molotow* unterbreitet ein Änderungsangebot, das vorsieht, daß die vier Mächte die Frage des Abzugs der Truppen im Jahre 1955 erneut überprüfen. Er erklärt, daß der EVG-Vertrag der Grund für die Wachsamkeit der Sowjetunion in der österreichischen Frage sei, und fordert die Westmächte auf, auf die Ratifizierung des EVG-Vertrags zu verzichten.

Nachdem *Dulles* und *Bidault* das Angebot *Molotows* in der Frage der Besetzung als unerheblich zurückgewiesen haben, erklärt *Eden*, ein Uebereinkommen über den österreichischen Staatsvertrag sei offenbar nicht zu erreichen; die Welt werde wissen, wer die Verantwortung dafür trage.

17. Februar

*Geschlossene Sitzung über Punkt 1 der Tagesordnung*

*Fortsetzung der Diskussion über Punkt 2 der Tagesordnung*

*Molotow* ersucht die westlichen Außenminister, seinen Sicherheitsvorschlag im einzelnen zu diskutieren. Auf die Fragen nach der Vereinbarkeit der NATO mit diesem Vorschlag eingehend, erklärt er, man müsse diese Frage erst einer gründlichen Prüfung unterziehen, da die Meinungen über die NATO geteilt seien; jedenfalls aber sei die EVG mit seinen Vorschlägen unvereinbar. *Molotow* unterbreitet den Vorschlag, zwischen den vier Mächten ein Uebereinkommen über die Stärke der deutschen Polizeikräfte in Ost- und Westdeutschland zu treffen.

In ihren Entgegnungen betonen die westlichen Außenminister erneut den Vorrang der deutschen Frage. *Dulles* erklärt, die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen bleibe für die Westmächte das Kernproblem. *Bidault* sagt, *Molotow* habe den Verdacht nicht beseitigen können, daß seine Vorschläge das westliche Verteidigungs-

system aufweichen sollen. *Eden* erklärt, ohne eine Beseitigung der Teilung Deutschlands werde auch Europa geteilt bleiben müssen. Er erklärt die Fortsetzung der Debatte über diesen Punkt für zwecklos. Es wird jedoch beschlossen, am Schlußtage noch einmal darüber zu diskutieren.

*Molotow* unterbreitet noch den Vorschlag, die beiden deutschen Regierungen zur Bildung gesamtdeutscher Ausschüsse für die Erleichterung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik aufzufordern. Die westlichen Außenminister sagen die Prüfung der Vorschläge zu.

18. Februar 1954

*Geschlossene Sitzung über Punkt 1 der Tagesordnung*

Die Außenminister einigen sich auf die Einberufung einer Konferenz über asiatische Fragen nach Genf (vgl. das Schlußkommuniqué).

*Schlußsitzung. Aussprachen über Punkt 3 und 2 der Tagesordnung*

*Figl* unterbreitet den Kompromißvorschlag, den Abzug der Besatzungstruppen aus Oesterreich bis spätestens 30. Juni 1955 hinauszuschieben.

*Molotow* lehnt ab. Er erklärt, Oesterreich sei damit nicht weit genug entgegengekommen; ein Uebereinkommen über den Staatsvertrag sei im gegenwärtigen Augenblick unmöglich, er hoffe aber, daß die Westmächte und Oesterreich den sowjetischen Standpunkt noch annehmen würden.

Darauf ziehen die drei westlichen Außenminister ihr Einverständnis, die fünf offenstehenden Artikel des bisherigen Staatsvertrags-Entwurfs in der von der Sowjetunion gewünschten Version zu fassen, zurück.

*Molotow* schlägt vor, die Verhandlungen auf diplomatischer Ebene durch die Vertreter der vier Mächte in Wien fortzusetzen.

Die westlichen Außenminister erklären, daß man an solche Verhandlungen denken könne, wenn die Sowjetunion erkläre, wann sie zum Abzug ihrer Truppen aus Oesterreich bereit sei.

Die Erörterung der österreichischen Frage wird beendet. In der folgenden kurzen Diskussion über Deutschland erklären die westlichen Außenminister, daß sie zu dem Vorschlag *Molotows* für ein Abkommen über die Polizeikräfte nicht ohne eingehende Prüfung Stellung nehmen könnten.

*Eden* erklärt namens der drei Westmächte, daß die drei westlichen Hohen Kommissare in Deutschland dem sowjetischen Hohen Kommissar ein konkretes Programm unterbreiten werden, das der deutschen Bevölkerung die Auswirkungen der Teilung Deutschlands erleichtern soll. Dies solle u. a. umfassen: die Freigabe des Interzonenverkehrs, die Verbesserung der Verkehrsverbindungen, die Abschaffung der Sperrzonen, die Beseitigung der Behinderungen im Verkehr zwischen Berlin und der Bundesrepublik sowie zwischen West- und Ost-Berlin. Zu dem Vorschlag der Bildung eines gesamtdeutschen Ausschusses für die kulturellen Beziehungen erklärt *Eden*, diese Angelegenheit falle nicht in die Zuständigkeit der Besatzungsmächte.

*Molotow* stellt daraufhin fest, daß auch seine letzten Vorschläge abgelehnt worden seien. Er erklärt jedoch, daß



die Sowjetische Hohe Kommission Anweisungen habe, die eine Behandlung der von Eden genannten Vorschläge ermöglichen.

Nachdem die westlichen Außenminister Molotows Vorschlag, eine allgemeine Erklärung über Deutschland in das Communiqué aufzunehmen, abgelehnt haben, wird auch die Erörterung der deutschen Frage abgeschlossen.

Die vier Außenminister erteilen ihre Zustimmung zur Formulierung des Schlußkommunikés und halten ihre Schlußansprachen.

Die drei westlichen Außenminister stellen übereinstimmend fest, daß die Konferenz einen fundamentalen Gegensatz zwischen den Ansichten des Westens und des Ostens offenbart habe. Dulles erklärt, nach dieser Konferenz sei es unwahrscheinlicher geworden, daß irgendeine Macht durch falsche Einschätzung der Lage einen Krieg riskieren werde; das bedeute jedoch nicht, daß die Westmächte in ihren Verteidigungsbemühungen nachlassen würden. Bidault sagt, man solle sich in Zukunft weiter um Teillösungen bemühen und ein Problem nach dem anderen in Angriff nehmen. Eden betont, daß es der richtige Weg der Arbeit für den Frieden sei, die ersten Dinge zuerst zu behandeln; darum könne ein dauerndes Sicherheitssystem für Europa nicht ohne die Lösung der deutschen und österreichischen Frage geschaffen werden. Molotow faßt noch einmal seine Argumente zusammen, warum nach seiner Ansicht die Verantwortung für das Nichtzustandekommen einer Lösung für Deutschland und Oesterreich bei den Westmächten liege. Er betont jedoch, daß die Konferenz zur Prüfung einiger herangereifter internationaler Probleme beigetragen habe und daß die Aufgaben, welche die Konferenz ungelöst gelassen habe, auf der Tagesordnung bleiben würden.

Damit wird die Konferenz beendet.

#### Das erste Jahresprogramm des Europäischen Produktivitätsamtes

Der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC), der am 1. Mai 1953 das Europäische Produktivitätsamt errichtet hatte (vgl. EA 16/1953, S. 5918), veröffentlichte am 21. Januar 1954 das erste Jahresprogramm dieser Behörde. Das Programm umfaßt sechs Hauptabschnitte: besondere wirtschaftliche und juristische Probleme, technische und Verwaltungsprobleme in Industrie und Handel, Beziehungen zwischen Betriebsleitung und Betriebsangehörigen, angewandte Forschung und Technologie, Ernährung und Landwirtschaft, Informationswesen und allgemeine Dienste.

In der Einführung zu dem Jahresprogramm erklärt der Europäische Wirtschaftsrat, unter dem Begriff „Produktivität“ sei die Erzielung bester Ergebnisse aus den verschiedenen Faktoren der Produktion — Kapital, Rohstoffe, Produktionsstätten und -einrichtungen, Land und Arbeitskraft — zu verstehen. Das Ziel der Produktivitätskampagne sei die Erhöhung der Produktion durch bessere Organisation der Arbeit, durch die Verbesserung der physischen Bedingungen, durch den Gebrauch besserer Ausrüstung, durch wirkungsvollere Betriebspraktiken und durch die Vermeidung der Vergeudung von Zeit, Geld, Material, Raum und menschlicher Arbeitskraft. Die OEEC weist darauf hin, daß das Problem neben der technischen auch eine psychologische Seite habe: schwieriger als die

Ermittlung neuer Verfahren zur Erhöhung der Produktion sei die Aufgabe, ihre allseitige Anwendung zu erreichen.

Ueber die Arbeitsweise des Produktivitätsamtes wird in dem Programm folgendes gesagt: Das Amt arbeitet im Rahmen der OEEC und in Verbindung mit den technischen Ausschüssen dieser Organisation; es unterstützt die nationalen Produktivitätszentralen der Mitgliedstaaten in ihren Bemühungen auf den Gebieten des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft. Für diese Arbeiten steht zunächst ein Fonds von 117 Millionen Dollar aus der amerikanischen Auslandshilfe zur Verfügung. Nach Erschöpfung dieser Mittel hofft die OEEC auf Beiträge der Mitgliedstaaten für die Fortführung der Tätigkeit des Amtes; Voraussetzung dafür sei, daß das Produktivitätsamt sich das Vertrauen sowohl der nationalen Produktivitätszentralen als auch der Unternehmer- und Arbeiterschaft erwerbe.

Die Tätigkeit des Amtes wird u. a. die Bildung von Arbeitsgruppen und Missionen, die Veröffentlichung von Berichten, die Durchführung von Ausbildungskursen und den Austausch von Arbeitern, Spezialisten und Lehrkräften umfassen. Daneben soll die OEEC selbst durch Empfehlungen an die Regierungen, durch Konsultation nationaler und internationaler Gruppen sowie durch die Unterstützung privater Organisationen, die an der gleichen Aufgabe arbeiten, zu der Verwirklichung des Programms beitragen.

#### Hauptversammlung des Rates der Europäischen Handelsföderationen

Der Rat der Europäischen Handelsföderationen, der sich zu gleichen Teilen aus nationalen Handelsorganisationen und bereits bestehenden internationalen Fachorganisationen zusammensetzt, hielt Ende November 1953 seine erste Hauptversammlung in Paris ab. Eine weitere Hauptversammlung ist für Mai 1954 in Algier vorgesehen. Auf ihr will sich der Rat mit folgenden Themen befassen, für die inzwischen Vorberichte angefertigt werden sollen: 1. Struktur der Berufsorganisation des Handels in den einzelnen Ländern; 2. Probleme des Genossenschaftswesens in den einzelnen Ländern unter Berücksichtigung der steuerlichen, juristischen, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte; 3. Untersuchung der Steuerlast, die auf den einzelnen Produkten liegt, und ihrer Rückwirkung auf den Verteilungsapparat sowie die einzelnen Handelsformen; 4. Untersuchung der Schwierigkeiten für die Entwicklung des Außenhandels; 5. Rückwirkungen der verschiedenen europäischen Pläne auf den Handel; 6. gemeinsame Verteidigung der Handelsfunktionen. Außerdem will der Rat den Erfahrungsaustausch im Interesse höherer Produktivität fördern.

Auf der Pariser Hauptversammlung wurde der stellvertretende Präsident der Oesterreichischen Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Paul Förster, zum Präsidenten des Ratsvorstandes gewählt. Dem Vorstand gehören ferner Vertreter Frankreichs, Italiens, Belgiens und Portugals sowie einiger internationaler Handelsorganisationen an. Die Beteiligung Deutschlands am Vorstand konnte noch nicht geregelt werden, da in Deutschland noch keine einheitliche Organisation für den Groß- und Kleinhandel besteht.

## Zeittafel vom 1. bis 15. Februar 1954

## Die Ereignisse in Europa

## Europäische Integration

1. In Westminster (London) wird die am 29. Januar begonnene Zweite Wirtschaftskonferenz der Europäischen Bewegung beendet. An der Konferenz, die unter dem Vorsitz von Hermann J. Abs (Deutschland) stand, nahmen Delegierte sämtlicher Organisationen der Europäischen Bewegung, der Nationalen Räte der Europäischen Bewegung und der Länder des britischen Commonwealth teil. Die Konferenz faßte drei Entschlüsse; über die Ausweitung des Handels und Bildung eines großen Marktes, über die Ausweitung der Produktion, über Investitionen. (Den Wortlaut der Entschlüsse wird das Europa-Archiv in einer künftigen Folge veröffentlichen.)
3. In Paris wird von der OEEC ein ständiges Verwaltungssekretariat für die Europäische Verkehrsministerkonferenz errichtet. Zum Leiter des Sekretariats wird der bisherige Verkehrssachverständige der OEEC, *Mange*, ernannt. Der Rat der OEEC beschließt, mit der Verkehrsministerkonferenz eng zusammenzuarbeiten.
6. Der Rat der OEEC erhöht die Rallonge der EZU-Quote der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion von 75 auf 125 Millionen Verrechnungseinheiten und die Rallonge der Quote Oesterreichs von 25 auf 31 Millionen Verrechnungseinheiten.  
In Bentveld (Niederlande) wird eine zweiwöchige Arbeitstagung beendet, zu welcher der Internationale Bund Freier Gewerkschaften und die Internationale Vereinigung Christlicher Gewerkschaften 40 junge Gewerkschaftler, Bergleute und Metallarbeiter aus den sechs Ländern der Montanunion delegiert hatten. Die erste Woche galt dem Studium der besonderen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation der sechs Länder; in der zweiten Woche wurden die Auffassungen der beiden Verbände über die Montanunion und über die gewerkschaftlichen Möglichkeiten im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft diskutiert.
- 6.—9. Der Präsident der Hohen Behörde der Montanunion, *Monnet*, führt in Berlin Besprechungen mit dem amerikanischen Außenminister, *Dulles*. Monnet teilt am 12. Februar darüber auf einer Pressekonferenz in Luxemburg mit, daß die Verhandlungen über eine amerikanische Anleihe an die Montanunion zur Modernisierung der europäischen Montanindustrie kurz vor ihrem Abschluß stehen.
10. Auf einer Tagung des Conseil Français de Mouvements de Jeunesse und des Deutschen Bundesjugendringes in Marly-le-Roy bei Paris wird ein deutsch-französisches Aktionskomitee gebildet. Es wird beschlossen, in Zukunft alle Probleme gemeinsam zu besprechen.

## Belgien

5. Auf einer Konferenz in Brüssel beschließt der Ministerausschuß der Benelux-Union die weitere Koordi-

nierung der Handelspolitik der drei Länder gegenüber den OEEC-Mitgliedern, insbesondere in Fragen der Liberalisierung. Es wird vereinbart, eine ähnliche Koordinierung zu einem späteren Zeitpunkt auch gegenüber dem Dollarraum durchzuführen.

11. Der aus den Mitgliedern des Auswärtigen und des Verteidigungsausschusses gebildete EVG-Sonderausschuß des Senats empfiehlt mit 27 gegen 10 Stimmen die Ratifizierung des EVG-Vertrags. In den Debatten des Ausschusses war die Frage aufgeworfen worden, ob die Erklärungen des französischen Außenministers, *Bidault*, auf der Berliner Konferenz, daß eine künftige gesamtdeutsche Regierung nicht an den EVG-Vertrag gebunden sei, mit dem Wortlaut des Vertrags zu vereinbaren seien. Außenminister *van Zeeland* erklärte dazu, daß diese Frage stark umstritten sei; jedenfalls würden neue Verhandlungen notwendig werden, falls die deutsche Wiedervereinigung zustande komme.

## Deutschland

3. Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, *Herbert Wehner*, teilt in einem Schreiben an Bundestagspräsident *Ehlers* mit, daß der Ausschuß es nicht für angebracht hält, auf den Vorschlag des Präsidenten der Volkskammer der DDR vom 13. Januar zur Abhaltung gesamtdeutscher Beratungen einzugehen. In seiner Begründung führt der Ausschuß u. a. an, daß derartige Beratungen den Eindruck erwecken würden, als ob die Voraussetzungen für eine repräsentative Vertretung ganz Deutschlands, die von den vier Besatzungsmächten erst geschaffen werden müssen, bereits existierten.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Walther Schreiber*, bezeichnet in einer Rundfunkansprache das Memorandum, das die Regierung der DDR am 30. Januar den Außenministern der vier Besatzungsmächte übermittelte (vgl. Zeittafel in EA 4/1954), als „übles Machwerk des nationalen Verrats“. Er erklärt, die Tatsache, daß die Regierung der DDR es nicht gewagt habe, den Eden-Plan für die Wiedervereinigung Deutschlands in der Sowjetzone zu veröffentlichen, mache verständlich, daß die Bundesregierung es ablehne, sich mit einer Regierung solcher Gesinnung an einen Tisch zu setzen.

Die Volkskammer der DDR billigt nach Anhören einer Regierungserklärung von Ministerpräsident *Grotewohl* nachträglich das Memorandum der Regierung vom 30. Januar an die vier Außenminister. In einer Entschlieung erklärt die Volkskammer, die „Kriegsverträge“ von Bonn und Paris verhindern die Wiedervereinigung Deutschlands; erst bei ihrer Annullierung werde der Weg für wirklich freie Wahlen in ganz Deutschland frei sein. Die Volkskammer wendet sich außerdem gegen den Eden-



Plan, da die darin vorgeschlagenen Wahlen von den Besatzungsmächten kontrolliert werden sollten.

- 5.—6. Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder der Bundesrepublik und Berlins in München. Es werden Entschlüsse über folgende Fragen gefaßt: 1) Auf dem Gebiete des Rundfunks sollen feste Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern und zwischen den Ländern untereinander getroffen werden. 2) Die Länder werden sich um eine Absprache zwischen Bund und Ländern über die Aufgaben und Verteilung von Dotationen für kulturelle Zwecke bemühen. 3) Auf dem Gebiete des Schulwesens soll eine Begrenzung der Zahl der Hauptschultypen, die Vereinheitlichung der Bezeichnungen für mittlere und höhere Schulen, ein einheitlicher Beginn des Schuljahres und die gleichmäßige Anerkennung der Reifezeugnisse erreicht werden. 4) In den Ländern sollen Einrichtungen für staatsbürgerliche Erziehung, ähnlich der Bundeszentrale für Heimatdienst, geschaffen werden. 5) Zwischen den Verfassungsschutzämtern der Länder und dem Bundesamt für Verfassungsschutz soll eine engere Zusammenarbeit und eine klarere Abgrenzung der Aufgabengebiete erfolgen.
- 10.—12. Staatsbesuch des kanadischen Premierministers, Louis St. Laurent, bei der Bundesregierung. Anlaßlich eines Essens hält der Premierminister eine Ansprache, in der er ausführt, es sei möglich, daß die europäische Einheit allein keine Antwort auf die Westeuropa bewegenden Probleme geben könne. Darum sei es an der Zeit, zu prüfen, ob nicht einige der Maßnahmen für eine intensivere Integration innerhalb des größeren Rahmens des Nordatlantikkpates getroffen werden sollten. Bundeskanzler Adenauer erklärt in seiner Ansprache, die Bundesrepublik sehe in dem Nordatlantikkpakt, obwohl sie ihm nicht angehöre, den Garanten zur friedlichen Durchsetzung der Ziele, die sie gemeinsam mit den Mitgliedern des Paktes verfolge.
12. Erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Bundestag. Der Entwurf der Bundesregierung sowie zwei davon abweichende Entwürfe der SPD und FDP werden dem Rechts- und Verfassungsausschuß zur weiteren Beratung überwiesen.

#### *Stellungnahmen deutscher Stellen zum Verlauf der Berliner Viermächtekonferenz*

(Vgl. die Chronologie des Konferenzverlaufs in EA 4/1954, S. 6372, und auf S. 6409 dieser Folge.)

1. Bundeskanzler Adenauer übermittelt den Außenministern der drei Westmächte den Dank der Bundesregierung für die geschlossene Haltung, mit der sie ihren Standpunkt, der mit der Auffassung von Bundesregierung und Bundestag identisch sei, auf der Konferenz vertreten. Der „Demokratische Block der antifaschistischen Parteien“ der DDR verlangt in einer Entschliebung die Teilnahme deutscher Vertreter an den Beratungen über die deutsche Frage. Er bezeichnet die Vorschläge der westlichen Außenminister als den Versuch, ganz Deutschland in das System des Nordatlantikkpates einzubeziehen.
2. Der Außenpolitische Ausschuß des Bundestages erklärt in einer Entschliebung, das deutsche Volk sei

von den Vorschlägen Molotows vom 1. Februar bitter enttäuscht. Der Grundsatz der gleichberechtigten Teilnahme Deutschlands an einem freien Europa und in der freien Welt sei eine Forderung, auf die das deutsche Volk nicht verzichten könne. In seinem Bericht vor dem Ausschuß hatte Bundeskanzler Adenauer vorher erklärt, die Sowjetunion wolle durch ihre Vorschläge Deutschland so ohnmächtig machen, daß es in die sowjetische Machtsphäre einbezogen werden könne.

4. Ein Sprecher der Beobachter-Delegation der Bundesrepublik in Berlin erklärt zu dem Deutschlandplan Molotows vom gleichen Tage, diese Vorschläge böten keine Basis für Verhandlungen; sie entsprächen dem Lubliner Muster für die Zwangsbildung der polnischen Regierung im Jahre 1945. Die gleichen Vorschläge werden am 5. Februar sowohl von Bundeskanzler Adenauer als auch vom Führer der Opposition, Ollenhauer, scharf abgelehnt. Adenauer erklärt in einer Kabinettsitzung, die Sowjetunion wolle offenbar noch vor den Wahlen die Kontrolle über ganz Deutschland in die Hand bekommen, um die Wahlen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Ollenhauer erklärt in Berlin, Molotows Plan sei von der Absicht diktiert, so viele Bestandteile des Regimes der Sowjetzone wie möglich dem Urteil der Wähler zu entziehen.
  6. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, erklärt in einer Rundfunkrede, das ganze deutsche Volk erwarte, daß das Gespräch über Deutschland auf der Konferenz nicht abreiße. Dabei dürfe es jedoch nicht zu einer Gemeinsamkeit mit der Regierung der sowjetischen Besatzungszone kommen.
  7. Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen, Herbert Wehner, warnt in einem Interview vor der Gefahr einer Einigung der vier Mächte unter stillschweigender Akzeptierung des status quo der Teilung Deutschlands. Er appelliert an die Außenminister, von der starren Form der Verhandlungstechnik abzugehen und die Frage der freien Wahlen zusammen mit der Sicherheitsfrage zu diskutieren.
  10. Der Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für die Konferenz, Prof. Grewe, erklärt zu dem Sicherheitsvorschlag Molotows vom gleichen Tage, er ziele auf die Bildung eines europäischen Völkerbundes unter gleichzeitiger Neutralisierung Deutschlands. Ein anderer Sprecher der westdeutschen Delegation sagt, die Vorschläge sollten im Endeffekt das gesamte westliche Verteidigungssystem zerschlagen und damit Deutschland unter sowjetische Kontrolle bringen.
  11. Der Erste Vorsitzende der SPD, Ollenhauer, tritt in einer Rede vor Parteifunktionären in Berlin die Ansicht, die Konferenz habe gezeigt, daß die EVG und die Wiedervereinigung Deutschlands nicht miteinander zu vereinbaren seien. Er plädiert für die Fortsetzung der Beratungen der Konferenz durch besondere Ausschüsse, beispielsweise die Hohen Kommissare der vier Mächte.
- Der stellvertretende Ministerpräsident der DDR Walter Ulbricht fordert in einer Rede in einem Industrierwerk in Ost-Berlin die Durchführung der von

*Molotov* am 3. Februar vorgeschlagenen Volksabstimmung zwischen den Verträgen von Bonn und Paris und dem Friedensvertrag. Er erklärt, diese Abstimmung würde ergeben, daß das deutsche Volk die Beseitigung der West-Verträge als Bedingung für die Durchführung von freien Wahlen betrachte.

Der Staatspräsident der DDR, *Pieck*, bezeichnet den Sicherheitsvorschlag *Molotows* vom 10. Februar als einen „wahren europäischen Friedenspakt“. Erst wenn durch diesen Pakt die Gefahr kriegsrischer Verwicklungen ausgeschaltet, alle ausländischen Besatzungstruppen abgezogen und alle fremden Militärstützpunkte beseitigt seien, wären die Voraussetzungen für den Friedensvertrag mit Deutschland geschaffen. In einem solchen Europa werde mit Sicherheit eine befriedigende Lösung der deutschen Frage gefunden werden.

12. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Walther Schreiber*, ersucht in einem Schreiben die Außenminister der drei Westmächte, sich bei *Molotov* für die Freilassung der politischen Gefangenen in der DDR zu verwenden. Am gleichen Tage bittet der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland die vier Außenminister in einem Schreiben um die Freilassung aller politischen Gefangenen in Deutschland.
13. Der Außenminister der DDR, *Lothar Bolz*, fordert in einer Rundfunkrede die Außenminister auf, ihre Bemühungen um eine friedliche Lösung des deutschen Problems fortzusetzen. Er macht die Westmächte für das Scheitern der bisherigen Verhandlungen verantwortlich und wendet sich besonders gegen die „verleumderischen Ausfälle des amerikanischen Außenministers“, den er beschuldigt, unwahre Behauptungen über die Regierung der DDR aufgestellt zu haben. Dabei bezeichnet er u. a. die Wahlen in der DDR vom 15. Oktober 1950 als die ersten wirklich freien und demokratischen Wahlen in der Geschichte Deutschlands, den Aufstand vom 17. Juni 1953 als faschistische Provokation und die Sowjetzonenflüchtlinge als Agenten und Diversanten oder Irreführte.

#### Frankreich

3. Ein Regierungssprecher gibt bekannt, daß die Insel Tahiti im Stillen Ozean zum endgültigen Exil für den abgesetzten Sultan von Marokko, *Mohammed ben Jussef*, bestimmt wurde.
4. Der Ministerrat beschließt ein Wirtschaftsprogramm, das innerhalb von 18 Monaten eine Steigerung von Produktion und Kaufkraft um 10 vH erbringen soll. Im einzelnen sind vorgesehen: Erhöhung der garantierten Mindestlöhne, Senkung des Diskontsatzes von 3,5 auf 3,25 vH, Aufrechterhaltung des Preisstops, Gewährung von langfristigen Investitionskrediten, Kreditbeschaffung für den Bau von 12 000 Wohnungen, Erhöhung der Kredithilfe für die Landwirtschaft, Steuerbegünstigung und Unterstützung von privaten Investitionen, Steuerbegünstigung des Exports. Die Erhöhung der Mindestlöhne und die Senkung des Diskontsatzes werden bereits am gleichen Tage durchgeführt.
5. Der Vizepräsident der Nationalversammlung, *Gaston Palewski* (Gaullist), verlangt in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses

der Nationalversammlung, *Daniel Mayer*, die Einberufung dieses Ausschusses, um die Haltung der französischen Delegation auf der Berliner Außenministerkonferenz zu überprüfen. Er erklärt in seinem Schreiben, Außenminister *Bidault* erwecke durch seine Verhandlungsführung den Eindruck, als sei die Ratifizierung des EVG-Vertrags durch Frankreich sicher; dies sei jedoch keineswegs der Fall.

- 8.—9. Staatsbesuch des kanadischen Premierministers, *Louis St. Laurent*, bei der französischen Regierung. In einer Rundfunksprache über das Thema „Einheit der Nationen in der NATO“ sagt er, die Anzeichen einer Besserung der Lage erlaubten es dennoch nicht, durch das Streben nach eigenen Vorteilen die Kräfte zu verzetteln.
11. Der Staatssekretär im Außenministerium, *Maurice Schumann*, wendet sich in einem Bericht vor dem Außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung gegen die Ausführungen, die der spanische Staatschef, Generalissimus *Franco*, am 8. Februar anlässlich eines Empfangs marokkanischer Würdenträger (vgl. Spanien) machte. Schumann bezeichnet diese Ausführungen als einen unzulässigen Angriff gegen die Politik Frankreichs in Marokko und als den Höhepunkt einer seit langem geführten Propagandakampagne. Während Frankreich sich in Marokko streng an seine vertraglichen Verpflichtungen gehalten habe, stelle *Franco*s Ankündigung, daß die spanische Zone Marokkos der Souveränität des Kalifen von Tetuan unterstellt werden solle, eine klare Verletzung internationaler Verpflichtungen und einen Angriff auf die Einheit des schierischen Reiches dar.

#### Großbritannien

12. Die Regierung legt einen Gesetzentwurf über die Bildung einer Atomenergie-Behörde vor, der die Atomwaffenproduktion, die Atomenergieforschung und die Nutzung der Atomkraft für industrielle Zwecke unterstellt werden sollen. Als Leiter der Behörde ist Sir *Edwin Plowden*, als aufsichtsführendes Regierungsmitglied Lordpräsident Lord *Salisbury* vorgesehen.

#### Italien

8. Staatspräsident *Einaudi* beauftragt den früheren Innenminister *Mario Scelba* (Christlich-Demokratische Partei) mit der Bildung einer neuen Regierung. Am 10. Februar wird die Regierung aus Politikern der Christlich-Demokratischen, der Sozialdemokratischen und der Liberalen Partei gebildet. Stellvertretender Ministerpräsident wird *Giuseppe Saragat* (Sozialdemokrat), Außenminister *Attilio Piccioni* (Christlicher Demokrat), Verteidigungsminister *Paolo Taviani* (Christlicher Demokrat).
- 12.—15. Staatsbesuch des kanadischen Premierministers, *Louis St. Laurent*, bei der italienischen Regierung.

#### Niederlande

6. Die Ratifizierung des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft durch die Niederlande wird mit der Veröffentlichung im Amtsblatt rechtskräftig.

#### Sowjetunion

6. Nach finnisch-sowjetischen Verhandlungen über die Erweiterung des Handelsvertrags wird in Moskau



eine Vereinbarung getroffen, nach der die Sowjetunion Finnland eine Anleihe in Höhe von 40 Millionen Rubel in Gold oder Dollars gewähren wird. Außerdem erklärt die Sowjetunion sich bereit, einen Teil der finnischen Warenlieferungen in Gold oder Devisen zu bezahlen.

11. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei veröffentlicht ein Wahlmanifest zu den bevorstehenden Wahlen in den Obersten Sowjet. Darin heißt es, die sowjetische Außenpolitik sei eine Politik des Friedens und der Freundschaft, doch müsse die Streitmacht der Sowjetunion weiter verstärkt werden, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Es heißt weiter, die Sowjetunion sei von der Möglichkeit der Koexistenz verschiedener Wirtschaftssysteme überzeugt. In wirtschaftlicher Hinsicht habe die Existenz des Sowjetstaates die Ueberlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus unter Beweis gestellt.

#### Spanien

5. In ihrer Antwort auf die Protestnote der französischen Regierung vom 22. Januar wegen der Notablen-Versammlung in Tetuan (vgl. Zeittafel in EA 4/1954, Frankreich) verweist die spanische Regierung darauf, daß diese Versammlung eine Angelegenheit der

Innenpolitik des spanischen Protektorates in Marokko und ein Akt der Meinungsäußerung seiner Bevölkerung gewesen sei.

8. Anlässlich des Empfangs einer Gruppe von Notabeln aus der spanischen Zone Marokkos in Madrid beschuldigt Staatschef Generalissimus *Franco* die französische Regierung der Verletzung der grundlegenden Prinzipien des Protektorats durch ihre Aktionen in Marokko. Er kündigt an, daß Spanien unter prinzipieller Anerkennung der Einheit des scherifischen Reiches vorübergehend seine Zone der Souveränität des Kalifen von Tetuan unterstellen wird.
12. In einer Erklärung des Außenministeriums zu der Rede des französischen Staatssekretärs im Außenministerium, Maurice *Schumann*, vom 11. Februar (vgl. Frankreich) wird die Anschuldigung bestritten, daß die Haltung Spaniens in Marokko eine Bedrohung der Einheit des Landes darstelle. Es wird erklärt, die Unterstellung der spanischen Zone unter die Souveränität des Kalifen von Tetuan sei mit dem französisch-spanischen Protektoratsvertrag von 1912 vereinbar; dagegen stelle die Absetzung des Sultans *Mohammed ben Jussef* eine Verletzung dieses Vertrages dar.

### Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

#### AMERIKA

##### Vereinigte Staaten

10. Präsident *Eisenhower* nimmt auf seiner Pressekonferenz Stellung gegen ungerechtfertigte Ausfälle gegenüber Politikern der Demokratischen Partei. Er sagt, die Zeiten seien zu ernst für extreme Parteikämpfe, und er brauche für eine Reihe seiner Programme die Unterstützung der Demokraten. Im übrigen seien Unterstellungen, daß eine große politische Gruppe unzuverlässig oder gar verräterisch sei, unwahr und unklug. Auf die Frage eines Korrespondenten bestätigt der Präsident, daß er nicht wünsche, daß die Mitglieder seines Kabinetts sich an extremen Parteikämpfen beteiligen.

#### ASIEN

##### Korea

9. Das UN-Oberkommando informiert die neutrale Waffenstillstandskommission, daß die chinesischen und nordkoreanischen Streitkräfte unter Verletzung des Waffenstillstandsabkommens Verstärkungen aus der Chinesischen Volksrepublik erhalten. Die Kommission wird um eine Untersuchung dieser Anschuldigung ersucht. Die neutrale Waffenstillstandskommission lehnt das Ersuchen am 11. Februar ab.
12. Der südkoreanische Außenminister, *Pyun Yung Tai*, gibt bekannt, daß die südkoreanische Regierung dem Oberbefehlshaber der Truppen der Vereinten Nationen, General John E. *Hull*, das Angebot übermittelt habe, eine Division südkoreanischer Truppen zum Einsatz gegen die Vietminh-Truppen nach Indochina zu entsenden.

##### Pakistan

5. Außenminister Sir Mohammed *Zafrullah Khan* spricht sich in einem Interview gegen die Errichtung eines „Dritten Blocks“ der asiatischen Länder aus. Er er-

klärt, daß Pakistan sich derartigen Plänen widersetzen werde, falls sie auf der bevorstehenden Konferenz der asiatischen Ministerpräsidenten in Colombo auftauchen sollten.

##### Persien

2. Der Führer der Moslem-Bruderschaft und frühere Präsident des Abgeordnetenhauses, Ayatollah *Kaschani*, kündigt in einer Erklärung der Regierung den Kampf an. Er beschuldigt die Regierung, die gegenwärtig stattfindenden Wahlen ihren Wünschen entsprechend aufzuziehen und der Nation mit Waffengewalt „britische Söldlinge“ aufzuzwingen. Am 4. Februar wird über Teheran der Belagerungszustand verhängt.

#### AUSTRALIEN

##### Australischer Bund

15. Königin *Elisabeth II.* eröffnet auf ihrer Reise durch das Commonwealth das australische Parlament mit einer Thronrede, in der sie auf die untrennbaren Bande zwischen dem Australischen Bund und der Krone hinweist. Sie erklärt, ihr Aufenthalt in Australien und ihre Reise hätten sie mit Stolz das Gefühl der Brüderlichkeit erleben lassen, das die Völker des Commonwealth miteinander verbinde.

### Organisation der Vereinten Nationen

#### Sicherheitsrat

3. Aegypten erhebt beim Sicherheitsrat Klage gegen Israel wegen mehrfacher militärischer Angriffe auf arabische Beduinenstämme in der demilitarisierten Zone zwischen Israel und Aegypten. Die Klage wird vom Rat in einer Sitzung am 4. Februar zusammen mit der israelischen Klage gegen Aegypten vom 28. Januar (vgl. Zeittafel in EA 4/1954) auf die Tagesordnung gesetzt.

## Bücher und Broschüren

Beloff, Max: Soviet Policy in the Far East 1944—1951. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London, New York, Toronto: Oxford University Press 1953. 278 S. 21 s.

Browder, Robert Paul: The Origins of Soviet-American Diplomacy. Princeton, New Jersey: Princeton University Press 1953. 256 S. \$ 5,00.

Chardonnet, Jean: Les grandes types de complexes industriels. Cahiers de la Fondation Nationale des Sciences Politiques No. 39. Paris: Librairie Armand Colin 1953. 196 S. 675 frs.

Verfasser untersucht bestimmte Industriezentren, und zwar sowohl solche, die auf Rohstoffgrundlagen wie Kohle, Erdöl usw. beruhen, wie solche, die auf ökonomischer und bevölkerungsmäßiger Grundlage aufgebaut wurden. Die Beispiele hat der Verfasser aus den Vereinigten Staaten, Europa einschließlich UdSSR und Afrika gewählt. Die Untersuchungen geben eine Analyse der Entwicklung und der Struktur, die mit 32 kartographischen Skizzen anschaulich gemacht werden. Eine Bibliographie von 7 Seiten ist beigelegt.

Dawson, Christopher: Europa. Idee und Wirklichkeit. München: Wilhelm Heyne Verlag 1953. 230 S.

Documents and Speeches on British Commonwealth Affairs 1931—1952. Edited by Nicholas Mansergh. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. Vol. I and II. London, New York, Toronto: Oxford University Press 1953. 1308 S. 84 s.

Fischer, Helmut: Der Weg nach Europa. Uebernationalen Gemeinschaften und der Europarat. München: Wilhelm Heyne Verlag 1953. 96 S. DM 2.80.

Aus der Fülle der allgemeinverständlichen Druckerzeugnisse über die Entwicklung zu Europa verdient diese kleine Schrift deshalb hervorgehoben zu werden, weil sie in knapper Fassung einen recht farbigen Ueberblick über die Geschichte des Europagedankens vom Mittelalter bis zur Gegenwart gibt. Dabei wird die Haltung Großbritanniens gelegentlich kritisch beleuchtet. Die Gliederung und Arbeit des Europarates, an dessen Sitzungen der Verfasser als Berichterstatter meist teilgenommen hat, sowie die Funktion der Montanunion und die Bedeutung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft werden, zum Teil auch kritisch, gewürdigt. Mit einem politischen Ausblick schließt die Schrift, der der Entwurf des Vertrages über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft vom 10. März 1953 angehängt ist.

Fitzsimons, M. A.: The Foreign Policy of the British Labour Government 1945—1951. Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame Press 1953. VI, 182 S.

Ausgehend von den Grundlagen britischer Außenpolitik überhaupt, stellt der Verfasser in 6 Kapiteln die Hauptlinien der Außenpolitik der Labour-Regierung dar. Nach einer Zusammenfassung, welche die Einschränkung der britischen Verpflichtungen in der Welt zeigt, werden vor allem das Verhältnis zu Europa und die Lage im Fernen Osten behandelt. Die These des Buches ist: Es gab keine „sozialistische Außenpolitik“, auch die Labour-Regierung folgte den bekannten Zügen einer kontinuierlichen britischen Außenpolitik.

Görlitz, Walter, und Herbert A. Quint: Adolf Hitler. Eine Biographie. Stuttgart: Steingrüben-Verlag 1952. 656 S.

Die Verfasser geben eine umfassende Biographie Adolf Hitlers, die interessant ist durch den Versuch, eine abschließende Deutung der Person zu geben. Das Buch enthält umfangreiche Literaturnachweise.

Handbuch der Montan-Union. Bearbeitet auf Grund der amtlichen Unterlagen der Europäischen Gemeinschaft

für Kohle und Stahl. Herausgegeben von Hubert Armbruster und Franz-Wilhelm Engel. Frankfurt am Main: Agenor Druck- und Verlags-GmbH. 1953. Lose-Blatt-Sammlung.

Das Handbuch der Montan-Union, das mit einem Geleitwort von Franz Etzel, dem Vizepräsidenten der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, in der Form einer Lose-Blatt-Sammlung erschienen ist, vermittelt einen guten Ueberblick über alle Entscheidungen, Empfehlungen und Stellungnahmen der Hohen Behörde und enthält eine systematische Darstellung der Probleme und Arbeitsergebnisse der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Das erste Kapitel ist den institutionellen Fragen gewidmet, die die Gemeinschaft sowie die Verbindung zu internationalen Organisationen und zu dritten Ländern betreffen.

Die Probleme des Gemeinsamen Marktes bilden den zweiten Hauptteil dieses Werkes. Dabei wird zwischen den Maßnahmen zur Errichtung und den Maßnahmen nach der Errichtung des Gemeinsamen Marktes unterschieden, was die Uebersichtlichkeit der Darstellung außerordentlich fördert. Die Fragen der Preise, des Wettbewerbs, der Beihilfen und Sonderlasten, des Transportwesens, der Kartelle und Zusammenschlüsse, des Außenhandels usw. sind eindrucksvoll herausgearbeitet worden.

Weitere Kapitel des Werkes betreffen Produktion, die Institutionen, Finanzfragen, Sozialfragen, Statistiken und Uebersichten über die Marktlage sowie Vorschauen. Dieser Teil des Werkes ist natürlich zur Zeit noch nicht so stark ausgebaut wie die zuerst erwähnten Abteilungen.

Im Anhang des Handbuchs sind alle Vertragswerke und Protokolle im Wortlaut abgedruckt, die mit der Errichtung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Zusammenhang stehen.

Hassmann, Heinrich: Oil in the Soviet Union. History, Geography, Problems. Translated from the German with the addition of much new information by Alfred M. Leeston. Princeton N. J.: Princeton University Press 1953. 173 S. \$ 3,75.

Es handelt sich hier um die englische Uebersetzung des ursprünglich im Industrieverlag von Herrnhausen K. G., Hamburg, unter dem Titel „Erdoel in der Sowjetunion: Geschichte, Probleme“ erschienenen Werkes. Dieses Werk wurde der englisch-sprachigen Leserschaft zugänglich gemacht, weil der Verlag die Uebersetzung gewann, daß der deutsche Verfasser zahlreiche Fragen über diesen wichtigen Sektor der sowjetischen Wirtschaft beantwortet, von dem im Westen nur wenig authentisches Material bekannt ist. Die erweiterte englisch-sprachige Ausgabe unterscheidet sich von der deutsch-sprachigen vor allem dadurch, daß sie durch zahlreiche Fußnoten, sehr gutes Kartenmaterial, eine kurze Bibliographie und einen Index ergänzt wurde.

L'Intégration économique de l'Europe. Par un Groupe d'Etude International sous la direction de Lucien de Sainte-Lorette. Dotation Carnegie pour la Paix Internationale. Paris: Presses Universitaires de France 1953. 329 S.

Es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen dieser Studie und der gleichfalls von der Carnegie-Stiftung angeregten „Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges“ (Wien: Hölder-Pichler-Tempsky 1923—1932). Professor James T. Shotwell weist in der Einleitung zu der vorliegenden Arbeit darauf hin, daß schon damals auf Grund der ökonomischen Strukturveränderungen im 19. Jahrhundert und als Folge der Erschütterungen des Ersten Weltkrieges engste wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Welt und besonders in Europa als der Weg zu einer neuen Lebensform der Völker gefordert worden sei. Diese Forderung ist der Ausgangspunkt der vorliegenden Studien, einer systematischen Darstellung der Möglichkeiten wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Leidenschaftlos in der Darstellung, unparteiisch in den Argumenten, ohne den eigenen Standpunkt zu verleugnen, und den jüngsten Ereignissen und Entwicklungen Rechnung



tragend, eignet dieser Arbeit der Charakter streng wissenschaftlicher Darstellung.

Das Buch ist das Ergebnis der Arbeit einer internationalen Studiengruppe. Unter der Leitung von Lucien de Sainte-Lorette, Direktor am Collège Libre des Sciences Sociales et Economiques in Paris, gehörten ihr an Henri Menahem, Jean Vacher-Desvernaux, Jean van der Mensbrugghe, Robert Triffin, Pierre Well, J. Lonthorst Homan, Jacques Doublet, Jacques Levard, Lady Rhys Williams und Pierre Dieterlen. Hermann von Mangoldt. Reden zu seinem Gedächtnis. Veröffentlichungen der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft, Neue Folge Nr. 6. Kiel: Ferdinand Hirt 1953. 42 S. DM 2,—.

Möckel, Peter: Die Stellung Westdeutschlands im Rahmen der Europäischen Zahlungsunion. Entstehung und Ueberwindung der deutschen Zahlungsbilanzkrise 1950/51. Dissertation Tübingen 1953. 147 S. Als Manuskript vervielfältigt.

Problèmes de l'industrie d'Allemagne occidentale. Numéro spécial de la revue mensuelle des questions allemandes „Documents“. Paris 1953. 172 S.

A new Proposal for the Reduction of Customs Tariffs. The Contracting Parties to the General Agreement on Tariffs and Trade. Geneva 1954. 16 S. \$ 0,15.

Reuter, Paul: La Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier. Mit einem Vorwort von Robert Schuman. Paris: Librairie Générale de Droit et de Jurisprudence R. Pichon et R. Durand-Auzias 1953. 319 S.

In dem ersten Teil des Buches werden die Institutionen der Montanunion, ihre Entstehung, ihr Wesen, ihre Aufgabe behandelt. Im zweiten Teil, der sich mit der Wirkungsweise der Organe befaßt, bemüht sich der Autor, das tragende Wirtschaftsprinzip der Gemeinschaft nicht nur an Hand der Vertragsbestimmungen, sondern auch aus ihren bisherigen Funktionen zu charakterisieren. Dabei geht der Verfasser auch auf allgemeine wirtschaftliche Probleme der Montan-Industrie ein und berührt zum Beispiel die Frage, ob bei der Gemeinschaft das Prinzip der freien Marktwirtschaft oder einer gelenkten Wirtschaft überwiegt. Am Schluß sind statistische Angaben über die Tätigkeit der Gemeinschaft während des Zeitraums 1952/53 beigelegt, ferner bibliographische Angaben und ein Sach-Index. Im Ganzen eine ebenso eingehende wie lebendig abgefaßte Arbeit, die besonders wegen ihres zweiten Teiles das bisherige Schrifttum ergänzt.

Soviet Documents on Foreign Policy. Selected and edited by Jane Degras. Volume III: 1933—1941. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London, New York, Toronto: Oxford University Press 1953. 500 S. 42 s.

Der dritte und letzte Band dieser Dokumentenreihe behandelt den Zeitraum vom Ende des ersten Fünfjahresplanes und der Machtergreifung Hitlers im Jahre 1933 bis zum Beginn des Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion im Jahre 1941.

Wie in den vorhergehenden Bänden nehmen die deutsch-sowjetischen Beziehungen und die Stellung Polens einen breiten Raum ein. Von besonderem Interesse sind die Dokumente des Jahres 1939 über die erfolglosen Bemühungen für den Abschluß eines gegenseitigen Beistandsabkommens zwischen Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion und über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion.

Im Anschluß an diese Dokumentenreihe ist nun die Veröffentlichung von kommentierten Dokumenten der Komintern in Aussicht genommen. Die entsprechenden Arbeiten dazu sind vom Royal Institute schon in Angriff genommen worden.

Die unzerstörbare Stadt. Die raumpolitische Lage und Bedeutung Berlins. Herausgegeben vom Institut für Raumerforschung Bonn. Köln — Berlin: Carl Heymanns Verlag KG. 1953. 215 S., 1 Kt.

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa, Bd. I/1 und I/2. Herausgegeben vom Bundesministerium für Vertriebene o. J. Bd. I/1 494 S., I/2 896 S.

Weber, Wilhelm: Wirtschaftswissenschaft von heute. Ein Ueberblick über moderne ökonomische Forschungen. Wien: Springer-Verlag 1953. VI, 214 S. DM 12,—.

The Year Book of World Affairs 1953. Volume 7. Published under the auspices of The London Institute of World Affairs. London: Stevens & Sons Limited 1953. 427 S. £ 2/2.

Der 7. Band dieser seit 1949 erscheinenden Reihe enthält neben zwölf Hauptbeiträgen mehrere wertvolle, nach Sachgebieten geordnete, umfassende Literaturübersichten. Von den Beiträgen seien genannt: Strange, Susan: The Atlantic Idea; Seton-Watson, H.: Five Years of Cold War; Honig, F.: The cold War as an Instrument of Policy; Engel, S.: The Changing Charter of the United Nations; Schapiro, L. B.: Developments in the Soviet Communist Party between 1939 and 1952; Burmeister, W.: The Struggle for Germany; Chambers, Frank P.: The Agrarian Problem in the Underdeveloped Areas.

Zimmerer, Carl: Zwischenbilanz der Liberalisierung. Ein Beitrag zum Problem der europäischen Integration. Frankfurt am Main: Verlag Fritz Knapp o. J., 105 S.

## Bibliographien

Lawrynenco, Jurij: Ukrainian Communism and Soviet Russian Policy toward the Ukraine. An Annotated Bibliography 1917—1953. New York: Research Program on the U. S. S. R. 1953. 454 S.

A short International Bibliography of Public Administration. Herausgegeben von den Vereinten Nationen. (Dreisprachig: Englisch, Französisch, Spanisch). 1953. 20 S. \$ 0,30.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft. Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guilton, Paris; Dr. Walter Hofer, Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1954 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstr. 20, Telefon 73347.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

## Die Auslandhilfegesetzgebung des amerikanischen Kongresses und die europäische Integration

Von Hans-Jürgen Stieringer, M. A.

Das von beiden Kammern des amerikanischen Kongresses gemeinsam ausgeübte Gesetzgebungsrecht stellt heute die wichtigste Grundlage für die Beteiligung der Legislative an der Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik dar. Der hierdurch gegebene Einfluß hat sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges beträchtlich verstärkt. Diese Entwicklung ist möglich und vielleicht unvermeidlich geworden, da sich die Exekutive in zunehmendem Maße gezwungen sah, den Kongreß für die Durchführung außenpolitischer Maßnahmen um seine Mitwirkung zu ersuchen. Die Macht des Kongresses, über die Bewilligung von erforderlichen Geldmitteln zu entscheiden, hat in diesem Zusammenhang maßgebliche Bedeutung erlangt. Unter den gegebenen Umständen war der amerikanische Gesetzgeber in der Lage, seine Zustimmung von Bedingungen abhängig zu machen, die in das von der Exekutive gewünschte Gesetz eingearbeitet wurden.

Das Interesse des amerikanischen Kongresses an der fortschreitenden Integration Westeuropas spiegelt sich bereits in den ersten Artikeln der Gesetze wider, welche die amerikanische Wirtschafts- und Militärhilfe für Europa seit dem Jahre 1948 ermöglichten. Das erste Marshallplangesetz, der Economic Cooperation Act von 1948, läßt allerdings noch nichts von europäischer Integration verlauten. Man begnügt sich damit, die „Zusammenarbeit“ der am Marshallplan teilnehmenden Länder zu fordern. Das Gesetz von 1949 enthält bereits die Feststellung, daß es die Politik des amerikanischen Volkes sei, „die Vereinigung Europas zu ermutigen“. Das Auslandhilfegesetz von 1950 spricht die Absicht des Gesetzgebers aus, „die weitere Vereinigung Europas zu ermutigen“. Das Gesetz über gegenseitige Sicherheit von 1951 stellt zum ersten Male fest, daß die für die europäische Wirtschafts- und Militärhilfe bewilligten Geldmittel benutzt werden sollen, um weiterhin die wirtschaftliche Vereinigung und die politische Föderation Europas zu ermutigen. Das Gesetz des Jahres 1952 enthält schließlich eine noch entschiedenere Stellungnahme und verkündet, daß der Kongreß den kürzlich gemachten Fortschritt zur politischen Föderation, militärischen Integration und wirtschaftlichen Vereinigung in Europa begrüßt.

Neben diesen programmatischen Feststellungen haben im Laufe der Jahre immer mehr ins einzelne gehende Auflagen, die der Förderung der europäischen Integration dienen sollten, in die Gesetze Eingang gefunden. Ihre Aufnahme und die Ablehnung anderer, die das gleiche Ziel verfolgten, zeigen, wie der amerikanische Kongreß von 1948 und 1952 das Problem der europäischen Integration gesehen und wie er darauf reagiert hat.

### Das Auslandhilfegesetz von 1948

Im Frühjahr 1947 begann sich in den Vereinigten Staaten die Erkenntnis durchzusetzen, daß die bisherigen Hilfsmaßnahmen, die auf eine Unterstützung der zerrütteten Wirtschaften der einzelnen europäischen Staaten ausgerichtet worden waren, nicht ausreichten, um einen wirklichen Wiederaufbau durchzuführen, und daß ein regionales europäisches Wiederaufbauprogramm erforderlich war. Die Kongreßdebatte über die Unterstützung Griechenlands und der Türkei zeigte deutlich, daß der amerikanische Gesetzgeber nicht länger gewillt war, Gelder für Teilprogramme zu bewilligen.

Der erste Schritt, der im Kongreß unternommen wurde, um das bisher unbefriedigende Verfahren abzuändern, kann in dem Vorschlag des demokratischen Abgeordneten Herter gesehen werden, einen „Ausgewählten Hausausschuß für ausländische Hilfsprogramme“ einzusetzen. Dieser Vorschlag wurde dem Repräsentantenhaus am 2. April 1947 zum ersten Male unterbreitet. Der Ausschuß sollte das Gesamtproblem des Nachkriegswiederaufbaues wirksamer behandeln, als es bisher geschehen war.

Der sogenannte Herter-Ausschuß verbrachte den ganzen Sommer in Europa. Als er nach den Vereinigten Staaten zurückkehrte, legte er dem Kongreß unter anderem auch Empfehlungen vor, die auf die wirtschaftliche, politische und militärische Integration Westeuropas abzielten<sup>1</sup>.

Am 19. Oktober 1947 übersandte Präsident Truman dem Kongreß die Regierungsvorlage zum europäischen Wiederaufbaugesetz. Das Programm sollte es Europa ermöglichen, bis zum Jahre 1952 „einen wesentlichen Wiederaufbau“ zu bewerkstelligen. Um eine wirksame Verwendung der amerikanischen Hilfe



sicherzustellen, sollte jedes teilnehmende Land mit den Vereinigten Staaten ein zweiseitiges Abkommen schließen und sich verpflichten, die Zollschranken herabzusetzen, die Produktion zu vergrößern, die finanzielle Stabilität wiederherzustellen und seine Reserven wirksam zu verwenden<sup>2</sup>.

Bereits am 28. November 1947 schlug der republikanische Abgeordnete *Bakewell* im Repräsentantenhaus die Schaffung der *Vereinigten Staaten von Europa* als ein langfristiges Ziel des amerikanischen Auslandhilfeprogrammes vor<sup>3</sup>.

Am 8. Januar 1948 begann der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten seine öffentlichen Beratungen über das europäische Wiederaufbaugesetz. Außenminister *Marshall* warnte den Ausschuß, die Souveränitätsrechte der Teilnehmerstaaten zu verletzen. Er erklärte: „Die Hilfe, die wir gewähren, darf nicht an Bedingungen geknüpft werden, die im Endeffekt die ganze sittliche Rechtfertigung für unsere kooperative Hilfe zerstören würden, die auf europäische Partnerschaft abzielt“<sup>4</sup>.

Aber auch die Forderung, im Interesse der teilnehmenden Länder und der Vereinigten Staaten die Hilfeleistung an bestimmte *Bedingungen* zu knüpfen, wurde vor dem Ausschuß laut. John Foster *Dulles*, damals Ratgeber der Republikanischen Partei für auswärtige Angelegenheiten, schlug vor, andauernde Hilfe von anhaltender Zusammenarbeit der teilnehmenden Staaten abhängig zu machen. Die Art der Hilfe sollte nach der Art der Zusammenarbeit bemessen werden. Politische Vereinigung, Wirtschafts- und Währungseinheit sollten als Zwecke der Gesetzgebung besonders aufgeführt werden. Er führte aus, daß er bei Besprechungen über das Problem der europäischen Integration mit europäischen Staatsmännern fast immer darauf hingewiesen worden sei, daß der Anstoß von Amerika kommen müsse<sup>5</sup>.

Die Senatoren versuchten, beiden Seiten gerecht zu werden. Sie beschlossen, die Hilfeleistung von der *Fortsetzung der Zusammenarbeit* der am Programm teilnehmenden Länder abhängig zu machen. Sie betonten jedoch in ihrem Bericht an das Plenum, daß diese Bedingung von den in der Kommission für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (CEEC) zusammengeschlossenen Ländern freiwillig auf sich genommen worden sei und daß sie in keiner Weise einen Versuch der Vereinigten Staaten darstelle, die souveränen Rechte der teilnehmenden Länder anzutasten<sup>6</sup>.

Der Ausschuß lehnte es ab, im Gesetz von der wirtschaftlichen *Integration* Europas zu sprechen, und beschränkte sich darauf, wirtschaftliche *Zusammenarbeit* zu fordern und festzustellen, daß das Programm alle möglichen Schritte einschloße, um angemessene Wechselkurse herzustellen und beizubehalten und die fortschreitende Beseitigung von Handelsbeschränkungen innerhalb Europas herbeizuführen.

Der Ausschuß war auch nicht bereit, den Fortschritt auf dem Wege zur wirtschaftlichen Integration Europas zum Maßstab für die zu gewährende Hilfe zu machen, und begnügte sich damit festzustellen: „Eingedenk der Vorteile, die den Vereinigten Staaten das Vorhandensein eines großen heimischen Marktes ohne interne Handelsbeschränkungen gebracht hat, und in dem Glauben, daß ähnliche Vorteile den europäischen Ländern zuteil werden können, ist es die Hoffnung des amerikanischen Volkes, daß diese Länder durch eine gemeinsame Organisation eine anhaltende gemeinsame Bemühung unternehmen werden, die schnell jene wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa herbeiführt, die für dauernden Frieden und Wohlstand wesentlich ist“<sup>7</sup>.

Die *politische Vereinigung* Europas wurde im Gesetz *nicht* erwähnt, da die Mitglieder des Ausschusses der Ansicht waren, daß es nicht opportun sei, es ausdrücklich in das Gesetz zu schreiben<sup>8</sup>. In seinem Bericht führte der Ausschuß aus, daß er sich der Tatsache bewußt gewesen sei, daß die Länder Westeuropas hochentwickelte souveräne Staaten seien, die mit Recht jede Einmischung von außen in ihre inneren Angelegenheiten übelnehmen würden<sup>9</sup>.

Im Verlaufe der Aussprache über den Gesetzentwurf im Plenum des Senats beantragte der demokratische Senator *Fulbright* trotzdem, die *politische Einheit* Europas als ein *Ziel* des Programmes in die Vorlage aufzunehmen. Er erklärte, daß er damit nicht beabsichtige, die europäische Vereinigung zu einer Voraussetzung für die Gewährung amerikanischer Hilfe zu machen, sondern nur die Hoffnung der Vereinigten Staaten, daß die teilnehmenden Länder die Vereinigung anstreben, und die Zustimmung der Vereinigten Staaten zu einem solchen Unternehmen zum Ausdruck bringen wolle.

Senator *Fulbright* führte unter anderem folgende *Gründe* für eine positive Stellungnahme zur politischen Vereinigung Europas an:

1. Eine wirkliche Lösung des *Deutschlandproblems* könne nur im Rahmen einer Föderation der europäischen Staaten gefunden werden.
2. Es wäre sehr gefährlich für die Vereinigten Staaten, die Industrie und Verkehrsmittel einer so anfälligen europäischen Gemeinschaft aufzubauen. Bald nach dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas könnten die *Russen* hereinkommen und die hergestellten Anlagen gegen die Vereinigten Staaten verwenden.
3. Wenn Europa ohne politische Einigung wirtschaftlich rehabilitiert sei, dann würde die Notwendigkeit, die Einheit herbeizuführen, bald wieder verschwinden. Der *Nationalismus* würde wieder aufleben und der Weg für künftige Reibungen und Kriege bereitet sein<sup>10</sup>.

Im Verlaufe der Debatte wurde es deutlich, daß, obwohl der Vorsitzende und die Mitglieder des

ußenpolitischen Ausschusses den Zweck des Fulbright-Antrages billigten, sie sich doch seiner Aufnahme in den Gesetzentwurf stark widersetzen, da hierdurch der Eindruck entstehen könnte, daß er ein Kunstgriff sei, um die politische Einheit in Europa zu schaffen, und von der kommunistischen Propaganda ausgenutzt werden könnte. Diese Opposition und die Wahrscheinlichkeit, daß eine Ablehnung des Antrages als Mißbilligung der Vereinigung Europas von seiten der Vereinigten Staaten ausgelegt werden könnte, veranlaßten Senator Fulbright schließlich, seinen Antrag zurückzuziehen<sup>11</sup>.

Der vom Senat verabschiedete Gesetzentwurf bildete die Grundlage für die Abänderungen, die der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses vornahm. Der Bericht des Ausschusses an das Plenum stellte fest, daß die europäische Union ein sehr wünschenswertes Ergebnis des Wiederaufbauprogrammes sein würde. Aber der Anstoß hierzu müßte von den europäischen Staaten kommen. Da der Ausschuß der Meinung war, daß die *wirtschaftliche Zusammenarbeit* der teilnehmenden Länder von deren politischen Gegebenheiten abhängig sei, änderte er den Senatsentwurf und bezog sich in seiner Vorlage auch auf die politischen Bedingungen und Verhältnisse dieser Staaten. Er nahm ebenfalls einige kleinere textliche Änderungen vor, um den Sinn des Senatsentwurfs deutlicher zu machen<sup>12</sup>.

Als der Gesetzentwurf dem Repräsentantenhaus zur Aussprache vorgelegt wurde, schlug der demokratische Abgeordnete Boggs vor, vor dem Wort *Zusammenarbeit* auf die Bezeichnung *wirtschaftlich* zu verzichten, so daß das Gesetz die Herbeiführung von *Zusammenarbeit* und *Einigkeit* ermutigen würde. Wenn es auf dem europäischen Kontinent keine vereinigte Handlung von freien Staaten gäbe, dann würden sie einer nach dem anderen vom Kommunismus überwältigt werden. „Wirtschaftliche Einheit an sich, ohne politische Institutionen, ist beinahe unmöglich durchzuführen“, erklärte Boggs<sup>13</sup>.

Der republikanische Abgeordnete Vorys führte dagegen aus, daß die Vereinigten Staaten ihre politische Ansicht den europäischen Ländern nicht aufdrängen dürften, und warnte das Haus davor, irgend etwas in das Gesetz zu schreiben, was von den Feinden Amerikas als politische Propaganda verwendet werden könnte. Der Antrag wurde mit 58 gegen 24 Stimmen abgelehnt.

Etwas glücklicher war der republikanische Abgeordnete Kersten mit einem Antrag, der die *Freizügigkeit* des Personenverkehrs von einem teilnehmenden Lande zum anderen fördern sollte. Er wollte damit die wirtschaftliche Integration der europäischen Länder beschleunigen und den Weg für das wichtigste Endziel des europäischen Wiederaufbauprogrammes

bahnen: für die politische Integration der europäischen Völker in nicht ferner Zukunft<sup>14</sup>.

Kerstens Antrag war jedoch nur eine sehr kurze Lebensdauer beschieden. Der Vermittlungsausschuß beider Häuser des Kongresses kam überein, die Freizügigkeitsklausel nicht in das Gesetz hineinzuschreiben. Ebenfalls abgelehnt wurde die vom Repräsentantenhaus vorgenommene Abänderung, die auch politische Bedingungen und Verhältnisse zu Maßstäben der Hilfeleistung gemacht hätte. Die Vertreter des Repräsentantenhauses schlossen sich dabei der Ansicht der Senatoren an, daß das europäische Wiederaufbauprogramm in erster Linie eine wirtschaftliche Maßnahme sei<sup>15</sup>.

#### *Das Auslandhilfegesetz von 1949*

Der 80. Kongreß hatte das europäische Wiederaufbauprogramm formell nur für ein Jahr bewilligt. Infolgedessen mußte der neue Kongreß erst wieder ein neues Gesetz verabschieden, um das Programm zu verlängern. Hierdurch wurde dem Parlament Gelegenheit gegeben, die Ergebnisse der ersten neun Monate kritisch zu überprüfen.

Es konnte sich dabei auf die Arbeit des gemeinsamen Ausschusses beider Häuser stützen, der zur Ueberwachung des Programmes eingesetzt worden war und im Januar dem Kongreß seinen Bericht vorlegte. Unter den Vorschlägen, die gemacht wurden, befand sich auch die Empfehlung, zukünftige Marshallplanhilfe von einer *Finanz- und Geldreform aller teilnehmenden Länder* abhängig zu machen<sup>16</sup>.

Im Verlaufe der Beratungen des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten wies Außenminister Acheson darauf hin, daß der Fortschritt auf engere politische Assoziation hin notwendigerweise Zeit in Anspruch nehme. Die Form und Natur dieser Entwicklungen müßten von der europäischen Bevölkerung selbst kommen. Er erklärte: „Es ist die Einstellung des Ministeriums, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau zu engeren politischen Banden in Europa führen wird<sup>17</sup>.“

Senator Fulbright schlug noch einmal vor, im neuen Marshallplangesetz zur Bildung einer *europäischen Föderation* zu ermutigen und dort die „politische Vereinigung Europas“ zu unterstützen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt, da der Ausschuß der Ansicht war, daß eine Textänderung, die das Wort „politisch“ einschloße, nicht in einen Gesetzentwurf für ein wirtschaftliches Hilfsprogramm gehöre. Der Ausschuß stimmte jedoch einem Antrag des republikanischen Senators Wiley zu, in der Präambel neben wirtschaftlicher Zusammenarbeit auch die Vereinigung Europas zu fordern<sup>18</sup>.

Senator Fulbright war jedoch so sehr davon überzeugt, daß das amerikanische Hilfsprogramm ein riesiger Fehlschlag sein würde, wenn in Europa keine Vereinigung zustande käme, daß er seinen



Antrag vor dem Plenum noch einmal stellte. Er übte dabei scharfe Kritik am Außenministerium, dessen Haltung er für das Zögern des Kongresses verantwortlich machte. So, wie das Programm zur Zeit verwaltet würde, trug es seiner Ansicht nach mehr dazu bei, die politische Einheit zu verhindern, als sie zu fördern, da es zeitweilig die Notwendigkeit für eine Stabilisierung der Währungen und zur Abschaffung der Handelsschranken aufhob. In der Schaffung der *europäischen Föderation* sah Fulbright den einzigen Weg, um die Dollarlücke zu schließen. Er erklärte, daß er das Ziel der Vereinigten Staaten in einem vereinten Westen erblicke und daß die europäische Föderation der erste Schritt in dieser Richtung sei<sup>19</sup>. Der Senat lehnte den Antrag ab.

Ebenfalls abgelehnt wurde der Antrag Senator Fulbrights, Geldmittel für besondere Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der teilnehmenden Länder bereitzustellen. Fulbright erklärte, daß dieser Vorschlag in erster Linie die wirtschaftliche Union Europas fördern wolle und die amerikanische Marshallplanverwaltung ermächtigen solle, den Plan, eine *gemeinsame Währung* zwischen den teilnehmenden Ländern zu schaffen, zu unterstützen. Gegen den Antrag wurde ausgeführt, daß die Vereinigten Staaten sich nicht in die Angelegenheiten anderer Länder einmischen sollten, daß die vorgeschlagene Methode sie dem Vorwurf aussetzen würde, Einigung zu erkaufen, daß Europa durch äußeren Zwang niemals geeinigt werden könne, daß durch die Vereinigung etwas aufgegeben würde, was zu erhalten sich lohne, und daß eine wirtschaftliche Union wohl die Zolllschranken unter den betreffenden Ländern aufheben, sie aber gegen die übrige Welt bestehen lassen würde, was ein neues Vorzugszollgebiet zum Nachteil der amerikanischen Exporteure zur Folge hätte.

Senator Fulbrights Entgegnungen können folgendermaßen zusammengefaßt werden: 1. Eine Ermütigung zur wirtschaftlichen Union in der vorgeschlagenen Weise würde für die europäischen Länder keinen Zwang bedeuten. Es sollte nur den Nationen finanzielle Hilfe zukommen, die bereit seien, das Risiko der Wirtschaftsunion auf sich zu nehmen und die nicht das Geld hätten, den Anprall der anfänglichen Verlagerungen aufzufangen, die durch die Entstehung von Zollunionen und durch die Umtauschbarkeit der Währungen entstünden. 2. Die Vereinigten Staaten hätten die Pflicht, darauf zu achten, daß das Geld der amerikanischen Steuerzahler für einen nützlichen Zweck verwendet und damit etwas erreicht werde. 3. Es bestünde kein Zweifel, daß der Marshallplan Konkurrenz für die Vereinigten Staaten entstehen lasse. Aber das sei ein wesentlicher Zug des europäischen Wiederaufbauprogrammes, da sonst Europa nicht imstande sei, seine Zahlungen auszugleichen<sup>20</sup>.

Auch das Repräsentantenhaus befaßte sich wieder

eingehend mit dem Problem der europäischen Integration. Im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten beantragte der Abgeordnete *Vorys*, auch die „*Einheit*“ Europas im Gesetz zu ermutigen. Der Ausschuß änderte das Wort „*Einheit*“ in „*Vereinigung*“ ab und fügte das Wort „*Föderation*“ hinzu. Einen Antrag des republikanischen Abgeordneten *Judd*, vor dem Wort „*Vereinigung*“ die Bezeichnung „wirtschaftlich“ und vor dem Wort „*Föderation*“ das Wort „politisch“ einzusetzen, lehnte der Ausschuß jedoch ab, da es nicht klug wäre, diese Worte in das Gesetz zu schreiben. Trotz der Ablehnung legte Judd seinen Antrag noch einmal dem Plenum vor, wobei er erklärte, daß die wirtschaftliche Vereinigung und die politische Föderation Europas so wesentlich für den Erfolg des Programmes seien, daß sie als Endziele klar herausgestellt werden müßten. Der Antrag wurde wiederum abgelehnt<sup>21</sup>.

Der Vermittlungsausschuß beider Häuser kam überein, das vom Repräsentantenhaus vorgeschlagene Wort „*Föderation*“ auszulassen, aber die Vereinigung Europas als eines der Ziele des Marshallplans im Gesetz zu ermutigen.

#### Das Auslandhilfegesetz von 1950

Die Probleme des *freieren Handels* und der *Währungskonvertibilität* standen während der Beratungen über das europäische Wiederaufbauprogramm des Jahres 1950 im Mittelpunkt des parlamentarischen Interesses. Die Regierungsvorlage sah die Bereitstellung von Geldmitteln vor, „um die Entwicklung der Konvertierbarkeit der europäischen Währungen zu erleichtern oder die Liberalisierung des Handels durch die teilnehmenden Staaten untereinander und mit anderen Ländern zu fördern“.

Vor den auswärtigen Ausschüssen beider Häuser erklärte der Marshallplanadministrator, *Paul Hoffman*, daß er über die Fortschritte zur wirtschaftlichen Integration Europas „enttäuscht“, aber nicht „entmutigt“ sei. Er sprach sich dagegen aus, weitere Leistungen von der Größe des Fortschritts abhängig zu machen, der durch die Beseitigung von Handels- und Zahlungsbeschränkungen auf die europäische Integration hin gemacht würde. „Wir werden schnellere und bessere Ergebnisse erzielen“, erklärte Hoffman, „wenn wir uns mehr auf Ueberzeugung als auf Zwang verlassen“<sup>22</sup>.

Senator *Fulbright* legte dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten einen Antrag vor, nicht weniger als 50 vH ihrer *Gegenwertmittel* für die Beseitigung von Handels- und Zahlungsbeschränkungen innerhalb Europas zu verwenden. Er änderte ihn später dahingehend ab, daß „soviel als möglich“ der *Gegenwertmittel* für diese Zwecke verwendet werden sollte. In dieser Form nahm der Ausschuß den Antrag an, der die Marshallplanverwaltung in die Lage versetzte, *Gegenwertmittel* zur Förderung der wirtschaft-

lichen Integration Westeuropas zu verwenden. Der Ausschuß stimmte der Abänderung des Gesetzes zu, welche die Verwendung von 600 Millionen Dollar für eine *Währungsabrechnungsinstitution* in Westeuropa zuließ. Er behielt den Text der Präambel bei, der feststellte, daß es die Politik des amerikanischen Volkes sei, die Vereinigung Europas zu ermutigen.

Im Senat selbst wurde zum ersten Male die Bildung der *Vereinigten Staaten von Europa* als eine *Voraussetzung weiterer Hilfeleistung* gefordert. Der republikanische Senator *Malone* beantragte, daß der Administrator die im Gesetz vorgesehenen Hilfeleistungen an jedes Land einstellen sollte, das sich weigerte, „sich innerhalb von 30 Tagen nach dem Inkrafttreten des Auslandhilfegesetzes von 1950 zu einer gemeinsamen Bemühung mit den anderen teilnehmenden Ländern zusammenzuschließen, um eine Föderation der Vereinigten Staaten von Europa zu bilden“. Die Föderation sollte für alle Währungs- und Zollfragen, den in- und ausländischen Handelsverkehr und die Verteidigung zuständig sein.

Der Antrag wurde jedoch abgelehnt und darauf hingewiesen, daß eine solche Einmischung in die innerpolitischen Angelegenheiten Europas weder geschmackvoll noch klug sei, daß man zunächst einmal das eigene Außenministerium von der Idee überzeugen müsse und daß der Antrag mit dem Geist des Völkerrechts und unabhängiger Staaten völlig unvereinbar sei<sup>23</sup>.

Auch im Repräsentantenhaus mehrten sich die Stimmen, die forderten, weitere Marshallplanhilfe von verstärkten Integrationsmaßnahmen abhängig zu machen. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten beschloß, die Verwendung des Geldes für die geplante *europäische Zahlungsunion* ausschließlich für diesen Zweck zuzulassen<sup>24</sup>. Der Ausschuß änderte das Gesetz auch hinsichtlich der zulässigen Verwendungen der Gegenwertmittel ab, ließ ihre Verwendung zur Förderung jeder von mehreren Ländern zum Zwecke der Liberalisierung des Handels gebildeten Organisation zu und hob die Beschränkung auf, daß solche Geldmittel nur innerhalb des betreffenden Landes zu verwenden seien. In der Präambel wurde die Freizügigkeitsklausel wieder aufgenommen und neben der wirtschaftlichen Vereinigung auch die politische Föderation Europas unterstützt. Die Annahme, die der betreffenden Formulierung der Vorlage zugrunde lag, war, daß nur eine Föderation in der Lage wäre, einen einzigen Markt und ein einziges Währungssystem zu schaffen und die notwendige Bewegungsfreiheit von Gütern, Geld und Leuten in ganz Westeuropa zu garantieren. Das Repräsentantenhaus verabschiedete diese Vorlage ohne weitere Veränderungen<sup>25</sup>.

Der Vermittlungsausschuß beider Häuser des Kongresses kam überein, die ursprünglich für die Beseitigung der Zahlungs- und Handelshindernisse

bestimmten Marshallplanmittel zu verdoppeln, die Mittel für die europäische Zahlungsunion ausschließlich für diesen Zweck bereitzustellen und die Verwendung der Gegenwertmittel zur Förderung der Liberalisierung auch außerhalb der Landesgrenzen und zur Erreichung jedes anderen gesetzlichen Zweckes zuzulassen. Nach Ansicht des Ausschusses befand sich diese Maßnahme im Einklang mit dem Sinn der Senatsfassung, daß „soviel als möglich“ von den Gegenwertmitteln für die Liberalisierung des Handels verwandt werden solle. Während die Freizügigkeitsklausel in die Präambel aufgenommen wurde, lehnte man es ab, im Gesetz die wirtschaftliche Vereinigung und die politische Föderation Europas zu ermutigen.

Die Vertreter des Senats führten hierzu aus, daß die ausdrückliche Erwähnung eines solchen Zieles die entgegengesetzte Wirkung hervorrufen und die Einheitsbestrebungen behindern könnte. Während man noch am Beratungstisch saß, traf ein Telegramm des Außenministers ein, in dem dieser erklärte, daß keine besondere gesetzgeberische Ermutigung der europäischen politischen Föderation nötig sei, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Und nur wenig später wurde der *Vorschlag des französischen Außenministers Robert Schuman* bekannt, der die wirtschaftliche Vereinigung und die schließliche politische Föderation Deutschlands mit Frankreich und Westeuropa vorsah. Diese Mitteilungen veranlaßten die Vertreter des Hauses, nicht weiter auf ihrer Formulierung zu beharren. Man einigte sich schließlich auf den Text des Gesetzes von 1949, setzte jedoch vor dem Wort „Vereinigung“ das Wort „weitere“ ein<sup>26</sup>.

#### *Das Auslandhilfegesetz von 1951*

Die Regierungsvorlage für das Auslandhilfeprogramm des Jahres 1951 sah vor, die bisherigen Ziele der Auslandhilfegesetze — von denen eines die „*weitere Vereinigung*“ Europas gewesen war — auch für das neue Programm beizubehalten. Der Entwurf enthielt keine besondere Stellungnahme zur europäischen Vereinigung. Vor dem Ausschuß des Repräsentantenhauses erklärte der ECA-Administrator, da die amerikanische Marshallplanverwaltung über die Bereitstellung der Geldmittel entscheide, gebe es Mittel, um die Ziele der Gesetzgebung zu erreichen. Durch zu sehr ins einzelne gehende Bedingungen könne man die Bereitschaft der europäischen Völker, die Vereinigung selbst herbeizuführen, zerstören. Nachdem die Regierung ihre Einwilligung gegeben hatte, änderte der Ausschuß die Vorlage ab, indem er in die Erklärung über die politische Zielsetzung die Worte aufnahm: „um weiterhin die wirtschaftliche Vereinigung und die politische Föderation Europas zu ermutigen“<sup>27</sup>.

In der Debatte des Repräsentantenhauses wurde vom republikanischen Abgeordneten *Judd* betont, daß



diese nach vielen Jahren endlich vom Ausschuß angenommene Fassung nicht bedeute, daß die Vereinigten Staaten versuchten, den europäischen Ländern ihren Willen aufzuzwingen oder sich in ihre Angelegenheiten einzumischen. Man sage ihnen nur, wie ein Arzt zu einem kranken Patienten: „Dies sind die Bedingungen, die Sie erfüllen müssen, wenn Sie wieder gesund werden wollen“<sup>28</sup>. Die vom Hause angenommene Vorlage wurde an die gemeinsam tagenden Senatsausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und Streitkräfte überwiesen.

Außenminister Acheson stellte vor den Senatsausschüssen fest, daß ein vereinigtes und starkes Europa und die Vereinigten Staaten eine Aggression nicht nur in Europa, sondern auch in der übrigen Welt sehr unwahrscheinlich machen würden. Er erklärte, daß in den letzten drei Jahren große Fortschritte auf die europäische Integration hin gemacht worden seien. Diesmal nahmen die Senatoren die Fassung des Repräsentantenhauses, die zur weiteren wirtschaftlichen Vereinigung und *politischen Föderation* in Europa aufforderte, an. Gründe hierfür wurden in dem Bericht an das Plenum nicht angegeben<sup>29</sup>.

Im Senat beglückwünschte man Senator Fulbright zu seiner staatsmännischen Voraussicht, die er durch sein Beharren auf dem betreffenden Gesetzestext in den vorausgehenden Jahren bewiesen habe. Die Haltung des Außenministeriums in dieser Frage wurde scharf kritisiert<sup>30</sup>. Im Verlaufe der Senatsdebatte schlug der republikanische Senator Case vor, den Präsidenten davon zu unterrichten, daß der Kongreß Vorschläge, eine Föderation der freien Staaten Europas zu bilden, wohlwollend gegenüberstände.

Um diese Politik voranzutreiben, sollte der Administrator seine Rechte und Pflichten nach dem Gesetz benutzen, um

1. die wirtschaftliche Integration Europas zu ermutigen,
2. die Bildung einer kontinentalen Polizeimacht zu unterstützen und
3. den Vereinigten Staaten sämtliche Gegenwertmittel zur Verfügung zu stellen, welche die beteiligten Staaten nicht an eine europäische Föderation überweisen<sup>31</sup>.

Der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses sprach sich gegen die Annahme des Antrages aus, da er in Europa nur Ressentiment und Opposition erzeugen und für Propagandazwecke zum Nachteil der Vereinigten Staaten verwendet werden würde. Der Antrag wurde vom Senat mit 41 gegen 25 Stimmen abgelehnt<sup>32</sup>.

### Das Auslandhilfegesetz von 1952

In seinen an den Kongreß gerichteten Empfehlungen zur Fortsetzung des Auslandhilfegesetzes für das Jahr 1952 betonte der Präsident der Vereinigten Staaten, daß Westeuropa seine volle Stärke nicht er-

reichen könne, wenn keine größeren Fortschritte auf dem Wege der Vereinigung gemacht würden, und der Regierungsentwurf lautete: „Der Kongreß begrüßt den kürzlich gemachten Fortschritt zur *politischen Föderation, militärischen Integration und wirtschaftlichen Vereinigung* in Europa und gibt noch einmal seinem Glauben an die Notwendigkeit weiterer Bemühungen auf dieses Ziel hin Ausdruck.“ Der Entwurf sah weiterhin vor, daß der Präsident die nach dem Gesetz bewilligten Geldmittel für jede Organisation und für jeden Länderzusammenschluß verwenden könne, die nach seiner Meinung „einen bedeutenden Beitrag zur politischen Föderation, militärischen Integration oder wirtschaftlichen Vereinigung solcher Länder leisten“<sup>33</sup>.

Vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten wies Außenminister Acheson darauf hin, daß die Vereinigten Staaten ebensoviel und vielleicht sogar noch mehr als irgendein anderes Land für die europäische Integration getan hätten. Er zollte der Haltung des Kongresses zu dieser Frage hohe Anerkennung und erklärte, daß der Kongreß auf seine Voraussicht und staatsmännische Haltung sehr stolz sein könne. Er wies jedoch einen Vorschlag zurück, daß der Kongreß, nachdem er sich Jahr für Jahr deutlicher für eine europäische Integration ausgesprochen habe, einen Schritt weitergehe und Geldzuwendungen von konkreten Maßnahmen in dieser Richtung abhängig mache<sup>34</sup>.

Der Ausschuß nahm den die europäische Vereinigung ermutigenden Wortlaut der Regierungsvorlage an und formulierte ihn sogar noch etwas stärker<sup>35</sup>. Er änderte den Entwurf, der zur Hilfeleistung an jede Organisation ermächtigte, die zur europäischen Vereinigung beitrug, ab und führte dafür die NATO, die *Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl* und „die Organisation, die aus den gegenwärtigen Besprechungen hinsichtlich einer *Europäischen Verteidigungsgemeinschaft* entsteht“ im Gesetz besonders auf<sup>36</sup>.

Im Verlaufe der Senatsdebatte beantragte Senator Case, die Verwendung der Gegenwertmittel — „außer, wo es im Gesetz anders vorgesehen ist“ — auf solche Hilfs- und Verteidigungsvorhaben zu beschränken, „für die nach diesem Gesetz bewilligte Mittel selbst zur Verfügung stehen würden“. „Die Zeit ist gekommen“, erklärte Case, „daß wir darauf bestehen sollten, daß diese Gegenwertmittel nur und direkt zu den besonderen Zwecken der von uns direkt gemachten Zuwendungen für die Zwecke der *gegenseitigen Sicherheit* verwendet werden.“ Der Antrag wurde angenommen<sup>37</sup>.

Im Verlaufe der Beratungen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses über das neue Auslandhilfeprogramm beantragte der demokratische Abgeordnete Zablocki, sicherzustellen, „daß... die Länder angemessene

Schritte unternehmen, um ihre Industrien für die gegenseitige Verteidigung zu mobilisieren, und ihre fiskalischen, budgetären, kapitalmäßigen, politischen und militärischen Reserven mit den Zielen dieses Gesetzes in Einklang bringen und angemessene andere Schritte zur Selbsthilfe und gegenseitigen Zusammenarbeit unternehmen“. Als der Ausschuß den Antrag in dieser Fassung ablehnte, legte Zablocki einen abgeänderten Text vor, der angenommen wurde. Er sah vor, bei der Gewährung von Hilfe den Fortschritt in Betracht zu ziehen, der von den Empfängerländern in der Verwendung ihrer eigenen Reserven gemacht worden war. Eine wirksame Verwendung der Reserven zur Erreichung dieses Fortschrittes sollte sichergestellt werden<sup>38</sup>.

Der republikanische Abgeordnete Judd legte dem Ausschuß einen Vorschlag vor, nach dem 30. Juni 1953 75 vH der Mittel für die militärische Europahilfe von der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft verwenden oder verteilen zu lassen. Dieser Antrag wurde vom Ausschuß abgelehnt und fand auch nicht die Billigung des Hauses, als Judd ihn noch einmal dem Plenum unterbreitete. Er sollte, wie er sagte, nicht bedeuten, daß die Vereinigten Staaten versuchten, den europäischen Ländern ihren Willen aufzuzwingen, sondern nur sicherstellen, daß das amerikanische Geld in einer Weise verwendet würde, die in Europa den größten Verteidigungsbeitrag ermöglicht<sup>39</sup>.

Auch der Antrag, den Zablocki ursprünglich dem Ausschuß vorgelegt hatte und der damals abgelehnt worden war, wurde noch einmal im Plenum aufgegriffen. Der republikanische Abgeordnete Merrow legte ihn in stark erweiterter Form dem Hause vor. Er nannte seinen Vorschlag „vernünftige Bedingungen, in der Art formuliert, daß die Erfordernisse für uns selbst und die Empfänger unserer Hilfe vorteilhaft sein würden“. Der Antrag wurde vom Hause angenommen<sup>40</sup>.

#### Rückblick

Die Geschichte des europäischen Integrationsproblems innerhalb des amerikanischen Kongresses ist ein Beispiel für parlamentarische Initiative auf außenpolitischem Gebiet. Die amerikanische Exe-

kutive nahm nur mit beträchtlicher Zurückhaltung die Herausforderung der Legislative an, die europäische Integration zu unterstützen.

Es ist hier nicht möglich, die Motive der einzelnen Abgeordneten aufzuzählen. Wir finden den Wunsch, Europa zu stärken, um nicht für immer für seine Wohlfahrt verantwortlich zu sein, das Bemühen, zu vermeiden, ein drittes Mal in einen Krieg zur Befreiung Europas verwickelt zu werden, und die Hoffnung, daß ein vereinigtes Europa ein erster Schritt auf eine atlantische Union oder sogar eine vereinigte Welt hin sein könne. Senator Humphrey gab der innerhalb des Kongresses vorherrschenden Stimmung Ausdruck, als er erklärte: „Ein vereinigtes Europa ist zu unserem Vorteil. Es ist zum Vorteile der ganzen freien Welt, daß jede Anstrengung gemacht wird, die Integration und Vereinigung Westeuropas zu vollenden“<sup>41</sup>.

Obwohl innerhalb des amerikanischen Kongresses im allgemeinen Übereinstimmung darüber bestand, daß die europäische Vereinigung wünschenswert oder sogar notwendig war, war man sich doch nicht über die besten Mittel und Wege einig, um eine solche Integration zu fördern. Die Unstimmigkeit lief auf die Frage hinaus, ob die Vereinigten Staaten die europäischen Länder zwingen sollten, sich zu vereinigen, oder ob sie sich auf freundliche Ueberredung und Rat beschränken sollten.

Die parlamentarische Geschichte der europäischen Integrationsfrage zeigt, daß die letztere Ansicht von der Mehrheit der jeweiligen Kongresse im hier behandelten Zeitraum geteilt wurde. Das mit den Jahren ständig anwachsende parlamentarische Verlangen nach verstärkter europäischer Integration läßt aber deutlich das Stärkerwerden des Standpunktes erkennen, mehr ins einzelne gehende Bedingungen mit dem Gewähren der Auslandhilfe zu verbinden. Es verdient festgehalten zu werden, daß die gleichen Worte, die von vorangehenden Kongressen abgelehnt wurden, da sie möglicherweise als Einmischungen in die innereuropäischen Angelegenheiten angesehen und für kommunistische Vorwürfe von amerikanischem Imperialismus verwendet werden könnten, in den folgenden Jahren ohne Zögern angenommen wurden.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup>) Hinsichtlich der wirtschaftlichen Integration schlug der Ausschuß vor: „Die Hilfe empfangenden Länder sollten durch gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit den wirtschaftlichen Güter- und Dienst austausch untereinander erleichtern, für wirksame Verteilung und Gebrauch ihrer eigenen sowie von außen empfangener Reserven sorgen und auf die Beseitigung von Wechselkurskontrollen, Quotenbeschränkungen und anderen Handelsbeschränkungen hinarbeiten. (Der Fortschritt, der bereits von Belgien, Holland und Luxemburg gemacht worden ist, scheint dem Ausschuß ein Schritt in der richtigen Richtung zu sein.) Die Hilfe empfangenden Länder sollten fiskalische, finanzielle und monetäre Programme annehmen, die darauf abzielen, die Inflation aufzuhalten, bestehende finanzielle

Schwächen auszugleichen, die Stabilität des Wechselkurses herzustellen und im allgemeinen das Vertrauen in ihre Währungen wiederaufzurichten.“ Wortlaut in „The European Recovery Program: Basic Documents and Background Information“ (Senate Document Nr. 111, 80th Cong., 1st Session), S. 135.

Der Unterausschuß für Deutschland und Oesterreich empfahl die Bildung eines deutschen Staates, der in der Lage sein sollte, „sich einer Föderation freier Staaten anzuschließen, welche die wirtschaftliche Stabilität Europas und den Weltfrieden vor Augen hat“ cf. *Congressional Record*, Vol. 98 (81st Cong., 2nd Session), S. 9096—9098.

Es wurde darauf hingewiesen, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder, wie sie im euro-



päischen Wiederaufbauprogramm vorgesehen ist, nur erreicht werden könne, wenn sie von politischer Zusammenarbeit und einer festen Allianz zu Verteidigungszwecken begleitet sei. „Nur wenn Westeuropa die notwendige politische und militärische Sicherheit gegeben werden kann, wird es bereit sein, seine Wirtschaft auf kontinentaler Basis zu rationalisieren und dadurch noch einmal wirtschaftlich selbständig werden.“ cf. *The New York Times*, 7. März 1948, S. 1.

<sup>2)</sup> cf. American Assembly, Graduate School of Business, Columbia University: „United States — Western Europe Relationships as viewed within the Present World-Wide International Environment“, August 1951, S. 47.

<sup>3)</sup> *Congressional Record*, Vol. 93 (80th Cong., 1st Session), S. 10942—10944.

<sup>4)</sup> „U.S. Assistance to European Economic Recovery“, Hearings before the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 80th Cong., 2nd Session, part 1, S. 6.

<sup>5)</sup> Ebenda, S. 588.

<sup>6)</sup> „The European Recovery Program“ (Senate Report Nr. 935, 80th Cong., 2nd Session), S. 44.

<sup>7)</sup> Ebenda, S. 45.

<sup>8)</sup> *Congressional Record*, Vol. 94 (80th Cong., 2nd Session), S. 2032.

<sup>9)</sup> Senate Report Nr. 935, a. a. O., S. 44.

<sup>10)</sup> *Congressional Record*, Vol. 94 (80th Cong., 2nd Session), S. 2030.

<sup>11)</sup> Ebenda, S. 2286.

<sup>12)</sup> Er veränderte so den Text der Präambel, der erklärte, daß es die Hoffnung des amerikanischen Volkes sei, daß diese Länder durch eine gemeinsame Organisation eine anhaltende gemeinsame Bemühung ausüben würden, die schnell jene wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa erreichen wird, die für dauernden Frieden und Wohlstand wesentlich ist, in eine Erklärung, daß es die Politik des amerikanischen Volkes sei, diese Länder zu ermutigen, durch eine gemeinsame Organisation anhaltende gemeinsame Bemühungen auszuüben, wie es im Bericht der CEEC dargestellt worden war. cf. „The Foreign Assistance Act of 1948“ (House Report Nr. 1585, 80th Cong., 2nd Session), S. 79.

<sup>13)</sup> *Congressional Record*, Vol. 94 (80th Cong., 2nd Session), S. 3645—3646.

<sup>14)</sup> Ebenda, S. 3843.

<sup>15)</sup> „The Foreign Assistance Act of 1948“ (House Report Nr. 1655, 80th Cong., 2nd Session), S. 27.

<sup>16)</sup> *The New York Times*, 28. Januar 1949.

<sup>17)</sup> „Extension of European Recovery“ (Hearings before the Committee on Foreign Relations, U. S. Senate, 81st Cong., 1st Session), S. 19.

<sup>18)</sup> *The New York Times*, 8. März 1949.

<sup>19)</sup> *Congressional Record*, Vol. 95 (81st Cong., 1st Session), S. 3457—3468.

<sup>20)</sup> Ebenda, S. 3878—3890.

<sup>21)</sup> Ebenda, S. 4315.

<sup>22)</sup> „The Extension of European Recovery“ (Hearings before the Committee on Foreign Relations, U. S. Senate, 81st Cong., 2nd Session), S. 72.

<sup>23)</sup> *Congressional Record*, Vol. 96 (81st Cong., 2nd Session), S. 6134, 6135 und S. 6468—6470.

<sup>24)</sup> Der Senatsausschuß hatte eine Alternativverwendung nicht ausgeschlossen.

<sup>25)</sup> „Foreign Economic Assistance“ (House Report Nr. 2117, 81st Cong., 2nd Session), S. 18.

<sup>26)</sup> House Report Nr. 2117, a. a. O., S. 18.

<sup>27)</sup> „The Mutual Security Program“ (Hearings before the Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, 82nd Cong., 1st Session), S. 172—173.

<sup>28)</sup> *Congressional Record*, Vol. 97 (82nd Cong., 1st Session), S. 10172.

<sup>29)</sup> „The Mutual Security Act of 1951“ (Hearings before the Committee on Foreign Relations and the Committee on Armed Services, U.S. Senate, 82nd Cong., 1st Session), S. 6.

<sup>30)</sup> *Congressional Record*, Vol. 97 (82nd Cong., 1st Session), S. 10849.

<sup>31)</sup> Der Antrag wurde später dahingehend abgeändert, daß den Vereinigten Staaten nur noch 10 vH der Gegenwertmittel für ihre eigenen Zwecke zur Verfügung stehen sollten.

<sup>32)</sup> *Congressional Record*, Vol. 97 (82nd Cong., 1st Session), S. 10935—10937.

<sup>33)</sup> „The Mutual Security Act of 1952“ (Hearings before the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 82nd Cong., 2nd Session), S. 183 und 97.

<sup>34)</sup> Ebenda, S. 99.

<sup>35)</sup> Der schließlich angenommene Text hatte den folgenden Wortlaut: „Der Kongreß begrüßt den kürzlich gemachten Fortschritt auf dem Wege zur politischen Föderation, militärischen Integration und wirtschaftlichen Vereinigung in Europa und gibt noch einmal seinem Glauben an die Notwendigkeit weiterer kräftiger Bemühungen auf diese Ziele hin Ausdruck als ein Mittel zum Aufbau von Stärke, zur Schaffung von Sicherheit und zur Erhaltung des Friedens im nordatlantischen Raum.“

<sup>36)</sup> „The Mutual Security Act of 1952“ (Senate Report Nr. 1490, 82nd Cong., 2nd Session), S. 8.

<sup>37)</sup> *Congressional Record*, Vol. 98 (82nd Cong., 2nd Session), S. 6150.

<sup>38)</sup> Ebenda, S. 5837, und „Mutual Security Act of 1952“ (House Report Nr. 1922, 82nd Cong., 2nd Session), S. 72.

<sup>39)</sup> *Congressional Record*, Vol. 98 (82nd Cong., 2nd Session), S. 5834.

<sup>40)</sup> Ebenda, S. 5908—5909.

<sup>41)</sup> Ebenda, S. 3083.

## Übersicht über die bisher im Europa-Archiv erschienenen Beiträge und Texte über die amerikanische Auslandhilfe

„Die europäischen Verhandlungen zum Marshallplan vom 5. Juni 1947 bis zum 22. September 1947“ (Archivbericht) in Folge 4/1947, S. 913 ff., mit

Schlußbericht der Pariser Konferenz für europäische Wirtschaftsplanung (Wortlaut der amtlichen Kurzfassung), S. 922 ff.

„Die Verhandlungen zum europäischen Hilfsprogramm der Vereinigten Staaten, 23. September bis 17. November 1947“ (Archivbericht) in Folge 2/1948, S. 1131 ff.

„Die amerikanische Ueberbrückungshilfe für Frankreich, Italien und Oesterreich“ (Archivbericht) in Folge 4/1948, S. 1247 ff.

„Die Konferenzen des CEEC im Rahmen des europäischen Wiederaufbauprogramms“ (Archivbericht) in Folge 5/1948, S. 1305 ff.

„Das Europäische Wiederaufbauprogramm der Vereinigten Staaten. Vom Gesetzentwurf bis zur Unterzeichnung des Gesetzes für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948“ (Archivbericht) in Folge 6—7/1948, S. 1369 ff., mit

Wortlaut des Gesetzes für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948, S. 1385 ff.

„Der erste Jahresplan für die Wiedergesundung Europas“ (Archivbericht) in Folge 12/1948, S. 1709 ff., mit

Auszügen aus dem Bericht der OEEC an die ECA über den ersten Jahresplan, S. 1720 ff.

„Die wirtschaftlichen Aussichten der Marshallplan-Länder für 1949“ (Bericht) in Folge 1/1949, S. 1768 ff.

„Die wirtschaftlichen Aussichten Europas“, von Dr. Erwin Weghorn, in Folge 12/1950, S. 3113 ff.

„Deutschland und Europa in den internationalen Berichten der ECE, der OEEC und der BIZ“, von Dr. Erwin Weghorn, in Folge 16—17/1951, S. 4289 ff.

„Die Beendigung des Marshallplanes. Von der ECA zur MSA“ (Kurzbericht) in Folge 1/1952, S. 4602.

„Europäische Wirtschaftspläne beim Ende der Marshallplan-Hilfe“, von Dr. Erwin Weghorn, in Folge 1/1952, S. 4631 ff.

# Der Handel zwischen Asien und Europa

Bericht über eine Untersuchung der Vereinten Nationen

Von Hermann R. Habicht

Vor dem Zweiten Weltkrieg bestand der Handel zwischen Asien und Europa in dem für die Handelsbeziehungen zwischen wenig entwickelten und hochindustrialisierten Ländern charakteristischen Austausch von Rohstoffen gegen Fertigwaren. Der Krieg verursachte schwerwiegende Verlagerungen in dem Umfang, dem Inhalt und der Richtung dieser Handelsbeziehungen und in den althergebrachten finanziellen Verbindungen zwischen den Partnern. Möglicherweise waren aber die ideologischen Umwälzungen noch weit wichtiger als die äußeren Umschichtungen. Mehrere asiatische Länder haben seit dem Kriege ihre politische Freiheit gewonnen; sie alle erstreben auch die wirtschaftliche Befreiung von den „hemmenden Fesseln“ der Vergangenheit. Dazu kommt der Wunsch nach Erhöhung des Lebensstandards, stark beeinflusst durch das, was die Völker Asiens durch den Krieg, nicht zuletzt aber auch durch Film und Rundfunk von Europa und Amerika gelernt haben und was ihnen das Flugzeug täglich gewissermaßen vor die Tür bringt.

Von diesen Problemen, von ihren Hintergründen und von den möglichen Lösungen handelt ein von internationalen Wirtschaftswissenschaftlern und Statistikern der Wirtschaftskommissionen der Vereinten Nationen für Europa (ECE) und für Asien und den Fernen Osten (ECAFE) unter Mithilfe von Spezialisten der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) ausgearbeiteter Bericht. Dieser ist Anfang 1954 unter dem Titel „A Study of Trade between Asia and Europe“ von der Wirtschaftsabteilung der Vereinten Nationen in Genf veröffentlicht worden. Der Bericht folgt der im Februar 1953 erschienenen Studie „A Study of Trade between Latin-America and Europe“.

## Das Problem

„Unter dem Druck der neuen politischen und wirtschaftlichen Kräfte innerhalb Europas und des Fernen Ostens hat sich das vor dem Krieg herrschende System des Austausches von Rohstoffen gegen Fertigwaren verändert. Der Wunsch nach rascher wirtschaftlicher Entwicklung und Verbesserung des Lebensstandards ist der gemeinsame Nenner des wirtschaftlichen Strebens und der Wirtschaftspolitik der asiatischen Länder. Die vorliegende Untersuchung des Handels zwischen Asien und Europa versucht festzustellen, was der Handel zur Erreichung dieses Zieles beitragen kann.“

Mit diesen Worten wird in dem einleitenden Kapitel des Berichts der Vereinten Nationen das Pro-

blem umrissen. Es ist das Bemühen der Autoren, die Wirkung der neuen Kräfte und die Methoden zu untersuchen, durch die Europa die Länder des ECAFE-Raums<sup>1</sup> unterstützen kann, und umgekehrt, wie diese Länder zur Befriedigung der europäischen Bedürfnisse beitragen können<sup>2</sup>.

Dem aufmerksamen Leser kann allerdings nicht entgehen, daß der Text von einer internationalen Kommission stammt, die sich aus verschiedenartigen Staaten mit oft weit auseinandergehenden Ansichten zusammensetzt. Daher die Vermeidung von Kontroversen, die Unterbetonung von etwaigen Mißständen in einzelnen Staaten und im allgemeinen eine neutrale, vielleicht sogar farblose Stellungnahme.

<sup>1</sup>) Unter „ECAFE-Raum“ oder „ECAFE-Länder“ sind die im geographischen Bereich der United Nations Economic Commission for Asia and the Far East (ECAFE) liegenden Länder zu verstehen. Es sind: Brunei, Burma, Ceylon, China, Hongkong, Indien, Indonesien, Japan, Kambodscha, Korea, Laos, der Malayische Staatenbund, Nepal, Nordborneo, Pakistan, die Philippinen, Sarawak, Siam, Singapur und Vietnam. Obwohl Japan geographisch zum ECAFE-Raum gehört, wird es in dem Bericht getrennt behandelt. In Anbetracht seiner ganz anderen Handelsstruktur werden Angaben für Japan in fast allen Tabellen gesondert aufgeführt; in der Regel ist der japanische Handel in den Gesamtzahlen für die ECAFE-Länder nicht enthalten.

Unter „Europa“ ist fast immer Europa ohne Albanien, Bulgarien, die sowjetische Besatzungszone Deutschlands, Polen, Rumänien, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Ungarn zu verstehen; diese Länder werden kurz „Osteuropa/UdSSR“ genannt. Da den Autoren des Berichtes Angaben über den Handel zwischen China und Osteuropa nicht zur Verfügung standen, ist dieser Bereich in der Statistik unberücksichtigt geblieben.

<sup>2</sup>) Der Bericht enthält eine Fülle von statistischen und anderen Angaben mit ausführlichem Text; oft gehen die Zahlen bis 1952. Die Angaben sind entweder neueren Datums oder zum ersten Male sinnvoll aus verschiedenen Quellen zusammengestellt.



### Asiens Stellung im Welthandel

Vor dem Kriege war Asien<sup>a</sup> trotz seiner Größe und seiner Bevölkerungszahl — fast die Hälfte der Weltbevölkerung — nur mit etwa einem Siebentel am Welthandel beteiligt. Nach dem Kriege hat es noch weiter an Handelsbedeutung eingebüßt. Im

Jahre 1952 war Asiens Anteil an den Weltausfuhren von 15 vH vor dem Kriege auf 10 vH — also um ein Drittel — und sein Anteil an den Weltausfuhren von über 13 vH auf 12 vH — also um ein Zehntel — gefallen.

Die Handelsrichtung wird aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich.

### Regionale Verteilung des Handels von zehn asiatischen Ländern<sup>a</sup>

	Importe nach Asien						Exporte aus Asien					
	1928	1938	1949	1950	1951	1952 <sup>b</sup>	1928	1938	1949	1950	1951	1952 <sup>b</sup>
<b>Gesamthandel (in Millionen Dollar, jeweiliger Wert)</b>	2638	1645	5705	4633	7031	7054	3152	1900	4350	5425	7824	5913
<b>Verteilung in Prozenten:</b>												
Europa . . . . .	42,9	40,2	32,2	29,9	30,0	30,3	35,7	40,2	31,8	29,9	33,9	29,0
davon: Vereinigtes Königreich	24,9	18,7	18,0	15,2	13,9	14,7	14,6	17,5	14,9	12,0	15,0	13,0
Kontinental-Europa . . . . .	18,0	21,5	14,2	14,1	16,5	15,7	21,1	22,6	17,0	17,9	18,9	15,6
Vereinigte Staaten . . . . .	9,1	12,4	20,6	16,7	16,8	19,0	18,6	17,4	18,7	21,8	17,9	19,8
Innerasiatischer Handel (einschl. Handel mit Japan, China, Korea) . . . . .	42,3	38,4	29,1	36,4	39,0	33,7	35,9	29,3	31,3	34,0	34,7	35,9
davon: Handel mit Japan . . . . .	5,8	8,9	3,8	5,6	7,8	8,6	6,2	6,3	2,4	3,8	4,6	5,9
Uebrige Welt <sup>c</sup> . . . . .	5,7	9,0	18,1	17,6	13,9	17,0	9,8	13,1	18,2	14,3	13,5	15,3
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

a) Burma, Assoziierte Staaten von Indochina, Ceylon, Hongkong, Indien, Indonesien, Malaya, Pakistan, Philippinen und Siam.

b) Jahresschätzung, errechnet für Burma aus 9 Monatsdurchschnitten, für die Assoziierten Staaten von Indochina, Pakistan und Indien aus 11 Monatsdurchschnitten.

c) Hauptsächlich Australien und Neuseeland, Kanada, Aegypten und lateinamerikanische Staaten.

Quellen: 1928 und 1938: League of Nations: Network of World Trade; 1949 bis 1952: United Nations: Direction of International Trade; nationale Quellen.

Die Schwankungen in den Jahren 1949 bis 1952 spiegeln vor allem die Veränderungen in den Umtauschrelationen (terms of trade) wider.

### Ausfuhren aus Asien

Ungefähr vier Fünftel der Ausfuhr Asiens bestehen aus etwa 15 Warengruppen; die wichtigsten sind Kautschuk, Jute, Fette und Öle, Tee, Reis, Baumwolle, Zinn und Pfeffer. Innere Störungen und Unruhen hemmten die Nachkriegserholung in Asien. Die landwirtschaftliche Gesamtproduktion erreichte den Vorkriegsstand erst im Verlauf der Jahre 1951 und 1952, als die Weltproduktion bereits 13 vH höher als 1934/38 war. Entsprechend lag die asiatische Ausfuhr von Agrarprodukten von 21 vH unter dem Vorkriegsstand, während die Weltausfuhr 3 vH zugenommen hatte. Bei einer Bevölkerungszunahme Asiens (ohne China) von etwa 23 vH führte das Zurückbleiben der Landwirtschaft zu einer Senkung des Lebensmittelkonsums pro Kopf.

Außerordentliche Unbeständigkeit kennzeichnet die Exporterlöse der ECAFE-Länder, da ihre Hauptausfuhrwaren sehr preismempfindlich sind und dazu

die exportierbaren Mengen von Jahr zu Jahr sehr schwanken. Damit steigt und fällt die Einfuhrkapazität Asiens, mit ersten Folgen für den Lebensstandard und für den Fortschritt der wirtschaftlichen Entwicklungspläne.

Als Lieferant Europas hat Asien mengenmäßig auch in der Nachkriegsperiode mehr als 90 vH aller westeuropäischen Einfuhren an Kautschuk, Jute, Tee und 72 vH an Kopa und Zinn gestellt. Dagegen bezieht Europa heute Reis, Kaffee, Tabak, Erdnüsse und Rohbaumwolle hauptsächlich aus anderen Erzeugungsländern.

Wie läßt sich die Erzeugung in Asien vergrößern und der Export erhöhen? Welche Preispolitik sollte auf lange Sicht getrieben werden? Wie wird sich die Weltmarktlage entwickeln? Diese Fragen berühren viele Entscheidungen und Maßnahmen, die auf örtlicher, nationaler und internationaler Basis getroffen werden müssen.

Im ganzen werden die Aussichten für eine Ausdehnung der asiatischen Ausfuhren in dem Bericht als ziemlich günstig bezeichnet. Der Kautschukkonsum dürfte weiter steigen. Die Nachfrage nach Tee dürfte etwas zunehmen. Der Zinnverbrauch wird leicht wachsen. Auf lange Sicht sind die Aussichten

<sup>a</sup>) Wie im Originalbericht ist hier, wie an anderen Stellen, „Asien“ gleichbedeutend mit „ECAFE-Ländern“.

für Pflanzenfette und Baumwolle günstig, wenn auch wachsender Konsum innerhalb Asiens die Ausfuhr nach Uebersee beschränken dürfte. Bei Kaffee, Kakao, Tabak, Häuten und Fellen, Erdöl, Mangan und Nickel erscheinen die Aussichten als günstig bis sehr gut, bei Zucker als beschränkt und bei Jute als undurchsichtig.

#### *Einfuhren nach Asien*

Mengenmäßig übertrafen die Ausfuhren der Hauptindustrieländer<sup>4</sup> nach Südostasien (ohne China und Hongkong) in den Nachkriegsjahren das Vorkriegsniveau. Im Jahre 1951 lagen sie 70 vH über denen von 1938 und 35 vH über denen von 1928. Dagegen lagen die Ausfuhren nach China und Hongkong weit unter dem Vorkriegsniveau.

Trotz aller Industrialisierungsbestrebungen Südasiens fand nach dem Kriege nur eine geringe Verlagerung der Einfuhr von Verbrauchsgütern auf Kapitalgüter statt. Der bescheidene Zuwachs des Anteils der Kapitalgüter von 24 vH auf 29 vH zwischen 1938 und 1949/51 für den ganzen Raum (einschließlich China und Hongkong) ist lediglich auf die bemerkenswerte Zunahme von 24 vH auf 39 vH für Indien und Pakistan zurückzuführen. In Indien (jetzt Indien und Pakistan) begann die Industrialisierung

schon um die Jahrhundertwende. Unter dem Einfluß der beiden Weltkriege entwickelten sich besonders Konsumgüterindustrien (Textilien), aber auch die Produktion von Eisen und Stahl, Zement und, in den letzten Jahren, von Dieselmotoren, Textilmaschinen, Werkzeugmaschinen und Lokomotiven. So wurden Indien und Pakistan nach dem letzten Kriege Nettoexporteure von Textilien.

Aber dort, wo das Verbrauchsniveau so tief lag wie in den meisten Ländern Südasiens, wo die Produktion nicht rasch anstieg und häufig den Vorkriegsstand nicht erreichte, obwohl die Bevölkerung rasch zunahm, war die Verwendung der beschränkten Devisenguthaben zum Erwerb von Investitionsgütern nicht möglich, ohne den Lebensstandard unerträglich zu senken. Auch diente ein großer Teil der Nachkriegseinkäufe von Kapitalgütern lediglich dem Ersatz der während des Krieges stark abgenutzten Produktionsmittel und nicht der weiteren Industrialisierung. So wird der Wunsch dieser Länder — den sie mit anderen unterentwickelten Ländern teilen —, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit herzustellen und ihren Lebensstandard zu erhöhen, bisher noch kaum in der Zusammensetzung ihrer Importe widergespiegelt.

#### *Exporte aus einzelnen europäischen Ländern, den Vereinigten Staaten und Japan nach asiatischen Ländern*

*Millionen Dollar zu festen Preisen von 1950, f. o. b.*

Export-Land	Asiatische Länder, insgesamt				China und Hongkong <sup>a</sup>				andere asiatische Länder			
	1928	1938	1950	1951	1928	1938	1950	1951	1928	1938	1950	1951
Vereinigtes Königreich	1075,8	510,7	756,1	863,6	163,3	59,9	87,9	91,6	912,5	450,8	668,2	772,0
Frankreich . . . . .	149,9	91,0	203,2	280,4	28,6	14,7	10,9	15,7	121,3	76,3	192,3	264,7
Westdeutschland . . .	266,5	199,1	78,6	147,9	72,8	64,0	24,4	27,2	193,7	135,1	54,2	120,7
Niederlande . . . . .	223,2	168,0	124,1	144,9	6,1	4,2	9,0	12,7	217,1	165,8	115,1	132,2
Italien . . . . .	83,0	40,4 <sup>b</sup>	79,4	93,3	12,5	7,5 <sup>b</sup>	7,8	15,4	70,5	32,9 <sup>b</sup>	71,6	77,9
Belgien-Luxemburg . .	86,6	68,5	64,6	89,5	20,5	21,2	18,1	23,0	66,1	47,3	46,5	66,5
Schweiz . . . . .	62,4	47,2	45,2	82,1	16,6	14,5	17,8	25,3	45,8	32,7	27,4	56,8
Schweden . . . . .	17,0	19,9	26,7	28,2	5,4	4,0	3,9	5,5	11,6	15,9	22,8	22,7
Norwegen . . . . .	13,8	7,3	10,5	12,4	7,5	1,5	2,3	3,1	6,3	5,8	8,2	9,3
Dänemark . . . . .	4,0	8,4	10,8	16,5	0,8	3,8	0,8	1,9	3,2	4,6	10,0	14,6
Finnland . . . . .	3,3	5,1	5,6	7,9	0,9	1,4	0,8	1,0	2,4	3,7	4,8	6,9
Aufgeführte Länder insgesamt . . . . .	1985,5	1165,6	1404,8	1766,7	335,0	196,7	183,6	222,4	1655,5	970,9	1221,1	1544,3
Vereinigte Staaten . .	547,1	441,4	802,1	1095,2	255,1	130,8	198,2	98,3	292,0	310,6	613,9	996,9
Japan . . . . .	492,2	679,5	358,2	442,6	298,6	292,7	128,8	95,0	193,6	386,7	229,4	347,7

a) Einschließlich Formosa (für den ganzen Zeitraum) und Korea (für die Nachkriegsjahre).

b) 1939.

Wie aus der obenstehenden Tabelle ersichtlich, war Großbritannien vor und nach dem Kriege der hauptsächliche europäische Lieferant Asiens. Doch

ging der Anteil Asiens an den Gesamtausfuhren Großbritanniens von 17 vH im Jahre 1928 auf 13 vH in den Jahren 1949/51 zurück. Nach dem Kriege wurden die Vereinigten Staaten der größte Lieferant der ECAFE-Länder; diese nahmen mehr als 9 vH (1928 nur 7 vH) des gesamten Exports der Vereinigten Staaten ab. Nur die Dollarknappheit der asiatischen Länder hat der Gesamtausfuhr —

<sup>4</sup>) Belgien-Luxemburg, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Norwegen, Schweden, die Schweiz, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Vereinigten Staaten und Japan.



hauptsächlich von Kapitalgütern — aus den Vereinigten Staaten nach Asien eine Schranke gesetzt. Die ehemaligen Kolonialmächte (Großbritannien, die Niederlande und Frankreich) sind immer noch Versorger ihrer früheren beziehungsweise der ihnen noch verbliebenen Kolonien. Das gilt auch für die Vereinigten Staaten in bezug auf die Philippinen. Seit der Ausdehnung der Europäischen Zahlungsunion auf das überseeische Sterlinggebiet und die von den europäischen Ländern abhängigen überseeischen Gebiete haben die Zutrittsmöglichkeiten anderer europäischer Länder, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, zu den asiatischen Märkten zugenommen.

### Finanzierung der Einfuhren

In der Nachkriegszeit wiesen die asiatischen Länder bis zum Jahre 1949 im Gegensatz zu den Vorkriegsüberschüssen nennenswerte Fehlbeträge im Warenaustausch mit der übrigen Welt auf. Der große, wenn auch abnehmende Einfuhrüberschuß wurde durch Geldzuteilungen (grants) und Kredite von außen (hauptsächlich im Rahmen der Auslandshilfeprogramme der Vereinigten Staaten) und durch die während des Krieges erworbenen Sterlingguthaben finanziert. Im ganzen beliefen sich diese Zuweisungen auf über neun Milliarden Dollar, hauptsächlich für China (vor 1949), Japan<sup>5</sup>, die Philippinen und Korea. Diesem großen Geldstrom auf Regierungsebene steht eine bedeutende Abnahme des Zustroms von Privatgeldern, ja sogar ein Nettofluß entgegen. Ausländische Kapitalanlagen gingen in einheimischen Besitz über, und die Zins- und Dividendenzahlungen haben im Vergleich zu der Zeit vor dem Kriege bedeutend abgenommen.

### Die grundlegenden Neuorientierungen

Ein Rückblick auf die letzten fünfzehn Jahre zeigt vier große, grundlegende und in aller Wahrscheinlichkeit dauernde Änderungen:

1. Japan hat den Chinamarkt verloren.
2. China hat sich dem Ostblock angeschlossen.
3. Der Anteil der Vereinigten Staaten an Asiens Einfuhren hat sich verdoppelt.
4. Asien, früher der größte Textilmarkt Europas, ist heute nicht mehr auf Einfuhren angewiesen.

Vor dem Kriege war China Japans wichtigster Handelspartner; der chinesische Anteil am japanischen Gesamtußenhandel betrug fast 40 vH. Im Jahre 1951 war Chinas Anteil an der japanischen Ausfuhr auf weniger als 0,5 vH und sein Anteil an der Ein-

fuhr nach Japan auf 1 vH geschrumpft, während der Anteil des übrigen Asien stark zugenommen hatte. Hier sei vermerkt, daß der Bericht die amerikanische Politik des „Nicht-Verkehrens“ mit Rot-China, die einer Ausdehnung des Japanhandels mit Rot-China entgegensteht, nicht erwähnt. Die Vereinigten Staaten sind der Hauptgeldgeber und die Hauptbesatzungsmacht in Japan; ihr Einfluß ist dementprechend.

Die Uebernahme Festland-Chinas durch die Kommunisten lenkte den chinesischen Außenhandel nach der Sowjetunion und den unter ihrem Einfluß stehenden osteuropäischen Staaten um. Selbst größere Freiheit im Handel mit China würde die Vorkriegsbeziehungen nicht wiederherstellen, denn 1938 waren 70 vH aller Ausfuhren Japans nach China Textilien, in denen China heute autark ist. Der in den dreißiger Jahren von Japan ausgeübte politische und finanzielle Einfluß in China, insbesondere auf den chinesischen Außenhandel, ist verlorengegangen.

Der Nachfolger Japans ist die Sowjetunion. Der Handel Osteuropas und der UdSSR mit Asien war immer sehr klein. Von 1950 bis 1951 soll sich der Anteil dieser Länder am Einfuhrhandel Chinas jedoch beinahe vervierfacht (auf 70 vH vom ganzen) und an seinem Ausfuhrhandel beinahe verdreifacht (auf 77 vH) haben.

Der Anteil der Vereinigten Staaten an Asiens Einfuhren stieg am steilsten in den ersten Nachkriegsjahren — bis 1949 — an. Danach wurde die asiatische Einfuhr von Metallen, Metallfabrikaten, Maschinen und Transportausrüstungen aus Europa und, in geringerem Umfange, aus Japan vermehrt. Trotzdem lieferten die Vereinigten Staaten im Jahre 1952 noch mehr als den doppelten Anteil der asiatischen Einfuhr als vor dem Kriege; ihr Wert betrug etwa das Siebenfache von 1938.

Die früher so großen europäischen Textilmärkte in Asien sind in den letzten zwanzig Jahren immer kleiner geworden, und ihr weiteres Schrumpfen scheint unaufhaltsam zu sein. Heute ist Indien, der früher wichtigste Einzelmarkt für Textilien, nicht nur ein Textilexporteur, sondern ein erster Konkurrent Europas. China ist fast autark in Textilien, und Japan, jetzt seiner Märkte in China verlustig, hat sich mit Nachdruck den südostasiatischen Märkten zugewandt. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß der Krieg es den Vereinigten Staaten ermöglicht hat, Textilien in Asien zu verkaufen. Die drei großen Mittelpunkte der Textilindustrie — Japan, China und Indien — werden ihre Erzeugung weiter steigern. Die Textilindustrie benötigt verhältnismäßig wenig Kapital und wenig gelernte Arbeiter. So werden auch die anderen noch rückständigen ECAFE-Länder ihre eigenen Textilindustrien aufbauen und erweitern. Schon heute ist der ECAFE-Raum ein großer Nettotextilexporteur — auch ohne Jute. Nach

<sup>5</sup> In den letzten drei Jahren haben die Vereinigten Staaten etwa 2,5 Milliarden Dollar in Japan ausgegeben, und zwar für Waren und Dienstleistungen zur Unterstützung des koreanischen Krieges, zur Verteidigung Japans und als Hilfeleistung für andere Staaten des Fernen Ostens (*Economist*, 30. Januar 1954).

Ansicht des Verfassers dieses Beitrages muß sich Europa mit dem Gedanken abfinden, daß aus dem früheren riesigen Textilmarkt im Osten ein weit kleineres Absatzgebiet geworden ist, in dem Europa und Amerika in der Zukunft nur unbedeutende Mengen hochwertiger Textilien und Spezialartikel verkaufen können.

#### *Investitionsgüter*

Ganz anders und weit aussichtsreicher sind die Perspektiven für Kapitalgüter, deren Einfuhr in den Nachkriegsjahren durch die Devisenknappheit und durch die langsame Entfaltung der wirtschaftlichen Entwicklungspläne beeinträchtigt wurde. Trotzdem hat sich die mengenmäßige Einfuhr von Kapitalgütern in die ECAFE-Länder (ohne China und Hongkong) seit 1938 mehr als verdoppelt; davon waren in den Jahren 1950/51 über 40 vH Transportmittel, meistens Straßenfahrzeuge. Textilmaschinen, Generatoren und Straßenbaumaschinen und -werkzeuge waren weitere wichtige Einfuhrgüter. Auf landwirtschaftlichem Gebiet wurden eine Erhöhung der Hektarerträge und eine Ausdehnung der angebauten Flächen durch Einfuhr von Ausrüstungen für Bewässerung, Stromregelung und Stromerzeugung angestrebt. Die Einfuhr von Traktoren war, mit Ausnahme von Indien, unwesentlich.

Großbritannien und die Vereinigten Staaten lieferten dem ECAFE-Raum den überwiegenden Teil der Kapitalgüter. Dank seiner großen Ausfuhren an Personenwagen, Fahrrädern und Motoren nach den Malayischen Staaten, Indien und Ceylon stand Großbritannien an erster Stelle. Deutschland folgte in weitem Abstände.

Im Jahre 1951 lagen die Gesamtlieferungen von Investitionsgütern nach den ECAFE-Ländern um etwa 15 vH höher als im Jahre 1949, eine Zunahme, die sich ausschließlich durch das augenfällige Anwachsen der deutschen Ausfuhren erklärt. Ueberhaupt führen die politischen Umwälzungen in Asien zur Lockerung oder Lösung von seit alters her bestehenden Bindungen und machen den Weg frei für einen gesunden Wettbewerb zwischen allen europäischen Ländern.

Für die weitere Entwicklung der Kapitalgütereinfuhren nach Asien werden in Zukunft die Umtauschrelationen und die vom Auslande zur Verfügung gestellten Finanzmittel eine große Rolle spielen. Auf Grund des Colombo-Plans<sup>6</sup> ist beabsichtigt, die einheimische Lebensmittelproduktion zu erhöhen und dadurch eine Einfuhrersparnis zu erzielen, die den Anteil der Kapitalgüter an der Gesamteinfuhr der ECAFE-Länder vergrößern würde.

Die bedeutsame Frage des privaten Kapitalexports nach dem ECAFE-Raum werden im Rahmen des

Berichts nicht besprochen. Der Grund hierfür scheint in den komplizierten und leicht zu nationalem Anstoß führenden Erwägungen und Bedingungen zu liegen, ohne deren Berücksichtigung und Erfüllung mehr als vereinzelte private Kapitalinvestitionen in Asien ziemlich ausgeschlossen sein dürften. Die durch die Ereignisse in Persien geweckten Bedenken der Kapitalgeber gegen Auslandsinvestitionen dürften noch jahrelang abschreckend wirken. Auch sind trotz aller Befürchtungen eines wirtschaftlichen Umschwungs in den Vereinigten Staaten die Investitionsbedingungen innerhalb der Vereinigten Staaten — des Hauptgeldgebers, ja, des einzigen großen Geldgebers — für den amerikanischen Unternehmer weit günstiger als in den meisten Ueberseeländern. Da auch Europa in den nächsten Jahren kein Kapitalüberschußgebiet sein kann, stehen ernste politische und wirtschaftliche Hindernisse irgendwelchem nennenswerten langfristigen privaten Kapitalexport entgegen.

#### *Mangel an Kapital — Ueberschuß an Arbeitskräften*

Die Wirtschaft der meisten unterentwickelten Länder ist durch einen außerordentlichen Kapitalmangel und eine Ueberfülle von Arbeitskräften gekennzeichnet. Im Gegensatz dazu stehen Europa und vor allen Dingen die Vereinigten Staaten, wo knappe oder fehlende Arbeitskräfte durch Kapitalanlagen in Form von arbeitskräftesparenden Maschinen ersetzt werden. Unterentwickelte Länder müssen mit ihren knappen Kapitalmitteln so haushalten, daß sie die größtmögliche Erzeugung pro Einheit des angelegten Kapitals und nicht pro angestellten Arbeiter erreichen. Ein solcher sozial-wirtschaftlicher Ausgleich ist im allgemeinen in der Landwirtschaft unschwer durchzuführen (mehr Düngemittel und keine mechanisierte Feldbestellung); in der Industrie dagegen sind die technischen und wirtschaftlichen Fragen weit komplizierter, so daß ihre Lösung nicht einfach ist.

Die Regierungen der ECAFE-Länder sind sich durchaus bewußt, daß sie vor allem arbeitsparende Kapitalanlagen vermeiden müssen. Ohne den technischen Beitrag und die Beratung der Ausfuhrländer kann die bestmögliche Ausnutzung der Anlagemittel nicht erreicht werden. Daher müssen die Maschinen und Werkzeuge den besonderen Bedürfnissen des asiatischen Marktes angepaßt werden. Der indische Fünfjahrplan bietet hierfür bereits ein Beispiel. Dieser Plan soll die Heim- und Kleinstindustrien fördern und betont dabei den Bedarf an passenden kleinen Maschineneinheiten und die Wichtigkeit, verborgenes Organisationstalent und versteckte Erfindungsgaben für die industrielle Betätigung in den Dörfern zu mobilisieren.

Obwohl der Bericht es nicht erwähnt, scheint diese Entwicklung gerade in Indien, aber auch anderswo, von großer politischer Bedeutung, da sie der sowje-

<sup>6</sup>) Vgl. Europa-Archiv 5/1950, S. 2859—2864, 23/1950, S. 3543—3548, und 20/1952, S. 5239—5246.



tischen kommunistischen Tendenz und Vorliebe für große zentral-beherrschte wirtschaftliche Einheiten diametral entgegenläuft. Schon aus diesem Grunde wäre eine großzügige Aktion in diesem Sinne im Interesse der freien Welt. Der Erfolg würde eine Wirtschaftsform ergeben, die gegenüber den kommunistischen Lockungen außerordentlich widerstandsfähig wäre.

Indien kann einen nicht unbedeutenden Teil des Bedarfs an Kleinmaschinen selbst decken. Aber das Problem der Heim- und Kleinindustrien ist den meisten Ländern Asiens gemeinsam, und der europäische Maschinenbau sollte versuchen, durch technische Forschung die geeignetsten Produktionsmittel für unterentwickelte Länder mit überschüssigen Arbeitskräften zu entwerfen und zu bauen. Im allgemeinen dürfte dabei, wie der Bericht besagt, der europäische Maschinenbau gegenüber dem amerikanischen im Vorteil sein, da die Vereinigten Staaten in weit größerem Maße auf standardisierte Massenproduktion eingestellt sind. Dabei würde enge Fühlungnahme auf technischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet zwischen den Herstellern und den Verbrauchern von Kapitalgütern von großem Nutzen sein.

Der Bericht übersieht allerdings die außerordentliche Entwicklung von Klein- und Kleinstmaschinen mit elektrischem Antrieb in den Vereinigten Staaten, um der Nachfrage von Einzelpersonen zu genügen, die lieber ihre eigenen Arbeiten — bis zum Hausbau — ausführen, als die stetig steigenden amerikanischen Handwerkerlöhne zu bezahlen. Ein Beweis hierfür sind die Angebote solcher Maschinen und Werkzeuge in den in alle Welt versandten neuesten Katalogen der großen amerikanischen Versandhäuser.

### Zusammenfassung

Die Schlußfolgerungen des Berichtes lassen sich etwa in den folgenden Empfehlungen zusammenfassen:

Europa muß seine Ausfuhr im Verhältnis zu seinen Einfuhren stark steigern und muß sich durch Verlagerung seiner Bezugsquellen von der einseitigen starken Abhängigkeit vom Dollarraum befreien. Der erweiterte Handel zwischen Europa und dem ECAFE-Raum muß in den Rahmen des Welthandels eingefügt werden.

Für asiatische Länder, die dringend einer Erhöhung ihres Sozialproduktes bedürfen, ist die Einfuhr von Kapitalgütern von besonderer Bedeutung und muß gesteigert werden. Die Entwicklungspläne der ECAFE-Länder erstreben eine Ausdehnung ihrer Erzeugung für den Export und eine Verbreiterung der Exportbasis, um ihre Abhängigkeit von einigen wenigen Exportgütern zu vermindern.

Europa soll einen größeren Anteil des ostasiatischen Marktes dadurch erobern, daß es seine Wett-

bewerbsstellung gegenüber den Vereinigten Staaten und Japan stärkt und seine Erzeugnisse den besonderen Anforderungen der unterentwickelten Länder anpaßt.

Im einzelnen werden unter anderem folgende Vorschläge gemacht:

Nach japanischem Beispiel sollen Handelsmissionen, deren Mitglieder Rohstoffimporteure, Bergwerksspezialisten, Ausrüstungsexporteure, Bankfachleute und Regierungsvertreter sind, mit entsprechenden Vertretern der asiatischen Länder an Ort und Stelle die Probleme untersuchen und gemeinsam Gesamtlösungen ausarbeiten.

Die Zusammenarbeit von Ausfuhr- und Einfuhrländern in gemeinsamen Unternehmungen und direkten Kapitalanlagen muß gefördert werden. Die Kapital empfangenden Länder müssen durch eine stetige und einsichtsvolle Politik auf lange Sicht den gemeinsamen Unternehmen zum Erfolg verhelfen.

Errichtung von Warenausschüssen und Schiedsgerichten, Vereinfachung von Zoll-, Einfuhr- und Ausfuhrvorschriften, Standardisierung von Qualität und Verpackung und ähnliche Maßnahmen sollen die Technik des Handels verbessern.

Wie in den zwanziger Jahren benötigt der Handel von morgen einen flüssigen internationalen Kapitalmarkt zum Ausgleich der laufenden Ueberschüsse und Defizite. Dazu kommen langfristige Kapitalanlagen; aber auf diesem Gebiete werden die Aussichten auf Grund der bisherigen Entwicklung als sehr entmutigend bezeichnet. Von 1948 bis 1951 zeigen die meisten Länder in Asien einen Nettoabgang von privatem kurz- und langfristigem Kapital. Zum Teil spiegelt dies die unsichere und schwierige wirtschaftliche und politische Lage in den Nachkriegsjahren wider. Dazu kommt, daß die Asiaten bewußt bestrebt sind, in den Besitz wirtschaftlicher Unternehmungen zu kommen, die früher in den Händen von Ausländern waren.

Wie bisher werden politische Faktoren eine große Rolle in der zukünftigen Handelspolitik und Handelsentwicklung spielen. Sie werden vor allen Dingen die Richtung und das Ausmaß des Geldstromes bestimmen, der von außen her nach Südostasien fließen muß, um in absehbarer Zeit die geplante Industrialisierung und die Hebung des Lebensstandards zu ermöglichen. Die in Asien einheimischen Geldquellen sind zu geringfügig, um in den nächsten Jahren wesentlich zur wirtschaftlichen Neuordnung beisteuern zu können.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Handelsausdehnung fordern eine Atmosphäre des Weltfriedens, in der sich eine lebhaft wirtschaftliche Betätigung gedeihlich entwickeln kann.

Ein wirtschaftlich vereintes Europa dürfte hierfür von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein.

## Rede Bundeskanzler Adenauers in Berlin am 23. Februar 1954 über die Ergebnisse der Berliner Viermächtekonferenz

Eine ernste Lage führt mich zu Ihnen. Auf der Berliner Konferenz ist die Deutschlandfrage nicht gelöst worden. Das war für uns alle, besonders aber für Sie in Berlin und für die Deutschen in der Sowjetzone, eine bittere Enttäuschung. Ich bin zu Ihnen geeilt, um Ihnen zu sagen, daß alle Deutschen, wo immer sie in der Welt sein mögen, mit Ihnen fühlen. Und es sind nicht nur die Deutschen, die so denken, es sind die Angehörigen aller Völker der freien Welt, alle Menschen auf Gottes weiter Erde, die ein Gefühl haben für Freiheit und Menschenwürde, für Recht und Gerechtigkeit.

Ich sagte, es ist eine ernste Lage, und ich wiederhole dies Wort sehr nachdrücklich: zuviel Leid und Sorge ist über Sie und damit über uns gekommen in diesen langen Jahren, zuviel Not und Kummer. Neun Jahre sind es nunmehr her, seit der Krieg sein Ende gefunden hat, und noch immer kein Friede. 15 Millionen Menschen leben in der Knechtschaft. Die Eltern bangen um die Zukunft und das Geschick ihrer Kinder, die Jugend steht einem menschenunwürdigen Dasein entgegen, das Alter gibt allmählich die Hoffnung preis, sein Leben in Freiheit zu Ende leben zu können. Und doch wage ich zu sagen: So viel Hoffnungen in diesen Tagen nicht erfüllt worden sind, so ernst die Lage ist, sie ist nicht verzweifelt, sie ist nicht hoffnungslos. Aber um sie zu meistern, bedarf es der Klarheit der Erkenntnis, bedarf es der unerschütterlichen Überzeugung, daß schließlich das Gute doch stärker ist als das Böse, bedarf es der Geduld und der Ausdauer im Widerstand, bedarf es der inneren Einigkeit und Geschlossenheit des deutschen Volkes, bedarf es der Hilfe aller, auch der freien Völker.

War dieser Ausgang nicht zu vermeiden? Mußte es so kommen? Das ist die Frage, die ernste Frage, die jeder sich stellte, der den Ablauf der Konferenz mit immer größerer Sorge verfolgte.

Das eine kann ich Ihnen aus genauer Kenntnis der ganzen Verhältnisse, aus vollster Überzeugung heraus sagen: es ist alles geschehen, im wahren Sinne des Wortes, alles, was möglich war, um ein anderes Ergebnis herbeizuführen.

Das Zusammenwirken der drei Westalliierten, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens, untereinander und mit uns, war ausgezeichnet. Das gilt von der Vorbereitung der Konferenz, das gilt von ihrem Verlauf. Aber Sowjetrußland, Molotow wollte unter keinen Umständen eine Verständigung.

Berlin hat gezeigt, daß die Sowjetunion zu Zugeständnissen in der Deutschlandfrage heute nicht bereit ist. Nicht etwa wegen der EVG, überhaupt nicht wegen einer bestimmten Maßnahme westlicher Politik. Die Sowjetunion will zur Zeit an dem bestehenden Zustand in Deutschland und auch in Österreich nichts ändern, sie will jedenfalls nichts zugunsten der Freiheit ändern. Diese Unnachgiebigkeit kommt aber nicht aus der Stärke.

Moskau fürchtet für sein Satellitenreich in Europa. Es fürchtet, daß Unabsehbares ins Rutschen kommen könnte, wenn an irgendeiner Stelle etwas gelockert wird. Vergessen wir doch nicht, daß die Sowjetzone Deutschlands heute ein Bestandteil dieses Blocks, dieses Satellitenreiches ist. Die sehr ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten in diesem Reich sind bekannt, und die politische Klammer hält nicht mehr so fest, seit Stalin fehlt.

Die Lehre von Berlin besteht darin, daß die Sowjetunion zur Zeit jede Lockerung innerhalb ihres europäischen Machtbereichs für ein Risiko hält. Sie will ihre Truppen in Österreich behalten und ihre SED in Deutschland. Der österreichische Staatsvertrag, freie Wahlen in der Sowjetzone wären der Sowjetunion gleichbedeutend mit einer Minderung der eigenen Macht. Sie ist heute nicht gewillt, an irgendeinem Punkte in Europa mit ihrem Druck nachzulassen. Das ist eine Unnachgiebigkeit, die aus der inneren Unsicherheit stammt.

Der ergebnislose Verlauf der Außenministerkonferenz in London im Jahre 1947, in Paris im Jahre 1949 und schließlich der Außenministerstellvertreter in Paris im Jahre 1951, wo man sich nicht einmal über die Tagesordnung einigen konnte, ist nichts anderes als der Ausdruck des fortwährenden, ja sich verstärkenden Konflikts der Großmächte gewesen. Nach dem Tode Stalins wurde von einem Teil der Weltöffentlichkeit angenommen, daß innerhalb der sowjetischen Führung eine neue, andere Konzeption Platz gegriffen habe. Die Bundesregierung fühlte sich verpflichtet — so nämlich war die Aussicht von vornherein beurteilt haben —, den Versuch zu machen, eine gegebenenfalls neue Entwicklung in der Sowjetunion für die Wiedervereinigung Deutschlands fruchtbar zu machen. Deshalb hat sich die Bundesregierung im Juli vergangenen Jahres anlaßlich der Konferenz der drei westlichen Außenminister in Washington für das Zustandekommen einer Viererkonferenz eingesetzt. In dem stich im Anstrich daran entwickelnden Notenwechsel wurde schließlich die Berliner Viererkonferenz vereinbart. Schon dieser Notenwechsel ließ jedoch erkennen, daß ein grundlegender Wandel in den Auffassungen nicht festzustellen war.

Für die drei Westmächte waren die deutsche Wiedervereinigung und der österreichische Staatsvertrag zwei konkrete, genau umrissene politische Probleme, deren Lösung als die erste Etappe einer allgemeinen Entspannung angesehen worden wäre. Die Westmächte gingen dabei von der Überzeugung aus — die sie mit der Bundesregierung teilen —, daß eine schrittweise Behandlung entscheidungsmittler begrenzter Probleme die meiste Aussicht hat, zu befriedigenden Ergebnissen zu kommen. Sie alle wissen, daß die Westmächte der Sowjetunion in der Frage des Verhandlungsortes, des Termins, der Tagesordnung, des Ablaufs jedes Entgegenkommens gezeigt haben.



Trotz aller Versuche der sowjetischen Delegation, die Deutschlandfrage hinter der Ostasienfrage und den anderen Weltproblemen zurücktreten zu lassen, gelang es der Beharrlichkeit und Schlagfertigkeit der drei westlichen Außenminister, die Konferenz schnell auf das zentrale, für uns so bedeutsame Problem der Wiedervereinigung zu konzentrieren. Der Plan für die deutsche Wiedervereinigung, den der britische Außenminister im Auftrag der drei Westmächte am 29. Januar dargelegt hat, entspricht im großen und ganzen den vom Bundestag in seinem Beschluß vom 10. Juni 1953 niedergelegten Forderungen. Er konzentriert sich auf

1. Freie Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung,
2. Bildung einer gesamtdeutschen Regierung,
3. Abschluß eines frei verhandelten Friedensvertrages mit dieser Regierung,
4. Uneingeschränkte innere und äußere Handlungsfreiheit für ein wiedervereinigtes Deutschland.

Herr Molotow ist auf diesen Plan der Westmächte nicht eingegangen. Er hat ihm einen Plan entgegengesetzt, der auf den alten Rezepten volksdemokratischer Ordnung beruht, wie sie in Rumänien, in Ungarn, in Polen, in der Tschechoslowakei und nicht zuletzt in der Sowjetzone bestehen.

Nach Molotows Plan kann Deutschland nur dann wieder vereinigt werden, wenn der sowjetische Einfluß auf ganz Deutschland ausgedehnt wird. Zu diesem Zweck schlägt Molotow gesamtdeutsche Beratungen vor, aus denen eine provisorische deutsche Regierung hervorgehen soll. Gesamtdeutsche Beratung heißt, den Machthabern von Pankow soll zu den gleichen Rechten verholffen werden wie den legitim gewählten Vertretern der Bundesrepublik. Mit anderen Worten: Pankow soll der Hebel werden für eine Bolschewisierung des ganzen Deutschlands.

Das Bild dieses von Molotow erträumten Deutschlands aber wird erst vollständig, wenn wir den sogenannten Sicherheitsvorschlag analysieren, den er auf der Konferenz vorgelegt hat:

1. Die Besatzungstruppen werden aus Deutschland zurückgezogen, d. h. die russischen Truppen gehen hinter die Oder-Neiße zurück, die englischen und amerikanischen Truppen verschwinden vom Kontinent.
2. Der Bundesrepublik und der Ostzone werden Polizeieinheiten gestattet, deren Stärke und Bewaffnung von den vier Mächten vereinbart werden müßten. Zur Ueberwachung dieser Kräfte wird eine ständige Viermächtekontrolle eingerichtet.
3. Dieses so neutralisierte und kontrollierte Deutschland wird in seinen beiden Teilen zu gleichen Rechten in ein größeres System eingeordnet, das Molotow in einem zweiten, allgemeineren Plan der Konferenz unterbreitet hat. Dieser Plan soll das Mittel sein, mit dessen Hilfe die Sowjetunion zur führenden Macht in Europa werden soll.

Es sollen die bestehenden Bündnisse der freien Nationen untereinander aufgelöst werden. Die Vereinigten Staaten und auch Großbritannien sollen vom Kontinent entfernt werden. Es soll das Bündnissystem des Ostblocks aufrechterhalten werden. Es soll damit das Uebergewicht der Sowjetunion vertraglich anerkannt und sanktioniert werden.

Die beiden von Molotow eingebrachten Pläne, sein Deutschlandplan und sein sogenannter Sicherheitsplan, haben uns Klarheit über die sowjetischen Absichten und Ziele verschafft. Auf die klare Frage: „Will die Sowjetunion jetzt und hier die Wiedervereinigung?“ hat Molotow mit einem unmißverständlichen Nein geantwortet. Er hat, entgegen vielen Voraussagen, nicht einmal einen Preis genannt, um den die deutsche Einheit zu haben wäre. Das gilt auch und insbesondere für die EVG. Bei aller Gegnerschaft dieser Gemeinschaft gegenüber, die Molotow ausgesprochen hat, hat er sich nie bereit gefunden, für die Aufgabe der EVG freie Wahlen zuzulassen. Offenbar will die Sowjetunion keinen freien Wahlen zustimmen, und zwar aus grundsätzlichen Erwägungen heraus. Mit freien Wahlen würde in der Tat innerhalb ihres Machtbereichs ein Prinzip eingeführt und angewandt, das an die Wurzeln der sowjetischen Herrschaft rührt. Was Molotow anbietet, ist: Gebt die EVG auf, zerstört die NATO, und dann dürft ihr nicht etwa euren Plan zur Wiedervereinigung, sondern meinen Plan zur Bolschewisierung durchführen.

Der gleiche Wille der Sowjets, sich zu behaupten und den status quo aufrechtzuerhalten, hat sich auch bei den Verhandlungen in Berlin über den österreichischen Staatsvertrag gezeigt. Obwohl die Westmächte und Oesterreich bereit waren, die bisher strittigen Artikel des Staatsvertrages in der sowjetischen Fassung anzunehmen, hat Molotow durch das Hinzufügen neuer Bedingungen, von denen er wußte, daß sie unannehmbar waren, den Abschluß des Vertrages verhindert. Das Ziel dieser Manöver war, die sowjetischen Truppen auch weiterhin in Oesterreich halten zu können und sich damit zu gegebener Zeit den Zugriff auf dieses Land zu sichern. Auch die Bereitschaft Oesterreichs, sich zu völliger Neutralität zu verpflichten, hat Molotow nicht von seiner Forderung abgebracht, weiterhin die Rote Armee in Oesterreich zu lassen, das heißt, ein neutralisiertes Oesterreich würde nicht etwa frei werden, sondern ein kontrolliertes Oesterreich bleiben. Dieser Zumutung hat sich die österreichische Regierung widersetzt.

Ich möchte feststellen, daß in Europa zur Zeit die sowjetische Politik ausschließlich von dem Gedanken beherrscht ist, den status quo hinsichtlich der Besatzung, hinsichtlich der politischen Stellung aller unter ihrer Kontrolle befindlichen Gebiete aufrechtzuerhalten. Ihr Plan, und hierüber dürfte auch bei den größten Illusionisten keine Unklarheit mehr bestehen, zielt aber darauf auch ab, den status quo zu gegebener Zeit zur Basis eines weiteren Uebergreifens auf Westeuropa zu machen. Das letzte Ziel der Sowjetunion — Herr Molotow hat uns das in Berlin mit dankenswerter Offenheit entwickelt — ist die sowjetische Vorherrschaft in Europa.

Man sollte sich endlich von allen Selbsttäuschungen befreien. Ein Tauschgeschäft „freie Wahlen gegen EVG“ oder irgend etwas dergleichen war in Berlin niemals am politischen Horizont. Wer sagt, man hätte den Sowjets mehr anbieten müssen, hat die Berliner Situation gründlich mißverstanden. Oesterreich ist da geradezu ein Schulbeispiel. Da wurde ein Zugeständnis nach dem anderen gemacht, im Staatsvertrag selbst, in der Frage der Neutralität. Sogar die sowjetischen Truppen sollten bis zum Sommer 1955 bleiben dürfen. Es hat alles nichts genützt. Molotow blieb bei seinem Nein. Molotows Nein in der

Deutschlandfrage war von der gleichen Art, von vornherein festgelegt und unabänderlich. Da war nichts einzuhandeln und nichts auszuhandeln. Molotow hat nicht gewollt, das ist die einfache Wahrheit.

Molotow hat in Berlin von den Westmächten das Unmögliche gefordert, um jedes positive Ergebnis zu verhindern. Das gilt für Deutschland und für Europa. Dieses Unmögliche ist aber zugleich das politische Fernziel der Sowjetunion. Ganz Europa unter sowjetischer Herrschaft, das war der Sinn dieses sogenannten Sicherheitsplans. Deutschland unter sowjetischer Herrschaft, das war der Sinn des Deutschlandplans. Denn Neutralisierung heißt Sowjetisierung. Man muß hier immer alles aus der Sprache der täuschenden Worte in die Sprache der wahren Absichten übersetzen. Molotow hatte die Kühnheit, Europa für die Sowjetunion zu fordern, mögen sich die Amerikaner mit Amerika begnügen. Das sind sehr aufschlußreiche Phantasien über eine Teilung der Welt. Sie lassen von dem Glauben an den berühmten Gesinnungswandel nicht das geringste übrig. Auf lange Sicht Herrschaft über Europa, auf kurze Sicht keine Aenderung in Europa, das ist durchaus kein Widerspruch in der sowjetrussischen Strategie.

Wenn die Berliner Konferenz nur dieses eine Ergebnis gehabt hätte, die Pläne und die Absichten Sowjetrußlands in brutaler Klarheit erkennen zu lassen, würde sie schon große politische Auswirkungen im Gefolge haben. Sie hat auch positive Ergebnisse gebracht, auf die ich im Verlaufe meiner Ausführungen noch eingehen werde. Ich möchte mich zunächst beschäftigen mit der Frage, worauf sich diese Politik der Sowjetunion gründet. Sie gründet sich auf den Imperialismus, der mit jedem diktatorischen Regime — wie die Geschichte zeigt — verbunden ist. Sie baut sich auf der festen Überzeugung auf, daß die freien Völker des Westens sich niemals einigen können, daß sie sich gegenseitig zerfleischen werden.

Die Berliner Konferenz hat noch etwas Weiteres klargestellt: Bei der sowjetischen Einstellung ist offenbar eine isolierte Lösung des Deutschlandproblems heute nicht möglich. Dann ist es aber falsch, anzunehmen, die ganze Konferenz sei für uns mit dem unmittelbaren Deutschlandproblem gleichzusetzen. Wenn Sie das gemeinsame Abschlußkommuniqué lesen, und die Gemeinsamkeit bedeutet hier nicht wenig, so finden Sie zu Beginn den Beschluß über eine Asien-Konferenz in Genf für Ende April und dann eine Erklärung über einen beabsichtigten Meinungsaustausch der vier Mächte zur Abrüstungsfrage. Nehmen Sie hinzu, daß schon vor Berlin Atomgespräche zwischen den beteiligten Staaten geplant waren, so haben Sie eine ganze Reihe weltpolitischer Probleme, über die in nächster Zeit verhandelt werden soll. Die Tatsache, daß diese Gespräche in Gang kommen, ist auch für Deutschland von großer Bedeutung. Die Probleme der Weltpolitik greifen heute alle ineinander. Das gilt auch für die Deutschlandfrage. Wenn der direkte Versuch zur Wiedervereinigung heute gescheitert ist, so heißt dies durchaus nicht, daß alles verloren ist. Eine Einigung über die asiatischen Probleme, ein erster Versuch zur Weltabrüstung, ein Atomabkommen, dies alles wären bedeutende Fortschritte zur Beendigung des Kalten Krieges. Ueberall, wo etwas zur Entspannung des Weltkonflikts geschieht, da geschieht auch etwas für Deutschland. Im Rahmen einer allgemeinen Weltregelung wäre das

Deutschlandproblem verhältnismäßig leicht zu lösen. Aber schon mit jeder Teilregelung wird es leichter lösbar. Deshalb sollten wir uns alle freuen, daß Versuche zur Entspannung jetzt nach Berlin in Gang kommen. Den Ungeduldigen in Deutschland mag dies als Umweg erscheinen. Aber es ist besser, auf Umwegen zum Ziel zu kommen, als es gar nicht zu erreichen. Eine erfolgreiche Politik zur Wiedervereinigung Deutschlands beruht nicht zuletzt auf der Einsicht in die Unvermeidlichkeit der Umwege, der mittelbaren Methoden.

Welche Folgerungen haben wir aus der Berliner Konferenz zu ziehen? Machen wir uns noch einmal klar, welches das Ziel der sowjetrussischen Politik ist und worauf ihr Glaube an die Verwirklichung des Zieles beruht. Das auf der Berliner Konferenz von Molotow ganz klar gekennzeichnete Ziel ist: Europa unter sowjetrussischer Vormacht. Zu dieser Phantasie kommt Sowjetrußland, weil seine Machthaber davon überzeugt sind, daß ihr kommunistisches diktatorisches System allen anderen Systemen des menschlichen Zusammenlebens vorzuziehen ist und daß die freien Staaten, die kapitalistischen Staaten, wie sie sie nennen, niemals zusammenfinden, sondern sich gegenseitig zerfleischen werden. Die Berliner Konferenz — und jetzt komme ich zu dem besonderen positiven Ergebnis dieser drei Wochen — hat gezeigt, daß die drei Westalliierten niemals zuvor so einig und geschlossen waren wie jetzt. Sie sind aus dieser Konferenz in ihren ganzen Ansichten und Überzeugungen einiger und geschlossener herausgegangen, als sie hineingegangen sind. Das war der sehr positive Erfolg dieser Verhandlungen. Ein Erfolg, von dem wohl am meisten Sowjetrußland überrascht worden ist. Denken wir noch einmal daran, wie Molotow versucht hat, Frankreich durch alle möglichen Ausführungen dazu zu bringen, aus der gemeinsamen Front der Drei herauszubrechen. Denken wir daran, wie Molotow versucht hat, das gleiche bezüglich Englands dadurch zu erreichen, daß Sowjetrußland mit Handelsverbindungen lockte. Ich bin überzeugt davon, daß die Machthaber des Kreml zutiefst enttäuscht sind, daß sie mit einer derartigen Einigkeit und Geschlossenheit nicht gerechnet haben.

Welche Folgerungen haben wir Deutsche zu ziehen? Wir müssen den Sowjets unmißverständlich klarmachen, daß überhaupt keine Aussicht dafür besteht, daß sie ihr Programm jemals in Deutschland und in Europa verwirklichen können. Je schneller und je gründlicher wir das tun, um so eher wird die Sowjetunion ihr „Nein“ überprüfen und aufgeben müssen. Unsere Aufgabe ist, alles, was in unserer Kraft steht, zu tun, damit die politische Linie der drei Westmächte dieselbe bleibt, d. h. alles zu tun, damit die Einheit Europas hergestellt wird und die Verbundenheit mit den Vereinigten Staaten gewahrt bleibt. Die Träume von einer sowjetischen Vorherrschaft in Europa können nur zerstört werden, wenn die Einheit des freien Europa gestärkt und gefestigt wird. Mit anderen Worten: wenn der Zusammenschluß verwirklicht wird. Durch die Berliner Konferenz bin ich in meiner Überzeugung, daß die europäischen Völker ihre Wohlfahrt, Freiheit und Sicherheit nur gemeinsam bewahren und behalten können, noch bestärkt worden. Ich freue mich, daß ich mit den alliierten Außenministern mich auch in diesem Punkte in völliger Übereinstimmung befinde. Nichts zwingt uns mehr, ein echtes Sicherheits-



system in Westeuropa aufzubauen, als die Konzeption des sowjetischen Außenministers selbst. Dieses Sicherheitssystem stellt sich in der EVG als ein rein defensives, der Erhaltung des Friedens und dem Ausschluß der Gewalt dienendes Vertragssystem dar. Es enthält nach meiner Auffassung, die ich schon wiederholt ausgesprochen habe, Elemente, aus denen wir ein ganz Europa umfassendes System kollektiver Sicherheit entwickeln können, ein System, das auch den Sowjets die Sicherheit garantieren könnte, die sie sich wünschen.

Eine Gemeinschaft, die die Vorherrschaft einer Macht ausschließt und auf voller Gleichberechtigung und Gleichverpflichtung aller Mitglieder beruht, ist ein Garant der Freiheit aller europäischen Völker. Auf der Basis eines freiheitlichen Systems kollektiver Sicherheit, wie es der französische Außenminister auf der Berliner Konferenz entworfen hat, ergibt sich die Möglichkeit neuer Verhandlungen mit der Sowjetunion. So bilden Sicherheitssystem und Wiedervereinigung die wesentlichen Bestandteile einer echten Friedenspolitik.

Wir müssen jeden Zweifel darüber beseitigen, daß Deutschland sich je an die Existenz zweier deutscher Staaten gewöhnen könnte, wie Molotow das offensichtlich für möglich gehalten hat. Wir müssen weiter vor allem der Sowjetunion klarmachen, daß das Regime Pieck-Grotewohl nicht die mindeste Aussicht hat, sich mit Hilfe derart abgenutzter Methoden, wie Bildung einer provisorischen Regierung oder gesamtdeutscher Ausschüsse irgendwelcher Art, in die gesamtdeutsche Zukunft hinüberzusetzen und Deutschland das Schicksal der Satellitenstaaten zu bereiten.

Wir müssen und werden aber auch beweisen, daß ein in Freiheit wieder vereinigtes Deutschland ein Element der Ordnung und des Friedens in Europa ist, das auch die Sicherheit und Wohlfahrt der Völker der Sowjetunion mit verbürgen könnte.

Am 26. April beginnt in Genf eine Konferenz über ostasiatische Fragen. Ich halte auch das für ein positives Ergebnis der Viermächtekonferenz, denn es gibt uns die Hoffnung, daß das Gespräch zwischen Ost und West fortgesetzt wird, der allgemeinen Entspannung dient und schließlich auch die Atmosphäre bereitet, in der wir erneute Verhandlungen über die Deutschlandfrage mit konkreteren Resultaten erwarten können als heute. Jedenfalls wird die Bundesregierung — und sie weiß sich darin mit allen westalliierten Regierungen einig — jede nur sich bietende Gelegenheit ergreifen, um die Wiedervereinigung, die für Deutschland und für den Weltfrieden von so außerordentlicher Bedeutung ist, erneut zu erörtern.

Wir sind uns bewußt, daß Sie, meine Freunde in der Ostzone, durch die Fortdauer der Trennung Deutschlands neue Entbehrungen auf sich nehmen und neue Opfer bringen müssen. Die schmerzliche Enttäuschung über den Ausgang der Berliner Konferenz soll und darf aber nicht zur Verzweiflung werden. Den Deutschen in der Zone sage ich: Seid wachsam und vorsichtig, seid zäh und geduldig. Wir in der Bundesrepublik fühlen mit Euch und werden Euch helfen, das Los zu ertragen. Wenn wir heute in der Bundesrepublik unsere wirtschaftlichen und politischen Kräfte entfalten, so soll das, was wir erreichen, einmal ganz Deutschland, und damit Euch, zugute kommen. Hier handelt es sich nicht allein um die Schaffung von Produktionsstätten, wirtschaftlicher Prosperität, hier

handelt es sich auch um geistige Kraft, die stark genug ist, die Zonengrenze zu durchdringen und die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes intakt zu halten.

Dabei hilft uns, daß wir die Verbindung offenhalten. Ich begrüße es deshalb, daß die alliierten Hohen Kommissare sich heute mit einer Reihe von Vorschlägen an den sowjetischen Hohen Kommissar gewandt haben. Die Hilfe der Alliierten, die sich auch bei der Behandlung dieser Frage ausdrückt, ist für das ganze deutsche Volk von unschätzbarem Wert. Wir alle sollten wissen, daß wir heute nicht so zuversichtlich sein könnten, daß wir nicht so sicher sein könnten, die Prüfungen, die uns auferlegt werden, zu bestehen, wenn wir nicht Deutschland in die Gemeinschaft der freien Welt zurückgeführt hätten. Wir stehen in dem Ringen um Freiheit und Einheit nicht allein. Wir sind der Hilfe der freien Welt gewiß.

Wenn es einen Ort auf der Welt gibt, um den Regierungen am Verhandlungstisch, aber auch der Weltöffentlichkeit das Schicksalhafte dieser Teilung Deutschlands klarzumachen, dann war es diese Stadt Berlin, die Brücke zwischen den Deutschen in Ost und West. Die Berliner Konferenz hat Zeugnis abgelegt vom Geist der Freiheit und des Friedens, der uns und unsere Freunde in der Welt bewegt. Er allein besitzt die Kraft, den Geist der Verneinung zu überwinden, der leider noch einen großen Teil unserer Welt in Fesseln hält. Seien Sie versichert, daß wir nicht müde werden, alle unsere Kräfte in den Dienst der Freiheit und des Friedens zu stellen.

Man hat uns von russischer Seite vorgeworfen, wenn ich für die EVG eintrete, ich wolle den Krieg. Ich kann mir keinen unbegründeteren, keinen unberechtigteren Vorwurf denken. Ebenso unbegründet ist der Vorwurf, der europäische Zusammenschluß, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft verhindere die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. Ich weise nochmals darauf hin, daß Molotow in allen seinen langen Reden niemals auch nur mit einem Wort hat erkennen lassen — und sei es auch nur andeutungsweise —, daß freie Wahlen, ein freies Gesamtdeutschland und Europäische Verteidigungsgemeinschaft für ihn als Austauschobjekt in Frage kämen.

Wir wollen den Frieden, wir wollen die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit. Wir werden immer bereit sein, echte Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen, dem Frieden näherzukommen. Aber diese Friedensbereitschaft darf nicht dazu führen, daß wir auf Handlungen verzichten, die in Wahrheit den Weltfrieden fördern und nur von der Sowjetunion fälschlich als Friedensgefahren bezeichnet werden. Der Zusammenschluß Europas liegt im Interesse nicht nur der europäischen Staaten, sondern der ganzen Welt, einschließlich der Sowjetunion. Wenn die Sowjetunion dies noch nicht wahrhaben will, so liegt das zum Teil an ihrem eigenen Machtstreben und zum Teil an ihrem falschen Weltbild. Dem Machtstreben kann man nur mit entschlossener Stärke begegnen, dem falschen Weltbild nur mit geduldiger Ueberzeugungskraft. Eine gute Politik des Westens muß jede Möglichkeit zur Entspannung benutzen und zugleich die Stärke beweisen, die Machtansprüche der Sowjetunion als aussichtslos erscheinen läßt. Sie muß aber außerdem der Sowjetunion unentwegt klarmachen, daß sie die Welt, daß sie vor allem den Westen gründlich mißversteht.

Deutschland hat allen Grund, den drei westlichen

Außenministern aufrichtig dankbar zu sein. Sie haben unsere Sache so klar, so folgerichtig, so freundschaftlich vertreten, daß man nur sagen kann, auch deutsche Unterhändler hätten es nicht besser machen können. Das gleiche gilt für die Sache Europas. Die drei Westmächte haben auf der ganzen Linie dem Frieden und der Freiheit gedient, mit der Bereitschaft, an jeder nur möglichen Entspannung mitzuwirken, mit der Entschlossenheit, festzubleiben gegen alle totalitären Ansprüche, mit der ruhigen und geduldigen Ueberzeugungskraft, die das richtige Weltbild an Stelle des falschen zu setzen sucht.

Die bisherige Außenpolitik der Bundesregierung und der hinter ihr stehenden Mehrheit in Bundestag und Bundesrat ist damit in Berlin überzeugend bestätigt worden. Das schreibt uns den weiteren Weg vor. Wir bleiben an der Seite des Westens. Wir bleiben bei der Politik des Zusammenschlusses Europas. Wir bleiben bei der Politik, die mit allen Mitteln, auf allen Wegen und auch den notwendigen Umwegen auf die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden gerichtet ist. Berlin hat Klarheit geschaffen über das heute Mögliche und das heute noch Unmögliche. Dies heute noch Unmögliche zuerst möglich und dann später wirklich werden zu lassen, das ist unsere Aufgabe. Vielleicht geht die Entwicklung viel schneller, als wir heute alle ahnen.

Meine Freunde in Berlin, meine Freunde in der Sowjetzone, ich habe zu Ihnen gesprochen in voller Klarheit, ohne jede Uebertreibung oder Entstellung, sei es zum Guten, sei es zum Schlechten. Die Bundesregierung ist Ihnen, ist der Welt Klarheit und Offenheit schuldig über ihr politisches Wollen. Wir sind nicht entmutigt, wir werden unser Ziel mit zäher Entschlossenheit weiterverfolgen, und wir werden unser Ziel erreichen. Ist es nicht ein großer, ein sehr großer Fortschritt gegenüber der letzten Viererkonferenz, wenn von den vier Mächten, in deren Hand infolge der nationalsozialistischen Katastrophe die Entscheidung über Deutschlands Zukunft liegt, heute drei Mächte mit uns zusammen gegen die vierte Macht für Deutschlands Einheit in Frieden und Freiheit eintreten? Ich glaube, daß die Periode der Spannungen, die nach 1945 begonnen hat, durch eine Periode der Entspannungen abgelöst wird und daß sich in dieser neuen Periode auch unsere heißen Wünsche erfüllen werden.

Ich bitte Sie, meine Freunde, halten Sie aus. Ich weiß, wir verlangen viel von Ihnen. Wir wollen Ihnen helfen nach besten Kräften. Darum ist eine so große Zahl von

Bundesministern mit mir nach Berlin gekommen, um zu überlegen, wie wir Berlin, dieser so hart getroffenen Stadt — das Herz krampft sich zusammen, wenn ich an unsere heutige Rundfahrt denke —, dieser vorgeschobenen Bastion der Freiheit, am besten helfen können. Wenn wir Berlin helfen, stärken wir damit auch die Widerstandskraft der Menschen in der Zone, denn die Zone schaut auf das Schicksal Berlins.

Und nun lassen Sie mich das Ergebnis der heutigen Beratungen vorlesen, die dem Bundeskabinett voraussichtlich schon morgen nachmittag vorgelegt werden. Es ist Einigkeit dabei erzielt worden, daß der notwendige Bedarf des Berliner Haushalts gesichert werden muß. Die Sachverständigen Berlins und des Bundes werden sofort zusammentreten, um die nötigen Feststellungen zu treffen. In noch höherem Maße als bisher soll Berlin an den öffentlichen Aufträgen der Bundesrepublik beteiligt werden. Die Wirtschaft der Bundesrepublik wird aufgerufen, noch mehr als bisher Aufträge nach Berlin zu geben. Das Berliner Notstandsprogramm muß weitergeführt werden. Der Bund wird dazu mithelfen. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die bisherigen Steuererleichterungen für die Berliner Bevölkerung und die Berliner Wirtschaft nicht nur beibehalten, sondern verstärkt werden müssen. Die Bundesregierung wird geeignete Mittel und Wege finden, um dies zu verwirklichen. Der Berliner Wirtschaft werden Mittel zur Verfügung gestellt, um sie in höherem Maße zu befähigen, langfristige Aufträge hereinzunehmen. Bei der Befolgung dieser Politik weiß sich die Bundesregierung mit dem ganzen deutschen Volke einig.

Und nun, meine Freunde, unseren Brüdern und Schwestern in der Ostzone können wir nicht in gleicher Weise helfen. Aber ich möchte ihnen doch folgendes zurufen: Wir werden sie niemals im Stiche lassen. Wir werden alles daransetzen, die Verbindungen persönlicher Natur leichter und besser zu gestalten; unser Kontakt kann nicht eng genug sein. Auch geistig wollen wir Euch helfen, Euch und Euren Kindern. In diesem Kampfe wird der Geist siegen, der Geist der Freiheit, der Geist der Liebe zum Volke.

Diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges soll dieser Geist wehen, ihn kann nichts aufhalten, er wird siegen und uns wieder zusammenfügen.

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Mitteilung an die Presse, Nr. 222/54 vom 23. Februar 1954.

## Stellungnahme der „Prawda“ zur Berliner Viermächtekonferenz

Die Berliner Konferenz der Außenminister der UdSSR, Frankreichs, Großbritanniens und der USA stand fast vier Wochen im Mittelpunkt des Weltinteresses. Breite Kreise der Öffentlichkeit maßen dieser Konferenz große Bedeutung bei und hofften, das Treffen der Außenminister der vier Mächte am Konferenzstisch werde zur Lösung der wichtigsten internationalen Probleme und somit zur Festigung des Friedens beitragen. Der in Berlin erfolgte Meinungsaustausch trug zu einem besseren Verstehen der Standpunkte der auf der Konferenz vertretenen Staaten bei. Bei diesem Meinungsaustausch traten die Gegensätze zwischen den Standpunkten der Regierungen deutlich zutage. Gleichzeitig wurden jedoch auch die Wege zur Verminderung dieser Gegensätze klarer, sofern die

interessierten Seiten tatsächlich eine solche anstreben. Zweifellos haben die auf der Konferenz erzielten konkreten Abkommen ihre Bedeutung. Erstens wurde beschlossen, daß die Regierungen der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion Maßnahmen zur erfolgreichen Lösung des Problems der Abrüstung oder wenigstens wesentlicher Einschränkungen der Rüstungen ergreifen. Zweitens wurde ein Uebereinkommen über die Einberufung einer Konferenz von Vertretern der USA, Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion, der Volksrepublik China sowie der an den entsprechenden Fragen unmittelbar interessierten Länder nach Genf erzielt. Diese Konferenz wird einberufen, um zu einer endgültigen Lösung der Koreafrage beizutragen und die Frage des



Friedens in Indochina zu behandeln. Schließlich fand zwischen den vier Ministern ein allseitiger Meinungsaustausch über die Deutschlandfrage, über Fragen der europäischen Sicherheit sowie über die Oesterreichfrage statt. Die Minister konnten in diesen Fragen keine Einigung erzielen, doch werden sie selbstverständlich nicht von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Ergebnisse der Berliner Konferenz hätten natürlich um vieles bedeutender sein können, wenn die Delegationen der Westmächte und in erster Linie die amerikanische Delegation ihr Streben nach Lösung der akuten internationalen Probleme auf der Grundlage eines Uebereinkommens, das für alle und nicht nur für eine der interessierten Seiten annehmbar ist, gezeigt hätten. Bekanntlich hat jedoch die Delegation der USA, als sie sich nach Berlin begab, Instruktionen erhalten, die genau in der entgegengesetzten Richtung liegen. Dieser Umstand mußte einen negativen Einfluß auf den Verlauf der Berliner Konferenz ausüben. Allen ist bekannt, daß die berüchtigte „Politik der Stärke“ keine Aussicht auf Erfolg hat, wenn man versucht, sie in den gegenseitigen Beziehungen zwischen gleichberechtigten, unabhängigen Staaten anzuwenden.

Die sowjetische Delegation ließ sich auf der Berliner Konferenz von dem Bestreben leiten, solche Abkommen zu erzielen, die — ohne die Interessen anderer zu schmälern — für alle Konferenzteilnehmer annehmbar sind, den Lebensinteressen aller — der großen und der kleinen — Nationen entsprechen und den Frieden und die Sicherheit der Völker garantieren.

Die sowjetische Delegation machte bei den Berliner Verhandlungen zahlreiche Vorschläge, die ein breites und konkretes Aktionsprogramm zur Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen und zur Regelung der ungelösten Probleme darstellen. Die Sowjetregierung hat vorgeschlagen, eine Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der USA, der Sowjetunion und der Volksrepublik China zur Behandlung der ungelösten Fragen in den internationalen Beziehungen einzuberufen. Die Einberufung einer solchen Konferenz würde zweifellos zur Minderung der internationalen Spannung und zur Beseitigung der Schwierigkeiten, die gegenwärtig sowohl bei der Lösung der Koreafrage als auch der anderen aktuellen internationalen Probleme bestehen, beitragen. Dieser Vorschlag war darauf gerichtet, jene anomale Lage zu beseitigen, daß einige Länder durch Ignorierung der grundlegenden Veränderungen in Asien — die ihren Ausdruck in der Bildung der Volksrepublik China gefunden haben — versuchen, sich in diesem Gebiet der Erde so aufzuführen, als lebten sie noch im 19. Jahrhundert.

Der sowjetische Vorschlag über die Einberufung einer Konferenz der fünf Mächte hat in der ganzen Welt ein so starkes Echo ausgelöst, daß es die Westmächte für unmöglich hielten, ihn völlig abzulehnen. Nach einer langen Diskussion wurde eine Einigung über die Einberufung einer Konferenz in Genf unter Teilnahme der Volksrepublik China erzielt.

Die Sowjetunion hat ferner vorgeschlagen, im Jahre 1954 eine Weltkonferenz zur allgemeinen Einschränkung der Rüstungen einzuberufen, um den Plan zur Einschränkung der Rüstungen mit der gleichzeitigen Lösung der Fragen der Atomwaffen zu verbinden.

Dieser sowjetische Vorschlag hatte das Ziel, in der Frage der Einschränkung der Rüstungen und des Verbots der Atomwaffen jene Sackgasse zu liquidieren, in der sich die Organisation der Vereinten Nationen durch die amerikanische Diplomatie befindet, die diese Fragen bereits seit mehreren Jahren verwickelt und kompliziert. Die erfolgreiche Durchführung einer solchen Konferenz würde zweifellos zur Minderung der internationalen Spannung beitragen und die Last der militärischen Ausgaben, die auf den Schultern der Werktätigen der kapitalistischen Länder lastet, erleichtern.

Dieser Vorschlag fand ebenfalls die breite Unterstützung der Völker aller Länder, und schließlich waren die Vertreter der Westmächte gezwungen, einzuwilligen, den Meinungsaustausch fortzusetzen, um eine erfolgreiche Lösung des Problems der Abrüstung oder wenigstens eine wesentliche Einschränkung der Rüstungen zu erzielen.

Der friedliebende Charakter der sowjetischen Außenpolitik hat sich erneut mit aller Deutlichkeit in den Vorschlägen der Sowjetregierung zur deutschen Frage gezeigt. Wie ein roter Faden zieht sich durch all diese Vorschläge der Gedanke, daß der Frieden und die Sicherheit in Europa nur gesichert werden können, wenn das Wiedererstehen des deutschen Militarismus, der im Laufe eines Vierteljahrhunderts Europa und danach die ganze Welt zweimal in den Krieg gestürzt hat, nicht zugelassen wird.

Die sowjetische Delegation hat betont, daß die Lösung der Deutschlandfrage vor allem Sache der Deutschen selbst ist, und hat vorgeschlagen, Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik auf der Konferenz anzuhören, um zu erfahren, was das deutsche Volk selbst über die unaufschiebbare Aufgabe der Vereinigung Deutschlands und über seine Beteiligung an der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa denkt. Die sowjetische Delegation unterbreitete ferner Vorschläge über die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland und über die Einberufung einer Konferenz über den deutschen Friedensvertrag. Hierzu wurde ein konkreter Vertragsentwurf zur Erörterung vorgelegt.

Die sowjetische Delegation schlug vor, eine Provisorische Gesamtdeutsche Regierung zu bilden und sie zu beauftragen, den Entwurf eines gesamtdeutschen Wahlgesetzes vorzubereiten, das den wirklich demokratischen Charakter gesamtdeutscher Wahlen gewährleistet, und diese Wahlen unter Bedingungen wahrer Freiheit durchzuführen, die einen Druck von seiten der Monopole sowie faschistischer, militaristischer und anderer Organisationen auf die Wähler ausschließt.

Zur Unterstützung der gesamtdeutschen Regierung bei der Lösung der ihr auferlegten Aufgaben und zur Beseitigung des Druckes ausländischer Mächte bei der Durchführung der Wahlen schlug die sowjetische Delegation vor, noch vor den Wahlen die ausländischen Truppen — mit Ausnahme beschränkter Kontingente — vom Territorium Ost- und Westdeutschlands abzuziehen.

Am Schluß der Konferenz, als klar ersichtlich war, daß die Minister der drei Westmächte keine Regelung der Deutschlandfrage wollen, schlug die sowjetische Delegation vor, ein gesamtdeutsches Komitee zur Koordinierung auf dem Gebiete des Handels, der Finanzberechnungen, des Verkehrs, der Grenzfragen und anderer Fragen wirt-

schaftlicher Natur sowie ein gesamtdeutsches Komitee zur Förderung kultureller, wissenschaftlicher und sportlicher Beziehungen zwischen West- und Ostdeutschland zu bilden. Es wurde ferner vorgeschlagen, den Beschluß zu fassen, daß es wünschenswert ist, ein Uebereinkommen der Seiten in bezug auf die deutsche Polizei sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland einschließlich der Fragen ihrer Stärke und Bewaffnung zu erreichen.

In dem Bestreben, die Lebensbedingungen des deutschen Volkes zu verbessern, warf die sowjetische Delegation die Frage der Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Lasten, die Deutschland im Zusammenhang mit den Folgen des Krieges trägt, auf. Sie schlug vor, die Maßnahmen zur Minderung dieser Lasten, die gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik bereits ergriffen wurden, auf Westdeutschland auszudehnen.

Bei der Behandlung der deutschen Frage wies die sowjetische Delegation auch auf die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Schaffung wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR hin.

Die Vertreter der Westmächte lehnten alle sowjetischen Vorschläge zur deutschen Frage ab und zeigten damit, daß sie nicht gewillt sind, zur friedlichen Lösung der deutschen Frage beizutragen, und nicht wollen, daß das deutsche Volk selbst die unaufschiebbaren Aufgaben der Vereinigung Deutschlands löst.

Große Aufmerksamkeit brachten die Völker der Welt, und in erster Linie die europäischen Völker, dem von der Sowjetunion vorgeschlagenen Plan zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa entgegen. Bei der Erörterung dieses Planes wurde mit aller Klarheit und Deutlichkeit der wahre Charakter des von den amerikanischen aggressiven Kreisen beabsichtigten Planes der Schaffung einer aus sechs westeuropäischen Staaten, mit Westdeutschland an der Spitze, bestehenden militärischen Gruppierung entlarvt, die sich hinter der falschen Bezeichnung „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ verbirgt und eine besondere Gefahr für den Frieden darstellt.

Die Sowjetunion stellte diesem Plan ihre Vorschläge zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa, die die Neutralisierung Deutschlands vorsehen, sowie den Entwurf eines Gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit in Europa gegenüber. An diesem Vertrag könnte auch Deutschland — jetzt Ost- und Westdeutschland und nach der Herstellung der Einheit das vereinigte Deutschland — gleichberechtigt teilnehmen. Zur Verwirklichung des Systems der kollektiven Sicherheit in Europa könnten auch nichteuropäische Staaten beitragen. Im Kampf um den Frieden muß ein einheitliches Lager aller Länder geschaffen werden, unabhängig von der Verschiedenheit ihrer gesellschaftlichen Ordnung.

Der sowjetische Plan zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit fand in Europa, und besonders in Deutschland, Verständnis und Unterstützung. Die Vertreter der Westmächte haben jedoch den sowjetischen Plan zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit abgelehnt.

Die Frage des Staatsvertrages mit Oesterreich hätte buchstäblich in wenigen Tagen gelöst werden können, wenn die Vertreter der Westmächte mit der Oesterreichfrage nicht bestimmte Absichten verbinden würden, die

mit den Interessen des Friedens und der Sicherheit sowie mit dem nationalen Interesse des österreichischen Volkes unvereinbar sind. Die Lösung der Oesterreichfrage wurde durch die Pläne der Westmächte in bezug auf Deutschland, die die Gefahr des Wiederaufstehens des deutschen Militarismus verstärken, verhindert. Trotzdem bestätigte die Sowjetregierung durch ihren Außenminister ihre Ueberzeugung, daß die Möglichkeit der Lösung der Frage in nächster Zeit bestehen bleibt. Es ist notwendig, daß die Regierung Oesterreichs dies in Betracht zieht und das österreichische Volk dies richtig versteht.

Dem klaren und konkreten Programm zur Regelung der ungelösten internationalen Probleme konnten die Minister der drei Westmächte nichts weiter entgegenstellen als den berüchtigten „Eden-Plan“, der im Grunde genommen ein kaum getarnter Plan zur Ausdehnung des gegenwärtigen Bonner Regimes auf ganz Deutschland und zur Einbeziehung eines vereinten Deutschlands in eine geschlossene militärische Gruppierung der sechs westeuropäischen Staaten ist.

Die Außenminister der USA, Frankreichs und Großbritanniens, die selbst kein eigenes Programm zur Lösung der strittigen internationalen Fragen aufgestellt hatten, nahmen auf der Konferenz eine völlig negative Haltung ein und beschränkten sich auf die Ablehnung jedes sowjetischen Vorschlages. Natürlich wurde dieses Verhalten der Delegationen der Westmächte von breiten Teilen der Bevölkerung der europäischen Länder verurteilt, was auch in der Presse zum Ausdruck kam.

Die Berliner Konferenz hätte unbedingt bei der Minderung der internationalen Spannung und bei der Regelung der ungelösten Probleme im Vergleich zu den Ergebnissen, die erreicht wurden, eine große Rolle spielen können. Der Einfluß der aggressiven amerikanischen Kreise, die daran interessiert sind, die internationale Spannung aufrechtzuerhalten und zu verschärfen, verhinderte die Annahme eines Beschlusses, der zur schnellsten Lösung der betreffenden Probleme und in erster Linie der deutschen Frage führen könnte.

Nichtsdestoweniger hat schon die Einberufung dieser Konferenz und die Wiederaufnahme eines unmittelbaren Kontaktes zwischen den Außenministern Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der UdSSR, wie W. M. Molotow in seiner Erklärung vom 18. Februar betonte, „unter den gegenwärtigen Bedingungen eine bestimmte Bedeutung“. Es ermöglichte die Behandlung einiger internationaler Probleme, deren Lösung für die weitere Minderung der Spannung in den internationalen Beziehungen notwendig ist. „Die Aufgaben“, sagte W. M. Molotow, „die auf dieser Konferenz ungelöst geblieben sind, werden nicht von der Tagesordnung abgesetzt. Wir müssen unsere Bemühungen fortführen und uns noch intensiver für ihre Lösung einsetzen.“

Das Sowjetvolk billigt einmütig die Haltung der sowjetischen Delegation auf der Berliner Konferenz und wird auch in Zukunft den Kampf der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Sowjetregierung für die weitere Minderung der internationalen Spannung und für die Lösung der akuten internationalen Probleme entschieden und energisch unterstützen.

Quelle: *Prawda* vom 20. Februar 1954. Deutscher Text: *Neues Deutschland* vom 21. Februar 1954.



## Informationen und Berichte

### Stellungnahmen der europäischen Sozialisten zur Berliner Konferenz und zur europäischen Integration

Am 27. und 28. Februar 1954 hielten die Vertreter der europäischen Mitgliedorganisationen der Sozialistischen Internationale in Brüssel eine Konferenz über die allgemeine politische Lage ab. Diese Konferenz war ursprünglich für Ende Januar vorgesehen, dann aber bis nach dem Ende der Berliner Viermächtekonferenz verschoben worden. In einleitenden Referaten gab Victor Larock (Belgien) einen Ueberblick über die internationale Situation nach der Berliner Konferenz, und Guy Mollet (Frankreich) berichtete über die Problematik der europäischen Integration.

Während in der Diskussion Einmütigkeit darüber bestand, daß die sowjetischen Ansichten über die Wiedervereinigung Deutschlands und über die europäische Sicherheit unannehmbar seien, daß aber trotzdem die Verhandlungen mit der Sowjetunion fortgesetzt werden sollten, konnte in den Fragen der europäischen Integration nur teilweise Einigkeit erzielt werden. Ueber die grundlegende Notwendigkeit der Verteidigung Europas, über die Forderung nach demokratischer Kontrolle aller europäischen Gemeinschaften und über die Zweckmäßigkeit einer engen Assoziation der übrigen europäischen Staaten mit diesen Gemeinschaften bestanden keine Meinungsverschiedenheiten, aber in der konkreten Frage der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sah sich die deutsche Delegation nicht instande, einer die EVG im Prinzip behandelnden Resolution zuzustimmen. Erich Ollenhauer vertrat die Auffassung, daß erst ein wiedervereinigtes Deutschland sich in freier Entscheidung für eine militärische Integration mit Westeuropa aussprechen könne, er betonte aber, daß auch die SPD eine Neutralisierung Deutschlands ablehne. Nachdem ein Vorschlag der deutschen Delegation, den Absatz über die EVG aus der allgemeinen Resolution herauszunehmen und gesondert zur Abstimmung zu stellen, abgelehnt worden war, stimmte die SPD-Delegation als einzige gegen die Resolution. Die Delegationen Schwedens und der Schweiz nahmen mit Rücksicht auf die Neutralität ihrer Länder nicht an der Abstimmung teil, die finnische Delegation enthielt sich der Stimme.

In der Resolution wurde zunächst festgestellt, daß auf der Berliner Konferenz fundamentale Fragen ungelöst geblieben seien, weil die Sowjetunion der Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen und der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Oesterreichs nicht zustimmen und außerdem durch ihre Sicherheitsvorschläge die Verteidigungsbemühungen des Westens stören wollte. Trotzdem wurden weitere Anstrengungen für Verhandlungen für notwendig gehalten. Die Konferenzteilnehmer begrüßten insbesondere die Einberufung der Genfer Ostasienkonferenz; sie gaben ihrer Ansicht Ausdruck, daß eine allgemeine Regelung der Probleme des Fernen Ostens die Zulassung der Chinesischen Volksrepublik zu den Vereinten Nationen einschließen müsse. Weitere Ziele von

Verhandlungen müßten nach Ansicht der Konferenzteilnehmer die schrittweise Abrüstung unter internationaler Kontrolle und die Errichtung einer internationalen Kontrolle der Atomenergie sein.

Ueber europäische Fragen wurde in der Resolution folgendes ausgeführt:

- „Die sozialistischen Parteien Europas halten es für notwendig, die Bemühungen fortzusetzen um
1. die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen, so daß ein Friedensvertrag geschlossen werden kann, der dem deutschen Volke die Gleichheit in der Gemeinschaft der Nationen sichert,
  2. die volle Unabhängigkeit Oesterreichs,
  3. die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems, das allen Völkern Europas, auch denen hinter dem Eisernen Vorhang, ihre Unabhängigkeit garantiert.“

Der Absatz über die EVG, dem die Delegation der SPD ihre Zustimmung versagte, hat folgenden Wortlaut:

„Die Konferenz ist der Auffassung, daß alle europäischen sozialistischen Parteien sehr sorgfältig die Bedingungen für eine Teilnahme oder Mitarbeit ihrer Länder an der EVG prüfen sollten, als eines Mittels, die europäische Sicherheit zu garantieren.“

Wie der Vorstand der SPD am 4. März bekanntgab, wird am 22. März in Brüssel eine weitere Konferenz der europäischen sozialistischen Parteien stattfinden, auf der die Möglichkeiten engerer Zusammenarbeit in den europäischen Organisationen untersucht werden sollen.

Daß auch innerhalb der SPD Meinungsverschiedenheiten über das Ausmaß der Teilnahme an der europäischen Integration bestehen, zeigten die „Arbeitsthesen zur Europäischen Integration“, die der Rat der Deutschen Sektion der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa (MSEUE) am 14. Februar in Bremen unter Vorsitz des Bremer Senatspräsidenten, Wilhelm Kaisen, aufstellte und am 19. Februar in Berlin veröffentlichte. Darin wurde festgestellt, daß die Sowjetunion ihre Bedingungen für die Wiedervereinigung Deutschlands so verschärft habe, daß nicht einmal der Verzicht auf die EVG zu freien Wahlen führen würde. Angesichts dieser Haltung der Sowjetunion erscheine eine Aktivierung der europäischen Integration im Interesse Gesamtdeutschlands und der Hebung des sozialen Standards der arbeitenden Bevölkerung dringlicher denn je. Die Deutsche Sektion erklärte, daß sie folgende Maßnahmen für notwendig halte:

- „1. Verwirklichung der Europäischen Politischen Gemeinschaft unter besonderer Betonung des Rechtes auf direkte Wahlen, des supranationalen Charakters der Exekutive und möglichst enger Assoziation mit allen Staaten des freien Europa und mit den ihnen verbundenen überseeischen Gebieten.
2. Einnahme der freien Sitze in der ad hoc-Versammlung durch die Sozialdemokratische Partei und Aktivierung der Mitarbeit im Arbeitsausschuß der Versammlung.
3. Anpassung des Deutschlandvertrages an die durch den Zeitablauf veränderten Verhältnisse zur Beseitigung jeder Diskriminierung Deutschlands gegenüber seinen Partnern.“

4. Aenderung der Verfassung zur Sicherung des Grundrechts der Demokratie auf Verteidigung, und zwar nicht im Rahmen einer Nationalarmee, sondern auf der Grundlage der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die trotz aller Mängel gegenwärtig den allein praktischen Ausgangspunkt einer übernationalen europäischen Verteidigung darstellt.“

In zwei weiteren Punkten wurden die Ergebnisse der Westminster-Konferenz der Europäischen Bewegung begrüßt und die Ratifizierung und Weiterentwicklung der sozialpolitischen Konventionen des Europarats gefordert. Der Vorstand der SPD erklärte am 20. Februar in dem nach seiner Bonner Sitzung herausgegebenen Communiqué, es handle sich bei diesen Arbeitsthesen um private Erklärungen von Sozialdemokraten, die nicht beauftragt seien, im Namen der Partei zu sprechen.

Die Diskussion innerhalb der SPD über die europäische Integration ist jetzt auch durch die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft für europäische Zusammenarbeit“ wieder lebhafter geworden. Wie Prof. Hermann Brill in den *Informationen der Deutschen Sektion der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa*, Nr. 1, März 1954, berichtet, wurde auf der ersten Sitzung dieser Arbeitsgemeinschaft, die am 18. Januar in Bonn unter Vorsitz von Erich Ollenhauer stattfand, beschlossen, den Bestrebungen der Organe der Montanunion stärkere Aufmerksamkeit zu widmen. So sollen vor allem die Investitions- und Sozialprogramme der Hohen Behörde unter allgemeinerwirtschaftlichen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Arbeiterschaft geprüft werden. Innerhalb der Parteiorganisationen sollen örtliche Arbeitskreise für europäische Fragen gebildet werden, wobei auf die bestehenden Ortsvereinigungen der Deutschen Sektion der MSEUE, soweit sie zufriedenstellend funktionieren, zurückgegriffen werden soll.

#### Die Arbeiten des Interimsausschusses der Konferenz der europäischen Landwirtschaftsminister

Der von der Konferenz der europäischen Landwirtschaftsminister am 20. März 1953 einberufene Interimsausschuß (vgl. den Kurzbericht in EA 10—11/1953, S. 5746) hat Ende Februar 1954 in Paris seine Arbeiten abgeschlossen. Dieser Ausschuß, dem Delegierte von 16 europäischen Ländern angehörten (Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien und Türkei), war von den Ministern beauftragt worden, die Methoden und Stadien der Verwirklichung eines gemeinsamen Agrar-Marktes zu studieren und Vorschläge für die zu diesem Zwecke erforderlichen Institutionen auszuarbeiten.

Im Verlaufe der zehn Monate dauernden Arbeiten des Interimsausschusses standen hauptsächlich zwei Auffassungen über die organisatorischen Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit der Landwirtschaft in Europa einander gegenüber: Großbritannien, die drei skandinavischen Staaten und die Schweiz traten dafür ein,

diese Zusammenarbeit im Rahmen der OEEC zu verwirklichen und auf die Errichtung einer besonderen Organisation zu verzichten. Ihnen schloß sich im Laufe der Verhandlungen auch Italien an, das von der Konzentration dieser Arbeiten bei der OEEC eine bessere Lösung des Problems der Verteilung überzähliger landwirtschaftlicher Arbeitskräfte erhofft. Dieser Gruppe von Ländern stand eine andere gegenüber, die bereit ist, in der Koordinierung ihrer Landwirtschaftspolitik einen Schritt weiter zu gehen. Diese Länder — in erster Linie Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Luxemburg und die Türkei — befürworten die Schaffung einer ständigen europäischen Konferenz der Landwirtschaftsminister mit einem eigenen organisatorischen Apparat. Für die volle Integration der Landwirtschaft in einer Europäischen Agrarunion traten die Vertreter der Niederlande ein, doch standen sie mit ihrer Auffassung allein, da angesichts der erheblichen strukturellen Schwierigkeiten im gegenwärtigen Stadium kein weiteres europäisches Land bereit ist, einem solchen Plan zuzustimmen.

Der Interimsausschuß hat die Ergebnisse seiner Beratungen in einem Bericht an die nächste Konferenz der Landwirtschaftsminister, die im Laufe dieses Jahres in Paris zusammentreten soll, niedergelegt. In diesem, bisher noch nicht veröffentlichten Bericht ist die Frage der organisatorischen Form der landwirtschaftlichen Zusammenarbeit offengeblieben.

#### Der 5. Jahresbericht der OEEC\*

Der Europäische Wirtschaftsrat in Paris (OEEC) hat am 12. Februar unter dem Titel „Fortschritte und Probleme der europäischen Wirtschaft“ seinen 5. Jahresbericht veröffentlicht. Dieser Bericht enthält eine Analyse der Wirtschaftslage in jedem einzelnen Mitgliedsland\*\* sowie eine kurze allgemeine Studie über die Aussichten einer Produktionsausweitung in Westeuropa und die mit ihr verbundenen Probleme. Es wird festgestellt, daß zwischen Sommer 1952 und Herbst 1953 die Ausweitung der Produktion in den meisten europäischen Ländern nicht rasch genug fortgeschritten ist. Es bedarf einer neuen Anstrengung, damit die europäischen Länder den Lebensstandard ihrer Bevölkerungen heben können und gleichzeitig ihre Außenhandelsituation verbessern, ihre Dollarbedürfnisse befriedigen und die Grundlage für eine allgemeine Konvertibilität schaffen.

Der Bericht stellt weiterhin fest, wie die Entwicklung sich seit dem Vorbericht bewegt hat und welche Mittel seitens der Organisation und der Mitgliedsländer für die Zukunft anzuwenden sein werden. Dies kann jedoch nur nach Besprechungen der Länder untereinander festgelegt werden; durch eine Entschließung des Rates der OEEC vom 30. Oktober 1953 sind derartige Besprechungen über die Produktionsausweitung ausdrücklich vorgesehen.

\*) Aus: *Mitteilungen des Europarats* (vgl. S. 6450 dieser Folge).

\*\*) Ueber die einzelnen „Länderberichte“ hat das Europa-Archiv in Folge 4/1954, S. 6373 f., ausführlicher berichtet.



## Zeittafel vom 16. bis 28. Februar 1954

### Die Ereignisse in Europa

#### Europäische Integration

17. Die Hohe Behörde der Montanunion lädt die Regierungen der Mitgliedstaaten ein, regelmäßig gemeinsam mit der Hohen Behörde die Beschäftigungslage in den Montanindustrien zu besprechen. Durch solche Besprechungen soll Rückschlagen auf dem Gebiet der Beschäftigung, die in Auswirkung des Gemeinsamen Marktes auftreten könnten, vorgebeugt werden.
- 20.—22. Tagung der von der Außenministerkonferenz in Den Haag am 28. November 1953 eingesetzten Kommission für die Europäische Politische Gemeinschaft in Paris. In einer gemeinsamen Sitzung mit der Arbeitsgruppe des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung übergibt der Präsident des Verfassungsausschusses, Heinrich von Brentano, der Kommission ein Memorandum, in dem die Arbeitsgruppe sich gegen eine Staatenkammer mit an die Weisungen ihrer Regierungen gebundenen Delegierten und gegen eine Erweiterung der Kompetenzen des Rates der nationalen Minister ausspricht. Die Arbeitsgruppe wendet sich auch gegen die Absicht, die Kompetenz der Gemeinschaft in Wirtschaftsfragen auf ein einfaches Vorschlagsrecht zu begrenzen. Zur Begründung heißt es in dem Memorandum, derartige Vorschläge widersprächen dem Auftrag, den die Außenminister der Gemeinschaft am 10. September 1952 der ad hoc-Versammlung erteilt haben.
21. Das Aktionskomitee der Europäischen Bewegung für die Uebernationalen Europäische Gemeinschaft erklärt in einem Communiqué nach einer Sitzung in Paris sein Bedauern über das Scheitern der Berliner Viermächtekonferenz; es bekräftigt seine Ueberzeugung, daß Verhandlungen mit der Sowjetunion erst dann erfolgreich sein werden, wenn Europa geeint ist. Das Komitee tritt für die Ratifizierung des EVG-Vertrags in unveränderter Form ein und lehnt kürzlich in französischen Kreisen erwogene Alternativlösungen als „unwirksam und gefährlich“ ab.
22. Der Interimsausschuß für die Koordinierung der europäischen Landwirtschaft beendet in Paris seine Arbeiten. (Vgl. Kurzbericht auf S. 6443.)
- 27.—28. Konferenz der europäischen sozialistischen Parteien in Brüssel (vgl. Kurzbericht auf S. 6442).

#### Nordatlantikpakt-Organisation

17. Der bisherige Oberbefehlshaber der amerikanischen Seestreitkräfte im Ostatlantik und Mittelmeer, Admiral Jerauld Wright, wird als Nachfolger von Admiral Lynde D. McCormick zum Obersten Alliierten Befehlshaber im Atlantik ernannt. Der Kommandowechsel wird am 12. April in Kraft treten.

#### Deutschland

17. Der 1. Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, nimmt in Berlin Stellung zu einer Einladung des Zentral-

komitees der SED zu gemeinsamem Handeln beider Parteien gegen die EVG. Ollenhauer erklärt, die SPD lehne jedes Zusammengehen mit der SED ab. Er weist darauf hin, daß das Regime der Sowjetzone bisher jede ernste Maßnahme zur Entspannung der Lage in der Zone habe vermissen lassen; darum wisse sich die SPD mit der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung der Zone einig, wenn sie ihren politischen Kampf gegen die SED fortsetze. Das Zentralkomitee der SED hatte in einem Schreiben vom 15. Februar der SPD gemeinsame Maßnahmen der SED, SPD, KPD und der Gewerkschaften gegen die EVG und für die Verwirklichung der Deutschland-Vorschläge des sowjetischen Außenministers Molotow vorgeschlagen.

18. Der amerikanische Außenminister, Dulles, unterrichtet auf dem Rückflug von der Berliner Viermächtekonferenz Bundeskanzler Adenauer auf dem Flugplatz Köln-Wahn über den Verlauf der Konferenz.

- 18.—20. Tagung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses der SPD in Bonn. In einer Stellungnahme zu den Ergebnissen der Berliner Konferenz fordert der Parteivorstand eine Fortsetzung der Bemühungen um die Lösung der deutschen Frage. Die Besatzungsmächte müßten Deutschland die Möglichkeit geben, sein staatliches Leben durch freie Wahlen so zu ordnen, daß es an einem wirksamen System kollektiver Sicherheit teilnehmen kann, das im Einklang mit den Satzungen der Vereinten Nationen steht. In der Erklärung wird davor gewarnt, in einem Teile Deutschlands an die Stelle der Politik der Wiedervereinigung eine Politik der einseitigen militärischen und staatlichen Bindung an Paktsysteme einer oder mehrerer Siegermächte treten zu lassen.
19. Erklärung der Bundesregierung zu den Ergebnissen der Berliner Konferenz (vgl. den Wortlaut in EA 5/1954, S. 6398).

Bundeskanzler Adenauer schlägt dem SPD-Vorsitzenden Ollenhauer in einem Schreiben vor, angesichts der Ergebnisse der Berliner Konferenz die Stellung der SPD zu außenpolitischen Fragen zu überprüfen. Am 24. Februar findet eine Unterredung zwischen Adenauer und Ollenhauer statt, nach der von der SPD mitgeteilt wird, daß eine Annäherung der beiderseitigen Standpunkte nicht erzielt werden konnte.

Die Deutsche Sektion der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa veröffentlicht Arbeitsthesen zur europäischen Integration, die auf einer Tagung in Bremen am 14. Februar beschlossen wurden. (Vgl. Kurzbericht auf S. 6442.)

20. Die Außenminister Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, Dulles und Eden, teilen dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Schreiber, in Verantwortung seines Schreibens vom 12. Februar (vgl. Zeittafel in EA 5/1954) mit, daß die Alliierte Hohe Kommission in Deutschland sich schon seit einiger

Zeit mit dem Problem der politischen Gefangenen in der sowjetischen Besatzungszone beschäftigte; die Angelegenheit erfordere jedoch noch weiteres Studium.

Das Bundesfinanzministerium gibt bekannt, daß durch eine Vereinbarung mit der Alliierten Hohen Kommission die Höhe der Besatzungskosten bis zum Inkrafttreten des EVG-Vertrags, längstens aber bis zum 30. Juni 1954 wiederum auf 600 Millionen DM monatlich festgesetzt wurde.

Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, *Kaiser*, gibt in einer Rundfunkansprache eine Wertung der Ergebnisse der Berliner Konferenz. Er sagt, die Konferenz habe gezeigt, daß die Gegensätze in den Auffassungen der vier Mächte noch zu groß seien, um eine sofortige Lösung in Europa zu ermöglichen; doch werde auf allen Seiten die Notwendigkeit zur Milderung dieser Gegensätze empfunden. Darum sei die Fortsetzung des Gesprächs zwischen den vier Mächten zu begrüßen. Positiv sei die Tatsache zu werten, daß alle vier Mächte die Entscheidungsfreiheit einer zukünftigen gesamtdeutschen Regierung anerkannt hätten.

Der stellvertretende Ministerpräsident der DDR *Walter Ulbricht* nimmt in einer Rede auf dem Kongreß der Arbeiterjugend in Leipzig zum Ergebnis der Berliner Konferenz Stellung. Er sagt, die Konferenz habe Klarheit darüber gebracht, daß das Haupthindernis der Wiedervereinigung Deutschlands der EVG-Vertrag sei. Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage liege jetzt in den Händen des deutschen Volkes selbst, sie sei entscheidend von der Stärkung der DDR und von dem Kampf gegen den Militarismus abhängig. *Ulbricht* ruft zu aktivem Kampf gegen die Durchführung der Verträge von Bonn und Paris und gegen militaristische Propaganda auf.

21. Der Nationalrat der Nationalen Front der DDR erklärt in einem Aufruf, die Bildung einer gesamtdeutschen provisorischen Regierung sei nun zu einem nationalen Gebot geworden. Der Nationalrat befürwortet die von dem sowjetischen Außenminister *Molotow* vorgeschlagene Volksabstimmung über EVG-Vertrag oder Friedensvertrag.

22. Die Hohen Kommissare der drei Westmächte ersuchen in gleichlautenden Schreiben den sowjetischen Hohen Kommissar um die Aufnahme von Verhandlungen über Erleichterungen im Interzonenverkehr. Im einzelnen werden vorgeschlagen: Abschaffung der Aufenthaltsgenehmigungen in der DDR, Öffnung der gesperrten Zonengrenzübergänge, Verbesserung der Interzonen-Verkehrsverbindungen, Beseitigung der Sperrzonen und Stacheldrahtverhaue an der Zonengrenze, freie Verbreitung von Drucksachen, Aufhebung aller Beschränkungen und Kontrollen im Verkehr Berlins mit der Bundesrepublik und der DDR. Am gleichen Tage ersuchen die drei westlichen Stadtkommandanten in Berlin den sowjetischen Hochkommissar für Berlin um Aufhebung der Polizeikontrollen an den Sektorengrenzen, Beseitigung aller Straßensperren und Wiederaufnahme des Straßen-

bahn-, Telefon- und Postdienstes zwischen allen vier Sektoren der Stadt.

Die Außenminister Frankreichs und Großbritanniens, *Bidault* und *Eden*, unterrichteten Bundeskanzler Dr. *Adenauer* brieflich über den Verlauf der Berliner Konferenz. *Bidault* macht in seinem Schreiben den Vorschlag, den Meinungsaustausch über alle deutsch-französischen Probleme, einschließlich der Saarfrage, wiederaufzunehmen.

Bundeskanzler *Adenauer* erklärt in einem Rundfunkinterview mit dem Publizisten *Ernst Friedländer*, seiner Ueberzeugung nach hätten die Westmächte auf der Berliner Konferenz alle Möglichkeiten in der Deutschlandfrage voll ausgeschöpft. Ein Tauschgeschäft EVG gegen freie Wahlen sei in Berlin niemals am politischen Horizont gewesen, vielmehr habe die Sowjetunion das Unmögliche gefordert, um jedes positive Ergebnis zu verhindern. Hierfür sei ihre Haltung in der österreichischen Frage ein Schulbeispiel.

23. Rede Bundeskanzler *Adenauers* zur Berliner Konferenz in Berlin (vgl. den Wortlaut auf S. 6435 ff. dieser Folge).

In Berlin finden unter Vorsitz von Vizekanzler *Blücher* Verhandlungen über die Fortführung und Erweiterung der wirtschaftlichen Hilfe der Bundesrepublik für Berlin statt. (Ueber das Ergebnis der Verhandlungen vgl. drittletzten Absatz der Rede Bundeskanzler *Adenauers* auf S. 6439).

24. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR, *Otto Grotewohl*, vor der Volkskammer. *Grotewohl* sagt, die Berliner Konferenz habe insofern eine positive Bedeutung, als sie in einer Reihe bedeutender internationaler Fragen wichtige Vereinbarungen gebracht habe. Für das deutsche Volk habe die Konferenz dreierlei offenbart: daß Verhandlungen zwischen den Vertretern beider Teile Deutschlands möglich sind, daß die Vereinigten Staaten eines Tages auch die DDR anerkennen müßten und daß an den Verhandlungen über Deutschland eines Tages auch deutsche Vertreter teilnehmen würden. Nach einer Erläuterung der auf der Berliner Konferenz von der Sowjetunion gemachten Vorschläge erklärt sich *Grotewohl* namens der Regierung der DDR mit diesen Vorschlägen solidarisch und fordert die Durchführung der von Außenminister *Molotow* vorgeschlagenen Volksabstimmung über EVG-Vertrag oder Friedensvertrag. *Grotewohl* schließt mit der Feststellung, daß die DDR fester und unerschütterlicher denn je an der Seite der Sowjetunion stehe.

Der 1. Vorsitzende der SPD, *Ollenhauer*, erklärt in einer Rundfunkansprache zu den Ergebnissen der Berliner Konferenz, es dürfe keinesfalls der Schluß gezogen werden, daß die Teilung Deutschlands für lange Zeit als unabänderlich hingenommen werden müsse und darum die volle Integration der Bundesrepublik in die westeuropäische Gemeinschaft vollzogen werden könne. Durch eine solche Politik würde die deutsche Position bei der künftigen Diskussion über die europäische Sicherheit in Gefahr gebracht werden. Den sowjetischen Sicherheitsvorschlag lehnt *Ollenhauer* ab, weil er Europa unter sowjeti-



sche Vorherrschaft bringen und die Gefahr der Blockbildung erhöhen würde.

25. Regierungserklärung Bundeskanzler *Adenauers* vor dem Bundestag. Nach einer Analyse der sowjetischen Vorschläge auf der Berliner Konferenz kommt *Adenauer* zu dem Schluß, daß das Ziel der sowjetischen Politik die Aufrechterhaltung des status quo hinsichtlich der unter ihrer Kontrolle stehenden Gebiete sei, der zu gegebener Zeit als Basis eines weiteren Vordringens bis zur sowjetischen Vorherrschaft in ganz Europa benutzt werden solle. Die Bundesregierung ziehe aus dem Ergebnis der Konferenz folgende Schlüsse: 1) Es bestehe mehr denn je die Notwendigkeit der Einigung Europas und der Verwirklichung der EVG. 2) Die Bundesrepublik müsse ihre innere Struktur festigen, um jeden Versuch der Sowjetisierung ganz Deutschlands vereiteln zu können. 3) Die Bundesregierung müsse klarmachen, daß sie sich niemals mit der Spaltung Deutschlands abfinden werde. 4) Die Bundesregierung werde für den Aufbau eines auf freier Zustimmung und Gleichberechtigung beruhenden Systems kollektiver Sicherheit eintreten. 5) Die Bundesregierung werde alles tun, um den Deutschen in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone ihr Los zu erleichtern. Zur Frage der Handlungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung erklärt *Adenauer*, diese sei in Art. VII des Deutschlandvertrags verankert, doch glaube er sagen zu können, daß das ganze deutsche Volk in der Stunde der Wiedervereinigung die Politik der Integration in die Gemeinschaft der freien Völker zu der seinigen machen werde. Der Führer der Opposition, *Ollenhauer*, erklärt in seiner Rede, die Konferenz habe gezeigt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht von der Frage der Sicherheit Europas zu trennen sei; die SPD halte nach wie vor die Aufnahme Deutschlands in die Vereinten Nationen für den einzigen gangbaren Weg zur Gewährleistung dieser Sicherheit. Der Verlauf der Konferenz habe die SPD in ihrer Ablehnung der EVG noch bestärkt; dies bedeute jedoch nicht die Ablehnung einer Politik der militärischen Sicherheit für Deutschland. (Vgl. den Wortlaut der einstimmig gefaßten Entschließung des Bundestages in EA 5/1954, S. 6398.)
26. Der Bundestag billigt mit 334 gegen 144 Stimmen ein Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, durch das die ausschließliche Gesetzgebung in Fragen der Verteidigung, der Wehrpflicht und des Schutzes der Zivilbevölkerung dem Bunde übertragen wird. Ferner wird durch das Gesetz dem Grundgesetz die Bestimmung eingefügt, daß die Verträge von Bonn und Paris nicht im Widerspruch zum Grundgesetz stehen.
27. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, *Kaiser*, fordert in einer Rundfunkansprache die Entwicklung einer echten Volksbewegung für die Wiedervereinigung Deutschlands.

#### Frankreich

19. Gemeinsame Erklärung der Außenminister der drei Westmächte zum Abschluß der Berliner Viermächtekonferenz (vgl. den Wortlaut in EA 5/1954, S. 6397).
20. Die ehemaligen gaullistischen Abgeordneten der Nationalversammlung gründen eine eigene Parteiorgani-

sation unter dem Namen „Nationales Zentrum Sozialer Republikaner“ (CNRS).

22. Vorschlag von Außenminister *Bidault* an Bundeskanzler *Adenauer* zur Wiederaufnahme der Saarverhandlungen (vgl. Deutschland).
23. In einer Erklärung des Außenministeriums wird ein Zusammenhang zwischen der Genfer Asienkonferenz im April und der Ratifizierung des EVG-Vertrags durch Frankreich in Abrede gestellt. Die Ratifizierung des EVG-Vertrags bleibe von den von Frankreich gestellten Bedingungen (Regelung der Saarfrage, britische und amerikanische Garantien) abhängig.
24. Eine Gruppe von gegen die EVG eingestellten Parlamentariern, darunter *Edouard Daladier*, schlägt die Einberufung einer Konferenz der sechs EVG-Staaten und Großbritanniens zu neuen Verhandlungen über das Problem der europäischen Verteidigung vor. Außenminister *Georges Bidault* erklärt vor dem Außenpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung, man könne einer künftigen gesamtdeutschen Regierung keine bestimmte Haltung aufzwingen, doch bestehe kein Zweifel, daß ein wiedervereinigtes Deutschland die EVG akzeptieren werde. *Bidault* lehnt es ausdrücklich ab, auf der kommenden Ostasienkonferenz in Genf einen Friedensschluß in Indochina durch die Preisgabe der EVG zu erkaufen.

#### Großbritannien

19. Gemeinsame Erklärung der Außenminister der drei Westmächte zum Abschluß der Berliner Viermächtekonferenz (vgl. den Wortlaut in EA 5/1954, S. 6397). Die Regierung veröffentlicht das Weißbuch über das diesjährige Verteidigungsprogramm, für das Ausgaben von 1,640 Milliarden Pfund (gegenüber 1,637 Milliarden im Vorjahr) vorgesehen sind. In dem Weißbuch wird ausgeführt, daß mit Sorgfalt das Gleichgewicht zwischen den Anforderungen der Verteidigung und der zivilen Sektoren an die Industrie aufrechterhalten werden müsse. Die britischen Landstreitkräfte auf dem europäischen Kontinent blieben weiterhin eine Verteidigungsmaßnahme ersten Ranges, doch müsse das Hauptgewicht auf der Luftmacht und den Atomwaffen liegen. Der Beginn der Ausrüstung der britischen Luft- und Landstreitkräfte mit britischen Atomwaffen wird bekanntgegeben.
24. Das Nationale Exekutivkomitee der Labour Party billigt mit 16 gegen 9 Stimmen eine Entschließung, in der festgestellt wird, daß der von der Partei verlangte Versuch zur Wiedervereinigung Deutschlands vor Beginn einer Wiederaufrüstung auf der Berliner Konferenz unternommen und durch die Sowjetunion vereitelt worden sei. Demgemäß werde die Partei jetzt einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik beiführen.
- 24.—25. Außenpolitische Debatte im Unterhaus. In einem Bericht über die Berliner Konferenz erklärt Außenminister *Eden*, es habe sich gezeigt, daß die Sowjetunion es nicht wage, freien Wahlen in Deutschland zuzustimmen. Mit ihrem Vorschlag der Neutralisierung hoffe die Sowjetunion Deutschland zu isolieren, um es schließlich ihrem Machtbereich ganz einzugliedern; daher wäre die Wiedervereinigung Deutsch-

lands zur Zeit nur möglich gewesen, wenn die Westmächte die kommunistischen Bedingungen akzeptiert hätten. Eden erklärt, die Konsequenz aus der Berliner Konferenz sei die baldige Verwirklichung der EVG, die er als die beste Methode der Lösung des europäischen Sicherheitsproblems betrachte. Er kündigt baldige Besprechungen zwischen Großbritannien und den EVG-Ländern über die Herstellung einer engsten Verbindung zwischen ihnen an. Sowohl Eden als auch der Sprecher der Opposition, Herbert Morrison, lehnen den Gedanken ab, Deutschland auf unbegrenzte Zeit unbewaffnet zu halten. Morrison zitiert die Bedenken, die eine starke Minderheit der Labour Party auch heute noch gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands habe; er appelliert an die Bundesregierung und das deutsche Volk, durch ihre Politik diese Bedenken zu entkräften. Premierminister Sir Winston Churchill begrüßt in seiner Schlußansprache, daß ein Gespräch zwischen den Großmächten nun wenigstens wieder in Gang gekommen sei. Er schlägt eine Verstärkung des Ost-West-Handels als einen aussichtsreichen Weg zur Minderung der Spannungen vor.

#### Italien

18. Regierungserklärung von Ministerpräsident Mario Scelba vor dem Senat. Auf außenpolitischem Gebiet bekennt sich der Ministerpräsident zum Nordatlantikpakt und empfiehlt die Ratifizierung des EVG-Vertrags. In der Innenpolitik fordert er die Konsolidierung der demokratischen Institutionen und die Fortführung des Kampfes gegen Kommunismus und Faschismus; er kündigt die Errichtung eines Verfassungsgerichtshofes an. An wirtschaftlichen Maßnahmen werden u. a. vorgeschlagen: Erschließung neuer Einnahmequellen, Intensivierung des Wohnungsbaus, Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung der südlichen Gebiete, Fortführung der Bodenreform. Der Senat spricht der Regierung am 26. Februar mit 123 gegen 110 Stimmen das Vertrauen aus.

#### Oesterreich

16. Die Erhöhung der Liberalisierungsquote für Importe aus den Mitgliedstaaten der OEEC auf 60 vH (mit Wirkung vom 1. März) wird bekanntgegeben.
18. In einer Erklärung zum Abschluß der Berliner Kon-

ferenz sagt Bundeskanzler Raab, Oesterreich werde weiterhin mit ruhiger Entschiedenheit sein Recht vertreten; eine Zermürbungstaktik werde beim österreichischen Volke keinen Erfolg haben. Raab betont, daß der Staatsvertrag zur Unterzeichnung fertig gewesen sei; nur internationale Machtpolitik habe den Abschluß verhindert. Einer Gewaltpolitik werde sich Oesterreich aber niemals beugen.

24. In einem Bericht vor dem Nationalrat über die Berliner Konferenz weist Außenminister Figl darauf hin, daß die österreichische Delegation in Berlin in ihren Zugeständnissen an die Sowjetunion bis zum Äußersten gegangen sei, um Freiheit und Souveränität für Oesterreich zu erlangen. In bestimmten Grundfragen der Freiheit und Existenz eines Landes gebe es aber nur ein eindeutiges Ja oder Nein, niemand könne sich mit einer „prozentualen“ Erfüllung von Lebensnotwendigkeiten zufrieden geben. Die Berliner Konferenz habe unter Beweis gestellt, daß die widerrechtliche Besetzung Oesterreichs nichts mit der Haltung des Landes oder seiner Bevölkerung zu tun habe, sondern eine Folge internationaler Machtpolitik sei. Nach Abschluß der Debatte faßt der Nationalrat eine Entschliebung, in der er die Haltung der österreichischen Delegation auf der Berliner Konferenz billigt und die Bundesregierung auffordert, die Richtlinien einer künftigen Politik festzulegen, welche die Fortsetzung des Kampfes um den Staatsvertrag gewährleisten soll.

#### Türkei

19. In einem gleichzeitig in Ankara und Karatschi veröffentlichten Kommuniqué wird bekanntgegeben, daß die Türkei und Pakistan übereingekommen sind, Methoden zur Verwirklichung einer engeren Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet und zur Stärkung des Friedens und der Sicherheit zu prüfen. Außenminister Fuad Köprülü erklärt dazu am 22. Februar, der in Aussicht genommene türkisch-pakistanische Pakt werde kein Militärabkommen sein, er sei vielmehr dazu bestimmt, der Festigung der Sicherheit im Lichte der geopolitischen Faktoren beider Staaten zu dienen. Der Pakt werde jedem friedliebenden Staat zum Beitritt offenstehen.

### Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

#### AFRIKA

##### Ägypten

25. Staatspräsident Mohammed Naguib tritt von allen seinen Ämtern zurück. Der bisherige stellvertretende Ministerpräsident, Gamal Abdel Nasser, übernimmt als Vorsitzender des Revolutionsrates die Staatsführung. In einem Kommuniqué des Revolutionsrates wird erklärt, der Rücktritt Naguibs sei erfolgt, da Naguib weitere Vollmachten verlangt habe, die der Revolutionsrat ihm jedoch verweigert habe. Nach einer Reihe von Demonstrationen und Unruhen kehrt Naguib am 27. Februar auf den Posten des Staatspräsidenten zurück, während Nasser Ministerpräsident wird. In einer Ansprache verkündet Naguib,

daß Ägypten zu einer parlamentarischen Republik umgewandelt werde und daß eine verfassungsgebende Versammlung demnächst einberufen werden solle.

#### AMERIKA

##### Vereinigte Staaten

17. Präsident Eisenhower schlägt in einer Botschaft an den Kongreß eine Lockerung des Atomenergiewetzes von 1946 vor. Insbesondere ersucht er um die Ermächtigung der Regierung, den Austausch von Informationen mit verbündeten Staaten zu erweitern. Außerdem soll das Verbot privater Verwendung von Atomenergie gelockert werden.
19. Gemeinsame Erklärung der Außenminister der drei



Westmächte zum Abschluß der Berliner Viermächtekonferenz (vgl. den Wortlaut in EA 5/1954, S. 6397).

24. Außenminister *Dulles* berichtet in einer Rundfunkansprache über die Ergebnisse der Berliner Viermächtekonferenz. Er erklärt, die Westmächte hätten die Sowjetunion dazu gebracht, ihre Absichten offen darzulegen. Die sowjetische Außenpolitik in Europa laufe darauf hinaus, daß sie den Osten Deutschlands und Oesterreichs behalten und Europa unter ihre Kontrolle bringen wolle. Dagegen bestehe die Möglichkeit, daß die Sowjetunion in Asien den Frieden wünsche. Es sei den Westmächten gelungen, die Konferenz über Korea zu den von ihnen gewünschten Bedingungen zustande zu bringen. Als die konkreten Resultate der Konferenz führt *Dulles* an, daß die Unmöglichkeit eines Kompromisses zwischen Freiheit und Sklaverei erwiesen worden sei, daß der Weg für die Einigung und Stärkung Westeuropas freigemacht worden sei und daß Verhandlungen über Asien stattfinden würden.

Das Außenministerium lädt die 14 Staaten, die mit den drei Westmächten am Korea-Krieg teilgenommen haben (Südkorea, Abessinien, Australien, Belgien, Griechenland, Kanada, Kolumbien, Luxemburg, Neuseeland, die Niederlande, die Philippinen, Siam, die Südafrikanische Union und die Türkei) zur Teilnahme an der Genfer Ostasienkonferenz ein.

25. Präsident *Eisenhower* begrüßt in einer Erklärung die Ankündigung eines türkisch-pakistanischen Verteidigungsabkommens. Er gibt bekannt, daß die Vereinigten Staaten dem Ersuchen Pakistans um militärische Unterstützung (vgl. Pakistan) entsprechen werden, und erklärt, daß die Vereinigten Staaten an der Stärkung der Stabilität und Macht der Völker des Mittleren Ostens interessiert seien. Am gleichen Tage richtet Präsident *Eisenhower* ein Schreiben an den indischen Premierminister, *Nehru*, in dem er versichert, daß die Hilfe an Pakistan den Interessen des Friedens und der Sicherheit im Mittleren Osten diene und nicht gegen Indien gerichtet sei. Er bietet auch Indien militärische Unterstützung durch die Vereinigten Staaten an.
26. Der Antrag des republikanischen Senators *John W. Bricker*, die verfassungsmäßigen Rechte des Präsidenten zum Abschluß internationaler Abkommen einzuschränken (das sogen. *Bricker Amendment*), wird vom Senat abgelehnt. Ein anderer, weniger weit gehender Antrag des demokratischen Senators *Walter*

*F. George* erhält zwar die Mehrheit, aber nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

## ASIEN

### Korea

21. Die neutrale Repatriierungskommission löst sich auf. In ihrem Schlußbericht vertreten die Vertreter Indiens, Polens und der Tschechoslowakei die Auffassung, daß die Freilassung der nicht heimkehrwilligen Kriegsgefangenen durch das UN-Oberkommando am 23. Januar den Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens zuwiderlaufe. Die Vertreter der Schweiz und Schwedens vertreten in einem Minderheitsbericht die entgegengesetzte Auffassung.

### Pakistan

19. Kommuniqué über den geplanten Abschluß eines Paktes mit der Türkei (vgl. Türkei). Premierminister *Mohammed Ali* erklärt dazu am gleichen Tage, die Zusammenarbeit mit der Türkei richte sich gegen niemanden und verfolge nur das Ziel, einen gemeinsamen Beitrag für Frieden und Sicherheit zu liefern.
22. Premierminister *Mohammed Ali* gibt auf einer Pressekonferenz bekannt, daß Pakistan die Vereinigten Staaten um militärische Unterstützung ersucht habe. Er betont, daß die Gewährung solcher Hilfe Pakistan nicht verpflichte, außerhalb seiner Region militärische Verpflichtungen auf sich zu nehmen. (Zusage der Militärhilfe durch Präsident *Eisenhower* am 25. Februar, vgl. Vereinigte Staaten.)

### Syrien

25. Im Nordteil des Landes bricht ein Aufstand der Armee aus. Am 26. Februar tritt Staatspräsident *Adib Schischakli* zurück und begibt sich außer Landes. Das Parlament löst sich auf. Nach Verhandlungen zwischen Anhängern *Schischaklis* und den aufständischen Truppen wird am 28. Februar eine Regierung der Nationalen Einheit unter dem früheren Staatspräsidenten *Haschem el Atassi* gebildet und die Rückkehr zum parlamentarischen System angekündigt.

## Organisation der Vereinten Nationen

### Generalsekretariat

19. Auf Ersuchen Israels lädt Generalsekretär *Dag Hammarskjöld* Israel und Jordanien zu einer Konferenz über Fragen der Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens zwischen beiden Staaten ein.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.  
Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Böttigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guizon, Paris; Dr. Walter Hofer, Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myllusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1954 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimer Straße 16-18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myllusstr. 20, Telefon 73347.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

# MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

## Die Tätigkeit des Europarats im Februar 1954

### Sechste Ordentliche Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung

Der Ständige Ausschuß der Versammlung hat auf seiner Sitzung in Straßburg am 8. Februar, unter dem Vorsitz von Herrn François de Menthon, beschlossen, daß die erste Hälfte der sechsten Sitzungsperiode am Donnerstag, dem 20. Mai, um 10 Uhr eröffnet wird. Der Abschluß dieser Sitzungsperiode ist für die erste Juniwoche vorgesehen.

Die zweite Gemeinsame Sitzung der Beratenden Versammlung und der Kohle- und Stahlversammlung wird am 20. oder 21. Mai stattfinden.

Die vorläufige Tagesordnung:

Definition der Politik des Europarates im Lichte der jüngsten weltpolitischen Entwicklung (Berichterstatte Herr Paul-Henri Spaak);

Gemeinsame Bemühungen der westeuropäischen Länder zur Normalisierung ihrer Handelsbeziehungen mit dem Osten;

Bericht des Ministerkomitees und Tätigkeitsbericht des Ständigen Ausschusses;

Bericht der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl;

Bericht des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC);

Entwurf einer europäischen Konvention über Auslieferung; Vereinfachung der Grenzformalitäten für Reisende;

Plan von Straßburg über die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den Mitgliedsländern und den überseeischen Gebieten, mit denen sie verfassungsmäßige Verbindungen haben;

Informativischer Bericht über die Verhandlungen zur Schaffung einer Supranationalen Politischen Gemeinschaft;

Zwischenbericht über die Empfehlung Nr. 57 betreffend die zukünftige Stellung der Saar.

Vor der sechsten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung werden die 14. Sitzung des Ministerkomitees sowie eine Sitzung des Gemischten Ausschusses stattfinden.

### I. Tagungen der Organe des Rates

#### STELLVERTRETER DER MINISTER

Die Stellvertreter der Außenminister tagten vom 8. bis 18. Februar in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn Géraud Jouve, Vertreter des französischen Außenministers und ständiger Vertreter Frankreichs beim Europarat.

Der größte Teil dieser Sitzung wurde eingenommen vom Studium des neuen Aktionsprogramms für den Europarat, welches auf Grund der Anweisungen des Ministerkomitees (vgl. Mitteilungen des Europarats, Europa-Archiv 12/1953, S. 5785) aufzustellen ist. Die Stellvertreter der Minister bemühten sich, die Grundlagen einer gemeinsamen Politik zu erarbeiten.

Der Entwurf dieses Programms wird von den Stellvertretern noch einmal beraten werden und im Mai der Beratenden Versammlung zur Stellungnahme vorliegen.

Herr Pierre Schneider, Sonderbeauftragter des Europarates für Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse in

Europa, stellte sich den Stellvertretern der Minister vor.

Schließlich kamen die Stellvertreter der Minister über die Grundsätze zur Regelung der Beziehungen zwischen dem Europarat und internationalen privaten Organisationen überein.

Mitteilungen über weitere Entschlüsse der Stellvertreter der Minister finden sich nachstehend unter den entsprechenden Sachgebieten aufgeführt.

### STÄNDIGER AUSSCHUSS

Unter dem Vorsitz von Herrn François de Menthon, Präsident der Beratenden Versammlung, trat der Ausschuß am 8. Februar in Straßburg zusammen, um die vorläufige Tagesordnung für die Maitagung der Versammlung festzusetzen (siehe oben). Der Ausschuß beschloß, dem Geschäftsordnungsausschuß die Frage der Einrichtung eines eigenen Haushaltsplanes der Versammlung vorzulegen.

Der Ausschuß bestellte eine Delegation zur Vertretung der Versammlung bei der Sitzung des Ausschusses für die Europäische Politische Gemeinschaft. Der Termin der nächsten Sitzung wurde auf den 19. Mai festgesetzt.

### PRÄSIDIUM DER VERSAMMLUNG

Nach dem Abschluß der Sitzung des Ständigen Ausschusses trat, ebenfalls unter dem Vorsitz von Herrn de Menthon, das Präsidium in Straßburg zusammen und prüfte das Verfahren bei der Uebermittlung an die Hohe Behörde von Bemerkungen der Versammlung zu dem Bericht der Hohen Behörde.

Das Präsidium befaßte sich ebenfalls mit der Zusammensetzung der Europäischen Menschenrechtskommission.

### II. Andere Tagungen

#### Ausschuß für die Europäische Politische Gemeinschaft

Dieser Ausschuß wurde im Haag von den Ministern der Sechs ins Leben gerufen (vgl. Mitteilungen des Europarats, Europa-Archiv 24/1953, S. 6247), um die Arbeiten zur Schaffung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft weiterzufördern. Er ist am 23./24. Februar in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Tjarda van Starkenborgh-Stachouwer (Niederlande) zusammengetreten. Herr Léon Marchal, Generalsekretär des Europarats, hat an den Arbeiten des Ausschusses teilgenommen, der einen Bericht der Arbeitsgruppe der ad hoc-Versammlung sowie einer Delegation der Beratenden Versammlung entgegennahm.

Diese Delegation bestand aus folgenden Mitgliedern der Beratenden Versammlung: Lord Layton (Engländer), Georges Bohy (Belgier), Guy Mollet (Franzose), Karl Wistrand (Schwede). Lord Layton erläuterte der Kommission die allgemeinen Grundsätze der Stellungnahme der Beratenden Versammlung, Herr Bohy gab eine eingehende Darstellung der Verbindungen zwischen dem Europarat und der zukünftigen politischen Gemeinschaft.

Die Ergebnisse der Arbeiten dieser Kommission werden den sechs Außenministern, die am 30. März in Brüssel zusammentreten werden, unterbreitet.



Herr *Bohy* wird der Beratenden Versammlung im Mai einen Bericht über die Arbeiten der Sechs vorlegen.

#### *Organisation der landwirtschaftlichen Märkte*

Die Regierungsvertreter von 16 Ländern der OEEC (mit Ausnahme Islands, Irlands und Triests) sowie Spanien haben sich über einen Plan zur Koordinierung der landwirtschaftlichen Märkte geeinigt. Die Ergebnisse der Beratungen wurden den Landwirtschaftsministern der teilnehmenden Länder übermittelt und werden von diesen auf einer nach Paris einzuberufenden Sitzung geprüft werden.

#### *Benelux*

Die Finanzminister der Beneluxländer tagten am 5. und 6. Februar in Brüssel. Es wurde Einigung darüber erzielt, während eines Zeitraumes von zwei Jahren, beginnend mit dem 1. März 1954, eine progressive, gemeinsame Handelspolitik gegenüber dritten Ländern einzuführen. Die Mitgliedstaaten der Benelux werden zu diesem Zweck der OEEC eine gemeinsame Liste der liberalisierten Waren vorlegen. Zur Zeit haben die Niederlande zu 92,6 vH und die belgisch-luxemburgische Union zu 87,2 vH ihre Einfuhren aus anderen Mitgliedsländern liberalisiert.

Die Minister haben darüber hinaus beschlossen, schrittweise den freien Kapitalfluß zwischen den drei Ländern zu genehmigen, und haben als erste Etappe beschlossen, gewisse belgische Konten, die in niederländischen Banken eingefroren sind, freizugeben.

#### *Besonderer Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl*

Die elfte Sitzung dieses Organs fand am 27. Februar in Luxemburg statt, den Vorsitz hatte Herr *Zijlstra* (Holland). Die Minister haben eine Reihe von Problemen betreffend die Organisation des Kohlenmarktes geprüft.

### III. Politische Fragen

#### BERATENDE VERSAMMLUNG

Der Allgemeine Ausschuß der Beratenden Versammlung hat unter dem Vorsitz von Herrn *Guy Mollet* (Franzose) am 5. und 6. Februar in Paris seine sechste Sitzung abgehalten:

#### *Saar*

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war das Studium des Berichtes von Herrn *van der Goes van Naters* (Holländer) über die zukünftige Stellung der Saar. Ein Teil der Schlußfolgerung des Berichtes wird noch besonders von einem Unterausschuß geprüft werden, der vom 19. bis 21. März zusammentreten wird. Diesem Unterausschuß sitzt Herr *de Freitas* (Engländer) vor, ihm gehören an: Herr *van der Goes van Naters* (Holländer) Berichterstatter, Herr *Braun* (Saarländer), Herr *de Félice* (Franzose), Herr *Gerstenmaier* (Deutscher) und Herr *Jakobsen* (Däne).

Angesichts dieser Sachlage hat der Ausschuß einstimmig beschlossen, vor der dritten Lesung des Berichtes im Ausschuß keinerlei Veröffentlichung vorzunehmen.

#### *Europäische Politische Gemeinschaft*

Der Ausschuß schlug dem Ständigen Ausschuß vor, daß die zum Ausschuß für die Europäische Politische Gemein-

schaft zu entsendende Delegation aus den Mitgliedern des Präsidiums des Allgemeinen Ausschusses, seinem Berichterstatter Herrn *Bohy* (Belgier) und Herrn *Wistrand* (Schwede) bestehen solle.

#### *Konsultation*

Der Ausschuß nahm einen Bericht von Herrn *Pernot* (Franzose) an, betreffend Festlegung eines Konsultationsverfahrens zwischen den europäischen Delegationen bei internationalen Organisationen.

#### *Politische Debatte*

Schließlich beschloß der Ausschuß, daß grundsätzlich während jeder Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung eine allgemeine politische Debatte stattfinden soll. Zu diesem Zweck muß der Ausschuß in der Lage sein, den Einführungsbericht zu prüfen und gegebenenfalls eine Empfehlung oder eine Entschließung vorzubereiten. Herr *Spaak* (Belgier) wurde beauftragt, den Einführungsbericht für die politische Debatte der nächsten Sitzungsperiode auszuarbeiten.

### IV. Wirtschaftsfragen

#### STELLVERTRETER DER MINISTER

Die Stellvertreter der Minister hatten sich mit der Bitte um Stellungnahme seitens der Vereinten Nationen betreffend den Bericht des Sonderausschusses über restriktive Handelsgebräuche zu befassen. Sie beschlossen, die Ansicht der Beratenden Versammlung zu diesem Bericht einzuholen; das Ministerkomitee behält sich vor, seine Stellungnahme zu diesem Bericht zu gegebener Zeit zu formulieren.

#### *Erfinderpatente*

Das Präsidium des Sachverständigenausschusses des Europarats über Patentfragen trat vom 1. bis 5. Februar unter dem Vorsitz von Herrn *Pennetta* (Italien) in Straßburg zusammen. Gleichzeitig tagte der Sonderausschuß der Sachverständigen für die Klassifizierung von Patenten unter dem Vorsitz von Herrn *Cleary* (Irland) vom 3. bis 5. Februar in Straßburg. Beide Organe stellten den Text eines Konventionentwurfes über die internationale Klassifizierung von Patenten fertig. Dieses System entspricht im wesentlichen den deutschen und holländischen Systemen mit gewissen Annäherungen an das britische System. Der Entwurf wird dem Ministerkomitee auf einer seiner nächsten Sitzungen vorgelegt werden. Wenn die Konvention in Kraft getreten sein wird, kann das neue System die bisher in den europäischen Ländern üblichen Systeme ersetzen. Dieser Plan wird einen Fortschritt auf dem Wege der Vereinheitlichung der nationalen Patentrechte darstellen, die Arbeit und die finanziellen Lasten der nationalen Patentämter erheblich erleichtern und den Erfindern sowie der Industrie bedeutende Vorteile bringen.

#### *5. Jahresbericht der OEEC*

(Aus Raumgründen erscheint dieser Absatz unter „Informationen und Berichte“ auf S. 6443.)

#### *Wirtschaftskonferenz von Westminster*

Die zweite europäische Konferenz von Westminster wurde auf Veranlassung des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Bewegung vom 29. Januar bis 1. Februar einberufen. Die Delegierten wurden von Herrn *L. S. Amery*, dem Präsidenten der britischen Sektion der

Bewegung für ein vereintes Europa, begrüßt. In einer Botschaft Sir Winston Churchills an die Konferenz heißt es: „Es war der Sammlungsruf von Den Haag, der die Schaffung des Europarates einleitete und das europäische Gewissen erweckte.“ Sir Winston wünschte in seiner Eigenschaft als Ehrenpräsident der Europäischen Bewegung der Konferenz einen vollen Erfolg.

Die Hauptaufgabe der Konferenz war die Prüfung von Vorschlägen zur Entwicklung einer engeren Wirtschaftseinheit zwischen dem kontinentalen Europa und seinen überseeischen Besitzungen einerseits und dem britischen Commonwealth andererseits. Mit anderen Worten bedeutet dies, daß sich die Konferenz eingehend mit dem von der Beratenden Versammlung im September 1952 angenommenen „Straßburgplan“ befassen würde. Dieser Plan ist inzwischen der OEEC zur Prüfung zugeleitet worden.

Nach dreitägigen Debatten der über 200 Delegierten wurde eine Reihe von Entschlüssen angenommen. (Den Wortlaut dieser Entschlüsse wird das Europa-Archiv in einer künftigen Folge veröffentlichen.)

## V. Soziale Fragen

### *Vereinheitlichung von Statistiken*

Die Stellvertreter der Minister haben beschlossen, den Mitgliedern des Europarates zu empfehlen, soweit dies noch nicht geschehen, baldmöglichst das internationale Arbeitsübereinkommen zu ratifizieren. Es handelt sich in diesem Übereinkommen um die Vereinheitlichung der Statistiken über Löhne und Arbeitsstunden; sie soll dazu beitragen, die Sozialpolitik der Mitgliedsländer leichter aufeinander abstimmen zu können.

### *Beziehungen zu Gewerkschaftsorganisationen*

Der Generalsekretär wurde ermächtigt, der Internationalen Vereinigung christlicher Gewerkschaften sowie dem Internationalen Bund freier Gewerkschaften ein beratendes Statut als private Organisation zu erteilen.

## VI. Juristische Fragen

### *Personenstand*

Die Vertreter der Minister beschlossen, die Mitgliedsländer des Europarates aufzufordern, dem Berner Protokoll vom 25. Dezember 1950 über die Schaffung einer internationalen Personenstandskommission beizutreten.

### *Auslieferung*

Der Generalsekretär wurde ermächtigt, dem Vorsitzenden des Unterausschusses für Rechts- und Verwaltungsfragen alle gewünschten Auskünfte über die Arbeiten des Sachverständigenausschusses für Auslieferungsfragen mitzuteilen. Die Regierungen haben sich noch nicht mit diesem Sachverständigenbericht befaßt; nach der Aussprache in der Beratenden Versammlung werden die Stellvertreter der Minister sich erneut mit der Frage befassen. Es handelt sich hier um den Entwurf einer Europäischen Konvention über Auslieferung, die im Laufe dieses Jahres zur Unterzeichnung kommen wird.

### *Gegenseitige Behandlung von Staatsangehörigen*

Die Stellvertreter der Minister haben ihre Zustimmung dazu gegeben, daß Mitglieder des Sachverständigenausschusses zur Ausarbeitung eines Konventionsentwurfes über die gegenseitige Behandlung von Staatsangehörigen

Besprechungen mit Mitgliedern des Rechts- und Verwaltungsausschusses der Beratenden Versammlung führen.

## VII. Kulturelle Fragen

### *Europäischer Kulturausweis*

Die Stellvertreter der Minister beschlossen, den Kulturausweis des Europarats, der ab 1. Juni 1954 in Kraft tritt, unter gewissen Voraussetzungen auf Flüchtlinge aus europäischen Nichtmitgliedstaaten auszudehnen, die ihren Wohnsitz in Mitgliedstaaten haben. Diese Maßnahme wurde auf Grund einer Empfehlung der Beratenden Versammlung getroffen.

### *Stipendien*

Für Forschungsstipendien des Europarats können jetzt auch Flüchtlinge ihre Bewerbung abgeben.

Die Bewerbungsbedingungen für diese Stipendien für dieses und die kommenden Jahre sind festgelegt worden; es stehen insgesamt fünf Millionen französische Francs zur Verfügung. Darüber hinaus hat die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl den Betrag von 600 000 französischen Francs zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag wird vom Europarat verwaltet werden und kommt den Angehörigen aller Mitgliedstaaten zugute; die Hohe Behörde hat sich jedoch vorbehalten, die Themen für die Forschungsarbeiten zu stellen.

### *Der Europäische Runde Tisch*

Die Stellvertreter der Minister beschlossen, einen aus verschiedenen Journalisten zusammengesetzten Unterausschuß einzuberufen, um die Resultate des Europäischen Runden Tisches in Rom (vgl. Mitteilungen des Europarats, Europa-Archiv 22/1953, S. 6121) zu prüfen und eine Veröffentlichung vorzubereiten.

### *Aktionsprogramm*

Eine gemeinsame Sitzung von Mitgliedern des Präsidiums des Ausschusses der Kultursachverständigen und der Berichterstatter fand am 23. und 24. Februar in Straßburg statt. Den Vorsitz hatte Herr Valeur (Frankreich). Es handelte sich darum, diejenigen Punkte des kulturellen Programms festzusetzen, welche in das Aktionsprogramm des Europarats aufgenommen werden sollen. Die Ergebnisse werden der Vollsitzung des Ausschusses vorgelegt werden, die am 17. März in Straßburg stattfindet.

## VIII. Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse

### *Sonderbeauftragter des Europarats*

Herr Pierre Schnetter, der ehemalige französische Minister für öffentliche Gesundheits- und Bevölkerungsfragen, der vom Ministerkomitee als Sonderbeauftragter für Flüchtlinge und Ueberbevölkerung berufen wurde, hat am 8. Februar in Straßburg mit den Stellvertretern der Außenminister der Mitgliedsländer Verbindung aufgenommen.

Herr Schnetter erläuterte seine Auffassung über die Durchführung seines Auftrages und betonte, daß er sich an eine enge Auslegung seines Auftrages halten werde. Er betrachte seine Aufgabe als erledigt, wenn er nach Ablauf eines Jahres dem Ministerkomitee seinen Bericht mit konkreten Vorschlägen vorgelegt haben werde.

Als erste Maßnahme gedenkt Herr Schnetter sich unverzüglich mit den internationalen Organisationen, die sich mit diesen Problemen befassen, in Verbindung zu setzen (Hoher Kommissar der Vereinten Nationen, Zwischenstaatlicher Ausschuß für Auswanderungsfragen und Inter-



nationales Arbeitsamt). Danach wird der Sonderbeauftragte verschiedene europäische Hauptstädte aufsuchen, um dort die nötigen Informationen einzuholen. Schließlich hat er die Absicht, eine Reihe von außereuropäischen Ländern zu besuchen. In einer Rundfunkansprache und auf einer Pressekonferenz hat Herr *Schneiter* seinen Auftrag umrissen und die zu lösenden Probleme aufgezeigt.

Die Stellvertreter der Minister haben eine Reihe von verwaltungsmäßigen Fragen geregelt, die mit der Amtsausübung von Herrn *Schneiter* zusammenhängen, der seinen Auftrag ehrenamtlich ausführen wird.

Herr *Schneiter* wird vor der Beratenden Versammlung im Mai sprechen.

#### *Besonderer Verbindungsausschuß*

Unter dem Vorsitz von Herrn *Géraud Jouve* (Frankreich) und in Anwesenheit von Herrn *Schneiter*, Sonderbeauftragter des Europarats, trat der Besondere Verbindungsausschuß für die nationalen Flüchtlinge und die europäischen Bevölkerungsüberschüsse am 5. Februar in Straßburg zusammen. Beobachter der interessierten internationalen Organisationen waren anwesend.

An der Sitzung nahmen teil:

für die Minister: Herr *Bounous* (Italien), Herr von *Trützschler* (Deutschland); für die Beratende Versammlung: die Herren *de la Vallée Poussin* (Belgien), *Mandalinci* (Türkei); *Mercouris* (Griechen), *Healey* (England); als Beobachter: die Herren *Alexander* (Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge), *Lambert* (OEEC), *Rocheffort* (Zwischenstaatlicher Ausschuß für europäische Wanderung).

Der Ausschuß nahm einen Bericht an das Ministerkomitee an, der vom Generalsekretariat auf Grund von Memoranden der Regierungen vorbereitet war und der sich mit der Lösung der Flüchtlings- und Bevölkerungsprobleme befaßt. Es wurden im übrigen die Frage der Beziehungen zwischen dem Ausschuß und dem Sonderbeauftragten, ein Plan für Behelfswohnbauten in der Bundesrepublik Deutschland für Ostzonenflüchtlinge sowie der Plan einer Informationskampagne über das Problem der Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse behandelt.

### **IX. Verschiedenes**

#### *Die italienische Regierung*

Der neuen von Herrn *Scelba* gebildeten Regierung gehören folgende Abgeordnete der Beratenden Versammlung an: Herr *Campilli* (Minister ohne Geschäftsbereich), die Herren *Benvenuti* und *Dominedo* (Unterstaatssekretäre im Außenministerium), Herr *Treves* (Unterstaatssekretär für den Außenhandel).

#### *Abgeordnete der Beratenden Versammlung*

Das norwegische Parlament hat seine Vertreter bei der Beratenden Versammlung bestellt: Herr *Arne Ström* (Sozialist), bisher stellvertretender Abgeordneter, als Nachfolger von Frau *Severin*, welche zum Sozialminister ernannt wurde. Herr *Anders Böyum* (Liberaler), als Nachfolger des verstorbenen Herrn *Neri Valen*.

Der dänische Abgeordnete *Haekkerup* tritt für den bisherigen Abgeordneten *Hedtoft* ein.

#### *Konferenz der europäischen Transportminister*

Herr *P. W. Segers*, belgischer Verkehrsminister und Vorsitzender der europäischen Konferenz der Transport-

minister, wurde am 4. Februar vom Generalsekretär des Europarats empfangen. Die Unterhaltung behandelte die Möglichkeiten einer Verbindung zwischen dem Europarat und dieser Konferenz.

#### *Kongreß der Europäischen Gemeinden*

Dieser Kongreß tagte vom 9. bis 11. Februar in Turin. Abgeordnete von Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg und der Schweiz nahmen daran teil. Es wurde beschlossen, einen europäischen Preis für die beste zwischen 1944 und 1955 veröffentlichte Arbeit über das landwirtschaftliche Leben und seine Beziehungen zu den großen städtischen Siedlungsgebieten zu verleihen.

#### *Allgemeines Abkommen über Privilegien und Immunitäten*

Der Vertreter der Saar hat am 16. Februar beim Generalsekretär des Europarats die Ratifikationsurkunde über das allgemeine Abkommen über die Privilegien und Immunitäten des Europarats hinterlegt.

#### *Konferenz der europäischen sozialistischen Parteien*

An dieser Konferenz, die am 27. und 28. Februar in Brüssel stattfand, nahmen Vertreter der sozialistischen Parteien der 14 europäischen Länder teil. Auf der Tagesordnung stand in erster Linie eine Prüfung der internationalen Lage sowie der europäischen Einrichtungen und der europäischen Zusammenarbeit. Die sozialistische Internationale empfahl allen sozialistischen Parteien eine sorgfältige Prüfung der Bedingungen einer Teilnahme oder Assoziation ihrer Länder an der europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

#### *EVG-Vertrag*

I. M. die Königin der Niederlande hat am 5. Februar den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft unterzeichnet, der von beiden Häusern des niederländischen Parlaments ratifiziert wurde. Die Urkunde wurde im französischen Außenministerium hinterlegt.

#### *Fernseh-Konferenz*

Die erste internationale katholische Fernsehkonferenz tagte vom 2. bis 8. Februar in Paris. Fast alle Länder des Europarats waren vertreten. Herr *Paul M. G. Lévy*, Direktor der Presse- und Informationsabteilung des Europarats, vertrat den Generalsekretär.

#### *Herr Schneiter in Genf*

Am 26. Februar hielt sich Herr *Pierre Schneiter*, Sonderbeauftragter des Europarats, in Genf auf, wo er Verbindung aufnahm mit Herrn *van Heuven Goedhart*, Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, Herrn *Hugh Gibson*, Direktor des Zwischenstaatlichen Ausschusses für europäische Wanderungen, und mit Herrn *David Morse*, Direktor des Internationalen Arbeitsamtes.

#### *Europäischer Schultag*

Diese Veranstaltung, die erstmals 1953 in Frankreich stattfand, wurde in diesem Jahre auf sieben Länder des Europarats ausgedehnt. Vorsitzender des internationalen Komitees ist Herr *Henri Brugmans*, Rektor des Europa-Kollegs in Brügge. Als Vizepräsident ist Herr *Paul M. G. Lévy*, Direktor der Presse- und Informationsabteilung des Europarats, tätig. Der Europarat hat eine Reihe von Preisen gestiftet.

## Sechs Jahre Benelux

Von Dr. Heinz Umrath, Amsterdam

### Einleitung

In den ersten Nachkriegsjahren galt das Streben der drei Benelux-Länder — Belgien, Niederlande und Luxemburg — nach wirtschaftlicher Einheit als Vorbild der Zusammenarbeit in europäischem Rahmen. Die Einführung eines gemeinsamen Zollltarifes am 1. Januar 1948 wurde als ein erster, aber entscheidender Schritt angesehen, dem der Uebergang zur vollkommenen Wirtschaftsunion innerhalb absehbarer Zeit folgen sollte.

Diese Erwartungen wurden nicht erfüllt. Statt dessen traten wiederholt Spannungen zwischen der Belgisch-Luxemburgischen Wirtschaftsunion (BLEU) einerseits und den Niederlanden andererseits auf, die mitunter sogar das gesamte Benelux-Experiment zu bedrohen schienen. Aber immer wieder fanden die beteiligten Regierungen eine Lösung, so daß wenigstens der bestehende Zustand im großen und ganzen erhalten bleiben konnte. Mitunter handelte es sich dabei zwar nur um Uebergangsmaßnahmen, wie beispielsweise im Jahre 1948, als die Niederlande ihr Einfuhrdefizit gegenüber der BLEU in Gold, Dollars und Sterling abdecken mußten; bei anderen Gelegenheiten ermöglichte Belgien durch großzügige Gewährung von Krediten, daß man der Schwierigkeiten Herr wurde. Durch diese Bereitschaft, zeitweilig Nachteile in Kauf zu nehmen, wurde erreicht, daß unter günstigeren Umständen entscheidende Schritte getan werden konnten, durch die man dem Ziel der allgemeinen Wirtschaftsunion bedeutend näherrückte. Die Vor-Union, die 1949 zustande kam, ist hierfür der sprechende Beweis.

So gelang es, über die anfänglichen Schwierigkeiten hinwegzukommen, ohne daß der Gedanke der Wirtschaftsunion ernststen Schaden erlitt.

Die beiden Wirtschaftskörper sind so miteinander verwachsen, daß der niederländische Wirtschaftsminister vor kurzem erklären konnte, ein „Zurück“ sei für die Benelux nicht mehr möglich, denn die Auflösung der Zollgemeinschaft und der Vor-Union würde die drei Länder und ihre Völker in große Schwierigkeiten stürzen. Die Folgen würden in gar keinem Verhältnis stehen zu den Problemen, welche die Durchführung der völligen Wirtschaftsunion voraussichtlich mit sich bringen wird.

Damit wird aber deutlich, daß die Benelux trotz der zeitweisen Stagnation und trotz mancher harter Worte, die auf beiden Seiten der Grenze mitunter vernommen werden konnten, als Vorbild oder zumindest als Schulfall für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit angesehen werden kann. Einmal ist hier deutlich geworden, daß ein neuer Organismus Zeit zum Wachsen braucht und daß es gilt, zahllose Einzelprobleme Schritt für Schritt der Lösung näherzubringen. Andererseits hat sich gezeigt, daß man mit Geduld und mit zielbewußtem Willen vieler Schwierigkeiten auf die Dauer Herr werden kann, wenn man sich nicht durch Entwicklungen beeinflussen läßt, deren Bedeutung möglicherweise nur vorübergehend ist. Dies gilt sowohl hinsichtlich wirtschaftlicher Erscheinungen als auch in bezug auf emotionelle Reaktionen von — oft wichtigen — Interessentengruppen.

Unter diesen Umständen scheint der Zeitpunkt gekommen zu sein, um die Entwicklung der Benelux in den letzten Jahren zu überschauen.

### *Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Niederlande nach dem Zweiten Weltkrieg*

Am 1. Januar 1948 trat der gemeinsame Zollltarif für die BLEU und die Niederlande in Kraft<sup>1</sup>. Die unmittelbare Wirkung war weniger aufsehenerregend, als man sich im allgemeinen vorstellte. Zweifellos hätte einige Jahrzehnte früher die Einführung eines gemeinsamen Zollltarifs zusammen mit der Aufhebung der Zollgrenze zwischen den Ländern den Weg zur Wirtschaftsunion freigemacht. In der Welt von heute liegen die Dinge nicht so einfach; und Anfang 1948 war die Situation — vor allem im Verhältnis zwischen der BLEU und den Niederlanden — noch ungünstiger.

Die Niederlande haben unter den Kriegsfolgen unverhältnismäßig stark gelitten. Durch Deportationen, Demontagen und direkte Kriegshandlungen war die Kapazität aller Wirtschaftszweige viel geringer als vor dem Kriege. Demgegenüber hatte Belgien nur wenig Schäden erlitten, so daß seine

<sup>1</sup>) Vgl. Dr. Gert Ziegler: „Das Benelux-Abkommen vom 1. Januar 1948“ in Europa-Archiv 3/1948, S. 1209 ff.



Industrie unmittelbar nach der Befreiung, die acht Monate eher stattfand als die des größten Teiles der Niederlande, auf vollen Touren arbeiten konnte. Die Folge war, daß die Niederlande eine viel längere Aufbauperiode nötig hatten als ihre südlichen Nachbarn, daß Volk und Wirtschaft daher auf umfangreiche Einfuhr angewiesen waren, während die Ausfuhr infolge des geringen Produktionsvolumens nur langsam steigen konnte. So standen 1947 einer Einfuhr von 4278 Millionen Gulden nur 1892 Millionen Gulden an Ausfuhr gegenüber, der Import war also nur zu 44,2 vH durch Exporte gedeckt. Der Saldo mußte durch Kredite — namentlich aus den Vereinigten Staaten, Kanada, der Schweiz und Belgien — sowie durch die Liquidation ausländischer Aktiva und aus der Gold- und Devisenreserve abgedeckt werden.

Unter diesen Umständen mußten die Niederlande die Einfuhr unter strenger Kontrolle halten, um zu verhindern, daß die beschränkten ausländischen Zahlungsmittel für Zwecke gebraucht wurden, die bei dem bestehenden Notzustand nicht geduldet werden konnten. Der gesamte Handelsverkehr mit anderen Ländern wurde auf bilateraler Grundlage geregelt, d. h. in den jeweiligen Handelsverträgen wurden sowohl der Gesamtumfang des Güteraustausches wie auch Kontingente für jeden Artikel festgelegt.

Dadurch hatten die Zölle weitgehend ihre handelspolitische Bedeutung verloren. Im Falle der Niederlande ging dies sogar so weit, daß nach Kriegsende alle Zölle zeitweise außer Kraft gesetzt wurden, um dadurch eine allmähliche Angleichung des inländischen Preisspiegels an die stark erhöhten Weltmarktpreise zu ermöglichen. Dieser Zustand wurde erst am 1. Januar 1948 beendet — also gleichzeitig mit der Einführung des gemeinsamen Zolltarifs der Benelux-Länder.

Allerdings wurde damit für die Niederlande der Unterschied gegenüber dritten Ländern um so mehr betont, weil ja nun diesen gegenüber neben den mengenmäßigen Beschränkungen (Kontingenten) auch noch die Zollschranke eine Rolle zu spielen begann, und zwar in stärkerem Maße als vor dem Kriege. Wie in dem oben erwähnten Artikel<sup>2</sup> ausführlich dargelegt wurde, liegt der gemeinsame Benelux-Tarif in den meisten Fällen etwas höher als die außerordentlich niedrigen Sätze, welche die Niederlande vor dem Kriege handhabten. Der Vorteil der zollfreien Einfuhr sollte im Handelsverkehr zwischen den Benelux-Partnern jedoch erst später an Bedeutung gewinnen. Solange die Liberalisierung noch in weiter Ferne lag, bildeten die Ein- und Ausfuhrvorschriften eine Mauer, die viel undurchdringlicher war als der höchste Schutz Zoll, den man ja theoretisch immer bezahlen kann, falls man es wünscht.

### *Die unterschiedliche Besteuerung in den Benelux-Ländern*

So bedeutete die Einführung der Zollgemeinschaft durchaus nicht, daß die Grenzkontrolle im niederländisch-belgischen Güterverkehr wegfiel. Das ist bis heute noch nicht der Fall; vor allem auch darum nicht, weil bisher die verschiedenen Systeme der indirekten Steuern und anderer Verbrauchsabgaben nur in geringem Maße miteinander in Übereinstimmung gebracht wurden. Zur Zeit wird in allen drei Ländern eine einheitliche Tabaksteuer erhoben, während in Belgien und Luxemburg die Steuern auf Margarine, Zündhölzer, Feuerzeuge sowie Trauben- und Malzzucker und in den Niederlanden die Salzsteuer aufgehoben wurden. Demgegenüber ist ein gemeinschaftlicher Tarif für die Umsatzsteuer und für die Abgaben auf Bier, Alkohol und Zucker noch nicht zustande gekommen. Der Grund muß darin gesucht werden, daß die notwendige Ermäßigung der Umsatzsteuer in Belgien wegen des zu erwartenden Rückganges der Einnahmen das budgetäre Gleichgewicht bedrohen würde. Andererseits müßten die Akzisen auf Bier in Belgien erhöht und in den Niederlanden ermäßigt werden, während für hochprozentige alkoholhaltige Getränke das Gegenteil gilt. Da in Belgien starke Getränke nicht in Gastwirtschaften, Bars usw. ausgedient werden dürfen, ist dort der Bierverbrauch zehnmal so hoch wie in den Niederlanden. Ein jeder, der weiß, auf welche Widerstände Bierpreiserhöhungen in Bayern stoßen, wird Verständnis dafür haben, daß man in Belgien zögert, den Benelux-Gedanken durch eine drastische Heraufsetzung des Preises für dieses „Volksgetränk“ unpopulär zu machen.

Ob diese Unterschiede auf fiskalischem Gebiet auf die Dauer die Wirtschaftsunion ernstlich beeinträchtigen können, ist schwer zu entscheiden. Im allgemeinen neigt man in den Niederlanden und in Belgien zu der Ansicht, daß eine Angleichung notwendig ist, um zu einem gleichmäßigen Kostenniveau zu gelangen. Andererseits gibt es auch Vorbilder von gemeinsamen Märkten, bei denen diese Unterschiede nicht völlig aufgehoben wurden. Das nächstliegende ist die Belgisch-Luxemburgische Union: sowohl die Umsatz- als auch die Alkoholsteuern stimmen in beiden Ländern keineswegs überein, so daß auch nach mehr als 30 Jahren eines gemeinschaftlichen Marktes noch immer eine Grenzkontrolle besteht. Im Rahmen der Benelux trat das Problem der fiskalischen Angleichung zunächst in den Hintergrund, weil andere und schwerer wiegende Fragen der weiteren Entwicklung im Wege standen.

### *Das Problem der Liberalisierung*

Jahrelang war das Defizit der niederländischen Handels- und Zahlungsbilanz der entscheidende Faktor, der nicht nur die Zusammenarbeit mit der BLEU,

<sup>2</sup>) Ziegler a. a. O.

sondern darüber hinaus die gesamte soziale und ökonomische Politik der Niederlande beherrschte.

Der erste entscheidende Schritt in Richtung auf einen freieren Warenaustausch wurde im Jahre 1949 getan. Auf der Ministerkonferenz, die im März 1949 in Den Haag stattfand, wurde als Anfangsdatum der Wirtschaftsunion der 1. Juli 1950 vorgesehen. Um den Uebergang zu ermöglichen, beschloß man, ab 1. Juli 1949 mit der schrittweisen Liberalisierung im Rahmen einer sogenannten „Vor-Union“ zu beginnen.

Die Niederlande sollten in dieser Periode nicht nur die mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen gegenüber Belgien allmählich aufheben, sondern auch, im Sinne der im Juni 1948 im Château d'Ardenne gefaßten Beschlüsse, durch weitgehenden Abbau der Subventionen auf Lebensmittel, Kohlen usw. und der Preiskontrolle und Rationierung ihre Wirtschaft in beschleunigtem Tempo der belgischen anpassen.

Der Nachholbedarf der Niederlande war jedoch außerordentlich groß, und die BLEU hatte in besonderem Maße an Bedeutung als Lieferant gewonnen, weil Deutschland vor 1949 noch nicht in der Lage war, in nennenswertem Umfang Verbrauchs- und Kapitalgüter zu liefern. Die Folge war, daß das Defizit der Niederlande gegenüber der BLEU von Jahr zu Jahr stieg, obwohl auch die niederländische Ausfuhr regelmäßig zunahm. (Vgl. Tabelle 1.)

**Tabelle 1**  
*Handelsverkehr Benelux 1946 bis 1950*  
(Millionen Gulden)

	1946	1947	1948	1949	1950
Ausfuhr BLEU nach den Niederlanden .	301,4	521,4	730,4	760,0	1434,0
Einfuhr BLEU aus den Niederlanden .	168,3	292,3	421,9	507,0	721,5
Niederländisches Defizit gegenüber BLEU (Handelsbilanz) . .	133,1	229,1	308,5	253,0	708,9
Gesamt-Defizit der niederländischen					
a) Handelsbilanz		2386	2247	1498	2487
b) Zahlungsbilanz		1566	957	253	1091

Da die Niederlande auch gegenüber den anderen Handelspartnern — namentlich gegenüber Ländern mit harter Währung — laufend Defizite aufzuweisen hatten, mußte ein wesentlicher Teil der Importe aus Belgien und Luxemburg durch Kredite der Belgischen Nationalbank finanziert werden. Trotzdem mußten die Niederlande wiederholt Gold- und Devisenzahlungen leisten, und zwar 92 Millionen Gulden vor dem 1. Juli 1947 und 147,4 Millionen zwischen dem 1. Juli 1947 und dem 31. Juli 1948. Damals wurden die ursprünglichen Kontingente der Einfuhr aus der BLEU, die bis Mitte 1949 vorgesehen waren, um 14 vH gekürzt. Trotzdem mußten auch während dieser

Periode noch 20,7 Millionen Gulden fremde Devisen direkt abgetragen werden, während außerdem noch für 192 Millionen Gulden Mittel aus der Marshall-Hilfe eingesetzt wurden.

Unter diesen Umständen war es im Hinblick auf die vorgesehene Liberalisierung im Rahmen der Vor-Union von ausschlaggebender Bedeutung, daß die Vereinigten Staaten nur dann bereit waren, Belgien für das Finanzjahr 1949/50 Marshall-Dollars zur Verfügung zu stellen, wenn dieses Land seinerseits den vollen Gegenwert der Hilfe in der eigenen Währung an dritte Länder übertrug, wobei den Niederlanden der Löwenanteil zufallen sollte in Höhe von 101 Millionen Dollar (vor dem 20. September 1949 252 Millionen Gulden, danach 380 Millionen).

Darüber hinaus war Belgien auf Grund einer Garantie der OEEC bereit, einen weiteren langjährigen Kredit von 38 Millionen Dollar einzuräumen. Trotzdem konnten sich die Regierungen zunächst nicht über die Liberalisierungsmargen einigen. Auch hier brachte wieder ein „deus ex machina“ die Lösung: am 20. September 1949 wurde der Gulden mit ca. 30 vH abgewertet, der belgische Franc jedoch nur mit 12 vH. Die Annahme schien gerechtfertigt, daß hierdurch der Export von den Niederlanden nach Belgien stimuliert, die Einfuhr jedoch infolge der um 27 vH höheren Preise gebremst würde. Außerdem war nunmehr der Gegenwert der „conditional aid“ in belgischen Francs um 12 vH gestiegen. Daraufhin wurde im Oktober der Vor-Union-Vertrag mit rückwirkender Kraft ab 1. Juli 1949 unterzeichnet und 30 vH der niederländischen Einfuhr aus der BLEU auf die „Freie Liste“ gesetzt. Die meisten Metall- und Textilwaren blieben vorläufig noch kontingentiert. Nachdem jedoch im Dezember Walzeisen ebenfalls liberalisiert worden war, folgte am 1. April 1950 der gesamte Textilsektor, so daß von diesem Zeitpunkt ab 95 vH der Einfuhr aus der BLEU ungehindert stattfinden konnte.

Die Wirtschaft Belgiens und Luxemburgs profitierte dadurch in vollem Ausmaß von der Zusammenarbeit im Benelux-Rahmen: weder Zölle noch Kontingente hinderten den freien Zutritt zum niederländischen Markt, wo eine wachsende Bevölkerung noch immer einen erheblichen Nachholbedarf hatte. Dritte Länder dagegen mußten in den Niederlanden den gleichen Zoll bezahlen, der die Industrie auf dem eigenen Markt schützte, während die niederländische Liberalisierung im Rahmen der EZU nur allmählich die 75 vH erreichte, die auch Ende 1953 noch nicht überschritten waren.

Der Vorteil der Vor-Union war aber keinesfalls einseitig. Wie aus Tabelle 1 deutlich ersichtlich ist, nahm der gegenseitige Güteraustausch schnell zu. Vor allem, nachdem Ende 1949 die Rationierung von Textilartikeln in den Niederlanden abgeschafft worden war, strömten die Waren nach dem Norden.



Als am 1. Juli 1950 die EZU ihre Tätigkeit aufnahm, bestand daher trotz der Marshall-Hilfe eine Schuld der Niederlande gegenüber Belgien von 140,6 Millionen Gulden, die über die EZU bis 1954 abgelöst werden sollte. Darüber hinaus war im Finanzjahr 1949/50 für 144,4 Millionen Gulden über belgische Gegenwertfonds verfügt worden, die nicht aus Schenkungen, sondern aus Dollaranleihen entstanden waren und die in den Jahren 1956 bis 1981 fällig werden sollten<sup>3</sup>.

### *Die Auswirkungen der Koreakrise und ihre Ueberwindung*

Ende 1950 wurden die Folgen des Konfliktes in Korea spürbar und warfen auch im Rahmen der Benelux alle Erwartungen über den Haufen. Hierbei spielte vor allem die Tatsache eine Rolle, daß infolge der verschiedenen Zusammensetzung des Exports die Preisrelation zwischen Ausfuhr und Einfuhr bei den beiden Partnern eine entgegengesetzte Entwicklung nahm: da die Frage nach Erzeugnissen der Schwerindustrie der BLEU stieg, nahmen die Exportaufträge bei steigenden Preisen zu, so daß 1951 die Ausfuhr einen gewaltigen Aufschwung nahm (Ausfuhr der eisenhaltenden und -verarbeitenden Industrie im Monatsdurchschnitt [in Millionen belgischen Francs]: 1949 = 2793; 1951 = 5163; 1952 = 5655). Andererseits liefern die Niederlande in großem Umfang hochwertige Verbrauchsartikel, vor allem landwirtschaftliche Produkte, die im Rahmen einer Bewaffnungskonjunktur nicht als lebenswichtig angesehen werden.

Infolgedessen wies die belgische Handelsbilanz 1951 einen Ueberschuß von 5154 Millionen belgischen Francs aus, was teilweise dadurch hervorgerufen wurde, daß die Ausfuhrpreise in stärkerem Maße stiegen als die Einfuhrpreise. Tabelle 2 zeigt, daß in den Niederlanden die Entwicklung umgekehrt verlief, so daß 1951 gegenüber 1948 etwa 1150 Millionen Gulden mehr an fremder Valuta gezahlt werden mußten. Belgien dagegen konnte seine Position um 115 Millionen Gulden verbessern.

**Tabelle 2**  
*Verhältnis von Ausfuhr- zu Einfuhrpreisen*  
(1948 = 100)

		BLEU <sup>1</sup>	Niederlande
1950	1. Viertel . . . . .	94	98
	2. Viertel . . . . .	92	91
	3. Viertel . . . . .	93	86
	4. Viertel . . . . .	90	88
1951	1. Viertel . . . . .	95	87
	2. Viertel . . . . .	97	87
	3. Viertel . . . . .	103	86
	4. Viertel . . . . .	105	89

<sup>3</sup>) Die 140,6 Millionen Gulden „EZU-Schuld“ wurden inzwischen abgelöst; die 144,4 Millionen Gulden waren zum 1. Januar 1954 auf 50 Millionen reduziert.

Wie in den meisten anderen Ländern nahm auch in den Niederlanden die Einfuhr unter dem Einfluß der panikartigen Stimmung und infolge der Hamsterkäufe eines großen Teils der Bevölkerung einen außerordentlichen Umfang an. Zusammen mit der ungünstigen Preisrelation war dies die Ursache einer erneuten Verschlechterung der Handelsbilanz, die im ersten Halbjahr 1951 ein Defizit von mehr als 1700 Millionen Gulden auswies, während der Fehlbetrag der Zahlungsbilanz 800 Millionen betrug. Schon Anfang 1950 war es deutlich geworden, daß es nicht möglich war, die völlige Wirtschaftsunion am 1. Juli 1950 in Kraft treten zu lassen. Im Sommer 1951 war der Zustand so ungünstig, daß ernstlich erwogen werden mußte, ob die Liberalisierung im Rahmen der Vor-Union in vollem Umfang aufrechterhalten werden könnte. Dadurch, daß die Beneluxländer untereinander in größerem Ausmaß liberalisiert hatten als gegenüber den anderen Mitgliedern der EZU, hatte die niederländische Position innerhalb der Zahlungsunion sich besonders ungünstig gestaltet, während die BLEU der größte Gläubiger war. Tatsächlich stand am 31. Juli 1951 dem Ueberschuß der BLEU von 292,5 Millionen Verrechnungseinheiten ein niederländisches Defizit von 297,3 Millionen gegenüber.

Die Beneluxpartner erwogen unter diesen Umständen, die niederländischen Einfuhrkontingente im nichtliberalisierten Sektor drastisch einzuschränken. Die Folgen wären jedoch für die BLEU untragbar gewesen, so daß eine Zwischenlösung in dem Sinne gefunden wurde, daß die von den Niederlanden über die EZU vorzunehmende Schuldablösung um vier Monate verschoben werden sollte. Dadurch sollte während der Periode September bis Dezember 1951 das niederländische Defizit bei der EZU um etwa 14 Millionen Verrechnungseinheiten verringert werden.

Eine neue, unvorhergesehene Wendung sorgte innerhalb kurzer Zeit dafür, daß das niederländische Defizit aufhörte, die Entwicklung der Benelux zu überschatten. Im August 1951 begann der „Korea-effekt“ an Einfluß zu verlieren, während die Maßnahmen, welche die Niederlande im Frühjahr 1951 getroffen hatten, um den Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz wiederherzustellen, in vollem Umfang wirkten. Im zweiten Halbjahr 1951 ging das Defizit der Handelsbilanz auf 559 Millionen Gulden zurück; die Zahlungsbilanz wies einen Ueberschuß von 252 Millionen Gulden auf, während das Defizit bei der EZU sich um mehr als die Hälfte auf 147,6 Millionen Verrechnungseinheiten verminderte.

Diese Entwicklung hat sich inzwischen ununterbrochen fortgesetzt, so daß der Gold- und Devisenbestand der Nederlandse Bank, der im Juni 1951 nicht mehr als 960 Millionen Gulden betragen hatte, Ende 1953 beinahe den Betrag von 4500 Millionen erreichte.

Auch im Verhältnis zur BLEU machte sich diese Umkehr geltend. Tabelle 3 zeigt, daß das Defizit der Niederlande im gegenseitigen Handelsverkehr in den letzten Jahren unbedeutend geworden ist.

**Tabelle 3**  
*Handelsverkehr Benelux 1950 bis 1953*  
(Millionen Gulden)

	1950	1951	1952	1953 (Jan.—Nov.)
Ausfuhr BLEU nach den Niederlanden . .	1430	1767	1447	1376
Einfuhr BLEU aus den Niederlanden . . .	722	1079	1240	1159
Niederländisch. Defizit	708	688	207	217

Auf monetärem Gebiet besteht somit kein Problem mehr, das der endgültigen Verwirklichung der völligen Wirtschaftsunion im Wege stünde. Auf der Ministerkonferenz, die am 9. Dezember 1953 in Luxemburg stattfand, wurde daher auch beschlossen, innerhalb kurzer Frist die Einschränkung des Kapitalverkehrs zwischen den Partnern aufzuheben und auf handelspolitischem Gebiet gegenüber dritten Ländern als ein einheitliches Wirtschaftsgebiet aufzutreten.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß zwischen den Niederlanden und der BLEU keinerlei Schwierigkeiten mehr vorhanden sind. Von Anfang an fühlte sich die Landwirtschaft in Luxemburg und Belgien von der niederländischen Konkurrenz bedroht. Seitdem die niederländische Verbrauchsgüterindustrie wieder leistungsfähig und der Nachholbedarf in den Niederlanden weitgehend gesättigt ist, sind auch eine Anzahl Industriezweige in Belgien weniger begeistert über den gemeinsamen Markt, als sie es am Beginn der Vor-Union waren. Damals fanden sie in den Niederlanden ein willkommenes Absatzgebiet, heute müssen sie im eigenen Land mit niederländischen Fabrikanten konkurrieren. Dadurch ist das Problem der Produktionskosten von entscheidender Bedeutung geworden.

#### *Die Schwierigkeiten einer gemeinsamen Agrarpolitik*

Es war von vornherein deutlich, daß ein gemeinschaftlicher Markt für Produkte der Landwirtschaft nur nach Ueberwindung außerordentlicher Schwierigkeiten erreicht werden kann. Während in Zeiten einer normalen Konjunktur alle drei Partner einen erheblichen Teil ihrer Industrieerzeugnisse exportieren müssen und dadurch gezwungen werden, die Preise im großen und ganzen dem Weltmarktniveau anzupassen, liegt der Fall bei der Landwirtschaft ganz anders.

Sowohl in Belgien als auch in Luxemburg produziert die Landwirtschaft von jeher fast ausschließlich für den einheimischen Markt. Daher wird die belgische Agrarpolitik unter defensiven Gesichtspunkten

geführt. So wurden während der Krise in den dreißiger Jahren die einzelnen Bauern nicht nur durch Zölle, sondern auch durch Kontingente gegen eine übermäßig große Einfuhr geschützt. Außerdem wurden in gewissem Umfang Subsidien gezahlt, um auf diese Weise die einheimische Erzeugung auch dann anzuregen, wenn die Selbstkosten erheblich über dem Durchschnitt lagen. Auf diese Weise behielt die Landwirtschaft in der BLEU ihren gemischten Charakter, d. h. die einzelnen Betriebe spezialisierten sich nur in Ausnahmefällen.

Demgegenüber sind die Niederlande in großem Maße auf den Export landwirtschaftlicher Produkte angewiesen. So entfielen im Jahre 1952 von der gesamten Ausfuhr von 8089 Millionen Gulden 2743 Millionen (32 vH) auf Erzeugnisse der Landwirtschaft, obwohl nur 20 vH der Berufstätigen in diesem Sektor beschäftigt sind. Die Niederlande haben schon lange vor dem Krieg eine bewußte, auf Ausfuhr abgestellte Agrarpolitik betrieben, die sich nicht lediglich auf Schutzzölle und Kontingente stützte, mit der Folge, daß die Bauern sich frühzeitig auf hochwertige Produkte spezialisierten und lernten, in Genossenschaften zusammenzuarbeiten. Während der Weltkrise diente die genossenschaftliche Organisation als Grundlage für eine Politik, die auf einer Art Symbiose von beruflicher Selbstverwaltung und staatlicher Intervention beruhte. Dabei bestand die staatliche Assistenz nicht nur in protektionistischen Methoden, wie Kontingenten, Anbau- und Zuchtkontrollen, Egalisationsfonds und Richtpreisen. Auch die von jeher vorbildliche landwirtschaftliche Berufsschulung und das Netz von Agronomen und anderen staatlichen Sachverständigen, von dem das ganze Land bedeckt war, wurden erheblich ausgedehnt und verbessert.

Die niederländische Landwirtschaft hat dadurch einen hohen Stand der Technik erreicht. Obwohl auch die Erträge der belgischen Bauern im Weltmaßstab sehr hoch liegen, droht von niederländischer Seite, vor allem für tierische Produkte, eine ernste Konkurrenz. Hierbei spielt neben den technischen und organisatorischen Errungenschaften der niederländischen Agrarproduzenten auch die Tatsache eine Rolle, daß die allgemeine Wirtschaftspolitik der beiden Länder das gesamte Kostenniveau in verschiedener Weise beeinflusste. Für die Landwirtschaft gilt dies vor allem hinsichtlich der Pachten, die in den Niederlanden von jeher niedrig gehalten wurden, nach dem Kriege ebenso wie die Mieten — im Gegensatz zu Belgien — stabilisiert waren und später nur mäßig erhöht wurden. Dazu kommt eine Politik mäßiger Zinssätze und niedriger Nominallöhne, obwohl gerade die Kaufkraft der Landarbeiter in den Niederlanden gegenüber der Zeit vor dem Kriege sehr stark gestiegen ist. Darüber hinaus werden in Belgien nur 33,31 vH des Bodens durch Eigentümer bewirtschaftet (1950) gegen 42,8 vH in den Niederlanden (1948),



während hier außerdem durch großzügige Flurbereinigung eine erhebliche Kostensenkung erreicht wird.

Alles in allem wird angenommen, daß der Unterschied der belgischen und niederländischen Selbstkosten ungefähr 25 vH beträgt. Unter diesen Umständen waren alle Partner der Ansicht, daß die belgisch-luxemburgische Landwirtschaft zunächst gegen eine unbegrenzte Konkurrenz geschützt werden mußte. Allerdings wollte man dabei die mengenmäßige Kontrolle durch Kontingente und Einfuhrverbote möglichst vermeiden. In dem „Landwirtschaftsprotokoll“ vom 9. Mai 1947 wurde daher die Möglichkeit geschaffen, durch bindend vorgeschriebene Mindestpreise den Bauern einen angemessenen Gewinn zu garantieren. Nur im Falle äußerster Notwendigkeit kann zu mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen übergegangen werden, wobei dann aber automatisch dem Partnerland eine Vorzugsstellung gegenüber Dritten eingeräumt wird, die praktisch ein Einfuhrmonopol mit sich bringt.

Da das Protokoll vom Mai 1947 die Feststellung von Mindestpreisen und Kontingenten sowie die Einziehung von Ausgleichssteuern einseitig dem importierenden Land überließ, wünschten die Niederlande nach Einführung der Vor-Union eine Aenderung des Systems, um dadurch den Uebergang zur völligen Wirtschaftsunion zu erleichtern. Seit dem 1. Januar 1951 werden daher die Mindestpreise auf bestimmte Produkte beschränkt und durch eine gemeinsame Kommission von Beamten der zuständigen Ministerien der drei Länder festgestellt, während die Einnahmen aus den Ausgleichszahlungen zu gleichen Teilen den beiden jeweils betroffenen Partnern zufließen. Nur in Ausnahmefällen kann ein Land einseitige Maßnahmen treffen. Hiervon wird aber nur selten Gebrauch gemacht.

Im allgemeinen arbeitet dieses System zur Zufriedenheit beider Teile: die belgische Landwirtschaft ist geschützt gegen unlautere Konkurrenz, die Niederlande können auf der gleichen Basis wie die einheimischen Produzenten in den Partnerländern verkaufen, während dritte Länder im Hinblick auf „empfindliche“ Artikel ausgeschlossen sind, solange die Niederlande imstande sind, die Nachfrage zu decken.

Die agrarische Ausfuhr aus den Niederlanden nach Belgien hat sich daher auch sehr günstig entwickelt. (Vgl. Tabelle 4.)

Tabelle 4

*Agrarische Ausfuhr der Niederlande nach Belgien*  
(Millionen Gulden)

1948 . . . . .	211	1951 . . . . .	326
1949 . . . . .	265	1952 . . . . .	400
1950 . . . . .	274	1953 (Jan.—Sept. umgerechnet auf 12 Monate)	321

Trotz dieser Entwicklung werden von verschiedenen Seiten Bedenken gegen die Weise geäußert, in welcher die Protokolle angewandt werden. Nach holländischer Ansicht sollte die Uebergangszeit benutzt werden, um die Struktur der Landwirtschaft in allen drei Ländern so aufeinander abzustimmen, daß in nicht allzu langer Zeit ein einheitlicher Markt verwirklicht werden kann.

Die Freien Belgischen Gewerkschaften sind der Meinung, daß protektionistische Maßnahmen nur insoweit gerechtfertigt sind, als dadurch die Unterschiede in den Selbstkosten ausgeglichen werden, deren Ursachen nicht auf geringerer Leistungsfähigkeit bei anderweitig gleichen Voraussetzungen beruhen. Das heutige System schützt zahllose Betriebe, deren Produktivität durch bessere Technik und Organisation erheblich verbessert werden könnte. Dadurch werden die Lebenshaltungskosten in Belgien unnötig hoch gehalten, wodurch wiederum die industrielle Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt wird.

Im allgemeinen nimmt man auf belgisch-luxemburgischer Seite an, daß eine Erhöhung der Kaufkraft in den Niederlanden viel dazu beitragen könnte, den Unterschied im Lebensstandard zwischen den Partnerländern auszugleichen, während dadurch auch der inländische Verbrauch von hochwertigen Agrarprodukten steigen würde<sup>4</sup>. Obwohl das Problem der Lebenshaltung ernste Betrachtung verdient, ist es jedoch wenig realistisch anzunehmen, daß der niederländische Agrarexport durch inländischen Konsum nennenswert verringert werden könnte. Auf die Dauer wird nichts anderes übrigbleiben, als die durch das Landwirtschaftsprotokoll geschaffene Uebergangsperiode zu benutzen, um eine gemeinschaftliche Agrarpolitik zu entwerfen und schrittweise durchzuführen.

#### *Die Unterschiede im Lohn- und Preisniveau*

Der Unterschied zwischen den Faktoren, die den Selbstkostenpreis in den Benelux-Ländern bestimmen, spielt nicht nur in der Landwirtschaft eine erhebliche Rolle. Auch in einigen Industriezweigen macht sich in den letzten Jahren in Belgien die niederländische Konkurrenz stärker als früher bemerkbar. Von belgischer Seite wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die niederländischen Fabrikanten infolge niedriger Löhne in der Lage sind, die einheimischen Preise zu unterbieten.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sowohl die Löhne wie auch die Preise in Belgien erheblich höher liegen als in den Niederlanden. (Luxemburg liegt auf einem noch höheren Niveau als Belgien.) Bemerkenswert ist die Tatsache, daß vor dem letzten Krieg die Situation umgekehrt war. (Vgl. Tabelle 5.)

<sup>4</sup>) „Conclusies van de Speciale Benelux-Commissie met betrekking tot het vraagstuk van loon- en prijsverhoudingen in de Belgisch-Nederlands-Luxemburgse Economische Unie“, Brüssel-Den Haag 1953.

Tabelle 5

Durchschnittsstundenlohn für Industriearbeiter  
(Indezahlen, Belgien = 100)

	1938	1951
Belgien . . . . .	100	100
Deutschland . . . . .	181	77
Niederlande . . . . .	156	70

Errechnet man an Hand der Indezahlen für die nominellen Löhne und für die Lebenshaltungskosten die realen Löhne, dann ergibt sich für den belgischen Arbeiter eine Kaufkraft von 124 im März 1953 gegenüber 100 im Jahre 1938 und für seinen holländischen Kollegen von 104 im Jahre 1952 gegenüber 100 in der Periode 1938/39. Da in den Niederlanden am 1. Januar 1954 Lohnerhöhungen und Steuersenkungen stattfanden, von denen etwa 3 vH zum Ausgleich einer Mieterhöhung und 4—10 vH<sup>5</sup> zur Erhöhung der Kaufkraft dienen, wird der erwähnte Unterschied erheblich geringer.

Trotzdem bleibt der große Unterschied zwischen den nominellen Löhnen, der eine Folge der diametral entgegengesetzten Wirtschaftspolitik nach dem Kriege ist, im wesentlichen bestehen. In Anbetracht dieser Schwierigkeiten hatten die Regierungen im Oktober 1952 beschlossen, eine „Besondere Kommission“ aus Vertretern der wichtigsten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen der drei Länder unter dem Vorsitz der Arbeits- und Wirtschaftsminister zu beauftragen, „die Elemente zu untersuchen, welche die Lohn- und Preispolitik bestimmen“. Die Kommission kam Ende 1953 zu dem Ergebnis, daß der wirtschaftliche Zustand in allen drei Ländern momentan genügend Uebereinstimmung aufweise, um zu einer Koordination der ökonomischen, monetären und sozialen Politik innerhalb der einzelnen Länder übergehen zu können. Weiterhin war die Kommission der Ansicht, daß die Kaufkraft der Löhne in den Niederlanden dem belgischen Niveau angepaßt werden sollte, und stellte fest, daß die Lohnerhöhung, die am 1. Januar 1954 in Kraft tritt, einen begrüßungswerten Schritt in dieser Richtung darstellt. Hinsichtlich der nominellen Löhne kann nicht erwartet werden, daß die Niederlande den belgischen oder den luxemburgischen Stand in absehbarer Zeit erreichen, aber die Vertreter dieser beiden Länder hielten es für erwünscht, daß wenigstens danach gestrebt wird, die Löhne in den Niederlanden auf den Stand zu bringen, der im allgemeinen in Westeuropa vorherrschend ist<sup>6</sup>.

Der Allgemeine Belgische Gewerkschaftsbund, der das Benelux-Problem in engem Kontakt mit seiner holländischen Schwesterorganisation behandelt, hat

seit langem darauf hingewiesen, daß die holländischen Löhne durchaus nicht die einzige Ursache für die Rückschläge bilden, von denen einige Industriezweige in Belgien getroffen wurden. Vor allem die Protektion der Landwirtschaft, die weitgehende Lockerung der Mietkontrolle, der stark überbesetzte Klein- und Großhandel und das System der indirekten Steuern hatten zusammen mit der vorzeitigen Aufhebung der Preiskontrolle und der Subsidien zur Folge, daß das allgemeine Kostenniveau in Belgien in keinem Verhältnis mehr zu dem in den meisten Nachbarländern steht. Die Freien Belgischen Gewerkschaften fordern darum, daß sowohl in den einzelnen Industriezweigen als auch für die gesamte Wirtschaft der Benelux-Länder eine eingehende Untersuchung durchgeführt wird. Nur auf diese Weise kann festgestellt werden, wo die wirklichen Ursachen der unterschiedlichen Kosten liegen.

#### Schutzmaßnahmen für „empfindliche“ Industrien

Inzwischen mußten aber die Regierungen praktische Maßnahmen treffen, um zu vermeiden, daß übermäßig große Exporte der Niederlande in gewissen „empfindlichen“ belgischen Industriezweigen zu wachsender Arbeitslosigkeit führten. Diese Gefahr drohte vor allem 1952, als allgemein die Umsätze von Verbrauchsgütern zurückgingen. Daher wurden im Oktober 1952 neben der „Besonderen Kommission“ Ausschüsse für einige „empfindliche“ Sektoren eingesetzt, die Vorschläge machen sollten, auf welche Weise die drohende Gefahr aufgefangen werden könnte, ohne daß die Vor-Union an sich beeinträchtigt würde. Auch in diesen Ausschüssen waren die Sozialpartner vertreten.

Nachdem bereits vorher eine Anzahl holländischer Industriezweige zu freiwilligen Exporteinschränkungen übergegangen waren, wurden auf der Ministerkonferenz vom 24. Juli 1953 einige Maßnahmen festgelegt, wonach unter ganz bestimmten Bedingungen Industriezweige, die „durch einen besonders ernsten und gefährlichen Zustand in ihrer Existenz bedroht werden“, in gewissem Ausmaß geschützt werden können. Auf Grund dieses Protokolls wurden bisher lediglich kunstseidene Stoffe, Charmeuse und wollene Handstrickgarne geschützt, während für Wollstoffe die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist. Viel umfangreicher ist die Liste der Artikel, für die freiwillige Uebereinkommen getroffen wurden: Holzmöbel, Lederschuhe, Erzeugnisse der graphischen Industrie, emaillierte Kochtöpfe, Papier und verschiedene Papierwaren, Oefen, Zigarren, Zuckerwaren und bedruckte Kunstseiden- und Baumwollstoffe.

Alle Maßnahmen sollen nur vorübergehend sein. Darum besteht die Absicht, einen Ausgleichsfonds zu schaffen, der „empfindliche“ Industrien durch Kredithilfe in die Lage versetzen soll, ihre Produktions-

<sup>5</sup>) Auf dem Lande ist die Erhöhung größer als in den Städten; außerdem erhalten gelernte Arbeiter einen Extra-Zuschlag von 2 vH.

<sup>6</sup>) Conclusies van de speciale Benelux-Commissie, a. a. O.



methoden derart zu verbessern, daß sie nach einer gewissen Zeit konkurrenzfähig sind.

*Liberalisierung des Kapitalverkehrs und gemeinsame Handelspolitik*

Der Gedanke eines Ausgleichsfonds konnte nur darum ins Auge gefaßt werden, weil die niederländische Wirtschaft sich in einem solchen Ausmaß erholt hat, daß selbst eine gewisse Kapitalausfuhr nach Belgien als unbedenklich angesehen werden kann. Noch Ende 1951 betrug der Devisenvorrat der Nederlandse Bank nicht mehr als 17 vH des Einfuhrwertes gegenüber 41 vH in Belgien. Ende 1952 lagen beide Länder beinahe gleich mit 43 vH in den Niederlanden und 44 vH in Belgien. Diese günstige Entwicklung kommt auch darin zum Ausdruck, daß die drei Regierungen im Dezember 1953 beschlossen, innerhalb absehbarer Zeit den Geld- und Kapitalverkehr völlig zu liberalisieren, d. h. ihre Währungen untereinander konvertierbar zu machen. Weiterhin soll die Benelux gegenüber dritten Handelspartnern als Einheit auftreten.

Schon bisher nahm eine gemeinsame Benelux-Delegation die Interessen der Zollgemeinschaft bei den Tarifverhandlungen im Rahmen des GATT wahr, während sich die jeweiligen Partner bei bilateralen Handelsbesprechungen durch einen Beobachter vertreten lassen konnten. Nunmehr sollen auch derartige Verhandlungen im Benelux-Rahmen geführt werden.

*Benelux als Vorbild*

Die bisherige Geschichte der Benelux-Union beweist die ganze Problematik, mit der das Streben

nach wirtschaftlicher Integration hochentwickelter Länder behaftet ist. Andererseits hat dieses Experiment jedoch gezeigt, daß immer wieder ein Ausweg aus — oftmals vorübergehenden — Schwierigkeiten gefunden wird, so daß der Anpassungsprozeß sich langsam, aber sicher durchsetzen kann.

Besonders verheißungsvoll erscheint, daß in steigendem Maße die Interessenvertretungen der Wirtschaft, d. h. die Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen, an den Unterhandlungen teilnehmen und daß bei verschiedenen Gelegenheiten freiwillige Maßnahmen getroffen werden konnten. Auf diese Weise ist es möglich gewesen, daß die von Zeit zu Zeit auftauchende Erregung einzelner Interessengruppen immer auf das rechte Maß zurückgeführt wurde, so daß schließlich eine Atmosphäre entstand, in der ernster Wille zur Zusammenarbeit die Oberhand gewonnen hat.

Blickt man zurück auf sechs Jahre Benelux-Politik, dann kann man feststellen, daß hier in einer relativ kurzen Zeitspanne, oft unter kritischen Verhältnissen, viel erreicht worden ist. Wenn auch die Probleme der europäischen Integration oft anders geartet sind als die der Benelux-Partner, so wird hier doch ein Vorbild gegeben, auf welche Weise eine Zusammenarbeit schrittweise verwirklicht werden kann, wenn die Beteiligten sich darüber klar sind, daß wir nicht die Wahl haben zwischen dem Idyll der nationalen Wirtschaft von einst und den mitunter unüberwindlich erscheinenden Aufgaben, die jede Veränderung mit sich bringt, sondern daß die Alternative unwiderföhrlich ist: zusammenarbeiten oder untergehen.

*Literaturhinweise*

- „Prae-adviezen voor de Benelux-Studieconferentie“, Nederlands Verbond van Vakverenigingen. Amsterdam 1950.
- Dr. M. Weisglas: „Benelux“. Amsterdam 1949.
- „Memento économique. Le Bénélux“. Institut national de la statistique et des études économiques. Paris 1953.
- Prof. G. Brouwers: „Benelux“, in: *Economisch-Statistische Berichten*, September 1953.
- Dr. F. Hartog: „Het Benelux-effect“, in: *Economisch-Statistische Berichten*, September 1953.
- „Conclusies van de speciale Benelux-Commissie met be-

- trekking tot het vraagstuk van loon- en prijsverhoudingen in de Belgisch-Nederlands-Luxemburgse Economische Unie“. Brüssel — Den Haag 1953.
- „Documentatie-Nota inzake het vraagstuk van lonen en prijzen in Benelux-Verband“. Brüssel — Den Haag 1953.
- „Situation et problèmes de l'économie des pays du Bénélux“. OEEC C(53)263/02,03. Paris 1953.
- Dr. Gert Ziegler: „Das Benelux-Abkommen vom 1. Januar 1948“, in: *Europa-Archiv* 3/1948.
- Statistiken: Jahresberichte und Uebersichten der OEEC und der ECE.

## Politik des Reisens?

Eine Untersuchung über die Bedeutung von Auslandsreisen für die Schaffung eines Europabewußtseins\*

### II. Teil: „Austausch“ und Europabewußtsein

#### Skizze einer Typologie der Auslandsreisen

Im Anschluß an die historische Darstellung von *Tourismus* lassen sich, mit der in solchen Fällen nie zu umgehenden Vereinfachung, drei Haupttypen von Auslandsreisen herausheben: Berufs- und Geschäftsreisen im weitesten Sinne des Wortes, Erholungs- und Vergnügungsreisen, „Politische Reisen“.

Den beruflichen und geschäftlichen Reiseverkehr zwischen den europäischen Ländern können wir in den weiteren Zusammenhang der Integration der europäischen Arbeitskraft stellen. Veränderungen im Umfang und im Gefüge der europäischen Wirtschaft wirkten sich zwangsläufig auch auf der Seite der Arbeitskraft aus<sup>1</sup>. Die notwendigen betrieblichen Veränderungen erfordern schon auf der Ebene einer Volkswirtschaft eine Fülle von Dispositionen über die verfügbaren Arbeitskräfte, die mit Ortsveränderungen von kürzerer oder längerer Dauer verbunden sind. Das ist auf der europäischen Ebene nicht anders. Die Integration der europäischen Arbeitskraft, eine notwendige Folge der wirtschaftlichen Integration, wirft Probleme auf, die in ihrer ganzen Tragweite noch kaum überschaubar sind (unter anderem Verschiedenheit der Sprachen, Unterschiede der kulturellen, zivilisationschen und sozialen Lebensansprüche, unverschieblicher Stand der Löhne und Lebenshaltungskosten, Unterschiede der Sozialgesetzgebung und der sozialen Einrichtungen in den europäischen Ländern). „Uebereinstimmung besteht eigentlich nur in dem Mangel an Wohnraum und den behelflichen Verhältnissen, die zwar heute nicht mehr das touristische Reisen, wohl aber den Grenzübertritt zum Zwecke der Arbeitsaufnahme hemmen!“

Die Entwicklung des europäischen Tourismus ist von *Troost* bereits skizziert worden. Der gesellschaftliche Umschichtungsprozeß unserer Zeit erfährt nicht nur den Bereich der materiellen Substanz, sondern berührt notwendigerweise auch den geistigen Hintergrund des Reisens. Die Steigerung des europäischen Fremdenverkehrs ist ein bedeutendes wirtschaftliches Problem, mit dem sich denn unter anderem auch der

Europäische Wirtschaftsrat beschäftigt<sup>2</sup>. Unter dem Gesichtspunkt der europäischen gesellschaftlichen Integration wird man die Bedeutung des Tourismus nicht allzu hoch veranschlagen dürfen.

Bis zum Anfang unseres Jahrhunderts reisten — von Einzelercheinungen, wie dem Gesellenwandern und der Auswanderung nach Uebersee, abgesehen — fast nur die Angehörigen der höheren sozialen Schichten und ein verhältnismäßig kleiner Kreis von Künstlern und Intellektuellen über die deutschen Grenzen. Sie hatten im allgemeinen feste Vorstellungen von ihrer Stellung in der Gesellschaft und geprägte Lebensformen, die sich nicht wesentlich von denen des Gastlandes unterschieden. Das Bürgertum aber reiste ohne jenes „europäische Bewußtsein“, das noch der Adel des 18. Jahrhunderts besaß. Sein Denken wurde weiterhin durch die Ideologie der Nationalstaaten geprägt. Der politische Ertrag dieser Reisen ist gering geblieben, weil das, was jenseits der Grenzen anzog, soweit es nicht um Geschäfte, Kunst und Landschaft waren. Man suchte das Bildungserlebnis und ging an den Möglichkeiten der Bereicherung des politischen Bewußtseins vorbei. In der gleichen Zeit verlor das Wandern der Handwerksgehlen durch die Industrialisierung seine Bedeutung. An ihre Stelle traten in gewissem Umfang die reisenden Industriearbeiter, die meist politisch uninteressiert waren<sup>3</sup>.

In Deutschland besaßen die „Kraft-durch-Fremde-Reisen“ die Möglichkeit zu Auslandsreisen von Arbeitern und Angestellten in einem Umfang und in einer Form, die bislang ungenutzt waren. Ihnen sollte „Kraft durch Fremde“ Cook und Seelicker ersetzen. Dahinter stand das Ziel der sozialen Umstellung im Zeichen der Volksgemeinschaft. Arbeiter reisen nach Madeira und den norwegischen Fjorden sollten den anstehenden kulturellen Lebensstandard und die Besetzung aller Klassenunterschiede demonstrieren. Das war keine organisch gewachsene, sondern eine organisierte Lebensform, die bewußt

\* Vgl. dazu den I. Teil: „Europareisen und Europabewußtsein in der Neuzeit“, von Prof. Dr. Wilhelm *Troost* in Europa-Archiv 2/1954, S. 1235 ff. Der hier folgende Teil

der Untersuchung wurde im Institut für Europäische Politik und Wirtschaft unter der Leitung von Dr. Walther *Karber* erarbeitet.



nach kleinbürgerlichen Wunschvorstellungen zugeschnitten wurde. Im Verhältnis zu der Propagandawirkung innerhalb Deutschlands und im Ausland blieb der Kreis der Teilnehmer klein. Während die KdF-Reisen eine weltoffene fortschrittliche Sozialpolitik vortäuschten, sollte eine immer strengere Ueberwachung des Auslandsverkehrs, insbesondere des Auslandsstudiums, dafür sorgen, daß nur entsprechend geschulte und im nationalsozialistischen Sinne zuverlässige Reisende ins Ausland kamen. Wenn dieses Ziel auch bis zum Kriegsausbruch nicht ganz verwirklicht werden konnte, so kann man doch in der nationalsozialistischen Auslandsarbeit mit ihrem weiten Schulungs- und Spitzelnetz den Rohentwurf einer totalitären „Reisepolitik“ erkennen, die den Gedanken der Völkerverständigung in sein Gegenteil verwandelt.

An der großen Zahl der in den letzten Jahren in Deutschland touristisch Reisenden, die allen sozialen Schichten angehören, überrascht vor allem die Tatsache, daß das Geld für Auslandsreisen in dieser Breite vorhanden ist. Es scheint heute jeder zu reisen, der wieder zu Geld gekommen ist. Das Geld aber scheint die tieferen Ueberlegungen über den Sinn der Auslandsreise auszuschalten; das Reisen scheint um des Reisens willen zu geschehen. 1952 reisten beispielsweise 500 000 Deutsche nach Italien.

### Europareisen und europäische Integration

*Treue* hat darauf hingewiesen, daß sich die verschiedenen Formen des abendländischen und europäischen Bewußtseins im Bereich der Kirche, des Rittertums und Adels vom Mittelalter bis zur Neuzeit jeweils in Verbindung mit großen gemeinsamen Aufgaben entwickelt haben.

Daraus wird deutlich, daß die Bildung eines europäischen Bewußtseins kein rein individueller Vorgang ist. Sie ist der Ausschnitt aus dem Integrationsprozeß, der von dem einzelnen Menschen erlebt wird. Es handelt sich dabei um mehr als um „Beziehungen“ oder „Wechselwirkungen“ zwischen den einzelnen als kulturellen Trägern eines wie immer gearteten „europäischen Gedankens“. Der einzelne kann sich nicht allein und nicht durch einen reinen Erkenntnisvorgang von den Stereotypen der nationalstaatlichen Betrachtungsweisen freimachen. Er wächst über sie hinaus, sobald er sich einer Aufgabe verpflichtet, die über den Bereich des Nationalen hinausgreift. Daher kann die Bildung eines europäischen Bewußtseins nicht isoliert betrachtet werden, sondern immer nur im Gesamtzusammenhang des Integrationsprozesses. Die Vorgänge, die sich dabei in den einzelnen Menschen vollziehen, die — oft ohne es zu wissen oder sogar gegen ihren Willen — in das Räderwerk dieses Prozesses gelangen, sind bisher noch kaum untersucht worden. Die organisatorischen

Bezeichnenderweise sind davon 65 vH auf den Landstraßen und nur 29 vH mit der Eisenbahn gefahren. Hier spricht die Zahl nicht nur für ein massenhaftes Reisen, sondern auch für die moderne Form des motorisierten Fremdenverkehrs. Der Anteil der durch Reisebüros organisierten Reisen ist im einzelnen nicht bekannt. Aber allein der optische Eindruck des zunehmenden Busverkehrs und der durch Anschläge angekündigten Sonderzüge der Bundesbahn läßt ihn als beträchtlich erscheinen. Dieser Teil gehört insoweit zu den „gelenkten Reisen“, als die Reisebüros eine Auswahl von attraktiven Reisezielen anbieten, die eine Begegnung mit den Kulturdenkmälern des Auslandes versprechen. Die Voraussetzung für die Beteiligung liegt ausschließlich im Geldbeutel; die Lenkung erfolgt nach kommerziellen Gesichtspunkten. Nichts ist mehr da von den Voraussetzungen einer einmal lebendigen Internationalität. Nichts kann für den politischen Ertrag unverbindlicher sein als diese Massentouristik. Ob darin noch Möglichkeiten für ein elementares Verständnis der Eigenart fremder Völker liegen, wäre einer eigenen Untersuchung wert. Je dürftiger die geistigen Voraussetzungen für diese Reisen sind, desto geringer wird auf jeden Fall der Ertrag für die Bildung eines Gefühls der Zusammengehörigkeit oder gar für das Bewußtwerden gemeinsamer Ziele und Aufgaben der europäischen Völker sein<sup>6</sup>.

Aufgaben der politischen und wirtschaftlichen Integration haben ein solches Uebergewicht, daß alle daran Beteiligten in Gefahr sind, die Bedeutung des Menschen und seiner geistigen Situation zu übersehen.

Nur so ist es zu erklären, daß auch die internationale und übernationale Verständigung heute vorwiegend als organisatorisches Problem gesehen wird. Als käme es nur darauf an, viele Angehörige verschiedener Nationen möglichst oft untereinander in Beziehung zu setzen! Alles übrige könne dann — so lautet die selten klar ausgesprochene und noch seltener zu Ende gedachte geltende Meinung — dem Spiel des Zufalls oder den in jedem einzelnen wirkenden individuellen und gesellschaftlichen Kräften überlassen werden. „Internationale Verständigung“ bedeutet in diesem Sinne ein geistiges Geben und Nehmen zwischen Angehörigen verschiedener Nationen: das Modell der liberalen Marktwirtschaft und des *laissez faire* wird auf die kulturellen Beziehungen übertragen.

Für uns ist wesentlich, daß sich aus dieser Vorstellung ein neuer Typ von Reisen herausgebildet hat, die in einem ganz anderen Sinn „gelenkte Reisen“ darstellen als der organisierte Fremdenverkehr. Gemeint sind die meist von privaten Organisationen veranstalteten, häufig mit öffentlichen Geldern finan-

zierten Auslandsreisen, die dem gegenseitigen Kennenlernen und der internationalen Verständigung dienen sollen. Zahlenmäßig fallen sie zwar in Deutschland mit, hoch geschätzt, etwa 200 000 Beteiligten pro Jahr gegenüber den touristischen Auslandsreisen nicht sehr ins Gewicht. Immerhin rechtfertigt schon diese Zahl (und die Höhe der aufgewandten öffentlichen Gelder) die Frage nach den politischen Auswirkungen dieser Veranstaltungen. Durch ihren Anspruch, zur internationalen Verständigung beizutragen, rücken sie in den Mittelpunkt unseres Interesses.

Hier muß hervorgehoben werden, daß die Problematik solcher gelenkten Auslandsreisen von den Veranstaltern und verantwortlichen Förderern selbst als ersten erkannt worden ist.

Die Gefahr, daß daraus ein politisierter Reise-

betrieb ohne klaren Sinn und Zweck wird, ist um so größer, als ja, wie wir gesehen haben, der Tourismus ganz allgemein zum „Betrieb“ zu entarten droht. Von der politischen Seite her droht die Gefahr, daß die ohne klares Ziel organisierten Reisen, insbesondere von Jugendlichen, in eine Art „europäischer Kraft-durch-Freude“ ausarten, das heißt, in Demonstrationsreisen, die eine Dynamik des Integrationsprozesses vortäuschen, die es in Wirklichkeit nicht gibt. Dies alles läßt eine Besinnung über Ziel und Wert dieser gelenkten Auslandsreisen dringend notwendig erscheinen. Als politische Aktionen müssen sie ins Leere verpuffen, solange kein klares politisches Ziel gesetzt ist. Sie können aber, wie der nachfolgende Beitrag zeigt, unabhängig von der jeweiligen politischen Situation, eine wesentliche Rolle im Rahmen der politischen Erziehung und Bildung spielen.

### Zur pädagogischen Problematik der europäischen politischen Bildung

Es ist hier nicht der Ort, die politische Bildung und politische Erziehung in ihrer ganzen Problematik darzustellen. Die allgemeine Diskussion<sup>7</sup> zeigt, daß die Problematik durch den Spannungsbogen gekennzeichnet ist, der zwischen den Thesen liegt: Der Mensch müsse politischer werden, und die Politik müsse menschlicher werden. Darunter liegt der Spannungsbogen der gegensätzlichen Wege zu solchen Zielen, nämlich entweder politisch sehr zu lernen und zu wissen oder sich politisch anders (= besser) zu verhalten. Zu den vielerlei Formen und Methoden dieser pädagogischen Aufgabe gehören nun diese Auslandsreisen, die sehr häufig mit „Austausch“ bezeichnet werden. Mit ihnen setzt — gewissermaßen unterhalb der Ebene, auf der sich die offizielle Integration vollzieht — ein pädagogisches Mittel ein, um durch internationale „Begegnungen“ im Bewußtsein der Menschen einen Unterbau für die Integration Europas zu schaffen.

Es gibt nun eine Reihe politisch-psychologischer und politisch-soziologischer Tatsachen, die die politische Bildung beeinflussen. Unter ihnen haben einige für den „Austausch“ besondere Bedeutung. Sie müssen hier vorausgeschickt werden, um die allgemeine Problematik zu kennzeichnen.

Die Menschen stimmen zwar dem Ziel der Einheit Europas im allgemeinen zu. Aber sie haben keine konkrete Vorstellung davon, was Europa ist und wie es vereint sein soll. Die gesellschaftliche Integration vollzieht sich in Formen und Zusammenhängen, die für den einzelnen zu kompliziert und daher nicht mehr überschaubar und nicht verständlich sind. Auf diese Art wird sein allgemeines, meist gefühlsmäßig bestimmtes Ja zu Europa weder durch Tatsachen noch durch Ereignisse verstärkt, so daß ein europäisches Bewußtsein nicht entstehen kann. Die politische und wirtschaftliche Integration genügt

jedoch nicht, um Europa zu schaffen. Sie ist gefährdet, wenn sie nicht im Bewußtsein des Menschen wurzelt.

Schon in der Begründung des Frankenreichs lag eine Vorstellung von Europa<sup>8</sup>. Es ist ein weiter Weg von dort bis zum Gespräch am „Runden Tisch“ im Oktober 1953 in der Villa Aldobrandini in Rom, wo sich auf Beschluß des Ausschusses der Kultursachverständigen des Europarates sechs hervorragende Europäer mit Schriftstellern, Publizisten und Journalisten versammelten und sich über „die geistige und kulturelle Problematik Europas in seiner geschichtlichen Einheit“ aussprachen und die Möglichkeiten erwogen, „dieser Einheit in zeitgenössischen Begriffen Ausdruck zu verleihen“.<sup>9</sup> Im Laufe der tausendjährigen Entwicklung verbanden sich in dieser Vorstellung geographische, politische, moralische und religiöse Elemente; manche von ihnen sind in Vergessenheit geraten, andere dazugekommen. Vor allem ist in dieser Zeit eine europäische Kultur gewachsen. Ihre Werke gelten als Kriterien ihres Wertes.

Diese Werte sind nur durch Kategorien der Geschichte, Soziologie und Philosophie zu erfassen. Dies ist aber nur einer dünnen Schicht von Gebildeten möglich. Der „Mann auf der Straße“ hat kaum Vorstellungen von der eigenen Familiengeschichte, er weiß kaum etwas von der Heimatgeschichte. Noch viel weniger ist er in der Lage, die Problematik Europas so zu übersehen, wie es in Rom am „Runden Tisch“ geschah. Auch wer die Ehrfurcht vor den großen Werken der Kultur empfindet, kann in der Regel ihre Bedeutung für den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht voll ermessen. Das setzt Begriffe voraus, die auf einer anderen Ebene liegen als ein nur auf Anschauung und Erlebnis eingestellter Sinn<sup>10</sup>.



Mit dem Begriff „Europa“ verbindet man bestimmte Wertvorstellungen. Aber es bleiben abstrakte Begriffe, die nicht ohne weiteres ins Bewußtsein der Menschen eingehen. Es fehlt nicht an Versuchen, das Abstrakte durch Symbole sinnfällig zu machen, doch erhebt sich die Frage, ob die Symbole selbst zu blaß, zu abstrakt sind, als daß sie als Brücke zu den Gefühlen der Menschen dienen könnten<sup>11</sup>. (Man vergegenwärtige sich, was die Flaggen<sup>12</sup> der UNO oder des Europarates dem „Mann auf der Straße“ sagen können.) Hier zeigen sich die gleichen Schwierigkeiten für die politische Bildungsarbeit, wie sie in dem abstrakten Begriff der Demokratie bestehen, die zu erleben der einzelne nur im überschaubaren Raum in der Lage ist<sup>13</sup>.

Im Alltag der Massengesellschaft ist die „Freizeit“ mit Surrogaten des geistigen Lebens erfüllt. Das Denken wird weithin von der Gruppe und vom Verband bestimmt bis zu dem Grade, daß andere Gedanken nicht mehr „ankommen“. Es ist symptomatisch, daß die Werbung der privaten „Europa-Organisationen“ trotz des allgemeinen Ja zu Europa und trotz erheblichen Aufwands der Propaganda bisher ihr Ziel nicht erreicht. Keine dieser Organisationen ist zu einer Massenbewegung geworden. Internationaler „Austausch“ als pädagogisches Mittel steht zudem außerhalb der Propaganda. Er kann

nicht mit den verflachten Begriffen der Propaganda arbeiten, da es ihm um Vertiefung geht. Hierbei entsteht eine neue Schwierigkeit: In der Skala politischer Begriffe sind sehr wenige geblieben, die nicht abgegriffen sind oder ihres Inhaltes bar wurden. Solche Begriffe müssen neu durchdacht und mit neuem Inhalt erfüllt werden.

Die Demokratie wurde als soziale Lebensform Europas proklamiert; wieweit sie es wird (insoweit sie es nicht ist), hängt zu einem wesentlichen Teil von der Erziehung ab. Die Erziehung selbst ist Gegenstand der Politik, und Grundfragen der Erziehung und Bildung unterliegen parlamentarischen Entscheidungen. Diese Entscheidungen fallen häufig unter starker Verknüpfung mit parteipolitischen Ideologien<sup>14</sup>. Es kann im einzelnen hier nicht darauf eingegangen werden, aber es ist wichtig zu sehen, daß politische Prinzipien weit in den Erziehungsraum, auch in den sogenannten „freien Bildungsraum“, hinein wirken, wo allein pädagogische Prinzipien und pädagogischer Sachverstand Geltung haben sollten. „Austausch“-Organisationen, die hier ihren Platz haben, stehen vor der Notwendigkeit, abzugrenzen, wo politische Prinzipien aufhören und pädagogische Prinzipien beginnen<sup>15</sup>. Dafür sind gründliche wissenschaftliche Untersuchungen erforderlich, für die es schon Vorbilder gibt.

### Das „Austauschproblem“ als wissenschaftliche Aufgabe<sup>16</sup>

Die Problematik des Austausches beginnt mit dem Begriff „Austausch“. Wir verwenden den Begriff „Austausch“ dort, wo er sich im Sprachgebrauch der Organisationen und Behörden eingebürgert hat und nur schwer umschrieben werden kann. Er erscheint uns als eine Quelle der Verwirrungen. Nur ein Bruchteil der gelenkten Auslandsreisen, die ungenau als „Austauschreisen“ bezeichnet werden, bedeuten wirklich einen Austausch von Personen im eigentlichen Sinn des Wortes. Vor allem, wenn wir gelenkte Auslandsreisen mit dem Blickpunkt auf die Bildung eines europäischen Bewußtseins betrachten, müssen wir uns darüber klar sein, daß der „Austausch“ bestimmter Gruppen zwischen zwei Ländern nur eine Hilfskonstruktion ist, um auf der Basis der Zweiseitigkeit organisatorische Probleme, wie beispielsweise Finanzierung, Unterbringung, Betreuung usw., zu vereinfachen. Der „Austausch“ ist dabei nur ein technisches Mittel, um eine bestimmte Art der Begegnung zu ermöglichen oder zu erleichtern. Auch in der wissenschaftlichen Diskussion der angelsächsischen Länder verliert der Begriff „Austausch“ — „exchange of persons“ — seine zentrale Stellung. Er wird dort neuerdings durch den Begriff „cross-cultural-education“ oder „educational travels“ ersetzt. Ob sich für das, was dort als „interkulturelle Erziehung“ bezeichnet wird, ein treffender deutscher

Ausdruck finden läßt, ist der Diskussion wert. Wir sprechen hier von „gelenkten Auslandsreisen“, wenn ein Veranstalter eine bestimmte aufklärende, erziehende, bildende Nachwirkung bei dem Reiseteilnehmer erzielen will und ihm deshalb die Reisekosten und die Organisation der Reise ganz oder teilweise abnimmt.

Ueber die Motivierung der Reisen ist — wenn auch für den Jugendaustausch gemeint — für die übrigen Organisationen gültig, was E. V. Couchoud, Offenburg, ausführt<sup>17</sup>:

„In Deutschland lagen dem Wunsch, ins Ausland zu gehen, zwei Motive zugrunde: Die junge Generation bis hinaus zu den Vierzigjährigen empfand nach dem Krieg, die jungen Soldaten zum Teil schon im Krieg, wieviel sie in den zwölf Jahren der Abgeschlossenheit versäumt hatten. Der Drang nach dem Ausland hatte sich bis zum Ueberdruck, wie in einem Dampfkessel, gestaut. Als die Tore sich öffneten, wollte jeder zuerst hinaus. Motiv Nr. 1 also: Geistiger „Nachholbedarf“. Das zweite Motiv war und ist zum Teil noch heute ein moralisches. Man hatte bewußt oder unbewußt das Bedürfnis, mit dem Feind von gestern einen persönlichen Frieden zu schließen, man wollte ihm zeigen, daß man selbst, oder auch ernster, nicht alle Deutschen Verbrecher seien; man

wollte sich gewissermaßen von der so oft proklamierten ‚Kollektivschuld‘ befreien. Die Besten von denen, die hinausgingen, fühlten, daß etwas wiedergutmachen sei, sie fühlten die Kollektivverantwortung. Damit bekam aber dieses zweite moralische Motiv einen politischen Charakterzug: Weltfrieden, Welt-einigung und zuletzt ‚Europa‘.“

Natürlich sind es nicht nur diese beiden Motive, die zur Teilnahme an Auslandsreisen führen. Berufliche Interessen, Reiselust und andere persönliche oder

sachliche Motive können ebenso im Spiele sein. Ihnen steht eine große Zahl verschiedener Formen und Möglichkeiten im Angebot „gelenkter Reisen“ gegenüber<sup>18</sup>.

Nachstehend sollen einige Beispiele in Deutschland angeführt werden. Aehnlich wie bei den Auslandsreisen zeigen sich hier spezielle Typenbildungen bei den gelenkten Reisen, die sich nach Lenkungsabsicht und Form der Durchführung voneinander unterscheiden lassen.

Lenkungsabsicht	Form der Durchführung	Veranstalter
<i>Begegnung mit Ausländern zum Zwecke besserer internationaler Verständigung</i>		
A. Durch Reisen ins Ausland	zweiseitig z. B. deutsch-französisch deutsch-englisch	Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit, Offenburg Deutsch-Englische Austauschstelle (G. E. R.), Bonn
	mehrseitig nach und aus verschiedenen Ländern	{ Europäischer Austauschdienst, Frankfurt a. M. Deutscher Gewerkschaftsbund, Düsseldorf Volkshochschulen Jugendverbände
B. Im Bundesgebiet selbst	feste Treffpunkte im Bundesgebiet, zu denen Ausländer eingeladen werden	{ Internationaler Arbeitskreis Sonnenberg, Wolfenbüttel Europahaus, Marienberg (Westerwald) Ferienkurse an den Universitäten Institut für internationale Begegnung, Speyer Haus Schwalbach
<i>Berufliche Fortbildung</i>		
A. Lehrlinge und Praktikanten	} mehrseitig	{ Internationaler Rat für Jugendselfsthilfe e. V., Frankfurt a. M. Verband deutscher Studentenschaften (VDS), Bonn Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung, Nürnberg
B. Studenten		
C. Arbeiter		

In der Vielzahl der Einrichtungen, die hier mitwirken, lassen sich unterscheiden:

Einrichtungen, die durch die gelenkten Auslandsreisen primär der internationalen Verständigung dienen wollen,

Einrichtungen, die primär der beruflichen Fortbildung dienen wollen und denen die Verbesserung internationaler Verständigung als sekundäre Nebenwirkung erscheint.

In der ersten Gruppe lassen sich noch Unterschiede feststellen, je nachdem, ob es die internationale Verständigung schlechthin oder die unmittelbare Bildung eines europäischen Bewußtseins ist, die man erreichen will.

Eine weitere Unterscheidung ergibt die Form, in der der Austausch vor sich geht. Teils handelt es sich um die Reise einzelner Personen, teils um Gruppenreisen. Teils gilt der Besuch im Ausland Personen und Einrichtungen, die das berufliche Interesse des

Reisenden haben, teils trifft man sich mit Angehörigen anderer Nationen, um ein bestimmtes Thema zu diskutieren.

Die Teilnahme an allen Formen ist freiwillig, und man darf bei allen Teilnehmern mit einem gewissen Grad von Bereitschaft zur internationalen Verständigung rechnen. So entsteht der Eindruck, als handele es sich lediglich darum, für den „Austauschwilligen“ die Voraussetzungen zu schaffen und seinen Wunsch zu erfüllen, in das Ausland zu kommen. Gegner der internationalen Verständigung bleiben meist von vornherein ausgeschlossen. Sollen aber organisierte Auslandsreisen im Dienste der Bildung und Förderung eines europäischen Bewußtseins nur diejenigen erfassen, die schon willig sind, sich für Europa begeistern zu lassen? Oder soll man sich auch und gerade um solche Menschen bemühen, die in ihrer Anschauung und Haltung, beispielsweise hinsichtlich Nation und Nationalismus oder aus anderen



Gründen, „antieuropäisch“ sind? Will man „antieuropäisch“ eingestellte Teilnehmer zu organisierten Auslandsreisen gewinnen, so setzt dies eine genaue Kenntnis der Gründe dieser Gegnerschaft voraus. Diese können — um nur einige Beispiele zu nennen — im Kriegserlebnis, in der Denazifizierung, im Flüchtlingsschicksal, in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in Bildungslücken und Erziehungsfehlern bestehen. Auslandsreisen können unmöglich das Allheilmittel für alle diese Uebel sein.

Es ist ohne Zweifel notwendig, daß man diesem Problem mehr Aufmerksamkeit zuwendet. „Antieuropäische“ Einstellung kann unter Umständen durch solche Begegnungen überwunden werden, ohne das der Nichtwollende sich als Opfer einer Propaganda fühlt. Daß das Problem bisher übersehen wurde, mag darauf zurückzuführen sein, daß genügend Menschen mit Bereitwilligkeit sich darum bemühen, ins Ausland zu fahren.

In welcher Form auch immer die Einzelarbeit des „Austausches“ oder der „Begegnung“ vorgenommen wird, in jedem Falle handelt es sich — soziologisch gesehen — um die Aufgabe, internationale „Beziehungen“ zu schaffen<sup>19</sup>, und zwar Beziehungen zu einem „Du“, wenn es sich um die Begegnung mit den Menschen handelt, und Beziehungen zum „Es“, wenn es die Begegnung mit dem Kulturdenkmal des anderen Volkes ist. Die Beziehung ist die Vorstufe für das „Auseinandersetzen“ mit jenem „Du“ oder „Es“, um zu einem „Verstehen“ zu kommen. Erst dann ist eine tiefere, vielleicht eben doch einmal verbindliche Begegnung erfolgt, die „Liebe“ bedeutet, aus der dann ein „Verhalten“ erwachsen kann, das von Gemeinsamkeit zeugt.

Ziel der „gelenkten Auslandsreisen“ ist also die internationale „Begegnung“, d. h. der unmittelbare Kontakt mit bestimmten Menschen, Menschengruppen und — unter Umständen — Kulturgütern in einem fremden Land. Geht man von dem schiefen Begriff des „Austausches“ aus, so ist eine Verständigung darüber, was als „internationale Begegnung“ zu verstehen sei, nahezu ausgeschlossen<sup>20</sup>. Dem einen mögen Freundschaftsspiele mit ausländischen Fußballmannschaften als „internationale Begegnung“ erscheinen; ein anderer wird eine kunsthistorische Besichtigungsreise nicht als „internationale Begegnung“ gelten lassen, weil dabei nicht Menschen „ausgetauscht“, sondern „tote“ Kulturdenkmäler besichtigt werden, und die Diskussion gipfelt in der absurden Frage, wie lange ein Zusammentreffen — ein „Austausch“ von Menschen verschiedener Nationalität — dauern müsse oder dürfe, um „die Begegnung“ zu erzielen. Sieht man aber das Bestimmungsmerkmal der fälschlich so genannten „Austausch“-Reisen in der Lenkung der Teilnehmer auf ein bestimmtes, informatives, erzieherisches oder bildendes Ziel, so fallen diese terminologischen Schwierigkeiten fort.

Mit der „Lenkung“ der Reisen ist ihr pädagogischer Charakter umschrieben. Wie bei jeder anderen pädagogischen Arbeit ist die Frage nach ihrem Erfolg auch hier auf die „Wirkungen“ zu richten. Wenn es gelingt, sie zu erfassen, ist es möglich, etwa notwendige Korrekturen vorzunehmen. Diese können sich auf Fehler in der „Durchführung“ der Begegnungen selbst, aber auch schon auf den Ansatz der Arbeit beziehen. Das bedeutet, daß sowohl schon der Plan der Begegnung als auch die Vorbereitung und die Auswahl der Teilnehmer einbezogen sind. Die Austauschorganisationen tun ihre Arbeit mit Liebe, Begeisterung und wachsender Erfahrung. Das Ausmaß der Arbeit für sie ist so groß geworden, daß sie zu einer methodischen Untersuchung ihrer Erfolge oder Mißerfolge nicht die Zeit haben. Sie glauben jedoch selbst, daß solche Untersuchungen notwendig sind<sup>21</sup>. Diese scheinen ihnen um so dringlicher, als es bedeutende öffentliche Mittel sind, die hier in Anspruch genommen werden. Aber solche Untersuchungen durchzuführen, bedarf es einer Methodik, die vorerst noch fehlt. Interessant ist eine Untersuchung des amerikanischen Social Science Research Council<sup>22</sup>. Nachstehend die Gesichtspunkte, unter denen sie angelegt ist:

- A) 1. Alter, Geschlecht und Familienumstände des einzelnen Teilnehmers,
2. seine persönliche soziale Situation, beispielsweise gesicherte oder bedrohte Existenz, seine Aufstiegsmöglichkeiten,
3. seine Geltung und sein Ruf,
4. seine ideologische oder weltanschauliche Bindung an eine bestimmte Gruppe,
5. seine „sozialen Fähigkeiten“, beispielsweise Umgang mit Gruppen, Anpassungsfähigkeit, musische Talente,
6. seine Einstellung zu den „Werten des Lebens“, beispielsweise „bewußter Europäer“, „bewußter Nationalist“,
7. seine Bereitschaft zur „Neuorientierung“, beispielsweise zur Ueberprüfung seiner Maßstäbe, mit denen er bisher die Werte der eigenen Kultur gemessen hat,
8. seine Betätigungsmöglichkeit nach der Rückkehr.
- B) 9. Die Zusammensetzung der Gruppe, wenn es eine Gruppenreise ins Ausland ist,
10. die Art der Gruppe,
11. der „Ruf“ der Gruppe.
- C) 12. Die aktuelle politische Situation zum Zeitpunkt der Begegnung,
13. die allgemeine Einstellung zu dem Land, aus dem der Reisende oder die Reisegruppe zurückkehrt,
14. die allgemeine Einstellung zu Auslandsreisen.

Diese Gesichtspunkte sind kaum erschöpfend genug, um einen so komplizierten Prozeß zu analysieren.

Die Bildung eines Europäischen Bewußtseins ist ja nur die der Persönlichkeit zugewandte Seite des Integrationsprozesses. Dieser hat aber auch noch eine funktionelle und eine wirtschaftlich-politische Seite. Beide müßten in dem „Modell“ der internationalen Begegnung berücksichtigt werden.

Die funktionelle Seite kommt besonders deutlich dort zum Ausdruck, wo die internationale Begegnung nicht nur „Begegnung“, sondern bewußt ausgebaute Erweiterung einer politischen Demonstration ist, so beispielsweise die Jugendkundgebungen im Anschluß an den 2. Haager Europakongreß oder vor dem Außenministerrat in Baden-Baden. In diesen Fällen wurden die Teilnehmer gleichsam als „Chor“ zur Steigerung des dramatischen Effektes oder zur Unterstreichnung einer symbolischen Handlung „eingesetzt“. Es bleibt jedoch zu untersuchen, ob durch solche Erweiterungen der Aufgabenstellung die integrierende Wirkung der Begegnung gesteigert oder vermindert wird.

Die wirtschaftlich-politische Seite des Integrationsprozesses zeigt sich beispielsweise in internationalen Jugendgemeinschaftslagern, in denen eine sachliche Aufgabe, wie Straßenbau, Sumpfwässerung, Erntehilfe usw., mit der internationalen Begegnung verbunden wird.

Geht man der Frage nach dem Wesen der Begegnung noch weiter nach, so gelangt man sehr bald zu der Ueberlegung, ob die Begegnung schlechthin überhaupt in der Lage ist, einfach nur durch den direkten Kontakt die soziale Verbundenheit des Individuums wirksam und wesentlich zu beeinflussen. Hier gewinnt das Problem der Vorbereitung eine besondere Bedeutung. Es besteht nämlich die Gefahr, daß sich der Teilnehmer, wenn er nicht oder ungenügend vorbereitet und aufgeschlossen in seiner Haltung dem ihm ganz Fremden gegenübertritt, als selbstverständliche Folge einen psychologischen Rückzug auf ihm vertraute Bereiche vornimmt. Nicht unwesentlich werden die Folgen sein, die sich daraus für die Form und Gestaltung der Begegnung ergeben.

Übersieht man diese „gelenkten Auslandsreisen“ in ihren Beziehungen zur Politik einerseits und zur Pädagogik andererseits, dann zeigen sich drei große Problemkreise. Zunächst sind Grundbegriffe zu klären. Ob der von uns zur Richtigstellung gewählte Begriff der „gelenkten Auslandsreisen“ für den üblichen Begriff „Austausch“ ausreicht, wird sich in der weiteren Diskussion erweisen. Als Arbeitstitel sagt er zunächst eindeutig, welche Reisen gemeint sind. Der Begriff der „Begegnung“ jedoch wird in so vielen Bedeutungen verwendet, daß sein Inhalt vorerst in jedem einzelnen Falle erläutert werden muß.

Es zeigte sich ferner, daß der Europabegriff in keiner Weise übereinstimmend gebraucht wird. Geographische, geschichtliche, politische, weltanschauliche und ethische Elemente schieben sich übereinander.

Dazu gehört auch der geradezu schillernde Begriff vom „europäischen Bewußtsein“. Wir sahen, daß er kein rein psychologischer Begriff ist, obwohl die Bildung eines europäischen Bewußtseins ein psychologisches und pädagogisches Problem bedeutet.

Daraus ergibt sich die Problematik in der Aufgabe der „gelenkten Auslandsreisen“. Es bleibt zu klären, ob sie die Vereinigung Europas fördern wollen oder ob es um die internationale Verständigung schlechthin geht, um die Erziehung zur Friedensliebe, zum nachbarlichen Verhalten der Völker. Ist gewissermaßen eine Stufenfolge gedacht von der Liebe zur engeren Heimat über die Vaterlandsliebe im nationalen Sinn und die Liebe zu Europa als dem größeren Vaterland bis hin zu der Idee des „living in a world community“, wie die politisch-pädagogische Forderung der UNESCO es formuliert?

Erst wenn die Aufgabenstellung geklärt ist, die den „gelenkten Auslandsreisen“ zugrunde liegt, läßt sich ermesen, inwieweit die verschiedenen Formen ihr gerecht werden. Dann erst liegt ein Maßstab vor, mit dem ihre Wirkungen gemessen werden können.

Erst daran wird sich zeigen, ob etwa die „mehrseitigen“ den „zweiseitigen“ Formen der „Begegnungen“ vorzuziehen sind. Sind die in der „Begegnung“ stehenden Mittelpunkte, etwa die Wahl eines politischen Themas oder das Erlebnis der Kultur oder eine gemeinsame konkrete soziale Aufgabe, „richtig“ gewählt? Ist die oft angewandte Form der Diskussion des politischen Europaproblems, ja, sind die Erörterungen politischer und ideologischer Themen wirklich „wirksam“ oder bleiben sie ohne Verbindlichkeit? Kann die Wirksamkeit erhöht werden, wenn die Begegnung anknüpft an die beruflichen Erfahrungen und Einsichten der Beteiligten? Bilden diese Erfahrungen für den Landwirt, den Lehrer, den Techniker, den Verwaltungsbeamten verschiedener Nationalität nicht vielleicht die beste gemeinsame Grundlage einer „Begegnung“? Liegt nicht auch in der jeweiligen sozialen Stellung im Beruf eine unterschiedliche Voraussetzung für die Wirksamkeit der Begegnung? Sind die Möglichkeit, Zusammenhänge größerer Art zu überschauen, und die Möglichkeit zu wirken gebunden an bestimmte gesellschaftliche Stellungen? Ist die Konzentrierung „gelenkter Auslandsreisen“ auf Menschen in politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Schlüsselpositionen nicht wirksamer als die Streuung in der Breite, wo vielleicht emotional ein „Erlebnis“ bereichert, wo aber die Voraussetzung fehlt, Einsichten umzusetzen in wirksame Handlungen?

Eine Untersuchung dieser Probleme könnte ergeben, ob nicht den verschiedenen Typen der Auslandsreisen ein neu zu entwickelnder Typ angereicht werden muß. Seine Aufgabe könnte sein, der Bildung einer neuen gesellschaftlichen europäischen Schicht zu dienen.



Anmerkungen

- <sup>1)</sup> Europa-Archiv 2/1954, S. 6295.
- <sup>2)</sup> Vgl. u. a. Herbert Studders: „Europäische Arbeitskraft. Zur Integration der europäischen Arbeitskraft“, Frankfurt und Bonn 1952, S. 19 ff., und Wilhelm Langwieser, „Die sozialpolitische Problematik der Montan-Union“, Frankfurt 1953.
- <sup>3)</sup> Studders a. a. O. S. 21.
- <sup>4)</sup> Bericht des Tourism Committee der OEEC über „Tourism in Europe in 1952“ vom 30. November 1953, S. 12.
- <sup>5)</sup> Severing: „Mein Lebensweg“, Köln 1950, Bd. I, S. 48 ff.
- <sup>6)</sup> So paradox es klingen mag: Millionen von Soldaten in Feindesland oder als Angehörige einer „Besatzungsmacht“ hatten mehr Möglichkeiten, das andere Volk kennenzulernen, sich des Gemeinsamen und des Unterschiedlichen bewußt zu werden, wirklichen Kontakt mit den Menschen draußen zu finden, als der friedliche Tourist eines modernen Massenreisens. Millionen von europäischen Soldaten haben den Irrsinn empfunden, den Menschen in Feindesland als Feind ansehen zu müssen.
- <sup>7)</sup> Ausführliche Literatur zu diesem Problem bei: Oettinger: „Wendepunkt der politischen Erziehung“, Stuttgart 1951, und „Die politische Erziehung in der Schule“, Berlin 1952.
- <sup>8)</sup> Gollwitzer, Heinz: „Europabild und Europagedanke“, München 1951, S. 26.
- <sup>9)</sup> Europa-Archiv 22/1953, S. 6121.
- <sup>10)</sup> Flitner, Wilhelm: „Laienbildung“, Jena 1919, und Lützel, Heinrich: „Formen und Kunsterkenntnis“, Bonn 1924, geben ausgezeichnete Darstellungen der Denkkategorien des „natürlichen“ Menschen.
- <sup>11)</sup> Löwenstein: Betrachtungen über politischen Symbolismus, in: „Gegenwartsprobleme des internationalen Rechts und der Rechtsphilosophie“, Festschrift für Rudolf Laun zu seinem 70. Geburtstag; Hamburg 1953, S. 559.
- <sup>12)</sup> Europa-Archiv 22/1953, a. a. O.
- <sup>13)</sup> Zorn, Rudolf: „Die als-ob-Demokratie“, Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten, Mannheim 1953, S. 32.
- <sup>14)</sup> „Neue Wege für die Schule“, Ein Tagungsbericht des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten, Mannheim 1953, S. 127 f.
- <sup>15)</sup> Spranger, Eduard: „Vom europäischen Bildungsideal“, in: Stern-Rubarth, Edgar: „Europa, Großmacht oder Kleinstaaterei“, Bielefeld 1951, S. 197.
- <sup>16)</sup> Den Untersuchungen des Instituts für Europäische Politik und Wirtschaft, die in dieser Studie zusammengefaßt sind, lagen zunächst etwa 700 Reiseberichte zugrunde, die der „Europäische Austauschdienst“ zur Verfügung stellte. Sie waren von Teilnehmern der vom „Europäischen Austauschdienst“ durchgeführten Reisen in verschiedene Länder geschrieben worden. Ihre Auswertung erfolgte unter dem Gesichtspunkt der „Nachwirkung“. Diejenigen Teilnehmer, aus deren Bericht hervorging, daß die Reise bemerkenswerte Nachwirkungen hatte, wurden dann zu einem persönlichen Erfahrungsaustausch nach Neustadt, Krs. Marburg, eingeladen, der mit Empfehlungen für die weitere Arbeit des „Europäischen Austauschdienstes“ abschloß.
- Da es sich bei dieser Vorarbeit lediglich um Erwachsene handelte, nahm das Institut die Gelegenheit wahr, einen Vertreter an der Arbeitstagung des Bundesjugendringes im UNESCO-Institut für Jugendfragen in Gauting teilnehmen zu lassen, um die dort über Fragen des internationalen Jugendaustausches erzielten Ergebnisse für die Instituts-Untersuchungen ebenfalls verwerten zu können.
- Das Institut nahm gleichzeitig Verbindung auf mit einer Anzahl von Organisationen, Institutionen und Verbänden, die „gelenkte Reisen“ ins Ausland durchführen, und suchte den Erfahrungsaustausch mit allen Stellen, die an diesem Problem interessiert sind, so mit dem Auswärtigen Amt, dem Bundesverband der Deutschen Industrie, dem Bundesministerium des

Innern, der Bundeszentrale für Heimatdienst, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Deutschen Zentrale für Fremdenverkehr, der Bank deutscher Länder — um nur einige zu nennen. Als sehr fruchtbar erwies sich fernerhin eine Rücksprache mit dem Exchange of Persons Department der UNESCO in Paris, die nutzbringende Anregungen und Hinweise für die Arbeit des Instituts brachte. Den vorläufigen Abschluß dieser Arbeiten bildete eine Arbeitstagung in Königswinter am 4. und 5. Dezember 1953 über „Austausch im Dienste der Bildung eines europäischen Bewußtseins“. An ihr nahmen sowohl die Vertreter der Austauschorganisationen wie Vertreter der Wissenschaft und der beteiligten Behörden teil. Das einleitende Referat hielt Dr. H. Weilenmann, Zürich, über „Austausch und Europäisches Bewußtsein“. Die sich daran anschließenden Diskussionen bestätigten die Notwendigkeit genauerer Untersuchungen über die Wirkungen der Austauscharbeit, die zur Zeit vom Institut für Europäische Politik und Wirtschaft vorbereitet werden.

<sup>17)</sup> Vorbericht zur Tagung in Königswinter vom 4. und 5. Dezember 1953 (vervielfältigt), S. 12.

<sup>18)</sup> Eine Liste der Austauschorganisationen, aufgestellt vom Internationalen Rat für Jugendselbsthilfe in Frankfurt a. M., enthält für das Bundesgebiet ca. 160 Namen.

<sup>19)</sup> Hier folgt die Darstellung dem Referat von Dr. H. Weilenmann, Zürich, auf der Tagung in Königswinter am 4. Dezember 1953.

<sup>20)</sup> Tagung des Bundesjugendringes im UNESCO-Jugend-Institut in Gauting bei München über Fragen des internationalen Jugendaustausches vom 5. bis 9. Oktober 1953.

<sup>21)</sup> Auf der Tagung in Königswinter am 4. und 5. Dezember 1953 wurde das Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M., gebeten, solche Untersuchungen zu beginnen.

<sup>22)</sup> „Research in Cross-Cultural Education“, by Wendell Clark Bennett, in: Social Science Research Council: *Items*, March 1952; „The Cross-Cultural Education Projects“, A Progress Report by M. Brewster Smith and Joseph B. Casagrande, in: Social Science Research Council: *Items*, Vol. 7, Nr. 3, September 1953; Social Science Research Council, Committee on Cross-Cultural Education: „Report of Foreign Research Groups Conference“, Princeton, June 1952 (vervielfältigt).

Die Auswirkungen von „Austauschreisen“ sind seit einigen Jahren Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen, die zum größten Teil auf Anregungen von Austauschorganisationen zurückgehen. In den Vereinigten Staaten hat sich vor allem der Social Science Research Council mit diesen Problemen beschäftigt. (Nähere Angaben siehe oben.) Professor F. C. Bartlett, Director of the Cambridge Psychological Laboratory, leitet eine Untersuchung über „The Cultural and Psychological Circumstances Surrounding Friendly and Unfriendly Contacts Between Different Cultures“. Vgl. „Research in the International Organization Field, Some Notes on a Possible Focus“, by Richard W. van Wageningen, Center for Research on World Political Institutions, Princeton 1952, und Jerome Bruner, „International Research on Social Issues. A World Survey“, in *Journal of Social Issues*, III (Winter 1947), S. 45.

Ueber die Behandlung verwandter Probleme auf dem Züricher Weltkongreß für Soziologie berichtet das UNESCO *International Social Science Bulletin*, Vol. III, Nr. 2, S. 197 ff.

Ueber „The Scientific Study of National Stereotypes“ und „Certain Psychological Aspects of Benelux“ bringt Vol. III, Nr. 3 der gleichen Zeitschrift zwei Beiträge von Otto Klineberg und Pierre de Bie. Weitere Literaturhinweise gibt von Wageningen, a. a. O., S. 52/53. In Deutschland wurde das Thema zum ersten Male systematisch behandelt auf einer Tagung des Bundesjugendringes über Fragen des internationalen Jugendaustausches im UNESCO-Jugendinstitut in Gauting bei München, vgl. dazu Böll: „Rummelplatz Europa“, in: *Jugend Europas*, Nr. 7, November 1953.

## Dokumente der Zweiten Wirtschaftskonferenz der Europäischen Bewegung in Westminster vom 29. Januar bis 1. Februar 1954

### Allgemeine EntschlieÙung

#### Präambel

1. Auf ihrer ersten, im Jahre 1949 abgehaltenen Westminster-Konferenz hatte die Europäische Bewegung erklärt: „Wenn Europa und die mit ihm verbundenen überseeischen Länder ihren Lebensstandard erhöhen wollen, ist es notwendig, die bereits zwischen ihnen bestehenden Handelsbeziehungen zu beleben und zu entwickeln. Das wäre eins der wirksamsten und am schnellsten zum Erfolge führenden Mittel, den Zahlungsausgleich zwischen Europa, den assoziierten Ländern und dem Dollarraum wiederherzustellen.“ Die Erste Westminster-Konferenz hatte ferner als einen Weg, dieses Ziel zu erreichen, empfohlen, „die Vorteile, die die Mitglieder der bestehenden Präferenzsysteme gegenwärtig genießen, auf der Basis der Gegenseitigkeit allen Ländern des freien Europa zukommen zu lassen“.

2. Vorschläge dieser Art wurden von der Beratenden Versammlung des Europarates gemacht, die Ende 1952 dem Ministerkomitee offiziell eine Empfehlung über „die wirtschaftliche Koordinierung zwischen den Mitgliedsstaaten des Europarates und den mit ihnen verfassungsmäßig verbundenen überseeischen Ländern“ unterbreitete. Diese Empfehlung ist allgemein unter dem Namen „Straßburg-Plan“ bekannt.

3. Nachdem die Europäische Bewegung die Initiativen zur wirtschaftlichen Integration bestimmter Länder Kontinentaleuropas unterstützt hat, hat sie nunmehr die Zweite Westminster-Konferenz einberufen, um Vorschläge zu prüfen, die auf eine engere Wirtschaftsunion zwischen Kontinentaleuropa, den mit ihm verbundenen überseeischen Ländern und dem britischen Commonwealth abzielen.

4. Die Erweiterung der Märkte und die Steigerung der Produktion müssen mit Mitteln und Methoden erstrebt werden, wie sie einem vollen Verständnis für den menschlichen Faktor, für die Verbesserung der Lebenshaltung sämtlicher Völker und für soziale Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt entsprechen.

5. Angesichts der Tatsache, daß die Straßburger Versammlung einige der Empfehlungen der Ersten Wirtschaftskonferenz von Westminster angenommen hat, darunter die, welche sich auf den Europäischen Wirtschafts- und Sozialrat bezog, und daß darüber hinaus andere dieser Empfehlungen, wie die Europäische Zahlungsunion, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Liberalisierung des Warenaustausches und die auf dem Gebiet des Transportwesens abgeschlossenen Verträge, bereits in der Verwirklichung begriffen sind, fühlt sich die Zweite Wirtschaftskonferenz von Westminster ermutigt, die folgenden Vorschläge vorzulegen.

#### Ausweitung des Handels und Bildung eines ausgedehnten Marktes

6. Die Konferenz bekräftigt erneut, daß ein Vereinigtes Europa zusammen mit den im Commonwealth und der Französischen Union mit Europa verbundenen Ländern, den anderen mit Europa verfassungsmäßig verbundenen

Gebieten und, zur rechten Zeit, den europäischen Ländern, die heute hinter dem Eisernen Vorhang liegen oder die aus anderen Gründen nicht an den europäischen Organisationen teilnehmen, eine Gruppierung von dauerndem Wert darstellt, welche für die Stärke der freien Welt, der sie als integrierender Bestandteil angehört, notwendig ist. Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen ist die Bildung einer solchen Gruppierung unerläßlich, wenn das fehlende Gleichgewicht wiederhergestellt, der Lebensstandard aller zu ihr zählenden Völker gehoben und eine fortschreitende Ausweitung der Weltwirtschaft erreicht werden soll.

7. Sie erinnert daran, daß die im April 1949 zusammengetretene Erste Wirtschaftskonferenz von Westminster erklärt hat: „Es ist nicht das Ziel eines europäischen Wirtschaftssystems, in Verbindung mit den assoziierten Ueberseeeländern der übrigen Welt gegenüber hohe Zölle zu errichten. Sein Ziel soll im Gegenteil sein, den Handel zwischen Europa, den Ueberseegebieten und den anderen Ländern soweit als irgend möglich zu fördern, um die notwendige Voraussetzung für das höchstmögliche Maß an Wohlstand auf der ganzen Welt zu erreichen.“

Die Konferenz empfiehlt daher die Aufhebung der mengenmäßigen Beschränkungen, die Beseitigung von Unterschieden zwischen Preisen auf dem Binnenmarkt und Exportpreisen und anderer Praktiken, die den Wettbewerb behindern, den freien Handelsverkehr beeinträchtigen und normale Preise unmöglich machen. Sie ist grundsätzlich, und wo immer durchführbar, für allgemeine Zollsenkung. Sie erkennt jedoch an, daß eine solche Entwicklung des internationalen Handels mit Sicherheit nur dann erreicht werden kann, wenn die allgemeinen Voraussetzungen für eine Ausweitung von Produktion, Verbrauch, Beschäftigung und sozialer Gerechtigkeit gegeben sind. Die Notwendigkeit, die Beschäftigungspolitik, die soziale Gesetzgebung und die Steuersysteme der verschiedenen Länder zu koordinieren, muß gebührend beachtet werden.

8. Im gleichen Geiste empfiehlt sie, daß die Vorzugszölle, die ihren Ursprung in der Unmöglichkeit hatten, einen Weltmarkt zu schaffen, wesentlich als Schritte zur Wiederherstellung eines weltweiten Handels- und Zahlungssystems betrachtet werden.

Demzufolge stimmt die Konferenz dem Vorschlag der Ersten Westminster-Konferenz zu, auf dem Wege über die Welthandelsorganisations Verhandlungen aufzunehmen, um eine gewisse Auflockerung in der Anwendung der Meistbegünstigungsklausel und ähnlicher vertraglicher Verpflichtungen zu ermöglichen, damit die Vorteile, die die Teilnehmer an bestehenden Präferenzsystemen bereits genießen, auf der Basis der Gegenseitigkeit soweit wie nur möglich auf die Mitglieder einer Europäischen Union ausgedehnt werden können.

9. Die Konferenz unterstützt die Empfehlungen des Straßburg-Plans, die der Europarat 1952 vorgelegt hat, und dringt darauf, daß eine Regierungskonferenz der Mitgliedsstaaten des Europarates und der Länder des



Commonwealth und der Französischen Union einberufen wird, um diesen Plan vordringlich zu prüfen<sup>1</sup>.

10. Die Konferenz empfiehlt folgende Maßnahmen der Zusammenarbeit zwischen den in Ziffer 6 bezeichneten Ländern:

- a) Langfristige Verlängerung und Ausbau der Europäischen Zahlungsunion, um auf diese Weise den Weg zur uneingeschränkten Konvertibilität der Währungen zwischen ihren Mitgliedern zu ebnen;
- b) Abschluß von Handelsabkommen und ähnliche Maßnahmen, die im Interesse sowohl der Rohstoffherzeuger wie der Verbraucher liegen und darauf abzielen, kurzfristige Preisschwankungen der Grundstoffe abzuschwächen;
- c) gegenseitige Herabsetzung der Zollsätze unter den beteiligten Ländern auf dem Wege von Vorzugszöllen, gemäß den Grundsätzen des Straßburg-Plans und unter den im Anhang aufgeführten Bedingungen<sup>2</sup>;
- d) den Ausbau der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OECE), ihre Ausdehnung auf andere Mitglieder des Commonwealth und der Französischen Union und eine noch engere Verbindung zwischen ihr und dem Europarat.

11. Abschließend ist die Konferenz der Ansicht, daß die Länder dieser neuen Gruppierung in ihren Beziehungen zu den Ländern, welche nicht Mitglieder der Gruppe sind, die im GATT enthaltenen Handels- und Zahlungsverordnungen beachten müssen<sup>3</sup>.

#### Ausweitung der Produktion

12. Die Konferenz ist der Ansicht, daß sich in Europa, seinen assoziierten Ländern und überseeischen Gebieten in einigen Jahren ein Lebensstandard erreichen läßt, der bedeutend höher ist und weit weniger Ungleichheiten aufweist, als es heute der Fall ist.

13. Soll dieses Ergebnis erzielt werden, so muß die Produktion beträchtlich ausgeweitet werden; diese Ausweitung soll der besseren Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse und der Beschleunigung des sozialen Fortschritts dienen.

14. Ein wichtiger Faktor bei der Erhöhung der Produktion ist freier Verkehr der Waren, der Arbeitskräfte und des Kapitals zwischen den verschiedenen Ländern. Ein größerer Markt wird die Wirkung der anderen nachstehend aufgeführten Maßnahmen verstärken.

15. Eine wichtige Voraussetzung für die Ausweitung der Produktion ist die Erhöhung der Produktivität; sie erfordert die Anwendung von modernster Technik und Organisation und eine Ausrüstung, die auf den Ergebnissen der jüngsten wissenschaftlichen Forschung beruht.

16. Erhöhung der Produktivität erfordert ferner engste Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, und es müssen Abkommen getroffen werden, durch die die Lohnempfänger an den auf diese Weise erzielten Ergebnissen finanziell beteiligt werden. Das würde zur Auflockerung der zur Beseitigung der restriktiven Maßnahmen beitragen, die sinnlos oder nachteilig sind, wo eine Politik der Vollbeschäftigung vorherrscht.

17. Die Konferenz erkennt an, daß die Erhöhung der Produktivität zu einem großen Teil von der verantwortlichen und aktiven Mitarbeit der Arbeitnehmer abhängt. Schutz der Gesundheit und des Wohles der Arbeitnehmer ist eine elementare Notwendigkeit. Beispielsweise müssen die Bestimmungen der Sozialgesetzgebung der verschiedenen Länder soweit wie möglich aufeinander abgestimmt werden.

18. Freiwillig investiertes Kapital muß, um die Privatinitiative zu ermuntern, soweit als möglich gegen Enteignung ohne entsprechende Entschädigung geschützt sein.

19. Die auf gesteigerter Produktivität beruhende Ausweitung der Produktion muß letzten Endes zu erhöhter Beschäftigung führen. Wo es aber infolge des technischen Fortschritts zu zeitweiliger Arbeitslosigkeit kommt, muß sie durch berufliche Umschulung und Umschichtung der Berufe behoben werden.

20. Investitionen für solche Umstellungen sollten zuerst dort unternommen werden, wo keine Bevölkerungsumsiedlungen nötig sind — soweit dies wirtschaftlich möglich ist. Anderenfalls muß die freiwillige Wanderung von Arbeitskräften nach Orten, wo sie mit größtem wirtschaftlichem Nutzen tätig sein können, erleichtert werden, und zwar so, daß einerseits den Auswanderern selbst jede mögliche Erleichterung gegeben wird, andererseits aber die Umsiedlungsbedingungen auch für die Aufnahmeländer annehmbar sind. Die Konferenz bezieht sich auf den Bericht der Sozialkonferenz von Rom, in dem es heißt, daß „alles geschehen muß, um sicherzustellen, daß während der Uebergangsperiode die Freizügigkeit der Bevölkerung in den Aufnahmeländern in keiner Weise zu einer Senkung des Lebensstandards führt“.

21. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollten gemeinsam untersuchen, wie man die durch technischen Fortschritt verursachte Arbeitslosigkeit verhüten oder einschränken und wie man ihren Auswirkungen im Rahmen einer gemeinsamen, auf die Herstellung der Vollbeschäftigung gerichteten Politik begegnen kann.

22. Es gilt eine Wahl zu treffen, in welcher Richtung die Entwicklung der Produktion erfolgen soll. Bei der Bestimmung jener Produkte, deren Erzeugung gesteigert

<sup>1</sup> Vgl. Anhang, Seite 6474, Zusammenfassung des „Straßburg-Plans“.

<sup>2</sup> Für das „Allgemeine Zoll- u. Handelsabkommen“ (GATT) werden folgende Änderungen vorgeschlagen:

Abweichungen von der Meistbegünstigungsklausel können unter den gegenwärtig für Zollunionen vorgeschriebenen Bedingungen (Art. XXIV) genehmigt werden: Ermächtigungen von seiten des GATT mit Zweidrittelmehrheit und Vorlage eines jährlichen Berichtes. Solche Abweichungen können genehmigt werden,

- a) wenn sie als das beste Mittel erscheinen, die Produktion zu steigern und den Handel auszuweiten (sowohl innerhalb des betreffenden Gebietes als auch in seinen Beziehungen zu anderen Ländern);
- b) wenn mit den gewährten Präferenzen grundsätzlich eine Senkung der Zölle erreicht werden soll; Zollerhöhungen dürfen nur dann einbegriffen sein, wenn sie den Bestimmungen des GATT, wie sie zu jenem Zeitpunkt bestehen mögen, entsprechen;
- c) wenn mit der Senkung der Zollsätze innerhalb des Präferenzgebietes gleichzeitig die mengenmäßigen Beschränkun-

gen fortschreitend beseitigt werden sollen (durch die schrittweise Verwirklichung der Konvertibilität der Devisen innerhalb der Gruppe und durch die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der jeweiligen Mitgliedstaaten).

Dieses Abweichen von der Meistbegünstigungsklausel wird nur bei Abkommen genehmigt werden, die zwischen Gruppen von Ländern geschlossen werden, die bereits über ein vom GATT genehmigtes Präferenzsystem verfügen, der OECE angehören oder die dabei sind, eine Zollunion zu bilden (entsprechend Art. XXIV Abs. 7 des GATT).

<sup>3</sup> Eine Reihe von Delegierten ist der Ansicht, daß man in der vorliegenden Entschließung zu sehr auf Vorzugszöllen zweiter Ordnung im Handelsverkehr zwischen den Ländern Europas und den Ländern des Commonwealth besteht. Diese Delegierten befürchten, daß solche Präferenzen die Senkung der Zollsätze und die Beseitigung anderer Hindernisse, die dem internationalen Wettbewerb im Wege stehen, erschweren und die in dieser Richtung gehenden Bemühungen ihrerseits hemmen werden. Jedenfalls sind sie der Meinung, daß man sich vor allem bemühen solle, sofort einen allgemeinen Abbau der Beschränkungen im internationalen Handel herbeizuführen mit dem Ziel, die Weltmärkte zu erweitern.

werden soll, sind die Größe der Nachfrage, die Verbraucherinteressen und die Produktionskosten primär in Betracht zu ziehen. Aber bei Berücksichtigung dieser Faktoren erweist es sich jetzt als notwendig, so bald wie möglich Maßnahmen zur Schließung der Dollarlücke zu ergreifen, namentlich durch die Steigerung der Produktion derjenigen Güter, die sich in der Dollarzone verkaufen lassen, um so das wirtschaftliche Gleichgewicht zwischen der westlichen Hemisphäre und der übrigen Welt wiederherzustellen.

23. Es ist infolgedessen auch angebracht, die Wichtigkeit einer vermehrten Erzeugung derjenigen Produkte in Europa, den assoziierten Ländern und den überseeischen Gebieten hervorzuheben, die im Augenblick in großen Mengen aus dem Dollarraum eingeführt werden, sofern sie zu einem konkurrenzfähigen Preis im eigenen Gebiet hergestellt werden können.

24. Mit Befriedigung darf verzeichnet werden, daß Europa seinen Bedarf an Kohle, Eisen und Stahl selbst deckt. Darüber hinaus bestehen in Europa, den assoziierten Ländern und den überseeischen Gebieten beträchtliche Entwicklungsmöglichkeiten für die Rohstoff-erzeugung, die landwirtschaftliche Erzeugung und die Nutzung der Wälder sowie Möglichkeiten zur Schaffung von verarbeitenden Industrien, wie beispielsweise das Volta-Projekt und das Projekt von Französisch-Guinea für Aluminium, und viele andere.

25. Die öffentlichen Dienste sowohl in den Mutterländern wie in den überseeischen Gebieten müssen, um sie auf der Höhe der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung zu halten, ausgebaut werden (Straßen, Kanäle, Elektrizität usw.).

26. Die Konferenz erkennt an, daß man sowohl in privaten wie in öffentlichen Unternehmen vorbehaltlos an den Geist der Initiative appellieren muß, wenn die Produktion vorangetrieben werden soll.

#### Landwirtschaft

27. Besonders angesichts der Tatsache, daß gewisse Gebiete auf eine bestimmte Erzeugung spezialisiert sind, sollten die oben erwähnten Grundsätze der Auswahl, wenn eine Ausweitung stattfinden soll, mit der größten Sorgfalt angewandt werden. Auch den sozialen Bedingungen der Landbevölkerung muß Rechnung getragen werden. Nichtsdestoweniger muß eine besondere Anstrengung gemacht werden, um in Europa, den assoziierten Ländern und den überseeischen Gebieten die Produktivität der Landwirtschaft zu erhöhen. Hier handelt es sich namentlich um Verbesserung der landwirtschaftlichen Ausrüstung und der Lebensbedingungen der in der Landwirtschaft Tätigen, um Flurbereinigung, um vermehrte Anwendung moderner landwirtschaftlicher Methoden und um Entwicklung von landwirtschaftlichen Veredlungs- und Konservierungsindustrien.

28. In den Gebieten Europas, wo ein Ueberschuß an Landarbeitern besteht, sollten nach Ansicht der Konfe-

renz Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Eingliederung in andere Wirtschaftszweige zu ermöglichen. Wo sich das als unmöglich erweist, ist es wichtig, dafür zu sorgen, daß die Landbevölkerung nicht unter Arbeitslosigkeit zu leiden hat.

29. Werden diese Gesichtspunkte beachtet, dann wird es möglich sein, die landwirtschaftliche Erzeugung in Europa und in den assoziierten Ländern und überseeischen Gebieten besser aufeinander abzustimmen<sup>4</sup>.

#### Modernisierung der Verteilung

30. Besondere Aufmerksamkeit muß der Modernisierung der Verteilungssysteme sowohl für landwirtschaftliche wie für industrielle Produkte gewidmet werden, um die Preisspanne zwischen Erzeuger und Verbraucher möglichst niedrig zu halten.

#### Unterentwickelte Länder

31. Besondere Beachtung sollte den Möglichkeiten und den Bedürfnissen der weniger entwickelten Gebiete geschenkt werden, ob es sich nun um überseeische Gebiete oder die am wenigsten begünstigten Gebiete in Europa selbst handelt. Das muß in erster Linie unter dem Gesichtspunkt, die Wohlfahrt der örtlichen Bevölkerung zu gewährleisten, und darüber hinaus ganz allgemein mit der Zielsetzung geschehen, die Wohlfahrt im Gesamtbereich aller beteiligten Länder zu fördern. Diesen Ländern müssen die zur Erreichung des Zieles erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

32. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Verbesserung der Lage der unterernährten Völker dazu beitragen wird, ihre Produktivität dem europäischen Stand anzunähern.

#### Forschung und Patente

33. Die Konferenz besteht auf der Bedeutung, die die technische, wissenschaftliche und soziale Forschung für eine effektive Ausweitung der Produktion hat, und hebt die Wichtigkeit einer Koordinierung der privaten, der beruflich durchgeführten Forschung und der Universitätsforschung auf europäischer Ebene hervor. In einigen Ländern konnte eine solche Koordinierung bereits teilweise verwirklicht werden.

34. Die Konferenz schlägt vor, die Möglichkeit der Schaffung eines Europäischen Fonds für wissenschaftliche Forschung und eines Europäischen Patentamtes zu untersuchen, das die bestehenden nationalen Patentämter zu ersetzen hätte.

#### Institutionen

35. In der Zone, wo die wirtschaftliche Zusammenarbeit geplant ist — Europa, die assoziierten Länder und die überseeischen Gebiete — sollten die bereits bestehenden Organisationen, die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (OECE), der Europarat und

<sup>4</sup> Es folgt der Wortlaut eines Aenderungsvorschlages, der von M. Lauche (Frankreich) in der Vollsitzung beantragt wurde und der gegen Ende der Sitzung die Unterstützung anderer Vertreter der Landwirtschaft (unter ihnen M. Halle, Frankreich, der eine Zusatzklausel vorlegte) und zahlreicher weiterer Delegierten fand, aber infolge der vorgerückten Stunde nicht mehr zur Abstimmung der Versammlung gelangte.

„Im Interesse des Verbrauchers und der allgemeinen Volkswirtschaft hat die Europäische Landwirtschaft die ganz besondere Pflicht, ihre Cestehungskosten niedrig zu halten.“

Um die Verbesserung der Produktivität durchzuführen, muß man die besonderen Verhältnisse der Landwirtschaft berücksichtigen sowie die fundamentalen Unterschiede zwischen den neuen Ländern und den Ländern des europäischen Kontinents hinsichtlich der Voraussetzungen ihrer landwirtschaftlichen Erzeugung und ihrer demographischen Eigenarten.

Die europäischen Staaten und die überseeischen Länder, die mit ihnen verfassungsmäßig verbunden sind, müssen für die Erzeugung eines Maximums an Lebensmitteln Sorge tragen, indem sie aus ihrem Boden soviel wie möglich herauswirtschaften; sie müssen ihre Erzeugung so ausrichten und koordinieren, wie es dem Interesse ihres Landes am besten entspricht, und die Vollbeschäftigung ihrer Arbeitskräfte herstellen, indem sie darauf achten, daß der Landwirtschaft nicht Arbeiter entzogen werden, für die keine neuen Arbeitsplätze und neuen Unterkünfte zur Verfügung stehen.

Auf diese Weise können die Probleme gelöst werden, die sich aus der Organisation und der Verbesserung der Produktion der Landwirtschaft in den europäischen Staaten und den überseeischen Ländern, die mit ihnen verfassungsmäßig verbunden sind, ergeben, sowie das Problem der Beziehungen zwischen dieser Zone und dem britischen Commonwealth.“



seine Wirtschaftskommission, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Europäische Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (ECE), voll ausgenutzt werden, indem die Länder, die ihnen noch nicht angehören, eingeladen werden, ihnen, wenn möglich, beizutreten oder mit ihnen eine enge Verbindung einzugehen. Jene Empfehlung, in der die Beratende Versammlung des Europarates den Wunsch zum Ausdruck gebracht hat, daß die Länder des britischen Commonwealth an ihren Arbeiten beteiligt werden, muß in vollem Umfang verwirklicht werden.

36. Die Konferenz bekräftigt erneut die Empfehlung der Ersten Westminster-Konferenz, in der die Gründung eines Europäischen Wirtschafts- und Sozialrates gefordert wurde, der aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und aus Personen bestehen soll, die wegen ihrer besonderen Zuständigkeit ausgewählt werden. Die Konferenz stellt mit Genugtuung fest, daß die Beratende Versammlung des Europarates im Januar 1953 dieser Forderung grundsätzlich zugestimmt hat.

37. Durch die Verwirklichung der Empfehlungen, die sich auf die Ausweitung der Produktion beziehen, wird die Gründung dieses Rates mehr denn je erforderlich. Zu seinen verschiedenen Aufgaben würde es gehören, Vorschläge zur Kontrolle „der Auswirkungen von Monopolen, Kartellen, Zöllen, Kontingentierungen, Devisenbestimmungen, Beschränkungen im freien Personenverkehr und in der europäischen Wirtschaft im allgemeinen“ zu machen. Ferner hätte er entsprechende Maßnahmen für die Entwicklung von Produktion und Verteilung, für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung, für die Erleichterung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte und schließlich für eine zunehmende Vereinheitlichung der Wirtschaftspraktiken in den einzelnen Ländern, zum Beispiel was die Uebertragbarkeit der Ansprüche aus der Sozialversicherung angeht, vorzuschlagen. Der Rat würde, wie man sich auf der Sozialkonferenz in Rom bewußt war, „die Durchführung der zur Verwirklichung der europäischen Wirtschaftseinheit erforderlichen Maßnahmen beschleunigen“. Der Rat müßte seine Aufgabe in enger Verbindung mit der OEEC und, wo es angebracht wäre, anderen internationalen Körperschaften ausüben.

38. Nach Ansicht der Konferenz sollte der Wirtschafts- und Sozialrat bei der Aufstellung einer umfassenden Liste jener Grundstoffe konsultiert werden, deren Produktion zu entwickeln im Interesse der europäischen Länder selbst und der assoziierten überseeischen Gebiete am nützlichsten wäre.

39. Die Konferenz übergibt dem Europarat den speziellen Bericht über die Einzelheiten der Bildung und der Arbeitsweise des Europäischen Wirtschafts- und Sozialrates, die zu untersuchen sie aufgefordert worden war. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Bericht von dem zur Untersuchung dieser Fragen eingesetzten Unterausschuß in Betracht gezogen wird.

40. Nach Ansicht der Konferenz hängt die Verwirklichung dieses Programms von dem Geist der Zusammenarbeit aller Völker und aller Kreise der Europäischen Gemeinschaft ab.

Da die Konferenz fest davon überzeugt ist, daß die Ausweitung der Produktion für den sozialen Fortschritt und für die Befriedigung der lebenswichtigen menschlichen Bedürfnisse notwendig ist, dringt sie auf Maßnahmen einer Publizität großen Stils, damit diese Ausweitung und die zu ihrer Verwirklichung erforderlichen Maßnahmen von allen Gruppen der Gemeinschaft und allen beteiligten Völkern begriffen werden.

#### Investitionen

41. Die Konferenz stellt fest, daß es den europäischen Ländern in den Jahren seit der Ersten Westminster-

Konferenz dank der Nutzung beträchtlicher, meist von den Vereinigten Staaten in großzügiger Weise zur Verfügung gestellter Kapitalien gelungen ist, das soziale Chaos, das Westeuropa im Jahre 1945 bedrohte, abzuwenden, Millionen von Obdachlosen und Flüchtlingen Unterkunft zu verschaffen, den Lebensstandard der europäischen Völker zu heben, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, das Sozialprodukt zu mehren und wieder eine Atmosphäre friedlicher Verständigung herzustellen.

In den mit Europa verbundenen Ueberseegebieten ist es den Mutterländern gelungen, das Los der dort ansässigen Bevölkerung zu verbessern.

Außerdem haben es der Arbeitswille der europäischen Völker und die Politik ihrer Regierungen dank der Hilfe der Vereinigten Staaten möglich gemacht, mittels entsprechender Investitionen in den europäischen Ländern wieder eine verhältnismäßig stabile Wirtschaftslage zu schaffen.

42. Trotz der beträchtlichen Fortschritte, die von den Ländern Europas erzielt wurden und durch die sie in der Lage waren, ihre Produktion wieder auf das Vorkriegsniveau zu bringen, ja es teilweise zu überschreiten, bedarf es sowohl in Europa wie in den überseeischen Gebieten noch beträchtlicher Investitionen, und zwar im öffentlichen und im privaten Sektor.

In Europa handelt es sich bei diesen Investitionen darum, den allgemeinen Stand der Produktivität zu heben und zugleich die dringendsten sozialen Bedürfnisse zu befriedigen, besonders im Wohnungsbau, und zu der wirtschaftlichen Entwicklung jener europäischen Länder beizutragen, die den Lebensstandard der anderen westlichen Nationen noch nicht erreicht haben.

In den überseeischen Gebieten müssen die europäischen Länder auch weiterhin beträchtliche Investitionen vorsehen mit dem Ziel, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben und sie auf diese Weise dem Werk der europäischen Zusammenarbeit so eng und so wirksam wie möglich zu verbinden.

43. Da Europa nicht mehr mit amerikanischer Hilfe in der Art, wie sie ihm so großzügig in der Form der Marshall-Hilfe gewährt wurde, rechnen kann, muß es sich in Zukunft vor allem auf seine eigenen Hilfsquellen verlassen. Wenn die in Europa vorhandenen Kapitalreserven und die aus den laufenden Spareinlagen zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen, um seinen Bedarf zu decken, muß sich Europa anstrengen, jene Voraussetzungen zu schaffen, die es ihm ermöglichen, außereuropäisches Kapital zu erhalten.

44. In diesem Sinne empfiehlt die Konferenz den europäischen Regierungen, alles daran zu setzen, die notwendigen Voraussetzungen für die Bildung eines gesunden Sparvolumens zu schaffen, beziehungsweise aufrechtzuerhalten, wodurch die Investierung in solchen Unternehmen ermöglicht wird, die für die wirtschaftliche Entwicklung erforderlich sind. Grundbedingung dafür sind Vertrauen in die Stabilität der nationalen Wirtschaft, insbesondere der Währung und der Preise, ein ausgeglichener Haushalt, wachsende Kaufkraft in breiten Schichten der Bevölkerung, ständig ansteigende Produktivität in Landwirtschaft und Industrie und eine Steuerpolitik, die das Sparen begünstigt.

45. Um bestmöglichen Gebrauch von diesen Hilfsquellen Europas zu machen, ist es von wesentlicher Bedeutung, daß bei öffentlichen wie privaten Investitionen die Gefahr von Ueberschneidungen oder Ueberkapazitäten verhütet wird, welche eine Ausweitungspolitik mit sich bringen könnte, die der engen gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der einzelnen europäischen Länder nicht Rechnung trüge.

Infolgedessen empfiehlt die Konferenz, daß sich die Mitglieder der Europäischen Zahlungsunion und des

Commonwealth hinsichtlich allgemeiner Investitionspläne und besonderer Vorhaben eines Landes gegenseitig freiwillig konsultieren, wenn diese wirtschaftliche oder soziale Rückwirkungen in einem der beteiligten Staaten haben könnten. Zu diesem Zweck sollte eine jährliche Konferenz einberufen werden, an der die Regierungen der Staaten teilnehmen, die Mitglieder der Europäischen Zahlungsunion und des Commonwealth sind.

Diese Beratungen würden keineswegs die Verantwortlichkeit des einzelnen Staates hinsichtlich der Investitionen einengen, die in den seiner Souveränität unterstellten Gebieten gemacht werden sollen. Noch würden sie die zwischen gewissen europäischen Staaten und überseeischen Ländern oder Gebieten bestehenden verfassungsmäßigen Bindungen beeinträchtigen.

46. Zur Vorbereitung der Konferenz und zur leichteren Durchführung der Konferenzbeschlüsse sollte ein „Europäisches Institut für Investitionsfragen“ im Rahmen der OEEC geschaffen werden.

47. Die Aufgabe dieses Instituts müßte je nach der Zweckbestimmung der Investitionen, die es zu koordinieren gälte, und den Finanzierungsmitteln, die jeweils verfügbar werden könnten, bestimmt werden. Die Form der beabsichtigten Koordinierung müßte verschieden sein, je nachdem, ob es sich um einen bereits unter einer Sonderbehörde integrierten Sektor, um öffentliche Dienste, um Tätigkeiten im öffentlichen Interesse, die einem Konzessions- und Kontrollsystem unterstehen, oder schließlich um Investitionen rein privater Natur handelt<sup>5</sup>.

Auf alle Fälle müßte das Institut die Zuständigkeit besitzen, alle Informationen in bezug auf die verschiedenen Formen der Investitionen zu sammeln, der oben erwähnten Regierungskonferenz für Investitionsfragen und dem Europarat jährlich über die Entwicklung der Investitionen in Europa und Uebersee Bericht zu erstatten und die Initiative für Forschung, Untersuchungen, Anregungen und Empfehlungen zu ergreifen, um Investitionsprojekte von gemeinsamem Interesse vorzuschlagen;

Hindernisse zu beseitigen, die einer gemeinsamen Investitionstätigkeit entgegenstehen, zum Beispiel Hinder-

nisse auf dem Gebiet der Doppelbesteuerung und des Transfers von Kapital und Kapitalerträgen, Diskriminierungen auf dem Gebiet des Fremden- und Niederlassungsrechtes, des Rechtes der Unternehmen und Gesellschaften, des internationalen Rechts und des Zahlungsverkehrs.

Das Institut hätte zu untersuchen:

- a) ob es angebracht ist, eine Organisation wie eine Europäische Investitionsbank zu errichten, und mit welchen Aufgaben sie zu betrauen wäre;
- b) welche Vorteile ein internationales Statut für Europäische Gesellschaften, ein Europäisches Garantie-Institut für Anleihegeber oder „external investment trusts“ böten.

48. Die Konferenz ist der Ansicht, daß sich im Verlauf dieser Beratungen die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der europäischen Länder auf folgenden Gebieten ergeben wird:

- a) gemeinschaftliche Investitionen zur Erschließung überseeischer Gebiete durch die europäischen Mutterländer, falls notwendig, mit Hilfe jener europäischen Länder, die keine überseeischen Verpflichtungen haben, und in enger Verbindung mit der überseeischen Bevölkerung;
- b) gemeinschaftliche Investitionen zur Verwirklichung eines europäischen Wohnungsbauprogramms;
- c) die Bildung eines europäischen „Solidaritätsfonds“, dazu bestimmt, gewissen am Mittelmeer gelegenen Ländern Europas, deren Lage besonders ernst ist, rasche Hilfe zu bringen, um sie in den Stand zu setzen, ihre Wirtschaft zu entwickeln<sup>6</sup>.

In diesem Zusammenhang empfiehlt die Konferenz mit allem Nachdruck die Grundsätze eines „Plans für europäische Zusammenarbeit“, der von der Europäischen Liga für Wirtschaftliche Zusammenarbeit vorbereitet wird<sup>7</sup>. Die Konferenz würde es begrüßen, wenn dieses Dokument so bald als möglich näher geprüft würde, und appelliert an den guten Willen der Regierungen und der offiziellen internationalen Organisationen, einen Plan auszuarbeiten, der für die europäische Zusammenarbeit das wäre, was der Marshall-Plan für die atlantische Zusammenarbeit gewesen ist.

### Besondere EntschlieÙung

Die vom 29. Januar bis 1. Februar 1954 in London tagende Zweite Westminster-Konferenz

erkennt an, daß die Errichtung und Durchführung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl den bisher bedeutendsten Versuch internationaler Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet darstellt;

bringt ihre aufrichtige Hoffnung zum Ausdruck, daß

das Ergebnis der zur Zeit zwischen der Regierung des Vereinigten Königreiches und der Hohen Behörde der Gemeinschaft stattfindenden Verhandlungen ein Abkommen sein möge, das im Interesse beider Teile zu einer möglichst engen Assoziation des Vereinigten Königreiches mit der Gemeinschaft und ihrem Wirken zur Entwicklung der Grundindustrien Europas führen wird<sup>8</sup>.

### Anhang

#### Plan für europäische Zusammenarbeit

Die von M. Giscard d'Estaing vorgelegte Denkschrift, mit der sich zur Zeit die Europäische Liga für Wirtschaftliche Zusammenarbeit befaßt

Als es die Vereinigten Staaten unternahmen, bei dem Wiederaufbau Europas zu helfen, befanden sie sich

Ländern gegenüber, die vom Krieg verwüstet, teilweise zerstört, größtenteils in Trümmer gelegt und deren Handelsbeziehungen zerrissen waren. Mit Hilfe des Marshallplanes trugen sie dem enormen Bedarf Westeuropas Rechnung und schufen ein System internationaler Zusammenarbeit und Solidarität. Die Erfahrung zeigt den

<sup>5</sup>) Eine beträchtliche Anzahl der Konferenzteilnehmer stimmte den Vorschlägen für eine Koordinierung der Investitionen nur insoweit zu, als sie sich auf Investitionen öffentlicher Art beziehen.

<sup>6</sup>) Vgl. Anhang, Seite 6476; Tagung zum Studium der wirtschaftlichen Probleme Griechenlands, Brüssel, 3. und 4. Dezember 1953.

<sup>7</sup>) Vgl. Anhang, gleiche Seite; Der der Europäischen Liga für

Wirtschaftliche Zusammenarbeit von M. Giscard d'Estaing vorgelegte „Plan für Europäische Zusammenarbeit“.

<sup>8</sup>) Diese von Lord Layton in der Vollsitzung der Konferenz vorgeschlagene EntschlieÙung wurde einstimmig angenommen, wobei sich lediglich die schwedischen Delegierten der Stimme enthielten.

Es wurde beschlossen, diese EntschlieÙung an die Ministerpräsidenten von Großbritannien und der Sechs Länder sowie an den Präsidenten der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu richten.



großen Wert eines solchen Systems, wenn es auf eventuell wieder auftretende ähnliche Verhältnisse angewendet wird. Die Konferenz der mittel- und osteuropäischen Länder, die im Januar 1952 in London tagte, wies infolgedessen darauf hin, daß ihrer Ansicht nach eine neue Art von Marshall-Hilfe von seiten der atlantischen Mächte erforderlich sei, um den Wiederaufstieg Mittel- und Osteuropas zu ermöglichen.

Die Europäische Liga für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC) stellt fest, daß es zur Zeit eine Anzahl westeuropäischer Länder gibt, von denen man in gewisser Weise sagen kann, daß sie sich in einer ähnlichen Lage wie die Großmächte Westeuropas im Jahre 1948 befinden. Zwei Tatsachen sind für diese Situation bezeichnend:

1. Auf Grund der Schwächung ihres internen Wirtschaftssystems sind diese Länder kaum in der Lage, sich rasch zu entwickeln und in Form von Spareinlagen das Kapital zu bilden, das sie brauchen, um ihre natürlichen Hilfsquellen besser zu verwerten und den Lebensstandard ihrer Bevölkerung zu heben.

2. Die Tatsache, daß sie nicht genügend Produkte zu konkurrenzfähigen Bedingungen auf den internationalen Markt bringen können, nimmt ihnen die Möglichkeit, im Ausland Devisen zu erwerben, mit denen sie die für die Entwicklung ihres eigenen Wirtschaftslebens unerlässlichen Einkäufe begleichen könnten.

Diese Länder befinden sich gegenüber ihren westlichen Nachbarn und der atlantischen Welt in der gleichen Lage wie derjenigen, die den Marshallplan ins Leben rief, der vor allem durch drei zur Entspannung führende Maßnahmen gekennzeichnet ist.

- a) Er stellte diesen Nationen ausländische Waren zur Verfügung, welche sie auf Grund ihres Devisenmangels nicht hätten kaufen können.
- b) Er machte Gebrauch von den nationalen Gegenwertfonds, die aus dem Verkauf auf dem privaten Sektor von Waren stammten, die nicht unmittelbar zur Grundausstattung innerhalb des Landes Verwendung fanden.
- c) Er schuf eine effektive Zusammenarbeit, und zwar so, daß jeder Teil der Organisation in dem Ausmaß eingesetzt wurde, wie es die innere Lage jedes Staates erforderte; und diese Zusammenarbeit bestand in dem Recht, von den Marshallplan-Geldern Gebrauch zu machen.

Die Europäische Liga für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC) untersucht deshalb folgendes schwerwiegende Problem:

1. Der Umfang der Gaben, die Europa von den Vereinigten Staaten empfangt und die es in die Lage versetzen, seine Industrie wiederaufzubauen, verpflichtet es, die wiederhergestellte Produktionskapazität dazu zu benutzen, das Ergebnis dieser Anstrengung jetzt, da es möglich geworden ist, den weniger begünstigten Ländern Westeuropas zugute kommen zu lassen. Das Prinzip, dessen Anwendung wir wünschen, ist das einer effektiven Zusammenarbeit unter den Nationen des Westens, sowohl durch direkte Hilfe in Form von Spenden als auch durch indirekte Hilfe in Form von Gewährung langfristiger Kredite; und wenn diese Spenden durch Steuern finanziert werden sollten, die in ganz Europa gleich sein würden und sich nicht durch unterschiedliche Gestehungskosten<sup>9)</sup> diskriminierend auswirken würden, so würden diese Steuern die Wirtschaft der einzelnen Staaten durch die Lieferung dieser Spenden beleben.

<sup>9)</sup> Dies würde besonders eine geringfügige Besteuerung der Energiequellen außer Kohle betreffen, die, sofern sie niedriger als die von der Hohen Behörde festgesetzten Tarife oder ihnen gleich sind, ganz im Gegenteil die Gleichheit der Produktionsbedingungen unter den verschiedenen Staaten wiederherstellen.

2. Es ist möglich, daß der Gesamtumfang dieser Spenden im Verhältnis zu der Hilfe stehen würde, die durch die Vereinigten Staaten entweder in Form direkter Hilfe oder in Form von off shore-Aufträgen gewährt wurde. In dem Maße, in dem die Dollarlücke Westeuropas größtenteils durch amerikanische Maßnahmen geschlossen wird, während gewisse europäische Industriezweige durch die neuen Aufträge angeregt werden, würde es in der Tat angebracht sein, den Ländern, die keinen Gebrauch von dieser wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe machen können und die immer noch einen beträchtlichen Bedarf aufzuweisen haben, daraus etwas zugute kommen zu lassen.

3. Schließlich muß den Vorschlägen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, die am 8. Dezember 1953 von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten hinsichtlich des Gebrauchs der Atomenergie für friedliche Zwecke gemacht wurden. Der Beitrag, den die Vereinigten Staaten an eine Internationale Behörde in Form eines Teiles der Atomenergie machen wollen, über die sie verfügen, könnte der Grundstock sein, auf dem der „Plan für Europäische Zusammenarbeit“ errichtet würde, denn durch eine solche erste Spende würden nach und nach Gegenwerte entstehen, die von jedem einzelnen Staat entgegengenommen und in entsprechender Form an seinen notleidenden Nachbarn weitergegeben würden.

Insgesamt würde die Durchführung eines „Planes für Europäische Zusammenarbeit“ eines der edelsten Ziele darstellen, das man sich denken kann. Die Europäische Liga für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC) würde es begrüßen, wenn die Europäische Bewegung, nachdem sie von diesem Projekt Kenntnis genommen hat, das darin enthaltene Grundprinzip gutheißen würde. Sie wünscht, alle internationalen Organisationen möchten wie sie selbst ein Projekt verfolgen, das ihr außerordentlich wichtig erscheint und von dem sie hofft, daß es bei seiner Ausarbeitung und seiner Verwirklichung überall Förderung findet.

#### **Zusammenfassung der wesentlichen Punkte des Straßburg-Plans**

*„Vorschläge für die Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten des Europarates und den verfassungsmäßig mit ihnen verbundenen überseeischen Ländern“*

Der „Straßburg-Plan“ enthält den Bericht der Arbeitsgruppe, die von der Beratenden Versammlung des Europarates gebildet wurde, sowie die Empfehlung Nr. 26.

Die Empfehlung, in der die Ergebnisse des Berichtes zusammengefaßt sind, wurde von der Versammlung am 25. September 1952 mit 84 gegen 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

#### *Einführung*

Ein Vergleich zwischen den Vereinigten Staaten, dem Ostblock und den Mitgliedstaaten des Europarates (einschließlich der überseeischen Gebiete, die verfassungsmäßige Bande mit ihnen haben) zeigt, daß die zuletzt genannte Gruppe über große Hilfsquellen verfügt, aber ein beängstigend langsames Tempo wirtschaftlicher Ausweitung aufzuweisen hat. Infolgedessen müssen diese Staaten es erleben, daß sich die Unterschiede zwischen ihrer eigenen wirtschaftlichen Macht und der der Dollarzone ständig vergrößert. In Anbetracht der Schwierigkeiten, den Export nach Amerika zu steigern, müssen die europäischen Länder im Verein mit ihren überseeischen Gebieten ihre eigene Produktion derjenigen Waren vermehren, die zur Zeit aus der Dollarzone importiert werden oder dort wahrscheinlich verkauft werden können. In mancher Hinsicht sind dieser Politik durch Preis-erwägungen Grenzen gesetzt.

Nach einer Uebersicht über die Gründe der amerikanischen Ueberlegenheit hebt der Bericht hervor, daß die in Betracht kommenden Länder (mit der Ausnahme von Kanada) Teile eines einzigen Clearing-Systems sind, das von der Europäischen Zahlungsunion und der überseeischen Sterlingzone gebildet wird und in dem scharfe Devisenbestimmungen herrschen, die einen Schutz für die Währung darstellen. Das wichtigste Anliegen der Untersuchung ist es festzustellen, inwieweit innerhalb dieser Zone die Liberalisierung der Wirtschaft eingeführt werden kann, die einen so wesentlichen Faktor der amerikanischen Macht bildet. Wenn man die Interessen der verschiedenen Partner berücksichtigt, die den geplanten Raum bilden, so kommt man zu dem Schluß, daß die Interessen der Mehrheit mit der allgemeinen Koordinierungspolitik vereinbart werden können. Die Einleitung zeigt dann die Möglichkeiten dafür auf, inwiefern die einzelnen Kapitel des Berichtes die Grundlagen für künftige Vorschläge einer solchen Politik legen, und besteht schließlich auf den antizyklischen Möglichkeiten einer solchen Politik und der Dringlichkeit ihrer Anwendung aus sozialen Gründen.

#### Kapitel I — Handelsstruktur

Das Studium des Welthandels zeigt, daß die Länder und Gebiete, auf die sich der Bericht bezieht, etwa 60 vH des Welthandels beherrschen. Der Anteil Westeuropas am Welthandel ist seit vor dem Krieg gefallen. Die assoziierten überseeischen Gebiete und Kanada haben ihren Anteil wesentlich erhöht, während die Dominien der Sterlingzone ihre verhältnismäßig große Bedeutung unter den importierenden Ländern der Welt aufrechterhielten und ihren Export vermehrten.

Die Veränderung der Handelsbedingungen zugunsten von Rohstoffen kam den überseeischen Ländern zu statuten, und die Tendenz der Langfristigkeit wird dem Bericht zufolge wahrscheinlich, wenn auch mit einigen Schwankungen, weiterbestehen.

Die Rolle, die das Pfund Sterling spielt, wird durch die Tatsachen veranschaulicht, daß der Anteil des Vereinigten Königreiches am Welthandel im Jahre 1951 zwischen 10 und 12 vH lag, daß die Länder der Sterlingzone zusammengenommen in den letzten Jahren durchschnittlich 25 vH ausmachten und daß über 40 vH des Welthandels und über 75 vH des Handels in dem Raum, auf den sich der Bericht bezieht, in Sterlingwährung durchgeführt werden.

Der europäische Export gegen Dollars scheint nachzulassen, „eine Lage, der man nicht leicht Abhilfe schaffen kann“. Der Handel der europäischen Länder mit der Sterlingzone ist wesentlich umfangreicher als der mit der Dollarzone, und zur Zeit bestehen in dem Raum, auf den sich der Bericht bezieht, viel bessere Aussichten für die Aktivierung des Sterlinghandels als für die des Dollarhandels.

Der Bericht zählt eine Reihe von Hindernissen für die Steigerung des Exports in die Dollarzone auf und betont, daß in Anbetracht des europäischen Dollarbedarfs energische Anstrengungen gemacht werden müssen, um mehr an Nordamerika zu verkaufen.

#### Kapitel II — Handelspolitik

Der Bericht führt als sein Ziel die Vergrößerung des Gebietes an, auf dem multilateraler Handel durchgeführt werden kann, und zwar ohne mengenmäßige Beschränkungen und Diskriminierung und ohne die zwischen den Mutterländern und ihren überseeischen assoziierten Gebieten bestehenden Beziehungen zu beeinträchtigen. Die entsprechenden Maßnahmen werden indessen in gewisser Weise durch die Notwendigkeit beeinflusst, soweit wie möglich ein Dollargleichgewicht zu gewährleisten.

Der Bericht zählt die bewundernswerten Resultate des Liberalisierungsprogramms der OEEC auf und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß ähnliche Maßnahmen noch weitergehend auf die assoziierten überseeischen Gebiete ausgedehnt werden können, namentlich durch Vermittlung des kürzlich im Rahmen der OEEC eingesetzten Ausschusses für die Steuerung der Handelspolitik, wodurch die Handelspraktiken der OEEC auf die EZU abgestimmt werden. Der Bericht verurteilt die versteckte Diskriminierung unter den Mitgliedstaaten des vom Bericht erwähnten Raumes.

Die Anwendung von Sekundärpräferenzen, wie sie von der ELEC vorgeschlagen wurden, findet Zustimmung. Man nimmt an, daß die Bedeutung von Präferenzen wahrscheinlich zunimmt, eine Entwicklung, die begrüßt wird, und der Bericht spricht von der „Festlegung einer Staffel von Zwischenzöllen, die zwischen den Vorzugstarifen des Commonwealth und den der Meistbegünstigungsklausel entsprechenden Tarifen liegen“. Es wird festgestellt, daß die übertrieben strenge Anwendung der Meistbegünstigungsklausel sich mehr im Sinne der Beschränkung als der Ausweitung des Handels auswirkt. Anstrengungen müßten gemacht werden, den oben erläuterten Wandel herbeizuführen, ohne daß dies die völlige Aufgabe des GATT mit sich bringen würde.

Langfristige Verträge werden empfohlen, durch die die Erzeuger dazu angeregt werden sollen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und kurzfristige Schwankungen zu verhindern, ohne dadurch jedoch die langfristigen Preise zu erschüttern.

#### Kapitel III — Die hauptsächlichsten Handelsgüter

Der Bericht befaßt sich mit gewissen Grundstoffen, die von unmittelbarem Interesse für das Gebiet der EZU sind (Weizen, Zucker, Futtermittel, Öle und Fette, Gummi, Tabak, Baumwolle, Erdöl, Kupfer, Zinn und Jute). Indem man einerseits zugibt, daß es dem Gebiet an gewissen Grundstoffen mangelt, so hält es der Bericht andererseits für notwendig, nichts unversucht zu lassen, die Produktion auch dann zu entwickeln, wenn es nicht möglich ist, vollständig auf Einfuhren zu verzichten.

#### Kapitel IV — Währungsprobleme

Der Bericht liefert überzeugende Beweise für die erfolgreiche Arbeit der EZU, indem sie den Umfang der Importe ihrer Mitglieder untereinander von 8800 Millionen Dollar auf 12 800 Millionen Dollar zwischen dem zweiten Viertel des Jahres 1950 und dem dritten Viertel des Jahres 1951 erhöhte. Er empfiehlt die Erhöhung der Quoten, Abänderungen des Tranchensystems, eine größere Hilfe von seiten des Internationalen Währungsfonds und eine Ausdehnung des Gebietes der EZU.

Die Aufrechterhaltung der finanziellen Stabilität im Innern wird als die wesentliche Grundlage für gesunde wirtschaftliche Verhältnisse innerhalb des von dem Bericht genannten Raumes bezeichnet, und es wird auf die Vorteile der Verwendung des Pfund Sterling als einer Währung für das Gebiet hingewiesen, die als Maßstab gelten kann, falls es gelingt, es härter zu machen und seine Konvertibilität zu erleichtern.

Es wird zugegeben, daß die vollständige Konvertibilität unmöglich ist und daß jeder Versuch in dieser Richtung zum Ruin führt, daß eine gewisse begrenzte Konvertibilität wünschenswert ist und daß die Einführung veränderlicher Kurse die heftigen Schwankungen, die immer der größte Feind wirtschaftlichen Fortschritts sind, nur begünstigen würde. Einseitige Versuche eines einzelnen Mitglieds, zur Konvertibilität zurückzukehren, könnten auf die Dauer nicht von Erfolg begleitet sein; und die größte Hoffnung, Fortschritte zu erzielen, liege in einer schrittweise durchgeführten Koordinierungspolitik.



*Kapitel V — Die Investitionen in überseeischen Ländern*

Europa hat seine Rolle bei der Ausfuhr von Kapital seit dem Krieg erfüllt, indem es etwas mehr ausfuhrte, als es in Form amerikanischer Hilfe erhielt. Dennoch bleibt noch viel zu tun übrig, und man hat geschätzt, daß von 1946 bis 1955 mehr Kapital investiert werden muß, als dies von der Jahrhundertwende bis zum zweiten Weltkrieg der Fall war. Grob gerechnet hält der Bericht eine Steigerung der Privatinvestierung um 250 vH für erforderlich, wenn man das Gleichgewicht aufrechterhalten will. Die Privatinvestierung von seiten Amerikas in den überseeischen Gebieten weist in der genannten Periode deutlich eine fallende Tendenz auf. Die Empfehlungen des Berichtes, die sich auf diese beunruhigende Situation beziehen, enthalten Garantien und die Zusicherung, daß das Investitionskapital nicht angetastet wird; sie beziehen sich außerdem auf die Rationalisierung der gegenwärtig bestehenden Investierungsgesellschaften, eine größere Einschaltung der Weltbank, die Gewährung von Erleichterungen zur Investierung in denjenigen europäischen Ländern, die nicht mit überseeischen Gebieten assoziiert sind, und die Errichtung einer Koordinierungsstelle, die im Bericht als „Europäische Investitionsbank“ bezeichnet wird.

*Kapitel VI — Bevölkerungs- und Wanderungsprobleme*

Man schätzt, daß Westeuropa einen Bevölkerungsüberschuß von fünf Millionen Menschen aufzuweisen hat, der innerhalb der nationalen Wirtschaftssysteme nicht untergebracht werden kann. Es wird daher die Bildung des Provisorischen Intergouvernementalen Ausschusses für die Auswanderung aus Europa erwähnt. Besonderer Hoffnung wird Ausdruck verliehen, daß das Vereinigte Königreich, das bisher noch nicht dem Ausschuß als Mitglied angehört, sich in Bälde anschließen wird, und daß die Mitgliedstaaten des vom Bericht genannten Raumes diesem Projekt ihre volle Unterstützung widmen werden. Man erwartet eine Bereitschaft, hinsichtlich der Altersklassen und Berufsgruppen der Arbeiter Kompromisse zu schließen, sowie eine weniger diskriminierende Unterscheidung der Angehörigen der einzelnen europäischen Mutterländer von seiten der assoziierten und abhängigen überseeischen Gebiete.

*Kapitel VII — Sonstige praktische Maßnahmen*

Dieses Kapitel zählt eine Reihe von Maßnahmen auf, die alle nicht kostspielig sind; einige davon sind vorbereitender Art. Man könnte damit beginnen, während die Durchführung der in früheren Kapiteln enthaltenen Empfehlungen zusammen mit der Ausarbeitung der nötigen Methoden in Erwägung gezogen wird. Nachdrücklich wird die Notwendigkeit laufender umfassender Informationen und Statistiken betont. Diese könnten durch bessere Beziehungen zwischen den existierenden Körperschaften und Sachverständigen gefördert werden. Man sollte sich des Ausschusses der OEEC für die überseeischen Gebiete bedienen. Die bereits in Ausführung begriffenen Untersuchungen sollten aufeinander abgestimmt und ihre Ergebnisse weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden. Eine bessere Zusammenarbeit ist zu empfehlen hinsichtlich medizinischer Probleme in unterentwickelten Gebieten, jener vielen nicht endenden Seuchen tropischer Länder, und technischer Schwierigkeiten in der Landwirtschaft und dem Verkehrswesen in verschiedenen Gebieten.

Wie im Bericht, so liegt die Betonung auch hier auf der besseren und weitergehenden Ausnützung bereits vorhandener Institutionen. „Dieses Programm für sofortige Aktion bedingt also nicht die Schaffung neuer Organisationen, sondern nur die Bereitschaft, sich bereits bestehender Organisationen weitgehendst zu bedienen und dieselben zu unterbauen.“

**Tagung zum Studium der Wirtschaftsprobleme Griechenlands in Brüssel am 3. und 4. Dezember 1953**

Die Tagung zum Studium der Wirtschaftsprobleme Griechenlands, die am 3. und 4. Dezember in Brüssel unter dem Vorsitz von M. Paul-Henri Spaak abgehalten wurde, hatte es sich zur Aufgabe gestellt, die dringendsten wirtschaftlichen und sozialen Probleme Griechenlands zu studieren, um Lösungen zu finden, die dazu angetan sind, Gegenstand der Beratungen anlässlich der Ende Januar 1954 in Westminster stattfindenden Zweiten Europäischen Wirtschaftskonferenz zu sein. Diese Lösungen müssen im Geiste europäischer Zusammenarbeit ausgearbeitet werden und in Einklang mit der Politik der griechischen Regierung, den Möglichkeiten der Wirtschaft Westeuropas ebenso wie derjenigen der Vereinigten Staaten von Amerika stehen. Die Tagung hat von den Berichten Kenntnis genommen sowie der Stellungnahme der griechischen Delegation, deren Vorsitzender Herr Léon Maccas war.

Die Studientagung erinnerte daran, daß die freien Länder Europas nach dem Zweiten Weltkrieg sofort an den Wiederaufbau gehen konnten, während Griechenland noch vier Jahre lang einen neuen Krieg gegen die kommunistischen Truppen führen mußte. Dieser Kampf verschlang den größten Teil der Marshallplan-Hilfe und anderer ausländischer Subventionen und bedeutete abermals schwere Verluste für die griechische Wirtschaft. Griechenland befindet sich daher in einer ganz besonderen Lage, und es verdient die aufrichtige Mitarbeit der freien Nationen Europas bei seinem Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaus.

Die Tagung stellte fest, daß Griechenland zu den wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Ländern des freien Europa gehört und daß es am unmittelbarsten, härtesten und längsten während des Krieges und nach dem Kriege betroffen wurde. Von allen freien Ländern Europas verfügt es über das geringste durchschnittliche Einkommen pro Kopf der Bevölkerung, und es steht an zweiter Stelle des Bevölkerungszuwachses. Es leidet an einer beträchtlichen Arbeitslosigkeit und an mangelnden Beschäftigungsmöglichkeiten sowie an beängstigender Unterernährung. Es widmet indes 51 vH seines Budgets militärischen Ausgaben, die für die Verteidigung sowohl seines eigenen Territoriums wie des Teiles des Mittelmeeres, den es, geographisch gesehen, beschützt, als unerlässlich betrachtet werden.

Die Tagung hält andererseits die beträchtlichen und bereits von Erfolg begleiteten Anstrengungen fest, die zur Zeit von Griechenland unternommen werden, um das Defizit seiner Handelsbilanz zu verringern, den intereuropäischen Handel zu aktivieren, die Einfuhr vollständig zu liberalisieren und die Investierung fremden Kapitals zu erreichen, um auf diese Art und Weise Produktion und Produktivität zu steigern und die Möglichkeiten für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Ausweitung des Handels zu verbessern.

Sie erinnert außerdem an die unlängst infolge der Erdbeben neu aufgetretenen Schwierigkeiten, denen Griechenland beim Wiederaufbau der heimgesuchten Inseln entgegentreten muß, die von sämtlichen Wohnungen, kirchlichen Bauten, Verwaltungsgebäuden und Schulen entblößt sind.

Die Tagung ist von der Notwendigkeit positiver und praktischer Hilfe von seiten Westeuropas, die Europa insgesamt zugute käme, überzeugt, wenn der entschlossene Einsatz des griechischen Volkes von Erfolg gekrönt sein soll. Sie ist der Ansicht, daß diese Hilfe in Verbindung mit derjenigen, die Griechenland soeben auf Grund zweiseitiger Gespräche mit mehreren westlichen Ländern erhalten hat, erfolgen und darauf abgestimmt werden sollte, durch besondere Maßnahmen so rasch und so

praktisch wie möglich Lösungen im europäischen Sinne zu finden, die einem Volke zugute kommen, dessen wirtschaftliches und soziales Gleichgewicht es wiederherzustellen und zu befestigen gilt. Dies ist eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung seines beachtenswerten demokratischen und europäischen Widerstandsgeistes.

Die Studententagung ist außerdem der Ansicht, daß das Internationale Exekutivbüro der Europäischen Bewegung (für die politische Seite der griechischen Wirtschaftsprobleme) und die Wirtschafts- und Sozialkommission (für fachliche Untersuchungen) keine Anstrengungen scheuen dürfen, um zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme Griechenlands beizutragen.

Zu diesem Zweck weist sie auf die folgenden Punkte hin, die einer gründlichen Untersuchung bedürfen.

#### A. Zur Entwicklung des griechischen Außenhandels

1. Die Handelsbeziehungen zwischen Westeuropa und Griechenland müssen so liberal wie möglich gestaltet werden unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Griechenland kürzlich seine Einfuhr vollständig liberalisiert hat.

2. Im Rahmen der Bemühungen zur Herstellung der wirtschaftlichen Integration Europas muß eine Uebergangslösung gefunden werden, die es erlaubt, das griechische Exportvolumen zu vermehren, eine größere Festigkeit der Exportpreise der griechischen Erzeugnisse zu erzielen; für gewisse griechische Produkte, die sich exportieren lassen und deren Einfuhr durch andere europäische Länder eine Einsparung an Dollars bedeuten würde, Vorzugszölle zu gewähren; dem Einkauf von Waren, die aus griechischen Fabriken stammen, den Vorzug vor Rohstoffen zu geben; die Lieferung von Rohstoffen nach Griechenland mit der Gewährung von Krediten zur Verarbeitung eben dieser Rohstoffe im Hinblick auf den späteren Export der auf diese Weise hergestellten Fabrikwaren in den Westen zu verbinden; schließlich die Unterzeichnung von Unterverträgen zwischen Griechenland und den Ländern Westeuropas zu fördern, um Griechenland die teilweise Uebernahme von Aufträgen zu überlassen, die diesen Ländern von der NATO erteilt wurden.

#### B. Zur Durchführung von Investitionen in Griechenland

Zwei Arten von Investitionen sind in Griechenland notwendig:

1. Öffentliche Investitionen sozialer Art. Abgesehen von der Finanzierung seiner Grundindustrien durch ausländisches Kapital, sieht sich Griechenland der dringenden Notwendigkeit gegenüber, sich auf Investitionen zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse des Volkes zu stützen, angemessene Unterkünfte für die schlecht untergebrachten Einwohner und für die augenblicklich Obdachlosen der heimgesuchten Inseln zu schaffen sowie die Landwirtschaft und die Lebensmittelindustrie zu

entwickeln, um seine Arbeiterschicht besser ernähren zu können.

2. Privatinvestitionen in den wichtigen Industriezweigen der griechischen Wirtschaft nach europäischen Gesichtspunkten, besonders in solchen Unternehmen, von denen man eine möglichst große Einstellung von Arbeitslosen erwarten darf. Die Brüsseler Tagung hat mit Interesse die auf Veranlassung der griechischen Regierung zusammengestellten Unterlagen studiert, die auf diesem Gebiet interessante Möglichkeiten aufzeigen, und empfiehlt die Untersuchung der Möglichkeit, sich zur Verwirklichung solcher Projekte an den europäischen Kapitalmarkt zu wenden. In diesem Zusammenhang verdient ein kürzlich erlassenes, in der Verfassung verankertes griechisches Gesetz Beachtung, das besondere Privilegien für ausländisches Kapital schafft. Diese Erleichterungen sind steuerlicher und verwaltungsmäßiger Art, einschließlich der Zusicherung, daß das in Griechenland investierte Kapital samt Zinsen und Einnahmen wieder ausgeführt werden kann.

3. Außerdem sind die Auswirkungen des kürzlich erlassenen amerikanischen Gesetzes zu untersuchen, demzufolge die aus dem in Europa durchgeführten Verkauf der amerikanischen Ueberschüsse der Landwirtschaft stammenden Kapitalien in befreundeten dritten Staaten investiert werden dürfen, und zwar für soziale Zwecke oder in Form einer besonderen Wirtschaftshilfe für die von Katastrophen betroffenen Länder, wie in diesem Falle Griechenland.

4. Es ist unbedingt erforderlich, die Beratende Versammlung des Europarates dafür zu gewinnen, sich für eine Politik langfristiger Investitionen in Griechenland entsprechend dem nach dem Ersten Weltkrieg vom Völkerbund zugunsten Oesterreichs und gerade auch Griechenlands geschaffenen Präzedenzfall einzusetzen. Ein solcher Beweis europäischer Solidarität würde es im Interesse ganz Europas ermöglichen, die soziale Sicherheit in einem seiner verwundbarsten und doch wichtigsten Teile herzustellen.

Abschließend hält es die Brüsseler Studententagung für notwendig, die Berichterstatter des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Bewegung zu verpflichten, in ihren Berichten, die sie der Westminster-Konferenz vorlegen, den allgemeinen Grundsatz zu vertreten, demzufolge es tatsächlich im Interesse des freien Europa liegt, daß die wirtschaftlich höher entwickelten europäischen Nationen den weniger entwickelten dauernde praktische Hilfe leisten.

Nur dank einer solchen Hilfeleistung wird die Integration Europas auf fairem Wege dem Ziel allgemeiner Stabilität näherkommen.

Quelle: European Movement: Second European Economic Conference of Westminster, Resolutions Adopted. Uebersetzung: Sekretariat der Europäischen Bewegung, Brüssel, revidiert durch das Europa-Archiv.

## Kommuniqué der Konferenz der Finanzminister des Commonwealth in Sydney vom 15. Januar 1954

1. Das Ziel unserer gegenwärtigen Konferenz war, die wirtschaftlichen Fortschritte zu konsolidieren, die das Sterlinggebiet und das Commonwealth während der letzten zwölf Monate gemacht haben, nach Mitteln zu suchen, um diese Fortschritte zu beschleunigen, und sicherzustellen, daß das Sterlinggebiet und das Commonwealth ihren vollen Beitrag zum wirtschaftlichen Gedeihen der Welt leisten.

2. Während des vergangenen Jahres sind die Sterlingländer des Commonwealth den Zielen bedeutend näher

gekommen, die sie sich im Januar 1952 gesteckt und im Dezember 1952 bestätigt und genauer umrissen hatten. Die Länder des Commonwealth lehnten damals die Ansicht ab, wie wir sie heute ablehnen, daß irgendeine Lösung unserer Probleme in der Schaffung eines geschlossenen Systems diskriminierender Maßnahmen gefunden werden kann, das nur zu chronischen Beschränkungen und sich wiederholenden Krisen führen könnte. Wir bekräftigen daher unsere gemeinsamen Ziele. Diese sind: die Stellung jedes einzelnen Landes sowie die



Position des Sterling als Währung zu festigen und mit anderen Ländern ein umfassenderes und freizügigeres System des Handels- und Zahlungsverkehrs herzustellen, von dem die Konvertierbarkeit des Pfundes ein wesentlicher Bestandteil ist. Damit werden wir den Interessen aller, nicht nur in unseren eigenen Ländern, sondern in der ganzen Welt, dienen.

3. Wir haben die Aussichten für den Welthandel untersucht. Das Commonwealth ist für rund ein Drittel dieses Handels verantwortlich. Wir sind uns der lebenswichtigen Bedeutung bewußt, die die Maßnahmen und die Politik unserer Länder haben könnten, wenn, wie es von Zeit zu Zeit der Fall sein muß, über die Zukunft einige Ungewißheit besteht.

4. Unser oberstes Anliegen ist es, sicherzustellen, daß unsere eigenen Maßnahmen und unsere eigene Politik geeignet sind, Vertrauen einzuflößen. Wir stehen bereit, sowohl einzeln als auch gemeinsam miteinander entsprechende Schritte zu unternehmen, um Produktion und Handel sowie eine gesunde Entwicklung der Hilfsquellen zu fördern und sicherzustellen, daß zeitweilige wirtschaftliche Schwankungen unser Fortschreiten in Richtung auf unsere langfristigen Ziele nicht stören können. Wir sind auch bereit, zu diesem Zweck mit anderen Ländern und internationalen Institutionen zusammenzuarbeiten.

5. Bei dieser Zusammenarbeit haben die Vereinigten Staaten von Amerika wie auch Europa eine besondere Rolle zu spielen, weil sie zusammen mit dem Commonwealth und dem Sterlinggebiet für drei Viertel des Welthandels verantwortlich sind.

6. Wir fühlten uns deshalb durch die jüngste Botschaft Präsident Eisenhowers an den amerikanischen Kongreß ermutigt, in der er sagte: „Die Regierung ist entschlossen, unsere Wirtschaft stark und im Wachsen zu erhalten. Im Augenblick befinden wir uns im Uebergang von einer Kriegs- zu einer Friedenswirtschaft. Ich hege die Zuversicht, daß wir diesen Uebergang ohne ernstliche Unterbrechung unseres wirtschaftlichen Wachstums vollziehen können. Aber wir werden diese lebenswichtige Angelegenheit nicht dem Zufall überlassen. Wirtschaftliche Bereitschaft ist für die Nation ganz genau so wichtig wie militärische Bereitschaft.“

7. Der Schatzkanzler berichtete auf der Konferenz über die Entwicklung in Europa und in der OEEC während des letzten Jahres und lenkte die Aufmerksamkeit auf die Ausweitung der Produktion und die Festigung der Stellung der europäischen Länder im allgemeinen.

8. Wir nahmen auch zur Kenntnis, daß der internationale Währungsfonds in seinem Bericht an den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen feststellte: „Um zu verhindern, daß sich kleine Depressionen zu großen auswachsen, sollten gewisse zusätzliche Reserven (d. h. internationale Reserven des Internationalen Währungsfonds) frühzeitig zu großzügigen Bedingungen und in angemessener Höhe zur Verfügung gestellt werden, ... aber in erster Linie ist zur Vermeidung und Heilung von Depressionen Zuflucht zu nehmen zu entsprechenden Maßnahmen auf nationaler Ebene, besonders in Industrieländern.“

9. Die von den einzelnen Ländern des Commonwealth verfolgte gesunde Wirtschaftspolitik, die öffentlich zum Ausdruck gebrachte Entschlossenheit der Regie-

rung der Vereinigten Staaten, die amerikanische Wirtschaft stark und wachsend zu erhalten, die Ausweitung der Produktion in Europa und die beträchtliche Zunahme der Währungsreserven außerhalb des Dollargebietes stellen nach unserer Ansicht solide Grundlagen für zuversichtliches Vertrauen dar.

10. Die Konferenz erörterte dann die gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Grundsätze, nämlich: a) Die Aufrechterhaltung einer starken Zahlungsbilanzposition und die Stärkung der zentralen Gold- und Dollarreserven, b) eine gesunde innerwirtschaftliche Politik der einzelnen Länder und die Notwendigkeit, die Inflation einzudämmen, und c) die wirtschaftliche Entwicklung der Hilfsquellen.

11. Beträchtliche Fortschritte sind in der Anwendung dieser wirtschaftspolitischen Grundsätze während des vergangenen Jahres gemacht worden, einer Periode, während der trotz der Schwäche gewisser Warenpreise die wirtschaftlichen Bedingungen im allgemeinen günstig waren. Im Ergebnis hat sich das Gesamtdefizit des Jahres 1951—52 in der Zahlungsbilanz des Sterlinggebietes im Jahre 1952—53 in einen Ueberschuß verwandelt, die Position des Pfundes in der Welt gefestigt und die zentrale Reserve ständig erhöht. Aber wir wissen, daß noch vieles zu tun bleibt.

12. Die seit der Zusammenkunft der Finanzminister des Commonwealth im Januar 1952 eingeschlagene Politik liegt dem bemerkenswerten Wandel in der Zahlungsbilanz des Sterlinggebietes zugrunde. In dem am 30. Juni 1953 beendeten Rechnungsjahre hatte das Sterlinggebiet im Verkehr mit der übrigen Welt einen Ueberschuß von 400 Mill. Pfund im Vergleich mit einem Defizit von nahezu 1 Mrd. Pfund in dem am 30. Juni 1952 beendeten Rechnungsjahre. Diese deutliche Verbesserung in den Verhältnissen des Sterlinggebietes, zu der alle Mitglieder beigetragen haben, brachte eine Zunahme der zentralen Gold- und Dollarreserven um rund 250 Mill. Pfund mit sich. Diese Reserven sind im zweiten Halbjahr 1953, wenn auch etwas langsamer, weiterangestiegen und standen am Ende des Jahres bei 900 Mill. Pfund. Während des ganzen Zeitraums hat sich die Stellung des Pfundes gefestigt.

13. Die Konferenz beschäftigte sich mit den Aussichten für das kommende Jahr. Wir einigten uns darauf, daß das Sterlinggebiet als Ganzes weiter versuchen werde, im Zahlungsverkehr mit der übrigen Welt einen ansehnlichen Ueberschuß zu erzielen. Das Hauptgewicht wurde von Anfang an auf Dollareinnahmen gelegt. Obwohl sich die Dollarlage gebessert hat, sollten wir in unseren Anstrengungen, einen Dollarüberschuß zu erzielen, nicht nachlassen. Aber es ist heute genau so wichtig, daß wir einen ansehnlichen Ueberschuß in anderen fremden Währungen verdienen. Wir wissen, daß ein Erfolg in dieser Richtung zum Teil vom Niveau des Welthandels abhängt, betonen jedoch, daß die Hauptaufgabe aller Länder des Sterlinggebiets im kommenden Jahre die Vermehrung ihrer Einnahmen auf Grund intensiver Anstrengungen auf dem gesamten Gebiet des Exports ist.

14. Bei dieser Aufgabe müssen wir Erfindungsgabe, höhere Leistungen und Wettbewerbsstärke zeigen. Wir können es uns nicht leisten, irgendeinen Markt unbeachtet zu lassen, und müssen unsern Export, wo immer

möglich, entwickeln. Doch müssen wir nicht nur den Export unserer traditionellen Hauptexportartikel erweitern, sondern auch von der ungeheuren Vielzahl anderer Erzeugnisse, die, zusammengekommen, einen so großen Teil der Gesamteinnahmen des Sterlinggebietes einbringen.

15. In dem Kommuniqué der Commonwealth-Wirtschaftskonferenz vom Dezember 1952 war die Rede von den starken Beschränkungen, die einige Länder des Sterling-Commonwealth den Importen aus Großbritannien und anderen Commonwealthländern hatten auferlegen müssen. Es bestand damals Einmütigkeit darüber, daß diese Beschränkungen mit der Besserung der äußeren finanziellen Lage dieser Länder gelockert werden sollten. Wir vermerken mit Genugtuung die Fortschritte auf diesem Gebiet, die von mehreren Ländern des Sterlinggebietes gemacht worden sind, und die Ausichten auf weitere Fortschritte, die durch die anhaltende Besserung ihrer Zahlungsbilanzen möglich werden.

16. Wir haben uns mit der inneren Wirtschaftspolitik unserer Länder beschäftigt und festgestellt, daß während des vergangenen Jahres eine beträchtliche Besserung eingetreten ist. Doch mehr bleibt noch zu tun, und die Bedeutung dieses Teils unserer Aufgabe kann nicht überbetont werden. Von der Anwendung gesunder wirtschaftlicher Grundsätze hängen die Kaufkraft des Geldes, die Lebenshaltungskosten und die Fähigkeit ab, Exportgüter trotz zunehmender Konkurrenz auf den Weltmärkten abzusetzen. Unzulänglichkeiten der inneren Wirtschaftspolitik irgendeines Partnerlandes wirken sich aus auf die äußeren Verhältnisse des gesamten Sterlinggebietes, da sie einen übermäßigen Importbedarf schaffen, Kräfte von der Exportindustrie abziehen und die Zahlungsbilanz aus dem Gleichgewicht bringen. Unsere Regierungen werden die Politik fortführen, die im vergangenen Jahre befriedigende Ergebnisse erbracht hat. Wo nötig, wird sie korrigiert werden, um zu vermehrter Produktion für den Export anzuspornen und die Spartätigkeit anzuregen, denn davon hängt die Entwicklung des Commonwealth wesentlich ab.

17. Das Commonwealth besitzt große Hilfsquellen natürlicher, menschlicher und industrieller Art. Ihr Ausbau ist eine dringende und vitale Notwendigkeit. Das Bestreben aller zum Sterlinggebiet zählenden Commonwealthländer ist es, sich auf den Ausbau jener Hilfsquellen zu konzentrieren, die auf wirtschaftlicher Basis direkt oder indirekt zur Verbesserung der Zahlungsbilanz des Sterlinggebietes beitragen. In einigen Ländern des Sterlinggebietes jedoch sind Pläne aufgestellt worden, die auf eine gewisse grundsätzliche Hebung des Lebensstandards abzielen, eine notwendige Grundlage für eine weitere wirtschaftliche Entwicklung.

18. Der Haupteindruck, den wir von den Berichten unserer Kollegen empfangen haben, beruht auf der gewaltigen Vielfalt und Intensität der Anstrengungen, die vielen Hilfsquellen der Commonwealthländer, ob groß oder klein, einer produktiven Nutzung zuzuführen.

19. Es ist unmöglich, alle diese Bemühungen kurz zu beschreiben. Im folgenden seien nur Beispiele genannt. Der Ausbau der Lebensmittelerzeugung ist im gesamten Commonwealth vorangetrieben worden. Dies bedingte Bewässerungsanlagen und andere Projekte zur Vermehrung der landwirtschaftlich genutzten Bodenfläche, technische Verbesserungen, Mechanisierung und

Schulung. Die Erzeugung von Gütern; wie Baumwolle, Jute, Wolle, Holzschliff, Nutzholz, Tabak und Sisal, wurde auf dem bisherigen Stand gehalten. Die Arbeiten zur Erschließung der Bodenschätze des Commonwealth, insbesondere von Uran, Gold, Kupfer, Nickel, Chrom, Albest, Kohle, Eisenerz und Bauxit, gingen weiter. Die Erzeugung einiger Güter, wie von Zinn und Kautschuk, wurde von den Schwankungen des Weltbedarfs beeinflusst. In einer Reihe von Ländern machten die Suche nach Oel, die Erschließung der Oelvorkommen und die Erzeugung von Erdgas Fortschritte. Der Ausbau der Schwerindustrie nimmt weiterhin einen wichtigen Platz ein. Die Erweiterung der Eisen- und Stahlerzeugung und der Gewinnung von Aluminium ist in einer Reihe von Ländern im Gange. Auch widmet man sich dem Aufbau einer großen Zahl anderer Industriezweige. Die Anstrengungen zur Verbesserung und Erweiterung der Verkehrseinrichtungen wurden fortgesetzt, große Aufwendungen für Straßen, Eisenbahnen und Hafenanlagen gemacht. Bedeutende Programme zur Steigerung der Stromerzeugung durch Dampf- und Wasserkraftwerke wurden durchgeführt. Es laufen Projekte für die Verbesserung des Wohnungs-, des Erziehungs- und des Gesundheitswesens.

20. Vieles deutet darauf hin, daß die Entwicklungsarbeit überall in dem Maße reibungsloser und wirtschaftlicher vor sich gegangen ist, wie die Inflation eingedämmt wurde und sich der übermäßig starke Wettbewerb um die Hilfsquellen fühlbar beruhigte. Hieraus geht deutlich hervor, daß eine gesunde innere Wirtschaftspolitik für das wirtschaftliche Wachstum genau so wichtig ist wie für eine gesunde Zahlungsbilanz.

21. Wir haben uns mit den Faktoren befaßt, die Umfang und Tempo der Entwicklungsarbeit beeinflussen. Die Versorgung mit Gütern, die der Entwicklung dienen, hat sich sehr gebessert. Doch in den meisten Fällen ist das Kapital der Hauptfaktor, der der Entwicklung Grenzen setzt. Jede von unseren Regierungen wird weiterhin eine Politik verfolgen, die darauf abzielt, den höchstmöglichen Stand der Spartätigkeit im Lande zu erreichen. Die meisten Länder jedoch wie auch das Sterlinggebiet als Ganzes bedürfen nach wie vor zusätzlichen Kapitals von außen.

22. Auf der Wirtschaftskonferenz des Commonwealth vom Dezember 1952 verpflichtete sich die Regierung des Vereinigten Königreichs, besondere Anstrengungen zu machen, um zusätzliches Kapital für die Entwicklungsarbeit im Commonwealth bereitzustellen. Sie war sich bewußt, daß dies ein angemessenes Niveau der Sparkapitalbildung im eigenen Lande sowie einen angemessenen Ueberschuß in ihrer Außenhandelsbilanz erforderte. Im Jahre 1953 bewilligte die Regierung des Vereinigten Königreichs Anleihen und Zuschüsse im Gesamtbetrag von 120 Mill. Pfund für Entwicklungsvorhaben im Sterling-Commonwealth einschließlich der Kolonialgebiete, für die das Vereinigte Königreich besondere Verantwortung trägt. Die Anleihen wurden über verschiedene Stellen vergeben, u. a. über den Londoner Kapitalmarkt, über das Export Credits Guarantee Department und die Colonial Development Corporation. Die Zuschüsse für die Kolonialgebiete wurden aus dem Colonial Development und Welfare Fonds gewährt. Die Regierung des Vereinigten Königreichs wird diese



Politik im Jahr 1954 fortsetzen und besondere Anstrengungen unternehmen, ihre eigenen Hilfsquellen zu erweitern. Obschon dies Lasten und Gefahren mit sich bringt, hat die Regierung des Vereinigten Königreichs diese Aufgabe bewußt auf sich genommen, da sie der festen Ueberzeugung ist, daß eine gesunde Entwicklungsarbeit die Grundlage für das künftige Gedeihen Großbritanniens und des Commonwealth bildet, daß sie in schlechten Zeiten ebenso nötig ist wie in guten und daß die Bereitstellung von Kapital dem Vereinigten Königreich wesentlich bei seinem eigenen Export nützen wird.

23. Das für die Entwicklungsarbeit im Commonwealth bestimmte Kapital aus dem Vereinigten Königreich läuft über viele Wege. Im Jahr 1953 wurden zwei neue erschlossen. Die Commonwealth Development Finance Company hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Ihre Aufgabe ist in erster Linie, Entwicklungsprojekte finanzieren zu helfen, die von Privatunternehmen in Angriff genommen werden. Ferner wurde mit der Nutzbarmachung der Pfundbeträge ein Anfang gemacht, die das Vereinigte Königreich für Finanzierungszwecke durch die Weltbank zur Verfügung gestellt hat. Es gibt jedoch Fälle, die zum Teil außerhalb der Finanzierungsaufgaben der Weltbank liegen, z. B. wenn das Entwicklungsprogramm aus großen, in sich geschlossenen Projekten besteht, zu denen eine Menge kleinerer Vorhaben gehören, und insgesamt damit ein hoher Anteil von Ausgaben im Lande selbst verbunden ist. Die Commonwealth-Regierungen dürfen jetzt nach Rücksprache mit der Regierung des Vereinigten Königreichs an den Londoner Geldmarkt herantreten nicht nur für Einzelprojekte, sondern auch für allgemeine Entwicklungsprogramme, vorausgesetzt, daß die nötigen Vorbedingungen erfüllt sind. Angesichts der vielen Ansprüche, die an den Londoner Geldmarkt gestellt werden, einschließlich der Forderungen für die Entwicklungsarbeit im Vereinigten Königreich selbst, muß der Zugang begrenzt werden. Die Regierung des Vereinigten Königreichs wünscht sicherzugehen, erstens daß die Programme als Ganzes mit der Grundlinie der Konzentration auf die Verbesserung der Zahlungsbilanz des Sterlinggebiets im Einklang stehen, und zweitens, daß das betreffende Land einen angemessenen Beitrag aus eigenen Mitteln leistet. Es ist im allgemeinen Interesse auch notwendig, daß der Zeitpunkt aller solchen Anleihegesuche sorgfältig abgestimmt wird.

24. Wir haben unsere Entschlossenheit bekräftigt, mit der Entwicklungsarbeit energisch fortzufahren, im Einklang mit unserer allgemeinen Politik und bis zur Grenze der verfügbaren Mittel. In manchen unserer Länder leistet das private Unternehmertum dazu einen großen Beitrag. Es wird die Aufgabe der Regierungen sein, für eine ausgeglichene Entwicklungsarbeit, sei sie staatlicher oder privater Natur, zu sorgen, eine Politik zu betreiben, durch die die Bildung von Sparkapital angeregt wird, und die private Kapitalinvestition sowohl aus inländischen wie aus ausländischen Quellen zu fördern.

25. Wir bekräftigen unsere Unterstützung der aus der Commonwealth-Wirtschaftskonferenz vom Dezember 1952 hervorgegangenen und kurz als „kollektiver Lösungsversuch“ bezeichneten Vorschläge. Diese Vorschläge, die in den Abschnitten 17—22 des Kommuniqués jener Konferenz ausführlich dargelegt werden, sind allgemein dazu bestimmt, einen möglichst umfassenden multilateralen

Handels- und Zahlungsverkehr, eine Lockerung und allmähliche Beseitigung der Einfuhrrestriktionen sowie die Konvertierbarkeit des Sterling und anderer wichtiger Währungen herbeizuführen. Sie basieren auf kollektiven Maßnahmen der Schuldner- und Gläubigerländer, um ein Gleichgewicht in der Weltwirtschaft auf der Grundlage „Handel statt Hilfe“ herzustellen.

26. Das wachsende Vertrauen in den Sterling und die zunehmende Stärke und Elastizität der Volkswirtschaften der Länder des Sterlinggebiets haben diese in den Stand gesetzt, in der Richtung auf eine Ausweitung des Handels und eine Liberalisierung der Währungen Fortschritte zu machen. Endgültige Schritte müssen an die Erfüllung der im Kommuniqué der Commonwealth-Wirtschaftskonferenz genannten Bedingungen gebunden bleiben.

Diese Bedingungen sind: a) fortdauernder Erfolg der inneren Wirtschaftspolitik der Sterlingländer im Commonwealth; b) die Aussicht, daß die handelsbetreibenden Nationen eine Handelspolitik verfolgen, die einer Ausweitung des Welthandels förderlich ist; c) die Verfügbarkeit angemessener finanzieller Hilfe durch den internationalen Währungsfonds oder andere Quellen.

27. Wir haben mit großer Befriedigung die Stelle in Präsident Eisenhowers jüngster Botschaft an den Kongreß zur Kenntnis genommen, in der er von der Schaffung eines gesünderen und freieren Handels- und Zahlungssystems sprach, in dessen Rahmen die anderen Länder ihren Lebensunterhalt verdienen und die Vereinigten Staaten wirtschaftlich weiterhin gedeihen könnten. Alle Commonwealthländer erwarten mit Interesse die Empfehlungen im einzelnen, die der Präsident dem Kongreß machen wird, nachdem die gemischte Kommission für die Außenhandelspolitik der Vereinigten Staaten ihren Bericht vorgelegt hat. Wenn wir auch die Wichtigkeit der inner- und außenwirtschaftlichen Politik betonen, die unsere eigenen Länder verfolgen sollten, so glauben wir doch, daß die bevorstehende Erklärung über die Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten größte Bedeutung für die freie Welt haben wird.

28. Wir bekräftigen die Absicht unserer Regierungen, soweit wie möglich sich der bestehenden internationalen Handels- und Finanzorganisationen zu bedienen.

29. Die Funktionen, die das Allgemeine Zoll und Handelsabkommen und der Internationale Währungsfonds ausüben, werden noch wichtiger werden, sobald die Maßnahmen zur Liberalisierung des Handels und der Währungen zusammengefaßt werden. Ihre Satzungen, ihr Verfahren und ihre Organisation bedürfen in mancher Hinsicht einer genauen Untersuchung und Ueberprüfung, wenn sie voll und ganz ihre Aufgabe erfüllen sollen. Wir nehmen die bevorstehende Ueberprüfung des GATT zur Kenntnis und sind übereinstimmend der Meinung, daß die Commonwealthländer vorher darüber im Licht der dann bestehenden Verhältnisse beraten sollen.

30. Das Sterlinggebiet hat ein starkes Interesse an der Europäischen Zahlungsunion infolge der Mitgliedschaft des Vereinigten Königreiches und der Verwendung des Sterling bei ihr. Wir werden die jetzt von der OEEC in Angriff genommene Untersuchung über die Konvertierbarkeit und die beste Methode eines Uebergangs von der Europäischen Zahlungsunion zu einem umfassenderen Handels- und Zahlungssystem mit Interesse verfolgen.

Quelle: *Commonwealth Survey* vom 22. Januar 1954. Deutscher Text: *British Information* vom 27. Januar 1954.

## Informationen und Berichte

### Die Reparationsleistungen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

Eine genaue zahlenmäßige Erfassung der Reparationsleistungen der sowjetischen Besatzungszone ist nahezu unmöglich. Sowohl die sowjetischen Besatzungsbehörden als auch die deutschen Behörden in der SBZ haben sich systematisch bemüht, das wahre Ausmaß der Reparationen zu verschleiern. Es lassen sich demzufolge auf Grund des bekanntgewordenen Materials nur ungefähre Größenordnungen abschätzen. Ein Versuch einer solchen Schätzung für die Jahre 1945 bis 1948 wurde in dem Bericht „Die Reparationsleistungen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ in Europa-Archiv 7/1949, S. 2029 ff., unternommen. Im Jahre 1951 hat das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen eine Studie zum gleichen Thema veröffentlicht<sup>1</sup>, die sich auf das bis dahin bekannte Material stützte und in der die Gesamtleistungen der SBZ bis Ende 1950 auf 26,8 Milliarden Mark (= 10,7 Milliarden Dollar) geschätzt wurden.

Demgegenüber hatte Stalin am 15. Mai 1950 in einem Schreiben an Ministerpräsident Crotewohl<sup>2</sup> für den gleichen Zeitraum nur einen Betrag von 3,658 Milliarden Dollar als geleistet anerkannt und gleichzeitig den Entschluß der Sowjetregierung mitgeteilt, die noch verbliebene Forderung um 50 vH auf 3,171 Milliarden Dollar zu ermäßigen<sup>3</sup>. Die Bezahlung sollte durch Lieferungen aus der laufenden Produktion in einem Zeitraum von 15 Jahren (211,4 Millionen Dollar jährlich) erfolgen.

Am 22. August 1953 wurde in Moskau ein Protokoll unterzeichnet<sup>4</sup>, mit dem die Sowjetregierung auf weitere Leistungen vom 1. Januar 1954 an verzichtet und außerdem die unentgeltliche Rückgabe von 33 SAG-Betrieben<sup>5</sup> zusagt. Auf Grund der Angaben dieses Protokolls und sowjetzonaler Kommentare dazu sowie aus kürzlich bekanntgewordenen Unterlagen des „Amtes für Reparationen“<sup>6</sup> der Regierung der DDR ergaben sich neue Gesichtspunkte für die Bewertung der tatsächlichen Reparationsleistungen der SBZ, auf Grund deren das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen eine neue Studie über die bis Ende 1953 gezahlte Reparationssumme veröffentlichte<sup>7</sup>.

In dieser Studie werden zunächst die Schätzungen für die Jahre 1945 bis 1950 folgendermaßen revidiert:

Haushaltszuweisungen . . .	27 800 Millionen Mark
SAG-Gewinne . . . . .	1 750 „ „
Zusätzliche Notenausgabe <sup>8</sup> .	4 200 „ „
Insgesamt	33 750 Millionen Mark

Darin sind allerdings auch die Besatzungskosten enthalten, die mit durchschnittlich 2 Milliarden Mark jährlich angegeben werden.

Für die Jahre 1951 bis 1953 ergeben sich aus den in der Studie angestellten Berechnungen — ebenfalls einschließlich der Besatzungskosten — folgende Zahlen:

	1951	1952	1953
	(Millionen DM)		
Haushaltszuweisungen . .	3 470	3 305	3 305
SAG-Gewinne . . . . .	800	600	400
Kaufpreis für SAG-Betriebe	500 <sup>a</sup>	950 <sup>b</sup>	1 100 <sup>b</sup>
Insgesamt	4 770	4 855	4 815

a) Restzahlung für die im Jahre 1950 zurückgekauften Betriebe.

b) Der Gesamtwert der im Jahre 1952 zurückgekauften Betriebe wird in der Studie mit 2490 Millionen DM angegeben. Die am 1. Januar 1954 noch bestehende Restforderung von 430 Millionen DM wurde erlassen (vgl. Abs. II des Protokolls vom 22. August 1953).

Die auf Grund dieser Schätzungen aufgestellte Gesamtbilanz für die Jahre 1945 bis 1953 und eine Beurteilung der zugesagten Erleichterungen folgen, unwesentlich gekürzt, im Wortlaut:

#### Zahlungen

Zahlungen aus öffentlichen Haushalten	
1946 bis 1950 . . . . .	27 800
1951 bis 1953 . . . . .	10 080
Zusätzliche Bargeldausgabe 1945/46 . . . . .	4 200
Gewinnabführung der SAG-Betriebe	
1947 bis 1950 . . . . .	1 750
1951 bis 1953 . . . . .	1 800
Kaufpreise für zurückgegebene SAG-Betriebe	
1951 bis 1953 . . . . .	2 560
Insgesamt	48 190

#### Leistungen

Warenlieferungen	
1945 bis 1950 . . . . .	24 517
1951 bis 1953 . . . . .	10 215
Nebenkosten und Subventionen	
1945 bis 1950 . . . . .	2 625
1951 bis 1953 . . . . .	1 000
Kosten des Uranerzbergbaues	
1947 bis 1950 . . . . .	3 000
1951 bis 1953 . . . . .	4 750
Ausstattung der SAG-Betriebe mit Umlaufmitteln (vor 1950) bzw. Kapitalentzug 1952/53	1 000
Restguthaben . . . . .	1 083
Insgesamt	48 190

<sup>1</sup> Rupp: „Die Reparationsleistungen der sowjetischen Besatzungszone“ in: „Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland“, Bonn 1951.

<sup>2</sup> Wortlaut in *Tägliche Rundschau* vom 17. Mai 1950.

<sup>3</sup> Zugrunde gelegt ist die auf der Moskauer Außenministerkonferenz im März 1947 erhobene sowjetische Gesamtforderung von 10 Milliarden Dollar.

<sup>4</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 18/1953, S. 5974.

<sup>5</sup> Ueber die SAG-Betriebe (Sowjetische Aktiengesellschaften) vgl. Europa-Archiv 6/1947, S. 1030 ff., und 6—7/1948,

S. 1427 f. Der größere Teil dieser Betriebe wurde in den Jahren 1950 und 1952 gegen Zahlung einer nicht näher bezeichneten Ablösesumme in das Eigentum der DDR zurückgegeben.

<sup>6</sup> Das Amt für Reparationen wurde am 7. Januar 1954 durch Beschluß des Ministerrates der DDR aufgelöst.

<sup>7</sup> „Die Reparationen der sowjetischen Besatzungszone in den Jahren 1945 bis Ende 1953“ in „Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland“, Bonn 1953.

<sup>8</sup> Ausgabe von selbstgedrucktem Besatzungsgeld und von erbeuteten RM-Noten durch die sowjetischen Militärbehörden.



In den Gesamtleistungen von rund 48 Milliarden Mark sind die Aufwendungen für die Besatzungstruppen und für die Verwaltung enthalten, die gemeinhin nicht als Reparationen betrachtet werden. Die Höhe der Besatzungskosten ist nicht genau zu ermitteln, da die Sowjets die ihnen zur Verfügung gestellten Fonds anscheinend willkürlich und für die unterschiedlichsten Zwecke in Anspruch nehmen. Angefordert wurden für Zwecke der Besatzung durchschnittlich 2000 Millionen DM jährlich (Höchstsumme 1949: 2182 Millionen DM, seit 1951: 1950 Millionen DM pro Jahr), und diese Summen wurden auch in die Haushaltspläne der Sowjetzone eingestellt. Da diese Besatzungskosten von der sowjetzonalen Verwaltung anerkannt wurden, erübrigt es sich, ihre Höhe zu bezweifeln. Für die acht Jahre von 1946 bis 1953<sup>9</sup> haben sich also Besatzungskosten in Höhe von rund 16 000 Millionen Mark ergeben. Auf die eigentlichen Reparationslasten entfällt somit ein Betrag von rund 32 000 Millionen Mark in Gestalt von Leistungen aus der Produktion, der sich um den Schätzwert der Demontagen der Jahre 1945 bis 1947 im Betrage von rund 5000 Millionen Mark auf insgesamt rund 37 000 Millionen Mark erhöht.

Wenn man die in der Sowjetzone geltenden Devisenkurse<sup>10</sup> zugrunde legt, würden diese Leistungen den Wert von rund 13 570 Millionen Dollar haben. Dieser Betrag dürfte jedoch den wirklichen Wert der Leistungen übersteigen, da die internen Verrechnungskurse nicht dem tatsächlichen Wert der DM-OT entsprechen.

Da die Sowjets ihre Reparationen nach Weltmarktpreisen von 1938 gefordert haben, ist im übrigen eine Schätzung des Dollarwertes der geleisteten Reparationen auf dieser Preisbasis von größerem Interesse und nach den Unterlagen auch leichter möglich. Die gesetzlich zulässigen Preise in der Sowjetzone sind bis 1947 nur wenig über die Preise von 1944 gestiegen, 1948 bis 1950 lagen sie etwa um ein Drittel darüber, Ende 1953 um etwa 60 vH. Man hat demnach etwa 15 000 Millionen Mark zum Kurse von 2,50, etwa 10 000 Millionen Mark zum Kurse von 3,33 und die restlichen 12 000 Millionen Mark zum Kurse von 3,94 umzurechnen; damit ergibt sich ein Wert von rund 12 000 Millionen Dollar nach Weltmarktpreisen von 1938<sup>11</sup>.

Selbst nach Absetzung von Frachten und Nebenkosten verbleibt also ein Betrag, der die ursprüngliche Forderung der Sowjets im Werte von 10 000 Millionen Dollar beträchtlich übersteigt.

Von diesen Leistungen jedoch haben die Sowjets nur 4292 Millionen Dollar als Reparationen anerkannt, davon 2808 Millionen Dollar Lieferungen aus der laufenden Produktion und 1484 Millionen Dollar sonstige Leistungen, d. h. Demontagen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die im Protokoll vom 22. August 1953 angekündigten Maßnahmen in erster Linie durch allgemeine weltpolitische Überlegungen und erst in zweiter Linie durch die Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage in der Sowjetzone bestimmt wurden.

Die Beendigung der „Entnahmen von Reparationen“

bedeutet den Verzicht auf die offiziell anerkannten Leistungen in Höhe von jährlich 211,4 Millionen Dollar zum Preise von 1938, die *Grotewohl* in seinen Erläuterungen<sup>12</sup> mit rund 830 Millionen DM zu heutigen Preisen ab Werk bewertet.

Die „unentgeltliche Rückgabe“ von 33 SAG-Betrieben bedeutet gegenüber dem Jahre 1953 die Ersparnis von etwa 200 Millionen DM an Zuschüssen und mögliche Gewinne der Sowjetzone in Höhe von rund 400 Millionen DM, die bisher von den Sowjets beansprucht wurden. Dieser Vorteil wird sich jedoch in den ersten Jahren kaum auswirken, weil die SAG-Betriebe bisher unter Vorzugsbedingungen jeder Art arbeiteten und nach Fortfall der Reparationen mit Absatzschwierigkeiten zu rechnen ist.

Schließlich sollen die Besatzungslasten im Jahre 1954 von 1950 auf 1600 Millionen DM, also um 350 Millionen DM gegenüber 1953, gesenkt werden; sie können bei zunehmenden Haushaltseinnahmen jedoch wieder bis auf 2182 Millionen DM ansteigen.

Diese drei Faktoren ergeben, daß der Staatshaushalt bei eventuellen Mehreinnahmen in Höhe von 200 Millionen DM<sup>13</sup> um rund 1380 Millionen DM entlastet wird. Da ab 1954 auch die Kaufpreiszahlungen auf die früher zurückgegebenen SAG-Betriebe fortfallen, werden 1954 rund 2,6 Milliarden DM weniger aufgebracht werden müssen als 1953.

Diesen Vorteilen steht anscheinend eine nicht unbedeutliche Unsicherheit in bezug auf die künftige Gestaltung des Uranerzbergbaus gegenüber. Aus dem Protokoll geht zweifelsfrei hervor, daß die Anlagen der Wismut-AG nicht zu den 33 zurückzugebenden Betrieben gehören, also nicht in deutsche Verwaltung überführt werden. *Grotewohl* hat sich aber, wenn auch nur mit einem Satz, in seinem Bericht vor der Volkskammer<sup>14</sup> dahingehend geäußert, daß eine „gemeinsame Vereinbarung... über die Bildung einer gemischten Deutsch-Sowjetischen Gesellschaft Wismut auf paritätischer Grundlage“ getroffen worden sei. Dies kann heißen, daß die Sowjetzone künftig an den Verlusten der Gesellschaft beteiligt sein wird, deren jährliche Einsüsse mit rund 1,6 Milliarden DM berechnet werden.

Die Bildung der „Deutsch-Sowjetischen Gesellschaft“ kann aber auch bedeuten, daß sich die Sowjetzone kapitalmäßig beteiligen soll, daß sie also die Investitionen der Sowjets, die nach Ausbeutung der Lagerstätten ohnehin wertlos werden, zu einem gewiß nicht niedrigen Kaufpreis zur Hälfte übernehmen muß. Es kann sich hierbei um Summen handeln, die das „Ende der Reparationen“ praktisch noch um Jahre hinausschieben.

Ein solches Vorgehen der Sowjets würde freilich den „Neuen Kurs“ in der Sowjetzone, der nicht auf diese beschränkt ist, sondern Parallelen sowohl in der Sowjetunion selbst als auch in den Satellitenstaaten hat, ernstlich gefährden. Es ist daher heute noch nicht zu übersehen, ob die Sowjets eine Kapitaleinforderung der angegedeuteten Art tatsächlich beabsichtigen, doch dürfen die Möglichkeiten, die in den bisherigen Abmachungen liegen, nicht unbeachtet bleiben.

<sup>9</sup>) Das Jahr 1945 scheidet aus, weil die Truppe hauptsächlich aus beschlagnahmten Vorräten versorgt wurde, für welche die vorstehende Bilanz keinen Gegenposten enthält.

<sup>10</sup>) Im Außenhandel bis August 1950 DM 2,50 für 1 Dollar, seitdem DM 3,33.

<sup>11</sup>) Schätzungen von anderer Seite kommen zu wesentlich höheren Ergebnissen. So ermittelt die im Juli 1953 veröffentlichte Denkschrift des „Sopade“-Informationsdienstes, „Die Reparationen in der Sowjetzone von 1945–1952“ (vgl. Europa-Archiv 16 1953, S. 5920), die reinen Reparationsleistungen mit 70 970 Millionen Mark = rund 28 000 Millionen Dollar, während die obige Berechnung für den gleichen Zeitraum nur

rund 34 400 Millionen Mark = rund 11 340 Millionen Dollar ergeben würde.

(Einzelheiten über die Unterschiede zwischen beiden Berechnungen finden sich in der Studie, a. a. O., S. 17–18.)

<sup>12</sup>) Bericht vor der Volkskammer am 25. August 1953. Wortlaut in *Tägliche Rundschau* vom 26. August.

<sup>13</sup>) Es wurde nur die Hälfte der 1952 erzielten Gewinne eingesetzt, da die Betriebe nach der Rückgabe aus den oben erwähnten Gründen wahrscheinlich einen geringen Nettogewinn aufweisen werden.

<sup>14</sup>) Vgl. Anmerkung 12.

## Zeittafel vom 1. bis 15. März 1954

## Die Ereignisse in Europa

## Europäische Integration

5. Der Rat der OEEC beschließt, die Rallonge der EZU-Quote Österreichs von 31 auf 60 Millionen Verrechnungseinheiten zu erhöhen. Die Quote Deutschlands (insgesamt 700 Millionen VE) wird nicht weiter erhöht, doch wird beschlossen, auch die die Quote überschreitenden Ueberschüsse Deutschlands, vorbehaltlich einer Neuregelung im Rahmen der Erneuerung des EZU-Abkommens, zu 50 vH durch Kreditgewährung Deutschlands an die EZU auszugleichen.
9. Die von den Außenministern eingesetzte Kommission für die Europäische Politische Gemeinschaft beendet in Paris ihre Arbeiten mit der Fertigstellung eines Berichts, welcher der nächsten Konferenz der Außenminister der sechs Staaten als Verhandlungsgrundlage dienen soll. Der Bericht wird nicht veröffentlicht.
- 11.—12. Sitzung des Beratenden Ausschusses der Hohen Behörde der Montanunion. Der Ausschuß spricht sich für die Beibehaltung des gegenwärtigen Systems der Festsetzung der Kohlepreise und gegen deren Freigabe aus. Der Besondere Ministerrat der Montanunion, der sich am 13. März mit der gleichen Frage befaßt, verzichtet auf eine Empfehlung, da seine Mitglieder verschiedener Ansicht sind. Einstimmig gebilligt wird vom Ministerrat die Freigabe der Schrottpreise ab 1. April.
12. Ratifizierung des EVG-Vertrags durch den belgischen Senat (vgl. Belgien).

## Nordatlantikpakt-Organisation

5. Zum neuen Befehlshaber der alliierten Seestreitkräfte in Südeuropa (6. amerikanische Flotte) wird Vizeadmiral Thomas F. Combs ernannt. Der bisherige Befehlshaber, Vizeadmiral John H. Cassady, wird Oberbefehlshaber der amerikanischen Seestreitkräfte im Ostatlantik und Mittelmeer.

## Belgien

12. Der Senat billigt mit 125 gegen 40 Stimmen die Ratifizierung des Vertrags über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Beide Häuser des Parlaments beschließen, das Parlament zum Zwecke einer Verfassungsänderung aufzulösen. Am 14. März wird die Auflösung durch königliches Dekret verkündet. Neuwahlen werden für den 11. April ausgeschrieben.

## Bulgarien

3. Beendigung des am 25. Februar begonnenen Sechsten Parteitags der Kommunistischen Partei. Der Parteitag billigt den Zweiten Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft in den Jahren 1953 bis 1957 und die Einführung eines neuen Parteistatus, durch welches das Organisationsbüro aufgelöst und die Kompetenzen des Zentralkomitees er-

weitert werden. Eine Kommission unter Leitung von Ministerpräsident Vulko Tschewenkoff wird beauftragt, bis zum nächsten Parteitag den Entwurf eines neuen Parteiprogramms auszuarbeiten. Zum ersten Sekretär des ZK wird Todor Shiwkoff gewählt.

## Deutschland

1. Bundeskanzler Adenauer empfiehlt in einem Interview mit dem INS-Chefkorrespondenten Kingsbury Smith, angesichts der auf der Berliner Konferenz zutage getretenen weitgespannten sowjetischen Planung das freie Europa so fest und so umfassend wie möglich zu organisieren; der Konferenzverlauf müsse auch die noch Schwankenden von der Notwendigkeit der EVG überzeugt haben. Auf die Frage des Korrespondenten, ob er eine gemeinsame deutsch-französische Staatsbürgerschaft, ähnlich dem von Churchill im Jahre 1940 unterbreiteten Angebot, als Grundstein für die Einheit Europas befürworte, erklärt der Bundeskanzler, er sei zu einem derartigen Vorschlag durchaus bereit.

In einer öffentlichen Kundgebung in Berlin empfiehlt der 1. Vorsitzende der SPD, Ollenhauer, der Bundesregierung, die Verhandlungsmöglichkeiten, welche die Berliner Konferenz offengelassen habe, aktiv zu fördern. Die SPD bejahe im Prinzip die Mitarbeit des deutschen Volkes in einem internationalen Sicherheitssystem, es dürfe aber kein Verteidigungsbeitrag geleistet werden, der die Wiedervereinigung in Frage stelle.

4. Der Ministerrat der DDR protestiert in einer Erklärung gegen die vom Bundestag beschlossene Wehrrergänzung des Grundgesetzes und bietet westdeutschen Kriegsdienstverweigerern Asyl in der DDR an. Der Protest wird am 6. März durch den Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Thedieck, in einer Rundfunksprache mit dem Hinweis auf die kasernierte Volkspolizei zurückgewiesen. Er betont, daß die Frage der Kriegsdienstverweigerung, dem Grundgesetz entsprechend, zu gegebener Zeit durch ein Bundesgesetz geregelt werden wird.

Der Ministerrat der DDR erläßt eine „Verordnung zur Verbesserung der Arbeit der allgemeinbildenden Schulen“. Darin werden u. a. Maßnahmen zur Hebung der Disziplin an den Schulen, die Einführung neuer Lehrbücher, neue Methoden der Lehrerbildung und -schulung sowie eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Schule und FDJ angeordnet.

- 5.—7. Fünfter Bundesparteitag der FDP in Wiesbaden. Annahme eines neuen Parteistatus und Wahl Thomas Dehlers zum Vorsitzenden der Partei. (Ein Bericht über den Parteitag wird in einer künftigen Folge des Europa-Archivs erscheinen.)
6. Der sowjetische Hohe Kommissar, Semjonow, beantwortet das Ersuchen der Hohen Kommissare der Westmächte um Verhandlungen über Erleichter-



rungen des Interzonenverkehrs (vgl. Zeittafel in EA 6/1954) mit dem Hinweis, daß derartige Verhandlungen in den vom sowjetischen Außenminister, *Molotow*, auf der Berliner Konferenz vorgeschlagenen gesamtdeutschen Ausschüssen geführt werden könnten. Er schlägt vor, diese Ausschüsse sofort zu bilden.

7. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, *Karl Arnold*, fordert in einer Rede in Bochum die Rückgabe der 1949 durch Anordnung der Besatzungsmächte unter niederländische und belgische Verwaltung gestellten deutschen Gebiete.

Das Zentralkomitee der SED legt den Entwurf eines neuen Parteistatuts vor, das von dem am 30. März beginnenden Vierten Parteitag gebilligt werden soll.

9. Bundeskanzler *Adenauer* und der französische Außenminister, *Bidault*, verhandeln in Paris über die Saarfrage. (Wortlaut des Communiqués vgl. Frankreich.) Zu den Ergebnissen der Besprechungen nehmen deutsche Politiker folgendermaßen Stellung:

Der 1. Vorsitzende der SPD, *Erich Ollenhauer*, lehnt am 10. März anläßlich seines Besuchs in Wien vor Pressevertretern den van-Naters-Plan ab, da dieser den gegenwärtigen, von Frankreich einseitig geschaffenen Status der Saar einzementieren würde. *Ollenhauer* kritisiert den Versuch des Bundeskanzlers, durch Zugeständnisse in der Saarfrage die Ratifizierung des EVG-Vertrags durch Frankreich zu erleichtern, und schlägt den Abschluß eines deutsch-französischen Wirtschaftsabkommens vor, das die grundsätzliche Anerkennung der Zugehörigkeit des Saargebiets zu Deutschland enthalten und den besonderen Interessen Frankreichs und der saarländischen Wirtschaft Rechnung tragen sollte.

Der Vorsitzende der FDP, *Thomas Dehler*, wendet sich am 10. März in der Freien Demokratischen Korrespondenz gegen den Fortbestand der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion und gegen den Plan einer Volksabstimmung über die Europäisierung. Er verlangt eine Lösung, welche die Entscheidungsfreiheit des wieder vereinigten Deutschland anerkennt.

Bundesminister *Franz Josef Strauß* weist am 10. März in Bonn vor Pressevertretern darauf hin, daß für Deutschland die Europäisierung des Saargebiets nur bei gleichzeitiger Verwirklichung der europäischen politischen Gemeinschaft annehmbar sei.

11. Bundesfinanzminister *Fritz Schäffer* legt dem Bundestag die Entwürfe der Finanz- und Steuerreform vor. Die Finanzreform umfaßt einen Gesetzentwurf über die Finanzverfassung, der die Verteilung des Steueraufkommens auf Bund und Länder neu regeln soll, sowie Gesetzentwürfe über den Länderfinanzausgleich und über die Verteilung der finanziellen Lasten zwischen Bund und Ländern. Die Steuerreform umfaßt folgende Punkte: 1. Reform der Einkommensteuer: Tarifsenkung und Erhöhung der Freibeträge, dagegen Wegfall der Sondervergünstigungen, 2. Ermäßigung der Körperschaftsteuer, 3. Erhebung einer Ergänzungsabgabe auf Einkommen- und Körperschaftsteuer, die ganz dem Bunde zufließen soll. Die Steuerreform soll am 1. Oktober 1954 in Kraft treten.
12. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ein

Agrarprogramm vorzulegen, das u. a. folgende Punkte enthalten soll: Flurbereinigung und Dorfauflöserung, Aufstockung der zu kleinen landwirtschaftlichen Betriebe, Kultivierung von Moor- und Oedland, Bereitstellung von Krediten zur Rationalisierung und Mechanisierung sowie von Mitteln für die landwirtschaftliche Forschung.

13. Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, *von Thadden-Trieglaff*, ersucht den Ministerpräsidenten der DDR, *Grotewohl*, um eine klare Entscheidung, ob der diesjährige Kirchentag im Sommer in Leipzig stattfinden darf.

#### Finnland

- 7.—8. Die Wahlen zum Reichstag haben folgendes Ergebnis:

	Stimmenanteil	Sitze <sup>1</sup>
Sozialdemokraten . . . . .	25,0 vH	54 (53)
Agrarpartei . . . . .	24,0 vH	53 (51)
Demokratischer Volksbund (Kommunisten) . . . . .	22,0 vH	43 (43)
Konservative Partei . . . . .	13,0 vH	24 (28)
Schwedische Volkspartei . . . . .	8,6 vH	13 (15)
Finnische Volkspartei . . . . .	7,4 vH	13 (10)

<sup>1</sup> In Klammern die Zahl der Sitze nach den Wahlen von 1951.

#### Frankreich

3. Der Außenpolitische Ausschuß der Nationalversammlung fordert die Regierung auf, sich der Durchführung der Wehrgängung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zu widersetzen. Am gleichen Tage gibt ein Sprecher des Außenministeriums bekannt, die französische Regierung werde der Wehrgängung nur unter der Bedingung zustimmen, daß sie erst nach dem Inkrafttreten der EVG wirksam werden soll.
- 5.—9. Indochinadebatte der Nationalversammlung. Ministerpräsident *Laniel* betont in seiner Regierungserklärung, daß Frankreich zu Verhandlungen über die Beendigung des Indochina-Krieges bereit sei. Er weist jedoch jedes Waffenstillstandsprojekt als unannehmbar zurück, das keine ausreichenden Vorkehrungen für die Sicherheit der assoziierten Staaten und der französischen Truppen enthält. Er verlangt u. a. die Räumung von Laos, Kambodscha, Süd-Vietnam und dem Tonking-Delta von Vietminh-Streitkräften sowie Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen gegen eine Verstärkung der Streitkräfte nach Abschluß des Waffenstillstands. In einer Entschließung billigt die Nationalversammlung die Regierungserklärung; sie begrüßt die Einberufung der Genfer Ostasienkonferenz und betont, daß Frankreich seine Verpflichtungen gegenüber den assoziierten Staaten nur erfüllen könne, wenn diese ihre Bindungen an die Französische Union anerkennen.
7. Das Nationalkomitee der Republikanischen Volksbewegung (MRP) fordert in einer Entschließung die unverzügliche Aufnahme der Debatte über die EVG in der Nationalversammlung.
9. Außenminister *Bidault* und Bundeskanzler *Adenauer* führen in Paris Besprechungen über die Saarfrage, über die folgendes Communiqué veröffentlicht wird: „Der Verlauf der Besprechungen ergab, daß sich beide Parteien einig sind, ihre Verhandlungen fort-

zusetzen und sich dabei von den Grundlinien des Planes leiten zu lassen, der den europäischen Status der Saar definiert und am 6. Februar vom Allgemeinen Ausschuß der Beratenden Versammlung des Europarats angenommen wurde. Herr Bidault betonte, daß der französische Vorschlag für ein französisch-deutsches Saarabkommen, welcher der deutschen Regierung am 9. März zugeleitet wurde, im gleichen Geiste verfaßt wurde und bei den weiteren Besprechungen ebenfalls in Erwägung gezogen werden sollte.“

Ueber den Inhalt des französischen Vorschlags gibt ein Sprecher des Außenministeriums am 10. März bekannt, daß er die Forderung nach dem Fortbestand der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion und nach einer Volksabstimmung der saarländischen Bevölkerung über den Europäisierungsvorschlag enthalte.

- 11.—14. Außerordentlicher Parteikongreß der Radikalsocialisten in Paris. Edouard *Herriot* und Edouard *Daladier* erneuern ihre Angriffe gegen den EVG-Vertrag. Daladier erklärt, die EVG bedeute den Verlust der Souveränität Frankreichs, die Zerstörung der Französischen Union, den Wiederaufstieg der deutschen Rüstungsindustriellen und die Erneuerung ihres Bündnisses mit den deutschen Generalen; er gibt dem Vorschlag des sowjetischen Außenministers für einen europäischen Sicherheitspakt den Vorzug vor der EVG. Demgegenüber erklärt René *Mayer*, der Absprung Frankreichs von der EVG bedeute das Ende der Nordatlantikpakt-Organisation und werde die Vereinigten Staaten veranlassen, zu einer peripheren Strategie überzugehen. Der Kongreß bestätigt die auf dem letzten Parteitag in Aix-en-Provence aufgestellten Bedingungen für die Annahme des EVG-Vertrags: Internationalisierung des Saargebiets, Annahme der Zusatzprotokolle durch Deutschland und Bildung der europäischen politischen Gemeinschaft.

#### Griechenland

- 10.—12. Staatsbesuch des deutschen Bundeskanzlers, Konrad *Adenauer*. Ueber seine Besprechungen mit Ministerpräsident Alexander *Papagos* und Außenminister Stephan *Stephanopoulos* wird in einem Kommuniqué erklärt, daß zwischen beiden Regierungen völlige Uebereinstimmung in dem Bestreben herrsche, die Sicherheit Europas und der freien Welt weiter zu verstärken. Adenauer betont jedoch in einer Pressekonferenz, daß direkte vertragliche Bindungen der Bundesrepublik mit Griechenland und der Türkei nicht beabsichtigt seien; die beiden Staaten seien Mitglieder des Atlantikpaktes, dem Deutschland später möglicherweise ebenfalls beitreten könne.

#### Großbritannien

1. Das Unterhaus billigt gegen die Stimmen der Labour-Fraktion die Errichtung einer Atomenergie-Behörde.
2. Das Unterhaus billigt das Verteidigungsprogramm für 1954 (Inhalt vgl. Zeittafel in EA 6/1954). Ein Abänderungsantrag der Labour-Fraktion, in dem die Regierung getadelt werden sollte, weil sie weder für eine angemessene Verteilung der Finanzkraft auf

den zivilen und militärischen Bereich noch für eine Verkürzung der Dienstzeit Anstalten getroffen habe, wird mit 295 gegen 270 Stimmen abgelehnt.

#### Italien

10. Die Abgeordnetenkammer spricht der Regierung mit 300 gegen 283 Stimmen das Vertrauen aus. (Inhalt des Regierungsprogramms vgl. Zeittafel in EA 6/1954.)

#### Jugoslawien

3. In einem von der Londoner *Times* veröffentlichten Interview erklärt Marschall *Tito*, Jugoslawien werde, solange Europa geteilt sei, eine Art Mittelstellung einnehmen, in der es für Europa viel nützlicher sein könne, als wenn es formell an einen Pakt gebunden sei. Jugoslawien stehe aber auf der Seite der Westmächte, und wenn die Situation in Europa gefährlicher würde, dann könne es sich doch eines Tages gezwungen sehen, selbst formelle Verpflichtungen einzugehen.

#### Niederlande

6. Der Niederländische Rat der Europäischen Bewegung nimmt auf einer Sitzung in Den Haag in einer Entschliebung zur Lage nach der Berliner Viermächtekonferenz Stellung. Der Rat bedauert den Fehlschlag der Konferenz im Hinblick auf eine Entspannung der internationalen Lage und erklärt, er halte das Ziel der Europäischen Bewegung so lange für nicht erreicht, als nicht alle europäischen Völker in Frieden und Einheit ihren Platz in einem vereinigten Europa eingenommen hätten. Der Vertrag über die EVG sei nun zum Prüfstein für den guten Willen der an der europäischen Integration beteiligten Länder geworden; das Versagen der Viererkonferenz habe alle Argumente für ein Hinausschieben der EVG hinfällig gemacht. Zugleich fordert der Rat mit Nachdruck eine Beschleunigung in den Verhandlungen über den Satzungsentwurf für eine europäische politische Gemeinschaft.

#### Oesterreich

10. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich *Ollenhauer*, wird anläßlich eines Besuchs in Wien von Bundeskanzler *Raab* empfangen. Auf einer Pressekonferenz spricht sich Ollenhauer für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Parteien Deutschlands und Oesterreichs aus. (Aeußerungen Ollenhauers über die Saarfrage vgl. Deutschland.)

#### Polen

10. Die Regierung veröffentlicht eine Erklärung, in der sie den vom sowjetischen Außenminister, *Molotow*, auf der Berliner Konferenz vorgelegten Plan für einen europäischen Sicherheitspakt begrüßt und ihre Bereitschaft erklärt, an einem solchen Abkommen teilzunehmen. In der Erklärung heißt es, ein wesentlicher Beitrag zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit sei die Aufrechterhaltung der Oder-Neiße-Grenze und der Sicherheitsverträge zwischen Polen, der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Ländern.



### Sowjetunion

5. Außenminister *Molotow* gibt eine Erklärung zu den Ergebnissen der Berliner Viermächtekonferenz ab. Zur Deutschlandfrage sagt er, die Lösung dieses Problems konzentriere sich auf die Frage, ob die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus zugelassen wird oder nicht. Die Westmächte, die für die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus eintreten, hätten auf der Konferenz zu erkennen gegeben, daß sie die Wiedervereinigung Deutschlands nicht wollen, indem sie alle sowjetischen Vorschläge für einen Friedensvertrag, für die Bildung einer gesamtdeutschen provisorischen Regierung und für die Annäherung der beiden Teile Deutschlands abgelehnt hätten. Auch die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags sei an der Haltung der Westmächte gescheitert, weil sie die von der Sowjetunion geforderten Vorkehrungen gegen die Gefahr eines neuen Anschlusses abgelehnt hätten. Zu seinem

Vorschlag eines europäischen Sicherheitspaktes erklärt *Molotow*, dieser Vorschlag sehe vor, statt zweier gegeneinander gerichteter militärischer Gruppierungen ein einheitliches, friedliches Lager aller europäischen Staaten zu schaffen. Dieser Plan werde von den Völkern Europas zu ihrer eigenen Sache gemacht werden, so sehr die herrschenden Kreise der Westmächte sich auch bemühten, ihre Pläne der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu verwirklichen. *Molotow* begrüßt die Einberufung der Genfer Ostasienkonferenz, durch welche die Chinesische Volksrepublik ihren rechtmäßigen Platz unter den Großmächten erhalte. Er sagt, erst nach der Genfer Konferenz werde man die Auswirkungen der Berliner Konferenz richtig beurteilen können.

14. Bei den Wahlen zum Obersten Sowjet erhält der „Block der Kommunisten und Parteiloosen“ 99,8 vH der abgegebenen Stimmen.

### Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

#### AFRIKA

##### Aegypten

8. Staatspräsident *Mohammed Naguib* wird wieder als Ministerpräsident eingesetzt. *Gamal Abdel Nasser*, der vorübergehend dieses Amt besetzt hatte, wird wieder stellvertretender Ministerpräsident.

##### Anglo-ägyptischer Sudan

1. Anlässlich der Anwesenheit des ägyptischen Staatspräsidenten, *Mohammed Naguib*, welcher der für diesen Fall vorgesehenen Eröffnung des sudanesischen Parlaments beiwohnen wollte, kommt es zu blutigen Straßenkämpfen zwischen Anhängern der für die Unabhängigkeit des Sudan eintretenden Umma-Partei und der für den Anschluß an Aegypten eintretenden Unions-Partei. Die Eröffnung des Parlaments wird daraufhin verschoben.
10. Unter scharfen militärischen Sicherheitsmaßnahmen wird das Parlament eröffnet. Generalgouverneur *Sir Robert Howe* betont in seiner Eröffnungsrede die Notwendigkeit der Verstärkung der sudanesischen Armee, damit sie nach einem Abzug der britischen und ägyptischen Truppen die Sicherheit des Landes gewährleisten könne.

##### Tunesien

2. Durch ein Uebereinkommen zwischen dem französischen Generalresidenten und dem Bey wird eine neue Regierung unter Ministerpräsident *Mohammed Salah Mzali* gebildet. Am 4. März siegelt der Bey sechs Reformdekrete, die eine zahlenmäßige Verstärkung des tunesischen Elements im Ministerat, die Schaffung einer tunesischen Beratenden Versammlung und einer repräsentativen Delegation der französischen Siedler sowie die Einrichtung lokaler Gebietskörperschaften vorsehen.

#### AMERIKA

##### Venezuela

13. Die am 1. März begonnene Konferenz der amerikanischen Staaten in Caracas billigt gegen die Stimme Guatemalas und bei Stimmenthaltung Argentiniens und Mexikos eine Deklaration gegen die kommu-

nistische Infiltration, die von dem amerikanischen Außenminister, *Dulles*, vorgelegt worden war. Die Deklaration bezeichnet die Kontrolle der Regierung eines amerikanischen Staates durch Kommunisten als eine Gefährdung der Souveränität und Unabhängigkeit aller amerikanischen Staaten und eine Bedrohung des Friedens auf dem amerikanischen Kontinent. Die Staaten verpflichten sich für diesen Fall zu gegenseitiger Konsultation über geeignete Maßnahmen im Rahmen der interamerikanischen Sicherheitsverträge.

##### Vereinigte Staaten

8. Präsident *Eisenhower* legt dem Kongreß einen Halbjahresbericht über das amerikanische Auslandhilfeprogramm vor. Darin hebt er die Anstrengungen der westeuropäischen Länder hervor, die eine Verminderung der amerikanischen Hilfe für zahlreiche Länder ermöglicht hätten. Angesichts der neuen Aufgaben, die den Vereinigten Staaten in anderen Teilen der Welt erwachsen seien, spricht sich der Präsident jedoch gegen eine wesentliche Kürzung der Mittel für die Auslandhilfe aus.
10. Präsident *Eisenhower* spricht sich in seiner Pressekonferenz gegen eine Zusammenkunft der Regierungschefs der vier Großmächte im gegenwärtigen Zeitpunkt aus.

#### ASIEN

##### Indien

1. Premierminister *Jawaharlal Nehru* lehnt in einem Schreiben an Präsident *Eisenhower* dessen Angebot amerikanischer Militärhilfe für Indien vom 25. Februar ab.

##### Japan

8. In Tokio wird ein amerikanisch-japanisches Waffenhilfeabkommen unterzeichnet, das die Lieferung amerikanischen Rüstungsmaterials an Japan und die Teilnahme amerikanischer Berater bei der Ausrüstung und Ausbildung der japanischen Streitkräfte vorsieht. Gleichzeitig werden drei Zusatzabkommen über die Gewährung wirtschaftlicher Hilfe durch die Vereinigten Staaten unterzeichnet.

## Bücher und Broschüren

Abs, Hermann J.: Fragen der Zahlungsbilanz, des Geld- und Kapitalmarktes in der Bundesrepublik. Kieler Vorträge, Neue Folge, Nr. 5, Kiel 1954. 16 S.

Alexandrowicz, Charles Henry: International Economic Organisations. (The Library of World Affairs, Number 19). Published under the auspices of The London Institute of World Affairs. London: Stevens & Sons Ltd. 1952. 263 S. 30 s.

Der Verfasser, Professor für internationales Verfassungsrecht, der in der Zeit nach Kriegsende reiche Erfahrungen auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftsorganisationen gesammelt hat, schildert die wichtigsten Wirtschaftsinstitutionen, die seit dem Ersten Weltkrieg gegründet wurden. Dabei geht er sowohl auf ihre Existenzbasis wie auf ihre praktische Tätigkeit ein. Neben den zahlreichen offiziellen internationalen Wirtschaftsinstitutionen finden auch die nichtstaatlichen Organisationen Erwähnung, die auf diesem Gebiet arbeiten, wie beispielsweise die Internationale Handelskammer.

Brugmans, Hendryk: Skizze eines europäischen Zusammenlebens. Frankfurt am Main: Verlag der Frankfurter Hefte 1953. 230 S. DM 5,80.

The Budget of the United States Government for the Fiscal Year Ending June 30, 1955. Washington: United States Government Printing Office 1954. 1182 S. \$ 6,75.

Appendix to The Budget of the United States Government for the Fiscal Year Ending June 30, 1955. Obligations by Objects and Detail of Personal Services. Washington: United States Government Printing Office 1954. 520 S. \$ 2,75.

Calvocoressi, Peter: Survey of International Affairs 1951. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1954. 505 S., 2 Kt. 45 s.

Bullock, Alan: Hitler. A Study in Tyranny. Long Acre — London: Odhams Press Limited. 1952. 776 S. 25 s.

Diese gut dokumentierte Darstellung des Oxforders Historikers ist das Ergebnis jahrelangen Quellenstudiums. Hierfür standen in erster Linie die bei Kriegsende in Deutschland erbeuteten Archive, die Materialien der Nürnberger Prozesse sowie die Fülle der Memoirenliteratur, die seit Ende des Krieges erschienen ist, zur Verfügung.

Das Werk ist in drei Teile gegliedert: Ursprung und Entstehung der NSDAP; die Umstände der Machtergreifung Hitlers; die Errichtung der Diktatur, die Außenpolitik und die Führung des Krieges. Eine ausführliche Bibliographie und ein Register machen das Buch zu einem Nachschlagewerk, das schlechthin unentbehrlich ist. Es liegt inzwischen auch in einer deutschen Ausgabe vor.

The Diplomats 1919—1939. Edited by Gordon A. Craig and Felix Gilbert. Princeton, New Jersey: Princeton University Press 1953. 700 S. \$ 9,—.

Documents on American Foreign Relations 1952. Edited by Clarence W. Baier and Richard P. Stebbins. Published for the Council on Foreign Relations. New York: Harper & Brothers 1953. 391 S. \$ 5,—.

Die seit dem Jahre 1931 von der World Peace Foundation in Boston herausgegebene Dokumenten-Sammlung erscheint mit dem vorliegenden Band erstmalig unter der Herausgeberschaft des Council on Foreign Relations. Die Dokumente stellen auf diese Weise eine sinnvolle Ergänzung zu den von dieser Institution veröffentlichten Jahresberichten „The United States in World Affairs“ dar.

Documents on German Foreign Policy 1918—1945, Series D (1937—1945), Volume V: Poland, The Balkans, Latin America, The Smaller Powers, June 1937 — March

1939. London: Her Majesty's Stationery Office 1953. 977 S. £ 15/0.

Das britische Foreign Office und das State Department der Vereinigten Staaten vereinbarten im Juni 1946, gemeinschaftlich die Akten aus den erbeuteten Archiven des deutschen Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei zu veröffentlichen. Die französische Regierung trat dieser Vereinbarung im April 1947 bei und ist seither als Mitherausgeber an der Publikation beteiligt. Die Reihe D der Aktenausgabe, von der bisher 5 Bände erschienen sind, beschränkt sich auf die Schilderung der deutschen Außenpolitik unmittelbar vor und während des Zweiten Weltkrieges.

In dem vorliegenden V. Band werden Fragen und Länder behandelt, die bei der in den Bänden I—IV erfolgten Darstellung nicht berücksichtigt wurden. Der Band vervollständigt somit die Dokumentation für den Zeitraum von Mitte 1937 bis März 1939. Die wiedergegebenen Dokumente beginnen mit dem Besuch Mussolinis in Berlin Ende September 1937 und enden mit dem deutschen Einmarsch in Prag im Frühjahr 1939.

Die in Vorbereitung befindlichen Bände VI und VII werden den Zeitraum von der Besetzung Prags am 15. 3. 1939 bis zum Ausbruch des Krieges behandeln, während Band VIII die ersten sechs Monate des Krieges bis zur Brennerkonferenz zwischen Hitler und Mussolini am 18. März 1940 schildern soll.

Alle bisher erschienenen Bände liegen auch in einer deutschen Ausgabe vor, die den Vorteil der Wiedergabe der unübersetzten Originaldokumente bietet.

Documents on International Affairs 1951. Selected and edited by Denise Folliot. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1954. 698 S. 60 s.

Emminger, Otmar: Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft. (Vortrag, gehalten im Wirtschaftswissenschaftlichen Club am Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel am 12. November 1953). Kieler Vorträge, Neue Folge 4. Kiel 1953. 36 S.

Europas Aufgabe im gegenwärtigen Weltgeschehen. (Die Seelen der Völker. Eine Schriftenreihe zum Verständnis der Völker und Rassen). Freiburg i. Br.: Verlag „Die Kommenden“ 1953. 136 S.

Es hat den Anschein, als ob nur Leser den Zugang zu diesen Aufsätzen finden, die mit der Anthroposophie Rudolf Steiners vertraut sind. Die Verfasser der einzelnen Aufsätze gehen sehr willkürlich mit Begriffen der Geschichte, Philosophie, Psychologie und Politik um, so daß sie sich dem Verständnis eines uneingeweihten Lesers entziehen.

Fauvet, Jacques: Von Thorez bis de Gaulle. Politik und Parteien in Frankreich. Frankfurt am Main: Verlag der Frankfurter Hefte 1953. 239 S. DM 5,80.

Gadourek, I.: The Political Control of Czechoslovakia. A Study in Social Control of a Soviet Satellite State. Leiden: H. E. Stenfert Kroese N. V. 1953. 285 S. hfl. 12,—.

Görlitz, Walter: Der deutsche Generalstab. Geschichte und Gestalt. Frankfurt am Main: Verlag der Frankfurter Hefte 1953. 367 S. DM 5,80.

Guiton, Raymond-Jean: Französische Zustände. München: Wilhelm Heyne Verlag 1953. 206 S. Ln. DM 7,80, brosch. DM 6,50.

Der als Mitarbeiter führender Zeitschriften auch in Deutschland bekannte Autor legt eine mit Mut und Offenheit erarbeitete Analyse der gegenwärtigen Situation Frankreichs vor. Der Verfasser zeigt das Spannungsverhältnis zwischen Volk und Staat und die Fragwürdigkeit der verfassungsmäßigen Institutionen angesichts der soziologischen



Wirklichkeit auf; er behandelt mit gleicher kritischer Gründlichkeit wirtschafts- und sozialpolitische Fragen unter dem Gesichtspunkt der latenten Inflation sowie das Kolonialproblem und die außenpolitische Situation. Schließlich leuchtet der Verfasser das politische Bewußtsein Frankreichs ab, wie es sich in den Parteien und Gewerkschaften widerspiegelt. Neben einer scharfsinnigen Analyse bringt das Buch Prognosen und Reformvorschläge, denen das Bemühen um einen neuen demokratischen Rationalismus zugrunde liegt.

Industrie und Landwirtschaft als Partner in der Handelspolitik. Schriftenreihe der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, Heft 7. Düsseldorf 1954. 31 S.

Kerst, Georg: Die Anfänge der Erschließung Japans im Spiegel der zeitgenössischen Publizistik. Uebersee-Schriftenreihe, Heft 2. Hamburg: Uebersee-Verlag 1953. 174 S., 1 Kt. DM 5,80.

Lange, M. G.: Totalitäre Erziehung. Das Erziehungssystem der Sowjetzone Deutschlands. Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Band 3. Frankfurt am Main: Verlag der Frankfurter Hefte 1954. 432 S.

Langwiler, Wilhelm: Die sozialpolitische Problematik der Montanunion. Bonn — Frankfurt/Main: Verlag Lutzeyers Fortsetzungswerke GmbH. 1953. 90 S., 2 Tafeln.

In dem kleinen Bändchen werden das in den beteiligten Ländern geltende Recht des Lohnes und der sozialen Versicherung verglichen und die unterschiedlichen Folgen aus den Verträgen dargestellt. Die schwierigen Probleme erläutert der Verfasser anschließend am „Modellfall Saar“ von 1935–1938. Der Schrift sind tabellenreiche Uebersichten der Arbeitsbedingungen für Lohnarbeiter im Bergbau und in der eisenhaltenden Industrie beigelegt.

McNeill, William Hardy: America, Britain, and Russia. Their Co-operation and Conflict 1941–1946. (Survey of International Affairs 1939–1946). Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1953. 819 S., 1 Kt. 63 s.

Nettl, J. Peter: Die deutsche Sowjetzone bis heute. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Frankfurt am Main: Verlag der Frankfurter Hefte 1953. 376 S. DM 18,—.

Political Handbook of the World. Parliaments, Parties and Press as of January 1, 1953. Edited by Walter H. Wallory and Joseph Barber, Council on Foreign Relations Inc. New York: Harper & Brothers 1953. 234 S. \$ 3,75.

Das vom Council on Foreign Relations jährlich veröffentlichte Handbuch ist als Nachschlagewerk für jeden willkommen, der sich rasch einen Ueberblick über die Verfassungsstruktur der Staaten, die führenden politischen Persönlichkeiten und das wesentliche politische Geschehen in allen Ländern der Welt verschaffen will. So bringt das vor-

liegende Jahrbuch in jeweils prägnanter Kürze den Aufbau der Regierungen und die Besetzung der Kabinette, die Zusammensetzung der Parlamente, die Programme und Entwicklung der politischen Parteien und ihre Führer seit 1945 sowie die einflußreichsten Zeitungen und Zeitschriften der verschiedenen politischen Richtungen und deren Herausgeber. Begrüßenswert ist, daß auch die Organisation, die Funktionen und das Personal der Vereinten Nationen sowie die dazugehörigen internationalen Behörden, beispielsweise der Internationale Gerichtshof, nicht fehlen. An Hand der Tatsachen und Entwicklungen lassen sich nicht nur die politischen Veränderungen für jeden Teil der Welt verfolgen, sondern auch Einblicke gewinnen in den Hintergrund der politischen Geschehnisse.

Stebbins, Richard P., and the Research Staff of the Council on Foreign Relations: The United States in World Affairs 1952. With an introduction by William L. Langer. Published for the Council on Foreign Relations. New York: Harper & Brothers 1953. 492 S. \$ 5,—.

Der mit einer Chronologie, einer ausführlichen Bibliographie und einem Register versehene Band schildert in acht großen Abschnitten die wichtigsten Ereignisse des Weltgeschehens unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Stellung der Vereinigten Staaten. Die europäischen Probleme, darunter die Fragen „Germany: Integration or Neutralization“, „Peace Contract and Defense Community“ und „France, Germany, and the Saar“ nehmen in dem Band einen breiten Raum ein.

## Bibliographien

Liste Mondiale des Périodiques Spécialisés dans les Sciences Sociales. (World List of Social Science Periodicals). Paris: UNESCO 1953. 161 S.

Schrifttum zum Marshallplan und zur wirtschaftlichen Integration Europas. Im Auftrage und unter Mitwirkung des Bundesministeriums für den Marshallplan zusammengestellt von Dr. Adolf Wittkowski. Bad Godesberg: Bundesministerium für den Marshallplan 1953. 382 S.

Mit der vorliegenden Veröffentlichung wird versucht, die bisher erschienene Literatur zur Europahilfe der Vereinigten Staaten und zur wirtschaftlichen Integration Europas in einem größeren Rahmen sachlich gegliedert allen denen zur Verfügung zu stellen, die im In- und Ausland Literaturnachweise zu diesem zentralen Problem der europäischen Nachkriegswirtschaft benötigen. Das Bestreben dieser Bibliographie ist vor allem darauf gerichtet, die amtlichen und privaten Schriften, soweit sie Deutschland und Europa betreffen, nachzuweisen, und zwar Einzelveröffentlichungen, Periodika, Beiträge in Büchern, Jahrbüchern und Zeitschriften sowie ausgewählte Berichte der Tages- und Wochenpresse. Unberücksichtigt blieben die Publikationen über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, weil hierüber eine ausführliche Spezialbibliographie vom Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M., vorgelegt wurde.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guilton, Paris; Dr. Walter Hofer, Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1954 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimer Straße 16–18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstr. 20, Telefon 73347.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

## Das Problem der europäischen Sicherheit auf der Berliner Viermächtekonferenz 1954

### I. Teil

#### Entwicklungsstadien des europäischen Sicherheitsproblems 1943-1953

Von Wilhelm Cornides

#### Vorbemerkung

Als *Eden*, *Hull* und *Molotow* im Oktober 1943 in Moskau zusammentraten, waren die Karten für das große Spiel um die Sicherheit Europas schon gemischt. Seither muß jede ernst zu nehmende Konzeption einer europäischen Sicherheitspolitik vier Faktoren berücksichtigen:

1. Die Notwendigkeit einer wie immer gearteten globalen Sicherheitsorganisation;
2. die Notwendigkeit regionaler Sicherheitssysteme in Europa, in Amerika und im Fernen Osten;
3. die Notwendigkeit der Sicherung gegen eine mögliche deutsche Aggression;
4. die Notwendigkeit der Sicherung gegen eine weitere Ausbreitung der sowjetischen Einflußsphäre.

Diese Aufgabe läßt sich nicht dadurch erleichtern, daß man die globalen Aspekte verbaut und sich auf die innereuropäischen oder gar die deutschen Zusammenhänge beschränkt. Der so gewonnene Ausschnitt würde das Bild der Wirklichkeit entstellen und muß zu fehlerhaften Entschlüssen führen. Das gleiche gilt für alle Versuche, die europäischen regionalen Probleme zu überspringen und etwa das deutsche Problem unmittelbar aus der Perspektive der Vereinten Nationen zu betrachten.

Jeder der vier aufgezählten Faktoren hat seine Eigengesetzlichkeit und steht gleichzeitig in einem inneren Zusammenhang zu den darunter und darüber liegenden Ebenen des Handelns. Für diese Beziehungen gibt es kein starres Ordnungssystem, weil die politische Entwicklung sie ständig verändert. Vielmehr ist es notwendig, immer von neuem und auf allen Ebenen einen Ausgleich der Spannungen zu suchen. Eine Trennung zwischen internationaler Sicherheitspolitik und nationaler Außen-, Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ist dabei nicht mehr möglich. Wird das Komplementärverhältnis dieser Teilbereiche vernachlässigt oder einseitig auf einer der verschiedenen Ebenen des Handelns vorgegan-

gen, so lassen sich die desintegrierenden Folgen nicht lokalisieren. Dafür bieten die Deutschlandverhandlungen der letzten zehn Jahre ein erschütterndes Beispiel.

Eine Gesamtdarstellung dieser Verhandlungen fehlt bisher. In Deutschland gilt allgemein der Tag der Kapitulation als die große Wendemarke. Der 8. Mai 1945 markiert aber nur den Beginn des Besatzungsregimes, dessen Grundzüge in den Jahren 1943/44 zwischen den Alliierten ausgehandelt worden waren. Die eigentliche Zäsur der weltpolitischen Entwicklung liegt an der Jahreswende 1942/43, in der Periode von Alamein, Stalingrad, Guadalcanal und der nordafrikanischen Landung. Damals fielen die endgültigen militärischen Entscheidungen, durch die Deutschland aus der Reihe der potentiellen Atom-mächte ausgeschieden und — ungeachtet seiner sonstigen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten — ebenso wie Frankreich und die übrigen kontinentaleuropäischen Staaten zu einer Macht zweiter Ordnung wurde. Dies war auch der Zeitpunkt, an dem sich die bis dahin rein akademischen Ueberlegungen über die internationale Ordnung der Nachkriegszeit zu konkreten Plänen verdichteten. Ohne Kenntnis dieser Vorgeschichte bleibt nicht nur der anschließende, durch den Morgenthau-plan und die Konferenzen von Jalta und Potsdam gekennzeichnete Abschnitt unverständlich, sondern auch die ganze weitere Entwicklung bis in die jüngste Gegenwart.

Es ist ein fast verrücktes Vorhaben, auf ein paar Seiten die großen Linien dieser Entwicklung skizzieren zu wollen. Die Korrektur der verzeichneten historischen Perspektiven ist aber von erheblicher Bedeutung für die Analyse der gegenwärtigen Situation und für die weitere Entwicklung. Die nachfolgenden Aufzeichnungen beschränken sich darauf, einige Stadien in der Entwicklung des Europäischen Sicherheitsproblems seit 1943 herauszuarbeiten, ohne



die vielen dazwischen liegenden Ereignisse auch nur andeuten zu wollen.

Diese Studie der Entwicklungsstadien des europäischen Sicherheitsproblems ist als Einleitung für den folgenden Bericht über die Berliner Außenministerkonferenz geschrieben, der sich auf die Behandlung des Sicherheitsproblems beschränkt. Daher bleiben die technischen Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands, beispielsweise die Fragen, die mit freien Wahlen in Gesamtdeutschland zusammenhängen, hier völlig unberührt, obwohl sie in Berlin eine große Rolle gespielt haben. Sie sollen in einem späteren Beitrag behandelt werden. Die Probleme der allgemeinen Abrüstung und der Kontrolle der Atomwaffen konnten hier nur gestreift werden. Sie können nicht unter regionalen, sondern nur unter globalen Gesichtspunkten betrachtet werden.

### Die militärischen Voraussetzungen (Anfang 1943)

Die Friedensziele der amerikanischen, britischen und sowjetischen Staatsmänner, die sich im ersten Halbjahr 1943 zu politischen Planungen verdichteten, stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den militärischen Entscheidungen dieser Zeit. Mit dem Sieg der Briten bei Alamein (November 1942), der Katastrophe von Stalingrad (Januar 1943), der Beseitigung des Sperriegels Tunis (Mai 1943), den Siegen der Amerikaner in Guadalcanal (Februar 1943), Neu-Guinea und Midway wendete das Kriegsgeschehen in der globalen Auseinandersetzung sich definitiv gegen die Achsenmächte. Die strategischen Entscheidungen, die diesen Schlachten folgten, besiegelten nicht nur die Niederlage Deutschlands, sondern bestimmten auch die Machtverhältnisse innerhalb der Großen Koalition der Sieger.

Die weltgeschichtliche Bedeutung der Schlacht von Stalingrad liegt darin, daß es den Russen gelang, die deutschen Armeen entscheidend zu schlagen, ehe die Invasionstruppen der Westmächte den Fuß auf das europäische Festland setzten. Stalin hatte die zweite Front in Europa schon 1941 gefordert, 1942 hatten die Westmächte sie unter Vorbehalten zugesagt, aber der Krieg in Ostasien machte es unmöglich, ihre Kräfte auf Europa zu konzentrieren. Im Pazifik lag die Initiative bei den Amerikanern, genauer gesagt bei der amerikanischen Marine, deren Beurteilung der europäischen Lage von den Erfordernissen des Krieges gegen Japan beherrscht wurde. Churchill reagierte Anfang Dezember 1942 auf die russischen Erfolge vor Stalingrad mit dem Plan, die Amerikaner so rasch wie möglich für einen dreifachen Angriff auf die Festung Europa zu gewinnen. Der Eröffnung einer Balkanfront und dem Angriff auf Sizilien und Italien sollte der Sprung über den Kanal folgen, sobald die deutschen Kräfte durch die peripheren Vorstöße und den Luftkrieg hinreichend geschwächt waren. Die Konferenz von Casablanca (Januar 1943)

führte zu einem Kompromiß. Churchill mußte seine Hoffnungen auf eine Balkanfront zurückstellen. Die Hauptinvasion über den Kanal sollte erst Anfang 1944 erfolgen. Für Ostasien wurde eine Reihe von Parallelangriffen auf der weit auseinandergezogenen Front zwischen Burma und den Salomon-Inseln geplant.

Für die nächsten siebzehn Monate fiel daher die Hauptlast des Landkrieges in Europa auf die Rote Armee. Schon nach dem triumphalen Vormarsch an den Donez und in die Ukraine war nicht mehr daran zu denken, daß die Sowjetunion sich als passiver Partner der Westmächte mit den Grenzen von 1939 zufrieden geben würde. Als die „Großen Drei“ im Dezember 1943 in Teheran zusammentrafen, hatten die Westmächte Rom noch nicht erreicht und das Datum für die große Invasion auf Mai 1944 angesetzt. Die Rote Armee war schon über Smolensk und Kiew vorgerückt und hatte die Krim umgangen. Als das nächste Dreiertreffen im Februar 1945 in Jalta stattfand, verlief die deutsche Westfront an der norwegischen und holländischen Küste, am Rhein entlang, an den Alpen und in Norditalien. Die Sowjetunion hatte den größeren Teil Jugoslawiens, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Polen besetzt. Um Triest setzte ein Wettlauf ein. In Oesterreich, der Tschechoslowakei und vor allem in Deutschland verzichteten die Westmächte darauf, die Schlußphase des Krieges zu einem Wettrennen um militärische Stützpunkte für die Zukunft zu verwenden.

Aus der hier skizzierten Entwicklung sind zwei Faktoren besonders hervorzuheben: das seit Stalingrad unbestrittene militärische Übergewicht der Sowjetunion auf dem europäischen Festland und der unmittelbare Zusammenhang zwischen den strategischen Entscheidungen in Europa und im Fernen Osten.

### Die politischen Konsequenzen (1943 — 1945)

Unter den Großen Drei hatte Churchill das feinste Gefühl für das Zusammenspiel von Politik und Kriegführung. Noch während Eden in Washington zum ersten Male die amerikanischen Kriegsziele son-

dierte, hatte Churchill für sich schon die Konsequenzen aus der neuen Situation gezogen. Sie sind in seiner Rede vom 21. März 1943 angedeutet<sup>1</sup>. Churchill fürchtete auf der einen Seite, daß die Ameri-

kaner sich wie nach dem Ersten Weltkrieg ganz aus Europa zurückziehen könnten und Großbritannien der sowjetischen Uebermacht allein gegenüberstehen würde. Andererseits wollte er aber auch nicht zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Mühlstein zerrieben werden<sup>2</sup>. Als Antwort auf diese beiden Gefahren entwickelte er die Konzeption eines Europäischen Staatenbundes unter britischer Führung. Er schlug vor, einen Europarat zu schaffen, dem die größeren europäischen Staaten ohne die Sowjetunion angehören sollten. Die kleineren Staaten Skandinaviens, des Donaubeckens und des Balkans sollten regionale Bündnisse schließen und sich dem Europarat eingliedern. Diesem Europarat wollte Churchill einen asiatischen Rat gegenüberstellen. Beide sollten von einer neuen Weltorganisation der Vereinten Nationen überwölbt werden.

Während seiner Amerikareise im Mai 1943 entwickelte Churchill diese Konzeption weiter. Er schlug nun auch einen amerikanischen regionalen Rat vor. Die nationalen Streitkräfte der Mitglieder dieser regionalen Sicherheitsorganisationen sollten zur Hälfte ständig dem regionalen Rat zur Verfügung stehen, um Aggressionen abzuwehren. Die Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten sollte durch gemeinsame Staatsbürgerschaft, Fortsetzung der im Kriege erprobten militärischen Zusammenarbeit und eine gemeinsame Außenpolitik gesichert werden.

Roosevelt war den Plänen Churchills zunächst nicht abgeneigt. Außenminister Cordell Hull gelang es aber bald, ihm den Gedanken getrennter regionaler Sicherheitsorganisationen auszureden. Dazu verwandte er vor allem drei Argumente. Das praktische Ergebnis würde, so meinte Hull, die Aufteilung der Welt in Einflußsphären der Großmächte sein. Damit lege man die Saat für den nächsten Weltkrieg. Außerdem fürchtete Hull, daß Großbritannien und die Sowjetunion mit Hilfe dieser Regionalorganisationen neue Zollmauern schaffen und den amerikanischen Handel aus wichtigen Gebieten verdrängen würden<sup>3</sup>. Noch gewichtiger war Hulls Einwand, daß die amerikanische öffentliche Meinung die Beteiligung in dem europäischen oder asiatischen Regionalrat ablehnen und in einen auf die westliche Hemisphäre ausgedehnten Isolationismus verfallen würde.

Im August 1943 war Roosevelt endgültig von der Notwendigkeit einer weltweiten Sicherheitsorganisation überzeugt, in der Großbritannien, China, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten gemeinsam die Führung übernehmen sollten. Am 21. August 1943, während der ersten Konferenz von Quebec, legte Hull eine Grundsatzerklärung über die Vereinten Nationen vor, der Churchill und Eden, wenn auch widerstrebend, zustimmten.

Churchill stellte seinen Plan eines europäischen Staatenbundes unter Ausschluß der Sowjetunion nicht zuletzt deshalb zurück, weil er Anfang 1943 sah, daß er damit bei den Russen auf Granit beißen würde. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten wurden durch die Hinauszögerung der zweiten Front ohnehin schwer belastet. Stalin wollte keine Wiederholung der Ereignisse von 1919 zulassen. Damals war Rußland von den Westmächten aus Europa verdrängt worden, nachdem es sich im Krieg gegen Deutschland weißgeblutet hatte. Churchill war damals einer der aktivsten Interventionisten. Sollten seine neuen Vorschläge vielleicht eine ähnliche Politik einleiten?

Stalins vorsichtige Friedensfühler nach Deutschland<sup>4</sup> fallen in diese Zeit. Am 24. August 1943, als er den Vorschlag für eine Außenministerkonferenz in Moskau annahm, hatte er sich offensichtlich entschlossen, den Krieg auf der Seite der Westmächte zu beenden. Die Sicherung gegen eine Wiederholung der deutschen Invasion von 1914 und 1941 war ihm wahrscheinlich noch wichtiger als die Möglichkeit, die kapitalistischen Mächte gegeneinander auszuspielen. Er war davon überzeugt, daß Deutschland sich, wie nach 1918, innerhalb einer Generation wieder erholen würde, falls diesmal nicht drastische Vorbeugungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Gespräche, die Stalin mit Churchill und Roosevelt in Teheran und mit Mikolajczyk im August 1944 führte, zeigen seine Skepsis gegenüber der Möglichkeit, den deutschen Nationalcharakter zu ändern<sup>5</sup>. Das traute er auch dem Kommunismus nicht zu, der, wie er zu Mikolajczyk sagte, auf die Deutschen passe wie der Sattel auf eine Kuh. Als Roosevelt in Teheran anregte, Deutschland in fünf autonome Staaten aufzuteilen, meinte Churchill, man könne doch die süddeutschen Staaten in eine Donauföderation einbeziehen. Dazu meinte Stalin, die Aufteilung Deutschlands werde nicht viel nützen. Jede Föderation, an der Deutsche beteiligt seien, würde bald von den Deutschen dominiert werden, und dann werde man bald wieder ein Großdeutschland haben. Die Deutschen würden immer versuchen, sich zu einigen. Der ganze Sinn irgendeiner internationalen Organisation müsse darin liegen, diese Tendenz durch wirtschaftliche und andere Maßnahmen, falls notwendig mit Gewalt, zu neutralisieren<sup>6</sup>. Unter dieser Voraussetzung war Stalin auch dem Gedanken einer europäischen regionalen Sicherheitsorganisation und einer ähnlichen Institution für Asien nicht abgeneigt. Er ließ sich aber von Roosevelt für den Gedanken einer Welt-sicherheitsorganisation gewinnen. Roosevelts Mit-teilung, die Vereinigten Staaten würden der künftigen „Weltpolizei“ keine Landtruppen, sondern nur Luftwaffen und Marineeinheiten zur Verfügung



stellen, dürfte dabei eine erhebliche Rolle gespielt haben. Der eigentliche „Weltpolizist“ in Europa, so konnte Stalin annehmen, würde also Rußland sein.

Nun hätte das System der permanenten Neutralisierung Deutschlands ausgearbeitet werden müssen.

Dafür war in Teheran keine Zeit. Vielleicht scheuten sich die „Großen Drei“ auch aus anderen Gründen, auf Einzelheiten einzugehen. Das überließen sie den Experten der soeben gebildeten Europäischen Beratungskommission in London.

### Die „eine Welt“ als Ideologie und Wirklichkeit (1944 — 1945)

Als die Westmächte in der letzten Phase des Krieges darauf verzichteten, sich mit der Sowjetunion in einem Wettlauf um günstige strategische Ausgangspositionen in Mitteleuropa zu messen, da war dies nur eine von vielen Bemühungen, Stalin zur Zusammenarbeit in einer Weltorganisation zu gewinnen. Die eifrigsten Verfechter dieses Gedankens waren die Amerikaner. Er hatte aber auch in der britischen Öffentlichkeit starken Widerhall gefunden. Churchill und Eden, die mehr in den Begriffen der klassischen Gleichgewichtspolitik dachten, mußten auf diese Strömungen Rücksicht nehmen. Die von Hull auf der ersten Konferenz von Quebec vorgeschlagene Grundsatzerklärung wurde auf der Moskauer Außenministerkonferenz am 30. Oktober 1943<sup>7</sup> mit geringfügigen Änderungen als „Viermächteerklärung zur allgemeinen Sicherheit“ angenommen. (Nach hartem Drängen der Amerikaner erklärte sich die Sowjetunion damals mit der Unterschrift Chinas einverstanden.)

Im Vergleich zur Schaffung der neuen Weltordnung schienen Hull alle anderen Probleme zweitrangig. Dies zeigte sich schon auf der Moskauer Außenministerkonferenz. Die gleiche Situation wiederholte sich auf den Konferenzen von Teheran und Jalta.

Vielleicht spürte Roosevelt, wie ihm die Zeit zwischen den Fingern zerrann, und wollte wenigstens noch das Richtfest seines Weltgebäudes erleben.

Vor ihm lag die gleiche Aufgabe, an der Wilson

zerbrochen war. Wilson hatte den Völkerbund an den in allen Einzelheiten ausgehandelten Versailler Friedensvertrag angehängt. Als er nach Hause kam, wurde weder der Friedensvertrag noch der Völkerbundpakt ratifiziert. Durch diese Erinnerung abgeschreckt, machte Roosevelt es sich wesentlich leichter. Die Charta der Vereinten Nationen bot ihm die Möglichkeit, politische Hintertüren offen zu halten. Durch die „vorübergehenden Sicherheitsbestimmungen“ (Art. 106 und 107) wurden die feindlichen Staaten zunächst einmal aus der neuen Weltordnung ausgeklammert. Die Vorbereitung der Friedensverträge war Sache der Großmächte. Ihnen wurde (Art. 53 Abs. 1) das Recht zugestanden, auch ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates „regionale Zwangsaktionen“ gegen die feindlichen Staaten durchzuführen oder mittels „regionaler Einrichtungen“ die Erneuerung der Angriffspolitik feindlicher Staaten zu verhindern, solange diese Aufgabe nicht den Vereinten Nationen übertragen wird. So blieben die besiegten Länder einer Sonderregelung außerhalb der Charta der Vereinten Nationen unterworfen. Erst im Mai 1945, im Endstadium der Konferenz von San Franzisko, wurde den Amerikanern klar, daß die von Roosevelt und Hull so bekämpfte Aufteilung der Welt in Interessensphären der Großmächte durch die Hintertür der „vorübergehenden Sicherheitsbestimmungen“ Eingang in die Charta gefunden hatte<sup>8</sup>. Aber es sollte noch Jahre dauern, bis sie in bezug auf Europa die Konsequenzen daraus zogen.

### Der Versuch einer isolierten Regelung der deutschen Frage (1945 — 1947)

Die auf der Moskauer Außenministerkonferenz geschaffene Europäische Beratungskommission (European Advisory Commission) in London trug ihren Namen zu Unrecht. Sie war, wie wir gesehen haben, eine Kommission zur Vorbereitung der Neutralisierung Deutschlands. Die Arbeiten der Kommission, in der die drei Großmächte und Frankreich vertreten waren, wurden durch die Deutschlandverhandlungen so blockiert, daß die meisten anderen europäischen Fragen auf diplomatischem Wege behandelt werden mußten. Das Ergebnis der Londoner Verhandlungen liegt in den Erklärungen vom 5. Juni 1945 vor, die bis heute die einzigen von Großbritannien, Frankreich, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten gemeinsam unterzeichneten Richtlinien für die Regelung der deutschen Frage geblieben sind.

Das umfangreichste dieser Dokumente, die „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands“, war im Juli 1944 als Instrument der bedingungslosen Kapitulation vorbereitet worden. Sie kann als die Durchführungsbestimmung zu dem in Teheran skizzierten Neutralisierungsplan bezeichnet werden. Die Grundgedanken dieser Erklärung finden wir auch in den Richtlinien der amerikanischen Stabschefs für General Eisenhower vom April 1945, dem bekannten Dokument J. C. S. 1067, in der Dreimächteerklärung von Potsdam und in dem amerikanischen Entwurf eines Viermächtevertrages für die Entwaffnung Deutschlands. Sie waren aber schon im Mai 1945 durch die weltpolitische Entwicklung überholt. Der Sieg in Europa und die Fertigstellung der Atombombe verringerten die Bedeutung der sowjetischen Waffen-

hilfe im Kampf gegen Japan. Gleichzeitig erteilte die Sowjetunion durch die Behandlung der von ihr besetzten osteuropäischen Länder den Westmächten einen unerwarteten Anschauungsunterricht über ihre Vorstellung von Sicherheitspolitik. Beides trug zur Versteifung der Haltung des Westens bei. Die Durchführung der Nachkriegspläne stockte.

Der auf der Konferenz von Potsdam geschaffene Außenministerrat beließ das deutsche Problem zunächst in seiner Isolierung. Es wurde dem Alliierten Kontrollrat in Berlin überwiesen. Die Außenminister versuchten, die europäische Friedensordnung von der Peripherie aus durch Friedensverträge mit Italien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und Finnland zu schaffen. Im April 1946 kam der Versuch der westöstlichen Zusammenarbeit im Alliierten Kontrollrat ins Stocken. Die Entscheidung über die Konflikte in Deutschland wurde bis zur Moskauer Außenministerkonferenz im März 1947 in der Schwebe gehalten. Am Ende der sieben Wochen dauernden Verhandlungen in Moskau erklärte *Stalin* den abgespannten westlichen Außenministern, bisher habe erst das Vorgeplänkel der Aufklärungsgruppen stattgefunden. Auch in anderen Fragen habe man die Möglichkeiten eines Kompromisses erst erkannt, nachdem man sich in den Auseinandersetzungen erschöpft habe. Nun dämmerte es den westlichen Außenministern, daß sie durch die Isolierung der deutschen Frage auf der ersten Moskauer Außenministerkonferenz und in Teheran in einen Nebel geraten waren, in dem sie sich seit dreieinhalb Jahren im Kreise bewegten.

Wenn es notwendig war, *Marshall*, der bis kurz vorher noch als Sonderbeauftragter *Trumans* die zermürbenden Verhandlungen mit den chinesischen Kommunisten geführt hatte, nach den sieben Moskauer Wochen hellhörig zu machen, dann war es mit dem Stichwort „Erschöpfungskompromiß“ geschehen. Knapp drei Wochen nach *Marshall's* Abreise aus Moskau erklärte der stellvertretende Außenminister *Acheson*, nun müßten die Vereinigten Staaten

mit dem Wiederaufbau der beiden großen Werkstätten Europas und Asiens — Deutschland und Japan — vorwärtsschreiten, selbst wenn die vier Großmächte sich darüber nicht einigen könnten.

Ein Blick auf die damalige weltwirtschaftliche Situation zeigt, daß sich die Vereinigten Staaten und mit ihnen die ganze westliche Welt in einer Zwangslage befanden. Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung der ersten Nachkriegsjahre konnte im Winter 1946/47 nicht aufrechterhalten werden. Der ausnehmend strenge Winter verschärfte die Rückschläge. Ein weiterer Fortschritt über den Stand vom Herbst 1946 war aber vor allem deshalb nicht möglich, weil die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage war, ihren normalen Beitrag zu leisten. Zu Beginn des Jahres 1947 konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß das Gleichgewicht zwischen der Erzeugungskapazität und den Hilfsquellen der westlichen Hemisphäre und demjenigen der übrigen Welt zerstört war. Die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten wies einen Ueberschuß von zehn Milliarden Dollar im Jahr aus. Die Erschöpfung der europäischen Gold- und Dollarreserven machte es unmöglich, die Einfuhren im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten. Der Augenblick rückte immer näher, an dem die Stagnation in eine allgemeine rückläufige Entwicklung umschlagen mußte — und dies in einer Lage, in der die Kommunisten in Frankreich und Italien die stärkste innenpolitische Macht bildeten.

Das war die Situation, in der *Marshall* am 5. Juni 1947 an der Harvard-Universität eine Rede hielt, die, nicht zuletzt durch das sofortige Zupacken *Bévins*, zum Wendepunkt wurde. *Marshall* erklärte:

„... Die Lösung liegt in der Durchbrechung des *circulus vitiosus* und in der Wiederherstellung des Vertrauens der europäischen Völker auf die wirtschaftliche Zukunft ihrer Länder und ganz Europas... Unsere Rolle sollte darin bestehen, den Entwurf eines europäischen Programms freundschaftlich zu fördern und später dieses Programm zu unterstützen, soweit das für uns praktisch ist.“

### Die Entdeckung Europas

Behält man die eingangs erwähnten Hauptfaktoren der europäischen Sicherheitspolitik im Auge, so ist es nicht schwer zu sehen, welche Schwierigkeiten das verspätete Einschwanken der Westmächte auf eine Politik der regionalen Sicherheit in sich barg. Der Sowjetunion mochte es völlig unglaublich erscheinen, daß der „*Marshallplan*“ zunächst wirklich nur als rein wirtschaftliches Hilfsprogramm gedacht war. Es war aber tatsächlich so, daß die amerikanischen Politiker erst durch die Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Verhalten Schritt für Schritt zu ihrer eigenen Sicherheitskonzeption geführt wurden. Auf diesem Wege entdeckten sie Europa. Auf einmal erschien es

ihnen unbegreiflich, daß die Vereinigten Staaten von Europa nicht schon längst geschaffen worden waren.

Für die amerikanische Politik, die mit dem *Marshallplan* einsetzte und — mit Schwankungen — bis zu den Berliner und Genfer Konferenzen dieses Jahres fortgeführt wurde, hat sich das Schlagwort *containment policy*, „Politik des Eindämmens“, durchgesetzt. Sie ist die unmittelbare Folge der Desillusionierung des Glaubens an die „eine Welt“. Die Hauptargumente, die *Hull* 1943 gegen die Schaffung getrennter regionaler Sicherheitsorganisationen vorgebracht hatte, waren durch die Ereignisse überholt. Die nun einsetzende „Politik des kalkulierten



Risikos“ mußte vor allem folgende Probleme bewältigen:

1. die Gefahr, daß der Aufbau der notwendigen militärischen Stärke in ein nicht mehr begrenzbares Wettrüsten ausarten würde;
2. die Gefahr, daß die Eindämmungspolitik die endgültige Spaltung Deutschlands und damit Europas herbeiführen würde;
3. die Gefahr, daß das potentielle Uebergewicht Deutschlands auf dem europäischen Festland durch eine überstürzte Wiederbewaffnung zur akuten Bedrohung der westlichen Koalition und der Demokratie werden könnte;
4. die Gefährdung der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit des Westens durch unerschwingliche Rüstungsausgaben, andernfalls die Gefahr einer unzulänglichen Rüstung gegen sowjetische Ueber-raschungsangriffe.

Die Hauptlinien der Entwicklung seit 1947 dürfen als bekannt vorausgesetzt werden. Ein paar Stichworte müssen hier als Gedächtnisstützen genügen. In der amerikanischen Außenpolitik der Jahre 1947 bis 1953 lassen sich zwei Phasen unterscheiden. Von der Verkündung der Truman-Doktrin im März 1947 bis etwa 1950/51 galt die Aufmerksamkeit überwiegend der Stabilisierung Westeuropas. Die Verhandlungen über den Pazifischen Sicherheitspakt und den Friedensvertrag mit Japan, der Koreakrieg, der Wahlsieg der Republikaner und das wachsende Interesse an Südostasien charakterisieren die zweite Phase.

In den Verhandlungen mit dem Westen hielt die Sowjetunion an der ihr in Teheran und Jalta zuer-

kannten Rolle des für die Neutralisierung Deutschlands in erster Linie verantwortlichen „Weltpolizisten“ hartnäckig fest.

Gleichzeitig setzte sie in Europa den Isolationismus ihrer Völkerverbandszeit mit neuen Mitteln fort. Diese bestanden in einem mehrfachen Gürtel zweiseitiger Sicherheitsverträge, mit dessen Anlage 1943 begonnen wurde. Die Verträge mit der Tschechoslowakei (Dezember 1943), Jugoslawien (Dezember 1943), Polen (April 1945), Ungarn (Februar 1948), Rumänien (März 1948), Bulgarien (März 1948) und Finnland (April 1948) bildeten den innersten Gürtel. Dieser wurde verstärkt durch ein Geflecht zweiseitiger Verträge der osteuropäischen Satellitenstaaten untereinander<sup>10</sup>.

In Großbritannien zeigte die Rede *Bevins* vom 22. Januar 1948 die Rückkehr zum regionalen Sicherheitsdenken an. Bevin schwenkte damit auf die Linie ein, die *Churchill* bis 1943 vertreten, dann aus taktischen Gründen zurückgestellt und in seinen Reden von *Fulton*, *Missouri*, am 5. März 1946 und von *Zürich* am 19. September 1946 erneut aufgezeigt hatte.

Alle diese Bewegungen standen unter dem Vorzeichen der Verschärfung des Ost-West-Konfliktes. Genauerer Hinsicht zeigt aber neben der unverkennbaren Blockbildung auch noch eine zweite Bewegung, nämlich eine gemeinsame, freilich von entgegengesetzten Voraussetzungen ausgehende Hinwendung auf die umstrittene Region Europa. Dies ist, wenn man sich an die Ausgangssituation von 1943 erinnert, keineswegs so selbstverständlich, wie es heute erscheinen mag.

### Europäische Sicherheit und europäische Integration

Schon ehe der Begriff zum politischen Modewort wurde, verstand man unter Integration die Vorgänge und Zustände, die aus Unzusammenhängendem ein Gemeinsames machen.

Integrationen vollziehen sich auf allen Ebenen menschlichen Zusammenlebens, in der Kommunalpolitik so gut wie auf der höchsten Ebene der internationalen Politik. Wenn wir von „europäischer“ Integration sprechen, so meinen wir damit, daß eine politische Organisation über den isolierten Nationalstaaten, aber unterhalb der Weltorganisation notwendig geworden ist. Dabei ist, wie wir gesehen haben, eine Trennung zwischen internationaler Sicherheitspolitik und nationaler Außen-, Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mehr möglich. Die Zusammenfassung aller dieser Beziehungen allein auf der Ebene der Weltorganisation ist weder wünschenswert noch möglich. So wurde die Schaffung regionaler Sicherheitsorganisationen von der Sache her ein Erfordernis unserer Zeit.

Unter den vielen Ansätzen zu einer regionalen

politischen Organisation (Europäischer Wirtschaftsrat, Europäische Zahlungsunion, Europarat, NATO usw.) bietet die Schaffung übernationaler Einrichtungen Sonderprobleme, deren Bedeutung vielleicht wegen ihrer faszinierenden Wirkung auf Staats- und Völkerrechtler überschätzt wird. Das Wesen des Uebernationalen<sup>11</sup> liegt, vom Juristischen her gesehen, darin, daß sich zwischen Staatsrecht und Völkerrecht das übernationale Gemeinschaftsrecht als dritter Rechtskreis herausbildet. In der Politik zeigt sich das Uebernationale als ein Entwicklungsstadium zwischen den bisherigen Formen internationaler Zusammenarbeit und der Schaffung eines europäischen Bundesstaates. Es ist dabei durchaus denkbar, daß von verfrühten oder verfehlten Institutionalisierungen im übernationalen Bereich nachhaltige Störungen des Integrationsprozesses ausgehen. Das ist keine Frage des Prinzips, sondern der konkreten Erprobung.

Die Bedeutung des Gedankens einer übernationalen europäischen Gemeinschaft bezieht sich aber vor allem auf das Innenverhältnis der Partner, ins-

besondere auf das Verhältnis Deutschlands zu den übrigen Partnern. Wir haben gesehen, daß die sowjetische Politik seit Mitte 1943 nur die Neutralisierung Deutschlands, überwacht von der übermächtigen Roten Armee und garantiert von den Westmächten, als ausreichende Garantie der europäischen Sicherheit betrachtet. In dieser von oben aufgezwungenen Ordnung ist für eine freiheitliche Entwicklung Deutschlands kein Raum. Sie erscheint auch nicht notwendig, da die Deutschen nach sowjetischer Ansicht ohnehin nur mit Zwang von dem Rückfall in die alte Aggressivität abgehalten werden können. Die sowjetische Politik schätzt den Wert der übernationalen europäischen Gemeinschaft nicht anders ein als *Stalin* einmal die Macht des Papstes durch die Frage: „Wie viele Divisionen stehen dahinter?“ bewertete. Für sie ist der Unterschied zwischen einer internationalen, einer übernationalen und einer bundesstaatlichen Integration nur insoweit von Bedeutung, als sich daraus vielleicht Ansatzpunkte für die Neutralisierung des deutschen militärischen Potentials ergeben.

Die westliche Vorstellung der Integration Deutschlands in eine europäische Gemeinschaft zielt auf eine Ordnung, die zugleich von unten her in Freiheit wächst und von oben her durch entsprechende Institutionen kontrolliert wird. Unter dieser Voraussetzung wurde es den Westmächten möglich, etwa seit Mitte 1948 und in verstärktem Maße seit dem Ausbruch des Koreakrieges im Sommer 1950 die Wiederbewaffnung Deutschlands ins Auge zu fassen.

Wäre es die Absicht der Vereinigten Staaten, Europa durch einen Block nationaler Koalitionsarmeen zu verteidigen, die von Washington aus so dirigiert werden wie die Armeen der osteuropäischen Satelliten von Moskau aus, so bestünde überhaupt keine Aussicht für ein von Moskau und Washington garantiertes europäisches Sicherheitssystem. Die einzigen Möglichkeiten zu einer Verständigung — die man keineswegs überschätzen darf — liegen darin, daß es sich auf der Seite des Westens nicht um einen Block handelt, sondern um ein Integrationsgefälle, das auf seinen verschiedenen Stufen differenzierte Möglichkeiten der Freiheit und der Bindung offenläßt.

Darauf deutete beispielsweise eine Studie des späteren Leiters der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes und Sonderbevollmächtigten der Bundesrepublik für die Berliner Konferenz, Professor Wilhelm Grewe, hin, die im Dezember 1952 in der Zeitschrift *Außenpolitik* erschienen ist<sup>12</sup>. Der Artikel setzt sich mit der Denkschrift des Bundestagsabgeordneten Dr. Pfeleiderer vom 2. September 1952 über „Vertragswerk und Ostpolitik“ auseinander, in der vorgeschlagen wird, der Sowjetunion eine Verständigung anzubieten, die ihren Befürchtungen vor einer neuen deutschen Aggression Rechnung trägt, indem man der Stellung Deutschlands zum NATO-System eine

diesem Sicherheitsbedürfnis entsprechende Ausgestaltung gibt. Pfeleiderer hatte dabei auf das Modell des Locarnopaktes hingewiesen. Im Anschluß an diese Ueberlegungen warf nun Professor Grewe die Frage auf, ob es nicht politisch sinnvoller und aussichtsreicher wäre, diese differenzierte Stellung innerhalb des westlichen Verteidigungssystems nicht nur für Deutschland allein, sondern für die Staaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft insgesamt anzustreben. Die Studie führt zu dem Schluß, daß dieser Grundgedanke nicht im Widerspruch zu dem Geist der Vertragswerke von Bonn und Paris steht.

Am 11. Mai 1953 berührte Sir Winston Churchill den Locarno-Gedanken im Unterhaus und erklärte<sup>13</sup>:

„Die Lage ist heute nach Ausmaß und Faktoren sehr verschieden, und doch bin ich der Meinung, daß der Grundgedanke, der den Locarno-Vertrag beseelte, sehr wohl auch in bezug auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland im Denken derer eine Rolle spielen könnte, deren vornehmster Ehrgeiz es ist, den Frieden Europas als Schlüssel zum Frieden der ganzen Menschheit zu konsolidieren.“

Am 8. Juli 1953 behandelte Bundeskanzler Adenauer das gleiche Thema in einem bisher unveröffentlichten Schreiben an Außenminister Dulles, dessen Inhalt am 23. Juli bekannt und am 31. Juli von Dr. Adenauer auf einer Pressekonferenz erläutert wurde<sup>14</sup>. Er vertrat hierbei die Auffassung, daß zu einem späteren Zeitpunkt der weltgeschichtlichen Entwicklung der Abschluß eines Sicherheitsvertrages zwischen der EVG und der UdSSR durchaus nicht als unmöglich betrachtet werden sollte.

Diese Gedanken fanden in Washington eine äußerst kühle Aufnahme<sup>15</sup>. Sie tauchten aber schon wenige Wochen später, am 17. September 1953, in einer Entschließung der Beratenden Versammlung des Europarates auf. Nach einer Debatte über die internationale Lage, die mit einer Rede von Paul Henri Spaak als Berichterstatter des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten eingeleitet worden war, faßte sie eine Entschließung, deren Ziffer 7 folgendermaßen lautete<sup>16</sup>:

„Die Versammlung ist darum besorgt, den Friedenswillen, von dem sie erfüllt ist, offenkundig zu machen, und vertritt deshalb die Ansicht, daß es angebracht wäre, Rußland als Garantie einen Sicherheitspakt auf Gegenseitigkeit im Rahmen der Vereinten Nationen vorzuschlagen, an dem die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und jene Länder, die der Europäischen Politischen Gemeinschaft zugestimmt haben oder, wenn sie errichtet ist, diese Gemeinschaft als solche, und möglicherweise noch andere Staaten teilnehmen würden.“

Alle diese Ueberlegungen bauen auf dem Weiterbestehen des Nordatlantikpaktes und der aktiven Teilnahme der Vereinigten Staaten an der europäischen Verteidigung auf. Hierin liegt der entscheidende Unterschied gegenüber Churchills Europa-



Konzeption von 1943. Wie haben heute den Europarat, der in seiner institutionellen Struktur etwa Churchills damaligen Vorstellungen entspricht. Er spielt aber für die Sicherheit Europas keine wesentliche Rolle. Die regionale Sicherheitsorganisation des Westens ist die NATO. Sie steht unter amerikanischer Führung. Der Nebel von Teheran ist verfliegen. Die letzten zehn Jahre haben gezeigt, daß eine isolierte

Neutralisierung Deutschlands gleichbedeutend ist mit der Beherrschung des europäischen Festlandes durch die Sowjetunion. Sollte es aber einmal zu echten Verhandlungen mit der Sowjetunion über ein europäisches regionales Sicherheitssystem kommen, so wird man sich vielleicht an oben erwähnte Anregungen erinnern und in ihnen die ersten Anzeichen für ein neues Entwicklungsstadium erblicken.

### Anmerkungen

<sup>1)</sup> Vgl. Winston Churchill: „Onwards to Victory“; London 1944, S. 36/37.

<sup>2)</sup> Vgl. William H. McNeill: „America, Britain and Russia. Their Cooperation and Conflict 1941–1946“; Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs; London — New York — Toronto: Oxford University Press 1953, S. 320 f.

<sup>3)</sup> Vgl. McNeill, a. a. O., S. 322.

<sup>4)</sup> Vgl. Peter Kleist: „Zwischen Hitler und Stalin 1939 bis 1945“; Bonn 1950, S. 235–234.

<sup>5)</sup> Vgl. Robert E. Sherwood: „Roosevelt and Hopkins. An Intimate History“; New York: Harper and Brothers 1948, S. 785–787, und Stanislaw Mikolajczyk: „The pattern of Soviet Domination“; London 1948, S. 87.

<sup>6)</sup> Vgl. Sherwood, a. a. O., S. 798, und McNeill, a. a. O., S. 356.

<sup>7)</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 7/1946/47, S. 343–344.

<sup>8)</sup> Vgl. „The private papers of Senator Vandenberg“; Edited by Arthur H. Vandenberg, jr.; London: Victor Gollancz Ltd. 1953, S. 186–194.

<sup>9)</sup> Vgl. Wilhelm Cornides: „Deutschland zwischen den Weltmächten des Ostens und des Westens“ in: *Rassow*: „Deutsche Geschichte“; Stuttgart 1953, S. 738–772.

<sup>10)</sup> Vgl. Hermann Volle: „Definition des Angreifers und Beistandsverpflichtungen in den europäischen Verträgen der Nachkriegszeit“; in Europa-Archiv 6/1949, S. 1977–1984.

<sup>11)</sup> Vgl. Elsbeth Friedländer: „Das Wesen des Uebernationalen“; Diss. Hamburg 1954. Das Europa-Archiv wird demnächst einen Auszug aus dieser wesentlichen Arbeit veröffentlichen.

<sup>12)</sup> Vgl. „Die Bedeutung der Westverträge für die Wiedervereinigung Deutschlands“; in *Außenpolitik* 12/1952, S. 760 ff. In Nr. 1/1954, S. 2 (Fußnote) gab die *Außenpolitik* zu erkennen, daß Prof. Grewe der Verfasser des ursprünglich nur mit „von maßgeblicher Seite“ gezeichneten Artikels war.

<sup>13)</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 10–11/1953, S. 5738 ff.

<sup>14)</sup> Vgl. *Die Neue Zeitung* vom 24. Juli und 1. August 1953.

<sup>15)</sup> Vgl. *Le Monde* vom 26. Juli 1953.

<sup>16)</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 21/1953, S. 6079.

## II. Teil

### Die Verhandlungen über das Sicherheitsproblem auf der Berliner Konferenz von 1954\*

Von Walter Bödigerheimer

#### Der sowjetische Sicherheitsvorschlag

##### Der Inhalt des Vorschlags

Der Vorschlag der Sowjetregierung für den Abschluß eines allgemeinen europäischen Sicherheitspaktes wurde der Berliner Konferenz der Außenminister von Molotow am 10. Februar mit folgenden Worten vorgelegt<sup>1,2</sup>:

„Die sowjetische Delegation ist der Auffassung, daß die gegenwärtige Konferenz einen wichtigen Schritt zur Festigung des Friedens in Europa tun würde, wenn ihre

Teilnehmer eine entsprechende Uebereinkunft erzielen würden, die von der Anerkennung der Idee der kollektiven Sicherheit in Europa ausgeht.“

Zu diesem Zweck, sagte Molotow, unterbreite die sowjetische Delegation einen Vorschlag zur Erörterung auf der gegenwärtigen Konferenz. Er verlas sodann den in zwei Dokumenten („Ueber die Gewährleistung der Sicherheit in Europa“ und „Entwurf eines Gesamteuropäischen Vertrages über die kolle-

<sup>1)</sup> Schon kurz nach der Berliner Konferenz hat das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung eine vollständige Sammlung aller verfügbaren Reden und Dokumente vorgelegt: „Die Viererkonferenz in Berlin 1954. Reden und Dokumente“. Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Berlin o. J.

Diese Sammlung enthält den vollständigen Wortlaut der Reden und Dokumente, soweit sie von den Delegationen der vier Mächte veröffentlicht wurden, ferner ausführliche Inhaltszusammenfassungen nebst Auszügen von einer Reihe weiterer Reden sowie eine chronologische Uebersicht über den Konferenzverlauf. Die in den folgenden Beiträgen wiedergegebenen Zitate sind diesem Werk (im folgenden kurz „Reden und Dokumente“ genannt) entnommen.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß in dieser Dokumentensammlung bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht alle Ungenauigkeiten der von den Konferenzdelegationen veröffentlichten deutschen Fassungen bereinigt werden konnten. (Ueber einige der bei der Veröffentlichung der Reden durch die Delegationen unterlaufenen Fehler berichtete Hellmut Jacrschid in seinem Beitrag „Der Schatten einer Konferenz“ in *Der Monat*, Heft 66, S. 585 ff., insbesondere S. 588.) Wo bei Hinzuziehung anderer Quellen stärkere Abweichungen der deutschen Fassung festgestellt wurden, ist diese von uns entsprechend berichtigt worden.

<sup>2)</sup> Vgl. auch die Chronologie des Konferenzverlaufs in Europa-Archiv 4/1954, S. 6372, und 5/1954, S. 6409.

tive Sicherheit in Europa“) enthaltenen Vorschlag. Der Wortlaut der Dokumente ist auf S. 6529 f. dieser Folge wiedergegeben.

Das erste Dokument enthält Vorschläge für Sofortmaßnahmen, welche die vier Großmächte in Deutschland ergreifen sollen, und die Anregung zur Einberufung einer Konferenz aller europäischen Staaten zum Zwecke des Abschlusses eines kollektiven Sicherheitspaktes. Die für Deutschland vorgesehenen Maßnahmen sind:

1. Räumung Deutschlands durch die Truppen der vier Mächte (mit Ausnahme beschränkter Kontingente zur Erfüllung von Kontrollaufgaben);
2. Vorbehalt des Rechts auf Rückführung der Truppen in die einzelnen Besatzungszonen im Falle einer Bedrohung der Sicherheit in Deutschland;
3. Aufstellung von begrenzten deutschen Polizeieinheiten in der Bundesrepublik und in der DDR unter gemeinsamer Viermächtekontrolle.

Die wesentlichsten Punkte des zweiten Dokuments sind:

1. Abschluß eines gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitspaktes unter Teilnahme aller europäischen Staaten ohne Rücksicht auf ihr Gesellschaftssystem; bis zur Wiedervereinigung Deutschlands getrennte Teilnahme der Bundesrepublik und der DDR;
2. Verpflichtung der Vertragspartner zum Verzicht auf Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen und zur Regelung ihrer Streitigkeiten durch friedliche Mittel;
3. Verpflichtung zu gegenseitiger Konsultation im Falle einer Friedensbedrohung in Europa;
4. Verpflichtung zu gegenseitiger Beistandsleistung einschließlich militärischer Hilfe im Falle des Angriffs auf einen der Vertragspartner in Europa;
5. Festlegung eines Verfahrens für die Erfüllung dieser Beistandsverpflichtung;
6. Pflicht zur Information des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über die zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa ergriffenen Maßnahmen;
7. Verpflichtung der Vertragspartner, an keinen Koalitionen oder Bündnissen teilzunehmen, deren Ziele in Widerspruch zu den Zielen des Vertrages stehen;
8. Bildung gemeinsamer Organe;
9. Einladung an die Vereinigten Staaten und die Chinesische Volksrepublik, Beobachter in die Faktorgane zu entsenden;
10. Aufrechterhaltung derjenigen Verträge der Vertragspartner, die im Einklang mit den Zielen des Vertrages stehen;
11. Vertragsdauer 50 Jahre.

Mit der Vorlage dieser beiden Dokumente hat die Sowjetunion zum ersten Male seit dem Beginn der Nachkriegsplanungen in den Jahren 1942 und 1943

ihre Auffassung über die künftige europäische Friedensordnung in einem zusammenhängenden Vorschlag dargelegt. Wie die nachstehend aufgezeichnete Vorgeschichte der Berliner Konferenz zeigt, geschah dies nicht freiwillig, sondern als ein Ergebnis des jahrelangen Drängens der Westmächte.

#### *Die Vorgeschichte des sowjetischen Vorschlags*

Der Vorschlag der sowjetischen Delegation entwickelte sich aus der Polemik gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, welche die Sowjetregierung in dem Notenwechsel<sup>2</sup> vor der Berliner Konferenz führte. Während diese Polemik sich in früheren Noten meist nur gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands und die damit verbundene Gefahr einer neuen Friedensbedrohung durch Deutschland richtete, fand sich in der sowjetischen Note vom 8. November 1953 erstmals ein Satz, der die Möglichkeit einer sowjetischen Alternative zur EVG andeutete. Nach einer Wiederholung der bekannten Argumente gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands wurde dort an das Bestehen der britisch-sowjetischen und französisch-sowjetischen Beistandsverträge erinnert und erklärt, daß die Sowjetunion bereit sei, „diese Verpflichtungen nicht nur nicht abzuschwächen, sondern auch den vorhandenen neuen Möglichkeiten zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa Rechnung zu tragen“.<sup>3</sup>

Deutlicher traten die sowjetischen Pläne in der Note vom 26. November zutage, mit der die Sowjetregierung ihr Einverständnis zur Abhaltung einer Viermächtekonferenz gab. In dieser Note wurden zunächst die bekannten Einwände gegen die EVG erhoben und behauptet, daß durch sie ein Teil Europas dem anderen entgegengestellt werden solle. Danach hieß es<sup>4</sup>:

„Die Gewährleistung der Sicherheit der Länder Westeuropas wird fest begründet sein, wenn sie nicht darauf beruht, daß die Länder Westeuropas den Ländern Osteuropas entgegengestellt werden, sondern darauf, daß die Bemühungen aller europäischen Länder zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa koordiniert werden. Diese Bemühungen können und müssen sich stützen auf die früher von den entsprechenden Mächten übernommenen Verpflichtungen, deren Ziel die Verhinderung neuer Aggressionsakte in Europa ist... Die Sowjetunion ist bereit, gemeinsam mit den anderen Ländern Europas alle Anstrengungen zu unternehmen, um zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit auf dem Wege entsprechender Vereinbarungen zwischen allen Ländern Europas, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, beizutragen.“

Nahezu völlige Klarheit über die mutmaßliche Haltung der Sowjetunion auf der Berliner Konferenz brachte dann ein Leitartikel der *Prawda* vom 13. Januar 1954. Dort setzte sich I. Alexandrow mit der westlichen Sicherheitskonzeption auseinander, die inzwischen von Sir Winston Churchill am 11. Mai 1953



durch den Gedanken eines „neuen Locarno“ ergänzt worden war. In dem Artikel der *Prawda* wurde der Locarno-Gedanke scharf zurückgewiesen, da er die Bildung einer militärischen Gruppierung der westeuropäischen Länder voraussetze, die gegen den anderen Teil der europäischen Staaten gerichtet sei und dem Kommando einer nichteuropäischen Macht, der Vereinigten Staaten, unterstehe. Dem wurde folgendes gegenübergestellt<sup>6</sup>:

„Es ist jedoch allgemein bekannt, daß das Problem der europäischen Sicherheit vor allem und in der Hauptsache darin besteht, die Bemühungen aller europäischen Staaten, ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit ihrer sozialen Ordnung, in dem Bestreben zu vereinen, die Möglichkeit eines Wiedererstehens des deutschen Militarismus zu verhindern.“

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Aktion der polnischen Regierung, die sicherlich vorher mit der Sowjetregierung abgestimmt worden sein dürfte: Die polnische Regierung richtete am 19. November 1953 eine Note an die westlichen Nachbarländer Deutschlands<sup>8</sup>, nämlich an Frankreich, Belgien, Luxemburg, die Niederlande, Dänemark und Norwegen, in der sie zunächst die Versuche anprangerte, durch die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine aggressive Gruppierung im Rahmen des Nordatlantikpaktes zu schaffen, innerhalb derer die wiedererstandene deutsche Wehrmacht zur vorherrschenden militärischen Kraft in Europa werden würde. Danach verglich die polnische Regierung die heutige Situation mit der zur Zeit des Münchener Abkommens, das ebenfalls dem Zweck gedient habe, die aggressiven Kräfte Deutschlands nach Osten abzulenken, das aber den Ueberfall Deutschlands auf alle seine Nachbarn zur Folge gehabt habe. Dazu wurde folgendes erklärt:

„Ähnlich wie in den damaligen Jahren wird auch jetzt versucht, die Wachsamkeit der Völker mit Projekten über illusorische Garantien einzuschläfern, statt die eigenen und andere europäische Völker vor der Aggression des deutschen Imperialismus tatsächlich zu schützen.“

Schließlich richtete die polnische Regierung folgenden direkten Appell an Frankreich:

„Die polnische Regierung möchte sich besonders an die französische Regierung wenden, an die Regierung eines Volkes, das mit Deutschland benachbart ist und gleichzeitig große Traditionen hat. Frankreich ist folglich für das Schicksal des Friedens im besonderen Maße mitverantwortlich, und seine Haltung könnte wesentlich zur Verhinderung der Wiedergeburt eines aggressiven Deutschland und seiner Remilitarisierung beitragen... Deshalb wiederholt die polnische Regierung nachhaltig ihren Appell an alle Nachbarn Deutschlands, in ihren Bemühungen, die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus und Militarismus zu verhindern, nicht nachzulassen. Angesichts der konkreten Situation müssen diese Bemühungen erheblich verstärkt werden. Die polnische Regierung erwartet deshalb, daß sich die Regierung der

Französischen Republik der Freundschaftsbande erinnere, die unsere Völker verbinden, und diesem Appell ihre ganze Aufmerksamkeit schenke.“

Am 25. November, also fast gleichzeitig mit der sowjetischen Note vom 26. November, richtete die polnische Regierung eine Note an die Vereinigten Staaten und Großbritannien, in der sie diesen beiden Ländern die Verantwortung für die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus zuschob<sup>7</sup>.

Diese beiden Noten stellen den unverhülltesten einer Reihe von Versuchen dar, Frankreich aus der Koalition der Westmächte herauszuberechnen und einem Eingehen auf die sowjetischen Sicherheitspläne geneigter zu machen. Die französische Regierung hat auf die polnische Note formal nicht geantwortet. In gewissem Sinne können die Äußerungen *Bidaults* auf der Berliner Konferenz am 2. Februar als eine Antwort gewertet werden. Bidault sagte<sup>8</sup>:

„Herr Molotow hat durchblicken lassen, daß auch er die Entstehung eines europäischen Systems wünscht, in welchem Frankreich und die Sowjetunion mit Deutschland gemeinsam nach einem Mittel zur Erhaltung der Sicherheit suchen. Ein solches Ziel erscheint uns außerordentlich wünschenswert unter der Voraussetzung, daß niemand daran denkt, von einer solchen Zusammenarbeit die beiden anderen an diesem Tisch vertretenen Regierungen auszuschließen, von denen Herr Molotow selber betont hat, daß ihre Mitwirkung bei einer europäischen Regelung unentbehrlich ist. Er hat uns gleichfalls gesagt, daß einige Staaten Osteuropas gegenwärtig wünschen, unsere Freunde zu werden. Wir nehmen diesen Hinweis mit Interesse auf. Aber eine Frage bleibt: Wenn man im Osten bereit ist anzuerkennen, daß wir unsere Unabhängigkeit wahren müssen, warum verweigert man uns das Recht, es zu tun durch einen Gebrauch unserer Freiheit, der in keiner Weise die Rechte anderer verletzt und der sich nach unserer Ansicht mit diesen Rechten völlig verträgt?“

Wie die Länder des Ostblocks sich die Zusammenarbeit aller europäischen Staaten denken, hat Molotow in seinem Sicherheitsvorschlag dargelegt.

#### *Der Sicherheitsvertrag, die Vereinten Nationen und das „Modell“ des Vertrags von Rio*

Zur Erläuterung der Grundidee seines Paktvorschlags hat Molotow auf den Pakt von Rio<sup>9</sup> hingewiesen. Am 10. Februar erklärte er<sup>10</sup>:

„Am 2. September 1947 wurde in Rio de Janeiro ein interamerikanischer Vertrag über gegenseitige Hilfe geschlossen. Partner dieses Vertrages sind die Vereinigten Staaten von Amerika und alle lateinamerikanischen Republiken. Dieser Vertrag wurde bereits nach der Schaffung der Organisation der Vereinten Nationen geschlossen. Niemand hielt das für unzulässig oder überflüssig.“

Es fragt sich: Warum kann es einen interamerikanischen Vertrag über gegenseitige Hilfe geben und warum nicht auch, sagen wir, einen europäischen Vertrag über kollektive Sicherheit in Europa? Es gibt keinerlei Gründe, einen Vorschlag dieser Art abzulehnen. Ein

solcher Vertrag ist mit dem Bestehen der Organisation der Vereinten Nationen durchaus vereinbar.“

Der sowjetische Vertragsentwurf bezweckt also die Errichtung einer regionalen europäischen Sicherheitsorganisation entsprechend den Bestimmungen der Artikel 51 bis 54 der Charta der Vereinten Nationen. Dabei folgt er dem Vorbild, das 1947 durch den interamerikanischen Vertrag für gegenseitige Hilfe von Rio de Janeiro gegeben wurde. Analog dem Rio-Pakt sollen die europäischen Staaten sich zur Schlichtung ihrer Streitigkeiten durch friedliche Mittel, zum Verzicht auf die Anwendung von Gewalt gegeneinander, zur Konsultation in Fällen von Friedensbedrohungen und zu bewaffnetem Beistand im Falle eines Angriffs auf einen von ihnen verpflichten. Doch ist im Gegensatz zum Rio-Pakt, der als einziges Konsultativorgan eine Konferenz der Außenminister vorsieht, der organisatorische Apparat des vorgeschlagenen Vertrags dem Apparat der Vereinten Nationen ähnlich. Er soll eine periodisch tagende Ministerkonferenz, einen ständigen politischen Beratungsausschuß und ein militärisches Beratungsorgan umfassen. Die Parallele zur Vollversammlung, dem Sicherheitsrat und dem militärischen Stabsausschuß der Vereinten Nationen liegt auf der Hand.

Der Vertragsentwurf besagt wenig über die Exekutivbefugnisse der vorgesehenen Organe: die Formulierung der Ziffer 8a und b erweckt den Eindruck, als sollten bindende Entschließungen nur von der Ministerkonferenz gefaßt werden. Für das militärische Beratungsorgan wird ausdrücklich erklärt, daß seine Befugnisse „nachträglich zu bestimmen sind“. Völlig offengelassen sind die entscheidenden Fragen der Stimmenverteilung und des Abstimmungsmodus in diesen Organen. Dennoch liegt der Schluß nahe, daß an eine wesentlich straffere Organisation gedacht ist, als sie der Rio-Pakt vorsieht. Dafür spricht auch ein weiterer formaler Unterschied gegenüber dem Rio-Pakt: Während Artikel 20 Rio-Pakt ausdrücklich bestimmt, daß kein Staat gegen seinen Willen zur Leistung militärischen Beistands gezwungen werden kann, sollen laut Ziffer 4 des sowjetischen Vertragsentwurfs die Vertragspartner zur Hilfeleistung „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt“, verpflichtet werden.

Auf eine weitere bemerkenswerte Tatsache sei noch hingewiesen: Artikel 53 der UN-Charta gibt dem Sicherheitsrat ein Aufsichtsrecht über die von regionalen Organisationen ergriffenen Zwangsmaßnahmen, indem er bestimmt, daß keine solche Maßnahme ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats durchgeführt werden soll. Dieser Bestimmung tragen sowohl der Rio-Pakt als auch der Nordatlantikpakt Rechnung, die beide die Klausel enthalten, daß alle auf Grund dieser Verträge ergriffenen Maßnahmen beendet werden sollen, sobald der Sicherheitsrat

die zur Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit notwendigen Maßnahmen ergriffen hat (Art. 3 Abs. 4 Rio-Pakt, Art. 5 (2) Nordatlantikpakt)<sup>11</sup>. Demgegenüber enthält der sowjetische Vertragsentwurf in Ziffer 6 lediglich die Verpflichtung, den Sicherheitsrat über die Maßnahmen zu unterrichten, die zur Erhaltung der Sicherheit in Europa getroffen werden.

Eden hat den Kern des sowjetischen Vorschlags wohl am schärfsten erfaßt, als er ihn als eine „Monroe-Doktrin“ für Europa bezeichnete, die durch die Sowjetunion als Hegemonialmacht garantiert werden sollte. Er sagte am 10. Februar<sup>12</sup>:

„Mir scheint, die Vorschläge von Herrn Molotow stellen eine Art von moderner Monroe-Doktrin für Europa dar. Sie zielen darauf ab, die NATO aufzulösen und die Vereinigten Staaten aus Europa herauszuhalten.“

Dagegen war die Erwiderung von Dulles ziemlich schwach. Er beschränkte sich darauf, zu erklären, daß die Vereinigten Staaten die ihnen zugedachte „Beobachterrolle“ ablehnen würden, daß es aber Sache der europäischen Länder sei, sich zu dem Vorschlag selbst zu äußern. Ueber Molotows Vergleich mit dem Rio-Pakt bemerkte er am 15. Februar<sup>13</sup>:

„Der Pakt von Rio, der Pakt des amerikanischen Kontinents, ist nicht einfach ein regionaler. Er ist ein Pakt, der, wie der Vertrag selbst beinhaltet, diese Erklärung enthält: ‚Frieden gründet sich auf Recht und sittliche Ordnung und den Schutz der menschlichen Rechte und Freiheiten.‘ Das sind im Fall des Paktes des amerikanischen Kontinents keine bloßen Worte. Es ist ein Ausdruck der Wirklichkeit, die 150 Jahre lang durch enge Verbindung sichtbar gemacht worden ist.“

Ein genauerer Vergleich des sowjetischen Vorschlags mit dem Pakt von Rio wirft noch viele Fragen auf, die hier nicht behandelt werden können. Sie rühren an das Grundproblem der Stellung der regionalen Sicherheitsabkommen innerhalb der Vereinten Nationen.

Die eigentlichen Gegenargumente des Westens wurden von Eden und Bidault vorgetragen. Eden erklärte am 15. Februar<sup>14</sup>:

„Sehen wir uns einmal kurz zusammen die Tatsachen an. Absatz 7 des sowjetischen Vertragsentwurfs lautet: ‚Die Vertragspartner verpflichten sich, an keiner Koalition und an keinem Bündnis teilzunehmen und keine Abkommen zu schließen, deren Ziele den Zwecken des Vertrages über die kollektive Sicherheit in Europa zuwiderlaufen.‘ Auf was für Bündnisse und Koalitionen bezieht sich das? Wir können uns nur an das halten, was Herr Molotow selbst gesagt hat. Er hat zu wiederholten Malen die NATO als eine Speerspitze gegen die Sowjetunion und als ein Hindernis auf dem Wege zu einer umfassenderen europäischen Sicherheit bezeichnet... Ich ziehe meine Schlußfolgerungen aus dem Text von Herrn Molotows eigenem Vertragsentwurf und aus den Erklärungen, die er bei der Vorlage desselben abgegeben hat.“



Als wäre dies noch nicht klar genug, hat Herr Molotow seine Absicht, unser NATO-Verteidigungssystem zu zerbrechen, noch doppelt unterstrichen. Nach seinem Plan sollen die Vereinigten Staaten mit aller Absicht aus der Verteidigung Europas ausgeschlossen werden. Sie sollen in dem neuen europäischen Sicherheitspakt auf den Platz des Beobachters zurückversetzt werden...

Ich glaube daher jedes Recht zu haben zu schließen, daß es der Zweck der sowjetischen Sicherheitsvorschläge ist, unser westliches Sicherheitssystem zu zerschlagen. Andererseits gestattet es der Plan ganz klar, daß das sowjetische Sicherheitssystem in Osteuropa unversehrt bleibt."

*Bidault* äußerte schon in seiner kurzen Entgegnung am 10. Februar, er könne aus dem Vorschlag Molotows nichts anderes entnehmen, als daß es die Absicht der Sowjetunion sei, ganz Europa zu neutralisieren<sup>15</sup>.

Am 15. Februar sagte *Bidault* in seiner ausführlichen Erwiderung<sup>16</sup>:

„Europa den Europäern? Auf den ersten Blick hat diese Formel durch ihre Einfachheit etwas Verführerisches. Aber diese Einfachheit ist nur äußerlich. Man muß auf jeden Fall, wenn man Zusammenschlüsse durchführen will, vermeiden, jemanden aus geographischen Gründen auszuschließen, weil alle Unternehmungen, die Europa vom Rest der Welt zu isolieren suchten, nichts im Sinne hatten, als Europa zu beherrschen, um die Welt zu beherrschen...

Wenn Europa sich vielleicht plötzlich entschließen würde, sich vom Rest der Welt abzuschließen, würde eine Macht, nur eine einzige, die sich im übrigen auch auf Asien erstreckt, ein absolutes Übergewicht in Europa besitzen. Es handelt sich hier nicht darum, irgend jemandem Absichten oder auch nur Möglichkeiten einer Aggression zu unterstellen; ich erinnere lediglich daran, daß ein militärisches Übergewicht politische und eine ganze Reihe anderer Konsequenzen einschließt, die man nicht das Recht hat scheinbar zu ignorieren...

Hinsichtlich Deutschlands legalisiert der Plan die Spaltung und läuft dieser Art auf ihr Fortbestehen hinaus. Die Existenz von zwei deutschen Staaten wird sanktioniert; sie würden jeder für sich am europäischen Sicherheitsvertrag teilnehmen; es wird gesagt, daß man die Truppen aus ihnen abziehen würde. Was mich überrascht, das ist der ungewöhnliche und künstliche Charakter dieser vorgeblichen Lösung, die zur gleichen Zeit, da sie die Spaltung festlegt, tatsächlich und unausgesprochen die Viermächte-Kontrolle durch einen Rückgriff auf Potsdam wiederherstellt. Anstatt Deutschland durch freie Wahlen zu vereinigen — der einfachen und natürlichen Lösung —, versetzt man das geteilte Deutschland in den Zustand einer unabherrschbaren Vormundschaft zurück. Die Möglichkeit, Besatzungstruppen zurückzubringen, würde ein ständiges Druckmittel gegenüber Mitteleuropa darstellen. Keines unserer Länder kann vor das tragische Rätselspiel gestellt werden, zu wissen, welches in einem solchen Fall die Truppen wären, die als erste eintröfen.

Sehen wir uns nun den zweiten Text an, den die sowjetische Delegation vorgelegt hat. Wir lesen in der Präambel des Planes, daß dieser die Bildung aller gegen andere Staaten gerichteten europäischen Staatengruppen verhindern soll. Eine solche Gruppe besteht im Osten

Europas, sie besteht nicht nur, sondern sie wird nach den Bestimmungen des Artikels 10 desselben Projektes aufrechterhalten. Was wird auf der anderen Seite aus der Gemeinschaft der westlichen Nationen, die europäischen Länder umfaßt und andere Länder, die es nicht sind, die jedoch mit Europa durch jahrhundertealte Bande verknüpft sind, deren Zerstörung wir nicht akzeptieren werden?"

Offensichtlich hat *Molotow* sofort eingesehen; daß er mit der offenen Forderung auf Ausschluß der Vereinigten Staaten aus Europa zu weit vorgeprellt war. Er antwortete auf die Einwände von Eden und *Bidault* sofort mit Konzessionen und erklärte noch am gleichen Tage<sup>17</sup>:

„Im Artikel 9 des sowjetischen Vorschlags ist ein besonderer Punkt über die Vereinigten Staaten enthalten. Dieser Punkt der sowjetischen Vorschläge hat starke Einwände und Kritik hervorgerufen. Vielleicht sollte man diesen Punkt anders formulieren, die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu diesem Vertrag anders festlegen oder den Punkt überhaupt streichen. Wir sind bereit, solche Vorschläge zu erörtern, die uns alle zufriedenstellen würden."

In seiner Schlußansprache am 18. Februar sagte er<sup>18</sup>:

„Zur Verwirklichung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa könnten auch nichteuropäische Staaten beitragen."

#### Die Partner des Sicherheitsvertrags

Die Namen der Staaten, deren Beteiligung an dem Sicherheitsvertrag die Sowjetunion wünscht, hat *Molotow* nicht genannt, obwohl er von *Bidault* darum ersucht worden war<sup>19</sup>. Er nannte lediglich, und zwar in anderem Zusammenhang und schon einen Tag vor der Vorlage seines Vorschlags, die Zahl 32. Am 9. Februar erklärte er<sup>20</sup>:

„Der Vertrag über die sogenannte Europäische Verteidigungsgemeinschaft wurde zwischen sechs Ländern abgeschlossen: Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg und Westdeutschland. Aus irgendeinem Grunde haben sechs westeuropäische Länder aus einer Gesamtzahl von 32 europäischen Ländern ihrem Plan den Namen einer 'europäischen' Gemeinschaft gegeben und wollen die Armee dieser sechs Länder 'Europa'-Armee nennen."

Eine Zusammenstellung der europäischen Staaten, einschließlich der Zwergstaaten, ergibt tatsächlich die Zahl 32. Es wären dies: Albanien, Andorra, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, Irland, Island, Italien, Jugoslawien, Liechtenstein, Luxemburg, Monaco, die Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, die Schweiz, die Sowjetunion, Spanien, die Tschechoslowakei, die Türkei, Ungarn und das Freie Territorium von Triest. Die Tatsache, daß *Molotow* sich nicht dazu bereitfand, die Namen dieser Staaten zu nennen, läßt aber die Möglichkeit offen, daß die

Sowjetunion eine andere Ansicht hinsichtlich der Teilnehmer an diesem Pakt vertritt. Sie könnte beispielsweise die Türkei nicht als europäischen Staat und das Freie Territorium von Triest nicht als souveränen Staat anerkennen und dafür, analog zu ihrem Vorgehen bei der Gründung der Vereinten Nationen, die Teilnahme der Ukraine und Weißrußlands als selbständige Mitglieder verlangen, um ihr eigenes Stimmgewicht zu erhöhen. Es liegt auf der Hand, daß dies der Erlangung einer dominierenden Stellung der Sowjetunion im europäischen Paktsystem förderlich wäre.

Molotow hat ferner nicht zu erkennen gegeben, ob er trotz seiner Absicht, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik zunächst getrennt an dem Paktsystem teilnehmen zu lassen, Deutschland noch als einen Staat betrachtet oder nicht. Eine solche Klarstellung wäre im Hinblick auf die Beurteilung der sowjetischen Haltung zur Wiedervereinigung von Interesse gewesen.

#### *Der Sicherheitsvertrag und die deutsche Frage*

Zur Stellung Deutschlands innerhalb des von ihm vorgeschlagenen Paktsystems gab Molotow über die im ersten Teil seines Vorschlags und in Ziffer 1 des Paktentwurfs enthaltenen Formulierungen hinaus noch folgende Erläuterungen<sup>21</sup>:

„Wir müssen unsere auf eine befriedigende Lösung der Deutschlandfrage gerichteten Bemühungen fortsetzen. Das, was wir in diesen Tagen der Konferenz nicht erreichen werden, können wir in der nächsten Zeit zu erreichen versuchen, ohne die friedliche Regelung der Deutschlandfrage um der Verwirklichung dieser oder jener separaten Pläne willen hinauszuschieben...

Die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa kann und darf nicht in irgendeiner Weise die Bedeutung der Notwendigkeit der raschesten Regelung der Deutschlandfrage, entsprechend den Erfordernissen der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa, verringern. Mehr noch, die Verwirklichung des Systems der kollektiven Sicherheit kann zur Schaffung von günstigeren Voraussetzungen für die Regelung der Deutschlandfrage beitragen<sup>22</sup>, da es die Einbeziehung dieses oder jenes Teils Deutschlands in militärische Gruppierungen ausschließt und somit eines der Haupthindernisse auf dem Wege der Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staates beseitigt.

Es versteht sich von selbst, daß man bei der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit dem Umstand Rechnung tragen muß, daß Deutschland vorläufig in zwei Teile gespalten bleibt. Daraus ergibt sich eine wichtige Schlußfolgerung, und zwar: Die Interessen der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa wie auch die Interessen des deutschen Volkes selbst erfordern, daß bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und bis zur Wiedervereinigung Deutschlands zu einem einheit-

lichen Staat sowohl die Deutsche Demokratische Republik als auch die Deutsche Bundesrepublik neben anderen Staaten Teilnehmer an der gesamteuropäischen kollektiven Sicherheit sind und daß sie in Uebereinstimmung mit den Prinzipien und den Zielen dieses Systems handeln.“

Auf die Einwände der westlichen Außenminister, daß die von Molotow im ersten Teil seines Vorschlags vorgesehenen Maßnahmen hinsichtlich Deutschlands die Wiedererrichtung der Viermächte-Kontrolle bedeuteten, antwortete Molotow am 15. Februar<sup>23</sup>:

„Das ist einfach ein Mißverständnis. Wir sind bereit, auf unseren Vorschlag über die Einsetzung von Viermächte-Beobachterkommissionen zu verzichten. In Westdeutschland könnten dann die Westmächte eigene und in Ostdeutschland wir eigene Kommissionen aufstellen. So wie die Westmächte das in Westdeutschland machen werden, so wird es die Sowjetunion in ihrer Zone handhaben.“

Wir sind der Meinung, daß die Koordination der Interessen zur Gewährleistung der Sicherheit in Deutschland für alle Mächte annehmbar ist. Aber wenn wir sie aus irgendeinem Grunde nicht annehmen können, so bestehen wir, die sowjetische Delegation, nicht darauf. Vielleicht kann man auch ohne Kontrollorgane auskommen<sup>24</sup>. Die sowjetische Delegation möchte konkrete Vorschläge hören, wenn ihre Vorschläge abgelehnt werden, und nicht allgemeine Betrachtungen. Auf jeden Fall erhebt die sowjetische Delegation entschieden Einspruch gegen eine Wiederinkraftsetzung des Kontrollrats. Denn der Kontrollrat ist eine vergangene Sache<sup>25</sup>.“

Es wird nun möglich, den Kerngedanken des sowjetischen Vorschlags, soweit er sich auf die Stellung Deutschlands in dem geplanten Sicherheitssystem bezieht, schärfer zu formulieren. Die Grundlage dafür bietet der Abschnitt 1 des Entwurfes für den Sicherheitspakt in Verbindung mit den Abschnitten 3b und 5 des sowjetischen Vorschlags zur Wiedervereinigung Deutschlands, den Abschnitten 2, 7 und 8 der „Politischen Leitsätze“ sowie den Abschnitten 1 und 2 der „Militärischen Leitsätze“ des sowjetischen Friedensvertragsentwurfes<sup>26</sup>. Danach will die Sowjetunion die Sicherheit gegen eine neue deutsche Aggression und gegen die Einbeziehung Deutschlands in den westlichen Mächteblock auf folgendem Wege erreichen: Neutralisierung, außenpolitische Isolierung, Beschränkung der deutschen Streitkräfte, Massierung überlegener Streitkräfte des Sowjetblocks an der deutschen Ostgrenze. Die Wiedervereinigung Deutschlands soll erst in Erwägung gezogen werden, wenn diese Bedingungen erfüllt sind. Die Aufrechterhaltung internationaler Kontrollen in Deutschland spielt gegenüber der Forderung nach der Neutralisierung Deutschlands — mindestens bis zum Friedensvertrag — eine untergeordnete Rolle. Nicht zugesagt hat Molotow, daß die Erfüllung seiner Bedingungen automatisch den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands freigeben

<sup>21</sup>) Hervorhebung des Verfassers.



würde. Er hat lediglich gesagt, die Verwirklichung des Systems der kollektiven Sicherheit könne zur Schaffung von günstigeren Voraussetzungen für die Regelung der Deutschlandfrage beitragen<sup>24</sup>.

### Versuch einer Beurteilung des sowjetischen Vorschlags

Die tieferen Absichten des sowjetischen Sicherheitsvorschlags enthüllen die Ziffern 1, 7, 9 und 10 des Vertragsentwurfs und die Deutschland betreffenden Vorschläge. Aus ihnen ergibt sich eindeutig die Absicht, die Machtverhältnisse in Europa zugunsten der Sowjetunion zu verschieben. Das soll auf dreierlei Weise erreicht werden:

1. *Verhinderung des Zusammenschlusses Westeuropas.* Molotow hat eindeutig erklärt, daß die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht mit dem Sicherheitspakt vereinbar ist. Es erübrigt sich, die unzähligen Stellen in seinen Reden zu zitieren, in denen er gegen die EVG polemisierte, denn die Unvereinbarkeit der beiden Projekte ergibt sich klar aus dem Wortlaut des Vertragsentwurfs, wenn Ziffer 7 in Beziehung zur Präambel gestellt wird, in der es als eines der Ziele des Vertrags bezeichnet wird, „der Bildung von Gruppierungen der einen europäischen Staaten gegen die anderen europäischen Staaten vorzubeugen“. Daß die EVG in dem Vertragsentwurf nicht namentlich erwähnt ist, deutet darauf hin, daß auch jede andere, eventuell als Alternative zur EVG einmal vorzuschlagende Form der militärischen Zusammenarbeit der westeuropäischen Länder nicht mit dem europäischen Sicherheitsvertrag vereinbar wäre. Dies geht schon daraus hervor, daß die Sowjetunion seit den Anfängen der Nachkriegsplanung im Jahre 1942 konsequent alle Pläne für einen europäischen Zusammenschluß bekämpft hat. Schon Churchills erste Anregungen zu einem europäischen Staatenbund im März 1943 waren in Moskau auf scharfe Ablehnung gestoßen, obwohl sie von der Vorstellung einer „dritten Macht“ zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten ausgingen. Das traditionelle russische Mißtrauen gegen eine Bedrohung aus dem Westen könnte nur dadurch beruhigt werden, daß die westeuropäischen Länder auf jeden Rückhalt in einem eigenen Sicherheitssystem verzichten und sich einzeln der überlegenen Macht der Sowjetunion beugen.

2. *Fernhalten der amerikanischen Macht von Europa.* Der ursprüngliche Text des Vertragsentwurfs will den Vereinigten Staaten lediglich die Rolle des „Beobachters“ im europäischen Sicherheitssystem sowjetischer Prägung zugestehen. Wie Korrespondenten berichteten, sollen die westlichen Außenminister ein gänzlich undiplomatisches „homerisches Gelächter“ angestimmt haben, als Molotow diesen Passus seines Paktentwurfs verlas. Sie haben sich, mit Ausnahme

von Dulles, der diese Aufgabe getrost seinen beiden westeuropäischen Kollegen überlassen konnte, mit unmißverständlicher Schärfe gegen dieses Ansinnen zur Wehr gesetzt. Molotow trat daraufhin den weiter oben erwähnten Rückzug an<sup>25</sup>. Nach der Berliner Konferenz wurde durch die sowjetische Note vom 31. März eine neue Phase eingeleitet: Die Sowjetunion gab ihr Einverständnis zur Beteiligung der Vereinigten Staaten am europäischen Sicherheitspakt, verlangte aber gleichzeitig ihre eigene Beteiligung am Nordatlantikpakt<sup>26</sup>.

3. *Neutralisierung Deutschlands.* Der sowjetische Vorschlag sieht den Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland innerhalb von sechs Monaten vor. Damit würde der gesamte deutsche Raum zunächst aus den Sicherheitssystemen beider Mächtegruppen ausgespart werden. Ein Blick auf die Karte zeigt freilich, daß auch dann noch die gesamte militärische Macht des Ostblocks längs der deutschen Ostgrenze von der Ostsee bis zur Donau aufmarschiert bleiben und von dort aus einen bedeutenden Druck auf Deutschland ausüben würde, während der Westen sich auf eine „periphere Verteidigung“ beschränken müßte. Es liegt auf der Hand, daß der Sowjetblock damit die bessere Chance hätte, im Konfliktsfalle ganz Deutschland in wenigen Tagen zu besetzen. Indessen muß es keineswegs als sicher gelten, daß die Sowjetunion einen derart primitiven Handstreich, der aller Voraussicht nach den dritten Weltkrieg auslösen würde, in ihr Konzept mit einbezogen hat. Ein neutralisiertes Deutschland in einem nach den Prinzipien des „europäischen Sicherheitspaktes“ organisierten Europa würde jedes andere europäische Sicherheitssystem genau so entwerten wie die „Neutralisierung“ der Tschechoslowakei nach dem Münchener Abkommen von 1938. Um jede Möglichkeit auszuschalten, das vereinigte Deutschland in den westlichen Machtbereich einzubeziehen, sehen die im Verlauf der Berliner Konferenz vorgelegten sowjetischen Deutschlandpläne ein ausdrückliches Verbot der Beteiligung Deutschlands an militärischen Koalitionen vor<sup>27</sup>.

Eine zusammenfassende Betrachtung der sowjetischen Vorschläge ergibt folgende Hauptziele:

1. Neutralisierung Deutschlands als entscheidender Schritt zu einem neuen „München“, d. h. zur Aufweichung des westlichen Verteidigungssystems.
2. Endgültige Verhinderung der Einbeziehung Deutschlands in das westliche Staatensystem durch
  - a) vorläufige Aufschiebung der Wiedervereinigung Deutschlands,
  - b) Verweigerung der politischen Entscheidungsfreiheit der künftigen gesamtdeutschen Regierung,
  - c) Schaffung eines von der Sowjetunion beherrschten kontinentaleuropäischen Sicherheitssystems.

Den westeuropäischen Ländern verbleiben nach Verwirklichung dieser Ziele die Garantien des „europäischen Sicherheitspaktes“ und der UN-Charta. Sie

verfügen aber nicht über die militärischen Mittel, um Verletzungen dieser beiden Verträge durch die Sowjetunion zu verhindern. Im Konfliktsfall würde das Eingreifen der Vereinigten Staaten die Besetzung Westeuropas durch die aus günstigen Ausgangspositionen angreifenden, zahlen- und material-

mäßig überlegenen Streitkräfte des Sowjetblocks kaum verhindern können. Der politischen und wirtschaftlichen Durchdringung der Staaten Mittel- und Westeuropas durch die Sowjetunion könnte, auch wenn es nicht zum offenen Konflikt kommt, höchstens ein passiver Widerstand entgegengestellt werden.

## Die Sicherheitskonzeption der Westmächte

### Die Grundlagen

Die Entstehung und die Struktur des westlichen Sicherheitssystems dürfen bei unseren Lesern als bekannt vorausgesetzt werden. Verwiesen sei hier auf die Aufsatzreihen „Schumanplan und Atlantikpakt“ (Jahrgang 1950 des Europa-Archivs) und „Atlantikpakt und Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ (Jahrgang 1951 des Europa-Archivs), ferner auf die laufende Berichterstattung des Europa-Archivs über die Entwicklung der NATO sowie auf den Beitrag auf S. 6489 bis 6496 dieser Folge.

Die umfassendste Darlegung der westlichen Sicherheitskonzeption auf der Berliner Konferenz gab Außenminister *Bidault* in einer Rede am 15. Februar, deren wesentlichster Teil auf S. 6530f. dieser Folge im Wortlaut wiedergegeben ist. *Bidault* hob darin hervor, daß eine wirkliche Sicherheit im globalen Maßstab nur durch die Beschränkung und Kontrolle der Rüstungen erlangt werden könne. Solange dieses Ziel jedoch nicht erreicht sei, müsse man sich mit dem Nebeneinanderbestehen zweier Mächteblocks abfinden; darum seien die Westmächte entschlossen, an ihrem Bündnissystem festzuhalten. Für die Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa nannte *Bidault* die folgenden Grundsätze:

1. Aufrechterhaltung der bestehenden Sicherheitsorganisationen (Vereinte Nationen und Nordatlantikpakt).
2. Eventuelle Errichtung eines noch nicht näher umschriebenen gesamteuropäischen Sicherheitssystems; als Voraussetzung dafür die Regelung der territorialen Probleme in Europa (Deutschland und Oesterreich).
3. Einbeziehung des wiedervereinigten Deutschland in die westeuropäische Gemeinschaft, wodurch ein selbstständiges militärisches Handeln Deutschlands ausgeschlossen wird, und Aufrechterhaltung der gegen Deutschland gerichteten zweiseitigen Beistandspakte mit der Sowjetunion.
4. Bemühungen um die Herbeiführung einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung.

Niemand, der den Weg von der ersten Moskauer Außenministerkonferenz im Oktober 1943 über Teheran, Jalta und Potsdam bis zur Berliner Konferenz verfolgt hat, konnte erwarten, daß die Westmächte ihre in einem Jahrzehnt der Enttäuschungen geschmiedete Konzeption am Verhandlungstisch preisgeben würden. Jedoch hat *Eden* in seiner Eröffnungsrede am

25. Januar deutlich eine begrenzte Verhandlungsbereitschaft des Westens zu erkennen gegeben. Er sagte<sup>28</sup>:

„Die Regierung Ihrer Majestät gehört den Vereinten Nationen an. Wir haben auch mit der Sowjetunion einen Vertrag, der noch viele Jahre läuft. An diesen Verpflichtungen halten wir unerschütterlich fest. Sie geben die Sicherheit, daß wir niemals an einem Aggressionsakt teilnehmen und niemals die Sicherheit der Sowjetunion bedrohen können ...

Trotzdem wird nicht einer von uns leugnen wollen, daß in dieser modernen Welt jedes Land, mag es noch so groß und mächtig sein, Sorge um seine Sicherheit empfinden kann. Wenn trotz der von mir erwähnten Garantien die Sowjetunion das Bedürfnis nach weiteren Versicherungen bezüglich unserer defensiven Ziele empfindet, werden wir bereit sein, das Problem mit ihr zu untersuchen.“

Darin lag die Bereitschaft, wohl über zusätzliche Sicherheitsgarantien für die Sowjetunion zu verhandeln, keineswegs aber über den Abbau des westlichen Sicherheitssystems. *Molotow* steckte sein Verhandlungsziel in den Vorschlägen vom 10. Februar so weit, als es nur irgend möglich war. Das homerische Gelächter der westlichen Minister über den Vorschlag, den Vereinigten Staaten eine Beobachterrolle in dem europäischen Sicherheitssystem zu geben<sup>29</sup>, hat manche Präliminarien überflüssig gemacht. Es war unhöflich, aber wirksam.

Nach dieser Episode begann das eigentliche Abtasten der Verhandlungsmöglichkeiten. Greifbare Ergebnisse waren dabei kaum zu erwarten. Die Arbeit der Konferenz war mit der eines Teams von Kanalarbeitern zu vergleichen, das sich mit Blendlaterne und Vorschlaghammer auf die Suche nach undichten oder schwachen Stellen begibt. Wenn auch vielleicht nicht alle Nebenanäle bis in ihre letzten Verästelungen untersucht wurden, so haben doch die Hauptadern eine eingehende Prüfung erfahren. Für die Presse, die Tag für Tag über das berichten mußte, was sie aus den Pressekonferenzen erfuhr, war das nicht leicht zu verfolgen. Nachdem wir jetzt die Konferenz als Ganzes überschauen können, ist es leichter geworden, den Sinn der Kreuz- und Querzüge zu erfassen.

Der in dem einführenden Beitrag geschilderten Problemlage<sup>30</sup> entsprechend mußte diese Generalüberprüfung des europäischen Sicherheitsproblems auf drei Ebenen zugleich erfolgen: Auf der Ebene der Vereinten Nationen, der Ebene regionaler Sicherheits-



systeme (Atlantikpakt und EVG) und der Ebene bilateraler Beistandspakte.

### *Die Stellung der Westmächte zu den Vereinten Nationen*

Ueber die unverminderte Bedeutung, welche die Westmächte der durch die Charta der Vereinten Nationen gegebenen Sicherheitsgarantie beizumessen, sagte *Dulles* unter anderem am 2. Februar<sup>31</sup>:

„Wir haben eine führende Rolle in der Schaffung der Vereinten Nationen übernommen. Wir nehmen unsere Verpflichtungen unter dieser Charta ernst, Abstand zu nehmen von jeder Drohung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Integrität oder die politische Unabhängigkeit irgendeines Staates. Diese Verpflichtung wird auch für Deutschland gelten, wenn es Mitglied der Vereinten Nationen wird.“

Wir nehmen die Verpflichtung dieser Organisation ernst, sicherzustellen, daß Staaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, sich in Übereinstimmung mit diesen Grundsätzen verhalten. Diese Verpflichtung trifft in bezug auf Deutschland zu, bis es Mitglied wird.“

Die Charta der Vereinten Nationen enthält in Artikel 2 Absatz 4 und 6 die formale Garantie gegen jeden Angriff nicht nur eines Mitgliedstaates, sondern auch eines Nichtmitgliedstaates auf jeden Staat der Erde. *Dulles* hat auf diese Tatsache am 9. Februar nochmals ausdrücklich hingewiesen und erklärt, daß dadurch ein Sicherheitssystem bestehe, „das zumindest die Vereinigten Staaten nicht als nicht existent betrachten“<sup>32</sup>. Dabei hat *Dulles* durch die vorsichtige Formulierung „nicht als nicht existent betrachten“ auch berücksichtigt, daß diese Garantie infolge der seit Jahren anhaltenden Paralisierung des Sicherheitsrats von keinem Staat der Welt als allein ausreichend für die Verhinderung einer Aggression betrachtet wird. Die Westmächte haben dieser Tatsache Rechnung getragen, als sie im Jahre 1949 den Nordatlantikpakt schufen. *Eden* einleitende Worte<sup>33</sup> zeigten die Bereitschaft, auch der Sowjetunion das Recht auf stärkere Garantien zuzuerkennen, als sie die Vereinten Nationen heute bieten können.

Die UN-Charta trifft für Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten eine Ausnahmeregelung: Artikel 107 bestimmt, daß die „für solches Vorgehen verantwortlichen Regierungen“ durch die Charta nicht gehindert werden, gegen einen Feindstaat des Zweiten Weltkrieges Maßnahmen zu ergreifen, die als Ergebnis dieses Krieges notwendig werden. Artikel 53 dehnt dieses Recht zu eigenmächtigem Vorgehen gegen einen ehemaligen Feindstaat sogar auf regionale Organisationen aus und gewährt es auch „gegen die Erneuerung einer Angriffspolitik von seiten irgendeines solchen Staates“. Gegen eine Angriffshandlung Deutschlands besteht also eine Sicherung, die über das allgemeine Sicherheitssystem der Vereinten Nationen noch hinausgeht. *Dulles* hat diese Bestimmung jedoch nicht erwähnt. Ob er damit bereits

den in den Vereinigten Staaten bestehenden Bestrebungen, den Artikel 107 bei der bevorstehenden Charta-Revision zu modifizieren, Rechnung trug, muß dahingestellt bleiben.

### *Nordatlantikpakt und EVG*

Der Nordatlantikpakt ist zweifellos das derzeit wirksamste Instrument zur Sicherung der Westmächte sowohl gegen einen möglichen Angriff des Ostblocks als auch gegen die Gefahr eines künftigen Wiederauflebens aggressiver Absichten Deutschlands. An ihm bedingungslos festzuhalten, ist die Grundlage der westlichen Politik. Darüber hinaus sind die Westmächte bestrebt, den Pakt durch die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu ergänzen, die einerseits den Schlußstein des westlichen Verteidigungssystems in Mitteleuropa setzen, andererseits die Gefahr des Wiedererstehens einer aggressiven deutschen Militärmacht vermeiden soll. Dementsprechend hatten die Regierungschefs der Westmächte im Schlußkommuniqué der Bermuda-Konferenz am 7. Dezember 1953 erklärt<sup>34</sup>:

„Der Nordatlantikpakt ist und bleibt der Grundstein unserer gemeinsamen Politik...“

Wir sehen in der weiteren Entwicklung zu einem geeinten Europa, in dem Deutschland seinen Platz haben muß, das beste Mittel für die freien Völker Europas, ihren Wohlstand, ihre Sicherheit und ihre Stabilität zu vergrößern. Wir haben erneut bekräftigt, daß die Europäische Verteidigungsgemeinschaft notwendig ist, um die Verteidigungskraft der Atlantischen Gemeinschaft zu stärken, von der sie einen integrierenden Bestandteil bilden wird.“

Das kompromißlose Festhalten an der NATO war der Kern der Verhandlungsführung der westlichen Außenminister. Es manifestierte sich in erster Linie in der Abwehr des sowjetischen Versuchs, die Vereinigten Staaten aus Europa hinauszudrängen. Das Festhalten an der NATO war aber auch der Punkt, von dem aus die Westmächte die Möglichkeiten zuzätzlicher Garantien für die Sowjetunion abtasteten. Sie wiesen immer wieder auf die defensive Zielsetzung der NATO hin. So erklärte *Dulles* am 2. Februar<sup>35</sup>:

„Herr Molotow hat behauptet, daß sich der Nordatlantikpakt gegen die Sowjetunion richtet. Dieser Vertrag, der im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen abgeschlossen wurde, sieht die Anwendung von Gewalt nur dann vor, wenn ein bewaffneter Angriff gegen einen der Mitgliedstaaten stattfindet. Ich hoffe, Herr Molotow wollte nicht die Möglichkeit andeuten, daß die Sowjetunion vorhat, einer solchen Tragödie zur Entfesselung zu verhelfen. Wenn nicht, braucht sie vor diesem Vertrag keine Angst zu haben.“

*Eden* argumentierte am 15. Februar, daß das nordatlantische Bündnis „niemals zu aggressiven Zwecken verwendet werden“ könne und infolgedessen durchaus mit dem britisch-sowjetischen Beistandspakt vereinbar sei<sup>36</sup>.

Die westlichen Außenminister gaben sich besondere Mühe zu beweisen, daß die Schaffung der EVG den defensiven Charakter der NATO noch verstärkt. Dabei ließ *Dulles* von vornherein wissen, daß ihm die ständigen sowjetischen Hinweise auf die Gefahr eines deutschen Militarismus reichlich dick aufgetragen erscheinen. Er erklärte am 25. Januar<sup>37</sup>:

„Herr Molotow gibt vor, zu fürchten, daß die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vom deutschen Militarismus beherrscht werden würde. Das ist genau, was die EVG zu verhindern bestimmt ist. Sie ist ein Programm, das in annehmbarer Form jede deutsche Nationalarmee und jeden deutschen Generalstab ausschließt. Ich sage ‚annehbare Form‘, weil der Vertrag ohne Diskriminierung arbeitet. Jedes der Länder der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nimmt in Europa für sich dieselben Bedingungen an, die auch für Deutschland zur Anwendung kommen. Dadurch wird eine bescheidene Verteidigungsmacht geschaffen, in der die einzelnen Deutschen in der Minderheit sind und deren Ganzes Verteidigungszwecken gewidmet ist. Kein Teil der europäischen Armee kann je benutzt werden, um nationalen Zwecken innerhalb Europas zu dienen.“

Am 2. Februar behandelte *Dulles* diese Frage erneut<sup>38</sup>:

„Das einzige Mittel, wie die Nationen die nötige Verteidigungsstärke erzielen können, ohne selbst ein Gefahrenherd möglicher Aggression zu werden, liegt in dem gemeinschaftlichen Bemühen. Unter diesen Umständen ist keine einzelne Nation stark genug, um allein anzugreifen; dennoch schreckt die vereinte Stärke mögliche Aggressoren ab...“

Die größte Bedrohung des Weltfriedens liegt in der Tatsache, daß in gewissen Fällen ein riesiger militärischer Apparat durch die Entscheidung einer einzigen Nation, ja manchmal eines einzigen Mannes zum Angriff eingesetzt werden kann. Dies ist verständlicherweise eine äußerst beängstigende Situation.

Wo hingegen ein militärischer Apparat nicht ohne den vereinten Willen vieler Länder in Aktion treten kann, können nur die klaren Erfordernisse der Notwehr die notwendige Zustimmung der einzelnen nationalen Willensträger herbeiführen.“

Der gleichen Argumente bediente sich *Eden*, als er am 1. Februar sagte<sup>39</sup>:

„Wir sind bestrebt, Deutschland so eng mit anderen friedliebenden Staaten zu verbinden, daß es weder versuchen noch die Möglichkeit haben wird, seine wiedergewonnene Stärke für aggressive Zwecke zu verwenden. Wir sind überzeugt, daß dies am besten durch die Europäische Verteidigungsgemeinschaft erreicht werden kann...“

Die sechs Mitgliedstaaten werden einer übernationalen Behörde die Kontrolle über ihre Streitkräfte in Europa übergeben. Es wird keine nationalen Armeen geben, und die einzelnen Staaten werden weder die Macht noch die Mittel haben, von sich aus einen Krieg zu führen. Es handelt sich hier um eine revolutionäre Konstruktion. Hier ist der Kern der ganzen Frage. Es ist unerläßlich, daß wir uns alle über seine Bedeutung im klaren sind.

Es bedeutet, daß, wenn eines der Länder — ich führe Deutschland als Beispiel an, weil wir uns über die Zukunft Deutschlands unterhalten — wünschen sollte, seine vertraglichen Verpflichtungen zu verletzen, es tatsächlich nicht in der Lage wäre, dies zu tun. Es hätte nicht die dafür erforderlichen nationalen Streitkräfte zur Verfügung...“

Ich frage die sowjetische Delegation, ob eine derartige europäische Armee keine bessere Garantie für den Frieden darstellt als eine Reihe nationaler Armeen einschließlich einer deutschen Nationalarmee, so wie die Sowjetregierung es selbst vorgeschlagen hat? Ist nicht dieser ganze Plan eine Sicherung gegen eine aggressive nationale Politik seitens irgendeines der beteiligten Länder? Wenn die Westmächte darauf aus wären, einen Angriff auf die Sowjetunion vorzubereiten, so wäre die EVG sicherlich nicht der Weg, den sie sich dazu auswählen würden.“

Auch *Bidault* hat wiederholt den Gedanken der EVG in diesem Sinne verteidigt. Schon in der Eröffnungsrede erklärte er<sup>40</sup>:

„Um derartigen Gefahren (dem Wiederaufleben des deutschen Nationalismus) zu begegnen, hielt die französische Regierung es für angebracht — und sie tut es noch —, Deutschland zum Eintritt in eine Gemeinschaft rein defensiven Charakters zu veranlassen, die schon auf Grund ihrer Struktur jede Aggression einzelner und aller ihrer Mitglieder unmöglich macht. Auf Grund der Lehren der Vergangenheit muß es vermieden werden, in einen Zustand zurückzufallen, in dem ein Land im Mittelpunkt Europas den Osten gegen den Westen auszuspielen und seine eigene Stärke zu vermehren vermag, indem es abwechselnd beiden Lagern Zugeständnisse abzwängt und so zum Schiedsrichter wird, nachdem es vorher nur Gegenstand der Politik war. Dies ist ein wesentlicher Grundsatz im Hinblick auf die Sicherheit der vier Mächte einschließlich der Sowjetunion.“

*Molotow* hat schon am 1. Februar alle Argumente zugunsten der EVG summarisch und kategorisch zurückgewiesen, als er erklärte<sup>41</sup>:

„Vom Sowjetvolk haben sie kein Verständnis für diese Verträge (von Bonn und Paris) zu erwarten, die gegen die Sowjetunion und andere friedliebende Völker Europas gerichtet sind.“

Aus den sowjetischen Einwänden gegen die westliche Argumentation lassen sich zwei Hauptgesichtspunkte herauschälen: Die Sowjetunion befürchtet erstens, daß Deutschland, und innerhalb Deutschlands ein aggressiver Militarismus, die Führung der EVG an sich reißen und einen Revanchekrieg zur Wiederinbesitznahme der verlorenen Ostgebiete auslösen wird. Zweitens befürchtet sie, daß die EVG im Rahmen der NATO als Instrument eines Angriffs der Westmächte gegen die Sowjetunion benützt werden könnte. Beide Argumente hat *Molotow* in seiner Rede am 1. Februar massiv vorgetragen<sup>42</sup>:

„Unter dem schön gefärbten Vorwand der Schaffung einer westeuropäischen Armee geben sie (die Verträge von Bonn und Paris) in der Tat den deutschen Militaristen und Revanchisten die Hände frei zur Schaffung



einer neuen regulären Armee in Westdeutschland. Zunächst werden, wie es im Pariser Vertrag vorgesehen ist, zwölf Divisionen aufgestellt. Und danach? Wenn man nicht besonders naiv ist, wird jeder von uns verstehen, was danach kommt. Dann wird bald die Stunde gekommen sein, wo der deutsche Militarismus, unter Mißachtung der Interessen des deutschen Volkes, mit voller Stimme seine aggressive Sprache zu sprechen beginnt. Wir wissen, daß er nicht auf halbem Wege stehen bleibt.“

„Die Bonner und Pariser Verträge verwandeln Westdeutschland in ein Hauptaufmarschgebiet zur Vorbereitung eines neuen Krieges in Europa. Westdeutschland wird dabei nur zum wichtigsten, nicht aber zum einzigen Stützpunkt für eine neue Aggression. Es wird nur das Netz der amerikanischen Militärstützpunkte in Europa, Nordafrika, im Nahen und Mittleren Osten und auf vielen Inseln des Atlantischen Ozeans ergänzen... Das alles dient Zielen, die gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie gerichtet sind. Folglich können wir daran nicht vorbeigehen.“

Die Westmächte haben in Berlin nicht versucht, die gegensätzliche Grundauffassung durch zusätzliche formale Garantien zu überbrücken. Auf diesem Gebiet ist bereits alles Erdenkliche geschehen. Neben der Bindung an die Charta der Vereinten Nationen, neben der in Artikel 1 des Atlantikpaktes feierlich bekräftigten Verpflichtung, sich der Anwendung von Drohung und Gewalt gegen andere Staaten zu enthalten, und neben der Bestimmung des Artikels 2 § 1 des EVG-Vertrags<sup>43</sup>, daß der Vertrag ausschließlich Verteidigungszwecken dient, sind Frankreich und Großbritannien durch bilaterale Abkommen mit der Sowjetunion verpflichtet, ihr gegen jeden Angriff in Europa Beistand zu leisten.

#### Die bilateralen Beistandspakte

Die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs haben auf der Konferenz zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, daß ihre Länder die zweiseitigen Beistandsverträge, die sie 1942 beziehungsweise 1944 mit der Sowjetunion abgeschlossen haben, nach wie vor als gültig und verpflichtend betrachten. Eden sagte am 6. Februar<sup>44</sup>:

„Unsererseits stehen wir im Vereinigten Königreich zu unserem Vertrag mit der Sowjetunion. Wir haben diesen Vertrag auf eine Dauer von 20 Jahren unterzeichnet. Ich bin sicher, daß wir bereit wären, ihn zu verlängern, wenn Herr Molotow glaubt, daß dies der Sowjetunion zusätzliche Sicherheit geben würde.“

Am 15. Februar wies Eden ausdrücklich auf die Vereinbarkeit des britisch-sowjetischen Beistandspaktes mit der NATO hin<sup>45</sup>:

„Ich habe niemals von der Sowjetunion verlangt, daß sie ihre eigene Sicherheit gefährden solle. Im Gegenteil, ich habe zweimal eine Verlängerung des anglo-sowjetischen Vertrages angeboten. Herr Molotow hat zu verstehen gegeben, daß er nicht begreifen könne, wie wir eine solche oder ähnliche Zusicherung abgeben könnten, solange wir Mitglieder des nordatlantischen Bündnisses

bleiben. Darin liegt aber gar kein Widerspruch, denn das nordatlantische Bündnis kann niemals zu aggressiven Zwecken verwendet werden. Es ändert sich also nichts daran, daß, sollte Sowjetrußland einem Angriff zum Opfer fallen, wir bestimmt den anglo-sowjetischen Vertrag erfüllen würden.“

Für Frankreich gab Bidault eine ähnliche Erklärung am 10. Februar ab, als er betonte, daß Deutschland in einer westeuropäischen Staatengemeinschaft niemals selbst zum Aggressor werden könne. Er erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß Frankreich stets die Bedingungen des französisch-sowjetischen Beistandspaktes erfüllt habe<sup>46</sup>. In seiner oben erwähnten Darlegung der westlichen Sicherheitskonzeption<sup>47</sup> hat Bidault unter Ziffer 4 die Gültigkeit dieser Beistandsabkommen ausdrücklich als eine der Garantien der Sicherheit in bezug auf Deutschland genannt.

Diese Verträge, die gewissermaßen die „unterste Ebene“ der westlichen Sicherheitskonzeption darstellen, sind ihrem Wortlaut nach ausschließlich gegen Deutschland gerichtet<sup>48</sup>. Ihr Wert würde in dem Augenblick fraglich werden, in dem Deutschland Verbündeter der westlichen Vertragspartner wird. Eine Garantie gegen einen Angriff der Westmächte selbst oder irgendeines anderen Staates auf die Sowjetunion enthalten sie nicht. Molotow ist darum auch auf ein Gespräch über diese Verträge überhaupt nicht eingegangen; er hat sich damit begnügt, die früheren sowjetischen Erklärungen zu wiederholen, daß der Atlantikpakt im Widerspruch zu den bilateralen Verträgen stehe.

#### Deutschlands Wiedervereinigung und seine militärische Bindung an den Westen

Für die Lösung der deutschen Frage gehen die Westmächte von der Voraussetzung aus, daß in dem deutschen Raum kein machtpolitisches Vakuum entstehen darf. Sie folgern hieraus, daß die Bewaffnung des wiedervereinigten Deutschland unumgänglich sein wird. Im Prinzip wird die Wiederbewaffnung bekanntlich von der Sowjetunion in den „Militärischen Leitsätzen“ des erstmals am 10. März 1952 und dann wieder auf der Berliner Konferenz vorgelegten Friedensvertragsentwurfs<sup>49</sup> ebenfalls anerkannt. Die entscheidende Frage ist also nicht mehr, ob, sondern wann und in welcher Form die Wiederbewaffnung erfolgen soll<sup>50</sup>. Es kommt für beide Mächtegruppen darauf an, eine Form zu finden, die

1. jede Wiederholung einer Aggression durch Deutschland selbst unmöglich macht;
2. verhindert, daß das deutsche militärische Potential von irgendeiner anderen Mächtegruppe zu einer Bedrohung der Sicherheit in Europa mißbraucht wird;
3. Deutschland die Möglichkeit nimmt, eine selbstän-

dige Schaukelpolitik zwischen Ost und West zu betreiben.

Der militärische Status des wiedervereinigten Deutschland ist also für die Westmächte ebenso wie für die Sowjetunion der Kern des Deutschlandproblems. Dabei geht es aber nicht nur um das militärische Potential als solches. Der militärische Status ist zugleich der Prüfstein dafür, ob die Wiedervereinigung eine Verschiebung der Einflußsphäre zugunsten des Westens oder des Ostens mit sich bringen wird. Die westlichen Außenminister waren in Berlin nicht bereit, mit der Sowjetunion über dieses Kernproblem zu verhandeln. Im Vertrauen darauf, daß Gesamtdeutschland sich für den Westen entscheiden wird, wünschen sie diese Frage bis nach der Wiedervereinigung zu vertagen. Das Mittel dazu ist die im Eden-Plan<sup>51</sup> vorgesehene Entscheidungsfreiheit der von den Bindungen an die Besatzungsmächte befreiten gesamtdeutschen Regierung.

Erst soll Deutschland in einer Weise vereinigt werden, welche die Bildung einer repräsentativen gesamtdeutschen Regierung gewährleistet. Diese soll dann selbst entscheiden, ob sie sich dem westlichen oder dem östlichen Sicherheitssystem oder keinem von beiden anschließen will. Erst nach dieser Entscheidung soll der Friedensvertrag abgeschlossen werden. Damit behalten die Westmächte, sollte die Entscheidung Deutschlands wider Erwarten gegen eine freiwillige Bindung seiner militärischen Kräfte an den Westen ausfallen, immer noch die Möglichkeit, eine unerwünschte Entwicklung in Deutschland zu verhindern.

Die in Abschnitt IV des Eden-Planes enthaltene Bestimmung, daß die gesamtdeutsche Regierung befugt sein soll, „die internationalen Rechte und Verpflichtungen der Bundesrepublik und der Sowjetzone Deutschlands zu übernehmen und andere von ihr gewünschte internationale Vereinbarungen abzuschließen“, muß in diesem Zusammenhang gesehen werden. *Molotow* hat diese Bestimmung so ausgelegt, daß dem wiedervereinigten Deutschland die Annahme der Verträge von Bonn und Paris auferlegt werden solle<sup>52</sup>. Diese Auslegung wurde von den Außenministern der Westmächte zurückgewiesen. So erklärte *Bidault* am 1. Februar<sup>53</sup>:

„Es handelt sich keinesfalls darum, automatisch auf das ganze Deutschland die von der Bundesrepublik eingegangenen internationalen Verpflichtungen auszudehnen; im Gegenteil, die Regierung des geeinten Deutschlands soll hierüber völlige Wahlfreiheit haben... Mit anderen Worten — und ich möchte diesen Punkt völlig klar zum Ausdruck bringen — stellt Frankreich nicht die Vorbedingung zur Vereinheitlichung Deutschlands, daß es geschlossen in eine europäische Gemeinschaft eintreten soll; aber es ist wohl selbstverständlich, daß wir unsererseits unmöglich annehmen können, daß unsere Partner eine gegenteilige Bedingung aufstellen, nämlich das Ver-

bot für Deutschland, einer derartigen Gemeinschaft anzugehören.“

*Eden* sagte am gleichen Tage<sup>54</sup>:

„Wie ich schon in meiner Erklärung in der letzten Woche klargemacht habe, ist es nicht unsere Absicht, zu verlangen, daß die neue deutsche Regierung von vornherein daran gebunden sein sollte, den EVG-Vertrag oder irgendwelche anderen internationalen Verpflichtungen anzunehmen. Wir glauben aber, daß sie das Recht haben sollte, es zu tun. Wir glauben, daß sie den Wunsch haben wird, es zu tun, und wir sind fest davon überzeugt, daß Deutschland in einer solchen Organisation selbst sicherer und auch für ganz Europa ein sichererer Nachbar wird.“

*Dulles* machte am 3. Februar den von *Eden* und *Bidault* sofort gebilligten Vorschlag, den genannten Absatz in Abschnitt IV des Eden-Planes dahingehend klarzustellen, daß eine künftige gesamtdeutsche Regierung die früheren Verpflichtungen der Bundesrepublik und der Sowjetzone annehmen oder ablehnen könne<sup>55</sup>. Er erklärte dazu<sup>56</sup>:

„Einmal hat es (Deutschland) die Wahl, Mitglied der vorgesehenen Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu werden. Wir verhehlen nicht unsere Hoffnung, daß Deutschland die Möglichkeit haben wird, diese Wahl zu treffen. Wir verhehlen nicht, daß zumindest einige von uns hoffen, daß Deutschland sich tatsächlich so entscheiden wird. Aber ich möchte ganz kategorisch betonen: wir wollen, daß das vereinte Deutschland eine echte Möglichkeit der Entscheidung in dieser Angelegenheit haben soll.“

Am 17. Februar hat *Dulles* aber offen ausgesprochen, daß die Westmächte der Entscheidung Deutschlands für die militärische Gemeinschaft mit dem Westen viel sicherer sind, als es sich in dem hier angewandten Wort „hoffen“ ausdrückt<sup>57</sup>:

„Da Deutschland in der Tat den Wunsch hat, sich mit den westlichen Ländern Europas zu verbinden, ist es von Bedeutung für den Frieden, daß es die Genehmigung bekommt, dies zu tun. Hätte es den Wunsch, sich mit den Mächten Osteuropas zu verbinden, würden wir nicht wünschen, es in anderer Weise zu zwingen. Der Kernpunkt ist, daß wir nicht versuchen sollten, einen derartigen Zwang auf die Deutschen auszuüben, damit sie nicht das Gefühl bekommen, daß Deutschland kein unabhängiger, souveräner Staat sei. In dieser Richtung liegt — ich wiederhole es — eine große Gefahr.“

Es ist eine Tatsache, die alle von uns, die wirklich den Frieden wünschen, mit Freude willkommen heißen sollten, daß auf jeden Fall der größere Teil der Deutschen einen Kurs einschlagen will, der einer ausgesprochenen Nationalarmee für mindestens 50 Jahre — und ich glaube für alle Zeiten — und ebenso dem deutschen Generalstab ein Ende setzen wird. Die Tatsache, daß die Deutschen dies selbst wünschen, gibt uns eine einzigartige Gelegenheit, mit ihnen zusammenzukommen und diesen gegenwärtigen Wunsch zu festigen.“

*Molotow* hat aber entschieden bestritten, daß der Eden-Plan Deutschland eine echte Entscheidungsfreiheit biete. Er bezog sich dabei auf die sogenannte



Bindungsklausel in Artikel 7 Abs. 2 des Deutschlandvertrags<sup>58</sup>, in der sich die drei Westmächte und die Bundesrepublik verpflichten, zusammenzuwirken, um ein wiedervereinigtes Deutschland zu schaffen, das in die europäische Gemeinschaft integriert ist<sup>59</sup>. Bidault antwortete darauf am 4. Februar, der von Molotow angeführte Absatz sei nur die Erklärung eines politischen Zieles, nicht aber eine bindende Verpflichtung<sup>60</sup>. Das Argument der Westmächte könnte noch durch Abs. 3 des Artikels 7 des Deutschlandvertrages unterstrichen werden, der eine Ausdehnung der Verträge auf Gesamtdeutschland nur dann vorsieht, „wenn ein wiedervereinigtes Deutschland die Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber den drei Mächten oder einer von ihnen auf Grund der genannten Verträge übernimmt“. Diese Klausel wurde erst in den letzten Stunden vor der Unterzeichnung auf das Drängen deutscher Parlamentarier in den Deutschlandvertrag eingefügt<sup>61</sup>. Sie ist jedoch weder von Bidault noch von einem seiner Kollegen in den bekanntgewordenen Reden in Berlin erwähnt worden.

Bidaults Auslegung des Artikels 7 ist in Frankreich auf scharfen Widerspruch gestoßen. Die Gegner der EVG haben sie als eine Konzession empfunden, welche die Position Frankreichs in der EVG schwächen würde<sup>62</sup>. Auch der Unterzeichner der Verträge von Paris und Bonn, der ehemalige Außenminister Robert Schuman, gab am 11. Februar in einer Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung zu erkennen, daß er Bidaults Auslegung nicht billige und zu gegebener Zeit seine Ansichten dazu darlegen werde<sup>63</sup>.

Weitere Einwände kamen von einem der anderen Signatarstaaten der EVG, die durch Bestimmungen des Deutschlandvertrags, den sie nicht unterzeichnet haben, ohnehin nicht gebunden sind: In der Debatte des Außenpolitischen Ausschusses des belgischen Senats über die Ratifizierung der EVG fragte der sozialistische Senator Rollin am 5. Februar, ob die Äußerungen Bidaults in Berlin nicht im Widerspruch zum Wortlaut des EVG-Vertrags stünden. Außenminister van Zeeland erklärte in dieser Debatte, die deutsche Bundesregierung erkläre selbst, ganz Deutschland zu verpflichten; offiziell sei jedoch niemals in Erwägung gezogen worden, was im Falle

einer Wiedervereinigung Deutschlands geschehen werde. Er fügte hinzu, daß im Falle der Wiedervereinigung der EVG-Vertrag selbstverständlich eine Anpassung an die neue Situation erfahren müsse<sup>64</sup>.

Das Argument der westlichen Außenminister ist auch dadurch erheblich abgeschwächt worden, daß sie selbst zu wiederholten Malen erklärt haben, die Garantie gegen ein Wiederaufleben der deutschen Aggression liege in der militärischen Bindung Deutschlands an die westeuropäische Gemeinschaft<sup>65</sup>. Verständlicherweise hat Molotow die nahe liegende Frage nicht gestellt, wie sich die Westmächte die Gewährleistung dieser Sicherheit denken, wenn Gesamtdeutschland einer solchen Bindung nicht zustimmt.

Aus all dem wird klar, daß der „Entscheidungsfreiheit“ Gesamtdeutschlands, d. h. der Freiheit, eine militärische Bindung an den Westen auch abzulehnen, von beiden Seiten nur theoretische Bedeutung zuerkannt wird. Im Grunde vertraut der Westen ebenso fest darauf, daß Deutschland sich nur für diese Bindung entscheiden kann, wie die Sowjetunion davon überzeugt ist, daß es sich, sobald sie ihren Einfluß in Ostdeutschland aufgibt, dafür entscheiden wird. Vor diesem Hintergrund sind die beiden folgenden Erklärungen zu betrachten, welche die Kluft zwischen beiden Deutschlandkonzeptionen beleuchten.

Molotow sagte am 1. Februar<sup>66</sup>:

„Somit errichtet die Durchführung der Verträge von Bonn und Paris unüberwindliche Schranken auf dem Wege der Wiedervereinigung Deutschlands und macht die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates für eine gewisse Zeit unmöglich.“

Demgegenüber erklärte Eden am 15. Februar<sup>67</sup>:

„Wir sind der Meinung, daß ohne eine Regelung der deutschen Frage kein Sicherheitssystem wirklich für ganz Europa wirksam werden kann.“

Nach sowjetischem Willen kein wieder vereinigtes Deutschland ohne ein europäisches kollektives Sicherheitssystem, in dem Deutschland von vornherein zur Neutralität verpflichtet ist — nach dem Willen der Westmächte kein europäisches kollektives Sicherheitssystem ohne ein wiedervereinigtes Deutschland, das militärisch in den Westen integriert ist: das sind die Positionen, die durch die Berliner Konferenz eher versteift als gemildert wurden.

## Ansatzpunkte zu Verhandlungen

### Der sowjetische Sicherheitsvorschlag und die NATO

Ist nun auf der Berliner Konferenz der Versuch gemacht worden, einer allgemeinen Sicherheitsvereinbarung zwischen den beiden Mächtegruppen den Weg zu ebnen, in deren Rahmen auch die deutsche Frage hätte gelöst werden können? Hat der Westen zu sondieren versucht, auf Grund welcher Konzessionen

die Sowjetunion einer solchen Lösung geneigter wäre?

Es gibt im westlichen Lager die verschiedensten Vorstellungen über den Weg zu einer Entspannung. Sie gehen alle von der NATO als Grundlage der westlichen Sicherheitspolitik aus. Daher wurde die Stellung der Sowjetunion zur NATO zum Angelpunkt der Sondierung von Kompromißmöglichkeiten.

Molotow folgte der seit Jahren von der Sowjetregierung eingenommenen Haltung, als er in seiner Rede vom 10. Februar, mit der er seinen Sicherheitsvorschlag begründete, die NATO heftig angriff. Er verglich den Nordatlantikpakt mit dem Antikomin-terpakt der Achsenmächte, der zur Entfesselung des Zweiten Weltkrieges geführt habe, und sagte<sup>68</sup>:

„Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, daß dem Nordatlantikpakt kein besseres Schicksal als dem Antikomin-terpakt beschieden ist.“

Molotows Polemiken gegen die NATO bestärkten die westlichen Außenminister in der Auffassung, daß die Auflösung der NATO Ziel und Bedingung des sowjetischen Sicherheitsvorschlags sei. In ihren Antworten versuchten sie sofort, eine Bestätigung für diese Auslegung zu erhalten. Dulles sagte<sup>69</sup>:

„Ich schließe also daraus — der sowjetische Außenminister kann mich irreführen, wenn ich mich irre —, daß sein vorgeschlagener Vertrag über die europäische kollektive Sicherheit in Wirklichkeit den Nordatlantikpakt ersetzen soll.“

Eden erklärte<sup>70</sup>:

„Mir scheint, die Vorschläge von Herrn Molotow stellen eine Art von moderner Monroe-Doktrin für Europa dar. Sie zielen darauf ab, die NATO aufzulösen und die Vereinigten Staaten aus Europa herauszuhalten.“

Bidault betonte, daß die EVG-Staaten nicht an einen Angriff gegen die Sowjetunion dächten, und fuhr fort<sup>71</sup>:

„Ich verstehe jedoch durchaus Herrn Molotow, daß ihn eine solche Garantie nicht interessiert. Denn er möchte lieber das Vereinigte Europa, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und das Atlantikpaktsystem ausgeschaltet sehen.“

Im Verlauf der Debatte über Oesterreich wurde das Thema am 14. Februar wieder aufgegriffen. Nachdem Eden behauptet hatte, die Sowjetunion fordere als Vorbedingung für den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages neben anderem auch die Aufgabe des nordatlantischen Bündnisses, antwortete Molotow, Eden habe offensichtlich zu viele britische Zeitungen gelesen, und sagte<sup>72</sup>:

„Wir bitten diesen Behauptungen keinen Glauben zu schenken. Die englischen Zeitungen behaupten, daß die Vorschläge über den gesamteuropäischen Vertrag für kollektive Sicherheit die Beseitigung des Nordatlantikpaktes zur Bedingung stellen. Das hat die sowjetische Delegation nicht vorgeschlagen.“

Das veranlaßte Bidault und Eden, eine Klarstellung der sowjetischen Absichten zu verlangen. In seiner ausführlichen Erwidrerung auf den Molotow-Vorschlag am 15. Februar sagte Bidault<sup>73</sup>:

„Wir lesen in der Präambel des Planes, daß dieser die Bildung aller gegen andere Staaten gerichteten europäischen Staatengruppen verhindern soll. Eine solche Gruppe besteht im Osten Europas, sie besteht nicht nur, sondern sie wird nach den Bestimmungen des Artikels 10 desselben Projektes aufrechterhalten. Was wird auf der

anderen Seite aus der Gemeinschaft der westlichen Nationen, die europäische Länder umfaßt und andere Länder, die es nicht sind, die jedoch mit Europa durch jahrhundertalte Bande verknüpft sind, deren Zerstörung wir nicht akzeptieren werden? Der Text des Artikels 7 ist besonders unklar, und die nachfolgenden Kommentare der sowjetischen Delegation haben es bis jetzt nicht gestattet, den Sinn zu verstehen, den sie ihm geben will. Ich stelle deshalb klar die Frage, die wir anscheinend noch nicht gestellt haben und auf die ich Antwort wünsche: Hält die sowjetische Delegation den Vertrag über die atlantische Verteidigungsgemeinschaft für vereinbar mit dem Projekt, das sie uns vorlegt — ja oder nein?“

Eden erklärte am gleichen Tage<sup>74</sup>:

„Auf was für Bündnisse und Koalitionen bezieht sich das (die Bestimmung des Artikels 7)? Wir können uns nur an das halten, was Herr Molotow selbst gesagt hat. Er hat zu wiederholten Malen die NATO als eine Speerspitze gegen die Sowjetunion und als ein Hindernis auf dem Wege zu einer umfassenden europäischen Sicherheit bezeichnet. Er hat das Bestehen der militärischen Stützpunkte, von denen die NATO-Sicherheit abhängt, unablässig angegriffen... Ich ziehe meine Schlußfolgerungen aus dem Text von Herrn Molotows eigenem Vertragsentwurf und aus den Erklärungen, die er bei der Vorlage desselben abgegeben hat.

Als wäre dies noch nicht klar genug, hat Herr Molotow seine Absicht, unser NATO-Verteidigungssystem zu zerbrechen, noch doppelt unterstrichen. Nach seinem Plan sollen die Vereinigten Staaten mit aller Absicht aus der Verteidigung Europas ausgeschlossen werden...

Ich glaube daher jedes Recht zu haben, zu schließen, daß es der Zweck der sowjetischen Sicherheitsvorschläge ist, unser westliches Sicherheitssystem zu zerschlagen.“

Molotow gab eine ausweichende Antwort<sup>75</sup>:

„Außenminister Bidault hat hier gefragt, gegen wen der europäische Sicherheitspakt gerichtet sei. Nun, ich kann nur sagen: Muß ein Vertrag immer aggressiv sein? Ich bin der Auffassung, es kann auch einen friedlichen Block geben. Herr Bidault hat aber eine klare Antwort verlangt: ja oder nein. Ich muß sagen, daß diese Fragestellung eine Desinformation auf Grund von falschen Presseberichten widerspiegelt. Richtig ist, daß der gesamteuropäische Sicherheitspakt die direkte Alternative zur EVG ist. Man hat gesagt, der Vertrag über die europäische Sicherheit werde das Vorherrschen eines Staates über andere Staaten zur Folge haben. Wir sind bereit, Vorschläge zu behandeln, die dieses Vorherrschen ausschließen wollen.

Herr Bidault hat hier an mich eine direkte Frage gerichtet, die ich klar beantwortet habe. Jetzt frage ich Herrn Bidault und Herrn Eden: Ist die Idee der kollektiven Sicherheit annehmbar? Wenn der sowjetische Plan über die kollektive Sicherheit ungenügend oder unannehmbar ist, dann bitten wir, einen anderen Vorschlag für die Erreichung des gleichen Zieles einzureichen. Auf jeden Fall wäre es wichtig, Uebereinstimmung zu erzielen, daß die Idee der kollektiven Sicherheit von den vier Ministern nicht abgelehnt wird. Die Hauptfrage lautet also: für oder gegen kollektive Sicherheit? Dahinter tritt alles andere zurück.“

\*) Hervorhebung des Verfassers.



Darauf fragte *Bidault* noch einmal, ob die NATO mit dem sowjetischen Plan für kollektive Sicherheit vereinbar sei oder nicht. Er erklärte, die französische Delegation sei, falls sie hierauf eine Antwort erhalte, unter Umständen bereit, über eine Alternative zur EVG zu diskutieren. *Molotow* gab darauf, obwohl er auch von *Dulles* noch einmal gebeten wurde, die Frage zu beantworten, an diesem Sitzungstage keine Antwort mehr.<sup>76</sup>

In der Sitzung vom 17. Februar ließ *Molotow* dann erkennen, daß er sich im Augenblick weder auf ein Ja noch auf ein Nein festlegen wollte. Er erklärte<sup>77</sup>:

„In seiner Rede hat sich Herr Bidault auf den Artikel 7 des Entwurfes des gesamteuropäischen Vertrages über die kollektive Sicherheit in Europa berufen. Er stellte die Frage: Ist die sowjetische Delegation der Ansicht, daß der Nordatlantikkpakt mit dem Projekt der gesamteuropäischen Sicherheit zu vereinbaren ist — ja oder nein?“

Die sowjetische Regierung schätzt den Sinn der NATO anders ein. Um also die Frage von Herrn Bidault zu beantworten, ob die NATO mit dem gesamteuropäischen Vertrag vereinbar sei, muß man diese Frage studieren. Außerdem darf man eine solche Lage nicht ausschließen, daß vielleicht die NATO so korrigiert werden kann<sup>78</sup>, daß die Differenzen bezüglich der Einschätzung dieses Paktes beseitigt werden könnten. Aus allem geht hervor, daß eine erschöpfende Antwort auf Herrn Bidaults Frage erst dann gegeben werden kann, wenn wir diese Frage gemeinsam studiert haben...

Eins steht außer Zweifel: der gesamteuropäische Vertrag über die kollektive Sicherheit in Europa ist mit der EVG unvereinbar. Die EVG ist eine enge, abgekapselte militärische Gruppierung einiger westeuropäischer Staaten; sie richtet sich gegen andere europäische Staaten, wobei die EVG zur Wiederherstellung des deutschen Militarismus und zur Schaffung eines neuen Aggressionsherdes im Zentrum Europas führt...

Die Herren Bidault und Eden hatten völlig recht, als sie sagten, daß wir die NATO verschieden einschätzen. Aber ich muß sagen, daß die NATO und die EVG nicht ein und dasselbe sind. Die erste Organisation besteht bereits, die zweite erst auf dem Papier. Es gibt einen weiteren Unterschied: Die NATO ist nicht zur Wiederherstellung des deutschen Militarismus geschaffen worden. Die EVG ist geschaffen worden, um den deutschen Militarismus wiederherzustellen.

Die Schlußfolgerung ist einfach: Wenn die EVG geschaffen werden wird, so werden unsere Meinungsverschiedenheiten zum Quadrat erhoben. Was die NATO angeht, so schätzen wir sie auf verschiedene Weise ein.“

Diese Erklärung wurde von *Eden* und *Bidault* nicht akzeptiert. *Bidault* antwortete, man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, als verfolge die Sowjetunion das Ziel, das bestehende System der westlichen Verteidigung aufzuweichen. Dann zitierte *Bidault* Erklärungen der Sowjetregierung aus den vergangenen Jahren über die NATO; noch im August 1953 sei die NATO als „Block mit aggressiven Zielen, der der Entfesselung eines neuen Weltkrieges dient“, dargestellt

worden. *Bidault* stellte auf Grund dieser Zitate fest, daß *Molotow*, der stets versucht habe, den Nordatlantikkpakt zu zerstören, sich damit hinreichend über ihn geäußert habe. Er fuhr fort<sup>78</sup>:

„Das augenscheinliche Ziel des Vorschlages von Herrn Molotow ist es, den Abzug der amerikanischen und englischen Truppen aus Europa zu erreichen, während die sowjetischen Truppen aus wenigen Kilometern Entfernung stets zurückgeführt werden könnten, was ganz Europa auf Gnade und Ungnade einem Angriff preisgäbe.“

*Eden* erklärte am gleichen Tage, es sei sicherlich richtig, daß der Plan *Molotows* hauptsächlich gegen das Zustandekommen der EVG gerichtet sei; es sei aber jedem am Konferenztisch klar geworden, daß die NATO und die EVG von dem sowjetischen Außenminister in die gleiche Kategorie eingeordnet und von ihm auch kollektiv verurteilt worden seien.<sup>79</sup>

Damit war die Diskussion des Sicherheitsproblems auf der Konferenz abgeschlossen. Inzwischen hat der sowjetische Vorschlag vom 31. März<sup>80</sup>, der NATO beizutreten, an die Berliner Diskussion angeknüpft.

### Auf der Suche nach zusätzlichen Sicherheitsgarantien

Seit etwa zwei Jahren wird im westlichen Lager die Möglichkeit einer europäischen Sicherheitsregelung geprüft, die dem Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion entgegenkäme, ohne die Fortführung der politischen und militärischen Integrationspläne des Westens zu unterbinden. Ueber diese Gedankengänge wurde im vorhergehenden Beitrag berichtet<sup>81</sup>. Die Sowjetregierung hatte durch den Aufsatz in der *Prawda* vom 13. Januar<sup>82</sup> bereits ihre ablehnende Haltung zu ihnen zu erkennen gegeben. Dennoch deuteten die westeuropäischen Außenminister zu Anfang der Konferenz an, daß sie zu Gesprächen über zusätzliche Garantien bereit seien. So erklärte *Bidault* am 25. Januar<sup>83</sup>:

„Für die Durchführung unserer Arbeit ist es unerlässlich, von vornherein festzulegen, daß unsere Verteidigungsbemühungen kein Verhandlungsobjekt darstellen können. Wenn wir also nicht bereit sind, in bezug auf unsere eigene Sicherheit Kompromisse einzugehen, so bleiben wir jedoch immer bereit, den berechtigten Sicherheitsbedürfnissen der anderen Partner Rechnung zu tragen. Ich werde sehr wahrscheinlich im Laufe der Verhandlungen noch Gelegenheit haben, auf diesen besonderen Aspekt der Dinge zurückzukommen, dessen Wichtigkeit ich aber jetzt schon betonen möchte.“

*Eden* sagte am gleichen Tage nach einem Hinweis auf das Sicherheitssystem der Vereinten Nationen, auf den britisch-sowjetischen Beistandspakt und auf den defensiven Charakter aller von den Westmächten geschlossenen Abkommen<sup>84</sup>:

„Wenn trotz der von mir bereits erwähnten Garantien die Sowjetregierung das Bedürfnis nach weiteren Versicherungen bezüglich unserer defensiven Ziele empfindet, werden wir bereit sein, das Problem mit ihr zu untersuchen.“

<sup>\*)</sup> Hervorhebung des Verfassers.

Am 6. Februar gab *Eden* dieser Verhandlungsbereitschaft erneut Ausdruck<sup>85</sup>:

„Sollte es irgendwelche anderen Wege geben, wie wir der Sowjetunion helfen können, ihre Sorge um ihre Sicherheit zu überwinden, so habe ich bereits gesagt, daß wir gerne bereit wären, diese zu erwägen.“

*Molotow* hat jedoch alle diese, wenn auch allgemein gehaltenen Andeutungen einer Bereitschaft des Westens zu Verhandlungen über neue Sicherheitsabsprachen mit einer Handbewegung vom Verhandlungstisch gewischt, indem er am 10. Februar erklärte<sup>86</sup>:

„Was können alle deklamatorischen Erklärungen über ‚Garantien‘ der Sicherheit für die Sowjetunion seitens der Vereinigten Staaten und Großbritanniens bedeuten? Als führende Teilnehmer des Nordatlantikkblocks, dessen Bestandteil auch die Europäische Verteidigungsgemeinschaft werden soll, werden die Vereinigten Staaten und Großbritannien Partner eines remilitarisierten Westdeutschland sein. In dieser Lage können sie nicht Garanten der Sicherheit der Sowjetunion vor einem Ueberfall von seiten des deutschen Militarismus sein.“

Damit schien jede Möglichkeit ausgeschaltet, auf der Konferenz Verhandlungen über eine neue Sicherheitsabsprache einzuleiten, welche die Aufrechterhaltung des westlichen Sicherheitssystems und die Fortführung der westeuropäischen Integration gestattet hätte.

#### *Die Sondierungen Bidaults hinsichtlich einer Preisgabe der EVG*

Am 10. Februar forderte *Erich Ollenhauer*, der Erste Vorsitzende der SPD, die Westmächte sollten die Frage in den Vordergrund ihrer Berliner Verhandlungen stellen: „Ist die Sowjetunion bereit, freie Wahlen in ganz Deutschland zuzulassen, falls der Westen auf die EVG verzichtet?“<sup>87</sup> Er wurde darin von den Bevan-Anhängern der britischen Labour Party unterstützt, die am gleichen Tage den Antrag im Unterhaus einbrachten, die britische Regierung zu einem Kompromiß auf der von *Ollenhauer* vorgeschlagenen Linie aufzufordern<sup>88</sup>. Am gleichen Tage, an dem die Rundfunkrede, in der *Ollenhauer* seinen Vorschlag machte, gesendet wurde, legte *Molotow* seinen Sicherheitsvorschlag vor, in dem das Problem der deutschen Einheit nur am Rande erwähnt wird. Er blieb damit auf der Linie der sowjetischen Sicherheitspolitik, die sich bis zur Konferenz von Teheran zurückverfolgen<sup>89</sup> läßt. Nicht die Frage der deutschen Einheit, sondern das Streben, ganz Deutschland zu neutralisieren, ist dabei immer wieder als das Hauptziel in Erscheinung getreten. Nach der Weigerung *Molotows*, eine Sicherheitsabmachung unter Aufrechterhaltung der EVG überhaupt zu diskutieren, blieb aber immerhin die Frage zu klären, ob die Sowjetunion unter Umständen einen Verzicht auf die EVG — bei Aufrechterhaltung der NATO — als ausreichende Sicherheitsgarantie akzeptieren und entsprechend honorieren würde.

Nach der Konferenz wurde sowohl in der Presse der westlichen Länder als auch insbesondere in den Reihen des linken Flügels der britischen Labour Party<sup>90</sup> kritisiert, daß die westlichen Außenminister dieses Angebot nicht gemacht hätten. In der Tat findet sich in den offiziellen Dokumentationen — bisher liegen die Dokumentensammlung der Bundesregierung „Die Viererkonferenz in Berlin, Reden und Dokumente“<sup>91</sup> und das Weißbuch der britischen Regierung „Documents relating to the Meeting of Foreign Ministers“<sup>92</sup> vor — kein Anhaltspunkt dafür, daß ein solches Angebot gemacht wurde. Es war indessen auch kaum zu erwarten, daß die Außenminister von Regierungen, deren erklärte Politik das Festhalten an der EVG ist<sup>93</sup>, auf der Konferenz mit einem offenen Angebot des Verzichts auf die EVG hervortreten würden. Diese Ueberlegung hat *Bidault* bestätigt, als er am 24. Februar vor dem Außenpolitischen Ausschuß der französischen Nationalversammlung erklärte, er habe als französischer Außenminister nicht von einem Vertrag abgehen können, den seine Regierung im Jahre 1952 unterzeichnet hat<sup>94</sup>.

Eine Sondierung der sowjetischen Haltung gegenüber einem Verzicht auf die EVG ist aber, wie aus den Konferenzberichten der *New York Times* und der *Neuen Zeitung* vom 16. Februar hervorgeht, dennoch unternommen worden. *Bidault* hat, wie bereits erwähnt, am 15. Februar eine seiner Fragen nach der sowjetischen Haltung zur NATO mit dem Hinweis verbunden, daß Frankreich im Falle einer befriedigenden Antwort unter Umständen bereit sei, über eine Alternative zur EVG zu diskutieren<sup>95</sup>. *Molotow* hat aber die verlangte Antwort nicht gegeben<sup>96</sup>.

*Bidault* hat darüberhinaus an einer anderen Stelle der Diskussion sogar unumwunden gefragt, was geschehen würde, wenn Frankreich seine Politik hinsichtlich der EVG änderte. Ueber diese Äußerung, die in keinem Konferenzbericht der Zeitungen zu finden ist, also offenbar von keiner der Konferenzdelegationen auf den Pressekonferenzen bekanntgegeben wurde, gab *Bidault* in der Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses der französischen Nationalversammlung am 24. Februar Aufschluß. Er erklärte dort<sup>97</sup>:

„Ich habe gefragt, was geschehen würde, wenn Frankreich seine Politik hinsichtlich der EVG modifizierte. Er (*Molotow*) hat mir in ziemlich unbestimmter Weise geantwortet, daß diese Wandlung als ‚eine Geste der Entspannung zur Kenntnis genommen würde‘.“

*Bidault* ergänzte, *Molotow* habe dieser Antwort nichts hinzugefügt, er sei auch gar nicht in der Lage gewesen, mehr zu sagen, denn eigentlich sei es der Nordatlantikkpakt gewesen, auf den er über die europäische Armee hinweg gezielt habe.

Diese Eröffnung *Bidaults* hat unter den Abgeordneten Ueberraschung ausgelöst. Auf die Frage eines Abgeordneten, bei welcher Gelegenheit er diese Frage



denn gestellt habe, sagte Bidault, er werde ihm die zum Beweis erforderlichen Dokumente vorlegen<sup>93</sup>.

Der Einwand, daß diese beiden Fragen Bidaults kein Verhandlungsangebot darstellten, ist bei einem so geschickten Verhandlungspartner wie Molotow wenig stichhaltig. Hätte Molotow ernstlich auf ein Gespräch über die EVG Wert gelegt, so wäre es ihm bestimmt nicht schwer gefallen, Bidault beim Wort zu nehmen. Wie Molotow wirklich über die EVG denkt, das darf wohl aus einer Äußerung geschlossen werden, die er am 17. Februar tat<sup>99</sup>:

„Ich muß sagen, daß die NATO und die EVG nicht ein und dasselbe sind. Die erste Organisation besteht bereits, die zweite erst auf dem Papier.“

Hier dürfte der Schlüssel für die ganze Frage zu finden sein: Molotow scheint keineswegs davon überzeugt zu sein, daß die EVG überhaupt jemals Wirklichkeit wird. In diesem Fall liegt für ihn keine Veranlassung vor, Konzessionen anzubieten, um ein Projekt zu verhindern, dessen Verwirklichung noch ungewiß ist.

Außerdem ist das Hauptziel der sowjetischen Politik nicht eine Änderung der Form der künftigen Wiederbewaffnung Deutschlands als solche, sondern die Neutralisierung Gesamtdeutschlands unter sowjetischer Kontrolle. Soweit dies noch notwendig war, haben die Sondierungsversuche Bidaults eine nochmalige Bestätigung dieser Auffassung erbracht.

### Anmerkungen

- <sup>1)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 189.
- <sup>2)</sup> Vgl. die Chronologie des Notenwechsels mit Hinweisen auf die Veröffentlichungen des Wortlautes der einzelnen Noten in Europa-Archiv 2/1954, S. 6307.
- <sup>3)</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 23/1953, S. 6175 ff.
- <sup>4)</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 24/1953, S. 6228 ff.
- <sup>5)</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 3/1954, S. 6341 ff.
- <sup>6)</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 1/1954, S. 6273 ff.
- <sup>7)</sup> Vgl. die Inhaltsangabe der Note in Europa-Archiv 1/1954, S. 6275 (Fußnote).
- <sup>8)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 110/111.
- <sup>9)</sup> Vgl. den Wortlaut des Rio-Paktes in Europa-Archiv 1/1948, S. 1110 ff.
- <sup>10)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 187.
- <sup>11)</sup> Vgl. den Wortlaut des Nordatlantikpaktes in Europa-Archiv 8/1949, S. 2071 ff.
- <sup>12)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 196.
- <sup>13)</sup> Vgl. die Rede Dulles' am 15. Februar, Reden und Dokumente, S. 249.
- <sup>14)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 244/245.
- <sup>15)</sup> Vgl. die Inhaltsangabe der Ausführungen Bidaults in „Reden und Dokumente“, S. 195.
- <sup>16)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 238 bis 241.
- <sup>17)</sup> Auszüge aus der Rede Molotows in *Tägliche Rundschau* vom 16. Februar 1954. In „Reden und Dokumente“ (S. 247) ist ein abweichender Text angegeben.
- <sup>18)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 281.
- <sup>19)</sup> In seiner Rede am 15. Februar erklärte Bidault: „Es wurde uns gesagt, daß es deren 32 gäbe. Auf meine Frage, welche diese seien, ist mir nicht geantwortet worden.“ Vgl. Reden und Dokumente, S. 238.
- <sup>20)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 179.
- <sup>21)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 187/188.
- <sup>22)</sup> Auszüge aus der Rede Molotows vgl. Reden und Dokumente, S. 246/247.
- <sup>23)</sup> Vgl. den Wortlaut der zitierten Dokumente auf S. 6526 bis 6530 dieser Folge.
- <sup>24)</sup> Siehe oben S. 6501.
- <sup>25)</sup> Siehe oben S. 6500.
- <sup>26)</sup> Vgl. den Wortlaut der Note auf S. 6532 ff. dieser Folge.
- <sup>27)</sup> Vgl. den Wortlaut des Entwurfs der Sowjetregierung für den Friedensvertrag mit Deutschland auf S. 6526 ff. und den Wortlaut des Vorschlags für die Bildung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung auf S. 6528 dieser Folge.
- <sup>28)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 9/10.
- <sup>29)</sup> Vgl. u. a. *Die Neue Zeitung* vom 11. Februar 1954, S. 1.
- <sup>30)</sup> Vgl. S. 6489 dieser Folge.

- <sup>31)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 104.
- <sup>32)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 182.
- <sup>33)</sup> Siehe oben S. 6503.
- <sup>34)</sup> Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 24/1953, S. 6231.
- <sup>35)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 105.
- <sup>36)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 245.
- <sup>37)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 26/27.
- <sup>38)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 105.
- <sup>39)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 79/80.
- <sup>40)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 7.
- <sup>41)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 92.
- <sup>42)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 92 und 89.
- <sup>43)</sup> Vgl. den Wortlaut des EVG-Vertrags in „Die Vertragswerke von Bonn und Paris vom Mai 1952“, Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 10. Frankfurt: Verlag für Geschichte und Politik 1952.
- <sup>44)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 165.
- <sup>45)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 245.
- <sup>46)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 196.
- <sup>47)</sup> Vgl. den Wortlaut auf S. 6530 f. dieser Folge.
- <sup>48)</sup> Vgl. die beiden Beiträge „Definition des Angreifers und Beistandspflichten in den europäischen Verträgen der Nachkriegszeit“, von Hermann Volle, in Europa-Archiv 6/1949, S. 1977 ff., und „Deutschland im System der Sicherheitspakete“, von Paul Barandon, in Europa-Archiv 12/1952, S. 4975 ff.
- <sup>49)</sup> Vgl. den Wortlaut auf S. 6526 ff. dieser Folge.
- <sup>50)</sup> Der amerikanische Publizist James P. Warburg, einer der scharfsinnigsten Gegner der Wiederbewaffnung Deutschlands, schlägt in seinem neuen Buch „Germany, Key to Peace“ (1954) vor, Deutschland solle fünf bis zehn Jahre nach dem Abschluß des Friedensvertrages entwaftnet bleiben. Sollten die Bemühungen um eine generelle Abrüstung bis dahin erfolglos bleiben, so sollten jedoch alle nur für Deutschland geltenden Rüstungsbeschränkungen aufgehoben werden. Auch deutsche Gegner der Wiederbewaffnung, wie beispielsweise Gustav Heinemann, und die Anhänger Bevans in Großbritannien scheinen im allgemeinen nicht an eine Entwaftnung Deutschlands auf unbegrenzte Dauer zu denken.
- <sup>51)</sup> Vgl. den Wortlaut auf S. 6525 f. dieser Folge.
- <sup>52)</sup> Vgl. die Reden Molotows am 30. Januar und 1. Februar (Reden und Dokumente, S. 63 und 91).
- <sup>53)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 76/77.
- <sup>54)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 81.
- <sup>55)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 124.
- <sup>56)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 122/123.
- <sup>57)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 269/270.
- <sup>58)</sup> Vgl. den Wortlaut des Deutschlandvertrags in „Die Vertragswerke von Bonn und Paris“, a. a. O.

<sup>60</sup>) Vgl. die Rede Molotows am 3. Februar (Reden und Dokumente, S. 117–120).

<sup>61</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 127.

<sup>62</sup>) Diese Formulierung kam, wie Prof. Wilhelm Grewe in der Zeitschrift *Außenpolitik* berichtete, erst in der Außenministerkonferenz in Bonn am 26. Mai 1952, wenige Stunden vor der Unterzeichnung zustande, nachdem aus Kreisen der Koalitionsparteien schwere Bedenken gegen die ursprüngliche Formulierung des Abs. 3, die tatsächlich als automatische Bindung hätte ausgelegt werden können, geltend gemacht worden waren. Vgl. Wilhelm Grewe: „Von der Kapitulation zum Deutschlandvertrag“, *Außenpolitik* 7/1952, S. 414 ff., insbes. S. 424/425.

<sup>63</sup>) So erklärte der gaullistische Abgeordnete Gaston Palewski am 5. Februar in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung, in dem er die sofortige Einberufung dieses Ausschusses forderte, daß die französische Delegation in Berlin in die Rechte der Nationalversammlung eingreife, indem sie die Dinge so hinstelle, als sei die Ratifizierung des EVG-Vertrags durch die Nationalversammlung sicher. Die formelle Anerkennung der Entscheidungsfreiheit Deutschlands über den EVG-Vertrag bedeute für Frankreich „eine wirkliche Diskriminierung... die es fortgesetzt der Gefahr aussetzt, in einem deutschen Europa unterzugehen“. (Vgl. *Le Monde* vom 6. Februar 1954.)

<sup>64</sup>) Vgl. *Le Monde* vom 13. Februar 1954 und *Frankfurter Allgemeine* vom 13. Februar 1954.

<sup>65</sup>) Vgl. *Le Monde* vom 6. Februar 1954 und *The Times* vom 8. Februar 1954.

<sup>66</sup>) Vgl. beispielsweise Ziffer 4 der Ausführungen Bidaults am 15. Februar (Wortlaut auf S. 6531 dieser Folge).

<sup>67</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 92.

<sup>68</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 245.

<sup>69</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 184.

<sup>70</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 193.

<sup>71</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 196.

<sup>72</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 237.

<sup>73</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 240/241.

<sup>74</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 244.

<sup>75</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 247/248.

<sup>76</sup>) Vgl. *Die Neue Zeitung* vom 16. Februar 1954, S. 4, und *The New York Times* vom 16. Februar 1954, S. 2. In „Reden und Dokumente“ ist die Äußerung Bidaults nur in der chronologischen Zusammenfassung auf S. 311 erwähnt; jedoch ist der die EVG betreffende Teil seiner Äußerung nicht wiedergegeben. Nach einer Mitteilung vom 4. Mai 1954 des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, das unsere Nachforschungen in dankenswerter Weise unterstützte, hat dies seinen Grund darin, daß die zweite Rede Bidaults am Schluß der Sitzung nicht vorher geplant war, sondern frei gehalten worden ist. Daher wurde ein offizieller Text nicht ausgegeben. Die im folgenden abgedruckten Meldungen dürften daher — abgesehen von dem geheimen Konferenzprotokoll — die besten verfügbaren Quellen sein.

Die *Deutsche Presseagentur* meldete dazu am 15. Februar um 21.57 Uhr:

„Molotow soll zur NATO Stellung nehmen.

Der französische Außenminister Bidault hat nach Mitteilung des französischen Sprechers Außenminister Molotow erneut aufgefordert, eindeutig mit Ja oder Nein zu erklären, ob die NATO mit seinem Vertragsentwurf vereinbar sei. Wenn Molotow darauf eine Antwort gebe, wäre die französische Delegation bereit, über die EVG zu sprechen. Nach dieser Frage Bidaults wandte sich der den Vorsitz führende amerikanische Außenminister an Molotow und fragte ihn, ob er diese Frage beantworten wolle. Molotow habe daraufhin vorgeschlagen, die Sitzung zu beenden. Wie der britische Sprecher betonte, ist

damit nicht gesagt, daß Molotow diese Frage auf keinen Fall beantwortet und daß er das auf einer späteren Sitzung nachholt.“ (Meldung 194/186).

In der letzten Tageszusammenfassung der DPA heißt es:

„Kurz vor Schluß der Sitzung hat Bidault noch einmal erklärt, daß vier Staaten unmöglich einen Vertrag für 32 europäische Staaten ausarbeiten könnten, deren Namen nicht einmal allen bekannt seien. Zum zweitenmal fragte Bidault Molotow, ob er die Organisation der NATO mit seinem kollektiven Sicherheitssystem für vereinbar halte. Wenn Molotow darauf antworte, wäre die französische Delegation bereit, über die EVG zu sprechen. Molotow schlug jedoch vor, die Sitzung zu beenden.“ (Meldung 207/195).

Die Meldungen der *Agence France Presse* vom 15. Februar bestätigen diese Berichte. Der Nachrichtenspiegel I des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 16. Februar berichtet, nach der Version des amerikanischen Sprechers habe Molotow mit einem direkten „Nein“ geantwortet. Die Verschiedenheit der Interpretation des britischen und französischen Sprechers auf der einen und des amerikanischen Sprechers auf der anderen Seite kann als Hinweis auf die ersten Reaktionen der Westmächte zu dem Verhalten Molotows gelten. Die Erklärungen Edens und Bidaults am 17. Februar zeigen, daß beide in der abschließenden Beurteilung mit Dulles einig waren.

<sup>77</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 264/265.

<sup>78</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 270/271.

<sup>79</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 271/272.

<sup>80</sup>) Vgl. den Wortlaut auf S. 6532 ff. dieser Folge.

<sup>81</sup>) Vgl. S. 6495 dieser Folge.

<sup>82</sup>) Siehe oben S. 6498 und Anmerkung 5.

<sup>83</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 5.

<sup>84</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 10.

<sup>85</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 165.

<sup>86</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 186.

<sup>87</sup>) Vgl. *Die Neue Zeitung* vom 11. Februar 1954, S. 1, und *Frankfurter Allgemeine* vom 11. Februar 1954, S. 3.

<sup>88</sup>) Vgl. *Frankfurter Allgemeine* vom 11. Februar 1954, S. 3.

<sup>89</sup>) Vgl. die Ausführungen im vorhergehenden Beitrag auf S. 6491 f. dieser Folge.

<sup>90</sup>) Vgl. die Rede von Harold Wilson in der Unterhausdebatte vom 25. Februar (*The Times* vom 26. Februar 1954).

<sup>91</sup>) „Die Viererkonferenz in Berlin 1954. Reden und Dokumente“, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung; Berlin o. J.

<sup>92</sup>) „Documents relating to the Meeting of Foreign Ministers of France, the United Kingdom, the Soviet Union and the United States of America. Berlin, January 25–February 18, 1954“; London: Her Majesty's Stationery Office, Miscellaneous No. 5 (1954), Cmd 9080.

<sup>93</sup>) Vgl. beispielsweise den auf S. 6504 zitierten Abschnitt des Kommuniqués der Bermudakonferenz.

<sup>94</sup>) Vgl. *Le Monde* vom 26. Februar 1954.

<sup>95</sup>) Vgl. Anmerkung 76.

<sup>96</sup>) Siehe auch oben S. 6510.

<sup>97</sup>) Vgl. *Le Monde* vom 26. Februar 1954.

<sup>98</sup>) *Le Monde* berichtete darüber am 26. Februar folgendes: „M. Molotow n'a rien ajouté. Et, selon M. Bidault, il ne pouvait en dire davantage, car derrière l'armée européenne c'est bien le pacte atlantique qu'il aurait mis en cause...“

Cette réponse et cette affirmation de M. Bidault susciteront quelque mouvement à l'extrême gauche. M. de Chambrun s'inquiéta de savoir quand le ministre avait posé cette question à son collègue soviétique. M. Bidault répliqua qu'il ne permettrait pas que l'on mit sa parole en doute et qu'il communiquerait au député progressiste les documents prouvant que la question a bien été posée.“

<sup>99</sup>) Vgl. Reden und Dokumente, S. 265.



# Die Österreichverhandlungen auf der Berliner Konferenz von 1954

## Eine Übersicht<sup>1</sup>

### Die Verhandlungen vor der Berliner Konferenz

Seit dem Februar 1946, als die Regierung der Vereinigten Staaten dem Rat der Außenminister vorschlug, die schon 1943 in Moskau<sup>2</sup> vereinbarte vertragliche Regelung mit Oesterreich anläßlich der Pariser Konferenz über die Friedensverträge mit Italien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Bulgarien zu erörtern, haben die Außenminister der vier Großmächte und ihre Stellvertreter zu wiederholten Malen den Versuch unternommen, zum Abschluß eines Staatsvertrages mit Oesterreich zu gelangen.

Die ersten Arbeiten der Außenministerstellvertreter an einem „Vertrag über die Errichtung eines freien und unabhängigen Oesterreich“ begannen im Januar 1947 auf Grund detaillierter Richtlinien des Rates der Außenminister<sup>3</sup>. Die Moskauer Außenministerkonferenz vom 10. März bis 24. April 1947 ließ nur wenig Raum für die Behandlung des Vertrages für Oesterreich. Auf der Konferenz der Außenminister in London vom 25. November bis 15. Dezember 1947 konnten keine wesentlichen Fortschritte hinsichtlich Oesterreichs erzielt werden. Es gelang lediglich, die inzwischen mehrfach unterbrochenen Verhandlungen der Außenministerstellvertreter wieder in Gang zu bringen. Diese im Februar 1948 begonnenen Beratungen wurden aber im Mai auf Grund unüberbrückbarer Meinungsverschiedenheiten erneut vertagt. Erst am 8. Februar 1949 wurden die Beratungen der Außenministerstellvertreter auf Antrag der österreichischen Regierung wiederaufgenommen; aber auch diese Verhandlungen endeten am 11. Mai 1949 ohne wesentliche Ergebnisse.

Vor der Berliner Konferenz hatten die vier Außenminister den österreichischen Staatsvertrag zum letzten Male auf der Pariser Tagung des Außenministerates (23. Mai bis 20. Juni 1949<sup>4</sup>) erörtert. Auf dieser Konferenz kam eine grundsätzliche Einigung über die strittigen Punkte zustande. Die Außenministerstellvertreter wurden beauftragt, den Vertrag für Oesterreich<sup>5</sup> spätestens bis zum 1. September 1949 fertigzustellen. Entgegen dieser Weisung gelang es den Stellvertretern jedoch auf ihrer Londoner Zusammenkunft vom 1. Juli bis 19. Juli nicht, eine Verständigung über alle Artikel herbeizuführen. Neun Artikel des Vertragswerkes blieben offen. Am 22. September 1949 kam es zu erneuten Beratungen der Außenministerstellvertreter in New York. Aber

auch hier konnte keine Einigung erzielt werden. Die auf Beschluß der Außenminister erneut erfolgenden Besprechungen vom 10. Oktober bis 15. Dezember 1949 brachten einige Fortschritte. Lediglich fünf Artikel bedurften noch der Klärung. Hinsichtlich der noch ausstehenden Regelung über die nach dem Kriege entstandenen Verpflichtungen Oesterreichs gegenüber der Sowjetunion aus Lieferungen und Leistungen wurden direkte Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Oesterreich aufgenommen, die jedoch bei Wiederbeginn der Verhandlungen durch die Außenministerstellvertreter am 9. Januar 1950 von der Sowjetunion als noch nicht abgeschlossen bezeichnet wurden. Im Verlaufe des Jahres 1950 traten die Außenministerstellvertreter mehrfach zusammen, ohne jedoch Fortschritte zu erzielen. Die von der Sowjetunion vorgenommene Koppelung der Triestfrage mit dem österreichischen Staatsvertrag führte zu einer Verschleppung der Verhandlungen. Die Sowjetunion bemühte sich, die Schuld an der Verzögerung des Abschlusses eines Staatsvertrages für Oesterreich ausschließlich den Westmächten zuzuschreiben. Nach nicht weniger als insgesamt 258 Sitzungen kamen die Verhandlungen der Außenministerstellvertreter im Frühjahr 1951 zum Erliegen, ohne daß eine Aussicht für weitere Beratungen bestand.

Als die Westmächte am 2. Januar 1952 die Wiederaufnahme der Verhandlungen vorschlugen, antwortete die Sowjetunion am 18. Januar erneut mit der Forderung, zuerst die Triester Frage zu besprechen und zu untersuchen, ob Oesterreich die alliierten Bestimmungen über die Entnazifizierung und Entmilitarisierung eingehalten habe. Nachdem die Westmächte dies ablehnten, weigerte sich die Sowjetunion, an weiteren Sitzungen der Stellvertreter teilzunehmen<sup>6</sup>.

Im Anschluß an die Lissabonner Tagung des Nordatlantikrates im Februar 1952 gaben die drei Westmächte eine Erklärung über den österreichischen Staatsvertrag ab, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß sich die drei Regierungen „vordringlich mit der Untersuchung neuer Vorschläge“ befassen, „die es den vier Mächten ermöglichen sollen, der in der Moskauer Erklärung eingegangenen Verpflichtung zur Wiederherstellung der völligen Freiheit und Unabhängigkeit Oesterreichs nachzukommen“.<sup>7</sup>

Zwei Wochen später, am 13. März, schlugen die

Westmächte der Sowjetunion einen acht Artikel umfassenden „Kurzvertrag“ für Oesterreich vor, der an die Stelle des 59 Artikel enthaltenden Vertragsentwurfes treten sollte, auf den sich die Stellvertreter nicht hatten einigen können.

Dieser neue Vorschlag der Westmächte wurde von österreichischer Seite in einer Regierungserklärung Bundeskanzler Figls und einer Entschließung des Nationalrates begrüßt. Gleichzeitig richtete Oesterreich einen Appell an die Großmächte, dem unhaltbaren Zustand der Unfreiheit Oesterreichs durch eine Einigung über den Staatsvertrag ein Ende zu setzen<sup>8</sup>.

Die Sowjetunion beantwortete den Vorschlag zunächst nicht und lehnte ihn schließlich nach Anfragen der Westmächte (vom 9. Mai<sup>9</sup> und 11. August<sup>10</sup>) am 14. August 1952<sup>11</sup> mit der Begründung ab, der Entwurf für den Kurzvertrag enthalte im Gegensatz zum ursprünglichen Entwurf der vier Mächte<sup>12</sup> keinerlei Bestimmungen, die geeignet seien, die Wiedererrichtung eines unabhängigen und demokratischen österreichischen Staatswesens wirklich zu fördern. So fehle in dem Vorschlag eine dem Artikel 8 des Viermächteentwurfs entsprechende Bestimmung über die Wahl der Regierung auf Grund allgemeiner, gleicher und geheimer Wahlen; ebenso enthalte der Entwurf keine Garantie für die Versammlungs-, Religions- und Pressefreiheit (Artikel 7 des Viermächteentwurfs) und schließlich fehle die Bestimmung des Artikel 9 des Viermächteentwurfs, der die österreichische Regierung verpflichte, alle Maßnahmen zur Beseitigung der nationalsozialistischen Partei zu ergreifen. Die Sowjetunion forderte ihrerseits die Rückkehr zum ursprünglichen Vertragsentwurf.

Schon vor der Veröffentlichung der sowjetischen Antwortnote hatte die österreichische Regierung am 31. Juli 1952 in einem Memorandum<sup>13</sup> an die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen um Unterstützung für die Beendigung der Besatzung und für die Wiederherstellung der vollen Souveränität Oesterreichs gebeten. Dieses Ersuchen hatte Bundeskanzler Figl schon im Mai 1952 bei seinen Besuchen in London, Washington und Paris vorgetragen, wobei er darauf hinwies, daß Oesterreich sich für den Fall eines nochmaligen Scheiterns der Viermächteverhandlungen das Recht vorbehalte, die Frage des österreichischen Staatsvertrages unmittelbar den Vereinten Nationen vorzulegen.

Am 5. September 1952 schlugen die Westmächte in einer Note an die Sowjetunion vor<sup>14</sup>, die Diskussion über den Kurzvertrag fortzusetzen, wobei die von der Sowjetunion in ihrer Note vom 14. August geäußerten Wünsche in den Kurzvertrag eingearbeitet werden sollten. Die Sowjetunion bestand aber in ihrer Antwort vom 27. September<sup>15</sup> darauf, daß die Westmächte den Kurzvertrag als Ganzes zurückziehen; mit dem Vorschlag der Westmächte, die Verhandlungen der Stellvertreter wiederaufzunehmen,

erklärte sie sich einverstanden. Zu diesen Verhandlungen kam es aber zunächst nicht.

Die österreichische Regierung sah nunmehr in einem direkten Appell an die Vereinten Nationen den einzigen noch gangbaren Weg, um zu einem Ergebnis zu kommen. Durch Vermittlung Brasiliens erhielt Außenminister Gruber am 17. Dezember 1952 die Möglichkeit, vor dem Politischen Ausschuß der Vollversammlung den Standpunkt der österreichischen Regierung zum Staatsvertrag darzulegen. Am 20. Dezember nahm die Vollversammlung eine Entschließung an, in der die vier Besatzungsmächte aufgefordert wurden, „dringend nötige Anstrengungen zu unternehmen, um über die Bedingungen des Oesterreich-Vertrages zu einem Uebereinkommen zu gelangen und für die rasche Beendigung der Besetzung Oesterreichs sowie für die volle Ausübung der in seiner Souveränität begründeten Hoheitsrechte durch Oesterreich Sorge zu tragen“<sup>16</sup> . . .

Die Sowjetunion, die an der Abstimmung nicht teilnahm, vertrat den Standpunkt, daß die Vereinten Nationen zu einer Erörterung des österreichischen Problems nicht berechtigt seien.

Vom 6. bis 9. Februar 1953 fanden nach einem erneuten Notenwechsel (Noten der Westmächte am 12. und 29. Januar; sowjetische Note am 27. Januar 1953) in London die 259. und 260. Sitzung der Stellvertreter statt. Die Sitzungen wurden jedoch auf unbestimmte Zeit vertagt, nachdem der sowjetische Vertreter den Verzicht der Westmächte auf den Kurzvertrag zur Bedingung für weitere Verhandlungen gemacht hatte.

Der neue österreichische Bundeskanzler, Raab, ergriff in seiner Regierungserklärung vom 15. April 1953 die Gelegenheit, in aller Dringlichkeit die „Einlösung der feierlich gegebenen und international festgelegten Versprechungen auf die Wiederherstellung der österreichischen Souveränität“ zu fordern. Zweifelsohne war diese Aufforderung als ein Appell an die Sowjetunion gedacht. Die Westmächte — so unter anderem Außenminister Eden am 14. April vor dem politischen Ausschuß der Vereinten Nationen und Präsident Eisenhower in seiner Rede vom 16. April<sup>17</sup> — gaben zu erkennen, daß sie ein Entgegenkommen Moskaus in der Oesterreichfrage als Prüfstein für die Aufrichtigkeit des von Stalins Nachfolger Malenkow verkündeten Friedenswillens betrachteten. Der Aufsatz der *Prawda* vom 25. April<sup>18</sup> mußte jedoch in Hinsicht auf Oesterreich als wenig verheißungsvoll angesehen werden.

Auf britische Initiative fand im Verlaufe des Monats April eine Fühlungnahme zwischen den Regierungen der Westmächte über die Möglichkeit einer weiteren Konferenz der Außenministerstellvertreter über den österreichischen Staatsvertrag statt. Die Einladung der Westmächte zur Wiederaufnahme der Besprechungen am 27. Mai wurde jedoch durch den



sowjetischen Botschafter in London, *Malik*, am 26. Mai mit dem Hinweis abgelehnt, der Rat der Außenministerstellvertreter sei keine ständige Viererorganisation; eine Konferenz über Oesterreich sei Sache des Außenministerrates. Die Westmächte entgegneten, daß der Rat der Außenministerstellvertreter ein allgemeines Mandat erhalten habe, einen Staatsvertrag für Oesterreich fertigzustellen. Sie betonten dabei, daß der sowjetischen Regierung mitgeteilt worden sei, daß die Westmächte über jede Version eines Vertragstextes, das heißt also auch über den ursprünglichen Vertragsentwurf, weiterzuverhandeln bereit seien. Botschafter *Malik* lehnte aber am 29. Mai erneut die Teilnahme der sowjetischen Regierung an einer Konferenz des Stellvertreterrates ab und wiederholte den Vorschlag, die Verhandlungen auf diplomatischem Wege fortzusetzen<sup>19</sup>.

Am 11. Juni 1953 ersuchten die Westmächte die Sowjetunion, ihnen den genauen Wortlaut eines Vertrages mitzuteilen, den die Sowjetunion abzuschließen bereit sei, „damit die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Oesterreichs gewährleistet“ werde<sup>20</sup>. Die Sowjetunion verlangte darauf am 30. Juli erneut die Zurückziehung des Kurzvertrages als Voraussetzung jeder weiteren Verhandlungen<sup>21</sup>.

In der Zwischenzeit hatte die österreichische Regierung am 30. Juni 1953 ein Memorandum<sup>22</sup> an die Sowjetunion gerichtet, in dem sie zum Ausdruck brachte, daß sie „den von der Sowjetregierung gewünschten Weg diplomatischer Verhandlungen über den Staatsvertrag für gangbar“ halte und „daß ein allfälliger Gedankenaustausch auf diesem vorgeschlagenen Weg zum raschen Abschluß des Staatsvertrages“ führen werde. Anlaß zu diesem Memorandum boten verschiedene Maßnahmen der Sowjetregierung zur Erleichterung der Besatzungskosten Oesterreichs, die von der österreichischen Regierung als Ausdruck einer allgemein auf Entspannung gerichteten Politik der Sowjetregierung ausgelegt wurden.

Die Weltöffentlichkeit erhielt von der Existenz dieses Memorandums aus dem Text einer sowjetischen Antwortnote an die österreichische Regierung vom 29. Juli 1953 Kenntnis<sup>23</sup>. Der Wortlaut des Memorandums wurde erst am 5. August in Wien veröffentlicht. Auf die von den Westmächten geäußerte Überraschung über diesen Schritt der österreichischen Regierung erklärte diese, es habe sich bei dem Memorandum nur um eine orientierende Mitteilung gehandelt, die der österreichische Botschafter in Moskau übergeben habe und von deren Inhalt die Westmächte in Kenntnis gesetzt worden seien.

In der sowjetischen Note an Oesterreich vom 29. Juli wurde festgestellt, daß Oesterreich in der Frage des Verhandlungsmodus über den österreichischen Staatsvertrag dem sowjetischen Standpunkt

zugestimmt habe. Gleichzeitig wurde aber darauf hingewiesen, daß es die österreichische Regierung unterlassen habe, auf die Gründe für die Verzögerung der Verhandlungen einzugehen. Auch die österreichische Regierung trage für diese Verzögerung mit die Verantwortung, denn in ihrem Memorandum an die Vereinten Nationen vom 31. Juli 1952 sei die österreichische Regierung für den Kurzvertrag eingetreten. Sie habe erklärt, daß Verhandlungen auf der Grundlage des ursprünglichen Staatsvertragsentwurfs nicht mehr möglich seien. Außenminister *Gruber* habe schon am 24. Mai 1952 festgestellt, Oesterreich sei zu Verhandlungen auf der Grundlage von 1952, jedoch keineswegs auf der Grundlage von 1949 bereit. Die österreichische Regierung möge deshalb Aufklärung darüber geben, ob sie nach wie vor den Entwurf des Kurzvertrages unterstütze und an der in ihrem Memorandum an die Vereinten Nationen geäußerten Ansicht festhalte.

Die Beantwortung des österreichischen Memorandums durch eine offizielle sowjetische Note an die österreichische Regierung führte dazu, daß neben dem Notenwechsel zwischen den Westmächten und der Sowjetunion nun auch ein Meinungsaustausch unmittelbar mit der österreichischen Regierung erfolgte.

Am 17. August erklärten sich die Westmächte bereit, in künftigen Beratungen der Stellvertreter auf eine Erörterung des Kurzvertrages zu verzichten<sup>24</sup>. Die Sowjetunion verlangte jedoch am 29. August einen ausdrücklichen Verzicht auf den Entwurf, wobei sie erneut bemerkte, daß die Stellvertreterkonferenz kein ständiges Organ der vier Mächte sei; schon ihre Einberufung gehöre zur Kompetenz des Außenministerrates, der diese Frage aber im vorliegenden Falle nicht erörtert habe. Ferner fügte sie hinzu, daß „eventuelle Erfolge in der Lösung des Deutschlandproblems auch der Lösung der österreichischen Frage förderlich sein könnten“<sup>25</sup>.

Am 10. September 1953 wandte sich die österreichische Regierung an alle vier Mächte mit dem Ersuchen, zu künftigen Verhandlungen über den Staatsvertrag hinzugezogen zu werden. Während die drei Westmächte am 18. Oktober bekanntgaben, daß sie dieses Ersuchen unterstützen würden, ließ die Sowjetunion das österreichische Begehren unbeantwortet.

Der Notenwechsel zwischen Oesterreich und der Sowjetunion<sup>26</sup> führte schließlich zu einer Erklärung der österreichischen Regierung, daß sie den Vorschlag für einen Kurzvertrag nicht länger unterstütze. In der abschließenden Note der österreichischen Regierung vom 23. September 1953<sup>27</sup> hieß es:

„Der Kurzvertragsvorschlag der Westmächte hat für

\*) Hervorhebung des Verfassers.

Oesterreich den Vorteil bedeutet, daß er Oesterreich für die Zukunft keinerlei wirtschaftliche Lasten auferlegt hätte. Die Bundesregierung ist jedoch immer von der Ueberzeugung ausgegangen, daß der österreichische Staatsvertrag die Zustimmung aller vier Mächte finden muß. Wenn daher die Sowjetunion es ablehnt, diesen Kurzvertrag zu diskutieren, so wird die Bundesregierung diesen nicht länger unterstützen. In der eingangs erwähnten Note der Bundesregierung vom 19. August d. J. ist bereits ausgeführt worden, aus welchen Gründen die Bundesregierung seinerzeit zu den im Memorandum vom 31. Juli 1952 genannten Schlüssen gekommen ist. Die Bundesregierung stellt hiermit fest, daß sie die in diesem Memorandum enthaltene Erklärung, wonach weitere Verhandlungen auf der Basis des früher im wesentlichen vereinbarten Staatsvertragsentwurfes unmöglich wären, nicht aufrechterhält.“

Am 25. November 1953 stellten auch die Westmächte formell fest, daß der Entwurf eines Kurzvertrages zurückgezogen sei, und erklärten sich bereit, Vorschläge der Sowjetunion zur Aufnahme von Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag auf diplomatischem Wege sofort in Erwägung zu ziehen<sup>28</sup>.

Somit wurde der Viermächteentwurf, über dessen umstrittene Artikel sich die Stellvertreter selbst nach der grundsätzlichen Einigung der Außenminister im Juni 1949 in nahezu fünfjährigen Verhandlungen nicht verständigen konnten, erneut zum Ausgangspunkt der Oesterreich-Verhandlungen auf der Berliner Konferenz im Februar 1954.

Hermann Volle

## Die Verhandlungen auf der Berliner Konferenz

### Neue Bedingungen der Sowjetunion für den Abschluß des Staatsvertrages

Die vier Außenminister nahmen die Beratungen über Punkt 3 der Tagesordnung („Ueber den österreichischen Staatsvertrag“) am 12. Februar (17. Tag der Konferenz) auf, nachdem sie sich am 8. Februar in einer Geheimsitzung über Verfahrensfragen im Zusammenhang mit der Eröffnung der Debatte über Oesterreich geeinigt hatten. Der österreichische Außenminister, Leopold Figl, der auf Einladung der vier Mächte am 9. Februar mit einer Regierungsdelegation in Berlin eingetroffen war, sprach als erster nach der Begrüßung durch Bidault. Er nahm den „Anschluß“ im Jahre 1938 zum Ausgangspunkt seiner Erklärung<sup>30</sup>:

„Es muß gleich an dieser Stelle nachdrücklichst daran erinnert werden, daß Oesterreich im Jahre 1938 nur unter massivster militärischer Gewaltanwendung von Hitler auf die Knie gezwungen wurde, nachdem es jahrelang den nationalsozialistischen Drohungen Widerstand geleistet und hierbei auch schwere Opfer gebracht hatte. Vom Völkerbund verlassen, war das österreichische Volk schließlich ebensowenig imstande, die nationalsozialistische Vergewaltigung zu verhindern, wie andere Staaten, die, obwohl sie über wesentlich größere wirtschaftliche Ressourcen und militärische Machtmittel verfügten, bald in dieselbe Lage gerieten wie wir selbst. Während der Besetzung durch das nationalsozialistische Deutschland, das Oesterreich wie ein Kolonialgebiet behandelte, war Oesterreich seiner internationalen Handlungsfähigkeit beraubt.“

Sodann erinnerte Figl an die „Moskauer Deklaration der Alliierten vom 1. November 1943 über die Wiederaufrichtung des Staates Oesterreich“<sup>31</sup>, in der die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion den „Anschluß“ für nichtig erklären und ihren Willen bezeugen, die Freiheit und Unabhängigkeit Oesterreichs wiederherzustellen.

Zum Schluß beantragte Außenminister Figl, den Artikel 35 des Viermächteentwurfes für den Staatsvertrag, der Oesterreich unbillige wirtschaftliche Härten auferlege und seine wirtschaftliche Souveränität beschränke, zu revidieren<sup>32</sup>.

Der Wunsch Figls nach Ueberprüfung des Artikels 35 wurde im Verlauf der Aussprache von den Außenministern Dulles und Bidault unterstützt.

Außenminister Eden stellte den formellen Antrag<sup>33</sup>, daß die „vier Außenminister den Staatsvertrag auf dieser Konferenz abschließen, indem sie zu einer Uebereinstimmung über die bisher in den Artikeln 16, 27, 42, 48 und 48 bis vorbehaltenen Punkte gelangen und das Ersuchen der österreichischen Delegation mit Bezug auf Artikel 35 besprechen“<sup>34</sup>.

Molotow, der anschließend das Wort ergriff<sup>35</sup>, erklärte sich als Zugeständnis an Oesterreich damit einverstanden, daß Oesterreich den in Artikel 35 erwähnten Betrag von 150 Millionen Dollar zur Ablösung der deutschen Vermögenswerte in Form von Warenlieferungen an die Sowjetunion bezahle. Im Gegensatz zu dem Antrag Edens, den Vertrag noch auf der Berliner Konferenz abzuschließen, schlug Molotow sodann vor<sup>36</sup>, die Außenministerstellvertreter zu beauftragen, innerhalb von drei Monaten den endgültigen Entwurf für den Staatsvertrag auszuarbeiten. In diesen Entwurf müßten jedoch angesichts der Ereignisse in den letzten Jahren zusätzliche Bestimmungen zur „Gewährleistung der demokratischen und friedlichen Entwicklung Oesterreichs als unabhängiger Staat“ aufgenommen werden:

„Um zu verhindern, daß Versuche zu einem neuen Anschluß unternommen werden“, verlangte Molotow „den Abzug der Truppen der vier Mächte, die sich auf dem Gebiet der entsprechenden Zonen Oesterreichs befinden, bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit



Deutschland aufzuschieben.“<sup>36</sup> Ferner forderte Molotow, daß Oesterreich keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse eingehen dürfe, „die sich gegen irgendeine Macht richten, die am Kriege gegen Deutschland und an der Befreiung Oesterreichs beteiligt war“, und daß sich Oesterreich verpflichten müsse, „die Errichtung von ausländischen Militärstützpunkten auf seinem Staatsgebiet nicht zuzulassen“. Nach dem Vorschlag Molotows sollten die alliierten Truppen gleichzeitig mit der Auflösung der Alliierten Kommission aus der Stadt Wien abgezogen werden; die in den vier Zonen verbleibenden Truppen der vier Mächte sollten nicht mehr als Besatzungstruppen angesehen werden, und es sollten ihnen keinerlei Besatzungsfunktionen zufallen.

Molotow führte zur Begründung seiner Forderung nach Belassung der alliierten Truppen in Oesterreich aus:

„Man kann nicht die Pläne zur Wiedergeburt des Militarismus in Westdeutschland außer acht lassen, besonders im Zusammenhang mit dem Pariser Vertrag über die ‚Europäische Verteidigungsgemeinschaft‘.

Auch darf man nicht vergessen, daß der deutsche Militarismus im Laufe der letzten Jahrzehnte in Durchführung der Aggression in Europa damit begann, daß er Oesterreich auf diese oder jene Weise in Militärblocks einbezog, die sich gegen andere Völker Europas richteten. Dies führte dazu, daß die Menschen- und Materialreserven Oesterreichs im Dienste der aggressiven Ziele des deutschen Militarismus benutzt wurden, im letzten Kriege übrigens infolge des Anschlusses...

Leider ist der sowjetische Vorschlag zur Vorbereitung und zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland<sup>37</sup> nicht angenommen worden... In der jetzt entstandenen Situation sind die vier Mächte im Interesse der Festigung des Friedens in Europa verpflichtet, bei der Regelung der Oesterreichfrage solche Maßnahmen zu treffen, welche Versuche seitens Deutschlands bezüglich eines Anschlusses Oesterreichs verhindern und die Unabhängigkeit Oesterreichs gewährleisten würden.“

Molotow zitierte sodann die Artikel 3, 4 und 27 des Entwurfes für den österreichischen Staatsvertrag<sup>38</sup>, wobei er bemerkte, daß diese Artikel den genannten Umständen schon Aufmerksamkeit widmeten, und fuhr fort:

„Die Bedeutung der erwähnten Artikel wird besonders im Lichte der Tatsachen klar, die davon zeugen, daß für Oesterreich durch den wiedererstehenden Militarismus in Westdeutschland eine reale Bedrohung geschaffen wird. Man kann nicht umhin, die Aufmerksamkeit auf Erklärungen zu lenken, die von der Regierung Westdeutschlands nahestehenden Presseorganen abgegeben werden, in denen zur Zeit die böswillige Idee propagiert wird, daß eine selbständige Existenz Oesterreichs unmöglich sei und daß Oesterreich unbedingt Westdeutschland untergeordnet werden müsse. Davon zeugen auch Reden offizieller Vertreter Westdeutschlands. Die westdeutschen Monopole führen bereits eine Reihe praktischer

Maßnahmen durch, deren Ziel die allmähliche Unterwerfung Oesterreichs in wirtschaftlicher Hinsicht ist. Die von den westdeutschen Militaristen und Revanchisten ausgeheckten Pläne eines neuen Anschlusses Oesterreichs werden auch von einigen Vertretern der herrschenden Kreise Oesterreichs unterstützt. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, der die Möglichkeit des Wiedererstehens des deutschen Militarismus ausschließen würde, wäre die wichtigste Garantie der selbständigen und unabhängigen staatlichen Existenz Oesterreichs.“

Schließlich beantragte Molotow zum Schluß seiner Ausführungen, die Stellvertreter der Außenminister zu beauftragen, die Triestfrage „im Zusammenhang mit dem Vorschlag der Sowjetregierung zu behandeln, wonach die Stadt Triest und das anliegende Territorium nicht als Militärstützpunkt auszunutzen sind“. Den Zusammenhang der Triester Frage mit dem Thema Oesterreich begründete Molotow damit, daß die Westmächte ihre Verpflichtungen aus dem italienischen Friedensvertrag nicht erfüllt hätten. Er sagte:

„Angesichts einer solchen Situation ist es durchaus natürlich, daß die Sowjetregierung danach strebt, daß nicht auch mit Oesterreich das gleiche geschieht. Deshalb können wir an der Frage des freien Territoriums Triest nicht vorbeigehen“<sup>39</sup>.

Am nächsten Tage (13. Februar) sprach Figl seine tiefe Enttäuschung über die Forderung Molotows aus, die Truppen der vier Mächte erst nach dem Friedensschluß mit Deutschland aus Oesterreich abzuziehen<sup>40</sup>:

„Was soll schließlich ein Staatsvertrag bedeuten, der dem österreichischen Volke schwere Lasten auferlegt, ihm aber zugleich den entscheidenden Vorteil, nach dem Abzug fremder Truppen wieder Herr im eigenen Hause zu sein, vorenthält? Ich frage Sie, meine Herren Minister, wer von Ihnen würde es an meiner Stelle auf sich nehmen, mit einem derartigen Vorschlage vor die Volksvertretung seines Landes zu treten? Die weitere Belassung von Truppen in Oesterreich soll nach den Ausführungen von Herrn Minister Molotow die angebliche Gefahr eines neuerlichen Verlustes unserer staatlichen Selbständigkeit ausschalten. Die österreichische Regierung muß das Vorhandensein einer solchen Gefahr ganz entschieden bestreiten. Glauben Sie denn im Ernst, daß ein Volk, welches die gewaltsame Einverleibung seines Landes mit all den furchtbaren Folgen durchgemacht hat, auch nur im entferntesten daran denken könnte, eine Wiederholung dieses unseligen Ereignisses anzustreben? Oesterreichs Regierung steht voll und ganz zu Artikel 4 des Staatsvertragsentwurfes, der das Eingehen einer derartigen politischen oder wirtschaftlichen Vereinigung ausschließt. Diese Bestimmung ist ebenso klar und eindeutig wie der Wille der österreichischen Regierung und des österreichischen Volkes, sie einzuhalten.“

Molotow antwortete, er wolle noch einmal auf den Sinn des Vorschlags eingehen, den die sowjetische Delegation eingebracht habe<sup>41</sup>:

„Ich wiederhole: Die Sowjetunion schlägt vor: die Beendigung der Besatzung Oesterreichs; die Uebergabe der

<sup>36</sup>) Hervorhebung des Verfassers.

deutschen Vermögenswerte an Oesterreich, wie es im Staatsvertrag vorgesehen ist; den vorübergehenden Verbleib einiger militärischer Verbände in Oesterreich. Man sagt uns, daß der Verbleib einiger Truppenverbände in Oesterreich einer Besatzung gleichkomme. Wir aber sagen, daß wir vorschlagen, diesen Beschluß so zu formulieren, daß keinerlei Anzeichen einer Besatzung verbleiben, keine Kontrollfunktionen, keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten und keine Einmischung in das gesellschaftliche und politische Leben Oesterreichs. Wenn aber zwischen den vier Mächten Übereinstimmung über den Verbleib einiger Truppenverbände in Oesterreich erzielt wird, so betrachten wir dies nicht als eine Besatzung. Wir betrachten es als eine gewisse Beschränkung der Souveränität Oesterreichs, die durch eine bestimmte Lage hervorgerufen wird. Wir können nicht umhin, uns dafür zu interessieren, daß ungefähr hundert amerikanische Militärstützpunkte in Europa bestehen, da wir um die Sicherheit unseres Landes und der friedlichen Länder Europas besorgt sind. Wenn die Vereinigten Staaten, Frankreich und England von der Schaffung der EVG ablassen, wenn sie von der Wiederherstellung des deutschen Militarismus ablassen, so wird das die Lage erleichtern.“

Die Forderungen Molotows wurden von den Außenministern der drei Westmächte einmütig abgelehnt. Sie stellten fest, daß ihre Verwirklichung praktisch zu einer unbefristeten Fortdauer der Besetzung Oesterreichs führen würde. *Dulles* bezeichnete den sowjetischen Entwurf als einen Vertrag zur Unterjochung Oesterreichs. Er sagte<sup>42</sup>:

„Die Besetzung Oesterreichs könnte niemals durch Oesterreich selbst beendet werden. Es wäre völlig in die Macht der Sowjetunion gestellt, die Besetzung auf ewige Zeiten zu verlängern, einfach durch die Verewigung der Teilung Deutschlands ...

Der sowjetische Außenminister möchte uns glauben machen, daß während der Zeit, in der Deutschland besetzt und vollkommen entwaffnet ist — wenigstens in den Westzonen —, die Gefährdung Oesterreichs durch Deutschland so groß ist, daß Oesterreich besetzt sein muß, um es vor der deutschen Gefahr zu schützen; daß aber, sobald Deutschland wieder vereint und unabhängig ist — mit einer eigenen Nationalarmee —, die Beendigung der Besetzung Oesterreichs gefahrlos sein würde ...

Eine plausible Erklärung liegt in der Tatsache, daß Artikel 22 des Friedensvertrages mit Ungarn und Artikel 21 des Friedensvertrages mit Rumänien<sup>43</sup> vorsieht, daß die Sowjetunion bewaffnete Streitkräfte im Gebiete dieser Staaten unterhalten kann, solange dies für die Aufrechterhaltung der Verbindungswege zwischen der Sowjetarmee und der sowjetischen Besatzungszone Oesterreich notwendig ist. Ich kann es verstehen, daß die Sowjetunion einen Abzug aus Oesterreich fürchtet, der es auch notwendig machen würde, ihre Roten Armeen aus Ungarn und Rumänien abzuziehen.“

Außenminister *Bidault* erklärte:

„Es ist tragisch, daß das Schicksal Oesterreichs nach Herrn Molotows Ueberzeugung mit dem Deutschlands verknüpft bleiben soll ... Ich schlage ... vor, daß wir

gemeinsam die fünf Artikel überprüfen, über die bisher kein Entschluß gefaßt worden ist.“

*Eden* bemerkte zu den Vorschlägen Molotows:

„Welches Recht haben wir, unsere Truppen auf unbestimmte Zeit in Oesterreich zu belassen, während wir auf Entwicklungen in einem Nachbarlande warten, die in gar keinem Zusammenhang damit stehen? ... ich muß ... feststellen, daß die sowjetischen Vorschläge für meine Regierung völlig unannehmbar sind.“

#### *Ablehnung der sowjetischen Bedingungen und Kompromißvorschlag für den Abschluß des ursprünglichen Staatsvertrages*

Zu Beginn des dritten Tages der Verhandlungen (14. Februar) legte *Dulles* einen Plan als „Grundlage für den unmittelbaren Abschluß eines Staatsvertrages“<sup>44</sup> vor, dem sich *Eden* und *Bidault* anschlossen. Darin erklärte *Dulles* die Zustimmung der Westmächte, die strittigen Artikel 9<sup>45</sup>, 16, 27, 42, 48 und 48 bis des Viermächte-Entwurfes in der von der Sowjetunion vorgeschlagenen Fassung anzunehmen; ferner erklärten sich die Westmächte mit der von der Sowjetunion zugunsten Oesterreichs vorgeschlagenen Aenderung des Artikels 35 (Warenlieferungen statt Geldzahlungen) einverstanden. Die Artikel 4 und 33, auf deren Ergänzung beziehungsweise Neufassung *Molotow* bestand, sollten jedoch zusammen mit den übrigen Artikeln des Entwurfes ausdrücklich in der bestehenden Fassung bestätigt werden.

*Molotow* nahm die Zustimmung der Westmächte zu den sowjetischen Vorschlägen für die Formulierung der sechs strittigen Artikel zur Kenntnis und stellte fest, daß damit die Notwendigkeit entfalle, die Meinungsverschiedenheiten den Außenministerstellvertretern zu übergeben. Der endgültige Text des Staatsvertrages könne schon von den Außenministern vereinbart werden, vorausgesetzt, daß die neuen sowjetischen Vorschläge berücksichtigt würden. Hierbei sei auch zu beachten, wendete *Molotow* nunmehr ein, daß Artikel 48 bis (Schulden) so lange nicht als endgültig vereinbart gelten könne, als nicht ein entsprechendes zweiseitiges Abkommen zwischen der Sowjetunion und Oesterreich abgeschlossen sei. Außerdem habe *Dulles* eine Frage übergangen, die für die Sowjetunion von großer Bedeutung sei, nämlich die der Behandlung Triests. Da jedoch die Notwendigkeit einer Konferenz der stellvertretenden Außenminister entfallen sei, verzichte die Sowjetunion auf ihren Antrag, die Triestfrage den Stellvertretern zu unterbreiten, und schlage vor, daß sich die Konferenz statt dessen an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wende mit dem Vorschlag, die Behandlung der Frage über die Erfüllung des Friedensvertrages mit Italien hinsichtlich Triest wieder aufzunehmen<sup>46</sup>.



Anschließend legte *Molotow* die Entwürfe des von ihm geforderten Zusatzes zu Artikel 4 (Anschlußverbot), der Neufassung des Artikels 33 (Abzug der alliierten Streitkräfte) und einer abgeänderten Fassung des Artikels 35 (Deutsche Vermögenswerte) vor. Er schloß seine Rede mit den Worten<sup>47</sup>:

„Die sowjetische Delegation erhebt die Bitte, den Abschluß eines österreichischen Staatsvertrages nicht zu behindern und die vorgelegten Vorschläge als Ausnahme zu berücksichtigen, da sie sich entsprechend der entstandenen Lage als notwendig erweisen.“

Der von *Molotow* vorgeschlagene Artikel 4 bis hatte folgenden Wortlaut:

„Oesterreich verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeine Macht richten, die mit ihren Streitkräften am Kriege gegen Deutschland und an der Befreiung Oesterreichs beteiligt war.

Oesterreich verpflichtet sich ferner, die Errichtung von ausländischen Militärstützpunkten auf seinem Territorium sowie die Heranziehung ausländischer Militärberater oder -spezialisten in Oesterreich nicht zuzulassen.“

Während der ursprüngliche Entwurf des Artikels 33 unter Punkt 3 bestimmte, daß die alliierten Streitkräfte spätestens 90 Tage nach dem Inkrafttreten des Staatsvertrages aus Oesterreich abgezogen werden, lautete die von *Molotow* vorgelegte Neufassung des Artikels 33:

„1. Das Uebereinkommen über den Kontrollapparat in Oesterreich vom 28. Juni 1946 verliert mit dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages seine Wirksamkeit.

2. Nach dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages hört die gemäß Paragraph 4 des Abkommens über Besatzungszonen in Oesterreich und die Verwaltung der Stadt Wien vom 9. Juli 1945 errichtete interalliierte Kommandantur auf, irgendwelche Funktionen hinsichtlich der Verwaltung der Stadt Wien auszuüben. Die Truppen der alliierten und assoziierten Mächte werden aus der Stadt Wien nicht später als 90 Tage nach Inkrafttreten dieses Vertrages abgezogen.

3. Das Personal der Alliierten Kommission für Oesterreich wird sobald wie möglich und jedenfalls innerhalb von 90 Tagen, angefangen vom Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages, aus Oesterreich zurückgezogen.

4. Die alliierten und assoziierten Mächte verpflichten sich, der Regierung Oesterreichs innerhalb des festgesetzten Zeitraumes von 90 Tagen das ganze österreichische Eigentum zurückzugeben, das von der Alliierten Kommission für den Bedarf der Kommission und ihrer Organe auf dem ganzen Territorium Oesterreichs sowie von der Interalliierten Kommandantur und von den Truppen in der Stadt Wien requiriert wurde und sich noch in deren Besitz befindet. Die sich aus diesem Paragraphen ergebenden Verpflichtungen sind vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 35 des vorliegenden Vertrages zu erfüllen.

5. Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion werden das Recht haben, nach Inkrafttreten des Vertrages mit Oesterreich den Abzug ihrer Truppen vom Territorium der entsprechenden Zonen Oesterreichs vorübergehend bis zum

Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland aufzuschieben.

Die Truppen, deren Abzug aus Oesterreich aufgeschoben wird, werden keine Besatzungsfunktionen ausüben und sich nicht in die Angelegenheiten der österreichischen Verwaltungsbehörden und in das öffentliche und politische Leben des Landes einmischen. Die Rechtslage dieser Truppen wird durch ein Sonderabkommen bestimmt, das von den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, der Sowjetunion und von der österreichischen Regierung angenommen wird und gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages mit Oesterreich Gültigkeit erlangt.“

In der abgeänderten Fassung des Artikels 35 (Punkt 6) waren in Uebereinstimmung mit den Westmächten die Wünsche der österreichischen Regierung nach wirtschaftlichen Erleichterungen insoweit berücksichtigt, als es der österreichischen Regierung gestattet wurde, die 150 Millionen Dollar, die sie der Sowjetunion als Ablösung für die Ueberlassung eines Teiles des deutschen Eigentums in Oesterreich zahlen sollte, in Form von Warenlieferungen zu begleichen. (Gleichwohl liegt der wirkliche Wert dieses Vermögenskomplexes nach österreichischer Auffassung weit unter der festgelegten Ablösesumme.) Der Artikel enthielt jetzt jedoch einen Zusatz mit der Bestimmung, daß zur Vereinbarung der Lieferungsbedingungen ein zweiseitiges, zugleich mit dem Staatsvertrag in Kraft tretendes Abkommen zwischen der Sowjetunion und Oesterreich geschlossen wird.

### Unüberbrückbare Gegensätze

Außenminister *Dulles* lehnte die Vorschläge *Molotows* über die Neutralisierung und Fortdauer der Besetzung Oesterreichs ab. Er erklärte, die Vereinigten Staaten seien nicht bereit, an dem Versuch teilzunehmen, Oesterreich zu zwingen, einen großen Preis für seine Unabhängigkeit zu zahlen und ihm dann diese Unabhängigkeit vorzuenthalten<sup>48</sup>:

„Wir halten das für einen Betrug, und wir sind nicht bereit, an einem solchen Betrug teilzuhaben...“

Der sowjetische Außenminister hat grundlegende Änderungen sowohl im Artikel 4 wie im Artikel 33 vorgeschlagen... Ich nehme demnach an, daß er den Vorschlag der Vereinigten Staaten, diese Artikel in ihrer ursprünglichen Fassung zu bestätigen, ablehnen wird. Wenn das der Fall ist, würde das eine Ablehnung des Vorschlages der Vereinigten Staaten bedeuten, denn die Vereinigten Staaten sind nicht bereit, den Änderungen im Artikel 4 und 33 zuzustimmen, die von dem sowjetischen Außenminister zur Auferlegung der Neutralisierung und Sicherung des Fortbestandes der Besetzung Oesterreichs vorgeschlagen worden sind.“

Ueber diese Phase der Verhandlungen schreibt die *Wiener Zeitung* vom 16. Februar nach einem Bericht des Sonderkorrespondenten des ÖVP-Pressedienstes:

„Die Konferenzatmosphäre war an diesem Tag mit äußerster Spannung geladen — mit jener Spannung, die entscheidenden Beschlüssen oder Unterlassungen voran-

zugehen pflegt. Den dramatischen Akzent hatte der amerikanische Außenminister Dulles bereits zu Beginn der Sitzung gesetzt, als er vorschlug, den Staatsvertragsentwurf in seiner jetzigen Fassung rundweg am kommenden Donnerstag um 15.00 Uhr zu unterzeichnen. Das Ende der Besetzung Oesterreichs schien greifbar nahe.

Nach den Ausführungen Dulles' waren aller Augen auf Molotow gerichtet. Der sowjetische Außenminister saß, wie üblich, unbeweglich in seinem Stuhl, und in seiner Stimme war keine Erregung, als er anhub, die Hoffnungen, die sich auf diesen Augenblick konzentriert hatten, mit dem Vorbringen seiner Zusatzanträge mehr und mehr zu zerstören ...

Dem vierten Verhandlungstag am 16. Februar waren ausführliche Konsultationen der österreichischen Delegation mit der Bundesregierung in Wien vorausgegangen. Zu Beginn der Sitzung lehnte Außenminister Figl im Namen der österreichischen Bundesregierung die von Außenminister Molotow vorgeschlagenen Ergänzungen und Aenderungen der Artikel 4 und 33 des Entwurfes in aller Form ab; er fügte hinzu<sup>49</sup>:

„Ich habe eindeutig gesagt, daß Oesterreich alles tun wird, um sich von fremden militärischen Einflüssen freizuhalten. Das bedeutet, daß wir auch fremden Mächten keine militärischen Basen zugestehen werden.“

Diese Äußerung erläuterte Figl am nächsten Tage vor der Presse dahingehend, daß der Vorsatz einer „spezifizierten“, selbstgewählten Neutralität, die sich auf den militärischen Bereich beziehe, nicht zu einem allgemeinen Neutralitätsartikel des Staatsvertrages führen dürfe<sup>50</sup>.

Außenminister Eden lehnte den sowjetischen Aenderungsvorschlag für Artikel 33 nachdrücklich ab und stellte außerdem fest, daß ein zweiseitiges Abkommen zwischen Oesterreich und der Sowjetunion, wie es von Molotow in Verbindung mit Artikel 48 bis gewünscht werde, nach Annahme der sowjetischen Fassung zu Artikel 48 bis nicht mehr nötig sei; ein solches Abkommen wäre nur in Verbindung mit dem westlichen Entwurf notwendig gewesen. Die sowjetische Forderung sei nur geeignet, den sofortigen Abschluß des Staatsvertrages hinauszuschieben. Das gleiche könne von dem sowjetischen Verlangen nach Abschluß eines zweiseitigen Vertrages in Verbindung mit Artikel 35 (Punkt 6) des sowjetischen Entwurfes gesagt werden<sup>51</sup>. Ob Figl zu dieser Frage Stellung genommen hat, geht aus den bisher veröffentlichten Konferenzberichten und Kommentaren nicht hervor.

Dulles wies darauf hin, daß eine Annahme der sowjetischen Vorschläge die Bestimmungen des Artikels 1 des Staatsvertragsentwurfes, in dem die alliierten Mächte die Wiederherstellung der Souveränität Oesterreichs anerkennen, und des Artikels 2, in dem die Alliierten sich verpflichten, die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Oesterreichs zu achten, praktisch annullieren würde. Er betonte erneut, die Vereinigten Staaten könnten es nicht billigen, daß

Oesterreich eine Neutralität gewaltsam auferlegt werde<sup>52</sup>.

Außenminister Molotow erklärte nochmals, die Sowjetunion sei über die Pläne zur Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beunruhigt, weil diese Pläne zur Wiederherstellung des deutschen Militarismus führten. Zu einem Argument Edens, die Sowjetunion erhebe Einwände gegen Militärstützpunkte auf dem Gebiet fremder Staaten, schlage aber selbst vor, vorübergehend bestimmte Truppenverbände auf dem Gebiet Oesterreichs zu belassen, sagte Molotow<sup>53</sup>:

„Bei Oesterreich handelt es sich um einen Ausnahmefall. Wir sprechen vom vorübergehenden Verbleib bestimmter Truppenverbände in Oesterreich. Dabei schlagen wir vor, daß diese Frage durch ein Uebereinkommen zwischen den vier interessierten Staaten gelöst wird. Dieses Uebereinkommen soll nach unserem Vorschlag auch mit Oesterreich erzielt werden. Wenn auf diese Weise ausländische Militärstützpunkte auf dem Gebiet fremder Staaten errichtet würden, dann wäre das eine andere Frage. Auf welche Weise aber amerikanische Stützpunkte errichtet werden, ist bekannt. Wir machen kein Geheimnis daraus, daß der Verbleib von Truppen eine gewisse, wenn auch vorübergehende Beschränkung der Souveränität ist. Die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages würde die Interessen Oesterreichs zu 80 Prozent befriedigen.“

Molotow stellte sodann fest, die Sowjetunion sei gewillt, die Befürchtungen über den unbefristeten Verbleib ausländischer Truppen in Oesterreich nach Inkrafttreten des Staatsvertrages zerstreuen zu helfen, und schlage deshalb folgende Neufassung des Artikels 33 Punkt 5 Absatz 1 (nach dem sowjetischen Vorschlag vom 14. Februar<sup>54</sup>) vor:

„Da sich der Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland verzögert, werden die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion das Recht haben, nach Inkrafttreten des Vertrages mit Oesterreich den Abzug ihrer Truppen vom Territorium der entsprechenden Zonen Oesterreichs vorübergehend aufzuschieben. Die Regierungen der vier Mächte erachten es dabei für notwendig, spätestens 1955 die Frage über die Frist des Abzugs der Truppen der vier Mächte vom Territorium Oesterreichs erneut zu behandeln.“

Außenminister Figl bezeichnete diesen Vorschlag als unzureichend und verlangte eine Präzisierung des Zeitpunktes für den Abzug aller ausländischen Truppen aus Oesterreich<sup>55</sup>.

#### Erfolglose österreichische Vorschläge

Am letzten Verhandlungstage, am 18. Februar, machte Figl mit Zustimmung seiner Regierung den Kompromißvorschlag, die in Artikel 33 des Viermächteentwurfes für den Abzug der Besatzungstruppen nach Inkrafttreten des Vertrages vorgesehene Frist von 90 Tagen zu verlängern, jedoch nicht über den 30. Juni 1955 hinaus.



Molotow erklärte daraufhin, die sowjetische Delegation halte es für annehmbar, wenn die österreichische Regierung eine Erklärung abgebe, wonach sie keinem Militärbündnis beitreten werde; eine solche Erklärung könne als Anhang in den Staatsvertrag aufgenommen werden. Der Vorschlag *Figls* zu Artikel 33 sei jedoch unbefriedigend. Nach Ansicht der sowjetischen Delegation lasse sich auf der Berliner Konferenz keine befriedigende Lösung der Oesterreichfrage mehr finden.

Die Außenminister der drei Westmächte zogen hierauf ihre Einwilligung zu der sowjetischen Fassung der Artikel 9, 16, 27, 42, 48 und 48 *bis* zurück, da sie nur unter dem Vorbehalt einer Einigung auf der Berliner Konferenz über den Vertrag als Ganzes gegeben worden sei.

Außenminister *Figl* brachte sodann im Namen der österreichischen Bundesregierung noch einen zweiten Kompromißvorschlag ein, wonach den Leitern der diplomatischen Missionen der vier Mächte in Wien, die nach Artikel 56 und 57 des Entwurfs in den ersten 18 Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages gemeinsam die alliierten und assoziierten Mächte in allen Fragen der Ausführung und Auslegung des Vertrages gegenüber der österreichischen Regierung vertreten, diese Aufgabe auf unbeschränkte Zeit übertragen werden sollte. Molotow, der auf der Schlußsitzung den Vorsitz führte, ging aber auf diesen Vorschlag nicht mehr ein. Er schlug seinerseits vor, die Beratungen über Oesterreich durch die vier Missionschefs in Wien und die österreichische Bundesregierung fortsetzen zu lassen; aber Dulles erklärte, daß solche Beratungen erst beginnen könnten, wenn die Sowjetregierung einen bestimmten Termin für den Abzug ihrer Truppen aus Oesterreich nennen könne. Man kam schließlich überein, über das Thema Oesterreich im allgemeinen diplomatischen Kontakt zu bleiben<sup>56</sup>.

#### Die Bilanz der Verhandlungen

Außenminister Dulles ging in seiner Schlußansprache auf der Berliner Konferenz am 18. Februar noch einmal auf die Ergebnislosigkeit der Verhandlungen über Oesterreich ein und erklärte<sup>57</sup>:

„Die Westmächte waren gewillt, Vertrauen in das österreichische Volk zu setzen. Die Sowjetunion war es nicht. Ihre Delegation hat erklärt, daß ... die Oesterreicher, wenn man sie allein lasse, sich vielleicht nicht an die feierliche Verpflichtung halten würden, ihre Un-

abhängigkeit zu bewahren und es zu vermeiden, sich von Deutschland aufsaugen zu lassen. Die Westmächte erkennen an, daß niemand mit Sicherheit wissen kann, wie Menschen und Völker ihre Freiheit gebrauchen werden ... und dennoch sind wir überzeugt, daß bisher kein besseres gesellschaftliches System erfunden worden ist als jenes, das sein Vertrauen in die menschliche Freiheit ... setzt.“

Molotow vertrat in seiner Schlußansprache die Ansicht, die Frage des Staatsvertrages mit Oesterreich hätte schon auf der Berliner Konferenz gelöst werden können. Die Pläne für die EVG hätten dies jedoch verhindert<sup>58</sup>. Molotow fuhr fort:

Nichtsdestoweniger drückt die Sowjetregierung die Ueberzeugung aus, daß es eine Möglichkeit der Lösung dieser Frage in naher Zukunft gibt. Es ist erforderlich, daß die österreichische Regierung dies in Betracht zieht und das österreichische Volk dies richtig versteht.“

Am 24. Februar 1954 gab Außenminister *Figl* dem österreichischen Nationalrat einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen auf der Berliner Konferenz zum Thema Oesterreich<sup>59</sup>.

Er stellte fest, daß die österreichische Delegation in Berlin von den vier Mächten als gleichberechtigter Verhandlungspartner betrachtet worden sei. Zum Gesamtergebnis der Verhandlungen über Oesterreich erklärte *Figl*:

„Wenn wir heute hier die Bilanz der Berliner Konferenz ziehen, dann müssen wir offen und freimütig zugeben, daß diese Bilanz vor allem Enttäuschung und Erbitterung ausweist. Es wäre gelogen, wollten wir heute im Zeichen der Erfolglosigkeit der Berliner Konferenz behaupten, daß wir ohne jeden Optimismus und ohne den Wunsch nach einer Lösung nach Berlin gegangen sind. Aber wir brauchen uns dieser enttäuschten Hoffnungen durchaus nicht zu schämen ... Das österreichische Volk kann stolz darauf sein, daß bei der Berliner Konferenz niemand mehr die Behauptung aufgestellt hat, man müsse Oesterreich weiter besetzt halten, weil seine Bevölkerung vielleicht irgendwelche Mängel aufweise, weil sie eine Gefahr darstelle, weil man ihr ihr Schicksal nicht in die eigenen Hände legen könne. Mit völliger Klarheit und Eindeutigkeit brachte die Berliner Konferenz das Ergebnis, daß die Besetzung Oesterreichs und die Forderung nach Belassung fremder Truppen auf unserem Boden, daß die widerrechtliche Vorenthaltung von Freiheit und Souveränität nichts, aber auch gar nichts mit unserem Land und seiner Bevölkerung zu tun haben. Die Konferenz hat mit kristallklarer Eindeutigkeit bewiesen, daß Oesterreich ein Opfer der internationalen Machtpolitik ist und daß sein Rechtsanspruch wieder einmal machtpolitischen Erwägungen unterlegen ist.“

Ernst Wallrapp

#### Anmerkungen

<sup>1</sup>) Vorgeschichte und Problematik der Bemühungen um die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Oesterreichs sollen in einem späteren Beitrag ausführlich behandelt werden. Hier sei lediglich auf einige Quellen verwiesen: „Die Sowjetregierung und der österreichische Staatsvertrag. Bericht und Dokumente 1943–1953.“ Herausgegeben von Werner Markert, o. O.: Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung 1953; 2. erweiterte Fassung; *Hiscocks*, Richard: „Rebirth of Austria“. London —

New York — Toronto: Oxford University Press 1953; „Echanges de Notes et Documents concernant l'Autriche“ in *La Documentation Française*, Notes et Etudes Documentaires Nr. 1858 (6. April 1954); „Recent Correspondence with the Soviet Government regarding Austria“. London: Her Majesty's Stationery Office 1954 (Cmd. 9041); ferner die Chronologie des Notenwechsels zwischen den Westmächten und der Sowjetunion in Europa-Archiv 2/1954, S. 6307, sowie der Aufsatz

„Austria and the Berlin Conference“ in *The World Today* (April 1954), S. 149 ff.

<sup>2)</sup> Die Moskauer Deklaration über Oesterreich vom 1. November 1943 hat folgenden Wortlaut:

„Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika haben sich geeinigt, daß Oesterreich, das erste freie Land, das der Hitleraggression zum Opfer fiel, von der deutschen Herrschaft befreit werden soll.

Sie erklären die Oesterreich am 15. März 1938 von Deutschland aufgezungene Annexion für null und nichtig. Sie betrachten sich selbst in keiner Weise an irgendwelche Veränderungen gebunden, die in Oesterreich seit jenem Tage vorgenommen worden sind. Sie erklären, daß sie ein freies und unabhängiges Oesterreich wiederhergestellt zu sehen wünschen, um dem österreichischen Volke selbst und allen Nachbarstaaten, die ähnliche Fragen zu lösen haben werden, den Weg zu öffnen, jene politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, welche die einzige Grundlage für einen dauerhaften Frieden ist.

Oesterreich wird aber daran erinnert, daß es wegen der Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es sich nicht entziehen kann, und daß bei der endgültigen Regelung sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung unweigerlich in Betracht gezogen werden wird.“

(Quelle: „Die Sowjetregierung und der österreichische Staatsvertrag“. Englischer Wortlaut in *The Department of State Bulletin* vom 6. 11. 1943, S. 310.)

Zur Moskauer Deklaration gab das Französische Komitee der Nationalen Befreiung am 18. November 1943 folgende Erklärung ab:

„Nach Kenntnisnahme der Deklaration über Oesterreich, welche die Regierungen der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Großbritanniens bei Beendigung der Moskauer Konferenz abgaben, erinnert das Französische Komitee der Nationalen Befreiung daran, daß Frankreich stets für die Unabhängigkeit Oesterreichs eingetreten ist. Das Komitee zweifelt nicht daran, daß die österreichischen Patrioten der Sache ihrer Unabhängigkeit dienen werden, indem sie selbst für die Befreiung und Wiederaufrichtung ihres Landes arbeiten.“

(Quelle: „Echange de Notes et Documents concernant l'Autriche“, in *La Documentation Française*, Notes et Etudes documentaires, Nr. 1858 vom 6. April 1954. Uebersetzung des Europa-Archivs.)

<sup>3)</sup> Vgl. „Die Sowjetregierung und der österreichische Staatsvertrag“, S. 43/44, und „End of proceedings of the Austrian Treaty Commission“ in *The Department of State Bulletin*. Vol. XVII, Nr. 433 vom 19. 10. 1947, S. 767.

<sup>4)</sup> Vgl. Schlußkommuniké der Pariser Außenministerkonferenz, Europa-Archiv 14/1949, S. 2328.

<sup>5)</sup> Der Entwurf des Staatsvertrages (Stand nach der 260. Sitzung der Stellvertreter am 9. Februar 1953) ist als Anhang in dem Weißbuch der britischen Regierung „Recent Correspondence with the Soviet Government regarding Austria“ veröffentlicht.

<sup>6)</sup> Vgl. den Notenwechsel in *The Department of State Bulletin*, Vol. XXVI, Nr. 658 vom 4. 2. 1952, S. 160, und Nr. 662 vom 3. 3. 1952, S. 326/27.

<sup>7)</sup> Vgl. den Wortlaut der Lissabonner Erklärung in Europa-Archiv 6/1952, S. 4798.

<sup>8)</sup> Die Note der Westmächte und der Entwurf des Kurzvertrages sind veröffentlicht in Europa-Archiv 8—9/1952, S. 4867 ff.; ebenda Regierungserklärung von Bundeskanzler Leopold Figl und Entschliebung des Nationalrates vom 2. April 1952.

<sup>9)</sup> Vgl. den Wortlaut der Note der Westmächte in Europa-Archiv 11/1952, S. 4938.

<sup>10)</sup> Vgl. den Wortlaut der Oesterreichnote der drei Westmächte an die Sowjetunion vom 11. August 1952 in *Die Neue Zeitung* vom 13. August 1952.

<sup>11)</sup> Vgl. Europa-Archiv 17/1952, S. 5144 f.

<sup>12)</sup> im folgenden Viermächteentwurf genannt.

<sup>13)</sup> Vgl. den Wortlaut des österreichischen Memorandums vom 31. Juli 1952 an die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in *The Department of State Bulletin*, Vol. XXVII, Nr. 685 vom 11. 8. 1952, S. 221 f.

<sup>14)</sup> Vgl. Europa-Archiv 19/1952, S. 5208.

<sup>15)</sup> Vgl. Europa-Archiv 20/1952, S. 5254.

<sup>16)</sup> Vgl. die Entschliebung der Vollversammlung der Vereinten Nationen zum österreichischen Staatsvertrag vom 20. Dezember 1952 in *The Department of State Bulletin*, Vol. XXVIII, Nr. 707 vom 12. 1. 1953, S. 68.

<sup>17)</sup> Vgl. den Wortlaut der Eisenhower-Rede in Europa-Archiv 10—11/1953, S. 5731 ff.

<sup>18)</sup> Vgl. den *Prawda*-Aufsatz in Europa-Archiv 10—11/1953, S. 5734 ff.

<sup>19)</sup> Vgl. hierzu „Die Sowjetregierung und der österreichische Staatsvertrag“, S. 67/68.

<sup>20)</sup> Vgl. Europa-Archiv 16/1953, S. 5915.

<sup>21)</sup> Vgl. Europa-Archiv 16/1953, S. 5916 f.

<sup>22)</sup> Vgl. Europa-Archiv 17/1953, S. 5955.

<sup>23)</sup> Vgl. Europa-Archiv, 16/1953, S. 5915.

<sup>24)</sup> Vgl. Europa-Archiv, 17/1953, S. 5954 f.

<sup>25)</sup> Vgl. Europa-Archiv 18/1953, S. 5976 (so schon in einer Note an die Westmächte über die Einberufung einer Viererkonferenz vom 14. August 1953, Europa-Archiv 16/1953, S. 5913 f.).

<sup>26)</sup> Vgl. die österreichische Note vom 19. 8. 1953 in Europa-Archiv 17/1953, S. 5955; sowjetische Note vom 29. August 1953 in Europa-Archiv 18/1953, S. 5976.

<sup>27)</sup> Vgl. Europa-Archiv 21/1953, S. 6066.

<sup>28)</sup> Vgl. Europa-Archiv 24/1953, S. 6228.

<sup>29)</sup> Entfällt.

<sup>30)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 199 ff.

<sup>31)</sup> Vgl. Anmerkung 2.

<sup>32)</sup> Art. 35 des Viermächte-Entwurfes (Deutsche Vermögenswerte in Oesterreich) bestimmt, daß die vier Mächte das Recht haben, im Einklang mit dem Protokoll der Berliner Konferenz vom 2. August 1945 über sämtliche deutschen Vermögenswerte in Oesterreich zu verfügen. (Wortlaut des Protokolls in „Um den Frieden mit Deutschland“, Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 6; Oberursel: Verlag Europa-Archiv 1948.)

Während die Westmächte sich unter Punkt 11 des Art. 35 bereit erklären, sämtliche Vermögensschaften, Rechte und Interessen, die sich als deutsche Vermögenswerte oder Kriegsbeute in ihrem Besitz befinden oder für sie besessen werden oder von ihnen oder in ihrem Namen beansprucht werden, Oesterreich ohne Entschädigung zu überlassen, behält sich die Sowjetunion unter Punkt 1 bis 5 Rechte an einem Teil dieser als deutsche Vermögenswerte oder Kriegsbeute bezeichneten Güter vor. Unter Punkt 6 verpflichtet sich die Sowjetunion, den restlichen Teil dieser Güter gegen eine Abfindung in Höhe von 150 Millionen Dollar an Oesterreich zu übertragen; Oesterreich muß diese Summe in frei konvertierbarer Währung an die Sowjetunion zahlen.

Bei den der Sowjetunion vorbehaltenen Rechten handelt es sich um die Gewährung von 30-Jahres-Konzessionen zur Förderung von Oel auf österreichischen Oelfeldern in einem Umfang, der 60 vH der österreichischen Förderung im Jahre 1947 entspricht; um die Gewährung von Schurfrechten auf 60 vH der in Oesterreich gelegenen Schurfgebiete, die sogenannte deutsche Vermögensschaften sind, mit dem Recht, durch acht Jahre hindurch Schurfarbeiten auszuführen, und anschließend für einen Zeitraum von 25 Jahren, beginnend mit dem Zeitpunkt des Fündigwerdens, Oel zu gewinnen; um die Ueberlassung von Oelraffinerien mit einer jährlichen Produktionskapazität von 420 000 t Rohöl und die Ueberlassung der derzeit in Besitz der Sowjetunion befindlichen, mit der Verteilung von Oelprodukten befaßten Unternehmen sowie die Ueberlassung der in Ungarn, Rumänien und Bulgarien belegenen Vermögenswerte der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, desgleichen 100 vH ihrer in der sowjetischen Zone Oesterreichs belegenen Vermögenswerte.

<sup>33)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 204.

<sup>34)</sup> Die von Eden erwähnten Artikel 16, 27, 42, 43 und 48 bis haben folgenden Inhalt:

Art. 16 (Displaced Persons) bestimmt unter Punkt 5 in der sowjetischen Fassung, daß Oesterreich Personen, die sich weigern, in ihr Heimatland zurückzukehren, keine Unterstützung gewährt, wenn diese Personen an der Seite der Feinde der alliierten Mächte gekämpft oder mit ihnen zusammengearbeitet haben oder in feindlichen Tätigkeiten gegen ihr Heimatland



oder eine der Vereinten Nationen begriffen sind oder Mitglieder solcher Organisationen sind, die Displaced Persons dazu ermutigen, nicht in ihr Heimatland zurückzukehren. In der alliierten Fassung ist dieser Punkt nicht enthalten.

Art. 27 (Verhinderung der deutschen Wiederaufrüstung) bestimmt in der sowjetischen Fassung unter Punkt 2, daß Österreich in der Militär- und Zivilluftfahrt und in der Erprobung, dem Entwurf, der Produktion und Instandhaltung von Kriegsmaterial keine Personen ausbilden oder beschäftigen darf, die nicht die österreichische Staatsangehörigkeit besitzen. In der alliierten Fassung gilt dieses Beschäftigungsverbot nur für deutsche Staatsangehörige.

Art. 42 (Vermögen der Vereinten Nationen in Österreich). Ein wesentlicher Unterschied zwischen der sowjetischen und der alliierten Fassung besteht in der Zeitspanne, die für die Nichtigkeit von Zwangsmaßnahmen, die über Eigentum der Vereinten Nationen verhängt wurden, und für die Nichtigkeit der unter Zwang erfolgten Übertragung von Vermögenswerten ihrer Staatsangehörigen maßgebend sein soll. Nach sowjetischer Auffassung läuft diese Frist vom Beginn der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und dem betreffenden Staat, nach alliierter Auffassung schon vom 13. März 1938 an.

Art. 48 (Schulden): In der sowjetischen Fassung sollen die alliierten Mächte unter Punkt 1 anerkennen, daß die österreichische Regierung keine Verpflichtungen hinsichtlich jener österreichischen Wertpapiere hat, über die nach dem 13. März 1938 Zahlungsabkommen zwischen Deutschland und dem Gläubigerstaat abgeschlossen wurden. In der alliierten Fassung entfällt dieser Zusatz.

Art. 48 bis (Schulden): In der sowjetischen Fassung (sogenannte Erbsenklausel) wird Österreich verpflichtet, als von ihm zu bezahlende Schuld Geldanleihen und auch den Gegenwert aller Güter und Dienstleistungen, die Österreich seit dem 8. Mai 1945 durch eine der alliierten Mächte erhalten hat, anzuerkennen. Nach österreichischer Auffassung fordert die Sowjetunion damit Zahlung für die Lieferung angeblich ungenießbarer Erbsen aus deutschen Wehrmachtsbeständen. Die alliierte Fassung verzichtet auf Begleichung dieser Leistungen, soweit sie nicht zu einem Schuldanerkenntnis der österreichischen Regierung geführt haben oder auf Grund von Geschäftsverträgen erfolgten.

<sup>35)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 204 ff.

<sup>36)</sup> Vgl. den Wortlaut des Vorschlags in „Reden und Dokumente“, S. 210/211.

<sup>37)</sup> Vgl. den Wortlaut des Vorschlags auf S. 6526 dieser Folge.

<sup>38)</sup> Art. 3 (Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland) lautet: „Die alliierten und assoziierten Mächte werden in den deutschen Friedensvertrag Bestimmungen aufnehmen, welche die Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs durch Deutschland und den Verzicht Deutschlands auf alle territorialen und politischen Ansprüche in bezug auf Österreich und österreichisches Staatsgebiet gewährleisten.“

In Art. 4 (Anschlußverbot) erklären die alliierten und assoziierten Mächte unter Punkt 1 eine politische oder wirtschaftliche Union zwischen Österreich und Deutschland für verboten (Satz 1). „Österreich anerkennt voll und ganz seine Verantwortlichkeit auf diesem Gebiete und wird keine wie immer geartete politische oder wirtschaftliche Union mit Deutschland eingehen“ (Satz 2). Unter Punkt 2 des Art. 4 verpflichtet sich Österreich, um eine solche Union zu verhindern, keine Abkommen mit Deutschland abzuschließen noch irgendeine Handlung vorzunehmen oder irgendeine Maßnahme zu ergreifen, „die geeignet ist, direkt oder indirekt eine politische oder wirtschaftliche Union mit Deutschland zu fördern oder seine territoriale Integrität oder seine politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit zu beeinträchtigen“ (Satz 1). Österreich verpflichtet sich weiterhin, „auf seinem Gebiet jede Handlung zu verhüten, die geeignet ist, direkt oder indirekt eine solche Union zu fördern, und die Existenz, das Wiederaufleben und die Tätigkeit jeglicher Organisationen zu verhüten, die eine politische oder wirtschaftliche Union mit Deutschland oder eine großdeutsche Propaganda zugunsten einer Union mit Deutschland zum Ziele haben“ (Satz 2).

Art. 27 verpflichtet Österreich unter Punkt 1, mit den alliierten und assoziierten Mächten dahingehend zusammenzuarbeiten, daß Deutschland außerhalb des deutschen Gebietes keinerlei Maßnahmen in Richtung auf die Wiederaufrüstung ergreifen kann. Punkt 2 vgl. Anmerkung 34.

<sup>39)</sup> Vgl. Anmerkung 46.

<sup>40)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 218 f.

<sup>41)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 220.

<sup>42)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 221 und 223.

<sup>43)</sup> Vgl. „Die Friedensverträge von 1947 mit Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland“, Quellen für Politik und Völkerrecht Band 1; Oberursel: Verlag Europa-Archiv 1948. (Im folgenden zitiert: Die Friedensverträge von 1947.)

<sup>44)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 231 f.

<sup>45)</sup> Art. 9 verfügt die Auflösung nationalsozialistischer Organisationen in Österreich. Molotow hatte am 13. Februar einen Zusatz auch zu diesem Artikel verlangt.

<sup>46)</sup> Grundlage der Auseinandersetzung um Triest sind die Bestimmungen der Art. 21, 22 sowie Anlage VI (Endgültiges Statut für die Verwaltung des Freistaates Triest) und Anlage VII (Ermächtigungsurkunde für eine Vorläufige Verwaltung des Freistaates Triest) des italienischen Friedensvertrages (vgl. „Die Friedensverträge von 1947“). Danach soll Triest durch einen vom Sicherheitsrat zu ernennenden Gouverneur verwaltet werden (Art. 9, 11 des Endgültigen Statuts); der Freistaat wird als neutral erklärt und soll entmilitarisiert werden (Art. 3 des Endgültigen Statuts). Bis zum Amtsantritt des Gouverneurs wird die Verwaltung weiterhin durch die alliierten Militärbehörden ausgeübt (Art. 1 der Ermächtigungsurkunde).

Bei dieser Uebergangsregelung ist es bis jetzt geblieben. Da der Sicherheitsrat sich nicht auf einen Gouverneur einigen konnte, ist die „Ermächtigungsurkunde“ praktisch nicht wirksam geworden und das „Endgültige Statut“ nie in Kraft getreten.

Die Militärkontrolle wird in der Zone A von den Vereinigten Staaten und Großbritannien, in der Zone B von Jugoslawien ausgeübt.

Schon am 20. März 1948 sprachen sich aber Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten für die Rückkehr des Freistaates Triest an Italien aus mit der Begründung, es habe sich in der Zwischenzeit gezeigt, daß die Absicht der vier Mächte, die Unabhängigkeit der Bevölkerung von Triest zu gewährleisten, nicht verwirklicht werden könne.

Nachdem die Westmächte am 10. Mai 1949 einen sowjetischen Vorschlag im Sicherheitsrat abgelehnt hatten, den Schweizer Obersten Hermann Flückiger als Gouverneur zu ernennen (Flückiger war schon im September 1947 von Großbritannien vorgeschlagen worden), wurde die Gouverneursfrage nicht mehr erörtert.

Am 8. Oktober 1953 gaben die Westmächte bekannt, daß die britisch-amerikanischen Truppen aus der Zone A zurückgezogen und die Zone der italienischen Verwaltung unterstellt werden. Am 12. Oktober beantragte der sowjetische UN-Delegierte Wyschinski die Einberufung des Sicherheitsrates zur Erörterung der durch den Beschluß der Westmächte in Triest geschaffenen Lage (in Triest war es zu blutigen Demonstrationen gekommen) und wiederholte den Vorschlag zur Ernennung Flückigers zum Gouverneur von Triest. Der Sicherheitsrat vertagte die Triestfrage am 14. Dezember 1953 auf Antrag der Vereinigten Staaten, bis die Verhandlungen der beteiligten Mächte zu einem Ergebnis geführt haben.

<sup>47)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 252 ff.

<sup>48)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 229 ff., und Verlautbarung des Office of the U.S. High Commissioner for Germany, Press Attache's Office, vom 15. Februar 1954.

<sup>49)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 252.

<sup>50)</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, Fernausgabe Nr. 49 vom 19. Februar 1953, Blatt 1.

<sup>51)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 254 f.

<sup>52)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 262 ff.

<sup>53)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 255 ff.

<sup>54)</sup> Siehe oben S. 6520.

<sup>55)</sup> Vgl. *Wiener Zeitung* vom 25. Februar 1954, S. 3.

<sup>56)</sup> Vgl. den Bericht über die Sitzung vom 18. Februar in *The New York Times* vom 19. Februar 1954, S. 3, und die Ausführungen Figls vor dem Nationalrat in *Wiener Zeitung* vom 25. Februar 1954.

<sup>57)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 275.

<sup>58)</sup> Vgl. Reden und Dokumente, S. 281.

<sup>59)</sup> Vgl. *Wiener Zeitung* vom 25. Februar 1954, S. 1 ff.

## Dokumente der Berliner Viermächtekonferenz 1954

### Vorschlag des britischen Außenministers Eden für die Wiedervereinigung Deutschlands

vorgelegt am 29. Januar 1954

#### Wiedervereinigungsmethode

Die deutsche Wiedervereinigung und der Abschluß eines frei verhandelten Friedensvertrages mit einem vereinten Deutschland sollte in den folgenden Stadien vollzogen werden:

- I. Freie Wahlen in ganz Deutschland.
- II. Einberufung einer aus diesen Wahlen hervorgehenden Nationalversammlung.
- III. Ausarbeitung einer Verfassung und Vorbereitung der Friedensvertragsverhandlungen.
- IV. Annahme der Verfassung und Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die für die Aushandlung des Friedensvertrages zuständig ist.
- V. Unterzeichnung und Inkrafttreten des Friedensvertrages.

#### I. Freie Wahlen in ganz Deutschland

Es sollten in ganz Deutschland (einschließlich Berlins) zum frühest-möglichen Zeitpunkt freie und geheime Wahlen abgehalten werden. Diese Wahlen müssen unter Bedingungen der echten Freiheit abgehalten werden. Es müssen Sicherungen zur Gewährleistung dieser Freiheit — vor, während und nach den Wahlen — vereinbart werden. Die Wahlen müssen in einer Weise überwacht werden, daß die Einhaltung dieser Sicherheitsmaßnahmen gewährleistet und die ordnungsmäßige Durchführung der Wahlen gesichert wird.

##### 1. Wahlvorbereitungen

###### a) Das Wahlgesetz

Das Wahlgesetz sollte unter Berücksichtigung der zu diesem Zweck vom Bundestag der Bundesrepublik und der sowjetzonalen Volkskammer schon entworfenen Wahlgesetze von den vier Besatzungsmächten vorbereitet werden, nach seiner Billigung sollte es in ganz Deutschland von den vier Mächten verkündet werden. Die Wahlen sollten baldmöglichst danach stattfinden.

###### b) Garantien für freie Wahlen

Der Wahlgesetzentwurf muß Bestimmungen enthalten, die die echte Freiheit der Wahlen gewährleisten. Hierzu gehören u. a.:

- Freizügigkeit innerhalb ganz Deutschlands;
- Freiheit für das Vorschlagen von Kandidaten;
- Immunität der Kandidaten;
- Freiheit vor willkürlicher Festnahme (Verhaftung) oder Schikanierung (Verfolgung);
- Freiheit, Vereinigungen zu bilden und politische Versammlungen abzuhalten;
- Freiheit der Meinungsäußerung für alle;
- Presse-, Rundfunk- und Fernsehfreiheit und ungehin-

derte Verbreitung von Zeitungen, Zeitschriften usw.;  
Geheimnis der Stimmabgabe;  
Sicherheit der Wahllokale und der Wahlurnen.

#### c) Wahlaufsicht

Die Aufsicht sollte von einer Aufsichtskommission innerhalb ganz Deutschlands ausgeführt werden. Es sollte eine Zentralstelle mit nachgeordneten Stellen auf Landes- und auf Ortsebene geben. Sämtliche Stimmen sollten in der örtlichen Stelle in Anwesenheit der Aufsichtskommission gezählt und geprüft werden.

(i) Zusammensetzung der Aufsichtskommission: Die Kommission sollte aus Vertretern der vier Mächte mit oder ohne Teilnahme Neutraler bestehen.

(ii) Organisation der Kommission: Die Kommission sollte auf Ausschlußbasis arbeiten. Sie soll mit Stimmenmehrheit entscheiden.

(iii) Aufgaben und Befugnisse der Kommission: Die Hauptaufgabe der Kommission wird es sein, sicherzustellen, daß die Wahlen in echter Freiheit und unter genauer Beachtung der Bestimmungen des Wahlgesetzes erfolgen.

#### 2. Ausführungsmethode der obengenannten Vorbereitungen

Die Außenminister müssen sich zunächst über die in diesem Plan enthaltenen Grundsätze einigen. Sie werden dann entsprechende Anweisungen erteilen an eine Arbeitsgruppe, bestehend aus den Hohen Kommissaren der vier Mächte in Deutschland oder deren Vertretern, die die erforderlichen Einzelheiten ausarbeiten und einen Bericht vorlegen wird. Dieser Bericht sollte insbesondere enthalten:

1. den Entwurf des gesamtdeutschen Wahlgesetzes,
2. ausführliche Empfehlungen bezüglich der Wahlaufsicht.

Die Arbeitsgruppe sollte ihre Arbeiten nicht später als zwei Wochen nach Abschluß der Berliner Konferenz aufnehmen. Sie sollte ihren Bericht den vier Regierungen nicht später als einen Monat nach Beginn ihrer Arbeit vorlegen.

#### II. Die Nationalversammlung

Die gesamtdeutschen Wahlen werden eine gesamtdeutsche Nationalversammlung schaffen. Die erste Aufgabe dieser Versammlung wird die Vorbereitung einer Verfassung sein. In der Zeit zwischen der Beendigung der Wahlen und der vollen Kontrollübernahme durch die gesamtdeutsche Regierung wird es wünschenswert sein, daß ein Teil der Aufsichtseinrichtungen in Tätigkeit bleibt, um Handlungen nach den Wahlen zu verhindern, welche die echten freiheitlichen Verhältnisse, unter denen die Wahlen durchgeführt würden, beeinträchtigen wür-



den. Diesbezügliche Empfehlungen sollten in den Bericht der Arbeitsgruppe aufgenommen werden.

### III. Ausarbeitung der Verfassung und Errichtung einer vorläufigen gesamtdeutschen Behörde

Die Nationalversammlung wird baldmöglichst nach ihrem ersten Zusammentreten mit der Ausarbeitung der Verfassung beginnen. In der Zwischenzeit kann sie eine vorläufige gesamtdeutsche Behörde bilden mit der Aufgabe, die Versammlung bei der Ausarbeitung der Verfassung zu unterstützen und den Kern der künftigen gesamtdeutschen Ministerien vorzubereiten. Bei entsprechendem Beschluß der Versammlung kann die Behörde auch Verhandlungen auf einer vorbereitenden Basis mit den vier Mächten über den Friedensvertrag aufnehmen.

### IV. Annahme der Verfassung und Bildung einer für die Friedensvertragsverhandlungen verantwortlichen gesamtdeutschen Regierung

Die Verfassung wird der Versammlung so bald wie möglich nach Vereinbarung des endgültigen Entwurfs vorgelegt. Sobald sie angenommen worden ist, wird eine gesamtdeutsche Regierung gebildet. Diese Regierung wird dann für die Verhandlung und den Abschluß eines Friedensvertrages verantwortlich sein. Gleichzeitig werden solche anderen Einrichtungen, die eventuell in der Verfassung vorgesehen werden, geschaffen. Sobald die gesamtdeutsche Regierung gebildet ist, wird die Nationalversammlung bestimmen, wie die Befugnisse der Bundesregierung und der deutschen Behörden in der Sowjetzone auf die gesamtdeutsche Regierung zu übertragen

sind und wie die zwei erstgenannten aufgelöst werden sollen.

Die gesamtdeutsche Regierung soll befugt sein, die internationalen Rechte und Verpflichtungen der Bundesrepublik und der Sowjetzone Deutschlands zu übernehmen und andere von ihr gewünschte internationale Vereinbarungen abzuschließen.

Bis zum Inkrafttreten des Friedensvertrages wird jede der vier Mächte mit Bezug auf die Nationalversammlung und die gesamtdeutsche Regierung nur diejenigen ihrer Rechte ausüben, die sich auf die Stationierung von bewaffneten Streitkräften in Deutschland und den Schutz ihrer Sicherheit, auf Berlin, auf die Wiedervereinigung Deutschlands und auf einen Friedensvertrag beziehen.

Für Beschlüsse der Nationalversammlung und der gesamtdeutschen Regierung bei der Ausführung dieses Planes wird die Genehmigung der vier Mächte nicht erforderlich sein. Solche Beschlüsse dürfen nicht abgelehnt werden, es sei denn durch Stimmenmehrheit der vier Mächte.

### V. Unterzeichnung und Inkrafttreten des Friedensvertrages

Unter den Signatarstaaten des Vertrages sollten alle Staaten oder deren Nachfolger einbegriffen werden, die im Kriege gegen Deutschland gestanden haben. Der Vertrag sollte nach Ratifizierung durch die vier Mächte und durch Deutschland in Kraft treten.

Quelle: *The Times* vom 30. Januar 1954. Deutscher Text: *Englische Rundschau* vom 29. Januar 1954.

## Vorschlag des sowjetischen Außenministers Molotow über die Vorbereitung des Friedensvertrags mit Deutschland

vorgelegt am 1. Februar 1954

1. Entsprechend dem früher zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion erzielten Einvernehmen über das Verfahren der Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland sind die Stellvertreter der Außenminister der vier Mächte zu beauftragen, innerhalb von drei Monaten einen Entwurf des Friedensvertrages mit Deutschland vorzubereiten;

2. Den alliierten Staaten, die mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland beteiligt waren, ist die Möglichkeit zu geben, während der Vorbereitung des Friedensvertrages ihre Ansichten in der Frage des Friedensvertrages mit Deutschland darzulegen;

3. Eine entsprechende Beteiligung von Vertretern

Deutschlands an allen Stadien der Vorbereitung des Friedensvertrages ist vorzusehen. Bis zur Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung werden an der Vorbereitung des Entwurfes des Friedensvertrages mit Deutschland Vertreter der bestehenden Regierungen Ost- und Westdeutschlands teilnehmen;

4. Innerhalb von sechs Monaten und in jedem Fall nicht später als im Oktober 1954 ist unter Teilnahme der entsprechenden interessierten Staaten sowie auch von Vertretern Deutschlands eine Friedenskonferenz zur Erörterung des Entwurfes des Friedensvertrages mit Deutschland einzuberufen.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 2. Februar 1954.

## Entwurf der Sowjetregierung für den Friedensvertrag mit Deutschland

vorgelegt am 1. Februar 1954

Seit Beendigung des Krieges mit Deutschland sind fast neun Jahre vergangen, jedoch hat Deutschland immer noch keinen Friedensvertrag. Es ist gespalten und befindet sich gegenüber anderen Staaten in einer nicht gleichberechtigten Situation. Diesem unnormalen Zustand muß ein Ende gesetzt werden. Das entspricht dem Willen aller friedliebenden Völker. Ohne den schnellsten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland kann

eine gerechte Behandlung der rechtmäßigen nationalen Interessen des deutschen Volkes nicht gewährleistet werden.

Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ist von großer Bedeutung für die Festigung des Friedens in Europa. Ein Friedensvertrag mit Deutschland wird die endgültige Lösung der Fragen ermöglichen, die infolge des Zweiten Weltkrieges entstanden sind. An einer

Lösung dieser Fragen sind die europäischen Staaten, die unter der Hitleraggression gelitten haben, besonders die Nachbarn Deutschlands, zutiefst interessiert. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wird zu einer Besserung der internationalen Gesamtlage und damit zur Herstellung eines festen Friedens beitragen.

Die Notwendigkeit, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen, wird dadurch diktiert, daß die Gefahr einer Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus, der zwei Weltkriege entfesselt hat, nicht beseitigt ist, weil die entsprechenden Beschlüsse der Potsdamer Konferenz immer noch nicht durchgeführt sind. Ein Friedensvertrag mit Deutschland soll gewährleisten, daß ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus und einer deutschen Aggression unmöglich wird.

Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland wird dem deutschen Volk dauerhafte Friedensverhältnisse bringen, die Entwicklung Deutschlands als eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und friedliebenden Staates in Übereinstimmung mit den Potsdamer Beschlüssen fördern und dem deutschen Volk die Möglichkeit einer friedlichen Zusammenarbeit mit anderen Völkern sichern.

Davon ausgehend, haben die Regierungen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs beschlossen, unverzüglich mit der Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beginnen.

Die Regierungen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs sind der Meinung, daß die Vorbereitung eines Friedensvertrages unter Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, erfolgen muß und daß der Friedensvertrag mit Deutschland auf folgenden Grundlagen aufgebaut sein muß:

## Grundlagen des Friedensvertrages mit Deutschland

### *Die Teilnehmer*

Großbritannien, die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, Holland und die anderen Staaten, die sich mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland beteiligt haben.

### *Politische Leitsätze*

1. Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gesetzt, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer und friedliebender Staat zu entwickeln.

2. Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Gleichzeitig werden sämtliche ausländische Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands beseitigt.

3. Dem deutschen Volk müssen die demokratischen Rechte gewährleistet sein, damit alle unter deutscher Rechtsprechung stehenden Personen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion die Menschenrechte und die Grundfreiheiten genießen, einschließlich der Redefreiheit, der Pressefreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Ueberzeugung und der Versammlungsfreiheit.

4. In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.

5. Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen.

6. Allen ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generale, allen ehemaligen Nazis, mit Ausnahme derer, die nach Gerichtsurteil eine Strafe für von ihnen begangene Verbrechen verbüßen, müssen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie allen anderen deutschen Bürgern gewährt werden zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden und demokratischen Deutschland.

7. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

8. Deutschland werden keinerlei Verpflichtungen politischen oder militärischen Charakters auferlegt, die sich aus Verträgen oder Abkommen ergeben, die von den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vor dem Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland und der Wiedervereinigung Deutschlands zu einem einheitlichen Staat abgeschlossen wurden.

### *Das Territorium*

Das Territorium Deutschlands ist durch die Grenzen bestimmt, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt wurden.

### *Wirtschaftliche Leitsätze*

1. Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen auferlegt. Deutschland werden auch keinerlei Beschränkungen in bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschifffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.

2. Deutschland wird von der Zahlung der staatlichen Nachkriegsschulden an die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion, mit Ausnahme der Verschuldung aus den Handelsverpflichtungen, vollkommen befreit.

### *Militärische Leitsätze*

1. Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.

Die Größe dieser Streitkräfte wird, entsprechend den Aufgaben inneren Charakters, der lokalen Verteidigung der Grenzen und des Luftschutzes, beschränkt sein.

2. Deutschland wird die Erzeugung von Kriegsmaterial und -ausrüstung gestattet werden, deren Menge oder Typen nicht über die Grenzen dessen hinausgehen dürfen, was für die Streitkräfte erforderlich ist, die für Deutschland durch den Friedensvertrag festgesetzt sind.



*Deutschland und die  
Organisation der Vereinten Nationen*

Die Staaten, die den Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen haben, werden das Ersuchen Deutschlands

um Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 2. Februar 1954.

Vorschlag des sowjetischen Außenministers Molotow für die Bildung einer  
gesamtdeutschen provisorischen Regierung

vorgelegt am 4. Februar 1954

In Anerkennung der Notwendigkeit, der Spaltung Deutschlands ein Ende zu bereiten, und im Einklang mit den zwischen den vier Großmächten getroffenen Vereinbarungen, die nationale Wiedervereinigung Deutschlands auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage zu verwirklichen, sind die Regierungen der Sowjetunion, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika zu folgendem Uebereinkommen gelangt:

1. Die Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung durch die Parlamente der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland unter breiter Teilnahme demokratischer Organisationen ist als eine dringende Aufgabe zu betrachten.

Die Provisorische Gesamtdeutsche Regierung kann an Stelle der bestehenden Regierungen von Ost- und Westdeutschland oder, wenn es sich zur Zeit als schwierig erweisen sollte, unter vorübergehender Beibehaltung dieser Regierungen gebildet werden.

2. Die Hauptaufgabe der Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung ist die Vorbereitung und Durchführung der gesamtdeutschen freien Wahlen, und zwar:

a) Vorbereitung des Entwurfes eines gesamtdeutschen Wahlgesetzes, das einen wirklich demokratischen Charakter der gesamtdeutschen Wahlen, die Teilnahme aller demokratischen Organisationen an den Wahlen und die Durchführung von Wahlen unter den Verhältnissen wirklicher Freiheit gewährleistet, die den Druck auf die Wähler seitens der Großmonopole ausschließt.

b) Prüfung, wenn das für zweckmäßig befunden wird, des Vorhandenseins der zur Verwirklichung demokratischer Wahlen notwendigen Voraussetzungen in ganz Deutschland sowie die Durchführung von Maßnahmen zur Gewährleistung solcher Voraussetzungen.

c) Durchführung der gesamtdeutschen freien Wahlen, durch die das deutsche Volk ohne Einmischung ausländischer Staaten die Frage der Gesellschafts- und Staatsordnung eines demokratischen Deutschland entscheiden wird und auf deren Grundlage eine gesamtdeutsche Regierung gebildet wird.

3. Es ist zu bestimmen, daß zu den Aufgaben der Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung auch folgendes gehört:

a) Vertretung Deutschlands bei der Vorbereitung des Friedensvertrages sowie auch Vertretung in den internationalen Organisationen;

b) Nichtzulassung der Einbeziehung Deutschlands in Koalitionen oder Militärbündnisse, die gegen eine der Mächte gerichtet sind, die mit ihren Streitkräften am Kriege gegen Hitlerdeutschland teilgenommen hat;

c) Fragen der deutschen Staatsangehörigkeit;

d) Sicherung freier Betätigung demokratischer Parteien und Organisationen und Nichtzulassung des Bestehens von faschistischen, militaristischen und anderen Organisationen, die der Demokratie und der Erhaltung des Friedens feindlich sind;

e) Entwicklung von wirtschaftlichen, kulturellen und Handelsbeziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland, Verkehrsfragen, Post- und Fernmeldewesen, Fragen eines freien Personen- und Warenverkehrs auf dem ganzen Territorium Deutschlands und andere Fragen, die die Interessen des deutschen Volkes als Ganzes betreffen.

4. Um dem deutschen Volke das Recht zu sichern, seine nationalen Angelegenheiten selbst zu regeln, ist der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu empfehlen, unverzüglich eine Beratung bevollmächtigter Vertreter Ost- und Westdeutschlands einzuberufen, um über das Verfahren zur Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung, ihre Zusammensetzung, Funktionen, Aufgaben und Befugnisse übereinzukommen.

5. Die Regierungen der Sowjetunion, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten werden ihrerseits Maßnahmen treffen, die auf Schaffung von Voraussetzungen gerichtet sind, die eine erfolgreiche Erfüllung der der Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung auferlegten Aufgaben fördern und die jede Einmischung und jeden Druck seitens fremder Mächte bei der Durchführung der gesamtdeutschen Wahlen ausschließen. Zu diesem Zweck sind die Regierungen der vier Mächte übereingekommen, noch vor der Durchführung von Wahlen die Besatzungstruppen sowohl aus dem Gebiet Ostdeutschlands als auch aus dem Gebiet Westdeutschlands abzuziehen mit Ausnahme von beschränkten Kontingenten, die für die Erfüllung der sich aus den Kontrollaufgaben der vier Mächte ergebenden Überwachungsfunktionen — für die UdSSR in bezug auf Ostdeutschland, für die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich in bezug auf Westdeutschland — zurückgelassen werden.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 5. Februar 1954.

Vorschlag des sowjetischen Außenministers Molotow für die Erleichterung der mit den Kriegsfolgen  
zusammenhängenden finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands

vorgelegt am 6. Februar 1954

Unter Berücksichtigung, daß Deutschland bereits einen bedeutenden Teil seiner mit den Kriegsfolgen zusammenhängenden finanziellen und wirtschaftlichen Ver-

pflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion erfüllt hat,

und in Anerkennung dessen, daß die Maßnahmen zur Erleichterung der finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen Deutschlands, die mit den Folgen des Krieges zusammenhängen, bei der Entwicklung der Friedenswirtschaft Deutschlands und bei der Hebung des materiellen Wohlstands der Bevölkerung eine wesentliche Hilfe leisten werden,

sind die Regierungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion übereingekommen, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1954:

1. Deutschland von der Zahlung von Reparationen in jeder Form sowie von der Bezahlung der Nachkriegsstaatsschulden an die vier Mächte — die Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und die Sowjet-

union —, mit Ausnahme der Verbindlichkeiten auf Grund von Handelsverpflichtungen, gänzlich befreit wird;

2. die Höhe der Ausgaben, die mit dem Aufenthalt von Truppen der vier Mächte auf dem Territorium Deutschlands zusammenhängen, bis zum Umfang der jährlichen Ausgaben verringert wird, die fünf Prozent der Einnahmen des Staatshaushaltes der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik nicht übersteigen;

3. Deutschland von der Bezahlung der Schulden für Besatzungskosten der vier Mächte in ausländischer Währung, die nach 1945 entstanden sind, gänzlich befreit wird.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 7. Februar 1954.

## Vorschlag des sowjetischen Außenministers Molotow über die Gewährleistung der Sicherheit in Europa vorgelegt am 10. Februar 1954

1. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion übernehmen die Verpflichtung, die Bemühungen fortzusetzen, die auf eine befriedigende Lösung der Deutschlandfrage im Einklang mit den Grundsätzen der Aufrechterhaltung des Friedens und der nationalen Freiheit sowie auf die Wahrung der Rechte aller anderen europäischen Staaten gerichtet sind, die daran interessiert sind, daß von keinem Staat eine Verletzung ihrer nationalen Interessen und der Sicherheit zugelassen wird.

2. Bis zum Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland und bis zur Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage werden folgende Maßnahmen verwirklicht:

a) Vom Territorium sowohl Ost- als auch Westdeutschlands werden — für die Sowjetunion in bezug auf Ostdeutschland, für die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich in bezug auf Westdeutschland — innerhalb von sechs Monaten die Besatzungstruppen gleichzeitig abgezogen mit Ausnahme von beschränkten Kontingenten, die für die Erfüllung der sich aus den Kontrollaufgaben der vier Mächte ergebenden Ueberwachungsfunktionen zurückgelassen werden. Die Frage der Stärke dieser Kontingente unterliegt einer Vereinbarung zwischen den Regierungen der vier Mächte.

b) Für den Fall, daß in dem einen oder dem anderen Teil Deutschlands eine Gefahr für die Sicherheit entsteht, behalten sich die Mächte, die gegenwärtig Besat-

zungsfunktionen in Deutschland ausüben, das Recht vor, ihre Truppen heranzuziehen: die Sowjetunion — in bezug auf Ostdeutschland — und die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich — in bezug auf Westdeutschland.

c) Zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zur Bewachung der Grenzen werden die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik über Polizeieinheiten verfügen, deren Stärke und Bewaffnung von den vier Mächten vereinbart werden müssen. Zur Ueberwachung der Erfüllung dieser Vereinbarung in Ost- und in Westdeutschland werden aus Vertretern der vier Mächte Inspektionsgruppen gebildet.

3. Im Einklang mit den oben dargelegten Bestimmungen, deren Erfüllung die Neutralisierung Deutschlands und die Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Lösung des Deutschlandproblems im Interesse der Festigung des Friedens in Europa gewährleistet, werden die vier Mächte unverzüglich Maßnahmen treffen, um den Abschluß eines Vertrages zwischen den europäischen Staaten über die kollektive Sicherheit zu fördern, der entsprechende Garantien gegen Aggression und Verletzung des Friedens in Europa vorsieht. Zu diesem Zweck sind die vier Mächte übereingekommen, die Initiative zur Einberufung einer entsprechenden Konferenz der europäischen Staaten zu ergreifen.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 11. Februar 1954.

## Entwurf der Sowjetregierung für einen gesamteuropäischen Vertrag über die kollektive Sicherheit in Europa

vorgelegt am 10. Februar 1954

Zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit sowie zur Vorbeugung einer Aggression gegen irgendeinen Staat in Europa, zur Festigung der internationalen Zusammenarbeit in Uebereinstimmung mit den Prinzipien der Achtung der Unabhängigkeit und der Souveränität der Staaten sowie der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten,

bestrebt, der Bildung von Gruppierungen der einen europäischen Staaten gegen die anderen europäischen Staaten, die Verschärfung und Reibungen in den Beziehungen zwischen den Ländern hervorrufen, vorzubeugen

und eine Uebereinstimmung der Bemühungen aller europäischen Staaten zur Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa zu erzielen,

schließen die europäischen Staaten, geleitet von den Zielen und Prinzipien der UN-Charta, den gesamteuropäischen Vertrag über die kollektive Sicherheit in Europa auf folgenden Grundlagen:

1. Teilnehmer am Vertrag können — unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung — alle europäischen Staaten sein, die die Ziele anerkennen und die Verpflichtungen übernehmen, die vom Vertrag vorgesehen werden.



Bis zur Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates können die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik gleichberechtigte Partner dieses Vertrages sein. Dabei ist vorgesehen, daß nach der Vereinigung Deutschlands der einheitliche deutsche Staat auf den allgemein gültigen Grundlagen Partner dieses Vertrages werden kann.

Der Abschluß des Vertrages über die kollektive Sicherheit in Europa berührt nicht die Befugnisse der vier Mächte — der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs — in der Deutschlandfrage, die gemäß dem früher von den vier Mächten festgesetzten Verfahren zu regeln ist.

2. Die Vertragspartner verpflichten sich, sich jedes gegenseitigen Ueberfalls sowie jeder Gewaltandrohung oder -anwendung in ihren internationalen Beziehungen zu enthalten und — im Einklang mit der UN-Charta — alle Streitigkeiten, die zwischen ihnen entstehen können, mit friedlichen Mitteln so zu regeln, daß der internationale Friede und die Sicherheit in Europa nicht bedroht werden.

3. Die Vertragspartner werden sich jedesmal, wenn nach Ansicht eines von ihnen die Gefahr eines bewaffneten Ueberfalls in Europa auf einen oder mehrere Vertragspartner entstanden ist, gegenseitig konsultieren, um wirksame Maßnahmen zur Beseitigung einer derartigen Gefahr und zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in Europa zu treffen.

4. Ein bewaffneter Ueberfall in Europa auf einen oder mehrere Vertragspartner seitens eines Staates oder einer Gruppe von Staaten wird als ein Ueberfall auf alle Vertragspartner betrachtet. Im Falle eines solchen Ueberfalls wird jeder Vertragspartner in Verwirklichung seines Rechts auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung dem Staat oder den Staaten, die einem solchen Ueberfall ausgesetzt wurden, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, Hilfe erweisen, um den internationalen Frieden und die Sicherheit in Europa wiederherzustellen und zu erhalten.

5. Die Vertragspartner verpflichten sich, in kürzester Frist gemeinsam ein Verfahren zu erörtern und festzulegen, das die Hilfeleistung, darunter auch die Leistung militärischer Hilfe seitens der Vertragspartner, für den Fall bestimmt, daß in Europa eine Situation entsteht, die kollektive Bemühungen für die Wiederherstellung

und die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa erfordert.

6. Im Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Organisation der Vereinten Nationen werden die Vertragspartner an den Sicherheitsrat der UN unverzüglich Informationen über die Maßnahmen richten, die in Verwirklichung des Rechtes auf Selbstverteidigung oder zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa getroffen wurden oder vorgesehen sind.

7. Die Vertragspartner übernehmen die Verpflichtung, sich nicht an Koalitionen oder Bündnissen zu beteiligen und keine Abkommen zu schließen, deren Ziele in Widerspruch zu den Zielen des Vertrages über die kollektive Sicherheit in Europa stehen.

8. Zur Durchführung der im Vertrag vorgesehenen Konsultationen zwischen den Vertragspartnern und zur Behandlung der im Zusammenhang mit der Aufgabe der Gewährleistung der Sicherheit in Europa entstehenden Fragen sind vorzusehen:

- a) periodische und gegebenenfalls Sonderberatungen, bei denen jeder Staat durch ein Regierungsmitglied oder durch einen anderen Sonderbevollmächtigten vertreten wird;
- b) Bildung eines Ständigen Politischen Beratungsausschusses, zu dessen Pflichten die Vorbereitung entsprechender Empfehlungen an die Regierungen der Vertragspartner gehört;
- c) Bildung eines militärischen Beratungsorgans, dessen Befugnisse zusätzlich zu bestimmen sind.

9. In Anerkennung der besonderen Verantwortung für die Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit, die die Ständigen Mitgliedstaaten des UN-Sicherheitsrates tragen, werden die Vertragspartner die Regierungen der Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China auffordern, ihre Vertreter als Beobachter in die gemäß dem Vertrag zu schaffenden Organe zu entsenden.

10. Dieser Vertrag wird in keiner Weise die Gültigkeit der Verpflichtungen beeinträchtigen, die in den internationalen Verträgen und Abkommen zwischen den europäischen Ländern enthalten sind und deren Grundsätze und Ziele im Einklang mit den Grundsätzen und Zielen dieses Vertrages stehen.

11. Die Gültigkeitsdauer dieses Vertrages beträgt 50 Jahre.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 11. Februar 1954.

## Die Konzeption der Westmächte für die Sicherheit in Europa

Auszug aus der Rede des französischen Außenministers Bidault am 15. Februar

Ich habe bereits die Konzeptionen angedeutet, die hinsichtlich des Problems der Sicherheit unter Berücksichtigung der legitimen Interessen des Westens und des Ostens darzulegen die französische Delegation den Auftrag hat. Wir glauben, daß diese Sicherheit in Europa und überall in der Welt nur durch die Begrenzung und die kontrollierte Herabsetzung der Waffen erlangt werden wird. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, stehen wir unter einer Konzeption, die niemand voll und ganz zufriedenstellt: nämlich daß man resigniert die Mängel der anderen Seite akzeptiert; ein Zustand, den man das friedliche Nebeneinanderbestehen nennt. Das hat zur grundsätzlichen Bedingung, daß jeder das akzeptiert, was

auf der anderen Seite besteht. Ich versichere, daß uns das nicht genehm ist. Wir geben nicht vor, daß unser Ideal dem anderen mit Gewalt aufgezwungen werden solle, aber ganz sicher werden wir niemals dem zustimmen, was man uns aufzwingen will: nämlich ein System, das wir nicht erwählt haben würden. Es ergibt sich hieraus, daß die Westmächte Europas zu den Bündnissen halten, die sie unter sich und mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen haben, die zweimal unter Einsetzung eines unschätzbaren Preises für sie interveniert haben. In ihren Augen sind diese Bündnisse das wirksamste Mittel, um der Wiederholung von Unglücken vorzukommen, die sie einmal erfahren haben. Aber diese

Bündnisse schließen niemanden aus und sind voll und ganz mit den Verpflichtungen vereinbar, die uns wiederum an die Sowjetunion binden.

Und in diesem allgemeinen Rahmen werfe ich das Problem Europas und Deutschlands auf. Um das deutsche Problem zu lösen, haben wir eine kollektive Anstrengung unternommen; wir haben diese Anstrengung in dem Rahmen unternommen, der uns aufgezwungen war. Wir glauben in der Tat, daß sich Europa auf der Grundlage eines gemeinsamen Willens und einer gemeinsamen Zusammenarbeit konstituieren wird, und nicht auf der Grundlage von geographischen oder theoretischen Erwägungen. Die Bemühung um eine Vereinigung ist nicht gegen irgend jemand gerichtet. Sie ist progressiv. Sie kann sich um so mehr an neue Situationen anpassen, da sie nur erst — ich wiederhole das — in der Planung begriffen ist und sich in der Achtung vor der Wahl eines jeden Teilnehmers vollzieht.

Diese Bemühung um die Errichtung Europas hat die gemeinsame Prosperität zum Ziel, sie will aber vor allem anderen den Frieden sichern. Genau wie die von uns im Verlauf dieser Konferenz vorgelegten Vorschläge fügt sie sich in eine allgemeine Konzeption der Sicherheit ein. Es bleibt lediglich, die Tatsachen dieser Konzeption kurz zu formulieren, die heute wie gestern auch die Grundlage der Politik der Regierung der Republik ist.

1. Die kollektive Sicherheit ist zuerst durch die Welt-sicherheitsorganisation, die Vereinten Nationen, gewährleistet. In diesem allgemeinen Rahmen finden regionale Organisationen rein defensiven Charakters, deren Ausdehnung von der Gemeinsamkeit des gewisse Völker verbindenden Ideals und deren Interessen bestimmt ist, natürlicherweise ihren Platz.

2. Diese regionalen defensiven Organisationen können grundsätzlich nicht durch die geographischen Grenzen eines Kontinents eingeengt werden. Das gilt insbesondere für Europa. Die Sowjetunion weiß selbst sehr gut, daß ihr Gebiet sich bis weit über Europa hinaus erstreckt. Im Zeitalter der Flugzeuge mit Uberschallgeschwindigkeit gibt es keine an einen Kontinent gebundene Sicherheit; und das gilt für jeden beliebigen Teil der Welt.

3. Eine allgemeine europäische Regelung würde einen wesentlichen Beitrag für die allgemeine Sicherheit bringen. Europa muß eine Heimstatt des Friedens sein. Hierfür ist es vor allem erst einmal nötig, den Folgen des Krieges ein Ende zu setzen und die territoriale Situation in Europa unter Bedingungen zu stabilisieren, die eine dauernde Befriedung zu sichern geeignet sind. Der erste Schritt zur Erreichung dieses

Zieles ist daher der Abschluß einer Regelung für Deutschland und des Staatsvertrages für Oesterreich.

Die Krönung dieser territorialen Regelung könnte die Errichtung von gemeinsamen Institutionen unter den europäischen Staaten sein mit dem Ziel der Verstärkung der Sicherheitsgarantien, die schon durch die bestehenden Organisationen gegeben sind. Die Schaffung einer solchen europäischen Organisation erfordert die progressive Wiederaufnahme normaler Beziehungen unter den europäischen Ländern auf der Grundlage der Achtung der menschlichen Person und der Grundrechte des Menschen.

4. Was Deutschland angeht, so muß die Sicherheit seiner Nachbarn unter allen Umständen gewährleistet sein. Diese Sicherheit kann vor dem Friedensvertrag nicht bedroht werden infolge der Anwesenheit der Truppen der vier Mächte, die dort stationiert sind, um die Sicherheit zu garantieren. Nach dem Vertrag wird Deutschland — und zwar das Deutschland in einer defensiven Verbindung — nicht über militärische Streitkräfte verfügen, die seinen eigenen Entschlüssen unterstehen.

Die Sicherheit in bezug auf Deutschland wäre in folgender Weise garantiert:

- a) Die Beistandsabkommen, die während des Krieges abgeschlossen worden sind, treten im Falle der Aggression in Funktion.
- b) Deutschland kann auf militärischem Gebiet nicht aus eigenem Ermessen handeln; und das schließt jede Möglichkeit der Aggression aus.
- c) Deutschland, das die Verpflichtungen der Charta der Vereinten Nationen übernimmt, ist ohne Einschränkung Partner am Weltsystem der Sicherheit.
- d) Die Regierung des Vereinigten Deutschland mußte sich verpflichten, daß sie nicht die Bestimmungen zu modifizieren versucht, die seine Aktionsfreiheit auf militärischem Gebiet begrenzen.

Alle diese Bestimmungen verfolgen das Ziel, Deutschland den Platz wiederzugeben, der ihm in der Gemeinschaft der friedliebenden Staaten zukommt, und gleichzeitig jede Bedrohung für die Sicherheit der europäischen Völker von dieser Seite auszuschalten.

Endlich ist es notwendig, unsere Bemühungen im Rahmen der Vereinten Nationen weiterzuverfolgen, die darauf abzielen, allmählich zu jener voll und ganz zufriedenstellenden Form der kollektiven Sicherheit zu gelangen, welche die allgemeine, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung darstellen würde.

Das sind die wesentlichen Grundsätze, auf denen unserer Ansicht nach die Sicherheit gegründet sein muß.

Quelle: *Die Neue Zeitung* vom 16. Februar 1954.

## Vorschläge des sowjetischen Außenministers Molotow zur Regelung innerdeutscher Fragen

vorgelegt am 17. Februar 1954

### Bildung gesamtdeutscher Komitees für wirtschaftliche und kulturelle Fragen

In Anerkennung dessen, daß die Erleichterung und die Erweiterung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen West- und Ostdeutschland für Deutschland wichtig sind, sowie in Anerkennung der Notwendigkeit der Schaffung günstiger Bedingungen für die Entwicklung der deutschen

nationalen Kultur ist den entsprechenden Organen West- und Ostdeutschlands zu empfehlen:

- a) ein Gesamtdeutsches Komitee mit den Funktionen der Abstimmung und Koordinierung auf dem Gebiete des Handels, der Finanzberechnungen, des Verkehrs, der Grenz- und anderen in Verbindung mit wirtschaftlichen Beziehungen stehenden Fragen zu bilden;



b) ein Gesamtdeutsches Komitee zur Förderung kultureller, wissenschaftlicher und sportlicher Beziehungen zu bilden, um die bei der Entwicklung der deutschen nationalen Kultur bestehenden Hindernisse zu beseitigen.

### Uebereinkommen über Polizeikräfte in beiden Teilen Deutschlands

Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der

Vereinigten Staaten und der Sowjetunion halten es für wünschenswert, daß ein Uebereinkommen der Seiten in bezug auf die deutsche Polizei sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland einschließlich der Fragen der Stärke und der Bewaffnung aller Arten der Polizei erreicht wird.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 18. Februar 1954.

## Neue Vorschläge der Sowjetunion zum europäischen Sicherheitsproblem

Note der Sowjetregierung an die Westmächte vom 31. März 1954

Die Sowjetregierung erachtet es für notwendig, die Regierung Frankreichs auf folgendes aufmerksam zu machen:

Die Sowjetunion führt nach wie vor konsequent eine Politik des Friedens und der Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten durch. Das fand seinen Ausdruck in den Vorschlägen, die die Sowjetregierung in der Organisation der Vereinten Nationen zur allgemeinen Verringerung der Rüstungen sowie zum Verbot der Atomwaffe und der anderen Massenvernichtungswaffen einbrachte.

Die Lösung der Aufgabe der allgemeinen Rüstungsverringerung sowie des Verbots der Atomwaffe und der anderen gefährlichsten Massenvernichtungswaffen würde die schwere Last, die die Völker heute infolge des fortgesetzten Wettrüstens zu tragen haben, gewaltig erleichtern und die Gefahr abwenden, daß große wissenschaftliche Entdeckungen, wie die Entdeckung von Verfahren zur Ausnutzung der Atomenergie, für Zerstörungszwecke mißbraucht werden. Die Lösung dieser Aufgabe würde von außerordentlicher Bedeutung für die Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker sein.

Bisher ist es bekanntlich wegen der aufgetretenen Schwierigkeiten nicht gelungen, entsprechende internationale Abkommen über die genannten wichtigen Fragen zu erzielen. Dieser Umstand darf jedoch die Bedeutung der Bemühungen der Staaten und vor allem der Großmächte, die die besondere Verantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens tragen, zur Erzielung derartiger Abkommen nicht herabmindern. Was die Sowjetunion anbelangt, so wird sie auch weiterhin auf der Notwendigkeit bestehen, eine beträchtliche Verringerung der Rüstungen und der Streitkräfte der Staaten und ein Abkommen herbeizuführen, das den Mißbrauch der Atomenergie zu Zerstörungszwecken und zur Massenvernichtung von Menschen verhindert. Die Bedeutung derartiger Bemühungen der Staaten wird immer größer, besonders weil die Zerstörungskraft der Atomwaffe unaufhörlich wächst und es darüber hinaus die Wasserstoffwaffe gibt, deren Wirksamkeit die der Atomwaffe um ein Vielfaches übertrifft. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß die Verwendung der Atom- und Wasserstoffwaffe im Kriege den Völkern unermessliches Unglück bringen würde und gleichbedeutend wäre mit der Massenvernichtung der friedlichen Bevölkerung, der Zerstörung großer Städte, der Zentren der modernen Industrie, Kultur und Wissenschaft, darunter auch der ältesten Zentren der Zivilisation, die die größten Hauptstädte der Staaten der Welt sind.

Wenn die Sowjetregierung Schritte unternimmt, um

den Abschluß eines Uebereinkommens in den genannten wichtigen Fragen zu erleichtern, so geht sie auch davon aus, daß noch andere bisher ungenutzte Möglichkeiten für die Festigung des Friedens vorhanden sind.

In diesem Zusammenhang muß vor allem die Bedeutung der Festigung der Sicherheit in Europa hervorgehoben werden, da die Erhaltung des Friedens in Europa für die Erhaltung des Weltfriedens und für die Verhinderung eines neuen Weltkrieges von entscheidender Bedeutung ist.

Davon ausgehend, hat die Sowjetregierung auf der Berliner Konferenz der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ihren Vorschlag „Ueber die Gewährleistung der Sicherheit in Europa“ eingebracht und in diesem Zusammenhang einen Entwurf für die Grundlagen eines „Gesamteuropäischen Vertrages über die kollektive Sicherheit in Europa“ vorgelegt.

Der Vertragsentwurf sieht die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems auf der Grundlage der kollektiven Bemühungen aller Staaten Europas vor. Unterzeichner des Vertrages können alle europäischen Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, sein, darunter auch Deutschland, wobei bis zur Vereinigung Deutschlands die Deutsche Demokratische Republik und die Deutsche Bundesrepublik dem Vertrag beitreten könnten. Bei einem bewaffneten Ueberfall auf eine der Signatarmächte sieht der Vertrag vor, daß zur Wiederherstellung und zur Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit in Europa dem überfallenen Staat mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einschließlich der Anwendung von Waffengewalt Hilfe erwiesen wird.

Somit ist der Entwurf für die Grundlagen eines gesamteuropäischen Vertrages in Uebereinstimmung mit den Prinzipien der Charta der Organisation der Vereinten Nationen auf die Schaffung eines wirksamen kollektiven Sicherheitssystems in Europa gerichtet.

Durch die Schaffung eines gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitssystems würde der Bildung einander gegenüberstehender militärischer Staatengruppierungen in Europa ein Ende gesetzt werden. Die Bildung derartiger Gruppierungen führt unweigerlich zur Zuspitzung der Beziehungen sowie zur Verschärfung der Feindschaft und des Mißtrauens zwischen den Staaten, ganz zu schweigen davon, daß sie begleitet ist von einem Wettrüsten mit allen sich für die Völker daraus ergebenden Folgen. Man muß auch in Betracht ziehen, daß die Bildung einer militärischen Staatengruppierung unweigerlich entspre-

chende Maßnahmen der anderen Staaten zum Schutz ihrer Sicherheit hervorruft.

Infolgedessen ergibt sich eine Situation, in der die Beziehungen zwischen den Staaten nicht auf dem Streben nach gegenseitiger Zusammenarbeit zur Erhaltung des Friedens beruhen, sondern darauf, daß bestimmte Staaten anderen Staaten entgegengestellt werden, was unausbleiblich eine Verschärfung der Spannung in den Beziehungen zwischen den Staaten und damit auch eine Verstärkung der Gefahr eines neuen Krieges nach sich zieht. In diesem Zusammenhang kann man auch nicht außer acht lassen, daß sowohl dem Ersten Weltkrieg als auch dem Zweiten Weltkrieg die Schaffung einander gegenüberstehender militärischer Staatengruppierungen, die Spaltung Europas in zwei feindliche Lager vorausgegangen war. Hierbei darf man nicht vergessen, welche besonders gefährliche Rolle der deutsche Militarismus in diesen militärischen Gruppierungen und bei der Entfesselung des Ersten und des Zweiten Weltkrieges gespielt hat.

All das unterstreicht die Bedeutung der Frage, daß der Politik der Bildung einander gegenüberstehender militärischer Staatengruppierungen eine Politik der effektiven Zusammenarbeit aller europäischen Staaten bei der Erhaltung und Festigung des Friedens entgegengesetzt werde.

Eine solche Zusammenarbeit zwischen allen, den großen wie den kleinen europäischen Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, würde es möglich machen, eine Situation zu vermeiden, in der Europa, wie die Erfahrungen der Geschichte der europäischen Staaten im letzten Jahrhundert lehren, periodisch in verheerende Kriege gestürzt wird.

Deshalb hat die Sowjetregierung die Regierung Frankreichs wie auch die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten wiederholt darauf aufmerksam gemacht, welche Gefahr mit der Bildung militärischer Staatengruppierungen verbunden ist. Insbesondere hat die Sowjetregierung hierauf aufmerksam gemacht angesichts der Pläne zur Schaffung der sogenannten „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“, die zur Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus mit allen sich daraus ergebenden gefährlichen Folgen für die Sache des Friedens in Europa und besonders für die Sicherheit der Nachbarstaaten Westdeutschlands führen.

Bekanntlich sehen die Pläne zur Schaffung der „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ die Bildung einer begrenzten militärischen Gruppierung von sechs europäischen Staaten vor, unter deren Flagge die aus den Streitkräften Frankreichs, Italiens, Belgiens, Hollands, Luxemburgs und Westdeutschlands bestehende sogenannte „Europaarmee“ aufgestellt wird. In dieser „Europaarmee“ wird den westdeutschen Streitkräften mit hitlerfaschistischen Generalen an der Spitze die Hauptrolle zugewiesen, und zwar im Widerspruch zu den Verpflichtungen, die Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten gemeinsam mit der Sowjetunion für die Verhinderung des Wiedererstehens des deutschen Militarismus übernommen haben, wobei schon heute Pläne zur Aufstellung von mehreren Dutzend westdeutscher Divisionen geschmiedet werden.

Wohlbekannt ist auch, daß sich die herrschenden Kreise Westdeutschlands im Zusammenhang mit den Plänen zur Organisation der „Europaarmee“ offen das Ziel setzen,

die Remilitarisierung Westdeutschlands zu beschleunigen und Maßnahmen zur Aufstellung regulärer Streitkräfte aller Waffengattungen durchzuführen, und daß sie es schon nicht mehr für nötig halten, ihre Aggressionsabsichten gegen die Nachbarstaaten zu verhehlen. Die friedliebenden Völker Europas und besonders die Nachbarn Westdeutschlands sind daher angesichts der Gefahr, die der wiedererstehende deutsche Militarismus und die Eingliederung Westdeutschlands in die „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ darstellen, mit Recht um ihre Sicherheit besorgt.

Geht man den Weg der Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und der Schaffung militärischer Gruppierungen in Europa, so bedeutet das nicht nur, der Festigung des Friedens nicht zu dienen, sondern sogar auf die Vorbereitung eines neuen Krieges hinzusteuern.

Dabei ist es heute wie nie zuvor notwendig, daß alle friedliebenden Staaten und in erster Linie die Großmächte ihre Kräfte dafür einsetzen, einen neuen Krieg zu verhindern, damit die Völker Europas, darunter auch das deutsche Volk, nicht in einen neuen Krieg gestürzt werden, der unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine besondere Gefahr für die Völker darstellt. Diese Aufgabe kann erfolgreich gelöst werden, wenn in Europa an Stelle der einander gegenüberstehenden militärischen Gruppierungen europäischer Staaten ein auf den gemeinsamen Bemühungen aller europäischen Staaten beruhendes Sicherheitssystem geschaffen wird.

Die Schaffung eines solchen kollektiven Sicherheitssystems in Europa entspricht zugleich den Interessen der Festigung des Weltfriedens. Gerade deshalb hat der Gedanke der kollektiven Sicherheit in Europa besonders nach der Berliner Konferenz bei einer Reihe von Staaten sowie in breiten internationalen Kreisen bereits aktive Unterstützung gefunden.

Auf der Berliner Konferenz traten bei der Erörterung des sowjetischen Vorschlags zum Abschluß eines Gesamt-europäischen Vertrages Differenzen zutage, die es nicht erlaubten, zu einem gemeinsamen Beschluß zu gelangen. In Anbetracht der Bedeutung eines entsprechenden Uebereinkommens in dieser wichtigen Frage hält es die Sowjetregierung jedoch für zweckmäßig, die Erörterung dieses Vorschlags fortzusetzen.

Im Zusammenhang mit der Erörterung des sowjetischen Vorschlags über die Gewährleistung der kollektiven Sicherheit in Europa wurde der Meinung Ausdruck gegeben, es sei unerwünscht, daß die Vereinigten Staaten von Amerika einem Vertrag über die kollektive Sicherheit in Europa fernbleiben. In Anbetracht dieses Umstandes und der Teilnahme der Vereinigten Staaten am gemeinsamen Kampf gegen die Hitleraggression während des Zweiten Weltkrieges sowie der Verantwortung, die die Vereinigten Staaten gemeinsam mit der Sowjetunion, Frankreich und Großbritannien für die Nachkriegsregelung in Europa tragen, und in Anbetracht des durch die Regierung der Vereinigten Staaten auf der Berliner Konferenz dargelegten Standpunktes erblickt die Sowjetregierung ihrerseits keine Hindernisse, die einer positiven Lösung der Frage der Teilnahme der Vereinigten Staaten an einem „Gesamteuropäischen Vertrag über die kollektive Sicherheit in Europa“ im Wege stehen würden.

Damit müßte die Schwierigkeit für die Erzielung eines Uebereinkommens über die Frage der Schaffung eines



kollektiven Sicherheitssystems in Europa, auf die bisher hingewiesen wurde, wegfallen.

Bei der Erörterung des sowjetischen Vorschlags über einen Gesamteuropäischen Vertrag wurde auf der Berliner Konferenz auch die Frage berührt, welcher Platz und welche Rolle der „Organisation des Nordatlantikpaktes“ im Zusammenhang mit der Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa zukäme. Dabei behauptete der Vertreter Frankreichs ebenso wie die Vertreter Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, der Nordatlantikpakt trage defensiven Charakter und sei gegen keinen Staat und keine Staatengruppe gerichtet. Solche Erklärungen zum sowjetischen Vorschlag über die Frage der Schaffung eines gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitssystems werden von offiziellen Vertretern Frankreichs sowie der Vereinigten Staaten und Großbritanniens auch nach der Berliner Konferenz abgegeben.

Die Haltung der Sowjetregierung zum Nordatlantikpakt ist wohl bekannt. Die Regierung der Sowjetunion teilte nicht den Standpunkt, daß der erwähnte Vertrag ein Defensivvertrag sei, und kann diesen Standpunkt auch heute nicht teilen. Dabei geht die Sowjetregierung davon aus, daß der Nordatlantikpakt eine begrenzte Staatengruppierung schafft und die Aufgabe der Verhütung einer deutschen Aggression außer acht läßt; da von den Großmächten, die zur Antihitlerkoalition gehörten, allein die Sowjetunion an diesem Pakt nicht beteiligt ist, kann der Nordatlantikpakt nur als aggressiver Pakt angesehen werden, der gegen die Sowjetunion gerichtet ist.

Es ist vollkommen klar, daß die „Organisation des Nordatlantikpaktes“ unter entsprechenden Bedingungen

ihren aggressiven Charakter verlieren könnte, wenn alle Großmächte, die zur Antihitlerkoalition gehörten, an ihr teilnehmen würden. Geleitet von den unabänderlichen Prinzipien ihrer friedlichen Außenpolitik und im Bestreben, die Spannung in den internationalen Beziehungen zu mildern, erklärt sich die Sowjetregierung daher bereit, gemeinsam mit den interessierten Regierungen die Frage der Beteiligung der Sowjetunion am Nordatlantikpakt zu erörtern.

Da die Regierung Frankreichs sowie die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten erklären, daß sie die Milderung der internationalen Spannung und die Festigung des Friedens anstreben, könnte man ein positives Verhalten ihrerseits dazu erwarten, daß Maßnahmen zur Gewährleistung einer Situation getroffen werden, in der der Nordatlantikpakt wirklich defensiven Charakter erlangen würde und Bedingungen entstünden, die die Möglichkeit der Einbeziehung dieses oder jenes Teils Deutschlands in militärische Gruppierungen ausschalten würden. In diesem Fall würde die „Organisation des Nordatlantikpaktes“ aufhören, eine begrenzte Staatengruppierung zu sein; sie würde anderen europäischen Staaten offenstehen, was neben der Schaffung eines wirksamen kollektiven Sicherheitssystems in Europa von größter Bedeutung für die Festigung des Weltfriedens wäre.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß die in diesem Zusammenhang auftauchenden Fragen einer für alle interessierten Staaten befriedigenden Lösung im Interesse der Festigung des Friedens und der Sicherheit der Völker zugeführt werden könnten.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 2. April 1954.

## Dokumente zur Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik

### Erklärung der Sowjetregierung vom 25. März 1954

Die Regierung der Sowjetunion läßt sich unbeirrt von dem Bestreben leiten, zur Regelung des Deutschlandproblems in Uebereinstimmung mit den Interessen der Festigung des Friedens und der Sicherung der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage beizutragen.

Diesen Zielen sollen praktische Maßnahmen zur Annäherung Ost- und Westdeutschlands, die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen und der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland dienen.

Ungeachtet der Bemühungen der Sowjetunion wurden auf der vor kurzem durchgeführten Berliner Konferenz der Außenminister der vier Mächte keine Schritte zur Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands und zum Abschluß eines Friedensvertrages unternommen.

Angesichts dieser Lage und im Ergebnis von Verhandlungen der Sowjetregierung mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält es die Regierung der Sowjetunion für notwendig, schon jetzt, vor der Vereinigung Deutschlands und dem Abschluß eines Friedensvertrages, weitere Schritte zu unternehmen, die den Interessen des deutschen Volkes entgegenkommen, und zwar:

1. Die Sowjetunion nimmt mit der Deutschen Demokratischen Republik die gleichen Beziehungen auf wie mit anderen souveränen Staaten.

Die Deutsche Demokratische Republik wird die Freiheit besitzen, nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten einschließlich der Frage der Beziehungen zu Westdeutschland zu entscheiden.

2. Die Sowjetunion behält in der Deutschen Demokratischen Republik die Funktionen, die mit der Gewährleistung der Sicherheit in Zusammenhang stehen und sich aus den Verpflichtungen ergeben, die der Sowjetunion aus den Viernächteabkommen erwachsen.

Die Sowjetregierung hat die Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zur Kenntnis genommen, daß sie die Verpflichtungen einhalten wird, die sich für die Deutsche Demokratische Republik aus dem Potsdamer Abkommen über die Entwicklung Deutschlands als eines demokratischen und friedliebenden Staates ergeben, sowie die Verpflichtungen, die mit dem zeitweiligen Aufenthalt sowjetischer Truppen auf dem Gebiet der DDR in Zusammenhang stehen.

3. Die Ueberwachung der Tätigkeit der staatlichen Organe der Deutschen Demokratischen Republik, die bis-

her vom Hohen Kommissar der Sowjetunion in Deutschland wahrgenommen wurde, wird aufgehoben.

In Übereinstimmung damit werden die Funktionen des Hohen Kommissars der Sowjetunion in Deutschland auf den Kreis der Fragen beschränkt, die mit der obengenannten Gewährleistung der Sicherheit und mit der Aufrechterhaltung der entsprechenden Verbindungen mit den Vertretern der Besatzungsbehörden der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs in den Fragen gesamtdeutschen Charakters in Zusammenhang stehen und die sich aus den vereinbarten Beschlüssen der vier Mächte über Deutschland ergeben.

## Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 27. März 1954

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich seit ihrem Bestehen als Hauptziel ihrer Politik die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands, die Erlangung eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland und die Festigung des Friedens mit allen anderen Völkern gestellt. Dabei fördert sie alle Maßnahmen, die der Annäherung und Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschland, der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen und dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland dienen.

Trotz ihrer Vorschläge auf Mitwirkung der Deutschen an der Viererkonferenz in Berlin, trotz der Bemühungen der sowjetischen Delegation, die den Interessen des deutschen Volkes und den Vorschlägen im Memorandum der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 30. Januar 1954 entsprechen, ist auf dieser Konferenz kein Übereinkommen zur Lösung der deutschen Frage erzielt worden.

Nach der Ablehnung einer demokratischen Lösung des Deutschlandproblems durch die drei Westmächte auf der Berliner Konferenz der Außenminister haben zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Verhandlungen stattgefunden. Infolge dieser Verhandlungen hat die Regierung der Sowjetunion angesichts dieser Lage einen Beschluß gefaßt, vor der Vereinigung Deutschlands und vor dem Abschluß eines Friedensvertrages weitere Schritte zu unternehmen, die den Interessen des deutschen Volkes entgegenkommen.

Es wird festgelegt:

1. Die Deutsche Demokratische Republik wird mit der Sowjetunion sowie mit anderen Staaten die gleichen Beziehungen unterhalten, wie sie unter souveränen Staaten üblich ist.

Die Deutsche Demokratische Republik hat die Freiheit, nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten einschließlich der Beziehungen zu Westdeutschland zu entscheiden.

2. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bestätigt ihre Erklärung, die sie im Verlaufe der Verhandlungen mit der Regierung der Sowjetunion abgegeben hat, wonach sie die Verpflichtungen einhalten wird, die sich für die Deutsche Demokratische Republik aus dem Potsdamer Abkommen über die Entwicklung Deutschlands als eines demokratischen und friedliebenden Staates ergeben, sowie die Verpflichtungen, die mit dem zeitweiligen Aufenthalt sowjetischer Truppen auf

dem Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik in Zusammenhang stehen.

Die Regierung der Sowjetunion ist der Ansicht, daß das Bestehen des „Besatzungsstatuts“, das von den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich für Westdeutschland festgelegt wurde, nicht nur mit den demokratischen Prinzipien und den nationalen Rechten des deutschen Volkes unvereinbar ist, sondern unter den gegenwärtigen Verhältnissen, da es die Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland erschwert, auch eines der Haupthindernisse auf dem Wege zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands ist.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 26. März 1954.

dem Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik in Zusammenhang stehen.

Die Sowjetunion behält in der Deutschen Demokratischen Republik die Funktionen, die mit der Gewährleistung der Sicherheit in Zusammenhang stehen und sich aus den Verpflichtungen ergeben, die der Sowjetunion aus den Viermächteabkommen erwachsen.

3. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nimmt den Beschluß der Regierung der Sowjetunion zur Kenntnis, daß die Ueberwachung der Tätigkeit der staatlichen Organe der Deutschen Demokratischen Republik aufgehoben ist, die bisher vom Hohen Kommissar der Sowjetunion in Deutschland wahrgenommen wurde.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik stellt mit Genugtuung fest, daß ihre unbeirrbare Politik des Friedens und der Demokratie, die dem Potsdamer Abkommen entspricht, zur Verkündung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik geführt hat.

Die Vereinbarung über die Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Deutschen Demokratischen Republik bestätigt, daß die konsequente Friedenspolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der einzige Weg ist, um das Vertrauen friedliebender Völker zu gewinnen.

Die Deutsche Demokratische Republik ist jetzt ein souveräner Staat, der in Übereinstimmung mit den Viermächtevereinbarungen eine Politik der Demokratie, des Friedens und der Sicherheit in Europa durchführt.

Westdeutschland dagegen befindet sich durch die Politik der drei Westmächte und der Adenauer-Regierung in einer abhängigen und erniedrigenden Lage. Es ist durch das Besatzungsstatut der drei Westmächte gefesselt und läuft Gefahr, durch die Bonner und Pariser Kriegsverträge auf 50 Jahre versklavt zu werden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist fest überzeugt, daß ein solcher würdeloser Zustand in Westdeutschland nicht von langer Dauer sein kann, weil er den nationalen Interessen des deutschen Volkes und ebenso den Erfordernissen der Sicherheit der europäischen Völker widerspricht.

Die Deutsche Demokratische Republik wird auch in Zukunft in ihrer Politik nur von den nationalen Interessen des deutschen Volkes und von der Erhaltung und Sicherung des Friedens ausgehen.

Darum ist die Regierung der Deutschen Demokrati-



schen Republik nach wie vor jederzeit zu Verhandlungen mit Vertretern Westdeutschlands bereit, die eine Verständigung über alle strittigen Fragen im Sinne der Festigung des Friedens und der Errichtung eines unabhängigen, einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland zum Ziele haben.

## Regierungserklärung Bundeskanzler Adenauers vor dem Deutschen Bundestag am 7. April 1954

Die Regierung der Sowjetunion hat am 25. März erklärt, daß sie mit der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik die gleichen Beziehungen aufnehmen wie mit anderen souveränen Staaten. Die DDR werde die Freiheit besitzen, nach eigenem Ermessen über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten einschließlich der Beziehungen zu Westdeutschland zu entscheiden.

Mit dieser Erklärung sucht die Sowjetregierung den Anschein zu erwecken, daß der von ihr besetzte Teil Deutschlands ein selbständiges, souveränen Staaten gleichgestelltes Staatswesen geworden sei.

Die sowjetische Erklärung vermag jedoch nichts gegen die Tatsache, daß es nur einen deutschen Staat gibt, gegeben hat und geben wird und daß es einzig und allein die Organe der Bundesrepublik Deutschland sind, die heute diesen niemals untergegangenen deutschen Staat vertreten. Daran ändert auch die schmerzliche Wirklichkeit nichts, daß die deutsche Staatsgewalt heute nicht einheitlich in allen Teilen Deutschlands ausgeübt werden kann.

In jenen Teilen Deutschlands, in denen heute das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gilt, konnten die Organe des deutschen Staates nach 1945 auf rechtmäßigem Wege — d. h. durch freie Wahlen, die den unverfälschten Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck brachten — wiedergeschaffen werden. In allen Ländern der heutigen Bundesrepublik haben nach 1945 freie Wahlen stattgefunden, aus denen Volksvertretungen und verfassungsmäßig geordnete, verantwortliche Regierungen hervorgegangen sind. Vertreter der frei gewählten Landtage haben sich zu einer verfassungsgebenden Versammlung zusammengefunden und haben im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland eine freiheitlich-demokratische Verfassung geschaffen, die von den Volksvertretungen der Länder geprüft und angenommen worden ist. In den Bundestagswahlen von 1949 und 1953 hat sich das deutsche Volk unmittelbar zu dieser neuen verfassungsmäßigen Ordnung Deutschlands bekannt. Schon 1949 bei einer Wahlbeteiligung von 78,5 vH erhielten die Kommunisten nur 1,5 von 25 Millionen Stimmen, also 6 vH, 1953 erhielten sie bei der sehr starken Wahlbeteiligung von 86,2 vH nur noch etwas über 600 000 von 28 Millionen Stimmen, d. h. nur noch 2,2 vH.

Diese Zahlen beweisen, wie das deutsche Volk über ein kommunistisches Regime denkt, das nicht wagen kann, in der von ihm beherrschten Zone freie Wahlen abzuhalten, das die Länder mit ihren Volksvertretungen unter Bruch der eigenen Verfassung beseitigt hat und dessen „Volkskammer“ die willenlose Untertunigkeit des Hitlehns Reichstages noch überbietet — ein Regime, dessen einzig entscheidende Partei eine verhaßte Minderheit bildet und das sich am 17. Juni 1953 nur mit brutaler Anwendung von Waffengewalt gegen die Empörung und

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt auch ihre Bereitschaft zur Entwicklung und Pflege guter und friedlicher Beziehungen zu allen Völkern auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung.

Quelle: *Tägliche Rundschau* vom 28. März 1954.

Verzweiflung der gesamten Bevölkerung am Ruder halten konnte.

Die Bundesrepublik war und ist daher berechtigt, auch für jene 18 Millionen Deutschen zu handeln und zu sprechen, denen schon 1949 versagt war, bei der Schaffung des Grundgesetzes mitzuwirken, und die bis zum heutigen Tage nicht die Freiheit haben, ihren politischen Willen zum Ausdruck zu bringen. Die Bundesregierung fühlt sich deshalb nach wie vor verpflichtet, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Verbindung zu den Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone offenzuhalten. Sie wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um die tragischen Folgen der Teilung Deutschlands zu überwinden.

Niemals werden wir anerkennen, daß die durch List, Betrug und Gewalt zur Herrschaft gelangten Machthaber der Sowjetzone befugt sind, deutsche Staatsgewalt auszuüben. Wir würden uns selbst entehren und alle Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft beleidigen, wenn wir jene Machthaber als Partner beim Werke der Wiedervereinigung Deutschlands anerkennen würden. Ein freies Deutschland könnte aus der Zusammenarbeit mit ihnen nicht hervorgehen. Niemals werden wir uns mit der Spaltung Deutschlands abfinden und die Existenz zweier deutscher Staaten hinnehmen.

Diese Spaltung, die das Ergebnis einer durch Jahre hindurch konsequent betriebenen Abschnürungspolitik der Sowjets ist, steht im Widerspruch zu den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts sowohl wie auch zu den vertraglichen Verpflichtungen, welche die vier Besatzungsmächte 1945 untereinander eingegangen sind. Eine Besatzungsmacht hat nicht das Recht, ihre Besatzungsgewalt zur politischen Zerreißung Deutschlands zu mißbrauchen. Deutschland als Ganzes ist im Jahre 1945 der alliierten Besetzung unterstellt worden, und nur durch einen frei verhandelten Friedensvertrag der Besatzungsmächte mit Deutschland kann über seine Grenzen entschieden werden. Die sowjetische Erklärung vom 25. März vertieft nicht nur die schon bestehende Spaltung Deutschlands, sondern zielt offenkundig darauf ab, aus einem nur tatsächlichen und vorläufigen einen völkerrechtlich und politisch endgültigen Zustand zu machen.

Der trügerische Schein von Souveränität, den die sowjetische Erklärung vom 25. März diesem Regime verliehen hat, wird die Nationen der freien Welt nicht irreführen. Die westlichen Großmächte haben bereits anläßlich der New Yorker Konferenz vom 19. September 1950 und seither wiederholt erklärt, daß nur die Bundesregierung legitimiert ist, als einzige frei gewählte Regierung des deutschen Volkes für alle Deutschen zu sprechen. Sie haben damit zugleich zu erkennen gegeben, daß sie eine zweite deutsche Regierung, die sich nicht auf den frei

zum Ausdruck gebrachten Willen des deutschen Volkes stützen kann, nicht anerkennen.

Keine Nation, die die freie politische Selbstbestimmung jedes Volkes über seine Regierungsform achtet und die gewaltsame Gleichschaltung, Unterwerfung und Beherrschung politisch mündiger Völker und Volksteile ablehnt, wird dieses kommunistische Regime der deutschen So-

wjetzone als Regierung eines souveränen Staates anerkennen können.

Die sogenannte Souveränität des Sowjetzonenregimes wird — dessen sind wir gewiß — ebenso vergehen wie die sowjetische Fremdherrschaft und der kommunistische Terror. Bestehen bleiben wird die unzerstörbare Souveränität des freien deutschen Volkes.

### Entschließung des Deutschen Bundestages vom 7. April 1954\*

Der Deutsche Bundestag erklärt, daß das deutsche Volk sich niemals mit der Spaltung Deutschlands abfinden und die Existenz zweier deutscher Staaten hinnehmen wird. Er wiederholt die Feststellung, daß das kommunistische Regime in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands nur durch Gewalt existiert und keine Vertretung des deutschen Volkes ist. Die Bundesregierung

als die einzige demokratisch und frei gewählte deutsche Regierung ist allein berechtigt, für alle Deutschen zu sprechen. An dieser oft bekundeten Stellungnahme hat sich durch die Erklärung der Regierung der Sowjetunion vom 25. März 1954 nichts geändert.

Quelle für Regierungserklärung und Entschließung: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* vom 8. April 1954.

### Erklärung der Alliierten Hohen Kommission vom 8. April 1954

Die Alliierte Hohe Kommission wünscht die Stellungnahme der von ihr vertretenen Regierungen zu der von der sowjetischen Regierung am 25. März veröffentlichten Erklärung, die auf eine Aenderung in ihren Beziehungen zu der Regierung der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik abzielt, eindeutig darzulegen.

Diese Erklärung scheint den Eindruck hervorrufen zu wollen, daß der Deutschen Demokratischen Republik die Souveränität gewährt sei. Dies ändert nichts an der tatsächlichen Lage in der sowjetischen Zone. Die sowjetische Regierung behält sich dort auch weiterhin die effektive Kontrolle vor.

Die drei Regierungen, die in der Alliierten Hohen Kommission vertreten sind, werden weiterhin die So-

wjetunion als die verantwortliche Macht für die sowjetische Zone Deutschlands betrachten. Diese Regierungen erkennen die Souveränität des ostdeutschen Regimes, das nicht auf der Grundlage freier Wahlen beruht, nicht an und haben nicht die Absicht, mit ihm als Regierung zu verhandeln. Sie sind der Meinung, daß dieser Standpunkt auch von anderen Staaten geteilt werden wird, die, wie sie selbst, auch weiterhin die Regierung der Bundesrepublik als die einzig frei gewählte und rechtmäßig konstituierte Regierung in Deutschland anerkennen werden.

Die Alliierte Hohe Kommission benutzt ferner diese Gelegenheit, um die Entschlossenheit ihrer Regierungen zum Ausdruck zu bringen, sich nicht von der Handlung der Sowjetregierung daran hindern zu lassen, entschlossen für die Wiedervereinigung Deutschlands als freie und souveräne Nation zu arbeiten.

Quelle: Allied High Commission for Germany: Press Release Nr. 510, 8. April 1954.

\*) Diese Entschließung wurde vom Deutschen Bundestag einstimmig angenommen.



## Informationen und Berichte

### Ein Jahr Gemeinsamer Markt der Montanunion

In diesen Tagen ist für Freund und Feind der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl Anlaß genug vorhanden, sich Klarheit zu verschaffen und Rechenschaft zu geben über die weiteren Schritte der Gemeinschaft<sup>1</sup>. Am 10. Februar 1954 jährte sich zum ersten Male der Tag der Eröffnung des Gemeinsamen Marktes für Kohle, Eisenerz und Schrott. Am 1. Mai besteht auch der Gemeinsame Markt für Stahl ein Jahr. Zum 1. April hat die Hohe Behörde die Kohle- und Schrottpolitik der Gemeinschaft neu festgelegt.

Diese Tatsachen und die Fülle der zu Fragen der Montanunion gerade in letzter Zeit geäußerten Meinungen lassen es angezeigt erscheinen, eine Uebersicht über dieses erste Jahr des Gemeinsamen Marktes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu geben.

#### I. Allgemeine Probleme des Gemeinsamen Marktes

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl soll „auf der Grundlage des Gemeinsamen Marktes“ eine Politik betreiben, die einerseits auf „Ausweitung der Wirtschaft“, „Steigerung der Beschäftigung“ und „Hebung des Lebensstandards“ gerichtet ist und andererseits im „Einklang mit der Gesamtwirtschaft der Mitgliedstaaten“ Unterbrechungen der Beschäftigung und Störungen im Wirtschaftsleben der Mitgliedstaaten vermeidet<sup>2</sup>. Deshalb hat die Hohe Behörde mit Einverständnis der anderen Organe und in Uebereinstimmung mit dem Verträge den Weg der „stufenweisen Errichtung des Gemeinsamen Marktes“ beschritten<sup>3</sup>; d. h.: auch heute kann weder ein Gemeinsamer Markt im Vollsinn des Vertrages gewissermaßen „vorgeführt“ werden, noch kann schon jetzt eine endgültige Würdigung der Montanunion ernsthaft versucht werden. Erst nach Ablauf der Uebergangszeit, die noch andauert, und nach Realisierung weiterer im Vertrag vorgesehener Maßnahmen wird man die Frage, ob die Montanunion der geeignete Weg zur Einigung Europas ist, mit Recht aufwerfen dürfen, weil erst dann der Vertrag seinen vollen Inhalt erhält.

Der Gemeinsame Markt ist bisher für die Vertragsprodukte vor allem dadurch gekennzeichnet, daß aufgehoben wurden: Zölle und Ausfuhrabgaben<sup>4</sup>; mengenmäßige Beschränkungen bei der Ein- und Ausfuhr<sup>5</sup>; Beschränkungen der Devisenzuteilungen zum Ankauf der Vertragsprodukte innerhalb der Gemeinschaft<sup>6</sup>; Doppelpreise<sup>7</sup>; Diskriminierungen im Transportwesen<sup>8</sup>. Die verschiedenen nationalen Subventionen, Sonderlasten usw. wurden aufgehoben bzw. werden stufenweise abgebaut<sup>9</sup>.

Einige allgemeine Fragen berühren den Gemeinsamen Markt schlechthin, also nicht nur den Gemeinsamen Markt der einzelnen Vertragsprodukte. Aus der Fülle dieser Probleme seien folgende hier erwähnt:

#### a) Gemeinsamer Markt und Mitgliedstaaten

1. Die Politik der Gemeinschaft muß „im Einklang mit der Gesamtwirtschaft der Mitgliedstaaten“ betrieben werden<sup>10</sup>. Die Gemeinschaft ist zuständig nur für Kohle, Erz, Stahl und Schrott, nicht aber für die Gesamtheit der Produkte, Zusammenhänge und Gegebenheiten einer Volkswirtschaft. Daraus folgen wechselseitige Einflüsse der Gemeinschaft auf die Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten einerseits und der Mitgliedstaaten auf die Politik der Gemeinschaft andererseits: Was könnte z. B. eine Politik billiger Preise, die ein Mitgliedstaat betreibt, erreichen, wenn die Gemeinschaft eine gegenteilige Politik betriebe? Und was nützte eine Expansionspolitik der Gemeinschaft bei nicht konformer Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten?

Diese Probleme der Teilintegration und der Kompetenzaufspaltung, zu denen auch das entscheidende Währungsproblem gehört<sup>11</sup>, waren den Vätern des Vertrages bekannt. Die Montanunion sollte — dessen muß man sich immer wieder erinnern — nur ein erster Schritt sein<sup>12</sup>. Auch spricht der Vertrag selbst dieses Problem direkt an<sup>13</sup>.

In Kenntnis dieser Problematik hat der Besondere Ministerrat im Oktober 1953 beschlossen, eine Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft auch hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftspolitik zu begründen<sup>14</sup>. Diese Bemühungen in Luxemburg laufen parallel zu den Pariser Verhandlungen der Mitgliedstaaten über die Bildung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft mit umfassenderem Gemeinsamen Markt<sup>15</sup>.

2. Hinsichtlich der im Vertrag vorgesehenen „Harmonisierung des Wettbewerbs“<sup>16</sup> hat die Hohe Behörde zwar grundsätzlich festgestellt, „daß zwischen den sechs Ländern die Verzerrungen nicht einschneidender Natur sind“<sup>17</sup>, doch hat der „Steuerstreit“<sup>18</sup> die Bedeutung dieser Probleme bewiesen. Die Verhandlungen der Regierungen der Mitgliedstaaten über dieses Problem<sup>19</sup> dauern noch an.

3. Wenn auch die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Tarife und Beförderungsbedingungen des Transportwesens grundsätzlich unberührt geblieben ist, so hat doch die Gemeinschaft auch auf diesem Gebiet gewisse Aufgaben: Beseitigung von diskriminierenden Tarifen, Aufstellung direkter internationaler Tarife und Harmonisierung der Frachten und Beförderungsbedingungen. Zahlreiche Diskriminierungen wurden abgebaut und die anderen Arbeiten zu ihrer Vollendung zum Herbst 1954 weiter vorangetrieben. Zum Gemeinsamen Markt im Vollsinn des Vertrages gehören auch diese neuen Sachverhalte auf dem Transportsektor<sup>20</sup>.

4. Auch auf den Abschluß von Handelsverträgen der Mitgliedstaaten ist die Gemeinschaft nicht ohne Einfluß. Ein einheitliches Verfahren der Mitgliedstaaten hinsichtlich gewisser Punkte wurde ausgearbeitet und die Unterordnung der Hohen Behörde über beabsichtigte Handels-

verträge der Mitgliedstaaten, die auch Vertragsprodukte betreffen, eingeführt<sup>21</sup>.

#### b) Ordnung des Wettbewerbs

1. Die Gemeinschaft hat die *Verbote diskriminierender Praktiken* im Handelsverkehr und das *Preisrecht* präzisiert<sup>22</sup>. Diese Probleme spielten insbesondere hinsichtlich des Gemeinsamen Marktes für Stahl und des „Steuerstreites“ eine Rolle<sup>23</sup>.

2. Der Vertrag verbietet grundsätzlich alle Abreden (*Kartelle*), die auf Festsetzung von Preisen, Einschränkung oder Kontrolle der Produktion, der technischen Entwicklung oder der Investitionen sowie auf Aufteilung der Märkte, Erzeugnisse, Abnehmer oder Versorgungsquellen gerichtet sind. Unter bestimmten, im Vertrag definierten Voraussetzungen genehmigt die Hohe Behörde jedoch derartige Einrichtungen<sup>24</sup>. Das generelle Kartellverbot ist am 31. August 1953 in Kraft getreten<sup>25</sup>.

Einrichtungen, die nicht unter das Kartellverbot fallen wollen bzw. sich für „genehmigungsfähig“ im Sinne des Vertrages halten, mußten zur Vermeidung des Verbotes (d. h. ihrer Nichtigkeit) einen Genehmigungsantrag an die Hohe Behörde richten<sup>26</sup>; etwa 60 derartiger Anträge sind eingegangen und werden gegenwärtig geprüft. Auch die „Gemeinschaftsorganisation Ruhrkohle“ hat einen solchen Antrag gestellt<sup>27</sup>.

3. Auch *Zusammenschlüsse* zwischen Unternehmen unterliegen der Genehmigungspflicht durch die Hohe Behörde. Zur Realisierung dieser Vertragsbestimmungen müssen noch einige Verordnungen erlassen werden<sup>28</sup>. Entwürfe hierzu werden gegenwärtig mit dem Ministerrat erörtert. Einige Zusammenschlüsse, die in letzter Zeit in Frankreich erfolgt sind<sup>29</sup>, werden von der Hohen Behörde noch geprüft.

Die Gemeinschaft hat hinsichtlich der Kartelle und Zusammenschlüsse bisher eine behutsame Politik betrieben<sup>30</sup>. Der Gemeinsame Markt erfordert auch die Realisierung der im Vertrag vorgesehenen Wettbewerbsordnung.

#### c) Allgemeine Wirtschaftslage

Die Politik der Gemeinschaft wird mitbestimmt durch die allgemeine Lage der Weltwirtschaft und durch die wirtschaftliche Gesamtsituation der Mitgliedstaaten.

Nach Feststellungen der Hohen Behörde war im Jahre 1953 die allgemeine Konjunktur der Weltwirtschaft etwas abgeschwächt. Das gelte insbesondere für die Vereinigten Staaten. In den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft halte sich die Wirtschaftstätigkeit zwar auf einem hohen und stabilen Niveau, aber es fehle an Expansion und Steigerung der Wirtschaftstätigkeit. Die Lage sei in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich<sup>31</sup>.

Diese abgeschwächte bzw. konstante Wirtschaftstätigkeit konnte nicht ohne Rückwirkungen auf den Gemeinsamen Markt bleiben.

## II. Der Gemeinsame Markt für die einzelnen Vertragsprodukte

#### a) Der Gemeinsame Markt für Kohle

1. Der Gemeinsame Markt für Kohle wurde zum 10. Februar 1953 errichtet. Nach eingehenden Beratungen schlug die Hohe Behörde folgende Kohlepolitik ein: Keine Verteilungsmaßnahmen, Höchstpreise, Abbau der Subventionen und Sonderlasten. Erhebung der Ausgleichs-

umlage und Ausgleichszahlungen an den belgischen und italienischen Bergbau<sup>32</sup>.

Die Hohe Behörde sah keine Veranlassung, diese Kohlepolitik während des ersten Kohlenwirtschaftsjahres (bis 31. März 1954) grundsätzlich zu ändern<sup>33</sup>. Eine Klage Belgiens vor dem Gerichtshof „wegen Untätigkeit der Hohen Behörde hinsichtlich des französischen Ausgleichszahlungssystems für aus anderen Ländern nach Frankreich eingeführte Hausbrandkohle“ konnte außergerichtlich erledigt werden, weil Frankreich in den Abbau dieser Einrichtung einwilligte. Auch eine Klage Frankreichs, die eine Aenderung der Preisfestsetzung für gewisse belgische Kohlen bezweckte, wurde ohne gerichtliche Entscheidung erledigt infolge entsprechender Maßnahmen der Hohen Behörde<sup>34</sup>.

2. Nach den Feststellungen der Hohen Behörde ist der Gemeinsame Markt für Kohle bereits eine Realität. Das zeige sich insbesondere am stark verstärkten Handel innerhalb der Gemeinschaft (Zunahme um 40 Prozent gegenüber der Zeit vor Errichtung des Gemeinsamen Marktes). Hier einige weiteren Zahlen der Hohen Behörde zum Gemeinsamen Kohlemarkt: Die Welfförderung an Steinkohle betrug 1952 1487 und 1953 1486 Millionen to, blieb also fast konstant. Der Anteil der Gemeinschaft betrug 1952 240 und 1953 238 Millionen to (= 16 Prozent). Die Gemeinschaft war 1953 der drittgrößte Kohlenproduzent der Welt (Vereinigte Staaten: 434 Mio to, Sowjetunion: 245 Mio to, Großbritannien: 227 Mio to). Die Steinkohlenproduktion der Gemeinschaft hat von 1952 auf 1953 um 2 Millionen to abgenommen. Trotzdem stieg die Förderung in Deutschland um 1,2 Mio. to; auch an der Saar war ein Anstieg festzustellen; dagegen gingen die französischen Produktion um 2,8 Mio. to und die belgische um 0,4 Mio. to zurück. Das Ruhrgebiet deckte 1953 48,4 Prozent der Steinkohlenförderung der Gemeinschaft. Der Kohleabsatz war stärker rückläufig als die Produktion; Verbrauch 1952: 251 Mio. to und 1953: 240 Mio. to. Die Importe sanken von 22 Mio. to im Jahre 1952 auf 13 Mio. to im Jahre 1953. Die Exporte stiegen von 1952 auf 1953 von 3,5 Mio. to auf 6 Mio. to. Allerdings stiegen auch die Haldenbestände: Ende Januar 1953 lagen 7,7 Mio. to und Ende Januar 1954 10,1 Mio. to Steinkohle bei den Zechen (diese Haldenbestände liegen zum ganz überwiegenden Teil in Frankreich und Belgien); auch die Koksbestände bei den Kokereien sind stark angestiegen: Ende Januar 1954: 3,7 Mio. to, Ende Januar 1953: 0,1 Mio. to (diese Bestände liegen zum ganz überwiegenden Teil in Deutschland). In verschiedenen Revieren der Gemeinschaft wurden schon vor einiger Zeit Feierschichten eingelegt und die Neueinstellung von Arbeitskräften gebremst; neuerdings kam es auch an der Ruhr zu Feierschichten. Die Situation des Kohlemarktes ist weitgehend abhängig von der wirtschaftlichen Gesamtsituation und insbesondere von der Lage der Eisen- und Stahlindustrie. Aus diesem Zusammenhang erklärt sich weitgehend die gegenwärtige Lage des Gemeinsamen Marktes für Kohle.

3. Die zum Zeitpunkt der Errichtung des Gemeinsamen Marktes für Kohle eingeschlagene Kohlepolitik war durch die Entscheidungen der Hohen Behörde bis zum 31. März 1953 befristet. Zu Beginn des neuen Kohlewirtschaftsjahres mußte die Kohlepolitik neu festgelegt werden. Nach Beratungen mit den Beteiligten und den anderen Organen legte die Hohe Behörde die neue Kohlepolitik wie folgt



fest: Keine Verteilungsmaßnahmen: nur noch z. T. Höchstpreise, die aufgelockert und generell gesenkt wurden; weiterer Abbau bzw. endgültiges Verbot der Subventionen, Sonderlasten usw.; weitere Sondermaßnahmen für den belgischen Bergbau gemäß den Bestimmungen des Ubergangsabkommens<sup>35</sup>.

Diese Kohlepolitik ist ein Kompromiß zwischen verschiedenen Auffassungen. Zunächst herrschte bei den Beratungen über die neue Kohlepolitik die Meinung vor, man müsse im Hinblick auf Marktlage und Vertrag die Kohlenpreise freigeben; andere plädierten für Beibehaltung des Systems der Höchstpreise bei Auflockerung und Herabsetzung. Die Tendenz, die Kohlenpreise freizugeben, war begleitet von der Forderung nach Auflösung der zentralen Verkaufsorganisationen, vor allem der „Gemeinschaftsorganisation Ruhrkohle“ (Georg), weil diese bei Preisfreigabe ihrerseits die Preise bestimmen würden, eine Preisfreigabe mithin keinen Wettbewerb begründen, sondern die Gestaltung des Gemeinsamen Marktes für Kohle lediglich von der Hohen Behörde auf diese zentralen Organisationen übergehen würde<sup>36</sup>. Andererseits war sowohl nach der Sachlage wie nach dem Vertrag ein sofortiges Verbot bzw. eine entscheidende Beeinträchtigung des „Georg“ unvermeidbar.

Die neuen Entscheidungen tragen sichtbar Kompromiß- und Ubergangscharakter. In den nächsten Monaten wird um eine grundsätzliche Kohlepolitik und um die Verwirklichung der Wettbewerbsordnung des Vertrages gerungen werden.

#### b) Der Gemeinsame Markt für Eisenerz

Der Gemeinsame Markt für Erz war von seiner Errichtung am 10. Februar 1953 an frei<sup>37</sup>. Die Hohe Behörde hat keine Veranlassung gesehen, diese grundsätzliche Politik zu ändern.

Zur wirtschaftlichen Lage auf diesem Sektor ist zu bemerken: Da Eisenerz ein Rohstoff zur Gewinnung von Eisen und Stahl ist, hängt sein Verbrauch (und damit auch seine Produktion) — ähnlich wie bei Kohle — von der Wirtschaftslage bei Eisen und Stahl ab. Außerdem ist anzumerken, daß z. B. die deutsche Stahlindustrie überwiegend auf Erz eingestellt ist, das nicht in der Gemeinschaft produziert wird.

Auch hier sollen einige Zahlen der Hohen Behörde das Bild beleuchten: Die Eisenerzförderung betrug in der Gemeinschaft im Monatsdurchschnitt des Jahres 1951 4,3 Mio. to, 1952 5,1 Mio. to und 1953 5 Mio. to. Die Förderung ist also von 1952 auf 1953 (ähnlich wie bei Kohle) etwas zurückgegangen. Dieser Rückgang traf aber nur Belgien, Deutschland und Luxemburg, während Frankreich und Italien ihre Produktion geringfügig erhöhen konnten. (Anmerkung: 3,5 Mio. to von 5 Mio. to Monatsdurchschnitt 1953 produziert Frankreich, während Deutschland nur 0,8 und Luxemburg nur 0,5 Mio. to fördern.) — Der Verbrauch betrug im Monatsdurchschnitt 1952 6,4 Mio. to und 1953 ca. 6 Mio. to. Die Haldenbestände sind angestiegen (30. Juni 1953: 2,5 und 31. Januar 1954: 4,4 Mio. to; der überwiegende Anteil entfällt auf Frankreich [2,7 Mio. to]; der deutsche Anteil von 0,7 Mio. to Ende Januar 1954 ist allerdings bedeutend im Hinblick auf die viel geringere deutsche Förderung). Die Importe nahmen ab. Die Exporte blieben

annähernd gleich. Der Handel innerhalb der Gemeinschaft wurde lebhafter.

Unter der rückläufigen Produktion und dem sinkenden Verbrauch leiden vor allem die deutschen Gruben (die ein ärmeres Erz produzieren). Ihre wirtschaftliche Lage ist ernst. Gegebenenfalls wird hier die Montanunion mit den im Vertrag vorgesehenen Maßnahmen<sup>38</sup> helfen müssen.

#### c) Der Gemeinsame Markt für Schrott

Die Lage auf dem Schrottmarkt war vor Errichtung des Gemeinsamen Marktes unausgeglichen und kompliziert. Die Hohe Behörde setzte einen Höchstpreis fest, der entsprechend der Marktlage nach und nach weiter herabgesetzt wurde. Hinsichtlich der Verteilung des Schrotts und der Koordinierung der Importe genehmigte die Hohe Behörde eine Organisation der Beteiligten. Die vorher bestehende deutsche und italienische Schrottorganisation wurden liquidiert; auch hinsichtlich einer ähnlichen französischen Organisation wurden Maßnahmen ergriffen<sup>39</sup>.

Auch hier seien einige Zahlen mitgeteilt: Der Schrottverbrauch ist von 1952 (20,4 Mio. to) auf 1953 (18,4 Mio. to) um 10% gesunken. Die stärkste Abnahme des Verbrauchs war in Belgien und Luxemburg festzustellen (Abnahme um ca. je 34%; Abnahme in Deutschland: 5,7%). — Die Importe sind etwas angestiegen: 1953: 0,49 Mio. to und 1952: 0,48 Mio. to. Diese Erhöhung entfällt vor allem auf Italien. Der Export ist um 46% zurückgegangen, weil die Politik der Gemeinschaft darauf gerichtet war, das Aufkommen zunächst in der Gemeinschaft zu verwenden. Der Handel innerhalb der Gemeinschaft hat durch die Errichtung des Gemeinsamen Marktes stark zugenommen (Monatsdurchschnitt 1952: 36 000 to, Monatsdurchschnitt 1953 letztes Quartal: 157 900 to).

Nach Auffassung der Hohen Behörde und einiger Beteiligter funktionierte die freiwillige Schrottorganisation nicht erwartungsgemäß. Die Hohe Behörde hat deshalb diese Genehmigung am 31. März 1954 auslaufen lassen und ab 1. April 1954 eine neue Schrottpolitik eingeführt, deren wesentliche Kennzeichen freie Preise und eine obligatorische Ausgleichskasse für Importschrott sind<sup>40</sup>.

#### d) Der Gemeinsame Markt für Stahl

1. Der zum 1. Mai 1954 errichtete Gemeinsame Stahlmarkt war von Anfang an frei<sup>41</sup>. Diese grundsätzliche Politik ist bisher nicht geändert worden. Es gibt auch keine Anzeichen, die für eine Aenderung in nächster Zeit sprechen.

2. Die Lage des Gemeinsamen Marktes für Stahl soll durch einige Zahlen veranschaulicht werden: Zunächst ist festzustellen, daß die Gemeinschaft der zweitgrößte Stahlerzeuger der Welt ist. Die Erzeugung blieb 1953 hinter dem Stand des (wohl besonders günstigen) Jahres 1952 zurück. Die Erzeugung an Roheisen und Hochofen-Ferrolegerungen ging in der Gemeinschaft von 1952 auf 1953 von 34,7 auf 31,5 Mio. to (= -9,4%) zurück (Deutschland: -9,5%, Belgien: -11,7%, Frankreich: -11,2%, Saar: -6,6%, Italien: +4,6%, Luxemburg: -11,5%, Niederlande: +10,2%). Auch die Rohstahlproduktion sank von 41,8 (1952) auf 39,5 (1953) Mio. to (= -5,3%) in der Gemeinschaft (Deutschland: -2,5%, Belgien: -12,8%, Frankreich: -8%, Saar: -4,9%, Italien: -1,3%, Niederlande: +29,4%). Die Auftragseingänge sanken bis Mitte des Jahres. Seit den Sommermonaten ist eine gewisse

Belebung und Verbesserung der Nachfrage zu verzeichnen. Der Monatsdurchschnitt der Auftragseingänge betrug im 4. Quartal 1952 2,1 Mio. to; im 3. Quartal 1953: 1,9 Mio. to; im 4. Quartal 1953: 2,2 Mio. to; Januar 1954 2,7 Mio. to und Februar 1954 2,0 Mio. to. Ausfuhr von Roheisen und Stahl: Monatsdurchschnitt der Gemeinschaft 1952: 553 000 to; Monatsdurchschnitt 1. Quartal 1953: 475 000, 2. Quartal: 613 000, 3. Quartal: 549 000 to. Insgesamt hat der Export der Gemeinschaft jedoch abgenommen von 8,2 (1952) auf 8 (1953) Mio. to (Deutschland: -0,3, Belgien/Luxemburg: -0,4, Frankreich/Saar: +0,5, Italien: +0,07, Niederlande: +0,1 Mio. to). Der Austausch zwischen den Ländern der Gemeinschaft an Erzeugnissen der Eisen- und Stahlindustrie hat sich von 1952 auf 1953 um rd. 0,7 Mio. to Rohstahlgewicht erhöht. Er erreichte 1952 rd. 7% der Marktversorgung, 1953 werden es etwa 10% gewesen sein. In Preisen des Jahres 1952 berechnet, kann man den Austausch zwischen den Ländern der Gemeinschaft für 1952 auf etwa 360 Millionen Dollar, für 1953 auf etwa 460 Millionen Dollar veranschlagen. Die wichtigsten Lieferanten beim Austausch zwischen den Ländern der Gemeinschaft waren Belgien, Frankreich und die Saar; die wichtigsten Abnehmer Deutschland und die Niederlande.

3. Ueber das Preisrecht der Hohen Behörde und die Preise auf dem Gemeinsamen Stahlmarkt kam es zu einer z. T. hitzigen Diskussion: Entsprechend den Vertragsvorschriften bestimmte die Hohe Behörde, daß die Verkäufe zur Vermeidung jeder Art von Diskriminierungen nach Preislisten erfolgen müssen, die bei der Hohen Behörde zu hinterlegen seien<sup>42</sup>. Wegen der abgeschwächten Konjunktur fanden nach Festlegung der Hohen Behörde Verkäufe zu niedrigeren Preisen statt, ohne daß neue Preislisten eingereicht worden wären. Die Hohe Behörde verwies auf die Vorschriften, die Verkäufer auf die Notwendigkeit, sich der Marktlage anpassen zu können. Der Streit endete mit neuen Entscheidungen der Hohen Behörde, die eine Auflockerung des Systems der Listenpreise bedeuten und praktisch — wie auch bei Kohle und Schrott — zu einer Preissenkung geführt haben<sup>43</sup>.

4. Die beteiligten Unternehmen aus den Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft haben sich für die Ausfuhr in Nicht-Mitgliedsstaaten auf einheitliche Preise geeinigt, die von Zeit zu Zeit revidiert werden (*Exportkartell*). Die Hohe Behörde steht dieser Einrichtung aus manchen Gründen skeptisch gegenüber. Sie hat jedoch keine Entscheidung gegen diese Institution erlassen. Die Untersuchungen und Beratungen hierüber dauern noch an<sup>44</sup>.

### III. Sonstiges

Die Fülle des übrigen Geschehens in der Gemeinschaft während des ersten Jahres des Gemeinsamen Marktes kann hier nicht dargestellt werden. Nur auf einiges kann hingewiesen werden.

#### a) Umlage und Investitionen

Die Hohe Behörde erhebt nach wie vor die Umlage in Höhe von 0,9%<sup>45</sup>.

(Diese Umlage darf nicht verwechselt werden mit der gleichfalls im Vertrag vorgesehenen Ausgleichsumlage, die zu Lasten des deutschen und niederländischen Bergbaus erhoben wird, um die Einbeziehung Belgiens und

Italiens in den Gemeinsamen Markt für Kohle zu ermöglichen<sup>46</sup>.) Aus der Umlage hat die Hohe Behörde im Jahre 1953 34,5 Millionen Dollar eingenommen. Hiervon zahlten: Deutschland: 47,3%, Frankreich: 23,1%, Belgien: 11,2%, die Saar: 6,6%, Italien: 4,7%, Luxemburg: 3,1% und die Niederlande 4%. Am Jahresende ergab sich ein Einnahmenüberschuß von 24 Millionen Dollar. Diese angesammelten Mittel, die bis zum 30. Juni 1954 auf 43 Millionen Dollar angewachsen sein werden, bilden „die Grundlage des Kredits der Gemeinschaft“. Auf dieser Basis ruht die Investitionspolitik der Hohen Behörde<sup>47</sup>.

Die Bemühungen der Hohen Behörde, eine Anleihe aus den Vereinigten Staaten zu beschaffen, haben im April zum Erfolg geführt. Wie die Hohe Behörde am 24. April 1954 bestätigte, hat die Regierung der Vereinigten Staaten der Montanunion eine Anleihe von 100 Millionen Dollar für Investitionen und die Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen Kohle, Koks und Eisenerz gewährt. Mit der Anleihe soll gleichzeitig der Bau der erforderlichen Bergarbeiterwohnungen erleichtert werden. Der Zinssatz der Anleihe beträgt 3,875%, die Laufzeit 25 Jahre. Zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der Hohen Behörde wurde ferner vereinbart, daß die Verhandlungen, die jetzt zum Abschluß dieser Anleihe geführt haben, fortgesetzt werden, um für den künftigen Bedarf der Gemeinschaft amerikanisches Kapital mit Unterstützung der Vereinigten Staaten flüssig zu machen.

Präsident Monnet erklärte am 26. April zu der Genehmigung der Anleihe, daß es sich hierbei um den ersten Vertrag handle, der zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und Europa selbst unterzeichnet wurde.

Mit dem Gesamtproblem — das hier nur erwähnt werden kann — hat sich die Gemeinsame Versammlung im Januar 1954 ausführlich befaßt<sup>48</sup>.

#### b) Technische Forschung

Die Hohe Behörde hat auch auf diesem Gebiet ihre Tätigkeit aufgenommen. Naturgemäß lassen sich Ergebnisse noch nicht aufweisen<sup>49</sup>.

#### c) Arbeitnehmerfragen

„Die Hohe Behörde hat nicht nur die Aufgabe, die Ergebnisse der Produktion zu verbessern, die den 160 Millionen Verbrauchern der Gemeinschaft zugute kommen. Sie muß gleichzeitig aufmerksam beobachten, unter welchen Bedingungen die 1 800 000 Arbeitnehmer im Kohlenbergbau, in den Eisenerzgruben sowie in der Eisen- und Stahlindustrie leben und arbeiten<sup>50</sup>.“ Auch auf dem sozialpolitischen Gebiet hat die Gemeinschaft einige Zuständigkeiten<sup>51</sup>.

Die Hohe Behörde hat zahlreiche Beratungen und Untersuchungen zu diesen Fragen (z. B.: Schutz gegen Arbeitslosigkeit, Freizügigkeit, Löhne, Betriebssicherheit, Berufsausbildung, Wohnungsbau) abgehalten; viele Arbeiten schweben noch<sup>52</sup>. Die Hohe Behörde arbeitet in diesen Fragen mit der OEEC und dem Internationalen Arbeitsamt zusammen. Zu der Frage der Freizügigkeit haben die ersten Verhandlungen der Regierung begonnen. Hinsichtlich der Förderung des Arbeiterwohnbaus sollen die ersten Versuche in Kürze anlaufen.

Dr. Rainer Barzel



Anmerkungen

<sup>1)</sup> Dieser Bericht ist nach dem Stande vom 1. 4. 1954 abgefaßt. Er erfolgt im Anschluß an frühere Berichte, („Die ersten Schritte der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ in Europa-Archiv 8/1953, S. 5639 ff. und „Die Errichtung des Gemeinsamen Marktes für Stahl“ in Europa-Archiv 12/1953, S. 5779 f.)

<sup>2)</sup> Vgl. hierzu: Art. 1—4 des Vertrages (BGBl. II 1952, S. 448) und Europa-Archiv 8/1953, S. 5642.

<sup>3)</sup> Vgl. hierzu u. a.: Europa-Archiv 8/1953, S. 5639 ff.; *Monnet in Rheinischer Merkur* vom 8. 5. 1953; „Gesamtbericht der Hohen Behörde“, Ziffern 5, 6, 40, 45 f. und 65 ff.; „Exposé der Hohen Behörde“ vom 10. 1. 1953, S. 64.

<sup>4)</sup> Art. 4a und 4b des Vertrages; Gesamtbericht Ziffer 3; *Bundesanzeiger* Nr. 36, 86, 90 und 169/53; „Bericht der Hohen Behörde über die Errichtung des Gemeinsamen Marktes für Stahl“, Ziffer 12.

<sup>5)</sup> ebenda.

<sup>6)</sup> ebenda.

<sup>7)</sup> ebenda.

<sup>8)</sup> Siehe unten Ia 3 (Anm. 20).

<sup>9)</sup> Art. 4a des Vertrages.

<sup>10)</sup> Art. 2 des Vertrages.

<sup>11)</sup> Vgl. hierzu auch Europa-Archiv 8/1953, S. 5638. Auch ein Gutachten des wissenschaftlichen Beirates des Bundesministeriums für Wirtschaft vom Herbst 1952 befaßt sich hiermit.

<sup>12)</sup> Präambel des Vertrages und gemeinsame Erklärung der Außenminister vom 18. 4. 1951.

<sup>13)</sup> Art. 2, 26 und 67 des Vertrages; § 2 Ziffern 3 und 4 des Uebergangsabkommens; Entscheidung Nr. 1/52 der Hohen Behörde.

<sup>14)</sup> *Amtsblatt* 1953, S. 189 f.

<sup>15)</sup> Vgl. Kapitel V des von der ad-hoc-Versammlung vorgelegten Vertragsentwurfes (Wortlaut in Europa-Archiv 9/1953, S. 5669 ff.)

<sup>16)</sup> § 2 Ziffer 4 des Uebergangsabkommens. S. 65 f. und S. 89 ff. des Exposé der Hohen Behörde vom 10. 1. 1953.

<sup>17)</sup> Exposé vom 10. 1. 1953, S. 89 ff.

<sup>18)</sup> Vgl. hierzu u. a.: Europa-Archiv 8/1953, S. 5645, und 12/1953, S. 5779 f.; *Schmölders*: „Der Steuerstreit in der Montanunion“ in *Archiv des öffentlichen Rechts*, 79. Band, 1. Heft, S. 91 ff.; Exposé der Hohen Behörde vom 10. 1. 1953 S. 89 ff.; Gesamtbericht der Hohen Behörde Ziffer 88; Entscheidung des wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums der Finanzen (Drucksache Nr. 295/53 des Bundespresseamtes); *Amtsblatt* 1953 S. 33 ff., 68 f., 92, 103 f., 109 ff.; Bericht der Hohen Behörde über die Errichtung des Gemeinsamen Marktes für Stahl, Ziffern 34 f.; *Bulletin* des Bundespresseamtes Nr. 85 vom 7. 5. 1953; *Bundesanzeiger* Nr. 179/53 S. 1.

<sup>19)</sup> *Amtsblatt* 1953 S. 110a.

<sup>20)</sup> Vgl. hierzu u. a.: § 10 des Uebergangsabkommens; Art. 70 des Vertrages; *Bulletin* des Bundespresseamtes Nr. 164 und 165 vom 25. bzw. 28. 10. 1952; Exposé vom 10. 1. 1953 S. 66 f. und S. 75; Gesamtbericht Ziffern 54 ff.

<sup>21)</sup> Art. 71 ff. und 59 des Vertrages; § 2 Ziffer 2 und §§ 14 ff. des Uebergangsabkommens.

<sup>22)</sup> Art. 60 ff. des Vertrages; Entscheidungen der Hohen Behörde Nr. 3, 4, 5, 31, 43/53 und 6, 15, 18/54; *Amtsblatt* S. 109 ff.; Bericht der Hohen Behörde über die Errichtung des Gemeinsamen Marktes für Stahl Ziffern 27 ff., 34.

<sup>23)</sup> Siehe unten II d und oben Anm. 18.

<sup>24)</sup> Art. 65 des Vertrages und §§ 12 f. des Uebergangsabkommens. Siehe auch: Exposé der Hohen Behörde vom 10. 1. 1953 S. 66 f.; Gesamtbericht Ziffern 94 f.; Stahlbericht Ziffer 36; *Amtsblatt* S. 132, 160 f. und 202.

<sup>25)</sup> Entscheidung Nr. 37/53 der Hohen Behörde.

<sup>26)</sup> ebenda.

<sup>27)</sup> Siehe hierzu unten IIa.

<sup>28)</sup> Art. 66 des Vertrages und § 13 des Uebergangsabkommens. — Siehe auch *Amtsblatt* S. 154.

<sup>29)</sup> Siehe z. B. *Neue Zürcher Zeitung* vom 11. 11. 1953. Zur Rechtslage in Deutschland wird auf Gesetz Nr. 27 der Alliierten Hohen Kommission und auf Art. 4 des zum Deutschlandvertrag gehörenden „Ueberleitungsvertrages“ hingewiesen.

<sup>30)</sup> Vgl. Exposé vom 10. 1. 1953, S. 67; Gesamtbericht Ziffern 94 f.; Stahlbericht Ziffer 36; *Amtsblatt* S. 160 f.

<sup>31)</sup> Vgl. hierzu im einzelnen die Berichte und Statistischen Verlautbarungen der Hohen Behörde.

<sup>32)</sup> Vgl. hierzu u. a. Europa-Archiv 8/1953, S. 5642 f.; Entscheidungen der Hohen Behörde Nr. 1, 3—24, 26, 27, 29/53; *Amtsblatt* S. 86 ff., S. 131. §§ 8 und 25 ff. des Uebergangsabkommens; Gesamtbericht Ziffern 28, 41, 42, 45, 48 ff., 60 ff., 79 ff.; Exposé vom 10. 1. 1953, S. 99. *Bundesanzeiger* Nr. 38/53 vom 21. 2. 1953.

<sup>33)</sup> Vgl. jedoch die Entscheidungen der Hohen Behörde Nr. 34, 35, 39, 40, 41, 42/53 und Nr. 4/54.

<sup>34)</sup> Vgl. hierzu: Entscheidung Nr. 40/53 und Schreiben vom 22. 10. 1953 (*Amtsblatt* S. 186 ff.).

<sup>35)</sup> Entscheidungen Nr. 5—20/54 (*Amtsblatt* S. 251 ff.). Siehe auch: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* Nr. 56 und 58 (S. 471 und S. 494).

<sup>36)</sup> Vgl. Präambel zur Entscheidung Nr. 18/54 (*Amtsblatt* S. 267 f.).

<sup>37)</sup> Europa-Archiv 8/1953, S. 5642; Entscheidungen der Hohen Behörde Nr. 4 und 5/53 (*Amtsblatt* S. 21 ff.); Gesamtbericht Ziffern 34 ff. und 83; § 8 des Uebergangsabkommens; Entscheidung Nr. 31/53 Art. 1 Abs. 2 (*Amtsblatt* S. 111).

<sup>38)</sup> Vgl. hierzu: Art. 46, 56, 58 des Vertrages und § 23 des Uebergangsabkommens.

<sup>39)</sup> Gesamtbericht Ziffern 37 ff., 44, 84 ff.; § 8 des Uebergangsabkommens. — Entscheidungen Nr. 2, 5, 28, 33, 43, 44/53; ferner: *Amtsblatt* S. 5 f., S. 92, S. 138 f., S. 140.

<sup>40)</sup> Entscheidungen der Hohen Behörde Nr. 43/53, 21/54 und 22/54.

<sup>41)</sup> Vgl. hierzu vor allem: „Besonderer Bericht der Hohen Behörde über die Errichtung des Gemeinsamen Marktes für Stahl“; *Bundesanzeiger* Nr. 36, 86, 90 und 169/53; *Amtsblatt* S. 92, S. 112 ff., S. 130, S. 177; § 8 des Uebergangsabkommens; Europa-Archiv 12/1953, S. 5779; BGBl. I 1953 S. 131, 134, 916, 1034, 1068, 1000; Entscheidung Nr. 31/53 (*Amtsblatt* S. 111).

<sup>42)</sup> Art. 60 ff. und Entscheidungen Nr. 30 und 31/53 (*Amtsblatt* S. 111).

<sup>43)</sup> Entscheidungen Nr. 1—3 (*Amtsblatt* S. 217 ff.); Exposé der Hohen Behörde vom 1. 1. 1954 Ziffer 13.

<sup>44)</sup> Exposé der Hohen Behörde vom 1. 1. 1954 Ziffer 16.

<sup>45)</sup> Europa-Archiv 8/1953, S. 5644; Art. 49 ff. des Vertrages; Entscheidungen Nr. 2—4/52 und 36/53.

<sup>46)</sup> Entscheidungen Nr. 1/53 und 27/53.

<sup>47)</sup> Vgl. hierzu u. a.: Art. 54 ff., 46 f. und 51 des Vertrages; § 2 Ziffer 2 Abs. 2 Uebergangsabkommen; Entscheidung Nr. 38/53 (*Amtsblatt* S. 154); Gesamtbericht Ziffern 110 ff.; Exposé vom 1. 1. 1954; Protokoll der Sitzung der Gemeinsamen Versammlung vom Januar 1954.

<sup>48)</sup> *Amtsblatt* S. 242 ff.

<sup>49)</sup> Art. 55 und 50 des Vertrages; siehe auch z. B. Stahlbericht Ziffer 37.

<sup>50)</sup> Exposé vom 1. 1. 1954 Ziffer 41.

<sup>51)</sup> Art. 2 Abs. 1, 3 Ziffern c und e, 46 Ziffer 5, 68, 69; 46, 56, 58 des Vertrages und § 23 des Uebergangsabkommens.

<sup>52)</sup> Gesamtbericht Ziffern 102 ff.

## Zeittafel vom 16. bis 31. März 1954

## Die Ereignisse in Europa

**Europäische Integration**

- 16.—18. Konferenz von Gewerkschaftsvertretern aus den sechs Mitgliedstaaten der Montanunion in Luxemburg. Im Mittelpunkt der Besprechungen stehen Probleme der Arbeiterschaft im Zusammenhang mit der Montanunion.
- 26.—31. In Wien hält die „Europäische Versammlung der politischen Jugend“ („Europäisches Jugendparlament“) ihre zweite Tagung ab, an der diesmal auch eine schweizerische und eine österreichische sowie Delegationen der internationalen Jugendverbände teilnehmen.
27. Ministerkonferenz der Beneluxstaaten in Brüssel. (Vgl. die Mitteilungen des Europarats auf S. 6554 dieser Folge.)
31. Abschluß der Ratifizierung des EVG-Vertrags durch die Bundesrepublik Deutschland (vgl. Deutschland).

**Europarat**

Vgl. die Mitteilungen des Europarats auf S. 6553 ff. dieser Folge.

**Albanien**

21. Die jugoslawische Regierung gibt das Agreement für die Entsendung eines albanischen diplomatischen Vertreters nach Belgrad. Die beiderseitigen Gesandtschaften waren im Jahre 1950 geschlossen worden.

**Bulgarien**

24. In einer Erklärung des Nationalrates der Vaterländischen Front und des Präsidiums der Volksversammlung wird die Bereitschaft der Volksrepublik Bulgarien ausgedrückt, an dem von der Sowjetunion auf der Berliner Konferenz vorgeschlagenen gesamteuropäischen Vertrag über kollektive Sicherheit teilzunehmen.

**Deutschland**

17. Die Hohen Kommissare der drei Westmächte ersuchen den sowjetischen Hohen Kommissar, *Semjonow*, erneut um die Aufnahme von Besprechungen über Verkehrserleichterungen zwischen beiden Teilen Deutschlands. In Beantwortung des Schreibens Semjonows vom 6. März (vgl. Zeittafel in EA 7/1954) beharren sie auf dem Standpunkt, daß die Beseitigung der Hindernisse im Interzonenverkehr eine Verpflichtung der Besatzungsmächte sei. Sie ersuchen die sowjetischen Behörden um Abschaffung der Aufenthaltsgenehmigungen, Beseitigung der Sperrzonen und Abschaffung aller Formalitäten im Verkehr zwischen Berlin und der sowjetischen Zone. Schreiben ähnlichen Inhalts hinsichtlich des Verkehrs in Berlin richten die Berliner Kommandanten der Westmächte an den Berliner Bevollmächtigten der Sowjetischen Hohen Kommission. Die Regierung der DDR veröffentlicht am folgenden Tage eine Verlautbarung, in der sie erklärt, nicht nur die von den westlichen Hohen Kommissaren geforderten Verkehrserleichterungen, sondern auch viel weiter-

gehende Vereinbarungen müßten in Gesprächen zwischen Vertretern West- und Ostdeutschlands erreicht werden; Erleichterungen in Richtung auf die Einheit Deutschlands seien aber ohne Preisgabe der Verträge von Bonn und Paris nicht zu erreichen.

18. Das Wahlmännerkollegium des Bundestages wählt Oberlandesgerichtspräsident Dr. Josef Wintrich und Bundesrichter Dr. Karl Heck zu Verfassungsrichtern. Dr. Wintrich wird am 19. März vom Bundesrat zum neuen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts gewählt.

Zum neuen Minister für Volksbildung der DDR wird der bisherige Staatssekretär, Hans-Joachim Laabs (SED), ernannt.

Die Hamburger Bürgerschaft beschließt eine Erweiterung des Senats. Zu neuen Senatoren werden gewählt: für Wirtschaft: Paul Luigs (CDU), für Sozialwesen: Frau Kiep-Altenloh (FDP) und für Schulwesen: Prof. Hans Wenke (parteilos).

19. Der Bundesrat billigt mit Zweidrittelmehrheit die Wehrgesetz des Grundgesetzes, die der Bundestag am 26. Februar beschlossen hatte (vgl. Zeittafel in EA 6/1954). Die Alliierte Hohe Kommission stimmt dem Gesetz am 25. März mit dem Vorbehalt zu, daß die Ergänzung des Art. 73 (1) des Grundgesetzes (Einführung der Wehrpflicht) erst zusammen mit den Verträgen von Bonn und Paris in Kraft treten kann. Am 26. März wird das Gesetz von Bundespräsident Heuss unterzeichnet.

In einer Besprechung zwischen Vertretern des Innenministeriums der DDR und Vertretern der Evangelischen Kirche in Deutschland wird die Zustimmung der Regierung der DDR zur Veranstaltung des Deutschen Evangelischen Kirchentages 1954 in Leipzig erteilt. Das Innenministerium gibt dazu bekannt, daß die Vertreter der Kirche versichert hätten, auf dem Kirchentag alles zu unterlassen, was in irgendeiner Weise eine Unterstützung der EVG-Politik der Bundesregierung bedeute. Am 23. März erklärt das Präsidium des Kirchentages, es sei gegenüber den Behörden der DDR keinerlei politische Verpflichtungen eingegangen, sondern habe lediglich versichert, daß der Kirchentag eine rein kirchliche Veranstaltung sei.

25. Erklärung der Sowjetregierung über die Souveränität der DDR. Am 27. März veröffentlicht die Regierung der DDR dazu eine eigene Erklärung. (Vgl. den Wortlaut beider Dokumente auf S. 6534 f. dieser Folge.) Ueber die Stellungnahme der Bundesregierung und der Alliierten Hohen Kommission vgl. S. 6536 f. dieser Folge. Der 1. Vorsitzende der SPD, *Ollenhauer*, erklärt am 26. März, die Souveränitäts-erklärung sei eine ernstere Angelegenheit, als man vielerorts annehme; sie setze das Regime der DDR in den Stand, Maßnahmen von erheblicher Bedeutung für die Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands zu treffen.



Der Ministerrat der DDR berät in einer Sonder-sitzung über die Durchführung der Verordnung vom 10. Dezember 1953 „Ueber die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter“ (vgl. Zeittafel in EA 1/1954). Ministerpräsident *Grotewohl* kritisiert die bisherige Durchführung der Verordnung, bei der erhebliche Mängel aufgetreten seien, weil die Staatsorgane die gesellschafts-umbildende Kraft der Verordnung nicht erkannt hätten. Der Ministerrat beauftragt den Arbeitsminister, die im Laufe der Beratung vorgebrachten Verbesserungsvorschläge zusammenzufassen.

- 25.—28. Neunter Parteitag der Sozialdemokratischen Partei des Saarlandes in Saarbrücken. Der Parteitag billigt einstimmig „Vorschläge zur europäischen Lösung der Saarfrage“, die folgende Grundsätze enthalten: 1) Das Saarland wird europäisches Territorium mit einem europäischen Statut, das Bestandteil des Friedensvertrags mit Deutschland wird. 2) Das Saarstatut wird einer Volksabstimmung im Saarland unterworfen. 3) Das Saarland wird Sitz europäischer Behörden. 4) Saarregierung und Saarparlament sind autonom. 5) Die Wirtschaftsunion mit Frankreich wird aufrechterhalten, mit Deutschland können bilaterale Wirtschaftsverträge geschlossen werden. 6) Im Saarland werden Parteien zugelassen, die sich auf den Boden des europäischen Saarstatuts stellen.
27. Der amerikanische Hohe Kommissar, James B. *Conant*, erklärt in einer Rede in Frankfurt vor dem Verband amerikanischer Rechtsanwälte in Europa, die Besatzungsmächte seien sich einig, daß die Bundesrepublik ein souveräner Staat werden soll. Dieses Ziel werde durch das Inkrafttreten der Verträge von Bonn und Paris erreicht werden. Falls jedoch aus irgendeinem Grunde diese Verträge in absehbarer Zeit nicht ratifiziert werden sollten, dann müßten die Besatzungsmächte zu der Ueberzeugung kommen, daß es im Interesse aller Beteiligten liege, das Aequivalent des Deutschlandvertrags in Kraft zu setzen.
28. Nach einer Sitzung des Hauptausschusses der bayerischen FDP in Regensburg erklärt der Bundesvorsitzende der FDP, Thomas *Dehler*, die FDP könne den Vorstellungen Bundeskanzler *Adenauers* über die Europäisierung des Saargebiets nicht zustimmen; sie werde keiner Regelung zustimmen, die zur Abtretung der Saar führe. *Dehler* sagt, die Saarfrage solle nicht jetzt gelöst werden, da sie sich durch die Entwicklung selbst lösen werde.
29. Bundespräsident *Heuss* unterzeichnet die Ratifizierungsgesetze für den Deutschlandvertrag und den EVG-Vertrag. Am 30. März wird die Ratifikationsurkunde des Deutschlandvertrags im Auswärtigen Amt hinterlegt, am 31. März die des EVG-Vertrags im französischen Außenministerium. (Französischer Vorbehalt zur Ratifizierung vgl. Frankreich.)
30. Bundeskanzler *Adenauer* erklärt vor der Fraktion der CDU/CSU, für die Bundesrepublik gebe es einige unerläßliche Voraussetzungen für die Lösung der Saarfrage, insbesondere dürfe die Europäisierung des Saargebiets nur in engstem Zusammenhang mit der Bildung der europäischen politischen Gemeinschaft

gesehen werden. Am gleichen Tage wendet sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP, August *Martin Euler*, gegen die Auffassung, daß die Zustimmung Frankreichs zum EVG-Vertrag durch die Preisgabe der Saar erkaufte werden solle. Er sagt, die Bundesregierung dürfe sich nicht durch französische Bemühungen, dem Pariser Parlament einen durchschlagenden Erfolg in der Saarfrage zu bringen, in eine Psychose hineintreiben lassen, welche die deutsche Außenpolitik auf einen abschüssigen Weg führen würde.

#### Frankreich

- 20.—21. In Paris findet unter dem Ehrenpräsidium des französischen Radikalsolisten *Herriot* und auf Initiative des ehemaligen Ministers *Edmond Michelet* eine „Internationale Konferenz der von der EVG betroffenen Länder“ statt, an der rund 150 Gegner der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft aus den sechs Ländern der Montanunion und Großbritannien als Delegierte teilnehmen. Als Redner treten u. a. auf der Radikalsozialist *Daladier*, der Gaullist *Debré*, der französische Kommunist *Casanova*, der Vorsitzende der Liga für Menschenrechte, *Emile Kahn*, und der Führer der italienischen Linksozialisten, *Nenni*. Die deutschen Sprecher sind *Helene Wessel*, Pastor *Mochalski* und Dr. *Heinemann*. Unter den Teilnehmern befindet sich auch der führende Gaullist *Soustelle*. Fünf Delegierten aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands war die Einreise verweigert worden. Die Konferenz, die von *Daladier* als „der erste Kongreß des wahren Europa“ bezeichnet wird, nimmt einstimmig eine Entscheidung an, in der erklärt wird, die EVG würde in der Welt eine Atmosphäre wachsender Spannungen hervorrufen, die zum Kriege führen könne. Sie würde der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands unüberwindliche Hindernisse in den Weg legen und in Deutschland zu einer Wiedergeburt des Militarismus und zur Abwürgung der Demokratie führen. Es solle ein System der kollektiven Sicherheit und der Abrüstung geschaffen werden, das auf eine Verbindung der Staaten Europas gegründet sei, auf der Achtung vor der Charta der Vereinten Nationen und den geltenden Verträgen beruhe und jedes Uebergewicht ausschließe. Die Konferenz beschließt, eine ständige Einrichtung zu schaffen, um die Aktionen gegen die EVG in den sechs betroffenen Staaten zu koordinieren.
27. Marshall *Alphonse Juin*, Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte im Abschnitt Mitteleuropa, erklärt in einer Rede in Auxerres, die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft sei nicht entwicklungsfähig, die Zusatzprotokolle seien ungenügend; es müsse eine Alternativlösung für den Vertrag geschaffen werden. Am 31. März erneuert *Juin* in einer Rede in Paris seine Erklärung und sagt, er habe damit ein Mißverständnis beseitigen wollen. Jede bisherige französische Regierung habe seine Meinung gekannt, sich jedoch in der Öffentlichkeit immer nur auf denjenigen Teil seiner Ansichten berufen, der mit ihrem eigenen Standpunkt übereinstimmte.
31. Bei der Hinterlegung der deutschen Ratifikations-

urkunde zum EVG-Vertrag (vgl. Deutschland) erklärt der Staatssekretär im Außenministerium, Maurice Schumann, die französische Regierung erachte die Ratifizierung des Vertrages durch die Bundesrepublik so lange als nicht abgeschlossen, als nicht auch die Zusatzprotokolle durch die Bundesrepublik ratifiziert seien.

### Großbritannien

23. Premierminister Sir Winston Churchill erklärt auf Anfrage der Opposition im Unterhaus, das Übereinkommen mit Truman vom 9. Januar 1952, wonach die amerikanischen Stützpunkte in Großbritannien im Ernstfalle nur nach vorheriger Konsultation beider Regierungen benutzt würden, sei noch in Kraft. Am 30. März erklärt Sir Winston im Unterhaus auf die Forderung, er möge bei der amerikanischen Regierung auf eine Einstellung der Versuche mit Wasserstoffbomben hinwirken, damit würde der freien Welt ein schlechter Dienst erwiesen, denn die Wasserstoffbombe in der Hand der Vereinigten Staaten stelle die stärkste Abschreckung gegen einen Dritten Weltkrieg dar.

- 29.—30. In London finden Besprechungen zwischen Frankreich, vertreten durch Maurice Schumann, Großbritannien, vertreten durch Handelsminister Peter Thorneycroft, und den Vereinigten Staaten, vertreten durch den Direktor des Amtes für Auslandsvorhaben, Harold Stassen, über den Ost-West-Handel statt. In einem Abschlußkommuniqué heißt es, daß die bestehenden Kontrollen des Handels mit den kommunistischen Staaten dem Umfange nach begrenzt, gleichzeitig aber in ihrer Wirksamkeit verstärkt werden sollen. Die Kontrollen des Handels mit China und Nordkorea würden jedoch bestehen bleiben.

### Italien

- 26.—27. Bundeskanzler Adenauer unterbricht seine Rückreise von der Türkei in Rom, um mit Mitgliedern der italienischen Regierung zu konferieren. Er spricht auch im Vatikan vor. In einem Kommuniqué über die Besprechungen mit Ministerpräsident Scelba heißt es, die beiden Staatsmänner seien sich darin einig, daß die europäische Integrationspolitik im Interesse des Friedens, der Sicherheit und der Freiheit entschlossen fortgesetzt werden müsse.

### Polen

17. Der am 10. März begonnene zweite Parteitag der polnischen Vereinigten Arbeiterpartei in Warschau wird beendet. Boleslaw Bierut wird zum ersten Sekretär der Partei gewählt. Am 18. März beschließt der Staatsrat, einem Ersuchen Bieruts stattzugeben und ihn von seinen Pflichten als Vorsitzender des Ministerrates zu entbinden. Zum neuen Vorsitzenden des Ministerrates wird Josef Cyrankiewicz berufen. Die stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates Hilary Minc und Zeon Nowak werden zu Ersten Stellvertretern des Vorsitzenden des Ministerrates ernannt. — Minc wird in diesem Zusammenhang seines Amtes als Vorsitzender der staatlichen Kommission für Wirtschaftsplanung entbunden; sein Nachfolger wird Eugeniusz Szyr.

### Rumänien

25. Die Regierung gibt eine Erklärung im Zusammenhang mit der Erörterung der europäischen Sicherheitsfrage auf der Berliner Konferenz ab. Darin heißt es, der sowjetische Vorschlag zum Abschluß eines europäischen Generalvertrages über die europäische Sicherheit sei der beste Weg zur Verhinderung einer Aggression in Europa und zugleich eine wirkungsvolle Bürgschaft für die Wahrung und Festigung des Friedens.

### Sowjetunion

17. Die Sowjetregierung gibt in einem Memorandum an den amerikanischen Botschafter, Charles Bohlen, ihr eigenes Einverständnis und das der Chinesischen Volksrepublik bekannt, die Genfer Ostasienkonferenz im Palais des Nations abzuhalten.
18. Die sowjetische Regierung weist die Türkei in einer Note im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für den Abschluß eines Verteidigungsabkommens zwischen der Türkei und Pakistan darauf hin, daß der Abschluß eines solchen Abkommens den Beziehungen zwischen der Türkei und der Sowjetunion schaden würde. Am gleichen Tage protestiert die Sowjetunion in Den Haag gegen die Stationierung amerikanischer Luftstreitkräfte in den Niederlanden und in Athen gegen die Ueberlassung von Stützpunkten an die Vereinigten Staaten. Am 26. März erklärt die Sowjetregierung in einer Note an den Irak, sie werde jegliche Bemühungen arabischer Staaten um das Zustandekommen eines Verteidigungsabkommens im Mittleren Osten auf Initiative der Westmächte als unfreundlichen und feindseligen Akt gegen die Sowjetunion betrachten. Einen Tag später protestiert die Sowjetregierung bei der Regierung Pakistans gegen die militärische Unterstützung Pakistans durch die Vereinigten Staaten.
- 26.—27. Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Es nehmen Vertreter Albanien, Bulgariens, Polens, Rumäniens, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Ungarns sowie der Deutschen Demokratischen Republik teil.
31. Note an Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Frankreich über die europäische Sicherheitsfrage, in denen die Sowjetregierung sich bereit erklärt, dem Atlantikpakt beizutreten (vgl. den Wortlaut auf S. 6532 dieser Folge).

### Tschechoslowakei

24. Die Regierung veröffentlicht eine Erklärung zum sowjetischen Vorschlag über ein europäisches Sicherheitssystem, in der sie sich bereit findet, an einem gesamteuropäischen Vertrag über die kollektive Sicherheit, wie er von Molotow in Berlin vorgeschlagen wurde, teilzunehmen.

### Türkei

- 18.—21. Staatsbesuch Bundeskanzler Konrad Adenauers. In einem Abschlußkommuniqué wird bekanntgegeben, daß der Bundeskanzler mit der türkischen Regierung die weltpolitische Lage unter besonderer Berücksichtigung europäischer Sicherheitsfragen besprochen habe. Es herrsche Übereinstimmung zwischen den beiden Regierungen, daß die Bundesrepublik Deutschland



möglichst rasch in die Organisation der europäischen Verteidigung eingegliedert werden müsse.

#### Ungarn

20. Die Regierung veröffentlicht eine Erklärung gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, in der sie

auf die Gefahr einer Wiedererstehung des deutschen Militarismus hinweist und den Wunsch Ungarns zum Ausdruck bringt, sich an einem europäischen Sicherheitssystem, wie es von Außenminister *Molotow* vorgeschlagen wurde, zu beteiligen.

### Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

#### AFRIKA

##### Aegypten

19. In der Suezkanalzone kommt es zu Zusammenstößen zwischen britischen Soldaten und Aegyptern. Der britische Botschafter, Sir Ralph *Stevenson*, erhebt deswegen Vorstellungen bei Ministerpräsident *Nagib*. Am 22. März unterrichtet *Stevenson* die ägyptische Regierung auf Anweisung Außenminister *Edens*, daß die Verhandlungen über die Räumung der Suezkanalzone unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht wieder aufgenommen werden könnten. (Das britische Außenministerium hatte am 16. März bekanntgegeben, es habe von ägyptischer Regierungsseite indirekte Anfragen in bezug auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen erhalten.) Präsident *Nagib* erklärt am 23. März, Aegypten würde die Verhandlungen nur dann fortsetzen, wenn alle Rechte Aegyptens anerkannt würden.
22. Ein Sprecher des Außenministeriums gibt bekannt, daß Aegypten jeden Versuch, den Irak in den türkisch-pakistanischen Militärpakt einzubeziehen, mißbilligen würde.
25. Der Revolutionsrat beschließt, ab sofort wieder alle politischen Parteien zuzulassen, die nach der Revolution Betätigungsverbot erhielten, und sich zum 23. Juli 1954 wieder aufzulösen. An diesem Tage solle zum Zeichen der Beendigung der Revolution die Gewalt des Revolutionsrates auf eine frei gewählte verfassungsgebende Versammlung übergehen. Als es auf diesen Beschluß zu Unruhen unter der Bevölkerung und Auseinandersetzungen innerhalb der Militärjunta kommt, beschließt der Revolutionsrat am 29. März, seine Entscheidung vom 25. März zu widerrufen und bis zum Jahre 1956 während einer Uebergangsperiode von der Revolution zum normalen politischen Leben im Amt zu bleiben.

##### Französisch-Westafrika

18. Zum Abschluß einer westafrikanischen Verteidigungskonferenz, die am 11. März in Dakar begonnen hatte, wird ein Protokoll mit Empfehlungen über Maßnahmen zur Verteidigung des afrikanischen Kontinents südlich der Sahara unterzeichnet, das den interessierten Regierungen zur Billigung vorgelegt wird. An der Konferenz, die von Frankreich und Großbritannien gemeinsam einberufen worden war, nahmen neben den Delegierten dieser beiden Staaten Vertreter Belgiens, der Südafrikanischen Union, Portugals, Liberias sowie Beobachter der Vereinigten Staaten und der Zentralafrikanischen Föderation teil.

#### AMERIKA

##### Venezuela

29. In einer Schlußakte der panamerikanischen Konferenz in Caracas werden die auf der Konferenz gefaßten

Entschlüsse niedergelegt, darunter die am 13. März beschlossene Resolution zur Bekämpfung des Kommunismus (vgl. Zeittafel in EA 7/1954), eine am 17. März bei Stimmenthaltung der Vereinigten Staaten angenommene Resolution gegen den Kolonialismus in Lateinamerika und eine vom Politisch-Juristischen Ausschuß ausgearbeitete Deklaration über die Menschenrechte.

##### Vereinigte Staaten

16. Außenminister *Dulles* vertritt auf einer Pressekonferenz die Ansicht, daß die Bestimmungen des Atlantikpaktes und des Vertrages von Rio de Janeiro dem amerikanischen Präsidenten das Recht geben, im Falle eines Angriffs auf einen der Unterzeichner dieser Verträge sofortige Gegenmaßnahmen ohne vorherige Befragung des Kongresses anzuordnen; der Präsident werde jedoch nicht notwendigerweise in jedem Falle von diesem Recht Gebrauch machen. Gegenschläge von amerikanischen Stützpunkten außerhalb der Vereinigten Staaten aus könnten nur mit Zustimmung der betreffenden Regierung geführt werden. Am 19. März erklärt Außenminister *Dulles* vor dem Außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Senats, seine Erklärung vom 12. Januar, daß ein Zurückschlagen gegen eine Aggression an Orten und mit Mitteln eigener Wahl erfolgen soll, sei so zu verstehen, daß diese Wahl nicht durch die Vereinigten Staaten allein, sondern in Konsultation mit ihren Alliierten zu treffen sei.
19. Das Außenministerium gibt bekannt, daß dem sowjetischen Botschafter *Zarubin* ein unter Konsultation mit befreundeten Mächten ausgearbeiteter Plan zur friedlichen Entwicklung der Atomenergie auf der Grundlage der Vorschläge Präsident *Eisenhowers* vom 8. Dezember 1953 (vgl. EA 1/1954, S. 6275 ff.) übergeben worden sei. Der sowjetische Botschafter habe seinerseits Vorschläge der sowjetischen Regierung zum allgemeinen Thema der Atomenergie überreicht.
29. Außenminister *Dulles* erklärt vor dem Overseas Press Club in New York zur amerikanischen Politik in bezug auf Indochina und die Chinesische Volksrepublik, die Aufzwingung des kommunistischen Systems in Südostasien, das eine große strategische Bedeutung habe, würde unter den gegenwärtigen Bedingungen eine ernste Gefahr für die gesamte freie Welt darstellen. Er sagt: „Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß diese Möglichkeit nicht passiv hingenommen werden darf, sondern daß ihr durch gemeinsame Maßnahmen begegnet werden sollte. Dies könnte mit ersten Risiken verbunden sein. Aber diese Risiken sind viel geringer als diejenigen, denen wir uns in wenigen Jahren gegenübersehen würden, wenn wir es nicht wagen, heute entschlossen auf-

zutreten.“ Ueber China sagt er, die Vereinigten Staaten würden die Volksrepublik China weder diplomatisch anerkennen noch ihre Aufnahme in die Vereinten Nationen zulassen. Wo dies den Interessen der Vereinigten Staaten dienlich sei, würden die Vereinigten Staaten die chinesische Regierung de facto anerkennen. Am 31. März erklärt Präsident *Eisenhower*, die von Außenminister Dulles als wünschenswert bezeichnete gemeinsame Aktion zur Verhinderung einer Preisgabe Indochinas an den Kommunismus bedeute, daß alle freien Nationen, die an diesem Teil der Welt interessiert seien, bereit sein sollten, dort jeder Art von Angriff zu begegnen. Eine Frage, ob das bedeute, daß die Möglichkeit der Entsendung amerikanischer Truppen nach Indochina erwogen werde, beantwortet Eisenhower nicht.

30. Die amerikanische Atomenergiekommission gibt bekannt, daß am 26. März auf den Marshallinseln im Pazifik ein zweiter Versuch mit der Wasserstoffbombe erfolgreich verlaufen sei. In einem ersten Versuch am 1. März war, wie am 13. März bekanntgegeben wurde, die bisher stärkste Wasserstoffbombe zur Explosion gebracht worden. Präsident *Eisenhower* unterbreitet dem Kongreß ein Programm zur schrittweisen Verminderung der gegenwärtigen Zolltarife und sonstigen Beschränkungen der Einfuhr, das auf den Empfehlungen der Randall-Kommission beruht. Eisenhower befürwortet die Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes für den Abschluß von Handelsverträgen, des Reciprocal Trade Agreements Act, um drei Jahre bis 30. Juni 1957.

## ASIEN

### Formosa

22. Generalissimus *Tschiang Kai-schek* wird auf weitere sechs Jahre zum Präsidenten der Nationalchinesischen Republik gewählt.

## Israel

17. Bei einem Ueberfall auf einen Omnibus in der Wüste Negeb werden 11 israelische Zivilisten getötet. Ministerpräsident Moshe *Sharett* gibt am 24. März bekannt, daß Israel die drei westlichen Großmächte ersucht habe, wegen dieses Zwischenfalles den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einzuberufen (vgl. Sicherheitsrat). Am 28. März greifen israelische Einheiten das jordanische Dorf Nahalin an, wobei nach jordanischer Mitteilung neun Araber getötet werden.

## Japan

31. Das Abgeordnetenhaus verlangt im Hinblick auf die Auswirkungen der amerikanischen Versuche mit Wasserstoffbomben im Pazifik, bei denen japanische Fischer Verletzungen durch radioaktive Einwirkungen davontrugen und die Fischbeute vernichtet wurde, eine internationale Kontrolle von Versuchen mit Atomwaffen jeder Art.

## Organisation der Vereinten Nationen

### Sicherheitsrat

29. Der sowjetische Vertreter *Wyschinski* legt gegen einen neuseeländischen Antrag, in dem Aegypten aufgefordert werden sollte, die Behinderung der israelischen Schifffahrt durch den Suezkanal zu unterlassen, sein Veto ein. Der Vertreter Libanons stimmt ebenfalls gegen den Antrag, der von den Westmächten unterstützt wurde.

## Wirtschafts- und Sozialrat

### Wirtschaftskommission für Europa (ECE)

25. Beendigung der 9. Sitzungsperiode der ECE (vgl. Mitteilungen des Europarats auf S. 6555).

## Zeittafel vom 1. bis 15. April 1954

### Die Ereignisse in Europa

#### Europäische Integration

7. Ratifizierung des EVG-Vertrags durch das luxemburgische Parlament (vgl. Luxemburg).

#### Europarat

Vgl. hierzu die in jeder zweiten Folge des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarats.

#### Belgien

11. Bei den Parlamentswahlen verliert die katholische Christlich-Soziale Partei die absolute Mehrheit, die sie bisher in beiden Kammern des Parlaments innehatte. Die Sozialisten erzielen die größten Gewinne. Das Kabinett *van Houtte* tritt zurück.

Die 212 Sitze in der Abgeordnetenkammer verteilen sich nunmehr wie folgt: Christlich-Soziale 94 (14 Verluste); Sozialisten 86 (9 Gewinne); Liberale 25 (5 Gewinne); Kommunisten 5 (2 Verluste). Zwei christlich-soziale Splitterparteien erhalten je einen Sitz.

Von den 106 in direkter Wahl bestimmten Sitzen im

Senat erhalten die Christlich-Sozialen 49 (5 Verluste); die Sozialisten 42 (5 Gewinne); die Liberalen 11 (1 Gewinn); die Kommunisten 2 (1 Verlust) und das Liberal-Sozialistische Kartell 2 (unverändert).

#### Deutschland

1. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Dr. Josef *Wintrich*, erklärt in Karlsruhe vor Pressevertretern, durch die Wehregänzung des Grundgesetzes sei eine neue verfassungsrechtliche Situation geschaffen worden, zu der alle an dem Verfassungskstreit um die Verträge von Bonn und Paris Beteiligten neue Stellung nehmen müßten. Die anhängige Verfassungsklage der 144 Abgeordneten des ersten Bundestages gegen die Verträge werde vom Verfassungsgericht weiterbehandelt werden.
2. Der 1. Vorsitzende der SPD, Erich *Ollenhauer*, bezeichnet vor dem Parteivorstand und Parteiausschuß der SPD in Bonn die Europapolitik des Bundeskanzlers, die von ständigen deutschen Vorleistungen



gekennzeichnet gewesen sei, als einen praktischen Fehlschlag. Die Verhandlungen in der Saarfrage müßten als gescheitert angesehen werden, falls der Bundeskanzler den französischen Wünschen nicht noch weiter entgegenkomme. Die von der SPD seit Jahren vorgebrachten Vorschläge für eine umfassende Alternative der Europapolitik seien demgegenüber immer mehr zum Diskussionssthema in vielen europäischen Staaten geworden.

6. In Berlin wird der IV. Parteitag der SED mit der Wahl des 91 Mitglieder starken Zentralkomitees beendet. Der am 30. März eröffnete Parteitag hat ein neues Statut angenommen, durch das der organisatorische Aufbau der Partei dem der Kommunistischen Partei der Sowjetunion angeglichen wird. Der vom Parteitag einstimmig gebilligte Rechenschaftsbericht des 1. Sekretärs, Walter Ulbricht, enthält den Vorschlag, im Herbst 1954 Neuwahlen zur Volkskammer der DDR abzuhalten. Der stellvertretende Ministerpräsident der Sowjetunion A. I. Mikojan erklärt vor dem Parteitag, die Annahme der sowjetischen Vorschläge für einen europäischen Sicherheitspakt würde entscheidend zur Entspannung der internationalen Lage und zu einer raschen Lösung der Deutschlandfrage beitragen; durch die Vorschläge der sowjetischen Note vom 31. März (vgl. Wortlaut auf S. 6532 dieser Folge) seien die auf der Berliner Konferenz von den westlichen Außenministern vorgebrachten Einwände gegen den sowjetischen Sicherheitsvorschlag gegenstandslos geworden. Ministerpräsident Grotewohl kritisierte in seinem Referat „Das Wesen und die Aufgaben der Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR“ die bürokratische Arbeitsweise vieler Verwaltungsstellen und erhob die Forderung, daß das Gesetz der persönlichen Verantwortung „mit allen persönlichen Konsequenzen“ Richtschnur der Arbeit der Staatsorgane werden müsse. Ulbricht forderte in seinem Schlußwort einen gemeinsamen Appell des Bundestages und der Volkskammer für das Verbot der Atomwaffen. Am 5. April billigte der Parteitag ein Manifest „Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation“, in dem die Ansichten der SED über die Wiedervereinigung Deutschlands und eine Reihe von Forderungen an Westdeutschland niedergelegt sind. Das Präsidium der Volkskammer der DDR fordert den Deutschen Bundestag in einem Telegramm auf, einen gemeinsamen Beschluß zu fassen, in dem das Verbot der Massenvernichtungswaffen und ihrer experimentellen Erprobung gefordert werden soll.
- 6.—8. Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen des Europarats, Pierre Schneider, besucht die Bundesregierung. Nach Besprechungen mit dem Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Prof. Oberländer, teilt er einer Pressekonferenz mit, daß Pläne für eine Hilfsaktion für die deutschen Flüchtlinge bestehen, über die er jedoch noch keine Einzelheiten mitteilen könne. Das Problem der Sowjetzonenflüchtlinge sei eine Folge der Weltpolitik, die nicht Deutschland allein aufgebürdet werden könne.
7. Das auf dem IV. Parteitag neugewählte Zentralkomitee der SED wählt auf seiner konstituierenden

Sitzung in Berlin folgende Mitglieder ins Politbüro: Friedrich Ebert, Otto Grotewohl, Hermann Matern, Fred Oelssner, Wilhelm Pieck, Heinrich Rau, Karl Schirdewan, Willi Stoph, Walter Ulbricht. Zum 1. Sekretär des ZK der SED wird Walter Ulbricht wiedergewählt.

Stellungnahme der Bundesregierung und des Bundestages zur Souveränitätserklärung der DDR. Am 8. April gibt die Alliierte Hohe Kommission ihre Stellungnahme ab. (Vgl. den Wortlaut beider Dokumente auf S. 6536 f. dieser Folge.)

13. Die Parteien des „Demokratischen Blocks“ in der DDR stimmen dem Vorschlag der SED zu, im Herbst 1954 Neuwahlen zur Volkskammer abzuhalten.
15. Der sowjetische Hohe Kommissar, W. S. Semjonow, fordert die beim ehemaligen Alliierten Kontrollrat in Berlin akkreditierten Militärmissionen in einem Schreiben auf, sich in allen Angelegenheiten, welche die DDR betreffen, künftig direkt an die Regierung der DDR zu wenden.

#### Frankreich

1. Das Kabinett beschließt, Marshall Juin wegen schweren Verstoßes gegen die Disziplin seiner Aemter als Vizepräsident des obersten französischen Kriegsrates und ständiger Berater des Kabinetts in Fragen der militärischen Strategie zu entheben, nachdem Juin es abgelehnt hatte, einer Aufforderung der Regierung nachzukommen, seine Äußerungen vom 27. März (vgl. S. 6544) zu erläutern. Ministerpräsident Laniel erklärt am 2. April in der Nationalversammlung, es sei bei der Amtsenthebung Juins nicht für oder gegen den europäischen Verteidigungsvertrag, sondern um die Frage gegangen, ob der republikanische Staat bestehe und ihm alle seine Diener, gleich welchen Rang sie haben, Gehorsam und Ehrerbietung schuldeten. Am 5. April tadelt der Atlantikrat Juin wegen seiner Erklärung vom 27. März, die im Gegensatz zu den politischen Feststellungen des Rates stehe.
13. In Paris unterzeichnen Vertreter Großbritanniens und der sechs Mitgliedstaaten der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ein Abkommen über die Assoziation Großbritanniens mit der Gemeinschaft (vgl. Großbritannien).
- 13.—14. Der amerikanische Außenminister, Dulles, setzt nach seinen Erörterungen in London die Besprechungen über die Verteidigung Südasiens mit Außenminister Bidault in Paris fort. In einem Abschlußkommuniqué heißt es in fast wörtlicher Übereinstimmung mit dem Londoner Communiqué (vgl. Großbritannien), Frankreich und die Vereinigten Staaten würden in enger Solidarität mit allen interessierten Staaten die Möglichkeit prüfen, im Rahmen der Satzung der Vereinten Nationen eine kollektive Verteidigung in Südostasien zu organisieren.
15. Nach Besprechungen Ministerpräsident Laniel mit Vertretern der Parteien gibt der Ministerrat bekannt, daß die Regierung den Ältestenrat der Nationalversammlung am 18. Mai ersuchen werde, einen Termin für die parlamentarische Behandlung der Gesetzesvorlage über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu bestimmen, sofern bis dahin die von der Nationalversammlung an die Ratifikation geknüpften Vorbedingungen erfüllt seien.

## Großbritannien

5. Im Unterhaus findet eine Debatte über die Wasserstoffbombe statt. Der Oppositionsführer Clement Attlee fordert die Regierung auf, sofort die Initiative zu einer Zusammenkunft der Regierungschefs der Großen Drei zu ergreifen. Premierminister Sir Winston Churchill hält an seinem Entschluß fest, die Vereinigten Staaten nicht um die Unterbrechung ihrer Versuche mit Wasserstoffbomben zu ersuchen, und betont, daß er von der Nützlichkeit einer Dreierkonferenz, sofern sie im geeigneten Augenblick stattfinde, nach wie vor überzeugt sei. Er gibt bekannt, daß er am 19. August 1943 anlässlich der Konferenz von Quebec ein Geheimabkommen mit Präsident Roosevelt über das gemeinsame Vorgehen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten bei der Entwicklung von Atomwaffen geschlossen habe; die Labourregierung habe es zugelassen, daß dieses Abkommen durch das MacMahon-Gesetz (1946) preisgegeben worden sei.
- 12.—13. Der amerikanische Außenminister, Dulles, bespricht mit Außenminister Eden die Lage in Südostasien. In einem Abschlusssommuniqué über die Besprechungen heißt es, Großbritannien und die Vereinigten Staaten seien bereit, mit den anderen interessierten Ländern die Möglichkeit der Errichtung einer gemeinsamen Verteidigung im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen zu prüfen, um Frieden, Sicherheit und Freiheit in Südostasien und im westlichen Pazifik zu gewährleisten. Außenminister Eden berichtet dem Unterhaus am 13. April über seine Besprechungen mit Außenminister Dulles. Der Oppositionsführer Clement Attlee stimmt dem Ergebnis der Besprechungen zu. Der Führer des linken Flügels der Labourfraktion, Aneurin Bevan, erklärt dagegen, Großbritannien habe sich dem amerikanischen Druck gebeugt. Bevan scheidet nach diesem offenen Konflikt mit der Labourführung am 15. April aus dem „Schattenkabinett“ aus.
14. Die britische Regierung veröffentlicht in einem Weißbuch den am Vortage von den sechs Mitgliedstaaten der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Paris unterzeichneten Vertrag über die Assoziierung Großbritanniens mit der EVG, die am gleichen Tage in Paris unterzeichnete Erklärung über eine gemeinsame Politik der Zusammenarbeit

zwischen den Streitkräften Großbritanniens und der EVG sowie eine Erklärung der britischen Regierung, in der Großbritannien seine Absicht bekundet, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft weiterhin zu unterstützen.

Nach dem Abkommen über die Assoziierung Großbritanniens mit der EVG sollen Maßnahmen zur Zusammenarbeit der britischen Truppen und der Streitkräfte der EVG in Europa ergriffen werden, um insbesondere eine gemeinsame militärische Planung zu fördern. Außerdem soll ein Verfahren zur Konsultation über Fragen von gemeinsamem Interesse geschaffen werden.

Außenminister Eden gibt am gleichen Tage im Unterhaus bekannt, daß Großbritannien eine britische Panzerdivision, die gegenwärtig in Deutschland steht, in die Europaarmee integrieren werde, wobei die Division weiterhin dem NATO-Oberbefehlshaber unterstellt sein werde.

## Italien

6. Die Regierung bringt das Ratifizierungsgesetz zum EVG-Vertrag in der Kammer ein. Der Entwurf wird zunächst von den Ausschüssen behandelt.

## Luxemburg

7. Das Parlament ratifiziert den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft mit 46 gegen 4 Stimmen.

## Türkei

2. Unterzeichnung des türkisch-pakistanischen Verteidigungsabkommens in Karatschi (vgl. Pakistan).
12. Der jugoslawische Staatspräsident Tito trifft in Begleitung von Außenminister Kotscha Popowitsch zu einem Staatsbesuch in Ankara ein. In den Besprechungen mit der türkischen Regierung, die am 16. April abgeschlossen werden, werden Fragen von allgemeinem und beiderseitigem Interesse besprochen, wobei betont wird, daß für jede grundsätzliche Entscheidung die Zustimmung des Partners im Dreimächteabkommen von Ankara, Griechenland, erforderlich sei. Es wird Uebereinstimmung darüber erzielt, dieses Abkommen in ein formelles Bündnis umzuwandeln und die Verteidigungsmaßnahmen der beteiligten Länder auszubauen.

## Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

### AMERIKA

#### Vereinigte Staaten

5. Präsident Eisenhower bezeichnet in einer Rundfunk- und Fernsehansprache die Behauptung von der angeblichen kommunistischen Durchdringung des öffentlichen Lebens in Amerika, wie sie durch die Arbeit der Untersuchungsausschüsse des Kongresses entstanden sei, und die Untersuchungsmethoden dieser Ausschüsse selbst als Gefahr für die amerikanische Demokratie. Eisenhower nimmt auch zu den Befürchtungen über eine wirtschaftliche Depression Stellung und sagt, die Zahl der Arbeitslosen (3,7 Millionen) erkläre sich aus der Umstellung der amerikanischen Industrie von der Kriegs- auf eine Frie-

denswirtschaft. Er spricht die Ueberzeugung aus, daß es nicht zu einer Depression kommen werde.

Außenminister Dulles gibt im Zusammenhang mit der Eröffnung der Beratungen im amerikanischen Kongreß über die Auslandhilfe 1955 einen umfassenden Ueberblick über die amerikanische Sicherheitspolitik. In Anknüpfung an seine Rede vom 12. Januar 1954 (vgl. Europa-Archiv 3/1954, S. 6323 ff.) erklärt er, daß im vergangenen Jahr der Nachdruck auf die Entwicklung einer Strategie der Abschreckung gelegt worden sei. Diese Strategie werde nunmehr durch die Schaffung eines weit verzweigten Sicherheitssystems vervollständigt, dessen Defensivstärke durch die Schaffung einer beweglichen Macht ver-



stärkt werde, die über zahlreiche Stützpunkte von Kanada über den Atlantik bis Europa und Asien verfüge. Entsprechend der wirtschaftlicheren Arbeitsweise der neuen Strategie würden die amerikanischen Zuwendungen für die NATO in Zukunft niedriger sein. Zur Lage in Ostasien erklärt Dulles, die Chinesische Volksrepublik habe die kommunistische Aggression in Indochina intensiviert, indem sie die Aufständischen versorge und ausbilde sowie ihre Operationen leite. Der damit verbundenen Bedrohung Südostasiens müsse, wenn notwendig, nicht nur eine Einheit des Wollens, sondern auch eine Einheit des Handelns entgegengesetzt werden. Auf die Frage eines Abgeordneten, ob die Beweise für das Eingreifen Chinas in die Kämpfe in Indochina nicht genügten, um nach der „New-Look“-Strategie eine sofortige Gegenaktion der Vereinigten Staaten zu rechtfertigen, erklärt Dulles, die Chinesen hätten im „technischen Sinne“ nicht ganz das getan, was die Vereinigten Staaten unter Aggression verstünden; sie seien dem aber gefährlich nahegekommen. — Am 15. April werden in Washington Erklärungen veröffentlicht, die der Stabschef der amerikanischen Armee, General Matthew B. Ridgway, am 8. und 9. Februar 1954 vor einem Unterausschuß des Repräsentantenhauses abgegeben hat. Ridgway kritisierte darin die Dulles-Strategie, kommunistische aggressive Akte augenblicklich mit massiven Gegenschlägen zu beantworten. Er sagte, diese Konzeption habe in Europa Befürchtungen ausgelöst, und ihre Verwirklichung werde außerdem die Kampfkraft der amerikanischen Landstreitkräfte zu einem Zeitpunkt herabsetzen, da sich das militärische Kräfteverhältnis zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten noch nicht zugunsten des Westens gewandelt habe.

6. Das Außenministerium gibt bekannt, daß die amerikanische Regierung den an Südostasien interessierten Mächten vorgeschlagen habe, an die Volksrepublik China eine scharfe Warnung vor einer Aggression in Indochina zu richten. Präsident *Eisenhower* erklärt am 7. April auf einer Pressekonferenz, der Verlust Indochinas an den Kommunismus würde unabsehbare Konsequenzen für die freie Welt haben, so daß eine gemeinsame Aktion notwendig sei, um eine kommunistische Vorherrschaft in Südostasien zu verhindern. Eisenhower sagt, er halte die Aussichten für eine die freie Welt befriedigende Beendigung des Indochinakrieges auf dem Verhandlungswege nicht für günstig. Am 10. April reist Außenminister *Dulles* nach London und Paris zu Besprechungen über Südostasien (vgl. Großbritannien und Frankreich).
13. Es wird bekanntgegeben, daß der führende amerikanische Atomwissenschaftler, Robert *Oppenheimer*, wegen angeblicher Beziehungen zum Kommunismus von seinem Amt als Vorsitzender des Beratungsausschusses der amerikanischen Atomenergiekommission suspendiert worden sei. Eine Untersuchung über die gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen sei im Gange.

## ASIEN

### Indien

2. Ministerpräsident *Nehru* bringt seine Besorgnis über die Auswirkungen der amerikanischen Wasserstoffbombenversuche zum Ausdruck. Er schlägt vor, daß die Abrüstungskommission der Vereinten Nationen sich sofort mit der Möglichkeit des Abschlusses eines Stillhalteabkommens zwischen den beteiligten Mächten befassen soll, damit die Versuche mit Wasserstoffbomben eingestellt werden können, um den Großmächten Gelegenheit zu einer Vereinbarung über die Atomkontrolle zu geben.

### Pakistan

2. In Karatschi wird ein „Abkommen zur freundschaftlichen Zusammenarbeit“ zwischen der Türkei und Pakistan unterzeichnet, welches das Hauptgewicht auf die militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten legt. Militärmissionen beider Länder sollen unverzüglich den beiderseitigen Bedarf an Waffen und Munition feststellen und den Austausch technischer Informationen einleiten. Das Abkommen steht den beiderseitigen Nachbarstaaten zum Beitritt offen.

### Vietnam

5. Von französischer Seite in Hanoi wird mitgeteilt, die Truppen der Französischen Union seien bisher an keiner Stelle auf Chinesen gestoßen (vgl. dazu die Äußerungen des Außenministers Dulles vor dem Außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses am 5. April unter Vereinigte Staaten).
6. Auf Anforderung der französischen Regierung treffen 25 amerikanische Bomber ein, die, mit französischem Personal besetzt, in die Kämpfe um die Festung Dien Bien Phu eingreifen sollen, die seit Mitte März von den Aufständischen belagert wird.

## Organisation der Vereinten Nationen

### Sicherheitsrat

1. Der libanesisches Delegierte ersucht den Sicherheitsrat, den Nahalin-Zwischenfall (vgl. S. 6547, Israel) dringlich zu erörtern. Am 5. April fordert Israel den Sicherheitsrat auf, den Negeb-Zwischenfall (vgl. S. 6547, Israel) auf seine Tagesordnung zu setzen.

### Abrüstungskommission

3. Die Regierungen der drei westlichen Großmächte fordern den Präsidenten der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen mit Zustimmung der Sowjetunion auf, die Kommission einzuberufen, um über die Ausführung der Resolution der Vollversammlung vom 28. November 1953 (vgl. Zeittafel in EA 24/1953) zu beraten. Die Westmächte weisen darauf hin, daß ihr Schritt in Einklang mit den Beschlüssen der Berliner Konferenz stehe. Am 8. April fordert die indische UN-Delegation die Abrüstungskommission in einem Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag *Hamarskjöld*, auf, den Vorschlag des indischen Ministerpräsidenten *Nehru* vom 2. April (vgl. Indien) zu erörtern.

## Bücher und Broschüren

van Aduard, Baron E. J. Lewe: Japan from Surrender to Peace. With a foreword by John Foster Dulles. The Hague: Martinus Nijhoff 1953. 351 S.

Annual Bulletin of Transport Statistics 1952. United Nations, Economic Commission for Europe, Transport Division. Genf 1953. 109 S.

Als vierter der seit 1949 erscheinenden statistischen Jahresberichte auf dem Gebiete des Verkehrs enthält der soeben erschienene Bericht von 1952 detaillierte Angaben über die Entwicklung des Binnenverkehrs in Europa (ohne Luftverkehr). Der Berichtsteil wird durch viele statistische Tabellen und graphische Darstellungen ergänzt. Während die Angaben für Westeuropa auf amtlichen Unterlagen beruhen, sind die für Osteuropa aufgeführten Zahlen in den meisten Fällen lediglich Schätzungen. Im einzelnen befaßt sich der Bericht, gegliedert nach Personen- und Warenverkehr, mit den Sektoren Schiene, Straße, Wasserstraßen und Seehäfen. Zum ersten Male enthält der Bericht Angaben über den internationalen Touristenverkehr und den Reiseverkehr mit Autobussen. Der Bericht ist zweisprachig in Englisch und Französisch abgefaßt.

Bareth, Jean: Die Gemeinde und Europa. Städteverbürderungen und interkommunale Begegnungen. Genf: Europäischer Gemeinderat o. J. 27 S.

Bevan, Aneurin: Besser als Furcht. Frankfurt am Main: Verlag der Frankfurter Hefte 1953. 248 S. DM 5,80.

Lord Beveridge: Power and Influence. London: Hodder and Stoughton 1953. 448 S. 30 s.

Der Bahnbrecher auf dem Gebiet der sozialen Arbeit gibt in diesem Bande einen Bericht über sein Leben von 1902 bis zur Gegenwart (nachdem er das Leben seiner Eltern und seine Kindheit in „India Called Them“ berichtet hatte). Wir begleiten ihn auf den vielfältigen Stationen dieses reichen Lebens und erleben Zeitgeschichte mit. Freilich will er nicht unparteiisch Geschichte schreiben, sondern dem zukünftigen Historiker Stoff liefern aus einer Zeit, an deren Gestaltung er an wichtiger Stelle mitarbeitete und die eine entscheidende Wendung im Leben des englischen Volkes brachte. Zwischen „Power“ (der Regierungsgewalt, an der er selten teilnahm) und „Influence“ (der Ueberzeugung anderer durch Argumente, dem Planemachen für andere) sieht Lord Beveridge sein Leben ausgespannt. Aus dem Glauben, daß zuletzt doch die Vernunft siegt, lebt das äußerst anregende, ausgezeichnet geschriebene Buch. 50 Seiten Anhang (Dokumente, Briefe und Entwürfe) und eine 5 Seiten füllende Liste seiner wichtigsten Veröffentlichungen ergänzen das wertvolle Werk.

Carlson, John Roy: Araber rings um Israel. Frankfurt am Main: Verlag der Frankfurter Hefte 1953. 320 S.

Commodity Trade and Economic Development. Submitted by a Committee appointed by the Secretary-General. New York: United Nations, Department of Economic Affairs, 1953, 102 S. \$ 0,75.

Ehmke, Horst: Grenzen der Verfassungsänderung. Berlin: Duncker & Humblot 1953. 144 S. DM 9,60.

Angesichts der Diskussion um die Grundgesetzänderungen zur Regelung der Wehrfragen und zur Gültigkeit bestimmter völkerrechtlicher Verträge gewinnt die vorliegende Arbeit besondere Aktualität. Sie stellt die Frage nach den Grenzen der Verfassungsänderung zusammen mit der entscheidenden Frage nach der staats- und verfassungstheoretischen Grundeinstellung und bringt somit einen interessanten Beitrag zur Fortsetzung der wissenschaftlichen, aber auch der politischen Diskussionen.

Im ersten Teil der Arbeit behandelt der Verfasser das Problem an Hand der Theorien seit 1920 und setzt sich insbesondere mit Anschütz, Thoma, Kelsen, Carl Schmitt, Smend und Haug auseinander. Im zweiten Teil konzentriert sich die Untersuchung auf die Probleme aus dem Grundgesetz als materiale Ordnung und hebt diese von

den verfassungsrechtlichen Grenzen einer Verfassungsänderung, aber auch von den kraft positiver Verfassungsbestimmung bestehenden Schranken ab.

Insgesamt gibt die Arbeit wertvolle Anregungen zum Verständnis der Verfassung in ihrer soziologischen, geschichtlichen und ethischen Bedeutung und entwickelt Richtlinien, die für die Beantwortung der Frage nach den Grenzen der Verfassungsänderung auch für das Bundesverfassungsgericht im einzelnen Falle interessant sein dürften.

Die Europäische Zahlungsunion. Englischer und deutscher Text des Abkommens vom 19. 9. 1950 mit einer Einführung von Dr. Egon Tuchtfeldt. (Dokumente, Heft IX, herausgegeben von der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg). Frankfurt a. M. — Berlin: Alfred Metzner Verlag 1953. 38 S.

In einer kurzen Einführung gibt Dr. Tuchtfeldt einen Ueberblick über die Entwicklung der europäischen Wirtschaft nach 1945 sowie die Vorläufer der Europäischen Zahlungsunion. Darüber hinaus wirft er einige der Hauptprobleme der Europäischen Zahlungsunion auf und vermittelt einen kurzen, aber sehr eindrucksvollen Gesamtüberblick über ihre bisherige Tätigkeit. Diese kommentierende Einführung wird durch einen statistischen Anhang ergänzt, der die Entwicklung der westdeutschen Zahlungsposition gegenüber dem EZU-Raum darstellt. Bibliographische Hinweise auf das Schrifttum der Europäischen Zahlungsunion runden den Wert dieser Veröffentlichung ab.

European Jewish Year Book. Jewish Life in Europe. 5714, 1953/54. Editor: Hermann Bary, Frankfurt a. M. Paris o. J. 488 S.

The European Steel Market in 1953. Prepared by the Industry Division, Economic Commission for Europe. Genf: United Nations, Economic and Social Council, 1954. 100 S. \$ 0,70.

Fechner, Erich: Freiheit und Zwang im sozialen Rechtsstaat. (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart. Eine Sammlung von Vorträgen und Schriften aus dem Gebiet der gesamten Staatswissenschaften, Nr. 174). Tübingen: Verlag J. C. B. Mohr 1953. 23 S.

Mit der verfassungsrechtlichen Ausdeutung des Begriffs der Sozialstaatlichkeit, wie er aus dem Bonner Grundgesetz zu verstehen ist, befassen sich Wissenschaft und Praxis in steigendem Maße. In der vorliegenden, auf einen Vortrag zurückgehenden Abhandlung wird der Begriff des sozialen Gedankens unter dem Spannungsverhältnis von Freiheit und Zwang auf Grund soziologischer und sozialethischer Betrachtungen untersucht. In Ablehnung neoliberaler Anschauungen zeigt der Verfasser, daß die Freiheit von Zwang nur durch eine freiwillige Verpflichtung des Staatsbürgers an das Ganze ermöglicht werden kann. Mit dieser Auffassung von der inneren Bezogenheit zwischen Sozialstaat und Rechtsstaat wird eine fortschrittliche Interpretation des Grundgesetzes gefordert.

Gordey, Michel: Visum nach Moskau. Frankfurt am Main: Verlag der Frankfurter Hefte 1954. 458 S.

Handbuch sozialdemokratischer Politik. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn. o. O., o. J. 275 S.

Zur Interpretation und als Kommentar für das Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das auf dem Dortmund Parteitag 1952 beschlossen wurde, hat der Vorstand der SPD das vorliegende Handbuch publiziert. Die SPD gibt damit in ausführlicher und übersichtlicher Weise über die Einzelheiten ihrer Politik Aufklärung und erläutert Begriffe und Tatsachen, die für ihre Freunde und Gegner gleichermaßen bemerkenswert und bedeutsam sind. In einer alphabetisch angeordneten Sammlung von über 250 Stichworten haben mehr als 80 führende Repräsentanten der SPD an diesem Handbuch mitgearbeitet.



Handbuch der Wiedergutmachung in Deutschland. (Loseblatt-Sammlung). Lieferungen XXXV—XXXIX und „Das Entschädigungsrecht für die Opfer der nat.-soz. Verfolgung“, Lieferung 1, Teilausgabe des Handbuchs der Wiedergutmachung in Deutschland. Herausgegeben von Ministerialdirigent Dr. Marcel Frenkel. Koblenz: Humanitas Verlag GmbH. 1953.

Die Lieferungen XXXV—XXXIX zum „Handbuch der Wiedergutmachung in Deutschland“ bringen die für ein Loseblattwerk ständig notwendige Anpassung an den Stand der Gesetzgebung, Beobachtung und Auswertung der Rechtsprechung sowie Fortsetzung der Kommentierungen. Hervorzuheben sind der Text des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) (sofort nach Verkündung vorab geliefert), Ergänzung des Kommentars zu Gesetz Nr. 59 und Kommentar zum Hamburger Wiedergutmachungsgesetz.

„Das Entschädigungsrecht“ — als Teilausgabe des Handbuchs der Wiedergutmachung in Deutschland — stellt ein in sich abgeschlossenes Werk dar (es erscheint in gehefteter Form und als Loseblattwerk), das sich an das System des Handbuchs anlehnt. Es faßt das Entschädigungsrecht als Sonderform der Wiedergutmachung zusammen und beginnt in der vorliegenden ersten Lieferung im wesentlichen mit der Sammlung von Durchführungsverordnungen und Verfahrensvorschriften der Länder zum BEG. Die Kommentierung zum Entschädigungsrecht beginnt mit einem Aufsatz von Sternfeld zu § 104 BEG.

Kohn, Hans: Pan-Slavism. Its History and Ideology. Notre Dame, Indiana: University of Notre Dame Press 1953. 356 S.

Das Buch ist in der Reihe der Internationalen Studien des Komitees für internationale Beziehungen der Universität von Notre Dame, Indiana, erschienen. Der Verfasser schildert die faszinierende Geschichte der panslawistischen Bewegung seit ihrer Entstehung nach den napoleonischen Kriegen. Dabei wird vor allem auch auf die Grundlagen und Ursprünge der panslawistischen Bewegung eingegangen. Von besonderem Interesse sind die Ausführungen des Autors über die Beziehungen zwischen Rußland und den panslawistischen Strömungen im Laufe der letzten ein- und einhalb Jahrhunderte sowie die Bedeutung der beiden Weltkriege für den Panslawismus.

MacIver, R. M.: Macht und Autorität. Frankfurt am Main: Verlag der Frankfurter Hefte 1953. 348 S. DM 5,80.

Matthias, Erich: Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes 1933 bis 1938. (Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte, München). Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1952. 363 S.

Der Verfasser schildert die Prager Exiljahre des Parteivorstandes der SPD von 1933 bis 1938. Während der Exilperiode kamen Ideen zum Durchbruch, die auf das Verhalten der SPD nach Kriegsende nicht ohne Einfluß ge-

blieben sind. Der Verfasser schildert diese Entwicklung an Hand der Publikationen und Beschlüsse des damals emigrierten Parteivorstandes.

Mémento Economique: La Pologne. Herausgegeben von Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques. Collection de Conjoncture et d'Etudes Economiques. Paris: Presses Universitaires de France 1954. 263 S., 2 Kt.

Neue Beiträge sozialistischer Autoren. Herausgegeben von R. H. S. Croßman. Frankfurt am Main: Verlag der Frankfurter Hefte 1953. 280 S. DM 14,80.

Bekannte Mitglieder der britischen Labour Party haben zu diesem Buch Beiträge geleistet. Es handelt sich dabei um den Versuch, neue Erkenntnisse und neue sozialistische Prinzipien zu entwickeln. Die Publikation schließt an die Tradition der „Fabian Essays“ an, die die Lehre von der schrittweisen Weiterentwicklung des Sozialismus vertreten. Der frühere britische Premierminister Attlee weist in seinem Vorwort darauf hin, daß die vorliegenden Beiträge zu einem Zeitpunkt entstanden sind, als die britische Labour-Regierung noch im Amt war. Attlee unterstreicht, daß es die Absicht der Beiträge gewesen sei, innerhalb der Labour Party zum Nachdenken über Wesen, Ziel und Wege des Sozialismus anzuregen. Das Buch darf als wesentlicher Beitrag zur Diskussion über den theoretischen Sozialismus angesehen werden.

Schneider, Heinrich: Die rechtlichen Probleme einer Saarlösung. Baden-Baden: JUS-Verlagsgesellschaft mbH. 1954. 47 S.

Strathus, Heinrich: Grundlagen für die Bemessung der westeuropäischen Verteidigungsbeiträge. Erster Teil. Gutachten, erstattet im Auftrage des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft. (Schriftenreihe des Instituts „Finanzen und Steuern“, Bonn, Heft 27, Band 1). o. O., o. J. 195 S.

Weißberg-Cybulski, Alexander: Hexensabbat. Die Gedankenpolizei. — Die große Tschistka. 2. gekürzte Aufl. Frankfurt am Main: Verlag der Frankfurter Hefte o. J. 352 S. DM 5,80.

Yearbook of International Trade Statistics 1952. Prepared by the Statistical Office of the United Nations, Department of Economic Affairs. New York: United Nations 1953. 384 S. \$ 4,—.

Bei der vorliegenden Publikation handelt es sich um den 3. Jahrgang des von den Vereinten Nationen herausgegebenen Jahrbuches für internationale Handelstatistik. Es enthält detaillierte Statistiken für 70 Länder und erfaßt damit 97 Prozent des Welthandels. Nicht berücksichtigt in den Statistiken sind Albanien, Bulgarien, China, die sowjetische Besatzungszone Deutschlands, Polen, Rumänien, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Ungarn. Die veröffentlichten Zahlen resultieren aus den offiziellen Mitteilungen der Regierungen der betreffenden Länder.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft. Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigher, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guizon, Paris; Dr. Walter Hofer, Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1954 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstr. 20, Telefon 73347.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

# MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

## Die Tätigkeit des Europarats im März 1954

### I. Tagungen der Organe des Rates

#### STELLVERTRETER DER MINISTER

Die 19. Sitzung der Stellvertreter der Außenminister begann am 29. März in Straßburg unter dem Vorsitz des ständigen Vertreters der französischen Regierung beim Europarat, Herrn *Géraud Jouve*. Diese Sitzung ist in erster Linie einer erneuten Prüfung der zum Aktionsprogramm vorgelegten Anträge gewidmet. Daneben wird eine Reihe von Empfehlungen der Beratenden Versammlung erörtert werden.

#### PRÄSIDIUM DER VERSAMMLUNG

Das Präsidium trat am 7. März in Paris und am 19. März im britischen Oberhaus in London unter dem Vorsitz von Herrn *François de Menthon* zusammen. In erster Linie wurde die Liste der Kandidaten für die Europäische Menschenrechtskommission aufgestellt. Diese Liste wird mit einem Begleitschreiben, welches die nach Ansicht des Präsidiums für die Auswahl der Kandidaten wichtigen Gesichtspunkte enthält, am 10. April dem Ministerkomitee übergeben werden, dieses wird aus der ihm vorliegenden Liste die Mitglieder der Kommission bestellen.

Das Präsidium prüfte weiterhin die Frage der Aufzuehrung an die Generalsekretäre internationaler Organisationen, der Beratenden Versammlung Berichte vorzulegen oder Erklärungen vor dem Plenum abzugeben. Weiterhin wurden die Voraussetzungen geprüft, unter welchen die Frage des Ost-West-Handels, die in der vorläufigen Tagesordnung der nächsten Sitzungsperiode vorgesehen ist, von der Versammlung behandelt werden könne.

### II. Andere Tagungen

#### Ausschuß für die Europäische Politische Gemeinschaft

Dieser Ausschuß, der von den Ministern der Gemeinschaft für Kohle und Stahl beauftragt worden war, die Arbeiten für die Schaffung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft fortzusetzen, trat am 8. März in Paris unter dem Vorsitz von Herrn *Hallstein*, Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, zusammen.

Der Ausschuß verabschiedete den Bericht, der von den sechs Ministern auf ihrer nächsten Sitzung behandelt werden sollte. Diese Sitzung, ursprünglich für den 30. März anberaumt, ist durch eine Entscheidung der Stellvertreter vom 24. März bis auf weiteres vertagt worden. Das Kommuniqué hierüber lautet:

„Die Regierungen der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl haben beschlossen, die für den 30. März in Brüssel anberaumte Konferenz der Außenminister mit Rücksicht auf die von einigen Regierungen zur Zeit unternommenen Bemühungen im Zusammenhang mit der Politischen Ge-

meinschaft berührenden Fragen zu vertagen. Die Sachverständigenausschüsse werden ihre Arbeit fortführen. Die Delegationsführer werden im Mai wiederum zusammentreten, um die gemachten Fortschritte im Hinblick auf eine Einberufung der Ministerkonferenz zu prüfen.“

Seit dem 12. Dezember vorigen Jahres haben die sechs Delegationen die institutionellen und wirtschaftlichen Probleme, wie sie durch die Schaffung einer Politischen Gemeinschaft gestellt werden, geprüft.

#### Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl Beratender Ausschuß

Dieses Organ der Gemeinschaft trat am 11. März unter dem Vorsitz von Herrn *Renard* (Belgien) in Luxemburg zusammen, um die Preispolitik für Kohle innerhalb der Mitgliedstaaten zu prüfen. Der Ausschuß nahm ferner eine Mitteilung der Hohen Behörde betreffend das neue Verfahren im Schrotthandel, wie es vom 1. April an eingeführt werden soll, zur Kenntnis.

#### Ministerrat

Der Besondere Ministerrat der Gemeinschaft hielt am 12. und 13. März unter dem Vorsitz von Herrn *Erhard*, Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland, seine 13. Sitzung ab. Der Rat beschloß die Freigabe der Stahl- und Schrottpreise innerhalb der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und stimmte unter gewissen Bedingungen dem Vorschlag der Hohen Behörde zu, einen Zwangsausgleichsfonds für Importschrott zu schaffen. Eine Aussprache über die Reorganisation des Kohlenmarktes fand statt.

#### Hohe Behörde

Am 24. März gab die Hohe Behörde ihre Entscheidungen über die Handhabung des Kohlenmarktes ab 1. April 1954 bekannt.

Am 18. März beschloß die Hohe Behörde, den Kohlengruben in Süd- und Mittelfrankreich eine Anleihe von 500 Millionen Francs zu gewähren, die als Beitrag zu den Kosten für die Umsiedlung von 5000 Bergleuten nach Lothringen bestimmt ist. Die französische Regierung hatte die Hohe Behörde davon in Kenntnis gesetzt, daß im Rahmen des französischen Programms für die Modernisierung und Angleichung an die Erfordernisse des gemeinsamen Marktes die Kohlengruben im Süden des Landes für eine Periode von drei Jahren ihre Belegschaftsstärke um 5000 Mann verringern müßten. Eine Umsiedlung kommt nur für Freiwillige in Frage, jeder Familienvater erhält 200 000 Francs, jeder Junggeselle 75 000 Francs zuzüglich freien Umzug und Transport. Die französische Regierung wird für dieses Vorhaben ebenfalls 500 Millionen Francs bereitstellen.

Herr *Jean Monnet*, Präsident der Hohen Behörde,



wird in Begleitung weiterer Mitglieder der Hohen Behörde am 31. März nach den Vereinigten Staaten reisen, um Verhandlungen für eine Anleihe der Vereinigten Staaten an die Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu führen.

#### Assoziation Großbritanniens mit der Gemeinschaft

Ein erster Gedankenaustausch über die bei einer Assoziation Großbritanniens mit der Gemeinschaft auftauchenden Probleme fand am 25. März zwischen Vertretern der Mitgliedstaaten statt. Eine weitere Zusammenkunft ist für den 5. April vorgesehen.

#### Brüsseler Pakt-Organisation

Vertreter der fünf Signatarstaaten des Brüsseler Paktes trafen sich am 15. und 16. März in London zu einem Gedankenaustausch über verschiedene europäische und asiatische Probleme im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz von Genf.

#### Europäische Konferenz der Verkehrsminister

Die Vertreter dieser Minister trafen sich in der ersten Märzwoche in Paris und prüften in Zusammenarbeit mit Vertretern der Organisationen für Straßen-, Schienen- und Wassertransport den Fortschritt der technischen Studien, welche auf Beschluß der Konferenz vom Oktober 1953 in Angriff genommen worden waren. Die Vertreter der Minister kamen überein, daß an gewisse internationale Organisationen, so auch den Europarat, Schreiben betreffend die Beziehungen zwischen der Konferenz und diesen Organisationen gerichtet werden sollen. Die nächste Sitzung der Vertreter wurde für den 15. Juli 1954 anberaumt.

#### Benelux

Auf einer Sitzung in Brüssel am 27. März kamen die Beneluxminister überein, den Kapitaltransfer zwischen den Niederlanden und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion freizugeben. Eine Aussprache über die Europäische Politische Gemeinschaft fand ebenfalls statt.

### III. Politische Fragen

#### Die Saar

##### Deutsch-Französische Gespräche

Am 9. März besprachen Dr. Adenauer, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, und Herr Bidault, der französische Außenminister, seit die Beratende Versammlung eine Regelung des Saarproblems. Folgendes Kommuniqué wurde nach Abschluß des Treffens herausgegeben: (Vgl. den Wortlaut in Europa-Archiv 7/1953, S. 6484/85.)

Der im Kommuniqué erwähnte Vorschlag ist von dem Ausschuß für Allgemeine Fragen auf der Grundlage des Berichtes von Herrn van der Goes van Naters (Holländer) abgefaßt worden. Der Ausschuß hat sich mit dem Saarproblem beschäftigt, seit die Beratende Versammlung am 17. September 1952 beschlossen hatte, die Frage der zukünftigen Stellung der Saar in die Tagesordnung aufzunehmen. Ein entsprechender Vorschlag war damals von Herrn van der Goes van Naters und einer großen Zahl von Abgeordneten, darunter Franzosen, Deutsche und Saarländer, vorgelegt worden. Eine vorläufige Empfehlung über diesen Punkt wurde von der Versammlung im September 1953 angenommen (vgl. Mitteilungen des Europarats in Europa-Archiv 21/1953, S. 6080).

Auf seiner Sitzung in Paris am 5. und 6. Februar 1954 nahm der Ausschuß für Allgemeine Fragen einen Entschließungsentwurf an, in welchem das europäische Statut der Saar festgelegt wurde. Die Annahme erfolgte unter dem Vorbehalt einer endgültigen Entscheidung, die auf der Aprilsitzung des Ausschusses über gewisse noch ungeklärte Seiten des Problems getroffen werden soll. Dieser Entschließungsentwurf diente Dr. Adenauer und Herrn Bidault als Verhandlungsgrundlage. Nach ihrem Treffen haben Verhandlungen zwischen Botschafter Blankenhorn, dem Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes in Bonn, und Herrn François-Poncet, dem französischen Hohen Kommissar in der Bundesrepublik stattgefunden.

Kürzlich ist bekanntgegeben worden, daß Dr. Adenauer ein weiteres persönliches Zusammentreffen mit Herrn Bidault in der nächsten Zukunft vorgeschlagen hat.

#### Politische Parteien an der Saar

Ein Unterausschuß des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten trat am 19. und 20. März im britischen Außenministerium in London unter dem Vorsitz von Herrn de Freitas (Engländer) zusammen.

Folgendes Kommuniqué wurde nach Abschluß der Beratungen veröffentlicht:

„Als Ergebnis der zweitägigen Besprechungen im Außenministerium wurde über das Problem der politischen Parteien an der Saar im wesentlichen Uebereinstimmung erzielt. In den vorläufigen Vorschlägen des Europarats für ein Europäisches Statut der Saar, welche die französische und die deutsche Regierung als Grundlage ihrer zweiseitigen Verhandlungen über die Regelung der Saarfrage angenommen haben, war der Abschnitt über die Stellung der politischen Parteien in großen Zügen umrissen, jedoch nicht im einzelnen ausgearbeitet worden. Die Prüfung dieser Frage wurde einem Unterausschuß unter dem Vorsitz von Herrn de Freitas übertragen.“

Dieser Unterausschuß, der im Auswärtigen Amt zusammentrat, ist durchaus repräsentativ. Außer Herrn van der Goes van Naters (Holländer), der als Berichterstatter des Allgemeinen Ausschusses die vorläufigen Vorschläge vorlegte, bestand er aus Parlamentariern aus Deutschland, Frankreich, der Saar und Dänemark. Nach eingehender Prüfung, die mit gutem Willen und in freundschaftlichem Geiste durchgeführt wurde, kam es in diesem Unterausschuß zu einer Uebereinstimmung, welche nach den Worten des Vorsitzenden zur friedlichen Lösung dieses Problems beitragen wird.“

### IV. Wirtschaftsfragen

#### Patente

Der Sachverständigenausschuß für Patentfragen hatte eine Arbeitsgruppe beauftragt, das Studium der Frage der Einführung eines internationalen Systems der Klassifizierung von Patenten fortzusetzen. Diese Arbeitsgruppe trat am 22. März unter dem Vorsitz von Herrn Cleary (Irland) in München zusammen und prüfte die Möglichkeit der Einteilung von Patenten in Gruppen und Untergruppen.

Das Präsidium des Sachverständigenausschusses trat in London vom 23. bis 25. März unter dem Vorsitz von Herrn Penetta (Italien) zusammen, um Vorschläge des niederländischen Delegierten de Haan und des deutschen Delegierten Reimer für die Schaffung eines europäischen Patentes zu prüfen.

### Europarat — OEEC

Die Generalsekretäre des Europarats und des Europäischen Wirtschaftsrats in Paris (OEEC) trafen sich am 26. März in Paris, um Fragen der Zusammenarbeit der beiden Organe zu besprechen. Die Sitzung der Verbindungsausschüsse beider Organisationen wurde vom 10. März auf den 10. April verschoben.

#### Europäischer Wirtschaftsrat in Paris (OEEC)

Sitzung der Vorsitzenden der Technischen Ausschüsse

Die Vorsitzenden mehrerer technischer Ausschüsse der OEEC unter dem Vorsitz von Herrn Cattani, Vorsitzender des Exekutiv-Ausschusses und Leiter der italienischen Delegation bei der OEEC, traten am 19. März zusammen, um eine Gesamtübersicht über die Aufgaben dieser Ausschüsse im Hinblick auf engere Zusammenarbeit bezüglich Handel, Zahlungsverkehr und Produktivität zu gewinnen.

#### Wirtschaftsausschuß

Vom 10. bis 24. März tagten verschiedene Arbeitsgruppen des Wirtschaftsausschusses, um die Rechtfertigungen der Mitgliedstaaten, welche weiterhin quantitative Beschränkungen der Einfuhren festsetzen, zu prüfen.

#### Der Generalsekretär in London

Herr Robert Marjolin, Generalsekretär der OEEC, hielt sich am 22. März in London auf, um mit Mitgliedern der britischen Regierung die Zukunft der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Europäischen Zahlungsunion zu besprechen.

#### Bericht über die Textilindustrie

Im März wurde von der OEEC ein Bericht über „die europäische Textilindustrie 1953“ als erste einer Reihe von Studien über bestimmte Wirtschaftsgebiete veröffentlicht.

Die Entwicklung dieser Industrie in den Mitgliedstaaten in den Jahren 1952/53 hinsichtlich der Produktion des Binnenverbrauchs, der Preise, des internationalen Handels, der Arbeit und der Ausrüstung wird in diesem Bericht geprüft. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß, wenn auch in der unmittelbaren Zukunft diese Industrie eine sichere Stellung hat, die Mitgliedstaaten dennoch versuchen müssen, mit allen Mitteln den Verbrauch von Textilien auf dem Binnenmarkt und in Uebersee zu fördern.

#### Wirtschaftskommission für Europa (ECE)

##### Bericht über die Wirtschaftslage

Das Sekretariat der ECE gab im März einen Bericht über die wirtschaftliche Situation Europas heraus. Er gliedert sich in drei Teile, von denen der erste sich mit Westeuropa befaßt und feststellt, daß 1953 eine gewisse Entspannung gebracht habe, indem die Mehrzahl der Länder ihre Exporte in die Dollarzone steigern und dadurch ihre Zahlungsbilanz verbessern sowie eine interne Preisstabilität erhalten konnte. Andererseits zeigte sich kein wesentlicher Anstieg der Produktion oder der Produktionskapazität, mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland, Italiens und der Niederlande.

Der zweite Teil befaßt sich mit Osteuropa und der Sowjetunion und hebt die Absicht der Sowjetregierung

hervor, die Produktion von Verbrauchsgütern zu steigern, insbesondere im Bereich der mechanischen Industrien, und zugleich die Kaufkraft der Verbraucher zu erhöhen.

Im dritten Teil des Berichtes findet sich eine Analyse der Lage in denjenigen südeuropäischen Ländern, welche „im Verhältnis zu Westeuropa besondere Charakteristiken aufweisen durch einen wesentlich niedrigeren Lebensstandard und im Verhältnis zu Osteuropa durch grundsätzliche Verschiedenheiten wirtschaftlicher und politischer Natur“.

#### 9. Sitzung der ECE

Diese Sitzung wurde in Genf vom 9. bis 24. März abgehalten. Der tschechoslowakische Botschafter in London, Herr Ullrich, wurde einstimmig zum Vorsitzenden wiedergewählt.

Das Hauptanliegen der Konferenz war die Möglichkeit einer Ausdehnung des Ost-West-Handels. Eine von Großbritannien und der Sowjetunion gemeinsam vorgelegte Entschließung zur Förderung einer Ausdehnung des Ost-West-Handels wurde mit 16 gegen 0 Stimmen angenommen. Der Handelsausschuß der ECE wurde beauftragt, die Frage einer Abschaffung von Wirtschaftsschranken, den Abschluß von Handelsabkommen und die Zuziehung von Handelssachverständigen zu prüfen.

Daneben behandelte die Konferenz folgende Fragen: Entwicklung der Wirtschaftslage in Europa, unter besonderer Berücksichtigung der Märkte für Stahl und Holz, Binnenschifffahrt, Elektrifizierung, landwirtschaftliche Probleme, die wirtschaftliche Entwicklung der unterentwickelten Länder Südeuropas. Im Zusammenhang mit dem letzten Punkt beschloß die Konferenz, einen Sonderausschuß für die wirtschaftliche Entwicklung in Griechenland, Italien, Jugoslawien und der Türkei einzusetzen.

#### V. Soziale Fragen

##### Soziale Sicherheit

Die Sachverständigen für soziale Sicherheit traten vom 23. bis 26. März in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn M. L. Watillon (Belgien) zusammen und prüften einen Bericht des Internationalen Arbeitsamtes über die Maßnahmen zur Einführung einer Europäischen Sozialversicherungsordnung. Uebereinstimmung wurde erzielt über eine gewisse Zahl von leitenden Grundsätzen. Die Sachverständigen prüften weiterhin die durch eine Ausdehnung der mehrseitigen Abkommen über soziale Sicherheit der Brüsseler Paktmächte auf alle Mitgliedstaaten des Europarats entstandenen Probleme. Diese Abkommen beziehen sich in erster Linie auf die Erhaltung erworbener Rechte und den Erwerb von Rechten für Wanderarbeiter. Die Uebernahme in ihrer Gesamtheit schien den Sachverständigen wegen des Fehlens einer genügenden Anzahl zweiseitiger Abkommen über diese Frage nicht möglich; trotzdem könnten kurzfristige Leistungen, wie Krankengelder und Arbeitslosenunterstützung, übernommen werden.

Das Internationale Arbeitsamt erklärte sich bereit, Unterlagen über die derzeitige Situation betreffend die Erhaltung erworbener Rechte vorzubereiten.

##### Ratifizierung von Abkommen

Am 31. März hinterlegte Herr Sean Ronan in Vertretung des irischen Außenministers beim General-



sekretär des Europarats die Ratifikationsurkunden seines Landes über die Europäische Konvention über soziale und ärztliche Unterstützung sowie die beiden vorläufigen Abkommen und die Protokolle über soziale Sicherheit, die am 11. Dezember vorigen Jahres in Paris unterzeichnet wurden. Gleichzeitig hinterlegte Herr *Ronan* die durch das Protokoll geforderten Erklärungen betreffend die Definition der Flüchtlinge, auf welche die genannten Abkommen in Irland Anwendung finden.

Irland ist das erste Land, welches diese Abkommen ratifiziert hat; zu ihrem Inkrafttreten sind drei Ratifikationen notwendig.

## VI. Juristische Fragen

### *Menschenrechte*

Die Zweite Kammer des niederländischen Parlamentes hat die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie die Protokolle zu dieser Konvention ratifiziert. Nur die sechs kommunistischen Mitglieder und zwei „protestierende Katholiken“ stimmten gegen die Konvention.

Der Geltungsbereich der Konvention erstreckt sich auch auf Surinam und Niederländisch-Ostindien, jedoch nicht auf Neuguinea. Die Zuständigkeit des Gerichtshofes der Menschenrechte wird für die Dauer von fünf Jahren unter der Bedingung der Gegenseitigkeit anerkannt. Ein Antrag der Liberalen für die Anerkennung des Petitionsrechtes von Einzelpersonen wurde mit 37 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

## VII. Kulturelle Fragen

### *Europäischer Kulturausweis*

Ein Unterausschuß des Sachverständigenausschusses für kulturelle Fragen tagte am 16. März in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn *Seymour* (Großbritannien), um die Ausgabe des Europäischen Kulturausweises des Europarats, die ab 1. Juni dieses Jahres beginnen soll, vorzubereiten. Der Unterausschuß genehmigte den Entwurf einer Broschüre, welche mit dem Kulturausweis zusammen ausgegeben wird und in der die in allen Mitgliedsländern gewährten Vergünstigungen für den Inhaber der Karte aufgeführt sind.

### *Aktionsprogramm*

Der Sachverständigenausschuß für Kulturelle Fragen hielt vom 17. bis 19. März in Straßburg eine außerordentliche Sitzung ab, um die Abschnitte Kultur und Wissenschaft des Aktionsprogrammes auszuarbeiten. Den Vorsitz hatte Herr *Valeur* (Frankreich).

Der zur Vorlage an das Ministerkomitee bestimmte Text des Ausschusses enthält 50 Vorschläge auf kulturellem Gebiet, vier auf wissenschaftlichem Gebiet sowie eine Reihe weiterer Vorschläge, die von Einzelpersonen gemacht wurden und unter gewissen Umständen auf die Tagesordnung des Komitees gesetzt werden können.

Die Vorschläge auf kulturellem Gebiet teilen sich in vier Gruppen: Empfehlungen an Mitgliedstaaten, Fortführung bereits begonnener Arbeiten des Ausschusses, neue Projekte, die alsbald in Angriff genommen werden können, sowie neue Projekte, die zwar interessant sind, jedoch umfangreiche Ausgaben erfordern. Die vier Vorschläge auf wissenschaftlichem Gebiet fallen sämtlich unter die letztere Kategorie. Die vorliegenden Projekte sind

nach folgenden Sachgebieten unterteilt: künstlerische und literarische Tätigkeiten, Erziehung, Austausch von Personen, Anerkennung von Diplomen und Zeugnissen sowie Darstellung der europäischen Idee.

### *Achte Ordentliche Sitzung der Sachverständigen*

Diese Sitzung des Sachverständigenausschusses für kulturelle Fragen fand vom 20. bis 23. März in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn *Kitsikis* (Griechenland) statt. Das Präsidium wurde wie folgt neu gewählt: Herr *Kitsikis*, Dr. *Hayes* (Irland) stellv. Vorsitzender, die Herren *Valeur* (Frankreich), *Nigone* (Italien), *Winter* (Luxemburg). Die neunte Sitzung des Ausschusses wird gegen Mitte Oktober abgehalten werden.

Der Ausschuß behandelte insbesondere folgende Probleme:

### *Europäische Kulturkonvention*

Der Ausschuß nahm den Entwurf für eine Europäische Kulturkonvention an, der dem Ministerkomitee vorgelegt werden soll. Das Ziel dieser Konvention ist es, das Verständnis der Völker Europas untereinander zu fördern durch Intensivierung der gegenseitigen Kenntnis von Sprache, Geschichte und Zivilisation der Mitgliedsländer sowie der allen gemeinsamen historischen und kulturellen Grundlagen. Zu diesem Zweck verpflichtet sich jedes Land, die Entwicklung seines eigenen nationalen Beitrages zu der kulturellen Erbmasse Europas zu fördern; die Erhaltung von europäischen Kulturwerten gehört zu diesen Verpflichtungen. Dann verpflichten sich die Signatäre, das Studium von Sprache, Geschichte und Zivilisation anderer Signatäre zu fördern, hierzu gehört die Erleichterung des Austausches von Menschen und Kunstwerten. Schließlich besteht die Möglichkeit für zwei oder mehrere Signatäre, innerhalb des Europarats gemeinsame Aktionen zur Förderung kultureller Programme von europäischem Interesse zu unternehmen.

Der besondere Wert dieser Konvention liegt darin, daß sie einen zweckmäßigen Rahmen zur Entwicklung kulturellen Austausches innerhalb der Mitgliedstaaten bietet. Die Konvention erleichtert die Schaffung noch nicht bestehender Verbindungen und fördert die kulturelle Zusammenarbeit, wie sie durch das Statut des Europarats verlangt wird. Die Schaffung zweiseitiger Abkommen wird jedoch durch diese europäische Konvention nicht behindert.

### *Austausch von Arbeitern*

Der Ausschuß stellte zwei Millionen Francs für den kurzfristigen Arbeiteraustausch zwischen Dänemark, Italien und Schweden bereit. Im Jahre 1953 waren diese Mittel für Belgien, Norwegen und Großbritannien bereitgestellt worden.

### *Revision der Geschichtslehrbücher*

Anschließend an die Tagung, welche im Jahre 1953 in Calw (Deutschland) abgehalten wurde, soll vom 8. bis 16. August eine Fortsetzungstagung in Lysebu, Voksen Kollen (Norwegen), stattfinden. Der Ausschuß genehmigte das Arbeitsprogramm, welches folgendes Thema behandeln wird: „Die gemeinsamen und die trennenden Faktoren zwischen den verschiedenen Gebieten europäischer Kultur, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Mittelalter.“

## Fernsehen

Der Ausschuß nahm eine Empfehlung an das Ministerkomitee an, die sich auf die Vorschläge der Beratenden Versammlung über das Fernsehen bezieht (vgl. Mitteilungen des Europarats in Europa-Archiv 22/1953, S. 6117). Als Probleme, deren Prüfung wünschenswert ist, schlägt der Ausschuß die Schaffung internationaler Fernsehverbindungen sowie die Beseitigung von bestehenden Hindernissen im Programmaustausch vor.

## Konvention über die Gleichwertigkeit der Schulabgangszugnisse

Als erster Signatarstaat ratifizierte Großbritannien diese am 11. Dezember vorigen Jahres in Paris unterzeichnete Konvention. Am 22. März hinterlegte Herr *Scarlett*, der ständige Vertreter Großbritanniens beim Europarat, die Ratifikationsurkunde bei dem Generalsekretär des Europarats in Straßburg.

Am 31. März hinterlegte Herr *Ronan*, in Vertretung des irischen Außenministers, die Ratifikationsurkunde der irischen Republik über die gleiche Konvention.

Mit der Hinterlegung einer dritten Ratifikationsurkunde kann die Konvention in Kraft treten.

## VIII. Der Sonderbeauftragte

Am 6. und 7. März weilte Herr *Schneiter*, der Sonderbeauftragte des Europarats für nationale Flüchtlinge und Ueberbevölkerung, zu einem offiziellen Besuch in Den Haag, wo er mit Mitgliedern der niederländischen Regierung Rücksprache nahm.

Vom 6. bis 9. April wird Herr *Schneiter* einen Besuch in Bonn machen, wo ein Empfang durch den Bundeskanzler vorgesehen ist; vom 12. bis 15. August wird Herr *Schneiter* in Rom sein.

Diese Besuche werden im Rahmen des Informationsprogrammes durchgeführt, welches der Sonderbeauftragte am 6. Februar den Vertretern der Minister vorgelegt hatte (vgl. Mitteilungen des Europarats in Europa-Archiv 6/1954, S. 6451).

## IX. Verschiedenes

### Abgeordnete der Versammlung

Herr *Gustave Alric*, unabhängiger republikanischer Abgeordneter der französischen Nationalversammlung, ist als Nachfolger für Herrn *René Coty*, Präsident der französischen Republik, als Abgeordneter der Beratenden Versammlung des Europarats gewählt worden.

In der Schwedischen Delegation sind folgende Veränderungen eingetreten:

Abgeordnete: Herr *Bengtsson* (an Stelle des verstorbenen Herrn *Wallentheim*); Herr *Ohlén* (bisher Stellvertreter).

Stellvertreter: Herr *Andersson*, Herr *von Friesen* (bisher Abgeordneter).

### Privilegien und Immunität

Island hat dem Generalsekretär des Europarats die Ratifikationsurkunde über das Allgemeine Abkommen über Privilegien und Immunitäten des Europarats sowie über das Zusatzprotokoll übermittelt.

### Europäische Verteidigungsgemeinschaft

Der belgische Senat ratifizierte am 12. März den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft

mit 125 gegen 40 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Das Abgeordnetenhaus hatte dem Vertrag bereits zugestimmt (148 gegen 49 Stimmen bei 2 Enthaltungen). Das Gesetz wird nunmehr dem König zur Unterschrift vorgelegt werden.

Der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete am 29. März die Ratifikationsurkunde über den Pariser Vertrag sowie über die mit den Besatzungsmächten abgeschlossenen vertraglichen Vereinbarungen.

Die Ratifizierung des Vertrages steht auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des luxemburgischen Abgeordnetenhauses.

Der niederländische Botschafter in London hat dem britischen Außenamt die Ratifikationsurkunde seines Landes über den Vertrag zwischen Großbritannien und der Verteidigungsgemeinschaft hinterlegt. Großbritannien hatte diesen Vertrag im September 1952 ratifiziert; die Niederlande sind jedoch das erste Land der Gemeinschaft, welches diesen Vertrag, der erst mit dem Inkrafttreten der EVG wirksam wird, ratifiziert.

### Ernennung von Dr. Salat

Dr. *Rudolf Salat*, Leiter der Kulturbeteiligung im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und Delegierter im Sachverständigenausschuß für kulturelle Fragen des Europarats, wurde zum Botschaftsrat an der Deutschen Botschaft beim Vatikan ernannt.

### Europäische Bewegung in Straßburg

Das Straßburger Komitee für die Europäische Bewegung, dessen Vorsitzender der Oberbürgermeister von Straßburg, Herr *Charles Frey*, ist, beabsichtigt, ein umfangreiches Programm von Feierlichkeiten anlässlich des 5. Jahrestages der Unterzeichnung des Statuts des Europarats durchzuführen (5. Mai 1954).

### Dr. Braun in London

Dr. *Heinz Braun*, saarländischer Justizminister und Abgeordneter der Beratenden Versammlung seit 1950, hielt am 16. März einen Vortrag über die Saar im Rahmen einer Veranstaltung des Royal Institute for International Affairs. Anschließend führte Dr. *Braun* eine Fernsehsendung über die Saar ein.

### Europäische landwirtschaftliche Vereinigung

Eine Konferenz von Vertretern der Milchproduzentenvereinigungen aus Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Oesterreich, der Saar und der Schweiz wurde am 16. und 17. März in Straßburg abgehalten.

### Deutsche Parlamentarier in Paris

Auf Einladung einer Gruppe französischer Senatoren und Abgeordneter, die im vorigen November in Bonn waren, besuchte eine Gruppe von 15 Bundestagsabgeordneten Paris und wurde am 19. März von Außenminister *Bidault* empfangen. Dr. *Gerstenmayer* und Herr *von Merkatz*, welche dieser Gruppe angehörten, sind Abgeordnete der Beratenden Versammlung.

### Europakolleg

Im Rahmen eines Lehrgangs über europäische Institutionen wurden im Europakolleg in Brügge zwischen



dem 24. und dem 27. März drei Vorträge über den Europarat von Herrn Paul M. G. Levy, Direktor der Presse- und Informationsabteilung, gehalten.

## *Pässe und Sichtvermerke*

Die österreichische Regierung hat beschlossen, mit Wirkung vom 3. März den Sichtvermerkzwang für Angehörige aller Mitgliedstaaten der OEEC aufzuheben.

Herr Mommer, Abgeordneter der Beratenden Versammlung, beantragte am 11. März im Deutschen Bundestag, daß allen Angehörigen von Mitgliedstaaten des Europarats die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland ohne Paß freigegeben werden solle.

## *Ernennung von Dr. Reinink*

Dr. H. J. Reinink, Generalsekretär des niederländischen Erziehungsministeriums und Delegierter im Sachverständigenausschuß für kulturelle Fragen des Europarats, wurde zum Kulturbeirat des Nordatlantikrats ernannt.

Seine besondere Aufgabe wird es sein, die vorhandenen kulturellen Bindungen zwischen den Mitgliedern der NATO, insbesondere zwischen den nordamerikanischen Ländern und Europa, zu erforschen.

## *Europäische Versammlung der Politischen Jugend*

Der Bundespräsident der Republik Oesterreich eröffnete am 27. März die 2. Sitzung der Europäischen Versammlung der Politischen Jugend, die in Wien während fünf Tagen Probleme der europäischen Zusammenarbeit besprach. Die 15 Mitgliedsländer des Europarats waren im Verhältnis ihrer Vertretung in der Beratenden Versammlung des Europarats vertreten, hinzu kamen österreichische und schweizerische Delegationen sowie Beobachter aus Finnland. Unter den Rednern waren der österreichische Bundeskanzler, Herr Raab, sowie Herr Foster, britischer Parlamentarischer Unterstaatssekretär und stellvertretender Abgeordneter der Beratenden Versammlung.

## Menschenrechtsschutz und Europäische Integration

Gedanken zur Frage der Menschenrechtsbeschwerde und der Menschenrechtsklage  
vor europäischen Institutionen internationaler oder supranationaler Prägung

Von Dr. Franz Breitner

### Einleitung

Seit der berühmten „Declaration of Rights“ von Virginia des Jahres 1776 und der nicht minder berühmten „Déclaration des droits de l'homme et du citoyen“ von 1789 ist durch die westliche Hemisphäre eine Welle der Grundrechtsfreudigkeit gegangen, die ihre Spuren in fast allen Verfassungen der dazugehörenden Staaten hinterlassen hat<sup>1</sup>. In jüngerer Zeit hat diese Entwicklung auch auf die Gebiete des internationalen und des überstaatlichen Rechts übergreifen begonnen. Hier ist mit der Verkündung der „Universellen Erklärung der Menschenrechte“ durch die Allgemeine Versammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 die weltweite Bedeutung der Grundrechte des Menschen nachdrücklich unterstrichen worden.

Bei dieser Sachlage stand es von vornherein fest, daß auch die beiden großen politischen Pole der europäischen Integration, die Gemeinschaft der Länder des Europarats und die Gemeinschaft der Staaten der Montanunion sich mit einer solchen Dynamik der Grundrechtsbewegung auseinanderzusetzen haben würden. Ja, angesichts dessen, daß gerade diese Gemeinschaften ihre Existenz nicht zuletzt dem Versuch einer Bannung totalitärer und unhumanitärer Aspirationen zu verdanken haben, mußte die Frage nach den Möglichkeiten einer weitgehenden Sicherung solcher Grundrechte auf europäischem Gebiet zwangsläufig zu einem Politikum ersten Ranges werden.

Als erstes greifbares Resultat der entsprechenden Bemühungen ist die Unterzeichnung der „Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ durch dreizehn dem Europarat angehörende Länder am 4. November 1950 zu Rom festzustellen<sup>2</sup>. Dieses seinerzeit als das „bisher konkreteste Ergebnis auf dem Gebiete der europäischen Zusammenarbeit“<sup>3</sup> gefeierte Vertragswerk ist gemäß seinem Artikel 66 am 3. September 1953 nach Hinterlegung

der zehnten Ratifikationsurkunde in Kraft getreten<sup>4</sup>. Das ihm zugehörige am 20. März 1952 zu Paris unterzeichnete Zusatzprotokoll hat indessen die zu seinem Inkrafttreten ebenfalls erforderliche Zahl von zehn Ratifikationen bisher noch nicht erreicht<sup>5</sup>.

Eines ausführlichen Eingehens auf den Inhalt und den Umfang der einzelnen „Rechte und Freiheiten“ bedarf es für den hier verfolgten Zweck einer Darstellung ihrer institutionellen Garantien nicht. Sowohl die römische Konvention — nebst ihrem Zusatzprotokoll — als auch die Universelle Erklärung von Lake Success sind schon mehrfach Gegenstand eingehender Abhandlungen gewesen<sup>6</sup>. Hier bleibt lediglich festzustellen, daß sich der Grundrechtskatalog der Konvention im wesentlichen mit dem der Universellen Erklärung deckt<sup>7</sup>. Lediglich gewisse den Komplex der Freizügigkeit betreffende Rechte aus der Allgemeinen Erklärung vermochten in das Vertragswerk von Rom keine Aufnahme zu erlangen<sup>8</sup>. Dafür ist auf seiten der Konvention ein gewichtiges Mehr gegenüber der Allgemeinen Erklärung von Lake Success durch das vorgesehene, der letzteren fremde Petitionsrecht vor eigens geplanten Instanzen wegen Verletzung der erklärten Rechte zu verzeichnen.

Diesem bei aller Mangelhaftigkeit im einzelnen in seiner Gesamtkonzeption doch recht eindrucksvollen Grundrechtsbekenntnis der Länder des Europarats hatten die Verträge über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft<sup>9</sup> bis hernichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Diese Tatsache ist freilich nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß bei der von vornherein engeren sachlichen Begrenzung dieser beiden europäischen Teilgemeinschaften überstaatlicher Prägung eine Berührung mit dem Gesamtkomplex der Menschenrechte nur selten zu verzeichnen sein wird. Das gilt vor allem für die so gut wie gänzlich auf die Lösung wirtschaftlicher Fragen



zugeschnittene Kohle- und Stahlgemeinschaft, während der jetzt noch in verschiedenen Mitgliedstaaten zur Ratifikation anstehende Vertrag über die Verteidigungsgemeinschaft wenigstens schon hier und da gewisse Anklänge an die Grundgedanken der Konvention aufzuweisen hat. Hier ist insbesondere an das dem letzteren Vertrag beigefügte „Protokoll über allgemeine Strafrechtsgrundsätze“ zu erinnern, dessen gedankliche Wurzeln deutlich auf die Grundrechtskataloge der einzelnen mitgliedstaatlichen Verfassungen und der Werke von Rom und Lake Success zurückreichen.

Eingang in das supranationale Recht werden die Menschenrechte in ihrer Gesamtheit erst durch die

Satzung für die politische Gesamtgemeinschaft erlangen<sup>10</sup>. Hier hat sich der Verfassungsausschuß der ad hoc-Versammlung der überragenden politischen Bedeutung der Grundrechte im Leben der westlichen Nationen erinnert und sich bemüht, diese innerhalb des Jurisdiktionsbereiches der künftigen Gemeinschaft zu zwingenden und durch deren Rechtsordnung garantierten Normen auszugestalten. Die gefundene Lösung zielt dahin, den Teil I der Konvention von Rom und das Zusatzprotokoll von Paris zu „integrierenden Bestandteilen“ der Satzung werden zu lassen und gegenüber Verletzungen derselben seitens der Organe der geplanten Gemeinschaft den Rechtsweg vor ihrem eigenen obersten Gerichtshof zu eröffnen<sup>11</sup>.

### Das Petitionsrecht der Menschenrechtskonvention des Europarats

Da es innerhalb des von den Mitgliedstaaten der Konvention von Rom gebildeten Rechtskreises — im Gegensatz zu dem der überstaatlichen Gemeinschaften — übernationale Regierungs- oder Verwaltungsbehörden, die mit bindender Wirkung Rechtsbefehle an die Bürger der vertragschließenden Staaten erteilen könnten, nicht gibt, stellt sich das Problem des Menschenrechtsschutzes hier ausschließlich als ein Problem des internationalen Schutzes vor nationaler Willkür dar. Die Konvention sucht diesen Rechtsschutz durch ein — von ihr aus gesehen dreistufiges — Petitionsverfahren sicherzustellen, für das die folgenden Instanzen vorgesehen sind:

1. eine nationale Instanz in jedem Signatarstaat; vgl. Artikel 13;
2. die „Europäische Kommission für Menschenrechte“, im folgenden stets „Kommission“ genannt; vgl. Artikel 19a;
3. den „Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte“, im folgenden „Gerichtshof“ genannt; vgl. Artikel 19b.

1. Dem Artikel 13 der Konvention ist eine doppelte Bedeutung beizumessen. Einmal stellt er eine subjektive Anspruchsnorm dar, durch welche jeder einem der Signatarstaaten angehörenden Einzelperson das Recht auf eine Beschwerde wegen Verletzung des Konventionsrechtes vor einem nationalen Rechtssprechungsorgan zugesichert wird. Und zum anderen ordnet Artikel 13 die Errichtung einer für die genannten Zwecke funktionsfähigen Instanz in jedem Signatarstaate an. Für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland dürfte dieses nationale Petitionsrecht durch die Artikel 17 und 19/II des Grundgesetzes<sup>12</sup> und die Verfassungsbeschwerde des § 90 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes in ausreichendem Maße sichergestellt sein.

Im übrigen stellt die Anrufung einer solchen nationalen Instanz auch stets eine zwingende Verfahrensvoraussetzung für die Anrufung einer der Kon-

ventionsinstanzen dar. Artikel 26 der Konvention bestimmt, daß sich die Kommission mit einer Beschwerde nur dann befassen darf, wenn der nationale Rechtsweg erschöpft ist. Für Petenten aus der Bundesrepublik bedeutet diese Vorschrift, daß stets erst der dornenvolle Weg über die Verfassungsbeschwerde, der nach § 90 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes seinerseits wieder die Ausschöpfung des normalen Rechtsweges voraussetzt, zur Eröffnung des von der Konvention vorgesehenen Beschwerdeverfahrens führt.

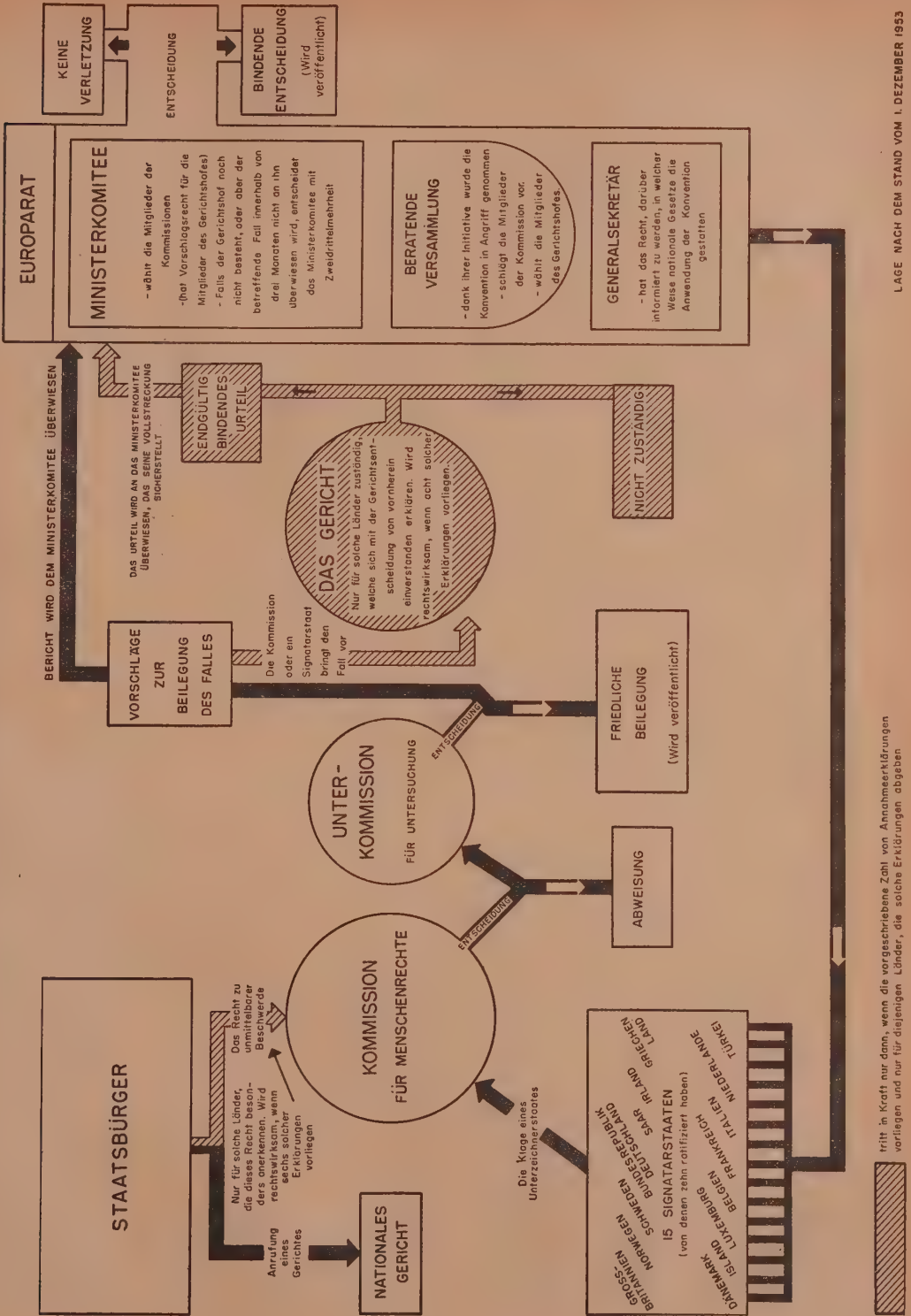
2. Ist der nationale Rechtsweg für den Rechtsuchenden ohne Erfolg geblieben, so besteht nach den Bestimmungen der Konvention zunächst die Möglichkeit, die als Schlichtungsinstanz konzipierte Kommission<sup>13</sup> mit der Sache zu befassen<sup>14</sup>.

Neben der von dem Rechtsuchenden selbst erhobenen Individualbeschwerde ist vor der Kommission auch eine Staatenbeschwerde gegeben<sup>15</sup>. Bei dieser ist nicht eine natürliche Person oder nichtstaatliche Organisation oder Personenvereinigung der Beschwerdeführer, sondern ein von ihr beauftragter Signatarstaat<sup>16</sup>. Die Nachteile dieser Beschwerdeform liegen natürlich klar auf der Hand. Denn da jede vor die Kommission gelangende Staatenbeschwerde als Beschwerdegegner einen anderen Signatarstaat voraussetzt, kann mit ihr die nicht zu unterschätzende Gefahr eines hochpolitischen Staatenstreits mit allen seinen nachteiligen Folgen auch wegen eines mitunter recht unbedeutenden Anlasses heraufbeschworen werden.

Angesichts solcher Aussichten wäre es ratsam gewesen, das Petitionsrecht so auszugestalten, daß Staatenstreitigkeiten dieser Art nach Möglichkeit vermieden werden. Das würde in erster Linie durch eine uneingeschränkte Zulassung der Individualbeschwerde zu erreichen gewesen sein. Die Schöpfer der Konvention haben jedoch unbegreiflicherweise gerade der Individualbeschwerde die Fessel der Fakultativklausel des Artikels 25/IV angelegt. Nach dieser Vor-

# KONVENTION ZUM SCHUTZ DER MENSCHENRECHTE

(AM 3. SEPTEMBER 1953 IN KRAFT GETRETEN)



LAGE NACH DEM STAND VOM 1. DEZEMBER 1953



schrift sind Individualbeschwerden vor Abgabe von wenigstens acht Erklärungen über die obligatorische Anerkennung der Zuständigkeit der Kommission ausgeschlossen. Da solche Erklärungen gegenwärtig erst von drei Staaten, nämlich von Schweden, Irland und Dänemark<sup>17</sup>, abgegeben wurden, bleibt also den Einzelpersonen bis auf weiteres der Rechtsweg vor der Kommission verschlossen. Soweit sich eine solche Person durch eine staatliche Maßnahme in ihren Grundrechten verletzt fühlt, bleibt ihr daher nichts anderes übrig, als einen der Signatarstaaten für ihre Sache zu interessieren<sup>18</sup>.

Die Kommission prüft zunächst die Zulässigkeit des Beschwerdegesuchs und verhandelt bei bejahter Zulässigkeit die Sache vor einer Unterkommission; vgl. Artikel 29<sup>19</sup>. Ziel dieses Verfahrens ist die Erreichung eines „freundschaftlichen Ausgleichs“ unter den Parteien „auf der Grundlage der Achtung der Menschenrechte“; Artikel 28b. Gelingt die Beilegung des Streites, so berichtet die Unterkommission an den Ministerausschuß des Europarats sowie an die beteiligten Staaten und übermittelt den Bericht dem Generalsekretär zur Veröffentlichung<sup>20</sup>.

Im Falle eines Scheiterns dieses Schlichtungsverfahrens berichtet die Vollkommission an die beteiligten Staaten und den Ministerrat; sie nimmt auch zur Frage der behaupteten Verletzung Stellung. Dabei ist eine abweichende Stellungnahme oder Begründung durch einzelne Kommissionsmitglieder zulässig. Der Bericht ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt; ihm kann die Kommission einen Lösungsvorschlag beifügen; vgl. Artikel 31.

3. blieb die Anrufung der Kommission erfolglos, so ist endlich der Weg für die Befassung des Gerichtshofes<sup>21</sup> im Wege einer Klage (Menschenrechtsklage) frei; vgl. Artikel 47. Diese Klage muß innerhalb von drei Monaten nach Vorlage des Berichts der Vollkommission an den Ministerausschuß erhoben werden; vgl. Artikel 32/I und 47. Bei Verlust dieser Frist entscheidet der Ministerausschuß gemäß Artikel 32.

Allerdings ist die Erhebung einer solchen Menschenrechtsklage nicht gerade leicht gemacht. Damit die Bäume eines künftigen europäischen Menschenrechtsschutzes auf übernationaler Grundlage nicht bereits zu Anfang in den Himmel wachsen, hat man zunächst

die Zulässigkeit einer Individualklage rundweg ausgeschlossen. Der Gerichtshof kann nur in der Form einer Staatenklage oder in der Form einer Kommissionsklage angerufen werden<sup>22</sup>. Das bedeutet in der Praxis, daß die Recht suchende Einzelperson für ihre Sache entweder einen Signatarstaat oder die Kommission gewinnen muß. Damit ist also auch hier die Gefahr, daß aus jedem Einzelfall ein Staatenstreit entsteht, gegeben. Abgesehen hiervon aber bedeutet diese Lösung einen schweren Schlag für alle Bemühungen, auch dem Einzelnen seine Anerkennung als Subjekt des Völkerrechts zu verschaffen.

Das größte Hindernis für eine wirksame Tätigkeit des Gerichtshofes bildet aber eine weitere Fakultativklausel, nach welcher für seine Tätigkeit die Erklärungen von mindestens acht Signatarstaaten über die Unterwerfung unter seine obligatorische Gerichtsbarkeit als Voraussetzung gefordert wird<sup>23</sup>. Da solche Erklärungen bisher lediglich von zwei Staaten, nämlich von Irland und Dänemark, abgegeben wurden, ist der Weg für die Erhebung der Menschenrechtsklage vor dem Gerichtshof vorerst noch ebenso versperrt wie der für die Erhebung der Individualbeschwerde vor der Kommission. Sogar für die bloße Bildung des Gerichtshofes, und damit für seinen frühesten Arbeitsbeginn, ist die volle Erfüllung des Solls von acht solcher Erklärungen erforderlich<sup>24</sup>.

Da die Zahl von acht Erklärungen eine unabdingbare Voraussetzung sowohl für die Errichtung der Instanz als auch für ihre Befassung ist, würde auch die Abgabe von ad hoc-Erklärungen für den besonderen Fall, wie sie an sich in Artikel 48 vorgesehen sind, eine Klagemöglichkeit vor Abgabe der achten Fakultativklärung nicht schaffen.

Sind aber schon der Durchführung eines Erkenntnisverfahrens<sup>25</sup> so schwere und bisher noch nicht überbrückte Hindernisse entgegengestellt, so haben die Schöpfer der Kommission — anders als die Schöpfer der Gründungsverträge über die supranationalen Gemeinschaften — dem Gerichtshof des weiteren auch jede Möglichkeit einer Einflußnahme auf die Vollstreckung seiner Entscheidung versperrt<sup>26</sup>. Diese Vollstreckung ist vielmehr wieder in die Hand des Ministerausschusses gelegt und damit einem rein politischen Gremium anvertraut worden.

### Menschenrechtsschutz und Politische Gemeinschaft

Im Gegensatz zur Ausgangsposition für die Schöpfer der Konvention von Rom mußte sich der Verfassungsausschuß der ad hoc-Versammlung mit einer zweifachen Aufgabe befassen. Für ihn galt es nicht nur die Notwendigkeit einer Abwehr von Grundrechtsverletzungen seitens mitgliedstaatlicher, sondern auch von solchen seitens supranationaler Organe ins Auge zu fassen. Denn anders als die Gremien des Straßburger Europarats sind die Organe der künftigen

politischen Gemeinschaft durchaus in der Lage, unmittelbar, d. h. ohne Einschaltung gliedstaatlicher Autoritäten, in die Rechtssphäre von Einzelpersonen einzugreifen<sup>27</sup>.

Für beide Aufgaben sieht nun der Satzungsentwurf in seinem Artikel 3 die gleiche materialrechtliche Basis vor. Dieser Artikel 3 besagt nämlich, daß die Bestimmungen des Teiles I der Konvention von Rom und das Zusatzprotokoll von Paris, d. h. also der

Grundrechtskatalog, „integrierende Bestandteile“ der Satzung seien. Damit ist die bedingungslose Unterwerfung sowohl der Gemeinschaft als auch der einzelnen Gliedstaaten unter das Prinzip der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten ausgesprochen, ohne daß es für die Beteiligten außer der Ratifikation der Satzung noch einer besonderen Ratifikation der Konvention bedürfte<sup>28</sup>.

Bedeutet nun diese generelle Transformation von Konventionsbestimmungen in Satzungsrecht auch eine uneingeschränkte Unterwerfung der Gemeinschaft und der ihr angehörenden Länder unter die Jurisdiktion der Konventionsinstanzen?

Diese Frage kann nur verneinend beantwortet werden. Obwohl der Verfassungsausschuß der ad hoc-Versammlung eine Zeitlang sicher mit dem Gedanken gespielt hat, die Gemeinschaft als Ganzes in die Konvention einzubringen und den Mitgliedstaaten die Verpflichtung zur Abgabe von Erklärungen gemäß den Artikeln 25 und 46 der Konvention aufzuerlegen, ist nach dem gegenwärtig maßgeblichen Wortlaut der Satzung eine so weitgehende Unterwerfung nicht anzunehmen.

1. Was zunächst die Menschenrechtsklage wegen einer Organmaßnahme der Gemeinschaft anbetrifft, so begründet der Artikel 45 der Satzung die besondere Zuständigkeit des obersten Justizorgans der Gemeinschaft<sup>29</sup>. Da Grundrechtsverletzungen dieser Art in der Hauptsache durch Entscheidungen oder Empfehlungen des Europäischen Exekutivrats oder der ihm nachgeordneten Verwaltungsstellen geschehen könnten, wird die Menschenrechtsklage hier hauptsächlich in die Form einer Aufhebungs- oder Nichtigkeitsklage gekleidet sein. Eine solche Klage ließe sich, da durch den Generaltransformator des Satzungsartikels 3 jede so erfolgte Grundrechtsbeeinträchtigung gleichzeitig eine Verletzung der Satzung einschließt, auf den Klaggrund der Satzungs- bzw. Vertragsverletzung stützen.

Gegenüber dem Petitionsverfahren nach der Konvention ist vor allem die grundsätzliche Zulässigkeit der Individualbefassung hervorzuheben; vgl. Artikel 45 § 2. Eine solche Klageform war allerdings, wie hier hervorgehoben zu werden verdient, dem Rechtsschutzsystem der überstaatlichen Gemeinschaften schon immer wohlvertraut, ja bildete geradezu den Prototyp der Anrufungsform. Die eigentliche Bedeutung des Artikels 45 § 2 liegt daher wohl eher darin, daß durch ihn etwaige Zweifel über die Notwendigkeit der Einschaltung nationaler Instanzen im Sinne des Konventionsartikels 26 oder der Kommission analog zu Konventionsartikel 47 beseitigt werden. Nach der genannten Vorschrift gilt nämlich jede nach Artikel 45 § 1 vor dem Gemeinschaftsgericht erhobene Menschenrechtsklage als nach den Bestimmungen des Konventionsartikels 26 erhoben.

Im Petitionsverfahren vor dem Gerichtshof der Gemeinschaft spielen die Konventionsinstanzen nach Artikel 45 § 3 lediglich im Falle einer gleichzeitig vor ihnen zur Entscheidung anstehenden Grundsatzfrage, die alle Vertragspartner berührt, eine Rolle. Hier hat der Gerichtshof das Verfahren bis zur Entscheidung der Kommission oder des Menschenrechtsgerichtshofes auszusetzen. Ob mit dieser Bestimmung aber eine strenge Bindung des Gemeinschaftsgerichts an den Spruch der Konventionsinstanz gewollt ist, erscheint doch recht fraglich. Der Wortlaut des Artikels 45 § 3 behebt diese Zweifel jedenfalls nicht. Eher scheint aus Satzungsartikel 44, nach welchem der Gemeinschaftsgerichtshof ausschließlich zuständig ist, über die Gültigkeit von Entscheidungen oder Empfehlungen des Exekutivrats sowie von Beschlüssen des Rates der nationalen Minister zu befinden, falls sich bei einem Streit vor einem staatlichen Gericht die Frage der Gültigkeit erhebt, zu folgern sein, daß jeder Einfluß einer nicht der Gemeinschaft unterworfenen Rechtsprechung auf die Rechtsprechung des Satzungsgerichtshofes ausgeschlossen werden sollte. Nach der bekannten Ablehnung des Konventionsgerichtshofes als oberstes Gemeinschaftsgericht durch den Verfassungsausschuß<sup>30</sup> scheint eine Bindung des letzteren an die Entscheidung des ersteren kaum noch denkbar.

Ebensowenig denkbar — trotz einiger Resolutionen des Verfassungsausschusses<sup>31</sup> — scheint, daß nach Abschluß des Verfahrens vor dem Gerichtshof der Gemeinschaft noch eine Möglichkeit der Anrufung der Konventionsinstanzen bestehen könnte. Wenn man aber aus dem Wortlaut des Artikels 45 § 2 herauslesen wollte, daß der Anrufung des Satzungsgerichtshofes nach § 1 nur die Bedeutung der Anrufung einer Schlichtungsstelle im Sinne des Konventionsartikels 26 beizumessen sei, nach deren Entscheidung noch der Spruch der höchsten Autorität in Menschenrechtsangelegenheiten eingeholt werden könnte, so hieße das doch die Rolle des Gerichtshofes der Gemeinschaft bei weitem unterschätzen.

Ganz abgesehen davon erhebt sich aber die Frage, wer denn die Sache des Einzelnen dann vor dem Gerichtshof der Konvention führen solle. Der Einzelne selbst ist ja nach Konventionsartikel 44 von der Prozeßführung ausgeschlossen. Die Einschaltung der Kommission ist nicht möglich, da keine Menschenrechtsverletzung seitens eines „Signatarstaates der Konvention“ vorliegt, und einem Organ der Gemeinschaft kann wohl ohnehin kaum eine Klage gegen ein anderes Organ der Gemeinschaft vor einer nicht der Gemeinschaft dienenden Rechtsprechungsinstanz zugemutet werden. Es bleiben also nur noch die Mitgliedstaaten.

Wenn man einmal annehmen wollte, daß der Gerichtshof, der ja nach Artikel 43 der Konvention selbst über seine Zuständigkeit entscheiden könnte, keine



Schwierigkeit darin sähe, daß der Klage eines Mitgliedstaates gegen die Gemeinschaft keine Menschenrechtsverletzung seitens eines „Signatarstaates der Konvention“ zugrunde läge, so bleibt doch immerhin noch die Frage, ob der Mitgliedstaat, der gegen die Gemeinschaft vor dem Konventionsgerichtshof klagt, nicht damit satzungswidrig handeln würde. Denn in Ansehung des Satzungsartikels 3 wäre ja jeder Streit über die Frage der Verletzung der Menschenrechte ein Streit über die Anwendung oder Auslegung der Satzung. Und ein solcher Streit zwischen dem Mitgliedstaat und der Gemeinschaft gehört nach Artikel 41 § 1 ausschließlich vor den Gerichtshof der Gemeinschaft. Darüber hinaus wäre aber noch sehr ernsthaft zu fragen, ob nicht jede Befassung des Konventionsgerichtshofes in der geschilderten Form einen nach Satzungsartikel 44 verbotenen Versuch der Beilegung eines Streits „auf andere als in der Satzung vorgesehene“ Weise darstellte.

Man sieht, die Einbeziehung der Konventionsgerichtsbarkeit in die Satzung oder der Satzungsgerichtsbarkeit in die Konvention stellt die Beteiligten vor eine Reihe schwerwiegender und keineswegs mit dem Prädikat „formal“ abzutuerender Probleme<sup>32</sup>. Der Wortlaut der entsprechenden Satzungsbestimmungen läßt jedenfalls nicht ohne weiteres den Schluß zu, daß damit schon eine Durchbrechung des den überstaatlichen Gemeinschaften eigenen Prinzips der Justizautarkie erfolgt wäre. Würden die Mitglieder des Verfassungsausschusses etwas anderes gewollt haben, so müßte sie der Vorwurf treffen, sich nicht klar genug ausgedrückt zu haben. Lediglich wenn die Gemeinschaft — wie es nach Artikel 62 der Satzung denkbar ist — dem römischen Vertragswerk als Signatar beitrifft und es auch ratifiziert, liegt eine Anrufung der Konventionsinstanzen wegen Organmaßnahmen der Gemeinschaft im Bereiche des Möglichen.

Auf das Verfahren vor dem Gerichtshof der Gemeinschaft braucht hier nicht mehr besonders eingegangen zu werden, nachdem dieses bereits in anderen Veröffentlichungen ausführlich behandelt wurde<sup>33</sup>. Hervorgehoben sei lediglich der Zwang zur Wahrung des Beratungsgeheimnisses, der eine Abkehr von der bisher für alle internationalen Gerichte gegebenen Möglichkeit der Veröffentlichung einer „dissenting opinion“ bedeutet und Zeugnis von der Prädominanz des kontinentalen Rechtsdenkens bei der Ausarbeitung der Satzung ablegt<sup>34</sup>.

2. Wie steht es nun aber mit der Lösung der zweiten Aufgabe? Ist durch die Satzung auch die Anrufung einer internationalen oder überstaatlichen Instanz für Menschenrechtsklagen wegen mitgliedstaatlicher Maßnahmen gesichert? Und wenn ja, sind für diese Klagen die von der Konvention vorgesehenen Instanzen oder ist der Gerichtshof der Gemeinschaft zuständig?

a) Was zunächst die erste dieser beiden Unterfragen betrifft, so ließen sich die verschiedenen Resolutionen des Verfassungsausschusses vielleicht auch hier zunächst so ausdeuten, daß durch die Annahme der Satzung für die Gliedstaaten die Verpflichtung zur Abgabe von Fakultativverklärungen erwüchse. In der Praxis würde dieses einem automatischen Gewinn von sechs solcher Erklärungen zugunsten der Individualbeschwerde vor der Kommission und der Menschenrechtsklage vor dem Konventionsgerichtshof entsprechen. Aber die Satzung bleibt auch hierbei hinter den Resolutionen zurück und enthält keine Vorschrift, aus der eine absolute Verpflichtung der genannten Art zu folgern wäre. Artikel 3 transformiert ja lediglich den Grundrechtskatalog in Satzungsrecht, von den übrigen Teilen der Konvention ist nicht die Rede. Wenn also nicht einmal das Petitionsverfahren als solches zum Gegenstand des Satzungsrechts gemacht wurde, wie sollte dann eine rechtliche Verpflichtung für die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zur Anerkennung der Gerichtsbarkeit des Europarats begründet worden sein?

Bedeutet dieses, daß nach der gegenwärtig aktuellen Fassung der Satzung ein Unterwerfungszwang unter die Konventionsgerichtsbarkeit für die Gliedstaaten der künftigen politischen Gemeinschaft nicht besteht, so gibt es im Hinblick auf ihr Inkrafttreten auch keine begründete Hoffnung auf einen automatischen Zuwachs von sechs Fakultativverklärungen. Und das bedeutet wiederum, daß auch das Inkrafttreten der Satzung nicht zwangsläufig die Zulässigkeit der Individualbeschwerde vor der Kommission und den Arbeitsbeginn des Konventionsgerichtshofes nach sich zieht<sup>35</sup>.

b) Aber auch eine Zuständigkeit des Gerichtshofes der Gemeinschaft für Menschenrechtsklagen wegen Organmaßnahmen läßt sich nicht konstruieren, jedenfalls nicht in der Form der Individualklage. Denn dem Satzungsentwurf ist die Einzelklage gegen einen Gliedstaat vor dem Gemeinschaftsgericht — im Gegensatz zur Klage gegen die Gemeinschaft — völlig unbekannt. Ob aber der Weg über den Satzungsartikel 41/I — Streit zwischen Mitgliedstaaten untereinander oder Mitgliedstaaten und Gemeinschaften — zu empfehlen wäre, muß doch als im höchsten Grade zweifelhaft angesehen werden. Hier wäre ja die gleiche Situation wie vor den Konventionsinstanzen gegeben: der Einzelne müßte sich zur Geltendmachung seiner Rechte der Hilfe eines Gliedstaates oder gar der Gemeinschaft versichern. Und wenn schon jemand die Gefahr eines hochpolitischen Staatenstreits oder eines Verfassungskonflikts theoretisch gegenüber der Notwendigkeit des Menschenrechtsschutzes als zweitrangig zu beurteilen geneigt wäre, so bliebe in der Praxis doch immer die Frage, ob ein Staat oder die Gemeinschaft das Mandat zur Erhebung einer Menschenrechtsklage überhaupt annehmen oder ob er —

oder die Gemeinschaft — nicht vielmehr aus wohl-  
erwogenen politischen Gründen die Annahme ver-  
weigern würde.

Damit kann der Feststellung nicht ausgewichen  
werden, daß nach dem Satzungsentwurf der Men-  
schenrechtsschutz nur gegenüber den Maßnahmen der  
Gemeinschaftsorgane sichergestellt erscheint, während

der gleiche Schutz gegenüber den Maßnahmen mit-  
gliedstaatlicher Organe nach wie vor von der Erfül-  
lung der in der Konvention von Rom enthaltenen Fa-  
kultativklauseln abhängig bleibt. Von einem echten  
Fortschritt gegenüber der Konvention auf dem Ge-  
biete des internationalen Schutzes gegen staatliche  
Menschenrechtsverletzungen vermag daher in An-  
betracht des Satzungsentwurfs kaum die Rede zu sein.

## Menschenrechtsschutz und Teilgemeinschaften

Da die Montangemeinschaft und die Verteidigungs-  
gemeinschaft dazu bestimmt sind, nach Inkrafttreten  
der Satzung in der Gesamtgemeinschaft aufzugehen<sup>36</sup>,  
ist die Frage nach dem Einbau von Menschenrechts-  
garantien in den Kompetenzkatalog der Teilgemein-  
schaften ausschließlich eine Frage nach der Notwen-  
digkeit und der Möglichkeit von Uebergangslösungen.  
Was die Notwendigkeit anbetrifft, so braucht in An-  
betracht der Lücke, die ein Ausfall der Gesamt-  
gemeinschaft auf dem hier behandelten Gebiete reißen  
würde, davon wohl kaum gesprochen zu werden. Was  
aber die Frage nach den — vorhandenen — Mög-  
lichkeiten angeht, so wird sich nicht verschweigen  
lassen, daß sie keineswegs als zahlreich anzusprechen  
sind.

Natürlich ließe sich der Schutz der Menschenrechte  
in die Verträge über die Teilgemeinschaften auf eine  
theoretisch einfache Weise hineinnehmen. Im Wege  
der Revision<sup>37</sup> könnte man etwa den Katalog der rö-  
mischen Konvention und deren Petitionsverfahren  
zum „integrierenden Bestandteil“ (analog zu Sat-  
zungsartikel 3) der Verträge erheben. Und in der  
gleichen Weise ließe sich auch eine Zuständigkeits-  
erweiterung des gemeinschaftseigenen Gerichtshofes  
für Menschenrechtsklagen entsprechend Satzungs-  
artikel 45 erreichen. Aber ist dieser Weg denn wirk-  
lich praktisch? Erfordert er nicht einen so großen  
Aufwand verfassungsrechtlicher und politischer Kräfte,  
daß nur wenig Hoffnung besteht, daß er in Bälde be-  
schritten werden könnte?

Welche Möglichkeit aber bietet sich denn überhaupt  
noch?

1) Nach Artikel 33 des Vertrages über die Grün-  
dung der Kohle- und Stahlgemeinschaft und nach  
Artikel 54 des EVG-Vertrages sind Entscheidungen  
und Empfehlungen der Hohen Montanbehörde bzw.  
des EVG-Kommissariats im Wege der Nichtigkeits-  
klage wegen „Rechtsverletzung“ anfechtbar. Ein Ent-  
sprechendes gilt nach Artikel 57 des EVG-Vertrages  
von den Beschlüssen des Ministerrats der Verteidi-  
gungsgemeinschaft. Stellen nicht Rechte, wie die  
Grundrechte, die nicht nur durch die Universelle Er-  
klärung und die römische Konvention, sondern auch  
von den Verfassungen der Gliedstaaten beider Ge-  
meinschaften proklamiert werden, allgemeingültige

Rechtsnormen oder Rechtsgrundsätze dar, die des  
Schutzes durch die erwähnten Klagenormen fähig  
sind?

Ob der Montan- bzw. der EVG-Gerichtshof diese  
Frage im Ernstfalle bejahen würde, ist natürlich vor-  
erst noch ungewiß. Strenge Rechtspositivisten werden  
sich für eine so extensive Auslegung feststehender  
Rechtsnormen vielleicht nicht erwärmen können. Aber,  
wenn es, wie eingangs festgestellt wurde, das Be-  
streben der Abwehr unhumanitärer Tendenzen ge-  
wesen ist, das für den Entschluß zur Errichtung dieser  
Gemeinschaften mitbestimmend war, so wäre nicht  
einzusehen, warum das höchste Gericht dieser Gemein-  
schaft bei der Beurteilung einer derartigen Frage  
unbedingt positivistischen Skrupeln erliegen müßte.

2) Was nun den Schutz der Menschenrechte gegen-  
über gliedstaatlichen Verletzungen anbetrifft, so be-  
steht die gleiche rechtliche Situation, wie sie bereits  
bei den Erörterungen über die Gesamtgemeinschaft  
dargelegt wurde. Nur daß bei den Teilgemeinschaften  
mangels einer Parallelbestimmung zu Artikel 3 des  
Satzungsentwurfs nicht einmal die Frage eines mora-  
lischen Zwanges zur Ratifizierung der Konvention  
und Anerkennung der Gerichtsbarkeit der in ihr vor-  
gesehenen Instanzen akut werden kann. Alles bleibt  
hier also von dem Verhalten der Gliedstaaten ab-  
hängig. Erst wenn alle Sechs den Fakultativbestim-  
mungen beigetreten sind, wird man innerhalb des ört-  
lichen Zuständigkeitsbereiches von Montan- und Ver-  
teidigungsgemeinschaft von einem umfassenden  
internationalen Menschenrechtsschutz gegenüber na-  
tionalen Maßnahmen sprechen können.

Bis zu diesem Zeitpunkt könnte aber immerhin  
etwas sehr Wesentliches geschehen. Sowohl nach  
Artikel 42/II des Montanunionvertrages als auch nach  
Artikel 64/II des EVG-Vertrages besteht die Möglich-  
keit, daß ein Mitgliedstaat durch ein entsprechendes  
Gesetz bestimmte, an sich seiner eigenen Gerichts-  
barkeit unterfallende Zuständigkeiten auf das Mon-  
tan- bzw. EVG-Gericht überträgt. Bis zum Arbeits-  
beginn der Konventionsinstanzen wäre nun hier für  
jeden der Gliedstaaten, der die Fakultativverklä-  
rungen abgibt und der eine möglichst schnelle internati-  
onale Menschenrechtskontrolle wünscht, eine verhält-  
nismäßig einfache Handhabe gegeben, seine Organ-



maßnahmen vorläufig durch ein überstaatliches Gericht überwachen zu lassen.

Das setzt natürlich voraus, daß es überhaupt einen Staat gibt, der eine solche Kontrolle wirklich wünscht. Aber sollte ein solcher Staat tatsächlich existieren, so wäre der Effekt eines derartigen Gesetzes unter Umständen außerordentlich günstig. Auch andere Staaten könnten sich durch ein solches Beispiel bemüßigt sehen, ihre bisher gleichgültige Haltung gegenüber dem Problem eines wirksamen institutionellen Menschenrechtsschutzes aufzugeben. Es wäre denkbar, daß dadurch eine stufenweise fortschreitende Ausdehnung der Menschenrechtsgarantien auf zu-

nächst überstaatlicher Grundlage erreicht würde. Dem Montan- und EVG-Gerichtshof würde dabei die Rolle eines Hüters des Grundrechtsbewußtseins und eines Vorläufers der Konventionsinstanzen zufallen. Entledigt er sich dieser Aufgabe mit Erfolg, so könnte dieses wiederum zu weiteren freiwilligen Unterwerfungen unter eine internationale oder übernationale Menschenrechtsinstanz führen. Darüber hinaus aber wäre denkbar, daß eine vorbildliche Rechtsprechung dieses Gerichtshofes auf dem betreffenden Sachgebiet auch die allgemeine Neigung zu einem festeren Zusammenschluß europäischer Nationen auf überstaatlicher Grundlage zu fördern imstande wäre.

### Zusammenfassung

Das Ergebnis der vorausgegangenen Ueberlegungen läßt sich wohl in den folgenden Sätzen zusammenfassen:

Es darf als ein anerkennenswertes Verdienst der im Europarat zusammengeschlossenen Nationen gewertet werden, daß sie durch die römische Konvention und das Pariser Zusatzprotokoll die wachsende Bedeutung der Grundrechte im internationalen Recht in feierlicher Form unterstrichen haben. Es darf ferner als ein Verdienst der Mitglieder des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung für die Errichtung einer europäischen Gemeinschaft anerkannt werden, daß sie diese Grundrechte zum integrierenden Bestandteil der Satzung erhoben haben.

Das Hauptziel jeder Kritik an der Konvention bildet naturgemäß die Lösung des Problems der institutionellen Rechtsschutzgarantie. Wenn hierzu festgestellt werden mußte, daß der Arbeit von Straßburg insoweit noch Mängel anhaften und daß die Neigung der meisten Signatarstaaten der Konvention, sich der obligatorischen Gerichtsbarkeit europäischer Rechtsschutzinstanzen zu unterwerfen, vorläufig noch sehr gering ist, so bedeutet dieses keine Herabsetzung des Erreichten. Alle Staaten sehen sich bei der Errichtung internationaler Organe und bei der Uebertragung von Hoheitsrechten auf sie naturgemäß immer vor politische, historische und psychologische Hindernisse gestellt. Niemand kann erwarten, daß solche Hürden an einem einzigen Tage beseitigt zu werden vermöchten.

Demgegenüber mutet die im Satzungsentwurf der politischen Gemeinschaft der Sechs gefundene Lösung des Garantieproblems bei erster Betrachtung wie eine Ueberwindung aller dieser Hindernisse an. Wenn auch hier das Problem des Schutzes gegenüber mitgliedstaatlichen Eingriffen weiter in der Schwebe geblieben ist, so eröffnet die bedingungslose Unterwerfung der Gemeinschaft und ihrer Organe unter die Kontrolle ihres obersten Gerichts jedenfalls Perspektiven, die wenigstens eine gewisse Hoffnung auch hinsichtlich noch ungelöster Fragen geben. Um der Gerechtigkeit willen sei hier nicht verschwiegen, daß die Aufgabe des Verfassungsausschusses um so viel einfacher als die der Konventionsgesetzgeber war, als für den ersteren durch die entsprechenden Vorbilder in den Verträgen über die Teilgemeinschaften der Rubicon zur obligatorischen überstaatlichen Gerichtsbarkeit bereits bei Beginn ihrer Tätigkeit überschritten war.

Wenn sie sich auch von überkommenen Vorstellungen hinsichtlich einer internationalen Gerichtsbarkeit lediglich auf der Grundlage fakultativer Unterwerfungen nicht zu lösen vermochten und das ganze komplizierte System der Anerkennungserklärungen des großen Wurfs nicht recht würdig ist, so brauchen sich die Schöpfer der Konvention ihres Werkes doch nicht zu schämen. Bedeutet die Konvention einen Anfang, dann darf sie im Gegenteil als ein internationales Abkommen von weltgeschichtlicher Bedeutung gefeiert werden.

### Anmerkungen

<sup>1)</sup> Vgl.: Bonner Grundgesetz (BGG), Artikel 1—19; Verfassung der Weimarer Republik, Artikel 109 ff.; Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika, Sect. 9 und Amendments, Art. I, IV, VI, XIII, XIV und XV; Frankreich: Erklärung der Menschenrechte vom 14. 3./19. 4. 1946 sowie Präambel der Verfassung vom gleichen Jahr.

<sup>2)</sup> Ursprüngliche Signatarstaaten der Konvention waren: Belgien, Dänemark, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, das Saargebiet, die Türkei und Großbritannien; später traten

ihr noch Schweden und Griechenland bei. (Stand vom 1. Dezember 1953.)

<sup>3)</sup> Vgl.: Brügel: „Die Konvention des Europarats über die Menschenrechte“ in Europa-Archiv 1/1951, S. 8618.

<sup>4)</sup> Die Konvention wurde bisher ratifiziert von: Großbritannien (8. 3. 51), Norwegen (15. 1. 52), Schweden (4. 2. 52), der Bundesrepublik (5. 12. 52; geltendes Recht durch Gesetz vom 7. 8. 52 — Bundesgesetzblatt, Teil II, S. 685 ff.), dem Saargebiet (14. 1. 53), Irland (25. 2. 53), Griechenland (28. 3. 53),

Dänemark (13. 4. 53), Island (29. 6. 53) und Luxemburg (3. 9. 53); die Ratifikation in Belgien wird vorbereitet.

<sup>5)</sup> Das Protokoll haben erst neun Staaten, und zwar die in Anmerkung 4 aufgeführten, außer der Bundesrepublik, ratifiziert.

<sup>6)</sup> *Brügel*: „Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ in *Europa-Archiv* 20/1949, S. 2529–2534; — „Die Straßburger Vorschläge zur Sicherung der Menschenrechte“ in *Europa-Archiv* 3, 1950, S. 2794–2802; — „Die Konvention des Europarats über die Menschenrechte“ in *Europa-Archiv* 1/1951, S. 3615 bis 3626; — „Das Zusatzprotokoll zur Straßburger Konvention über die Menschenrechte“ in *Europa-Archiv* 17/1952, S. 5137 bis 5140; — „Das Recht der Petition an eine internationale Instanz“ in *Die Friedenswarte*, Band 51, 1951/53, S. 217 ff.; — *Drost*: „Human rights as legal rights“, London 1951; — *Green*: „The European Convention on Human Rights“ in *World Affairs* (London) Oktober 1951, S. 432; — *Hodder*: „Die Freiheit der Person nach der neuen europäischen Menschenrechtskonvention“ in *Neue Juristische Wochenschrift* 1953, S. 531 ff.; — *Jellinek*: „Die Grundrechte im internationalen Recht“ in *Ruperto Carola*, Mitteilungen der Vereinigung der Freunde der Studentenschaft der Universität Heidelberg, Heidelberg 1952, Nr. 7 und 8, S. 73 ff.; — *Lauterpacht*: „International Law and Human Rights“, London 1950; — „The proposed European Court of Human Rights“, *Transactions of the Grotius Society*, London 1950, Vol. 35, N. 1, S. 25 ff.; — *Loewenfeld*: „Der Schutz der Menschenrechte im Rahmen der Vereinten Nationen“ in *Archiv des Völkerrechts*, 3. Band 1951, Heft 2, S. 136 ff.; — *Merle*: „La convention européenne des droits de l'homme et des libertés fondamentales“ in *Revue du droit public et de la Science politique*, Juli–September 1951, S. 705 ff.; — *Mosler*: „Die Sicherung der Menschenrechte durch die internationale Rechtsordnung“ in „Menschenrechte in christlicher Sicht“, Freiburg 1953, S. 34 ff.; — *Mühlenthaler*: „Die Konvention zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und die europäische Neuordnung“ in „Menschenrechte in christlicher Sicht“, Freiburg 1953, S. 50 ff.; — *Parlsch*: „Die europäische Menschenrechtskonvention“ in „Vorträge Hessische Hochschulwochen 1953“, S. 231 ff.; — *Radcliffe*: „The rights of man“ in „Transactions of the Grotius Society“, London, Vol. 36, 1951, N. 1, S. 4 ff.; — *Robertson*: „The European Convention for the Protection of Human Rights“ in „British Yearbook of International Law“, London 1950, S. 145 ff.; — *Schützel*: „Zur Frage der Weiterentwicklung der Menschenrechte“ in *Die Friedenswarte*, Band 51, 1951/53, S. 328 ff.; — *Wimmer*: (Herausgeber und Verfasser der Einleitung) „Menschenrechte in christlicher Sicht“, Freiburg 1953.

<sup>7)</sup> Aus dem Katalog seien hier die folgenden Rechte genannt: auf Leben (Artikel 2), Freiheit und Sicherheit (5), rechtliches Gehör (6) und Rechtsstaatlichkeit (7), Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (9), freie Meinungsäußerung (10), Versammlungs- und Koalitionsfreiheit (11), Eingehung einer Ehe und Gründung einer Familie (12); daneben stehen gleichberechtigt die folgenden an die Adresse der Staaten gerichteten Verbote: Folter sowie unmenschliche und entehrende Strafen (3), Zwangs- und Pflichtarbeit sowie Sklaverei und Leibeigenschaft (4) und Diskriminierung wegen Geschlechts, Rasse, Hautfarbe usw. (14). Weiter sind zahlreiche Rechtfertigungs-, Schuldabschließungs- und Ausnahmetatbestände sowie Auslegungsregeln zu verzeichnen. Vorübergehende Außerkraftsetzung — außer der Rechte in Artikel 2 (Leben) und der Verbote der Artikel 3 (Folter usw.), 4 (Sklaverei) und des Grundsatzes der Rechtsstaatlichkeit (7) — kann im Falle eines Krieges oder anderen öffentlichen Notstandes durch Benachrichtigung an den Generalsekretär des Europarates ausgesprochen werden.

<sup>8)</sup> Nämlich: Freizügigkeit innerhalb des Staatsgebietes und Recht, jedes Land, einschließlich des eigenen, zu verlassen.

<sup>9)</sup> Abgedruckt in *Europa-Archiv* 10–11/1951, S. 3991–4113, bzw. Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 10.

<sup>10)</sup> Abgedruckt in *Europa-Archiv* 9/1953, S. 5669–5683.

<sup>11)</sup> Vgl. Artikel 3 und 45 des Satzungsentwurfes.

<sup>12)</sup> Artikel 17 BGG lautet: „Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“ Artikel 19/II lautet: „Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständig-

keit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben.“

<sup>13)</sup> Die Zahl der Mitglieder der Kommission entspricht derjenigen der Vertragsstaaten; ihr darf jeweils nur ein Angehöriger jedes einzelnen Staates angehören (Artikel 20); die Mitglieder werden vom Ministerrat mit absoluter Stimmenmehrheit nach einem vom Büro der Beratenden Versammlung aufgestellten Namensverzeichnis gewählt; jeder Staat schlägt drei Kandidaten vor, von denen mindestens zwei seine Staatsangehörigkeit besitzen müssen (21/I). Die Amtsdauer beträgt sechs Jahre, sieben Mitglieder scheiden jedoch vorzeitig aus und werden ersetzt (22). Die Mitglieder gehören der Kommission als Einzelpersonen an (23).

<sup>14)</sup> Artikel 26 in Verbindung mit Artikel 25.

<sup>15)</sup> Artikel 24.

<sup>16)</sup> Bei der Staatenbeschwerde entfällt hinsichtlich des Staates natürlich die Pflicht zu vorheriger Ausschöpfung des nationalen Rechtsweges.

<sup>17)</sup> Dänemark vorläufig lediglich für zwei Jahre, vgl. die Uebersicht in *Europa-Archiv* 21/1953, S. 6088.

<sup>18)</sup> Die Problematik des Artikels 25 und die damit verbundene Gefahr ist auch bereits von der Beratenden Versammlung selbst erkannt worden, vgl. Sitzungsbericht vom 24. 3. 1953, abgedruckt in *Europa-Archiv* 21/1953, S. 6088.

<sup>19)</sup> Die Unterkommission besteht gemäß Artikel 29 aus sieben Mitgliedern; jede der beteiligten Parteien hat das Recht, eine Person ihrer Wahl in sie zu entsenden, die übrigen Mitglieder werden durch das Los bestimmt.

<sup>20)</sup> Der Bericht beschränkt sich auf eine kurze Angabe des Sachverhalts und der erzielten Lösung.

<sup>21)</sup> Der Gerichtshof besteht aus ebenso vielen Richtern wie der Europarat Mitglieder zählt; ihm darf jeweils nur ein Angehöriger eines jeden Staates angehören (Artikel 38). Die Richter werden von der Beratenden Versammlung aus einer Liste von Personen gewählt, die von den Mitgliedern des Europarats vorgeschlagen werden (39/I); diese Personen müssen das höchste sittliche Ansehen genießen und müssen entweder die Befähigung zur Ausübung hoher richterlicher Ämter besitzen oder Rechtsgelehrte von anerkanntem Ruf sein (39/III); Wahldauer beträgt neun Jahre, nach drei Jahren scheiden jedoch vier und nach sechs Jahren nochmals vier Richter vorzeitig aus (40/I und II); Präsident und Vizepräsident werden vom Gerichtshof selbst gewählt (41); die Richter erhalten übrigens kein festes Gehalt, sondern nur Tagegelder (42); die erste Richterwahl findet nach der Abgabe der achten Fakultativklärung statt (56/I).

<sup>22)</sup> Vgl. Artikel 44 und 48.

<sup>23)</sup> Vgl. Artikel 56 in Verbindung mit Artikel 46.

<sup>24)</sup> Vgl. Artikel 56/II.

<sup>25)</sup> Ueber das Verfahren enthält die Konvention nur wenig; dieses soll, wie die Geschäftsordnung, vom Gerichtshof selbst geregelt werden, Artikel 55; es wird nach Artikel 43 vor einer aus sieben Richtern bestehenden Kammer stattfinden; der Richter, der Staatsangehöriger einer beteiligten Partei ist, gehört der Kammer von Amts wegen an; falls ein solcher nicht vorhanden ist, kann der betreffende Staat einen Ersatzmann stellen; die übrigen Richter werden durch das Los bestimmt. Verfahrensvoraussetzung ist ein fehlgeschlagener Vermittlungsversuch vor der Kommission, Artikel 47, und ferner, daß alle Beteiligten Fakultativklärungen oder ad hoc-Erklärungen über die Anerkennung der Zuständigkeit abgegeben haben, Artikel 48.

<sup>26)</sup> Die Entscheidung erwächst sofort in Rechtskraft; Artikel 52. Sie erfolgt mit einem begründeten Urteil, Artikel 51; wegen dessen Vollstreckung vgl. Artikel 54; hinsichtlich Wiedergutmachungsmaßnahmen siehe Artikel 50.

<sup>27)</sup> Zur Satzung vgl. *Genzer*: „Die Satzung der Europäischen Gemeinschaft“ in *Europa-Archiv*, 9/1953, S. 5653 bis 5664. — *Eberhard*: „Die europäische politische Gemeinschaft“, Dokumente der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, Heft X, Hamburg 1953; *Ridder*: „Der Entwurf einer Satzung der Europäischen Gemeinschaft“, in *Juristenzeitung* 1953, S. 289 ff. und 332 ff.

<sup>28)</sup> Aber für Gliedstaaten, die auch Mitglieder der Kon-



vention sind, ergibt sich eine doppelte Bindung, eine völkerrechtliche an die Konvention durch deren Ratifizierung und eine verfassungsrechtliche kraft Mitgliedschaft in der Gemeinschaft.

<sup>29)</sup> Das ist gemäß Artikel 38 § 2 der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, dem seinerseits mit Artikel 52 des EVG-Vertrages auch die Aufgabe des obersten EVG-Gerichts zukommt.

<sup>30)</sup> Vgl. „Ad hoc-Versammlung, Bericht des Verfassungsausschusses“ Dok. 1, S. 51, in welchem die Bestellung des Konventionsgerichtshofes als oberstes Gemeinschaftsgericht mit der Begründung abgelehnt wird, daß die Ziele der Gemeinschaft nur dann verwirklicht werden könnten, wenn ihr Verfassungsaufbau in sich autonom sei, das heißt, alle dem Aufbau der Gemeinschaft dienenden Organe deren besonderen Bedürfnissen angepaßt würden.

<sup>31)</sup> Vgl. „Ad hoc-Versammlung, Bericht des Verfassungsausschusses“ Dok. 1 und 12, S. 21 bzw. 52.

<sup>32)</sup> Vgl. Bundestagsdrucksache 174/1953: „Die Frage der Wirkungen, die eine Abgabe der Erklärungen gemäß Artikel 25 und 46 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten auf das deutsche Rechtssystem haben würde, war im Zeitpunkt der Niederlegung der Ratifikationsurkunde (5. Dezember 1952) noch nicht abschließend geprüft. Die Abgabe beider Erklärungen, zu der die Bundesregierung durch Absatz II und III des Artikels II des Gesetzes über die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 7. August 1952 ermächtigt worden war, wurde daher zunächst zurückgestellt, um die beschleunigte Ratifikation der Konvention nicht zu verzögern. — Inzwischen ist nach der Ratifikation durch zehn Mitgliedstaaten die Europäische Menschenrechtskonvention am 3. September 1953 in Kraft getreten. Die Europäische Kommission für Menschenrechte kann aber erst dann durch Privatpersonen angerufen werden, wenn sechs Staaten die Erklärung gemäß Artikel 25 abgegeben haben. Bis heute ist dies erst seitens dreier Staaten (Schweden, Irland und Dänemark, von Dänemark unter Befristung auf zwei

Jahre) geschehen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wird erst nach Abgabe der Erklärung gemäß Artikel 46 durch acht Staaten konstituiert. Bis heute liegen erst zwei solcher Erklärungen (Irland und Dänemark, von Dänemark unter Befristung auf zwei Jahre) vor. — Die große Mehrheit der Mitgliederregierungen des Europarats hat also, wohl in Anbetracht der Neuartigkeit des ganzen Verfahrens, bisher noch keine Beitrittserklärung zu den Fakultativklauseln der Menschenrechtskonvention abgegeben. Da mithin politisch noch keine Eile geboten ist, andererseits die Frage des Verhältnisses der Gerichtsbarkeit der Menschenrechtskonvention zur Gerichtsbarkeit der geplanten Europäischen Gemeinschaft noch einer sehr gründlichen Klärung bedarf, scheint es zweckmäßig, zunächst die grundsätzliche Prüfung der mit der europäischen Gerichtsbarkeit zusammenhängenden Fragen durchzuführen und bis dahin die Abgabe der deutschen Beitrittserklärungen zurückzustellen. — gez. Hallstein.“

<sup>33)</sup> Vgl. hierzu: *Breitner*, „Supranationaler Rechtsschutz“ in *Europa-Archiv* 1/1954, S. 6263–6272, und „Europäische Gerichtsbarkeit“, Dokumente der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg, Heft XI, Hamburg 1954, S. 11.

<sup>34)</sup> Vgl. Artikel 29 des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofes zum Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Gegensatz zu Artikel 51/II der Konvention.

<sup>35)</sup> Da bisher drei Staaten die Erklärung gemäß Artikel 25 und zwei die Erklärung gemäß Artikel 46 abgegeben haben, würde ein Zuwachs von je sechs Fakultativerklärungen zu beiden Artikeln den Weg für die Individualbeschwerde vor der Kommission und den Arbeitsbeginn des Konventionsgerichtshofes nach sich ziehen.

<sup>36)</sup> Vgl. Artikel 5 und 55 ff. des Satzungsentwurfs.

<sup>37)</sup> Vgl. Art. 95 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und Artikel 126 des EVG-Vertrages.

## Europas Flüchtlings- und Bevölkerungsprobleme in der Sicht des Europarats\*

Von Per Fischer, Straßburg

Pierre Schneiter, der vor kurzem ernannte Sonderbeauftragte des Europarats für Fragen der nationalen Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse in Europa, sagte in einer seiner ersten Ansprachen<sup>1</sup>: „An die (durch Flüchtlingszustrom und Bevölkerungsüberschuß hervorgerufenen) Probleme kann man nicht innerhalb des nationalen Rahmens herangehen. Man muß sie mit europäischem Maßstab messen. Es muß eine europäische Bruderschaft entstehen. Die Reichsten, die am besten Versorgten, müssen den Ärmsten helfen. Das Bevölkerungsproblem ist das große Problem unserer Zeit. In zwanzig Jahren wird es sich in aller Schärfe zeigen, schon heute aber müssen wir daran denken.“ Diesen Ausspruch kann man als Motto über die gesamte Tätigkeit des Europarats auf dem Gebiet der Flüchtlings- und Bevölkerungsprobleme stellen.

### Ausgangssituation 1949

Welches war die demographische Situation Europas im Augenblick der Gründung des Europarats, im Jahre 1949? Die Kriegswirren waren vorüber, die Wiederaufbauarbeit hatte begonnen. Unvermittelt zeigte sich nun — was Krieg und Nachkriegszeit bisher verdeckt hatten —, daß neben anderen dringenden Problemen, vor denen Europa stand, das nicht am wenigsten dringende — wenn auch das am meisten vernachlässigte — jenes der europäischen Menschenmassen war. Mehr als 10 Millionen Flüchtlinge waren in den letzten zehn Jahren in das Gebiet dieses Eisernen Vorhanges eingeströmt, die Geburtenziffern waren in den Nachkriegsjahren emporgeschnellt, der Strom der Auswanderung nach Uebersee aber war gleichzeitig versiegt. Westeuropa besaß mehr Menschen, als es ernähren konnte, mehr Menschen, als es Arbeit zu vergeben hatte.

Eine einfache Definition des Begriffes Ueberbevölkerung ist bisher nicht gefunden worden. Nach einer Studie des Europäischen Demographischen Instituts

kann aus einem Zustand der Dauerarbeitslosigkeit unter der erwerbsfähigen Bevölkerung eines Landes nicht ohne weiteres auf Ueberbevölkerung geschlossen werden. Die Dauerarbeitslosigkeit kann ebenfalls die Folge struktureller Fehler sein, durch die Nachfrage und Angebot sich nicht gegenseitig ausgleichen. Sie kann weiterhin die Folge einer schlechten Ausschöpfung der Reichtümer eines Landes sein, ohne daß man deshalb auf eine echte Ueberbevölkerung schließen könnte. Ueberbevölkerung muß an den Entwicklungsmöglichkeiten eines Landes gemessen werden und nicht an dem momentanen Zustand seiner Wirtschaft. Mit diesen Entwicklungsmöglichkeiten darf wiederum nicht das im Augenblick vorhandene Angebot auf dem Arbeitsmarkt verglichen werden, sondern die voraussichtliche Entwicklung dieses Angebotes. Das entscheidende Kriterium der Ueberbevölkerung liegt also nicht in dem Ausmaß der strukturellen Arbeitslosigkeit, sondern in deren Tendenz, sich auszudehnen auf Grund eines schnelleren Wachstums der erwerbsfähigen Bevölkerung, verglichen mit dem Anwachsen der Zahl der Arbeitsplätze. Ehe von einer echten, absoluten Ueberbevölkerung gesprochen werden kann, muß festgestellt sein, daß durch strukturelle Verbesserung in der Wirtschaft des betreffenden Landes der Bevölkerungsüberschuß nicht aufgesogen werden kann.

Absolute Ueberbevölkerung herrscht demnach, wenn die Reichtümer eines Landes auf die rationellste Art und Weise ausgeschöpft sind und dennoch die Vollbeschäftigung nicht erreicht werden kann. Das Anwachsen der erwerbsfähigen Bevölkerung ruft die Aufstockung eines echten Ueberschusses auf dem Arbeitsmarkt hervor. In Westeuropa sind die Niederlande das typische Beispiel eines solchen Zustandes. Die Bevölkerungsdichte liegt bei etwa 300 Einwohnern pro Quadratkilometer; das Land ist bereits hoch industrialisiert, die jährliche Zunahme des Bevölkerungsüberschusses beträgt 50 000 bis 60 000 Per-

\*) Ueber die Flüchtlingspolitik des Europarats hat das Europa-Archiv bereits verschiedentlich berichtet. Vgl. hierzu insbesondere W. von Schmieden: „Die Flüchtlingspolitik der Vereinten Nationen und des Europarates“, Europa-Archiv 3/1951, S. 3695 ff., und „Der Europarat und das europäische Flüchtlingsproblem. Ein Bericht des Sachverständigenausschusses des Europarates“, in der Dokumentation der Folge 21—22/1951 des Europa-Archivs, S. 4493 ff., sowie ferner die laufend im Europa-Archiv veröffentlichten Mitteilungen des Europarats.

Der nachfolgende Bericht gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Entwicklung dieses Tätigkeitsfeldes des Europarats, aus dem deutlich zu ersehen ist, welche Fortschritte im einzelnen gegenüber dem Stand der Fragen im Jahre 1951 erzielt worden sind, aber auch, welche Schwierigkeiten immer wieder auftraten und zu immer neuen Lösungsversuchen drängten, ohne daß das Gesamtproblem der europäischen Flüchtlinge und Ueberbevölkerung einer Lösung bisher wesentlich nähergekommen wäre.



sonen, für die der einzige Ausweg in der Auswanderung liegt.

Im Gegensatz dazu steht der Zustand, den man als relative Ueberbevölkerung bezeichnen könnte, hervorgerufen durch Unterentwicklung der Wirtschaft eines Landes. Die technische Ausrüstung gestattet es nicht, die erwerbsfähige Bevölkerung voll in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Neben Dauerarbeitslosigkeit herrscht chronische Unterbeschäftigung, was sich besonders in den geringen Arbeitsstunden der Landarbeiter ausdrückt. Eine Abhilfe kann durch Entwicklung der Industrie und Rationalisierung der Landwirtschaft geschaffen werden. In diese Kategorie fallen die Mittelmeerländer Europas: Portugal, Spanien, Italien, Jugoslawien, Griechenland und die Türkei.

Das typische Beispiel ist Italien, wo sich die Ueberbevölkerung besonders auf den Süden des Landes konzentriert. Der Ernst der italienischen Situation rechtfertigt einige nähere Erklärungen: Zwischen 1861 und 1936 ist die Bevölkerung Südtaliens von 10 Millionen auf 15,5 Millionen angewachsen. Eine Zunahme der Bevölkerung um 5,5 Millionen steht einer Zunahme der Zahl der Arbeitnehmer um nur 200 000 Personen von 5,6 Millionen im Jahre 1861 auf 5,8 Millionen im Jahre 1936 gegenüber. Nur 200 000 Menschen aus den 5,5 Millionen neuen Geburten innerhalb der 75 Jahre konnten also beschäftigt werden, die übrigen 5,3 Millionen Menschen erhöhten die Zahl der nichterwerbsfähigen Bevölkerung. Die Folge ist, daß etwa dieselbe Anzahl von Arbeitenden, die 1861 zehn Millionen Menschen unterstützten, 1936 fünfzehn Millionen am Leben erhalten mußten.

Die italienische Regierung suchte und fand seit 1880 ein Ventil für den wachsenden Bevölkerungsdruck in der Auswanderung. Bis zum Jahre 1913 hatten zwölf Millionen Italiener ihre Heimat in Richtung Nord- und Südamerika verlassen, etwa 350 000 Auswanderer jährlich. Seit 1916 verringerte sich diese Zahl zusehends, bis sie schließlich in den dreißiger Jahren auf etwa 20 000 Auswanderer jährlich fiel. In der Nachkriegszeit ist diese Zahl auf etwa 150 000 Personen jährlich angestiegen. Gleichzeitig übertrifft der Geburtenüberschuß die Zahl der Todesfälle jedoch um 400 000 bis 500 000 im Jahr. Etwa 200 000 können auf dem Arbeitsmarkt aufgesogen werden. Selbst wenn 150 000 Personen auswandern, so bleibt ein jährlicher Ueberschuß von 100 000 bis 150 000 Personen übrig. Dieser Ueberschuß ist zudem seit Jahr und Tag aufgelaufen, so daß die italienische Regierung ihn heute auf über zwei Millionen Menschen beziffert.

Griechenland litt ebenfalls stets unter einem natürlichen Bevölkerungsdruck. In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg war es überdies gezwungen, Millionen von Volksgriechen aus Kleinasien aufzuneh-

men, von denen heute noch 35 000 Familien nicht eingegliedert sind. Die Jahre des Bürgerkrieges nach dem Zweiten Weltkrieg brachten die Vertreibung von 750 000 Bauern aus dem Kampfgebiet. Ueberdies war die kommunistische Machtergreifung in den Nachbarländern von einem ständigen Strom rumänischer, albanischer und bulgarischer Flüchtlinge, teils griechischer Volkszugehörigkeit, begleitet. Angesichts der kriegsbedingten Schwäche der griechischen Wirtschaft übersteigt die Eingliederung dieser Menschenmassen die Kräfte des Landes, besonders da alljährlich ein natürlicher Bevölkerungsüberschuß von 30 000 Personen gezählt wird. Nach Ansicht der griechischen Regierung muß zunächst der Bevölkerungsdruck durch Auswanderung gemildert werden, ehe die nationalen Eingliederungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden können.

Die Türkei schließlich sah sich während ihres großangelegten Industrialisierungsprozesses plötzlich vor die Tatsache gestellt, 154 000 Bulgaren türkischer Herkunft aufzunehmen, die von der bulgarischen Regierung vertrieben wurden. Bemühungen sind im Gange, diese Menschen im Lande derart einzugliedern, daß sie gleichzeitig den Modernisierungsprozeß fördern, eine Aufgabe, die erhebliche Finanzmittel erfordert.

Schließlich ist noch eine dritte Form von Ueberbevölkerung zu nennen, die sich aus strukturellen Verzerrungen der Wirtschaft oder des Arbeitsmarktes eines Landes ergibt. Typische Beispiele dafür sind Westdeutschland und Oesterreich, deren strukturelle Arbeitslosigkeit aus der Unmöglichkeit entstanden ist, das Angebot der Flüchtlinge mit der Nachfrage des Marktes in Uebereinstimmung zu bringen.

Die Schwierigkeit ergibt sich in erster Linie daraus, daß die Bevölkerung großer Gebiete geschlossen vertrieben worden ist, so daß sämtliche Berufssparten unter ihnen vertreten sind. Angehörige bestimmter Sparten, zum Beispiel die Angestellten oder die Bauern, sind überhaupt nicht einzugliedern. Noch immer liegt deshalb der Prozentsatz von Flüchtlingen unter den Arbeitslosen in Westdeutschland um 30 vH, obgleich die Flüchtlinge nur 17 vH der Gesamtbevölkerung stellen. Bietet sich für eine Anzahl der Flüchtlinge keine Eingliederungsmöglichkeit innerhalb der westdeutschen Wirtschaft, so ist der andere Teil dank struktureller Anpassungsmaßnahmen dennoch aufzusaugen, wenn auch nur innerhalb eines langen Zeitraumes.

Das Bevölkerungsproblem Europas wurde zum ersten Male auf internationaler Ebene aufgerollt, als der Europarat es 1949 als europäisches Problem aufnahm. Bisher galten Schwierigkeiten dieser Art als Angelegenheit der nationalen Regierungen, was sich schon allein darin zeigte, daß der Begriff der „europäischen Bevölkerung“ als Einheit noch gar nicht

geprägt worden war. Es gab kaum Statistiken, die sich dieser Fragen annahmen, kaum Institute außerhalb des nationalen Rahmens, die mit der Erforschung dieser Materie betraut waren. Der Europarat konzentrierte sich deshalb zunächst darauf, die Anerkennung der durch Flüchtlingszustrom und Bevölkerungsaufstockung geschaffenen Probleme einiger seiner Mitgliedstaaten als gemeinsame europäische Aufgaben zu erwirken und die Mittel und Wege zu ihrer Lösung aufzuzeigen.

Da die ersten Entwicklungsstufen dieser Arbeit bereits in dem Beitrag W. von Schmiedens (vgl. Anmerkung S. 6569) nachgezeichnet worden sind, genügt es, sie nur kurz in Erinnerung zu rufen. Der Europarat ist an den Problemkreis der Ueberbevölkerung über die menschlich nächstliegende Frage, das Schicksal der Flüchtlinge, herangekommen. Auf der ersten Sitzung der Beratenden Versammlung im Sommer 1949 verlangten einige der Parlamentarier, daß die Flüchtlingsfrage in die Liste jener Probleme aufgenommen würde, deren Lösung gemeinsamer europäischer Anstrengungen bedarf. Im Vordergrund der Aufmerksamkeit standen allerdings im besonderen Maße die ausländischen Flüchtlinge in Deutschland, deren karitative und juristische Betreuung Gegenstand mehrerer Interventionen war<sup>2</sup>. Der Ausgangspunkt der Versammlung spiegelt sich in den Worten des belgischen Senators *de la Vallée Poussin* wider: „Können wir denn hier abstrakt über den Schutz der Menschenrechte diskutieren und dabei einen nur unbeteiligten Blick auf das Elend werfen, das sich zu unseren Füßen ausbreitet?“<sup>3</sup> Auf ihrer 2. Sitzung im Sommer 1950 empfahl die Versammlung dem Ministerkomitee, dafür Sorge zu tragen, daß die Bedürfnisse der Flüchtlinge aller Kategorien befriedigt würden, besonders aber jener, die von keinem internationalen Organ unterstützt würden<sup>4</sup>. Dieser Entscheidung kommt eine grundsätzliche Bedeutung zu: Von nun an war das Flüchtlingsproblem einiger Mitgliedstaaten des Europarats zum europäischen Problem erhoben.

#### „Nationale“ und „internationale“ Flüchtlinge

Aus dieser ersten Stellungnahme der Beratenden Versammlung entwickelte sich eine neue Doktrin für die Behandlung der Flüchtlingsfragen durch den Europarat. Die Beratende Versammlung forderte nämlich, daß das Schicksal aller Flüchtlinge ohne Rücksicht auf ihre Nationalität, ihre Religion und ihre Rasse zu berücksichtigen sei, einschließlich insbesondere derjenigen, die bisher nicht Gegenstand internationaler Hilfe waren. Dieser Satz zeigt sehr deutlich den Unterschied zwischen der Auffassung des Europarats und jener, die bislang in der internationalen Welt herrschte. Das Wort Flüchtling war in der Nachkriegszeit nur auf staatenlose Personen oder auf solche Flüchtlinge angewandt worden, die

nicht mehr den Schutz ihres Heimatlandes genießen. Unter diese Gruppe fallen beispielsweise die aus der Tschechoslowakei, aus Polen oder aus Ungarn geflohenen Menschen. Sie besitzen zwar noch die Staatsangehörigkeit ihres Heimatlandes, wollen und können sich aber nicht mehr auf die Hilfe der Prager, Warschauer oder Budapester Regierungen berufen. War die Bezeichnung Flüchtling bis dahin nur auf sie angewandt und internationaler Rechtsschutz nur ihnen zuteil geworden, so stellte die Beratende Versammlung fest, daß neben dieser Gruppe der Flüchtlinge „unter internationalem Schutz“ in Europa eine zahlenmäßig sie weit übertreffende Gruppe von Flüchtlingen lebte, die nicht unter diese juristisch orientierte Begriffsbestimmung fielen. Zu diesen, die „nationale“ Flüchtlinge genannt wurden, gehören beispielsweise die Menschen, die ihre Heimat verlassen mußten, um in einem anderen Teil ihres Vaterlandes Zuflucht zu suchen, etwa die deutschen Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlinge, die Flüchtlinge des griechischen Bürgerkrieges und die Bewohner der ehemals italienischen Kolonien, die nach Italien zurückkehren mußten. Zu dieser Gruppe gehören auch die Menschen, die wegen ihrer Volkszugehörigkeit aus ihren Wohnsitzen vertrieben wurden und in ihr Ursprungsland zurückkehrten, so die Volksdeutschen aus den osteuropäischen Staaten und die aus Bulgarien vertriebenen Turko-Bulgaren; denn sie erhielten in den meisten Fällen die Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes, dessen Volkszugehörigkeit sie besaßen.

Diese Gruppen von Flüchtlingen scheiden zwar aus der internationalen Schutzaktion der Vereinten Nationen aus, aber sie bedürfen dennoch internationaler Unterstützung, da ihre wirtschaftliche Eingliederung die Aufnahmeländer vor Schwierigkeiten stellt, die sie aus eigenen Mitteln nicht lösen können.

Nachdem die Beratende Versammlung diesen grundsätzlichen Standpunkt eingenommen hatte, zog sie daraus die Schlußfolgerung: Allen Flüchtlingen muß geholfen werden, Arbeit und Brot zu finden, gleichgültig ob es sich um „nationale“ oder „internationale“ Flüchtlinge handelt. Dieses Prinzip findet seinen Ausdruck in der absichtlich weitmäschigen Definition, die die Beratende Versammlung für den Begriff „Flüchtling“ aufstellte<sup>5</sup>. Nicht das juristische Moment der Staatenlosigkeit oder der Schutzlosigkeit ist darin zum Kriterium erhoben, wie es in anderen internationalen Instrumenten, etwa dem Statut der IRO oder des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für das Flüchtlingswesen der Fall ist, sondern der Gesichtspunkt der Heimat- und Arbeitslosigkeit. Die Definition lautet, in inoffizieller Uebersetzung:

„Als Flüchtling gilt jede Person, die als Folge politischer Ereignisse während der beiden Weltkriege sich ohne eigene Niederlassung befindet, nachdem sie



ihren Wohnsitz unter Zwang oder physischer Gewalt verlassen hat, welche wegen ihrer politischen Ansichten, ihrer religiösen oder nationalen Angehörigkeit oder ihrer ethnischen Abstammung auf sie ausgeübt worden sind.“

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß auch der Völkerbund seine Hilfsaktion nicht auf die „Flüchtlinge unter internationalem Schutz“ beschränkt hat, zu denen damals hauptsächlich die weißrussischen Emigranten gehörten. Vielmehr unterstützte er ebenfalls jene Flüchtlinge, die wir heute „national“ nennen, wie beispielsweise die große Masse von „Volks griechen“ und „Volks bulgaren“, die aus der Türkei kommend in ihren Ursprungsländern Aufnahme fanden. Der Europarat schließt sich also an die Praxis des Völkerbundes an.

Nachdem einmal dieser wirtschaftlich und sozial bestimmte Gesichtspunkt angenommen worden war, ergab sich fast zwangsläufig die Notwendigkeit, die Tätigkeit des Europarats zugunsten der Flüchtlinge auf jene zweite Menschengruppe auszudehnen, die ebenfalls außerhalb des Wirtschaftsprozesses ihrer Aufenthaltsländer leben: die natürlichen Bevölkerungsüberschüsse. Die Ähnlichkeit zwischen den Problemen, die sich für die jeweils betroffenen Länder ergeben, erzwingt eine gemeinsame Behandlung, selbst wenn der Entstehungsgrund für das Flüchtlingsproblem und das Ueberbevölkerungsproblem außerordentlich verschieden ist.

#### *Organisatorische Entwicklung*

Mit der Entscheidung über ihre Verquickung, die das Ministerkomitee im November 1950<sup>6</sup> fällte und die von der Beratenden Versammlung im Mai 1951<sup>7</sup> übernommen wurde, war das Arbeitsfeld freigelegt worden: nun konnte es beackert werden. An der organisatorischen Entwicklung, die in der Behandlung der Flüchtlings- und Bevölkerungsprobleme durch die Beratende Versammlung zu beobachten ist, läßt sich das wachsende Interesse ablesen, das dieser Frage entgegengebracht wurde. War im Jahre 1949 der Ausschuß für Juristische Fragen mit der Behandlung des Problems betraut worden, da man es durch juristische Schutzmaßnahmen erschöpfen zu können glaubte, so hatte die Versammlung schon im Jahre 1950 beschlossen, einen Sonderausschuß zu seinem Studium einzurichten, dessen Lebensdauer im Gegensatz zu den Vollausschüssen beschränkt ist. Dieser Sonderausschuß griff das Problem von der institutionellen Seite an und empfahl die Bildung eines europäischen Flüchtlingsamtes, ein Vorschlag, der jedoch unerfüllt blieb. Im Dezember 1951 beschloß die Versammlung, einen Vollausschuß für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen ins Leben zu rufen. Sie empfahl ferner dem Ministerkomitee die Bildung eines Sonderverbindungsausschusses zwischen Ministerkomitee und Beratender Versammlung, bestehend aus drei

Vertretern jedes Organes, dessen Hauptaufgabe die Ausarbeitung einer europäischen Flüchtlings- und Bevölkerungspolitik sein sollte<sup>8</sup>. Das Ministerkomitee genehmigte im Frühjahr 1952 die Bildung dieses Ausschusses<sup>9</sup>, dessen Kompetenz jedoch auf die eines gemeinsamen Konsultativorganes beschränkt wurde.

Im Dezember 1951 empfahl die Versammlung ferner die Ernennung eines Sonderbeauftragten<sup>8</sup>, wobei sie davon ausging, daß der Europarat ein ständig handlungsbereites Organ besitzen müsse. Dieser Wunsch ist vom Ministerkomitee im Mai 1953 erfüllt worden<sup>10</sup>. Für die Dauer von einem Jahr hat Pierre *Schneider* am 1. Februar 1954 dieses Amt angenommen<sup>11</sup>.

#### *Grundlage der Politik*

Welche Ergebnisse erzielten diese Organe? Grundlage aller Tätigkeit war der Bericht eines Regierungsexpertenausschusses<sup>12</sup>, den das Ministerkomitee im Sommer 1951 einberufen hatte, um einen genauen Ueberblick über das Ausmaß der Probleme zu erhalten, an dessen Sitzungen auch Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes, des Europäischen Wirtschaftsrats (OEEC), der Internationalen Flüchtlingsorganisation (IRO) und des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für das Flüchtlingswesen sowie Beobachter der amerikanischen Regierung und der Internationalen Bank für Wiederaufbau teilnahmen. Nach einer Untersuchung der Lage der einzelnen Mitgliedstaaten kamen die Experten zu der Schlußfolgerung, daß die Bundesrepublik Deutschland, Oesterreich, Italien, Griechenland, die Niederlande, die Türkei und Malta so schwer mit Flüchtlings- und Ueberbevölkerungsproblemen zu ringen hätten, daß gemeinsame Anstrengungen aller Mitgliedstaaten zu ihrer Ueberwindung gerechtfertigt seien. Die Sachverständigen bezifferten die Flüchtlinge, die in Westeuropa Aufnahme gefunden hatten, auf etwa 11 Millionen, den Bevölkerungsüberschuß Europas auf etwa fünf Millionen Menschen. Diese Probleme zögen nicht nur die von ihnen betroffenen Länder in Mitleidenchaft, sondern interessierten die europäische Gemeinschaft und die freie Welt als Ganzes. „Die Existenz dieses Problems“, so lautet die wichtigste politische Erklärung dieses Berichtes, „kann als Hindernis für die Verwirklichung des in Artikel 1 des Statutes des Europarates aufgestellten Zieles angesehen werden.“ Die Herstellung einer größeren Einheit in Europa, das wesentlichste Ziel des Europarates, war nach Ansicht der Experten also unerreichbar, solange einige der Mitgliedstaaten unter diesen Schwierigkeiten litten. Die Experten teilten die Lösungsmöglichkeiten in die europäischen und die außereuropäischen ein: die Bevölkerungsüberschüsse, ob es sich nun im einzelnen um Flüchtlinge oder um natürliche Ueberchüsse handelte, müßten entweder in ihren augenblicklichen Aufenthaltsländern mit Hilfe wirtschaftlicher Expansionsmaßnahmen eingegliedert werden

oder aber in anderen europäischen Ländern, die noch unausgenutzte Arbeitskapazitäten besitzen; gleichzeitig müßten auf der außereuropäischen Ebene die Auswanderungsbewegungen verstärkt und die Aufnahmekapazitäten der überseeischen Länder erhöht werden. Auf diesen zwei Ebenen vollzieht sich seit 1951 die Arbeit der Beratenden Versammlung und des Ministerkomitees.

### *Eingliederung im Aufenthaltsland*

Was erstens die Eingliederung in den Aufenthaltsländern betrifft, war sich die Beratende Versammlung bewußt, daß jede wirtschaftliche Wiederaufbautätigkeit indirekt auch den überschüssigen Bevölkerungsteilen der einzelnen Länder zugute kam<sup>13</sup>. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ist die Frage der Eingliederung der Ueberbevölkerung ein Aspekt des Arbeitsgebietes der OEEC, die sich die Hebung der europäischen Produktion und Produktivität zum Ziele gesetzt hat. Die Beratende Versammlung hat jedoch stets die Ansicht vertreten, daß dieser Gesichtspunkt der besonderen Problematik der überschüssigen Bevölkerungsteile nicht gerecht wird. Ob es sich um Flüchtlinge oder natürliche Bevölkerungsüberschüsse handelt, diese Menschen sind gegenüber der übrigen erwerbsfähigen Bevölkerung in bezug auf ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Sie leben nicht nur in den meisten Fällen weitab von den wirtschaftlichen Zentren, sei es in Flüchtlingslagern, sei es in den einsamen Landstrichen Süditaliens, ihnen fehlen darüber hinaus auch jegliche Kapitalreserven sowie menschliche Verbindungen, die der erwerbsfähigen Bevölkerung den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Der indirekte Nutzen, den sie aus dem allgemeinen Wiederaufbau ziehen, ist folglich gering. Die Beratende Versammlung empfahl deshalb, daß ihnen zur Finanzierung ihrer Eingliederung größere Investitionsmittel direkt zur Verfügung gestellt würden<sup>14</sup>. Sie forderte die Mitgliedstaaten und die beteiligten internationalen Organisationen auf, im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Investierungsprojekten, die zur Eingliederung von Flüchtlingen und überschüssigen Bevölkerungsteilen dienen, einen Vorrang zu verleihen. Die Beratende Versammlung empfahl ferner dem Ministerkomitee, auf diesem Gebiet mit gutem Beispiel voranzugehen und einen Sonderfonds zu gründen, dessen Mittel zur Finanzierung konkreter, aber begrenzter Eingliederungsprojekte dienen sollten. Die Versammlung beauftragte ihren Ausschuß für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen, derart bestimmte Projekte vorzulegen, die als Vorlage für größere Arbeiten dieser Art verwirklicht werden könnten. Eines der Projekte, mit denen sich der Ausschuß zur Zeit beschäftigt, sieht den Ausbau der Anlagen einer ehemaligen Munitionsanstalt zu einer industriellen Flüchtlingsiedlung vor, ein weiterer hat den Bau von

Uebergangswohnungen für Sowjetzonenflüchtlinge zum Gegenstand.

### *Europäische Binnenwanderung*

Was zweitens die Eingliederung in andere europäische Länder betrifft, so gilt es hierfür, eine europäische Binnenwanderung durchzuführen. Hier befindet sich der Europarat auf völligem Neuland, denn, abgesehen von zweiseitigen Verträgen zwischen einzelnen Staaten über die Aufnahme fremder Arbeitskräfte, ist nie eine grundlegende Aktion unternommen worden, um mit Hilfe von innereuropäischer Wanderung einen Bevölkerungsausgleich zwischen den europäischen Staaten zu bewerkstelligen. Das Ministerkomitee des Europarats beauftragte deshalb das Generalsekretariat, die Möglichkeiten solcher innereuropäischer Wanderungsbewegungen zu untersuchen<sup>15</sup>. Das Europäische Demographische Institut<sup>15a</sup> arbeitet zur Zeit in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat diese Studie aus. Die bedeutsamste Frage, die eine Antwort erheischt, ist folgende: Wieweit ist auf Grund der augenblicklichen Verhältnisse ein Bevölkerungsausgleich durch Wanderungsbewegungen zwischen über- und unterbevölkerten Ländern notwendig? Drei verschiedene Gesichtspunkte sind im Auge zu behalten:

Die erste Frage, die dabei auftaucht, lautet: Wieweit sind die überbevölkerten Länder auf eine Auswanderung angewiesen? Die Niederlande, die das Stadium der absoluten Ueberbevölkerung erreicht, wenn nicht sogar überschritten haben, brauchen eine gewisse Auswanderung, deren Umfang sich aus der Größe des Unterschiedes zwischen dem Anwachsen der erwerbsfähigen Bevölkerung und dem Anwachsen der Arbeitsplätze ergibt. Diese Zahl liegt bei etwa 40 000—50 000 Personen. Für die südeuropäischen Länder, in erster Linie also Italien, Griechenland und die Türkei, besteht neben der Lösung der Auswanderung in abgeschwächtem Maße auch die einer vollkommeneren Ausnutzung ihrer Hilfsquellen. Da dies jedoch große finanzielle Mittel bedingt und außerdem nur über einen längeren Zeitraum zu Ergebnissen führt, benötigen auch Italien und ebenso sehr Griechenland eine jährliche Auswanderung von 250 000 Italienern und etwa 30 000 Griechen. Die Bundesrepublik und ebenfalls Oesterreich besitzen die Kapazität, um einen großen Teil ihrer Flüchtlinge aufzunehmen, wenn ihnen Geldmittel zur Verfügung gestellt werden können. Für sie handelt es sich in erster Linie darum, Auswanderungsmöglichkeiten für Landwirte zu erhalten, für die nicht genügend Land zur Verfügung steht.

Vom Gesichtspunkt der unterbevölkerten Länder aus gesehen, ist eine Einwanderung günstig, wenn sie den Sektoren, die in der Entwicklung begriffen sind, die notwendigen Arbeitskräfte sichert, wenn die Erhöhung der Produktion, die von einer Erhöhung der



Arbeitnehmerzahl hervorgerufen wird, durch den eigenen oder den internationalen Markt aufgesogen werden kann und wenn die Arbeitskräfte aus jenen Berufsständen stammen, in denen nicht schon ein Ueberangebot an Arbeitskräften besteht. Diese Gesichtspunkte werden von Sachverständigen für Frankreich, Schweden, Norwegen, Belgien und in abgeschwächtem Maße auch für die Schweiz als gegeben angesehen.

Im Interesse Europas liegt es schließlich, daß die Arbeitskräfte, deren Auswanderung von den überbevölkerten Gebieten gewünscht wird, in die unterbevölkerten Gebiete Europas gelenkt werden. Damit ist keineswegs gesagt, daß die Auswanderung nach Uebersee zu verringern sei, denn in dringenden Fällen bildet sie oft den einzigen Ausweg. Die Tendenz soll jedoch darauf gerichtet bleiben, zunächst die Reichtümer Europas voll auszuschöpfen.

Aus diesen Ueberlegungen ergeben sich folgende Schlußfolgerungen: Wenn die überbevölkerten Länder Kapital aufbringen können, um ihr demographisches Problem zu lösen, so liegt es in ihrem Interesse, diese Mittel zur Eingliederung der Arbeitskräfte innerhalb der eigenen Wirtschaft zu verwenden. Bestehen diese Eingliederungsmöglichkeiten nicht, so ist es für Europa als Gesamtheit günstiger, derartige Mittel zur Eingliederung der Arbeitskräfte innerhalb der europäischen Grenzen zu verwenden. Es liegt drittens im Interesse der unterbevölkerten Länder Europas, durch Einwanderung die Zahl ihrer eigenen Produzenten und damit auch Verbraucher zu vergrößern, weshalb sie ihrerseits ebenfalls zur Aufbringung von Finanzierungsmitteln bereit sein sollten.

Ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer verstärkten innereuropäischen Wanderungsbewegung, so erhebt sich die praktische Frage, wie diese zu bewerkstelligen ist. Zwei Wege stehen offen:

Durch private und karitative Verbände oder zwischenstaatliche Organisationen sind in der Vergangenheit schon begrenzte Eingliederungspläne ausgearbeitet worden, mit deren Hilfe beispielsweise eine Anzahl von Flüchtlingsbauern aus westdeutschen Lagern im Ausland angesetzt wurde. Die Finanzmittel sind zum Teil von diesen Verbänden aufgebracht, zum Teil von den beteiligten Regierungen zur Verfügung gestellt worden. Nachdem die bisherigen Versuche zufriedenstellend verlaufen sind, hat die Beratende Versammlung des Europarats einen Sonderausschuß errichtet, der speziell die Möglichkeiten der Vervielfältigung derartiger Pläne untersucht. Dieser Sonderausschuß hat kürzlich eine Informationsreise durch Westdeutschland unternommen, um die Lage der Flüchtlingsbauern und die Möglichkeiten ihrer And-Umsiedlung zu untersuchen.

Ein anderer Weg bestünde in der Gründung eines europäischen Finanzierungsinstitutes, welches den Auswanderungswilligen individuell Kredit gewährt,

damit dieselben sich in den Wirtschaftsprozess eines der europäischen Länder, sei es durch den Kauf eines Bauernhofes, einer Werkstatt, eines Betriebes, einer Praxis usw. eingliedern können. Dieser Weg hat bislang wegen der mangelnden Kapitalflüssigkeit Europas noch nicht eingeschlagen werden können. Es wird auf ihn zurückzukommen sein.

Für den Fall der Steigerung der innereuropäischen Wanderungen stellt sich noch das Sonderproblem, daß die Berufsschulung in den einzelnen europäischen Ländern darauf eingerichtet werden muß. Europäische Schulungszentren müßten zu diesem Zweck in den einzelnen Ländern gegründet werden. Schon heute stehen in diesem Zusammenhang Westdeutschland und Italien vor dem Problem, daß sie nicht genügend Ausbildungsstellen für ihre Jugendlichen besitzen.

Der Europarat hat in den letzten Monaten eine Untersuchung darüber angestellt, in welchem Umfang jugendliche Arbeitslose oder Flüchtlinge, die in ihren Aufenthaltsländern keine Berufsausbildung erhalten, zu diesem Zweck in andere europäische Länder gesandt werden können. Es ergab sich, daß die Möglichkeiten dafür ohne die Errichtung neuer Zentren sehr gering sind. Auch hier handelt es sich also letzten Endes um ein Finanzierungsproblem.

#### *Ueberseeische Auswanderung*

Was schließlich die letzte Eingliederungsebene, die außereuropäische, betrifft, so versteht es sich, daß diese nur im Zusammenhang mit einer Organisation untersucht werden kann, in der außereuropäische Einwanderungsländer Nord- und Südamerikas, Südafrika und Australien vertreten sind. Diese Organisation ist der Zwischenstaatliche Ausschuß für Europäische Wanderungen in Genf, dem sowohl Vertreter der Auswanderungsländer und der Einwanderungsländer als auch dritter Staaten, die politisches Interesse an dem Problem haben, angehören. Aufgabe dieses Ausschusses ist es, alle Maßnahmen zu ergreifen, um den Transport derjenigen Auswanderer sicherzustellen, für welche die bestehenden Hilfsmittel nicht ausreichen und die ohne eine zusätzliche Hilfe nicht auswandern könnten. Innerhalb des Ausschusses besteht die Tendenz, zusätzlich zu diesen reinen technischen Transportaufgaben auch Aufgaben auf dem Gebiet der Ausweitung der Auswanderung zu übernehmen.

Tatsächlich ist der Umfang der Auswanderung, verglichen mit den Verhältnissen um die Jahrhundertwende, erheblich zurückgegangen. In den Jahren zwischen 1905 und dem Beginn des Ersten Weltkrieges verließen jährlich 1,5 Millionen Menschen Europa. Nach dem Ersten Weltkrieg gingen die Einwanderungsländer zu einer restriktiven Politik über, so daß diese Zahl sich schnell verringerte. In den Jahren nach 1931 machte sich zum ersten Male in der Geschichte

der europäischen Auswanderung sogar eine gegenläufige Bewegung bemerkbar, als die Zahl der Rückkehrer die der Auswanderer übertraf. Als nach dem Zweiten Weltkrieg die Auswanderung wieder aufgenommen wurde, galt sie in erster Linie den Verschleppten Personen (DP). Die Auswanderung der nicht Heimkehrwilligen unter ihnen, die von der IRO in die Hand genommen wurde, stand unter dem Zeichen einer vorübergehenden Improvisation. Nachdem die IRO diese Sonderaufgabe durch Unterbringung von über einer Million Personen in Uebersee in großen Zügen gelöst hatte, ergab sich für die traditionellen Auswanderungsländer Europas die Notwendigkeit, neue Wege zur Wiederaufnahme echter Auswanderungsbewegungen zu finden. Die liberale, der eigenen Initiative überlassene Form der Auswanderung des 19. Jahrhunderts war nicht mehr anzuwenden, denn der Mehrzahl der präsumptiven Auswanderer Europas — abgesehen von den Auswanderern aus Großbritannien — fehlt heute jede Kapitalgrundlage, während die Einwanderungsländer wirtschaftlich nicht mehr in der Lage sind, große Menschenströme aus eigener Kraft zu absorbieren.

Die Auswanderung des 20. Jahrhunderts hat eine doppelte Zielsetzung zu erfüllen: einerseits Europas Bevölkerungsdruck zu mildern und andererseits der wirtschaftlichen Entwicklung der überseeischen Länder Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Die Einwanderungsländer verlangen Facharbeiter, die abzugeben allerdings den europäischen Ländern schwer fällt, besonders wenn es sich um junge Kräfte handelt. Die Facharbeiter werden ferner von den Einwanderungsländern in Funktion ihres eigenen Entwicklungsprogramms in jeweils kleinen Gruppen benötigt. Tempo und Ausmaß der Einwanderung hängen vom Tempo und Ausmaß der wirtschaftlichen Expansion der Einwanderungsländer engstens ab. Wollen Europas Staaten den Auswandererstrom steigern, so können sie dies deshalb nur über den Umweg einer Beschleunigung und Verstärkung der wirtschaftlichen Entwicklung der Einwanderungsländer erreichen, etwa durch eigene finanzielle Hilfe, durch Investitionen oder durch die Unterstützung der Kreditaktionen internationaler Institute, der Weltbank, der „Punkt-4-Verwaltung“ u. a.

Die Einwanderungsländer können heute nach Schätzung der zuständigen Stellen etwa 400 000 Personen alljährlich aufnehmen. Diese Zahl übersteigt zwar geringfügig den jährlichen Ueberschuß an Arbeitskräften innerhalb ganz Europas, sie ist jedoch viel zu klein, um den augenblicklichen Bevölkerungsdruck Europas von etwa 5 Millionen Menschen zu beheben. In kleinem Rahmen sind in den vergangenen Jahren des öfteren auf bilateralem Wege Pläne entworfen worden, die dank gemeinsamer finanzieller Bemühungen des jeweiligen Einwanderungs- und Auswanderungslandes eine Verbindung zwischen

Entwicklungs- und Einwanderungsprojekten darstellen. Eine gemischte italienisch-peruanische Gesellschaft hat zur Zeit ein Projekt ausgearbeitet, das die Ansiedlung italienischer Bauernfamilien auf Neuland in einer bisher noch nicht erschlossenen Provinz Perus zum Ziel hat. Aehnliche Vorhaben bestehen in anderen Staaten Südamerikas. Auch private und karitative Vereine haben sich daran beteiligt, so die „Schweizer Europa-Hilfe“, die im Staate Parana in Brasilien 510 volksdeutsche Familien aus dem Banat in fünf neugeschaffenen Dörfern ansiedelte.

All diese Pläne sind jedoch nur Tropfen auf den heißen Stein. Ohne eine Lösung des Finanzierungsproblems auf möglichst breiter Basis ist auch auf dem Gebiete Auswanderung kein Ergebnis zu erzielen.

Die Beratende Versammlung des Europarats hat sich in ihrer Tätigkeit auf dem Auswanderungssektor zwei Ziele gesetzt. Sie unterstützt einerseits mit dem Gewicht ihrer politischen Autorität den Zwischenstaatlichen Ausschuß in Genf. Ist dessen Gründung zum Teil schon auf die Empfehlungen der Versammlung zurückzuführen<sup>16</sup>, so hat diese sich seit dem Bestehen des Ausschusses stets für eine Ausweitung seiner Kompetenzen eingesetzt<sup>17</sup>. Sie hat ferner das Ministerkomitee aufgefordert, die Mitgliedstaaten zu bitten, die finanziellen Beiträge der einzelnen Staaten an den Ausschuß zu erhöhen und diesem beizutreten, soweit dies noch nicht geschehen ist. Bisher haben sich Großbritannien, das seine Auswanderungsprobleme gesondert in direkter Verbindung mit den Commonwealth-Staaten regelt, sowie die Türkei als einzige Mitglieder des Europarats außerstande gesehen, dem Ausschuß beizutreten. Zur weiteren Unterstützung der Tätigkeit dieses Ausschusses hat sich das Ministerkomitee im Mai 1953 direkt an die überseeischen Einwanderungsländer gewandt und sie aufgefordert, die europäische Einwanderungsbewegung stärker als bisher zu unterstützen<sup>18</sup>. Zweites Ziel der Beratenden Versammlung auf diesem Gebiet ist die Ausarbeitung einer gemeinsamen europäischen Auswanderungspolitik<sup>17</sup>. Nach Ansicht der Beratenden Versammlung müßten die europäischen Staaten unter sich zunächst eine gemeinsame Auffassung hinsichtlich der Notwendigkeit der Auswanderung, der Kriterien für die Auswahl der Auswanderer und der gemeinsamen Finanzierung herstellen, ehe sie Abreden mit den Einwanderungsländern treffen. Eine derartige Koordinierung aller mit der Auswanderung zusammenhängenden politischen Fragen hätte nach Ansicht der Versammlung<sup>19</sup> den Vorteil, daß der ganze Komplex aus dem augenblicklichen Stadium des Handelns und Ueberbietens zwischen den einzelnen europäischen Auswanderungsstaaten und den überseeischen Staaten herausgehoben würde. Tatsächlich ist eine gemeinsame europäische Politik der Auswanderung nach Ueber-



see nur die logische Folge der Ausarbeitung einer gemeinsamen Flüchtlings- und Bevölkerungspolitik innerhalb Europas.

#### *Europäische Finanzierungsaktion*

Nachdem die Beratende Versammlung auf Grund der schematischen Einteilung der Eingliederungsmöglichkeiten, wie sie der Expertenausschuß vorgenommen hatte, die auf den einzelnen Ebenen anzuwendenden Methoden ausgearbeitet hatte, wandte sie sich der Frage zu, wie diese Methoden dank einer gemeinsamen Finanzierungsaktion zur praktischen Anwendung gebracht werden könnten. Auf allen drei Ebenen der Eingliederung der Bevölkerungsüberschüsse, in den Aufenthaltsländern, in anderen europäischen Ländern oder in überseeischen Ländern, sind keinerlei Erfolge zu erzielen, ehe nicht eine europäische oder eine internationale Finanzierung sichergestellt ist. Der Ausschuß für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen hat diesem Problem ausgedehnte Studien gewidmet, wobei er die in Europa bestehenden Finanzquellen ebenso sehr wie die anderer Kontinente in Betracht zog. An Vorschlägen hat es nicht gefehlt: sie variierten zwischen dem Gedanken eines europäischen Fonds<sup>13, 14</sup>, zu dem die Regierungen beitragen würden, ähnlich wie sie es zu dem Fonds der Vereinten Nationen für die Palästinaflüchtlinge tun, bis zu dem Gedanken der Gründung einer europäischen Investitionsbank im Zusammenhang mit dem „Straßburg-Plan“ zur Erschließung der überseeischen Besitzungen der Mitgliedstaaten<sup>20</sup>. Diese Pläne sind bisher einerseits an der finanziellen Ueberbelastung der europäischen Regierungen, die ihnen die Uebernahme neuer Verpflichtungen verwehrte, andererseits an der Müdigkeit des europäischen Kapitalmarktes gescheitert.

Um diese Hindernisse zu beseitigen, gilt es, zunächst einmal die öffentliche Meinung Europas und der überseeischen Länder auf das Bevölkerungsproblem aufmerksam zu machen, dessen Bedeutung für die politische Entwicklung der freien Welt noch so gut wie unbekannt ist. Die Beratende Versammlung hat seit 1951 unter Betonung der in der Situation liegenden Gefahr auf diesen Aspekt des Komplexen hingewiesen und insbesondere eine Information der für die politische Meinungsbildung zuständigen Kreise sowie der Arbeitgeberschaft und der Gewerkschaften vorgeschlagen. Einiges ist auf diesem Gebiet seither in beschränktem Maße in Straßburg, in Erwartung der Genehmigung größerer Kredite durch das Ministerkomitee, geschehen<sup>21</sup>.

#### *Zusammenarbeit mit anderen Organisationen*

Die geschilderte Arbeit des Europarats ist in engster Zusammenarbeit mit den anderen internationalen Organisationen erfolgt. Auf diesem Gebiet besteht eine große Anzahl von Organisationen, die

sich jedoch jeweils nur mit einem Ausschnitt aus der Gesamtmaterie beschäftigen. So ist es Aufgabe des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für das Flüchtlingswesen, sich jener Flüchtlinge anzunehmen, die als Flüchtlinge „unter internationalem Schutz“ bezeichnet werden. Laut Artikel 6a (ii) des Statuts des Hohen Kommissars<sup>22</sup> ist sein Mandat auf jene Personen beschränkt, die sich auf Grund von Ereignissen vor dem 1. Januar 1951 außerhalb jenes Landes befinden, dessen Nationalität sie haben und die sich auf den Schutz dieses Landes weder berufen wollen noch können. Artikel 7b dieses Statuts bestimmt ferner, daß das Mandat des Hohen Kommissars sich nicht auf jene Personen erstreckt, denen die zuständigen Behörden ihres Aufenthaltslandes die Rechte und Pflichten auferlegt haben, die den Staatsbürgern dieses Landes obliegen. Diese Definition ergibt, daß die vom Europarat betreuten „nationalen“ Flüchtlinge grundlegend von den Flüchtlingen unterschieden werden, die dem Mandat des Hohen Kommissars unterstehen.

So verschieden der so betreute Personenkreis ist, so verschieden sind auch die Aufgaben. Für den Hohen Kommissar steht auf Grund seines Statuts in erster Linie der juristische Schutz der ihm unterstellten Flüchtlinge im Vordergrund. Darüber hinaus ist er beauftragt, eine ständige Lösung für die unter seinem Mandat stehenden Flüchtlinge vorzuschlagen, wobei darunter sowohl Unterstützungs- als auch wirtschaftliche Wiedereingliederungsmaßnahmen zu verstehen sind.

Für den Europarat stellen sich weder Fragen des juristischen Schutzes noch der unmittelbaren Fürsorge oder Unterstützung, die nach Ansicht des Europarates den nationalen Regierungen und den karitativen Verbänden obliegen. Er hat sich rein auf die Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung konzentriert. Sofern die Flüchtlinge „unter internationalem Schutz“ nicht in den wirtschaftlichen Prozeß eingegliedert sind, ergänzen sich die Maßnahmen, die vom Hohen Kommissar und vom Europarat auf diesem Gebiet ergriffen werden, gegenseitig, da einerseits die Eingliederungstätigkeit des Hohen Kommissars in Europa immer wieder durch die Existenz uneingegliedelter nationaler Flüchtlinge oder natürlicher Bevölkerungsüberschüsse gehemmt ist, andererseits jeder Erfolg, den er auf diesem Gebiet bucht, gleichzeitig eine Teilverwirklichung des Zieles des Europarats, der Eingliederung sämtlicher Bevölkerungsüberschüsse Europas, bedeutet.

Ein ähnliches Verhältnis besteht zwischen der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes und des Europarats. Die Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes beziehen sich auf allgemeine Auswanderungsprobleme, Fragen der Auswahl der Auswanderung, ihres Schutzes vor Diskriminierung und der

Berufsausbildung. Eine zweifache Berührung ergibt sich auf diesem letzten Gebiet: Einerseits macht, wie schon festgestellt, jegliche Umsiedlungsaktion innerhalb Europas eine Anpassung der Berufsausbildungssysteme notwendig, andererseits befaßt sich der Europarat mit der besonders dringenden Frage der Berufsausbildung junger Flüchtlinge und Arbeitsloser. Die politische Initiative geht vorwiegend vom Europarat aus; die technische Ausarbeitung liegt in Händen des Arbeitsamtes.

Der Unterschied in der Aufgabenstellung hinsichtlich des Flüchtlings- und Bevölkerungsproblems zwischen der OEEC und dem Europarat ist oben schon gestreift worden. Auch hier ergänzt sich die Tätigkeit beider Organe bezüglich der Eingliederung der Ueberbevölkerung auf das Beste.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und dem Zwischenstaatlichen Ausschuß für Europäische Wanderungen wurde in anderem Zusammenhang ebenfalls schon berührt. Da der Ausschuß ein technisches Exekutivorgan ist, der Europarat jedoch ein politisches Lenkungsorgan, ist eine Gefahr der Ueberschneidung ebensowenig gegeben.

#### Ernennung des Sonderbeauftragten

Die seit 1949 erzielten Ergebnisse befriedigten jedoch weder die Versammlung noch das Ministerkomitee, weshalb auf Vorschlag der Versammlung das Ministerkomitee im Dezember 1953 beschloß, eine Persönlichkeit des europäischen öffentlichen Lebens mit der Aufgabe zu betrauen<sup>10</sup>, gleichsam als Katalysator für alle Aktivität auf dem Gebiet der Flüchtlings- und Bevölkerungspolitik zu wirken und dadurch ihre Wirksamkeit zu steigern. Pierre *Schneider*, ehemaliger französischer Gesundheits- und

Bevölkerungsminister, hat am 1. Februar 1954 diese Aufgabe für ein Jahr übernommen<sup>11</sup>.

Zum ersten Male in der Geschichte des Europarats ist damit eine einzelne Persönlichkeit zum Sprecher und Organ aller Mitgliedstaaten auf einem begrenzten Sektor der europäischen Problematik gemacht worden. Hat die Beratende Versammlung in ihrer Empfehlung bezüglich der Revision des Statuts 1951 die Ernennung von „Hohen Kommissaren“ für Teilgebiete des europäischen öffentlichen Lebens vorgeschlagen<sup>12</sup>, ohne daß das Ministerkomitee diesem Prinzip bisher bestimmen konnte, so ist ihr jetzt auf einem konkreten Gebiet Genugtuung geworden.

Das Mandat des Sonderbeauftragten sieht folgende Aufgabengebiete vor. Er ist beauftragt: a) das Interesse der öffentlichen Meinung für die Flüchtlings- und Bevölkerungsprobleme zu wecken, b) in Zusammenarbeit mit Regierungen und internationalen Organisationen, nur unter Vermeidung jeder Arbeitsüberschneidung, diese Probleme zu untersuchen und c) dem Ministerkomitee Vorschläge zur Lösung dieser Probleme zu machen<sup>13</sup>.

*Schneider* hat seine Tätigkeit mit einer Informationsreise durch die betroffenen Länder, die Niederlande, die Bundesrepublik, Italien, Griechenland und die Türkei, begonnen. Er beabsichtigt, die Ergebnisse dieser Reise in seinem Bericht an die Minister zu verarbeiten, indem er die praktische Anwendung der vom Europarat in den vergangenen Jahren ausgearbeiteten politischen Richtlinien vorschlägt.

Der Europarat ist damit am Ende der ersten Phase seiner Tätigkeit auf diesem Gebiet angelangt, die der Vorbereitung der Aktion gewidmet war. Die zweite Phase wird die Aktion selbst bringen.

#### Anmerkungen

<sup>1)</sup> *Nouvelles du Conseil de l'Europe*, mars 1954, supplément.

<sup>2)</sup> Documents de la Première Session, Doc. 5 et 6, Textes adoptés: Directive No. 3.

<sup>3)</sup> Comptes-Rendus de la Première Session, p. 437—441.

<sup>4)</sup> Textes adoptés: Recommandation 30 (1950).

<sup>5)</sup> Textes adoptés: Recommandation 2 (1951), Anhang, Artikel 2.

<sup>6)</sup> Documents de la Troisième Session, Rapport du Comité des Ministres, Doc. 5, § 49.

<sup>7)</sup> Textes adoptés: Résolution 3 (1951).

<sup>8)</sup> Textes adoptés: Recommandation 13 (1951).

<sup>9)</sup> Documents de la Quatrième Session, Rapport de Comité des Ministres, Doc. 2, §§ 74—75.

<sup>10)</sup> Documents de la Cinquième Session, Message du Comité des Ministres, Doc. 126, Anhang, Résolution (53) 22.

<sup>11)</sup> Documents de la Sixième Session, Rapport du Comité des Ministres, Résolution (53) 35.

<sup>12)</sup> Rapport définitif du Comité des Experts pour le Problème des Réfugiés et des Excédents de Population, Doc. CM (51) 69; als Broschüre unter dem Titel „Réfugiés et Excédents de Population“ veröffentlicht.

<sup>13)</sup> Documents de la Quatrième Session, Rapport de la Commission de la Population et des Réfugiés, Doc. 81.

<sup>14)</sup> Textes adoptés: Recommandation 35 (1952); Directive jointe à la Recommandation 35 (1952).

<sup>15)</sup> Documents de la Cinquième Session: Message du Comité des Ministres, Doc. 126, Anhang, Résolution (53) 19.

<sup>15a)</sup> Centre Européen d'Etudes de Population, Paris. Präsident: Dr. Philip J. Idenburg.

<sup>16)</sup> Textes adoptés: Recommandation 2 (1951), Résolution 3 (1952).

<sup>17)</sup> Textes adoptés: Recommandation 34 (1952).

<sup>18)</sup> Documents de la Cinquième Session, Message du Comité des Ministres, Doc. 126, Résolution (53) 20.

<sup>19)</sup> Documents de la Quatrième Session, Rapport de la Commission de la Population et des Réfugiés, Doc. 65.

<sup>20)</sup> „Le Plan de Strasbourg“, Veröffentlichung des Generalsekretariats des Europarates.

<sup>21)</sup> „Que faire pour eux?“, Veröffentlichung des Generalsekretariats des Europarates; Ausstellung über Europas Flüchtlings- und Bevölkerungsprobleme im Europahaus, Straßburg, 1953; siehe *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 177, S. 1478.

<sup>22)</sup> Anhang zur Resolution 428 (v), von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 14. Dezember 1950 verabschiedet.

<sup>23)</sup> Textes adoptés: Recommandation 23 (1951), Projet du nouveau Statut du Conseil de l'Europe, Articles 50—51.



## Dokumente zur Frage der europäischen Sicherheit

### Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vom 13. April 1954\*

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Seine Majestät der König der Belgier, der Präsident der Französischen Republik, der Präsident der Italienischen Republik, Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg, Ihre Majestät die Königin der Niederlande und Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und Ihrer anderen Reiche und Länder, Oberhaupt des Commonwealth,

in dem Glauben, daß der am 27. Mai 1952 in Paris unterzeichnete Vertrag über die Bildung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft einen wesentlichen Faktor zur Stärkung der Verteidigung der freien Welt durch die Nordatlantikpakt-Organisation darstellt,

in Erwägung der Gemeinsamkeit der Interessen des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und der anderen Länder Westeuropas, der Rolle, die das Vereinigte Königreich insbesondere durch die Anwesenheit von Streitkräften des Vereinigten Königreiches auf dem europäischen Festland bei der Verteidigung Westeuropas übernommen hat, und der Verpflichtungen, die in dem am 27. Mai 1952 in Paris unterzeichneten Verträge zwischen dem Vereinigten Königreich und den Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft von beiden Seiten übernommen wurden,

in der Erkenntnis, daß daher zwischen dem Vereinigten

Königreich und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft die engsten Bindungen erforderlich sind,

haben zum Zweck des Abschlusses eines diesbezüglichen Abkommens als ihre Bevollmächtigten ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland,  
Herrn Theodor Blank;

Seine Majestät der König der Belgier,  
Monsieur André de Staercke;

Der Präsident der Französischen Republik,  
Monsieur Hervé Alphand;

Der Präsident der Italienischen Republik,  
Signor Ivan Matteo Lombardo;

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg,

Monsieur Robert Als;

Ihre Majestät die Königin der Niederlande,  
Jonkheer A. W. L. Tjarda van Starkenborgh  
Stachouwer;

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und Ihrer anderen Reiche und Länder, Oberhaupt des Commonwealth, für das Vereinigte Königreich,

Sir Christopher Steel, K. C. M. G., M. V. O.

Diese haben nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart:

\* Die britischen Assoziationserklärungen fanden in Frankreich eine geteilte Aufnahme. Die Berichte in der britischen Presse über die französische Reaktion (vgl. *The Times* vom 14. bis 15. April) veranlaßten Lord Vansittart, den früheren Ständigen Staatssekretär im britischen Außenministerium, zu einem Leserbrief an die *Times*, der sich mit dem britisch-französischen Verhältnis befaßt. Der Wortlaut dieses Schreibens wird nachstehend in deutscher Übersetzung wiedergegeben.

„Ihre Hinweise auf die fragwürdige Aufnahme der letzten britischen und amerikanischen Vorschläge für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Frankreich vertiefen die Besorgnisse eines lebenslänglichen Frankophilen.

Vor zwei Wochen wurde der 50. Jahrestag eines Bündnisses gefeiert, das in bezug auf Deutschland fast immer versagt hat. Jetzt ist es als der wichtigste Faktor der Sicherheit des Westens durch die anglo-amerikanische Zusammenarbeit ersetzt worden. Indessen haben wir Getreuen unser Bestes getan, um das alte Gefühl lebendig zu erhalten, obwohl die alten Träume außerhalb unserer Reichweite liegen und die alten Differenzen bleiben.

Das britische Angebot hätte vor zwei Jahren kommen sollen. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist gedacht als Vorläufer einer Föderation, die das britische Volk und die Völker des Commonwealth nicht billigen würden. Abgesehen von der vollen Mitgliedschaft, geben die britischen und amerikanischen Vorschläge den Franzosen alles, was sie gerechterweise erwarten können. Der niederländische Ministerpräsident hat das offen gesagt, und Millionen vernünftiger Menschen stimmen ihm zu. Hätte vor den Kriegen nur ein Bruchteil

der Garantien bestanden, die Frankreich jetzt gegeben wurden, so hätte ich aus Dank für die Errettung buchstäblich abends und morgens auf den Knien gelegen.

Ist so viel etwa nichts, weil man alles will? Bei dieser Frage ist mir durchaus nicht festlich zumute. Sollte Frankreich als einziges der überfallenen Länder beiseite stehen, weil es nur 80 Prozent von dem bekommen hat, was es verlangt, so wird die Lobrede in Verlegenheit versickern. Die weit verbreitete Überzeugung, daß die Gegner der Verteidigungsgemeinschaft sie verdammen wollen, was auch immer wir tun mögen, wird nicht gerade vermindert durch das Gemisch von Kommunisten, Gaullisten, Sozialisten, Faschisten, Royalisten und Neutralisten, die sich in dieser Opposition gefunden haben — und Neutralismus bedeutet die Verneinung der Entente. Wenige in diesem Lande würden noch einmal anfangen, nach einer nebelhaften Alternative zu suchen, die nur geeignet wäre, uns drei weitere Jahre Gefasel einzubringen.

Sollte dieses Angebot zurückgewiesen werden, so werden die alten Formen zwar bleiben, dieselben Gefühle, dieselbe Liebe zur französischen Kultur und Lebensart, dieselbe Anhänglichkeit innerhalb der alten Garde. Dahinter aber wird eine Entfremdung liegen, die noch stärker als jene sein wird, welche die Entente im Jahre 1923 beinahe zu Fall brachte. Es würde moralische Feigheit bedeuten, Illusionen nur aufrechtzuerhalten, weil es in unseren Ländern immer viele gibt, die zögern, diese Illusionen preiszugeben. Stillstand wird in den Vereinigten Staaten eine noch kältere Stimmung heraufbeschwören als hier. Die Folge mag dann eisig sein.“

Quelle: *The Times* vom 21. April 1954, S. 7.

### Artikel I

Solange das Vereinigte Königreich durch seine Verpflichtungen gegenüber dem Nordatlantikpakt bezüglich der Aufstellung und Unterhaltung bewaffneter Streitkräfte, die dem Alliierten Oberbefehlshaber in Europa zur Verfügung stehen, gebunden bleibt, soll zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine enge Zusammenarbeit in der Weise aufrechterhalten werden, wie sie in den Artikeln II und III dieses Abkommens niedergelegt ist.

### Artikel II

a) Das Vereinigte Königreich und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sollen geeignete Maßnahmen treffen, um zwischen ihren beiderseitigen, dem Kommando des Alliierten Oberbefehlshabers in Europa unterstehenden bewaffneten Streitkräften eine wirkungsvolle und beständige Zusammenarbeit zu gewährleisten und insbesondere eine gemeinsame militärische Planung auf technischem Gebiete, z. B. hinsichtlich der Ausbildung, Taktiklehre, Stabsarbeit, Nachschuborganisation und Standardisierung der Ausrüstung, zu fördern.

b) Diese Maßnahmen werden in Uebereinstimmung mit der Politik getroffen werden, auf die sich die betreffenden Stellen bereits geeinigt haben, und sollen, falls notwendig, von den zuständigen Stellen des Vereinigten Königreiches und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft überprüft und erweitert werden.

### Artikel III

Das Vereinigte Königreich und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sollen ein Beratungsverfahren ausarbeiten für Fragen von gemeinsamem Interesse einschließlich der Frage der Stärke der bewaffneten Streitkräfte des Vereinigten Königreiches und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft auf dem europäischen Festlande, die dem Kommando des Alliierten Oberbefehlshabers in Europa unterstellt werden, sowie jeder wesentlichen Modifizierung der Stärke oder Zusammensetzung jener Streitkräfte.

Zu diesem Zweck soll

a) die Regierung des Vereinigten Königreiches einen Ver-

treter mit Ministerrang ernennen (der gegebenenfalls auch durch einen Stellvertreter ersetzt werden kann), der jeweils an den Sitzungen des Ministerrats der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft teilnimmt, wenn allgemeine Probleme der Zusammenarbeit zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sowie Fragen von gemeinsamem Interesse vom Rat erörtert werden;

b) die Regierung des Vereinigten Königreiches einen Vertreter beim Kommissariat der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ernennen, um eine enge und ständige Verbindung mit dem Kommissariat herzustellen; dieser Vertreter und die Mitglieder seiner Mission können an jeder gemeinsamen Einrichtung teilnehmen, die vielleicht noch zur Bearbeitung der praktischen Probleme der Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften des Vereinigten Königreiches und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft geschaffen wird.

### Artikel IV

Das vorliegende Abkommen soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen bei der Regierung des Vereinigten Königreiches hinterlegt werden, die die Regierungen der anderen Signatarmächte von jeder Hinterlegung unterrichten soll. Das Abkommen soll in Kraft treten, wenn alle Signatarmächte ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt haben und der Rat der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft die Regierung des Vereinigten Königreiches davon unterrichtet hat, daß der Vertrag über die Bildung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Kraft getreten ist.

### Artikel V

Das vorliegende Abkommen, dessen englischer und französischer Wortlaut in gleicher Weise authentisch ist, soll in den Archiven der Regierung des Vereinigten Königreiches hinterlegt werden, die den Regierungen jeder der Signatarmächte eine beglaubigte Abschrift davon übermitteln soll.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das vorliegende Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Gegeben zu Paris, am 13. April 1954.

## Militärische Assoziierung der Streitkräfte des Vereinigten Königreiches und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

### Erklärung einer gemeinsamen Politik vom 13. April 1954

#### Teil I. Gemeinsame Ziele

1. Um die in Artikel II (a) des Abkommens über die Zusammenarbeit zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vorgesehene wirkungsvolle und ständige Zusammenarbeit ihrer dem Kommando des Alliierten Oberbefehlshabers in Europa unterstellten beiderseitigen Streitkräfte herzustellen, halten es die zuständigen Vertreter der vertragsschließenden Parteien übereinstimmend für notwendig, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit auf möglichst vielen Gebieten voneinander abweichende technische Methoden miteinander in Uebereinstimmung zu bringen und so zu einer gemeinsamen militärischen Planung zu kommen. Sie sind sich bewußt, daß diese Uebereinstimmung

durch Maßnahmen fortschreitender Angleichung und auf Grund von Erfahrungen hergestellt werden, und daß der erste Schritt dazu der Austausch der notwendigen Informationen auf den verschiedenen Gebieten sein muß. Das letzte Ziel ist, die bewaffneten Streitkräfte des Vereinigten Königreiches und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in den Stand zu setzen, in den in den Artikeln 68 (Absatz 3), 69 (Absatz 3) und 70 (Absatz 3) des Vertrages über die Bildung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft genannten Fällen ohne Verminderung ihrer Schlagkraft gemeinsam zu operieren.

2. Die alle drei Wehrmachtteile betreffenden Spezialgebiete, auf denen eine gemeinsame militärische Planung angestrebt werden soll, sind folgende:



## (a) Taktiklehre und Stabsarbeit

Um eine möglichst gute Zusammenarbeit zwischen den Einheiten der beiderseitigen Streitkräfte zu gewährleisten, sollen Taktiklehre und Stabsarbeit soweit wie möglich miteinander in Einklang gebracht werden. Zu diesem Zweck soll ein ständiger Austausch dokumentarischer Informationen zwischen den militärischen Stellen des Vereinigten Königreiches und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft stattfinden. Nach der Bildung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft soll eine gemeinsame Studiengruppe eingesetzt werden, um die Möglichkeiten der Ausarbeitung gemeinsamer Richtlinien zu prüfen. Bei taktischen Vorführungen und Übungen sollen Beobachter ausgetauscht werden.

## (b) Versorgung und Nachschub

Das gemeinsame Ziel ist die Beseitigung aller Unterschiede in den Versorgungs- und Nachschubmethoden der dem Kommando des Alliierten Oberbefehlshabers in Europa unterstellten Streitkräfte des Vereinigten Königreiches und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, welche die Operationen im Felde beeinträchtigen könnten. Dies erfordert die Angleichung ihrer Nachschuborganisationen und die Standardisierung ihrer Ausrüstung.

Angleichung der Nachschuborganisationen:

(i) Als erster Schritt soll mit Hilfe gemeinsamer Studiengruppen die Beseitigung von Unterschieden in den Nachschuborganisationen auf einigen der weniger umstrittenen Gebiete angestrebt werden.

Standardisierung der Ausrüstung:

(ii) Die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet soll eng mit der Arbeit des militärischen Standardisierungsbüros der Nordatlantikpakt-Organisation verknüpft werden. Als sofortige Maßnahme sollen gemeinsame Bezeichnungen für die Ausrüstung geschaffen werden. Die militärischen Stellen des Vereinigten Königreiches und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft sollen alle notwendigen dokumentarischen Informationen über die Ausrüstung untereinander austauschen und die entsprechenden Vorführungen arrangieren.

## (c) Ausbildung

Die von den beiderseitigen Streitkräften angewandten Ausbildungsmethoden sollen weitestgehend miteinander übereinstimmen. Dies soll von Beginn der Aufstellung europäischer Verteidigungsstreitkräfte an durch den Austausch von Personal und von dokumentarischen Informationen sowie durch die Zurverfügungstellung von Freiplätzen in britischen Militärschulen und Ausbildungsstätten für Angehörige der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und umgekehrt erreicht werden. In einem späteren Stadium können auch ganze Einheiten ausgetauscht werden.

Diese Maßnahmen werden in vielen Fällen eine Erweiterung gegenwärtig zwischen dem Vereinigten Königreich und den Ländern der Nordatlantikpakt-Organisation bestehender ähnlicher Möglichkeiten und Abmachungen bedeuten und werden finanziell in ähnlicher Weise gehandhabt werden.

Wie diese Maßnahmen im einzelnen in den drei Wehrmachteilen durchgeführt werden, wird in Teil II ausführlicher dargelegt.

3. Es besteht Einstimmigkeit darüber, daß der Grad, bis zu dem die gemeinsamen Ziele verwirklicht werden

können, durch die folgenden Faktoren bedingt wird:

- a) durch die Verpflichtung zur Uebereinstimmung mit den Leitsätzen und der Politik der Nordatlantikpakt-Organisation;
- b) durch das Entwicklungsstadium der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte;
- c) durch die charakteristischen Besonderheiten der einzelnen Wehrmachteile: wahrscheinlich wird die engste Assoziation im Falle der Luftstreitkräfte erreicht werden können;
- d) durch etwaige Sicherheitsbestimmungen, die von den Vertragspartnern getroffen werden;
- e) durch die zur Verfügung stehenden Mittel, wobei die sonstigen Verpflichtungen des Vereinigten Königreiches und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu berücksichtigen sind. Diese Mittel werden wahrscheinlich bei den einzelnen Wehrmachteilen unterschiedlich sein.

## Teil II. Von jedem Wehrmachteil zum Zwecke der praktischen Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften des Vereinigten Königreiches und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu ergreifende Maßnahmen

### Luftwaffe

1. In den ersten Stadien des Aufbaus der Europäischen Luftwaffe wird die Royal Air Force diese unterstützen, falls dies gewünscht wird:

- a) bei der Errichtung des Hauptquartiers der Europäischen Luftwaffe einschließlich der Abkommandierung von Offizieren;
- b) durch die Abstellung von Offizieren aller Dienstgrade zur Europäischen Luftwaffe für den Kommando- und Stabsdienst einschließlich des technischen, des Verwaltungs- und des Flugdienstes;
- c) bei der Bildung des Europäischen Luftverteidigungskommandos und des Ausbildungskommandos;
- d) durch die Abhaltung von Grundausbildungs- und Auffrischungslehrgängen für fliegendes und technisches Personal und bei der Organisation und Leitung technischer Schulen.

2. Wenn die Europäische Luftwaffe in ihrem Aufbau weiter fortgeschritten ist, kann die Zusammenarbeit folgende Formen annehmen:

- a) Abkommandierung von Stabsoffizieren der Royal Air Force zum Dienst beim Hauptquartier der Europäischen Luftwaffe und umgekehrt;
- b) Abstellung von Offizieren der Royal Air Force zur Europäischen Luftwaffe für den Kommando- und Stabsdienst, einschließlich des technischen, des Verwaltungs- und des Flugdienstes, und in ähnlicher Weise von Offizieren der Europäischen Luftwaffe zur Royal Air Force;
- c) Beteiligung an den integrierten Kommandostäben in den im Artikel 69 (Abschnitt 3) des Vertrages über die Bildung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beschriebenen Fällen;
- d) Unterstützung seitens der Royal Air Force bei der Organisation der europäischen Luftverteidigung einschließlich der Herstellung enger Verbindungen zwischen den Kontroll- und Meldesystemen der Europäischen Verteidigungsstreitkräfte und denen der Royal Air Force;

e) gemeinsame Untersuchung der Möglichkeiten einer Abstimmung der Flugzeugproduktion und der Luftausbildungsprogramme der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und des Vereinigten Königreichs.

3. Zwischen der Europäischen Luftwaffe und den Formationen der Royal Air Force, die dem Kommando des Alliierten Oberbefehlshabers in Europa unterstellt sind, wird die engste Verbindung hergestellt werden. Die einzelnen Maßnahmen zur Herstellung dieser Verbindung werden in gemeinsamer Beratung mit dem Alliierten Oberbefehlshaber in Europa beschlossen werden. Diese Abmachungen können umfassen:

- a) die Eingliederung einzelner Staffeln der Royal Air Force und ganzer Geschwader der Royal Air Force in Formationen der Europäischen Luftwaffe und umgekehrt, wo militärische Erwägungen dies wünschenswert und Nachschubfragen es tunlich erscheinen lassen;
- b) die Ausbildung von Staffeln, die von der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft dafür benannt werden, durch die Royal Air Force.

#### Armee

4. In den ersten Stadien der Aufstellung der Europa-Armee wird die britische Armee sie auf Ansuchen in ihrer Planung auf folgende Weise unterstützen:

- a) durch die Abstellung von Offizieren zu den Kommandostellen der Europa-Armee und zu ihren Ausbildungs- und Nachschubstäben;
- b) durch die Ausdehnung der gegenwärtigen Abmachungen, nach denen Freiplätze auf Militärschulen des Vereinigten Königreichs den Streitkräften der Nordatlantikpakt-Organisation zur Verfügung gestellt werden, auf die Europa-Armee. (Die in Frage kommenden Militärschulen des Vereinigten Königreichs sind das Staff College, die Waffenschulen, die Schulen für Land- und Luftkriegführung, die Gemeinsame Schule für chemische Kriegführung und Verwaltungsschulen);
- c) durch die Abhaltung geeigneter taktischer Vorführungen auf Ansuchen der Europa-Armee.

5. Sobald die Europa-Armee aufgestellt ist, können Abmachungen über den Personalaustausch ähnlich denen getroffen werden, die bereits für den Personalaustausch zwischen den Streitkräften des Vereinigten Königreichs und den Streitkräften der Nordatlantikpakt-Organisation bestehen. Bis zur Aufstellung einheitlicher Richtlinien durch die Streitkräfte des Vereinigten Königreichs und die Europäischen Verteidigungstreitkräfte wird ein solcher Austausch dem Niveau und dem Umfang nach jedoch zwangsläufig begrenzt sein und nach folgenden Richtlinien erfolgen:

- a) zwischen den Stäben der Europa-Armee und denen des Hauptquartiers der auf dem Kontinent stationierten Britischen Armee einschließlich eines etwaigen Austausches von Verbindungsoffizieren;

b) zwischen Offizieren von Front- und Verwaltungseinheiten für begrenzte Zeit;

c) zwischen Offiziersanwärtern an jeweils dafür bestimmten Schulen und Ausbildungseinrichtungen.

6. Zwischen den Bodenformationen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und denjenigen des Vereinigten Königreichs, die dem Kommando des Alliierten Oberbefehlshabers in Europa unterstellt sind, wird die engste Verbindung hergestellt werden. Die im einzelnen zur Herstellung dieser Verbindung zu treffenden Maßnahmen werden durch gemeinsame Beratungen mit dem Alliierten Oberbefehlshaber in Europa festgelegt werden. Falls er darum ersucht, können diese Vereinbarungen folgende Maßnahmen einschließen:

a) die Eingliederung britischer Heeresformationen in Formationen der Europa-Armee und umgekehrt, wo militärische Überlegungen dies wünschenswert und Erwägungen hinsichtlich des Nachschubs es praktisch erscheinen lassen;

b) großangelegte gemeinsame Manöver des Vereinigten Königreichs und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Rahmen der Nordatlantikpakt-Organisation. In diesem Falle können die Kommando- und Schiedsrichterstäbe vorübergehend zusammengelegt werden;

c) die Teilnahme britischer Divisionen an der Ausbildung und an den Übungen der Europa-Armee unter dem Gesamtkommando des Alliierten Oberbefehlshabers in Europa und umgekehrt. Unter ähnlichen Bedingungen können kleine Einheiten der Britischen Armee an der Verbandsausbildung von Formationen der Europa-Armee teilnehmen und umgekehrt.

#### Marine

7. Es besteht bereits eine enge Verbindung zwischen den Seestreitkräften der Länder der Nordatlantikpakt-Organisation und der Royal Navy, die auch auf die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ausgedehnt werden soll. Eine Unterstützung während der Zeit der Aufstellung könnte besonders wertvoll sein.

8. Die Royal Navy wird ihre Zusammenarbeit auf folgende Weise leisten:

- a) durch Bereitstellung bestimmter Ausbildungseinrichtungen;
  - b) durch die Teilnahme von Einheiten der Royal Navy an der Ausbildung und an Flotten- oder amphibischen Übungen, an denen europäische Seestreitkräfte beteiligt sind;
  - c) durch enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bei der Organisation, der Arbeit und den Aufgaben der Europäischen Admiralität, einschließlich der Ernennung eines Verbindungsoffiziers;
  - d) durch Beratung beim Aufbau der Europäischen Flotte.
- Paris, 13. April 1954.

### Erklärung der britischen Regierung zur EVG vom 13. April 1954

Die Regierung Ihrer Majestät im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland ist der Auffassung, daß die Europäische Verteidigungsgemeinschaft einen wesentlichen Faktor bei der Stärkung der Verteidigung der freien Welt durch die Nordatlantikpakt-

Organisation darstellen wird, und wünscht, die engste Partnerschaft mit ihr herzustellen.

Dementsprechend hat die Regierung Ihrer Majestät am 27. Mai 1952 in Paris einen Vertrag mit den Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsge-



meinschaft unterzeichnet, der das Vereinigte Königreich verpflichtet, solange es Mitglied des Nordatlantikpaktes ist, jedem Mitgliedstaate der Gemeinschaft, der das Ziel eines bewaffneten Angriffs in Europa wird, alle in seinen Kräften stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung zu gewähren.

Das Vereinigte Königreich hat der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gegenüber außerdem noch die folgenden weiteren Verpflichtungen auf sich genommen:

- 1) Im Protokoll zum Nordatlantikpakt vom 27. Mai 1952 hat sich das Vereinigte Königreich den übrigen Vertragspartnern in der Zusage angeschlossen, einen bewaffneten Angriff auf das Gebiet irgendeines der Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft oder in dem in Artikel 6 (i) des Vertrages bezeichneten Gebiet oder auf irgendwelche Streitkräfte, Seefahrzeuge oder Flugzeuge der Gemeinschaft innerhalb dieses Gebietes als einen Angriff auf sämtliche Vertragspartner anzusehen.
- 2) In der Dreimächte-Erklärung vom gleichen Datum hat Ihrer Majestät Regierung zusammen mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt, daß, falls irgendeine von welcher Seite auch immer unternommene Aktion die Integrität oder Einheit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bedroht, diese beiden Regierungen das als Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit ansehen und gemäß Artikel 4 des Nordatlantikpaktes handeln werden.
- 3) In der gleichen Erklärung haben die beiden Regierungen ihren Entschluß zum Ausdruck gebracht, Streitkräfte in dem Ausmaße auf den europäischen Kontinent zu stationieren, wie sie es zur gemeinsamen Verteidigung des Nordatlantikraumes und im Hinblick auf ihr Interesse an der Integrität der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft für notwendig und zweckmäßig erachten.

Die Regierung Ihrer Majestät hat heute in Paris mit den Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft geschlossen. In diesem Zusammenhang erklärt Ihrer Majestät Regierung folgendes:

- a) Ihre Politik wird sich an die Beschlüsse des Nordatlantikrates vom Dezember 1953 halten. Diese Beschlüsse besagten, daß die Bedrohung der westlichen Welt andauere und daß die Atlantische Gemeinschaft bereit sein müsse, für eine Anzahl von Jahren Streitkräfte und Waffen beizubehalten, die imstande sind, von einem Angriff abzuschrecken und wirksam für die Sicherheit des Nordatlantikraumes zu sorgen.
- b) Das Vereinigte Königreich wird auch weiterhin auf

dem europäischen Festland einschließlich Deutschlands Einheiten seiner Streitkräfte in der Stärke unterhalten, die zur Leistung eines angemessenen Beitrages zu den für die gemeinsame Verteidigung dieses Nordatlantikraumes benötigten Streitkräften erforderlich und zweckmäßig ist, und wird diese Streitkräfte auch weiterhin in Uebereinstimmung mit der Strategie des Nordatlantikpaktes für die Verteidigung dieses Raumes verteilen. Die Regierung Ihrer Majestät hat nicht die Absicht, sich vom europäischen Kontinent zurückzuziehen, solange die Bedrohung Westeuropas und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft andauert.

c) Das Vereinigte Königreich wird über Fragen von gemeinsamem Interesse einschließlich der Frage der Stärke der Streitkräfte des Vereinigten Königreiches und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die auf dem europäischen Festland dem Kommando des Alliierten Oberbefehlshabers in Europa zu unterstellen sind, sowie über jede wesentliche Aenderung der Stärke oder Zusammensetzung dieser Streitkräfte mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beraten.

d) Um die Integration der unter dem Kommando des Alliierten Oberbefehlshabers in Europa stehenden Streitkräfte zu fördern, ist das Vereinigte Königreich damit einverstanden, daß auf Ansuchen des Alliierten Oberbefehlshabers Verbände des britischen Heeres und Einheiten der britischen Luftwaffe in europäische Verbände eingegliedert werden und umgekehrt, wenn militärische Erwägungen dies wünschenswert machen und versorgungsmäßige Ueberlegungen es durchführbar erscheinen lassen. Das Vereinigte Königreich wird sich auch der Ausarbeitung von gemeinsamen Richtlinien auf technischem Gebiete, z. B. in Fragen der Ausbildung, der Taktiklehre, der Stabsarbeit, des Nachschubs und der Standardisierung der Ausrüstung, anschließen.

Die Regierung Ihrer Majestät im Vereinigten Königreich betrachtet den Atlantikpakt als eine Grundlage ihrer Politik und wird ihr Aeufserstes tun, um dieses Bündnis lebendig und stark zu erhalten. Sie kann sich keine Umstände vorstellen, unter denen sie den Wunsch hegen könnte, diese Politik zu ändern oder von einem Vertrag zurückzutreten, der ihre Auffassung von Kameradschaft mit gleichgesinnten Nationen verkörpert, ihrem eigenen Interesse entspricht und zur Erreichung ihrer allgemeinen Ziele so gute Dienste leistet. Nach ihrer Auffassung hat der Nordatlantikpakt eine unbegrenzte Dauer, und sie vertraut darauf, daß er sich als eine dauerhafte Verbindung für ein gemeinsames Vorgehen seiner Mitgliedstaaten auf allen Gebieten entwickeln wird.

Quelle für die vorstehenden drei Dokumente: Cmd. 9126, European Defence Community, Miscellaneous No. 10 (1954), London, H. M. S. O. Deutsche Übersetzung: British Information Services, Bad Godesberg, und Europa-Archiv.

## Botschaft Präsident Eisenhowers an die Regierungschefs der sechs EVG-Staaten vom 16. April 1954

Nun, da die Zeit für eine historische Entscheidung über die noch zu treffenden Maßnahmen heranrückt, die zur Inkraftsetzung des Vertrages über die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft erforderlich sind, ist es angemessen, wenn ich die Haltung der Vereinigten Staaten über die Beziehung zwischen der Europa-Armee und der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der

Nordatlantikpakt-Organisation und der umfassenderen Atlantischen Gemeinschaft andererseits klar umreiße. Die wesentlichen Elemente dieser Haltung, die mit den Führern beider politischer Parteien im Kongreß erörtert worden sind, lassen sich einfach schildern.

Die Vereinigten Staaten sind dem Nordatlantikpakt fest verpflichtet. Dieser Vertrag ist im Einklang mit den

grundlegenden Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten und wird diesen Interessen unveränderlich dienen ohne Rücksicht auf die Veränderungen der internationalen Lage oder unsere Beziehungen mit irgendeinem Staat. Die Verpflichtungen, die die Vereinigten Staaten mit diesem Vertrage eingegangen sind, werden erfüllt werden.

Der Nordatlantikpakt hat eine Bedeutung, die über die gegenseitig übernommenen Verpflichtungen hinausgeht. Er hat eine tätige, praktisch arbeitsfähige Beziehung unter den atlantischen Nationen herbeigeführt. Durch die Organisation des Nordatlantikpaktes arbeiten die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten daran, die zur Abwehr von Angriffen erforderliche konkrete Stärke zu schaffen und im Falle eines Angriffs diesen ohne die Verwüstung oder Besetzung eines NATO-Staates zum Stehen zu bringen. Diese Nationen sind ferner bestrebt, das atlantische Bündnis zu einem dauerhaften Verband freier Völker zu machen, in dessen Rahmen alle Mitglieder ihre Bemühungen zur Schaffung des Friedens, des Wohlstands und der Freiheit gemeinsam verfolgen können.

Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wird einen integrierenden Bestandteil der Atlantischen Gemeinschaft bilden und in ihrem Rahmen eine enge und dauerhafte Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der Vereinigten Staaten und den Streitkräften der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft auf dem europäischen Kontinent gewährleisten. Ich bin davon überzeugt, daß das Inkrafttreten des Vertrages über die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine realistische Grundlage zur Konsolidierung der Vereinigung des Westens schaffen und zu einer sich ständig weiter entwickelnden Gemeinschaft der Nationen in Europa führen wird.

Die Vereinigten Staaten vertrauen darauf, daß eingedenk dieser Grundsätze die beteiligten westeuropäischen Staaten bald durch die Ratifizierung des Vertrages über die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft die Europäische Gemeinschaft weiterentwickeln werden. Wenn dieser Vertrag in Kraft tritt, werden die Vereinigten Staaten im Einklang mit ihren Rechten und Verpflichtungen aus dem Nordatlantikpakt ihr Handeln nach folgenden Grundsätzen und Verpflichtungen richten:

1. Die Vereinigten Staaten werden weiterhin in Europa einschließlich Deutschlands diejenigen Einheiten ihrer Streitkräfte unterhalten, die gegebenenfalls erforderlich und angemessen sind, um einen billigen Anteil zu den Streitkräften beizutragen, die für die gemeinsame Verteidigung des nordatlantischen Raumes erforderlich sind, solange eine Bedrohung dieses Raumes anhält, und sie

werden diese Streitkräfte weiterhin gemäß der vereinbarten nordatlantischen Strategie für die Verteidigung dieses Raumes einsetzen.

2. Die Vereinigten Staaten werden ihre Mitunterzeichner des Nordatlantikpaktes und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Fragen gemeinsamen Interesses einschließlich der Stärke der Streitkräfte der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, der Vereinigten Staaten und sonstiger Nordatlantikpakt-Staaten, die dem Oberbefehlshaber in Europa zur Verfügung zu stellen sind, konsultieren.

3. Die Vereinigten Staaten werden die engstmögliche Integration zwischen den Streitkräften der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft einerseits und den Streitkräften der Vereinigten Staaten und sonstiger Nordatlantikpakt-Staaten andererseits nach Maßgabe gebilligter Pläne, die von den militärischen Stellen und den Oberkommandierenden der Nordatlantikpakt-Organisation im Hinblick auf ihre Führung, Ausbildung, taktische Unterstützung und Versorgungsorganisation entwickelt wurden, fördern.

4. Die Vereinigten Staaten werden weiterhin im Einklang mit meinen Empfehlungen an den Kongreß nach Mitteln suchen, um der Atlantischen Gemeinschaft eine erhöhte Sicherheit zu verleihen, indem sie in verstärktem Maße Informationen über die militärische Verwendung neuer Waffen und Techniken für die Verbesserung der gemeinsamen Verteidigung mitteilen.

5. Im Einklang mit ihrer Politik der uneingeschränkten und ständigen Unterstützung der Aufrechterhaltung der Integrität und Einheit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft werden die Vereinigten Staaten jede Maßnahme von irgendeiner Seite, die diese Integrität oder Einheit bedroht, als Bedrohung der Sicherheit der Vereinigten Staaten betrachten. In einem solchen Falle werden die Vereinigten Staaten nach den Bestimmungen des Artikels 4 des Nordatlantikpaktes in Beratungen eintreten.

6. Gemäß den im Zeitpunkt der Ratifizierung zum Ausdruck gebrachten grundlegenden Interessen der Vereinigten Staaten am Nordatlantikpakt wurde der Vertrag als auf unbestimmte Dauer und nicht für eine bestimmte Reihe von Jahren geltend angesehen. Die Vereinigten Staaten weisen darauf hin, daß es durchaus im Gegensatz zu unseren Sicherheitsinteressen stehen würde, wenn sie aufhörten, Partei des Nordatlantikpaktes zu sein, wenn auf dem europäischen Kontinent der solide Kern der Einheit gebildet ist, den die Europäische Verteidigungsgemeinschaft darstellen wird.

Quelle: *The New York Times* vom 17. April 1954. Übersetzung des Auswärtigen Amtes, Bonn.

## Erklärungen Staatspräsident Titos zum Balkanpakt und zur EVG vom 22. April 1954

*Staatspräsident Tito sprach bei seiner Rückkehr aus der Türkei am 22. April 1954 zur Belgrader Bevölkerung. In seiner Rede betonte er vor allem den herzlichen Empfang, den ihm das türkische Volk und alle türkischen Stellen auf seiner ganzen Reise bereitet hätten. Er fuhr dann fort:*

Nun möchte ich noch mit ein paar Worten auf die konkreten Fragen eingehen, über die wir dort gesprochen haben. Es gibt natürlich heute in der Welt noch Leute, die unsere Reise und unsere Gespräche auf die ver-

schiedenste Art ausdeuten. Wir haben nichts anderes getan, als was bereits in der ganzen Welt und bei uns hier bekannt ist. Wir sind hingefahren, um den Wunsch unseres Volkes zu erfüllen, uns zu besprechen und unsere Bindungen noch mehr zu festigen, um uns zu verabreden, wie wir unsere Unabhängigkeit verteidigen sollen und welche Elemente noch mehr vertieft werden müssen, und zwar wie und bis zu welchem Grade, wenn es sich schon um ein volles Bündnis handelt. Was dort besonders betont wurde, ist, daß auch von der Frage die Rede war,



welchen Charakter unsere Beziehungen in Zukunft haben sollen, und da sind wir zu der gemeinsamen Auffassung gekommen, daß unter unseren Völkern und unseren Ländern nichts vorliegt und auch in der Welt, die den Frieden wünscht, keine Gründe vorliegen, diese Freundschaft und diese Zusammenarbeit auf allen Gebieten nicht in ein Bündnis umzuwandeln. Selbstverständlich wurde dort noch nichts Endgültiges beschlossen, es war ein Gespräch und die Auffassung von zwei Partnern, und darüber müssen wir natürlich uns noch mit dem dritten Partner, mit Griechenland, besprechen. Ich bin fest überzeugt, wenn der Zeitpunkt für eine Reise nach Griechenland gekommen ist, dann werden wir dort auf genau das gleiche Streben und auf genau die gleichen Auffassungen treffen, wie wir sie in Ankara vorgefunden haben. Zur Frage des Bündnisses: Man kann fragen: Was soll dieses Bündnis und warum schaffen wir so ein Bündnis, heute, da man doch sagt, daß die in der Welt bestehende Spannung etwas nachgelassen hat? Sie ist zwar von ihrem Höhepunkt zurückgegangen, sie ist nicht so unmittelbar verschärft, aber wir haben keinerlei weiteren Grund, und wir haben auch heute noch kein solches Vertrauen, daß wir nicht alles tun würden, um in Zukunft jeden möglichen Aggressionsversuch gegen unsere Länder, gleichviel, von welcher Seite er ausgeht, zu verhindern.

Man hat uns in der Türkei natürlich auch gesagt, daß schon Atatürk, der große Atatürk, diesen Gedanken eines Balkanabkommens und den Gedanken dieses Bündnisses hatte. Um so leichter war es jetzt, sich mit ihnen zu einigen, denn die Türken sind getreue Nachfolger Atatürks, sie setzen sein Werk fort und befolgen seine Außenpolitik weiter, in erster Linie eine Außenpolitik, die darauf gerichtet ist, auf dem Balkan den Frieden für einen längeren Zeitraum zu festigen und zu stabilisieren. Außerdem hat sich auch bereits in der Praxis die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem wie auf politischem und militärischem Gebiet als sehr nützlich erwiesen. Wir haben dort erklärt, wir verstünden auch ihre Verpflichtungen gegenüber dem Atlantikpakt, wir verstünden ihre besonderen Schwierigkeiten, Schwierigkeiten, die heute in der Welt und in Europa unter den Mitgliedern des Atlantikpaktes und der EVG, die im Entstehen begriffen ist, vorhanden sind. Von all den Dingen haben wir ihnen gesagt, daß wir das verstehen, so wie sie auch uns und unsere Schwierigkeiten und Gründe verstanden haben,

aus denen wir nicht direkt dem Atlantikpakt beitreten können. Wir haben uns hier gegenseitig vollkommen verstanden, aber wir sind zu der gemeinsamen Ueberzeugung gekommen, daß eine ebensolche Zusammenarbeit, eben eine solche Zusammenarbeit auf dem Balkan, ein solches kompaktes, festes Bündnis, ein starker Beitrag zur Festigung des Weltfriedens ist, eine Stärkung der Gemeinschaft, die sich zusammenschließt, um jede Aggression zu verhindern und endgültig den Frieden zu festigen.

Auch von anderen Problemen der internationalen Außenpolitik war die Rede; so wollten zum Beispiel unsere Freunde, unsere Verbündeten, die türkischen Staatsmänner, unsere Meinung über die EVG wissen. Wir haben ihnen sehr präzise sagen können, daß wir die EVG positiv betrachten und daß es unsere Auffassung ist, daß die EVG, wenn sie eine reale und wirklich feste Grundlage erhalten kann, wenn ihre Konzeption erweitert wird, daß sie nicht einen rein militärischen Charakter trägt, sondern daß auch eine solche innere Konzeption geschaffen wird, die es ermöglicht, die Gegensätze zu überwinden, die heute unter denen bestehen, die der EVG beitreten, und denen, deren Beitritt gewünscht wird; wenn das alles der Fall ist, daß sie dann real sei. Wir sind der Ansicht, daß der Zusammenschluß zu einem Organismus von Staaten mit ungelösten gegenseitigen Problemen, mit schweren Gegensätzen und ohne den ausdrücklichen Wunsch, diese Gegensätze wenigstens bis zu einem gewissen Grade zu lösen, daß eine solche Kombination keine Lebensfähigkeit besitzt und kein wirksames Instrument im Kampf gegen die Aggression darstellt. Mit einer weiten Konzeption, mit dem Streben und dem echten Willen zur Ueberwindung dieser inneren Widersprüche, zur Milderung, d. h. Ueberwindung rein egoistischer und rein persönlicher Dinge, könnte sich die EVG einem Ziel widmen, nämlich den Frieden zu erhalten; eine solche EVG werden wir immer mit allen Kräften unterstützen und weiter gehen, uns an ihr zu beteiligen, wenn dies notwendig sein sollte. Selbstverständlich hat man in der Türkei unsere Haltung völlig verstanden, und wir haben dort auf der Grundlage unserer bisherigen Praxis gesprochen, die wir in den verschiedenen Abmachungen haben.

Quelle: Presseabteilung der jugoslawischen Botschaft in Bonn.

## Informationen und Berichte

### Die Ergebnisse der Beratungen über den Ost-West-Handel in Genf

In Genf fanden vom 20. April bis 3. Mai 1954 die diesjährigen Beratungen über den europäischen Ost-West-Handel statt, die, wie im Vorjahr, von der Jahrestagung der Europäischen Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen (ECE) anberaumt worden waren. An den Beratungen nahmen Sachverständige aus folgenden Ländern teil: Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland (je eine Delegation der Bundesrepublik und der DDR), Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Island, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Türkei, Ungarn, Vereinigte Staaten. Den Vorsitz führte der Exekutivsekretär der ECE, Gunnar Myrdal. Wie im vergangenen Jahre fanden die Gespräche unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Für die Beratungen hatte die ECE einen Bericht über die Entwicklung des europäischen Ost-West-Handels im Jahre 1953 vorbereitet, in dem festgestellt wurde, daß der Ost-West-Handel, trotz eines bedeutsamen Anstiegs im zweiten Halbjahr, im Durchschnitt des Jahres 1953 auf dem niedrigen Stand der letzten Jahre geblieben sei. Die in Auswirkung der Ost-West-Handelsberatungen der ECE vom April 1953 geschlossenen Handelsabkommen lassen aber neben dem Anstieg im zweiten Halbjahr 1953 eine weitere Ausdehnung des Warenaustausches für 1954 erwarten, der in dem Bericht um ein Viertel höher als 1953 veranschlagt wird.

Im einzelnen weist der Bericht der ECE für das Jahr 1953 einen Rückgang der Exporte der osteuropäischen Länder nach Westeuropa gegenüber 1952 aus, dem eine Steigerung der westeuropäischen Exporte nach den Oststaaten um 10 vH gegenüber 1952 entgegensteht. Der Anteil der Sowjetunion am Ost-West-Handel betrug im Jahre 1953 rund 45 vH. Der Rückgang der Exporte der Oststaaten ist, dem Bericht zufolge, in erster Linie auf geringere Exporte von Getreide aus der Sowjetunion und von Kohle aus Polen zurückzuführen, wogegen die Holz- und Oelexporte der Oststaaten leicht zunahmen. Die Steigerung der westlichen Exporte bezog sich auf Maschinen, Konsumgüter und Lebensmittel; als Gründe dafür nennt der Bericht einerseits die Verschärfung des Konkurrenzkampfes, welche die westlichen Länder zur Suche nach neuen Absatzmöglichkeiten gezwungen habe, und andererseits die Konzessionen an den Verbraucher in der neuen Wirtschaftspolitik der Oststaaten. Für 1954 wird auf Grund der bereits geschlossenen Handelsabkommen mit einer weiteren Steigerung des westlichen Exports in Industrieausrüstungen, Maschinen, Fahrzeugen, Textilien und Lebensmitteln gerechnet, während Osteuropa wieder mehr Kohle ausführen und seine Oelexporte gegenüber 1953 sogar verdoppeln wird.

Wie Myrdal am 3. Mai berichtete, haben die Beratungen eine konstruktive Diskussion über strukturelle und

organisatorische Probleme des Warenaustausches zwischen östlichen und westlichen Ländern herbeigeführt, in deren Verlauf vor allem die Möglichkeiten erwogen wurden, wie sich die bisherigen kurzfristigen Handelsabsprachen durch langfristige Abkommen ersetzen lassen, um damit eine größere Stabilität in den Handelsbeziehungen zu erzielen. Es wurde allgemein anerkannt, daß die Entwicklung elastischerer Zahlungsabmachungen auf möglichst breiter multilateraler Grundlage einige der derzeitigen Hindernisse im Ost-West-Handel beseitigen könnte; die Lösung dieses Problems werde jedoch Zeit brauchen und komplizierte Fragen aufwerfen.

In der bilateralen Phase der Beratungen fanden 133 vorher vereinbarte zweiseitige Gespräche statt, bei denen die gegenseitigen Handelsbeziehungen der Gesprächspartner — oft handelte es sich um Länder, die keine diplomatischen Beziehungen miteinander unterhalten — überprüft wurden. Eine Reihe von weiteren Gesprächen schloß sich an, die erst im Laufe der Verhandlungen anberaumt wurden. Einige dieser zweiseitigen Beratungen führten, Myrdal zufolge, bereits zum Abschluß von Abkommen, in anderen Fällen sollen sie in den Hauptstädten der beteiligten Länder weitergeführt werden.

In der abschließenden Plenarsitzung am 3. Mai wurden die Ergebnisse der bilateralen Gespräche zusammengefaßt und Vorschläge für weitere praktische Schritte zur Verbesserung der Ost-West-Handelsbeziehungen im Rahmen der ECE erörtert.

Gunnar Myrdal faßte die Ergebnisse der diesjährigen Beratungen folgendermaßen zusammen:

1. Gewisse wesentliche Hindernisse des Ost-West-Handels seien ihrer Ueberwindung nähergekommen.
2. Eine einleitende Erörterung der strukturellen Probleme des Ost-West-Handels habe stattgefunden, die fortgesetzt werden müsse.
3. Eine dritte Beratung, die eine weitere Steigerung in den Jahren 1955/56 fördern soll, werde zu gegebener Zeit stattfinden.
4. Die Länder würden die ECE über die Ergebnisse der in Auswirkung der diesjährigen Beratungen geführten Handelsbesprechungen informieren.

Myrdal wird den Regierungen der ECE-Ländern einen detaillierten Bericht über die Beratungen zuleiten. Er unterstrich den freundlichen und freimütigen Geist der Gespräche, bei denen der echte Wunsch aller an der Arbeit der ECE beteiligten Länder nach einer Verbesserung der ost-westlichen Handels- und Zahlungsbeziehungen zum Ausdruck gekommen sei.

### Die Gläubigerstellung der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der EZU

Der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC) hat am 15. April 1954 einen Bericht seines Wirtschaftskomitees über das Ungleichgewicht in der Europäischen Zahlungsunion (EZU) veröffentlicht. Als Ursache dieser Gleichgewichtsstörungen wird unter anderem die extreme Gläubigerstellung der Bundesrepublik Deutschland



innerhalb der Zahlungsunion angesehen. Die OEEC hat deshalb durch ihr Wirtschaftskomitee die deutsche Wirtschaftssituation eingehend überprüft und in dem nun veröffentlichten Bericht eine Reihe von handels- und zahlungspolitischen Maßnahmen empfohlen, die zu einem Abbau der extremen deutschen Gläubigerposition führen sollen.

Empfohlen wird vor allem eine beschleunigte Rückzahlung der deutschen Auslandsschulden, wobei in erster Linie an die im Londoner Schuldenabkommen geregelten Vorkriegsschulden gedacht ist. Eine beschleunigte Rückzahlung dieser Vorkriegsschulden, bei denen es sich um etwa 7,5 Milliarden DM handelt, müßte jedoch von allen Gläubigern einschließlich derer, die der Europäischen Zahlungsunion nicht als Mitglied angehören, gebilligt werden. Inwieweit entsprechende Übereinkünfte in dieser Richtung erzielt werden können, bleibt abzuwarten. Die Bank deutscher Länder (BdL) hat jedoch bereits zwischenzeitlich für die Sperrmarkverpflichtungen und die Vermögenserträge weitgehende Transfermöglichkeiten geschaffen, die zweifellos in gewissem Ausmaß ebenfalls zu einer Verminderung des kumulativen Rechnungsüberschusses der Bundesrepublik bei der EZU beitragen können. Wieweit allerdings die nunmehr bestehenden Transfermöglichkeiten von Devisenausländern tatsächlich ausgenutzt werden, ist noch fraglich, da in zunehmendem Maße die Tendenz erkennbar wird, die nach der deutschen Gesetzgebung praktisch konvertierbaren DM-Beträge in Deutschland stehen zu lassen.

Die OEEC empfiehlt der Bundesrepublik darüber hinaus eine expansivere innerdeutsche Wirtschaftspolitik. Diese Empfehlungen befürworten im wesentlichen eine Förderung und Begünstigung der Einfuhr durch Ausdehnung des Investitionsvolumens und Konsumausweitung. Als geeignete Mittel hierfür werden von der OEEC eine Senkung und die Reduzierung der Zinssätze vorgeschlagen. Darüber hinaus wird auf die auf gewissen Gebieten noch bestehenden Einfuhrhemmnisse in Gestalt von Kontingenten, prohibitiven Zöllen und Staatshandel hingewiesen.

Der Rat der OEEC billigte am 7. April 1954 die in diesem Bericht enthaltenen Empfehlungen.

#### Fünfter ordentlicher Bundesparteitag der FDP

Der fünfte ordentliche Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei Deutschlands, der vom 5. bis 7. März 1954 in Wiesbaden stattfand, billigte als erste bedeutsame Entscheidung ein neues Parteistatut, das eine einheitlichere Führung der Partei ermöglichen soll. Die Landesverbände werden nach der neuen Satzung verpflichtet, alles zu tun, um die Einheit der Partei zu sichern. Die Landesverbände sind ferner verpflichtet, vor Wahlabreden mit anderen Parteien und Wählergruppen bei den Landtags- und Bundestagswahlen sowie über Verhandlungen zur Beteiligung an einer Koalition den Bundesvorstand zu unterrichten. Der Bundesvorstand kann nunmehr den Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes bei den Landesverbänden stellen, ebenso in Einzelfällen unmittelbare Mitgliedschaften verleihen. Die Zahl der Delegierten aus den Landesverbänden richtet sich nicht mehr nach der Mitgliederzahl, sondern nach dem Stimmenanteil bei der jeweils letzten Bundestagswahl.

Statt bisher zwei gibt es jetzt drei Stellvertreter des Parteivorsitzenden. Der Vorschlag, die Amtsdauer des Parteivorsitzenden von einem Jahr auf zwei Jahre zu verlängern, scheiterte jedoch an der Ablehnung der Delegierten der Landesverbände von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Den Höhepunkt des Kongresses bildeten die Neuwahl des Vorstandes und ein sogenanntes Grundsatzreferat des ehemaligen Bundesjustizministers und jetzigen Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Bundestag, Thomas Dehler. An Stelle von Vizekanzler Franz Blücher wurde Dehler zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Dehler war der einzige Kandidat und erhielt 228 von 242 abgegebenen gültigen Stimmen. Der Berliner Landesverbandsvorsitzende Carl Hubert Schwennicke, Bundesminister Hermann Schäfer und der nordrhein-westfälische Landesverbandsvorsitzende Friedrich Middelhauwe wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Als Beisitzer wurden gewählt: August Martin Euler, Wolfgang Haußmann (Landesverbandsvorsitzender von Baden-Württemberg), Bundestagsabgeordneter Erich Mende, Max Rademacher (Landesverbandsvorsitzender von Hamburg), Bundestagsabgeordnete Hertha Ilk, Joachim Strömer (Landesverbandsvorsitzender von Niedersachsen). Von Amts wegen gehören dem geschäftsführenden Vorstand ferner an die Bundesminister Blücher, Fritz Neumayer und Viktor Preusker.

Der neue Parteivorsitzende Dehler setzte sich nach seiner Wahl in einem Referat ausführlich mit dem Sozialismus auseinander, den er als „Fehlkonstruktion unseres Jahrhunderts“ bezeichnete. Der Sozialismus sei keine echte politische Kraft unserer Zeit. Eine Bemerkung, die SPD sei keine demokratische Partei mehr, berichtete er später dahin, er habe den Eindruck gewonnen, daß es der SPD nicht um ein demokratisches Gespräch, sondern nur darum gehe, an die Macht zu kommen. Dehler sprach sich im Verlauf seiner Rede gegen Bestrebungen von klerikaler Seite aus, „Glaubensdinge auf die politische Ebene zu tragen und sie zum Werkzeug des politischen Kampfes zu machen“.

Am letzten Tage des Kongresses nahm der Parteitag eine Resolution zur Wiedervereinigung Deutschlands an, in der ein „entschlossenes Bekenntnis zu freien Wahlen in ganz Deutschland als Voraussetzung für eine Wiedervereinigung unseres Vaterlandes auf demokratischer Grundlage“ abgelegt und die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreichs „nach ihrem Bekenntnis zu einem freien und demokratischen Deutschland auf der Berliner Konferenz auch in Zukunft in ihren Bemühungen nicht nachlassen, die Freiheit und Einheit unseres Volkes in Ost und West wiederherzustellen“. Ferner rief der Parteitag die Bevölkerung Westdeutschlands auf, „angesichts der tiefen Enttäuschung, die breiteste Bevölkerungsschichten in Mitteldeutschland nach der Beendigung der Berliner Konferenz ergriffen hat, die Verbindung mit den Deutschen in der Sowjetzone so eng wie möglich zu gestalten“. Schließlich forderte der Bundesparteitag „die energische Bekämpfung aller kommunistischen Infiltrationsversuche in der Bundesrepublik und West-Berlin sowie das Verbot der staatsgefährdenden von den Sowjets gelenkten Tarnverbände“.

## Zeittafel vom 16. bis 30. April 1954

## Die Ereignisse in Europa

**Europäische Integration**

(Vgl. hierzu auch die Mitteilungen des Europarats auf S. 6591 ff. dieser Folge.)

- 21.—23. In Lille findet bei der rechtswissenschaftlichen Fakultät unter dem Vorsitz von Paul Noddings die III. Tagung des „Bureau Européen de la Jeunesse et de l'Enfance“ statt. Die Tagung steht unter dem Motto „Jugend und Produktivität“ und beschäftigt sich mit der Berufsausbildung der Jugendlichen. 250 Delegierte aus zwölf europäischen Ländern nehmen an dieser Tagung teil. Im Mittelpunkt der Tagung steht das Referat von P. Léon „Die Berufsausbildung der Jugendlichen in den Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC).“

**Nordatlantikpakt-Organisation**

23. In Paris findet eine Sitzung der Außenminister des Nordatlantikrates statt. In einem Abschlusssommuniqué wird erklärt, der Rat begrüße die fortschreitende Entwicklung der Ratifizierung des EVG-Vertrages; ferner nehme der Rat mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die Mitgliedstaaten der Organisation nicht die Absicht hätten, die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik anzuerkennen. In einer Resolution beschließt der Rat, die politische Konsultation zwischen den Mitgliedstaaten zu vertiefen und von Fall zu Fall einen Meinungsaustausch über außenpolitische Fragen von gemeinsamem Interesse zu pflegen.

**Belgien**

22. Nach dem Rücktritt der christlich-sozialen Regierung von Houtte (vgl. Zeittafel in EA 8—9/1954) bildet der Sozialist Achill van Acker eine aus Sozialisten und Liberalen bestehende Koalitionsregierung, der Paul Henry Spaak als Außenminister angehört.

**Deutschland**

16. Bundeskanzler Adenauer erklärt in einer Stellungnahme zu der Botschaft Präsident Eisenhowers vom gleichen Tage über die amerikanische Garantie für die EVG (vgl. deren Wortlaut auf S. 0000 dieser Folge), diese Botschaft bedeute für das deutsche Volk eine neue und entscheidende Garantie für die Sicherung seiner Existenz in einem freien und geeinigten Europa.
17. Der sowjetische Hohe Kommissar, W. S. Semjonow, antwortet auf die Schreiben der Hohen Kommissare der drei Westmächte vom 17. März (vgl. Zeittafel in EA 8—9/1954). Semjonow lehnt die von den Westmächten vorgeschlagene Erörterung von Verkehrserleichterungen zwischen beiden Teilen Deutschlands erneut ab und verweist auf seinen Vorschlag, diese Fragen durch gesamtdeutsche Ausschüsse erörtern zu lassen.
21. Die Volkskammer der DDR fordert in einer einstimmig gebilligten Erklärung erneut Verhandlungen

zwischen Vertretern der Bundesrepublik und der DDR. Sie beschließt ferner ein Gesetz über die Einführung eines „Vaterländischen Verdienstordens“.

Der griechische Botschafter in Bonn übergibt der Bundesregierung eine Erklärung, in der die griechische Regierung versichert, daß sie die Bundesregierung auch nach der Souveränitätserklärung der DDR als die einzig rechtsgültige deutsche Regierung betrachtet.

22. Der Ministerrat der DDR faßt einen Beschluß, durch den die vom IV. Parteitag der SED abgegebene Grundsatzerklärung „Der Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation“ (vgl. Zeittafel in EA 8—9/1954) zur Grundlage der Regierungspolitik der DDR erhoben wird. Durch den Beschluß werden alle Ministerien und Regierungsstellen der DDR verpflichtet, diese Grundsatzerklärung eingehend zu beraten und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Ferner heißt es in dem Beschluß, der Staatsapparat müsse sich mit der Kritik, die durch den SED-Parteitag an seiner Arbeit geübt wurde, in ernster Selbstprüfung auseinandersetzen.

23. Bundeswirtschaftsminister Erhard berichtet einer Pressekonferenz in Bonn über die Ergebnisse seiner Reise durch die latein-amerikanischen Länder. Er betont, er habe in allen Ländern, die er besuchte, starkes Interesse für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik gefunden. Als konkrete wirtschaftspolitische Ergebnisse seiner Reise nennt Erhard die Einleitung bedeutender Dreiecksgeschäfte und die Rückgabe beziehungsweise Einleitung der Rückgabe deutschen Vermögens durch Peru, Chile, Argentinien und Brasilien. Erhard gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Konvertierbarkeit der Währungen in weltweitem Maßstab in nicht allzu ferner Zeit verwirklicht werden könne.

Die Landesregierung von Rheinland/Pfalz bestätigt, daß sie ein Schreiben an alle Bundestagsabgeordneten des Landes gerichtet habe, in dem sie eine Europäisierung des Saargebiets nach dem van-Naters-Plan ablehnt. In dem Schreiben kritisiert die Landesregierung vor allem den definitiven Charakter einer Saarregelung nach dem van-Naters-Plan; außerdem werde der Plan weder den Interessen der Saarbevölkerung noch den deutschen Mindestforderungen noch den französischen Ansichten gerecht.

Die Regierung der DDR fordert in einer Erklärung zur Genfer Asienkonferenz die Rückführung aller Deutschen aus der Fremdenlegion in Indochina. Der 1. Vorsitzende der SPD, Ollenhauer, tritt auf dem Hamburger Landesparteitag für technische Verhandlungen zwischen den Behörden der Bundesrepublik und der DDR ein, betont aber, daß die SPD das Regime der DDR nicht anerkenne; es gehe nur darum, einen möglichst engen sachlichen und



menschlichen Kontakt zwischen der Bundesrepublik und Mitteldeutschland herzustellen. Zur Außenpolitik der Bundesregierung sagt Ollenhauer, daß diese nun bald am Ende ihrer Vorleistungspolitik angekommen sei; danach werde sie noch einmal vor der Frage stehen, ob nicht doch eine gemeinsame Außenpolitik mit der SPD möglich sei. Ollenhauer bezeichnet die EVG als gescheitert und schlägt als Alternative eine Koalition der europäischen Staaten einschließlich Großbritanniens und der skandinavischen Staaten vor.

26. In einem Interview mit dem Bonner Korrespondenten der *United Press* vertritt der Ministerpräsident des Saarlandes, Johannes Hoffmann, die Ansicht, daß es ratsam sei, zu den deutsch-französischen Saarverhandlungen nun den saarländischen Verhandlungspartner hinzuzuziehen. Hoffmann versichert, daß während der Vorbereitungszeit für ein Referendum über ein europäisches Saarstatut jede Partei einschließlich derjenigen, die für die Rückgliederung des Saarlandes an die Bundesrepublik eintreten, volles Recht der politischen Betätigung haben werde. Ueber die Frage der Endgültigkeit des europäischen Saarstatuts sagt Hoffmann, nach der Ansicht der Saarregierung solle die Bundesrepublik das Saarstatut unter Vorbehalt eines gesamtdeutschen Friedensvertrags garantieren.

In einer Sitzung des Bundesvorstandes und Bundesausschusses der CDU erklärt Bundeskanzler Adenauer, es sei keine Alternative für den Fall einer Ablehnung des EVG-Vertrags durch Frankreich in Aussicht genommen. Für die Lösung der Saarfrage stellt der Bundeskanzler drei Bedingungen auf: 1. Freie Zustimmung der Saarbevölkerung; 2. keine Europäisierung ohne die Schaffung Europas; 3. schrittweise Angleichung der wirtschaftlichen Position der Bundesrepublik im Saargebiet an die Frankreichs. Am 27. April beschließen Vorstand und Parteiausschuß, den bisherigen außenpolitischen Kurs der Bundesregierung fortzusetzen und an den europäischen Einigungsbestrebungen festzuhalten.

- 29.—30. Außenpolitische Aussprache im Bundestag. Bundeskanzler Adenauer gibt eine Regierungserklärung zur deutschen Außenpolitik ab. Am 30. April stimmt der Bundestag in einer gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion angenommenen Entschließung der Außenpolitik der Bundesregierung zu und macht sich die vom ersten Bundestag am 2. Juli 1953 aufgestellten Grundsätze zur Behandlung der Saarfrage (vgl. Zeittafel in EA 16/1953) zu eigen. (Ueber den Verlauf der außenpolitischen Debatte wird das Europa-Archiv in einer der nächsten Folgen berichten.)
30. In einer Feierstunde des DGB zum 1. Mai in Bremen erhebt der stellvertretende Vorsitzende des DGB, Georg Reuter, die Forderung nach Einführung eines längeren Wochenendes. Er bezeichnet die Einführung einer Fünftage-Woche mit vierzigstündiger Arbeitszeit als die notwendige Investition der Wirtschaft in die Arbeitskraft, die bisher unterlassen worden sei. Reuter betont, daß die Gewerkschaften nicht in erster Linie nach der Gesetzgebung rufen, sondern vernunftgemäße Regelungen zwischen den Sozialpartnern erstreben.

## Frankreich

20. Der frühere Staatspräsident Vincent Auriol erklärt in einem Artikel in der Pariser Zeitung *France Soir*, daß er den EVG-Vertrag schon während seiner Amtszeit abgelehnt und deshalb zweimal ernstlich seinen Rücktritt erwogen habe. Der Grund für seinen Verzicht auf eine neue Kandidatur bei der Präsidentenwahl vom Dezember 1953 habe in seiner Abneigung gegenüber der im Jahre 1948 eingeleiteten Deutschlandpolitik der französischen Regierung gelegen. Der EVG-Vertrag gefährde die Unabhängigkeit Frankreichs gegenüber den anderen Großmächten und sei mit der Französischen Union nicht in Einklang zu bringen. Unter Anspielung auf Deutschland erklärt er, die Gemeinschaft stehe auf einer zu schmalen Grundlage, um ein Gegengewicht gegen ein vom Uebel des Irredentismus erfaßtes und deshalb zur Aufstellung von Forderungen aufgelegtes Land zu geben.
- 22.—24. In Paris finden anläßlich der Tagung der Außenminister des Atlantikrates (vgl. Nordatlantikpakt-Organisation) Besprechungen zwischen den Außenministern Bidault, Eden und Dulles zur Vorbereitung der Genfer Ostasienkonferenz statt. Am 24. April begibt sich Außenminister Eden vor seiner Abreise nach Genf überraschend zur Berichterstattung nach London (vgl. Großbritannien).
28. Ministerpräsident Laniel und der stellvertretende vietnamesische Ministerpräsident Nguyen Trung Vinh unterzeichnen eine gemeinsame Erklärung. Darin bestätigen die beiden Staaten ihre Uebereinstimmung, ihre gegenseitigen Beziehungen durch zwei grundlegende Verträge zu regeln, in denen die völlige Unabhängigkeit und Souveränität Vietnams und eine auf der Gleichberechtigung beruhende Verbindung zwischen Frankreich und Vietnam in der Französischen Union geschaffen werden sollen.
29. Der Gewerkschaftsführer Léon Jouhaux stirbt im Alter von 75 Jahren.

## Großbritannien

27. Premierminister Sir Winston Churchill erklärt nach einer Sondersitzung des Kabinetts im Unterhaus, die britische Regierung sei nicht bereit, irgendeine Verpflichtung über eine britische militärische Aktion in Indochina einzugehen, bevor die Ergebnisse der Genfer Konferenz feststünden. Die britische Regierung sei bei den Besprechungen der Außenminister der drei Westmächte in Paris (vgl. Frankreich) keine neuen politischen oder militärischen Verpflichtungen eingegangen.
28. Der nationale Exekutivausschuß der Labour Party faßt eine Resolution gegen eine Intervention in Indochina, in der es heißt, die Labour Party stehe in scharfer Opposition zu jedem Schritt, der Großbritannien in eine militärische Aktion zur Unterstützung einer imperialistischen Politik in Indochina verwickeln würde.
30. Premierminister Sir Winston Churchill erklärt vor der Primrose League in London, es sei das Ziel der britischen Politik, das französische Volk davon zu überzeugen, daß seine Sicherheit und die Freiheit Europas nicht gewährleistet werden könnten, wenn es

Deutschland nicht ermöglicht werde, die ihm zustehende Rolle bei der Verteidigung Westeuropas unter der Oberaufsicht (supreme authority) der Vereinten Nationen zu übernehmen. Zweitens wolle Großbritannien das sowjetische Volk und seine Regierung trotz aller Schwierigkeiten davon zu überzeugen versuchen, daß man ihm Frieden und einen hohen Lebensstandard wünsche und sich freuen würde, es eine stolze und glänzende Rolle in der Führung des Menschengeschlechts spielen zu sehen.

#### Norwegen

24. Auf einer Konferenz der Ministerpräsidenten von Schweden, Norwegen und Dänemark in Oslo wird der dänische Ministerpräsident von den schwedisch-norwegischen Vereinbarungen unterrichtet, die Mitte März in Stockholm über die geplante Errichtung einer schwedischen Hafenanlage in der Bucht von Trondheim getroffen wurden.

#### Oesterreich

30. Das Generalsekretariat des kommunistischen Weltfriedensrates wird von Prag nach Wien verlegt. Der Schritt wird damit begründet, im Hinblick auf die Anschlußgefahr sei es für Oesterreich von entscheidender Bedeutung, daß die Pläne zur Militarisierung Westdeutschlands zu Fall gebracht werden.

#### Rumänien

20. Der Posten des Generalsekretärs der rumänischen Arbeiterpartei, den bisher Ministerpräsident *Gheorghiu-Dej* innehatte, wird auf Beschluß des Zentralkomitees abgeschafft und durch ein Sekretariat mit vier Mitgliedern ersetzt, die sich ausschließlich der Parteiarbeit widmen und nicht der Regierung angehören sollen. Dem neuen Sekretariat gehören an der bisherige stellvertretende Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister *Gheorghe Apostol* als erster Sekretär sowie *Nicolai Ceausescu*, *Mihai Dalea* und *János Fazekas* als Sekretäre. *Alexandru Moghioros* wird von seinem Posten als Sekretär des Zentralkomitees entbunden und als Nachfolger *Apostols* zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister ernannt. Ministerpräsident *Gheorghiu-Dej* gibt bekannt, daß der Parteitag auf den 30. Oktober verschoben worden sei; die Parteiarbeit habe sich in den letzten acht Monaten (seit Einführung des Grundsatzes der kollektiven Führung) nicht genügend gebessert.

#### Schweiz

26. Die Genfer Ostasienkonferenz wird eröffnet. (Eine Chronologie des Konferenzverlaufs wird in den kommenden Folgen des Europa-Archivs veröffentlicht werden.)

#### Sowjetunion

21. Finanzminister *Swerew* legt in einer gemeinsamen Sitzung des Obersten Sowjets den Staatshaushalt für 1954 vor, der mit Ausgaben von 562,7 Milliarden Rubel und Einnahmen von 571,8 Milliarden Rubel veranschlagt wird. Die Verteidigungsausgaben von 100,3 Milliarden Rubel sind gegenüber 1953 um 9,9 Milliarden Rubel herabgesetzt, im Verhältnis zu den Gesamtausgaben betragen die Verteidigungsausgaben noch 17,8 vH gegenüber 20,8 vH im Vorjahr und 23,6 vH im Jahre 1952. Finanzminister *Swerew* erklärt dazu, die Herabsetzung der Verteidigungsausgaben werde der Erhöhung des Lebensstandards zugute kommen. Am 26. April bestätigt der Unionsowjet das Budget mit 572,5 Milliarden Rubel auf der Einnahmeseite und 562,8 Milliarden Rubel auf der Ausgabenseite. Die Sowjetregierung gibt bekannt, daß sie der UNESCO beigetreten sei. Am 27. April gibt die Sowjetregierung ihren Beitritt zur ILO bekannt.
23. Das Präsidium des Obersten Sowjets ratifiziert die auf der Genfer Konferenz im Jahre 1949 ausgearbeiteten vier Genfer Konventionen zum Schutz von Kriegsgefangenen.
26. Ministerpräsident *Malenkow* erklärt vor der Nationalitätenkammer des Obersten Sowjets, in letzter Zeit sei eine gewisse internationale Entspannung eingetreten. Die Sowjetunion messe der Festigung der europäischen Sicherheit erstrangige Bedeutung bei. Jeder beliebige europäische Staat, der nach dem gleichen Ziele strebe, könne auf die feste Freundschaft der Sowjetunion und ihr Verständnis für seine nationalen Bedürfnisse rechnen. Der von der Sowjetunion auf der Berliner Konferenz unterbreitete Vorschlag könne als Grundlage für ein solches europäisches Sicherheitssystem dienen. Ein gesamteuropäischer Vertrag über kollektive Sicherheit böte auch Deutschland eine dauerhafte Sicherheitsgarantie.
27. In einer gemeinsamen Sitzung des Obersten Sowjets wird die Regierung *Malenkow* im Amte bestätigt. Als erste stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats werden bestätigt *W. M. Molotow* (Außenminister), *N. A. Bulganin* (Verteidigungsminister), *L. M. Kaganowitsch*. Als stellvertretende Vorsitzende werden bestätigt *A. I. Mikojan* (Handelsminister), *M. S. Saburow* (Vorsitzender der staatlichen Plankommission), *M. G. Perwuchin*, *I. F. Tewosjan*, *A. N. Kosygin* und *W. A. Malyschew* (Minister für mittleren Maschinenbau).

### Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

#### AFRIKA

##### Aegypten

17. Der bisherige stellvertretende Ministerpräsident *Nasser* bildet auf Ersuchen des Präsidenten *Naguib* und auf Beschluß des Revolutionsrates eine neue Regierung, der 22 Minister, darunter sechs Offiziere, angehören. *Nasser* übernimmt die Ministerpräsidentenschaft und damit zugleich den Posten des Militärgouverneurs von Aegypten.

#### AMERIKA

##### Vereinigte Staaten

16. Botschaft Präsident *Eisenhowers* an die Regierungschefs der Teilnehmerstaaten der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (vgl. den Wortlaut auf S. 6582 dieser Folge). Vizepräsident *Nixon* erklärt vor der American Society of Newspaper Editors, die Vereinigten Staaten könnten sich ein weiteres Zurückgehen in Asien nicht



erlauben, und im Falle eines französischen Rückzuges aus Indochina werde sich die Regierung entschließen müssen, Streitkräfte nach Indochina zu entsenden. Am 19. April stellt Außenminister *Dulles* vor der Presse fest, er halte es für unwahrscheinlich, daß amerikanische Truppen nach Indochina geschickt werden müßten.

22. Präsident *Eisenhower* erklärt vor dem amerikanischen Zeitungsverlegerverband, der Westeuropäer betrachte Amerika und die Sowjetunion häufig genug als zwei große Machtgebilde, die beide nur auf den Augenblick warteten, um den anderen mit Gewalt zu vernichten. Bis dahin, so glaube man weiter, suche jede der beiden Mächte Verbündete unter den europäischen Nationen, um sie im entscheidenden Moment als Faustpfand zu benutzen. Dazu müsse er jedoch erklären, daß die Vereinigten Staaten bestrebt seien, einen Frieden nur durch Zusammenarbeit unter Gleichberechtigten zu suchen. Er sei davon überzeugt, daß Amerika alle Fähigkeiten besitze, um die Initiative zur Schaffung eines Friedens der Zusammenarbeit zu übernehmen.

## ASIEN

### Chinesische Volksrepublik

29. Abschluß mehrwöchiger Verhandlungen zwischen Vertretern der zentralen Volksregierung und einer indischen Regierungsdelegation in Peking über die Beziehungen der beiden Länder auf dem Gebiet Tibet. Es wird ein Vertrag über den Handels- und Reiseverkehr zwischen der „Chinesischen Region Tibet“ und Indien unterzeichnet, der die Volksrepublik China berechtigt, Handelsniederlassungen in Neu Delhi, Kalkutta und Kalimpong zu errichten. Indien wird in den tibetanischen Orten Yatung und Gyantse entsprechende Niederlassungen errichten. In einem Notenwechsel zwischen den Leitern der beiden Delegationen wird ferner vereinbart, daß Indien seine Militärposten aus Yatung und Gyantse zurückzieht und der chinesischen Regierung die von Indien in Tibet unterhaltenen Post- und Fernmeldeverbindungen sowie die indischen Rasthäuser gegen eine Entschädigung überlassen wird.

### Indien

24. Premierminister *Nehru* legt im indischen Unterhaus einen Sechs-Punkte-Plan für einen Waffenstillstand in Indochina vor, nach dem der Waffenstillstand zwischen Frankreich und den drei assoziierten Staaten

Indochinas auf der einen und den Vietminh auf der anderen Seite unterzeichnet werden soll. Die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Großbritannien und die Chinesische Volksrepublik sollen gleichzeitig ein Uebereinkommen treffen, von einer direkten oder indirekten Intervention durch Entsendung von Truppen oder Lieferung von Kriegsmaterial abzusehen.

## AUSTRALIEN

### Australischer Bund

23. Die Sowjetregierung bricht die diplomatischen Beziehungen zu Australien ab, nachdem die australische Regierung ein sowjetisches Ersuchen um Auslieferung des sowjetischen Diplomaten *Petrow*, der um Asyl ersucht hatte, abgelehnt und einen Versuch, die Gattin *Petrows* gewaltsam nach der Sowjetunion zu bringen, vereitelt hatte.

## Organisation der Vereinten Nationen

### Sicherheitsrat

27. Der Sicherheitsrat verhandelt zum dritten Male vergeblich über Verfahrensfragen zur Behandlung der Beschwerden Israels und Jordaniens über die Zwischenfälle im Negeb und in Nahalin (vgl. Zeittafel in EA 8—9/1954). Während die arabischen Staaten, unterstützt von der Sowjetunion, dafür eintreten, beide Beschwerden getrennt zu behandeln, verlangt Israel mit Unterstützung der Westmächte, die Beschwerden zusammen zu erörtern.

### Abrüstungskommission

19. Die Abrüstungskommission stimmt einem Vorschlag des britischen Delegierten *Sir Pierson Dixon* vom 9. April zu, einen aus den hauptsächlich beteiligten Mächten gebildeten Unterausschuß zu beauftragen, sich in privaten Erörterungen um eine Lösung des Abrüstungsproblems zu bemühen. Der Vorschlag des britischen Delegierten, in diesen Unterausschuß Vertreter Kanadas, Frankreichs, der Sowjetunion, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zu entsenden, wird gegen die Stimme des sowjetischen Delegierten angenommen. Ein sowjetischer Gegenvorschlag, in den Unterausschuß auch Delegierte der Chinesischen Volksrepublik, der Tschechoslowakei und Indiens zu entsenden, wird abgelehnt. Der Unterausschuß konstituiert sich am 23. April und beschließt, der Kommission zum 15. Juli Bericht zu erstatten.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft.

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guilton, Paris; Dr. Walter Hofer, Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Graphische Darstellung: Ilse Hauke, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1954 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstr. 20, Telefon 73347.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

# MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

## Die Tätigkeit des Europarats im April 1954

### Fünf Jahre Europarat

Am 5. Mai 1949 unterzeichneten in London die Vertreter von zehn europäischen Staaten das Statut des Europarats.

Einige Wochen später richtete sich der Rat in Straßburg ein, das Ministerkomitee und die Beratende Versammlung nahmen ihre Tätigkeit auf. In einer Rede voller Zuversicht und politischer Weisheit unterstrich Edouard Herriot als erster Präsident der Versammlung die Bedeutung des Ereignisses: die erste Europäische Parlamentarische Versammlung begann ihre Tätigkeit.

Fünf weitere europäische Länder schlossen sich alsbald dem Europarat an.

Zum ersten Male in der Geschichte haben die Regierungen sich auf einer ideologischen Basis zusammengeschlossen und Vertreter der öffentlichen Meinung zu den internationalen Verhandlungen zugezogen. Die Methoden der parlamentarischen Demokratie wurden auf europäischer Basis angewandt. Eine ganze Reihe von Problemen, die sich der Zuständigkeit nationaler Parlamente entziehen, können auf der kontinentalen Ebene, wie sie der Europarat darstellt, behandelt werden. Eine politische Einrichtung neuen Typs hat sich in Straßburg gebildet.

In einer Bilanz der Tätigkeit des Rates hat sein Generalsekretär erklärt: „Gewiß ist weniger geschaffen worden, als man gehofft hatte. Ebenso gewiß ist das Geleistete besser als alles, was bisher erreicht wurde.“

### I. Tagungen der Organe des Rates

#### STELLVERTRETER DER MINISTER

Die 19. Sitzung der Stellvertreter der Außenminister fand vom 29. März bis 3. April in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn Géraud Jouve, dem Ständigen Vertreter der französischen Regierung, statt. Der Termin der nächsten Sitzung der Ministerkomitees wurde für den 18. und 19. Mai festgelegt, der Tagungsort wird Straßburg sein, und eine vorläufige Tagesordnung für die Außenminister wurde entworfen.

Entsprechend dem von den Ministern erhaltenen Auftrag haben die Stellvertreter das Studium des Aktionsprogrammes fortgesetzt, welches von den Ministern im Mai der Beratenden Versammlung vorgelegt werden soll.

Die Stellvertreter haben den Generalsekretär ermächtigt, als Vertreter der Mitglieder des Rates die in seinem Rahmen abgeschlossenen Verträge und Abkommen beim Sekretariat der Vereinten Nationen eintragen zu lassen.

Die nächste Sitzung der Stellvertreter wurde für den 11. Mai in Straßburg anberaumt.

### II. Andere Tagungen

#### Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

##### Besonderer Ministerrat

Die 14. Tagung des Rates fand am 9. und 10. April in Luxemburg unter dem Vorsitz von Herrn Westrick statt.

Die Minister beschlossen, die Schaffung des gemeinsamen Marktes für Spezialstähle auf den 1. Juli 1954 zu verschieben.

Gemeinsam mit ihren Kollegen vom Verkehrswesen prüften sie verschiedene Fragen betreffend die Angleichung von Transportbedingungen. Mit der Hohen Behörde fand ein Gedankenaustausch über das Problem der Angleichung von Löhnen und Soziallasten statt.

Schließlich gaben die Minister dem von der Hohen Behörde vorgeschlagenen Plan für das Studium der Konjunktur sowie deren finanzieller Beteiligung am Bauprogramm für Arbeiterwohnungen ihre Zustimmung.

#### Beratender Ausschuß

Dieser Ausschuß der EGKS tagte am 27. April unter dem Vorsitz von Herrn Renard (Belgien), um gewisse Fragen im Zusammenhang mit den Preisen und Verkaufsbedingungen für Spezialstähle zu prüfen. Bekanntlich ist die Schaffung des gemeinsamen Marktes für diese Erzeugnisse für den 1. Juli 1954 vorgesehen.

#### Hohe Behörde

##### Anleihe der USA

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat der Hohen Behörde der EGKS eine Anleihe von 100 Millionen Dollar gewährt. Das Abkommen hierüber wurde am 23. April von dem stellvertretenden Staatssekretär, Herrn Walter Bedell Smith, und Herrn Jean Monnet, Präsident der Hohen Behörde, unterzeichnet. Die Anleihe wird mit 3 7/8 Prozent verzinst und ist in 25 Jahren rückzahlbar, sie ist zur Erleichterung von Investitionen und der Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen der Gemeinschaft sowie zum Bau von Arbeiterwohnungen bestimmt.

##### Herr Spierenburg in Wien

Das Mitglied der Hohen Behörde, Herr Spierenburg, hielt sich am 23. April in Wien auf zu Besprechungen mit Bundeskanzler Raab und verschiedenen österreichischen Ministern.

##### Zweiter Jahresbericht

Die Hohe Behörde hat am 25. April ihren zweiten Jahresbericht über die Tätigkeit der ECKS veröffentlicht.

#### Konferenz

##### der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO)

Die auf Wunsch des Europarats einberufene Konferenz zur Koordination des Luftverkehrs in Europa wurde am 21. April im Europahaus in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn Warner, Präsident des Rats der ICAO, eröffnet.

Herr Warner gab im Namen der ICAO seiner Befriedigung über die Einladung des Ministerkomitees des Europarats zur Abhaltung dieser Konferenz zum Ausdruck und erklärte, daß die ICAO zwar ein Organ internationaler Zusammenarbeit sei, jedoch unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine gewisse Reihe von Fragen



auf regionaler Ebene geregelt werden müßte. Europa, die Wiege der Luftfahrt, sei eine dieser Regionen.

Der Generalsekretär des Europarats, Herr *Marchal*, begrüßte die Teilnehmer der Konferenz und erinnerte daran, daß die erste Initiative für diese Konferenz im Jahre 1951 vom Europarat ergriffen worden sei.

Nach Annahme der Geschäftsordnung wählte die Konferenz Herrn *Nottet* (Belgien) zum Präsidenten und zu Vizepräsidenten die Herren *Lemaire* (Frankreich), *General Cintra* (Portugal) und *Teisen* (Dänemark). Die Konferenz beschloß ferner die Einsetzung folgender Kommissionen: Wirtschaftskommission I, Vorsitz Herr *Nottet* (Belgien), Wirtschaftskommission II, Vorsitz Herr *Muir* (Großbritannien), Technische Kommission, Vorsitz Herr *Teyssier* (Frankreich), Kommission für Erleichterungen, Vorsitz Herr *Leffertstra* (Niederlande).

#### Europäische Parlamentarische Konferenz

Unter der Schirmherrschaft der Europäischen Bewegung und unter dem Vorsitz von Herrn *de Gasperi* fand vom 21. bis 24. April in Paris eine Europäische Parlamentarische Konferenz statt.

Die Konferenz wurde eröffnet von den Herren *Monnerville*, Präsident des Rates der Republik, und *Le Troquer*, Präsident der Nationalversammlung, und vereinte Parlamentarier aus 17 Ländern (Europarat, Schweiz und Oesterreich).

Die Konferenz hatte sich nicht vorgenommen, Resolutionen zu verabschieden oder Abstimmungen durchzuführen, sondern in erster Linie die wesentlichen Probleme der Gegenwart auf den Gebieten der Politik und der Wirtschaft zu beraten.

Die Tagesordnung sah einen Vortrag von dem Mitglied der Hohen Behörde der EGKS, Herrn *Finet*, über die Europäische Gemeinschaft vor sowie einen Bericht über den Europarat, welchen Herr *Léon Marchal*, Generalsekretär des Europarats, vortrug. Herr *Salvador de Madariaga* sprach über die europäische Zivilisation; und der Sonderbeauftragte des Europarates für Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, Herr *Pierre Schneider*, sprach über die Flüchtlingsprobleme.

Die Aussprache über Wirtschaftsfragen wurde durch einen Vortrag über die verschiedenen Aspekte der Weltwirtschaft von Herrn *Pella* eingeleitet. Der Generalsekretär der OEEC, Herr *Marjolin*, sprach über die Arbeit seiner Organisation, während *Harold Wilson* sich insbesondere mit den Problemen des Ost-West-Handels in seinem Vortrag befaßte.

In der allgemeinen Aussprache ergriffen folgende Redner das Wort: *André Philip*, *La Malfa*, *Maccas*, *Bottomley*, *Gilson*, *Mende*, *Hay Vedovato*, *Gaitskell*, *Hynd*, *Russel*, *Vinot*, *Surler*, *Blank*.

Der Standpunkt Amerikas über seine Handelspolitik wurde von Herrn *Brown* dargelegt. Eine große Anzahl von Rednern beteiligte sich an der politischen Aussprache, welche von Herrn *Guy Mollet* mit einem Referat über die Risiken und die Aussichten eines vereinten Europa eingeleitet wurde. Insbesondere sprachen folgende Redner: die Herren *Lange*, *Nutting*, *Hallstein*, *Coudenhove-Kalergi*, *Spaak*, *Benvenuti*, *Kraft*, *Maccas*, *Jakobsen*, *de Felice*, *Czernetz*.

Die Konferenz nahm zum Abschluß ihrer Debatte folgende Entschließung einstimmig an:

„Die unter dem Vorsitz von Herrn *de Gasperi* vom 21. bis 24. April 1954 in Paris zu einer Europäischen Parlamentarischen Konferenz vereinten Parlamentarier von fünfzehn Ländern geben der Hoffnung Ausdruck, daß ein sicherer Fortschritt auf dem Wege der europäischen Einheit sichtbar werde, sowohl im Geiste und in den Institutionen. Sie versichern ihren Willen, in ihren nationalen Parlamenten und in der öffentlichen Meinung alles in dieser Hinsicht Erforderliche zu unternehmen.

Sie fordern ihre Regierungen auf, ohne Nachlassen die Politik der europäischen Einigkeit zu verfolgen, unter Ausnutzung der institutionellen oder geographischen Etappen und ohne sich von dieser Aufgabe von den täglichen Schwierigkeiten der inneren oder äußeren Politik abhalten zu lassen.“

Das Präsidium der Europäischen Parlamentarischen Konferenz bestand aus folgenden Herren: Präsident: *Bohy* (Belgien); Vizepräsidenten: *Jakobsen* (Dänemark), *de Felice* (Frankreich), *Guy Mollet* (Frankreich), *de la Vallée Poussin* (Belgien), *von Brentano* (Bundesrepublik Deutschland), *Maccas* (Griechenland), *Santerio* (Italien), *John Hynd* (Großbritannien).

### III. Politische Fragen

#### ALLGEMEINER AUSSCHUSS

Dieser Ausschuß der Beratenden Versammlung tagte in Paris am 26. April unter dem Vorsitz von Herrn *Guy Mollet* (Franzose). Nach Abschluß der Beratungen hielten der Vorsitzende, Herr *van der Goes van Naters* (Holländer) als Berichterstatter für die Saarfrage sowie die Herren *Gerstenmaier* (Deutscher) und *Braun* (Saarländer) eine Pressekonferenz ab, um die Arbeiten der Kommission in der Saarfrage darzulegen.

#### Die Saar

Die Hauptaufgabe des Ausschusses war die Prüfung des Textes über die Situation der politischen Parteien an der Saar, welcher im März von einem Unterausschuß vorbereitet worden war, sowie einiger Abänderungsanträge zu diesem Text.

Nach Abschluß der Aussprache fand im Ausschuß eine Abstimmung über den gesamten Bericht über die zukünftige Stellung der Saar statt. Der erste Teil dieses Berichtes war bereits in erster Lesung von dem Ausschuß auf seiner Sitzung vom 6. Februar angenommen worden und als Grundlage für die Besprechungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland herangezogen worden (vgl. Mitteilungen des Europarats in Europa-Archiv 8—9/1954, S. 6554).

Der Teil des Berichtes, welcher sich mit den politischen Parteien beschäftigt, wurde nach gewissen Abänderungen mit 16 gegen 3 Stimmen angenommen. Der Ausschuß nahm anschließend mit 17 gegen 1 Stimme bei einer Enthaltung diesen Text sowie den Entwurf einer Empfehlung betreffend den Europäischen Status der Saar an. Diese Anträge werden im Mai von dem Berichterstatter, Herrn *van der Goes van Naters*, der Beratenden Versammlung vorgelegt werden.

Im folgenden werden die vollständigen Texte der Empfehlung und der Entschließung veröffentlicht:

#### Empfehlung (Entwurf)

Die Versammlung, im Bewußtsein der Bedeutung des durch dieses Territorium gestellten Problems, das ernstlich die deutsch-französischen Beziehungen und selbst die

Schaffung der Europäischen Gemeinschaft zu beeinträchtigen droht, falls es nicht sehr bald zu einer Lösung kommt;

in dem Bemühen, in wahrhaft europäischem Geiste ihre Aufgabe durchzuführen, die von jedem die Beachtung der Grundprinzipien des Europarats fordert; empfiehlt dem Ministerkomitee, ohne zu dem Inhalt dieses Vorschlages Stellung zu nehmen, unverzüglich die nachstehende Definition des Europäischen Statuts des Saarlandes den neuen Regierungen zu unterbreiten, die an der Internationalen Konferenz teilnehmen werden, wie sie in der Empfehlung 57 der Beratenden Versammlung vom 25. September 1953 vorgeschlagen ist, um in erster Linie zu den gegenwärtig schwebenden zweiseitigen Verhandlungen beizutragen, sodann um als Diskussionsgrundlage bei der Konferenz zu dienen, wenn diese im Laufe des Jahres zur Prüfung all der Probleme zusammentreten wird, die gegebenenfalls bei den vorbezeichneten Verhandlungen noch nicht gelöst werden konnten; schließlich, um der endgültigen Lösung des saarländischen Problems eine internationale Garantie zu geben:

### Kapitel I

#### A. Politische Fragen

1. Das Saarland wird europäisches Territorium, sobald die Europäische Politische Gemeinschaft besteht, unter Vorbehalt der Bestimmungen des Friedensvertrages oder einer ähnlichen Regelung. Während der Uebergangsperiode wird die Wahrnehmung der Interessen des Saarlandes in Fragen der Außenpolitik und der Verteidigung einem Europäischen Kommissar anvertraut.

2. Der Europäische Kommissar wird vom Ministerkomitee des Europarats ernannt und ist diesem gegenüber verantwortlich. Er darf weder Franzose noch Deutscher noch Saarländer sein. Bei seiner Ernennung wird die Stellungnahme der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gebührend berücksichtigt. Unter den gleichen Bedingungen wird ein Stellvertreter des Europäischen Kommissars ernannt, der Saarländer sein muß.

Der Europäische Kommissar legt in regelmäßigen Zeitabständen dem Ministerkomitee einen Bericht vor, den dieses an die Beratende Versammlung weiterleitet.

In Ausübung der ihm durch diesen und den nachfolgenden Paragraphen 4 übertragenen Verantwortung trifft das Ministerkomitee seine Entscheidungen mit Zweidrittelmehrheit.

3. Der Europäische Kommissar handelt in allen Fällen in enger Fühlungnahme mit der saarländischen Regierung. Die im Namen des Saarlandes durch den Europäischen Kommissar unterzeichneten internationalen Verträge bedürfen der Zustimmung des saarländischen Landtages.

4. Das Ministerkomitee ernannt gleichfalls ein aus fünf Mitgliedern bestehendes Beratendes Komitee, das zur Aufgabe hat, den Europäischen Kommissar bei Ausübung seiner Tätigkeit zu unterstützen.

Die Mitglieder des Beratenden Komitees müssen Staatsangehörige der Mitgliedstaaten des Europarats oder der Staaten sein, die gemäß § 19 die Garantie des Europäischen Statuts des Saarlandes übernommen haben; dem Beratenden Komitee müssen stets ein Deutscher und ein Franzose angehören. Bei der Ernennung der Mitglieder des Beratenden Komitees ist in jedem Falle die Stellungnahme der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl besonders zu berücksichtigen.

5. In Ausübung ihrer Aufgaben werden der Europäische Kommissar, der Stellvertreter des Europäischen Kommissars und die Mitglieder des Beratenden Komitees

tees Anweisungen von irgendeiner nationalen Regierung weder erbitten noch annehmen. Sie werden sich jeglicher Tätigkeit enthalten, die mit dem europäischen Charakter ihrer Aufgabe nicht vereinbar ist.

6. Der Europäische Kommissar und das Beratende Komitee werden von einem zahlenmäßig kleinen Sekretariat unterstützt, welches sich aus europäischen Beamten zusammensetzt und dessen Generalsekretär ein Saarländer ist. Die Beamten sind dem Europäischen Kommissar unterstellt.

7. Die Interessenvertretung des Saarlandes bei den europäischen Organisationen wird wie folgt wahrgenommen:

##### a) Europarat

(I) Ministerrat: Der Europäische Kommissar oder sein Stellvertreter mit Sitz und beratender Stimme.

(II) Beratende Versammlung: ohne Aenderung.

##### b) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

(I) Besonderer Ministerrat: Der Europäische Kommissar oder sein Stellvertreter mit Sitz und beratender Stimme.

(II) Gemeinsame Versammlung: Drei Delegierte werden vom saarländischen Landtag gewählt. Die Delegation Frankreichs verbleibt entsprechend Artikel 21 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in gleicher Stärke wie diejenige Italiens und Deutschlands.

##### c) Europäische Verteidigungsgemeinschaft

(I) Ministerrat: Der Europäische Kommissar oder sein Stellvertreter mit Sitz und beratender Stimme.

(II) Versammlung: Drei Delegierte werden vom saarländischen Landtag gewählt. Die Bestimmungen des Artikels 33 des Vertrages über die Bildung der EVG bleiben sonst unverändert.

8. Bis zur Ratifizierung des Vertrages über die Bildung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wird die Verteidigung des Saarlandes durch die dem Oberkommandierenden unterstellten in Europa stationierten alliierten Streitkräfte wahrgenommen.

In den das Saarland betreffenden Fragen arbeitet der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte stets in enger Fühlungnahme mit dem Europäischen Kommissar. Nach der Ratifizierung des Vertrages über die Bildung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wird die Verteidigung des Saarlandes durch die gemäß dem Wortlaut dieses Vertrages gebildete Gemeinschaft wahrgenommen.

9. Der Europäische Kommissar hat die Befugnis, den Bewohnern des Saarlandes Pässe auszustellen.

10. Die Wahrnehmung der Interessen des Saarlandes in den Nichtmitgliedstaaten des Europarates erfolgt im Namen des Europäischen Kommissars durch die Vertreter aller Mitgliedstaaten des Europarates oder eines jeden Mitgliedstaates, der zu diesem Zweck durch gegenseitige Vereinbarung zwischen dem Europäischen Kommissar und diesem Mitgliedstaat bestellt wird.

11. Mit Ausnahme der Gebiete, für die das Europäische Statut nicht ausdrücklich die Zuständigkeit des Europäischen Kommissars vorsieht, ist die saarländische Regierung ausschließlich zuständig.

#### B. Wirtschaftsfragen

12. (I) Das Europäische Statut enthält Wirtschaftsbestimmungen über die Beibehaltung des gemeinsamen Marktes zwischen Frankreich und dem Saarland. Diese Bestimmungen finden ihren Platz in einem zwischen Frankreich und dem Saarland abzuschließenden Vertrag über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, der an die Stelle der bestehenden Staatsverträge treten wird.

Gegenstand dieser Wirtschaftsbestimmungen wird auch der Abschluß eines Dreiervertrages sein, der die progressive Einführung gegenseitiger Beziehungen zwischen dem Saarland und der Bundesrepublik zunächst für



Waren und Dienstleistungen und später für Kapitalien vorsieht.

Zu diesem Zweck verpflichten sich Frankreich und die Bundesrepublik — unter Vorbehalt gewisser abweichender Bestimmungen, die zum Schutze wichtiger wirtschaftlicher und finanzieller Interessen dienen —, im Prinzip keine Zölle bei der Ein- und Ausfuhr oder diesen ähnliche Abgaben zu erheben, keine mengenmäßigen Beschränkungen für den Warenverkehr einzuführen und keine Ein- und Ausfuhrlicenzen zu fordern. Das Saarland wird gleichartige Verpflichtungen gegenüber Frankreich und der Bundesrepublik eingehen. Maßnahmen der Art, wie sie hier aufgeführt werden und wie sie zur Zeit zwischen der Bundesrepublik und dem Saarland in Kraft sind, müssen im Prinzip aufgehoben werden. In dem Maße, in dem ein Schutz der saarländischen Wirtschaft in ihren Beziehungen zur deutschen Wirtschaft notwendig sein wird, erfolgt diese Aufhebung progressiv, jedoch innerhalb eines möglichst kurzen Zeitraumes.

(II) Der Wirtschaftsteil des Europäischen Statuts enthält eine Klausel, welche die Wiederausfuhr von Waren französischer Herkunft aus dem Saarland nach Deutschland regelt ebenso wie die Wiederausfuhr von Waren deutscher Herkunft nach Frankreich. Die diesbezüglichen Bestimmungen des Europäischen Statuts finden keine Anwendung auf Erzeugnisse, die in den Bereich der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl fallen; diese Bestimmungen werden auch in dem Maße für andere Erzeugnisse aufgehoben, wie die Integrierung der verschiedenen Sektoren der europäischen Wirtschaft vor sich gehen wird, sei es auf einzelnen Sondergebieten, zum Beispiel auf den Gebieten der Landwirtschaft und des Transportwesens, sei es durch Schaffung eines alle Erzeugnisse umfassenden gemeinsamen Marktes.

(III) Es ist Aufgabe der in § 20 vorgesehenen Konferenz, in dem Wirtschaftsteil des Europäischen Statuts die Maßnahmen ins Auge zu fassen, die sich als notwendig erweisen könnten, falls eine Aenderung der Außenhandelsbeziehungen des Saarlandes die Zahlungsbilanz Frankreichs und der Deutschen Bundesrepublik erheblich beeinflussen würde.

(IV) Das Europäische Statut überträgt dem Saarland, entsprechend den noch festzulegenden Modalitäten, das Eigentum an den von den „Saarbergwerken“ verwalteten Bergbaueinrichtungen und an den gesamten Kohlevorkommen im Warndt. Das Saarland übernimmt die Verwaltung.

13. Bis zur Schaffung einer europäischen Währung bleibt der französische Franken gesetzliches Zahlungsmittel im Saarland.

14. Die Frage der Sequester wird von der Konferenz geprüft, zumindest insoweit, als es die Verwaltung der sequestrierten Vermögenswerte betrifft.

15. Die Fragen, die sich aus der Uebnahme der deutschen Versicherungsgesellschaften und Banken im Saarland durch französische Gesellschaften und Banken ergeben, werden ebenfalls von der Konferenz geprüft werden.

#### C. Menschenrechte

16. Politische Parteien, Vereinigungen, die Presse und öffentliche Versammlungen unterliegen keiner Genehmigungspflicht.

#### D. Kulturelle Fragen

17. Die Bestimmungen des Europäischen Statuts enthalten eine Kulturvereinbarung zwischen dem Saarland, Frankreich und der Deutschen Bundesrepublik, dessen Hauptgegenstand die Beibehaltung der deutschen Kultur und der deutschen Sprache für die saarländische Bevölkerung ist. Um die Entwicklung des europäischen Geistes zu begünstigen und den kulturellen Austausch zu fördern,

wird die Universität des Saarlandes in eine europäische Universität umgewandelt, deren Diplome von allen Mitgliedstaaten des Europarates anerkannt werden.

#### E. Juristische und sonstige Fragen

18. Die wesentlichen Bestimmungen folgender Konventionen und Vereinbarungen bleiben in Kraft: Der französisch-saarländischen Konvention über die Aenderung und Ergänzung der Konvention über den Rechtshilfeverkehr vom 3. März 1950 mit Anhang, der Konvention zur Ausschaltung von Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amtshilfe vom 20. Mai 1953, des Abkommens und Zusatzabkommens über die Fürsorge sowie Anhang vom 3. März 1950, der Allgemeinen Konvention über die soziale Sicherheit und der am 25. Februar 1949 unterzeichneten Zusatzverträge. Ähnliche Uebereinkommen werden zwischen dem Saarland und der Deutschen Bundesrepublik unter den Auspizien der Konferenz getroffen werden.

Die folgenden französisch-saarländischen Konventionen werden aufgehoben: Die Konvention über den Betrieb der Eisenbahnen des Saarlandes, die Konvention auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, die Konvention über die Niederlassung der beiderseitigen Staatsangehörigen und die Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit, die Konvention über die Aufsicht der Versicherungsunternehmen im Saarland, die Postkonvention, der Vertrag über die Binnenschifffahrt, das Abkommen über die Regelung der Straßentransporte, des weiteren noch das Abkommen über die Regelung der französisch-saarländischen pharmazeutischen Belange und das Abkommen über die Maßeinheiten und Meßgeräte. Die Fragen, die in diesen Konventionen behandelt werden, und evtl. die überleitenden Verwaltungsmaßnahmen werden von der Konferenz geprüft, um Vereinbarungen zu treffen, die auf der allgemeinen Linie des Wirtschaftsteils des Europäischen Statuts liegen.

#### Kapitel II

##### Die britisch-amerikanische Garantie

19. In Erwartung eines Friedensvertrages oder einer ähnlichen Regelung verpflichten sich die Regierungen Frankreichs, der Deutschen Bundesrepublik, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika, sich für die vorstehende Lösung einzusetzen und sie zu garantieren. Darüber hinaus verpflichten sich die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika, die Annahme dieser Lösung als definitiv vorzuschlagen und zu befürworten; das sowohl bei den Verhandlungen vor Abschluß dieses Vertrages oder einer entsprechenden Regelung als auch bei deren Inkraftsetzung. Die Regierung der Deutschen Bundesrepublik gibt ihre Zustimmung zu dieser Verpflichtung der Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika. Es versteht sich, daß die saarländische Bevölkerung entsprechend den Bestimmungen der Paragraphen 22 und 23 befragt und daß das Saarland Sitz europäischer Institutionen wird.

#### Kapitel III

##### Die internationale Saarkonferenz

20. Die in den Kapiteln I und II dieser Empfehlung enthaltenen Vorschläge werden entsprechend der von der Versammlung am 25. September 1953 angenommenen Empfehlung 57 im Verlaufe einer internationalen Konferenz in Erwägung gezogen, zu der als Teilnehmer, außer den Vertretern der Beratenden Versammlung und des Generalsekretariats des Europarats (mit beratender Stimme), eingeladen werden:

a) diejenigen Mächte, die am 10. September 1952 in Luxemburg die Errichtung einer Europäischen Gemeinschaft beschlossen haben;

- b) das Saarland;
- c) das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika;
- d) die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Die Konferenz tagt unter dem Vorsitz des Präsidenten des Ministerkomitees des Europarats, der in seinem eigenen Namen handelt, oder unter dem Vorsitz einer Persönlichkeit, die auf dessen Ersuchen vom Ministerkomitee bezeichnet wird.

21. Die Konferenz legt ein Europäisches Statut des Saarlandes fest, das insbesondere Kapitel über die Fragen enthalten wird, die Gegenstand der Kapitel I (Abschn. A, B, D, E) und II dieses Vorschlages sind.

Die Abänderungsvorschläge für die jetzige Verfassung des Saarlandes, welche das Europäische Statut und die in § 16 der Entschließung enthaltenen Bestimmungen über die Menschenrechte erforderlich machen, werden ebenfalls unter den Auspizien der Konferenz abgefaßt werden. Die Verfassung wird einen Artikel enthalten, der vorsieht, daß die Bestimmungen des Europäischen Statuts im Saarland so lange verfassungsrechtliche Gültigkeit haben werden, wie sie in Kraft bleiben.

Das Referendum

22. Das Europäische Statut und die neue Verfassung, welche die Zustimmung der Konferenz gefunden haben, werden im Wege eines unter der Schirmherrschaft des Europarats frei organisierten Referendums der saarländischen Bevölkerung vorgelegt.

23. Falls das Europäische Statut und die neue Verfassung durch das Referendum gebilligt werden, wird der saarländische Landtag aufgelöst, und es werden Neuwahlen gemäß den Bestimmungen der neuen Verfassung ausgeschrieben.

Falls eine erhebliche Minderheit der an dem Referendum teilnehmenden Wähler gegen das Europäische Statut und gegen die neue Verfassung stimmen sollte, wird die in § 20<sup>4</sup> führte Konferenz erneut einberufen, um die sich aus dieser Ablehnung ergebende Lage zu prüfen.

24. Spätestens am Tag der Wahlen wird das Ministerkomitee die Ernennung des Europäischen Kommissars, des Stellvertretenden Europäischen Kommissars und des Beratenden Komitees gemäß den Bestimmungen der §§ 2 bis 6 vornehmen. Letztere nehmen ihre Tätigkeit im Saarland an dem auf die Wahlen folgenden Tag auf.

25. Falls die saarländische Bevölkerung das Europäische Statut und die neue Verfassung unter den im § 22 vorgesehenen Bedingungen anerkennt, wird das Europäische Statut durch die Garantiestaaten entsprechend ihrem verfassungsmäßigen Verfahren innerhalb von sechs Monaten nach dem Referendum ratifiziert.

26. Die Durchführung der von der Konferenz angenommenen Vorschläge ist Aufgabe des Europäischen Kommissars, der in enger Zusammenarbeit mit den Regierungen des Saarlandes, Frankreichs und der Bundesrepublik handelt.

#### Kapitel IV

27. Gemäß den Bestimmungen des § 1 werden die Interessen des Saarlandes in Fragen der Außenpolitik und der Verteidigung nach Gründung der Europäischen Gemeinschaft der direkten Verantwortlichkeit des Europäischen Exekutivrates unterstellt. Mit Einverständnis des Ministerkomitees des Europarats wird der Europäische Exekutivrat nichtsdestoweniger ermächtigt, die Dienste des Europäischen Kommissars, des Stellvertretenden Europäischen Kommissars und des Beratenden Komitees in Anspruch zu nehmen.

Regelung im Hinblick auf die Europäische Politische Gemeinschaft

28. Die Vertretung des Saarlandes bei den Institutionen der Gemeinschaft wird wie folgt geregelt:

a) Parlament:  
(I) Kammer der Völker: Direkte Wahl von 12 Abgeordneten (Art. 15).

(II) Senat: Wahl von drei Senatoren durch den saarländischen Landtag (Art. 17).

b) Europäischer Exekutivrat:  
Die Saarländer haben zu den Aemtern des Europäischen Exekutivrates denselben Zugang wie alle anderen Angehörigen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft (Art. 28).

c) Rat der nationalen Minister:  
Die saarländische Regierung ernannt einen Vertreter, der an den Sitzungen des nationalen Ministerrates mit beratender Stimme teilnimmt (Art. 36).

d) Gerichtshof:  
Die Saarländer können als Mitglieder des Gerichtshofes durch den Europäischen Exekutivrat bestimmt werden, der mit Zustimmung des Senats der Europäischen Gemeinschaft entscheidet (Art. 39).

e) Wirtschafts- und Sozialrat:  
Die Saarländer können in den Wirtschafts- und Sozialrat berufen werden (Art. 50–51).

29. Das Saarland nimmt an dem in Kapitel 5 des Abschnitts III des Vertragsentwurfes über das Statut der Europäischen Gemeinschaft erwähnten gemeinsamen europäischen Markt teil.

30. Alle sonstigen Fragen bleiben der Zuständigkeit der saarländischen Regierung unterstellt, unter Vorbehalt einer eventuellen Uebertragung all derjenigen Vollmachten an die Europäische Gemeinschaft, die den im Vertrag vorgesehenen hinzugefügt werden.

#### Entschließung (Entwurf)

Die Versammlung ist überzeugt, daß alles Erforderliche veranlaßt werden muß, um zu einer europäischen Lösung des Saarproblems zu gelangen, welche von der Saarbevölkerung frei angenommen werden kann.

Sie berücksichtigt hierbei die Tatsache, daß gemäß Ziffer 22 der Definition des Europäischen Statuts der Saar diese Bevölkerung mit Hilfe einer von dem Europarat unternommenen Volksabstimmung in aller Freiheit befragt werden soll.

Sie besteht auf dem Erfordernis, daß diese Volksabstimmung unter Bedingungen abgehalten wird, welche es allen Mitgliedern des Europarats gestattet, ihr Ergebnis als die wirkliche Äußerung des Willens der Saarbevölkerung zu betrachten.

Sie berücksichtigt, daß diese Bedingungen insbesondere die freie Beteiligung an der der Volksabstimmung vorhergehenden Wahlkampagne voraussetzen, ebenso wie den Ausschluß jeder Einmischung von außerhalb, und sie berücksichtigt ferner die Meinungsverschiedenheiten, welche bezüglich der Anwendung der Artikel 9, 10, 11, 14 und 16 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und der Grundfreiheiten und des Artikels 3 des Zusatzprotokolls an der Saar bestehen.

Sie ist der Meinung, daß die folgenden Bestimmungen bezüglich der Stellung der politischen Parteien an der Saar zur Durchführung kommen sollen:

A. Bis zur Annahme des Europäischen Statuts der Saar durch die internationale Konferenz:

- (i) Die genaue Anwendung der Artikel 9, 10, 11, 14 und 16 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie des Artikels 3 des Zusatzprotokolls. Diese Anwendung wird der Kontrolle der Menschenrechtskommission unterliegen. Die Zuständigkeit der Artikel 24, 25, 32 und 57 der Konvention ist gegeben.

- (ii) Es ist von allergrößter Bedeutung, daß diese Phase A so kurz wie möglich ist.



**B. Vor dem Inkrafttreten des Europäischen Statuts der Saar:**

- (i) *Als bald nach der Annahme des Europäischen Statuts durch die internationale Konferenz die Bildung einer Volksabstimmungskommission durch das Ministerkomitee des Europarats, deren Kompetenzen und Machtvollkommenheiten durch die Konferenz bestimmt sein werden.*
- (ii) *Die Verwirklichung des § 16 des „Umrisses des Europäischen Statuts“, auf Grund dessen politische Parteien, Vereine, Zeitungen und öffentliche Versammlungen keiner Genehmigungspflicht unterliegen.*
- (iii) *Das Verbot jeder auswärtigen Einmischung, die darauf abzielt, auf die Bildung der öffentlichen Meinung an der Saar einzuwirken, insbesondere durch Hilfeleistungen und Unterstützungen der politischen Parteien und Vereine.*
- (iv) *Eine genügend lange Zeit muß verstreichen zwischen der Verwirklichung des § 16 des „Umrisses des Europäischen Statuts“ und dem Datum der Volksabstimmung, um allen politischen Parteien zu erlauben, ihre Ansichten zur Kenntnis der Saarbevölkerung zu bringen; die Dauer dieser vorbereitenden Periode, die von der internationalen Konferenz festzulegen ist, könnte 12 Monate betragen.*
- (v) *Die Uebernahme einer Garantie für die Verwirklichung dieses Teiles der Entschließung durch die Regierungen, die an der internationalen Konferenz teilnehmen.*

**C. Nach dem Inkrafttreten des Europäischen Statuts für die Saar:**

§ 16 des „Umrisses des Europäischen Statuts“ muß in der Weise angewandt werden, daß die politischen Parteien keiner Genehmigungspflicht unterliegen und aus politischen Gründen weder verboten noch zeitweilig untersagt werden können, es sei denn, sie trachten, die demokratischen Freiheiten zu zerstören oder das Europäische Statut für die Saar durch undemokratische Mittel zu ändern.

\*

**Ernennung der Berichterstatter**

Mit Rücksicht auf die Ernennung von Herrn Paul-Henri Spaak, bisheriger Berichterstatter für die Debatten über Allgemeine Politik, zum belgischen Außenminister hat die Kommission ihren Präsidenten, Herrn Guy Mollet, beauftragt, im Mai die Debatte innerhalb der Beratenden Versammlung über „die Politik des Europarats im Hinblick auf die jüngste Entwicklung der Weltsituation“ zu eröffnen.

Herr A. Robens (Großbritannien) wird über die politischen Aspekte der Debatte über die west-östlichen Wirtschaftsbeziehungen sprechen.

**IV. Wirtschaftsfragen**

**Straßburgplan**

Die Arbeitsgruppe des Ausschusses für Wirtschaftsfragen der Beratenden Versammlung tagte am 8. und 9. April in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Federspiel (Däne), um den Entwurf der Antwort der OEEC auf die Empfehlung Nr. 26 der Beratenden Versammlung vom September 1952 betreffend den Straßburgplan zu prüfen. Diese Empfehlung wurde vom Ministerkomitee des Europarats im Jahre 1953 der OEEC zur Prüfung übermittelt.

Am 10. April nahmen die Mitglieder der Arbeitsgruppe an einer Sitzung des Verbindungsausschusses OEEC/Europarat teil, auf welcher ein Gedankenaustausch über den Entwurf der Antwort der OEEC statt-

fand. Auf Grund der Aussprache wird die OEEC nunmehr den endgültigen Text der Antwort fertigstellen und dem Ministerkomitee, zu gleicher Zeit auch der Beratenden Versammlung, vor dem 18. Mai zuleiten.

**Liberalisierung von Dienstleistungen (OEEC)**

Der Rat der OEEC hat neue Liberalisierungsmaßnahmen über die Liberalisierung von Dienstleistungen auf dem Gebiete der Reklame und Propaganda, der Einfuhr von Zeitungen und Zeitschriften, Büchern, Noten und Schallplatten getroffen.

Der Rat hat außerdem beschlossen, die Mitgliedstaaten zu ermächtigen, den Transfer von Beträgen vorzunehmen, die zur Bestreitung von Gebühren für Studienaufenthalte auf Universitäten, Mittel- und Oberschulen für die Dauer von jeweils einem Jahr pro Antrag erforderlich sind. Für den gleichen Zweck können auch die zum Lebensunterhalt erforderlichen Beträge überwiesen werden.

**Liberalisierung des Warenverkehrs (OEEC)**

Die französische Regierung hat beschlossen, die Liberalisierung des Warenverkehrs von 18 vH auf 53 vH zu erweitern.

Die Regierung Großbritanniens hat beschlossen, den Ländern der EZU eine Rückzahlung eines Teiles ihrer Schulden anzubieten.

Der Rat der OEEC beschloß, am 15. April den Bericht seines Wirtschaftsausschusses zu veröffentlichen, welcher sich mit den Gründen des mangelnden Gleichgewichtes innerhalb der EZU befaßt, welches zu der überragenden Gläubigerstellung der Bundesrepublik Deutschland geführt hat, und über die Methoden zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes.

**Landwirtschaft**

Die Arbeitsgruppe des Gemischten Unterausschusses für die Wiedereingliederung der geflüchteten oder überzähligen Landwirte hat sich in Trier unter dem Vorsitz von Herrn M. G. Brown (Großbritannien) vom 4. bis 8. April versammelt.

Die Arbeitsgruppe hat unter anderem die allgemeine Lage der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland geprüft, desgleichen die Schwierigkeiten, welche durch das Problem des Zustromes geflüchteter Landwirte entstehen.

**V. Juristische Fragen**

**Gegenseitige Behandlung von Staatsangehörigen**

Der mit dem Studium dieser Frage beauftragte Sachverständigenausschuß des Europarats tagte vom 5. bis 10. April unter dem Vorsitz von Herrn Voigt (Bundesrepublik Deutschland) in Straßburg. Der Ausschuß setzte seine Aussprache über gewisse Punkte des Konventionsentwurfes fort und wird sich am 21. Juni wieder treffen.

**Vereinfachung von Grenzformalitäten**

Der Unterausschuß der Kommission für Juristische und Verwaltungsfragen der Beratenden Versammlung, der mit dem Studium der Vereinfachung von Grenzformalitäten beauftragt ist, hat sich in Lyon vom 13. bis 15. April unter dem Vorsitz von Herrn Hyde (Großbritannien) versammelt.

Der Unterausschuß hat unter anderem einen Berichtsentwurf geprüft, der von Herrn Hyde vorgelegt wurde

und der sich auf die Vereinfachung der Grenzformalitäten für private Personenwagen bezieht.

#### *Menschenrechte (Berichtigung)*

In den Mitteilungen des Europarates (Europa-Archiv 8-9/1954, S. 6556) wurde mitgeteilt, daß die Konvention zum Schutze der Menschenrechte nebst Zusatzprotokoll im März von der zweiten Kammer der Generalstaaten der Niederlande angenommen sei und sich auch auf die überseeischen Gebiete der Niederlande erstrecke. Tatsächlich ist jedoch die Rechtslage so, daß der Geltungsbereich der Konvention und des Zusatzprotokolls von der niederländischen Regierung auf Surinam und die niederländischen Antillen nur mit Zustimmung der Regierungen dieser Gebiete ausgedehnt werden kann. Die Zustimmung der Regierung der niederländischen Antillen liegt inzwischen vor.

### **VI. Kulturelle Fragen**

#### *Abkommen*

#### *über die Gleichwertigkeit von Schulabgangszeugnissen*

Die Europäische Konvention über die Gleichwertigkeit der zum Hochschulstudium berechtigenden Schulabgangszeugnisse der Mitgliedstaaten des Europarats ist am 20. April in Kraft getreten, nachdem die dänische Regierung die Ratifikationsurkunde beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt hat (vgl. Mitteilungen des Europarats in Europa-Archiv 8-9/1954, S. 6557).

#### *Herr Robert Schuman als Vertreter des Europarats*

Auf Vorschlag des Ausschusses der Sachverständigen für kulturelle Fragen wurde Herr Robert Schuman, ehemaliger französischer Außenminister, von den Stellvertretern der Minister beauftragt, den Europarat bei den im August 1954 stattfindenden Gesprächen von Sao Paulo zu vertreten. Diese Veranstaltung findet unter den Auspizien der UNESCO statt und hat zum Thema: „Begegnungspunkte des kulturellen Lebens in Europa und auf dem amerikanischen Kontinent“.

#### *Europäischer Runder Tisch*

Der Unterausschuß der Publizisten, welche an den Arbeiten des Europäischen Runden Tisches in Rom teilgenommen haben, trat am 29. April zu einer zweitägigen Sitzung in Straßburg zusammen. Den Vorsitz führte Herr Paul M. G. Levy, Direktor der Presse- und Informationsabteilung des Europarats. Der Unterausschuß beriet über die Ergebnisse jener Veranstaltung und die geplanten Veröffentlichungen hierüber. Es wurde vorgeschlagen, die Unterlagen von Rom zu veröffentlichen und ein umfassendes Studium der Probleme der geistigen und kulturellen Einheit Europas zu unternehmen.

#### *Schutz von Kunstgegenständen (UNESCO)*

Die UNESCO eröffnete am 20. April im Haag eine Regierungskonferenz über die Frage des Schutzes von Kunstwerken in Kriegszeiten, mit der Absicht, eine internationale Konvention auszuarbeiten.

### **VII. Flüchtlinge und Ueberbevölkerung**

#### *Problem der*

#### *wirtschaftlich nicht eingliederungsfähigen Flüchtlinge*

Die Stellvertreter der Minister haben im Verlauf ihrer 19. Sitzung vom 29. März bis zum 3. April den Mitglied-

staaten des Europarats empfohlen, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge die größtmögliche Unterstützung zu gewähren in seinen Bemühungen, eine Lösung für das Problem der wirtschaftlich nicht eingliederungsfähigen Flüchtlinge zu finden und die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung darauf zu lenken. Desgleichen haben sie den Regierungen nahegelegt, den griechischen Kriegswaisen Stipendien zu gewähren und ihnen ihre Ferienlager zu öffnen; sie haben beschlossen, ein Forschungsstipendium des Europarats einer griechischen Kriegswaisen zuzusprechen.

#### *Sonderbeauftragter des Rates*

#### *Besuch in Bonn*

Herr Pierre Schnetter, Sonderbeauftragter des Europarats für Flüchtlings- und Ueberbevölkerungsfragen, hat sich vom 6. bis zum 10. April zu einem offiziellen Besuch nach Bonn begeben. Er wurde von Bundeskanzler Adenauer empfangen und hat sich unter anderem mit Herrn Bleek, Staatssekretär im Innenministerium der Bundesrepublik, mit Herrn Storch, Arbeitsminister, mit Herrn Oberländer, Bundesminister für Flüchtlinge und Vertriebene, und mit zahlreichen Parlamentariern unterhalten.

Nachdem Herr Schnetter in der Umgebung von Bonn mehrere Flüchtlingslager besucht hat, hielt er eine Pressekonferenz ab, in deren Verlauf er der Bundesregierung für ihren Empfang dankte; er erklärte unter anderem im Hinblick auf das deutsche Flüchtlingsproblem, die Mehrzahl der Flüchtlinge müsse in Deutschland selbst Aufnahme finden. Für andere Länder, zum Beispiel Italien, käme als beste Lösung die Eingliederung in andere europäische Länder in Frage. Die Bundesrepublik leide an den Folgen des Kalten Krieges, folglich müßten die europäischen Staaten ihr zu Hilfe kommen; die Finanzierung könnte durch die Schaffung eines Europäischen Institutes gesichert werden.

#### *Besuch in Rom*

Herr Pierre Schnetter hielt sich zu einem offiziellen Besuch vom 11. bis 17. April in Italien auf. Er hatte Unterredungen mit dem Generaldirektor für das Auswanderungswesen sowie mit einer Reihe von Persönlichkeiten des Außenministeriums in Rom. Nach einem Besuch der Städte Mofetta, Andria, Bari und Tarent wurde Herr Schnetter von folgenden Persönlichkeiten empfangen: Herr Medici, Minister für Landwirtschaft, Herr Campilli, Präsident der Casa per il Mezzogiorno, Herr Vigorelli, Arbeits- und Sozialminister, Herr Dominedo, Unterstaatssekretär für Auswanderungswesen im Außenministerium, Monsignore Montigni, Unterstaatssekretär im Vatikan.

#### *Zwischenstaatlicher Ausschuß für europäische Wanderung (ICEM)*

Dieser Ausschuß trat vom 26. bis 30. April in Genf zusammen. Am 26. und 27. April nahm Herr Schnetter an den Verhandlungen teil.

#### *Konvention der Vereinten Nationen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge*

Diese Konvention wurde am 28. Juli 1951 von 20 Mitgliedern der Vereinten Nationen unterzeichnet und trat am 22. April 1954, 30 Tage nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde der australischen Regierung, in Kraft.



## VIII. Verschiedenes

*Wahlen in Belgien*

Anläßlich der Parlamentswahlen in Belgien am 11. April wurden sämtliche belgische Abgeordnete zur Beratenden Versammlung des Europarats sowie ihre Stellvertreter wiedergewählt.

Die neue Regierung unter dem Vorsitz von Herrn Achille van Acker (Sozialist) enthält drei Mitglieder, welche der Beratenden Versammlung angehörten: die Herren Paul-Henri Spaak, Außenminister, Jean Rey, Wirtschaftsminister, und Victor Larock, Außenhandelsminister. Herr Pierre Vermeylen, der neue Innenminister, war Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der EGKS.

*Britische Abgeordnete zur Beratenden Versammlung*

Am 14. April wurde die britische Delegation zur Beratenden Versammlung ernannt. Die Konservative Partei stellt als Abgeordnete die Herren Nutting, Parlamentarischer Staatssekretär im Außenamt, MacLay, ehemaliger Verkehrsminister, Bell, Sir E. Boyle, Sir L. Campbell, Hollis, Lord John Hope, Oakshott, Lord Fairfax. Die Labour Party stellt als Abgeordnete die Herren Bottomley, Morrison, Robens, Callaghan, Chetwynd, de Freitas, Peart, Lord Henderson. Lord Layton ist wie bisher der Vertreter der Liberalen Partei.

Als Stellvertreter wurden benannt:

für die Konservative Partei die Herren Foster, Unterstaatssekretär für die Beziehungen mit dem Commonwealth, Dodds-Parker, parlamentarischer Unterstaatssekretär im Außenamt, Brooman-White, Fletcher-Cooke, Fort, Smithers, Lord Chesham; für die Labour Party Frl. Burton, die Herren Bowden, Mellish und Thomson; für die Liberale Partei Herr Wade.

Folgende Herren gehören der Beratenden Versammlung nicht mehr an: Amery, Sir Robert Boothby, Brown, Healey, Hyde.

*Der Generalsekretär in Genf*

Der Generalsekretär des Europarats, Herr Léon Marchal, begab sich in Begleitung des Stellvertretenden Generalsekretärs, Herrn Lincoln, nach Genf, um mit den führenden Persönlichkeiten der in Genf domizilierten internationalen Organisationen Verbindung aufzunehmen.

Es wurden Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem Europarat und den verschiedenen Organisationen besprochen.

Die Herren Marchal und Lincoln hatten Unterredungen mit Herrn Adrian Pelt, Direktor des Europäischen Büros der Vereinten Nationen, den Herren Morse und Jenks, Generaldirektor und Stellvertretender Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes, Herrn Gunnar Myrdal, Generalsekretär der ECE, Herrn van Heuven-Goedhart, Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, Herrn Gibson, Direktor der ICEM, den Herren Dr. Dörolle und Dr. Montus von der Weltgesundheitsorganisation und Herrn Royer, stellvertretender Generalsekretär der Internationalen Handelsorganisation.

Im Europäischen Kulturzentrum wurden die Herren Marchal und Lincoln von Herrn Raymond Silva, dem Generalsekretär dieser Organisation, empfangen.

*Der Generalsekretär in Nancy*

Am 28. April hielt der Generalsekretär des Europarats, Herr Léon Marchal, vor dem Europäischen Universitätszentrum in Nancy einen Vortrag über das Thema: „Der Europarat und die Souveränität“. Dieser Vortrag gehörte in den Rahmen einer Reihe von Vorträgen mit dem Thema: „Der Bau Europas und die Souveränitäten“.

*Direktion der Beratenden Versammlung*

Herr Caracciolo, der stellvertretende Generalsekretär und Direktor der Versammlungsabteilung im Europarat, wurde vom Generalsekretär auf eigenen Wunsch und aus persönlichen Gründen auf unbestimmte Zeit beurlaubt. Herr Huntzbuehler wurde mit der Vertretung beauftragt.

*Abschaffung von Sichtvermerken*

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Oesterreichische Bundesregierung haben beschlossen, mit Wirkung vom 15. Mai 1954 den Sichtvermerkzwang gegenseitig aufzuheben.

Die französische Regierung hat beschlossen, den Sichtvermerkzwang für Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland für Reisen nach Frankreich von einer Dauer von weniger als drei Monaten ab 15. Mai 1954 aufzuheben.

*Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft*

Die luxemburgische Kammer hat am 7. April mit 46 gegen zwei Stimmen bei zwei Enthaltungen den Vertrag über die Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gebilligt.

Die italienische Regierung hat dem Parlament am 6. April den Vertrag über die Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zum Studium durch die zuständigen Ausschüsse vorgelegt.

Die Vertreter der sechs Signatarstaaten der EVG und ein Vertreter der britischen Regierung haben am 14. April in Paris ein „Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der EVG“ sowie zwei Zusatzserklärungen unterzeichnet. Diese Texte vervollständigen den Vertrag vom Mai 1952.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat in einer amtlichen Erklärung die Garantien der Regierung der USA für die EVG bekanntgegeben.

*Ratifizierung der Europäischen Konvention über Atomenergie*

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat dem Bundestag den Entwurf eines Gesetzes über die Ratifizierung der Konvention über die Einrichtung einer Europäischen Organisation für die Kernforschung vom 1. Juli 1953 zugeleitet.

Diese Konvention ist bereits von der Schweiz und Großbritannien ratifiziert worden.

*Europäisches Büro für protestantische Dokumentation*

Anfang April trafen sich etwa hundert protestantische europäische Journalisten in Paris, um einen Beitrag zum engeren Zusammenschluß zwischen den europäischen Nationen zu liefern. Es wurde ein Verwaltungsrat gebildet und die Schaffung einer Dokumentationszentrale in Straßburg beschlossen.

# Die Diskussion über die gegenwärtige Rechtsstellung des Saarlandes

Von Professor Dr. Eberhard Menzel

*Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg*

Seit der Veröffentlichung des Saarbeitrages des Verfassers im Herbst 1951 (vgl. Europa-Archiv 16—17/1951, S. 4259 ff.) ist die Saarfrage weiterhin umstritten geblieben. Durch das Bekanntwerden des sogenannten van Naters-Planes (vgl. Europa-Archiv 3/1954, S. 6344 ff., und 10/1954, S. 6592 ff.) ist die Diskussion stärker in den Mittelpunkt des öffentlichen Geschehens getreten, wie es unter anderem die letzte außenpolitische Debatte des Bundestages (vgl. den Kurzbericht auf S. 6626 dieser Folge) zeigt. Der nachfolgende Beitrag schildert zunächst die politische Entwicklung an der Saar seit 1952 und gibt dann einen Ueberblick über die gegenwärtige Rechtsstellung des Saarlandes, wobei die verschiedenen Standpunkte einander gegenübergestellt werden.

In einer späteren Folge sollen die in diesem Beitrag nicht behandelten Vorschläge zur Europäisierung des Saarlandes ausführlich dargestellt werden. H. V.

Die Saarfrage ist nunmehr wieder in den Vordergrund der politischen Auseinandersetzungen gerückt. Die noch vor etwa zwei Jahren vorhandene Möglichkeit, eine Einigung nur im Kreis der unmittelbar Beteiligten und gewissermaßen unauffällig herbeizuführen, ist nicht ausgenutzt worden. Inzwischen haben sich die Fronten erheblich versteift: Frankreich fordert eine seinen Interessen entsprechende Lösung als Preis für die Zustimmung zum EVG-Vertrag. Im Europarat wurde der Allgemeine (Politische) Ausschuß der Beratenden Versammlung mit der Ausarbeitung von „Europäisierungs“-Vorschlägen befaßt. In der Bundesrepublik wirkt sich die Enttäuschung über die französische Haltung in einem Gegensatz zwischen der Regierungskoalition und der Opposition aus, wobei sich noch erhebliche Nuancierungen zwischen den Regierungsparteien ergeben. Außerdem meldet sich nunmehr das Saarland verstärkt zu Wort, und zwar auch hier geteilt in die Stimmen der Regierung und der Opposition.

Die gegenwärtige Situation in der Saarfrage ist also reichlich verworren. Dies zeigt sich schon darin, daß sich eine Uebereinstimmung nicht einmal über die jetzige Rechtsstellung des Saarlandes erzielen läßt. Das hier entscheidende Problem, ob das Saarland wenigstens „de jure“ bis zu einer eventuellen friedensvertraglichen Regelung noch zu Deutschland gehört oder nicht, ist völlig umstritten. Eine noch größere Unklarheit herrscht über das zukünftige politische und insbesondere territoriale Schicksal. Diese Unsicherheit erklärt sich aber nicht nur aus den unterschiedlichen Interessen etwa Frankreichs und Deutschlands und der gegenwärtigen allgemeinen Lage, die diese Divergenzen scharf in Erscheinung treten lassen, sondern hat ihre Ursache zum mindesten auch in der politischen Entwicklung des Saarlandes seit 1952. Da die gegenwärtigen Auseinandersetzungen von hier ihren Ausgang nehmen, sei in aller Kürze auf sie eingegangen.

## Die politische Entwicklung des Saarlandes seit 1952

Die politische Entwicklung des Saarlandes in dem angegebenen Zeitraum ist im wesentlichen durch drei Faktoren bestimmt: Die auf saarländische Vorstellungen zurückgehende Veränderung in der Einflußnahme Frankreichs, die in der Außerkraftsetzung einiger älterer Abkommen und in deren Ablösung durch eine Serie neuer Abkommen zum Ausdruck kommt. Als noch schwerwiegender haben sich die Vorgänge um die Landtagswahlen vom 30. November 1952 herausgestellt, insbesondere unter Berücksichtigung des Verbotes der Deutschen Demokratischen Partei Saar (DPS) und der Nichtzulassung anderer Parteien sowie der Beschränkung in der

politischen Meinungsfreiheit. Als drittes Moment kommen die weitgehend gescheiterten Versuche der Saarregierung hinzu, auf dem Wege vor allem über den Europarat eine internationale Anerkennung des gegenwärtigen Provisoriums zu erzielen.

Wie bereits in dem früheren Bericht über die Saarfrage<sup>1</sup> hervorgehoben wurde, sichert sich Frankreich auf nahezu allen Bereichen des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens eine ausgesprochene Vorrangstellung. Sowohl französische als auch saarländische Veröffentlichungen charakterisieren nunmehr offen die durch die erste Serie der Abkommen geschaffene Lage als *Errichtung eines Protektorats-*



*verhältnisses.* Daß dieser Zustand auf die Dauer von der Saarbevölkerung nicht gebilligt wurde, war angesichts der zahlreichen Reibungspunkte nur zu verständlich. Außerdem hatte sich die französische Politik durch das Wort von der „Autonomie des Saarlandes“ auf ein nicht ungefährliches Parkett begeben: *Autonomie bedeutet Recht auf selbständige Entscheidung.* Hierbei mußte sich notwendigerweise das in der ersten Serie der Abkommen verankerte Interventionsrecht des Hohen Kommissars sowie die weitgehende Uebernahme des französischen Rechts als Hindernis erweisen. Es ist daher kennzeichnend, daß der Begriff Autonomie in neuerer Zeit mit deutlicher Betonung dieser „Selbständigkeits“-Tendenz zwar von der saarländischen Regierung, dagegen kaum mehr von französischer Seite gebraucht wird (hier ist er durch den farblosen und damit die politische Handlungsfreiheit nicht einschränkenden Begriff der „Französisch-saarländischen Union“ ersetzt). Dieses saarländische Autonomiestreben machte sich in den letzten Jahren verstärkt geltend. Es hat unter anderem dazu geführt, daß die den politischen Anschluß an Frankreich propagierende Einrichtung des MRS (Mouvement pour le rattachement de la Sarre à la France) der Selbstauflösung anheimfiel. Ferner haben sich recht erhebliche Spannungen hinsichtlich der Ausnutzung des wirtschaftlichen Potentials zugunsten Frankreichs ergeben, die Frankreich zu erheblichen Zugeständnissen in der neuen Abkommensserie zwangen.

Schon im November 1949 protestierte die Bergarbeiterschaft in Sulzbach gegen die lediglich Frankreich zugute kommende Ausnutzung der Kohlengruben, die in der 1947 errichteten Régie des Mines ihren Ausdruck fand. Am 12. März 1950 protestierte auch der Industrieverband Bergbau gegen das Saargrubenabkommen der ersten Vertragsserie. Die Sozialdemokratische Partei (SPS) sowie die damals noch erlaubte DPS erhoben ebenfalls Bedenken. Diese Ablehnung der bis dahin geltenden Regelung der Eigentums- usw. Frage führte zur Umbildung der Regierung *Hoffmann*, zu einer neuen Folge von weiteren Protestaktionen und zur Forderung nach Neuwahlen. Der Gewerkschaftsausschuß als oberste Instanz der einheitlichen Saargewerkschaft schloß sich diesen Forderungen an. Weitere Forderungen der Parteien waren: Rückgabe der beschlagnahmten Vermögen, Aufhebung der Sequesterverwaltung, Rücknahme der Ausweisungen von Saarländern, Gewährung politischer Meinungs- und Vereinigungsfreiheit — vor allem hinsichtlich der politischen Parteien. Ein Höhepunkt dieser Spannungen wurde erreicht, als Paul *Kutsch*, der Vorsitzende der Saargewerkschaft, sich gegen die „französische Vorherrschaft“ wandte und den Abschluß neuer Abkommen mit Frankreich forderte. Nach seiner Ernennung zum ersten Vorsitzenden des Industrieverbandes Bergbau

setzte er sich ebenfalls für den Uebergang der Saargruben auf das Saarland sowie für die Beachtung der demokratischen Freiheiten ein. Im November 1952 gelang zunächst ein Gegenschlag: Ein „Schiedsverfahren“ führte zur Amtsenthebung von Kutsch und vier weiteren Vorstandsmitgliedern. Die rechtliche Grundlage war jedoch so unzulänglich, daß das Landgericht Saarbrücken entschied, die Tätigkeit des alten Vorstandes dürfe nicht behindert werden. Als bei einer außerordentlichen Generalversammlung des Industrieverbandes Bergbau Kutsch das Vertrauen (gegen die Stimmen der Kommunisten) ausgesprochen wurde, löste das saarländische Innenministerium am 5. Februar 1953 den Industrieverband auf.

#### *Die neuen französisch-saarländischen Abkommen*

Wenn auch der Versuch gemacht wurde, durch den Einsatz polizeilicher Mittel der öffentlichen Mißstimmung Herr zu werden, so war der Druck doch so stark, daß durch den *Abschluß neuer Abkommen* in der Tat ein Teil der Forderungen erfüllt wurde. So entstand die — einige Tage vor der Landtagswahl vom 30. November 1952 offiziell angekündigte — neue Serie der Abkommen zwischen Frankreich und dem Saarland. Dieses am 20. Mai 1953 in Paris unterzeichnete und seit 1. Januar 1954 in Geltung befindliche Vertragswerk besteht aus dem sogenannten „Allgemeinen Vertrag“, dem Wirtschaftsvertrag, dem Vertrag über den gemeinsamen Betrieb der Saargruben, dem Justizvertrag, der Aenderung und Ergänzung der Konventionen über den Rechtshilfeverkehr, dem Vertrag über die Steuer- und Haushaltssatzung sowie dem Vertrag zur Ausschaltung der Doppelbesteuerung. Diese sieben neuen Verträge ersetzen die entsprechenden Abkommen von 1948 und 1950.

In dem sogenannten *Grubenvertrag* wird in der Präambel hervorgehoben, daß das Saarland nunmehr einen begründeten Anspruch auf Uebertragung des Eigentums an den Saargruben bei einer friedensvertraglichen Endregelung besitze. Außerdem wird bereits jetzt die französische „Régie des Mines de la Sarre“ durch die mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattete Organisation der „Saarbergwerke“ abgelöst. Bei den Organen dieser SBW hat man nunmehr hinsichtlich der Zusammensetzung des Vorstandes (5 Mitglieder, wovon mindestens je 2 die französische und die saarländische Staatsangehörigkeit besitzen müssen) und des Grubenrates (je zehn Franzosen und Saarländer) den Grundsatz der Parität eingeführt. Ähnliches gilt für die Stellen des Präsidenten und des Generaldirektors. Die Bergbauabgaben sind jedoch nach französischem Muster geregelt. Schon diese Beispiele lassen erkennen, daß keineswegs alle saarländischen Wünsche erfüllt wurden. Vor allem machen sie deutlich, daß es sich vorerst allenfalls um die *französisch-saarländische Gleich-*

berechtigung auf diesen Gebieten handelt, keinesfalls aber um die Gewährung einer Autonomie. In der Frage des Kohlenabbaues im Warndt kam es auch nur zu einer materiell wenig befriedigenden Kompromißlösung; dieses Abkommen sieht lediglich die Errichtung einer gemischten Schiedskommission vor.

Der Blick in die anderen neuen Abkommen zeigt ebenfalls, daß zwar ein gewisses Zurückschrauben des französischen Einflusses zu verzeichnen ist, jedoch von einer Autonomie nicht gesprochen werden kann. Auch hier handelt es sich weitgehend darum, das Saarland in etwa gleichberechtigt zu machen mit Frankreich. Das *Wirtschaftsabkommen* erlaubt nunmehr dem Saarland, nicht nur wie bisher lediglich Berater, sondern Vertreter zu Verhandlungen über französische Wirtschaftsverträge zu entsenden. Eine Zweigstelle französischer Dienststellen zur Erteilung von Einfuhrlicenzen wird in Saarbrücken eröffnet. Das Saarland kann ferner einen Vertreter in den Conseil National Français du Crédit entsenden. Auch ein gemischtes Kontrollkomitee als Aufsichtsorgan für Banken und Kreditinstitute wird geschaffen. Aber was bedeutet dies alles gegenüber den bestehenden Verpflichtungen des Saarlandes? Das Preisfestsetzungssystem ist nach dem französischen auszurichten, das Zollwesen bleibt in französischen Händen, die Einfuhrlicenzen werden von Frankreich erteilt, die Erhebung von Steuern und Soziallasten ist der französischen Praxis anzugleichen usw. Auch der *Justizvertrag* läßt den weiterbestehenden französischen Einfluß erkennen: Zwar ist nunmehr die Zuständigkeit des Kassationshofes in Paris als Revisionsinstanz beseitigt, aber an dessen Stelle treten für eine Reihe von Verfahren ein gemischt saarländisch-französischer Gerichtshof und ein entsprechender Oberster Gerichtshof. Während ersterer aus je zwei saarländischen und französischen Richtern unter dem Vorsitz eines Saarländers besteht, entscheidet letzterer ebenfalls mit je zwei saarländischen und französischen Richtern, aber unter dem Vorsitz eines Franzosen. Da der obersten Instanz die Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung zufällt, wird diese also nach wie vor unter französischem Uebergewicht vorgenommen. Dieses Gerichtssystem findet neben dem „einheimischen“ (Amtsgericht — Landgericht — Oberlandesgericht nach deutschem Muster) Anwendung, wenn nach den Konventionen französisches Recht mittelbar oder unmittelbar anzuwenden ist: bei Vergehen und Verbrechen gegen die Staatssicherheit oder bei Beteiligung französischer Wehrmachtsangehöriger an dem Verfahren (in einigen dieser Fälle tagt der Gerichtshof dann mit drei französischen und nur zwei saarländischen Richtern). Der Oberste Gerichtshof entscheidet ferner über Amtshaftungsklagen usw. gegen den französischen Staat. Im Falle eines staatlichen Notstandes kommt die französische Gesetzgebung in Anwendung einschließlich der Uebernahme

der Justizfunktion durch französische Militärgerichte. Der neue *Vertrag über das Rechtshilfeverfahren* in Ergänzung des Abkommens vom 3. März 1950 enthält Vorschriften über Auslieferung, Strafregistrauszüge, Verhaftungsmittelungen, Unentgeltlichkeit im Verkehr zwischen Verwaltungsbehörden, Gleichstellung in der Armenrechtsgewährung sowie technische Einzelheiten über Rechtshilfeersuchen usw. Diese Bestimmungen wären zu begrüßen, wenn sie nicht nur einseitig das französisch-saarländische Verhältnis privilegierten, sondern für alle Nachbarn des Saarlandes gelten würden. Einige Erleichterungen sind in dem *Vertrag über die Steuer- und Haushaltssatzung* eingeführt. Die Zollverwaltung im Saarland bleibt aber; wie schon erwähnt, in französischen Händen, ebenso sind die französischen Bestimmungen über den Außenhandel und die Devisenkontrolle anzuwenden. Desgleichen gilt im Saarland auch das französische System der indirekten Besteuerung. Dagegen wird das saarländische Tabak- und Zündwarenmonopol anerkannt, während für das Alkoholmonopol Sondervorschriften gelten. Bedeutsam sind in diesem Zusammenhang die finanziellen Fragen: Die Neubauten für die französische Zollverwaltung usw. sind vom Saarland zu erstellen, verbleiben aber im Eigentum des Saarlandes. Die insbesondere aus den Zollabgaben erzielten Einnahmen werden zwischen Frankreich und dem Saarland im Verhältnis der Bevölkerungszahlen geteilt. Außerdem hat das Saarland 5 vH — früher 7,5 vH — des ordentlichen Haushalts an Frankreich für die anlässlich der Durchführung der Verträge entstehenden Kosten sowie für die Uebernahme des militärischen Schutzes durch Frankreich abzuführen. Ein anderes Abkommen behandelt *Fragen zur Ausschaltung der Doppelbesteuerung* und enthält Regelungen für die Umsatzsteuer, die Erbschaftsteuer usw. Bemerkenswert ist hier nur, daß bislang keine analogen Verträge zwischen dem Saarland und anderen Staaten geschlossen wurden.

Das letzte Abkommen — in der üblichen Reihenfolge das erste — ist der sogenannte *Allgemeine Vertrag*. Er trägt insofern ein etwas anderes Gesicht, als es sich hierbei nicht um die Frage der französisch-saarländischen „Gleichberechtigung“ bei der Regelung von saarländischen Angelegenheiten, sondern um die Fiktion einer saarländischen Autonomie handelt. Das Saarland wird ermächtigt, eine diplomatische Vertretung in Paris zu eröffnen — Frankreich hatte schon früher die Stellung des „Hohen Kommissars“ im Saarland in dieser Weise „diplomatisiert“ — und Konsulate in Frankreich sowie in den afrikanischen und überseeischen Gebieten Frankreichs zu eröffnen. Zum diplomatischen Vertreter des Saarlandes in Paris wurde inzwischen Dr. Edgar Hector ernannt, der die französische Staatsangehörigkeit besitzt. Diese Regelung ist aber kaum mehr als ein Entgegenkommen in Etikettefragen. Denn das Saar-



land ist nicht befugt, selbständig internationale Verträge zu schließen. Es kann zwar Vertreter zu französischen Auslandsvertretungen entsenden, hat aber keinerlei Möglichkeit zu selbständigen außenpolitischen Maßnahmen. Es unterliegt gemeinsamer französisch-saarländischer Absprache, ob das Saarland beispielsweise bei internationalen Konferenzen durch eigene Vertreter repräsentiert wird. Das gleiche gilt für die Teilnahme an internationalen Organisationen. Handels-, Zoll- und Währungsverträge werden von Frankreich ohne weiteres auch für das Saarland abgeschlossen, wobei kein Zustimmungs- oder Ablehnungsrecht des Saarlandes besteht. Andere internationale Verträge sind dagegen dem saarländischen Landtag vorzulegen. Was im Weigerungsfall geschieht, bleibt aber offen, da verfassungsrechtlich die Vertretung der Auslandsinteressen durch Frankreich anerkannt ist und es deshalb nicht schwer sein dürfte, aus dieser allgemeinen Regelung im Einzelfall entsprechende Duldungspflichten abzuleiten. Wie wenig sich allgemein auf diesem Gebiet, in dem sich das Saarland in das Schlepptau Frankreichs begeben hat, praktisch durch die neuen Abkommen geändert hat, zeigen auch die Bestimmungen über die Weitergeltung französischer Vorschriften im Saarland. Während bisher für einige Bereiche die französische Gesetzgebung automatisch im Saarland Geltung hatte, wird sie nunmehr durch eine Verordnung der Saarregierung und Veröffentlichung im Amtsblatt eingeführt. Doch wird ausdrücklich bestimmt, daß sie an dem Tage in Kraft tritt, der auf die Ankunft des Journal Officiel am Sitz der Regierung folgt. Man kann daraus nur schließen, daß ein gewisses Entgegenkommen in der äußeren Form, dagegen kein französisches Nachgeben in der Sache selbst erfolgt ist. Den gleichen Charakter trägt die Abmachung, daß Frankreich Entwürfe für Gesetze usw., welche die Interessen des Saarlandes berühren, der saarländischen Regierung vorher zuleitet, ohne daß dieser damit ein Widerspruchsrecht gewährt wird. Das ist die gleiche Lösung, die das Bonner Grundgesetz in Artikel 32 Absatz 2 im Verhältnis Bund—Länder trifft, was ein bemerkenswertes Schlaglicht auf die Rechtsstellung des Saarlandes gegenüber Frankreich wirft. Ein ähnlicher Vergleich hinsichtlich der Bestimmungen über den Aufenthalt und die Rechte der französischen Streitkräfte im Saarland und der entsprechenden Vorschriften über die in der Bundesrepublik zu stationierenden EVG- beziehungsweise alliierten Truppen in dem Bonner und Pariser Vertrag läßt ebenfalls klar erkennen, in welcher stärkeren Abhängigkeit sich das Saarland gegenüber Frankreich befindet.

Betrachtet man die durch die Abkommen von 1953 erfolgte Neuregelung des französisch-saarländischen Verhältnisses als Ganzes, so sind zwar unter dem Motto „Gleichberechtigung“ und „Autonomie“

manche Erleichterungen eingetreten. Es ist auch richtig, daß kein offizielles Vetorecht des französischen Vertreters im Saarland gegenüber der saarländischen Gesetzgebung mehr besteht. Aber was ist dadurch geändert, wenn gleichzeitig auf entscheidenden Gebieten die Geltung der französischen Gesetzgebung nochmals statuiert wird und insbesondere in dem Bereich der auswärtigen Gewalt die französische Federführung weiter anerkannt bleibt? Die Abkommen sind allenfalls ein Ausdruck dafür, daß dem Grundsatz des „fortiter in re“ der französischen Saarpolitik nunmehr ein „suaviter in modo“ angefügt wurde. Man tut daher gut daran, die Auswirkungen der neuen Abkommen nicht zu überschätzen. Die „Gleichberechtigung“ ist auf weiten Gebieten nochmals ausdrücklich ausgeschlossen worden, und um die Autonomie ist es, wie die Abkommen erkennen lassen, noch schlechter bestellt.

#### *Der Streit um die Wahrung der Grundrechte und das Verbot deutscher Parteien*

Haben die neuen Abkommen vor allem das französisch-saarländische Verhältnis zum Gegenstand, so hat die politische Entwicklung im Saarland auf einem anderen Gebiet eine Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik hervorgerufen. Es handelt sich hier um die Vorgänge, die mit der Gewährung des *Rechtes auf freie Meinungsäußerung, der Pressefreiheit und — im Hinblick auf die Bildung von politischen Parteien — der Vereinigungsfreiheit* zusammenhängen.

Um den Ereignissen gerecht zu werden, sei auf folgendes Grundproblem hingewiesen: Die Saarregierung betrachtet das Saarland in seiner gegenwärtigen Situation als mehr oder weniger souveränen Staat. Sie nimmt daher alle Rechte eines solchen für sich in Anspruch. Darunter fällt auch das Problem der Erhaltung der derzeitigen staatlichen Ordnung unter dem Gesichtspunkt des Verfassungsschutzes. Infolgedessen steht nach Auffassung der Saarregierung die Gewährung dieser Grundrechte unter dem Vorbehalt der Anerkennung der verfassungsrechtlichen Grundsätze. Dazu gehört — ebenfalls nach saarländischer Auffassung — die in der Präambel zur Verfassung ausgesprochene territoriale Abtrennung von Deutschland sowie der Wirtschaftsanschluß an Frankreich. Wer diese Grundlagen nicht anerkennt, stellt sich nach der oft geäußerten Ansicht des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann außerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung, verwirkt damit die Berufung auf die Grundrechte und hat unter dem Gesichtspunkt des Verfassungsschutzes polizeiliche und strafrechtliche Ahndung zu gewärtigen.

Diese saarländische Konzeption beruht jedoch auf einem grundlegenden Irrtum: Sie wäre richtig — Parallelen finden sich bezüglich der Verwirkung der Grundrechte etwa in Artikel 18 des Bonner Grundgesetzes —, wenn es sich beim Saarland wirklich um einen anerkannten selbständigen Staat handeln

würde. Demgegenüber sei aber schon hier betont, daß sowohl die saarländische Verfassung als auch die neuen Abkommen deutlich darauf hinweisen, daß die gegenwärtige politische Konstruktion einer endgültigen Regelung im Friedensvertrag mit Deutschland bedarf. Mit anderen Worten: es handelt sich um ein Provisorium. Bei einer solch provisorischen Gestaltung muß es aber freistehen, Gedanken über die zukünftige Gestaltung frei zu äußern und zur Durchsetzung dieser Vorstellungen auf der demokratisch-parlamentarischen Ebene sich des Mittels der politischen Parteien zu bedienen. Die gegenwärtige „Verfassungsordnung“ ist ja nur eine sehr relative. Selbst die Abkommen von 1953 haben hierin einen gewissen, wenn auch nicht sehr durchgreifenden Wandel geschaffen. Der Fehler der saaramtlichen Argumentation liegt also in der *unzulässigen Umdeutung eines Provisoriums in ein Definitivum und der Inanspruchnahme von Rechten, die erst einer allgemein anerkannten Staatlichkeit zustehen*. Hier liegt neben der noch zu kennzeichnenden labilen Rechtsgrundlage des „Saarstaates“ der Schlüssel zum Verständnis für die Auseinandersetzungen in dem Bereich der Grundrechtsgewährung.

Die psychologische Unsicherheit über die eigene Staatlichkeit — Anwendung fremden Rechts auf dem „Staatsgebiet“, Versagung der militärischen, außenpolitischen und weithin auch der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Regelungszuständigkeit — hat naturgemäß die Empfindlichkeit gegen das Infragestellen eben dieser Staatlichkeit erhöht. Waren es anfangs französisch-besatzungsrechtliche Gesichtspunkte, die aus dieser Sensibilität die entsprechenden Folgerungen ziehen ließen, so ist es jetzt das Bewußtsein, daß die Autonomie im Grunde nur eine Fiktion ist. Die Reaktion beispielsweise auf dem Gebiet des Vereinsrechts ist eine Gesetzgebung, die sich inhaltlich schwerlich mit den allgemeinen Grundrechtsbestimmungen der Verfassung vereinbaren läßt. So bestimmt beispielsweise das Vereinsgesetz vom 13. Juli 1950<sup>2</sup>, daß zunächst allen Saarländern das freie Vereinsgründungsrecht zugestanden wird und nur Ausländergründungen von einer Genehmigung durch den Innenminister abhängig zu machen sind. Aber dieser letzteren Lösung haben sich auch Vereinigungen zu unterwerfen, die über Untergliederungen und Ortsgruppen verfügen. Die Entscheidung über Zulassung oder Ablösung kann der Minister nach freiem Ermessen fällen. Noch schärfere Anforderungen stellt das Gesetz über die politischen Parteien vom 17. März 1952<sup>3</sup> nebst DVO vom 24. April 1952<sup>4</sup>. Hiernach ist Bedingung für die Zulassung einer politischen Partei unter anderem (Artikel 3):

„eine von sämtlichen Vorstandsmitgliedern unterzeichnete Verpflichtung, die Verfassung zu achten und über jegliches Parteiinteresse hinweg innerhalb ihres Wirkungsbereiches Bestrebungen entgegenzutreten,

welche die Beseitigung der in der saarländischen Verfassung festgelegten staatlichen oder demokratischen Ordnung zum Ziele haben.“

Entsprechende Normen gelten für die Möglichkeit der Auflösung von Parteien, bei denen diese Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind.

Bei einer liberalen Anwendung dieser Normen ließen sich sicher Mißstände vermeiden. Aber zu einer solchen Handhabung konnte sich die Saarregierung nicht entschließen. Sie hat vielmehr diese Bestimmungen ausgenutzt, um vor allem deutsche Partei-Gründungen zu inhibieren oder ein entsprechendes Verbot auszusprechen. Der in anderem Zusammenhang später noch ausführlicher zu behandelnde Saarbericht des holländischen Sozialisten *van der Goes van Naters*<sup>5</sup> schildert eingehend — und zwar mißbilligend — die Nichtzulassung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei sowie der CDU im Saarland. Erstere hatte auf Anfrage des Innenministeriums erklärt, sie betrachte die französisch-saarländische Union als ein Provisorium, das „die Saar als unabhängiges Land nicht daran hindere, auf Grund des Völkerrechts zu Deutschland zu gehören“, während letztere ebenfalls unter Berufung auf den provisorischen Charakter der Saarverfassung erklärt hatte, daß diese Verfassung „auf Grund der natürlichen Rechte und des Rechts auf Selbstbestimmung einer Revision unterworfen werden könne“. Beide Parteien wurden nicht zugelassen. Außerdem wurde auf Grund des Artikels 10 der Verfassung und des Paragraphen 7 des Vereinsgesetzes die Deutsche Demokratische Partei Saar (DPS) am 21. Mai 1951 verboten, was durch das am 24. Dezember 1953 zugestellte Urteil des saarländischen Oberverwaltungsgerichts (M8/51) bestätigt wurde. Zu diesem Urteil bemerkt der van-der-Goes-van-Naters-Bericht (Teil II Abschnitt 2 Ziffer 21) recht kritisch:

- „1) Der einschlägige Artikel spricht von einer Tätigkeit einer Vereinigung; der Erlaß, der sich angeblich auf diesen Artikel beruft, spricht nicht von der Tätigkeit, sondern von den Forderungen und Vorschlägen der betreffenden Partei.
- 2) Es ist möglich, daß die Tätigkeit dieser Partei „eine ruhige wirtschaftliche und soziale Entwicklung behindert“, dies wird jedoch in dem Erlaß weder erläutert noch bewiesen; das gleiche gilt für die Behauptung, daß diese Partei „in ihren Veröffentlichungen und auf ihren Versammlungen fortdauernd unwahre Behauptungen über die Regierung verbreitet hat“.
- 3) Außer der Frage nach der formellen Rechtmäßigkeit der erfolgten Auflösung erhebt sich die Frage, ob diese Maßnahme zweckmäßig und klug war. Man ist mit der kommunistischen Partei, die sich bald für, bald gegen die saarländische Unabhängigkeit ausspricht, aber deren Politik jedenfalls im Gegensatz zu den demokratischen Prinzipien steht, nicht so verfahren.
- 4) Wenn es auch nicht ungewöhnlich ist, daß eine Verfassung ihre Unantastbarkeit geltend macht, ... so ist es im Interesse der Demokratie doch erforderlich, eine



solche Forderung vorsichtig durchzusetzen, wenn es sich, wie im Fall des Saargebietes, um eine provisorische Regelung handelt, die nicht von Dauer ist und durch einen endgültigen Status ersetzt werden soll. Es scheint nur, daß bei dem gegen eine Partei, deren anti-demokratischer Charakter nicht erwiesen ist, verhängten Urteilsspruch diese Vorsicht nicht berücksichtigt worden ist.“

Zu dieser wohlabgewogenen und im Ergebnis eindeutigen Stellungnahme des van-der-Goes-van-Naters-Berichts kommen noch die Bemerkungen über Pressefreiheit: Bei der Analyse der einschlägigen Verordnung vom 9. März 1948<sup>6</sup> wird vor allem beanstandet, daß nach Artikel 2 die Veröffentlichung einer Druckschrift von der Genehmigung der Regierung abhängig gemacht wird, sowie ferner, daß nach Art. 10 ein Verbot schon ausgesprochen werden kann, wenn sie „unwahre Angaben enthält... (und) die geeignet sind, die betreffenden Einrichtungen verächtlich zu machen“. Der Bericht schließt zu diesem Punkt mit der Feststellung, es sei „sehr wünschenswert, wenn die Verordnung vom 9. März 1948 baldmöglichst durch ein Gesetz mit liberalem Charakter ersetzt würde“.

Diese Ausführungen werden ergänzt durch die Feststellung, daß — nach *van der Goes van Naters* — die verfassungsmäßige Ordnung des Saarlandes zwar „rechtmäßig“ ist, aber daß darüber nicht vergessen werden dürfe, daß sie nur eine vorläufige ist. Auch die Verfassungsvorschriften über die Unabänderbarkeit seien in diesem Lichte zu betrachten. Es heißt dann weiter:

„Wenn also durch den saarländischen Landtag kein den Grundsätzen der Verfassung entgegengesetzter Änderungsantrag angenommen werden kann, so wird doch nirgends gesagt, daß es verboten ist, in diesem Land dafür einzutreten, daß die Verfassung durch eine andersgeartete, endgültige Verfassung ersetzt werden soll, und die saarländischen Behörden stützen sich auf keine gesetzliche Grundlage, wenn sie die Bestimmungen über die öffentlichen Freiheiten in diesem Sinne auslegen.“

Daß damit eine Mißbilligung mancher Maßnahmen der Saarregierung ausgesprochen ist, dürfte deutlich geworden sein. Selbst in den Reihen der ehemaligen Koalitionspartner des Ministerpräsidenten *Hoffmann* sind schon 1949 ernsthafte Bedenken gegen diese sehr zweckbetonte Handhabung und Auslegung des Grundrechtskataloges geäußert worden. Im Zusammenhang mit den Landtagswahlen vom 30. November 1952 haben auch der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung auf die Unzulässigkeit entsprechender Handlungsweisen amtlicher saarländischer Stellen hingewiesen. Die Bundesregierung hat schon in der Note vom 29. Mai 1951 an die Alliierten auf Mißstände in dieser Richtung aufmerksam gemacht. Zahlreiche Interpellationen und Regierungserklärungen im Bundestag befaßten sich mit dieser Frage<sup>7</sup>. Eine

Denkschrift wurde auch dem Europarat eingereicht, später aber wieder zurückgezogen, um die unmittelbar mit Frankreich geführten Saargespräche nicht durch eine öffentliche Diskussion im Europarat zu erschweren. In beschränktem Ausmaß kam es durch die von Hermann *Pünder* (Bundesrepublik) und von Erwin *Müller* (Saarland) am 17. September 1952 der Beratenden Versammlung des Europarats vorgelegten Anträge<sup>8</sup> zu einer Einbeziehung dieser Frage in die Verhandlungen dieses Gremiums. Der Bericht von *van der Goes van Naters* gibt hierauf eine Teilantwort.

Bei dieser Sachlage ist es nur zu verständlich, wenn die Wahlen vom 30. November 1952 im Saarland von deutscher Seite aus beanstandet wurden, da die Saarregierung alle Zulassungsanträge neuer Parteien abgelehnt und außerdem die DPS verboten hatte. Infolgedessen konnten die Wähler nur für eine Partei stimmen, die sich für den unbedingten wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich ausgesprochen hatte. Selbst das Eintreten dafür, daß zum mindesten ein Teil der die Handelsbeziehungen erleichternden Bestimmungen nicht nur auf Frankreich, sondern auch auf Deutschland ausgedehnt wurde, konnte keinen Ausdruck finden. Wenn auch der van-der-Goes-van-Naters-Bericht die von deutscher Seite aus gegen die Rechtsgültigkeit dieser Wahlen erhobenen Bedenken jedenfalls nicht in diesem Ausmaß teilt, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß durch das Verbot deutscher Parteien und entsprechender Propagandatätigkeit eine Einseitigkeit zutage getreten ist, die mit der Durchführung des demokratischen Gedankens nicht vereinbar ist. Man wird bei dieser Sachlage dafür Verständnis haben müssen, daß die Wahlen in den Augen der deutschen Öffentlichkeit nicht als Musterbeispiel freier Entscheidungsmöglichkeiten gelten können.

Andererseits bieten diese Bedenken gegen die Wahlvoraussetzungen keinen Anlaß dafür, den Ausfall der Wahlen schlechthin zu ignorieren. Man wird trotz allem auch von deutscher Seite anzuerkennen haben, daß die Saarbevölkerung sich zugunsten des gegenwärtigen Provisoriums und der — freilich in ihren Einzelheiten noch nicht klar umrissenen — „Euronäisierung“ entschieden hat. Daß dies nur die Generallinie betrifft und keine Zustimmung zu Einzelmaßnahmen — etwa einzelner Bestimmungen der alten oder neuen Saar-Konventionen mit Frankreich — bedeutet, liegt auf der Hand. Mit dieser Einschränkung zeigt der Ausgang der Wahlen, daß andere Alternativen zunächst von der Saarbevölkerung nicht ins Auge gefaßt sind. Die Möglichkeit, einen entsprechenden Wunsch nach einer anderen Lösung zum Ausdruck zu bringen, hat durchaus bestanden. Von deutscher Seite wurde darauf hingewiesen, daß durch die Nichtteilnahme an der Wahl beziehungsweise Abgabe weißer Stimmzettel eine

derartige Entscheidung herbeigeführt werden könnte. Dieser Anregung ist zwar eine erhebliche Minderheit, keinesfalls aber die Mehrheit der Saarbevölkerung gefolgt: Die Wahlbeteiligung betrug am 30. November 1952 93,1 vH (1946: 93 vH; 1947: 95,7 vH; 1949: 88,5 vH), hielt sich also durchaus im üblichen Rahmen der Vorjahre. Der Prozentsatz der ungültigen Stimmen stieg zwar von 9,7 vH der letzten Wahlen im Jahre 1949 (1946: 5,59 vH; 1947: 9,8 vH) auf 24,5 vH und erreichte damit eine ungewöhnliche Höhe. Rechnet man davon den üblichen Prozentsatz von ungültigen Stimmen ab, so ist eine Gruppe von etwa 15 vH der Wähler der Anregung der deutschen Opposition im Saarland gefolgt. Man wird gut daran tun, dieses Ergebnis illusionsfrei zur Kenntnis zu nehmen. Damit ist freilich nichts darüber gesagt, wie eine Entscheidung über das weitere territoriale Schicksal des Saarlandes bei einer Fragestellung im Stile der vom Versailler Vertrag vorgesehenen und 1935 durchgeführten Volksbefragung ausgefallen wäre. Das Verhalten der Wähler und damit das Motiv ihrer Entscheidung bei einer Landtagswahl, die notwendigerweise unter dem Vorzeichen innerpolitischer Probleme steht, ist sehr verschieden von der Haltung bei einem unter den Aspekten einer völkerrechtlichen Neuordnung stehenden Plebiszit.

In diesem Zusammenhang ist noch auf die saarländischen Beschwerden über die „reichsdeutsche Intervention“ hinzuweisen. Im gleichen Ausmaß, in dem die Bundesrepublik über die Verletzung von Grundrechten im Saarland Klage führt, hat sich die Saarregierung gegen die Beeinflussung der Wahlen von außen gewandt. Daß derartige Beeinflussungsversuche stattgefunden haben, wird niemand leugnen. Ebensovienig wird in Abrede gestellt werden können, daß hierbei Fehlgriffe vorgekommen sind und daß es auch an Taktlosigkeiten nicht gefehlt hat. Allzu „aktions-“ begeisterte Politiker haben geglaubt, hier ein neues Betätigungsfeld gefunden zu haben, und auch manche Dienststellen haben in einer nicht illusionsfreien Einschätzung der Lage Maßnahmen durchgeführt, die besser unterblieben wären. Der in der deutschen Presse erörterte Kampf um die Federführung zweier Ministerien in der Saarfrage ist ein deutliches Zeichen der Mißbilligung und der erwünschten Neuorientierung. Doch eines muß betont werden: Wenn der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung als die beiden für die Führung der auswärtigen Politik verfassungsmäßig zuständigen Organe durch eine gemeinsame Entschliebung festgestellt haben, daß bis zur endgültigen Friedensregelung das Saarland noch als Bestandteil Deutschlands zu betrachten ist, dann gewinnt der Vorwurf der „Intervention“ ein ganz anderes Gesicht. Es handelt sich dann nur darum, ein Gegengewicht gegenüber dem französischen Einfluß in einem Gebiet zu schaffen, das auf Grund einseitiger besatzungsrecht-

licher Maßnahmen abgetrennt wurde und dessen territoriales Schicksal erst noch festgelegt werden muß. Die deutsche Öffentlichkeit steht den Wahlen im Saarland notwendigerweise anders gegenüber als denen etwa in der Schweiz oder Oesterreich. Hier handelt es sich um fremde Staaten, denen gegenüber eine solche Wahlteilnahme eine wirkliche „Intervention“ darstellen würde. Es kommt also bei der rechtlichen Beurteilung dieser „Beeinflussung“ auf die Frage an, ob das Saarland als fremder Staat zu betrachten ist oder nicht. Nur im ersten Fall könnte der Vorwurf der „Intervention“ die ganze Schwere eines völkerrechtlichen Delikts haben. Daß hier der Standpunkt der Bundesregierung von dem der saarländischen Regierung abweicht, ist nur zu verständlich. Dies hat auch der sicher nicht einer besonderen Deutschfreundlichkeit verdächtige *van der Goes van Naters* dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er zwar die Bedenken gegen die saarländische Grundrechts-handhabung mit wertenden Bemerkungen versehen, dagegen über die saarländischen Vorwürfe hinsichtlich der „deutschen Intervention“ nur referiert hat.

Diese Feststellungen führen unmittelbar zu der Betrachtung des dritten Momentes in der saarländischen Entwicklung der letzten Jahre: Ist es inzwischen gelungen, die Staatlichkeit des Saarlandes zur allgemeinen Anerkennung zu bringen oder nicht? Die Antwort hierauf läßt sich am besten durch den Hinweis auf die Saarklauseln in den deutsch-französischen Abmachungen und durch die Kennzeichnung der Stellung geben, die das Saarland im Europarat einnimmt.

#### *Die Bemühungen um Anerkennung der Staatlichkeit des Saarlandes*

Das dritte bedeutsame Moment in der politischen Entwicklung des Saarlandes während der letzten Jahre stellt das Bemühen der Saarregierung dar, eine allgemeine Anerkennung der Eigenstaatlichkeit des Saarlandes zu erzielen. Der Hintergrund dieses Strebens ist klar: Wird die Staatlichkeit anerkannt, so ist damit die Trennung von Deutschland bereits jetzt vollzogen. Eine Entscheidung über das territoriale Schicksal in einem Friedensvertrag mit Deutschland ist dann kaum mehr möglich. Die friedensvertragliche Regelung hätte sich lediglich auf eine Anerkennungsklausel zu beschränken. Aber auch im Verhältnis zu Frankreich würde sich unter Zugrundelegung der vom Völkerrecht einem Staat zuerkannten Eigenrechte eine wirkliche Autonomie und Gleichberechtigung ergeben. Das Saarland würde dann zu einem zweiten Luxemburg werden, jedenfalls soweit sich nicht aus einer „Europäisierung“ andere Folgerungen ergeben würden. Aber auch diese Entscheidung würde dann in die ausschließliche Zuständigkeit des Saarlandes selbst fallen.

Daß Deutschland — das heißt die Bundesrepublik — einem solchen Bestreben nach Anerkennung der



Eigenstaatlichkeit des Saarlandes ablehnend gegenübersteht, erklärt sich aus der einfachen Überlegung, daß damit die auf Grund besatzungsrechtlicher Maßnahmen einseitig vorgenommene Separation gutgeheißen würde. Ein solcher Verzicht würde für das Schicksal der deutschen Ostgebiete eine gefährliche Präcedenzwirkung ausüben. Deshalb haben der Bundestag und die Bundesregierung sich zwar einer „Europäisierung“ des Saarlandes — soweit sie nicht einseitig zu Lasten Deutschlands geht — zugänglich gezeigt, aber andererseits stets den provisorischen Charakter der gegenwärtigen Rechtsstellung dieses Gebietes betont und alles vermieden, was einem Verzicht gleichkommen könnte.

Auch Frankreich hat sich keineswegs beeilt, eine solche Anerkennung auszusprechen, und sein Verhältnis zum Saarland lieber im Zwielficht einer „Unions“-Gestaltung belassen. Frankreich hat ursprünglich den Plan einer Annexion des Saarlandes gehabt<sup>9</sup>, ist aber hierbei auf das glatte „Nein“ der Alliierten gestoßen. Die Alliierten haben dann zwar der besatzungsrechtlich-einseitigen Abtrennung des Saarlandes durch Frankreich zugestimmt, sich aber die Endregelung in einem Friedensvertrag mit Deutschland vorbehalten. Mit der Anerkennung der Eigenstaatlichkeit des Saarlandes würden sie sich der Verfügungsgewalt begeben und damit eine friedensvertragliche Lösung vorwegnehmen. Sie haben andererseits erkennen lassen, daß sie einer „Europäisierung“, welche die Billigung aller Beteiligten finden würde, zustimmen würden. Bei der im Fall des Nichtgelingens der „Europäisierung“ noch ungewissen Haltung der Alliierten hat Frankreich es vorgezogen, sich nicht durch eine ausdrückliche Anerkennung der Eigenstaatlichkeit des Saarlandes festzulegen. Die Einrichtung diplomatischer Vertretungen besagt nichts dagegen, da dies — wie etwa das Beispiel Deutschlands 1871 und selbst noch 1919 zeigt — selbst innerhalb eines bundesstaatlichen Gefüges möglich ist. Auch die Tatsache, daß eine „Regierung“ im Saarland eingerichtet wurde, bedeutet keine Anerkennung einer Eigenstaatlichkeit, da beispielsweise im britischen Reichsverband einige Kolonien ebenfalls über eigene Regierungen und Parlamente verfügen. Die Anerkennung einer Eigenstaatlichkeit des Saarlandes würde sogar die Präponderanz Frankreichs auf wirtschaftlichem usw. Gebiet im Saarland in Gefahr bringen, weil unter Zugrundelegung des völkerrechtlichen Grundsatzes der Gleichberechtigung der Staaten mit einem allmählichen Abbau der privilegierten Stellung gerechnet werden müßte. *Frankreich fördert daher die Autonomiebestrebungen des Saarlandes nur insoweit, als damit die Abtrennung von Deutschland klargestellt wird, nicht aber auch insoweit, als dadurch eine wirkliche Autonomie und damit eine völkerrechtlich anerkannte Eigenstaatlichkeit des Saarlandes hergestellt werden soll.*

Die Saarregierung ist daher bei ihrem Versuch, eine Anerkennung der Eigenstaatlichkeit des Saarlandes zu erzielen, auf erhebliche Widerstände gestoßen. Eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen außer zu Frankreich ist mit keinem Staat erfolgt. Auch die Einrichtung von saarländischen Konsulaten im Ausland, die Frankreich im neuen *Allgemeinen Vertrag* dem Saarland konzidiert hatte, hat sich nicht ermöglichen lassen. Eine selbständige Mitgliedschaft in internationalen Organisationen ist nur dort zugelassen worden, wo die Mitglieder sich nicht nur aus Staaten im völkerrechtlichen Sinn zusammensetzen, sondern wo — wie etwa im Weltpostverein — auch abhängige Gebiete wie etwa Kolonien aufgenommen werden. Auch als echter Partner völkerrechtlicher Verträge ist das Saarland bisher nicht erschienen, da Frankreich die Verträge mit Wirkung auch für dieses Gebiet abschließt. Im zwischenstaatlichen Verkehr ist also eine Anerkennung der saarländischen Eigenstaatlichkeit nicht erfolgt.

Die Saarregierung sah jedoch eine Einbruchsstelle in dieser Front der Ablehnung gegenüber ihren Autonomiewünschen: Wenn überhaupt, so mußte sich eine solche Anerkennung noch am leichtesten im Zusammenhang mit den europäischen Organisationen (Europarat, Montanunion usw.) erzielen lassen.

Die erste Enttäuschung in dieser Richtung bestand darin, daß das Saarland im *Europarat* nur als assoziiertes und nicht als vollberechtigtes Mitglied Aufnahme fand. Damit hat das Saarland beispielsweise weder Sitz noch Stimme im Ministerkomitee. Die Bundesrepublik hat dieses Stadium der bloßen Assoziation zwar auch durchlaufen, ist dann aber als vollberechtigtes Mitglied anerkannt worden. Das Saarland stellt zwar Abgeordnete für die Beratende Versammlung, aber eine selbständige Unterzeichnung der im Rahmen des Europarats abgeschlossenen Verträge usw. erfolgt nicht.

Ein weiterer Schlag gegen die saarländischen Bemühungen um die Anerkennung als Staat im völkerrechtlichen Sinn war die deutsch-französische Vereinbarung im Rahmen der *Montanunion*, daß die Unterzeichnung durch die Bundesrepublik keine Anerkennung des gegenwärtigen Status der Saar bedeutet. In dem Schreiben des französischen Außenministers heißt es:

„Die französische Regierung erklärt von ihrem eigenen Standpunkt aus, daß sie im Namen der Saar auf Grund ihres gegenwärtigen Status handelt, daß sie aber in der Unterzeichnung des Vertrages durch die Bundesregierung keine Anerkennung des gegenwärtigen Status der Saar durch die Bundesregierung erblickt. Sie ist nicht der Auffassung, daß der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl dem endgültigen Status der Saar vorgreift, der durch einen Friedensvertrag oder durch einen an Stelle eines Friedensvertrages abgeschlossenen Vertrag zu regeln ist.“

Auch im Rahmen des sogenannten *Bonner Vertrages*

(„Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten“), der zwar von der Bundesrepublik unterzeichnet, dagegen noch nicht ratifiziert ist, wurde die Anerkennungsfrage akut. In Art. 2 Abs. 2 des zu diesem Vertragswerk gehörenden „Vertrages zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen“ war auf internationale Verträge Bezug genommen, die in einer besonderen Liste aufgeführt wurden. Der Bundeskanzler hatte in einem Schreiben vom 26. Mai 1952 darauf hingewiesen, daß die Aufführung der sich auf die Saar beziehenden Verträge nicht als Anerkennung des gegenwärtigen Status der Saar ausgelegt werden dürfe. Darauf antworteten die Drei Hohen Kommissare mit einer Note vom gleichen Tage:

„In Beantwortung Ihres Schreibens vom 26. Mai 1952 beehren wir uns zu bestätigen, daß die Regierungen der Drei Mächte zustimmen, daß die Einbeziehung bestimmter, sich auf die Saar beziehender Verträge und Abkommen in die unserem Schreiben vom 26. Mai 1952 beigefügte Liste in keiner Weise eine Anerkennung des gegenwärtigen Status an der Saar durch die Bundesrepublik darstellt.“

Während der EVG-Vertrag das Saarland nicht berührt, da nach den geltenden Konventionen nur französische Truppen dort garnisoniert werden dürfen, tauchte das Saarproblem im Zusammenhang mit der *Satzung der Europäischen (politischen) Gemeinschaft* wieder auf. Es war selbstverständlich, daß auch die Saarbevölkerung in dem zukünftigen europäischen Parlament vertreten sein sollte (Völkerkammer und Senat). Andererseits war man sich bewußt, daß der gegenwärtige Zustand nur ein Provisorium bildet. Art. 102 des Satzungsentwurfes des Verfassungsausschusses der ad hoc-Versammlung bezog zwar „die Bevölkerung und das Gebiet an der Saar“ in die Gemeinschaft mit ein, vermied aber deutlich den Ausdruck „Staat“ und machte in § 2 den kennzeichnenden Vorbehalt:

„Bis zu einer endgültigen Entscheidung über den Status der Saar und ohne dieser Entscheidung vorzugreifen, wird die Vertretung der Saarbevölkerung in der Europäischen Gemeinschaft wie folgt geregelt...“.

Selbst der von den Abgeordneten Erwin Müller und Franz Singer (Saarland) eingebrachte Abänderungsantrag Nr. 98 vom 7. März 1953 enthält wörtlich den soeben angeführten Vorbehalt, nennt dann aber eine höhere Abgeordnetenzahl und wünscht festgelegt zu haben, daß die Satzung „für die Saar“ wirksam wird, „sobald das Saarparlament seine Zustimmung erteilt hat“, womit offensichtlich ein Bestimmungsrecht Frankreichs ausgeschlossen sein soll.

Der von dem Abgeordneten Maurice Faure (Frankreich) vorgelegte Antrag Nr. 105 vom gleichen Tage sieht in § 3 vor:

„Die Bedingungen für die Vertretung der Saar werden bestimmt, sobald das Statut für die Saar festgelegt und international anerkannt ist.“

In allen diesen Bestimmungen — sowohl den bestätigten deutschen Vorbehalten hinsichtlich der Anerkennung des gegenwärtigen Status als auch den Saarklauseln der Integrationsverträge — kommt mit aller Eindeutigkeit zum Ausdruck, daß die derzeitige politische Organisation des Saarlandes nur als ein Provisorium angesehen wird. Damit ist aber die Frage nach der Anerkennung der saarländischen Eigenstaatlichkeit bereits negativ beantwortet, da es keinen „provisorischen Staat“ oder einen „Staat auf Zeit“ gibt. Man kann zwar Gebiete für eine bestimmte Zeitdauer einer irgendwie gearteten politischen Verwaltung unterstellen, aber schon in der zeitlichen Beschränkung liegt ein Hindernis für die Annahme einer echten Staatlichkeit. Wenn außerdem auf eine kommende Regelung in einem Friedensvertrag oder einem sonstigen Abkommen Bezug genommen wird, das die endgültige Regelung vornehmen soll, so ergibt sich daraus, daß einer solchen politischen Körperschaft das elementarste staatliche Recht, nämlich auf Selbstentscheidung, gerade nicht gewährt werden soll. Damit kommt in einer solchen Körperschaft eine eigene Staatsgewalt gar nicht zur Entstehung, die aber die Voraussetzung für die Annahme echter Eigenstaatlichkeit ist.

Angesichts dieser Erwägungen braucht gar nicht geprüft zu werden, ob außerdem nicht auch die Abhängigkeit des Saarlandes von Frankreich selbst nach den neuen Konventionen — die Wahrnehmung der auswärtigen Gewalt liegt nach wie vor bei Frankreich, selbst in wirtschaftlicher Beziehung ist nicht einmal eine „Gleichberechtigung“ erzielt usw. — die Annahme der Eigenstaatlichkeit verbietet. Obwohl also Regierung und Parlament sowie eine gewisse Verwaltungsautonomie vorhanden sind, können die Voraussetzungen für eine echte Staatlichkeit nicht als erfüllt betrachtet werden. Aber selbst wenn man auf dem Standpunkt steht, daß diese Mängel durch eine internationale Anerkennung als „Quasi-Staat“ geheilt werden könnten, ist wohl deutlich geworden, daß von einer solchen Anerkennung weder im allgemeinen zwischenstaatlichen Verkehr noch innerhalb der europäischen Integrationsgemeinschaften die Rede sein kann. *Aus alledem kann vielmehr nur der eine Schluß gezogen werden: Das Saarland ist kein Staat.*

Diese negative Feststellung läßt nun die weitere Frage nach einer genauen Fixierung der gegenwärtigen Rechtsstellung entstehen. Hierüber wird gerade im Zusammenhang mit den Plänen der „Europäisierung“ Klarheit herrschen. Zum mindesten muß feststehen, wer eigentlich diese „Europäisierung“ gegebenenfalls verfügen kann — das Saarland selbst, Frankreich als Treuhänder der auswärtigen Gewalt des Saarlandes, die Bundesrepublik in ihrer Eigenschaft als Wahrerin der gesamtdeutschen Interessen, die Alliierten als „Adjudikatoren“ in einem Friedensvertrag oder wer sonst.



## Die gegenwärtige Rechtsstellung des Saarlandes

Wenn schon die Frage nach der Staatlichkeit des Saarlandes nicht von allen Seiten einhellig beantwortet wird, so ist dies nur ein Kennzeichen dafür, daß die gegenwärtige Rechtsstellung des Saarlandes ganz allgemein umstritten ist. Dieses Problem wäre unerheblich und hätte nur ein fachwissenschaftliches Interesse, wenn eine Einigung über das zukünftige Schicksal des Saarlandes erzielt worden wäre. Da dies aber nicht geschehen ist und sich die Standpunkte entsprechend verhärtet haben, wird nunmehr die rein rechtliche Argumentation in die Auseinandersetzungen eingeführt. Es mag bezweifelt werden, ob dieser Rückzug auf die reinen Rechtspositionen der Endlösung dienlich ist, die notwendigerweise nur im politischen Bereich vollzogen werden kann. Doch da nun einmal Versuche eines rein juristischen Argumentierens unternommen worden sind und hierbei eine neue Verwirrung einzutreten droht, erscheint es erforderlich, hierzu klärend Stellung zu nehmen.

### *Die Stellungnahme Frankreichs und der Bundesrepublik*

Zu der Einstellung *Frankreichs* ist festzustellen:

Die französischen amtlichen Stellen wie auch das Schrifttum haben an der Rechtmäßigkeit des französischen Vorgehens an der Saar keine Zweifel geäußert. Die Abtrennung des Saarlandes aus der französischen Besatzungszone wird als eine sich aus der bedingungslosen Kapitulation von 1945 und der Uebernahme der „obersten Gewalt“ durch die Alliierten ergebende Folgerung bezeichnet. Interessant ist die These, daß durch die Gewährung der Verfassungsautonomie die Saarbevölkerung in der Verfassungsurkunde von 1947 eine Vertragsofferte („offre de contrat“) an Frankreich auf Uebernahme des militärischen Schutzes, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit usw. gemacht habe, die dann auch angenommen worden sei<sup>10</sup>. Die zweite Serie von Konventionen (1953) wird als ein weiterer Schritt in der Entwicklung von der besatzungsrechtlichen Grundlage zur Anerkennung einer gleichberechtigten Partnerschaft in der Union gekennzeichnet. Dabei fällt sogar das etwas euphemistische Wort von den „beiden autonomen Staaten“.<sup>11</sup> Im übrigen beläßt das französische Schrifttum die eigentliche Rechtsproblematik gern in dem Halbdunkel des Unionsbegriffes, einer Abwandlung der Auffassung von Autonomie, Souveränität usw. Das Schwergewicht liegt meist auf der Feststellung, daß die Alliierten sich mit der Abtrennung des Saarlandes von Deutschland unter den Bedingungen der Aufrechterhaltung der alten Grenze des Saarlandes und der Anrechnung der wirtschaftlichen Vorteile auf die Reparationsforderungen sowie der Nichtannexion einverstanden erklärt haben. Hieraus wird mitunter der Schluß gezogen, daß die eigentliche Grundentscheidung schon gefallen sei und nur noch der formellen Bestätigung durch einen Friedens-

vertrag bedürfe. Je nach der Akzentuierung wird hier aus dem Provisorium schon ein Definitivum, wobei die Parallele mit der sowjetischen Ausdeutung der Potsdamer Bestimmungen über das Schicksal der deutschen Ostgebiete offensichtlich ist.

Für die *deutsche Stellungnahme* ist zunächst die unterschiedliche Auffassung über den Begriff des Provisoriums kennzeichnend. Sowohl die amtlichen Stellen als auch das deutsche Schrifttum legen ihn dahingehend aus, daß materiell noch keinerlei Festlegung oder auch nur Vorentscheidung gefallen sei und infolgedessen bei einem kommenden Friedensvertrag volle Handlungsfreiheit bestehe. Daraus wird weiter gefolgert, daß jedenfalls de jure bis zu einer ausdrücklichen Abtretungserklärung in einem Friedensvertrag das Saarland noch als Bestandteil Deutschlands anzusehen sei. Die durch eine gegen den Treuhandschaftsgedanken des Besatzungsregimes verstoßende de facto-Abtrennung des Saarlandes stelle einen Mißbrauch der Machtstellung dar und könne nicht als Rechtsakt anerkannt werden.

Dieser Ueberzeugung hat der Bundestag durch den Beschluß vom 2. Juli 1953 — an den auch der Beschluß vom 30. April 1954 wieder erinnerte — in folgender Weise Ausdruck gegeben:

- „1. Das Saargebiet ist nach deutschem und internationalem Recht ein Teil Deutschlands innerhalb der Grenzen vom 31. Dezember 1937.
2. Die zur Zeit im Saargebiet bestehende Ordnung ist Bestandteil der inneren Organisation Deutschlands, welche die Besatzungsmächte in Ausübung der von ihnen vorübergehend übernommenen Gewalt eingerichtet haben.
3. Bei den Verhandlungen über Verträge und Vertragsabschlüsse durch die Bundesrepublik im Hinblick auf das Saargebiet ist das Recht wiederherzustellen, und zwar so, daß
  - a) innerhalb des Saargebietes freiheitliche demokratische Zustände geschaffen werden;
  - b) der Abtrennung des Saargebietes von Deutschland ein Ende gemacht und seine Zugehörigkeit zu Deutschland beachtet wird.“

Dieser vornehmlich auf Drängen der Opposition zustandegekommene Beschluß bedeutet — wie schon Ziffer 3 deutlich erkennen läßt — keineswegs, daß damit jegliche Verhandlungen mit Frankreich über das Saarland abgebrochen werden sollen. Auch derartige Verhandlungen unter dem Motto der „Europäisierung“ steht nichts entgegen. Aber er besagt immerhin, daß mit einem Rückzug auf den so gekennzeichneten Rechtsstandpunkt zu rechnen ist, wenn eine auch für die Bundesrepublik tragbare Lösung nicht erzielt wird. Der Weg einer „politischen Lösung“ ist also offengehalten worden.

Während Frankreich und die Bundesrepublik bisher den reinen Rechtsstandpunkt noch nicht zum Angelpunkt der Auseinandersetzungen gemacht ha-

ben, sind diese Rechtsfragen neuerdings im Saarland lebhaft diskutiert worden. Für die gegenwärtige Situation ist kennzeichnend, daß sowohl der „saar-amtliche“ als auch der „oppositionelle“ Standpunkt eingehend dargetan wurde. Damit hat die Auseinandersetzung über die Rechtsfragen einen starken Auftrieb erhalten.

#### *Der „saar-amtliche“ Standpunkt*

Als Ausdruck der „saar-amtlichen“ Stellungnahme können die Ausführungen des Oberverwaltungsgerichts Saarbrücken in Sachen des Verbotes der DPS<sup>12</sup> sowie die Aufsätze von Dr. H. Wiebringhaus gelten. Wiebringhaus ist zwar von Geburt Kölner und nicht Saarländer, hat aber vor einiger Zeit die saarländische Staatsangehörigkeit erworben, ist Assistent an der Universität Saarbrücken und berät den saarländischen Justizminister in völkerrechtlichen Fragen. Der Inhalt seiner Aufsätze „Die völkerrechtliche Stellung Deutschlands und des Saarlandes“<sup>13</sup>, „Die derzeitige rechtliche Stellung des Saarlandes unter besonderer Berücksichtigung des 1. und 2. Teiles des Berichtes von van der Goes van Naters“<sup>14</sup> und „Die Entwicklung der Vertragsverhältnisse zwischen der Saar und Frankreich“<sup>15</sup> — vor allem des zweiten — deckt sich mit der „regierungs-saarländischen“ Ansicht.

Im ersten Aufsatz lehnt Wiebringhaus mit Recht die Ansicht ab, daß der deutsche Staat durch Debellation oder „bedingungslose“ Kapitulation untergegangen sei. Hinsichtlich der Gebiets-Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und der Abtrennung des Saarlandes wird folgende Parallele gezogen:

„Den Dispositionen des Potsdamer Abkommens und auch dem allgemeinen Völkerrecht gemäß ist eine endgültige Festlegung der deutschen Grenze einem später abzuschließenden Friedensvertrag vorbehalten. Die Bipolarität innerhalb der gegenwärtigen machtpolitischen Weltlage läßt aber wohl noch für geraume Zeit den Abschluß eines derartigen Friedensvertrages, dem ja die UdSSR ebenfalls ihre Zustimmung zu geben hätte, zur praktischen Unmöglichkeit werden. Solange ein solcher Vertrag aber nicht zustande gekommen ist, sind alle in und nach dem Potsdamer Abkommen getroffenen, Deutschland in seiner Gesamtheit betreffenden Maßnahmen als unter dem Vorzeichen des „Provisoriums“ stehend zu betrachten. Dies gilt nicht nur für die ausdrücklich im Potsdamer Abkommen aus den besetzten deutschen Territorien ausgegliederten Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, sondern auch für das Saarland, das progressiv mit Zustimmung der drei Westalliierten in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht, zum mindesten de facto, von Deutschland getrennt wurde.“

Ferner gibt er der Meinung Ausdruck, daß die Frage der völkerrechtlichen Stellung des Saarlandes „nur durch die Unterzeichnung eines Friedensvertrages unter Mitwirkung der vier interessierten Großmächte gelöst“ werden kann.

Während er dann hier zu dem Schluß kommt, daß „die völkerrechtliche Lage des Saarlandes als noch

keineswegs zweifelsfrei geklärt“ anzusehen sei, scheint sich die Klärung für ihn bis zur Abfassung des zweiten Aufsatzes inzwischen vollzogen zu haben. Denn nunmehr erklärt er mit Bestimmtheit, daß die Besatzungsmächte als „treuhänderische Inhaber“ der deutschen Souveränität die Möglichkeit hatten, „rechtsgültig in eine Abtretung deutschen Staatsgebietes einzuwilligen“. Hier ist die Aussage schon unscharf: Entweder sind die Besatzungsmächte durch die bekannte „supreme authority“-Inanspruchnahme der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 die wahren Inhaber der deutschen Hoheitsgewalt geworden, dann ist das Beiwort „treuhänderisch“ irreführend. Oder sie haben nur die Stellung als Treuhänder, dann ist es aber sehr fraglich, ob der Treuhänder berechtigt ist, Treuhandgut für sich „abzuzweigen“ und damit die Treuhänderstellung zu mißbrauchen.

Wiebringhaus beruft sich ferner auf die „präzedenzlose“ Situation Deutschlands im Jahre 1945 und meint, daß sie die Anwendung neuer, dem klassischen Völkerrecht unbekannter Regeln erforderlich mache. Das Potsdamer Abkommen sieht er ebenso wie die „Prä-Annexion deutscher Gebiete im Osten“ als „formell-materielles Kompromiß“ an. Im Gegensatz zu seiner früheren Stellungnahme sei daher die Kennzeichnung „provisorisch“ oder „bedingt“ irreführend:

„Die Bezugnahme auf einen später abzuschließenden Friedensvertrag kann daher im Potsdamer Abkommen nur als aus rein formellen Gründen erfolgt angesehen werden.“

Dabei wird übersehen, daß die Westalliierten — darunter auch Frankreich — im vorbereitenden Notenwechsel zur Berliner Vierer-Konferenz 1954 nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen haben, daß die Potsdamer Gebietsklauseln nur das Einverständnis zu einer vorläufigen Verwaltung durch Polen bedeuten und daß bei einer friedensvertraglichen Lösung mit Ausnahme Ostpreußens noch völlige Entscheidungsfreiheit herrsche. Die von Wiebringhaus vorgenommene Ausdeutung ist also nicht einmal die französische, sondern die sowjetische.

Im weiteren Gegensatz zu seinen früheren Ausführungen wird nunmehr die häufig in Anspruch genommene „Bipolarität“ dazu benutzt, die Entbehrlichkeit der sowjetischen Zustimmung für Gebietsabtretungen im Westen zu begründen:

„Die allgemeine in der Weltpolitik unserer Tage festzustellende Bipolarität zwingt dazu, auch völkerrechtlich in zwei analogen Rechtskreisen zu denken. Was in dem einen Kreis Recht ist, muß in dem anderen nicht ebenfalls Recht sein... Demnach sind auch alle, mit Zustimmung der Drei Westalliierten in Westdeutschland getroffenen Maßnahmen als gültig anzusehen, da es eben unmöglich ist, die Zustimmung der vierten Potsdamer Macht zu erhalten. Es ist daher notwendig, alle diese entsprechenden Vorgänge und Maßnahmen hinsichtlich ihres rechtlichen Begründetseins unter Ausklammerung des russischen Vetos zu beurteilen.“



Mit diesen Ausführungen, die praktisch eine Los-sagung der Westmächte vom Potsdamer Abkommen auf Grund lediglich der „Bipolarität“ bedeuten würde, macht sich der Verfasser das Problem zu leicht. Eine solche „*clausula rebus sic stantibus*“-Einwendung würde weithin völkerrechtliche Vertragsschlüsse illusorisch machen. Außerdem darf auf die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in der Frage des sowjetischen Vetos bei Aufnahme von neuen Mitgliedstaaten in die Vereinten Nationen hingewiesen werden. Das Gericht entschied hierbei, daß selbst die häufige Anwendung dieses Veto-Rechts kein Anlaß dafür sei, die Entscheidung auf ein anderes UN-Organ zu verlagern und damit die Satzung willkürlich zu verändern. Hier ist also die „*clausula rebus*“-Begründung ausdrücklich zurückgewiesen worden.

Ist also der Versuch von Wiebringhaus, die Abtrennung des Saarlandes von Deutschland als bereits jetzt rechtswirksam und endgültig vollzogen hinzustellen, keineswegs überzeugend, so bietet auch seine weitere Feststellung, daß das Saarland ein „Staat im Sinne des Völkerrechts“ sei, Anlaß zur Kritik. Daß diese auch in dem angeführten Urteil des OVG Saarbrücken vertretene Ansicht unrichtig ist, ergibt sich schon aus den Ausführungen im vorigen Abschnitt. Doch erscheint es zur Beseitigung von Zweifeln notwendig, auf die von Wiebringhaus und dem Gericht gegebenen Begründungen kurz einzugehen:

a) Wiebringhaus stützt seine Behauptung zunächst auf den Hinweis, die Kennzeichnung des Saarlandes als Protektorat setze voraus, daß bei Abschluß des Protektoratsvertrages ein Staat vorhanden gewesen sein müsse. Er meint also, das Protektoratsverhältnis könne nur entstehen, wenn ein Staat mit einem anderen ein solches Schutzverhältnis vereinbare. Diese Feststellung ist schon für die sogenannten Kolonialprotektorate unzutreffend. Außerdem widerlegt sich Wiebringhaus selbst durch die Feststellung:

„Die Frage nach der Unabhängigkeit des Saarlandes ist nur zu verneinen hinsichtlich der Beziehungen der Saar zu Frankreich. Und dies allerdings auch nur bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Konventionen von 1953. Bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Konventionen vom 3. März 1950 ist die Saar zweifellos französisches Protektorat und danach ein Quasi-Protektorat mit weitgehender Selbständigkeit gewesen.“

Wann soll demnach das Saarland ein Staat gewesen sein? Dieser Zeitpunkt könnte doch nur nach dem Verzicht auf das Besatzungsregime und vor dem Beginn des Protektoratsverhältnisses liegen. Das Saarland hat aber nach 1945 niemals ein Stadium der staatlichen Freiheit gekannt, in dem es durch freiwilligen Verzicht auf die Wahrung der auswärtigen und militärischen Gewalt Frankreich die Uebernahme dieser Funktion angetragen haben könnte. Die Wahrheit ist vielmehr, daß Besatzungsregime und Protektoratsverhältnis miteinander verquickt wurden und daß das Protektoratsverhältnis durch besatzungsrechtliche An-

ordnungen ohne eine Zwischenepoche freier Staatlichkeit entstanden ist. Das „Protektorats“-Argument schlägt daher fehl.

b) Das OVG-Urteil glaubt die Staatlichkeit des Saarlandes aus der Tatsache ableiten zu können, daß die nach der klassischen „Drei-Elementen-Lehre“ erforderlichen Voraussetzungen — Staatsvolk, Staatsgebiet, Staatsgewalt — gegeben seien. Hinsichtlich Staatsvolk und Staatsgebiet mag dies zutreffen, obwohl nach der Auffassung der Bundesregierung das Saar-Territorium zu Deutschland gehört, also ein frei disponibles Staatsgebiet danach nicht vorliegen würde. Problematisch ist aber auf jeden Fall das Erfordernis der Staatsgewalt. Wie die Richtlinien beispielsweise für die Annahme der „Staatsreife“ der A-Mandate im Mandatssystem des Völkerbundes gezeigt haben, ist darunter das Vorhandensein einer effektiven und eigenen Staatsgewalt zu verstehen. Das bedeutet, daß die Staatsgewalt imstande sein muß, ihre innerstaatliche Regelungsfunktion in voller Unabhängigkeit von fremder Staatsgewalt auszuüben. An dieser Unabhängigkeit fehlt es aber hier. Wiebringhaus gibt selbst zu, daß die Unabhängigkeit gegenüber Frankreich zu verneinen sei. Abhängigkeit aber auch nur von einer fremden Staatlichkeit schließt die Unabhängigkeit und damit die Existenz einer freien und materiell ungebundenen Staatsgewalt aus. Damit erweist sich auch die Drei-Elementen-Lehre nicht als wirksames Argument.

c) Sowohl das OVG-Urteil als auch die Ausführungen von Wiebringhaus berufen sich als Rechtsgrund für die Entstehung der von ihnen angenommenen Staatlichkeit des Saarlandes auf die „*Separation*“ bzw. „*Sezession*“. Es heißt in dem Urteil:

„Die Staatsgründung, ein rein innerstaatlicher Vorgang, erfolgte im Wege der Separation und bewirkte dadurch die tatsächliche Lostrennung des Saarlandes von dem Staatsverband, dem es bisher angehörte. Diese tatsächliche Lostrennung ist ein Faktum, das zum mindesten die in dem Geltungsbereich der Saarverfassung lebenden Bürger zur rechtlichen Anerkennung verpflichtet.“

Hierzu wäre zunächst festzustellen, daß die Wendung „im Wege der Separation“ nicht eindeutig ist: Soll damit die Ansicht zum Ausdruck kommen, daß die auf Grund besatzungsrechtlicher Maßnahmen erfolgte Sperrung der Grenze zwischen dem Saarland und dem Bundesgebiet — der „seidene Vorhang“ — die faktische Voraussetzung für eine irgendwie geartete saarländische politische Verwaltungskörperschaft schuf, so ist diese Bemerkung richtig. Dann bleibt aber der Nachweis noch offen, daß es sich um eine wirkliche „Staatsgründung“ handelt. Denn die Abtrennung als solche hat zunächst nur die Folge, daß die Hoheitsakte des Altstaates nun nicht mehr in diesem Gebiet durchgesetzt werden können. Das weitere politische Schicksal dieses Gebietes bleibt dann aber noch unge-

regelt, und es bedürfte insbesondere der Entstehung und freien Entfaltungsmöglichkeit einer eigenen Staatsgewalt, um dieses Territorium zu einem Staat werden zu lassen. Daran fehlt es aber gerade.

Oder aber mit dem Ausdruck „im Wege der Separation“ soll das „Recht zur Separation“ in Anspruch genommen werden, wobei die erfolgte Inanspruchnahme den staatsbegründenden Akt darstellen würde. Hierbei schweigt sich aber das Urteil völlig darüber aus, wann und wo ein entsprechender Akt vollzogen sein soll. Es müßte sich dann um einen — gegenüber der alten Staatlichkeit — revolutionären Akt handeln, der aber nicht nachweisbar sein dürfte. Außerdem wäre zu fragen, ob ein so verstandenes „Recht auf Separation“ als eine Art Unterfall des Selbstbestimmungsrechts rechtlich anerkannt ist. Es ist ja nun keineswegs so, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine positive Völkerrechtsnorm darstellt — dann müßten alle Gebietsveränderungen ohne Anwendung des Abstimmungsverfahrens ungültig sein (was für alle in den Friedensverträgen von 1947 mit Italien, Ungarn, Rumänien und Finnland sowie im Friedensvertrag von 1951 mit Japan ausgesprochenen Territorialverluste gelten würde). Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist vielmehr nur ein Grundsatz der internationalen Ordnung, d. h. die „conscience publique“ sieht darin den gerechtesten Maßstab für die Vornahme von Gebietsveränderungen, ohne damit aber die Anwendung anderer Maßstäbe für rechtswidrig zu erklären. Er ist aber ebensowenig wie der Grundsatz der minderheitenrechtlichen Behandlung fremder Volksgruppen zum zwingenden Rechtssatz geworden. Außerdem wird die Grenze des Selbstbestimmungsrechts allgemein gerade dort gezogen, wo die Separation anfängt. So hat man bei den Beratungen über die Aufnahme des Selbstbestimmungsgrundsatzes in die Satzung der Vereinten Nationen klar ausgesprochen, daß damit nicht ein generelles Recht auf Sezession bzw. Separation gegeben werden soll<sup>16</sup>. Die Abtrennung könnte — falls sie überhaupt von der saarländischen Bevölkerung und nicht von den französischen Besatzungsbehörden auf Weisung der französischen Regierung vorgenommen worden wäre — also nicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegründet werden, sondern allenfalls auf die berühmte „normative Kraft des Faktischen“. Sie erklärt aber höchstens die tatsächliche Abtrennung, nicht dagegen die Staatsentstehung selbst. Diese ist in der Tat ein innerstaatlicher Vorgang, auf den aber weder das Urteil noch Wiebringhaus näher eingehen.

Bei dieser „Separations-“ beziehungsweise „Sezessions“-Theorie handelt es sich offensichtlich um den Versuch, die besatzungsrechtliche Provenienz der Abtrennungsvorgänge in „autonomierechtliche“ umzu-deuten. Dies mag psychologisch verständlich sein, darf aber nicht dazu führen, daß irrige rechtliche Folgerungen daraus gezogen werden. Es bleibt dabei:

Nicht die Saarbevölkerung, sondern die Besatzungsmacht hat diese Abtrennung des Saarlandes vom west-zonalen Besatzungsgebiet vollzogen.

d) Sowohl der erkennende Senat des OVG als auch Wiebringhaus versuchen, ihre — wie bereits gezeigt sein dürfte: nicht überzeugende — Behauptung von der Staatlichkeit des Saarlandes gegen den Einwand der Nichtanerkennung durch die Staatengemeinschaft abzusichern. Dies geschieht dadurch, daß die *Anerkennung* als ein rein deklaratorischer Akt hingestellt wird und daß sogar von einem Rechtsanspruch auf Anerkennung gesprochen wird. So bemerkt Wiebringhaus hierzu,

„daß nach dem heutigen Stand des Völkerrechts, in der Auffassung eines gewiß beachtlichen Teils der Wissenschaft, Staaten und Regierungen zur Begründung ihrer Existenz ebensowenig der Anerkennung durch andere Staaten bedürfen, wie ein Mensch zum Nachweis seiner Existenz ausschließlich einer Geburtsurkunde bedarf, und daß Staaten und Regierungen ein Recht auf Anerkennung haben, sobald sie entsprechend notwendige Voraussetzungen (wie: Territorium, Bevölkerung, Staatsgewalt oder demokratische Einrichtungen usw.) erfüllen“<sup>17</sup>.

Das OVG-Urteil bemerkt zu dieser Frage in ähnlichem Sinn<sup>18</sup>:

„Hierzu kann aber betont werden, daß die völkerrechtliche Anerkennung eines Staates die Existenz eines bereits gegründeten Staates voraussetzt und lediglich deklaratorische, aber nicht konstitutive Bedeutung hat, d. h. lediglich sein Eintritt in die Völkerrechtsgemeinschaft festgestellt (v. Liszt, Völkerrecht, 1921, S. 47) wird.“

Diese Ausführungen sind aber nicht frei von Irrtümern. Zunächst muß klargestellt werden: Es geht bei dem Streit um die Staatlichkeit des Saarlandes um die Frage, ob es als Staat im völkerrechtlichen Sinn zu behandeln ist. Daß eventuell eine diesen Rang nicht erreichende politische Gemeinschaft sich auch als Staat bezeichnet oder nicht, ist hier uninteressant. Für den völkerrechtlichen Verkehr kommt es aber auf die Anerkennung durch die Staatengemeinschaft an. Sie entscheidet eben durch den Akt der Anerkennung über die Aufnahme der in Frage stehenden Gemeinschaft in ihren Verband. Insofern kommt dem Anerkennungsakt durchaus konstitutive Wirkung zu. (Vgl. Oppenheim<sup>19</sup>: „Through recognition only and exclusively a State becomes an International Person and a subject of International Law.“ „Recognition, while declaratory of an existing fact, is constitutive in its nature.“) Und zur Frage, ob ein Recht auf Anerkennung bestehe, meint der von Wiebringhaus sonst so häufig zitierte Verdross<sup>20</sup>: „Es besteht weder eine Pflicht zur Anerkennung, noch ein Recht auf Anerkennung.“ Beide Autoren dieser verfassungsrechtlichen Standardwerke widerlegen also die Rechtsausführungen dieser „saar-amtlichen“ Auffassungen, wobei nicht weiter ausgeführt zu werden braucht, daß eben angesichts des dynamischen Charakters des Völkerrechts gerade auf diesem Gebiet ein



Sich verlassen auf das vor mehr als 30 Jahren erschienene Lehrbuch von v. Liszt sich nicht als tunlich erweist.

Diese von zahlreichen neuen Monographien — beispielsweise *Lauterpacht*: „Recognition in International Law“, 1947 — unterstützte und herrschende Ansicht über die konstitutive Wirkung der Anerkennung führt hinsichtlich der Rechtslage des Saarlandes zu der Folgerung, daß das Saarland mangels Anerkennung völkerrechtlich nicht als Staat zu behandeln ist. Daß Frankreich eine solche Anerkennung vollzogen hat, ist angesichts des Protektoratsverhältnisses genau so unerheblich wie seinerzeit die Anerkennung Mandatschukoos durch Japan. Kein dritter, d. h. unbeteiligter Staat hat sich bisher zur Anerkennung entschließen können. Das Saarland, mag es sich auch intern als Staat bezeichnen, ist also bisher nicht in die Staatengemeinschaft aufgenommen worden und kann daher im zwischenstaatlichen Verkehr nicht die Rechte eines „Voll-Staates“ in Anspruch nehmen. Andererseits ist es auch nicht etwa zum Staatsgebiet Frankreichs geworden (dem stünden nicht nur der Annexionsverzicht in der sogenannten Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945<sup>21</sup> und die Ankündigungen einer Nichtanerkennung in den alliierten Noten entgegen, sondern auch Artikel 26 der französischen Verfassung von 1946, der eine Abstimmung der Bevölkerung neu einzugliedernder Gebiete vorsieht).

e) Ein letzter Gesichtspunkt sei noch erwähnt, der sowohl in dem OVG-Urteil als auch bei Wiebringhaus eine große Rolle spielt: der „definitive“ oder „provisorische“ Charakter des Saarstaates.

Von „saar-amtlicher Seite“ wird gerade im Hinblick auf die Wahrung der verfassungsrechtlichen Ordnung und der Abwehr von verfassungsändernden Vorschlägen großes Gewicht auf die Feststellung gelegt, daß es sich um einen „Voll“-Staat handelt und nicht um eine nur vorübergehende Form der politischen Organisation. Der in der Verfassung enthaltene Hinweis auf die endgültige Regelung in einem zukünftigen internationalen Statut dürfe also nicht im Sinne einer Relativierung der Staatlichkeit ausgelegt werden<sup>22</sup>:

„... so ist dabei doch zu berücksichtigen, daß die bisher auf Grund der Zustimmung der Drei Westalliierten an der Saar geschaffene Lage zwar eine provisorische ist, d. h. nur berufen ist, bis zum Abschluß des Friedensvertrages aufrechterhalten zu bleiben, daß aber für die ganze Zeit bis zum Abschluß eines solchen Vertrages diese Situation als eine definitive anzusehen ist. Denn anderenfalls wären ja die verschiedenen diesbezüglichen Erklärungen der Alliierten als eine Sinnlosigkeit oder als etwas ganz Ueberflüssiges zu bezeichnen.“

Zunächst ist die Bezugnahme auf die alliierten Erklärungen mißverständlich: Die Westalliierten haben allerdings der de-facto-Abtrennung des Saarlandes von dem der Jurisdiktion des Kontrollrates

unterstehenden deutschen Gebiet zugestimmt, wobei die Verwaltung durch Frankreich allein („administration solely by France“) ausgeübt werden sollte. In dieser Erklärung vom 10. April 1947 heißt es aber<sup>23</sup>:

„The definitive detachment of the Saar from Germany and the definitive determination of its boundaries will have to be decided by the German peace settlement, which will also have to decide many details relating to ownership of property, debt and other matters.“

Ueber die ebenfalls von Wiebringhaus angeführte Erklärung Dean Achesons vom 18. Januar 1950 berichtete der *US-Archiv-Dienst*<sup>24</sup>:

„Bezüglich der politischen Zukunft der Saar versicherte Acheson, daß diese im deutschen Friedensvertrag festgelegt werden solle. Auch hier unterstützen die Vereinigten Staaten Frankreich, das der Meinung sei, das Gebiet solle ein gewisses Maß von Selbständigkeit erhalten... Die Vereinigten Staaten und Großbritannien seien übereingekommen, daß die Saar nicht unter den Hoheitsbereich der Drei-Mächte-Hochkommission für Westdeutschland fallen solle... Gegenwärtig werde die Saar von einem französischen Kommissar verwaltet... Bemühungen bezüglich der Pachtung der Kohlenbergwerke seien eine Angelegenheit, die, ohne Rücksicht auf das Ergebnis, keinen Vorgriff auf die Frage darstellen würde, die für einen Friedensvertrag abgewartet werden müsse. Mr. Acheson stellte indessen fest, daß die Vereinigten Staaten der Meinung seien, die Franzosen täten klug daran, keine Maßnahmen zu ergreifen, die die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland erschweren oder den allgemeinen Zusammenschluß Westeuropas belasten würden.“

Diese Erklärungen, die Wiebringhaus leider nur datumsmäßig ohne Wiedergabe des Inhalts anführt, beweisen doch gerade, daß nach amerikanischer Auffassung die politische Entscheidung über dieses Gebiet erst in einem Friedensvertrag fallen soll. Nach der Ansicht des State Department sieht die Situation so aus, daß das Saarland aus der gemeinsamen Besatzungsgewalt der Westalliierten entlassen und einem „französischen Kommissar“, das heißt der Besatzungsgewalt ausschließlich Frankreichs, unterstellt wurde. Diese Feststellung wird noch 1950 getroffen, also drei Jahre nach Erlass der saarländischen Verfassung! Kein Wort fällt dabei über die Anerkennung eines selbständigen saarländischen Staates oder auch nur über eine definitive Abtrennung, im Gegenteil, der „allgemeine Zusammenschluß Westeuropas“ wird als Ziel genannt.

Abgesehen davon, daß also die Berufung Wiebringhaus' auf alliierte Erklärungen zur Unterstützung seiner etwas sophistischen Konstruktion vom „definitiven Provisorium“ fehlerhaft, erheben sich gerade angesichts des durch die amerikanischen Äußerungen erhärteten provisorischen Charakters auch völkerrechtliche Bedenken gegen die Annahme einer wirklichen Staatlichkeit des Saarlandes. Aus der umfangreichen Literatur sei hier nur das völkerrecht-

liche Standardwerk der Schweiz von Guggenheim zitiert<sup>25</sup>;

„Ein Gemeinwesen, das auf der Grundlage eines Provisoriums — z. B. während eines Krieges — von den Besatzungsmächten oder mit deren Unterstützung in der Weise errichtet wird, daß seine Existenz von deren Willen abhängt, besitzt nicht die Voraussetzung eines unabhängigen, unmittelbar dem Völkerrecht unterworfenen Staates. Die staatlichen Organe müssen, unabhängig vom Willen eines fremden Staates, die Möglichkeit besitzen, das Landesrecht zu setzen und zu vollziehen, um als solche eines souveränen Staates angesehen werden zu können.“

Diese Ausführungen treffen die gegenwärtige Rechtslage des Saarlandes so genau — Besatzungsregime, Abhängigkeit von Frankreich —, daß man auf den Gedanken kommen könnte, Guggenheim habe bei der Abfassung dieser Sätze an diese Situation gedacht. Aber gerade weil dies nicht der Fall ist und weil diese Bemerkungen ganz allgemein die nur provisorischen Kriegsfolgelösungen territorialer Art im Auge haben, sind sie doppelt beweiskräftig. Wenn ferner festgestellt wird, daß aus den angegebenen Gründen nicht einmal die Slowakei und Kroatien als unabhängige Staaten betrachtet werden konnten — die Schweiz hatte deshalb nur „de facto“-Beziehungen unterhalten<sup>26</sup> —, so wird doch sehr deutlich, daß das Saarland nicht als selbständiger Staat und damit nicht als Völkerrechtssubjekt anerkannt werden kann.

Entgegen der „saar-amtlichen“ Auffassung, wie sie von dem angeführten OVG-Urteil und auch von Wiebringhaus vertreten wird, ist also festzustellen:

1. Die Abtrennung des Saarlandes ist eine „de facto“-Maßnahme Frankreichs, die als Provisorium — vorbehaltlich der Endregelung durch einen Friedensvertrag — von Großbritannien und den Vereinigten Staaten nachträglich gebilligt wurde. Sie hat aber nicht die Zustimmung der Sowjetunion gefunden.
2. Die unter Berufung auf die „Bipolarität“ vorgenommene Ausschließung der Sowjetunion aus dem Gremium der für den Friedensvertrag mit Deutschland und damit auch für die Festlegung der Gebietsklauseln zuständigen Mächte bedeutet praktisch eine Leugnung der Rechtsverbindlichkeit des Potsdamer Abkommens für die Westalliierten. Eine unter dieser Motivation erfolgte einseitige Lösung erscheint völkerrechtlich bedenklich, weil sie eine so rohe Anwendungsform des „*clausula rebus*“-Gedankens darstellt, daß bei ihrer Anwendung auf andere Fälle jede Rechtssicherheit im völkerrechtlichen Verkehr entfielen.
3. Die trotz der Ablehnung der rechtsverpflichtenden Kraft des Potsdamer Abkommens von Wiebringhaus vorgenommene Umdeutung des provisorischen Charakters der für die deutschen Ost-

gebiete geltenden Bestimmungen widerspricht der amtlichen Auffassung der Westmächte.

4. Die von dem OVG-Urteil und von Wiebringhaus vertretene Ansicht von der „Staatlichkeit“ des Saarlandes erweist sich als unrichtig. Es fehlt trotz der durch die neue Serie von Abkommen für einzelne Gebiete eingetretenen Erleichterungen zugunsten der saarländischen Autonomie die erforderliche Unabhängigkeit von Frankreich und die umfassende Regelungskompetenz. Auch die Legitimationsgrundlage der „Sezession“ erscheint fraglich, da die Abtrennung eine besatzungsrechtliche und keine saarländische Maßnahme war. Ferner erweisen sich die in dem OVG-Urteil und auch von Wiebringhaus gemachten Ausführungen zur Frage der völkerrechtlichen Anerkennung als unrichtig, jedenfalls steht die herrschende Völkerrechtslehre auf dem entgegengesetzten Standpunkt.
5. Schließlich muß auch der Versuch, die „provisorische“ Lösung der Saarfrage als ein Definitivum zu betrachten, als gescheitert angesehen werden. Derartige Zweckumdeutungen vermögen an der Tatsache nichts zu ändern, daß das endgültige Schicksal des Saarlandes noch keineswegs festgelegt ist.

#### Der „saar-oppositionelle“ Standpunkt

Im Gegensatz zu dieser völkerrechtlich weithin irrigen „saar-amtlichen“ Stellungnahme zur Frage der gegenwärtigen Rechtslage des Saarlandes steht nun die Auffassung der „saar-oppositionellen“ Kreise. Ihren juristischen Ausdruck finden die von dieser Seite vertretenen Ansichten vor allem in den Schriften des Saarbrückener Rechtsanwalts Dr. Heinrich Schneider „Stimmen der Deutschen Saaropposition — Sammlung von drei Aufsätzen“ (1953)<sup>27</sup>, „Lösungsvorschläge zur Saarfrage“ (1954)<sup>28</sup> und „Die rechtlichen Probleme einer Saarlösung“ (1954)<sup>29</sup>.

Diese Veröffentlichungen enthalten interessante Feststellungen sowohl zur gegenwärtigen Rechtslage des Saarlandes als auch zur Frage, ob und inwieweit die Bundesrepublik berechtigt ist, einer vertraglichen Festlegung der Saarlösung — insbesondere der „Europäisierung“ — zuzustimmen. Außerdem werden die Vorschläge des Naters-Planes einer rechtlichen wie politischen Würdigung unterzogen.

Zum ersten Punkt — *gegenwärtige Rechtslage des Saarlandes* — wird in Übereinstimmung mit der von Bundesregierung und Bundestag vertretenen Ansicht festgestellt, daß bis zu einer anderweitigen friedensvertraglichen oder sonstigen Regelung das Saarland noch als Bestandteil Deutschlands zu gelten habe. Die Abtrennung des Saarlandes wird als Mißbrauch der Besatzungsgewalt Frankreichs gekennzeichnet, wobei betont wird, daß die Saarbevölkerung selbst hierzu keine Stellung nehmen konnte, sie also auch nicht nachträglich zu sanktionieren vermochte (keine Umdeutung der Wahlen von 1947 und



1952 im Sinne eines „Plebiszits“). Aus der Tatsache, daß dem Saarland die Völkerrechtssubjektivität fehle, wird gefolgert, daß es bei internationalen Verhandlungen zur Lösung der Saarfrage nicht durch seine Regierung vertreten werden könne<sup>30</sup>. Problematisch wird freilich — wenn auch konsequent in der Durchführung der zugrundeliegenden Konzeption — die weitere Folgerung, daß auch Frankreich nicht als Vertragspartner aufzutreten befugt sei, da das Saarland als Bestandteil Deutschlands zu gelten habe und damit der Verfügungsgewalt der Französischen Republik entzogen sei. An anderer Stelle wird jedoch von der Notwendigkeit der Zustimmung aller vier Alliierten bei einer zukünftigen Friedensregelung gesprochen, was Frankreich einschließen würde.

Eine bemerkenswerte Erweiterung der bisherigen Problematik nimmt Schneider durch seine Untersuchungen darüber vor, ob die *Bundesrepublik überhaupt legitimiert sei, als Vertragspartner einer vor dem Friedensvertrag abzuschließenden Saarregelung aufzutreten*. Es wird sogar in Frage gestellt, ob die Bundesrepublik Unterzeichner eines Friedensvertrages sein könne. Hierbei wird ausdrücklich „eine völkerrechtliche Identität von Bundesrepublik und Deutschem Reich in Beziehung auf gesamtdeutsche Funktionen“ verneint, denn „will man die Weiterexistenz des Deutschen Reiches als Staatseinheit beharren, so kann dessen völkerrechtliche Handlungsfähigkeit nicht auf ein Teilgebiet des Ganzen übergegangen sein“.<sup>31</sup> In diesem Zusammenhang wird an die bekannte Note der drei Hochkommissare an die Bundesregierung erinnert, die die Bemerkung enthält:

„In dieser Beziehung wird daran erinnert, daß die Jurisdiktion der Bundesrepublik sich nicht über ihre territorialen Grenzen hinaus erstreckt.“

Etwas formal und kaum überzeugend ist der Hinweis, daß nach Artikel 59 der Bundespräsident nur den „Bund“ und nicht „das Deutsche Reich“ vertritt. Außerdem seien alle Abmachungen — so meint Schneider — notwendigerweise nur bis zu einer Wiedervereinigung Deutschlands gültig, so daß er zu folgenden Feststellungen kommt<sup>32</sup>:

„1. Die Lösung der Saarfrage kann von der Bundesregierung nicht mit Wirkung für und gegen Gesamtdeutschland vereinbart werden. Die Bundesregierung kann völkerrechtlich Verträge nur mit Wirkung für und gegen sich selbst schließen.

2. Die Bundesrepublik kann in Beziehung auf das Saargebiet, vorbehaltlich ihrer innerstaatlichen Vollmachten im Rahmen des Grundgesetzes, völkerrechtliche Vereinbarungen schließen, die jedoch nur die Bundesrepublik binden und die zwangsläufig ihr Ende in der deutschen Wiedervereinigung finden. Ein Vertragsabschluß bis zum Friedensvertrag würde jedoch gegenstandslos, wenn die Wiedervereinigung vor dem Friedensschluß erfolgt.“

Unter entsprechender Auslegung der Präambel zum Grundgesetz sowie des Artikels 146 und vor allem des Artikels 23 des Grundgesetzes (Satz 2: „In allen anderen Teilen Deutschlands ist es nach dem Beitritt in Kraft zu setzen“) wird dann die Ansicht vertreten, „jedem einzelnen Deutschen außerhalb der Grenze der Bundesrepublik (innerhalb Deutschlands) ist ein verfassungsmäßig fundierter Rechtsanspruch auf Mitwirkung an der Beitrittserklärung gegeben“, wobei dieses Recht zum Beitritt zeitlich keinen Beschränkungen unterliege. Hieraus wird wiederum gefolgert, daß die Organe der Bundesrepublik die verfassungsmäßige Pflicht haben, positiv auf eine derartige Beitrittsmöglichkeit hinzuwirken. In offensichtlicher Ablehnung der im Naters-Plan vorgeschlagenen „Europäisierung“ wird zusammenfassend festgestellt<sup>33</sup>:

„Nach dem Grundgesetz steht den Bewohnern des Saargebiets das Recht zu, jederzeit ihren Beitritt zur Bundesrepublik zu erklären. Eine zwischenstaatliche Vereinbarung mit einer auch nur befristeten Anerkennung eines europäisierten, d. h. von Deutschland getrennten Saargebietes wäre verfassungswidrig. Ohne Aenderung des Artikels 23 Satz 2 GG kann das Recht zum Beitritt anderer Teile Deutschlands weder ausgeschlossen noch eingeschränkt werden.“

Diese Ausführungen sind nur verständlich, wenn die politischen Hintergründe dieser juristischen Argumentation klargelegt werden. In Heft 2 der „Stimmen der Deutschen Saaropposition“ werden die *Alternativvorschläge zur Lösung der Saarfrage* näher erläutert, wobei hier in erster Linie die Reihenfolge interessiert: Vorschlag A sieht die Eingliederung des Saargebietes als 12. Bundesland vor (50jähriger Vertrag unter weitgehender Belassung der wirtschaftlichen Vorrechte Frankreichs, bei anschließender Vereinigung zu einer Europäischen Gemeinschaft). Vorschlag B befürwortet eine „faktische Europapolitik“ (Aufhebung der Zoll- und Devisenschranken, Einrichtung eines deutsch-französisch-saarländischen Dreierkomitees als Ueberwachungsinstanz, Einführung der Deutschen Mark als Währung usw.). Falls die Lösungen A und B scheitern, soll auf fünf bis zehn Jahre eine amerikanische Treuhandschaft eingerichtet werden bei gleichzeitiger „wirtschaftlicher Europäisierung“. Diese Hierarchie der Lösungsvorschläge läßt deutlich werden, warum ein solcher Nachdruck auf die Frage der Legitimierung der Bundesrepublik insbesondere zum Abschluß von „Europäisierungs“-Verträgen gelegt wird.

Ohne ausführlich zu diesen interessanten juristischen Ausdeutungen Stellung nehmen zu wollen, darf doch eine kritische Beurteilung wenigstens angedeutet werden: Zunächst erscheint die Auslegung des Artikels 23 im Sinne der Gewährung eines subjektiv-öffentlichen Rechts (mit der weiteren Folge der Verfassungsbeschwerde?) auf „Beitritt“ zur Bundesrepublik für jeden Saarbewohner als eine Ueber-

pointierung. Artikel 23 Satz 2 besagt vielmehr nur, daß Gesetzgebung und Verwaltung im Falle eines Beitritts alle Vorkehrungen zu treffen haben, um das Grundgesetz in diesem hinzukommenden Gebietsteil anwendbar zu machen. Darin kann allenfalls noch ein Verbot der Anerkennung einer fremden Verfassungsordnung liegen. Im übrigen hat Artikel 23 nur die Aufgabe klargestellt, in welchen deutschen Gebieten das Grundgesetz Anwendung findet.

Schwerwiegender ist jedoch eine andere Ueberlegung: Schneider geht von der sogenannten „Dach-Theorie“ aus, das heißt, er nimmt die Existenz von fünf durch die Besatzungsordnung voneinander getrennten deutschen Gebieten an (Bundesrepublik, Sowjetzonenrepublik, Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie, Berlin und das Saargebiet). Die auch für ihn noch weiterbestehende deutsche Gesamtstaatlichkeit würde dann das gemeinsame Dach über diesen Einzelteilen bilden. Jedes dieser Einzelgebiete wäre auch nur für die Regelung seiner internen Angelegenheiten verantwortlich und zuständig. Die Effektuierung der deutschen Gesamtstaatlichkeit würde erst wieder durch die Wiedervereinigung aller dieser Gebiete möglich werden, die ihrerseits nur ein Geschenk des Schicksals sein könnte. Bis dahin wären also weder die Bundesrepublik noch die Sowjetzonenstaatlichkeit befugt, im Namen Gesamtdeutschlands Entscheidungen zu treffen, weshalb auch der Bundesregierung eine entsprechende Kompetenz für Abmachungen hinsichtlich des Saargebiets fehle.

Es ist aber doch fraglich, ob diese Konzeption zutreffend ist. Es kann hier zwar nicht im einzelnen auf den Meinungsstreit über Identität, Kontinuität, Rechtsnachfolge und „Funktionsnachfolge“ im Verhältnis der Bundesrepublik zu der latenten deutschen Gesamtstaatlichkeit eingegangen werden, doch so viel sei bemerkt: In Uebereinstimmung mit dem von der deutschen Staats- und Völkerrechtslehre nahezu einhellig angenommenen Ausgangspunkt einer Situation des „kalten Bürgerkrieges“ läßt sich meines Erachtens eine zutreffendere rechtliche Charakterisierung der gegenwärtigen Rechtslage erzielen. Das Bild vom Bürgerkrieg bedarf wie jeder Vergleich natürlich einer gewissen Einschränkung: Es handelt sich erstens nicht um eine bewaffnete Auseinandersetzung, sondern um einen „kalten Krieg“; außerdem ist im Falle Deutschland diese Bürgerkriegssituation nicht durch antagonistische Gruppen des eigenen Volkes heraufbeschworen worden — wie etwa im Spanischen Bürgerkrieg —, sondern die gegenwärtige Lage ist nur die Folge besatzungsrechtlicher Divergenzen. Aber das Typische der Bürgerkriegssituation ist auch in der deutschen Situation der Gegenwart gegeben: Zwei Teileinheiten beanspruchen die Regelungskompetenz für Gesamtdeutschland und fühlen sich insofern beide als Hüter gesamtdeutscher Funktionen. Hierbei ist aber die Möglichkeit zur Wahrung dieser

Aufgabe sowohl territorial beschränkt — auf den jeweiligen Wirkungsbereich West-, beziehungsweise Ost-Deutschlands — als auch gegenständlich-materiell durch das Vorhandensein der Besatzungsmächte und der ihnen vorbehaltenen Zuständigkeiten eingengt. Es handelt sich also um rivalisierende Ansprüche, das ganze Deutschland zu vertreten. Die Lösung kann nur — wie bei jeder „echten“ Bürgerkriegssituation — die politische Entwicklung bringen, denn mit rechtlichen Argumenten läßt sich diese Anspruchskonkurrenz nicht beseitigen. Sie braucht aber keineswegs in der ausschließlichen Dominanz des einen Rivalen zu bestehen, sondern es sind sehr wohl Regelungen denkbar, daß diese Divergenzen durch die Bildung einer gemeinsamen Regierung überbrückt werden. Politische „Erschöpfungszustände“ oder ein aus irgendeinem Grunde eintretendes Desinteressement des einen Partners können jederzeit derartige Kompromißsituationen ermöglichen.

Solange dies aber nicht eingetreten ist, wird man das Bestehen einer solchen auf die Wahrung der gesamtdeutschen Interessen gerichteten Anspruchskonkurrenz hinzunehmen haben. Wieweit sie im einzelnen effektuiert wird, ist eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit. Daß sich dieses Problem aber bereits geltend macht, steht außer Zweifel. So wird etwa die Wahrung deutscher Interessen im Ausland weithin unabhängig von der Zoneneinteilung vorgenommen. Die deutschen (bundesrepublikanischen) Auslandsvertretungen leisten in der Regel allen deutschen Staatsangehörigen Hilfe, gleichgültig ob sie aus Weimar oder Wiesbaden stammen. Und die Alliierten verhalten sich im Grunde ähnlich: Für die Ostblockstaaten ist die DDR die einzig anerkannte Repräsentation Gesamtdeutschlands, während umgekehrt die westlichen Alliierten nur die Bundesrepublik als Verhandlungs- und Vertragspartner auch für gesamtdeutsche Angelegenheiten zulassen, wenn man einmal von reinen „de facto“-Beziehungen absieht. Die vorgeschlagenen Regelungen für die Liquidierung des Zweiten Weltkrieges im sogenannten Bonner Vertrag sind kennzeichnend für die Einstellung. Vom deutschen Standpunkt aus verdient noch hervorgehoben zu werden, daß eine gegenteilige Einstellung die Anerkennung der Spaltung Deutschlands bedeuten würde.

Wenn nun aber von diesem Bild der „kalten Bürgerkriegssituation“ mit den rivalisierenden Ansprüchen auf die Wahrnehmung der gesamtdeutschen Funktionen ausgegangen wird, so erscheint die von Schneider angenommene starke Beschränkung der Befugnis der Bundesregierung zur Vertretung der gesamtdeutschen Interessen nicht in diesem Maße gerechtfertigt zu sein. Entgegen seiner Annahme ist darauf hinzuweisen, daß die Westalliierten, die sich sonst die Regelung der gesamtdeutschen Fragen



vorbehalten haben, gerade hinsichtlich der Saarlösung der Bundesrepublik weitgehende Handlungsfreiheit eingeräumt haben. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Abschluß eines alle Beteiligten — Deutschland, Frankreich und das Saargebiet — zufriedenstellenden Saarvertrages von vornherein ihre Zustimmung findet. Sie haben unter Einschluß einer entsprechenden Ermächtigung an die Bundesregierung diesen Weg zur Lösung der Saarfrage verschiedentlich als wünschenswert bezeichnet und damit auch die Legitimation der Bundesrepublik zum Abschluß derartiger Vereinbarungen ausdrücklich anerkannt. In dieser Funktion würde nun die Bundesrepublik nicht für ihren territorialen Teilbezirk, sondern für Gesamtdeutschland handeln. Die endgültige Lösung wäre freilich dem Friedensvertrag vorzubehalten, was gleicherweise für das territoriale Schicksal der deutschen Ostgebiete gilt.

Abschließend kann also festgestellt werden: Mit Schneider ist die Ablehnung der Eigenstaatlichkeit des Saarlandes anzunehmen, gegen ihn wäre die Kompetenz der Bundesregierung zum Abschluß von Saarvereinbarungen wesentlich positiver zu bewerten, als es nach der von ihm vertretenen „Dach“-Theorie möglich ist. Im Rahmen der durch die faktischen Vorgänge gezogenen Grenzen hat die Bundesrepublik

nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die gesamtdeutschen Interessen wahrzunehmen. Die Tatsache, daß entsprechend der Rivalitätslage der Bürgerkriegssituation die Sowjetzonenregierung einen ähnlichen Anspruch erheben kann, vermag daran nichts zu ändern. Es ist lediglich eine politische Zweckmäßigkeitsfrage, ob bei großen Chancen für eine deutsche Wiedervereinigung die Saarregelung dann in dem größeren Rahmen erfolgen soll oder nicht.

Bei dieser Entscheidung über die Lösung der Saarfrage zeichnen sich angesichts der in letzter Zeit vorgenommenen rechtlichen Klärung deutlich zwei unterschiedliche Standpunkte ab: Entweder wird diese Regelung unter Rückzug auf die reine Rechtsebene vollzogen, oder aber es wird eine mehr im politischen Bereich liegende Lösung erstrebt. Ob im ersteren Fall eine Möglichkeit der Einigung besteht und ob sich dann der deutsche Standpunkt durchsetzen würde, mag bezweifelt werden. Die zweite Lösungsform tendiert offensichtlich nach einer „Europäisierung“ des Saargebietes in irgendeiner Form. Welche Schritte in dieser Richtung bereits unternommen wurden und welche Möglichkeiten sich hier im einzelnen anbieten, soll demnächst in einer die Behandlung der Saarfrage in diesem Rahmen abschließenden Betrachtung geprüft werden.

### Anmerkungen

<sup>1)</sup> Vgl. Eberhard Menzel: „Die deutsche Westgrenze nach dem Zweiten Weltkrieg. 2. Teil: Die Saar-Frage“ in Europa-Archiv 16—17/1951, S. 4259 ff.

<sup>2)</sup> Amtsblatt 1950, S. 839.

<sup>3)</sup> Amtsblatt 1952, S. 369.

<sup>4)</sup> Amtsblatt 1952, S. 423.

<sup>5)</sup> Bericht des niederländischen Abgeordneten van der Goes van Naters über die zukünftige Stellung der Saar, der Allgemeinen (Politischen) Kommission der Beratenden Versammlung des Europarates vorgelegt im September 1953.

<sup>6)</sup> Amtsblatt 1948, S. 276.

<sup>7)</sup> So beispielsweise am 10. März 1950, 5. April 1951, 30. Mai 1951, 19. November 1952, 5. März 1953, 2. Juli 1953, 30. April 1954.

<sup>8)</sup> Consultative Assembly of the Council of Europe, Fourth Ordinary Session, 17th September, 1952, Doc. 53 und Doc. 60.

<sup>9)</sup> Vgl. die Mission Bidaults an der Seite de Gaulles in Washington 1945 in der Darstellung von Byrnes: „Speaking Frankly“; New York — London: Harper & Brothers Publishers 1947, S. 170.

<sup>10)</sup> So Pierre Laurent: „L'Union Franco-Sarroise d'après les conventions conclues entre la France et la Sarre de 1948 à 1950“ in *Journal du Droit International* 1952, Heft 1.

<sup>11)</sup> Vgl. Gonzague Lesort, Chargé de Mission Diplomatique Française en Sarre: „Der Begriff der Souveränität und die französisch-saarländische Union in den Verträgen vom 20. Mai 1953“ in *Saarländische Rechts- und Steuerzeitschrift* 1953, S. 57 ff.

<sup>12)</sup> Urteil des I. Senats vom 27. August 1953 — M 8/51, hier zitiert nach der Umdruckausgabe.

<sup>13)</sup> H. Wiebringhaus: „Die völkerrechtliche Stellung Deutschlands und des Saarlandes“ in *Saarländische Rechts- und Steuerzeitschrift* 1952, S. 97 ff.

<sup>14)</sup> H. Wiebringhaus: „Die derzeitige rechtliche Stellung des Saarlandes unter besonderer Berücksichtigung des 1. und 2. Teiles des Berichtes von van der Goes van Naters“ in *Saarländische Rechts- und Steuerzeitschrift* 1953, S. 53 ff.

<sup>15)</sup> H. Wiebringhaus: „Die Entwicklung der Vertragsverhältnisse zwischen der Saar und Frankreich“ in *Archiv des Völkerrechts* 1954, S. 323 ff.

<sup>16)</sup> Vgl. hierzu United Nations Conference on International Organization, Doc. 374, 756, 885.

<sup>17)</sup> Vgl. den ersten Aufsatz, a. a. O., S. 100, fast wörtlich übereinstimmend im zweiten Aufsatz, a. a. O., S. 55.

<sup>18)</sup> Vgl. Urteil des I. Senats, a. a. O., S. 13.

<sup>19)</sup> Vgl. L. Oppenheim: „International Law“, Vol. I; London — New York — Toronto: Longmans, Green & Co. 1948, S. 122 und S. 124.

<sup>20)</sup> Vgl. Alfred Verdross: „Völkerrecht“; Wien: Springer-Verlag 1950, S. 161.

<sup>21)</sup> Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Uebernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und durch die Provisorische Regierung der Französischen Republik vom 5. Juni 1945, Präambel Abs. 5, in: „Um den Frieden mit Deutschland“, Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 6; Oberursel: Verlag Europa-Archiv 1948, S. 74 ff.

<sup>22)</sup> Wiebringhaus: zweiter Aufsatz, a. a. O., S. 56.

<sup>23)</sup> Vgl. „A Decade of American Foreign Policy, Basic Documents 1941—49“, 81st Congress, 1st Session, Senate Document No. 123; Washington: United States Government Printing Office 1950, S. 551.

<sup>24)</sup> Vgl. *US Archiv-Dienst* 1949/1950, S. 38/39.

<sup>25)</sup> Paul Guggenheim: „Lehrbuch des Völkerrechts“, Band I; Basel: Verlag für Recht und Gesellschaft AG 1948, S. 170.

<sup>26)</sup> Guggenheim, a. a. O., S. 170, Anm. 24.

<sup>27)</sup> Heinrich Schneider: „Stimmen der deutschen Saaropposition — Sammlung von drei Aufsätzen“, herausgegeben vom Deutschen Saarbund 1953.

<sup>28)</sup> Heinrich Schneider: „Lösungsvorschläge zur Saarfrage“, herausgegeben vom Deutschen Saarbund 1954.

<sup>29)</sup> Heinrich Schneider: „Die rechtlichen Probleme einer Saarlösung“; Baden-Baden: Jus Verlagsgesellschaft 1954.

<sup>30)</sup> Vgl. Bundeskanzler Dr. Adenauer im Bundestag am 30. Mai 1951 — Sitzungsprotokoll, S. 5667: „Die Saarregierung ist nichts anderes als eine Verwaltungsbehörde in einem Lande, über das in einem Verträge entschieden werden soll, an dem die Saarregierung sicherlich nicht als Verhandlungs- oder Vertragspartner teilnehmen wird.“

<sup>31)</sup> Schneider: Die rechtlichen Probleme, a. a. O., S. 23.

<sup>32)</sup> Ebenda S. 26/27.

<sup>33)</sup> Ebenda S. 40.

## Dokumente zur Frage der europäischen Sicherheit

Die Ergebnisse der 13. Tagung des Atlantikrates in Paris am 23. April 1954

### Schlußkommuniqué

1. Im Verlaufe der Ministersession, die am Freitag, fünf Jahre nach Unterzeichnung des Pakts, in Paris stattfand, hat der Atlantikrat nach einer Prüfung der Tätigkeit der Organisation die gegenwärtige internationale Lage besprochen und einen Meinungsaustausch über die Probleme gemeinsamen Interesses gepflogen. An der Sitzung, die von Georges Bidault präsiert wurde, nahmen die Außenminister der Mitgliedstaaten teil.

2. Lord Ismay, Generalsekretär der NATO und Vizepräsident des Atlantikrates, erstattete Bericht über die Tätigkeit der Organisation. Sein Bericht unterstrich die wirksame Zusammenarbeit, die sich innerhalb des Bündnisses entwickelt, eine Zusammenarbeit, welche die von den Signatarstaaten übernommenen Verpflichtungen überschreitet. Die Außenminister benützten diese Gelegenheit, um zu bestätigen, daß ihre Verbindung durch das atlantische Bündnis das fundamentale Element der Politik ihrer Regierungen bildet. Die defensiven und friedlichen Ziele des Vertrags in Erinnerung rufend, bestätigten sie ihre Entschlossenheit, das Bündnis beizubehalten und weiter zu fördern, das nicht nur die kollektive Verteidigung ihrer Völker sichert, sondern auch eine dauernde Verbindung darstellt, dazu geschaffen, die Einheit der Aktion und die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf allen Gebieten zu wahren.

3. Nach der Prüfung der Entwicklung der internationalen Lage seit der letzten Session stellte der Rat fest, daß nichts einen Wechsel in den Endzielen der Sowjetunion anzuzeigen scheine. Er stellte dazu fest, daß die Militärmacht der Sowjetunion und ihrer Satelliten ohne Unterbruch vergrößert würde. Demzufolge versichert der Rat von neuem die Notwendigkeit für die freien Völker, wachsam, geeint und in ihren Anstrengungen weitblickend zu bleiben.

4. Der Rat, der seine Meinung über die Wichtigkeit der Inkraftsetzung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) bestätigt, beglückwünschte sich zu den dazu erfolgten Ratifikationen seit der letzten Session, welche die Inkraftsetzung der Verteidigungsgemeinschaft näherbringen. Der Rat äußerte auch seine Genugtuung über die Maßnahmen von außerordentlicher Tragweite, welche die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten getroffen haben, um ihre Zusammenarbeit mit der EVG zu gewährleisten, womit die dauernde und enge Verbindung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens mit der Verteidigung des europäischen Kontinents gesichert wird.

5. Nach der vor kurzer Zeit erfolgten Erklärung der Sowjetregierung über ihre Besatzungszone in Deutsch-

land nimmt der Rat mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten der Organisation nicht die Absicht haben, die Souveränität der angeblichen Deutschen Demokratischen Republik anzuerkennen und die deutschen Behörden dieser Zone als Regierung zu behandeln. Er hat beschlossen, durch die Ständigen Vertreter eine in diesem Sinne gehaltene Resolution redigieren zu lassen.

6. Um die politischen Konsultationen im Rat zu fördern, hat der Rat eine dieses Thema betreffende Resolution angenommen, welche Gegenstand einer besonderen Mitteilung sein wird.

7. Der Rat würdigte die Tapferkeit der Streitkräfte der Französischen Union, die in Indochina kämpfen. Er spricht die Hoffnung aus, daß die Genfer Konferenz positive Ergebnisse zeitigen wird.

Quelle: *Le Monde* vom 25./26. April 1954. Deutscher Text aus: *Neue Zürcher Zeitung* vom 25. April 1954.

### Resolution des Atlantikrats über die politischen Konsultationen vom 23. April 1954

Der Atlantikrat

in der Erwägung der von den Mitgliedstaaten übernommenen Verpflichtungen und in der Erkenntnis:

a. — daß die Sicherheit und Einheit der Atlantischen Gemeinschaft nicht nur von kollektiven Verteidigungsmaßnahmen, sondern auch von der Koordination der Außenpolitik seiner Mitglieder abhängig ist;

b. — daß die Entwicklungen der internationalen Lage jeden Mitgliedstaat interessieren;

bestätigt die vom Komitee der Atlantischen Gemeinschaft bekanntgegebenen Auffassungen, die an der achten Session des Rates in Rom gebilligt worden sind;

beschließt, daß der Rat jedesmal, wenn er es als angezeigt erachtet, einen Meinungsaustausch über die politischen Fragen gemeinsamen Interesses pflegen wird; empfiehlt:

a. — daß alle Mitgliedstaaten nie außer acht lassen, daß es wünschenswert ist, die Aufmerksamkeit des Rates auf Informationen über die Entwicklung der internationalen Politik zu lenken, in allen Fällen, wo sie andere Mitglieder des Rates oder die Organisation in ihrer Gesamtheit interessieren;

b. — daß der Ständige Rat laufend prüft, welches genaue Thema an späteren Sitzungen Anlaß zu politischen Konsultationen geben könnte, damit die Mitglieder in der Lage sein werden, die Ansichten ihrer Regierungen hierzu darzulegen.

Quelle: *Le Monde* vom 25./26. April 1954. Übersetzung des Europa-Archivs.



## Note der Westmächte an die Sowjetunion vom 8. Mai 1954 in Beantwortung der sowjetischen Vorschläge vom 31. März\*

Ihrer Majestät Regierung hat sich mit den Regierungen der Vereinigten Staaten und Frankreichs und anderen interessierten Regierungen, insbesondere mit denen der Nordatlantikpaktländer, über die Aspekte des Problems der europäischen Sicherheit beraten, die von den vier Außenministern in Berlin eingehend erörtert wurden und auf die die Sowjetregierung in ihrer Note vom 31. März erneut die Aufmerksamkeit gelenkt hat.

Ihrer Majestät Regierung bemüht sich seit langem um die universelle Verminderung der Rüstungen einschließlich des Verbots der Atomwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen sowie die Kontrolle der Atomenergie. In der Atomenergiekommission der Vereinten Nationen, der Kommission der Vereinten Nationen für herkömmliche Waffen und später auch in der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen hat Ihrer Majestät Regierung darauf hingewirkt, ein internationales Uebereinkommen über die Abrüstung zustande zu bringen und dem Wetttrüben ein Ende zu machen, das die Völker der ganzen Welt so schwer belastet. Ein solches Uebereinkommen kann nur durch eine fortschreitende und ausgewogene Abrüstung mit wirksamen Garantien erreicht werden, die die Gefahr einer Aggression aus irgendeiner Richtung beseitigen würden. Ihrer Majestät Regierung ist entschlossen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die als Ergebnis der Initiative Präsident Eisenhowers begonnenen Gespräche wie auch die Abrüstungsverhandlungen, die in den Vereinten Nationen in Kürze wieder beginnen werden, zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Sie hofft, daß die Sowjetregierung einen konstruktiven Beitrag zur Lösung dieser Probleme leisten wird.

Wenn diese Verhandlungen Erfolg haben sollen, muß zunächst ein Gefühl der Sicherheit und des Vertrauens geschaffen werden. In diesem Sinne hat Ihrer Majestät Regierung die sowjetischen Vorschläge für die europäische Sicherheit, die zuerst in Berlin vorgebracht und jetzt in der Note der Sowjetregierung wiederholt wurden, erneut sorgfältig studiert. Mit ihnen versucht die Sowjetregierung nicht, die tatsächlichen Ursachen der europäischen Spannung zu beseitigen. Statt dessen schlägt sie einen neuen kollektiven Sicherheitsvertrag vor, der offen auf der Neutralisierung und fortdauernden Teilung Deutschlands basiert, während er die völlige politische, wirtschaftliche und militärische Beherrschung der Länder Osteuropas durch die Sowjetregierung unverändert läßt. Dies kann nur die Unsicherheit und Teilung Europas verlängern. Diese Vorschläge schaffen, auch wenn dahin abgeändert, daß sie die Teilnahme der Vereinigten Staaten gestatten, keine Grundlage für eine echte Sicherheit.

Die Ergänzung der Vereinten Nationen durch eine Organisation, wie die von der sowjetischen Regierung vorgeschlagene, die die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten und sämtliche europäische Länder umfaßt, würde das, was bereits eine weltweite Sicherheitsorganisation ist,

nicht bereichern. Sie wäre nicht nur zwecklos, sondern auch gefährlich, weil sie unvermeidlich die Tendenz hätte, die Autorität der Vereinten Nationen zu untergraben. Die Regierung Ihrer Majestät kann daher den sowjetischen Vorschlag nicht akzeptieren. Die kollektive Sicherheit würde am besten gewährleistet werden, wenn es die sowjetische Regierung zuließe, daß die Vereinten Nationen so funktionieren, wie es die Charta vorsah.

Die sowjetische Regierung hat auch angeregt, der von ihr vorgeschlagene kollektive Sicherheitspakt solle von einer Erweiterung des Atlantikpaktes durch Beitritt der Sowjetunion zum Nordatlantikvertrag begleitet sein. Es erübrigt sich, auf den völlig unrealen Charakter einer solchen Anregung hinzuweisen. Sie widerspricht in jeder Weise den Prinzipien, auf denen das Verteidigungssystem und die Sicherheit der westlichen Nationen beruhen. Diese Nationen sind durch enge Bande gegenseitigen Vertrauens verbunden. Die Nordatlantikpaktorganisation, die weit mehr ist als eine rein militärische Organisation, ist auf das Prinzip der persönlichen Freiheit und der Herrschaft des Rechts gegründet. Die Verteidigungsmittel ihrer Mitglieder sind zusammengefaßt worden, um ihnen kollektiv die Sicherheit zu bieten, die sie einzeln nicht erlangen können angesichts des militärischen Uebergewichts, daß die Sowjetunion seit dem Jahre 1945 in Europa erreicht hat, und angesichts der westwärts gerichteten Expansion eines politischen, wirtschaftlichen und militärischen, ihrer alleinigen Kontrolle unterworfenen Systems. Die Nordatlantikpaktorganisation ist rein defensiv. Es besteht zwischen all ihren Mitgliedern ein freier und lückenloser Austausch von Informationen. All ihre Beschlüsse werden einstimmig gefaßt. Die Sowjetunion würde als Mitglied der Organisation daher in der Lage sein, jeden Beschluß durch ihr Veto unmöglich zu machen. Keiner der Mitgliedstaaten ist bereit, die Zersetzung des gemeinsamen Verteidigungssystems auf diese Art zuzulassen.

Die Sicherheit Europas und der Welt wird nicht dadurch gefördert, daß Verteidigungsgemeinschaften gleichgesinnter Staaten zersetzt und durch neue illusorische Sicherheitsorganisationen ersetzt werden. Die Regierung Ihrer Majestät ist nach wie vor der Ueberzeugung, daß der einzige Weg, das auf der Welt lastende Gefühl der Unsicherheit zu beseitigen, in der schrittweisen Lösung einzelner Probleme liegt. Sie ist nicht der Meinung, daß eine dauerhafte Regelung dadurch erreicht werden kann, daß eine neue Fassade der Sicherheit aufgebaut wird, hinter der die grundsätzlichen Schwierigkeiten und Uneinigkeiten unverändert bleiben.

Mit diesen Ueberlegungen im Sinn haben die Westmächte in Berlin einen Plan befürwortet, der ein erster Schritt zur Lösung des Deutschlandproblems gewesen wäre. Die Sowjetregierung war nicht gewillt, diesen Plan auch nur zu erörtern. Darüber hinaus haben die Westmächte Vorschläge gemacht, die die Sicherheit Europas auf der Grundlage bereits bestehender Abkommen verstärken sollten. Auch diese Vorschläge weigerte sich die Sowjetregierung in Betracht zu ziehen. Die Westmächte erboten sich, die sowjetische Formulierung aller Artikel

\*) Bei dem hier wiedergegebenen Text handelt es sich um die britische Note. Analoge Noten wurden gleichzeitig von Frankreich und den Vereinigten Staaten an die Sowjetunion übermittelt. Vgl. den Wortlaut der sowjetischen Vorschläge in Europa-Archiv 8—9/1954, S. 6532.

des österreichischen Staatsvertrages anzunehmen, über die keine Einigung erzielt worden war. Aber weit davon entfernt, den Vertrag unter den eigenen Bedingungen zu unterzeichnen, stellte die Sowjetregierung neue und unannehmbare Bedingungen, die den Vertrag vollständig aus einem Vertrag der Freiheit und Unabhängigkeit in einen Vertrag der unbegrenzten Besatzung durch fremde Truppen verwandelt hätten.

Die Sowjetregierung hat die Kritik, die sie an den Plänen für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Berlin geäußert hat, wiederholt. Die Regierung Ihrer Majestät hat ihre Ansicht über diese Frage bereits geäußert. Die Unterstellung, daß die gegenwärtigen Pläne, deren Rahmen begrenzt ist, für die Spaltung Europas verantwortlich seien oder die Gefahr des Krieges erhöhten, ist durchaus unrichtig. Die Spaltung Europas wurde durch die Sowjetregierung herbeigeführt, und ihre Weigerung, die Wiedervereinigung Deutschlands auf Grund freier Wahlen zu erwägen, ist einer der Faktoren, die zur Fortdauer dieser Spaltung beitragen. Unter diesen Umständen kann die deutsche Bundesrepublik nicht ohne alle Verteidigungsmittel gelassen werden, wenn die Ostzone Deutschlands, wie ihre Führer offen bekennen, starke Streitkräfte besitzt. Ihrer Majestät Regierung ist der Ansicht, daß für alle Betroffenen der beste und sicherste Weg, das Problem eines deutschen Verteidigungsbeitrages zu lösen, der Rahmen einer Assoziation ist, die schon durch ihren Charakter verhindern würde, daß Deutschland irgendeine bewaffnete Einzelaktion unternimmt.

Ihrer Majestät Regierung bleibt von der dringenden

Notwendigkeit überzeugt, die zwischenstaatlichen Beziehungen zu verbessern und die gegenseitige Sicherheit zu gewährleisten. Sie ist der Meinung, daß ein Fortschritt auf dem Wege zur Beseitigung der Ursachen der internationalen Spannung am besten erreicht werden kann, wenn die Sowjetregierung einen greifbaren Beweis für ihre guten Absichten dadurch geben würde, daß sie gemeinsam mit den Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten

1. eine schnelle Regelung der österreichischen Frage sucht, die Oesterreich seine volle Souveränität wiedergibt;
2. eine dauernde und annehmbare Lösung des deutschen Problems sucht;
3. zu einem baldigen Abkommen über allgemeine, fortschreitende, ausgeglichene und überwachte Abrüstung gelangt: ein derartiges Abkommen müßte ausdrücklich das Verbot von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen und die Kontrolle der Atomenergie unter angemessenen Sicherungen einschließen;
4. auf der Genfer Konferenz eine Lösung der dringlichsten Probleme im Fernen Osten anstrebt;
5. ihr Verhalten in den Vereinten Nationen mit den Grundsätzen der Charta in Uebereinstimmung bringt und es so den Vereinten Nationen ermöglicht, ihre wahre Rolle als wirksame Organisation für die kollektive Sicherheit zu erfüllen.

Quelle: *The Times* vom 8. Mai 1954. Uebersetzung des Europa-Archivs.

## Lage und Aussichten der Wirtschaft in Europa

### Ein Sachverständigen-Bericht der OEEC

#### Vorbemerkung

Die Sachverständigen-Gruppe des Wirtschaftsausschusses ist im Verlauf der am 26. April beginnenden Woche unter dem Vorsitz von Sir Robert Hall (Großbritannien) zusammengetreten. Dieser Gruppe gehörten außerdem an: die Herren Schmidt (Dänemark), Delowrie und Gruson (Frankreich), Emminger und von Boeckh (Deutschland), Saraceno (Italien), Tinbergen (Niederlande), Dow (Großbritannien) und Jakoby (USA). Der Sitzung haben ferner beigewohnt der Präsident der Arbeitsgruppe Nr. 5 des Rates und der Präsident und die Vizepräsidenten des Wirtschaftsausschusses.

Das anliegende Dokument stellt eine Zusammenfassung der Debatten der Sachverständigen dar und gibt ihre persönlichen Ansichten wieder. Es ist dem Rat zur Kenntnisnahme vorgelegt worden und ist für die Mitgliedländer nicht bindend.

#### Zusammenfassung der Debatten

1. Wir sind zusammengekommen, um die jüngsten wirtschaftlichen Ereignisse durchzusprechen und die Aussichten zu prüfen, die sich unseren Ländern eröffnen, ferner um einen Meinungsaustausch über gewisse, sich möglicherweise ergebende Probleme und die dadurch erforderlich gewordenen Maßnahmen vorzunehmen.

#### Prüfung der gegenwärtigen Lage

2. Während unserer letzten im September 1953 abgehaltenen Sitzung gaben die relative Langsamkeit der wirtschaftlichen Expansion in Europa und die Schwierig-

keiten, die man befürchten konnte, wenn die amerikanische Produktion etwa eine Senkung erfahren sollte, Anlaß zu gewissen Besorgnissen. Hinsichtlich dieser beiden Gesichtspunkte haben aber die jüngsten Ereignisse eine günstigere Wendung genommen, als man erwartete.

3. Diese günstige Entwicklung wird folgendermaßen gekennzeichnet:

- (i) Im Verlauf der vergangenen sechs Monate hat sich die Industrieproduktion Westeuropas ziemlich schnell erhöht; im ersten Quartal dieses Jahres hat sie den Stand des Vorjahres um etwa 7 vH überschritten.
  - (ii) Die Veränderung der amerikanischen Wirtschaft war nur von mäßigem Ausmaß und hat keine ernsten Auswirkungen auf internationaler Ebene zur Folge gehabt. Insbesondere sind die Gold- und Dollarreserven Westeuropas in seiner Gesamtheit im Jahre 1953 um 2,2 Milliarden Dollar angewachsen.
4. Die wirtschaftliche Expansion in Europa hat einen bedeutenden Beitrag zur Erhaltung der Stabilität in der Welt geleistet. Die Steigerung der Nachfrage in Europa zu einem Zeitpunkt, an dem die Vereinigten Staaten ihre Einkäufe einschränkten, hat die Grundstoffpreise auf gleichem Stand erhalten, die bemerkenswert stabil geblieben sind. Infolgedessen sind die rohstoffherzeugenden Länder in der Lage gewesen, ihre Einfuhren aus den OEEC-Ländern zu erhöhen, Obgleich man ein leichtes Sinken der Ausfuhren aus Westeuropa nach den Vereinigten Staaten festgestellt hat, das Hand in Hand mit dem Absinken der Industrieproduktion in den Vereinigten Staaten geht, hat Europa seine Dollareinnahmen aufrecht-



erhalten können dank der außergewöhnlichen und umfangreichen Ausgaben, die die amerikanische Regierung im Ausland getätigt hat. Im Jahre 1953 beliefen sich die Ausgaben dieser Art in Westeuropa auf mehr als 2,25 Milliarden Dollar.

5. Wenn die Entwicklung der Wirtschaftslage in Europa in seiner Gesamtheit günstig gewesen ist, so ist sie in einigen Ländern weniger befriedigend gewesen. Frankreich hat immer noch mit Schwierigkeiten zu kämpfen und hat keinen Anteil an der allgemeinen Produktionsausweitung gehabt, obgleich man in letzter Zeit gewisse Anzeichen für eine Belebung festgestellt hat. Die Europäische Zahlungsunion war einer gewissen Spannung ausgesetzt auf Grund der Tatsache, daß sich extreme Positionen von Schuldnern und Gläubigern herausgebildet haben. Wir haben uns auch gefragt, bis zu welchem Punkt die Position Deutschlands die eines Gläubigers bleiben würde. Italien muß mit Unsicherheiten hinsichtlich seiner Zahlungsbilanz rechnen, und das Arbeitslosenproblem ist in diesem Lande tief verwurzelt. Die Türkei hat auf Grund des schnellen Rhythmus ihrer Expansion ebenfalls Schwierigkeiten.

#### *Wirtschaftsaussichten*

6. Die Aussichten für das Jahr 1954 erscheinen zufriedenstellend. Man hat allen Grund zu der Annahme, daß sich die Produktion in Europa auch weiterhin entwickeln und in den Vereinigten Staaten erholen wird. Es besteht kein Anlaß zu der Befürchtung, daß das Dollar-Problem in den nächsten zwei Jahren besonders akut werden wird.

7. Unser Vertrauen in die Zukunft ist durch die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in den Vereinigten Staaten gestärkt worden, wie sie uns unser amerikanischer Kollege dargestellt hat. Bei der Rolle, die die Verminderung der Kapitalreserven bei der in letzter Zeit eingetretenen Verlangsamung der Produktion gespielt hat, kann man annehmen, daß diese in dem Maße wieder anlaufen wird, in dem der Abbau der Kapitalien ein Ende nimmt. Auch durch die kürzlich durchgeführten Steuersenkungen dürfte ein Anreiz für die Wirtschaft gegeben sein. Die amerikanische Regierung zeigt sich entschlossen, die Stabilität zu erhalten und die Entwicklung der Produktion zu fördern. Wir haben von der seitens der amerikanischen Regierung bekundeten Absicht Kenntnis genommen, bei der Anwendung ihrer Vorratspolitik der Notwendigkeit gebührend Rechnung zu tragen, die Stabilität der Weltmärkte aufrechtzuerhalten. Wir haben ferner Kenntnis genommen von ihrer Absicht, neue Maßnahmen zu ergreifen, um die Hindernisse für die Einfuhr nach den Vereinigten Staaten zu verringern und in den OEEC-Ländern außerordentliche Ausgaben von noch größerer Bedeutung zu tätigen als im vergangenen Jahr.

8. Obgleich die Expansion der europäischen Produktion im Jahre 1953 auf gewissen Gebieten von einem sehr niedrigen Niveau ausging und obgleich sie teilweise temporären Faktoren zuzuschreiben war, dürfte doch das Vorhandensein ungenutzter Reserven auf gewissen Sektoren und die allgemeine Verbesserung der Produktivität die Fortsetzung der Expansionspolitik ermöglichen. Es ist möglich, daß sich die europäische Produktion im Jahre 1954 ebenso schnell entwickelt wie im vergangenen Jahr. Allerdings sind bei Voraussagen Irrtümer möglich, wie die Erfahrung nur allzusehr gezeigt hat. Die gegenwärtige Phase der erneuten Umwandlung in den Vereinigten Staaten ist noch nicht abgeschlossen. Ihre Auswirkungen sind auf internationaler Ebene vielleicht noch nicht voll wirksam geworden. Es ist möglich, daß die

Rohstoffpreise nicht so stabil bleiben wie in den letzten sechs Monaten, was gewisse Schwankungen in den Ländern Europas zur Folge haben könnte. Wir haben die Möglichkeit einer ungünstigen Entwicklung ins Auge gefaßt. Man ist sich jedoch allgemein einig über die Mittel und Wege, um diesen Schwierigkeiten im Falle ihres Auftretens abzuwehren, nämlich durch geeignete Änderungen der Währungspolitik, des Kreditwesens, der Steuerpolitik und durch Programme für öffentliche Ausgaben.

#### *Die Aussichten auf Fortschritte*

9. Unser allgemeiner Eindruck ist der, daß wir in eine Periode eintreten, die neue Möglichkeiten zum Fortschritt eröffnet. Wir können eine Phase relativer Stabilität und größerer Freiheit in Problemen der Zahlungsbilanz erreichen, und diese Umstände müßten es möglich machen, die Politik zu stärken, die auf eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Expansion hinzielt. In dem Maße, in dem sich die Verteidigungsausgaben stabilisieren oder verringern und damit einen geringeren Anteil des Nationalproduktes für sich in Anspruch nehmen, werden neue Quellen frei, um neue Bedürfnisse zu befriedigen und neue Ziele des zivilen Sektors erreichen zu helfen.

10. Eine solche Periode relativer Stabilität bietet jedem der Mitgliedsländer die Möglichkeit, entsprechend der eigenen wirtschaftlichen Lage neue Fortschritte auf dem Wege zu einer Liberalisierung des Warenaustausches und der freien Konvertierbarkeit der Währungen zu machen. Die Beseitigung der Einschränkungen des europäischen Handels müßte beschleunigt werden. Einige Mitgliedsländer haben kürzlich auch die Beschränkungen der Dollarimporte gelockert. Neue Fortschritte in dieser Richtung müßten möglich sein, obgleich noch viel zu tun übrigbleibt, um das Dollar-Problem auf lange Sicht zu lösen.

11. Trotz der Fortschritte, die in der Gesamtheit der europäischen Länder erzielt wurden, haben einige von ihnen, insbesondere Italien, die Türkei und Griechenland, noch mit schwierigen Problemen zu kämpfen. Unsere Aufmerksamkeit war besonders auf das erste Problem der wirtschaftlichen Entwicklung Südtaliens gelenkt worden. Dieses Problem ist von Bedeutung für die gesamte westliche Welt, und wir glauben, daß es die besondere Aufmerksamkeit der Organisation verdient. Es könnte sich hier um eines der dringendsten Objekte internationaler Investierungspolitik handeln.

12. Wir haben die Probleme geprüft, die durch die Koordination der wirtschaftlichen Entwicklung in verschiedenen Ländern gestellt sind. Wir haben zugestanden, daß es für jedes Land schwierig war, sich genau auf die Beibehaltung eines bestimmten Expansionsrhythmus festzulegen, und daß sich die Expansion in den einzelnen Ländern durchaus mehr oder weniger schnell vollziehen könne. Trotzdem müßte sich jedes Land darum bemühen, seine Produktion in einem wenigstens ausreichenden Tempo zu entwickeln, um einen hohen Beschäftigungsstand zu sichern und um in der Lage zu sein, alle Gelegenheiten zur Steigerung seiner Produktivität auszunutzen.

13. Unserer Meinung nach ist es wichtig, daß unsere Länder auch weiterhin eine enge Fühlungnahme untereinander aufrechterhalten, daß sie die notwendigen Informationen austauschen und gemeinsam die Lage prüfen. Wir sind der Ansicht, daß unser Meinungsaustausch in dieser Hinsicht von großem Nutzen gewesen ist.

Quelle: OECE, Communiqué de Presse/A (54) 21 vom 6. Mai 1954. Übersetzung des Europa-Archivs.

## Informationen und Berichte

### Der Verlauf der Genfer Ostasien-Konferenz

26. April bis 15. Mai 1954 (wird fortgesetzt)

26. April

Die Genfer Ostasienkonferenz, die in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Berliner Konferenz (vgl. das Communiqué der Berliner Konferenz in Europa-Archiv 5/1954, S. 6397) zur Erörterung der Fragen Korea und Indochina einberufen wurde, tritt im Völkerbundpalast in Genf zusammen.

Die Konferenzteilnehmer einigen sich nach einer Unterredung zwischen Außenminister *Eden* und Außenminister *Molotow* über Verfahrensfragen zur Erörterung des Themas Korea. Es wird beschlossen, daß die Außenminister *Prinz Wan* (Thailand), *Molotow* und *Eden* abwechselnd in dieser Reihenfolge den Vorsitz bei den Besprechungen über Korea übernehmen. Teilnehmer an der Konferenz über Korea sind die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion als einladende Mächte, die Chinesische Volksrepublik, die Republik Korea (Südkorea), die Volksrepublik Korea (Nordkorea) sowie mit Ausnahme der Südafrikanischen Union, die nur durch Beobachter vertreten ist, die anderen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die Streitkräfte nach Korea entsandt hatten (Australien, Kanada, Neuseeland, Belgien, Niederlande, Dänemark, Türkei, Griechenland, Philippinen, Kolumbien, Thailand, Aethiopien).

Außenminister *Bidault* richtet einen Appell an den Vietnam, den Abtransport der Schwerverwundeten aus Dien Bien Phu zu gestatten.

27. April

Zu Beginn der Aussprache über Korea fordert der südkoreanische Außenminister *Pyun Yung Tai* freie Wahlen in Nordkorea unter der Aufsicht der Vereinten Nationen und den Abzug der chinesischen Truppen aus Nordkorea. Gleichzeitige Wahlen in Südkorea seien nicht erforderlich, da dort schon Wahlen unter der Aufsicht der Vereinten Nationen stattgefunden hätten. Ebenso sei es nicht erforderlich, mit dem Abzug der chinesischen Truppen aus Nordkorea auch gleichzeitig die Streitkräfte der Vereinten Nationen aus Südkorea zurückzuziehen. Der Vertreter Nordkoreas, Außenminister *Nam Il*, schlägt dagegen gemeinsame Wahlen in Nord- und Südkorea vor, die von einer gesamt-koreanischen, von den Parlamenten Nord- und Südkoreas zu bildenden Kommission vorbereitet werden sollen. Dieser Kommission sollen auch Vertreter der Massenorganisationen angehören. Sämtliche ausländische militärische Streitkräfte sollen innerhalb von sechs Monaten gleichzeitig aus Nord- und Südkorea zurückgezogen werden.

Außenminister *Molotow* und Außenminister *Bidault* unterhalten sich über die Vorbereitung der Indochina-Verhandlungen.

Auch mit Dulles hat Molotow eine Aussprache, in der, wie schon auf der Berliner Konferenz, Fragen der Atomenergie besprochen werden.

28. April

Außenminister *Dulles* lehnt den nordkoreanischen Vorschlag für die Wiedervereinigung Koreas ab, den er mit den sowjetischen Vorschlägen für die Wiedervereinigung Deutschlands vergleicht, und unterstützt den Vorschlag der südkoreanischen Delegation. Der chinesische Außenminister *Tschu En-lai* befürwortet die Vorschläge *Nam Il*s und fordert ferner den Rückzug aller fremden Truppen aus Ostasien, die Aufhebung aller ausländischen Stützpunkte in Ostasien und den Verzicht der Vereinigten Staaten auf die Wiederaufrüstung Japans. Außerdem erklärt er, die Wiederaufrüstung der deutschen Bundesrepublik müsse verhindert und die sowjetischen Vorschläge für ein europäisches Sicherheitssystem verwirklicht werden.

*Bidault*, *Eden* und *Dulles* erörtern die Aufnahme der Verhandlungen über Indochina. Anschließend bespricht *Bidault* die gleiche Frage mit *Molotow*.

29. April

Der australische Außenminister *Richard Casey* spricht sich entgegen den südkoreanischen Vorschlägen dafür aus, freie Wahlen unter der Aufsicht der Vereinten Nationen nicht nur in Nordkorea, sondern in ganz Korea abzuhalten. Er lehnt jedoch die nordkoreanischen Forderungen auf gleichzeitigen Abzug aller ausländischen Truppen aus Korea ab. Im übrigen korrigiert er Äußerungen der Außenminister Nordkoreas und Chinas, die den Westmächten, vor allem den Vereinigten Staaten, die Kriegsschuld in Korea zugeschoben und ihnen die Absicht unterstellt hatten, die Völker Asiens zu unterdrücken. Außenminister *Molotow* bezeichnet den nordkoreanischen Plan als geeignete Grundlage für die Wiedervereinigung Koreas und bedauert, daß andere asiatische Staaten wie Pakistan, Indien, Indonesien und Burma an der Konferenz nicht teilnehmen. Er setzt sich nachdrücklich für das Selbstbestimmungsrecht der asiatischen Völker ein und erklärt, kein asiatischer Staat, der vor sich selbst Achtung habe, werde an der geplanten westlichen Militärallianz in Südostasien teilnehmen.

Außenminister *Eden* fragt telegraphisch die Premierminister von Indien, Pakistan und Ceylon auf der Konferenz in Colombo, ob sie bereit seien, sich an einer Garantieerklärung für Indochina zu beteiligen, unter der Voraussetzung, daß die Genfer Konferenz zu einer annehmbaren Lösung komme.

Der Premierminister von Ceylon, Sir John Kotelawala, antwortet am 3. Mai, Ceylon sei bereit, andere Nationen bei Sanktionen gegen Friedensbrecher in Indochina zu unterstützen; sein Land sei jedoch nicht imstande, zu diesem Zweck Truppen nach Indochina zu entsenden. — Der pakistanische Premierminister *Mohammed Ali* betont am 4. Mai, sein Land könne ebenfalls keine Truppen zur Garantie eines Waffenstillstandes nach Indochina entsenden. Der indische Ministerpräsident *Nehru* teilt am 5. Mai in einer Antwort an den britischen Hochkommissar seine grundsätzliche Bereitschaft zur Beteiligung an einer



Garantie für die Zukunft Indochinas unter der Voraussetzung mit, daß Indien von beiden Seiten dazu aufgefordert werde.

30. April

Die Vertreter der Türkei und Thailands lehnen den nordkoreanischen Vorschlag für die Wiedervereinigung Koreas ab. Der thailändische Außenminister *Wan* kritisiert auch den Vermittlungsvorschlag des australischen Außenministers *Casey*. Die nächste Vollsitzung wird auf den 3. Mai anberaumt.

Ein am Vortage gebildeter Unterausschuß der westlichen Konferenzteilnehmer tritt zusammen. Ihm gehören die Delegationen von neun auf der Seite der Vereinten Nationen in Korea beteiligten Mächte an. Der Ausschuß hat die Aufgabe, einen gemeinsamen Plan der westlichen Staaten für Korea auszuarbeiten.

Außenminister *Eden* hat nach einer Aussprache mit *Dulles* eine Unterredung mit *Tschu-En-lai* und *Molotow* über die Möglichkeit, die Erörterungen über Korea in engerem Kreise fortzusetzen. Ferner werden Verfahrensfragen zur Aufnahme der Verhandlungen über Indochina besprochen.

1. Mai

Auf Initiative *Edens* wird eine nichtöffentliche Sitzung der Außenminister der Großmächte sowie Nord- und Südkoreas abgehalten, auf der ein allgemeiner und informeller Meinungsaustausch über das Korea-Problem stattfindet.

Außenminister *Dulles* hat eine weitere Unterredung mit Außenminister *Molotow* über die Kontrolle der Atomenergie.

Der stellvertretende amerikanische Außenminister *Walter Bedell Smith* trifft in Genf ein, um die Leitung der amerikanischen Delegation zu übernehmen. *Dulles* hatte schon vor der Konferenz erklärt, daß er nur eine Woche an der Konferenz teilnehmen könne.

Der vietnamesische Außenminister *Nguyen Quoc Dinh* trifft in Genf ein.

2. Mai

Der amerikanische Außenminister *Dulles* erörtert mit den Vertretern der beiden anderen Mächte des Pazifikpaktes, dem australischen Außenminister *Casey* und dem neuseeländischen Außenminister *Webb*, die Sicherheitsfrage in Südostasien.

3. Mai

Außenminister *Tschu-En-lai* sowie die Vertreter Süd- und Nordkoreas wiederholen ihre bekannten Standpunkte hinsichtlich Korea. Außenminister *Eden*, der den Vorsitz führt, gibt eine Botschaft des Premierministers von Ceylon bekannt, in der die Aufmerksamkeit der Delegierten auf das Komunique der Colombo-Konferenz gelenkt wird.

Die Premierminister von Ceylon, Indien, Pakistan, Indonesien und Burma vertreten die Ansicht, daß zur Lösung des Indochinaproblems Verhandlungen unter den direkt interessierten Mächten, darunter der Viet-minh und die Chinesische Volksrepublik, notwendig seien. Der Erfolg solcher Verhandlungen könne beträchtlich gefördert werden, wenn sich die beteiligten Staaten, insbesondere China, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion, über Schritte zur Verhütung einer Wiederaufnahme der Kampfhandlungen nach dem Abschluß

eines Waffenstillstandes, der allem anderen vorzuziehen habe, einigen könnten. Frankreich möge sich auf der Genfer Konferenz unwiderruflich verpflichten, Indochina die volle Unabhängigkeit zu gewähren.

Am Nachmittag gibt der vietnamesische Außenminister nach einer Zusammenkunft mit den Vertretern der drei westlichen Großmächte bekannt, daß seine Regierung mit einer Einladung des Viet-minh nach Genf einverstanden sei, solange das nicht die direkte oder indirekte Anerkennung des Viet-minh bedeute.

Es wird bekanntgegeben, daß die nichtöffentlichen Sitzungen der sieben Delegationen in der zweiten Verhandlungswoche neben den Plenarsitzungen weitergeführt werden. In beiden Gremien wird weiterhin die Koreafrage behandelt.

Der amerikanische Außenminister *Dulles* und der australische Außenminister *Casey* reisen aus Genf ab.

4. Mai

Der stellvertretende Premierminister des Viet-minh, *Pham van Dong*, trifft in Genf ein.

In der Plenarsitzung über Korea betonen der niederländische Außenminister *Luns* und der kanadische Außenminister *Pearson* die Solidarität der Westmächte in bezug auf Korea. Die Konferenz beschließt, die Plenarsitzungen für zwei Tage zu unterbrechen, um den Delegationen Gelegenheit zu informellen Besprechungen zu geben.

5. Mai

Es finden vertrauliche Besprechungen in kleinem Kreise statt, über deren Verlauf nichts bekanntgegeben wird.

6. Mai

Ein französischer Sprecher teilt mit, die Viet-minh-Delegation habe ein französisches Ersuchen um eine Kampfpause in Dien Bien Phu zwecks Evakuierung der Verwundeten abgelehnt. Das wird von der Gegenseite bestritten.

7. Mai

Den Konferenzteilnehmern wird der Fall von Dien Bien Phu bekanntgegeben.

Bei der Wiederaufnahme der Plenarsitzungen über Korea unterstützt der Vertreter Neuseelands den Vorschlag des australischen Außenministers für Wahlen in ganz Korea.

8. Mai

Beginn der offiziellen Verhandlungen über Indochina. Teilnehmer dieser Konferenz sind die Delegationen der fünf Großmächte, der drei assoziierten Staaten von Indochina und der Viet-minh-Republik. Außenminister *Eden* und Außenminister *Molotow* führen abwechselnd den Vorsitz. *Eden* präsidiert am ersten Tage.

Außenminister *Bidault* legt der Konferenz einen Waffenstillstandsplan für Indochina vor. Danach sollen die Truppen der Französischen Union und alle regulären Viet-minh-Streitkräfte sich in Vietnam auf Sammelzonen zurückziehen, die auf Vorschlag der Oberbefehlshaber von der Konferenz festgelegt werden. Alle Viet-minh-Einheiten, die weder zur Armee noch zum öffentlichen Sicherheitsdienst gehören, sollen entwaffnet werden. Alle Kriegsgefangenen und Zivilinternierten sollen sofort freigelassen werden. Mit der Kontrolle der Durchführung dieser Bestimmungen soll eine internationale

Kommission betraut werden. Die Feindseligkeiten sollen mit der Unterzeichnung eines Abkommens eingestellt werden.

Aus Laos und Kambodscha sollen sämtliche reguläre und irreguläre Viet-minh-Streitkräfte zurückgezogen und alle Viet-minh-Truppen, die weder zur Armee noch zum öffentlichen Sicherheitsdienst gehören, entwaffnet werden. Kriegsgefangene und Zivilinternierte sollen unverzüglich freigelassen werden. Internationale Kommissionen sollen die Einhaltung dieser Bestimmungen kontrollieren.

Die Konferenzteilnehmer sollen eine Garantie für die getroffenen Abmachungen übernehmen. Bei Verletzung der Abmachungen sollen die Garantiemächte sofort Konsultationen führen mit dem Ziele, die geeigneten Gegenmaßnahmen individuell oder kollektiv zu ergreifen.

Die Vertreter der Gegenseite fordern zunächst die Zulassung von Vertretungen der aufständischen Regierungen in Kambodscha (Khmer) und Laos (Pathet Lao) zur Konferenz. Dieser Vorschlag wird von den Vertretern des Westens einmütig abgelehnt.

#### 9. Mai

Keine Sitzung.

#### 10. Mai

Der Chefdelegierte des Viet-minh, *Pham van Dong*, trägt einen Acht-Punkte-Plan für den Frieden in Indochina vor, der die Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit von Vietnam, Kambodscha und Laos, den Abschluß eines Abkommens über den Abzug aller fremden Truppen aus den drei assoziierten Staaten sowie die Vorbereitung allgemeiner freier Wahlen in den drei Staaten durch lokale Kommissionen vorsieht. Diese Kommissionen sollen von Vertretern beider Regierungen in den jeweiligen Staaten gebildet werden. Die Herrschaft der Regierungen und jeweiligen Gegenregierungen in den drei Staaten soll vorläufig auf Gebiete beschränkt bleiben, deren Umfang von den Konferenzteilnehmern festzulegen ist. Ferner verpflichten sich die Regierungen in Laos, Kambodscha und Vietnam, im Rahmen dieses Abkommens eine Erklärung des Inhalts abzugeben, daß sie die Frage einer auf freier Zustimmung beruhenden Assoziation mit der Französischen Union prüfen werden. Außerdem würden sie die Tatsache anerkennen, daß Frankreich in den drei assoziierten Staaten wirtschaftliche und kulturelle Interessen habe. Schließlich sollen sich die kriegführenden Parteien verpflichten, auf eine Verfolgung von Kollaborateuren zu verzichten. Die Kriegsgefangenen sollen ausgetauscht werden. Den genannten Verpflichtungen soll die Einstellung der Feindseligkeiten und zu diesem Zweck der Abschluß von Abkommen zwischen Frankreich und jedem der drei Staaten in Indochina vorangehen. Der Viet-minh-Vertreter lehnt Bidaults Plan (vgl. weiter oben) ab. Er erklärt aber die Bereitschaft zur Evakuierung der Schwerverwundeten aus Dien Bien Phu. Ueber den Abtransport sollen Vertreter beider Seiten an Ort und Stelle verhandeln.

Außenminister *Eden* empfiehlt den Vertretern des Ostens, die Vorschläge *Bidaults* bald zu prüfen, und wendet sich energisch gegen die Behauptung der kommunistischen Seite über die Rolle der Vereinigten Staaten in Ostasien.

#### 11. Mai

In einer Plenarsitzung über Korea gibt Außenminister *Molotow* eine Darstellung der Ereignisse, die nach seiner Auffassung zum Kriegausbruch in Korea führten, und bezeichnet den Beschluß des Sicherheitsrates vom 27. Juni 1950 als ungesetzlich, in dem Nordkorea der Aggression beschuldigt wurde. Anschließend stellt der belgische Außenminister *Spaak* fest, die internationale Ueberwachung der Wahlen in Korea sei Voraussetzung der Lösung des politischen Konflikts in Korea. Der südkoreanische Außenminister *Pyun* fordert erneut Wahlen unter internationaler Kontrolle in Nordkorea.

#### 12. Mai

Unter Vorsitz Außenminister *Edens* wird die Aussprache über Indochina fortgesetzt. Der vietnamesische Außenminister *Dinh* legt seinerseits einen Plan für die Befriedung in Vietnam vor, nach dem seine Regierung als die einzig rechtmäßige anerkannt werden soll. Die Viet-minh-Truppen sollen in die vietnamesische Armee eingegliedert werden, und freie Wahlen sollen unter der Aufsicht der Vereinten Nationen durchgeführt werden und schließlich zu einer Regierung unter Kaiser *Bao Dai* führen. Der chinesische Außenminister *Tschu En-lai* macht die Vereinigten Staaten für die Fortsetzung des Krieges in Indochina verantwortlich. Außenminister *Eden* legt der Konferenz fünf Fragen zur Präzisierung der Standpunkte beider Seiten zu bestimmten Problemen der Friedensregelung in Indochina vor.

#### 13. Mai

Die Generaldebatte über Korea wird fortgesetzt. Außenminister *Eden* legt fünf grundsätzliche Vorschläge zur Lösung des Koreakonflikts vor, deren Kernpunkt die Forderung nach internationaler Ueberwachung von Wahlen zur Bildung einer gesamt-koreanischen Regierung bildet. Ein britischer Sprecher erklärt später, das bedeute die Abhaltung von Wahlen in Nord- und Südkorea. *Bidault* besteht ebenfalls auf einer internationalen Kontrolle der Wahlen.

#### 14. Mai

Außenminister *Bidault* antwortet auf die Vorschläge der Viet-minh-Delegation vom 10. Mai. Die Vorschläge des Viet-minh über die Gewährung der Unabhängigkeit der drei Staaten und eine Erklärung über ihre Assoziation mit der Französischen Union seien gegenstandslos, da die französische Regierung entsprechende Verträge mit den drei Staaten schon vorbereitet oder abgeschlossen habe. Der Vorschlag des Viet-minh lasse außerdem eine wirksame Kontrolle der Wahlen vermissen.

Zuvor erklärt der Vorsitzende *Molotow* sich mit dem französischen Vorschlag einer Garantie des Waffenstillstands durch die Konferenzteilnehmer einverstanden. Statt der Kontrolle des Waffenstillstandes durch internationale Kommissionen schlägt er aber vor, daß neutrale Kommissionen die Ausführung des Abkommens überwachen sollen.

In einer Unterredung Außenminister *Edens* mit *Molotow* und *Tschu En-lai* wird vereinbart, die Indochinaverhandlungen am 17. Mai im engeren Kreise, das heißt unter Beschränkung auf die Außenminister und ihre nächsten Mitarbeiter, fortzusetzen.

#### 15. Mai

Keine Sitzung.



Die australische Delegation ersucht Großbritannien, unverzüglich eine Konferenz der militärischen Vertreter des Commonwealth, der Vereinigten Staaten und Frankreichs einzuberufen, um die militärische Lage in Indochina zu besprechen.

Der chinesische Handelsminister *Lei Jen-min* tritt auf einer Pressekonferenz für eine Erweiterung des Handels zwischen der Volksrepublik China und den nichtkommunistischen Ländern ein. Er erklärt, gewisse amerikanische Firmen hätten auch heute noch Geschäftsverbindungen mit China. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Chinesischen Volksrepublik steigt der Bedarf an Kapitalgütern und industriellen Rohstoffen von Jahr zu Jahr.

#### Die Tagung des Ministerrates der OEEC und die deutsch-britischen Währungsbesprechungen im Mai 1954

Am 5. und 6. Mai 1954 fand in Paris eine Sitzung des Ministerrates der OEEC unter dem Vorsitz des britischen Schatzkanzlers *Richard A. Butler* statt. *Butler* vertrat den in Genf bei der Ostasien-Konferenz weilenden Vorsitzenden des Ministerrates, den britischen Außenminister *Anthony Eden*. Die Bundesrepublik Deutschland wurde auf dieser Tagung durch Viz Kanzler *Franz Blücher* und Bundeswirtschaftsminister *Prof. Dr. Ludwig Erhard* vertreten.

Hauptpunkt der Tagesordnung war die *Verlängerung der Europäischen Zahlungsunion (EZU)*, deren Existenz bis zum 30. Juni 1954 befristet war, um ein weiteres Jahr. Diesem Problem kam deshalb ganz besondere Bedeutung zu, weil alle seit über einem halben Jahr geführten zwischenstaatlichen Besprechungen über die Modalitäten der EZU-Verlängerung zu keiner Einigung geführt hatten. Dabei hat gerade die Entwicklung der EZU im Laufe der letzten Monate, nämlich die verstärkte Bildung extremer Salden, gezeigt, daß eine einfache Verlängerung der bestehenden Abmachungen nicht in Frage kommen konnte. Die Erschöpfung der Quoten der wichtigsten Gläubigerländer (insbesondere der Bundesrepublik Deutschland) verlangte nach geeigneten Maßnahmen, um den Mechanismus der Zahlungsunion, der die reibungslose Abwicklung des innereuropäischen Handels- und Dienstleistungsverkehrs sicherstellt, bei voller Funktionsfähigkeit zu erhalten. Angesichts dieser Sachlage hätten die Gläubigerländer einen Reformplan ausgearbeitet, der eine automatische Rückzahlung der innerhalb der EZU aufgelaufenen alten Verbindlichkeiten sowie eine verstärkte Goldzahlung an die Gläubigerstaaten im Falle von Quotenüberschreitungen vorsah. Diese Vorschläge wurden jedoch von verschiedenen Schuldnerländern, an der Spitze Großbritannien, abgelehnt. Während Großbritannien zunächst eine einfache Verlängerung des seitherigen Zahlungsmechanismus befürwortete, konnte es sich auf die Dauer den Argumenten der extremen Gläubigerländer nicht verschließen und unterbreitete seinerseits Vorschläge zur Erneuerung der EZU, die zwar den Grundsatz des Abbaues der alten Verbindlichkeiten anerkannten, jedoch die von den Gläubigerstaaten vorgeschlagenen Modalitäten sehr stark abschwächten. Großbritannien beabsichtigte nämlich eine Konsolidierung der zu seinen Lasten innerhalb der EZU entstandenen Verbindlichkeiten sowie lediglich eine Teilabtragung dieser Schulden mit Hilfe einer relativ bescheidenen Goldzahlung. Diese Vorschläge

erwiesen sich aber wiederum für die Gläubigerländer als nicht annehmbar.

Es ist das Verdienst des schweizerischen Bundesrates *Petitpierre*, wenn auf der Ministerratstagung am 5. und 6. Mai eine Rahmenlösung für die EZU-Probleme sowohl von den Gläubigerländern wie von den Schuldnerländern akzeptiert und damit die Voraussetzung für eine Erneuerung des Abkommens für die EZU um ein weiteres Jahr bis zum 30. Juni 1955 geschaffen wurde. Der vereinbarte Kompromiß sieht vor, daß Schuldner und Gläubiger in zweiseitigen Verhandlungen die Konsolidierung eines Teiles der im Rahmen der EZU gewährten Kredite anstreben. Während der kleinere Teil der Schulden durch Barzahlungen an die Gläubiger beglichen werden soll, ist für den Rest eine bilaterale Konsolidierung vorgesehen. Darüber hinaus wird eine teilweise Ausschüttung der EZU-Reserven, die aus den amerikanischen Zuwendungen an zahlungsunfähige Schuldner im Laufe der Jahre entstanden sind und zur Zeit etwa 160 Millionen Verrechnungseinheiten<sup>1</sup> betragen, vorgesehen. Die dadurch geschaffenen Kreditmargen sollen den Spielraum für neue Kredite bilden. Die Richtlinien, nach denen die Abdeckung alter Verbindlichkeiten durch Barzahlung erfolgen soll, wurden in den Verlautbarungen des Ministerrates nicht erwähnt. Ueber die Modalitäten der in Paris gefundenen Rahmenlösung wird also erst noch in den kommenden Sachverständigenberatungen Einigung erzielt werden müssen. Der britische Schatzkanzler *Butler* gab jedoch am 11. Mai im Unterhaus bekannt, daß er während seines Deutschlandbesuches am 7. und 8. Mai ein Uebereinkommen über die Grundfragen eines bilateralen Abkommens zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik zur Regelung der britischen Schulden in der EZU erzielt habe.

Die Ausarbeitung des konkreten Planes über die Modalitäten der EZU-Verlängerung wird zweifellos noch erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Die Richtlinien, die alle Zeichen eines echten Kompromisses tragen, sehen für die Regelung künftiger deutscher Ueberschüsse eine annehmbare Lösung vor und versuchen das Problem des extremen deutschen Aktiv-Saldos im Rahmen einer generellen Regelung zu lösen. Nach Mitteilungen von Bundeswirtschaftsminister *Erhard*<sup>2</sup> sollen auf Grund der Pariser Richtlinien 50 vH der Debet-Salden durch bilaterale Vereinbarungen mit den Gläubigerländern konsolidiert werden. Im Rahmen dieser Maßnahme wird der deutsche Aktiv-Saldo von 1 034 000 000 Verrechnungseinheiten am 30. April 1954 auf eine neue Quote von 560 Millionen VE gesenkt werden.

Die mit Hilfe der teilweisen Konsolidierung und Rückzahlung der bestehenden Schulden erreichte Rekonstituierung der Quoten dürfte zur Folge haben, daß in Zukunft kaum mit Ueberschreitungen der bestehenden Gläubigerquoten zu rechnen sein wird, wenn man davon ausgeht, als Gläubigerquoten nicht nur die im Vertrag über die Gründung der Europäischen Zahlungsunion vereinbarten Grundquoten, sondern auch die in den vergangenen Jahren vereinbarten Zusatzquoten anzusehen. Damit ist praktisch auch die von den Gläubigerländern, insbesondere der Bundesrepublik, erhobene Forderung nach vermehrten Goldzahlungen im Falle von Quotenüberschreitungen gegenstandslos geworden.

Für die Diskussion der übrigen Tagesordnungspunkte

lagen dem Ministerrat als Arbeitsmaterial unter anderem zwei Dokumente vor: 1. Der Bericht<sup>3</sup> eines Sonderausschusses der Wirtschaftskommission der OEEC über die *Wirtschaftslage und Aussichten* sowie ein Bericht<sup>4</sup> des Direktoriums der Europäischen Zahlungsunion über die Probleme, die sich bei der *Einführung der Konvertibilität* ergeben. In diesem Bericht werden eingangs die verschiedenen Formen der Konvertibilität (beschränkte, regionale, unbeschränkte Konvertibilität usw.) dargestellt. Das EZU-Direktorium gelangt in dem Bericht zu dem Ergebnis, daß die Wiederherstellung der Konvertibilität einer oder mehrerer Mitgliedswährungen nur im Rahmen einer engen Zusammenarbeit der europäischen Länder möglich und damit also die Schaffung eines Nachfolgeinstituts nötig sei, das an Stelle der EZU das Verhältnis zwischen konvertierbaren und nichtkonvertierbaren Währungen zu regeln hätte. Der Bericht warnt die Mitgliedstaaten der EZU vor einem Uebergang zur Konvertibilität, solange nicht gewährleistet ist, daß die bisher erzielten Fortschritte bei der Befreiung des innereuropäischen Handels- und Dienstleistungsverkehrs von administrativen Restriktionen in vollem Umfange aufrechterhalten werden können.

Die Bereitschaft zum gemeinsamen Vorgehen bei dem Versuch, die Konvertibilität der europäischen Währungen wiederherzustellen, kommt in der *Schaffung eines besonderen Ministerkomitees*<sup>5</sup> zum Ausdruck, das beauftragt wurde, das Problem der Konvertibilität näher zu prüfen und namentlich auch den handelspolitischen Aspekt des Uebergangs zu einem breiteren Handels- und Zahlungssystem zu untersuchen, damit eine Beeinträchtigung der Liberalisierung durch die Wiederherstellung der Konvertibilität vermieden wird. Diesem Komitee werden unter dem Vorsitz des britischen Außenministers *Eden* Vertreter Frankreichs, Deutschlands, Italiens, der Schweiz, Griechenlands, der Benelux sowie der skandinavischen Länder, also insgesamt 8 Mitglieder, angehören. Das Ergebnis dieser Untersuchungen soll dem Ministerrat der OEEC bis zum 1. November 1954 vorgelegt werden. Praktisch wird dieses Komitee die Frage zu entscheiden haben, was nach dem 30. Juni 1955, also nach der Beendigung der Tätigkeit der EZU, geschehen soll.

Von den sonstigen Beschlüssen des Ministerrates ist vor allem die *Stellungnahme*<sup>6</sup> zu den neuen französischen Vorschlägen, die Liberalisierung bis zum 1. November 1954 auf 65 Prozent der gesamten Einfuhr zu erhöhen, von Bedeutung. Der Ministerrat hat diese französische Ankündigung als unzulänglich erachtet und der französischen Regierung empfohlen, alle Maßnahmen zu ergreifen, um am 1. November 1954 den Liberalisierungssatz auf 75 Prozent zu bringen. Dabei soll in keinem der drei Hauptsektoren, nämlich Rohstoffe, Industrie und Agrarprodukte, der Satz von 60 Prozent unterschritten werden. Außerdem wurde die französische Regierung ersucht, die neu geschaffene Einfuhrbesteuerung „sobald wie möglich wieder abzuschaffen“. Die französische Regierung hat dieser Empfehlung zugestimmt, allerdings unter dem Vorbehalt, daß sie sich nicht auf bestimmte Termine festlegen könne.

Der Ministerrat hat ferner eine *Verschärfung der Ausweichklausel des Liberalisierungskodex*<sup>7</sup> beschlossen<sup>8</sup>, ohne jedoch — wie zunächst im Entwurf vorgesehen — den Mitgliedstaaten das Recht zur Ergreifung von Vergel-

tungsmaßnahmen für den Fall einer nichtgerechtfertigten Entliberalisierung einzuräumen. Die praktische Wirksamkeit der diesbezüglichen Beschlüsse bleibt abzuwarten.

Weitere Entschliefungen des Ministerrates sollen zu verstärkten Anstrengungen auf dem Gebiete der *Liberalisierung des unsichtbaren Zahlungsverkehrs*<sup>9</sup> und der *Beseitigung* aller jener in Europa noch bestehender *Kontingentierungen*<sup>10</sup> führen, die nicht durch Zahlungsbilanzschwierigkeiten gerechtfertigt sind. Schließlich wurde die möglichst weitgehende *Ausdehnung der Liberalisierung auf den Verkehr mit der Dollar-Zone*<sup>11</sup> und die *Abschaffung der Exportförderungsmaßnahmen*<sup>12</sup> in den einzelnen Mitgliedsländern empfohlen.

#### Besuch Butlers in Bonn

Der britische Schatzkanzler *Butler* stattete nach Abschluß der Ministerratssitzung der Bundesrepublik Deutschland vom 7. bis 9. Mai 1954 einen Besuch ab. Er entsprach damit einer Aufforderung des OEEC-Ministerrates an die Mitgliedstaaten, durch bilaterale Verhandlungen zur Lösung der aktuellen Wirtschaftsprobleme beizutragen. Deutscherseits nahmen an den Besprechungen Bundeswirtschaftsminister *Erhard*, Vizekanzler *Blücher* und der Präsident der Bank deutscher Länder, Geheimerat *Vocke*, teil. Zur Diskussion standen die einzelnen Bedingungen, unter denen die Verlängerung der EZU erfolgen soll. Diese Besprechungen nahmen nach dem deutsch-britischen Kommuniqué<sup>13</sup> einen „erfolgsversprechenden Verlauf“. Im Mittelpunkt der Gespräche stand jedoch zweifellos das gemeinsame Ziel, zu einem freieren weltweiten Handels- und Zahlungssystem zu gelangen. Seit den deutsch-britischen Währungsverhandlungen, die etwa vor Jahresfrist in London stattfanden, haben sich die beiderseitigen Standpunkte angenähert. Es herrscht nunmehr völlige Uebereinstimmung darüber, daß die Konvertibilität nicht Selbstzweck sein kann, sondern daß sie ein Mittel ist, um einen verstärkten und stabilen Welthandel zu gewährleisten.

Beide Länder sind auch darin einig, daß die Konvertibilität nicht durch eine „uno actu“-Lösung erreicht werden, sondern nur schrittweise verwirklicht werden kann. Die Wege jedoch, über die in der Bundesrepublik und in Großbritannien eine volle Konvertibilität erreicht werden soll, weichen voneinander ab. Großbritannien strebt zunächst in erster Linie eine Ausländer-Konvertibilität an, d. h. freie Umtauschbarkeit von Pfund-Beträgen, die sich im Besitz von Ausländern befinden. In dieser Richtung hat Großbritannien über die Transferierbarkeit innerhalb der Transferable Account Area und durch die Einrichtung freier Ausländer-Sterling-Konten wesentliche Fortschritte erzielt.

Die Bundesregierung bevorzugt demgegenüber die Einführung einer Inländerkonvertibilität. Das wird vor allem durch die umfangreichen Liberalisierungsmaßnahmen auch für unsichtbare Einfuhren sowie durch die hohen Freibeträge für private Reisen ins Ausland deutlich. Allerdings ist die Bundesrepublik bestrebt, im gleichen Maße auch die Ausländer-Konvertibilität zu fördern, was vor allem durch die vor kurzem erfolgte Genehmigung zur Errichtung freier Ausländer-D-Mark-Konten erkennbar wurde. Aus diesem Grund stehen einem gemeinsamen Vorgehen Großbritanniens und Deutschlands bei der Wiederherstellung der Konvertibilität gewisse



Schwierigkeiten entgegen. Allerdings dürfte als Ergebnis des Butler-Besuches in Bonn eine gegenseitige Information und Konsultation angestrebt werden. Die Entwicklung der vergangenen Monate läßt jedoch auch erkennen, daß es nicht die Absicht der Bundesregierung ist, bei der Wiederherstellung der Konvertibilität vorzuprellen. Es dürfte vielmehr damit zu rechnen sein, daß die Bundesregierung weitere Maßnahmen zur Konvertibilität der D-Mark erst dann beschließen wird, wenn auch das Pfund Sterling weitere Fortschritte auf dem Wege zur Konvertibilität gemacht hat.

Ein besonders schwieriges Gesprächsthema bildete zweifellos der Abbau der Exportförderungsmaßnahmen. Die bisherigen deutsch-britischen Diskussionen haben ebenso wenig Fortschritte erzielt wie die Gespräche, die im Rahmen der OEEC über die Abschaffung der Exportsubventionen geführt wurden. Das gemeinsame deutsch-britische Kommuniqué stellt jedoch nunmehr eine Vereinbarung in Aussicht, „um diese Praktiken bald zu beiseiten“.

Joachim Willmann

#### Anmerkungen

- <sup>2)</sup> Eine Verrechnungseinheit = ein US-Dollar.
- <sup>2)</sup> Vgl. Erhard: „Auf dem Wege der Konvertibilität“ in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 115 vom 19. 5. 1954, S. 13.
- <sup>3)</sup> Vgl. hierzu den Wortlaut auf S. 6619 dieser Folge.
- <sup>4)</sup> Vgl. „Problèmes liés à l'établissement de la convertibilité“, OEEC, Presse/A (54) 18.
- <sup>5)</sup> Résolution du Conseil relative à l'étude de certains problèmes liés à l'établissement de la convertibilité. OEEC, Presse/A (54) 22.
- <sup>6)</sup> Recommandation du Conseil au Gouvernement de la France concernant les mesures de libération des échanges de ce pays. OEEC, Presse/A (54) 25.
- <sup>7)</sup> Artikel 3 (c) des Liberalisierungskodex.
- <sup>8)</sup> Résolution du Conseil sur le renforcement des Articles 3 (c) et 25 du code de la libération. OEEC Presse/A (54) 24.
- <sup>9)</sup> Résolution du Conseil sur la libération des transactions invisibles. OEEC, Presse/A (54) 28.
- <sup>10)</sup> Résolution du Conseil concernant la mise en oeuvre de sa résolution sur l'extension de la libération. OEEC, Presse/A (54) 26.
- <sup>11)</sup> Résolution du Conseil relative à l'assouplissement des restrictions quantitatives aux importations en provenance de la zone Dollar. OEEC, Presse/A (54) 23.
- <sup>12)</sup> Résolution du Conseil concernant les mesures d'aide aux exportateurs. OEEC, Presse/A (54) 27.
- <sup>13)</sup> Vgl. Deutsch-britische Besprechungen, gemeinsames Kommuniqué. Veröffentlicht vom Bundeswirtschaftsministerium in Bonn, am 9. 5. 1954.

#### Außenpolitische Debatte des Deutschen Bundestages

Eine Große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion vom 9. März 1954 zur Saarpolitik der Bundesregierung und eine Große Anfrage der Fraktionen der Koalitionsparteien vom 27. April nach den Auffassungen der Bundesregierung zur außenpolitischen Gesamtlage führten am 29. April 1954 zu einer außenpolitischen Debatte des Deutschen Bundestages, die durch eine Regierungserklärung von Bundeskanzler *Adenauer* eingeleitet wurde. In diese Debatte wurde gegen die Stimmen der SPD auch deren Große Anfrage vom 9. April nach den wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Montanunion einbezogen.

#### Die Außenpolitik der Bundesregierung

Unter Hinweis auf den für Deutschland enttäuschenden Ausgang der Berliner Konferenz und auf die geringen Erfolgsaussichten der Genfer Ostasienkonferenz unterstrich Dr. *Adenauer* die Abhängigkeit Deutschlands

von der Entwicklung der weltweiten Spannungen. In diesem Rahmen gewinne die Genfer Konferenz auch für Deutschland eine außerordentliche Bedeutung.

Die Wiederherstellung der Souveränität, die Gewährleistung der Sicherheit und die Wiedervereinigung Deutschlands bezeichnete der Bundeskanzler als die außenpolitischen Ziele, die sich aus dem deutschen Zusammenbruch von 1945 zwangsläufig ergeben hätten. Er hielt an der Auffassung fest, daß das Mittel, um zu diesen Zielen zu gelangen, die Eingliederung Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Völker sei. Er bedauerte in diesem Zusammenhang die Verzögerung der Ratifizierung der Verträge von Bonn und Paris — für die die Bundesrepublik jedoch keine Verantwortung trage —, gab aber der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Garantieerklärungen der britischen und der amerikanischen Regierung vom 13. und 16. April neue Fortschritte auf dem Gebiet der Sicherung Westeuropas darstellten.

Nach seinen Ausführungen über die Saarfrage, über die an anderer Stelle im Zusammenhang berichtet wird, setzte sich der Bundeskanzler mit der Kritik an der Montanunion auseinander. Er erklärte, daß die Montanunion trotz erheblicher Anfangsschwierigkeiten im ganzen eine positive wirtschaftliche Bilanz aufweise. Weitere Aktiva weise darüber hinaus die politische Bilanz auf. Nach einem Hinweis auf die Bedeutung, welche die Bundesregierung der Verwirklichung der Europäischen Politischen Gemeinschaft beimesse, wies Dr. *Adenauer* darauf hin, daß nur im Zusammenwirken mit den befreundeten Mächten des Westens das zentrale Problem der Wiedervereinigung Deutschlands zu lösen sei. Er zog dann folgendermaßen die Bilanz der Außenpolitik der Bundesregierung:

„Unsere Sicherheit wird durch ein mächtiges, weltweites Bündnissystem garantiert, das uns mit den großen Mächten der freien Welt in Freundschaft verbindet. Diese Garantie schließt auch ausdrücklich Berlin ein. Den Ungeduldigen, den Zweiflern, den Zaudernden muß ich immer wieder die Frage stellen: Welchen anderen Weg können Sie uns zeigen? ...“

Wir dürfen und wir werden den eingeschlagenen Weg nicht verlassen ...

Deutschland ist auf seine Nachbarn angewiesen. Es kann sich gegen die drohenden Gefahren nicht allein verteidigen und behaupten, es kann aber auch seine wirtschaftlichen Kräfte nicht entfalten ohne enge Zusammenarbeit mit den freien Völkern der Welt. Alle Anstrengungen der großen Mehrheit dieses Hohen Hauses und der Bundesregierung waren in den letzten fünf Jahren darauf gerichtet, nach Kräften dazu beizutragen, daß das Werk des europäischen Zusammenschlusses gelingt. In enger Zusammenarbeit mit den Staatsmännern in Europa und Amerika ... haben wir immer wieder versucht, Schwierigkeiten, wo sie auftauchten, zu überwinden, Probleme, wo sie stellten, durch neue Vorschläge zu lösen. Für uns Deutsche gibt es nur diesen Weg, um die tragische Vergangenheit Europas abzuschließen ...“

Der Führer der Opposition, *Erich Ollenauer*, widersprach der These des Bundeskanzlers, daß die Integrationspolitik der einzige Weg der deutschen Außenpolitik sei. Er erklärte, diese Politik habe einerseits zu einer Vertiefung der Spaltung Deutschlands geführt und andererseits die von ihr erhofften Resultate nicht erreicht. Unter Hinweis auf die immer neuen Forderungen, die Frankreich vor der Ratifizierung der EVG stelle, nannte

Ollenhauer die Aussichten für die Realisierung eines Verteidigungsbeitrags auf der Ebene der EVG „mehr als gering“. Ebenso bezeichnete er die Aussichten für die Verwirklichung der Europäischen Politischen Gemeinschaft als „auf den Nullpunkt gesunken“. Er sagte:

„Es ist unmöglich, hier von einem Erfolg zu sprechen. Richtiger ist es, festzustellen, daß diese Politik von Tag zu Tag mehr in eine Sackgasse gerät. Ich habe das Gefühl, daß in dieser Lage angesichts des starren Festhaltens der Regierung an dieser Politik die Gefahr besteht, daß sich die Bundesregierung durch die Starrheit ihrer Haltung selbst die Chancen verbaut, an einer Diskussion über Alternativlösungen von vornherein maßgebend mitzuwirken.“

Ollenhauer sprach sich dafür aus, die sowjetischen Vorschläge für die Errichtung eines umfassenden europäischen Sicherheitssystems nicht einfach beiseite zu schieben, sondern sie ernsthaft zu untersuchen; die Bundesregierung sei dazu verpflichtet, auf neue Verhandlungen mit der Sowjetunion über das Deutschlandproblem und den Sicherheitskomplex zu drängen.

Seine Ausführungen, in denen er ebenfalls ausführlich zur Saarfrage Stellung nahm, schloß Ollenhauer mit zwei Forderungen, die er als vordringliche Verpflichtungen der deutschen Außenpolitik bezeichnete:

„...erstens die Durchführung einer Politik, die in jedem Falle und unter allen Umständen dem ständigen aktiven Bemühen für eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit vor allen anderen Überlegungen den Vorrang gibt, zweitens eine Politik der Bundesregierung, die aktiv jede ernsthafte Bemühung in der internationalen Politik unterstützt, die auf eine Entspannung und auf die Festigung des Friedens hinausläuft.“

#### Die Saarfrage

Obwohl fast alle Redner der Debatte in der einen oder anderen Form auch auf die allgemeinen Probleme der deutschen Außenpolitik eingingen, stand die Saarfrage eindeutig im Mittelpunkt der Debatte.

Bundeskanzler *Adenauer* ging in seiner Regierungserklärung von der Auffassung aus, daß Deutschland kein Mittel besitze, Frankreich gegen seinen Willen zu einem Verzicht auf seine derzeitige Position an der Saar zu zwingen; ebensowenig könne aber Frankreich Deutschland gegen seinen Willen dazu bringen, diese Position anzuerkennen. Die Saarfrage bleibe unlösbar, wenn beide Seiten sie allein unter dem Gesichtspunkt ihrer nationalen Interessen lösen wollten; man müsse also nach einer neuen Lösung Ausschau halten, und eine solche biete sich in der „europäischen Lösung“ an. Der Bundeskanzler nannte eine Reihe von Grundsätzen, welche die Bundesregierung für eine solche Lösung als unerlässlich erachte:

„Eine endgültige Lösung, die eine Entscheidung über die Grenzen des deutschen Staatsgebietes zum Inhalt hat, kann nur in einem Friedensvertrag erfolgen, der mit einer gesamtdeutschen Regierung frei auszuhandeln ist.

Ferner ist jede Lösung an die Zustimmung der Saarbevölkerung gebunden.

Schließlich muß die Lösung wahrhaft europäisch sein. Es darf sich also nicht darum handeln, den status quo zum Schein mit einem europäischen Mantel zu verkleiden.

Auch müssen die Menschenrechte und Grundfreiheiten, so wie sie in der europäischen Menschenrechte-Konvention definiert sind, unzweideutige und uneingeschränkte Anerkennung finden.

Es darf endlich kein neuer Staat zu den vorhandenen europäischen Staaten geschaffen werden.

Die Lösung ist auch an die Verwirklichung einer europäischen politischen Gemeinschaft gebunden.

Endlich muß zwischen der deutschen Wirtschaft, die bisher in diskriminierender Weise von der saarländischen getrennt ist, und der saarländischen in Etappen ein gemeinsamer Markt hergestellt werden.“

Den sogenannten van Naters-Plan (vgl. den Wortlaut in EA 10/1954, S. 6593 ff.) bezeichnete Dr. *Adenauer* als einen Vermittlungsversuch, in dem zum ersten Male in einer bis in die Einzelheit gehenden Weise die Lösung der Saarfrage mit der europäischen Entwicklung verknüpft worden sei. Die Bundesregierung habe darum den Vorschlag als Diskussionsgrundlage angenommen, was jedoch nicht ein Einverständnis in allen Einzelheiten bedeute. Insbesondere machte der Bundeskanzler einen Vorbehalt zu Art. 19 des Vorschlags, indem er erklärte, daß die Bundesregierung unter Berufung auf Art. 7 des Deutschlandvertrags einen endgültigen Charakter der zu findenden Lösung nicht anerkenne. Er unterstrich, daß die Bundesregierung entscheidenden Wert darauf lege, daß die Saar-Lösung aufs engste mit der Schaffung einer europäischen Gemeinschaft verknüpft wird.

Von der Fraktion der CDU/CSU unterstützten *Heinrich von Brentano* und *Eugen Gerstenmaier* die Auffassungen des Bundeskanzlers. Ebenso entschieden, wie sie für das Junktim Saarlösung/Europäische Politische Gemeinschaft eintraten, protestierten die Redner der CDU gegen ein Junktim Saarlösung/EVG. Eine abweichende Auffassung innerhalb der CDU-Fraktion vertrat der im Saargebiet beheimatete Abgeordnete *Karl Walz*. Er lehnte den van Naters-Plan zugleich auch im Namen seiner Freunde von der Saar-CDU ab und warnte davor, die fehlenden demokratischen Freiheiten an der Saar gegen Zugeständnisse einzutauschen, welche die Saarbevölkerung daran hindern würden, Deutsche zu bleiben.

Die Diskussionsbeiträge der Sprecher der DP (*Hans-Joachim von Merkatz*) und des Gesamtdeutschen Blocks/BHE (*Frank Seiboth*) blieben im wesentlichen auf der gleichen Linie wie die Auffassungen des Bundeskanzlers und der CDU-Sprecher. Beide Redner betonten gleichfalls die Ablehnung des Art. 19 des van Naters-Planes durch ihre Fraktionen. Dr. *von Merkatz* unterstrich nachdrücklich, daß auch für seine Partei die Europäisierung der Saar ohne die Errichtung der Europäischen Politischen Gemeinschaft undenkbar sei; er trat aber für eine baldige Lösung der Saarfrage ein, da man nach seiner Ansicht die Dinge zuungunsten Deutschlands verschlechtere, wenn man sie bis zum Friedensvertrag einfach in der Schwebe lasse.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprachen der Fraktionsvorsitzende, *Erich Ollenhauer*, der Vertreter der SPD im Politischen Ausschuß der Beratenden Versammlung des Europarats, *Karl Mommer*, und der im Saargebiet beheimatete Abgeordnete *Hermann Trittelwitz*. Sie lehnten einmütig eine Europäisierung der Saar ab, da diese in jedem Falle ein Ausscheiden des Saargebietes aus dem deutschen Staatsverband beinhalte. Die Ausführungen *Ollenhauers* gipfelten in der Feststellung „Kalte Annexion bleibt kalte Annexion“. *Ollenhauer* unterstrich den Standpunkt, daß weder eine deutsche Teilregierung noch eine Besatzungsmacht das Recht habe, über deutsche Gebiete und deutsche Bevölkerungsteile zu verfügen. Der



Abgeordnete *Trittelwitz* sagte, die Bevölkerung an der Saar wisse, wie sich die derzeitige saarländische Regierung die Verwirklichung des van Naters-Planes vorstelle, und sehe darum in diesem Plan nichts anderes als den Versuch einer völkerrechtlichen Verankerung des gegenwärtigen Zustandes.

Die Stellungnahme der Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten wich wesentlich von den Auffassungen des Bundeskanzlers und der übrigen Koalitionsparteien ab. Beide Sprecher, Karl Georg *Pfleiderer* und Max *Becker*, lehnten für ihre Fraktion den van Naters-Plan ab. Sie warnten davor, die Saarfrage überhaupt in irgendeiner Form mit der europäischen Integration zu verbinden — „je weniger Junktim, desto besser“, sagte Dr. *Pfleiderer*. Im Zusammenhang damit warnte Dr. *Pfleiderer* die Bundesregierung vor einer Politik, die unter allen Umständen an der EVG festhalten wolle, denn sie werde dadurch von Vorleistung zu Vorleistung gezogen. Als einziger Diskussionsredner ließ Dr. *Pfleiderer* Grundzüge eines Alternativplanes für die Lösung der Saarfrage erkennen, indem er vorschlug, die wirtschaftlichen Bestimmungen des van Naters-Planes, welche die Schaffung einer Sonderstellung der Saarländischen Wirtschaft unter gleichmäßiger Berücksichtigung der deutschen und französischen wirtschaftlichen Interessen vorsehen, zum Mittelpunkt einer Regelung zu machen. Eine solche Lösung brauche seiner Ansicht nach keine Konsequenzen hinsichtlich einer Aenderung der staats- und völkerrechtlichen Verhältnisse des Saargebiets und insbesondere einer Auflösung aus dem deutschen Staatsverband nach sich zu ziehen. Sie sei rein auf das Wohl und Gedeihen des Saargebiets abgestellt, sie erlaube außerdem alle Grenzfragen bis zum Friedensvertrag zurückzustellen.

#### Die Entschließung des Bundestages

Zum Abschluß der Debatte faßte der Bundestag am 30. April folgende Entschließung:

„Der Deutsche Bundestag bekennt sich erneut zur Politik der Einigung Europas auf der Grundlage gleicher Rechte und Pflichten und erwartet von der Bundesregierung die Fortsetzung dieser Europapolitik. Er bekräftigt dabei insbesondere die in Artikel 24 des Grundgesetzes niedergelegten Grundsätze.

Der 1. Deutsche Bundestag hat durch die Entschließung vom 2. Juli 1953 zu der Behandlung der Saarfrage Grundsätze aufgestellt. Die darin zum Ausdruck gebrachte Rechtsauffassung über das Verhältnis Deutschlands zur Saar macht sich der 2. Deutsche Bundestag zu eigen.“ (Vgl. dazu den Wortlaut der Entschließung vom 2. Juli 1953 in Europa-Archiv 16/1953, S. 5922.)

Um die Formulierung dieser Entschließung kam es noch einmal zu einer scharfen Auseinandersetzung. Der Entschließung lag ein Antrag der FDP-Fraktion zugrunde, in dem es ursprünglich hieß, daß der 2. Bundestag sich die Entschließung des 1. Bundestages vom 2. Juli 1953 zu eigen mache. Diese Formulierung wurde auf Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, des GB/BHE und der DP mit Mehrheitsentscheidung dahingehend abgeändert, daß sich der letzte Satz nur noch auf die Rechtsauffassung, die in der damaligen Entschließung zum Ausdruck gebracht ist, bezieht. Der SPD, die ursprünglich den Antrag gestellt hatte, die Entschließung vom 2. Juli 1953 wörtlich zu wiederholen, erschien diese neue Formulierung zu unverbindlich; sie beantragte daher eine Aenderung, in der es heißen sollte, daß die vom 1. Bundestag

aufgestellten Grundsätze zur Saarfrage „unverzichtbar sind und für die Bundesregierung weiterhin bei ihren Verhandlungen über die Saarfrage maßgebend bleiben müssen.“ Dieser Aenderungsantrag wurde in namentlicher Abstimmung gegen die Stimmen der SPD und eines Teiles der FDP abgelehnt. Die gesamte Entschließung wurde schließlich mit 275 gegen 133 Stimmen angenommen.

#### Der Parteitag des Gesamtdeutschen Blocks / BHE

Der zweite Bundesparteitag des Gesamtdeutschen Blocks / BHE fand vom 7. bis 9. Mai 1954 in Bielefeld statt. In seinem Referat sprach sich der Bundesvorsitzende, Bundesminister Waldemar *Kraft*, für eine leidenschaftslose Außenpolitik der Bundesrepublik, insbesondere im Verhältnis zur östlichen Welt, aus. Unter Hinweis auf die bestehenden diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen anderer Länder des Westens zur Sowjetunion sagte er:

„Wenn wir von dem Nutzen, der daraus für unsere Brüder und Schwestern in der Zone entstehen könnte, ausgehen wollen, dann fragt es sich für uns, ob wir es nicht für richtiger halten sollen, in gleicher Weise auch für uns einen Kontakt, das heißt also Beziehungen, mit den Staaten der östlichen Welt zu unterhalten, deren System wir auf das schärfste ablehnen.“

*Kraft* betonte, daß diese Ueberlegung auch dann angestellt werden könne, wenn man die Stellungnahme des Bundestages zu der Uebertragung von Souveränitätsrechten an die sowjetische Besatzungszone bejahe. Europa sei für die Flüchtlingspartei immer West- und Osteuropa; eine Neuordnung in Osteuropa sei nur im Rahmen eines geeinten Europa denkbar. Wenn man nach neuen Formen des Zusammenlebens suche, so dränge sich als Vergleich das Beispiel der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie auf, die der Lage der heutigen Ostblockstaaten ähnlich gewesen sei, weil die Länder dieser Doppelmonarchie keine selbständige Außen- und Verteidigungspolitik betrieben hätten. Vielleicht sei der heutige gewaltsame Zusammenschluß der Satellitenstaaten als ein Vorläufer und Kern eines osteuropäischen Zusammenschlusses zu werten, der sich zu gegebener Zeit mit dem westeuropäischen Zusammenschluß verschmelzen könnte.

Der Landesvorsitzende von Bayern und Nordrhein-Westfalen, Bundesvertriebenenminister Theodor *Oberländer*, bezeichnete die Auflösung der Vertriebenenlager in der Bundesrepublik als eine der wichtigsten Aufgaben seines Ministeriums, da sich schon jetzt zeige, daß viele Vertriebene infolge der langen Wartezeit aus Angst vor dem Wettbewerbskampf des Lebens die Lager nicht mehr verlassen wollten.

Der zunächst mit 90 von 131 Stimmen wiedergewählte bisherige Bundesvorsitzende *Kraft* verzichtete auf die Wahl, da ihm die Vertrauensgrundlage zu gering sei. Daraufhin wurde Bundesminister *Oberländer* mit 92 von 110 Stimmen zu seinem Nachfolger gewählt.

Am 10. Mai begründete *Kraft* in einer Presseerklärung seinen Rücktritt damit, daß innerhalb der Partei Meinungsverschiedenheiten über die Beteiligung des BHE an der Bonner Koalition und über außenpolitische Fragen aufgetreten seien. Hauptträger der Opposition sei der Landesverband Niedersachsen. Er betonte aber, daß zwischen seinem Nachfolger, Professor *Oberländer*, und ihm keine politischen Meinungsverschiedenheiten bestünden.

## Zeittafel vom 1. bis 15. Mai 1954

## Die Ereignisse in Europa

## Europäische Integration

(Vgl. hierzu auch die in jeder zweiten Folge des Europa-Archivs erscheinenden Mitteilungen des Europarats.)

4. Der Interimsausschuß der EVG in Paris beschließt, die Parlamentarische Versammlung der geplanten Verteidigungsgemeinschaft, die mit der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion bis auf neun zusätzliche Mitglieder identisch sein soll, in unmittelbarer Wahl durch die Völker selbst wählen zu lassen.

## Nordatlantikpaktorganisation

5. Der Generalsekretär der NATO stellt fest, daß Marschall *Juin*, der am 1. April seiner Aemter in Frankreich enthoben wurde (vgl. Zeittafel in EA 8—9/1954, S. 6548) seinen Posten als Oberbefehlshaber des Abschnitts Mitteleuropa beibehalten werde.

## Belgien

4. In der Regierungserklärung der Regierung *van Acker* heißt es, die neue Regierung werde der atlantischen Allianz treu bleiben und weiterhin aktiv an der Organisation Europas mitarbeiten. Ein Gesetzentwurf der Regierung zur Verkürzung der Militärdienstzeit von 21 auf 18 Monate wird von der Kammer am 6. Mai, vom Senat am 13. Mai gebilligt.

## Dänemark

4. Die Außenminister Dänemarks, Norwegens und Schwedens geben nach einer zweitägigen Konferenz in Kopenhagen, an der auch der isländische Gesandte teilnahm, bekannt, daß keine der auf der Sitzung vertretenen Regierungen zur Zeit die Absicht habe, die Deutsche Demokratische Republik als souveränen Staat anzuerkennen.

## Deutschland

2. Der VI. Jahreskongreß der Europa-Union findet in Köln statt. Etwa 90 Delegierte der einzelnen Landesverbände nehmen daran teil. Der Kongreß dient vornehmlich der Klärung organisatorischer Fragen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Paul *Leverkuehn* wird mit 58 Stimmen zum neuen Präsidenten gewählt. Gleichzeitig beschließt der Kongreß eine neue organisatorische Form für das Präsidium. Es wird ein „engeres Präsidium“ gewählt, dessen Mitglieder gleichzeitig dem aus Delegierten der Landesverbände bestehenden Hauptausschuß angehören. Das engere Präsidium hat 9 Mitglieder. Diese sind: Otto *Bach*, Berlin; Wilhelm *Beutler*, Köln; Ernst *Friedländer*, Hamburg; Hans Wolfgang *Kanngießer* als Präsident des Bundes Europäischer Jugend (BEJ), Hans Albert *Kluthe*, Eschwege; Josef *Müller*, München; Friederike *Mulert*, Berlin; Carl *Frhr. von Oppenheim*, Köln, als Schatzmeister; Dieter *Roser*, Eßlingen. Zu diesem engeren Präsidium treten vierzehn weitere Präsidialmitglieder, von denen der Kongreß zehn wählt, während die restlichen vier

durch das Präsidium kooptiert werden. Die Gewählten sind Hermann *Abs*, Mas *Brauer*, Heinrich *Deist*, Ulrich *Haberland*, Günter *Henle*, Wilhelm *Kaisen*, Heinrich *Kost*, Albert *Schäfer*, Pater *Schulte*, Rudolf *Zorn*. Durch Mehrheitsbeschluß wird der Hauptausschuß beauftragt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die einen „Landesverband Ost der Europa-Union im Exil“ vorbereiten soll. Wie Präsident Dr. *Leverkuehn* erklärt, sind alle diese organisatorischen Maßnahmen dazu bestimmt, der Europa-Union ein Eindringen in breitere Schichten zu ermöglichen. Der nächste Kongreß wird ausschließlich politischen Problemen gewidmet sein.

3. Staatssekretär *Hallstein* führt in Paris Besprechungen mit Staatssekretär Maurice *Schumann* über die Saarfrage. Am 4. Mai erklärt ein Regierungssprecher nach einer Kabinettsitzung, auf der *Hallstein* über seine Besprechungen in Paris Bericht erstattete, die deutsch-französischen Saarbesprechungen würden vorläufig in Paris auf der Ebene von Wirtschaftsexperten fortgeführt. Die seit langem geplante Zusammenkunft zwischen Bundeskanzler *Adenauer* und dem französischen Außenminister *Bidault* stehe im Augenblick nicht zur Diskussion. Am 11. und 14. Mai führt *Hallstein* erneut Besprechungen mit *Schumann* in Paris.
5. Die FDP-Fraktion des Bundestages stellt in einem Beschluß zur Bundestagsdebatte über die Saar (vgl. Kurzbericht auf S. 6626) fest, daß der Saar-Plan des Holländers *van Naters* in der vorliegenden Form im Bundestag keine Billigung finden werde. Am 6. Mai erklärt der Bundesvorsitzende der Freien Demokratischen Partei, Thomas *Dehler*, nach seiner Rückkehr aus Amerika, er halte die Formulierung des Bundeskanzlers in der Regierungserklärung über die Saar, daß nationale deutsche Interessen gegen nationale französische Interessen stünden, nicht für richtig. Die deutsche Rechtsposition an der Saar dürfe nicht aufgegeben werden. *Dehler* fügte hinzu, maßgebliche amerikanische Politiker, darunter der stellvertretende Außenminister *Bedell Smith*, hätten ihn darauf hingewiesen, daß Deutschland an der Saar Opfer bringen müsse, wenn sie auch schmerzlich seien.
6. Der Bundestag verabschiedet in dritter Lesung den Bundeshaushalt für 1954/55 in Höhe von 27,1 Milliarden DM. Zu einer Unterbrechung der Sitzung kommt es, als ein großer Teil der FDP-Abgeordneten mit der Opposition gegen den Etat des Bundesfamilienministeriums stimmt.
7. Der Bundesvorstand der SPD veröffentlicht Empfehlungen zur Außenpolitik, in denen die EVG wiederum abgelehnt und der Vorrang der Wiedervereinigung Deutschlands vor allen anderen Fragen erklärt wird. Ein Wehrbeitrag wird jedoch nicht grundsätzlich abgelehnt, und die Empfehlungen treten für eine „aktive Europapolitik ein, die ein gemeinsames Handeln der europäischen Völker mit dem Ziel einer engeren



Gemeinschaft und damit einer stetigen Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sicherstellt\*. Die Montanunion, der Europäische Wirtschaftsrat und der Europarat sollen vielfältige Beziehungen auch zu Nichtmitgliedstaaten knüpfen.

Bundeskanzler *Adenauer* erklärt auf einer Pressekonferenz in Hamburg, es sei durchaus möglich, daß die Bundesrepublik eines Tages diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufnehme. Am 12. Mai erklärt der Bundesvorsitzende der FDP, *Thomas Dehler*, im Bayrischen Rundfunk, es wäre töricht zu leugnen, daß die außenpolitische Entwicklung der letzten Monate für Deutschland ungünstig verlaufen sei. In dieser Lage hätten seine Freunde und er erwogen, ob es nicht notwendig sei, mit Moskau und Peking ins Gespräch zu kommen, um dazu beizutragen, daß sich die außenpolitische Erstarrung zwischen Ost und West lockere. Am 15. Mai erklärt das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, in der deutschen Presse seien Berichte erschienen, die den Anschein erwecken könnten, als ob sich in der außenpolitischen Haltung der Bundesrepublik gegenüber der Sowjetunion irgendwelche Änderungen anbahnten. Diese Vermutungen entbehren jeder Grundlage. Ebenso unrichtig seien Vermutungen, daß sich der Bundeskanzler mit dem Gedanken trage, den Bundestagsabgeordneten *Pfleiderer* (FDP) zu Verhandlungen nach Peking zu entsenden. Die von *Pfleiderer* geäußerte Absicht, in nächster Zeit nach der Sowjetunion zu reisen, um dort mit sowjetischen Stellen Kontakt zu suchen, werde vom Bundeskanzler scharf abgelehnt. Auch nur die Erörterung solcher Pläne in der Presse müsse in einem kritischen Zeitpunkt der Entwicklung der 'Ost-West-Spannung' in der Sowjetunion den Eindruck erwecken, als ob nennenswerte deutsche Kreise schon zu Annäherungsversuchen neigten. Hierzu sei aber nach dem negativen Ausgang der Berliner Konferenz, auf der die deutschen Wünsche nach Wiedervereinigung von den Sowjets radikal abgelehnt worden seien, keinerlei Veranlassung.

- 7.—9. Besuch des britischen Schatzkanzlers, *R. A. Butler*, in Bonn (vgl. Kurzbericht auf S. 6625).
- 8.—9. Zweiter Bundesparteitag des Gesamtdeutschen Blocks/BHE (vgl. Kurzbericht auf S. 6628).
11. Das Justizministerium von Rheinland-Pfalz erklärt in einem Rechtsgutachten zur Stellung des Saargebiets, an der Saar sei kein neuer Staat entstanden. Das Saargebiet sei nach wie vor ein Teil Deutschlands, und der Status der Saar könne nur durch einen künftigen Friedensvertrag geändert werden. Das am 30. April vom Bundestag beschlossene Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Allgemeinen Abkommen vom 2. September 1949 über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates und zu dem Zusatzprotokoll vom 6. November 1952 zu diesem Abkommen wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

#### Finnland

6. Der bisherige Außenminister *Ralf Törnngren* (Schwedische Volkspartei) bildet nach fünfwöchigen Verhandlungen eine Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten und Agrariern.

#### Frankreich

6. Die Nationalversammlung spricht der Regierung anlässlich eines Antrages, eine Debatte über Indochina auf unbestimmte Zeit zu verschieben, mit 311 gegen 262 Stimmen das Vertrauen aus.
7. Ministerpräsident *Laniel* gibt vor der Nationalversammlung den Fall von Dien Bien Phu (vgl. Indochina) bekannt.
11. Ministerpräsident *Laniel* stellt nach dem Fall von Dien Bien Phu zum zweiten Male die Vertrauensfrage, um die erneut geforderte Debatte über Indochina zu verschieben. Die Abstimmung ergibt eine Mehrheit von zwei Stimmen für die Regierung. Der Präsident der Alliance Democratique, *Pierre-Etienne Flandin*, spricht sich in einem Interview mit der *Neuen Zürcher Zeitung* gegen die EVG, jedoch für den Eintritt Deutschlands in die Organisation des Atlantikpaktes aus.
13. Uebereinstimmenden Berichten der *Neuen Zürcher Zeitung* und der *New York Times* zufolge hat die französische Regierung in Washington angefragt, was die amerikanische Regierung im Falle eines Scheiterns von Waffenstillstandsverhandlungen in Indochina zu tun gedenke, und Besprechungen in dieser Angelegenheit angeregt. Am 15. Mai wird in Paris bekanntgegeben, daß in Kürze französisch-amerikanische Besprechungen über Indochina in Paris beginnen werden.

#### Griechenland

3. Ministerpräsident *Papagos* erklärt, wenn Großbritanniens Haltung gegenüber dem griechischen Ersuchen für eine freundschaftliche Lösung des Konfliktes über Zypern weiterhin negativ bleibe, so bliebe Griechenland nichts anderes übrig, als die Angelegenheit vor die Vereinten Nationen zu bringen. Am 29. April hatte die Regierung bekanntgegeben, daß sie in einem Memorandum an alle befreundeten Staaten festgestellt habe, sie werde das Thema Zypern nicht vor die Vereinten Nationen bringen, bevor alle Versuche zu einer direkten Regelung mit Großbritannien erschöpft seien.

#### Großbritannien

3. Die britische Regierung veröffentlicht ein Weißbuch über die Verhandlungen über eine Bindung Großbritanniens an die Montanunion. Das Weißbuch enthält ein Schreiben des Präsidenten der Hohen Behörde der Montanunion, *Monnet*, vom 24. Dezember 1953, in dem er der britischen Regierung ein Abkommen über die Assoziierung vorschlägt und die britische Antwort auf dieses Schreiben vom 29. April 1954, in dem *Monnet* eingeladen wird, zu Verhandlungen über die Assoziierung Großbritanniens mit der Montanunion nach London zu kommen. *Monnet* nimmt diese Einladung am 30. April an.
4. Das nationale Exekutivkomitee der Labour Party spricht sich in einer Erklärung zur EVG für eine Wiederaufrüstung Deutschlands in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und im Rahmen der NATO aus.

#### Italien

3. Nach einer Unterredung des amerikanischen Außenministers *Dulles* mit Ministerpräsident *Scelba* in Mai-

land wird in einem Kommuniké bekanntgegeben, es seien Fragen von beiderseitigem Interesse erörtert worden, die sich aus der gemeinsamen Aufgabe beider Länder zur Konsolidierung des Friedens, zur Festigung der Sicherheit und zur Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit ergeben würden.

### Jugoslawien

4. Außenminister *Popowitsch* erklärt vor der außenpolitischen Kommission des Parlamentes, die europäische Integration erscheine heute als echte Notwendigkeit, der sich auch Jugoslawien nicht verschließen könne. Eine Einigung Deutschlands sei nur in einem konstruktiven europäischen Rahmen möglich.
11. Marshall *Tito* unterbreitet in einem Interview mit der *New York Times* einen Plan für die Lösung des Problems Triest, der eine Teilung des Gebiets zwischen Italien und Jugoslawien vorsieht. Italien soll die Stadt Triest und den größten Teil der von den Amerikanern und Engländern besetzten Zone A erhalten, Jugoslawien die Zone B, wobei kleine Grenzberichtigungen vorgenommen werden sollen. Als Kompensation für den freiwilligen Verzicht Jugoslawiens auf Stadt und Hafen Triest sollen die drei westlichen Großmächte für Jugoslawien einen kleinen Hafen in Kopar (Capodistria) errichten, sowie eine Straße und eine Eisenbahn bauen, die diesen Hafen mit Ljubljana und dem jugoslawischen Hauptverkehrsnetz verbinden. Der Teilungsplan soll dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur Zustimmung unterbreitet werden. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich sollen die neue italienisch-jugoslawische Grenze garantieren und versprechen, in Zukunft keine Forderungen für eine Änderung dieser Grenze zu unterstützen. Bei einer solchen Regelung der Triester Frage werde Jugoslawien nichts gegen einen Beitritt Italiens zum Balkanpakt einzuwenden haben.

### Oesterreich

- 7.—9. Tagung des Generalrates der Sozialistischen Internationale in Wien. In einer Resolution zur internationalen Lage wendet sich der Rat an die Genfer Konferenz, die Konflikte in Korea und Indochina auf dem Verhandlungswege zu lösen. Der Rat drückt seine Besorgnis über die zunehmenden Spannungen im Nahen Osten aus und betont die Notwendigkeit direkter Friedensverhandlungen zwischen Israel und den arabischen Staaten. Die Delegierten vertreten ferner die Auffassung, „daß die ständig zunehmende Zerstörungsgewalt der modernen Waffen, einschließlich der Entwicklung der Wasserstoffbombe, die Notwendigkeit für eine Weltabrüstung unter internationaler Kontrolle fordert“.
11. Bundeskanzler *Raab* erklärt vor der Tagung des Internationalen Presse-Instituts, es gebe heute in Oesterreich weder einen Neonazismus noch Anschlußbestrebungen, wie es die kommunistische Propaganda behaupte, um das Scheitern der Berliner Konferenz zu begründen.
12. Der frühere französische Staatspräsident *Auriol* erklärt vor der Tagung des Internationalen Presse-Instituts, er sei überzeugt, daß der Vorschlag, die Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Ver-

teidigungsgemeinschaft einzubeziehen, Frankreich und die anderen Nationen trenne, die NATO schwäche und einer Karikatur Europas gleichkomme. Der Vorschlag sei geeignet, die Schaffung eines in sich ausgeglichenen Europa mit Einschluß der Staaten der Montanunion, Großbritanniens, der skandinavischen Staaten, Griechenlands, der Türkei und Jugoslawiens zu hemmen.

### Polen

- 5.—9. Auf dem III. Kongreß der polnischen Gewerkschaften erklärt der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, *Louis Saillant*, der Weltgewerkschaftsbund erkenne als richtig an, daß das polnische Volk die Grenze an der Oder und Neiße als endgültig betrachte. Der Sekretär des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, *Otto Lehmann*, versichert, daß die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik die Grenze an Oder und Neiße für unantastbar ansähen und entschlossen seien, sie zusammen mit dem polnischen Volk gegen jeden Angriff zu verteidigen.

### Sowjetunion

8. Die Antwort der Westmächte auf die sowjetische Note vom 31. März (vgl. Europa-Archiv 8—9/1954, S. 6532 ff.) wird in Moskau überreicht (vgl. den Wortlaut der Note auf S. 6618 dieser Folge).

Die Agentur TASS erklärt, die Ausführungen Premierminister *Churchills* vom 30. April, in denen dieser angekündigt hatte, Großbritannien werde sich um eine Verbesserung des Verhältnisses zur Sowjetunion bemühen (vgl. Zeittafel in Europa-Archiv 10/1954), hätten in führenden sowjetischen Kreisen ein positives Echo gefunden. Diese Kreise seien überzeugt, daß die Verbesserung der Beziehungen und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der Sowjetunion nicht nur diesen beiden Ländern, sondern auch allen an der Wahrung und Stärkung des internationalen Friedens interessierten Staaten, vor allem den europäischen Ländern, zum Vorteil gereichen würden.

### Türkei

2. Bei den allgemeinen Parlamentswahlen erringt die Demokratische Partei 504 der insgesamt 541 Sitze. Die oppositionelle Republikanische Volkspartei erhält 31, die Republikanische Partei der Nation 5, die Unabhängigen erhalten 1 Sitz. Am 14. Mai wird Staatspräsident *Celal Bajar* von der großen Nationalversammlung als Präsident der Republik wiedergewählt. Ministerpräsident *Adnan Menderes* bildet am 18. Mai ein neues Kabinett, dem *Fuad Köprülü* wieder als Außenminister angehört.
9. Die Regierung weist die sowjetische Note vom 18. März (vgl. Zeittafel Europa-Archiv 8—9/1954, S. 6545), in welcher die Sowjetunion erklärt hatte, der türkisch-pakistanische Freundschaftspakt vom 2. April gefährde die Sicherheit im Mittleren Osten, als unbegründet zurück und versichert, der Pakt gelte der freundschaftlichen Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Landesverteidigung.



## Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

### AMERIKA

#### Vereinigte Staaten

5. Präsident *Eisenhower* versichert auf einer Pressekonferenz nach der Rückkehr von Außenminister *Dulles* aus Genf, *Dulles* habe seine volle Unterstützung für seine Pläne für die Schaffung eines Sicherheitssystems in Südostasien. Am 29. April hatte *Eisenhower* auf einer Pressekonferenz erklärt, eine Beherrschung Südasiens durch den Kommunismus sei für die Vereinigten Staaten unannehmbar.
7. Außenminister *Dulles* erklärt in einer Rundfunkansprache über seine Verhandlungen in Genf, seine Äußerungen vom 29. März, daß der Bedrohung Südasiens aktiv durch eine gemeinsame Aktion begegnet werden müsse (vgl. Zeittafel Europa-Archiv 8—9/1954, S. 6546), hätten nichts Neues dargestellt, denn auch Präsident *Eisenhower* habe schon am 16. April 1953 (vgl. Europa-Archiv 10—11/1953, S. 5731 ff.) davon gesprochen, daß die Aggression in Korea und in Südostasien eine Bedrohung für die gesamte Gemeinschaft der freien Welt darstelle, der durch eine gemeinsame Aktion begegnet werden müsse. Am 11. Mai erklärt *Dulles* auf einer Pressekonferenz, der Besitz Indochinas sei für die Sicherheit Südasiens wichtig, jedoch nicht unbedingt notwendig. Am 12. Mai versichert Präsident *Eisenhower*, Indochina sei für die Verteidigung Südasiens sehr wichtig; die freie Welt dürfe es nicht aufgeben. In dieser Frage bestehe zwischen Außenminister *Dulles* und ihm selbst Übereinstimmung.
12. Außenminister *Dulles* erklärt vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats, daß im Augenblick keine Grundlage für ein amerikanisches Eingreifen in Indochina gegeben sei.
13. Präsident *Eisenhower* unterzeichnet das Gesetz über die Beteiligung der Vereinigten Staaten am St.-Lorenz-Projekt. Damit kann ein seit 50 Jahren gehogter Plan Wirklichkeit werden, um in Zusammenarbeit mit Kanada die großen Seen durch einen Kanal mit dem Atlantischen Ozean zu verbinden und so den mittleren Westen der Vereinigten Staaten und das kanadische Binnenland dem Seeverkehr zugänglich zu machen.
15. Außenminister *Dulles* erklärt in Williamsburg, eine Koexistenz der freien und kommunistischen Welt sei nicht möglich, solange die sowjetische Führung danach strebe, ihre Macht nach außen zu erweitern. Die Vereinigten Staaten könnten es nicht zulassen, Hunderte von Millionen Menschen einer despotischen Herrschaft zu überlassen. Die Vereinigten Staaten würden aber weiterhin versuchen, mit den Kommunisten Abkommen mit begrenzten Zielen abzuschließen.

### ASIEN

#### Ceylon

2. Die Konferenz der Premierminister von Ceylon, Indien, Pakistan, Burma und Indonesien, die vom 28. bis 30. April in Colombo und am 1. und 2. Mai in Kandy tagte, wendet sich an die Genfer Konferenz, den Krieg in Indochina durch Verhandlungen

zwischen den direkt beteiligten Mächten zu beenden. Die Premierminister befrworten die Aufnahme der Chinesischen Volksrepublik in die Vereinten Nationen und bedauern, daß das Kolonialsystem noch immer in verschiedenen Teilen der Welt bestehe. Ferner drücken die Konferenzteilnehmer ihre Besorgnis über die Entwicklung der Wasserstoffbombe aus.

#### Indochina

7. Die Ortschaft Dien Bien Phu im nördlichen Teil von Indochina, die am 21. November 1953 von Fallschirmtruppen der Französischen Union besetzt und zu einer Festung ausgebaut worden war, wird nach 57tägiger Belagerung von den Viet-minh erobert.
13. In Dien Bien Phu trifft eine französische Delegation ein, die mit den Viet-minh über die Heimischaffung der schwerverwundeten Kriegsgefangenen der französischen Unionstruppen verhandelt, nachdem der Viet-minh-Delegierte auf der Genfer Konferenz am 10. Mai die Zustimmung seiner Regierung zur Evakuierung der Schwerverwundeten aus Dien Bien Phu gegeben hatte. Am 14. Mai werden die ersten Verwundeten auf dem Luftwege abtransportiert.

#### Japan

7. Das Unterhaus billigt mit 277 Stimmen der Konservativen Regierungsparteien gegen 138 Stimmen der Sozialisten zwei Gesetzentwürfe, welche die Wiederaufrüstung Japans innerhalb von acht Jahren ermöglichen. Nach den Gesetzen werden die bisherigen Sicherheitsstreitkräfte in reguläre militärische Einheiten umgewandelt.

#### Pakistan

4. Die Regierung weist die in der sowjetischen Note vom 19. März (vgl. Zeittafel Europa-Archiv 8—9/1954, S. 6545) enthaltenen Befürchtungen im Zusammenhang mit der Annahme amerikanischer Militärhilfe durch Pakistan als unbegründet zurück.

## Organisation der Vereinten Nationen

#### Sicherheitsrat

4. Auf seiner 6. Tagung über Verfahrensfragen zur Behandlung der israelischen und arabischen Beschwerden über die Zwischenfälle in Palästina beschließt der Rat gegen die Stimmen der Sowjetunion und Libanons, die beiden Beschwerden in einer allgemeinen Debatte zu behandeln, wobei die Frage, ob der Sicherheitsrat zu den Beschwerden in einer oder mehreren Resolutionen Stellung nehmen will, offenbleibt (vgl. Zeittafel Europa-Archiv 10/1954).

#### Abrüstungskommission

13. Der Unterausschuß der Abrüstungskommission beginnt in London mit geschlossenen Verhandlungen. Die Vereinigten Staaten werden durch den Industriellen *Morehead Patterson*, die Sowjetunion durch Botschafter *Malik*, Großbritannien durch Staatsminister *Selwyn Lloyd*, Frankreich durch *Jules Moch* und Kanada durch Außenminister *Lester Pearson* vertreten.

## Bücher und Broschüren

Abel, W., O. Howald, E. Lagler, H. J. Seraphim: Probleme einer europäischen Agrarintegration. München: Verlag R. Oldenbourg o. J. 95 S.

Annuaire diplomatique 1952. Rédigé sous la direction de Herbert v. Moos, Stanley Vanvliet White. Genève — Paris — Londres 1952. 634 S.

Berliner Tagebuch. Aus den Protokollen der Viererkonferenz. Herausgegeben vom US-Informationsdienst. Bad Godesberg o. J. 31 S.

Bolle, Theda: Bevölkerung und Arbeitskräftepotential in europäischen Ländern. Sonderhefte Neue Folge Nr. 27, Reihe A: Forschung; herausgegeben vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung). Berlin: Duncker & Humblot 1954. 72 S.

Borkenau, Franz: Der russische Bürgerkrieg 1918—1921. Von Brest-Litowsk zur NEP. Berlin: Grunewald-Verlag 1954. 60 S. DM. 1,20.

Boron Steels: Production and Use. Published by the Organisation for European Economic Co-operation. Paris 1954. 140 S. (Technical Assistance Mission No 124.)

The British Year Book of International Law. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. Vol. XXVIII (1951) und Vol. XXIX (1952). London — New York — Toronto: Oxford University Press 1952 und 1953. 457 S.; 540 S. Je 60 s.

Beide in Inhalt und Form vorzüglich gestalteten Bände bringen wie gewohnt ausgezeichnete Beiträge zu Problemen des internationalen Rechts.

Aus der Fülle der Abhandlungen seien hier aus dem 28. Band für Fragen des allgemeinen Völkerrechts besonders die Arbeiten von Sir A. McNair über Auslieferung und extritoriales Asyl, von D. P. O'Connell: Gesicherte und ungesicherte Schulden im Recht der Staats sukzession, und von H. Lauterpacht über das Problem der gerichtlichen Immunitäten fremder Staaten genannt. Zum Recht der Internationalen Organisationen bringt C. W. Jenks einen einführenden Überblick unter dem Gesichtspunkt der Koordination und M. Brandon einen Artikel: Der rechtliche Status des Sitzes der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen. G. G. Fitzmaurice behandelt für das Recht und das Verfahren des Internationalen Gerichtshofes das Problem der Vertragsinterpretation und bestimmte andere Vertragspunkte. Von den als Materialbeiträge wertvollen „Notes“ sei auf die von A. H. Robertson über die neuen Entwicklungen der Europäischen Menschenrechtskonvention hingewiesen.

Aus dem 29. Bande sind besonders bemerkenswert für den mehr und mehr bedeutungsvollen Bereich der internationalen Rechtsprechung die Fortsetzung der Abhandlung von Fitzmaurice: Internationale Organisationen und Gerichtshöfe, sowie von Miss Felice Morgenstern: Die Rechtsprechung zur Frage der Verletzung internationalen Rechts; für das aktuelle Thema einer Reform der UN-Organisation die Arbeit von F. A. Vallat: Die Generalversammlung und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Spezielle Erwähnung verdienen noch die Abhandlungen von R. R. Baxter über „Konstitutionelle Formen und Rechtsprobleme des Internationalen Militärkommandos“ und von H. Lauterpacht über „Das Problem der Revision des Kriegsrechts“.

Von Arbeiten aus dem allgemeinen Völkerrecht seien C. W. Jenks: „Staats sukzession im Hinblick auf Internationale Rechtsetzung“ und M. Brandon: „Die Gültigkeit nicht-registrierter Verträge“ genannt.

Unter den Notes bringt u. a. A. H. Robertson eine zusammengefaßte, aber instruktive Betrachtung über das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft und eine Fortsetzung seines Artikels im vorhergehenden Band über

die jüngsten Entwicklungen der Europäischen Menschenrechtskonvention.

In beiden Bänden geben Buchbesprechungen wertvolle Hinweise. Register über Fall-Entscheidungen und ausführliche Sachregister sorgen für eine schnelle Handhabung der Bände im praktischen Gebrauch.

D'Estaing, Edmond Giscard: La France et l'Unification Economique de l'Europe. Paris: M.-Th. Génin, Librairie de Médecis 1953. 269 S.

Europa und die Marktwirtschaft. Vorträge auf der internationalen CEPES-Arbeitstagung in Frankfurt am Main. Herausgegeben von der Europäischen Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CEPES), Deutsche Gruppe e. V., Frankfurt am Main. Frankfurt am Main: November 1953. 39 S.

Europe and the North Atlantic Area. Regional Organizations: A Description of Their Development and Functions; (International Organization and Conference Series II, European and British Commonwealth 3). Department of State Publication 4944. Washington: US Government Printing Office, April 1953, 34 S. \$ 0,15.

European Agriculture. A Statement of Problems. Prepared jointly by the Secretariats of the United Nations Economic Commission for Europe and the Food and Agriculture Organization of the United Nations. Geneva: 1954. 83 S.

The European Defence Community Treaty, Paris, May 27, 1952 (together with related documents). Presented by the Secretary of State for Foreign Affairs to Parliament by Command of Her Majesty, April 1954. London: Her Majesty's Stationery Office 1954. 59 S. £ —/1/9. (Miscellaneous No. 11, Cmd. 9127).

A Geography of Europe. Edited by George W. Hoffman. London: Methuen and Co. Ltd. 1953. 775 S. £ —/52/6.

In den Einleitungskapiteln werden die allgemeinen historisch-geographischen und physikalisch-geographischen Grundlagen Europas gegeben. Sodann werden mit dem Ziel, ein Gesamtbild des gegenwärtigen Europa zu zeichnen, das politische Grenzen, natürliche Regionen und zusammenhängende Kulturgebiete berücksichtigt, sieben europäische Regionen behandelt: die britischen Inseln, Nordeuropa, Westeuropa, Zentraleuropa, Südeuropa, das östliche Zentraleuropa und Osteuropa. In dem Schlußkapitel über Europa in der Weltwirtschaft werden die Regionalaspekte in ein Gesamtbild eingefügt, das Westeuropa im Ringen um Wiedergewinnung seiner Stellung in der Weltwirtschaft und gegenüber dem in rapider industrieller Entwicklung begriffenen Osteuropa darstellt. Die Einzelbeiträge sind gründlich untereinander abgestimmt und werden durch ausführliche Statistiken, Karten und Literaturangaben ergänzt.

Houston, J. M.: A Social Geography of Europe. London: Gerald Duckworth & Co. Ltd. 1953. 271 S. 21 s.

Sozialgeographie ist ein Zweig der Geographie vom Menschen (Anthrogeographie); der Verfasser will ihn besonders von Wirtschaftsgeographie und politischer Geographie abgehoben wissen. Ländliche und städtische Siedlungen sowie Bevölkerungsstudien sind die untersuchten Hauptthemen. Besonderes Anliegen des Verfassers ist die Herausarbeitung typischer Erscheinungen („pattern“) der Siedlung und Bevölkerung, in denen der Formenreichtum Europas zum Ausdruck kommt.

Die Arbeit ist aus Lehrfähigkeit erwachsen und zu Unterrichtszwecken gedacht. Einem klar begrenzten Stoff sind sorgfältig ausgewählte Literaturangaben, ein Index, zahlreiche Karten, Skizzen und Photographien sowie ein aufschlußreiches Glossarium beigelegt.



Jerrold, Douglas: The Lie about the West. A Response to Professor Toynbee's Challenge. London: J. M. Dent & Sons Ltd. 1954. 62 S. 6 s.

Professor Arnold Toynbee's Buch „The World and the West“ ist eine Analyse der gegenwärtigen Beziehungen zwischen der westlichen und der östlichen Welt (im weitesten Sinne) und die Erklärung ihrer Ursachen. Die „Antwort“ ist nicht um der Sache willen interessant oder gar wichtig. Sie ist allerdings bestürzend wichtig als Beispiel dafür, daß die Methode bolschewistischer Polemik in die westliche Welt eingedrungen ist.

Die folgenden Zitate demonstrieren Geist und Gesinnung des Verfassers. Jerrold zitiert Toynbee (S. 5): „Das Trügerische des Glaubens an unseren einzigartigen Wert ist uns nicht offenbar... Da wir Menschen sind, so neigen wir Abendländer zu der Annahme, daß es ohne Beispiel ist, was wir in den letzten Jahrhunderten für die Welt getan haben... Eine wirksame Kur für unsere westlichen Illusionen ist der Rückblick auf das, was vor nicht so langer Zeit Griechen und Römer für die Welt getan haben. Wir werden sehen, daß auch sie zu ihrer Zeit die Welt überannten und auch sie eine Zeitlang glaubten, daß sie nicht wie andere Menschen waren.“

Aus diesen unmißverständlich gegen die europäische Arroganz im Verhältnis zu anderen Kulturen gerichteten Sätzen macht Jerrold: „Man ist versucht zu fragen, ob es möglich ist, mehr Unsinn in weniger Sätze zusammenzupressen. Aber Professoren schreiben nicht mit Bewußtsein Unsinn. Die hier zitierten Sätze müssen für Professor Toynbee eine Bedeutung haben, und sie kann erstens und ganz offensichtlich nur sein, daß das Christentum eine falsche Religion ist, denn es ist selbstverständlich, daß es einzigartig ist, wenn es wahr ist.“

An anderer Stelle (S. 47): „Der Kommunismus“, so schreibt er (Toynbee), „erscheint der Mehrzahl der westlichen Menschen als eine pervertierte, mißgeleitete und verhängnisvolle Doktrin und Lebensart. Ein Theologe mag es so ausdrücken, daß unser großer moderner westlicher Häretiker Karl Marx den charakteristischen intellektuellen Fehler und die moralische Verirrung eines Häretikers begangen hat. Indem sein Finger auf einen Punkt wies, der in schreiender Not nach einer Reform war, hat er das Augenmaß für alle anderen Überlegungen verloren und hat daher ein Heilmittel produziert, das schlimmer ist als die Krankheit.“ Man weiß, wo die „schreiende Not“ bestand: in den sozialen Zuständen, die zur Zeit des Marx in den westlichen Industrieländern so haarsträubend waren wie heute in der Sowjetunion. Jerrold interpretiert Toynbees tatsächliche Feststellungen folgendermaßen (S. 48): „...er gratuliert dem Kommunismus dazu, daß sein Finger auf einen Punkt... weist, der in schreiender Not nach einer Reform ist“ (durch die Veränderung des Imperfectum in das Präsens ist der Sinn vollkommen entstellt; keine Andeutung oder Tönung, die gestatten, das Wort „gratulieren“ zu verwenden). Später: „Es wäre natürlich gewesen, ... daß der Verfasser klarmachte, was der schreiende Skandal war, auf den der Finger des gültig reformierenden Kommunismus wies.“ Natürlich, schreibt Jerrold, ist es nicht die humanitäre Verhaltensweise, die persönliche Freiheit, die Demokratie, die Sozialreform oder der staatliche Gesundheitsdienst. Daher: „Was sonst haben wir

im Westen nicht getan, was Rußland getan hat, außer der höchsten Konzentration der wirtschaftlichen und daher der politischen Macht in den Händen einer verschwindenden Minderheit mit dem ausgesprochenen Ziel wirkungsvoller Befriedigung der materiellen Bedürfnisse, für alle gleichmäßig, durch Verweigerung der wirtschaftlichen und daher auch der politischen und moralischen Freiheit.

Wenn das gemeint ist, und es ist schwer zu erkennen, wie es anders sein kann, dann sind wir zu der Schlußfolgerung eingeladen, daß das einzig Gute in bezug auf die Kommunisten der Kommunismus ist.“

Diese Beispiele genügen zur Begründung der Ansicht, daß Jerrolds bössartiges Produkt denen — aber nur denen — empfohlen sei, die sich für die international übereinstimmenden Erscheinungsformen des McCarthyismus interessieren.

D. M.  
Kazakov, George: Soviet Peat Resources. A Descriptive Study. New York: Research Program on the U. S. S. R. 1953. 201 S., 1 Kt.

Lavergne, Bernard: La Chimère de „L'Europe Unie“. Paris: L'Année Politique et Economique, et Librairie de Médicis 1952. 119 S.

Mediger, Walther: Moskaus Weg nach Europa. Der Aufstieg Rußlands zum europäischen Machtstaat im Zeitalter Friedrichs des Großen. Braunschweig: Georg Westermann Verlag 1952. 744 S.

Das umfangreiche Werk gibt mehr, als sein Titel verheißt. Es ist nicht nur eine Darstellung der Entwicklung Rußlands von Peter dem Großen bis zu Katharina II., sondern die Geschichte der diplomatischen Beziehungen, Pläne und Kämpfe zwischen den Staaten West-, Mittel- und Osteuropas im 18. Jahrhundert. Der Verfasser hat außer den englischen, preußischen und russischen Akten insbesondere die hannoverschen Archive benutzt und durch die Erschließung ihres Materials wesentliche neue Beiträge zur Erklärung der von ihm behandelten Periode geliefert. Das Werk ist eine ausgezeichnete Darstellung der Entstehung und Entwicklung der seit mehr als zweihundert Jahren konstanten russischen Machtpolitik.

Miksche, F. O.: Donauföderation. Eine Studie über Fehler in der Vergangenheit und Möglichkeiten in der Zukunft in einem lebenswichtigen Gebiet Europas. Herausgegeben vom Forschungsinstitut für Fragen des Donauraumes. Salzburg 1953. 53 S.

Papen, Franz von: Memoirs. Translated by Brian Connell. London: Andre Deutsch 1952. 630 S. 25 s.

Political Handbook of the World. Parliaments, Parties and Press as of January 1, 1954. Edited by Walter H. Mallory. New York: Council on Foreign Relations, Inc. 1954. 231 S. \$ 3,75.

Rougemont, Denis de: La Confédération Helvétique. Monaco: Editions du Rocher 1953. 182 S. („Profil des Nations“, Conférence Permanente des Hautes Etudes Internationales). 450 fr.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft. Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigher, Frankfurt; Dr. J. W. Brülgen, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Dr. Walter E. Grenzer, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guiton, Paris; Dr. Walter Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Copyright: 1954 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsgabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstr. 20, Telefon 73347.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

## Neue Aufgaben für die Völkerrechtswissenschaft

Von G. Schwarzenberger, Ph. D., Dr. iur.,

Reader in International Law, Vice-Dean of the Faculty of Law, University of London

Das Völkerrecht leidet mehr als irgendein Zweig des Landesrechts unter der Tyrannei der Doktrin und den unvermeidlichen Folgen dieses Zustands: ein erstaunliches Maß von Subjektivismus; eine Ueberzahl von Primadonnen und Beweihräucherung auf der Basis der Gegenseitigkeit. Ein wesentlicher Grund für diese seltsamen Erscheinungen ist die verhältnismäßige Schwäche der internationalen Rechtsprechungsorgane, insbesondere ihr nichtobligatorischer Charakter. Wenigstens in den Ländern des Common Law hat das Supremat der Gerichte derartigen Tendenzen unter den Vertretern des innerstaatlichen Rechts gesunde Schranken gezogen. Die Gefahren, die sich aus dieser Lage für das Völkerrecht ergeben, werden noch durch den missionarischen Eifer verschärft, mit dem sich eine Anzahl seiner hervorragendsten Vertreter mit dem Gegenstand ihrer Studien identifizieren und durch die wohl unbewußte Hemmungslosigkeit, mit der sie die Trennungslinie zwischen *lex lata* und *lex ferenda* verwischen, um zu vorbestimmten Schlußfolgerungen zu gelangen.

Die Großzügigkeit, mit der höchst zweifelhafte Thesen so behandelt werden, als ob sie anerkannte Bestandteile des geltenden Völkerrechts wären, muß notwendigerweise zu Enttäuschungen führen, wenn die Staatspraxis sich an die Produkte einer solchen illegitimen Rechtsschöpfung aus dem Lehn- und Lehrstuhl nicht gebunden betrachtet. Tendenzen dieser Art sind um so bedauerlicher, als die öffentliche Meinung zu leicht die Ablehnung solcher Doktrinen einer Nichterfüllung der den Staaten obliegenden völkerrechtlichen Verpflichtungen gleichsetzt und so der Auffassung Vorschub leistet, daß das Völkerrecht kaum als Recht im üblichen Sinn des Wortes anzusehen sei. Versuche, wie sie in den letzten Jahren gemacht wurden, in den Vereinten Nationen, einem typischen Beispiel eines schwachen Staatenbundes, bundesstaatliche Elemente zu entdecken und einen wirksamen Schutz der Menschenrechte in die vagen Zielsetzungen der Satzung der Vereinten Nationen hineinzulesen oder der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom Jahre 1948 rechtliche Bedeutung zu geben, sind peinliche Beispiele für den Hang zu Wunschträumen oder, mit anderen Worten, zu einer unwissenschaftlichen Behandlung völkerrechtlicher Probleme.

### *Induktive Ueberprüfung des internationalen Gewohnheitsrechts*

Zur Wiederherstellung des Gleichgewichts ist es geboten, allen Nachdruck auf die Notwendigkeit einer

ständigen Neuprüfung der geltenden Völkerrechtsgrundsätze im Lichte der nationalen und internationalen Praxis zu legen. Auf dem Gebiet des von internationalen Gerichten und Schiedsinstanzen angewendeten Völkerrechts ist diese Arbeit zum Teil getan. Die Staatenpraxis und die Entscheidungen nationaler Gerichte der meisten Länder harren jedoch immer noch auf systematische Bearbeitung. Kaum irgendein Land hat bisher den Versuch gemacht, dem Beispiel zu folgen, das Moore und Judge Hackworth in ihren „Digests of International Law“ mit eindrucksvoller Illustration der nordamerikanischen Praxis, oder Hyde in seinem Standardwerk über das Völkerrecht, wie es in den Vereinigten Staaten ausgelegt und angewendet wird, gegeben haben.

Erst wenn diese Arbeit in jedem Staat geleistet ist, wird eine künftige Generation von Völkerrechtlern in der Lage sein, ein systematisches Lehrbuch des universellen oder wenigstens allgemeinen Völkerrechts, das diesen Namen wirklich verdient, auf einer festen wissenschaftlichen Grundlage zu schreiben. Jeder Versuch, die Ergebnisse dieser vorbereitenden Arbeit vorwegzunehmen, ist notwendigerweise eine Anmaßung und Scharlatanerie.

### *Wissenschaftliche Analyse des internationalen Vertragsrechts*

Während die induktive Untersuchung des Völkergewohnheitsrechts vernachlässigt bleibt, ist die Aufgabe einer wissenschaftlichen Analyse des internationalen Vertragsrechts und insbesondere der zweiseitigen Verträge noch kaum in Angriff genommen worden. Man mag sich fragen, welchen Sinn solche Forschungen haben können; denn völkerrechtliche Abkommen haben, ebenso wie Verträge zwischen Privatpersonen, konkrete Situationen zum Gegenstand, in denen die vertragschließenden Parteien die allgemeinen Normen anpassen und ändern, so daß sie ihren besonderen Bedürfnissen entsprechen.

Bis zu einem gewissen Punkt ist dieser Einwand berechtigt. Standardisierte Verträge des Landesrechts zeigen jedoch, daß selbst im innerstaatlichen Recht weniger Spielraum für individuelle Initiative vorhanden ist, als man im allgemeinen annimmt. Das trifft in noch stärkerem Maße auf den internationalen Bereich zu. Angesichts des rudimentären Charakters der Normen des Völkergewohnheitsrechts und der Gesellschaftsstruktur der zwischenstaatlichen Beziehungen sind die typischen Bedürfnisse der Staaten viel leichter vorauszubestimmen als die von Einzelpersonen. Gruppiert man die Verträge entsprechend



ihren Funktionen, d. h. in Übereinstimmung mit ihren sozialen Zwecken und ihrem Inhalt, so ergeben sich völlig neue Zweige des Völkerrechts, wie beispielsweise das Recht der internationalen Organe, das internationale Wirtschaftsrecht, das internationale Luftrecht und das internationale Arbeitsrecht.

### *Neue Spezialgebiete*

Solange diese Zweige des Völkerrechts am Anfang ihrer Entwicklung stehen, sind die Rechtsgrundsätze auf diesen Gebieten Wahlnormen in dem Sinne, daß kein Staat rechtlich zum Abschluß eines Handelsvertrags oder eines internationalen Luftfahrtabkommens verpflichtet ist. Aber, wenn auch die Staaten rechtlich voneinander unabhängig sein mögen, tatsächlich sind sie doch sehr aufeinander angewiesen. Wenn sie nicht ganz auf die Vorteile internationaler Zusammenarbeit verzichten wollen, so müssen sie zu irgendwelchen Übereinkommen mit anderen Staaten in solchen Fragen gelangen. Sie werden dann finden, daß die meisten Probleme, denen ihre Delegierten gegenüberstehen, sich bereits bei Verhandlungen anderer Staaten über Verträge derselben Art gestellt haben und daß es nur eine beschränkte Zahl von Möglichkeiten gibt, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen.

Zur Erläuterung dieses Punktes mag ein Beispiel aus dem Gebiet des internationalen Wirtschaftsrechts dienen. Erstrebt man Handelsfreiheit als gemeinsames Ziel, so bestehen sieben traditionelle Möglichkeiten, um dieses Ziel zu erreichen: Behandlung auf der Grundlage der Meistbegünstigung; Inländerbehandlung für Ausländer; Behandlung auf reziproker Basis; Vorzugsbehandlung; billige Behandlung; der Grundsatz der offenen Tür; Behandlung von Ausländern entsprechend den Mindestgrundsätzen des Völkerrechts. Ausnahmsweise mögen Staaten den Wunsch haben, abweichende Vereinbarungen mehr individueller Art zu treffen. Diese sieben Möglichkeiten stellen jedoch die typischen Methoden dar, mit denen der Grundsatz der Handelsfreiheit praktisch, d. h. durch einen Vertragsschluß, verwirklicht werden kann. Doktrinäre, a priori entwickelte Thesen über die Freiheit des Handels als ein Postulat des Naturrechts haben sich für die Staatenpraxis als unannehmbar erwiesen, und das Völkergewohnheitsrecht enthält keine anwendbaren Normen. Deshalb sind Verträge und die in ihnen entwickelten Grundsätze die einzig praktische Alternative.

Der letzte dieser Grundsätze — der Grundsatz der Minimalerfordernisse des Völkerrechts — ist von besonderem Interesse. Obwohl diese ganz allmählich aus unzähligen Vertragsklauseln entstanden, entwickelten sie sich doch im Laufe der Zeit von freiwillig angewandten zu zwingenden Rechtsgrundsätzen, d. h. zu Normen des Völkergewohnheitsrechts. Heute sind sie nicht mehr auf ihren ursprünglichen Bereich, den Schutz fremder Kaufleute und ihres Eigentums, beschränkt. Sie werden vielmehr allgemein zugunsten aller Ausländer in jedem Staat angewendet, der es verdient, eine zivilisierte Nation im Sinne von Artikel 38 der Satzung des Internationalen Gerichtshofs genannt zu werden. Mit der fortschreitenden internationalen Integration innerhalb der

nichtkommunistischen Welt wächst dauernd die Zahl von Verträgen verschiedenster Art. Diese Wahlnormen erfordern eine systematische Untersuchung, die darauf abzielt, die in den Verträgen enthaltenen Rechtsgrundsätze und subsidiären Normen (Standards) herauszuarbeiten.

Diese Aufgabe ist so groß, daß sie eine mindestens ebenso weitgehende Spezialisierung verlangt, wie sie in jedem entwickelten innerstaatlichen Rechtssystem für selbstverständlich erachtet wird. So wie es in Deutschland und in anderen Ländern keiner Debatte bedarf, um zu beweisen, daß das Obligationenrecht, das Handelsrecht, das Straf- oder Prozeßrecht als verschiedene Zweige des innerstaatlichen Rechts gelehrt werden, so ist auch im Bereich des Völkerrechts der Zeitpunkt gekommen, um zusätzlich zu den Lehrbüchern und Vorlesungen über die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts hinaus spezialisierte Forschungen und Vorlesungen auf den wichtigsten Spezialgebieten des Völkerrechts zu beginnen.

Es mag in diesem Zusammenhang von Interesse sein, daß die Universität London seit dem Krieg einen bescheidenen Anfang in dieser Richtung gemacht hat und in den verschiedenen Ausbildungsstufen besondere Vorlesungen und Seminare für das Recht internationaler Institutionen, internationales Wirtschaftsrecht, internationales und vergleichendes Luftrecht und die Soziologie des Völkerrechts eingeführt hat.

### *Der besondere Wert der Völkerrechtssoziologie*

Es mag nützlich sein, ein besonderes Wort über die Soziologie des Völkerrechts zu sagen. Es darf ohne Übertreibung gesagt werden, daß es in keinem anderen Zweig des Rechts so notwendig ist wie im Völkerrecht, sich immer des sozialen Hintergrunds des rechtlichen Ueberbaus bewußt zu sein. Jedes Rechtssystem wird durch seine soziale Umgebung beeinflusst. Bei keinem ist jedoch die Verbindung so eng wie im Völkerrecht. Ähnlich wie in totalitären Staaten ist die Herrschaft des Rechts auf der internationalen Ebene letztlich noch dem Gesetz der Macht unterworfen. Die Vielzahl von internationalen Institutionen innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen läßt zu leicht vergessen, daß auf der Ebene der Weltpolitik die Suprematie der Machtpolitik noch nicht ernsthaft durch das Völkerrecht begrenzt ist. Diese Institutionen haben noch keinen grundlegenden Wandel in der Struktur der Weltgesellschaft bewirkt. Sie sind vielmehr selbst Symptome und oft, im Gegensatz zu den Intentionen ihrer Schöpfer, Organe einer verschleierte Weltmachtpolitik. Will man deshalb die wirklichen Funktionen des gegenwärtigen Völkerrechts und seinen Charakter als Ideologie, Wirklichkeit und Utopie verstehen, so muß man es sich dauernd angelegen sein lassen, seinen wirklichen Platz in der internationalen Gesellschaft immer wieder zu überprüfen.

Dies ist die besondere Aufgabe der Soziologie des Völkerrechts, ein anderer neuer Zweig des Völkerrechts. Man mag einwenden, daß diese Aufgabe am besten den Soziologen überlassen bleiben sollte. Es ist richtig, daß Forschungen dieser Art nicht mit den

Mitteln der analytischen oder systematischen Rechtswissenschaft bewältigt werden können. Die offensichtliche Antwort auf eine solche Kritik ist, daß ebenso, wie der Jurist Schwierigkeiten hat, die Technik der Soziologie zu meistern, der Soziologe es als eine harte Aufgabe betrachtet, das rechtliche Material, das er analysieren soll, zu bewältigen. Auf diesem Grenzgebiet ist noch so viel Arbeit zu leisten, daß jeder ausschließliche Imperialismus von Juristen oder Soziologen gleichermaßen ungebracht wäre. Was nötig ist, ist enge Zusammenarbeit zwischen Soziologen und Juristen auf diesem fast unerschlossenen Gebiet.

Es ist schwieriger, dem Einwand zu begegnen, daß man die Politik durch die Hintertür in das Völkerrecht hineinläßt, wenn man Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Soziologie des Völkerrechts ermutigt. Demgegenüber sollten aber die unbewußten politischen Auffassungen in Erwägung gezogen werden, die sich in die gebräuchlichen Lehrbücher und in den Unterricht des Völkerrechts nur deshalb so leicht einschleichen konnten, weil sich die meisten Völkerrechtler in einem Stadium präntaler Unschuld gegenüber den nicht ausgesprochenen politischen Prämissen ihrer juristischen Argumente befinden. Im übrigen liegt die internationale Politik nicht mehr in dem vorwissenschaftlichen Raum eines akademischen Niemandslandes. Sie selbst ist der Gegenstand eines jungen, aber weithin anerkannten Zweiges der Sozialforschung, der akademischen Disziplin der internationalen Beziehungen, deren Hauptaufgaben die Erforschung der internationalen Gesellschaft, ihrer Komponenten und der treibenden Kräfte in dieser stürmischen Umgebung sind.

Eine Gefahr muß jedoch offen zugegeben werden. Eine dilettantische Behandlung von Problemen der Völkerrechtssoziologie entartet leicht ins Destruktive und Negative. Sie scheint in erster Linie zeigen zu wollen, daß wegen dieser oder jener angeblich revolutionären Erscheinung diese oder jene Völkerrechtsgrundsätze nicht länger gültig sind. Zum Schutz gegen solche Amateur-Soziologen empfiehlt es sich, die soziologische Behandlung des Völkerrechts eng mit einem historischen Vorgehen zu verbinden. Dies soll aber nicht heißen, daß man, wie es zu häufig geschieht, in den Fehler verfallen soll, die Geschichte des Völkerrechts mit der Geschichte seiner Lehrmeinungen zu identifizieren. Es gab schon lange sehr viel Völkerrecht, ehe man irgend etwas von irgendeinem der angeblichen italienischen, spanischen oder holländischen Väter des Völkerrechts gehört hatte.

#### *Die Aktualität der Geschichte des Völkerrechts*

Aus einigen Beispielen der frühen englischen Praxis mag man die heutige Aktualität der Staatenpraxis vergangener Zeiten ersehen. Die ersten Verträge über Subsidien und Bündnisse, die englische Könige mit fremden Herrschern schlossen, gehen bis auf den Anfang des 12. Jahrhunderts zurück. Die Meistbegünstigungsklausel wurde in der englischen Praxis erstmalig in einem Handelsvertrag mit Köln im Jahre 1154 angewendet. Im Jahre 1176 vereinbarten König Alfons von Kastilien und König Garcia

von Navarra in einem Kompromiß, alle ihre Streitigkeiten König Heinrich II. als Schiedsrichter zu unterbreiten. Seit dem 13. Jahrhundert wurde die territoriale Souveränität der englischen Könige als ihr Besitz von Gebieten definiert, innerhalb deren sie eine übergeordnete Macht weder anerkannten noch verpflichtet waren, eine solche anzuerkennen, eine Definition der Souveränität, die heute noch genau wie vor 700 Jahren Gültigkeit hat. In dem Prozeß gegen Sir Peter Hagenbach, der sich im Jahre 1474 wegen Verbrechen zu verantworten hatte, die wir heute als analog zu Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ansehen würden, verteidigte sich der Angeklagte damit, daß er auf höheren Befehl gehandelt habe. Dieser Rechtfertigungsgrund wurde vom Gericht mit guten Gründen abgelehnt. Die italienische Liga des ausgehenden 15. Jahrhunderts, der Heinrich VII. im Jahre 1496 beitrug, nahm die meisten Einrichtungen der Völkerbundssatzung vorweg. Nebenbei lehrte sie — was in den Jahren nach 1919 und 1945 weithin unbeachtet blieb —, was das fast unvermeidbare Schicksal solcher Kollektivsysteme innerhalb eines Systems der Machtpolitik ist. Die Liga von Cambrai, der Heinrich VIII. im Jahre 1512 beitrug, und der Vertrag zum allgemeinen Frieden vom Jahre 1518 waren Kinder desselben Geistes. Um schließlich ein Beispiel aus dem Zeitalter der Königin Elisabeth I. zu bringen: England hat schon seit 1590 das Navicert-System angewandt, das im Ersten Weltkrieg als eine Neuheit angesehen wurde.

Abgesehen davon, daß die Völkerrechtsgeschichte die Stetigkeit der Entwicklung der internationalen Gesellschaft und des Völkerrechts zeigt, bedeutet die Wiederentdeckung des frühen europäischen Völkerrechts eine wertvolle Sicherung gegen verführerische, aber unrealistische Spekulationen a priori über die Voraussetzungen des internationalen Rechts. Werden diese Voraussetzungen in ihren historischen Perspektiven gesehen, so werden die Grundlagen des mittelalterlichen Völkerrechts in ihrer überraschenden Einfachheit und Brutalität sichtbar.

Erstens war der Friede nur ein vereinbarter Zustand. Mangels eines solchen Uebereinkommens war der Krieg der normale Zustand internationaler Beziehungen. In einem Zeitalter, in dem die beiden Lager innerhalb der Vereinten Nationen im Weltmaßstab in einen Kalten Krieg und in begrenzten Gebieten in „heißen“ und indirekten Krieg miteinander verwickelt sind, ist diese Prämisse des Völkerrechts von mehr als nur antiquarischem Interesse.

Zweitens waren Ausländer grundsätzlich rechtlos. Die Rechte, die sie erwerben konnten, beruhten auf einseitigen Privilegien, die ihnen durch den Souverän eines Gebietes gewährt wurden, oder auf internationalen Verträgen zwischen ihren Staatsoberhäuptern. Heute, wie einstmals, werden die Minimalnormen des Völkerrechts, wie sie sich mittlerweile aus unzähligen Verträgen zu Grundsätzen des Völkergewohnheitsrechts oder zu allgemeinen, von den zivilisierten Nationen anerkannten Rechtsgrundsätzen entwickelt haben, in der gesamten sowjetisch kontrollierten Welt und in den Grenzländern zwischen Ost und



West ungestraft verletzt. Es hat daher den Anschein, als ob dieser zweite Ansatzpunkt des Völkerrechts auch noch nicht seine Aktualität verloren hätte.

Drittens war die offene See Niemandsland. Unter den Bedingungen des modernen Seekriegs gilt diese These auch heute noch weitgehend im Falle eines Krieges, in dem die großen Seemächte kriegführende Parteien sind. Diese Prämisse erhält jedoch ihre wirkliche Gegenwartsbedeutung, wenn man sie in der Mitte des 20. Jahrhunderts auf die dritte Dimension anwendet: das Recht — oder die Rechtlosigkeit — des Luftkriegs. Konzentrierte Bombenangriffe und — in der Sprache der Vereinten Nationen — „unkonventionelle“ Mittel der Kriegführung, wie beispielsweise die Atom- oder Wasserstoffbombe, geben dieser dritten Prämisse des frühen Völkerrechts einen neuen und finsternen Sinn.

Die Erforschung der Völkerrechtsgeschichte und die soziologische Interpretation der Funktionen des Völkerrechts in den verschiedenen Entwicklungsstadien des europäischen Völkerrechts zu einem Weltrecht sind jedoch nicht Selbstzweck. Solche Untersuchungen können im Dienst eines anderen neuen Zweigs des Völkerrechts, der Wissenschaft der internationalen Rechtssetzung, konstruktiv ausgenutzt werden.

#### *Möglichkeiten und Grenzen der Völkerrechtsentwicklung*

Will man das Höchstmaß dessen erreichen, was in der heutigen Zeit erreichbar ist, und die Irrtümer von älteren und nicht so alten Versuchen zur Reform des Völkerrechts vermeiden, so ist es notwendig, die Faktoren herauszuarbeiten, die zu einem gegebenen Zeitpunkt das Höchstmaß der Funktionen des Völkerrechts bestimmen.

Einer dieser Faktoren ist der Grad, in dem die Weltgesellschaft objektiv und subjektiv integriert ist. Objektiv bildet heute die gesamte Welt einen umfassenden Tätigkeitsbereich. Subjektiv waren die Vereinten Nationen das Maximum internationaler Koordinierung, das die Weltmächte zu einer Zeit anzunehmen bereit waren, in der sie noch im Krieg verbündet gegen gemeinsame Feinde standen. Wenn wir daher — um nur ein Beispiel wohlgemeinter, aber unrealistischer Bemühungen um eine Reform der Satzung der Vereinten Nationen herauszugreifen — aufgefordert werden, die Abschaffung oder Beschränkung des Vetorechts über den gegenwärtigen Text der Satzung hinaus ernsthaft als ein Mittel zur Reform der Satzung der Vereinten Nationen zu erwägen, so müssen wir uns nur eine einzige einfache Frage stellen: Würden die Vereinigten Staaten oder Großbritannien einem solchen Vorschlag zustimmen, wenn gegenwärtig oder in absehbarer Zukunft der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen von einer Mehrheit von „Volksdemokratien“ unter der Führung der Sowjetunion beherrscht würde?

Ein anderer wesentlicher, den Wirkungsbereich des Völkerrechts bestimmender Faktor ist die strukturelle

Uniformität der Völkerrechtssubjekte. Die Schöpfer der Entwürfe von universellen Konventionen über Menschenrechte setzen häufig voraus, daß die liberalen und demokratischen Phraseologien in den Verfassungen der totalitären Staaten ihrem Wortlaut entsprechend zu werten sind. Auf dieser merkwürdigen Grundlage versichern sie, daß tatsächlich ein beträchtlicher Grad von Übereinstimmung zwischen demokratischen, autoritären und totalitären Staaten bestehe. In Wirklichkeit gehören aber Unsicherheit und Terror zu dem Wesen dieser Systeme. Daher sind solche Zeitvertreibe für die Weiterentwicklung eines Weltvölkerrechts ohne Bedeutung. Konventionsentwürfe dieser Art haben nur dann einen Sinn, wenn sie entweder als Mittel psychologischer Kriegführung gedacht sind oder wenn sie zwischen Staaten geschlossen werden, die in grundsätzlichen Dingen bereits weitgehend übereinstimmen, oder schließlich, wenn sie in den Machtbereich des Bannerträgers einer bestimmten (westlichen oder östlichen) Art von Menschenrechten fallen.

Endlich muß die Aufmerksamkeit auf einen dritten, den Wirkungsbereich des Völkerrechts bestimmenden Faktor gerichtet werden: den gemeinsamen ethischen Nenner. Seine Bedeutung wird klar, wenn man die Möglichkeit eines Weltabkommens über die internationale Herstellung oder Kontrolle der Atomenergie überlegt. Wie genial auch die Lösung sein mag, die man sich erdenkt, so sind doch Ost und West im gegenwärtigen Augenblick so voller Mißtrauen gegeneinander, daß wohl keine der beiden Seiten der Gegenseite für einen von dieser auf die Zukunft gezogenen Wechsel einen nennenswerten Kredit geben wird. Wenn das Mißtrauen in den guten Willen der anderen Seite so weit geht, so sind Verträge zwischen ihnen nicht das Papier wert, auf das sie geschrieben werden. Hat man einen solchen Punkt erreicht, so bedeutet das notwendigerweise, daß in einer zweigeteilten Welt die ausschlaggebenden Beziehungen zwischen den beiden Hälften in letzter Instanz durch die Macht und nicht durch das Recht geregelt werden.

Muß der Völkerrechtler diese Realität in resigniertem Defaitismus hinnehmen? Die Antwort ist ein entschiedenes Nein. Die positive Seite dieser Weltlage ist darin zu sehen, daß die besten Chancen für eine weitere internationale Integration innerhalb der nicht zu dem sowjetischen Bereich gehörenden Welt liegen. Der Nordatlantikpakt, das Punkt-Vier-Programm und der Colombo-Plan sind die ersten Etappen auf diesem Weg. Noch größere Anstrengungen müssen jedoch unternommen werden, um die westliche Welt gegen einen Angriff von außen und eine Auflösung von innen zu schützen. Um dies zu erreichen, müssen starke funktionelle Organe geschaffen und die Verteidigung, Außenpolitik und Wirtschaft der beteiligten Länder noch sehr viel mehr zusammengeschlossen werden, als dies zur Zeit der Fall ist. Es ist die Aufgabe des Völkerrechtlers, die bestgeeigneten Rechtsformen für eine solche sehr viel engere Zusammenarbeit zwischen den Völkern der westlichen Welt zu finden.

# Die Eisen- und Stahlindustrie in der sowjetischen Besatzungszone

Von Dipl.-Ing. Rolf H. Middendorf

## Vorbemerkung

Der Anteil Mitteldeutschlands an der Produktion der eisenschaffenden Industrie des Deutschen Reiches war vor dem Kriege gering. Auch die Steigerung des Produktionsvolumens während der Periode der Rüstungs- und Kriegswirtschaft war relativ unbedeutend. An der deutschen Rohstahlproduktion waren Mittel- und Ostdeutschland zusammen im Jahre 1943 mit nur 11 vH beteiligt.

Aus den Resten, die Krieg und Demontage hinterlassen hatten, entstand in der sowjetischen Besatzungszone bis zum Beginn des Fünfjahrplans 1951/55 eine unter neuen Gesichtspunkten aufgebaute eisenschaffende Industrie, deren Aufbau im Rahmen des Entwicklungsplanes der von der Sowjetunion kontrollierten Länder erfolgte. Die eisenschaffende Industrie der sowjetischen Besatzungszone, deren Produktion Anfang 1951 im Durchschnitt den Vorkriegsstand erreichte, in einzelnen Zweigen sogar überschritt, muß also gegenwärtig in Verbindung mit den entsprechenden Industrien Polens, Ungarns, der

Tschechoslowakei betrachtet werden und alle gemeinsam in der Bedeutung für die militärische und wirtschaftliche Sicherheit des Blocks der sowjetischen Staaten.

Die eisenschaffende Industrie der sowjetischen Besatzungszone hat indessen noch einen anderen Aspekt, nämlich im Hinblick auf die innerdeutsche wirtschaftliche und soziale Struktur. Infolge der unzulänglichen oder tendenziösen Informationen der Tagespresse ist über die industrielle Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone nur ein kleiner Kreis sachverständiger oder interessierter Personen unterrichtet. Ohne die sorgfältige Kenntnis der Vorgänge seit 1945, der bisherigen Produktionsbedingungen und -resultate aber können die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben nach der Wiedervereinigung weder festgestellt noch Versuche skizziert werden, die Aufgaben zu bewältigen. Die folgende Untersuchung<sup>1</sup> ist ein Beitrag zur Unterrichtung einer weiteren Öffentlichkeit über Tatsachen jenseits des Eisernen Vorhangs.

## Entwicklungsbedingungen und Standortverhältnisse

Die deutschen Eisenerzvorräte liegen überwiegend im Gebiet der heutigen Bundesrepublik:

### Regionale Verteilung der deutschen Eisenerzvorräte<sup>2</sup> (in Mill. t Fe-Inhalt)

Gebiet	Vorräte insg.		darunter: bergbaul. erschloss.	
	Menge	vH	Menge	vH
Deutsches Reich insg. .	663	100,0	399	100,0
davon:				
Westdeutschland <sup>3</sup> .	580	87,4	368	92,2
Mitteldeutschland <sup>4</sup> .	80 <sup>6</sup>	12,1	30	7,5
Ostdeutschland <sup>5</sup> . .	3	0,5	1	0,3

Bei den für Mitteldeutschland genannten Zahlen, die — bis auf geringe Abweichungen — noch dem heutigen Stand entsprechen, handelt es sich um die letzte als zuverlässig geltende Schätzung der Vorräte.

Während der Rüstungsperiode stieg die Eisenerzförderung Mitteldeutschlands gegenüber 1933 (= 100) auf 664 vH im Jahre 1938. Der absolute und anteil-

mäßige Rückgang bis 1943 war kriegswirtschaftlich bedingt.

### Eisenerzförderung von 1933 bis 1943<sup>7</sup> nach Gebieten (in 1000 t Fe-Inhalt der Rohförderung)

Gebiet	1933		1936	
	Menge	vH	Menge	vH
Deutsches Reich insgesamt <sup>8</sup> . . .	823	100,0	2259	100,0
davon:				
Westdeutschland <sup>9</sup> .	799	96,5	2126	94,1
Mitteldeutschl. <sup>10</sup> .	28	3,4	131	5,8
Ostdeutschland <sup>11</sup> .	1	0,1	2	0,1

Gebiet	1938		1943	
	Menge	vH	Menge	vH
Deutsches Reich insgesamt <sup>8</sup> . . .	3368	100,0	3804	100,0
davon:				
Westdeutschland <sup>9</sup> .	3179	94,4	3608 <sup>12</sup>	94,9
Mitteldeutschl. <sup>10</sup> .	186	5,5	169 <sup>13</sup>	4,4
Ostdeutschland <sup>11</sup> .	3	0,1	27 <sup>14</sup>	0,7



Die zum Flick-Konzern gehörende Maximilianshütte in Unterwellenborn, die unmittelbar bei den in Thüringen gelegenen Eisenerzgruben gebaut wurde, war das einzige Hochofenwerk Mitteldeutschlands. Daher belief sich auch die Roheisengewinnung dieses Gebietes im Jahre 1943 auf nur 2 vH der gesamtdeutschen Gewinnung. Die Rohstahlerzeugung war zwar von 1933 (= 100) bis 1943 auf 277 vH und die Walzstahlproduktion im gleichen Zeitraum auf 255 vH gesteigert worden — sie wiesen damit wesentlich höhere Steigerungssätze auf als Westdeutschland —, jedoch widersprach diese Entwicklung nicht den ökonomischen Bedingungen des mitteldeutschen Raumes; denn vor dem Kriege mußten noch rund 52 vH des benötigten Stahls aus anderen deutschen Gebieten oder dem Ausland bezogen werden. Das Stahl- und Walzwerkaukommen entwickelte sich entsprechend der eisenverarbeitenden Industrie,

deren Standort auch bestimmend für den der Stahlwerke war. Das Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf bei Berlin hatte seine Rohstoffbasis in den Berliner Verarbeitungsindustrien, die wiederum weitgehend von Hennigsdorf beliefert werden konnten. Das Stahl- und Walzwerk Brandenburg sowie das Eisen- und Hüttenwerk Thale liegen in der Nähe der im Magdeburger Raum konzentrierten Investitionsgüterindustrie. Das Stahl- und Walzwerk Riesa hat seinen Standort in dem am stärksten industrialisierten Gebiet der Sowjetzone.

Die Gußerzeugung liegt vornehmlich bei den Produktionsbetrieben des Maschinenbaus, die sich damit zum Teil eine eigene Stahlgrundlage schufen. Daraus erklärt sich auch der im Vergleich zu Rohstahl höhere Anteil an der gesamtdeutschen Erzeugung.

### Die Entwicklung seit Kriegsende und die Lage zu Beginn des Jahres 1954

#### *Demontagen und Wiederaufbau*

Die Werke der eisenschaffenden Industrie in der Sowjetzone hatten durch Kriegsschäden nur geringfügige Kapazitätsverluste, so daß sie bei normaler Rohstoffversorgung ihre Produktion sofort nach Beendigung der Kampfhandlungen hätten wiederaufnehmen können. Die Potsdamer Beschlüsse, nach denen alle deutschen „Rüstungsbetriebe“ demontiert werden sollten, wurden jedoch von der sowjetischen Besatzungsmacht dahin ausgelegt, daß sie in ihrem Bereiche beispielsweise über 80 vH der gesamten Rohstahlerzeugungskapazität demonitierte; nicht transportable Anlagen wurden teilweise durch Sprengungen zerstört. Die bedeutendsten Stahl- und Walzwerke der Sowjetzone sind auf diese Weise vernichtet worden, nämlich:

Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf,  
Mitteldeutsche Stahlwerke Riesa,  
Mitteldeutsche Stahlwerke Gröditz,  
Mitteldeutsche Stahlwerke Brandenburg,  
Mitteldeutsche Stahlwerke Lauchhammer,  
Stahlwerke Pirna,  
Sächsische Gußstahlwerke Döhlen,  
Trierer Walzwerke Burg.

Nach Abschluß der Demontagen und Sprengungen war die Kapazität der Rohstahlerzeugung von jährlich rund 1,2 Millionen t auf rund 180 000 t, d. i. auf 15 vH, gesunken. Die Walzstahlerzeugung hatte durchschnittlich über 85 vH ihrer Gesamtkapazität verloren. In den Walzwerken verblieb nur noch eine Kapazität von knapp 100 000 t im Jahr<sup>15</sup>. In der Gießerei-Industrie führten die Demontagen zu einer geringeren Kapazitätsminderung, da hier die größten und modernsten Anlagen in sowjetisches Eigentum übergingen. Infolgedessen lag nunmehr der größte

Teil der verbliebenen Produktionskapazität bei den Betrieben der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG).

#### **Demontageverluste und verbliebene Kapazität der Gießerei-Industrie**

Erzeugnis	Demontageverluste in vH	Verbliebene Kapazität in jato (einschl. SAG)
Stahlformguß . . . . .	56	rd. 65 000
Grauguß . . . . .	50	rd. 180 000
Temperguß . . . . .	35	rd. 10 000

Die wichtigsten SAG-Gießereibetriebe waren:

Schwermaschinenbau „Ernst Thälmann“ (vorm. Krupp-Gruson), Magdeburg-Buckau;  
Schwermaschinenbau „Georgi Dimitroff“ (vorm. Otto Gruson), Magdeburg-Buckau;  
Stahlwerk Silbitz (vorm. Osw. Kunsch), Silbitz bei Crossen mit Nebenbetrieb Rasberg bei Zeitz;  
Gerätewerk „Karl Marx“ (vorm. Schäffer & Budenberg), Magdeburg-Buckau;  
Stahlwerk Frankleben, Frankleben bei Merseburg;  
Stahlwerk Krauthelm in Chemnitz-Borna mit Nebenwerk in Chemnitz-Altendorf.

In diesen Betrieben waren nur unwesentliche Demontagen zu verzeichnen; außerdem wurden die vorhandenen Anlagen, vor allem in den Jahren 1948 bis 1949, aus den Beständen der deutschen Werke erweitert und modernisiert.

Von Demontagen und Zerstörungen verschont blieben ferner drei Betriebe, die von den SAG übernommen wurden: die Maxhütte Unterwellenborn, die Eisen- und Hüttenwerke Thale und das Walzwerk Hettstedt. Die Maxhütte kam 1947 unter sowjetzonale Verwaltung, während die Werke Thale und Hettstedt bis zum 31. 12. 1953 in SAG-Besitz ver-

blieben. Alle anderen Betriebe der eisenschaffenden Industrie sind bereits seit 1947 „volkseigen“.

Die Schwierigkeiten des Wiederaufbaus konnte die Sowjetzone teilweise dadurch überwinden, daß es ihr gelang, vor Ausbruch des Koreakrieges aus dem Westen umfangreiche Ausrüstungen für die Stahl- und Walzwerke auf legalen und illegalen Wegen zu beschaffen. So wurden u. a. für die Stahl- und Walzwerke Riesa und Hennigsdorf komplette Walzenstraßen aus Westdeutschland bezogen. Die Sowjetunion gab 1949 drei demontierte Walzenstraßen zurück, da die Rohstahlerzeugung in der Sowjetzone die Walzwerkkapazität überstieg und die Lücken in der Materialversorgung der eisenverarbeitenden Industrie zu Störungen in der Erfüllung des Reparationsprogramms führten. Mit Hilfe der Lieferungen aus dem Westen und aus der Sowjetunion gelang es, innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit wieder eine leistungsfähige eisenschaffende Industrie in der Sowjetzone aufzubauen. Anfang 1951 waren die durch Kriegseinwirkungen, Demontagen und Zerstörungen verursachten Kapazitätsverluste im wesentlichen ausgeglichen.

### Organisatorische Gliederung

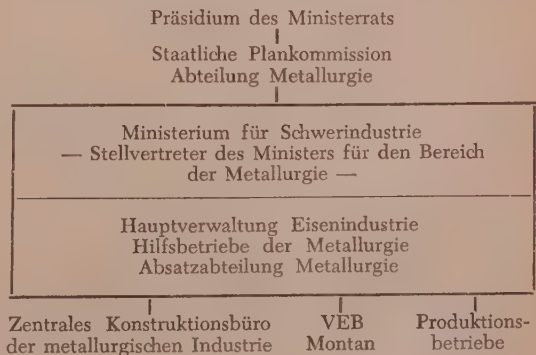
Die Werke der eisenschaffenden Industrie in der Sowjetzone sind:

Betrieb:	früherer Firmenname:
Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin“ bei Fürstenberg (Oder) <sup>16</sup>	Neubau
Eisenhüttenwerk West, Calbe (Saale) <sup>17</sup>	Neubau
Maxhütte, Unterwellenborn <sup>18</sup>	Eisenhüttenwerk Maximilianshütte
Stahl- u. Walzwerk Brandenburg, Brandenburg (Havel) <sup>19</sup>	Mitteldeutsche Stahlwerke Brandenburg
Stahl- u. Walzwerk Riesa, Riesa <sup>20</sup>	Mitteldeutsche Stahlwerke Riesa
Stahl- u. Walzwerk „Wilhelm Florin“, Hennigsdorf <sup>21</sup>	Stahl- u. Walzwerk Hennigsdorf
Edelstahlwerk Döhlen, Döhlen b. Freital <sup>22</sup>	Sächsische Gußstahlwerke Döhlen
Eisen- u. Stahlwerk Gröditz, Gröditz	Mitteldeutsche Stahlwerke Gröditz
Eisen- u. Hüttenwerke Thale <sup>23</sup>	Wolf-Konzern
Walzwerk Hettstedt	Mansfelder Kupfer- u. Messingwerke, Hettstedt
Blechwalzwerk „Michael Niederkirchner“, Ilsenburg	Kupferwerk Ilsenburg
Walzwerk „Willi Becker“, Kirchmöser	Reichsbahnausbesserungswerk Kirchmöser
Blechwalzwerke Olbernhau	F. A. Lange, Metallwerke AG.
Halbzeugwerke Auerhammer, Aue	F. A. Lange, Metallwerke AG.

Betrieb:	früherer Firmenname
Walzwerk Burg	Trierer Walzwerke AG.
Stabeisen-Walzwerk Finow	Hoffmann & Motz
Röhren- u. Walzwerke Faradit, Chemnitz	Faradit AG. bzw. Kopex Maschinenfabrik GmbH.
Kaltwalzwerk Bad Salzungen	Jung & Dittmar AG.
Federnfabrik Oranienburg	KG Heintze & Blankertz
Ziehwerk u. Maschinenfabrik Lugau	Erich Lange, Maschinenfabrik u. Präzisionszieherei
Ziehwerk Brotterode	Edmund Schwarzkopf KG., Präzisionszieherei
Ziehwerk Delitzsch	
Ziehwerk Berlin	
Ferrolegierungswerk Lippendorf	Gesellschaft f. Elektrometallurgie Dr. Heinz Gehm
Ferrolegierungswerk West Mückenberg, Lauchhammer West	
Lonzawerk Spremberg	
Hartgußwerk Coswig b. Dresden	Eisenwerk Coswig AG.
Hartgußwerk Quedlinburg	Rudolph Leder GmbH.
Vereinigte Harzer Eisengruben (Hüttenrode, Braunesumpf u. Büchenberg)	
Dolomitwerke Wünschendorf mit Betriebsabteilungen in Gera-Pforten und Langenreinsdorf	Mitteldeutsche Stahlwerke GmbH.
b. Crimmitschau	

Alle diese Werke sind seit dem 1. 4. 1953 Direktbetriebe im Sinne des Statuts der zentralgeleiteten Betriebe der „volkseigenen“ Industrie vom August 1952<sup>24</sup>. Sie unterstehen somit unmittelbar dem Ministerium für Schwerindustrie, Hauptverwaltung Metallurgie, und erhalten von ihr sämtliche Plananweisungen.

### Verwaltungsstruktur der eisenschaffenden Industrie der Sowjetzone





Bereits bei Beginn der Enteignungsaktionen wurden die Werke der eischaffenden Industrie mit Ausnahme einiger kleinerer Betriebe in „Volks-eigentum“ übergeführt. Obwohl die Sowjets nach Rückgabe der Maxhütte außer Gießereibetrieben nur zwei Werke in ihrem Besitz behielten, war ihr Einfluß auf die Produktions- und Investitionstätigkeit der eischaffenden Industrie besonders groß.

In den vergangenen Jahren wurden mehrfach organisatorische Veränderungen vorgenommen, die über die Bildung neuer „Verwaltungen Volkseigener Betriebe“, die Ausgliederung von S5-Betrieben (Schwerpunktbetrieb Fünfjahresplan) sowie die Zentralisierung und Dezentralisierung der Ministerien zu der heutigen Gliederung führten<sup>25</sup>.

### Planung

Die Kontrollziffern für die Bruttonproduktion der eischaffenden Industrie der Sowjetzone werden von der Gos-Plankommission der Sowjetunion festgelegt. Von hier aus gelangen sie über die „Planökonomische Verwaltung der Sowjetischen Hochkommission“ an die Abteilung Metallurgie der „Staatlichen Plankommission“ der Sowjetzone; gleichzeitig erhält die aus dem „Amt für Wirtschaftsfragen“ hervorgegangene „Staatliche Verwaltung für Auftragserteilung“<sup>26</sup> ein Exemplar der Kontrollzifferpläne zur Begutachtung. Die Kontrollziffern werden angegeben für Stahleisen, Rohstahl (darunter Siemens-Martin- und Elektro-Stahl) und Walzstahl (darunter Schienen, Grob-, Mittel- und Feinbleche, nahtlose Rohre, Bandagen, Winkel und U-Profile). Die Höhe der Kontrollziffern für diese Positionen ist maßgebend für die gesamte übrige Produktion der eischaffenden Industrie, beispielsweise für Eisenerze, Halbzeug, Dolomit usw. Mit der Festlegung dieser Kontrollziffern durch sowjetische Planungsstellen wird demnach die gesamte Produktion der eischaffenden Industrie der Sowjetzone gleichzeitig bestimmt.

Von der Abteilung Metallurgie der „Staatlichen Plankommission“ gehen die Kontrollzifferpläne an die Hauptverwaltung Eisenindustrie des Ministeriums für Schwerindustrie; von hier aus werden die Pläne auf die Betriebe aufgeteilt, die ihrerseits den Bedarf an Arbeitskräften, Material, Investitionen und Subventionen ermitteln und ihre Vorschläge auf demselben Weg über das Ministerium der „Staatlichen Plankommission“ wieder zuleiten. Diese beiden Dienststellen projektieren alsdann gemeinsam die neuen Bauten, legen die Termine fest und arbeiten den endgültigen Plan aus. Wenn dieses „Plandokument“ von der Sowjetischen Hochkommission bestätigt ist, läßt es die „Staatliche Plankommission“ von der „Volkskammer einstimmig annehmen“ und

als Gesetz verabschieden. Nunmehr ist die Hauptverwaltung Eisenindustrie des Ministeriums für Schwerindustrie verantwortlich für die Durchführung der Pläne, insbesondere für die Einhaltung der Neubautermin und der Qualitätsvorschriften.

Die Werke erhalten in diesen Plänen eine bis ins einzelne gehende Aufgabenstellung, von der sie ohne ministerielle Erlaubnis nicht abweichen dürfen. In zehntägigen Realisierungsberichten müssen sie streng detaillierte Auskünfte über alle betrieblichen Fragen geben. Darüber hinaus setzt das Zentralkomitee der SED in der Industriegruppe besonders ausgebildete und linientreue Funktionäre ein, deren Hauptaufgabe es ist, mit allen Mitteln auf die Erfüllung des Planes hinzuwirken.

Die Planung für die eischaffende Industrie unterscheidet sich zum Teil wesentlich von der anderer Industriezweige. Neben den üblichen, auf den Zeitraum von einem Jahr berechneten Produktions-, Investitions-, Arbeitskräfte- und Materialversorgungsplänen werden noch monatliche Erzeugungs- und Sortimentspläne aufgestellt. Diese Monatspläne, die bisher in Bezug auf Quantität und Qualität stark von den Jahresproduktionsplänen abwichen, legen für jedes Stahl- und Walzwerk fest, welche Stahlqualitäten und welche Walzstahlprofile produziert werden müssen; durch diese besondere Form der Planung will man die ständigen Materialschwierigkeiten überwinden.

Die sowjetische Besatzungsmacht mißt seit Beginn der langfristigen Produktionsplanung (1948) der Erfüllung der Produktionspläne durch die eischaffende Industrie besondere Bedeutung bei. Waren es bis Ende 1953 die sowjetischen Forderungen auf Reparationsgüter aus der laufenden Produktion, die dieses Interesse begründeten, so tritt nach offizieller Beendigung der sowjetzonalen Reparationsleistungen mit dem 31. 12. 1953 an deren Stelle das Exportprogramm. Die Sowjets haben sich rechtzeitig ihren Anspruch auf weitere Lieferungen zu sichern gewußt, indem sie nach Verkündung des „neuen Kurses“ von der sowjetzonalen Verwaltung eine Korrektur der Außenhandelspläne vornehmen ließen. Hierbei wurde das Exportvolumen zugunsten der Sowjetunion wesentlich erhöht.

Der „neue Kurs“ brachte für die eischaffende Industrie einschneidende Veränderungen mit sich. Das Investitionsprogramm wurde beträchtlich gekürzt und damit der geplante Neubau von Produktionskapazitäten „zurückgestellt“. Ob es sich dabei wirklich nur um eine Zurückstellung oder aber um eine Annullierung der Projekte handelt, ist noch ungewiß; keinesfalls jedoch können die früher für 1955 geplanten Produktionszahlen erreicht werden.

## Die derzeitige Lage der eischaffenden Industrie

Während die eischaffende Industrie in den Jahren 1946 bis 1951 zu den am meisten privilegierten Industriezweigen der Sowjetzone gehörte und die Wiederherstellung ihrer demontierten Betriebe abgeschlossen werden konnte, zeigten die Pläne für 1952 und 1953 eine Veränderung zugunsten der eisenverarbeitenden Industrie. Zu den wesentlichen Bauvorhaben der eischaffenden Industrie gehörten in diesen Jahren das EKS, das Eisenhüttenwerk West und das Edelstahlwerk Döhlen. Mitte 1953 wurden die Vorhaben sowohl in diesen als auch in anderen Werken zurückgestellt. Die Folge ist, daß die im Gesetz über den Fünfjahrplan für das Jahr 1955 ursprünglich gestellten Produktionsziele nicht erreicht werden können. Obwohl in der Investitionsgüterindustrie ebenfalls mehrere Bauvorhaben zurückgestellt und die Produktionspläne gleichzeitig teilweise beträchtlich gekürzt wurden, ist die Versorgung der Stahlverbraucher nur durch Importe oder Bezüge aus dem Bundesgebiet möglich.

Für die Jahre 1954 und 1955 wurden der eischaffenden Industrie folgende Aufgaben gestellt:

„Der Plan für das kommende Jahr stellt die Aufgabe, die vorhandenen Kapazitäten in der Metallurgie besser auszunutzen. Die Hauptaufgabe besteht hier in einer wesentlichen Verbesserung der Qualität der metallurgischen Erzeugnisse, in der Verringerung der Ausschußproduktion und in der Erweiterung der Sortimente, die für die Produktion von Massenbedarfsgütern benötigt werden.“

Die Durchführung dieser Aufgaben erforderte die Rekonstruktion beziehungsweise Mechanisierung vorhandener Anlagen, die nur unter Einsatz von Investitionsmitteln möglich wäre; dies widerspricht jedoch dem Inhalt des Investitionsplans für 1954.

### Die Rohstoffversorgung

Das Aufkommen an Grundstoffen für die eischaffende Industrie der Sowjetzone ist unzureichend. Da die ursprünglich geplanten Vorhaben zur Vergrößerung des Grundstoffaufkommens gekürzt wurden, wird die Sowjetzone — mehr noch als bei den früheren Plänen — vor allem bei Eisenerz und Koks in den nächsten Jahren nach wie vor auf Importe angewiesen sein. Die an sich schon geringen Rohstoffvorkommen erschöpfen sich zusehends, so daß die Förderleistung sinkt und die vorhandenen Produktionskapazitäten nur mit Hilfe erhöhter Lieferungen, vornehmlich aus den Ostblockstaaten, auszulasten sind.

Die Eisenerzversorgung des Eisenhüttenkombinats „J. W. Stalin“, der Maxhütte und des Eisenhüttenwerks West — der Abnehmer für Eisenerz — ist aus sowjetzonalen Eisenerzvorkommen nur zu knapp 60 vH (1953) möglich. Seit Mitte 1953 wird das EKS

nahezu ausschließlich mit Importerzen aus Kriwoj Rog und Nikopol beliefert. Die Maxhütte und das Eisenhüttenwerk West werden überwiegend aus sowjetzonaler Eisenerzförderung versorgt. Bei den Eisenerzvorkommen der Sowjetzone handelt es sich um relativ bedeutende Lager von Chamositerzen in Thüringen. Die Hauptfundstellen sind: Schmiedefeld (westlich von Saalfeld), Wittmannsgereuth und Kamsdorf bei Saalfeld; die Förderung dieser Reviere dient der Versorgung der Maxhütte. Die Eisen- und Manganerzförderung von Schmalkalden wird seit Mitte 1953 ebenfalls an die Maxhütte abgegeben, während bis dahin auch das EKS mit versorgt wurde. Außer kleineren Abbaustätten wurde bei Ohrleben (nördlich Pabstorf, 20 Kilometer westlich von Oschersleben) eine Lagerstätte von rund 2 Millionen Tonnen abbauwürdiger Vorräte selbstgängigen Erzes erschlossen. Noch im ersten Halbjahr 1954 soll die Förderung aufgenommen werden.

Die Planzahlen für die Eisenerzförderung wurden mehrfach korrigiert, insbesondere die Kontrollziffer für 1955. Von der im Fünfjahrplan-Gesetz genannten Förderzahl von 3,65 Millionen Tonnen für 1955 wurde das Plansoll auf 2,1 Millionen Tonnen ermäßigt. Die Erreichung dieser Zahl braucht in Anbetracht der sicheren Vorräte und der maximalen Förderleistungen der zur Zeit erschlossenen Gruben nicht bezweifelt zu werden.

### Die Eisenerzförderung in der Sowjetzone

	1938	1950	1951	1952	1953	Plan 1954	Kontrollziffer 1955
Förderung in 1000 t							
effektiv . .	741	386	592	892	1218	1480	2100 <sup>27</sup>
Fe-Inhalt . .	186	93	156	235	360	443	600
effekt. Förderung i. vH v. 1950 .	192	100	153	231	316	383	544

Die Erfüllung des Plans für die Roheisengewinnung erfordert die Einfuhr von Eisenerzen. Eingeführt werden manganhaltige Erze mit hohem Fe-Inhalt, die weitaus überwiegenden Mengen aus der Sowjetunion.

### Einfuhren von Eisenerz

	1950	1951	1952	1953	Plan 1954	Kontrollziffer 1955
Menge in 1000 t						
effektiv	82	171	318	650	680	620
Fe-Inhalt	26	57	126	287	270	230

Die geplanten Einfuhren dürften zu realisieren sein.



Das verhältnismäßig hohe Aufkommen an Braunkohle in der Sowjetzone gewährleistet eine ausreichende Versorgung der Stahl- und Walzwerke mit Generatorenbriketts. Weder mengenmäßig noch hinsichtlich der Qualität treten zur Zeit Schwierigkeiten auf. Dagegen kann die Versorgung der Hüttenwerke mit metallurgischem Koks nur durch umfangreiche Importe gesichert werden. Bei einer Erzeugung von 2,31 Millionen Tonnen Industriekoks im Jahre 1953 mußten im gleichen Zeitraum 2,53 Millionen Tonnen Koks, überwiegend aus Polen, importiert werden; dies entspricht etwa dem Jahresbedarf der Sowjetzone an metallurgischem Koks. Für 1954 ist die Erzeugung von 2,60 Millionen Tonnen und der Import von 2,72 Millionen Tonnen geplant.

In den ersten Nachkriegsjahren konnten die Stahlwerke ausreichend mit Stahlschrott aus Trümmern und Kriegsmaterial versorgt werden; darüber hinaus wurde in den Hochöfen der Maxhütte Schrott eingesetzt und Kernschrott sogar noch bis Anfang 1950 exportiert. Dann aber traten große Schwierigkeiten in der Belieferung der Stahlwerke ein, zumal die Rohstahlerzeugung wesentlich gesteigert wurde. Seit 1951 mußte Schrott importiert werden, da auch die Stahleisenerzeugung noch gering war. Zwar stieg der Schrottanfall aus Sammlungen durch Aufräumarbeiten im Zuge des „Nationalen Aufbauprogramms“ 1953 noch einmal an; für 1954 und die folgenden Jahre ist jedoch nicht mehr mit nennenswerten Mengen zu rechnen. Die angespannte Rohstofflage bei Schrott und Stahleisen führt in den Stahlwerken oftmals zu Produktionsstörungen.

Da der Stahlerzeugungsplan mit dem zur Verfügung stehenden Schrott nicht zu erfüllen ist, werden noch beträchtliche Mengen von Stahleisen importiert.

**Einfuhren von Stahleisen**  
(in 1000 t)

	1950	1951	1952	1953	Plan 1954	Kontroll- ziffer 1955
Import	120	219	374	242	105	.
Interzonenhandel	34	2	—	.	12	.
Insgesamt:	154	221	374	.	117	.

#### *Die Produktionsauflagen*

Die Planaufgaben der eisenschaffenden Industrie konnten mengenmäßig bisher fast immer erreicht werden, die Sortimentspläne dagegen werden nicht erfüllt. Häufig geht die mengenmäßige Erfüllung der Planziffern auf Kosten der Qualität. Die immer wieder beanstandete schlechte Beschaffenheit der Erzeugnisse der eisenschaffenden Industrie ist — außer auf die bereits genannten Ursachen — auch auf die Uebernahme sowjetischer Schnellarbeitsmethoden

sowie auf nicht termingerechte und qualitätsmäßig unbefriedigende Lieferungen durch die Sowjetunion und die übrigen Ostblockstaaten zurückzuführen.

Die Produktion der eisenschaffenden Industrie der Sowjetzone konnte von Jahr zu Jahr gesteigert werden und soll den derzeitigen Plänen zufolge 1955 ihren Höchststand erreichen. Obwohl der Wiederaufbau und der Neubau infolge der Demontagen und Zerstörungen der Werke sowie des Mangels an Ausrüstungen mit großen Schwierigkeiten verbunden war, wurde er in beachtlichem Tempo vorangetrieben, auch wenn er sich als unwirtschaftlich erwies und die Schnelligkeit des Aufbaus auf Kosten der Haltbarkeit der Objekte ging. Da nach wie vor Disproportionen zwischen den einzelnen Erzeugungsstufen bestehen und das Produktionsvolumen nicht zur Bedarfsdeckung ausreicht, müssen entweder einige der Mitte 1953 zurückgestellten Bauvorhaben wiederaufgenommen oder die Fehlmengen importiert werden.

Ueber die Entwicklung der Roheisenerzeugung der Sowjetzone gibt nebenstehende Tabelle I Aufschluß.

Im Jahre 1955 soll die Roheisengewinnung 1,84 Millionen Tonnen betragen; das ist eine Steigerung auf 529 vH gegenüber 1950 und auf knapp 800 vH gegenüber der Gewinnung von 1938. Im Fünfjahrplan-Gesetz waren für 1955 2 Millionen Tonnen Roheisen geplant. Die Herabsetzung der Planziffer erklärt sich aus dem Aufbaustop im EKS und im Eisenhüttenwerk West. An der Roheisengewinnung in den Gebieten der heutigen Sowjetzone und der heutigen Bundesrepublik zusammen war die Sowjetzone im Jahre 1938 mit 1,5 vH beteiligt; 1953 war ihr Anteil auf 9,2 vH gestiegen.

Die nach dem Fünfjahrplan-Gesetz für 1955 vorgesehene Rohstahlerzeugung von 3,1 Millionen Tonnen wurde auf 2,41 Millionen Tonnen herabgesetzt. Besonders wird — infolge der Zurücknahme der Aufbauvorhaben im Edelstahlwerk Döhlen — die Edelstahlerzeugung betroffen.

Die Rohstahlproduktion verteilt sich sowohl mengenmäßig als auch nach Sorten auf wenige Betriebe (vgl. nebenstehende Tabelle II). Thomasstahl wird nur in der Maxhütte erzeugt, während die Werke Riesa, Hennigsdorf, Brandenburg und Thale den überwiegenden Anteil an der SM-Stahlerzeugung haben. Die Elektrostahlerzeugung liegt vorwiegend in Döhlen, in der Maxhütte und in Thale. Sorten und Qualitäten werden 1954 auf den Bedarf der zu beliefernden Walzwerke abgestimmt. Eine Uebereinstimmung zwischen Rohstahlerzeugung und Walzwerkskapazität findet sich bei keinem der Werke, so daß ein reger Materialverkehr von Werk zu Werk besteht, der in Anbetracht der häufigen Ueberlastung des sowjetzonalen Transportraumes und der Transportwege zu Stillstandszeiten führt.

## I. Die Roheisen-Erzeugung

Sorte und Werk	1938	1950	1951	1952	1953	Plan 1954	Kontroll- ziffer 1955
<i>in 1000 t</i>							
Thomasroheisen nur Maxhütte . . . .	170	252	285	390	382	410	420
Gießerei und Hämatitroheisen . . .	.	69	67	99	134	165	220
davon: Maxhütte . . .	.	69	65	18	—	—	—
Eisenhüttenwerk West . . . . .	—	—	2	81	134	165	220
Stahl- und Spiegeleisen . . . . .	.	27	50	84	658	1 075	1 200
davon: Maxhütte . . .	.	27	13	8	—	—	—
Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin“ . . .	—	—	37	76	658	1 075	1 200
Roheisen insgesamt . .	231	348	402	573	1 174	1 650	1 840
<i>in vH von 1950</i>							
Thomasroheisen . . . .	67	100	113	155	152	163	167
Gießerei und Hämatitroheisen . . .	.	100	97	143	194	239	319
Stahl- und Spiegeleisen . . . . .	.	100	185	311	2 435	3 981	4 444
Roheisen insgesamt . .	66	100	116	165	337	474	529

## II. Die Rohstahl-Erzeugung der Stahlwerke

Rohstahl in Blöcken

(in 1000 t)

	1950	1951	1952	1953	Plan 1954	Kontroll- ziffer 1955
<i>Thomasstahl</i>						
Maxhütte . . . . .	194,6	218	331	282	320	330
<i>Siemens-Martin-Stahl</i>						
Riesa . . . . .	279,6	318	342	358	370	380
Hennigsdorf . . . . .	168,5	176	196	198	220	250
EK „J. W. Stalin“ . . . . .	—	—	—	—	—	—
Brandenburg . . . . .	55,2	482	532	562	680	760
Döhlen . . . . .	31,2	46	48	72	83	85
Gröditz . . . . .	41,8	52	87	112	172	225
Thale . . . . .	127,2	147	130	131	135	140
insgesamt . . . . .	703,5	1221	1335	1433	1660	1840
<i>Elektrostahl</i>						
Maxhütte . . . . .	42,4	46,8	52	53	54	60
Thale . . . . .	22,0	27,1	41	41	42	50
Döhlen . . . . .	—	22,9	49	102	104	130
insgesamt . . . . .	64,4	96,8	142	196	200	240



Die Rohstahlerzeugung soll im Jahre 1955 auf 253 vH gegenüber 1950 steigen; damit würde im Vergleich zu 1938 eine Steigerung auf knapp 170 vH erreicht werden, an der besonders die SM-Stahlerzeugung beteiligt ist.

Betrag der Anteil des Gebietes der Sowjetzone am Gesamtaufkommen mit dem Gebiet der Bundesrepublik 1938 rd. 7,7 vH, so stieg er bis zum Jahre 1953 auf 11,3 vH.

Die Fünfjahrplanziffer für die Walzstahlproduktion im Jahre 1955 in Höhe von 2,2 Millionen Tonnen wurde auf 1,9 Millionen Tonnen ermäßigt. Mit dieser Zahl würde gegenüber 1950 eine Steigerung auf 218 vH und im Vergleich zu 1938 auf rund 170 vH erzielt werden.

Der Anteil der einzelnen Werke an der Walzstahlproduktion war:

Die Walzstahl-Produktion der Walzwerke  
(in 1000 t)

	1950	1951	1952	1953	Plan 1954	Kontroll- ziffer 1955
Maxhütte . . . . .	185,2	246,4	278	296	320	340
Riesa . . . . .	141,9	207,3	244	252	260	280
Hennigsdorf . . . . .	122,1	126,5	186	188	190	200
EK „J. W. Stalin“ . . . . .	—	—	—	—	—	—
Brandenburg . . . . .	—	—	—	44	180	230
Döhlen . . . . .	—	—	—	—	—	—
Thale . . . . .	48,3	72,3	107	156	180	220
Hettstedt . . . . .	152,6	167,4	187	173	180	190
Kabelwerk Oberspree . . . . .	16,1	27,4	21	23	25	28
Gröditz . . . . .	24,6	19,1	43	62	70	75
Ilsenburg . . . . .	22,6	32,6	36	63	70	77
Kirchmöser . . . . .	72,2	83,8	107	108	115	115
Burg . . . . .	17,8	30,4	31	32	32	35
Auerhammer . . . . .	24,0	22,1	27	28	30	35
Olbernhau . . . . .	20,4	20,8	26	26	30	30
Finow . . . . .	17,4	24,0	30	34	38	40
Stabeisenwalzwerk Dresden . . . . .	7,2	4,1	0	0	0	5
insgesamt: . . . . .	872,4	1083,7	1323	1485	1720	1900

Die Gebiete der heutigen Bundesrepublik und der Sowjetzone produzierten 1938 zusammen 13,6 Millionen Tonnen Walzstahl; daran war die Sowjetzone mit 7,6 vH beteiligt. 1953 war ihr Anteil auf 12,7 vH gestiegen. Obwohl die sowjetzonale Walzstahlproduktion bereits 1951 den Stand von 1938 überschritt, ist die Versorgung der Bedarfsträger — vornehmlich mit nahtlosen Röhren und mit Schienen — nur zum geringeren Teil aus dem eigenen Aufkommen möglich.

#### Investitionen

Bis 1950 wurden für die eisenschaffende Industrie Investitionsmittel bevorzugt bereitgestellt. 1951 lag die Investitionssumme absolut und relativ niedriger; sie stieg 1952 noch einmal an, weil in diesem Jahr das Schwergewicht auf der Bautätigkeit im Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin“, im Eisenhüttenwerk West und im Edelstahlwerk Döhlen lag. Die für das Jahr 1953 noch relativ hohen Investitionsmittel sollten zum größten Teil ebenfalls für die Durchführung der Bauvorhaben in den genannten Werken verwendet werden. Mitte 1953 wurden jedoch sowohl die Summen für das laufende Jahr als auch diejenigen für 1954 beträchtlich gekürzt.

#### Investitionsmittel\* für Neuinvestitionen und Rekonstruktionsvorhaben

Jahr	in Millionen DM-Ost	davon freie Valuta, berechnet	Gesamtbetrag in vH von 1950
		in Millionen DM-West	
1948 . . . . .	176,8	32,2	48
1949 . . . . .	238,4	17,3	65
1950 . . . . .	364,6	26,5	100
1951 . . . . .	302,7	16,3	83
1952 . . . . .	338,5	10,5	93
Ursprünglicher Plan 1953 . . . . .	316,4	9,1	87
Korrigierter Plan 1953 . . . . .	183,5	4,2	50
Ist 1953 . . . . .	170,1	.	47
Plan 1954 . . . . .	142,1	2,3	39

#### Arbeitskräfte

Hauptsächlich infolge der Abwanderung von Fachleuten nach dem Westen steht nur ein unzureichender Stab qualifizierter Kräfte zur Verfügung. Man versucht seit 1951 — bisher aber nur mit geringem Erfolg — Metallhandwerker in drei- bis sechsmonatigen Kursen zu Fachkräften für die Hütten-, Stahl- und Walzwerke heranzubilden. Als Aus-

bildungsstätten — überwiegend Internate — wurden folgende Fachschulen eingerichtet:

für Erzbergbau in Eisleben,  
für Stahlgewinnung in Hennigsdorf,  
für Walzwerk-, Schmiede- und Preßtechnik in Riesa,  
für Eisenhüttenkunde in Stalinstadt bei Fürstenberg an der Oder und  
für Roheisenerzeugung in der Maxhütte bei Unterwellenborn.

Nach den bisherigen Erfahrungen dürfte es jedoch schwierig sein, eine ausreichende Anzahl von qualifizierten Ingenieuren und Facharbeitern auszubilden, die den Ansprüchen genügen. Seit Mitte 1952 werden auf Veranlassung der Wirtschaftsabteilung der SKK (heute Sowjetische Hochkommission) sowjetische metallurgische Ingenieure als Fachinstruktoren in die Werke der eisenschaffenden Industrie der Sowjetzone geschickt, um dort Methoden der sowjetischen Metallurgie einzuführen.

Entsprechend der Bedeutung der eisenschaffenden Industrie in der Sowjetzone und ihrer Bevorzugung gegenüber anderen Industriezweigen war hier ein Mangel an Arbeitskräften — außer bei qualifizierten Kräften — bisher nicht festzustellen.

#### Außenhandel mit Erzeugnissen der eisenschaffenden Industrie

Die Bedeutung des Außenhandels für die eisenschaffende Industrie wird dadurch gekennzeichnet, daß dem nur geringen Export ein umfangreicher Import gegenübersteht.

#### A. Import- und Exportvolumen des Wirtschaftszweigs Metallurgie der Sowjetzone<sup>90</sup> (in Millionen Rubel)

	Import	Export
Ist 1953 . . . . .	612,5	1,3
Plan 1954 . . . . .	686,5	1,6

#### B. Import der Sowjetzone an Erzeugnissen der eisenschaffenden Industrie<sup>90</sup> (in 1000 t)

Erzeugnis	1950	1951	1952	1953	Plan 1954
Rohstahl in Blöcken .	152,3	147,6	126,2	118,4	240,0
Walzstahl, warmgew.	618,2	501,0	446,8	754,6	580,0
Schmiedestücke . . .				41,2	52,0

#### Anzahl der Arbeitskräfte in der eisenschaffenden Industrie und im Eisenerz-Bergbau (in 1000)

	1950	1951	1952	1953
Arbeitskräfte insgesamt . . .	36,7	46,3	51,6	53,8
darunter:				
in der Produktion . . .	33,2	41,8	45,7	48,1
darunter:				
im Leistungslohn . . .	23,6	34,7	39,6	43,0

Der Anteil der Leistungslohnempfänger an den in der Produktion Beschäftigten stieg somit von 71 vH im Jahre 1950 auf 90 vH im Jahre 1953. 1950 waren 13,8 vH der insgesamt Beschäftigten Frauen; bis Ende 1953 stieg der Anteil auf 18,4 vH.

Die Beschäftigtenzahl betrug Ende 1953 im einzelnen:

Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin“ . . . . .	rund 1860	Arbeitskräfte <sup>90</sup>
Maxhütte, Unterwellenborn . . .	4730	„
Eisenhüttenwerk West . . .	1540	„
Stahl- u. Walzwerk Brandenburg . . .	2100	„
Stahl- u. Walzwerk Riesa . . .	8170	„
Edelstahlwerk Döhlen . . .	1020	„
Eisen- u. Hüttenwerke Thale . . .	7880	„
Stahl- u. Walzwerk „Wilhelm Florin“, Hennigsdorf . . .	5850	„

Die Summen der nebenstehenden Tabelle A. enthalten auch die Erzeugnisse der NE-Metallindustrie, die sich nicht gesondert ausweisen lassen. Wahrscheinlich handelt es sich bei den Exporten in erster Linie um Buntmetallwaren. Der Import erstreckt sich auf nahezu alle Sorten der eisenschaffenden Industrie.

Die für 1954 im Vergleich zu 1953 geplante Verringerung der Walzstahlimporte erklärt sich aus den herabgesetzten Planziffern für die eisenverarbeitende Industrie. Die hohen Schienenbezüge — ausschließlich aus der Sowjetunion — sind notwendig wegen der Verlegung eines zweiten Gleises auf den Strecken Halle-Magdeburg, Leipzig-Leutzsch-Großkorbetha und Wolfen-Dessau.

Die für 1954 insgesamt angesetzten Importzahlen erscheinen — zumindest für Walzstahl — zu niedrig, zumal es unwahrscheinlich ist, daß es der eisenschaffenden Industrie der Sowjetzone gelingt, den an sich schon hoch angesetzten Produktionsplan zu erreichen. Um die Versorgung der Eisenverbraucher zu gewährleisten, müßte der Importplan erhöht werden.

#### Anmerkungen

<sup>1)</sup> Diese Untersuchung wird demnächst in erweiterter Fassung in der vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegebenen Reihe „Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland“ erscheinen.

Die angegebenen Zahlen wurden internen amtlichen Aufstellungen sowjetischer Behörden entnommen. Das schließt grobe Fälschungen aus propagandistischen Gründen aus, be-

deutet jedoch nicht, daß die Zahlen völlig frei wären von Widersprüchen. Die tatsächlichen Verhältnisse dürften jedoch zutreffend charakterisiert sein.

<sup>2)</sup> Gebiet des Deutschen Reiches von 1937; Vorratsschätzung der „Reichsstelle für Bodenforschung“ für Ende 1936.

<sup>3)</sup> Gebiet der Bundesrepublik einschließlich des Saarlandes.



4) Gebiet der sowjetischen Besatzungszone.

5) Gebiete östlich von Oder und Neiße.

6) Vorräte nur in Thüringen.

7) 1933 und 1936 ohne Förderung von Zuschlagserzen, die im Jahre 1938 insgesamt 50 785 t Fe-Inhalt betrug, davon 20 100 t in Mitteldeutschland; 1938 und 1943 einschließlich Zuschlagserzen.

8) Gebietsstand von 1937 einschließlich des Saarlandes.

9) Gebiet der Bundesrepublik einschließlich des Saarlandes.

10) Gebiet der sowjetischen Besatzungszone.

11) Gebiete östlich von Oder und Neiße.

12) Durchschnittlich 25 vH Fe-Inhalt, gemessen an der effektiven Eisenerz-Förderung.

13) Durchschnittlich 24 vH Fe-Inhalt, gemessen an der effektiven Eisenerz-Förderung.

14) Durchschnittlich 27 vH Fe-Inhalt, gemessen an der effektiven Eisenerz-Förderung.

15) Ausgehend vom Wiederbeschaffungswert und unter Berücksichtigung der Preisveränderung werden die Demontageverluste der eisenschaffenden Industrie auf rund 1,28 Milliarden DM beziffert.

16) Das Eisenhüttenkombinat „J. W. Stalin“ (EKS) wird unmittelbar an der Oder und am Oder-Spree-Kanal bei Fürstenberg, 25 km südlich von Frankfurt/Oder, auf einem bis dahin industriell noch nicht genutzten Gelände gebaut. Der Standort wurde gewählt auf Grund der Lieferungen von Koks aus Polen (insbesondere aus Oberschlesien) und von Eisenerzen aus der Sowjetunion (überwiegend von Kriwoj Rog), ferner im Hinblick auf die verkehrstechnisch günstige Lage (Eisenbahnlinien mit direktem Anschluß an das Hauptverkehrsnetz Mitteldeutschlands und Polens sowie Wasserstraßen) und schließlich wegen der Möglichkeit der ausreichenden Wasserversorgung. Das EKS arbeitet z. Z. mit fünf Hochöfen, mit der Inbetriebnahme des sechsten wird noch im ersten Halbjahr 1954 gerechnet. In den Hochöfen wird nahezu ausschließlich Stahleisen gewonnen.

Die im Importplan festgelegten Lieferungen von Koks aus Polen und Eisenerzen aus der Sowjetunion werden zwar quantitativ, nicht aber termingemäß erfüllt. Lagerbestände an diesen Rohstoffen sind im EKS so gut wie nicht vorhanden. Daher treten bei Verzögerungen der Lieferung oftmals beträchtliche Produktionsschwierigkeiten auf. Geringe Eisenerzmengen werden noch aus Schweden bezogen.

Die ursprünglich für 1954 vorgesehenen Investitionsmittel in Höhe von 240 Millionen DM wurden im Zuge des „neuen Kurses“ auf 60 Millionen DM herabgesetzt. Mit Hilfe dieser Summe soll der Aufbau des Werkes im Jahre 1954 abgeschlossen werden.

Obwohl das EKS nach modernen Grundsätzen aufgebaut wird, hätte es bei einer Wiedervereinigung Deutschlands seine Standortberechtigung verloren, da — abgesehen von einer gesamten Überkapazität an Roheisen — das EKS auch unter der — unwahrscheinlichen — Voraussetzung, daß die Rohstoffeinfuhren aus dem Osten beibehalten werden, kaum wettbewerbsfähig sein dürfte.

17) Das Eisenhüttenwerk West (EWW) ist ein Neubau auf einem industriell bisher nicht genutzten Gelände. Es liegt 3 km nordöstlich von Calbe am linken Ufer der Saale und etwa 10 km von der Elbe entfernt. Der Standort wurde auf Grund der verkehrstechnisch günstigen Lage, der Nähe der wichtigsten Absatzgebiete, der nur 10 km entfernt liegenden Kalkgruben und der kurzen Entfernung zu den Eisenerzgruben gewählt. Mit dem Aufbau des Werkes wurde 1950 begonnen, um Erze, die im Gebiet von Bardeleben und in der Nähe der Zonengrenze im Tagebau gefördert werden, verhütten zu können.

Die über den Erwartungen liegende Roheisengewinnung und die bisherigen Erfahrungen in der Führung von Niederschachtöfen lassen vermuten, daß die zurückgestellten Projekte wieder aufgenommen werden. Selbst wenn dies im Jahre 1954 nicht mehr der Fall sein sollte, wird doch die mit 220 000 t Gießereiroheisen angesetzte Planzahl für 1955 wesentlich überschritten werden können.

18) Die Maxhütte wurde nicht demontiert, weil ihre Anlagen veraltet waren und weil der Bedarf der damaligen SAG und der Besatzungsmacht am ehesten von diesem einzigen gemischten Hüttenwerk der Zone zu befriedigen war. Das Werk war bis 1947 SAG-Betrieb und wurde dann an die sowjetzonale Verwaltung zurückgegeben. Die seitdem laufenden Mo-

dernisierungsarbeiten haben bis Ende 1952 fast ebenso große Investitionsmittel erfordert, wie sie für neue Anlagen notwendig gewesen wären. Einer durchgreifenden Modernisierung des Werkes steht insbesondere der Platzmangel entgegen.

19) Auf dem Gelände der ehemaligen Mitteldeutschen Stahlwerke Brandenburg, die nach Kriegsende völlig demontiert beziehungsweise gesprengt wurden, begann Anfang 1950 der Aufbau eines neuen Stahl- und Walzwerkes, der in außerordentlich kurzer Zeit vor sich ging. Der überstürzte und daher mangelhafte Aufbau des Stahlwerkes Brandenburg wirkt sich noch heute in häufigen Produktionsausfällen aus. Die verkehrstechnisch günstige Lage des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg und die unmittelbare Nähe eisenverarbeitender Industrien (Magdeburg und Berlin) rechtfertigen Standort und Potential des Werks, das bei einer Wiedervereinigung Deutschlands auch ohne den Aufbau weiterer Walzenstraßen in jeder Hinsicht seine Standortberechtigung behielte.

20) Unmittelbar an der Elbe hat das Werk (vorm. Mitteldeutsche Stahlwerke GmbH.) eine verkehrstechnisch günstige Lage. Es wurde vollständig demontiert, ohne daß jedoch die Fundamente und Hallen zerstört wurden. Im Gegensatz zu den Werken Hennigsdorf und insbesondere Brandenburg wurden in Riesa die Wiederaufbauarbeiten sehr sorgfältig projektiert und durchgeführt, so daß bisher keine aus dem Rahmen fallenden Produktionshemmnisse auftraten.

21) Das Werk wurde ursprünglich aufgebaut zur Versorgung der im Berliner Raum vorhandenen eisenverarbeitenden Industrie, insbesondere der Elektroindustrie. Berlin hatte damit für seine Fertigung eine eigene Stahlgrundlage und belieferte außerdem das Werk durch den anfallenden Blau- und Amortisationsschrott ausreichend mit Rohstoffen. Die Verwendung von Braunkohle aus den nahegelegenen Gruben (Senftenberg) machte das Werk unabhängig von Steinkohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet oder aus Oberschlesien.

In dem nach Kriegsende vollständig demontierten Betrieb wurde — im Vergleich zu anderen Werken der eisenschaffenden Industrie — frühzeitig mit dem Aufbau begonnen; er erfolgte unter Kontrolle der SKK bzw. der damaligen SMAD. Bis auf Rekonstruktions- und Komplettierungsarbeiten kann der Aufbau des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf seit Mitte 1953 als abgeschlossen gelten.

22) Auf dem Gelände der nach Kriegsende völlig demontierten ehemaligen Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen wird seit Frühjahr 1949 ein Edelmetallwerk aufgebaut. Das Edelmetallwerk Döhlen wurde von der Mitte März 1953 verhängen „Aufbaustop“ am schwersten betroffen.

23) Das Eisenhüttenwerk Thale (vorm. Wolf-Konzern, Köln) wurde nach Kriegsende im Hinblick auf seine veraltete Ausrüstung nicht demontiert. Nach einer vorübergehenden Stilllegung lief die Produktion im IV. Quartal 1945 unter sowjetischer Leitung wieder an. Anfang 1946 wurde das Werk in eine sowjetische Aktiengesellschaft (SAG Marten) eingegliedert. Erst bei Übergabe der restlichen SAG-Betriebe am 31. 12. 1953 kam es unter sowjetzonale Verwaltung. Seitdem ist eine merkbare Vergrößerung des Produktionsvolumens festzustellen.

24) Vgl. „Anordnung über die Auflösung der Verwaltungen Volkseigener Betriebe der Metallurgie“ vom 18. Mai 1953, Zentralblatt der DDR, S. 241.

25) Vgl. hierzu „Die eisenschaffende Industrie in der sowjetischen Besatzungszone“ in „Materialien zur Wirtschaftslage in der sowjetischen Zone“, Bonn 1952, I. und 2. Auflage. Es liegen keine Anzeichen dafür vor, daß die jetzt bestehende Organisation in absehbarer Zeit geändert wird, zumal auch seit der Proklamation des „neuen Kurses“ nur eine Zentralisierung auf Regierungsebene in der Form vorgenommen wurde, daß das Ministerium für Hüttenwesen und Erzbirgung aufgelöst und in das im November 1953 neu errichtete Ministerium für Schwerindustrie eingegliedert wurde.

26) Die „Staatliche Verwaltung für Auftragserteilung“ hat für die Sicherstellung des militärischen Bedarfs der kasernierten Volkspolizei zu sorgen.

27) Nach Verkündung des „neuen Kurses“ berichtete Kontrollziffer.

28) Es handelt sich um Netto-Investitionen, d. h. die Rückstände aus dem Vorjahr wurden zugeschlagen, die Vorgriffe auf das kommende Jahr dagegen abgesetzt. Geringe Ungenauigkeiten sind nicht ausgeschlossen.

29) Ohne die mit Aufbauarbeiten beschäftigten Arbeitskräfte.

30) Einschließlich des Interzonenhandels.

## Bemühungen um einen gemeinsamen nordischen Markt

Von Lars Frisk, Stockholm

Im Frühjahr 1954 ist von den skandinavischen Ländern eine Reihe von Maßnahmen zur Vereinheitlichung auf den Gebieten der Wirtschaft, des Verkehrs und des Rechtswesens getroffen worden. Hierzu gehören die Beschlüsse zur Vorbereitung eines skandinavischen Eisenbahnsystems, die Vorschläge zur Angleichung der Postgebühren sowie die Ende Mai in Kopenhagen unterzeichnete Konvention über einen gemeinsamen nordeuropäischen Arbeitsmarkt. Von wesentlich größerer und weiter reichender Bedeutung erscheint nun der am 31. Mai veröffentlichte Abschlußbericht des Nordischen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der das Ergebnis mehrjähriger Untersuchungen über die Möglichkeit der Aufhebung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen zwischen Schweden, Norwegen und Dänemark zusammenfaßt.

Der Autor des nachstehenden Berichtes hat als Sachverständiger der schwedischen Delegation die Verhandlungen aus nächster Nähe beobachten können.

HV

### *Der Nordische Gedanke*

Seit mehr als hundert Jahren haben manche Leute im Norden Europas die Hoffnung gehegt, daß Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden einmal ein gemeinsamer Markt werden sollten. Die Hoffnung fand zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg ihren Ausdruck in der „Konvention von Oslo“ und in dem Streben, die sogenannte nordische Vorbehaltsklausel in den mit zahlreichen Ländern abgeschlossenen Zoll- und Handelsabkommen zur Geltung zu bringen.

Obwohl diese Gedanken in den nordischen und besonders in den skandinavischen Völkern tiefe Wurzeln haben, gelang es den Vorkämpfern dieser Ideen zunächst nicht, sie zu verwirklichen. Die Schwierigkeiten schienen zu groß zu sein. Hierzu zählte besonders der Widerstand, den die größten Handelspartner der nordischen Staaten der nordischen Vorbehaltsklausel geleistet haben. Deutschland und Großbritannien haben diese Klausel, die gegenseitige Zollsenkungen im Norden ermöglichen sollte, nie anerkannt.

### *Die Lage nach dem letzten Krieg*

Während und nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich das Zusammengehörigkeitsgefühl im Norden auf den verschiedensten Gebieten gezeigt. Dies ist besonders in Dänemark und Schweden der Fall gewesen. Die norwegische Politik hat daneben auch die Zusammengehörigkeit mit den westlichen Großmächten stark betont. Die Lage Finnlands war durch seine besonderen Probleme nach dem Kriege gekennzeichnet. Die allgemeinen internationalen Bestrebungen im Rahmen der OEEC und des GATT und auch das Beispiel, das die Benelux gegeben hat, haben aber dem Gedanken, eine nordische Zollunion durchzuführen, wieder Aktualität gegeben. Dies hat sich darin gezeigt, daß die Regierungen in Dänemark, Island, Norwegen und Schweden im Jahre 1948 einen gemeinsamen Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

eingesetzt haben. Dieser Ausschuß wurde beauftragt, die verschiedenen Möglichkeiten nordischer wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu untersuchen.

Im Januar 1950 wurde ein vorläufiger Bericht veröffentlicht, der vor allem die verschiedenen Aspekte einer nordischen Zollunion behandelte. Die Repräsentanten der vier Staaten in dem Ausschuß waren darüber einig, daß eine Zollunion auf lange Sicht dem Norden, im ganzen genommen, Vorteile bringen würde. Sie waren aber auch darüber einig, daß gewisse Schwierigkeiten in allen vier Staaten entstehen würden. Diese Schwierigkeiten wurden besonders von den norwegischen Mitgliedern des Ausschusses betont. Diese maßten den Uebergangsschwierigkeiten größere Bedeutung bei als den Vorteilen, die auf lange Sicht zu erwarten waren. Da sich die Mitglieder des Ausschusses darüber einig waren, daß eine Zollunion nur durchgeführt werden kann, wenn die vertragschließenden Teile davon überzeugt sind, daß diese Union allen Beteiligten Vorteile bringen wird, gelangten sie zu der Auffassung, daß die Voraussetzungen für die Schaffung einer nordischen Zollunion noch nicht gegeben seien.

### *Neue Direktive*

Nachdem der vorläufige Bericht abgegeben und von den Regierungen diskutiert worden war, wurde der Ausschuß angesichts der Erkenntnis, daß eine generelle Zollunion zur Zeit nicht durchgeführt werden könne, aufgefordert, die Voraussetzungen für eine Freiheit von Zöllen und quantitativen Handelsrestriktionen zwischen Dänemark, Norwegen und Schweden für spezielle Warengruppen oder Branchen zu untersuchen.

In einem neuen Bericht an die Regierungen Dänemarks, Islands, Norwegens und Schwedens, der im Mai 1954 veröffentlicht worden ist, legt der Ausschuß die Resultate seiner Untersuchungen und Erwägungen vor. Die speziellen Probleme Islands werden im Bericht nicht behandelt.



Der Ausschuß hat eine „Übersichtskarte“ von etwa zwanzig Branchen der Industrie ausgearbeitet und dabei die wichtigsten statistischen und strukturellen Angaben dieser Branchen eingeholt. In dem Bericht werden auch die Ansichten einer Reihe von Sachverständigen aus den einzelnen Branchen über die Auswirkungen eines gemeinsamen nordischen Marktes dargelegt. Die folgenden Branchen sind untersucht worden: Konservenindustrie, Möbelindustrie, chemische Industrie, Plastikindustrie, Farbenindustrie, Porzellan- und Glasindustrie, Zementwaren- und Ziegelindustrie, Gummiindustrie, Gerberei- und Schuhindustrie, Textil- und Konfektionsindustrie, Metall- und Metallhalbzeugindustrie, Eisen- und Stahlindustrie, Ferrolegierungsindustrie, Eisen- und Metallwarenindustrie, Maschinenindustrie, Rundfunkindustrie und andere elektrotechnische Industrien. Diese in den letzten Jahren vorgenommenen Untersuchungen zeigen deutlich den engen Kontakt, der zwischen dem Ausschuß und den Sachverständigen der Industrie bestanden hat.

#### *Die Stellungnahme der Sachverständigen aus der Industrie*

Die Ansichten der Sachverständigen der verschiedenen Branchen beruhen auf einer Untersuchung der Konkurrenzfähigkeit der Industrien in den drei Staaten auf einem gemeinsamen Markt. Die dänischen und schwedischen Sachverständigen sind in einer großen Anzahl von Branchen zu einem solchen Markt positiv eingestellt gewesen. Die Norweger sind aber nur in einer geringen Anzahl von Branchen zu einer positiven Haltung gelangt. In einigen der Branchen, in denen die Einstellung der norwegischen Sachverständigen positiv war, ist entweder diejenige der Dänen oder die der Schweden negativ gewesen.

Die Sachverständigen der dänischen und der schwedischen Industrie haben in der Regel vorgebracht, daß ein größerer einheimischer Markt den betreffenden Industrien bedeutende Vorteile geben würde. In den Fällen, wo eine gegenseitige Beseitigung der Handelsschranken zwischen Dänemark, Norwegen und Schweden keine unmittelbare Veränderung in den Absatzverhältnissen der jetzigen Industrie herbeiführen würde, haben sich die dänischen und schwedischen Experten aus allgemeinen Gründen zu einem gemeinsamen Markt positiv gestellt. Dabei sind jedoch gewisse Ausnahmen zu verzeichnen gewesen. Die dänischen Produzenten von Fischkonserven und Metallhalbzeug zeigten Furcht vor der entsprechenden norwegischen Industrie, und die dänischen Produzenten von technischem Porzellan, Glaswaren, Metallhalbzeug, gewissen Eisen- und Metallwaren und gewissen Maschinen fürchteten die Konkurrenz der schwedischen Industrie. Einige schwedische Industrieexperten haben ebenfalls Bedenken hinsichtlich der Folgen eines gemeinsamen Marktes ausgesprochen, besonders gewisse Experten der Stick-

stoffindustrie und die Produzenten von Ferrolegierungen mit Silicium. In diesen beiden Fällen beruhen die Bedenken auf der Tatsache, daß die Produktion viel elektrische Energie erfordert und daß der Strompreis in Schweden höher als in Norwegen ist. Norwegen hat mit seinen hohen Bergen und seinen reichlichen Niederschlägen besonders gute natürliche Möglichkeiten, billige elektrische Energie zu erzeugen. Schließlich fürchteten auch die Sachverständigen der schwedischen Fischkonservenindustrie harte Konkurrenz seitens der entsprechenden norwegischen Industrie.

Wie schon gesagt, haben die norwegischen Industrieexperten nur in verhältnismäßig wenigen der untersuchten Branchen Interesse an einem gemeinsamen Markt im Norden gezeigt, nämlich in bezug auf Fischkonserven, Produkte der chemischen Industrie (besonders Stickstoffprodukte), Aluminiumhalbzeug und Ferrolegierungen. Die norwegischen Experten haben auch in der Plastikindustrie und in der Rundfunkindustrie, zwei Branchen, die von fortschreitender Expansion geprägt sind, mit Vorteilen gerechnet. In diesen letzten Branchen sind die Vorteile eines großen einheimischen Marktes besonders augenfällig. In den großen Eisenwaren-, Metallwaren- und Maschinenbranchen, wo der Ausschuß allerdings nur gewisse Warengruppen untersucht hat, sind die norwegischen Experten nur bezüglich einer geringen Anzahl von Produkten positiv eingestellt.

Die norwegischen Bedenken in anderen untersuchten Branchen hängen von verschiedenen Gründen ab. Wie im Jahre 1950 zweifeln die norwegischen Experten an der Konkurrenzfähigkeit derjenigen norwegischen Industrien, die zur Zeit nur für den norwegischen Markt produzieren. Diese Industrien werden nun mit höheren Zöllen als die entsprechenden Industrien der beiden anderen Staaten geschützt. Die Sachverständigen der Industrie haben auch betont, daß die Investitionen in industriellen Gebäuden und in Maschinen in Norwegen durch öffentliche Restriktionen behindert sind, was die Modernisierung der Fabriken erschwert. Die hohen Steuern, die Begrenzungen der Abschreibungen der Industrie und zum Teil auch die Preispolitik der Behörden haben in Norwegen den Unternehmen die Möglichkeit genommen, ihre Wirtschaftlichkeit zu konsolidieren. In gewissen Branchen haben die norwegischen Experten auch darauf hingewiesen, daß manche norwegische Fabriken von ihren wichtigsten Absatzgebieten weit entfernt liegen, insbesondere an solchen Orten, wo sie von entscheidender Bedeutung für die Wirtschaft des Ortes sind. Wenn die Konkurrenz auf einem gemeinsamen Markt eine Produktionseinschränkung zur Folge haben würde, wären deshalb die Aussichten, an diesen Orten andere Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden, oft sehr begrenzt.

### *Kontakte mit der Arbeiterbewegung*

Der Ausschuß war nicht nur mit Sachverständigen aus der Industrie, sondern auch mit der Leitung der Arbeiterbewegung in den drei Staaten in Kontakt.

Seit langem sind die Arbeiterorganisationen im Norden bestrebt, die Zusammenarbeit zwischen ihren Staaten zu fördern. In diesem Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß die Hauptverbände in Dänemark, Norwegen und Schweden im Jahre 1952 einen Bericht über verschiedene Wege einer nordischen Zusammenarbeit veröffentlichten. In diesem Bericht wurde vorgeschlagen, daß die drei Staaten gegenseitig die Zölle solcher Waren, bei denen dies ohne größere Schwierigkeit möglich wäre, aufheben sollten. Gleichzeitig sollten auch die Zölle auf einem anderen, empfindlicheren Gebiet beseitigt werden, damit die Regierungen in der Praxis Erfahrungen erhalten sollten, aus denen sie die Tragweite und Bedeutung der Zollprobleme beurteilen könnten.

Bei einer Konferenz zwischen dem Ausschuß und den Leitungen der Hauptverbände haben die Arbeitnehmervertreter aus Dänemark und Schweden betont, daß ein gemeinsamer nordischer Markt allen teilnehmenden Staaten Vorteile bringen würde. Der Lebensstandard würde gesteigert werden können und die Möglichkeiten, die Konjunkturschwankungen auszugleichen, größer werden.

Die Leitung des norwegischen Hauptverbands fürchtete, daß ein gemeinsamer Markt in Norwegen Arbeitslosigkeit in denjenigen Industrien, die nur für den norwegischen Markt produzieren, mit sich bringen würde. Die norwegischen Arbeiter waren aber zu dem Gedanken, einen gemeinsamen Markt durchzuführen, nicht ausschließlich negativ eingestellt. Sie hatten nichts dagegen, daß als Experiment ein solcher Markt für einige von den Branchen, in denen die gegenseitigen Konkurrenzbedingungen ziemlich gleich sind, eingeführt wird.

In dem nun veröffentlichten Bericht des zwischenstaatlichen Ausschusses wird eine Äußerung der Leitungen der Hauptverbände wiedergegeben. Darin wird das Interesse der nordischen Arbeiterbewegung an einem größeren gemeinsamen Markt betont und ihre Bereitschaft zur Mitwirkung unterstrichen.

### *Einige allgemeine Probleme*

In einem Abschnitt des Berichts diskutiert der Ausschuß einige generelle Verhältnisse, die auf einem gemeinsamen Markt für die ganze Industrie von Bedeutung sind, sowie auch einige spezielle Verhältnisse, deren Bedeutung für gewisse Branchen begrenzt ist.

Im Anfang dieses Abschnittes wird konstatiert, daß ein gemeinsamer nordischer Markt, der Dänemark, Norwegen und Schweden umfaßt, in mancher Hinsicht sehr gute Voraussetzungen hat. Von großer Bedeutung sind dabei die Ähnlichkeit der drei

Sprachen, die gemeinsame Kultur und die engen Kontakte zwischen den Regierungen, den politischen Parteien, den Arbeiterverbänden, den Industrieorganisationen und vielen Unternehmen in den drei Staaten. Besonders wichtig ist auch die verhältnismäßige Gleichheit des Arbeitslohns der Industriearbeiter.

Der Ausschuß betont, daß die drei Staaten bei der Einführung eines gemeinsamen Marktes ihre allgemeine Wirtschaftspolitik mehr als bisher den Verhältnissen der anderen Beteiligten anpassen müssen.

Im Bericht werden auch die Auswirkungen der verschiedenen Möglichkeiten der Rohstoffbeschaffung, die Auswirkungen nationaler Subsidien, verschiedener Qualitäts- oder Sicherheitsvorschriften und anderer administrativer oder gesetzlicher Bestimmungen untersucht.

Ein anderes sehr wichtiges Problem bei freiem Handel mit im Norden produzierten Waren sind die Zölle und quantitativen Handelsrestriktionen gegen andere Staaten. Wenn die Beteiligten verschiedene Zölle und Restriktionen gegen das Ausland haben, können Transitprobleme entstehen, die sich schwer meistern lassen. Wenn man aber in allen drei Staaten dieselben Zölle und dieselben Restriktionen einführt, was in vielen Fällen wahrscheinlich notwendig wird, können Schwierigkeiten für diejenigen Industrien entstehen, deren Zollschatz gesenkt wird. Dabei muß aber auch daran erinnert werden, daß niedrige Zölle anderen gesellschaftlichen Interessen große Vorteile bringen können.

Im GATT ist festgesetzt, daß die Meistbegünstigungsklausel einen gemeinsamen Markt in dem hier gebrauchten Sinn nicht hindert, sofern dieser Markt nicht dazu führt, daß die vertragschließenden Teile nachher durchschnittlich höhere Zölle oder strengere Restriktionen als vorher haben.

Gegenwärtig liegen die Zölle Norwegens wesentlich höher als die Zölle Schwedens, die ihrerseits höher sind als diejenigen Dänemarks. Ein gemeinsamer Zollschatz im Norden würde also bedeuten, daß durchschnittlich die Zölle Norwegens gesenkt werden, wogegen die Zölle Dänemarks erhöht werden müssen. Dabei muß daran erinnert werden, daß besonders Dänemark und Schweden, aber auch noch Norwegen, im Vergleich mit den internationalen Verhältnissen, sehr niedrige Zölle haben. Die Auswirkungen einer internordischen Zollfreiheit können also nicht von den Auswirkungen der wahrscheinlich notwendigen Zollrevision der beteiligten Staaten isoliert werden.

### *Eine zehnjährige Uebergangsperiode*

Der Ausschuß hat auf die Möglichkeit hingewiesen, den gemeinsamen Markt mit einer Uebergangsperiode von bis zu zehn Jahren einzuführen, um die Umstellung der Industrien auf die veränderten Ab-



satzverhältnisse zu erleichtern. Während dieser Periode sollten die internordischen Handelshindernisse gegenseitig beseitigt und positive Maßnahmen ergriffen werden, um möglichst günstige Bedingungen für die erstrebte Rationalisierung der Struktur der Industrien der drei Länder zu schaffen.

Der Ausschuß betont die Bedeutung einer elastischen Anpassung der Durchführung des gemeinsamen Marktes an die Verhältnisse in den einzelnen Branchen. Es wird auch betont, daß es nicht notwendig ist, die Handelshindernisse der Teilnehmer gleichzeitig und in derselben Reihenfolge zu beseitigen.

Schließlich wird daran erinnert, daß eine geschmeidige Anpassung der Industrien der drei Staaten an den gemeinsamen Markt eine Kapitaltransferierung von einem Land zum anderen erfordern kann. Dabei hat man besonders an langfristige Kredite von Schweden an Norwegen gedacht.

#### *Die Schlußfolgerungen des Ausschusses*

Der Ausschuß ist nicht zu einheitlichen Schlußfolgerungen gelangt. Genau wie im vorläufigen Bericht im Jahre 1950 haben auch diesmal die Norweger eine eigene Haltung eingenommen.

Von den Norwegern werden die Bedenken der norwegischen Industrieexperten unter Hinweis auf fast dieselben Gründe wie im ersten Bericht erklärt. Ihrer Ansicht nach würde Norwegen, jedenfalls in der ersten Zeit, von einem gemeinsamen nordischen Markt überwiegend Nachteile erfahren. Sie betonen aber, daß ein Ausgleich der Interessen der drei Staaten durch Verhandlungen zwischen den Behörden zustande kommen könnte. Dabei könnten die Beteiligten sich gegenseitig Vorteile in Form von Zollsenkungen oder Restriktionserweichungen zugehen. Sie betonen weiter, daß die Durchführung eines gemeinsamen Marktes für Norwegen großen Kreditbedarf für Investierungszwecke aktualisieren würde, welcher aber durch langfristige Kredite sichergestellt werden könnte. Die norwegischen Mitglieder erinnern auch daran, daß ein gemeinsamer Markt nicht nur für die Valuta- und Handelspolitik, sondern in gewisser Hinsicht auch für die Außenpolitik der drei Staaten von Bedeutung wird.

#### *Die Vorschläge der Dänen und der Schweden*

Die dänischen und die schwedischen Mitglieder unterstreichen gemeinsam die Vorteile eines gemeinsamen Marktes und die Möglichkeiten zur Erhöhung des Lebensstandards, die ein solcher Markt den beteiligten Staaten geben würde.

Um die Umstellung der Industrien auf die neuen Verhältnisse zu erleichtern und mit besonderer Rücksicht auf die Bedenken, die von den norwegischen Industrieexperten und Mitgliedern des Ausschusses vorgebracht wurden, sollte ein nordischer Markt mit einer zehnjährigen Uebergangsperiode eingeführt werden. Während dieser Periode sollten die inter-

nordischen Handelshindernisse nach und nach beseitigt werden. Mit Hinsicht auf das GATT hat man dabei vorausgesetzt, daß ein Plan dieser sukzessiven Maßnahmen jener internationalen Organisation vorgelegt werden soll.

Während der Uebergangsperiode sollten die drei Regierungen auch möglichst günstige Bedingungen für die Industrien schaffen, beispielsweise durch Kredite.

Die Dänen und die Schweden im Ausschuß schlagen vor, daß die drei Regierungen Verhandlungen aufnehmen sollen, um einen gemeinsamen nordischen Markt für die untersuchten Branchen durchzuführen. Ihrer Ansicht nach sollten diese Verhandlungen mit der Möbelindustrie, der chemischen Industrie, der Farbenindustrie, den Gerberei- und Schuhindustrien, der Textilindustrie, den Industrien, die landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeugmaschinen herstellen, und mit der Rundfunkindustrie beginnen.

#### *Die weitere Behandlung dieser Fragen*

Im Anschluß an den nun veröffentlichten Bericht des gemeinsamen nordischen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dessen Inhalt in den obigen Abschnitten kurz skizziert wurde, stellt sich natürlich die Frage: Was nun?

Es ist noch zu früh, diese Frage zu beantworten. Die drei Regierungen werden den Bericht dem Nordischen Rat vorlegen. Dieser Rat ist eine gemeinsame Organisation der nordischen Regierungen und Reichstage, die ihre zweite Sitzung im August 1954 in Oslo haben wird. Der Nordische Rat hat schon bedeutende Hindernisse des freien Verkehrs im Norden beseitigt. Die Vorschläge des Rates haben zum Beispiel dazu geführt, daß nordische Staatsangehörige ohne Paß zwischen Dänemark, Norwegen und Schweden reisen können.

Wahrscheinlich werden die Empfehlungen des Nordischen Rates großen Einfluß auf die endgültige Stellungnahme der Regierungen zu der Frage eines gemeinsamen nordischen Marktes haben.

Bei der Sitzung in Oslo im August wird sicherlich die folgende Fragestellung diskutiert werden: Sollen die positive Einstellung der dänischen und schwedischen Industriellen und Arbeiterhauptverbände und die positiven Vorschläge der Repräsentanten dieser Länder im Ausschuß, die sicherlich große Sympathien bei den politischen Parteien und in der öffentlichen Meinung gefunden haben, den norwegischen Schwierigkeiten und Bedenken zufolge zu nichts führen? — Oder werden Dänemark und Schweden zusammengehen, um einen gemeinsamen Markt durchzuführen, und dabei diesen Markt so gestalten, daß es Norwegen möglich wird, sich den beiden anderen Ländern früher oder später anzuschließen?

Im Herbst dieses Jahres werden wir wahrscheinlich die Antwort auf diese Fragen haben.

## Informationen und Berichte

### Der Verlauf der Genfer Ostasien-Konferenz

16.—31. Mai 1954 (wird fortgesetzt)

16. Mai

Keine Plenarsitzungen.

Der amerikanische Delegationschef *Bedell Smith* hat eine Unterredung mit dem vietnamesischen Staatschef *Bao Dai*.

17. Mai

Nach einer Vorbesprechung der sechs nichtkommunistischen Delegationen findet die erste geschlossene Sitzung in kleinerem Kreise über Indochina statt. An der Sitzung nehmen teil: die Delegationen Großbritanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Chinas, der drei assoziierten Staaten Indochinas sowie des Vietminh. Es wird der Abtransport der Verwundeten aus Dien Bien Phu und die allgemeine Lage in Indochina erörtert.

18. Mai

Zweite Geheimsitzung über Indochina. Auseinandersetzung über die Frage, ob die Lage in Vietnam getrennt von der in Laos und Kambodscha (Auffassung *Bidaults*) erörtert werden soll oder ob die drei Staaten als eine Einheit (Auffassung des Vietminh) behandelt werden sollen.

19. Mai

Dritte Geheimsitzung über Indochina. In der Frage der getrennten Behandlung der assoziierten Staaten wird keine Einigung erzielt.

20. Mai

Keine Sitzungen.

Außenminister *Eden* empfängt nach einer Zusammenkunft mit den Vertretern Frankreichs und der Vereinigten Staaten Außenminister *Tschu En-lai*, mit dem er verschiedene Vorschläge zur Feuereinstellung in Indochina bespricht. *Eden* unterrichtet die französische und die amerikanische Delegation vom Ergebnis dieser Besprechungen und hat später eine Unterredung mit *Molotow*.

21. Mai

Vierte Geheimsitzung über Indochina. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS meldet dazu, bei den Verhandlungen seien deutliche Fortschritte erzielt worden. Nach westlichen Pressemeldungen einigen sich die Konferenzteilnehmer, mit der Beratung der militärischen Probleme des Waffenstillstandes zu beginnen.

Die Delegationen der sechzehn UN-Staaten, die am Kriege in Korea teilgenommen haben, beraten über neue Vorschläge der südkoreanischen Regierung.

22. Mai

Plenarsitzung über Korea (in Abwesenheit der Außenminister *Bidault* und *Eden*). Außenminister *Tschu En-lai* erklärt, das Koreaproblem könne nur durch gemeinsame Wahlen in Nord- und Südkorea gelöst wer-

den, nachdem alle fremden Truppen zurückgezogen seien. Er unterstützt den Vorschlag des nordkoreanischen Außenministers *Nam Il* über die Ernennung einer Korea-Kommission zur Vorbereitung der Wahlen. Die Kommission soll jedoch nicht, wie nach dem Vorschlag des australischen Außenministers *Casey*, proportional zur Bevölkerungszahl in den beiden Landesteilen, sondern zu gleichen Teilen zusammengesetzt sein. Die nordkoreanischen Mitglieder in der Kommission sollen die gleichen Rechte wie die südkoreanischen Mitglieder haben. Er erklärt sich mit der Ueberwachung der Wahlen durch neutrale Kommissionen einverstanden, lehnt aber die Hinzuziehung der Vereinten Nationen ab. *Nam Il* stimmt dem Vorschlag *Tschu En-lais* über die Beauftragung einer neutralen Kommission zur Ueberwachung der Wahlen in Nord- und Südkorea zu. (Ein Sprecher der nordkoreanischen Delegation erklärt später auf einer Pressekonferenz, als Vertreter in der neutralen Kommission kämen hauptsächlich Staaten in Frage, die am Korea-Konflikt nicht beteiligt seien.) Er erklärt, bei einer proportionalen Zusammensetzung der Kommission zur Vorbereitung der Wahlen könne Südkorea auf Grund seiner größeren Bevölkerungszahl dem nördlichen Teil seinen Willen aufzwingen. Der Sprecher der amerikanischen Delegation kritisiert die Vorschläge *Nam IIs* und *Tschu En-lais* mit dem Bemerkten, sie würden den Kommunisten bei den Wahlen ein doppeltes Veto geben, da sie ein solches sowohl durch die paritätische Besetzung in der gesamt-koreanischen Kommission als auch in dem von dieser Kommission zusammengestellten Wahlausschuß ausüben könnten. Der südkoreanische Außenminister *Pyun* erklärt, die von den Kommunisten vorgeschlagene paritätische Besetzung der gesamt-koreanischen Kommission habe nur den Zweck, das ganze Land unter kommunistischen Einfluß zu bringen. Er legt einen 14-Punkte-Plan zur Friedensregelung in Korea vor, dessen Hauptpunkte lauten: Ueberwachung der Wahlen durch die Vereinten Nationen; Abzug der chinesischen Truppen aus Nordkorea spätestens einen Monat vor den Wahlen; Beginn des Rückzuges der alliierten Truppen aus Südkorea vor den Wahlen, Beendigung jedoch nicht vor der Einsetzung der neuen gesamt-koreanischen Regierung. Ein Sprecher der britischen Delegation betont, diese Vorschläge seien am Vortage von den 16 Nationen erörtert, jedoch nicht im Namen aller beteiligten Nationen gemacht worden.

Der ständige Delegierte Indiens bei den Vereinten Nationen, *Krishna Menon*, der am gleichen Tage zwei Unterredungen mit Außenminister *Eden* in Paris hatte, trifft in Genf ein.

23. Mai

Keine Konferenz.

Der indische UN-Delegierte *Menon* hat eine Unterredung mit *Tschu En-lai* und dem britischen Delegationsmitglied *Lord Reading*.



24. Mai

In der fünften Geheimsitzung über Indochina werden weiterhin Verfahrensfragen besprochen.

Der indische UN-Delegierte *Menon* hat eine Unterredung mit Außenminister *Molotow*.

Der südkoreanische Außenminister *Pyun* lehnt unter Hinweis auf den Mißerfolg der neutralen Kommission zur Ueberwachung des Waffenstillstandes in Korea den kommunistischen Vorschlag über die Beauftragung einer neutralen Kommission zur Ueberwachung gesamt-koreanischer Wahlen ab.

25. Mai

Sechste Geheimsitzung über Indochina. Die Besprechungen über Verfahrensfragen zum militärischen Problem der Feuereinstellung werden fortgesetzt. Der Vertreter des Vietminh, *Pham Van Dong*, äußert sich zu den beiden ersten Fragen eines am Vortage festgelegten 7-Punkte-Arbeitsprogramms: Einstellung des Feuers und Umgruppierung der Truppen der kriegführenden Parteien in Sammelzonen.

26. Mai

Keine Konferenz

*Bidault* reist zu einer Sitzung des Ministerrates nach Paris.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Dag Hammarskjöld*, hat eine Unterredung mit *Eden* und *Bedell Smith* in Genf.

27. Mai

Siebente Geheimkonferenz über Indochina. Außenminister *Bidault* beantwortet die Erklärungen *Pham Van Dongs* vom Vortage.

*Eden* setzt seine Besprechungen mit den Delegationsführern fort.

28. Mai

Ein technischer Ausschuß, dem je ein Vertreter der neun an den Verhandlungen über Indochina beteiligten Delegationen angehört, befaßt sich mit den verschiedenen Vorschlägen für eine militärische Regelung der Einstellungen der Feindseligkeiten.

Plenarsitzung über Korea. *Bedell Smith* unterstützt die südkoreanischen Vorschläge über die in Nordkorea durchzuführenden Wahlen und ihre Ueberwachung durch die Vereinten Nationen.

Besprechung *Edens* mit *Molotow*.

29. Mai

Achte Geheimkonferenz über Indochina. In einem Kommuniqué wird bekanntgegeben, daß ein Plan Außenminister *Edens* mit folgenden Vorschlägen angenommen wurde:

1. Zur Wiederherstellung des Friedens in Indochina sollen sich Vertreter der beiden Oberkommandos in Genf treffen.
2. Die Vertreter der Oberkommandos sollen sich mit der Errichtung von Zonen für die Umgruppierung der Streitkräfte in Vietnam befassen und
3. der Konferenz entsprechende Empfehlungen unterbreiten.
4. In der Zwischenzeit soll sich die Konferenz mit anderen Fragen, insbesondere einer internationalen Kontrolle des Waffenstillstandes, befassen.

30. Mai

Keine Sitzungen.

*Molotow* fliegt nach Moskau; er kehrt am 1. Juni zurück.

31. Mai

Neunte Geheimkonferenz über Indochina. Der sowjetische Vertreter schlägt vor, Polen, die Tschechoslowakei, Pakistan und Indien mit der Ueberwachung des Waffenstillstandes zu betrauen. Der amerikanische Vertreter kritisiert den Vorschlag mit dem Hinweis, Vertreter kommunistischer Staaten könnten nicht als neutral betrachtet werden. In einem Kommuniqué wird bekanntgegeben, die Konferenz habe davon Kenntnis genommen, daß eine Zusammenkunft der militärischen Vertreter beider Seiten in Indochina zum 1. Juni in Genf vereinbart worden sei, um Besprechungen der Oberkommandos über die Umgruppierung der militärischen Streitkräfte vorzubereiten. Ein Sprecher der Vietminh-Delegation erklärt auf einer Pressekonferenz, eine Trennung der militärischen von den politischen Problemen Indochinas sei nicht möglich.

#### Sowjetisch-österreichische Kontroverse über angebliche „Anschlußbestrebungen“

Der sowjetische Hochkommissar I. I. *Iljitschow* bat Bundeskanzler *Julius Raab* und Vizekanzler *Adolf Schärf* am 17. Mai zu sich und übergab ihnen laut TASS folgende Verbalnote:

„Ich erachte es als unerlässlich, die österreichische Regierung auf folgendes aufmerksam zu machen: Die österreichische Regierung und die österreichischen Behörden sind laut dem Kontrollabkommen und den anderen Viermächtebeschlüssen über Österreich bekanntlich verpflichtet, keine Uebertretungen der von den Besatzungsbehörden erlassenen Bestimmungen zuzulassen. Gleichzeitig verpflichten diese Beschlüsse die politischen Parteien und die Presse Oesterreichs, keinerlei gegen die Besatzungsmächte und die Besatzungstruppen gerichtete Tätigkeit zu betreiben und kein derartiges Material zu veröffentlichen. In letzter Zeit, besonders seit der Berliner Konferenz der Außenminister der USA, Englands, Frankreichs und der UdSSR, sind jedoch die Elemente, die sich mit feindseligen und subversiven Umtrieben gegen die Sowjetbehörden und die sowjetischen Besatzungstruppen in Oesterreich beschäftigen, wesentlich aktiver geworden. Entgegen den erwähnten Beschlüssen inszenieren die österreichischen Regierungsparteien sowjetfeindliche Aktionen, während ihre Presse Tag für Tag verschiedene verleumderische Hetzmeldungen über die Sowjetunion und die sowjetischen Besatzungstruppen in Oesterreich veröffentlicht. Beachtenswert ist ferner der Umstand, daß die Einstellung der sowjetischen Kontrolle über den Güterverkehr an der Demarkationslinie mit offensichtlicher Duldung des österreichischen Innenministeriums dazu benutzt wird, in die sowjetische Zone militäristische Literatur sowie verschiedene provokatorische Hetzblätter und Hetzschriften einzuschmuggeln.

Die österreichische Regierung trifft nicht nur keine Maßnahmen gegen die erwähnten sowjetfeindlichen Handlungen, sondern fördert diese noch. In diesem Zusammenhang muß darauf verwiesen werden, daß die gesetzwidrige Verfügung Innenminister *Helmers* an die Polizeiorgane, den Weisungen der sowjetischen Besatzungsbehörden betreffs Entfernung eines gegen die sowjetischen Besatzungstruppen gerichteten Plakats nicht nachzukommen, von der österreichischen Regierung gebilligt wurde.

Man kann auch nicht daran vorbeigehen, daß in letzter Zeit mit Duldung der österreichischen Behörden und in erster Linie des Innenministeriums die verschiedensten faschistischen und militaristischen Organisationen vom Schlage der sogenannten Soldatenbünde eine zügellose militaristische Propaganda betreiben und die verhängnisvolle Anschlußidee intensiv verbreitet wird.

Ich erachte es für notwendig zu erklären, daß die von mir aufgezeigte feindselige Tätigkeit, die unter aktiver Teilnahme von Vertretern der österreichischen Regierung erfolgt, eine grobe Verletzung der Viermächtebeschlüsse über die Kontrolle in Oesterreich darstellt. Der österreichischen Regierung muß klar sein: da der österreichische Staatsvertrag noch nicht abgeschlossen ist, versteht es sich von selbst, daß sämtliche Viermächtebeschlüsse über das Besatzungsregime in Oesterreich in Kraft bleiben.

Die sowjetischen Besatzungsbehörden in Oesterreich, die die aus dem Kontrollabkommen und den anderen Viermächtebeschlüssen über Oesterreich sich ergebenden Funktionen ausüben und die Kontrolle über die Tätigkeit der zentralen österreichischen Stellen und der Lokalbehörden durchführen, werden jeglichen Versuch — auch seitens österreichischer Regierungsvertreter —, diese Beschlüsse zu verletzen, entschieden unterbinden.

Die sowjetischen Besatzungsbehörden in Oesterreich erwarten, daß die österreichische Regierung die erforderlichen Maßnahmen trifft, damit die feindseligen und subversiven Umrtriebe gegen die sowjetischen Behörden und die sowjetischen Besatzungstruppen in Oesterreich eingestellt werden, und die österreichischen Behörden das Kontrollabkommen und die sonstigen Viermächtebeschlüsse über die Kontrolle in Oesterreich strikte einhalten.

Sollten jedoch von der österreichischen Regierung nicht die erforderlichen Maßnahmen — auch gegenüber der Leitung des Innenministeriums — getroffen werden, so werden die sowjetischen Besatzungsbehörden gemäß den Viermächtebeschlüssen gezwungen sein, selbst entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.“ (Wiener Zeitung vom 18. Mai 1954).

Bundeskanzler Raab antwortete auf die sowjetische Note unter anderem folgendes:

„Die österreichische Bundesregierung und die Bevölkerung Oesterreichs haben sich jederzeit an das Kontrollabkommen gehalten. Mir ist kein Fall einer absichtlichen Handlung gegen irgendeine Besatzungsmacht bekannt geworden. Es ist unrichtig, daß von der Bundesregierung Elemente aktiviert werden, die gegen die Sowjetunion hetzen. Es ist auch nicht richtig, daß seit der Einstellung der sowjetischen Kontrolle über den Güterverkehr an der Demarkationslinie militaristische Literatur oder Hetzblätter und Hetzschriften eingeschuggelt werden. Wenn im Rahmen dieser Gütereinfuhr Schriften in cyrillischen Lettern in die sowjetische Zone kommen und hier gestreut werden, so entzieht sich dies der Kontrolle der österreichischen Bundesregierung und des Innenministeriums, die eine derartige Propaganda mißbilligen. Soldatenbünde und Soldatentreffen sind von der österreichischen Bundesregierung niemals gefördert worden. Die Behauptung, daß die österreichische Bundesregierung die Anschlußpropaganda unterstütze, entbehrt jeder Grundlage.“ (Wiener Zeitung vom 18. Mai 1954).

Am 19. Mai trat das Parlament zusammen, um eine Regierungserklärung zur sowjetischen Note entgegenzunehmen. Bundeskanzler Raab bemerkte zunächst, es sei Sache des Alliierten Rates, so grundlegende Probleme zu behandeln, wie sie von Iljitschow angeschnitten worden seien, und sagte dann:

„Es wurde eine Reihe grundloser Beschuldigungen

gegenüber der österreichischen Bundesregierung und dem österreichischen Volk erhoben. Ich rechne dazu in erster Linie die angeblichen Anschlußbestrebungen, die vorgestern auch vom sowjetischen Hochkommissar erwähnt wurden. Ich möchte dazu feststellen, daß niemand in Oesterreich an einen Anschluß überhaupt nur gedacht hat, als plötzlich kurz vor der Berliner Konferenz dieses Schlagwort zuerst in der kommunistischen Presse auftauchte und dann überraschend oft von ihr wiederholt wurde. Tatsächlich war es dann auch das Anschlußgespenst, das für das Scheitern der Berliner Konferenz den Vorwand abgeben mußte. Ich wiederhole: Niemand in Oesterreich denkt an einen Anschluß. Wir haben diesbezüglich schon einmal schlechte Erfahrungen gemacht, und wir wollen diese Erfahrungen nicht neuerlich erleben. Wir wollen mit der Bundesrepublik Deutschland normale Beziehungen unterhalten. Aber wir haben nicht die leiseste Absicht, den jetzigen Zustand in irgendeiner Form zu ändern, geschweige denn unsere Selbständigkeit, für die wir so hart kämpfen, aufzugeben.“ (Wiener Zeitung vom 20. Mai 1954).

Abschließend verlangte Bundeskanzler Raab, daß sich die Besatzungsmächte nicht in österreichische Angelegenheiten einmischen.

Nach der Aussprache über die Regierungserklärung Raabs nahmen die Koalitionsparteien folgende Resolution an:

„Der Nationalrat billigt die Haltung der Regierung gegenüber der russischen Note.

Das österreichische Volk lehnt jeden teilweisen oder gar vollständigen Verzicht auf seine Souveränität durch einen Anschluß an die westdeutsche Bundesrepublik oder an einen anderen Einzelstaat entschieden ab.

Das österreichische Volk fordert die Erfüllung der Moskauer Deklaration und den baldigen Abschluß des Staatsvertrages sowie die Räumung Oesterreichs von Besatzungstruppen.“

Am 20. Mai beauftragte der amerikanische Außenminister Dulles den geschäftsführenden amerikanischen Hochkommissar in Oesterreich, die Behandlung der sowjetischen Beschuldigungen durch den Alliierten Rat zu fordern.

Der Alliierte Rat beschäftigte sich sodann am 28. Mai mit dem österreichisch-sowjetischen Zwischenfall. Der amerikanische Vertreter schlug die Annahme einer Resolution vor, die den Grundsatz, daß sich die Besatzungsmächte an die Bestimmungen des Kontrollabkommens zu halten haben, neuerlich bekräftigte. Die Resolution wurde von den Vertretern Frankreichs und Großbritanniens unterstützt, von dem sowjetischen Vertreter jedoch zurückgewiesen. Der sowjetische Vertreter brachte eine eigene Resolution ein, in der die Besatzungsmächte aufgefordert wurden, in ihren Zonen geeignete Maßnahmen zu treffen, um die von sowjetischer Seite behaupteten Verletzungen des Kontrollabkommens zu verhindern. Die österreichische Regierung sollte aufgefordert werden, solche Tendenzen zu unterbinden. Diese Resolution wurde aber von den westlichen Hochkommissaren abgelehnt, so daß es zu keiner Einigung kam.

#### Die Straßburger Saar-Gespräche

Im Verlaufe der seit zwei Jahren geführten deutsch-französischen Verhandlungen über eine Regelung der Saarfrage haben Bundeskanzler Adenauer und Außenminister Bidault sich bei ihrer Besprechung in Paris am 9. März 1954 (vgl. Zeittafel in EA 7/1954) geeinigt,



weitere Verhandlungen mit dem Ziel einer grundsätzlichen Vereinbarung über die Europäisierung der Saar auf der Grundlage des im Rahmen des Europarats erarbeiteten van Naters-Planes zu führen. Eine solche grundsätzliche Vereinbarung wird von Frankreich als eine der Voraussetzungen für die Ratifizierung des EVG-Vertrags angesehen. Bei ihrer Formulierung ist aber eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken, die sich aus den für Deutschland nicht annehmbaren Vorschlägen des van Naters-Planes ergeben haben. (Über die deutschen Einwände gegen den van Naters-Plan vgl. den Bericht in EA 11/1954, S. 6627.) Diese Verhandlungen wurden im April und Mai von den Staatssekretären *Hallstein* und *Schumann* in einer Reihe von Gesprächen in Paris geführt, deren letztes am 14. Mai stattfand.

Die Tagung des Ministerkomitees des Europarats in Straßburg vom 18. bis 20. Mai gab Bundeskanzler *Adenauer* Gelegenheit, mit einem Mitglied des französischen Kabinetts zu einem neuen Gespräch über die Saarfrage zusammenzutreffen. Sein Gesprächspartner war nicht Außenminister *Bidault*, der zur Ostasienkonferenz in Genf weilte, sondern der stellvertretende Ministerpräsident *Teitgen*. In der Sitzung des Ministerkomitees appellierte der belgische Außenminister, *Paul Henri Spaak*, an die beiden Regierungen, den Weg zu einer baldigen Regelung der Saarfrage freizumachen, um ein störendes Element der europäischen Einigungsbestreben auszuscheiden. *Spaak* war auch, zusammen mit *van der Goes van Naters* und dem Präsidenten der Hohen Behörde der Montanunion, *Jean Monnet*, bei den Unterredungen zwischen *Adenauer* und *Teitgen* zugegen, die am 20. Mai abgeschlossen wurden.

Einzelheiten über den Inhalt der Straßburger Gespräche wurden von keiner der beteiligten Seiten amtlich bekanntgegeben. *Teitgen* gab unmittelbar nach Beendigung der Gespräche folgende Erklärung ab:

„Bbeauftragt, Frankreich beim Ministerkomitee des Europarats zu vertreten, führte ich bei dieser Gelegenheit Gespräche mit den Herren *Adenauer*, *Spaak*, *van der Goes van Naters* und *Hallstein*, die mir nach meiner Rückkehr nach Paris erlauben werden, die Probleme genauer zu umreißen, die mit der Saarfrage zusammenhängen. Ich werde der Regierung über diese Besprechungen berichten und hoffe, daß auf diesem Wege eine europäische Regelung der Saarfrage ermöglicht werden kann.“

Ein deutscher Regierungssprecher erklärte am 21. Mai, eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen *Adenauer* und *Teitgen* sei zwar erzielt, aber nicht schriftlich fixiert worden; den beiden Regierungen werde lediglich ein Verhandlungsprotokoll vorgelegt werden.

Presseberichten, die in diesem Protokoll bereits den Vorläufer einer gemeinsamen Grundsatzklärung über die Lösung der Saarfrage sehen wollten, wurde sowohl in Paris als auch in Bonn von amtlicher Seite nachdrücklich widersprochen. Das französische Außenministerium erklärte am 21. Mai:

„Zuständigen Kreisen zufolge ist es nicht wahr, daß die Saarfrage als gelöst betrachtet werden kann... Die Regierung ist von den detaillierten Ergebnissen der Unterredungen, deren Aufgabe es nicht war, eine Lösung zu erzielen, sondern die Suche nach einer Lösung zu erleichtern, noch nicht unterrichtet worden. Die gleichen Kreise fügen hinzu, daß die Verbreitung unwahrer Nach-

richten eine Wirkung haben würde, die dem gewünschten Ziel, das heißt einer europäischen und für alle Länder annehmbaren Lösung der Saarfrage, direkt zuwiderläuft.“

Der insbesondere von der deutschen Presse gezeigte Optimismus wurde durch diese Verlautbarung des französischen Außenministeriums stark gedämpft. Auch die offiziellen Äußerungen in Bonn bestätigten, daß den Straßburger Gesprächen nicht der Charakter bindender diplomatischer Abmachungen beigemessen wird. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, *von Brentano*, der an den Gesprächen teilgenommen hat, erklärte am 24. Mai, es sei dabei darum gegangen, die Grundlagen einer Verständigung zu ermitteln; über das Ergebnis solle man jedoch erst diskutieren, wenn beide Regierungen über den Inhalt der Gespräche informiert worden seien. Der Vorsitzende der FDP, *Thomas Dehler*, sagte, *Le Monde* zufolge, nach einer Unterredung mit dem Bundeskanzler:

„Die Klarstellung des Quai d'Orsay stimmt genau mit dem überein, was der Kanzler mir heute nachmittag mitgeteilt hat. Er hat mir gesagt, daß Herr *Teitgen* weder genügend über die Details der Saarfrage informiert noch autorisiert war, ein Übereinkommen abzuschließen, das die französische Regierung binden könnte.“

Der Bundeskanzler informierte das Bundeskabinett am 25. Mai über den Inhalt seiner Unterredungen. Das Kabinett verschob eine Stellungnahme, bis eine verbindliche Äußerung der französischen Regierung zu den Straßburger Gesprächen vorliegen wird. Ein Regierungssprecher erklärte nach dieser Kabinettsitzung, es seien in Straßburg Fortschritte erzielt worden, die berechtigte Hoffnung auf eine baldige Lösung des Saarproblems bieten könnten. Von der Bundesregierung wurde die Ansicht vertreten, daß weitere Verhandlungen zwischen den Staatssekretären *Hallstein* und *Schumann* nicht mehr notwendig seien. Damit wurde zum Ausdruck gebracht, daß der nächste Schritt nun von Frankreich ausgehen müsse.

Einer der Teilnehmer der Straßburger Gespräche, der Abgeordnete *van der Goes van Naters*, vertrat anläßlich einer Rede in Otzenhausen (Saar) am 23. Mai den Standpunkt, daß wesentliche Fortschritte in der Lösung der Saarfrage gemacht worden seien, von denen es kein Zurück mehr geben könne. Auch der französische Botschafter in Saarbrücken, *Grandval*, der, einem Bericht der französischen Zeitung *Combat* zufolge, noch Mitte Mai mit seinem Rücktritt gedroht hatte, falls die französisch-saarländische Wirtschaftsunion angetastet werde, gab am 29. Mai in einer Ansprache vor lateinamerikanischen Diplomaten in der französischen Botschaft in Saarbrücken eine bemerkenswert optimistische Auslegung der jüngsten Verhandlungen. Er sagte, es sei eine Annäherung in mehreren strittigen Punkten erzielt worden, die auf eine baldige Übereinkunft in der Saarfrage hoffen lasse.

Die französische Regierung ließ am 24. Mai durch den stellvertretenden Hohen Kommissar *Bérard* Bundeskanzler *Adenauer* um eine Erläuterung seines Standpunktes bezüglich des Ergebnisses der Straßburger Besprechungen ersuchen. Außenminister *Bidault* wurde von *Teitgen* am 23. Mai in einem Gespräch informiert, an dem auch Botschafter *Grandval* teilnahm. Am 26. Mai hatte der saarländische Ministerpräsident, *Johannes Hoffmann*, Besprechungen im französischen Außenministerium.

Das Unbehagen der französischen Öffentlichkeit über die Straßburger Gespräche, etwaige Vereinbarungen und *Teitgens* Zuständigkeit für solche Verhandlungen fand

seinen Niederschlag sowohl in der Presse als auch in Äußerungen von Parlamentariern. Der außenpolitische Ausschuß des Rates der Republik gab am 26. Mai seiner „Erregung über parallele Verhandlungen“ Ausdruck, die geeignet seien, „das Hauptziel der Wahrung der Interessen Frankreichs und des Saarlandes zu verschleiern“. In der Nationalversammlung richtete der Abgeordnete *Vendroux* am 25. Mai einen scharfen Angriff gegen Minister Teitgen, dem er vorwarf, er habe die seit Januar laufenden Verhandlungen unterbrechen und auf eigene Faust die Saarfrage lösen wollen. Er erklärte dazu:

„Seitdem hat das Außenministerium gewisse Dementis veröffentlicht, und das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten scheint aufgebracht zu sein. Wir möchten gerne das Gefühl der verantwortlichen Minister kennenlernen. . .

Es ist in der Tat nicht zweifelhaft, daß eine Art Protokoll verfaßt worden ist, das zusätzliche Konzessionen unsererseits vermuten läßt. Wenn die Deutschen von den Ergebnissen befriedigt sind, so ist das weder bei uns noch bei den Saarländern der Fall. Es ist also notwendig, daß die Regierung sich über den Tenor dieser Uebereinkunft äußert, die, wie es scheint, einem Aufgeben unsererseits gleichkommen würde. Sie hat nicht das Recht, die französisch-saarländischen Konventionen sechs Monate nach ihrer Ratifizierung zu zerreißern.“

In dieser Situation veröffentlichte *Le Monde* am 27. Mai den Entwurf eines Uebereinkommens, das, wie die Zeitung aus sicherer Quelle zu wissen behauptete, bei dem Straßburger Gespräch angeblich ins Auge gefaßt wurde. Dieses Dokument hat folgenden Wortlaut:

„In dem Wunsch, durch eine europäische Lösung der Saarfrage einen Beitrag zur europäischen Einigung zu leisten und ihre Beziehungen auf eine dauerhafte Freundschaft zu gründen, kommen die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik, unter Vorbehalt des Friedensvertrages oder einer an dessen Stelle tretenden Regelung, überein, die Saarfrage auf der Grundlage der im Bericht der Kommission für Allgemeine Angelegenheiten der Beratenden Versammlung des Europarats vom 30. April 1954\* enthaltenen Vorschläge zu regeln.

*Erstens:* Die zwei Regierungen legen die Art. 1 und 12 des Berichtes folgendermaßen aus:

Art. 1: Ziel der ins Auge gefaßten Lösung ist es, aus der Saar ein europäisches Territorium zu machen. Dieses Ziel wird in drei Stufen erreicht werden:

Erste Stufe: Ein europäischer Kommissar für die Saar wird vom Ministerkomitee des Europarats ernannt. Die Mehrheit, die diese Wahl sicherstellt, muß notwendigerweise die Stimmen Frankreichs und Deutschlands enthalten. Der Kommissar vertritt die Interessen der Saar in Fragen der auswärtigen Beziehungen und der Verteidigung; er wacht über die Beachtung und Ausführung aller Klauseln des Statuts. Er ist dem Ministerkomitee des Europarats verantwortlich.

Zweite Stufe: Von dem Augenblick an, in dem eine europäische Versammlung in allgemeiner und direkter Abstimmung gewählt ist, wird der europäische Kommissar für die Saar dieser Versammlung nach noch zu bestimmendem Verfahren verantwortlich sein.

Dritte Stufe: Bei der Schaffung der Europäischen Politischen Gemeinschaft, wie sie in dem am 10. September 1952 in Luxemburg gefaßten Ministerbeschluß vorgesehen

ist, wird die Saar europäisches Gebiet. Der europäische Kommissar für die Saar oder die Behörde, die seine Funktionen ausübt, ist dann dem Parlament der Politischen Gemeinschaft verantwortlich.

Jede Stufe, die in der oben beschriebenen Weise verwirklicht worden ist, wird so lange beibehalten, wie es zur Erreichung der folgenden Stufe nötig ist.

Art. 12: A) Die Prinzipien, auf die sich gegenwärtig die französisch-saarländische Union gründet, werden in einer zwischen Frankreich und der Saar abgefaßten Konvention über wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder aufgegriffen werden.

B) Soweit es sich um Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Saar handelt, besteht das zu erreichende Ziel — unter Vorbehalt des Art. 13 — darin, Beziehungen zu schaffen ähnlich denen, die zwischen Frankreich und der Saar bestehen. Ein solches Ziel kann jedoch nur nach und nach erreicht werden. Um die auf diese Weise präzierte Zielsetzung zu verwirklichen, werden die notwendigen Abkommen zwischen Frankreich, Deutschland und der Saar geschlossen werden. In diesen Abkommen werden alle Schutzmaßnahmen ergriffen werden, um die Durchführung der Konvention über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Saar, wie sie im vorangehenden Absatz vorgesehen ist, nicht zu gefährden. Die fortschreitende Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Saar wird nie derart sein, daß sie zur Wiedererrichtung einer Zollgrenze zwischen Frankreich und der Saar führt.

C) In naher Zukunft werden die Maßnahmen, die zur Verstärkung des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und der Saar getroffen werden, die französische Zahlungsbilanz nicht ernstlich beeinflussen können.

*Zweitens:* Der Art. 19 erhält folgende Fassung:

„Die Regierungen Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika werden sich verpflichten, das europäische Saarstatut bis zum Abschluß eines Friedensvertrages oder dem Inkrafttreten einer an dessen Stelle tretenden Regelung zu unterstützen und zu garantieren. Es versteht sich, daß die saarländische Bevölkerung gemäß den Bestimmungen des Absatzes 23 des Berichts in freien Wahlen befragt und daß die Saar der Sitz der europäischen Institutionen wird.“

Der Inhalt dieses Dokuments stimmt im wesentlichen mit dem überein, was in den verschiedensten nichtamtlichen Veröffentlichungen über den Inhalt der angeblichen Straßburger Abmachungen berichtet wurde. Von der Bundesregierung wurde dazu erklärt, daß es sich bei dem Dokument um „Formulierungen von dritter Seite“ handle, die „der Verständigung zwischen dem Bundeskanzler und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Teitgen zugrunde gelegen haben“. Es wurde jedoch nicht klargestellt, ob der Inhalt dieser „Verständigung“ mit dem veröffentlichten Dokument identisch ist.

#### Tagung des Zentralkomitees der UEF

Am 24. und 25. Mai 1954 hielt das Zentralkomitee der Union Europäischer Föderalisten in Straßburg eine Sitzung ab, in der es beschloß, den 5. Kongreß der UEF für den 29. bis 31. Oktober 1954 nach Paris einzuberufen. Während seiner Tagung nahm das Komitee vier politische Entschlüsse an.

In einer dieser Entschlüsse wird das Exekutivbüro der UEF vom Zentralkomitee beauftragt, ein Organ zur Ausarbeitung der Grundzüge einer föderalistischen Politik der europäischen Institutionen zu errichten.

\* ) Vgl. den Wortlaut des Berichts in Europa-Archiv 10/1954, S. 6593 ff.



*Entschließung zur Europäischen Politischen Gemeinschaft*

In einer Entschließung zur Europäischen Politischen Gemeinschaft bedauert das Zentralkomitee, daß der von der ad hoc-Versammlung ausgearbeitete Entwurf durch die nachfolgenden Verhandlungen der Regierungsexperten „praktisch zerstört“ worden sei. Es macht dann folgenden neuen Vorschlag:

„Das Zentralkomitee der UEF wendet sich . . . an die sechs Minister und insbesondere an Herrn P.-H. Spaak, Präsident der Europäischen Bewegung und Führer des Kampfes um die supranationale europäische Gemeinschaft, und ersucht sie:

— der Versammlung der EVG auf deren erster Sitzung ihre Deklaration vom 10. September 1952, den Entwurf der ad hoc-Versammlung, die Arbeiten der Konferenzen der Außenministerstellvertreter in Rom und der Experten in Paris sowie ihre Deklaration vom 4. Mai\* zu unterbreiten;

— die Versammlung der EVG zu ersuchen, in einem Zeitraum von höchstens sechs Monaten den endgültigen Wortlaut des Statuts der Politischen Gemeinschaft auszuarbeiten, das ihre Institutionen, ihre Kompetenzen sowie die Modalitäten der Integration der EGKS und der EVG in diese Gemeinschaft definieren soll;

— zu erklären, daß die notwendige Mitarbeit der Regierungen bei der Ausarbeitung des Statuts in Form der Teilnahme — direkt oder möglicherweise durch Bevollmächtigte — an den Diskussionen der Versammlung erfolgen wird, so daß der Entwurf in dem Augenblick von ihnen unterzeichnet werden kann, in dem die Versammlung zu seiner endgültigen Annahme schreitet;

— sich zu verpflichten, diesen auf diese Weise von ihnen unterzeichneten und von der Versammlung gebilligten Statutsentwurf direkt und unverzüglich ihren Parlamenten zur Billigung zu unterbreiten.

Das Zentralkomitee der UEF wendet sich außerdem an den Präsidenten der Versammlung der EGKS, die automatisch auch zur Versammlung der EVG werden wird, und beschwört ihn, seine ganze Autorität aufzuwenden, um die sechs Minister zu überzeugen, daß sie diesen Akt ausführen müssen, der allein die Hoffnung wieder aufleben lassen kann, daß das demokratische Europa endlich seine politische Einheit finden wird.“

Die Entschließungen zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und zur Saarfrage haben folgenden Wortlaut:

*Entschließung zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft*

„Das Zentralkomitee der UEF stellt zum Abschluß der allgemeinen politischen Debatte am 24. Mai 1954 fest, daß

\* Die Deklaration vom 4. Mai 1954 (vgl. Zeittafel in EA 11/1954) hat folgenden Wortlaut:

„Die Außenminister der sechs Regierungen, welche die Verträge vom 18. April 1951 und vom 27. Mai 1952 unterzeichnet haben, haben ein grundsätzliches Übereinkommen geschlossen, das die demokratische Kontrolle der bestehenden oder in der Entstehung begriffenen Europäischen Gemeinschaften verstärken soll.

Es versteht sich von selbst, daß dieser Beschluß keinerlei Änderungen an den abgeschlossenen und von einigen Ländern schon ratifizierten Verträgen zur Folge hat. Er schließt keinerlei Ausdehnung der in diesen Verträgen festgelegten Zuständigkeiten ein. Auch präjudiziert er in keiner Weise die weiteren

die sowjetische Politik weit davon entfernt ist, ihre Zielsetzung geändert zu haben, wie eine gewisse Propaganda dies vorgibt, sondern diese Ziele vielmehr mit gleicher Entschlossenheit weiterverfolgt. An die Stelle der bisherigen brutalen Methoden sind lediglich geschmeidigere getreten, welche die Gefahr nicht etwa vermindern, sondern sie im Gegenteil erhöhen.

Jeder muß sich dessen bewußt sein, daß die sowjetische Politik darauf abzielt, mit verschiedenen Mitteln, wie es die Konferenzen von Berlin und Genf aufzeigen, die Einheit der Länder der freien Welt und ganz besonders die der Atlantischen Gemeinschaft zu zerstören. Die von der sowjetischen Politik gemachten Anstrengungen, einen solchen Einbruch herbeizuführen, richten sich besonders auf Frankreich, das von der Sowjetunion als der schwache Punkt in dieser Gemeinschaft angesehen wird.

Die sowjetische Taktik ist unablässig darauf aus, die Integration der deutschen Bundesrepublik in die Gemeinschaft der westlichen Nationen zu verhindern. Ihr Widerstand gegen die EVG richtet sich gegen diese Integration und nicht etwa gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands, der sie sich niemals widersetzt hat. Wenn ihr dieses, dank der bewußten oder unbewußten Mitwirkung der französischen nationalistischen Elemente, gelänge, so würde sie damit unter den westlichen Nationen eben die Krise hervorrufen, auf die es ihr ankommt.

Unter diesen Umständen wird deutlich, daß die Einheit der freien Welt gerade jetzt bedroht ist und geschützt und gestärkt werden muß. Die Zustimmung zur EVG ist heute die wesentliche Bedingung für diese Einheit.

Der Aufschub, der von Frankreich durch die Verzögerung seiner Parlamentsdebatte über die EVG hervorgerufen wird, beunruhigt zu Recht seine Partner. Besonders in Deutschland, dessen interne Situation — es muß daran erinnert werden — in der Tat von dem Pariser Vertrag abhängig ist, werden die Anzeichen einer solchen Beunruhigung Hand in Hand mit immer weiter um sich greifenden falschen Vorstellungen bereits spürbar. Die Zeichen von Widerstand gegen die vom Bundeskanzler mit Leidenschaft vertretene Europapolitik erscheinen bereits als Folge des französischen Zögerns. Es wäre denkbar, daß sich diese Anzeichen weiterhin mehren und auf diese Weise dem deutschen Nationalismus die beste Chance einer Wiederbelebung verschaffen würden.

So offenbart jeder weitere Tag die Verantwortlichkeit, welche die französischen Politiker sowie die französischen politischen Parteien zu übernehmen im Begriff sind, deren Entscheidungen nicht allein das Schicksal ihres Landes, sondern darüber hinaus das Europas und der gesamten westlichen Welt bestimmen werden.

Diese Verantwortlichkeit ist von denen unter ihnen erkannt worden, die bereits klar angekündigt haben, daß

Verhandlungen über die Errichtung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft.

Wenn alle beteiligten Parlamente über die Ratifizierung des EVG-Vertrages entschieden haben und die letzte Ratifikationsurkunde hinterlegt worden ist, werden die sechs Regierungen in Anwendung des Artikels 21 des Vertrages vom 18. April 1951 die notwendigen Vorkehrungen treffen, um die gegenwärtige Versammlung durch eine Versammlung zu ersetzen, die in allgemeinen, unmittelbaren Wahlen gewählt wird und der die Hohe Behörde der Montanunion und das Kommissariat der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft verantwortlich sein werden. Diese Bestimmungen werden, gemäß den Verfassungsvorschriften der beteiligten Länder, den Parlamenten der Signatarstaaten zur Abstimmung vorgelegt werden.“

sie sich weder jetzt noch späterhin einer anderen Politik anschließen könnten als der, die von Frankreich selbst in diesen letzten Jahren verfolgt worden ist.

In der Erkenntnis des Ernstes der Situation wendet sich das Zentralkomitee der UEF mit dem Hinweis auf die von ihm am 17. Januar dieses Jahres gebilligte Entschließung an das französische Verantwortungsbewußtsein vor der Geschichte, damit der Vertrag über die EVG ohne Aufschub vor die Nationalversammlung komme und gebilligt werde. Das Komitee ist davon überzeugt, daß sein Appell Gehör finden wird.“

#### Entschließung zum Saarproblem

„Das Zentralkomitee der UEF hat mit lebhafter Genugtung die Nachricht aufgenommen, eine grundsätzliche Übereinstimmung über das Saarproblem sei zwischen dem Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem Vizepräsidenten des französischen Ministerrates, Pierre-Henri Teitgen, erzielt worden. Das Komitee hofft, daß trotz der umlaufenden Gerüchte diese Übereinstimmung von den verantwortlichen Stellen beider Länder bestätigt werden wird. Bei dieser Gelegenheit ist es angebracht, Herrn van der Goes van Naters, dessen Bemühungen damit Früchte getragen hätten, die Anerkennung zu zollen, die ihm gebührt.“

Das Zentralkomitee der UEF ist es sich indessen schuldig, den Fall zu erwägen, in dem aus irgendeinem Grunde die getroffene Übereinkunft von dem einen oder anderen Teil nicht anerkannt wird. Bei der Annahme dieses Falles würde es erforderlich sein, den Ernst der Situation besonders hervorzuheben. Ein Stillstand in den Verhandlungen über das Saarproblem würde ohne Zweifel einen solchen in den Verhandlungen über die EVG in Frankreich nach sich ziehen. Das ist es, worauf gewisse Leute rechnen trotz aller Folgen, die sich daraus für die Nationen der freien Welt ergeben würden.

Die Unmöglichkeit einer direkten deutsch-französischen Übereinkunft würde demnach das vermittelnde Dazwischentreten anderer europäischer Nationen rechtfertigen und notwendig machen.

Für diesen Fall schlägt das Zentralkomitee der UEF vor, daß diese Nationen Frankreich und Deutschland feierlich dazu auffordern, ihren Streit dem Schiedsspruch einer internationalen Behörde zu unterstellen, welche der Europarat in seinem Rahmen schaffen könnte.

Die Annahme dieses Schiedsspruchs durch die beiden Länder hätte, indem sie das gestellte Problem löst, gleichzeitig einen beispielgebenden und historischen Wert, indem sie den Vorrang der europäischen vor den nationalen Interessen feierlich bestätigte.

Die UEF hofft indessen, daß es nicht nötig sein wird, zu der hier vorgeschlagenen Methode Zuflucht zu nehmen, und bringt erneut die Hoffnung zum Ausdruck, die Übereinkunft Adenauer—Teitgen bestätigt zu sehen.“

#### Der Zweite Nationalkongreß der Nationalen Front in Berlin

Am 15. und 16. Mai 1954 wurde in Ost-Berlin der Zweite Nationalkongreß der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ veranstaltet. Der Nationalkongreß erließ ein „Manifest an alle Deutschen“, in dem das deutsche Volk zu gemeinsamem Kampf für ein Verbot der Atomwaffen, gegen die Verwirklichung der Verträge von Bonn und Paris, für die Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa, für Verhandlungen zwischen den Staatsorganen der beiden deutschen Staaten, für die Bildung gesamtdeutscher Wirtschafts- und Kulturausschüsse und für die Durchführung einer Volksabstimmung „Friedensvertrag oder EVG-Vertrag“ aufgefordert wird.

In einem Appell an die deutschen Fremdenlegionäre in Indochina forderte der Nationalkongreß diese auf, zu den Vietnam-Streitkräften überzulaufen. Er richtete ferner an die Parlamente, Regierungen und Parteien Deutschlands die Aufforderung, die Werbung für die Fremdenlegion sowie die Auslieferung geflüchteter Fremdenlegionäre unter Strafverfolgung zu stellen und sich bei den verantwortlichen ausländischen Instanzen um die sofortige Entlassung aller deutschen Fremdenlegionäre zu bemühen.

Der Nationalrat der Nationalen Front wurde beauftragt, ein Gremium zu bilden, das die Präsidenten und Fraktionen der Parlamente der Bundesrepublik und der DDR sowie die Länderregierungen und Landtage der Bundesrepublik auffordern soll, Verhandlungen zwischen den verantwortlichen Organen der Bundesrepublik und der DDR einzuleiten. Nach dem Beschluß des Nationalkongresses sollen diese Verhandlungen folgende Fragen umfassen:

Herbeiführung eines gemeinsamen Verbots der Atomwaffen;

Begrenzung der Polizeistreitkräfte in beiden Teilen Deutschlands;

vorbereitende Maßnahmen zur Wiederherstellung einer einheitlichen Währung in beiden Teilen Deutschlands; Beseitigung der innerdeutschen Handels- und Verkehrs-schranken;

Maßnahmen zur Verteidigung der Einheit der deutschen Kultur;

Bildung eines gesamtdeutschen Gremiums von Wissenschaftlern, dem die Wahrung der Interessen der deutschen Wissenschaft gegenüber dem Ausland übertragen werden soll;

Wiederherstellung der Freizügigkeit des Sports in ganz Deutschland.

In der Diskussion des Nationalkongresses erregte eine Rede des Bevollmächtigten der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Regierung der DDR, Propst *Grüber*, Aufsehen. *Grüber* setzte sich für die Beendigung aller Atombombenexperimente ein und regte eine Konferenz der Atomwissenschaftler der ganzen Welt in Berlin an. In seiner Rede behauptete er, daß in Westdeutschland jeder, der seinen Willen zur Einheit und Freiheit Deutschlands bekunde, „nach Strich und Faden diffamiert“ werde. Der stellvertretende Ministerpräsident der DDR *Otto Nuschke* richtete einen scharfen Angriff gegen den Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof *Dibelius*, wegen dessen Haltung in der Atomwaffenfrage.

Der Nationalkongreß wurde abgeschlossen mit der Neuwahl des Nationalrats der Nationalen Front. Unter den 32 Mitgliedern des Präsidiums des Nationalrats befinden sich die stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR *Walter Ulbricht*, *Otto Nuschke*, *Hans Loch* und *Lothar Bolz*, ferner der Präsident der Volkskammer, *Johannes Dieckmann*, sowie der jetzt in der Sowjetzone lebende ehemalige niedersächsische Landwirtschaftsminister *Günter Gereke*. Ferner gehören dem Präsidium fünf Mitglieder aus der Bundesrepublik und eines aus West-Berlin an, deren Namen geheimgehalten wurden. Zum Präsidenten des Nationalrats wurde Prof. *Erich Correns* wiedergewählt.

Am 24. Mai richtete das Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front gleichlautende Schreiben an den Bundestag und die Volkskammer, in denen es diese Gremien auf-



forderte, im Juni 1954 eine Volksbefragung über die Frage „Für Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen oder EVG-Vertrag und Generalvertrag und Belassung der Besatzungstruppen auf 50 Jahre“ durchzuführen. Den Schreibern wurde das Manifest des Nationalkongresses beigefügt.

#### Der Fünfte Bundesparteitag der CDU

Der Fünfte Bundesparteitag der CDU, der vom 28. bis 30. Mai 1954 in Köln abgehalten wurde, hatte nach den Worten von Bundeskanzler *Adenauer* die Aufgabe, die großen Zusammenhänge aufzuzeigen, von denen die Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik bestimmt wird. Der Bundeskanzler erklärte, im Inneren gehe es darum, die Wirtschaft weiterzuentwickeln, die großen sozialen Aufgaben zu lösen und den Staatsgedanken zu festigen. Als außenpolitische Ziele nannte der Bundeskanzler die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und den Zusammenschluß der westeuropäischen Völker.

Bundestagspräsident *Ehlers* hielt ein Referat „Die geistige Struktur unserer Zeit“, in dem er den destruktiven Tendenzen der Vermassung und der „falschen Freiheit“ die Bindung an Heimat, Familie und Beruf als die staatstragenden Kräfte gegenüberstellte. Bundesminister *Kaiser* kritisierte in seinem Referat die Gelassenheit mancher Kreise in Westdeutschland angesichts des Scheiterns der Berliner Viermächtekonferenz. Das grundlegende wirtschaftspolitische Referat hielt Hermann J. *Abs*, Vorstandsmitglied der Süddeutschen Bank.

Im Mittelpunkt des Parteitages stand die Diskussion über außenpolitische Fragen. Bundestagsabgeordneter Dr. *Gerstenmaier* verteidigte in seinem Referat die Politik des Festhaltens an der EVG. Er wandte sich gegen den Gedanken einer Alternative zur EVG und erklärte, falls die EVG ohne deutsches Verschulden nicht zustande komme, dürfe es dennoch keine deutsche Nationalarmee geben, vielmehr müßten dann die Westmächte den Ersatz für die fehlenden deutschen Divisionen aus ihren eigenen Reserven stellen. Dr. *Gerstenmaiers* Äußerung, daß in der Saarfrage um des größeren Zieles willen Opfer gebracht werden müßten, stieß unter den Delegierten auf Widerspruch. Der Bundeskanzler, der mehrfach in die Diskussion eingriff, setzte sich in scharfer Form mit privaten Versuchen der Verbindungsaufnahme mit der sowjetischen Hohen Kommission auseinander, die er als „unverantwortlich“ bezeichnete.

In der außenpolitischen Entschließung des Parteitages heißt es:

„Die freie Welt ist einer lebensgefährlichen Bedrohung ausgesetzt, der sie nur durch den Zusammenschluß aller Kräfte begegnen kann. Die Völker Europas müssen endlich ihren nationalen Egoismus überwinden, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft verwirklichen und die politische Integration entschlossen weiterführen. Jede Verzögerung verringert die Aussicht auf eine Milderung der gegenwärtigen Spannungen.

Die Bundesrepublik kann nur in einem Vereinten Europa ihre Freiheit bewahren und die Voraussetzungen für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands schaffen. Würde die Bundesrepublik das Vertrauen in die Gradlinigkeit und Zuverlässigkeit dieser Politik aufs Spiel setzen, müßte sie in eine tödliche Isolierung geraten. Deswegen bekennt sich der Parteitag erneut zur Außenpolitik des Bundeskanzlers, die allein unserem Volk die Einheit in Freiheit und Frieden sichern kann.“

Der Bundesvorstand der CDU mit Bundeskanzler *Adenauer* als Erstem Vorsitzenden und Bundestagspräsident *Ehlers* sowie Bundesminister *Kaiser* als stellvertretenden Vorsitzenden wurde wiedergewählt.

#### Die 17. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (ECOSOC)

Die 17. Tagung des ECOSOC fand in der Zeit vom 30. März bis 30. April 1954 am Sitz der Vereinten Nationen in New York statt.

Besondere Aufmerksamkeit schenkte der Rat diesmal dem Problem der Informationsfreiheit. In zwölf Resolutionen wurde den Regierungen unter anderem der Beitritt zur Weltkonvention über das Urheberrecht und dem UNESCO-Abkommen über die Einfuhr erzieherischer, wissenschaftlicher und kultureller Materialien empfohlen.

Zur Frage der Zwangsarbeit nahm der Rat eine Resolution an, welche die bestehenden Systeme der Zwangsarbeit und der politischen Unterdrückung scharf verurteilt. Zwei Resolutionen über die Sklaverei verlangen unter anderem den Beitritt zum Genfer Abkommen von 1926. In der Frage der Rechte der Gewerkschaften werden Rumänien und Spanien aufgefordert, sich der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen in dieser Frage nicht länger zu verschließen. Der Rat sprach sich in einer weiteren Resolution für die Einberufung einer Konferenz über das Problem der Staatenlosigkeit aus.

Eine Resolution über die Finanzierung des wirtschaftlichen Fortschritts in unzulänglich entwickelten Gebieten empfiehlt eine Reihe von Maßnahmen, mit deren Hilfe die wirtschaftlich unterentwickelten Länder Privatkapital anziehen und die kapitalkräftigen Länder die Investierung von Privatkapital im hilfsbedürftigen Ausland erleichtern können. Die Empfehlung zur Schaffung eines ständigen Beratungsausschusses für den internationalen Handel wurde mit 12 gegen 5 Stimmen (Belgien, Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Vereinigte Staaten) angenommen. Die Einsetzung des Ausschusses wurde jedoch auf die 18. Session vertagt. Bis dahin sollen die Regierungen zu dieser Resolution Stellung nehmen.

In einer einstimmig angenommenen Resolution über landwirtschaftliche Reformen fordert der Rat vornehmlich ein verständnisvolles Eingehen der Internationalen Bank auf Anleihegesuche zur Förderung der Landwirtschaft sowie weitere Untersuchungen des Problems.

## Zeittafel vom 16. bis 31. Mai 1954

## Die Ereignisse in Europa

## Europäische Integration

(Vgl. hierzu auch die Mitteilungen des Europarats auf Seite 6667 ff. dieser Folge.)

31. Die Europäische Jugendkampagne veranstaltet auf dem Herzberg im Aargau (Schweiz) eine internationale Studententagung über das Thema „Jungbauern und Europa“, an der Vertreter der Landjugend aus 14 europäischen Ländern teilnehmen. Als allgemeine Zusammenfassung der Arbeitsergebnisse wird eine Entschliebung an den Europarat gesandt.

## Nordatlantikpakt-Organisation

24. Feldmarschall *Montgomery* gibt vor der Presse in Paris einen umfassenden Ueberblick über die militärische Stärke der Sowjetunion und ihrer europäischen Verbündeten. Danach sollen die Sowjetunion und ihre Verbündeten einschließlich der sowjetischen Besatzungszone sechs Millionen Mann unter Waffen haben. Der Mannschftsbestand der sowjetischen Bodentruppen (175 Divisionen) habe sich zwischen 1947 und heute kaum geändert, jedoch seien die Divisionen in steigendem Maße mechanisiert worden. Die Sowjetunion besitze einen „Stoßkeil“ in Stärke von 22 Divisionen, meist Panzerdivisionen.

## Dänemark

22. Vertreter Dänemarks, Norwegens, Schwedens und Finnlands unterzeichnen in Kopenhagen ein Abkommen zur Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes.

## Deutschland

16. Beendigung des II. Nationalkongresses der Nationalen Front in der DDR (vgl. Kurzbericht auf S. 6659).
17. Der Bundesvorstand der FDP veröffentlicht im Anschluß an eine Sitzung, auf der Bundestagsabgeordneter Dr. *Pfleiderer* seine Ansichten über die Möglichkeiten eines Besuchs deutscher Parlamentarier in Moskau dargelegt und über seine informatischen Besprechungen in dieser Hinsicht berichtet hat, eine Erklärung. Darin heißt es, die Verbundenheit mit den Staaten der westlichen Welt müsse nach wie vor die Grundlage der deutschen Außenpolitik bilden, der Bundesvorstand halte aber eine künftige Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion in Übereinstimmung mit Dr. *Pfleiderer* für erforderlich. Der Bundesvorstand sehe in den Plänen *Pfleiderers* eine Initiative, die Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion zu normalisieren und nicht zuletzt der Wiedervereinigung zu dienen. Dr. *Pfleiderer* erklärt am 19. Mai in Bonn, es handle sich für Deutschland nicht um eine Schaukepolitik zwischen Ost und West, sondern darum, Ost und West miteinander zu verbinden und damit die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands einer Lösung näherzubringen. Bundeskanzler *Adenauer*, der in den Pausen der Vorstandssitzung der FDP mehrere

Aussprachen mit Dr. *Pfleiderer* und den Vorstandsmitgliedern hat, bleibt auch nach diesen Gesprächen bei seiner Mißbilligung des Gedankens eines Moskau-besuchs deutscher Parlamentarier. Die CDU-Fraktion erklärt am 18. Mai in einer Entschliebung, sie mißbillige jede Aktion, die Zweifel an der Aufrichtigkeit der deutschen Außenpolitik aufkommen lasse. Der 1. Vorsitzende der SPD, *Erich Ollenauer*, erklärt am 18. Mai in Straßburg, die SPD werde sich an privaten Aktionen zur Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion nicht beteiligen, da sie die Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens bestreite. Für die DP erklärt Dr. *von Merkatz* am 18. Mai, seine Partei lehne eine Beteiligung an einer Moskaureise deutscher Parlamentarier ab. Die Bundestagsfraktion des GB/BHE erklärt am 19. Mai, die Bundesrepublik müsse das Recht haben, zu gegebener Zeit auch die Frage ihrer diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion zu regeln.

- 17.—18. Fünfte Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie in Essen. Bundeswirtschaftsminister Prof. *Erhard* bekennt sich in seiner Rede erneut zu den Grundsätzen des freien Wettbewerbs; er bezeichnet seine im Wirtschaftsausschuß des Bundesrates gemachten Zugeständnisse zum Kartellgesetz als das Höchstmäß von Entgegenkommen, das die Bundesregierung zeigen könne. Den engeren Zusammenschluß der Währungsräume der westlichen Welt mit dem Ziel der Konvertierbarkeit bezeichnet Prof. *Erhard* als den Beginn einer neuen Phase der weltwirtschaftlichen Beziehungen. Der wiedergewählte Präsident des BDI, *Fritz Berg*, erläutert seine in letzter Zeit geäußerte Kritik an der Montanunion. Diese richte sich nicht gegen die Montanunion als solche, sondern gegen die Arbeit der Hohen Behörde. Bei der Arbeit der Montanunion müsse das gegenseitige Mißtrauen überwunden werden. Die deutsche Industrie werde auch weiterhin für die Integration Europas und die Verwirklichung des gemeinsamen Marktes eintreten.

- 17.—19. Europäische Gewerkschaftskonferenz für Jugendfragen, veranstaltet von der europäischen Regionalorganisation des IBFG, in Oberursel (Taunus). Die Konferenz arbeitet Vorschläge zu Verbesserungen auf dem Gebiet der Jugend-Sozialpolitik aus und fordert die Heraufsetzung des Schulentlassungsalters auf 16 Jahre sowie die Mitbestimmung der Gewerkschaften in Fragen der Berufsausbildung. Ferner wird die Bildung eines europäischen Jugendringes vorgeschlagen, dem sowohl nationale Komitees als auch internationale Jugendorganisationen angehören sollen.

- 17.—22. Provinzialsynode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg in Berlin. Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof *Dibelius*, erklärt, eine Reihe neuer Behinderungen der Kirche, insbesondere der kirchlichen Jugend-



arbeit, in der sowjetischen Besatzungszone hätte zu 8000 Kirchenausritten geführt. Bischof Dibelius gibt einen Appell bekannt, in dem der Rat der EKD die Regierungen auffordert, Vereinbarungen über eine internationale Kontrolle der Atomwaffen zu treffen. Der Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Regierung der DDR, Propst *Grüber*, der während der Synode wegen seiner Äußerungen auf dem II. Nationalkongreß der Nationalen Front (vgl. Kurzbericht auf S. 6659) von West-Berliner Pfarrern scharf angegriffen wird, gibt bekannt, daß er schon vor einiger Zeit um seine Pensionierung nachgesucht habe. Bischof Dibelius erklärt dazu, Propst *Grüber* habe die Kirchenleitung mit seinem Rücktritt vor eine vollendete Tatsache gestellt, der nun mit allen Konsequenzen Rechnung getragen werden müsse. In einer Reihe von Entschlüssen wendet sich die Synode u. a. gegen die Schulpolitik der Sowjetzonenregierung, die die Schule zu einer Bekenntnisschule der materialistischen Weltanschauung gemacht habe. Sie fordert die Errichtung evangelischer Schulen im sowjetischen Besatzungsgebiet und die Aufhebung von Behinderungen bei der Kirchensteuererhebung.

19.—20. Besprechungen zwischen Bundeskanzler Dr. *Adenauer* und dem französischen stellvertretenden Ministerpräsidenten *Pierre Henri Teitgen* über die Saarfrage in Straßburg (vgl. Kurzbericht auf S. 6655).

21. Der Bundesrat stimmt entgegen dem Antrag seines Wirtschaftsausschusses dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Kartellgesetzes zu. Dabei wird eine Aenderung eingefügt, die der Bundesregierung anheimstellt, in Ausnahmefällen Kartelle zuzulassen; prinzipiell bleibt jedoch das von Bundeswirtschaftsminister *Erhard* verlangte Kartellverbot bestehen.

Der Bundesrat billigt den Haushaltsplan des Bundes für das Rechnungsjahr 1954/55.

Der Bundestagsabgeordnete der FDP *Hasso von Manteuffel* gibt in einem Interview mit Associated Press Grundzüge eines Alternativplanes zur EVG bekannt. Er empfiehlt die Bildung einer europäischen Koalitionsarmee mit gemeinsamem Oberkommando und gemeinsamem Generalstab, einem gemeinsamen Rüstungs- und Planungsamt und gemeinsamen Kriegsschulen für die Ausbildung des Offiziersnachwuchses. Die parlamentarische Ueberwachung des Oberkommandos der Koalitionsarmee soll einer gemeinsamen parlamentarischen Kontrollinstanz übertragen werden.

24. Die Hohen Kommissare der drei Westmächte fordern den sowjetischen Hohen Kommissar erneut auf, in Verhandlungen über Erleichterungen des Verkehrs zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone einzutreten.

24.—28. Außerordentliche Tagung des Weltfriedensrates in Ost-Berlin. An der Tagung nehmen aus Westdeutschland u. a. der ehemalige Reichskanzler Dr. *Wirth* und der Vorsitzende des Bundes der Deutschen, *Wilhelm Elfes*, teil; beide werden in den Weltfriedensrat gewählt. Der Rat faßt Entschlüssen über das Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen und über die Frage der Sicherheit sowie

eine Empfehlung über die internationale kulturelle Zusammenarbeit.

26. Die Volkskammer der DDR beschließt, vom 27. bis 29. Juni in der DDR eine Volksbefragung „EVG-Vertrag oder Friedensvertrag“ durchzuführen; sie spricht die Erwartung aus, daß auch der Bundestag die gleiche Volksbefragung in der Bundesrepublik veranstalten wird. Am 28. Mai erläßt der Ministerrat der DDR eine entsprechende Verordnung, in der folgende Fragestellung festgelegt ist: „Sind Sie für einen Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen oder für EVG, Generalvertrag und Belassung der Besatzungstruppen auf 50 Jahre?“ Für diese Abstimmung wird das Wahlberechtigungsalter auf 16 Jahre herabgesetzt.

28.—30. Fünfter Bundesparteitag der CDU in Köln (vgl. Kurzbericht auf S. 6660).

### Frankreich

18. In Paris finden diplomatische Konsultationen zur Vorbereitung französisch-amerikanischer Besprechungen zur Behandlung der Indochinafrage statt (vgl. Zeittafel in EA 11/1954, S. 6630).

19. Staatssekretär *Maurice Schumann* befürwortet vor der Außenpolitischen Kommission der Nationalversammlung den EVG-Vertrag. Er weist darauf hin, daß Frankreich im Falle einer Alternative zur EVG, die unvermeidlich wäre, wenn der EVG-Vertrag nicht ratifiziert werden würde, nicht die gleichen Garantien wie im Falle ihrer Verwirklichung erhalten könne. Die Kommission beschließt, über den Bericht des Berichterstatters zum EVG-Vertrag, *Jules Moch*, am 26. Mai abzustimmen. Am 26. Mai beschließt die Kommission, die Abstimmung um zwei Wochen zu vertagen, um sich über den Stand der Saarverhandlungen zu informieren.

19.—20. Besprechungen über die Saarfrage zwischen Bundeskanzler *Adenauer* und dem stellvertretenden französischen Ministerpräsidenten *Teitgen* in Straßburg (vgl. Kurzbericht auf S. 6655).

21. Auf einem Festakt der Pariser Universität zum 50. Jahrestag der Entente Cordiale verliest der britische Botschafter *Sir Gladwyn Jebb* eine Rede Außenminister *Edens*, in der es heißt, die Entente habe ihre Mission, einer deutschen Aggression zu widerstehen, während zweier Weltkriege erfüllt. Es sollten jetzt in Europa Verhältnisse geschaffen werden, unter welchen ein neuer Konflikt zwischen Deutschland und den anderen westlichen Nationen nicht nur undenkbar, sondern auch unmöglich wäre.

Der Diplomat *Francis Lacoste* wird an Stelle von General *Guillaume* zum Generalresidenten in Marokko ernannt.

23.—25. In Paris findet der zweite internationale Industriellenkongreß statt. Etwa 360 Delegierte aus den Vereinigten Staaten und Europa nehmen daran teil. Es werden vier Arbeitsgruppen gebildet, die folgende Themen beraten: Menschliche Beziehungen im Betrieb, Leistungssteigerung, verbunden mit Herabsetzung der Preise im Zuge größerer Produktivität, Verhältnis der Privatindustrie zum Staat, Marktausweitung durch schrittweise Beseitigung der Handelschranken. Zu diesen Themen werden verschiedene Entschlüssen gefaßt.

25. Generalstabschef Paul Ely und die Generale Raoul Salan und Pierre Pelissier, die nach dem Fall von Dien Bien Phu zur Inspektion der militärischen Lage nach Indochina gereist waren, kehren nach Paris zurück und erstatten der Regierung Bericht.

Staatssekretär Schumann erklärt auf eine Frage des Senators Michel Debré im Rat der Republik, die geheimen Protokolle zum EVG-Vertrag über die militärische Organisation der geplanten Streitmacht enthielten lediglich militärische und keine politischen Abmachungen.

30. Der Staatssekretär für die Assoziierten Staaten, Marc Jacquet, tritt zurück. Zu seinem Nachfolger wird der sozialrepublikanische (früher gaullistische) Abgeordnete Raymond Schmittlein ernannt. Schmittlein reicht jedoch schon am 1. Juni seinen Rücktritt ein.

Der außerordentliche Parteikongreß der Sozialisten in Puteaux beschließt mit 1969 gegen 1215 Mandatsstimmen bei 265 Enthaltungen, dem EVG-Vertrag zuzustimmen. In der Debatte hatten sich u. a. Jules Moch, der frühere Industrieminister Lacoste, Daniel Mayer und Edmond Naegelen gegen den Vertrag, André Philip und Guy Mollet für den Vertrag ausgesprochen. Mit 2414 gegen 972 Mandatsstimmen und 60 Enthaltungen beschließt der Kongreß, in der Nationalversammlung Fraktionsdisziplin zugunsten der Ratifikation des EVG-Vertrages zu verlangen. In einer mit 2484 gegen 51 Stimmen und 879 Enthaltungen angenommenen Resolution wird bestimmt, daß Verletzungen dieses Grundsatzes disziplinarisch bestraft werden sollen.

31. Auf dem 10. Parteitag des MRP in Lille wird Pierre Henri Teitgen zum Vorsitzenden der Partei wiedergewählt. In einer mit allen gegen drei Stimmen angenommenen außenpolitischen Resolution wird Außenminister Bidault und Staatssekretär Schumann das Vertrauen ausgesprochen und die Bereitschaft der Partei betont, dem EVG-Vertrag ohne Verzögerung zuzustimmen. Der Kongreß spricht sich ferner für eine baldige Schaffung der Europäischen Politischen Gemeinschaft aus. In einer allgemeinen politischen Resolution heißt es, die Partei werde sich in keinem Falle an einer Regierung oder an einer Koalition beteiligen, die dazu neige, die Außenpolitik Frankreichs in direkter oder indirekter Weise umzukehren.

#### Griechenland

18. Ministerpräsident Papagos spricht sich in einem Interview mit der *New York Times* für eine Militärallianz zwischen Griechenland, Jugoslawien und der Türkei in Form eines Zusatzabkommens zum Balkanpakt aus. Er erklärt, dazu sei keine Zustimmung der NATO notwendig, sondern lediglich die Unterrichtung der NATO über den Abschluß des Abkommens, wie dies in den Fällen des spanisch-amerikanischen und türkisch-pakistanischen Abkommens geschehen sei.
24. In einer gemeinsamen griechisch-bulgarischen Erklärung wird bekanntgegeben, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder aufgenommen werden.

#### Großbritannien

17. Premierminister Sir Winston Churchill stellt im

Unterhaus erneut fest, Großbritannien werde in bezug auf einen Sicherheitspakt zum Schutze Südasiens keinen endgültigen Beschluß fassen, bevor das Ergebnis der Genfer Konferenz feststehe. Die britische Regierung sei aber bereit, nach der Genfer Konferenz die Möglichkeit eines solchen Paktes zu prüfen. Im Augenblick komme es darauf an, auf der Genfer Konferenz eine Einigung zu erzielen. Am 25. Mai erklärt Churchill im Unterhaus nach einer Besprechung mit Außenminister Eden, der zur Berichterstattung über die Genfer Konferenz am 22. Mai in London weilte, die Stabsbesprechungen, wie sie im Rahmen bestehender Gremien zum Teil schon im Gange seien, würden nicht zu bestimmten militärischen Verpflichtungen führen und seien von der Vorbereitung eines Sicherheitspaktes für Südostasien zu trennen.

20. Premierminister Sir Winston Churchill erklärt im Unterhaus zu einem Artikel in der spanischen Zeitung *Arriba* vom 16. Mai, Großbritannien habe Spanien während des Krieges keine Versprechungen hinsichtlich einer Ueberlassung Gibraltars gemacht (vgl. Spanien). Zu den französisch-amerikanischen Besprechungen über Indochina stellt er fest, Großbritannien sei über diese nicht im voraus unterrichtet worden, jedoch habe Außenminister Eden die Angelegenheit mit der amerikanischen Delegation in Genf besprochen, und der britische Botschafter in Washington sei inzwischen über die Verhandlungen unterrichtet worden. Es scheine, daß der französisch-amerikanische Meinungsaustausch nur vorbereitenden Charakter trage und keine Seite neue Verpflichtungen eingegangen sei.

26. Der Vorstand der Labour Party beschließt, die am 18. Mai bestätigte allgemeine Regel, daß Parteibeschlüsse über den politischen Kurs für alle Mitglieder verbindlich seien, in der Angelegenheit der deutschen Wiederbewaffnung nicht anzuwenden, da es sich hierbei um eine Gewissensfrage handle. (Der Vorstand der Labour Party hatte sich am 4. Mai für eine deutsche Wiederaufrüstung ausgesprochen.)

#### Irland

18. Aus den Parlamentswahlen geht die Opposition unter dem früheren Ministerpräsidenten Costello als Sieger hervor.

#### Luxemburg

30. Bei den Parlamentswahlen gewinnt die Christlich-Soziale Partei des Ministerpräsidenten Joseph Bech erneut die Mehrheit. Die Sitzverteilung im Parlament ist folgende: Christliche Demokraten 26 (bisher 21), Sozialisten 17 (19), Liberale 6 (8), Kommunisten 3 (4).

#### Norwegen

28. Der Ministerrat beschließt eine Umbildung der Regierung. Justizminister Kai Knudsen übernimmt am 15. Juni das Verteidigungsministerium.

#### Oesterreich

17. Der sowjetische Hochkommissar beschuldigt die österreichische Regierung einer Verletzung des Kontrollabkommens (vgl. Kurzbericht auf S. 6654).



### Schweden

18. Außenminister *Undén* erklärt vor dem Parlament, eine Anerkennung der DDR sei nicht beabsichtigt, sofern mit normalen Beziehungen solche diplomatischer und rechtlicher Natur gemeint seien, die man mit einem neugebildeten Staat aufzunehmen pflege.

### Spanien

21. In einer Erklärung zu den Ausführungen Premier-

ministers Sir *Winston Churchills* am 20. Mai im britischen Unterhaus (vgl. Großbritannien) stellt das Außenministerium fest, die britische Regierung habe Spanien zwischen 1940 und 1942 nicht nur versprochen, im Falle seiner Neutralität die Ueberlassung Gibraltars nach dem Kriege zu erwägen, sondern auch in Aussicht gestellt, die spanischen Ansprüche in Nordafrika zu unterstützen und Spanien als Großmacht im Mittelmeer anzuerkennen.

## Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

### AMERIKA

#### Guatemala

17. Erklärung des amerikanischen Außenministeriums zu Waffenlieferungen aus den Ostblockstaaten (vgl. Vereinigte Staaten).

#### Vereinigte Staaten

17. Der Oberste Gerichtshof erklärt die Rassentrennung in den öffentlichen Schulen für verfassungswidrig. Das Außenministerium gibt bekannt, es habe zuverlässige Informationen, daß in Guatemala auf dem Schiffswege eine größere Waffenlieferung aus Osteuropa eingetroffen sei. Es betrachte diese Entwicklung als schwerwiegend.

18. Die *New York Times* berichtet aus Jakarta, Indonesien erwäge, die Regierungen von Burma und Indien einzuladen, einen Nichtangriffspakt mit der Chinesischen Volksrepublik abzuschließen. Die diplomatischen Vertreter Indiens, Burmas und Indonesiens hatten der amerikanischen Regierung am 13. Mai mitgeteilt, daß ihre Länder an einem kollektiven Sicherheitssystem für Südostasien nicht teilnehmen würden.

19. Präsident *Eisenhower* deutet vor der Presse an, die geplante Verteidigungsallianz zum Schutze Südostasiens könne auch ohne Mitwirkung Großbritanniens zustande kommen. Am 20. Mai erklärt der neuseeländische Außenminister, *Clifton Webb*, nach Besprechungen mit Präsident *Eisenhower* und Außenminister *Dulles*, er könne sich ein befriedigendes Verteidigungssystem in Südostasien ohne die Mitwirkung Großbritanniens nicht vorstellen.

25. Außenminister *Dulles* erklärt vor der Presse, in den gegenwärtig stattfindenden französisch-amerikanischen Besprechungen über die Lage in Indochina sei kein französisches Ersuchen über eine amerikanische Intervention in Indochina behandelt worden. Dagegen habe Frankreich um eine Zusammenstellung der Bedingungen ersucht, welche die Vereinigten Staaten für eine Intervention stellen würden. Diese Bedingungen seien: Die Vereinigten Staaten würden sich einem kollektiven Vorgehen zur Rettung der Freiheit, nicht aber des Kolonialismus anschließen; die anderen Nationen in Südostasien und die Vereinten Nationen müßten ein solches Vorgehen billigen; der amerikanische Kongreß müßte jede bewaffnete Intervention der Vereinigten Staaten genehmigen.

31. Präsident *Eisenhower* erklärt in der Columbia-Universität, die Verhandlungen mit der Sowjetunion über Atomfragen seien bisher enttäuschend gewesen; die

Vereinigten Staaten würden jedoch mit Verhandlungen in dieser Angelegenheit wie in allen anderen Fragen von internationaler Bedeutung fortfahren.

### ASIEN

#### Indien

18. Ministerpräsident *Nehru* erklärt im Staatsrat, die Lage in Korea könne vielleicht gebessert werden, wenn die Regierungen Süd- und Nordkoreas zwar weiterhin getrennt funktionierten, als Uebergangslösung aber eine lose Föderation mit irgendeiner gemeinsamen Struktur an der Spitze annehmen würden.

#### Indonesien

29. Außenminister *Sunario* erklärt, seine Regierung habe bei mehreren asiatischen Nationen offizielle Schritte für den Zusammentritt einer Asienkonferenz im Jahre 1954 unternommen.

#### Pakistan

19. In Karatschi wird ein gegenseitiges Verteidigungshilfsabkommen zwischen Pakistan und den Vereinigten Staaten unterzeichnet. Der pakistanische Außenminister, *Mohammed Zafrullah Khan*, stellt nach der Unterzeichnung fest, das Abkommen schließe nicht die Ueberlassung militärischer Stützpunkte an die Vereinigten Staaten ein und sei kein Militärbündnis.

#### Südkorea

19. Bei den Parlamentswahlen, die unter Beobachtung der Vereinten Nationen stattfinden, gewinnt die Liberale Partei des Präsidenten *Syngman Rhee* erneut die Mehrheit.

### AUSTRALIEN

#### Australischer Bund

29. Bei den Parlamentswahlen gewinnt die Labour-Opposition an Stimmen. Die liberale Regierung *Menzies* behält jedoch eine geringe Mehrheit.

## Organisation der Vereinten Nationen

### Sicherheitsrat

29. Der thailändische Vertreter bei den Vereinten Nationen ersucht um die Einberufung des Sicherheitsrates. Er erklärt in einer Note an den Präsidenten des Rates, die Gefahr eines Uebergreifens der Feindseligkeiten in Indochina auf thailändisches Gebiet, die Bedrohung des Friedens und die erneuten Spannungen machten die Entsendung von Beobachtern des Sicherheitsrates nach Indochina erforderlich.

## Bücher und Broschüren

Britain. An Official Handbook. Prepared by the Central Office of Information. London: Her Majesty's Stationery Office 1953. 334 S. 10 s.

Auf rund 300 Seiten gibt das Handbuch eine ganz ausgezeichnete Übersicht über die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen und Verhältnisse in Großbritannien. Die Angaben richten sich nach dem Stand von 1952. Sie zeigen aber auch die Entwicklung durch historische Hinweise und Vergleichszahlen aus früheren Jahren. Eine Reihe von Tabellen und Karten sowie eine umfangreiche Bibliographie ist beigegeben.

Clark, Grenville, und Louis B. Sohn: Peace through Disarmament and Charter Revision. Detailed Proposals for Revision of the United Nations Charter. o. O. Juli 1953. 149 S.

Economic Problems of Underdeveloped Countries in Asia. Edited by B. K. Madan, Indian Council of World Affairs, New Delhi. Bombay — Calcutta — Madras — London: Oxford University Press 1953. 290 S.

De Europese Instituten voor de Studie en de Verbreiding van het Internationaal en vergelijkend Recht. (Volkenrechtelijke Berichten, 3de Jaargang 1954, Nr. 1.) Hrg.: Ministerie van Buitenlandse Zaken en Buitenlandse Handel. Brüssel: Dienst voor Buitenlandse Wetgeving 1954. Hektographiert, 240 S.

Förster, Karl: Wasserstraßen und Raumplanung. (Schriftenreihe des Zentral-Vereins für deutsche Binnenschifffahrt e. V., Heft 66.) o. O. 1954. 103 Seiten.

Wenn sich die vorliegende Veröffentlichung auch im wesentlichen auf Deutschland beschränkt und hier in verdienstvoller Weise die gemeinsamen Aufgaben aller Verkehrsmittel unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten berücksichtigt, so wird doch deutlich, daß das Thema „Wasserstraßen“ ohne Rücksicht auf nationale Grenzen behandelt werden muß. Bei der Untersuchung der zentralisierenden oder dezentralisierenden Wirkung der Wasserstraßen stellt sich nicht nur das in der Raumplanung entscheidend wichtige Problem der Auflockerung großer industrieller Kerngebiete, sondern auch das der Eignung der Binnenschifffahrt zur Erschließung von Großräumen, wie moderne Wasserstraßenbauten in den USA und der UdSSR gezeigt haben. Diese Tatsache ist für die Entwicklung Europas bedeutsam.

Foreign Trade Zones in the USA. Published by the Organisation for European Economic Co-operation. Paris 1954. 67 S. (Technical Assistance Mission No 28).

Growing Food for a growing World. The Work of FAO 1952/53. Herausgegeben von der Food and Agriculture Organization of the United Nations. Rome: February 1954. 38 S.

Hickmann, Ernst: Aufbaupläne und wirtschaftlicher Fortschritt in unterentwickelten Gebieten. Hrg. Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung. Bremen: Friedrich Trüben Verlag 1954. 130 S.

Der Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung hat seit Jahren alle staatlichen und überstaatlichen Entwicklungspläne und großen Entwicklungsvorhaben im In- und Auslande beobachtet.

Einer ersten zusammenfassenden Arbeit von H. Schuster (1951) folgt diese Untersuchung von E. Hickmann. Er schildert den Prozeß der Mechanisierung, die zahlreichen Wirtschaftspläne und ihre Durchführung. Besonders Augenmerk widmet der Verfasser den Investitionsproblemen in den verschiedenen Ländern. Der Beitrag Großbritanniens und der übrigen Kolonialmächte zur wirtschaftlichen Erschließung der unterentwickelten Gebiete wird eingehend untersucht. Einen großen Raum nehmen die Kapitel über

das Technical Assistance Program der Vereinigten Staaten und der Colomboplan ein sowie die Rolle der Weltbank und der Export-Import-Bank in Washington. Der Bericht zeigt auch die allgemeine Problematik aller Entwicklungspläne. Sie beruht nicht nur auf dem großen Unterschied der Lebenshaltung der verschiedenen Völker, sondern auch auf den mutmaßlichen Rückwirkungen, welche die wirtschaftliche Erschließung dieser Länder auf die Volkswirtschaften der klassischen Welthandelsnationen haben wird. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß es Jahrzehnte dauern wird, bis das wirtschaftliche Niveau der unterentwickelten Gebiete dem der alten Industrieländer so weit angeglichen sein wird, wie dies angesichts der natürlichen Gegebenheiten überhaupt möglich ist. Durch Einschaltung in die Entwicklungsvorhaben kann sich die deutsche Industrie, insbesondere die Kapitalgüterindustrie, die Möglichkeit zusätzlich, auf lange Sicht berechneter Beschäftigung sichern. Er warnt davor, diese Möglichkeiten in Zeiten guter Konjunktur zu vernachlässigen.

Italian Genocide Policy against the Slovenes and the Croats. A Selection of Documents. Beograd: Institute for International Politics and Economics 1954. 199 S.

Jones, F. C.: Japan's new Order in East Asia. Its Rise and Fall 1937—45. Issued under the joint auspices of the Royal Institute of International Affairs and the Institute of Pacific Relations. London — New York — Toronto: Oxford University Press 1954. 498 S. 38 s.

Legaret, Jean, und E. Martin-Dumesnil: La Communauté Européenne de Défense. Etude Analytique du Traité du 27. Mai 1952. Paris: Librairie J. Vrin 1953. 275 S.

Der generelle und aktuelle Wert dieser Veröffentlichung liegt in ihrem dritten Teil, der eine kritische Würdigung des EVG-Vertrages im Hinblick auf den französischen Standpunkt enthält. Nachdem die Verfasser im ersten Teil einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung seit dem Ersten Weltkrieg und im zweiten Teil eine Darstellung der Organe und Zuständigkeiten der Gemeinschaft bringen, stellen sie im wesentlichen dritten Teil die Probleme heraus, die sich aus der Souveränität Frankreichs, seiner Verfassung, im Hinblick auf die französische Nationalarmee, auf die Französische Union, die Wirtschaft, die Rechtsprechung sowie hinsichtlich der europäischen Nicht-Mitgliedstaaten ergeben; ferner beleuchten die Verfasser die besondere Problematik, die sie in der deutschen Mitgliedschaft erblicken. Schließlich wird systematisch zusammenfassend ein Wegweiser für das Verständnis des Vertragswerkes gebracht. Das Buch ist ein willkommener Beitrag zum Verständnis der mannigfachen Gesichtspunkte für den französischen Standpunkt.

Locher, Th. J. G.: Die Ueberwindung des europäo-zentrischen Geschichtsbildes. Hrg. Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag GmbH. 1954. 18 S.

Verfasser bejaht die Frage nach der Berechtigung eines zeitbedingten Geschichtsbildes. In einem Rückblick auf die abendländische Geschichtsschreibung analysiert er die Geschichtsbilder der Vergangenheit und das Verhältnis von National- und Universalgeschichte. Sein Ergebnis: „In dem Maße, als mit dem Heranwachsen des Historismus die eigenen Kulturwerte relativiert wurden, indem ihre metaphysischen Grundlagen ins Schwanken geraten waren, ist das abendländische Auge für fremde Weisheit und Schönheit aufgegangen. Allein die Früchte blieben reserviert für den Tisch der Spezialisten. Sie bildeten keine Nahrung für die breiteren Gruppen der Gebildeten. Ihr Geschichtsbild blieb europäozentrisch.“

Bezeichnenderweise sei die Wendung des ptolemäischen zum kopernikanischen Weltbild von Rußland ausgegangen, wo Danilewskij 1870 die Berechtigung des europäozentrischen Geschichtsbildes bestritten habe und damit zum Vorläufer von Spengler und Toynbee geworden sei. Die Zweifel von Croce und Troeltsch an der Möglichkeit einer Universalgeschichte teilt der Verfasser nicht, sondern empfiehlt



- „das vergleichende Studium gleichartiger oder doch verwandter Erscheinungen bei verschiedenen Kulturen“. Schließlich begründet der Verfasser den Sinn einer neuen Geschichtsschreibung: „Sie bedeutet keine Verleugnung des eigenen Kulturerbes, aber die Aufgabe unserer Zeit ist, der einen Welt, die wir durch alle Verschiedenheit hindurch bei Strafe des Unterganges verwirklichen müssen, ihren historischen Hintergrund zu schenken.“
- Longrigg, Stephen Hemsley: Oil in the Middle East, Its discovery and development. Issued under the auspices of the Royal Institute of International Affairs. London — New York — Toronto 1954. 305 S. 25 s.
- Lord Hankey: Politics, Trials and Errors. Oxford: Pen-Ins-Hand Publishing Co. Ltd. 1950. 150 S.
- Major Problems of United States Foreign Policy 1954. Prepared by the Staff of The Brookings Institution. Washington 1954. 429 S. College Edition \$ 2.00.
- Näf, Werner: Das Ueberstaatliche in der Geschichte. Hrsg. Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge. Wiesbaden: Franz Steiner Verlag GmbH. 1954. 22 S.
- Verfasser zeichnet einige Querschnitte der europäischen Geschichte seit dem 13. Jahrhundert und kommt mit ihrer Hilfe zu einer Begriffsbestimmung des „Ueberstaatlichen“ in der europäischen Geschichte: „Es ist die Macht des Religiösen, die Verbindlichkeit des Rechts, die Stimme des Gewissens, die Gut und Böse scheidet, die ethische Verpflichtung, von der Gerechtigkeit bis zum Mitleid; es sind aber auch die Werte des Schönen und Wahren, Kunst und Wissenschaft, die den Menschen insgesamt erstrebenswert und zugänglich sind; es ist das umschlingende Bedürfnis der Freiheit, der Sicherheit in Haus und Familie, der Wohlfahrt, des Besitzes einer Heimat; es ist die Fähigkeit der Hingabe an Menschen und Dinge außer mir, an meine Nächsten und an das Fernste.“
- Das „Ueberstaatliche“ hat Beziehung und Wirkung auf das „Staatliche“ und „Zwischenstaatliche“ und wurzelt im „Unterstaatlichen“, einem Begriff, den der Verfasser erstmalig gebracht und damit zugleich das „Nicht-Staatliche“ meint, „das über der Sphäre des Staatlichen schwebt oder unter der Schranke des Staatlichen liegt.“ Das „Unterstaatliche“ sei eine Bezeichnung für „einen Grundwasserspiegel des Lebens, der stets vorhanden ist und im 18. Jahrhundert zu strömen begann. Vom Unterstaatlichen kann sich der Bogen unmittelbar zum Ueberstaatlichen schwingen.“
- Obwohl der Staat sich nicht aufgeben kann, „kann er aber dazu kommen, gemeinschaftsfähig zu werden, indem er das Menschliche in den Staatsgedanken aufnimmt. Sofern eine Hoffnung schimmert: hier kann jeder einzelne etwas tun und leisten. Mit Zuversicht! Denn niemals schwindet das Ueberstaatliche völlig aus der Geschichte, und jederzeit ist es einer Wiedergeburt fähig.“
- The Problem of the Veto in the United Nations Security Council. Staff Study No 1. Subcommittee on the United Nations Charter, 83d Congress, 2d Session, Committee Print. Washington: United States Government Printing Office 1954. 23 S.
- La Portée Economique d'une Communauté Politique Européenne. Ligue Européenne de Coopération Economique (Publication No. 14). Bruxelles: Mars 1954. 25 S.
- Raupach, Hans: Die Agrarwirtschaft der Sowjetunion seit dem Zweiten Weltkrieg. Organisation und Erträge. Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung, Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte, herausgegeben von Werner Markert. Göttingen — Tübingen: 1953. VI, 59 S. DM 5.—.
- Recent Correspondence with the Soviet Government regarding Austria, December 28, 1951 — January 12, 1954. Presented by the Secretary of State for Foreign Affairs to Parliament by Command of Her Majesty, January 1954. London: Her Majesty's Stationery Office 1954. 63 S. £ —1/9 (Cmd. 9041).
- Reichhold, Ludwig: Europäische Arbeiterbewegung. 2 Bde. Frankfurt am Main: Verlag Josef Knecht, Carolusdruckerei 1953. 390 S.; 340 S.
- Der Verfasser, seit 1930 journalistisch tätig, 1934 bis 1938 leitend in der christlichsozialen Arbeiterzeitung in Wien, nach Kriegsdienst und Gefangenschaft ab 1947 Redakteur des „Kleinen Volksblattes Wien“, legt eine abgeschlossene umfassende Deutung der europäischen Arbeiterbewegung vor. Der Plan entstand 1943 im Rahmen einer Zusammenkunft mit Leuschner, Kaiser, Wirmir und Habermann. Das damalige Thema, die künftige einheitliche Gewerkschaftsorganisation, wurde nach dem Krieg durch die Auseinandersetzung mit der russischen und der amerikanischen Entwicklung erweitert und fand in der vorliegenden vergleichenden Typologie der europäischen mit der amerikanischen und russischen Arbeiterbewegung ihren Niederschlag.
- Die eingehende Analyse arbeitet reiche Perspektiven der europäischen Arbeiterschaft als einer historischen Sondererscheinung heraus, die nur in Europa diese Gestalt finden konnte. Aufbauend auf dem tausendjährigen Erbe untersucht der Verfasser den Kampf der Arbeiterschaft, insbesondere im 19. und 20. Jahrhundert, um Freiheit und Menschenwürde, um ihren Anteil am Staat und um die Selbstverwaltung ihrer gesellschaftlichen Leistung bis zur Erreichung dieser Ziele.
- In der Gegenwart sieht der Verfasser Verständigungsmöglichkeiten zwischen den bisher getrennten Richtungen der Arbeiterbewegung: die Entwicklung drängt zu einer spezifisch europäischen Definition der Arbeiterbewegung. Einer Selbstverständigung der europäischen Arbeiterschaft im Kampf um die Einheit Europas den Boden zu bereiten, bezeichnet der Verfasser als sein Anliegen.
- Schmitz, Wolfgang: Die wirtschaftliche Integration Europas. Stand und Möglichkeiten im Spiegel des Wiener Kongresses der Internationalen Handelskammer. München: R. Oldenbourg 1953. 36 S.
- Tessier, Jacques: A European Economic and Social Council. Preparatory Paper for Second Westminster Conference. o. O. Januar 1954. 31 S.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft. Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV).

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Böttghe, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Dr. Walter E. Genzer, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guillon, Paris; Dr. Walter Hofer, Berlin; Dr. Walter Karbe, Frankfurt; Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 78021.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1954 by Institut für Europäische Politik und Wirtschaft, Frankfurt a. M.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimer Straße 16–18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.— zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalschluss beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst. Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstr. 20, Telefon 73347.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

# MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONSABTEILUNG DES EUROPARATS

## Die Tätigkeit des Europarats im Mai 1954

### Vierzehnte Sitzung des Ministerkomitees und Erster Teil der Sechsten Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung

#### I. Tagungen der Organe des Rates MINISTERKOMITEE

Die vierzehnte Sitzung des Komitees der Außenminister hat vom 18. bis 20. Mai unter dem Vorsitz des Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Dr. K. Adenauer, in Straßburg stattgefunden.

Die Minister billigten den Inhalt ihres fünften Berichts und einer den Entwurf eines Aktionsprogramms enthaltenden Sonderbotschaft an die Beratende Versammlung. In der Einleitung der Botschaft wird betont, daß der der Versammlung unterbreitete Entwurf einen Versuch darstelle, der Idee, der zufolge der Europarat „den allgemeinen Rahmen der europäischen Politik“ bilden solle, „Gestalt und Substanz“ zu geben.

„Es ist offenbar, daß auf den in Artikel 1 des Statuts genannten Gebieten die Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens der Regierungen noch längst nicht erschöpft sind, sei es durch den Abschluß von europäischen Konventionen oder Abkommen — einschließlich von Teilabkommen —, sei es durch Harmonisierung der internen Gesetzgebung der Mitgliedstaaten oder in Form irgendeines anderen Unternehmens. In geeigneten Fällen ließe sich eine Beteiligung von Nicht-Mitgliedstaaten an einer solchen Aktion einrichten... Wir sind ebenfalls der Meinung, daß die Fortschritte der geplanten Zusammenarbeit auf verschiedenen technischen Gebieten das Bewußtsein einer engeren Zusammengehörigkeit unter den Mitgliedern des Rates mit sich bringen werden.“

Was die Rollen der Versammlung beziehungsweise des Ministerkomitees und ihr beiderseitiges Zusammenwirken betrifft, glauben die Minister, daß es ihre Aufgabe ist, eine gemeinsame Aktion der Regierungen zu veranlassen und für ihren Fortgang zu sorgen. Die Versammlung

„... soll weiter Empfehlungen an unser Komitee richten... sie wird noch verdrießliche Erfahrungen machen. Die Anwendung der Einstimmigkeits-Vorschrift bei dem Komitee — ungeachtet der Möglichkeit, Teilabkommen zu schließen — und die verschiedenen Gebräuche und Traditionen der Mitgliedsländer vereinigen sich oft zu einem Hindernis, das der vollen Ausführung der Vorschläge der Versammlung entgegensteht. Es sind aber Fortschritte gemacht worden, und die Versammlung hat einen großen Teil dazu beigetragen. Was das Aktionsprogramm betrifft, besteht kein Zweifel darüber, daß die Versammlung ihre Rolle dabei zu spielen hat, nicht nur in seiner Ausarbeitung, sondern auch bei seiner praktischen Durchführung.“

Die Abfassung von Empfehlungen ist jedoch nicht die einzige Aufgabe der Versammlung.

„Sie hat die ebenso wichtige Mission, mit ihren Debatten über die großen Tagesprobleme der öffentlichen Meinung als Wegweiser zu dienen. Wir möchten deshalb auch mit besonderer Befriedigung die Tatsache feststellen, daß im vergangenen September eine große politische

Debatte stattgefunden hat. Ebenfalls beglückwünschen wir die Versammlung zu der sehr bedeutenden Arbeit, die sie in der Saarfrage geleistet hat, und wünschen, daß eine darauf aufbauende Lösung baldigst gefunden werden kann.“

Der Einfluß der Debatten der Versammlung auf die öffentliche Meinung könnte verstärkt werden, wenn die nationalen Parlamente der Diskussion über Probleme des Europarats mehr Zeit widmen würden.

„Wir haben uns vorgenommen, den Regierungen zu empfehlen, ihr Möglichstes zu tun, um dies zu erreichen.“

Die Einzelheiten des Berichts und der Sonderbotschaft des Ministerkomitees (Dokumente der Versammlung Nr. 237 und Nr. 238) werden in den entsprechenden Abschnitten unten gebracht.

Die Minister haben auf Grund einer von dem Präsidium der Versammlung eingereichten Liste von Kandidaten die Mitglieder der Europäischen Kommission der Menschenrechte gewählt. Sie nahmen die Erklärungen von Herrn Pierre Schneider entgegen, der die Aktion umriß, die er als Sonderbeauftragter des Rates für nationale Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse zu unternehmen gedenkt, und diejenigen des holländischen Außenministers, Herrn Beyen, über den vor kurzem gemachten holländischen Vorschlag betreffs der Schaffung eines Fonds zur Lösung der Probleme der internationalen Flüchtlinge.

Mit Zustimmung der Abgeordneten der Versammlung in dem Gemischten Ausschuß beschlossen sie, die Versammlung zu ersuchen, die Ausführung der Entschließung 41 (Annahme einer Fahne) so lange zu verschieben, bis die beiden Organe über die Wahl einer Fahne ein Uebereinkommen erzielt haben. Hinsichtlich einer multilateralen kulturellen Zusammenarbeit wurde eine Entschließung angenommen. (Einzelheiten siehe unter den entsprechenden Abschnitten.)

Vor der Sitzung des Ministerkomitees und im Anschluß daran fanden Zusammenkünfte ihrer Stellvertreter unter Vorsitz von Herrn K. Overbeck (Bundesrepublik Deutschland) statt. Während ihrer ersten Tagung (vom 11. bis 17. Mai) nahmen die Stellvertreter einen Vorschlag an, nach dem die Zahl der Abgeordneten der Beratenden Versammlung des Europarats, die die Verbindung mit der OEEC wahrnehmen, auf drei erhöht werden soll; bisher wurde die Versammlung durch Lord Layton vertreten. (Später entschied der Ständige Ausschuß, daß die Präsidenten der Ausschüsse für Wirtschaftsfragen und für Soziale Fragen die beiden anderen Vertreter werden sollen.) Auf ihrer Sitzung am 21. Mai hörten die Stellvertreter einen mündlichen Bericht des Generalsekretärs über die Konferenz für Europäische Zivile Luftfahrt (siehe unten „Andere Tagungen“) und nahmen eine vorläufige Diskussion über bestimmte Fragen auf, die ihnen



von den Ministern übermittelt worden waren. Die Stellvertreter kamen überein, am 29. Juni wieder in Straßburg zusammenzutreten.

#### GEMISCHTER AUSSCHUSS

Der Gemischte Ausschuß trat am Vormittag des 19. Mai unter Vorsitz von Herrn *François de Menthon* zusammen. Es fand ein Meinungsaustausch über verschiedene Fragen statt, zu denen die Minister die Stellungnahme der Versammlung kennenzulernen wünschten, bevor sie eine Entscheidung trafen. Die zur Debatte stehenden Fragen waren vor allem die Ernennung eines neuen Chefs des Verwaltungsdienstes der Versammlung, die Fahne des Europarats und die Uebermittlung von Texten, über die die Versammlung abgestimmt hat, an die Regierungen und an zwischenstaatliche Organisationen. Es wurde beschlossen, daß demnächst eine aus drei Ministern und drei Abgeordneten bestehende Arbeitsgruppe zusammenkommen soll, um die Prüfung der letzten Frage fortzusetzen. Diese drei Abgeordneten wurden am 29. Mai von dem Ständigen Ausschuß benannt. Es sind Herr *von Brentano* (Deutscher), Herr *de Menthon* (Franzose) und Herr *Robens* (Engländer).

#### BERATENDE VERSAMMLUNG

Die Beratende Versammlung nahm am 20. Mai unter Vorsitz ihres Alterspräsidenten, Herrn *Boggiano-Pico*, die Prüfung der Mandate der 127 Abgeordneten vor (5 Sitze blieben unbesetzt), die von den Parlamenten zur Teilnahme an der Sechsten Ordentlichen Sitzungsperiode benannt waren. Danach sprach Bundeskanzler Dr. *Adenauer* in seiner Eigenschaft als Präsident des Ministerkomitees zu der Versammlung.

#### Rede von Dr. Adenauer

Der Präsident des Ministerkomitees gab seiner Genugtuung über die seit fünf Jahren vom Europarat geleistete Arbeit Ausdruck. Er führte aus, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten am 7. Mai 1953 beschlossen hätten, zur Beschleunigung der europäischen Zusammenarbeit auf möglichst vielen Gebieten ein Aktionsprogramm aufzustellen, das die Aufgaben festlegte, die zu erfüllen seien, und daß dieses Programm der Versammlung in Form einer Sonderbotschaft vorgelegt werde.

Nachdem er die wesentlichen Punkte dieses Programms erläutert hatte, erklärte der Kanzler, man müßte sich über die Methode des Vorgehens einigen, die Mittel aber könnten vielfältig sein, vorausgesetzt, daß sie in Einklang miteinander ständen. In diesem Zusammenhang unterstrich er, daß es keinen Gegensatz zwischen einer groß-europäischen und kleineuropäischen Auffassung gebe — einer Gemeinschaft der Europaratsstaaten und der Sechsergemeinschaft. Diese letztere ordne sich dem allgemeinen politischen Rahmen des Europarats ein. Dr. *Adenauer* drückte die Hoffnung aus, daß eines Tages alle europäischen Staaten in diesem Rahmen zusammenarbeiten werden. Er betonte die Notwendigkeit, die Bemühungen um die europäische Vereinigung ohne Nachlassen fortzusetzen; Europa sei ein Teil des „weltweiten Spannungsfeldes“, und die letzten Ereignisse seien nicht ohne Gefahr. Dieser Gefahr gegenüber sei „kein Mitglied dieser europäischen Gemeinschaft heute für sich allein in der Lage, seine Existenz zu schützen“; es sei „gefährlich, geschichtliche Gelegenheiten zu versäumen“. Der Kanzler

schloß, indem er zur Einigung Europas aufrief, zur Erhaltung des Friedens und der Freiheit.

#### Wahl des Präsidiums

Herr *Guy Mollet* (Franzose) wurde, nachdem der bisherige Präsident, Herr *de Menthon*, seine Kandidatur zurückgezogen hatte, im zweiten Wahlgang zum Präsidenten der Versammlung gewählt. Die sechs neugewählten Vizepräsidenten sind die folgenden: Herr *von Brentano* (Deutscher), Lord *Layton* (Engländer), Herr *Boggiano-Pico* (Italiener), Herr *Elmgren* (Schwede), Herr *Ete* (Türke), Herr *van der Goes van Naters* (Holländer).

#### Präsidien der Ausschüsse

Nach der Konstituierung der sieben „Hauptausschüsse“ und der drei Sonderausschüsse wählten diese ihre Präsidien wie folgt:

Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten:

Präsident: Herr *de Menthon* (Franzose),  
Vizepräsidenten: Herr *Robens* (Engländer),  
Herr *Struye* (Belgier).

Ausschuß für Wirtschaftsfragen:

Präsident: Herr *Federspiel* (Däne),  
Vizepräsidenten: Herr *Kapteijn* (Holländer),  
Herr *Ete* (Türke).

Ausschuß für Juristische und Verwaltungsfragen:

Präsident: Herr *Rolin* (Belgier),  
Vizepräsidenten: Herr *Azara* (Italiener),  
Herr *Kiesinger* (Deutscher).

Ausschuß für Soziale Fragen:

Präsident: Herr *Heyman* (Belgien),  
Vizepräsidenten: Herr *Mutter* (Franzose),  
Fräulein *Burton* (Engländerin).

Ausschuß für Kulturelle und Wissenschaftliche Fragen:

Präsident: Herr *Smit-Ingebrechtsen* (Norweger),  
Vizepräsidenten: Herr *Galletto* (Italiener),  
Herr *Peart* (Engländer).

Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunitäten:

Präsident: Herr *van Cauwelaert* (Belgier),  
Vizepräsidenten: Herr *Chetwynd* (Engländer),  
Herr *Kraft* (Däne).

Ausschuß für Bevölkerungs- und Flüchtlingsfragen:

Präsident: Herr *Pernot* (Franzose),  
Vizepräsidenten: Herr *Boggiano-Pico* (Italiener),  
Lord *Henderson* (Engländer).

#### Sonderausschüsse

Landwirtschaft:

Präsident: Herr *Gerns* (Deutscher),  
Vizepräsidenten: Herr *de Kinder* (Belgier),  
Herr *Lucifero* (Italiener).

Nicht vertretene Nationen:

Präsident: Herr *Wistrand* (Schwede),  
Vizepräsidenten: Herr *Pezet* (Franzose),  
Herr *Goedhart* (Holländer).

Kommunale und Regionale Angelegenheiten:

Präsident: Herr *Chaban-Delmas* (Franzose),  
Vizepräsidenten: Herr *Schmal* (Holländer),  
Herr *Bowden* (Engländer).

Sonderausschuß für Angelegenheiten der Katastrophen in Griechenland:

Präsident: Herr *Delbos* (Franzose).

*Ernennung des Leiters  
des Verwaltungsdienstes der Versammlung*

Am 24. Mai ernannte die Versammlung auf Empfehlung des Ministerkomitees den neuen Leiter ihres Verwaltungsdienstes im Rang eines stellvertretenden Generalsekretärs, an Stelle von Herrn Carraciolo, der aus persönlichen Gründen seinen Rücktritt eingereicht hatte.

Drei Kandidaten waren von den Ministern empfohlen worden: Herr Farace vom italienischen Außenministerium, Graf von Spreti, Mitglied des Bundestages und der Beratenden Versammlung, und Herr Struycken, Direktor der politischen Abteilung des Generalsekretariats des Rates. Nachdem Herr Farace seine Kandidatur zurückgezogen hatte, hatte die Versammlung zwischen den beiden verbleibenden Kandidaten zu wählen.

Mit 74 Stimmen gegen 28 Stimmen für Graf von Spreti wurde Herr Arnold Struycken zum Leiter des Verwaltungsdienstes der Versammlung ernannt.

Nach der Abstimmung betonte Lord Layton, der bei der Sitzung präsiidierte, daß ein bedeutender Fortschritt bezüglich der Zuteilung ausgedehnter Vollmachten für die Versammlung erzielt worden sei. Wie diejenigen der nationalen Parlamente hätten sich diese Vollmachten durch den Brauch entwickelt. Die Versammlung habe von nun an viel größere Freiheit der Wahl bei der Ernennung ihrer Beamten, als eine strikte Auslegung des Statuts vorauszusehen erlaubt hätte. Die Minister hätten die Grundsätze der Empfehlung 49 (vgl. Mitteilungen des Europarats in Europa-Archiv 22/1953, S. 6115) gebilligt; sie hätten der Versammlung mehr als einen Kandidaten genannt. Die Versammlung müsse den Ministern dafür danken, daß sie ihre Auffassung in dieser Angelegenheit berücksichtigt hätten.

Herr de Menthon sprach im Namen der Versammlung die Anerkennung für die wertvollen Dienste aus, die Herr Carraciolo dem Europarat seit fünf Jahren geleistet hat.

Während der Sitzung am 24. Mai wurde Herr Struycken der Versammlung durch ihren Präsidenten offiziell vorgestellt und auf der Sitzung am 25. Mai um 10 Uhr in sein neues Amt eingesetzt. Herr Struycken gab dann vor dem Präsidium der Versammlung die in dem Statut geforderte feierliche Erklärung ab. Er legte sie ebenfalls vor dem Ministerkomitee ab.

*Schluß*

Am 29. Mai um 14 Uhr erklärte der Präsident der Versammlung die Sechste Ordentliche Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung für unterbrochen bis zum 13. September 1954.

**II. Gemeinsame Sitzung der Beratenden Versammlung und der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl**

Die Zweite Gemeinsame Sitzung der Mitglieder der Beratenden Versammlung und der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hat am 21. Mai stattgefunden. Den Vorsitz führten nacheinander die Präsidenten beider Versammlungen.

*Ansprache von Herrn Monnet*

Nachdem der Präsident das Verfahren für die Gemeinsame Sitzung erklärt hatte, erteilte er dem Präsidenten

der Hohen Behörde der Kohle- und Stahlgemeinschaft, Herrn Jean Monnet, das Wort.

Zu dem Thema der Beziehungen der Gemeinschaft zu Nicht-Mitgliedstaaten erklärte Herr Monnet:

„Wir treten nun in das Stadium praktischer Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und Ländern, die ihr nicht angehören, ein... Hinsichtlich der Transportfrage finden wichtige Verhandlungen mit der österreichischen Regierung und mit Schweizer Sachverständigen statt... Die Hohe Behörde und die britische Regierung werden demnächst in London Beratungen abhalten als Einleitung zu Verhandlungen, die, wie wir nicht zweifeln, zur Assoziation mit Großbritannien führen werden.“

Herr Monnet zog dann die Folgerungen aus dem europäischen Experiment der sechs Länder der Gemeinschaft. Er stellte fest, daß innerhalb des gemeinsamen Marktes der Warenaustausch zugenommen hat; sowohl die Regierungen wie die Unternehmen richteten sich nach Entscheidungen, die von gemeinsamen Institutionen getroffen worden sind.

Das von der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden finanzierte Kompensations-System zum Zweck von Verbesserungen bei belgischen und italienischen Kohlengruben sei ein Beweis der Solidarität unter den sechs Ländern; offensichtlich liege es im Interesse jedes Landes, daß die weniger ertragreichen Industrien auf das Niveau der übrigen gebracht werden, anstatt daß sie ständiger Unterstützung bedürften und so eine Bürde für alle wären.

Die von der Hohen Behörde erhobene Auflage ermögliche die Finanzierung eines Wiederanpassungsfonds, aus dem Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz wechseln müssen, entschädigt werden können; sie schaffe auch die Grundlage einer neuen Kreditquelle, die der Hohen Behörde erlauben werde, zu der Modernisierung und Entwicklung der Kohle- und Stahlindustrien innerhalb der Gemeinschaft beizutragen. Von der Regierung der Vereinigten Staaten sei eine Anleihe bewilligt worden, und die Hohe Behörde beabsichtige weiter, sowohl in den Vereinigten Staaten wie in Europa selbst Kredite aufzunehmen. Herr Monnet sagte abschließend:

„Unsere Erfahrung sollte nun alle Länder, die nicht Mitglieder dieser Gemeinschaft sind, veranlassen, sich zu fragen, ob für sie nicht die Zeit gekommen ist, aktiver und in konkreter Form an dem Aufbau eines Vereinten Europa mitzuwirken.“

*Berichte von Fräulein Klompé und Herrn Poher*

Fräulein Klompé (Holländerin) erklärte, daß die Absicht der Hohen Behörde bei ihren bisherigen Verhandlungen mit der Regierung des Vereinigten Königreichs nicht die Begründung eines gemeinsamen Marktes mit dem Vereinigten Königreich sei, der für dieses eine gewisse Preisgabe von Souveränität bedeuten würde, sondern daß sie eine Verringerung der Zölle und der einschränkenden Maßnahmen, ein gemeinsames Vorgehen und die Schaffung von Verbindungsstellen zur Untersuchung gemeinsamer Probleme anstrebe. Sie empfahl den britischen Abgeordneten, ihr Möglichstes zu tun, um die Schwierigkeiten überwinden zu helfen, die sich bei den Verhandlungen ergeben könnten.

Mit Oesterreich würden Verhandlungen über die Errichtung eines gemeinsamen Marktes für Spezialstahl aufgenommen werden. Die Gemeinschaft wünsche eine Senkung der Einfuhrzölle; wenn jedoch ein derartiges



Abkommen mit Oesterreich geschlossen würde, könnten die nach dem GATT eingegangenen Verpflichtungen die Anwendung der Bestimmung über die meistbegünstigte Nation auch auf andere Länder mit sich bringen. Die endgültige Entscheidung läge bei den interessierten Regierungen, aber es sei Sache der Delegationen, bei ihren Regierungen auf eine Lösung hinzuwirken, entweder durch Verzicht auf ihre Rechte der Nicht-Diskriminierung oder, noch besser, durch Uebertragung der gleichen Vorrechte auf alle interessierten Länder.

Unklarheiten über die Verantwortlichkeiten der Gemeinschaft und des Europarates müßten vermieden werden. Die Gemeinsame Versammlung hatte eine Entschließung angenommen (vgl. *Mitteilungen des Europarats*, 4. Jahrgang, Nr. 2 — III), die, wenn sie auch beiderseitige Beratungen zwischen Ausschüssen der beiden Versammlungen nicht ausschloß, doch ad hoc-Entscheidungen als ein geeigneteres Verfahren begünstigte und die sich ebenfalls mit der Uebermittlung von Dokumenten zwischen den beiden Versammlungen und den beiden Organisationen als Ganzem befaßte; die Rednerin hoffte damals, daß diese Entschließung gebilligt würde.

Herr *Pohér* (Franzose) erklärte, nachdem er die großen Linien des Berichts der Hohen Behörde noch einmal gekennzeichnet hatte, daß nach seiner Ansicht sein Bericht die Befürchtungen zerstreuen müsse, die von Vertretern von Ländern außerhalb der Gemeinschaft bei der letzten gemeinsamen Sitzung ausgesprochen worden waren. Die Gemeinschaft bemühe sich um die allgemeine Ausweitung des Handels und um die Steigerung des Verbrauchs von Stahl in allen Ländern. Er hoffe, daß seine kurze Uebersicht einige der Staaten, die der Gemeinschaft nicht angehören, dazu anspornen werde, sich ihr anzuschließen.

#### Die Debatte

Herr *Brooman-White* (Engländer) äußerte die Ansicht, daß die im Laufe des vergangenen Jahres erzielten Resultate befriedigend seien und daß sein Land eine Lösung zu finden hoffe, nach der es sich der Arbeit der Gemeinschaft assoziieren könne, ohne ihr jedoch voll anzugehören. Er schlug die Prüfung von Fragen bezüglich der Markt-Tendenzen und eines lautereren Wettbewerbs vor sowie die Prüfung des Problems der Koordinierung der Hilfe für unterentwickelte Gebiete.

Herr *Chetwynd* (Engländer) war der Meinung, daß, wenn auch das Vereinigte Königreich nicht Mitglied der Gemeinschaft werden könne, nun doch eine engere Assoziation zu wünschen wäre. Aber die öffentliche Meinung stehe diesem Projekt nicht günstig gegenüber, und die Öffentlichkeit sei weder davon überzeugt, daß der gemeinsame Markt wirksam in Kraft getreten sei, noch daß die Hohe Behörde, besonders was Maßnahmen gegen die Kartelle betrifft, volle Bewegungsfreiheit habe.

Hinsichtlich der Vorschläge, die die Hohe Behörde Großbritannien gemacht hat, fragte sich Herr *Chetwynd*, ob eine Senkung der Zölle nicht den Anschluß an den gemeinsamen Markt unter anderem Namen bedeuten würde. Er fragte, ob das Verfahren zur Begründung einer gemeinsamen Tätigkeit Sanktionen einschließen würde und was geschehen würde, wenn eine Stockung bei den vorgeschlagenen gemeinsamen Institutionen eintreten

sollte. Nichtsdestoweniger vertrat er die Meinung, daß die Aussichten einer engen Assoziation gut seien.

Herr *Bruins Slot* (Holländer) bedauerte die langsame Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Gemeinschaft. Er bat das Vereinigte Königreich, die Maßnahmen zu ergreifen, die „die moderne Antwort auf eine neue geschichtliche Forderung“ darstellen würden.

Herr *Lannung* (Däne) stellte fest, daß der Verkauf von Kohle und Stahl zwar zugenommen habe, das Handelsvolumen aber noch gering sei im Verhältnis zu der Gesamtproduktion der Gemeinschaft. Er bedauerte, daß die Hohe Behörde die Maximalpreise für Kohle und Koks aufrechterhalten hätte, die automatisch zu den allgemein gültigen Preisen würden. Die Tätigkeit des europäischen Stahl-Exportkartells betrachtete er als eine Verletzung des Vertrages. Leider seien in der Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und den Nicht-Mitgliedsländern nur langsame Fortschritte gemacht worden. Abschließend sagte er, daß trotz dieser Einwände der gemeinsame Markt der Kohle- und Stahlgemeinschaft für die europäische Integration von wesentlicher Bedeutung sei.

Herr *Triboulet* (Franzose) hielt die Institutionen der Kohle- und Stahlgemeinschaft für nicht demokratisch genug und regte an, den Vertrag abzuändern, um der Versammlung Zuständigkeit und Stimme in Angelegenheiten des Haushalts der Hohen Behörde zu geben.

Herr *Elmgren* (Schwede) erklärte, Schweden begrüße mit Genugtuung die Schaffung der Gemeinschaft und hoffe, daß sie niedrige Zollsätze für Spezialstahl festsetzen werde.

Herr *Federspiel* (Däne) sagte, daß die Markttendenz der Hohen Behörde eine Atempause gegeben habe, in der sie sich mit den Funktionen vertraut machen könnte, die ihr nach den Bestimmungen des Vertrages zufallen. Er wünschte, daß über die Zoll- und Preispolitik der Hohen Behörde sowie über ihre Einstellung zu den Kartellen bessere Informationen zu erhalten wären; dies sei ein Punkt, über den keine Ungewißheit bestehen dürfe, da die Fabrikanten ihr Programm sonst schlecht den Vorgängen auf einem gemeinsamen Markt anpassen könnten. Die europäische Industrie müsse ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion aufrechterhalten. Der Redner sagte, er sei beunruhigt über die Möglichkeit diskriminatorischer Maßnahmen seitens der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft. Er begrüßte es, daß Konsultationen zwischen dem Ausschuß für Wirtschaftsfragen des Europarats und der Hohen Behörde stattgefunden haben und Verbindungen zwischen dieser und den Nicht-Mitgliedstaaten aufgenommen worden sind. Die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sei nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet von Bedeutung, sondern stelle auch einen beträchtlichen Schritt vorwärts auf dem Weg zu einer europäischen Vereinigung dar.

#### Antwort der Hohen Behörde

Der Vizepräsident der Hohen Behörde Herr *Etzel* sprach seine Befriedigung über die Gemeinsame Sitzung aus. Um die erzielten Resultate gerecht zu beurteilen, dürfe man nach seiner Ansicht nicht vergessen, daß der gemeinsame Markt verhältnismäßig jung ist; aber er habe das Verdienst, überhaupt zu bestehen. Es seien konkrete

Tatsachen geschaffen worden: Abschaffung der Zölle, der mengenmäßigen Beschränkungen und zum Teil auch Beseitigung der Subventionen und gewisser Diskriminierungen. Völlige Freiheit bestehe hinsichtlich der Mengen und Preise für Eisen und Stahl, während die Freiheit in bezug auf Kohle und Schrott viel größer sei als vorher. Das Handelsvolumen innerhalb des gemeinsamen Marktes habe zugenommen, auf verschiedenen Gebieten könnten Preissenkungen festgestellt werden, und der Stand der Produktion sei befriedigend. Die Hohe Behörde habe schon wichtige Vorbereitungsarbeit in der Angelegenheit der Kartelle geleistet.

Herr *Spierenburg* von der Hohen Behörde behandelte die Beziehungen der Gemeinschaft zu Ländern, die ihr nicht angehören. Die Exportpreise seien nicht höher als diejenigen innerhalb des gemeinsamen Marktes. Die Hohe Behörde habe sich verpflichtet, den internationalen Warenverkehr zu entwickeln, und sei bereit, mit Oesterreich zu verhandeln sowie mit Schweden, falls dieses es wünscht. Einige Mitgliedstaaten hätten die Erhebung von Zöllen eingestellt, ebenso wie gewisse dritte Länder. Die Hohe Behörde hoffe, die bestehenden Rechte vermindern zu können; sie habe keinerlei einschränkende Maßnahmen für den Handel mit Kohle und Stahl durchgeführt.

Der Präsident der Hohen Behörde, Herr *Jean Monnet*, erwiderte auf die Ausführungen von Herrn *Triboulet*, daß vor Ablauf der Uebergangsperiode von 5 Jahren an dem Vertrag keine Abänderungen vorgenommen werden könnten. Die Ausgaben der Gemeinschaft würden übrigens zweimal im Jahr veröffentlicht. Auf die Frage der Assoziation mit Großbritannien eingehend, erklärte Herr *Monnet*, daß die Verhandlungen wegen des Mißtrauens der britischen Industriellen schwierig sein, aber gewiß zu einem gemeinsamen Vorgehen führen würden, das durchaus keine Einbuße an Souveränität für das Vereinigte Königreich bedeuten müßte. Ebensoviele Bedeutung legte Herr *Monnet* einer Assoziation mit anderen Ländern bei. Für diese sei die Zeit gekommen, sich für die Teilnahme am Aufbau eines vereinigten Europa zu entscheiden; es sei nicht mehr genug, die Bemühungen der Gemeinschaft zu beobachten und technische Fragen zu erörtern. Er hoffe, daß bis zur nächsten Gemeinsamen Sitzung nicht nur die Anfänge einer praktischen Assoziation mit Großbritannien vorhanden sein würden, sondern daß auch wenigstens eins der Länder, die der Gemeinschaft noch nicht angehören, ihr beigetreten wäre.

### III. Andere Tagungen

#### Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

##### Der Besondere Ministerrat

Der Besondere Ministerrat hat am 4. und 5. Mai unter dem Vorsitz von Herrn *Westrick* (Bundesrepublik Deutschland) in Luxemburg seine fünfzehnte Sitzung abgehalten.

Der Rat prüfte die am 23. Juni 1953 von der Beratenden Versammlung des Europarats angenommene Entschliebung 31 (vgl. *Mitteilungen des Europarats* in Europa-Archiv 14—15/1953, S. 5894) hinsichtlich der Stellungnahme der Gemeinsamen Versammlung (vgl. *Mitteilungen des Europarats*, 4. Jahrgang, Nr. 2 — III), eine Entschliebung, mit der die Versammlung den Vorschlag machte, gemeinsame Sitzungen der Mitglieder des Ministerkomitees und des Besonderen Ministerrates einerseits und der Ausschüsse der beiden Versammlungen an-

dererseits abzuhalten. Auf einer Pressekonferenz erklärte Herr *Westrick*, der Rat habe den Wunsch ausgedrückt, daß enge Beziehungen mit dem Europarat und seiner Versammlung unterhalten würden. Ueber die Einzelheiten der institutionellen Natur dieser Beziehungen sollten jedoch zuvor gegenseitige Konsultationen bei der Kohle- und Stahlgemeinschaft selbst stattfinden.

##### Gerichtshof

Die niederländische Regierung hat ein Memorandum an den Gerichtshof gerichtet, in dem sie um die Abschaffung der Höchstpreise für Kohle in der Bundesrepublik Deutschland und in Luxemburg ersucht.

##### Assoziation des Vereinigten Königreichs

Am 3. Mai hat die Regierung des Vereinigten Königreichs ein Weißbuch veröffentlicht, das den Wortlaut der Vorschläge von Herrn *Monnet* für eine Assoziation zwischen der Gemeinschaft für Kohle und Stahl und Großbritannien sowie den Wortlaut der Antwort von Sir *Cecil Weir* enthält. In dieser Antwort wird erklärt, daß, falls ein annehmbares System der Assoziation errichtet werden kann, die britische Regierung eine solche Assoziation für politisch wünschenswert und vorteilhaft für beide Parteien hält.

Herr *Monnet* hat die Einladung angenommen, sich nach London zu begeben, um über die Form dieser Assoziation zu beraten.

##### Gemeinsame Versammlung

Die Gemeinsame Versammlung hat vom 11. bis 21. Mai im Europahaus in Straßburg ihre zweite ordentliche Sitzung abgehalten. Die Versammlung wählte einstimmig den ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Herrn *de Gasperi* zu ihrem Präsidenten und zu Vizepräsidenten Herrn *Carcassonne* (Franzose), Herrn *Fohrmann* (Luxemburger), Herrn *Pünder* (Deutscher) und Herrn *Vixeboxe* (Holländer).

Am 12. Mai gab der Präsident der Hohen Behörde, Herr *Monnet*, ein einführendes Exposé. Am Schluß der Debatte über den Bericht der Hohen Behörde beantworteten Herr *Monnet* sowie die beiden Vizepräsidenten und die Mitglieder der Hohen Behörde die Fragen, die sich während der Diskussion ergeben hatten.

Nachdem ihr die Ansichten der Beratenden Versammlung mitgeteilt worden waren, billigte die Gemeinsame Versammlung am 21. Mai eine Entschliebung über den Bericht der Hohen Behörde, der die Verwaltungskosten der Gemeinschaft für 1952/53 und den Haushaltsplan für 1954/55 betrifft. Die Entschliebung umfaßt folgende Hauptpunkte:

##### Administratives Gebiet und Haushalt:

Die Versammlung stellt mit Befriedigung fest, daß die Hohe Behörde beabsichtigt, die Verwaltungskosten einzuschränken und ein Statut der Beamten der Gemeinschaft auszuarbeiten.

##### Auswärtige Beziehungen:

Die Versammlung betont den offenen Charakter der Gemeinschaft und die Bedeutung, die sie der Herstellung von möglichst engen Beziehungen mit den anderen europäischen Ländern beilegt, und stellt mit Genugtuung die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Gemeinschaft für Kohle und Stahl und dem Europarat fest. Sie wünscht ein schnelles Ergebnis der Verhandlungen über die Asso-



ziation des Vereinigten Königreichs und die Förderung der Beziehungen mit Oesterreich.

Gemeinsamer Markt:

Die Versammlung hält es für notwendig, eine Senkung der Preise zu verfolgen, und wünscht, daß die Hohe Behörde sich weiter mit der Frage der Kartelle und der Maximalpreise befaßt.

Transport:

Die Versammlung fordert die Hohe Behörde auf, in Zusammenarbeit mit den Regierungen ihre Maßnahmen fortzusetzen, die das Inkrafttreten direkter internationaler Tarife und die Harmonisierung der Transportbedingungen bezwecken.

Soziales Gebiet:

Die Versammlung nimmt mit Genugtuung von der durch die Hohe Behörde entfalteten Tätigkeit Kenntnis, die darauf hinausgeht, die Verwirklichung der Freizügigkeit der qualifizierten Arbeitskräfte vorzubereiten und die Entlohnungsbedingungen sowie die auf dem Gebiet der sozialen Leistungen anzuwendenden Normen innerhalb der Gemeinschaft einander anzupassen.

Unterbringung der Arbeiter:

Die Versammlung vertritt den Grundsatz, daß ein beträchtlicher Teil der von der Gemeinschaft finanzierten ersten Investitionen für den Bau von Arbeiterwohnungen bestimmt sein soll, entsprechend einem bestimmten Minimalbedürfnis. Sie erinnert die Hohe Behörde an ihre besonderen Verpflichtungen auf dem Gebiet der Neubeschaffung von Wohnungen.

Investitionen:

Die Versammlung ersucht die Hohe Behörde, in den verschiedenen Ländern der Gemeinschaft und durch Vermittlung des Ministerrates eine Politik herbeizuführen und zu koordinieren, die sowohl die wirtschaftliche Expansion wie die Entwicklung der Absatzmöglichkeiten von Kohle und Stahl verfolgt, und erinnert daran, daß jede Investierungspolitik darauf abzielen soll, den Gestehungspreis von Kohle und Eisenerzprodukten zu vermindern. Die Versammlung beglückwünscht sich zu dem Ergebnis der Verhandlungen über die von den Vereinigten Staaten bewilligte Anleihe, eine Anleihe, die das Vertrauen bestätigt, das die Gemeinschaft genießt, und die beweist, daß eine supranationale europäische Organisation den Uebergang von dem Stadium der Hilfe zu dem normalen wirtschaftlicher und finanzieller Verhältnisse begünstigt und eine größere Lockerung des europäischen Kapitalmarktes gestattet.

#### *Internationale Zivilluftfahrt-Organisation*

Die auf Veranlassung des Europarats durch die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation organisierte Konferenz für die Koordination des europäischen Luftverkehrs hat vom 21. April bis 8. Mai unter Vorsitz von Herrn P.-J. Nottet (Belgien) im Europahaus in Straßburg getagt. (Vgl. *Mitteilungen des Europarats* in Europa-Archiv 10/1954, S. 6591.)

Alle Mitgliedstaaten des Europarates mit Ausnahme von Griechenland und Island waren auf der Konferenz vertreten, ebenso Oesterreich, Finnland, Spanien, Portugal und die Schweiz. Außerdem waren Beobachter aus zehn außereuropäischen Ländern und von neun internationalen Organisationen bei dieser Tagung anwesend.

Die Konferenz erkannte, daß es zur Zeit unmöglich ist, eine Koordination des europäischen Luftverkehrs auf der Grundlage eines multilateralen Abkommens herzustellen. Dennoch hält sie es für notwendig, auf drei Grundlagen ein neues System aufzubauen: Zusammenarbeit, Liberalisierung und Garantien.

#### *Zusammenarbeit*

Was den Austausch von Handelsrechten für den regelmäßigen Transportdienst betrifft, hat die Konferenz beschlossen, daß die Staaten den von den Transportgesellschaften gemeinsam durchgeführten Untersuchungen ihre Unterstützung zur Verfügung stellen sollen, um durch folgende Maßnahmen den Verkehr zu fördern: Austausch von Luftlinien, Einrichtung von zweiseitigen oder mehrseitigen Routen, Verminderung der auf den Unterscheidungen zwischen den „Freiheiten“ der Luft begründeten Beschränkungen, Verbesserung der den Luftverkehrsteilnehmern zugesicherten Dienste und der Rentabilität der Unternehmen, Herabsetzung der Betriebskosten, Verkürzung der Zwischenlandezeiten und Schaffung von Pools. Sie war der Meinung, daß besondere Maßnahmen angebracht wären, um den Fluggesellschaften den Austausch von Mitteilungen im Bord-Boden-Verkehr durch Funksprechverkehr zu ermöglichen, falls sie es wünschen, und die Meldungen des Flugwetterdienstes, die den Maschinen vor dem Flug gegeben werden, zu normalisieren.

Es wurde beschlossen, daß der Rat der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation die Notwendigkeit einer internationalen Konvention prüfen soll, die die Probleme der Landung und der Stationierung von Flugsicherheitsgeräten für gemeinnützigen Gebrauch (Benutzung eines Flugsicherheitsgeräts, das Eigentum eines ausländischen Unternehmens ist, durch eine internationale Fluggesellschaft) regeln würde.

#### *Liberalisierung*

Die Konferenz hat Empfehlungen bezüglich der Abschaffung der Sichtvermerke, Inspektion des Gepäcks bei der Abreise durch die Zollbehörden, Befreiung von der Gesundheitskontrolle und anderer Formalitäten abgefaßt.

Ebenfalls hat die Konferenz zur Kenntnis genommen, daß die Mehrzahl der Staaten schon die meisten Empfehlungen der Konferenz von Cannes vom Mai 1953 zur Anwendung gebracht hat.

Die Konferenz ist zu der Ansicht gekommen, daß Bemühungen um eine größtmögliche Verkürzung der Zwischenlandezeiten gemacht werden müssen. Zu diesem Zweck sollen die Staaten die Bedingungen prüfen, unter denen zur Zeit die technischen Arbeiten und Verwaltungsformalitäten auf den Flughäfen durchgeführt werden.

Die Konferenz hat außerdem empfohlen, daß die Staaten sämtlichen nicht regelmäßigen Flugdiensten zwischen den europäischen Staaten, deren Tätigkeit den Interessen der regelmäßigen Dienste nicht entgegensteht, größere Freiheit gewähren.

Vorschläge für eine Liberalisierung des Warenverkehrs zwischen den europäischen Staaten, die im Namen des Vereinigten Königreichs vorgelegt wurden, sind angenommen worden.

#### *Garantien*

Die Debatte befaßte sich vor allem mit der Kontrolle der Kapazität, geeigneten Bestimmungen, um eine über-

mäßige Konkurrenz zu verhindern, und der Festsetzung eines für alle Transportgesellschaften gerechten Systems.

Eine europäische Kommission für zivile Luftfahrt auf höchster Ebene der nationalen Verwaltungen oder auf ministerieller Ebene, die in regelmäßigen Zeitabständen zusammentreten und in enger Verbindung mit der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation und den interessierten öffentlichen oder privaten Organisationen arbeiten soll, wird damit beauftragt werden, die methodische Ausweitung des Luftverkehrs zu fördern und diesbezügliche Probleme zu bearbeiten.

Die Konferenz hat den Rat der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation ersucht, den Entwurf eines multilateralen Abkommens für die europäischen Staaten vorzubereiten, der sich auf verschiedene Maßnahmen zur Liberalisierung und Zusammenarbeit gründen und von verschiedenen während der Straßburger Konferenz ausgesprochenen Meinungen und Vorschlägen angeregt sein soll. Dieses Abkommen dürfte das Grundprinzip der Souveränität eines jeden Staates über seinen Luftraum nicht beeinträchtigen.

#### Schlußansprache des Präsidenten

Nachdem Herr Nottet dem Europarat für seine Initiative gedankt hatte, die die Abhaltung der Konferenz ermöglichte, betonte er, daß es deren erste Aufgabe gewesen sei, geeignete Bedingungen für eine Zusammenarbeit der europäischen Lufttransportgesellschaften zu schaffen.

Der Präsident erklärte, er sei überzeugt, daß das wichtigste Ergebnis der Konferenz die Schaffung der aus Vertretern der Regierungen zusammengesetzten europäischen Kommission für zivile Luftfahrt sei; er glaube, die Lufttransportgesellschaften könnten Interesse daran haben, eine entsprechende Organisation zu begründen.

Der Bericht der Straßburger Konferenz wird dem Rat der internationalen Zivilluftfahrt-Organisation unterbreitet werden, der ihn dem Europarat übermitteln wird.

#### IV. Politische Fragen

##### Saarfrage

##### MINISTERKOMITEE

Bei der Diskussion der Sonderbotschaft am 19. Mai machte Herr Paul-Henri Spaak (Belgien) auf die bedeutende Arbeit aufmerksam, die von der Versammlung zur Lösung des Saarproblems geleistet worden ist. Er regte an, daß in einem Absatz der Sonderbotschaft bezüglich der Tätigkeit der Beratenden Versammlung darauf hingewiesen werden sollte. Darin wurde er von Herrn Nutting (Vereinigtes Königreich) unterstützt. Bei dieser Gelegenheit gaben Bundeskanzler Dr. Adenauer (Bundesrepublik Deutschland), Herr P.-H. Teitgen (Frankreich) und Herr Johannes Hoffmann (Saarland) Erklärungen über die Art und Weise ab, in der ihre Regierungen die Regelung der Saarfrage in einer europäischen Perspektive sehen.

Herr Nutting wünschte, daß dem Gedanken von Herrn Spaak feste Form gegeben würde, und dieser schlug die Hinzufügung folgenden Satzes zu der Sonderbotschaft vor, der einstimmig angenommen wurde:

„Wir beglückwünschen auch die Versammlung zu der besonders bedeutungsvollen Arbeit, die sie in der Saarfrage geleistet hat, und wünschen, daß eine sich darauf stützende Lösung baldigst gefunden werden kann.“

#### BERATENDE VERSAMMLUNG

Die Versammlung erörterte während ihrer achten Sitzung am 26. Mai die Frage ihres weiteren Vorgehens auf die Empfehlung Nr. 57 und die Ausarbeitung des zukünftigen Statuts des Saarlandes hin (Entschließungsentwurf, vorgelegt von Herrn de Menthon).

Herr van der Goes van Naters, der Berichterstatter des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten über die Saarfrage, erklärte, daß im Jahre 1952 die Versammlung zu der Erkenntnis gekommen sei, daß neue Institutionen unerlässlich wären, um die aktuellen politischen Probleme zu lösen. Weder die Aufrechterhaltung des status quo noch eine französisch-deutsche Annäherung könnten das Saarproblem lösen; dies könne allein geschehen durch die Aufstellung eines Statuts auf europäischer Grundlage und seine Anlehnung an die einzige europäische Organisation von Rang, den Europarat.

Die wirtschaftliche Seite der Frage sei durch die Schaffung der Kohle- und Stahlgemeinschaft wesentlich vereinfacht.

Was die Menschenrechte betrifft, so würden vor dem Volksentscheid über das europäische Statut alle Parteien Zeit und Gelegenheit für eine Wahlkampagne haben. Nach seinem Inkrafttreten würden einschränkende Maßnahmen eine Verletzung des öffentlichen Rechts sein.

Die erste Anwendung der parlamentarischen Demokratie auf ein internationales Problem sei ein Erfolg. Der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten habe das europäische Statut definiert und überlasse es nun einer internationalen Konferenz, über die Einzelheiten der Anwendung zu entscheiden. Wenn alle interessierten Parteien zusammenarbeiteten, so könne das Statut noch im Laufe des Jahres in Kraft treten.

Herr de Menthon (Franzose — MRP) sagte, daß der Ständige Ausschuß die Ansicht vertrete, eine Debatte über den eigentlichen Inhalt sei zur Zeit unangebracht. Er schlug die Abstimmung über einen Antrag auf grundsätzliche Billigung der Vertagung der Debatte bis zum Herbst vor.

Herr Nutting (Engländer) erklärte, die Angelegenheit der Saar zeige, daß der Europarat seine Aufgabe kennt und sie zu erfüllen versteht.

Der Präsident kam nun zur Abstimmung über den Antrag von Herrn de Menthon:

Herr Mommer (Deutscher — Sozialdemokrat) erklärte, seine Partei müsse wegen des Paragraphen 2 und gewisser Wendungen in der Präambel gegen die Entschließung stimmen.

Herr von Brentano (Deutscher — CDU) erklärte, daß er, obwohl seine Partei nicht alle Bestimmungen des Berichts annehmen könne, für die Entschließung stimmen werde.

Herr Kurtz (Saarländer — Christl. Volkspartei) erklärte, daß die von dem Ausschuß empfohlene Lösung im Saarland eine durchaus günstige Aufnahme gefunden habe.

Die Herren Radius und Chaban-Delmas (Franzosen — URAS) erklärten, sie würden sich der Stimme enthalten, da einer Zustimmung ihrerseits eine Bedeutung beigelegt werden könne, die ihr nicht zukäme.

Herr de Félice (Franzose — Radikaler) erklärte, daß die Vorschläge betreffs der Saarfrage das beste Beispiel für die Anwendung der europäischen Idee seien.

Der von Herrn de Menthon vorgelegte Entwurf einer Entschließung wurde von der Versammlung mit 82 gegen



6 Stimmen bei 3 Enthaltungen in folgender Fassung angenommen:

#### Entschießung Nr. 46

„Nach Kenntnisnahme davon, daß das Ministerkomitee, nachdem es die Versammlung zu der von ihr geleisteten Arbeit in der Saarfrage beglückwünscht hatte, den Wunsch geäußert hat, es möchte bald eine dadurch angeregte Lösung gefunden werden;

mit dem Ausdruck der Dankbarkeit an den Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten und seinen Berichterstatter für ihren Beitrag zu einer gerechten und dauerhaften Lösung des Saarproblems, das, nachdem es ein Hindernis für die europäische Einigung war, eines ihrer Fundamente werden kann;

- in der Erkenntnis, daß die Tatsache, daß die Regierungen Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland bereit sind, den Vorschlag des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten über das Europäische Statut des Saarlandes als bilaterale Verhandlungsgrundlage anzunehmen, einen Erfolg der europäischen parlamentarischen Zusammenarbeit auf einem Gebiet darstellt, das bisher den traditionellen diplomatischen Verbindungen vorbehalten war,
1. drückt die Versammlung die von allen in der Versammlung vertretenen Völkern gehegte große Hoffnung aus, daß die zur Zeit geführten bilateralen Verhandlungen zu einem baldigen Übereinkommen führen möchten;
2. erinnert sie an ihre Empfehlung 57 vom 25. September 1953 und wünscht, daß die Bedingungen für den Zusammentritt der internationalen Konferenz in Kürze erfüllt sein möchten;
3. beschließt sie, die Prüfung des Saarproblems in seiner Gesamtheit im zweiten Teil der Sechsten Ordentlichen Sitzungsperiode im September 1954 wieder aufzunehmen.“

#### Politik des Europarats im Licht der letzten Entwicklung der internationalen Lage

Debatte (25. und 26. Mai)

Herr Mollet eröffnete die Debatte mit der anschließend in Zusammenfassung gebrachten Darlegung.

Nachdem er des fünfzigsten Jahrestages der Entente Cordiale gedacht hatte, erklärte der Redner, daß die Verwirklichung der europäischen Einheit als einer der wirksamsten Beiträge zur Festigung des Friedens angesehen werden muß. Der Frieden besteht in dem friedlichen Miteinanderleben der Nationen der freien Welt und des kommunistischen Blocks. Die notwendigen Voraussetzungen dafür, daß dieses Miteinanderleben möglich ist, sind folgende: daß kein Staat sich mächtig genug glauben kann, um sich in der Welt mit seinen expansionistischen Absichten durchzusetzen; daß im Falle, daß einer von ihnen politische Forderungen geltend zu machen hat, er auf das Urteil eines Schiedsgerichts oder auf Verhandlungen eingeht; endlich, daß jeder Staat das Gefühl hat, Garantien gegen jede etwaige Aggression zu haben. Was die Sowjetunion betrifft, so besteht die Bedrohung für uns in einem nationalen russischen Expansionismus, der eine Ideologie als neue Waffe des Kalten Krieges in seinen Dienst stellt. Die Sowjetunion scheint den Krieg nicht zu wünschen, aber die Zahl der von ihr beherrschten Staaten beweist die Wirklichkeit des russischen Expansionismus:

„Rußland kann keine andere als russische Politik treiben...“

Die Berliner Konferenz hat diese Feststellungen sowohl in ihrer deutschen wie in ihrer österreichischen Phase bestätigt. Aus dem Mißerfolg der Berliner Konferenz kann

man den Schluß ziehen, daß auf dem Verhandlungsweg nur dann wirklich etwas zu erreichen ist, wenn die europäische Situation vorher festgelegt ist. Man muß aber gewisse tatsächliche, wenn auch nicht gerechtfertigte russische Befürchtungen berücksichtigen. Der im Jahre 1953 von der Beratenden Versammlung angenommene Vorschlag, der Sowjetunion den Abschluß eines gegenseitigen Sicherheitspaktes im Rahmen der Vereinten Nationen anzubieten, behält immer seine Gültigkeit. Was das kommunistische China betrifft, hat die Genfer Konferenz noch nicht abzuschätzen erlaubt, in welchem Maß es eine von der Sowjetunion unabhängige Politik verfolgen kann. Aber es ist sicher, daß Asien in Bewegung kommt und daß das kommunistische China entschlossen ist, sich als den Vorkämpfer der Emanzipation der gelben Völker hinzustellen:

„Die Aktion, die in Asien vorzunehmen ist, beruht sowohl auf dem Plan des wirtschaftlichen Beistands wie auf demjenigen der kollektiven Sicherheit.“

Die Vereinigten Staaten haben gewisse Fehler gemacht (Pakt mit der Diktatur Francos, Aktion McCarthy, ein gewisses Verkennen der wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse der europäischen Völker), im gesamten aber kann jeder dem von ihnen vollbrachten Werk Hochachtung zollen. Die Vereinigten Staaten haben sich unzuweideutig in den Dienst der kollektiven Sicherheit gestellt. Der Redner ehrt die Kämpfer von Dien Bien Phu und erklärt, daß er überzeugt ist, das Blutvergießen in Indochina könne vermittels eines von einer internationalen Garantie begleiteten und einem Pakt der kollektiven Sicherheit sanktionierten Abkommens zum Einhalt gebracht werden. Herr Mollet wünscht eine Lösung der Angelegenheit von Triest und empfiehlt eine vorsichtige Verbindung zwischen dem Europarat und Jugoslawien. Auf das deutsche Problem übergehend, erinnert er daran, daß der französische Sozialismus sich für die Wiedervereinigung Deutschlands, für seine Integration in das ganze Europa, gegen jede Sanktionspolitik, gegen jede Neutralisation (die die Gefahr mit sich bringen würde, daß Deutschland eine Beute oder ein Verbündeter der Sowjetunion würde) und auch gegen jede Regelung, die ihm ohne Begrenzung und ohne Kontrolle die Verfügung über eine nationale Armee geben würde, ausgesprochen hat. Infolgedessen unterstützt er die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Die zukünftige EVG hat jetzt wesentliche Garantien durch das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten erhalten. Sie wird außerdem von einer nach allgemeinem Wahlrecht gewählten Versammlung kontrolliert werden. Herr Mollet beendet seine Ausführungen, indem er sich dem Appell von Herrn Monnet an die Mitgliedstaaten des Europarates anschließt, „daß sie der ersten Gemeinschaft beitreten möchten“.

Herr Morrison (Engländer — Labour Party) unterstreicht, daß Deutschland die Beteiligung an der Verteidigung Europas gestattet werden soll. Die Vereinigung Deutschlands ist wünschenswert, aber die Russen haben in Berlin unannehmbare Bedingungen dafür gestellt. Die EVG hat inzwischen den Vorteil, ein Hindernis für nationale militärische Abenteuer darzustellen. Diese Politik enthält Gefahren, aber wenn Frankreich sich gegen die Ratifikation der EVG aussprechen sollte, würde sich Westeuropa in einem Engpaß befinden.

Herr Mercouris (Grieche — Griech. Sammlungspartei) wünscht, daß die EVG im Laufe des Jahres verwirklicht

wird. Sie wird, ebenso wie das Balkanabkommen, die Kommunisten dahin führen, friedliche Lösungen zu akzeptieren. Nachdem der Redner dem Europarat für seine Hilfeleistung für Griechenland gedankt hat, kommt er auf das Problem von Cypern zu sprechen, das seit 1914 von dem Vereinigten Königreich besetzt ist, während seine in der Mehrzahl griechische Bevölkerung die Wiedervereinigung der Insel mit Griechenland fordert. Er bittet die britische Regierung, sich bereit zu finden, zusammen mit der griechischen Regierung eine Lösung zu suchen. Er ist der Meinung, daß der Europarat und seine Versammlung hierbei eine wichtige und entscheidende Rolle spielen sollten.

Herr *Droulias* (Griechen — Griech. Sammlungspartei) unterstützt den Standpunkt seines Landsmannes. Er erklärt, die Griechen verlangten eine Volksabstimmung, seien aber bereit, dem Vereinigten Königreich militärische Stützpunkte zu überlassen.

Herr *Mandalinci* (Türke — Demokrat) äußert die Meinung, daß gewisse Probleme, wie dasjenige von Cypern, nicht vor die Versammlung gebracht werden sollten. Die Frage von Cypern interessiere nicht nur England und Griechenland, sondern auch die Türkei. Die Lösung dieses Problems sollte den Diplomaten überlassen werden.

Herr *Fletcher-Cooke* (Engländer — Konservativer) ist der Ansicht, daß das Problem von Cypern nicht in den Zuständigkeitsbereich des Europarats gehöre. Angesichts der Gefahr, die die Aufrüstung der Sowjetunion darstellt, bleibt keine Zeit mehr zur Diskussion über die Vorzüge der EVG; sie muß nun geschaffen werden.

Herr *Becker* (Deutscher — FDP) stellt fest, daß bei dem anscheinend unüberwindlichen Antagonismus zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion die Vereinigung der europäischen Staaten ein besseres Gleichgewicht herstellen und dem Frieden dienen könnte. Deshalb hat er kürzlich vorgeschlagen, die ad hoc-Versammlung sollte erneut zusammentreten, und die Vertreter der sechs Regierungen, die diese Versammlung einberufen haben, sollten in Gemeinschaft mit ihr das Projekt der Politischen Gemeinschaft ausarbeiten. Wenn die EVG nicht geschaffen werden kann, muß man versuchen, die Verteidigung Europas mit anderen, schnelleren Mitteln zu verwirklichen.

Herr *Santero* (Italiener — Christl. Demokrat) erklärt, daß der Vorschlag, der Sowjetunion einen Sicherheitspakt als Garantie anzubieten, immer noch als gültig betrachtet werden kann. Im Hinblick auf die Gefahren der gegenwärtigen Lage ist es mehr denn je unerlässlich, daß Europa sein Vereinigungswerk fortsetzt.

Herr *Jakobsen* (Däne — Sozialist) ist der Meinung, daß seit Stalins Tod die kommunistische Gefahr größer ist als je zuvor. Darum müssen die Demokraten den unterentwickelten Völkern Hilfe zukommen lassen. Sie sollen weiter mit der Sowjetunion verhandeln, ohne deshalb in ihren Anstrengungen nachzulassen.

Herr *Wistrand* (Schwede — Konservativer) erklärt, die schwedische öffentliche Meinung beginne, sich darüber klar zu werden, daß eine engere europäische Zusammenarbeit notwendig ist. Der Europarat soll sich bemühen, die dritten Länder vor dem Mißbrauch der Macht durch die Gemeinschaft der Sechs zu bewahren. Von den großen Nationen hängt in erster Linie die weitere Durchführung der Zusammenarbeit ab.

Herr *Lychnos* (Griechen — Griech. Sammlungspartei) bittet die Versammlung, sich mit dem Schicksal der Bevölkerung von Cypern zu befassen.

Herr *Ebuzziya* (Türke — Demokrat) nimmt dazu Stellung und versichert, daß die Frage von Cypern gleichfalls die Türkei interessiert.

Herr *Struye* (Belgier — Christl. Sozialer), der zwar die starre Haltung der Sowjetunion auf der Berliner Konferenz zugibt, fragt sich aber, ob der Westen sein Möglichstes auf diplomatischer Ebene getan habe. Er ist der Meinung, daß zwischen der EVG und der Neutralisierung Deutschlands Platz für andere Lösungen ist. Er wünscht, daß der Europarat Beziehungen mit Jugoslawien anknüpft, und glaubt, die Fragen von Triest und von Cypern könnten durch den Rat behandelt werden. Den Vereinigten Staaten kann man ihre Haltung Spanien gegenüber nicht zum Vorwurf machen.

Herr *Bohy* (Belgier — Sozialist) glaubt, daß es weniger die Wiederbewaffnung Deutschlands ist, die die Sowjetunion beunruhigt, als vielmehr seine Integration in Europa. Der Redner erwähnt die Lage im Fernen Osten und bedauert die Irrtümer, die zu dem Wechsel des Regimes in China geführt haben.

Herr *Nutting* (Engländer — Konservativer) erinnert daran, daß er im vergangenen September die Politik seiner Regierung definiert hat, die dahin geht, gleichzeitig die Solidarität der freien Welt zu stärken und keine Gelegenheit zu versäumen, eine Entspannung des Verhältnisses zum Osten herbeizuführen. Diese Politik bleibt weiter gültig. Die Haltung der Drei in Berlin stand in vollem Einklang mit den Anschauungen, die sich die Versammlung im September zu eigen gemacht hatte. Zur Gewährleistung seiner Sicherheit darf sich Westeuropa die Chance, die ihm die EVG bietet, nicht entgehen lassen. Das Vereinigte Königreich ist Verpflichtungen eingegangen, die weiter gehen als alle, zu denen es sich jemals in Friedenszeiten bereit gefunden hat.

Herr *Maccas* (Griechen — Griech. Sammlungspartei) stellt fest, daß sich aus der Generaldebatte vier Prinzipien für das weitere Vorgehen herausheben: die Übereinstimmung der Anschauungen und des Handelns der freien Völker Europas; die Freiheit; die europäische Solidarität; die europäische Tatkraft und Initiative. Die Frage von Cypern soll wie diejenige des Saarlandes im Rahmen des Europarats eine Lösung finden.

Herr *Kraft* (Däne — Konservativer) wünscht, daß Frankreich zu einer baldigen Entscheidung über die EVG kommt, denn Dänemark hat die Notwendigkeit der Wiederbewaffnung Deutschlands erkannt. Wenn die großen westlichen Mächte in Genf ebenso einmütig seien wie in Berlin, könnte die westliche Welt durch ihre Vereinigung die Sicherung der Freiheit gewährleisten.

Herr *Schmid* (Deutscher — SPD), ist der Ansicht, daß die Verhandlungen in Genf sich besser abwickeln als diejenigen in Berlin. Er hofft also, daß die nächste Konferenz über Deutschland sich dadurch günstig beeinflussen lassen wird. Die deutschen Sozialisten sind Gegner der EVG. Ueber einen Beitrag ihres Landes zur Verteidigung könnte nur durch den Friedensvertrag entschieden werden. Nichtsdestoweniger kann man bis zu dem Abschluß des Friedensvertrages vom deutschen Volk die zu seiner Verteidigung notwendigen militärischen Anstrengungen erwarten, vorausgesetzt, daß die politischen Abkommen



keine Bestimmungen enthalten, die die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich machen.

Herr *Maclay* (Engländer — Nationalliberaler und Konservativer) ist der Ansicht, daß nach Meinung der Öffentlichkeit die Schaffung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft von entscheidender Bedeutung dafür ist, daß Europa seinen Platz in der Welt behaupten kann.

Herr *Dehousse* (Belgier — Sozialist) hält es für richtig, den „Mythus der Verhandlungen“ zu zerstreuen; sie haben schon eine lange und unfruchtbare Vergangenheit hinter sich. Er bedauert, daß Europa als solches auf den großen internationalen Konferenzen nicht vertreten ist. Gewiß, die Organisation Europas ist im Fortschreiten begriffen, und der Europarat ist als Rahmen außerordentlich nützlich. Worauf es aber vor allem anderen ankommt, das sind die Sechs und die von ihnen geplante, nach allgemeinem Wahlrecht gewählte Versammlung.

Herr *Goedhart* (Holländer — Sozialist) ist der Meinung, daß die Schwäche der westlichen Länder die wesentliche Ursache der starren Haltung der Sowjetunion und des totalen Fehlschlags der Berliner Konferenz gewesen ist. Eine militärische Niederlage Frankreichs in Indochina kann wichtige strategische Stützpunkte der Alliierten gefährden. Er befürchtet, daß die Verhandlungen in Genf wegen der Schwäche und des mangelnden Zusammenhalts von Europa ebenfalls fehlgeschlagen werden.

Herr *Lannung* (Däne — Liberaler) schneidet die Frage der dänischen Minderheit in Südschleswig an, deren Rechte in Gefahr seien, durch neu erlassene deutsche Gesetze verletzt zu werden.

Herr *Pezet* (Franzose — MRP) analysiert den Begriff des Miteinanderlebens, mit dem Herr *Mollet* sich schon auseinandergesetzt hat. Die Politik des Miteinanderlebens ist eine „Lehre der Vernunft, aber mehr noch der Notwendigkeit“. Der Westen findet sich demnach mit dem status quo ab, der die sowjetische Herrschaft über alle Völker jenseits des Eisernen Vorhangs sichert.

Herr *Smithers* (Engländer — Konservativer) meint, Europa solle sich mit der Zukunft Asiens beschäftigen, wo Bemühungen um die Einrichtung eines demokratischen parlamentarischen Systems gemacht werden. Die seit kurzem emanzipierten Länder bedürfen der Hilfe. Der Europarat muß sie überzeugen, daß bei einer Hilfeleistung ihre Unabhängigkeit voll respektiert werden wird.

Herr *Rolin* (Belgier — Sozialist) bedauert die Tatsache, daß die Sechs sich wenig für die Ergebnisse der Arbeit der Fünfzehn zu interessieren scheinen: zum Beispiel für die Konvention der Menschenrechte. Was die Frage von Cypern betrifft, ist er der Meinung, daß statt direkter zweiseitiger Verhandlungen die Regelung der Frage im Europarat einer Regelung im Rahmen einer weltweiten internationalen Organisation vorzuziehen ist. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist die erste Vorbedingung für die Erhaltung des Friedens in Europa, und die EVG würde diese Wiedervereinigung unmöglich machen. Es besteht die Gefahr, daß der Vertrag ein Hindernis für eine deutsch-französische Aussöhnung wird.

Herr *Robens* (Engländer — Labour Party) erklärt, daß Verhandlungen mit dem Osten immer noch möglich sind. Er erhofft die Wiedervereinigung Deutschlands mit fried-

lichen Mitteln. Die wirtschaftliche Unterstützung der jungen asiatischen Staaten ist eine Notwendigkeit, um sie vor dem Kommunismus zu bewahren. Ein Pakt der kollektiven Sicherheit in Asien ist seiner Ansicht nach möglich, wenn sich die asiatischen Völker freiwillig daran beteiligen.

Herr *von Brentano* (Deutscher — CDU) betont besonders, daß die Schaffung der EVG nicht nur als ein militärisches, sondern auch als ein politisches Ziel aufgefaßt werden muß. Eine wirkliche Gefahr wäre die Neutralisierung Deutschlands.

Herr *Azara* (Italiener — Christlicher Demokrat) hält es für unerlässlich, daß die europäischen Völker einen Teil ihrer Souveränität opfern, wenn sie ihre Unabhängigkeit bewahren wollen. Er wünscht, daß es zu einer freundschaftlichen Regelung der Fragen des Saarlandes, Cyperns und Triests kommt.

Herr *Cassimatis* (Grieche) sieht das Mittel zur Sicherung des friedlichen Miteinanderlebens von Ost und West darin, daß ein vereinigtes Europa Rußland einen gegenseitigen Sicherheitspakt anbietet. Die Frage von Cypern sollte dem Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten zur Prüfung anvertraut werden.

Herr *Brooman-White* (Engländer — Konservativer) begrüßt die zwischen Griechenland, der Türkei und Jugoslawien abgeschlossenen Defensiv-Abkommen. Nach seiner Ansicht sollte die Versammlung mit diesem letzteren Staat Verbindung aufnehmen. Die EVG würde dazu beitragen, die Gefahren selbst außerhalb Europas zu vermindern.

Herr *Schmal* (Holländer — Christlich-Historische Partei), der auf die mehrmalige Erwähnung Spaniens während der Diskussion Bezug nimmt, weist auf die Behandlung hin, die dort den Protestanten zuteil geworden ist.

Herr *Wade* (Engländer — Liberaler) stellt fest, daß sich alle seine Landsleute für die Einheit Europas und die EVG eingesetzt haben. Er schließt mit der Aufforderung, die Bildung einer beratenden Versammlung für die NATO zu erwägen.

Herr *Fens* (Holländer — Katholik) hält die EVG für die einzige Lösung zur Sicherung des Friedens in Europa.

Herr *Motz* (Belgier — Liberaler) glaubt, daß die Mitgliedstaaten des Rates ein gemeinsames Schicksal haben, ob sie der Gemeinschaft der Sechs angehören oder nicht. Er hofft, daß die Bedenken Frankreichs der EVG gegenüber schwinden werden.

Der Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten hat Herrn *Georges Bohy* (Belgier — Sozialist) mit der Ausarbeitung des Berichts über die Politik des Europarats für den zweiten Teil der Sitzungsperiode beauftragt. Die öffentliche Debatte wird im September fortgesetzt werden.

#### *Arbeitsprogramm und -methoden des Rates*

Während der öffentlichen Sitzung am 24. Mai hat Herr *Mommer* (Deutscher) im Namen des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten eine Erklärung über die Prüfung des Entwurfs des Aktionsprogramms und zu dem Problem früher von der Versammlung gebilligter Empfehlungen abgegeben. Die Hauptaufgabe ist es, die durch das Statut gebotenen Möglichkeiten in vollem Umfang wahrzunehmen und das Vorgehen des Rates wirksamer zu gestalten; zu diesem Zweck schlägt Herr *Mommer* vor,

daß nach der Billigung einer Empfehlung das Sekretariat diese in die Form eines Antrags kleidet, der den Parlamenten der Mitgliedstaaten vorgelegt werden kann, wo die Abgeordneten, die in der Versammlung dafür gestimmt haben, ihn unterstützen können. Er schlägt weiter vor, die beiden Punkte der Tagesordnung mit Bezug auf diese Frage durch folgenden einzigen Punkt zu ersetzen: „Arbeitsprogramm und -methoden des Ministerkomitees und der Beratenden Versammlung zur Erreichung der Ziele des Europarats.“ Die Versammlung hat diese Abänderung gebilligt und die Vorlage des Berichts während des zweiten Teils ihrer Sitzungsperiode beschlossen.

#### Konsultation zwischen den europäischen Delegationen bei internationalen Organisationen

Am 24. Mai nahm die Versammlung einen Bericht über die Einführung eines Konsultations-Verfahrens zwischen den europäischen Delegationen bei internationalen Organisationen entgegen, der für den Ausschuß für Allgemeine Angelegenheiten von Herrn Pernot (Franzose) vorgelegt wurde. Der Berichterstatter betonte, es sei von größtem Interesse, daß bei Tagungen, wie zum Beispiel der Vollversammlung der Vereinten Nationen, Anregungen im Namen des Europarats vorgebracht werden könnten.

Herr Oakshott (Engländer) war der Meinung, daß solche Konsultationen nicht offiziell sein sollten.

Herr Lannung (Däne) und Fräulein Klompé (Holländerin) stimmten dem Bericht zu. Herr Lannung regte an, ihn den Vertretern der europäischen Staaten bei den Vereinten Nationen zuzusenden.

Herr Smithers (Engländer) hielt das geplante Verfahren für zu starr; seiner Meinung nach sollten sich die europäischen Staaten im Europarat gegenseitig konsultieren.

Nachdem Herr Pernot auf die erhobenen Einwände erwidert hatte, bestand er auf der Notwendigkeit eines geeigneten Verfahrens, das den Mitgliedstaaten des Europarats gestatten würde, eine gemeinsame Politik zu verfolgen.

Der in dem Bericht enthaltene Entwurf der Empfehlung 58 wurde von der Versammlung mit 60 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen in folgendem Wortlaut gebilligt:

#### Empfehlung Nr. 58

„In der Erwägung, daß Konsultationen zwischen den europäischen Delegationen bei den UN, ihren Sonderinstitutionen und administrativen Vereinigungen dazu beitragen würden, die Mitglieder des Europarats enger zusammenzuschließen und ihre Ideale sowie die Prinzipien, die dem Statut des Rates zugrunde liegen, zu stärken; in der Erwägung, daß solche Konsultationen zwischen den europäischen Delegationen den Beitrag der Mitglieder des Europarats zu dem Werk der genannten internationalen Organisationen nur verstärken könnten, da hierdurch Widersprüche und Ueberschneidungen in der Arbeit dieser Organisationen und derjenigen des Rates vermieden würden; in der Erwägung, daß solche Konsultationen den Mitgliedern des Rates, die nicht einer internationalen Organisation angehören, erlauben würden, den anderen Mitgliedern ihre Ansichten auf institutionellem und multilateralem Weg mitzuteilen, ohne den Umweg über jede der beteiligten Kanzleien benutzen zu müssen,

empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, in Form einer Statuten-Entschließung das nachfolgend definierte Konsultations-Verfahren zu billigen:

(a) auf die Initiative des Delegationschefs eines Mitgliedstaats des Europarats bei einer internationalen Organisation oder seines Stellvertreters können die Delegationen der Mitglieder des Rates jederzeit Zusammenkünfte abhalten, um sich über eine Frage auf der Tagesordnung dieser Organisation, die in den Zuständigkeitsbereich des Europarats fällt, gegenseitig zu konsultieren. Zu diesem Zweck erteilen die Mitgliedsregierungen des Europarats ihren betreffenden Delegationen die notwendige Ermächtigung, die einen Teil ihres ständigen Auftrags bilden wird.

(b) Wenn die Arbeit einer internationalen Organisation das Interessengebiet des Europarats berührt, soll der Generalsekretär des Europarats dem Präsidenten des Ministerkomitees einen geeigneten Vorschlag unterbreiten, um die Einberufung einer solchen Zusammenkunft über die Delegation des Landes zu veranlassen, dem dieser Präsident angehört.

(c) Die Beobachter oder ad hoc-Delgierten der Mitglieder des Europarats, die nicht der internationalen Organisation angehören, bei der eine Zusammenkunft unter den in den vorhergehenden Abschnitten erläuterten Umständen stattfindet, werden auf Betreiben der Delegation, die die Sitzung veranlaßt hat, oder der Delegation des Mitgliedstaates, dessen Außenminister der amtierende Präsident des Ministerkomitees ist, dazu eingeladen.

(d) Die Zusammenkunft kann sich entweder auf einen einfachen Gedankenaustausch beschränken, oder es können, im Fall der Einstimmigkeit der Delegationen, gemeinsame Schlußfolgerungen gebilligt werden. Die Regierungen sind allein dafür zuständig, auf die Schlußfolgerungen hin, die ihnen unterbreitet werden, etwaß ihnen passend erscheinende Schritte zu unternehmen.

(e) Die Delegation, die die Sitzung veranlaßt hat, übernimmt ihre Organisation und stellt gegebenenfalls mit Zustimmung der anderen Delegationen einen zusammenfassenden Bericht über die Sitzung zur Vorlage bei dem Ministerkomitee zusammen. Der Generalsekretär des Europarats kann für bestimmte Zwecke um seine Unterstützung gebeten werden.“

Der in dem gleichen Bericht enthaltene Entwurf der Entschließung 45 wurde in folgendem Wortlaut gebilligt:

#### Entschließung Nr. 45

„In der Erwägung, daß es wichtig ist, unverzüglich Vorkehrungen zu treffen, um zwischen den europäischen Delegationen bei internationalen Organisationen Verbindungen oder Konsultationsmöglichkeiten zu schaffen, die geeignet sind, die Verwirklichung der Ziele des Europarats zu fördern, und zu diesem Zweck ein vorläufiges Konsultations-System zwischen den Mitgliedern derjenigen europäischen Delegationen zu errichten, an die sich die Versammlung unmittelbar wenden kann; im Hinblick auf die Empfehlung 58 bezüglich der Einrichtung eines Konsultations-Verfahrens zwischen den europäischen Delegationen bei internationalen Organisationen,

1) macht die Versammlung diejenigen ihrer Mitglieder, die als Delegierte, stellvertretende Delegierte oder Sachverständige ihrer Regierungen an der Arbeit internationaler Organisationen teilnehmen, darauf aufmerksam, daß es sachdienlich wäre, mit Zustimmung ihrer Regierungen und innerhalb der Grenzen ihrer Befugnisse inoffizielle Konsultationen zu veranstalten, bis die oben genannte Empfehlung gebilligt worden und zur Ausführung gekommen ist;

2) äußert sie den Wunsch, daß ein ordnungsgemäß gebilligter zusammenfassender Bericht gegebenenfalls durch den Abgeordneten, der die Zusammenkunft veranlaßt hat, an das Präsidium der Versammlung gerichtet wird, das vorschlagen kann, ihn auf die Tagesordnung der Versammlung zu setzen.“



*Fünfter Bericht des Ministerkomitees  
und Antwort der Versammlung*

Arbeitsweise und Verwaltung des Europarats

Ständige Vertreter

Nach der Ernennung von Herrn Ingemar Hägglof (Schweden) beläuft sich nun die Zahl der ständigen Vertreter auf elf. In ihrer Antwort gibt die Versammlung ihrer Befriedigung über die Ernennung des Vertreters durch Schweden Ausdruck und hofft, daß Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland und Irland baldigst eine gleiche Entscheidung treffen werden.

Uebermittlung der Rechnungsberichte des Europarats an die nationalen Parlamente

Die Minister haben die Uebermittlung der Rechnungsberichte des Rates an die nationalen Parlamente grundsätzlich gebilligt.

Haushalt der Versammlung

Es wurde beschlossen, daß bei der Ausarbeitung des Haushalts-Voranschlags des Rates der Generalsekretär sich über den Teil des Haushalts, der Bewilligungen für die Arbeit der Versammlung betrifft, mit dieser ins Benehmen setzen soll.

*Beziehungen mit den anderen Organisationen*

Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Die Versammlung stellt fest, daß die Minister der Hohen Behörde ihre Entschliebung Nr. 31 (1953) übermittelt haben.

Der jetzige Stand der Beziehungen zwischen dem Europarat und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird von der Versammlung während ihrer Sitzung im September 1954 studiert und als ein Teil ihrer Antwort auf den zweiten Gesamtbericht der Hohen Behörde vorgesehen werden.

Politische Gemeinschaft

Die Versammlung begrüßt die zwischen dem Ministerat der Sechs und ihren eigenen Mitgliedern hergestellten Beziehungen, besonders anlässlich des Empfangs von Delegationen der Versammlung durch die Minister im November 1953 und März 1954.

Zwischenstaatliche Organisationen

Die Versammlung hat den Eindruck, daß in dem Bericht der Minister die Tendenz besteht, die Bedeutung des Europarats zugunsten der Sonderbehörden und einer engeren geographischen Auffassung von der europäischen Einheit zu unterschätzen. Die Versammlung erinnert daran, daß sie die Minister auf diesen Punkt in ihrer Stellungnahme Nr. 6 vom September 1953 aufmerksam gemacht hat. Die Befugnisse der Versammlung, wenn sie auch beschränkt sind, sind doch mit Erfolg dazu benutzt worden, andere Institutionen ins Leben zu rufen, die nicht auf die gleiche Ebene gestellt werden können. Die Versammlung hat den Wunsch, von den Ministern die Zusicherung zu erhalten, daß die Stellungnahme Nr. 6 verstanden und gebilligt wurde.

OEEC

Das Ministerkomitee des Europarats und die OEEC haben sich auf einen Text geeinigt, der die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen regeln und engere Verbindungen zwischen ihnen herstellen soll. Die Minister

sahen sich nicht in der Lage, der Empfehlung 25 der Versammlung für eine Verschmelzung der beiden Organisationen nachzukommen. Ihrer Ansicht nach könnten die ungünstigen Folgen des getrennten Bestehens weitgehend durch Ausnutzung der gegebenen Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausgeglichen werden.

Die Versammlung stellt fest, daß der Abschluß von Abkommen eine wirksame Verbindung gesichert und die Gefahr der Ueberschneidung vermindert hat. Sie glaubt, daß der Kontakt zwischen der OEEC und der öffentlichen Meinung, den die Minister und die Versammlung wünschen, erleichtert würde, wenn die europäischen Parlamentarier die regelmäßigen Berichte der OEEC studierten. Andererseits bemerkt die Versammlung, daß die Minister keinerlei Erwiderung auf die in dem Vorschlag der Versammlung enthaltene grundlegende Frage gegeben haben, welche die dringende Notwendigkeit betrifft, die Integration der Organisationen anzustreben, deren Zweck die Stärkung der Einheitlichkeit des Vorgehens aller Mitgliedstaaten des Europarats ist. Die Versammlung nimmt zur Kenntnis, daß die Minister die Tatsache betonen, daß Oesterreich, Portugal und die Schweiz wohl Mitglieder der OEEC, aber nicht des Europarates sind; sie fragt, ob Portugal und die Schweiz aufgefordert worden sind, mitzuteilen, ob sie den Vorschlag annehmen würden, an den Sitzungen des Ministerkomitees und der Versammlung teilzunehmen, wenn dort wirtschaftliche Fragen zur Debatte stehen. Oesterreich, erklärt die Versammlung, habe keinen Einwand dagegen gehabt.

Europäische Konferenz der Verkehrsminister

Die Versammlung begrüßt mit Befriedigung die Maßnahmen, die es dem Europarat ermöglichen, über die Tätigkeit der europäischen Konferenz der Verkehrsminister laufend unterrichtet zu werden; besonders befriedigt ist sie darüber, daß ihr Gelegenheit geboten wird, zu dem jährlichen Bericht der Konferenz Stellung zu nehmen.

NATO

Unter Bezugnahme auf den Artikel 1 (d) des Statuts haben die Minister die Empfehlung 50 vom September 1953 zurückgewiesen, in der die Versammlung darum ersuchte, daß die NATO ihr in regelmäßigen Zeitabständen einen Bericht über Fragen von gemeinsamem Interesse vorlegen sollte. In Erwiderung darauf hat die Versammlung geäußert, daß sie nicht verstände, welche Beziehung zwischen dem Wortlaut der Empfehlung 50 und dem Artikel 1 (d) bestehen könnte. Sie hat das Ministerkomitee gebeten, seine Haltung noch einmal zu überprüfen.

*Zukünftige Arbeit des Ausschusses für Allgemeine  
Angelegenheiten*

Folgende Fragen stehen auf der Tagesordnung des Ausschusses für Allgemeine Angelegenheiten:

Allgemeine Politik des Europarats im Licht der letzten Entwicklung der internationalen Lage; Berichterstatter: Herr Bohy (Belgier);

Politische Gesichtspunkte des Ost-West-Warenverkehrs; Berichterstatter: Herr Robens (Engländer);

Arbeitsprogramm und -methoden des Ministerkomitees und der Beratenden Versammlung zur Erreichung der Ziele des Europarats (Dok. 243); Berichterstatter: Herr Mommer (Deutscher).

Diese Fragen werden von dem Ausschuß auf seiner nächsten Sitzung am 26. und 27. Juli in Paris studiert werden; Herr van der Goes van Naters (Holländer) wird einen vorläufigen Bericht über den Fortschritt der Verhandlungen über das Saarproblem erstatten. Der Ausschuß wird unmittelbar vor der Wiederaufnahme der Sechsten Sitzungsperiode erneut tagen.

## V. Wirtschaftsfragen

### Aktionsprogramm

In seiner Botschaft an die Beratende Versammlung, das Aktionsprogramm betreffend, drückt das Ministerkomitee die Ansicht aus, daß die Versammlung eine höchst bedeutungsvolle Rolle auf wirtschaftlichem Gebiet zu spielen habe:

„1) indem sie die politischen und sozialen Gesichtspunkte der vorgeschlagenen Wirtschaftsmaßnahmen hervorhebe, Gesichtspunkte, die von rein technischen Organisationen mit andersartiger Beschaffenheit nicht in gleicher Weise in Betracht gezogen werden könnten;

2) indem sie eine Aktion von erzieherischer und psychologischer Natur bei der europäischen öffentlichen Meinung durchführe.“

Es sei infolgedessen von Vorteil, wenn die Versammlung einen Teil ihrer Debatte der Beratung großer wirtschaftlicher Probleme widme, auf der Grundlage der Berichte der Wirtschaftskommission für Europa, der OEEC und der Gemeinschaft für Kohle und Stahl. In der Botschaft wird eine Reihe von Punkten aufgezählt, die in der Debatte behandelt werden könnten.

### Straßburger Plan

Die Minister empfehlen der Aufmerksamkeit der Versammlung die Ausführungen, die der Rat der OEEC zu der Empfehlung Nr. 28, bekannt als „Straßburger Plan“, gemacht hat.

### Wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas

Die Minister sind der Meinung, daß es von Vorteil wäre, wenn die Versammlung sich mit dieser Frage beschäftigte, die die Wirtschaftskommission für Europa im März 1954 in einer EntschlieÙung behandelte.

### Konvertierbarkeit der Währungen

Die Versammlung wird an Hand der Berichte der OEEC die von den Regierungen auf diesem Gebiet erzielten Fortschritte verfolgen können.

### Low Tariff-Club

Das Ministerkomitee ist der Ansicht, daß die Prüfung des Vorschlags des Rates bezüglich der Schaffung eines Low Tariff-Clubs dem GATT überlassen werden sollte und daß es vorzuziehen ist, die Ergebnisse seiner Arbeit abzuwarten.

### Europäische Gesellschaften

Das Ministerkomitee wünscht so bald wie möglich Vorschläge der Versammlung zu diesem Thema zu erhalten.

### Europäisches Verkehrswesen

Es kommt darauf an, daß der Rat die Tätigkeit der nationalen und internationalen Organisationen, die sich mit Verkehrsfragen beschäftigen, verfolgt und darüber wacht, daß die Prüfung des Problems der Koordination des Verkehrs in Europa ohne Verzug durchgeführt wird.

### Landwirtschaft

Die Minister werden aufmerksam die Arbeit der europäischen Konferenz für die Organisation von Agrarmärkten

verfolgen und die Versammlung über den Fortschritt dieser Arbeit auf dem laufenden halten.

### Patente

Das Komitee wird demnächst einen Entwurf für eine europäische Konvention über die Klassifizierung von Patenten den Mitgliedstaaten zur Unterzeichnung vorlegen. Die vorbereitende Arbeit für die Schaffung eines europäischen Patents wird fortgesetzt.

### Kampf gegen die Tierseuchen und Pflanzenschutz

Das Komitee beabsichtigt, die Mitgliedregierungen anzuregen, sich voll und ganz an der Arbeit der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft, des Internationalen Tierseuchen-Büros und der europäischen Organisation für Pflanzenschutz zu beteiligen.

### Fünfter Bericht des Ministerkomitees und Antwort der Versammlung

#### Europäische Luftverkehrs-Konferenz

Die Versammlung hat von der Arbeit der Europäischen Konferenz für Luftverkehr Kenntnis genommen, die vom 21. April bis 8. Mai getagt hat. Sie behält sich das Recht vor, ihre Stellungnahme zu den erzielten Ergebnissen und bezüglich der besten Art und Weise der Herstellung von engen Beziehungen zwischen dem geplanten ständigen europäischen Organ und dem Europarat zu formulieren, sobald sie den Bericht der Konferenz erhalten hat.

#### Kontrolle der internationalen Kartelle

Die Versammlung dankt den Ministern für die Uebermittlung des Berichts des Sonderausschusses für einschränkende Handelspraktiken, zu dem die Vereinten Nationen um die Stellungnahme des Europarats ersucht haben. Die Versammlung wird bei Gelegenheit ihrer nächsten Sitzung einen Bericht über dieses Problem zusammenstellen.

## BERATENDE VERSAMMLUNG

### Debatte nach der Gemeinsamen Sitzung

Am Freitag, dem 21. Mai, dem Tag nach der Gemeinsamen Sitzung (siehe S. 6669), diskutierte die Beratende Versammlung über ihre Antwort auf den Bericht der Hohen Behörde (Dok. 228). Es war beabsichtigt, über eine EntschlieÙung abzustimmen, um sie dann sofort der Gemeinsamen Versammlung zu übermitteln, damit diese ihrerseits darüber abstimmen könnte, daß aber ein zusätzliches Studium des Berichts vor der Septembersitzung von den Ausschüssen vorgenommen werden sollte.

Lord John Hope und Herr Bottomley (Engländer) sowie Herr Heyman (Belgier) legten die jeweils von den Ausschüssen für Allgemeine Angelegenheiten, für Wirtschaftsfragen und für Soziale Fragen gebilligten Texte vor.

Lord Layton (Engländer) sagte, er halte die Assoziation des Vereinigten Königreichs mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl für eine Frage von grundlegender Bedeutung, die die wirtschaftliche Entwicklung Europas beeinflussen würde. Andere europäische Länder erwarteten ohne Zweifel eine Entscheidung, bevor sie selbst ihre Haltung für die Zukunft festlegten.

Das Vereinigte Königreich müÙte in der Organisation Europas seine Rolle spielen. Es müsse sich zu Konsultationen und Abkommen mit dem Kontinent bereit finden,



besonders was die Rüstungsproduktion und Bewilligungen von kriegswichtigem Material für die Stahlindustrie betrifft. Es müsse zur Schaffung einer ständigen Institution bereit sein, dank derer die geplante Assoziation wirksam werden könnte.

Herr Federspiel (Däne) erklärte, die skandinavischen Länder könnten sich nur schwer mit dem Gedanken einer supranationalen Autorität abfinden; sie hätten den Eindruck gehabt, daß die Kohle- und Stahlgemeinschaft einfach eine Vereinigung von Kohle- und Stahlproduzenten wäre. Sein Land müsse die Zusicherung erhalten, daß in Krisenzeiten ein gemeinsamer Markt nicht einen geschlossenen Markt bedeuten würde. Dänemark führe Kohle und Stahl aus dem Vereinigten Königreich ein und werde mit Aufmerksamkeit die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen diesem und der Gemeinschaft verfolgen.

Nachdem Herr Nutting (Engländer) der Versammlung und Herrn Monnet für ihre verständnisvolle Haltung gedankt hatte, sprach er den Wunsch aus, daß die kommenden Londoner Gespräche die Errichtung einer für beide Parteien und das ganze Europa gewinnbringenden Assoziation zwischen seinem Land und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zum Resultat haben möchten.

Fräulein Klompé (Holländerin) schlug Abänderungen an dem Wortlaut der vorliegenden Entschließung vor.

Nach Annahme dieser Vorschläge billigte die Versammlung einstimmig die folgende Stellungnahme (Avis) Nr. 8:

#### Stellungnahme Nr. 8

angenommen von der Beratenden Versammlung im Anschluß an die Aussprache in gemeinsamer Sitzung über den Zweiten Gesamtbericht der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

„Die Versammlung, die von dem Zweiten Gesamtbericht der Hohen Behörde und der Aussprache, die hierüber in der zweiten Gemeinsamen Sitzung beider Versammlungen stattfand, Kenntnis genommen hat, begrüßt die Absicht der Gemeinsamen Versammlung, ihr einen ausführlichen Bericht über ihre Tätigkeit vorzulegen; behält es sich vor, beide Berichte während des zweiten Teils ihrer Sechsten Ordentlichen Sitzungsperiode eingehender zu prüfen und zu beantworten; nimmt folgenden Wortlaut an, der der Gemeinsamen Versammlung unverzüglich zu übermitteln ist:

#### Kapitel II, Teil 1:

##### Assoziation mit Großbritannien

Die Versammlung nimmt mit großer Genugtuung von der bevorstehenden Abreise der Abordnung der Hohen Behörde nach dem Vereinigten Königreich Kenntnis; bringt ihre Anerkennung zum Ausdruck für die konstruktive Art, mit der die Hohe Behörde diese Aufgabe in Angriff genommen hat; erinnert an die Worte der Regierung Ihrer Majestät im Vereinigten Königreich im August 1952, als beschlossen wurde, bei der Hohen Behörde eine Delegation zu akkreditieren, „mit der Aufgabe, den Grundstein zu legen für eine enge und dauerhafte Assoziation zwischen der Gemeinschaft und dem Vereinigten Königreich“; gibt ihrer festen Erwartung Ausdruck, daß der Geist, von dem diese Worte getragen waren, auch die bevorstehenden Besprechungen leiten wird.

#### Kapitel III und IV

##### Die Versammlung hat festgestellt, daß:

- a) der Kohleaustausch innerhalb der Gemeinschaft nach der Errichtung des gemeinsamen Marktes zugenommen hat und daß parallel hiermit auch die Ausfuhr aus den Mitgliedstaaten des Europarats gestiegen sind;
- b) der Stahlaustausch innerhalb der Gemeinschaft im vergangenen Jahr zugenommen hat, wogegen das Ausfuhrvolumen auf dem gleichen Stand geblieben ist;
- c) die allgemeine Tendenz der Weltmarktpreise für Kohle und Stahl seit Errichtung des gemeinsamen Marktes in der Entwicklung der Preise innerhalb der Gemeinschaft besser zum Ausdruck gekommen ist;
- d) die Bemühungen der Hohen Behörde um Beseitigung diskriminierender Praktiken, besonders auf dem Gebiet des Verkehrswesens, von Erfolg gekrönt waren;
- e) die Hohe Behörde die Initiative ergriffen hat, die Funktion, die ein gemeinsamer Markt erfüllen muß, durch Assoziation oder durch andere Mittel auszuweiten, indem sie versucht, die den Kohleaustausch hemmenden Einschränkungsmaßnahmen zu verringern oder aufzuheben und ebenfalls die mengenmäßigen Beschränkungen und Zölle für Stahl herabzusetzen oder zu beseitigen.

##### Die Versammlung

1. nimmt mit Genugtuung von dem dem gemeinsamen Markt entgegengebrachten Beweis internationalen Vertrauens Kenntnis, den die von den Vereinigten Staaten gewährten Kreditleichterungen darstellen, und
2. unterstreicht die Notwendigkeit einer weiteren Liberalisierung des Kohle- und Stahlaustauschs, und zwar nicht nur innerhalb der Gemeinschaft für Kohle und Stahl, sondern auch zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und den anderen Staaten.

Zu diesem Zweck sollte die Hohe Behörde weiterhin der Unterdrückung jeglicher Tendenz zu diskriminierenden Praktiken aller Art ihre größte Aufmerksamkeit zuwenden und weiter bestrebt sein, die Zollpolitik der Mitgliedstaaten auf einem möglichst niedrigen Stand zu vereinheitlichen.

In diesem Zusammenhang verweist die Versammlung auf die Bestimmungen von Kapitel I des zweiten Teils des Abkommens über die Uebergangsbestimmungen vom 18. April 1951 und lenkt — bei voller Anerkennung der von der Hohen Behörde besonders hinsichtlich der britischen Regierung sowie Oesterreichs und der Schweiz ergriffenen Initiative — die Aufmerksamkeit der Hohen Behörde und der Mitgliedsregierungen des Europarats auf die Bedeutung dieser Bestimmungen;

3. gibt dem Wunsch Ausdruck, daß die Hohe Behörde und die Mitgliedsregierungen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sich genau an die Bestimmungen von Art. 65 des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl halten, und ersucht die Hohe Behörde dringend, baldmöglichst die Richtlinien ihrer Politik hinsichtlich der in der Gemeinschaft bestehenden Kartelle und Monopolorganisationen darzulegen;

4. zählt darauf, daß die Hohe Behörde die notwendigen Maßnahmen ergreifen wird, um zu unterbinden, daß Transporttarife angenommen werden, die die freie Kohle- und Stahleinfuhr in die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft verhindern sollen;

5. nimmt Kenntnis von der Arbeit, die die Hohe Behörde in Zusammenarbeit mit den sechs Mitgliedsregierungen auf dem Gebiete der Harmonisierung und Koordinierung der Transporte bereits geleistet hat. Diese Arbeit entspricht genau den Maßnahmen, die die Versammlung in ihren früheren Empfehlungen auf dem Gebiete des Transportes vorgeschlagen hatte;

6. begrüßt die Initiative der Gemeinschaft zur Intensivierung der industriellen und wirtschaftlichen Forschung und hofft, daß die erzielten Ergebnisse allen Mitgliedstaaten des Europarats auf der Grundlage gegenseitigen Austausches zur Verfügung gestellt werden.

### Kapitel V

Kapitel V des zweiten Gesamtberichts der Hohen Behörde bezeichnet einen erheblichen Fortschritt gegenüber dem vorangegangenen Bericht, aus dem hervorging, daß die Hohe Behörde ihre Arbeit auf sozialem Gebiet soeben erst in Angriff genommen hatte.

Was die Wiederbeschäftigung von Arbeitskräften betrifft, so ist die Hohe Behörde bereits mit drei Anträgen befaßt worden, von denen einer die Umsiedlung und Wiederbeschäftigung von 5000 Bergarbeitern betrifft. Die Hohe Behörde befürwortete diesen Antrag und erklärte sich bereit, gemäß den Bestimmungen des Vertrags die Hälfte der Kosten zu tragen.

Auf dem Gebiet des Arbeiterwohnbaues arbeitet die Hohe Behörde einen Plan über ihren Beitrag zu einem ersten Bauprojekt von 1000 Arbeiterwohnungen aus. Außerdem erklärte Herr Monnet in seiner Rede vom 12. Mai vor der Gemeinsamen Versammlung, daß die für dieses Projekt bereitgestellten Mittel in Kürze von 1 auf 25 Millionen Dollar erhöht würden, was den Bau von 25 000 Arbeiterwohnungen ermöglichen werde.

Was Berufsausbildung sowie Betriebssicherheit und Arbeitshygiene angeht, so wird der Austausch und der allgemeine Fortschritt in Zukunft nicht durch Sprachschranken und mangelnde Informationen gehemmt werden.

Die Ermittlungen der Hohen Behörde in bezug auf Löhne und Beschäftigungsbedingungen einerseits und die Beschäftigungslage andererseits sind nun genügend fortgeschritten, um erste Vergleiche der verschiedenen Gegebenheiten in den sechs Mitgliedstaaten der Gemeinschaft für Kohl und Stahl zu gestatten. Uebrigens kann diese vergleichende Untersuchung als Grundstein eines Systems einer europäischen Sozialstatistik gelten.

Wie groß auch immer das Interesse sein mag, mit dem die Beratende Versammlung die im vorstehenden Absatz erwähnten Entwicklungen verfolgt, so mißt sie dem von der Hohen Behörde auf dem Gebiete der Freizügigkeit der Arbeitnehmer erzielten Fortschritt eine ganz besondere Bedeutung bei. Sie begrüßt die von der Hohen Behörde vorgesehenen Maßnahmen, die nicht nur Facharbeiter, sondern alle Arbeiter in beiden Industrien betreffen. Diese Frage steht in engem Zusammenhang mit den Problemen der sozialen Sicherheit, die bei der Arbeit des Europarats auf sozialem Gebiet am meisten ins Gewicht fallen. Jeder Fortschritt der Hohen Behörde auf diesem Gebiet kann die zukünftige Arbeit des Europarats erleichtern. Der vom Ministerkomitee des Europarats eingesetzte Sachverständigenausschuß für Soziale Sicherheit beschloß auf seiner siebten Sitzung (23. bis 27. März 1954), die Entscheidungen der Hohen Behörde hinsichtlich der sozialen Sicherheit der Familien von Wanderarbeitern und ein großes multilaterales Abkommen über soziale Sicherheit abzuwarten. Die Prüfung dieser beiden Probleme wird im Licht der Arbeit und der Entscheidungen der Hohen Behörde auf diesem Gebiet wieder aufgenommen werden. So erweist sich auf einem wichtigen Teilgebiet der Zusammenhang der in Luxemburg und Straßburg behandelten Probleme, und die Fortschritte der Kohle- und Stahlgemeinschaft in dieser Beziehung werden dazu beitragen, die Fortsetzung der Arbeit des Europarats in der Sache der sozialen Sicherheit zu erleichtern.

Die Beratende Versammlung begrüßt es, daß sie durch ihren Ausschuß für Soziale Fragen anläßlich einer Sitzung am 29. Januar 1954 in Luxemburg Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch mit der Hohen Behörde hatte. Durch ihre Zustimmung zu dieser Aussprache stellte die Hohe Behörde unter Beweis, daß sie bereit ist, den Zusammenhang gewisser sozialer Probleme, denen beide Organisationen in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen gegenüberstehen, stets im Auge zu behalten. Die Beratende Versammlung sieht dies als einen ersten Schritt auf dem Wege zu einer gemeinsamen Politik an, die die Lösung der miteinander zusammenhängenden Probleme wesentlich erleichtern muß.

### Sechster Bericht

dem Europarat durch die OEEC übermittelt, und Sonderbericht der OEEC über den Straßburger Plan

Während der neunten Sitzung der Versammlung am 28. Mai überreichte Sir David Eccles, Minister für öffentliche Arbeiten des Vereinigten Königreichs, als Vertreter des Schatzkanzlers im Namen der OEEC den sechsten Bericht für den Europarat und den Sonderbericht über den Straßburger Plan.

Der Straßburger Plan wird darin im Licht des sechsten Berichts der OEEC geprüft. Der Redner erklärt, daß der Gang der Entwicklung seit 18 Monaten günstig gewesen ist. Die Verbesserung des Zahlungsausgleichs der Mitgliedsländer geht vor allem auf die Steigerung der europäischen Produktion und die Erhöhung der Einfuhren aus Ländern außerhalb der Dollarzone zurück. Dies entspricht dem Wunsch der Urheber des Straßburger Plans. Der Redner glaubt aber, daß jede Diskriminierung hinsichtlich der Vereinigten Staaten und Kanadas vermieden werden sollte: das sogenannte System der „sekundären Präferenz“, das in dem Straßburger Plan empfohlen wird, habe sich als sehr wenig praktisch erwiesen. Die Schaffung einer europäischen Investitionsbank ist nicht notwendig. Der Minister erklärt, daß seine Regierung den Zufluß von Kapital aus der ganzen übrigen Welt nach den unterentwickelten Ländern des Commonwealth zu erleichtern wünscht. Die Lage der EZU würde durch eine vollkommene Liberalisierung des Warenverkehrs verbessert werden. Die rationelle Verwendung der Investitionen, besonders zur Ausnutzung der Atomenergie, würde beträchtlich zur Hebung des Lebensstandards beitragen. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist eine Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Investitionen als sehr viel wichtiger anzusehen als diskriminatorische Wirtschaftsmaßnahmen.

Im Laufe ihrer zehnten Sitzung prüfte die Versammlung die Berichte des Ausschusses für Wirtschaftsfragen, von denen der eine die Antwort auf den sechsten Bericht der OEEC (Dok. 257) darstellt, der andere die Stellungnahme des Ausschusses zu dem Sonderbericht der OEEC über den Straßburger Plan enthält (Dok. 259).

Der erste Bericht wurde durch den Berichterstatler des Ausschusses, Herrn Bottomley (Engländer), der zweite Bericht durch Herrn Saller (Franzose) vorgelegt.

Im Laufe der Debatte des gleichen Tages legte Herr Charpentier (Franzose) den Bericht des Sonderausschusses für Landwirtschaft (Dok. 256) vor; ebenfalls wurde von Herrn Kalbitzer (Deutscher) der Zwischenbericht des Ausschusses für Wirtschaftsfragen über die Entwicklung des Ost-West-Warenverkehrs (Dok. 258) vorgelegt.



Folgende Redner nahmen an der Debatte teil: die Herren Moe (Norweger), Bottomley (Engländer), Salter (Franzose), Charpentier (Franzose), Kalbitzer (Deutscher), Senghor (Franzose), Lord Chesham (Engländer), de Félice (Franzose), Boggiano-Pico (Italiener), Federspiel (Däne), Vixeboxe (Holländer), Silvandre (Franzose), Bell (Engländer), Lord Fairfax (Engländer), Haekkerup (Däne), Hollis (Engländer), de Vitta (Italiener), Lychnos (Grieche), Pezet (Franzose), Lord Layton (Engländer).

Sir David Eccles, der die Debatte des 29. Mai abschloß, fragte sich, bis zu welchem Punkt man sich darüber Rechenschaft ablegt, daß die Regierungen die von der OEEC ausgearbeitete Politik verfolgen. Die Politik der Liberalisierung und der EZU stellten zwei bemerkenswerte Beispiele der Zusammenarbeit zwischen den souveränen Staaten dar. Er habe den Eindruck, daß die Versammlung dazu neige, den Rückgang des Dollardefizits nur als vorläufig zu betrachten. Er stimme nicht mit der Auffassung überein, daß „alles in Gefahr“ sei, wenn die Zahlungen für militärische Hilfe aufhören. Dank der Dollarhilfe sei Europa immer weniger von der amerikanischen Wirtschaft abhängig, und er sehe keinen Grund, warum diese Tendenz sich nicht fortsetzen soll. Was die Konvertierbarkeit betrifft, erklärte er, die OEEC wisse wohl, daß ein großes Land nicht zur Konvertierbarkeit zurückkehren kann, solange seine wirtschaftliche Lage nicht befriedigend ist. Abschließend sagte er, daß bei einer gesunden Politik und mit dem von der Versammlung gezeigten Enthusiasmus und der Mitwirkung der OEEC „wir in der Zukunft erfolgreich arbeiten werden können“.

Die Versammlung stimmte darauf durch Handaufheben für die Annahme des sechsten Berichts der OEEC (Dok. 257) in folgender Fassung:

„1. Die Beratende Versammlung des Europarats dankt der OEEC für die Unterbreitung ihres Sechsten Berichts und dessen Übermittlung durch Sir David Eccles.

2. Die Versammlung stellt fest, daß die allgemeine wirtschaftliche Lage Westeuropas, wie sie in dem Bericht der OEEC geschildert wird, sich in verschiedener Hinsicht gebessert hat, und zwar besonders:

daß sich das Ansteigen der Industrieproduktion, wenn es auch auf die Konsumindustrien beschränkt ist, verstärkt hat;

daß die landwirtschaftliche Produktion einen neuen Höchststand erreicht hat;

daß das Preisniveau verhältnismäßig stabil geblieben ist;

daß das Handelsvolumen zwischen den Mitgliedstaaten der OEEC zugenommen hat;

daß der Handelsausgleich der Gesamtheit der Mitgliedstaaten mit der übrigen Welt sich weiter verbessert hat;

daß das Dollardefizit sich weiterhin vermindert hat.

3. In ihrem Wunsch nach einer zunehmenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Westeuropas bittet die Versammlung die OEEC dringend, die Fortentwicklung der wirtschaftlichen Lage zu verfolgen und ein Programm der wirtschaftlichen Expansion vorzubereiten, das zur Durchführung gelangen könnte, wenn sich Anzeichen einer Krise in Europa bemerkbar machen sollten.

4. Zu diesem Zweck lenkt einerseits die Versammlung die Aufmerksamkeit der OEEC auf die Notwendigkeit der Produktionssteigerung in den unterentwickelten Gebieten Europas und seiner überseeischen Gebiete und betont andererseits, daß es wichtig ist, die Probleme dieser Gebiete in das Expansionsprogramm, das zur Zeit von der OEEC ausgearbeitet wird, mit aufzunehmen.

5. Die Versammlung gibt auch ihrer Genugtuung Ausdruck über die Beratungen, die gegenwärtig zwischen Regierungssachverständigen der Mitgliedstaaten über die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage Westeuropas und über die Koordinierung der Politik der verschiedenen Länder stattfinden; sie bittet die OEEC, bei der Vorbereitung und Durchführung des Expansionsprogramms auf diese Beratungen so viel wie möglich zurückzugreifen.

6. In der Ueberzeugung, daß eine ständig fortschreitende Liberalisierung des Warenverkehrs die Wiederbelebung des Austauschs und der Produktion in Westeuropa begünstigt hat, drückt die Versammlung ihre Befriedigung über die Erneuerung der Europäischen Zahlungsunion aus und ermutigt die OEEC, ihre Bemühungen zur Festigung der bereits getroffenen Liberalisierungsmaßnahmen fortzusetzen, diese Maßnahmen zu erweitern und die Vorkehrungen zu treffen, die auf dem Gebiet des staatlichen Handels, der Zolltarife und der Subventionen für Exporteure erforderlich sind.

7. Da die Versammlung feststellt, daß die OEEC Vorkehrungen zur Lockerung der mengenmäßigen Beschränkung der Dollar-Einfuhren trifft, da sie andererseits jedoch berücksichtigt, daß die Verringerung des Dollardefizits in erster Linie auf die derzeitigen hohen militärischen Ausgaben der Vereinigten Staaten in Europa zurückzuführen ist, erklärt sie erneut, daß die Bemühungen um die Schaffung einer konvertierbaren europäischen Währung nicht einseitig sein dürfen, daß die Konvertibilität niemals auf Kosten von Einschränkungen im Warenaustausch erreicht werden darf und daß sich alle Beteiligten, bevor sie entscheidende Maßnahmen treffen, im Rahmen der OEEC darüber verständigen müssen.

8. Demgemäß nimmt die Versammlung die Bildung eines ministeriellen Komitees im Rahmen der OEEC zur Kenntnis, dessen Zweck das Studium der Probleme ist, die sich aus der Wiedereinführung der Konvertierbarkeit und der Anpassung des zur Zeit in Westeuropa geltenden Warenaustausch- und Währungssystems an ein multilaterales, umfassenderes Austauschsystem von weltweiter Ausdehnung ergeben. Die Versammlung sieht mit Interesse den Ergebnissen dieser Studien entgegen und hofft, daß die OEEC ihr darüber Bericht erstatten und eine Gelegenheit bieten wird, zu dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen, bevor entscheidende Maßnahmen getroffen werden.“

#### Ost-West-Handel

Die Versammlung billigte am 29. Mai den Entwurf einer Direktive aus dem Zwischenbericht (Dok. 258) des Ausschusses für Wirtschaftsfragen über die Schritte, die Westeuropa gemeinschaftlich zur Normalisierung seiner Handelsbeziehungen mit dem Osten unternehmen muß.

#### Direktive Nr. 55

„Der Sonderausschuß zur Wahrung der Interessen der im Europarat nicht vertretenen europäischen Nationen wird der Versammlung seine Stellungnahme zu dem Schlußbericht mitteilen, den der Ausschuß für Wirtschaftsfragen im zweiten Teil der diesjährigen Sitzungsperiode über die Schritte, die Westeuropa gemeinschaftlich zur Normalisierung seiner Handelsbeziehungen mit dem Osten unternehmen muß, vorlegen wird.“

#### Europäische Landwirtschaft

Die Versammlung beschloß in einfacher Abstimmung, den Entschließungsentwurf aus dem Bericht (Dok. 256) des Sonderausschusses für Landwirtschaft, der während der vorhergehenden Sitzung von Lord Chesham und Herrn Boggiano-Pico vorgelegt worden war, an den Ausschuß zurückzuverweisen.

### Straßburger Plan

Mit 60 gegen 3 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen billigte die Versammlung folgende Empfehlung (61), die in dem Bericht (259) des Ausschusses für Wirtschaftsfragen über den Sonderbericht der OEEC bezüglich des Straßburger Plans enthalten ist.

#### Empfehlung 61

„Nach der Abstimmung vom 25. September 1952 über die Empfehlung 26, die unter dem Namen ‚Straßburger Plan‘ bekannt ist;  
nach Prüfung der Stellungnahme der OEEC zu diesem Plan;  
nach Kenntnisnahme des hier beigefügten Berichts des Ausschusses für Wirtschaftsfragen;  
mit Hinsicht darauf, daß bei der Uebersmittlung der Empfehlung 26 zum Studium durch die OEEC das Ministerkomitee beschlossen hatte, sich die Entscheidung vorzubehalten und die Frage für seine Tagesordnung vorzumerken;  
mit Hinsicht darauf, daß, wie der Straßburger Plan betont, die wirtschaftliche Entwicklung der abhängigen Gebiete, die mit den Mitgliedstaaten des Europarats konstitutionelle Bindungen haben, vor allem dahin gehen soll, die Lebensbedingungen der Bevölkerung durch eine wohlhabgewogene Entwicklung der wirtschaftlichen Möglichkeiten der betreffenden Länder zu verbessern;  
in der Erwägung, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten einerseits und den Regierungen und der Bevölkerung der besagten überseeischen Gebiete andererseits unerlässlich ist für die Ausarbeitung eines gut abgestimmten Entwicklungsprogramms auf lange Sicht, wie es der Straßburger Plan anregt,

empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

- a) sich den Grundsatz zu eigen zu machen, daß die Zusammenarbeit der Mutterländer, der überseeischen Länder, mit denen diese konstitutionelle Bindungen haben, und der anderen Mitgliedstaaten des Europarats für die politische Integration Europas die notwendige Ergänzung ist;
- b) die Mutterländer aufzufordern, gemeinsam auf der Grundlage des Straßburger Plans die Punkte in den Ausführungen der OEEC und dem Zusatzbericht zu prüfen, in denen sie bereit wären, einer Beteiligung der anderen europäischen Länder zuzustimmen;
- c) eine Konferenz unter der gemeinsamen Leitung des Europarats und der OEEC einzuberufen, auf der einerseits die Mitgliedstaaten, andererseits die interessierten überseeischen Gebiete zusammenrufen, um die Probleme der Durchführung der in dem Straßburger Plan enthaltenen Vorschläge zu prüfen.“

### Wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas

Am 29. Mai hat die Versammlung den Entwurf einer Direktive gebilligt, der in dem Bericht (Dok. 263) des Ausschusses für Wirtschaftsfragen über die Sonderbotschaft des Ministerkomitees und besonders über deren Paragraphen 28 bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung Südeuropas enthalten ist.

#### Direktive Nr. 56

„Die Versammlung, die von der Sonderbotschaft des Ministerkomitees, mit der das Aktionsprogramm des Europarats der Beratenden Versammlung übermittelt wird, und insbesondere von ihrem Paragraphen 28 über die wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas Kenntnis genommen hat, beauftragt ihren Ausschuß für Wirtschaftsfragen, eine Studie über geeignete Methoden zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Südeuropas vor-

zubereiten und dabei vor allem von den in den Abkommen zwischen dem Europarat und der OEEC und den Studien der Wirtschaftskommission für Europa vorgesehenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen.

Diese Studie soll sich mit den Verhältnissen in Italien, Griechenland und der Türkei befassen.“

### OEEC

Der Rat der OEEC hat am 5. und 6. Mai unter Vorsitz des Schatzkanzlers des Vereinigten Königreichs, Herrn R. A. Butler, in Paris eine Sitzung abgehalten.

### Europäische Zahlungsunion

Der Rat beschloß, die EZU um ein weiteres Jahr zu verlängern, und zeichnete in großen Linien ein Aktionsprogramm der Union auf. Falls die Lösung bestimmter Probleme sich als besonders schwierig herausstellen sollte, würde noch vor dem 30. Juni eine außerordentliche Sitzung der Finanzminister einberufen werden.

### Liberalisierung des Warenverkehrs

In einer Empfehlung des Rates wird Frankreich aufgefordert, bis zum 1. November 1954 neue Liberalisierungsmaßnahmen zur Deckung von 75 vH seiner gesamten privaten Einfuhr zu ergreifen und so bald wie möglich die zeitweilige Sondersteuer für Importeure bestimmter Produkte aufzuheben.

Es ist beschlossen worden, neue Vorkehrungen zu treffen, um die Rückkehr zu diskriminierenden Bestimmungen des Kodex der Liberalisierung des Warenverkehrs und der unsichtbaren Transaktionen durch die Mitgliedstaaten einzuschränken.

Der Rat hat das Direktionskomitee für Warenverkehr beauftragt, zum 1. November 1954 Vorschläge für die Beseitigung von mengenmäßigen Beschränkungen einzureichen, die von den Mitgliedstaaten nicht nur aus Gründen des Zahlungsausgleichs aufrechterhalten werden.

### Einführen aus der Dollarzone

Der Gemischte Ausschuß für Warenverkehr und Inter-europäische Zahlungen wurde gebeten, zum 1. Oktober Vorschläge für eine Aktion vorzulegen, die die Organisation in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Kanada zum Zweck der Auflockerung der mengenmäßigen Beschränkungen bei Einführen aus der Dollarzone unternehmen könnte.

### Hilfe für die Exporteure

Es ist beschlossen worden, daß die Regierungen der Mitgliedstaaten der Organisation unverzüglich Aufschluß über die Abänderungen geben sollen, die sie an ihren Systemen künstlicher Maßnahmen zur Unterstützung des Exports etwa vornehmen wollen. Das Komitee für Lenkung des Warenverkehrs soll konkrete Vorschläge betreffs der Abschaffung dieser Maßnahmen vorlegen.

### Konvertibilität

Es wird eine ministerielle Studiengruppe zusammen-treten, um über die Probleme zu beraten, die sich im Falle der Wiederherstellung der Konvertibilität durch bestimmte Mitgliedstaaten ergeben werden.

### Zukünftiges Arbeitsprogramm des Ausschusses für Wirtschaftsfragen

Der Ausschuß für Wirtschaftsfragen hat Herrn Bottomley (Engländer) zum Hauptberichterstatler, Herrn Kal-



bitzer (Deutscher) zum Berichterstatter über die Ost-West-Handelsbeziehungen und Herrn Ete (Türke) zum Berichterstatter über die wirtschaftliche Entwicklung Südeuropas ernannt. Außerdem wird der Ausschuß Fragen prüfen wie die der wirtschaftlichen Integration sowie des Verbots, Oelrückstände ins Meer zu gießen (Dok. 246), die auf der Tagesordnung der sechsten Sitzung der Versammlung am 24. Mai stand; er wird auf die Vorschläge wirtschaftlicher Art des Aktionsprogramms zurückkommen und frühere Wirtschaftsempfehlungen der Versammlung im Licht des Vorschlages von Herrn Mommer (siehe unter „Politische Fragen“) von neuem prüfen. Die nächste Tagung des Ausschusses wird am 8. August beginnen.

## VI. Juristische und Verwaltungsfragen

### Menschenrechte

#### Inkrafttreten des Zusatzprotokolls

Am 18. Mai hat die Türkei die Ratifikationsurkunden der Europäischen Konvention der Menschenrechte und des Zusatzprotokolls hinterlegt; dieses tritt damit in Kraft. Das Zusatzprotokoll, das im März 1952 unterzeichnet wurde, garantiert das Eigentumsrecht, das Recht der Lehrfreiheit und freie geheime Wahlen in angemessenen Zeitabständen.

#### Wahl der Mitglieder der Kommission

Das Ministerkomitee hat auf seiner Sitzung am 18. Mai die Wahl der Mitglieder der Kommission der Menschenrechte vorgenommen und nachfolgende Entschließung gebilligt:

#### Entschließung Nr. 54

„Das Ministerkomitee, das von den Artikeln 19 (a), 20 und 21 der Konvention zur Wahrung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten Kenntnis genommen hat; dem die Liste der Kandidaten für die Europäische Kommission der Menschenrechte vorgelegen hat, die von dem Präsidium der Beratenden Versammlung ausgefertigt und dem Präsidenten des Ministerkomitees mit einem Schreiben des Präsidenten der Versammlung vom 21. April 1954 übermittelt wurde, das die Wahl der Mitglieder der Europäischen Kommission der Menschenrechte vorgenommen hat, erklärt folgende Kandidaten als mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt:

Frau Geneviève Pevtschin (Belgien),  
 Frau Ingeborg Hansen (Dänemark),  
 Herrn Georges Pernot (Frankreich),  
 Dr. Adolf Süsterhenn (Bundesrepublik Deutschland),  
 Herrn Constantin T. H. Eustathiades (Griechenland),  
 Herrn Herman Jonasson (Island)\*,  
 Herrn William Black (Irland)\*,  
 Herrn Francesco Maria Dominico (Italien)\*,  
 Herrn Paul Faber (Luxemburg)\*,  
 Herrn L. J. C. Beaufort (Niederlande),  
 Herrn Paal Berg (Norwegen),  
 Frau Irmgard Fuest (Saarland)\*,  
 Herrn Sture Petren (Schweden)\*,  
 Herrn Muwaffak Akbay (Türkei)\*,  
 Herrn C. H. M. Waldock (Vereinigtes Königreich).

Im Hinblick darauf jedoch, daß die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Italiens und der Niederlande bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht die Ratifikationsurkunden der genannten Konvention beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt haben,

stellt das Ministerkomitee fest, daß die Wahl der Mitglieder der Kommission für diese Länder erst dann voll

wirksam wird, wenn diese Länder durch Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden vertragschließende Parteien der Konvention geworden sind;

empfiehlt es der Kommission, daß die so gewählten Mitglieder bis zum Tag ihrer Amtsübernahme in beratender Eigenschaft an der vorbereitenden Arbeit des Ausschusses sowie an der Ausarbeitung ihrer Geschäftsordnung teilnehmen können;

beauftragt es den Generalsekretär, die Namen der so gewählten Mitglieder bei der Auslosung derjenigen Mitglieder<sup>1</sup> mit einzubeziehen, deren Amt gemäß der Vorschrift nach Artikel 22 nach Ablauf einer ersten Zeit von drei Jahren beendet ist.“

#### Aktionsprogramm

Das Ministerkomitee wird die Möglichkeit prüfen, den Anregungen der internationalen juristischen Sonderorganisation im Rahmen des Europarats nachzukommen.

Die Minister sind der Meinung, daß, abgesehen von dem Abschluß internationaler Abkommen, zahlreiche wichtige Aufgaben auf dem Gebiet der Vereinheitlichung oder Abstimmung der Gesetze der verschiedenen Staaten zu erledigen bleiben. Sie haben beschlossen, die Möglichkeiten zu studieren, und haben die Versammlung um Anregungen gebeten. Der Generalsekretär ist beauftragt worden, ein Memorandum über die Rolle des Europarats auf diesem Gebiet auszuarbeiten. Das Komitee hat außerdem beschlossen, in das Aktionsprogramm die Projekte der Konventionen über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten, über die gegenseitige Behandlung von Staatsangehörigen und über Auslieferung mit aufzunehmen. Darüber hinaus wird das Studium folgender Probleme fortgesetzt werden:

die Vereinfachung der Grenzformalitäten, die Aufhebung der Beglaubigungspflicht gewisser offizieller Dokumente, der direkte Austausch von Auskünften unter den Mitgliedstaaten über Personalien (Beitritt der Mitgliedstaaten zu der Internationalen Personenstandskommission), die Aufstellung eines Statuts des europäischen öffentlichen Dienstes.

#### Fünfter Bericht des Ministerkomitees und Antwort der Versammlung

Europäische Konvention zur Wahrung der Menschenrechte

Das Ministerkomitee nimmt die bezüglich der Konvention der Menschenrechte erzielten Fortschritte zur Kenntnis, einschließlich der Schaffung der Europäischen Kommission.

Die Versammlung stellt mit Befriedigung fest, daß die Kommission konstituiert ist. Die interessierten Mitgliedstaaten werden ihre Bemühungen fortsetzen, diejenigen Staaten, die die Konvention noch nicht ratifiziert haben, zur Ratifizierung zu veranlassen. Die Versammlung würde es sehr begrüßen, eine ausführliche Antwort auf ihre Empfehlung vom 24. September 1953 (vgl. Mitteilungen des Europarats in Europa-Archiv 21/1953, S. 6088) zu erhalten, die sich besonders mit folgenden Themen befaßt: Anerkennung der Zuständigkeit der Kommission für Individualklagen, Anerkennung der obligatorischen Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs der Menschenrechte und Möglichkeit der Unterzeichnung einer Erklärung, wie sie in Artikel 63 der Konvention und Ar-

<sup>1</sup>) Die Namen dieser Mitglieder sind mit einem Sternchen bezeichnet.

tikel 4 des Zusatzprotokolls vorgesehen ist, durch die Mitgliedstaaten, die die internationalen Beziehungen von abhängigen Gebieten wahrnehmen.

#### Vereinfachung der Grenzformalitäten für Reisende

Die Empfehlung 51 der Versammlung (vgl. Mitteilungen des Europarats in Europa-Archiv 22/1953, S. 6115) ist den Regierungen übermittelt worden, und die eingegangenen Antworten stehen dem Unterausschuß für die Vereinfachung der Grenzformalitäten zur Verfügung. In der Abschaffung der Sichtvermerke sind große Fortschritte gemacht worden.

In ihrer Antwort stellt die Versammlung mit Befriedigung fest, daß diese Frage in das Aktionsprogramm aufgenommen ist; sie gibt aber ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Minister das Problem noch nicht auf der Grundlage der Antworten der Regierungen studiert haben.

Außerdem hat die Versammlung im Laufe ihrer vierten Sitzung am 24. Mai nach Stellungnahmen von Herrn Mommer (Deutscher), Herrn Crosbie (Irländer), Herrn Bell (Engländer) und Herrn de Félice (Franzose) einstimmig den Entwurf der Empfehlung 59 gebilligt, der in dem von Herrn Lannung (Däne) vorgelegten Bericht von Montgomery Hyde (240) namens des Ausschusses für Juristische und Verwaltungsfragen enthalten ist und sich auf die Vereinfachung der Grenzformalitäten für Privatkraftwagen bezieht:

#### Empfehlung Nr. 59

„Nach weiterer Prüfung des Antrags zur Vereinfachung der Grenzformalitäten für Reisende, den der verstorbene Herr Jacini eingebracht hatte (Dok. 98 — 1951);

in dem Wunsch, in jeder erdenklichen Weise die Entwicklung des internationalen Touristenverkehrs in den Mitgliedsländern des Europarats zu erleichtern; nach Kenntnisnahme von dem Bericht des skandinavischen interparlamentarischen Komitees über die Vereinfachung der Grenzformalitäten für Privatkraftwagen und von der auf diesem Gebiet unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen geleisteten Arbeit;

in der Meinung, daß es möglich sein sollte, unter den Mitgliedstaaten des Europarats, ebenso wie bei den skandinavischen Ländern weitere Fortschritte in der Abschaffung überflüssiger Formalitäten zu machen, und daß diese Verbesserungen als eine Etappe auf dem Weg nach dem Ziel hin betrachtet werden sollten, das die Vereinten Nationen sich gesetzt haben; unter Berücksichtigung des Berichts des Ausschusses für Juristische und Verwaltungsfragen (Dok. 240), der anlegend dem Ministerkomitee übermittelt wird, damit die vorliegende Empfehlung daraufhin geprüft werden kann;

empfehlte die Versammlung dem Ministerkomitee, so bald wie möglich die nachfolgend aufgeführten Fragen zu prüfen und in dem nächsten an die Versammlung gerichteten Bericht oder ergänzenden Bericht genaue Angaben über die Maßnahmen zu machen, die es, dieser Empfehlung nachkommend, ergriffen hat, sowie eine erste Stellungnahme zu diesem Thema hinzuzufügen.

#### A

In Anbetracht der Tatsache, daß von den Mitgliedstaaten des Europarats bis jetzt nur Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, die Niederlande und Schweden ihre Ratifikations- oder Beitrittsurkunde zu der

am 19. September 1949 in Genf unterzeichneten Konvention über den Straßenverkehr hinterlegt haben; mit der Feststellung vor allem, daß Artikel 24 der genannten Konvention jeden Fahrer im Besitze eines nationalen Führerscheins berechtigt, ohne neue Prüfung im Gebiet aller anderen vertragschließenden Staaten zu fahren, daß diese Berechtigung aber von gewissen Bedingungen abhängig ist;

empfehlte die Versammlung dem Ministerkomitee:

1) daß die Mitglieder des Europarats, welche die am 19. September 1949 in Genf zur Unterzeichnung bereitgelegte Konvention über den Straßenverkehr unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert haben, nämlich Dänemark, Norwegen und das Vereinigte Königreich, ohne weitere Verzögerung ihre Ratifikationsurkunde hinterlegen und daß die anderen Mitgliedstaaten, die sich noch nicht durch diese Konvention gebunden haben, nämlich Island, die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei, ihr unverzüglich beitreten;

2) daß diejenigen Mitgliedstaaten, die es bisher nicht getan haben, sogleich und ohne Vorbehalt die Gültigkeit der Führerscheine anerkennen, die durch andere Mitgliedstaaten für Personen mit dem Hauptwohnsitz innerhalb des Gebietes der genannten Mitgliedstaaten ausgestellt sind.

#### B

Auf Grund der Feststellung, daß das am 16. Juni 1949 in Genf unterzeichnete Abkommen, das besonders die vorläufige Anwendung des von der Wirtschaftskommission für Europa errichteten Projekts einer internationalen Zollkonvention für den Touristenverkehr vorsieht, nur in folgenden Mitgliedstaaten des Europarats in Kraft getreten ist: Dänemark, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Niederlande, Norwegen, Schweden und Vereinigtes Königreich;

in der Überzeugung, daß die vorliegende Empfehlung in keiner Weise ihre unter C, unten aufgeführten wesentlichsten Vorschläge berührt, die die sofortige Aenderung der Zollformulare bis zu ihrer endgültigen Abschaffung bezwecken,

empfehlte die Versammlung dem Ministerkomitee,

daß die Mitgliedstaaten des Europarats, die das Abkommen vom 16. Juni 1949 über die vorläufige Anwendung des Entwurf der internationalen Zollkonvention über den Touristenverkehr unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert haben, nämlich Belgien und Luxemburg, ihre Ratifikationsurkunden hinterlegen, und daß die anderen Mitgliedstaaten, die noch nicht dem Abkommen angeschlossen sind, ihm in kürzester Frist beitreten.

#### C

Nach Prüfung verschiedener Möglichkeiten für die Verwirklichung einer großzügigen Vereinfachung und besonders nach dem Studium verschiedener Zollformulare, die zur Zeit in bestimmten Mitgliedstaaten in Gebrauch sind, namentlich des französisch-italienischen „Dip-tique“-Systems und der „laisser-passer“-Formulare, die ausländische Autofahrer sich bei Betreten des Gebiets von Oesterreich, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italien und der Schweiz beschaffen können und die beide einen lobenswerten Versuch zur Vereinfachung des Grenzübertritts darstellen;

nach der Feststellung, daß das skandinavische interparlamentarische Komitee in seinem Bericht über die Vereinfachung der Grenzformalitäten für Kraftwagen die vollständige Abschaffung von Zollformularen für die zeitweilige Einfuhr von Privatkraftwagen in den skandinavischen Ländern empfohlen hat, ebenso wie die Beschränkung der Grenzformalitäten zwischen diesen Ländern auf gelegentliche Stichproben bei den nationalen Zulassungspapieren des Wagens und (oder) des natio-



nalen Führerscheins des Fahrers; und mit der Feststellung, daß der erste Teil dieser Vorschläge in Dänemark schon zur Anwendung gekommen ist; mit dem Bemerkten, daß das gleiche Verfahren in dem Autoverkehr zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten angewendet wird; mit dem Hinweis darauf, daß im Fall der skandinavischen Länder keinerlei Geldbetrag als Sicherheit bei der zeitweiligen Einfuhr von Privatkraftwagen gefordert wird und daß, abgesehen von Dänemark, wo selbst diese Vorschrift abgeschafft ist, durchreisende Autofahrer, die aus einem anderen skandinavischen Land kommen, nur eine persönliche schriftliche Erklärung abgeben müssen, nach der sie sich vor allem verpflichten, ihren Wagen aus dem betreffenden Land innerhalb der gewährten Frist wieder auszuführen oder die erforderlichen Einfuhrzölle und Steuern zu zahlen;

empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

1) daß die Mitgliedstaaten des Europarats davon Abstand nehmen, von den Touristen, die ihren Hauptwohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat haben, einen Geldbetrag als Sicherheit bei der zeitweiligen Einfuhr von Privatkraftwagen zu fordern;

2) daß sie sich als baldigst zu erreichen das Endziel setzen, bei der zeitweiligen Einfuhr von Privatkraftwagen im Besitz von Touristen aus einem anderen Mitgliedstaat die Zollformulare vollständig abzuschaffen und die Grenzformalitäten auf Stichproben der nationalen Zulassungspapiere des Wagens und des nationalen Führerscheins des Fahrers zu beschränken, Stichproben, die sobald wie möglich in einem Mitgliedstaat nur noch am Einreiseort durchgeführt werden sollen;

3) daß als Uebergangsmaßnahme, bis zur Verwirklichung dieses Ziels, diejenigen Mitgliedstaaten, die zur Zeit nicht in der Lage zu sein glauben, die in dem vorhergehenden Absatz erwähnten Zollformulare vollständig abzuschaffen, eine europäische Genehmigung für zeitweilige Einfuhr zum Gebrauch von durchreisenden Autofahrern mit dem Hauptwohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat einführen, die der skandinavischen Genehmigung für zeitweilige Einfuhr entspricht, das heißt keine Hinterlegung eines Geldbetrages erfordert, kostenlos von den Zollbehörden und Automobilorganisationen sowie bei den Grenzpassierstellen ausgestellt wird, für eine oder mehrere Reisen und für mindestens drei Monate gültig ist und nach spätestens einem Jahr erneuert werden muß (siehe in den Paragraphen 53 bis 59 des Berichts des Ausschusses für Juristische und Verwaltungsfragen die Beschreibung der skandinavischen Genehmigung für zeitweilige Einfuhr);

4) daß nach der Einführung der europäischen Genehmigung für zeitweilige Einfuhr jede in dem Land des Hauptwohnsitzes eines Autofahrers bei seinem Wiederbetreten dieses Landes durchgeführte Kontrolle eines zeitweilig ausgeführten Kraftwagens sich ausschließlich auf die nationalen Zulassungspapiere dieses Wagens erstreckt;

5) daß so bald wie möglich im Rahmen des Europarats eine Konferenz einberufen wird, um obenstehende Maßnahmen zu prüfen, und daß außer den Mitgliedern des Europarats und einer Abordnung der Beratenden Versammlung folgende Länder zur Teilnahme eingeladen werden, unter der Voraussetzung, daß sie vorher ihre Absicht bekundet haben, sich zu diesen Empfehlungen positiv einzustellen: Oesterreich, Finnland, Portugal, Spanien, die Schweiz und Jugoslawien.

## D

Unter Berücksichtigung des internationalen Kraftwagen-Versicherungssystems gegen Unfallschäden an dritten Personen, das unter der Leitung der Wirtschaftskommis-

sion für Europa ausgearbeitet wurde und auf dem Grundsatz der internationalen Anerkennung der nationalen Versicherungs-Police beruht; im Hinblick darauf, daß dieses System schon jetzt in allen Mitgliedstaaten des Europarats mit Ausnahme von Island, Griechenland und der Türkei in Kraft ist; außerdem in der Erwägung, daß die Einführung der Pflichtversicherung gegen Unfallschäden an dritten Personen in denjenigen Mitgliedstaaten des Europarats, wo sie zur Zeit nicht besteht, ebenfalls in erheblichem Maß zur Vereinfachung des Kraftwagen-Touristenverkehrs zwischen diesen Ländern beitragen würde,

empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee:

1) daß Island, wo die Versicherung gegen Unfallschäden an dritten Personen obligatorisch ist, die Gültigkeit der internationalen Kraftwagen-Versicherungskarte (grüne Karte) anerkennt und daß die Regierungen Griechenlands und der Türkei alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um den Kraftwagen-Versicherungsgesellschaften zu gestatten, den Inhabern von Policen, die sich ins Ausland begeben, eine internationale Kraftwagen-Versicherungskarte auszustellen;

2) daß die Mitgliedstaaten, in denen zur Zeit keine Versicherungspflicht gegen Unfallschäden an dritten Personen besteht, die Möglichkeit erwägen, sie einzuführen."

## Gegenseitige Behandlung von Staatsangehörigen

Die Versammlung drückt ihre Genugtuung darüber aus, daß das Ministerkomitee die Aufnahme der Verbindung zwischen den Mitgliedern des Sachverständigen-Ausschusses und den Mitgliedern des Ausschusses für Juristische und Verwaltungsfragen gebilligt hat. Diese Verbindung wird hergestellt werden, wenn die Sachverständigen die Abfassung des Entwurfs einer europäischen Konvention beendet haben.

## Auslieferung

Die Sachverständigen haben festgestellt, daß unter ihnen weitgehende Übereinstimmung über die Grundsätze der Auslieferung herrscht, aber es ist noch nicht entschieden, ob diese Grundsätze in eine bilaterale Konvention oder ein multilaterales Abkommen aufgenommen werden sollen. Die Minister möchten keine Entscheidung treffen, bevor sie die letzten Vorschläge der Versammlung in dieser Angelegenheit kennengelernt haben.

Die Versammlung beschloß am 24. Mai, den von Herrn de Freitas (Engländer) vorgelegten Bericht (234) ihres Juristischen Ausschusses (über den Entwurf einer multilateralen Konvention über Auslieferung) dem Sachverständigenausschuß zu übermitteln, und stellte dabei fest, daß sie durch dieses Dokument nicht gebunden ist, da noch nicht darüber abgestimmt wurde. Sie drückte den Wunsch aus, daß Zusammenkünfte einiger Mitglieder ihres zuständigen Unterausschusses mit den juristischen Sachverständigen abgehalten werden sollten. Sie billigte die Vertagung der Diskussion über den gesamten Wortlaut des Berichts bis zum zweiten Teil der Sitzungsperiode.

## Friedliche Beilegung von Streitigkeiten

Die Minister beschloßen, den Wortlaut der europäischen Konvention über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten erneut zu prüfen, nachdem die schwedische Regierung einen Vorschlag bezüglich des Schiedsgerichts eingereicht hat.

Die Versammlung wünschte das Ministerkomitee daran zu erinnern, daß es sich verpflichtet hat, ihr den Wort-

laut dieser Konvention vor der Unterzeichnung zur Stellungnahme mitzuteilen.

#### Internationale Klassifizierung der Erfinderpateute

Ein vorläufiger Konventionstext ist abgefaßt worden und wird zur Zeit von den Regierungen studiert.

Abkommen mit dem Institut für Vereinheitlichung des Privatrechts in Rom und mit der Konferenz für internationales Privatrecht in Den Haag

Die Versammlung stellt fest, daß zwischen dem Europarat und dem Institut von Rom ein Abkommen geschlossen worden ist. Hinsichtlich des neuen Wortlautes des Entwurfs für das Abkommen mit der Haager Konferenz wäre die Versammlung dem Ministerkomitee dankbar für eine Mitteilung, ob die von ihr im vergangenen Jahr unterbreiteten Änderungsanträge dessen Zustimmung gefunden haben und, im gegenteiligen Fall, welches die Gründe für seine Ablehnung waren.

#### Beziehungen mit den nicht von den Regierungen getragenen Organisationen

Die Versammlung stellt fest, daß die wesentlichen Punkte ihrer Stellungnahme über die Grundsätze, welche die Beziehungen zwischen dem Europarat und den nicht von den Regierungen getragenen Organisationen leiten sollen, von dem Ministerkomitee gebilligt worden sind.

#### Vereinigte Internationale Bureaus zum Schutz des industriellen Eigentums und literarischer und künstlerischer Werke

Bezüglich der Patente und der Europäischen Konvention über die gegenseitige Behandlung von Staatsangehörigen wird mit dem Bureau die Verbindung aufrecht erhalten.

#### Europäische Konvention über Staatenlosigkeit

Während ihrer vierten Sitzung am 24. Mai beschloß die Beratende Versammlung, auf die Tagesordnung ihrer sechsten Sitzungsperiode die Frage des möglichen Abschlusses einer europäischen Konvention über Staatenlosigkeit und Mehrstaatlichkeit zu setzen (Dok. 236); sie überwies diese Frage an den Ausschuß für Juristische und Verwaltungsfragen (Verweisung Nr. 39).

#### Beziehungen zwischen den Mitgliedern des kanadischen Parlaments, des Kongresses der Vereinigten Staaten und der Versammlung des Europarats

Die Versammlung beschloß auf ihrer Sitzung am 24. Mai, diese Frage an den Ausschuß für Juristische und Verwaltungsfragen zu verweisen (Verweisung Nr. 40).

### VII. Soziale Fragen

#### Aktionsprogramm

##### Bildung eines Sozialkomitees

Dem Wunsch der Versammlung gemäß hat das Ministerkomitee beschlossen, ein aus hohen Beamten zusammengesetztes Sozialkomitee zu bilden. Aufgabe dieses Komitees wäre es, die sozialen Fragen zu prüfen, die ihm von dem Ministerkomitee zugewiesen würden, diesem andererseits Anregungen hinsichtlich anderer Fragen zugehen zu lassen und unter seinen Mitgliedern einen Meinungsaustausch über Probleme von gemeinsamem Inter-

esse auf dem Gebiet der Sozialpolitik und -verwaltung vorzunehmen.

#### Europäische Sozialcharta

Das Komitee wird sich bemühen, eine europäische Sozialcharta auszuarbeiten, deren Zweck es ist, die sozialen Ziele der Mitgliedstaaten festzulegen und dem Vorgehen des Rates auf sozialem Gebiet als Wegweiser zu dienen. Das Komitee wird einen Austausch von Informationen über die Sozialpolitik und die soziale Entwicklung der Mitgliedstaaten vornehmen, um eine Harmonisierung ihrer Gesetzgebung und ihrer sozialen Praxis zu ermöglichen.

#### Europäischer Kodex der Sozialen Sicherheit

Der Sachverständigen-Ausschuß für Soziale Sicherheit wird in Verbindung mit der Internationalen Arbeitsorganisation die Arbeit fortsetzen, die er hinsichtlich der Aufstellung eines europäischen Kodex der Sozialen Sicherheit in Angriff genommen hat.

#### Zentralstelle für soziales Urkundenmaterial

Die Minister haben, im Einverständnis mit der Versammlung, beschlossen, eine Zentralstelle für soziales Urkundenmaterial zu schaffen, die im Rahmen der Bibliothek des Europarats aufgebaut werden wird.

#### Beseitigung der Diskriminierung auf sozialem Gebiet unter den Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten des Europarats

Das Komitee hat anerkannt, daß es an der Zeit ist, sich um die Beendigung dieser Diskriminierungen zu bemühen; es hat von der Auffassung der Versammlung über dieses Thema Kenntnis genommen (Paragraph 5 der Stellungnahme Nr. 5).

#### Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern

Das Komitee hat das Sozialkomitee beauftragt, seine Aufmerksamkeit diesem Problem zu widmen.

#### Vollbeschäftigung

Das Komitee hat beschlossen, das Sozialkomitee mit dieser Frage zu betrauen, die hauptsächlich darin besteht, die Tätigkeit der internationalen Organisationen, die sich ihrerseits mit dem Problem befassen, zu koordinieren.

#### Berufliche Schulung

Die Minister haben dem Sozialkomitee das Studium zweckdienlicher Maßnahmen übertragen, die der Europarat auf diesem Gebiet, unter Berücksichtigung der Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation und der OEEC, ergreifen könnte.

#### Hilfe in Katastrophenfällen

Die Minister haben beschlossen, einer Studiengruppe gewisse Anregungen für die Verwirklichung einer organisierten und automatisch wirksamen Zusammenarbeit und Hilfe im Fall von Katastrophen in einem Mitgliedstaat des Rates zur Bearbeitung zu übergeben.

#### Gesundheit

Die Minister haben beschlossen, einen Sachverständigen-Ausschuß zur Untersuchung gewisser Vorschläge der Regierungen einzusetzen, die dahin gehen, den Aufbau der europäischen Zusammenarbeit auf gesundheitlichem Gebiet zu fördern. Diese Vorschläge wurden der Welt-



Gesundheitsorganisation unterbreitet und liegen der Versammlung zur Stellungnahme vor.

## Antwort der Versammlung auf die Sonderbotschaft

Während ihrer zehnten Sitzung am 28. Mai prüfte die Versammlung den Bericht (Dok. 252) des Ausschusses für Soziale Fragen, der von dessen Präsidenten, Herrn Heyman (Belgier), vorgelegt wurde. Die Versammlung billigte die Schlussfolgerungen dieses Berichts in einer Stellungnahme Nr. 9 als Antwort auf Kapitel III der Sonderbotschaft des Ministerkomitees, das sich auf das Sozialprogramm des Rates bezieht.

In dieser Stellungnahme spricht die Versammlung ihre Befriedigung darüber aus, daß die Ansichten der Minister sich den ihrigen angenähert haben.

Die Versammlung hofft, daß eine europäische Sozialcharta unverzüglich ausgearbeitet werden wird. Sie begrüßt die Tatsache, daß die Konvention über die gegenseitige Behandlung von Staatsangehörigen die Beseitigung von Diskriminierungen auf sozialem Gebiet unter den Angehörigen der Mitgliedstaaten anstreben soll, und hofft, daß das Recht der Wanderarbeiter auf soziale Sicherheit berücksichtigt werden wird (eine in dem fünften Bericht der Minister behandelte Frage). Die Versammlung ist überzeugt, daß das neue aus hohen Beamten zusammengesetzte Sozialkomitee den Ministern Anregungen geben wird, und hält es für angebracht, daß gemeinsame Sitzungen der Mitglieder seines Unterausschusses und des Ausschusses für Soziale Fragen der Versammlung von Zeit zu Zeit stattfinden.

Die Versammlung ist der Meinung, daß die älteren Arbeiter nach Wunsch die Möglichkeit haben sollten, weiterbeschäftigt zu werden; sie bemerkt, daß die Frage des Ruhestandsalters in die Tagesordnung der regionalen europäischen Konferenz aufgenommen werden sollte, die die Internationale Arbeitsorganisation Ende 1954 veranstalten wird. Die Versammlung stellt mit Befriedigung fest, daß das Aktionsprogramm die Vollbeschäftigung, die berufliche Schulung und die berufliche Anpassung der erwachsenen Arbeiter an die durch die wachsende Industrialisierung geschaffenen neuen Verhältnisse umfaßt. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Minister auf die internationale Arbeitskonvention von 1950, die als Grundlage für die Arbeit des Rates auf dem Gebiet der beruflichen Schulung dienen könnte.

Die Versammlung begrüßt die Vorschläge, die darauf hinausgehen, ein ständiges System der Hilfeleistung für ein von einer Katastrophe betroffenes Land aufzubauen; ebenso begrüßt sie die auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheit gemachten Vorschläge. Abschließend wünscht die Versammlung die Bitte zu wiederholen, daß gewisse Gesichtspunkte des Wohnungsproblems auch in das Aktionsprogramm aufgenommen werden möchten.

## Fünfter Bericht des Ministerkomitees und Antwort der Beratenden Versammlung

### Ratifikation der internationalen Arbeitskonventionen

Gemäß der von der Versammlung im September 1953 angenommenen Empfehlung Nr. 47 haben die Minister die Versammlung davon unterrichtet, wie weit die Ratifizierung der sieben unter der Schirmherrschaft der Internationalen Arbeitsorganisation abgeschlossenen Konventionen durch die Mitgliedstaaten des Europarats fortgeschrit-

ten ist. Die Versammlung zollt der von den Ministern unternommenen Aktion ihre Anerkennung und erklärt, daß sie von dem Stand der Ratifikationen der erwähnten Konventionen günstig beeindruckt ist. Wenn in einigen Ländern Maßnahmen erforderlich wären, um die bestehenden Gesetze mit einer besonderen Konvention in Einklang zu bringen, so sollte nach ihrer Meinung die Frage dem Sozialkomitee des Europarats übergeben werden, von dem in der Sonderbotschaft der Minister die Rede ist. Die Versammlung interessiert sich besonders für den Stand der Ratifikationen der Konvention 102 über die Mindestnorm der Sozialen Sicherheit; diese Konvention sollte dem Europäischen Kodex der Sozialen Sicherheit als Grundlage dienen.

### Europäischer Kodex der Sozialen Sicherheit

Die Ausarbeitung eines Kodex der Sozialen Sicherheit ist einer der Punkte des Aktionsprogramms. Ein Entwurf des Kodex wird dem Sachverständigenausschuß für Soziale Sicherheit bei seiner nächsten Sitzung vorgelegt werden. Die Versammlung gibt in ihrer Antwort der Ueberzeugung Ausdruck, daß wesentliche Fortschritte erzielt werden können, und hält es nicht für notwendig, bei dem jetzigen Stand der Dinge näher auf die Einzelheiten einzugehen.

### Multilaterale Konvention der Sozialen Sicherheit

Die Versammlung nimmt zur Kenntnis, daß der Sachverständigenausschuß die Möglichkeit studiert, eine multilaterale Konvention über die Sicherung der von den Wanderarbeitern erworbenen Rechte auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit zu errichten. Das Komitee hat versucht, zu einer Teillösung bezüglich kurzfristiger Leistungen zu gelangen. Der Ausschuß für Soziale Fragen der Versammlung hat über diese Fragen im Januar 1954 einen Meinungsaustausch mit den Mitgliedern der Hohen Behörde der Kohle- und Stahlgemeinschaft gehabt und ist der Ansicht, daß die im Gang befindliche Arbeit der Gemeinschaft diejenige des Europarats erleichtern wird.

### Vergleichbarkeit der Sozialstatistiken

Die Regierungen sind auf die Bedeutung aufmerksam gemacht worden, die einer Ratifikation der Arbeitskonvention Nr. 63 vom Jahre 1938 über die Statistiken der Löhne und der Arbeitsstunden zukäme. Die Versammlung bemerkt, daß diese Konvention die Vergleichbarkeit der Statistiken auf zwei wichtigen Gebieten verbessern würde, und begrüßt die von dem Ministerkomitee ergriffene Initiative.

### Austausch von Personal der Sozialen Dienste

Die Versammlung begrüßt den Schritt des Ministerkomitees, die Aufmerksamkeit der Regierungen, die noch nicht daran teilnehmen, auf das Programm des Austausches von Personal der Sozialen Dienste zu lenken, das von den Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation durchgeführt wird.

### Wohnungsbau

Die Versammlung nimmt die Meinung der Minister zur Kenntnis, daß der Errichtung eines europäischen Instituts für die Finanzierung des Wohnungsbaus noch Hindernisse im Wege stehen. Sie wünscht die Aufmerksamkeit der Minister auf die Planung eines Instituts zu lenken, welche

die Internationale Vereinigung für Bauten und Öffentliche Arbeiten vorgenommen hat.

#### Welt-Gesundheitsorganisation

Der Vorschlag verschiedener Regierungen, nach dem der Rat gewisse Fragen auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens prüfen sollte, führte zu einem Austausch von Mitteilungen mit der Welt-Gesundheitsorganisation.

#### Verschiedenes

Die Versammlung begrüßt die besondere Aufmerksamkeit, die das Ministerkomitee den sozialen Fragen und vor allem der Unterzeichnung der Zwischenabkommen über soziale Sicherheit sowie der europäischen Konvention über soziale und ärztliche Hilfe widmet.

### VIII. Kulturelle Fragen

#### Aktionsprogramm

Das von dem Ministerkomitee vorgeschlagene Aktionsprogramm betrifft die sechs üblichen Betätigungsfelder: das künstlerische, das literarische, das der Erziehung, des Personenaustausches, der Anerkennung und Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Titel, der Darstellung der europäischen Idee. Diese Vorschläge sind in vier Kategorien aufgeteilt:

Die erste Kategorie stellt eine Auswahl von Maßnahmen zusammen, durch die die Mitgliedstaaten sich an jener multilateralen kulturellen Zusammenarbeit beteiligen können, die der zuständige Sachverständigenausschuß zu studieren und im Notfall zu koordinieren hat. (Entschließung Nr. 54.)

Die zweite Kategorie nennt die Betätigungen, die schon aufgenommen wurden und die der Ausschuß der Kultursachverständigen fortzusetzen gedenkt.

Die dritte Kategorie umfaßt Anregungen in bezug auf neue Betätigungen, die auf wichtige Punkte beschränkt und verhältnismäßig leicht praktisch durchzuführen sind.

Die vierte Kategorie zählt eine Reihe von Vorschlägen auf, die zu komplex sind und zu hohe Summen erfordern würden, als daß ihre Ausführung schon in diesem Stadium in Betracht gezogen werden könnte. Die Kultursachverständigen sind beauftragt worden, eine ins einzelne gehende Untersuchung all dieser Pläne vorzunehmen, die in vier Zusätzen zu der Botschaft entsprechend den verschiedenen Kategorien aufgeführt sind.

Schließlich haben die Sachverständigen eine Liste von ebenfalls neuen Vorschlägen aufgestellt, die geeignet sind, auf die Tagesordnung ihrer ordentlichen Sitzung zu kommen.

Das Ministerkomitee ist der Meinung, daß für die allmähliche Durchführung dieses Aktionsprogramms der Kulturhaushalt des Rates unbedingt vergrößert werden muß. Das Komitee wird demnächst der Versammlung den Entwurf einer europäischen Kulturkonvention unterbreiten (Paragraph 42 des Vierten Berichts), die den Rahmen für jede zukünftige Tätigkeit des Europarates auf kulturellem Gebiet bilden wird.

Das Aktionsprogramm enthält schließlich eine Reihe von Vorschlägen auf wissenschaftlichem Gebiet. Diese Fragen sollen im Zusammenwirken mit der UNESCO geprüft werden. Die zum Studium vorgeschlagenen Projekte sind vor allem die Schaffung einer europäischen Stiftung zur Sammlung des Materials über Krebsforschung, die

Schaffung eines europäischen Instituts für die Anwendung von Isotopen in der medizinischen, biologischen und Agrar-Wissenschaft, die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Observatoriums in der südlichen Hemisphäre und der Ausbau der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erhaltung von Kunstwerken und Gegenständen von kulturellem Wert.

#### Entschließung der Minister über multilaterale kulturelle Zusammenarbeit

Nachfolgend wird der Wortlaut der Entschließung Nr. 54 des Ministerkomitees gebracht, auf die oben Bezug genommen wurde:

*„In dem Wunsch, eine gewisse kulturelle Tätigkeit der Mitgliedsregierungen, die geeignet ist, zu der Verwirklichung einer engeren Vereinigung ihrer Länder beizutragen, weiter anzuregen,*

*empfiehlt das Ministerkomitee den Regierungen,*

1) sich darum zu bemühen, das System der schon bestehenden zweiseitigen Kulturkonventionen zu erweitern und alle Hindernisse zu beseitigen, die ihrem Inkrafttreten entgegenstehen könnten;

2) außerdem sich dafür zu verwenden, daß der kulturelle Austausch unter den Mitgliedsländern intensiver gestaltet wird, nötigenfalls mit Hilfe der Bewilligung von zusätzlichen Beträgen in den nationalen Haushalten;

3) empfiehlt es ihnen im einzelnen:

a) auf künstlerischem Gebiet:

(i) den Austausch und das Ausleihen von Kunstwerken an andere Mitgliedsländer zu fördern;

(ii) den Austausch von Konzertveranstaltungen zu fördern, besonders in dem Bestreben, die zeitgenössischen europäischen Komponisten und Künstler besser bekannt zu machen;

(iii) den Austausch von Partituren, von Orchestermaterial, von Schallplattenaufnahmen und Musikausstellungen zu fördern;

(iv) den jungen Autoren und schaffenden Künstlern Reisestipendien zu gewähren, um ihnen die Teilnahme an internationalen Autoren- und Künstler-treffen zu ermöglichen;

b) auf dem Gebiet der Erziehung und Ausbildung:

(i) den weiteren Ausbau von Ferienkursen zu fördern, die dazu bestimmt sind, die ausländischen Studierenden und die jungen ausländischen Arbeiter mit dem wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben der verschiedenen Länder vertraut zu machen;

(ii) den Grenzverkehr zu beleben, sofern er einen erzieherischen oder künstlerischen Zweck verfolgt, besonders für Künstler, Handwerker und Schul- und Jugendgruppen;

(iii) auf den höheren Ausbildungsanstalten die Organisation von Kursen zu fördern, die dem europäischen Gedanken gewidmet sind;

(iv) falls die Verhältnisse es erfordern, an der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der höheren Schulbildung, der Jugend und des Sports teilzunehmen, die schon im Rahmen des Brüsseler Abkommens begründet wurde;

c) auf dem Gebiet der Verbreitung der europäischen Idee:

(i) einen „Europatag“ in ihren Ländern zu veranstalten;

(ii) die nationalen Rundfunk- und Fernseh-Organisationen zu ermutigen, Sendungen kulturellen und erzieherischen Charakters zu veranstalten, einschließlich gemeinverständlicher Tagungen, die die europäische Idee behandeln, und einen Austausch von Programmen dieser Art vorzunehmen;



(iii) *die nationalen Rundfunk- und Fernseh-Organisationen zu ermutigen, gemeinverständliche Tagungen für die Jugend und die Erwachsenen zu veranstalten, die die Verbreitung der europäischen Idee mit Hilfe von Filmen, Lichtbildvorführungen und Wanderausstellungen anstreben.*"

**Fünfter Bericht des Ministerkomitees und Antwort der Beratenden Versammlung**

**Debatte des Runden Tisches Europas**

Die Minister stimmen mit den Kultursachverständigen darin überein, daß eine möglichst gründliche Durcharbeitung der Ergebnisse der Tagung vom vergangenen Oktober der Veranstaltung einer neuen Tagung des Runden Tisches für das Jahr 1954 vorzuziehen ist. Die Minister werden zu gegebener Zeit die Versammlung über die Maßnahmen unterrichten, die zum Zweck der Veröffentlichung des offiziellen Berichts über die Diskussionen getroffen werden.

**Europäische Kulturkonvention**

Die Versammlung wird gebeten werden, zu einem Entwurf einer multilateralen europäischen Konvention für die Entwicklung der kulturellen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten Stellung zu nehmen.

**Gleichwertigkeit der Diplome**

Der Ausschuß der Kultursachverständigen hat sich mit der Frage der Gleichwertigkeit der Studienzeiten befaßt, welche die Studierenden nicht in ihrem eigenen Land, sondern auf den Universitäten anderer Mitgliedstaaten verbringen. Er beabsichtigt, die Frage der Gleichwertigkeit der Hochschul-Abschlußzeugnisse vorzunehmen und zunächst eine Zwischenlösung vorzubereiten, auf Grund derer eine kleine Zahl von Aerzten und Ingenieuren auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Berechtigung erhält, ihren Beruf außer in ihrem eigenen Land auch in anderen Mitgliedsländern auszuüben.

**Europäischer Kulturausweis**

Mit dem 1. Juni 1954 tritt der Kulturausweis des Europarats an die Stelle desjenigen des Brüsseler Abkommens. Das Ministerkomitee hat einer Empfehlung der Kultursachverständigen zugestimmt, nach der auch die Flüchtlinge, die aus europäischen Nicht-Mitgliedstaaten kommen und auf dem Gebiet eines Mitgliedstaates ihren rechtmäßigen Wohnsitz haben, die mit dem Kulturausweis verbundenen Vorteile genießen sollen.

**Beziehungen mit der UNESCO**

Die Minister geben bekannt, daß von nun an die UNESCO über den Teil ihres Aktionsprogramms, der sich auf Europa bezieht, der Versammlung einen Bericht vorlegen wird.

Tatsächlich hat die UNESCO ihren ersten Bericht der Versammlung während ihrer Sitzung im Mai 1954 vorgelegt.

**Kulturprogramm für 1954**

Die Minister haben die Vorschläge der Kultursachverständigen sowie den entsprechenden Haushalt für 1954 gebilligt. Das Programm umfaßt: eine Arbeitstagung über die Darstellung der europäischen Idee an den Universitäten, die an der Universität Utrecht stattfinden soll; ein Symposium in Oslo über die Darstellung der europäischen Idee im Geschichtsunterricht; eine Arbeitstagung für euro-

päische Studien, die gleichzeitig mit dem zweiten Teil der Sechsten Ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung stattfinden soll; die Bewilligung von Stipendien zur Erleichterung des Austausches von Arbeitern; die Veranstaltung einer Ausstellung im kommenden Herbst in Brüssel über den Humanismus des 16. Jahrhunderts; die Anwesenheit eines Vertreters des Europarats bei den Diskussionen der UNESCO in Sao Paulo über die kulturellen Beziehungen zwischen der Alten und der Neuen Welt; die Fortsetzung und Erweiterung der Forschungsstipendien des Europarats. Zu diesem letzteren Punkt bemerken die Minister, daß sie, obwohl sie gewisse Teile der Empfehlung 48 der Versammlung (vgl. Mitteilungen des Europarats in Europa-Archiv 22/1953, S. 6119) billigen, es nicht für möglich halten, die Gewährung von Forschungsstipendien auch auf Angehörige von Nicht-Mitgliedstaaten des Rates, die keine Flüchtlinge sind, auszuweiten. Diese Einschränkung könnte aufgehoben werden, sofern es sich um Angehörige der Mitgliedstaaten der OEEC, die aber nicht Mitglieder des Europarats sind, handelt, falls die OEEC bereit wäre, sich an dem Programm der Forschungsstipendien zu beteiligen.

**Antwort der Versammlung**

Die Versammlung drückt ihre Genugtuung über die umfangreiche Tätigkeit des Komitees aus. Sie macht die Minister darauf aufmerksam, daß die Revision der historischen Handbücher nur sehr langsam fortgeschritten ist, und bittet, über den Stand der Arbeit und etwa dabei aufgetretene Schwierigkeiten unterrichtet zu werden.

**Schutz der Kulturgüter im Kriegsfall**

Die Konferenz der UNESCO, die in Den Haag abgehalten wurde, endete am 14. Mai, nachdem der Entwurf einer Konvention über den Schutz von Gütern von kulturellem oder künstlerischem Wert im Kriegsfall ausgearbeitet worden war.

**IX. Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse**

**Fünfter Bericht des Ministerkomitees und Antwort der Versammlung**

**Der Sonderbeauftragte**

Der Sonderbeauftragte des Europarats für nationale Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, Herr Pierre *Schneider*, hat dem Ministerkomitee, dem Besonderen Verbindungsausschuß und der Versammlung seine Pläne für die zukünftige Tätigkeit dargelegt. Die Minister haben ihn bevollmächtigt, seine Aufgabe unter den von ihm in Aussicht genommenen Voraussetzungen weiter zu verfolgen.

Die Versammlung beglückwünscht sich zu der Wahl von Herrn Pierre *Schneider*. Sie glaubt jedoch feststellen zu können, daß bezüglich des ihm anvertrauten Mandats eine gewisse Neigung besteht, seine Tätigkeit auf das Gebiet der Studien und der Information zu beschränken. Sie rechnet darauf, daß sich die Auffassung in den Mitgliedstaaten des Rates dahin entwickelt, daß praktische Leistungen angestrebt werden.

**Intereuropäische Wanderung**

Das europäische Institut für Bevölkerungsstudien ist beauftragt worden, in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat eine Studie über die Möglichkeiten einer bes-



seren Organisation der intereuropäischen Bevölkerungsbewegungen vorzubereiten.

#### Bau von Behelfswohnungen

Die Minister haben Herrn *Schneiter* gebeten, nach Verbindungsaufnahme besonders mit den Behörden der Bundesrepublik Deutschland seine Ansichten über die Empfehlung 10 des Besonderen Verbindungsausschusses zu äußern, die einen Vorschlag über ein Bauprojekt von Behelfswohnungen in der Bundesrepublik zugunsten der Flüchtlinge aus der Ostzone enthält.

#### Genfer Konvention über den Status der Flüchtlinge

Bis jetzt haben sechs Mitgliedstaaten die Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 über den Status der Flüchtlinge ratifiziert. Die Konvention ist im vergangenen April in Kraft getreten.

#### Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen

Die Minister machen auf ihre Entschließung (54) 5 aufmerksam, in der die Mitgliedsregierungen aufgefordert werden, der Tätigkeit des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen zugunsten der sogenannten „hard core“-Flüchtlinge jede nur mögliche Unterstützung zu gewähren. Sie weisen ebenfalls darauf hin, daß der Sonderbeauftragte Verbindungen mit ihm aufgenommen hat, und betonen, daß die Aufgaben dieser beiden Persönlichkeiten sich ergänzen und nicht miteinander konkurrieren.

#### Zwischenstaatlicher Ausschuß für europäische Wanderung

Zwischen dem Europarat und dem Zwischenstaatlichen Ausschuß für europäische Wanderung entwickeln sich immer engere Beziehungen. Der Sonderbeauftragte und Beobachter des Rats haben an der siebten Sitzung des Ausschusses teilgenommen.

Er hat am 1. Mai seine in Genf abgehaltene sechstägige Sitzung beendet, bei der die Vertreter von 24 Nationen anwesend waren. Der Ausschuß hat einen Haushalt gebilligt, der sich auf ungefähr 50 Millionen Dollar beläuft, von denen vier Fünftel dazu bestimmt sind, die Auswanderung von 118 400 Europäern nach Uebersee zu ermöglichen.

Der Ausschuß hat der Beratenden Versammlung einen Tätigkeitsbericht übermittelt (Dok. 233).

#### Internationaler Flüchtlingsfonds

Am 4. Mai hat der niederländische Außenminister, Herr *Beyen*, in Den Haag bekanntgegeben, daß seine Regierung vorschläge, die Mitgliedstaaten des Europarats sollten zu der Bildung eines Fonds von 1 Million Dollar beitragen, um dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen die Möglichkeit zu geben, in gewissen „schwierigen Fällen“ unter den internationalen Flüchtlingen, für die er zuständig ist, Hilfe zu leisten. Unter Vorbehalt der Billigung durch das Parlament ist die niederländische Regierung bereit, sofort einen Beitrag in Höhe von 4 vH der Gesamtsumme des betreffenden Fonds einzuzahlen.

Der niederländische Vorschlag ist am 19. Mai dem Ministerkomitee vorgelegt und von diesem den Stellvertretern zur vorläufigen Prüfung weitergeleitet worden.

#### Bericht des Sonderbeauftragten

Während ihrer vierten Sitzung, am Nachmittag des 24. Mai, hat die Versammlung einen Bericht von Herrn *Pierre Schneiter*, dem Sonderbeauftragten des Europarats für Fragen der nationalen Flüchtlinge und der Bevölkerungsüberschüsse, angehört. Dieser legte der Versammlung dar, wie er die ihm anvertraute Mission zu erfüllen beabsichtige. Für die internationalen Flüchtlinge sei der Hohe Kommissar für Flüchtlingsfragen in Genf zuständig. Seine, Herrn *Schneiters*, Aufgabe sei es, sich mit dem demographischen Problem in Europa, das heißt mit den nationalen Flüchtlingen und den Bevölkerungsüberschüssen in Europa zu befassen. Er stellte fest, daß zu diesem Thema zwar schon ausführliche Gutachten verfaßt worden sind, aber daß fast nichts Konkretes durchgeführt wurde. Um einen Aktionsplan entwerfen zu können, hat Herr *Schneiter* schon eine Anzahl von Ländern besucht. Für die Lösung des Problems gibt es drei Möglichkeiten: die Eingliederung in dem derzeitigen Aufenthaltsland — aber sie ist in den Ländern, welche die Zahl von 300 Einwohnern auf den Quadratkilometer erreicht haben, nicht mehr möglich —; die Eingliederung innerhalb des ganzen europäischen Raums — gewisse europäische Länder mit geringer Bevölkerungsdichte können Angehörige anderer stärker bevölkerter europäischer Staaten aufnehmen —; die Auswanderung nach Uebersee, die zur Zeit notwendig ist — aber wenn in zehn bis fünfzehn Jahren ein gewisses europäisches Gleichgewicht hergestellt sein wird, sollte sie nur denjenigen vorbehalten bleiben, die freiwillig Europa verlassen wollen. Diese Lösungen setzen ein Einverständnis unter den europäischen Nationen voraus. Die Regierungen der Auswanderungsländer müssen ihre Bemühungen so gestalten, daß sie eine gemeinsame Auswanderungspolitik verfolgen können. Andererseits soll den Ländern, die ihre eigenen Bürger bei sich selbst eingliedern können, durch die Schaffung einer Art von Investierungsfonds geholfen werden. Die technischen Einzelheiten dieser beiden Projekte und ihrer Ausführung könnten einer oder mehreren schon bestehenden internationalen Organisationen anvertraut werden. Herr *Schneiter* ist aufgefordert worden, einen im einzelnen ausgearbeiteten Entwurf für diese Pläne dem Ministerkomitee vorzulegen. Aber er hat auch den Auftrag, die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf diese Pläne zu lenken. Dies wird er nach seiner Ansicht erst tun können, wenn schon etwas Greifbares erreicht worden ist. Der Sonderbeauftragte hofft, auf der Septembersitzung einen vollständigen Aktionsplan vorschlagen zu können.

#### Rede des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen

Am Mittwoch, dem 26. Mai, sprach der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlingsfragen, Herr *van Heuven Goedhart*, vor der Versammlung. Nachdem der Redner dem Europarat für seine zugunsten der Flüchtlinge unternommene Aktion seine Anerkennung ausgesprochen hatte, erklärte er, daß das Problem der staatenlosen Flüchtlinge nicht unlösbar sei. Seine Entwicklung während der letzten neun Jahre sei hoffnungsvoll; es beschränke sich jetzt auf gewisse „schwierige“ oder dringende Fälle sowie auf das Problem der 350 000 noch nicht eingegliederten, im besonderen der 80 000 in Lagern lebenden Flüchtlinge. Das Problem erfordere eine Aktion



in zwei Richtungen: eine Dringlichkeitshilfe zu gewähren, wo sie notwendig wird; eine dauernde Wiederansiedlung vorzunehmen, entweder durch freiwillige Repatriierung — eine Lösung, die auszuschließen sei, weil nur wenige Freiwillige in ihre Heimatländer zurückzukehren wünschen — oder durch Ansiedlung in Uebersee oder in dem Land, das den Flüchtlingen Asyl gewährt.

Wenn Europa allein das Problem auch nicht lösen könne, so habe es doch eine besondere und persönliche Verantwortung und könne viel zu seiner Lösung beitragen. Es könne sich für die Annahme der Konvention von 1953 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge einsetzen und damit zu der Schaffung der wesentlichen Vorbedingungen für die wirtschaftliche Eingliederung beitragen. Es könne die Auswanderer bei der Bezahlung ihrer Ueberfahrt unterstützen. Europa habe sich bereit erklärt, 90 vH der Kosten für die Hilfe in „schwierigen Fällen“ zu tragen. Schließlich würde nichts die Aktion der Vereinten Nationen so stark beeinflussen wie die Annahme eines gemeinsamen, von einem vereinten Europa befürworteten Plans zugunsten der Flüchtlinge, wie ihn der Plan von Herrn *Schneider* darstellt.

## X. Kommunale und regionale Angelegenheiten

### *Fünfter Bericht des Ministerkomitees und Antwort der Versammlung*

Das Ministerkomitee fragt sich, ob wohl die Uebermittlung der Empfehlungen an die Regierungen das beste Mittel darstellt, um die praktische Anwendung der drei ersten Punkte der Empfehlung 53 (vgl. Mitteilungen des Europarats in Europa-Archiv 22/1953, S. 6119) zu gewährleisten, die darauf abzielen, daß die Regierungen sich bei den örtlichen Behörden für eine Tätigkeit im Interesse der Ziele des Rates einsetzen. Nach der Meinung der Minister könnte die Verbindung mit den Gemeindebehörden am besten durch den hierfür zuständigen Ausschuß der Versammlung hergestellt werden.

Das Ministerkomitee wünscht keine Verzögerung der Ausführung des Vorschlages, mit Hilfe von „Paarungen“ die Annäherung der Gemeinden zu fördern, um in der Öffentlichkeit einen stärker ausgeprägten europäischen Geist zu wecken. Es wird aber keine Entscheidung über die Veröffentlichung eines Handbuchs über die „Paarung“ der Gemeinden treffen, bevor es sich vergewissert hat, daß dieser Maßnahme nicht schon durch die UNESCO und die örtlichen Vereinigungen vorgegriffen worden ist. Der Vorschlag, jährlich einen europäischen Preis derjenigen Gemeindeverwaltung zuzuerkennen, die sich am wirkungsvollsten um die Propagierung des europäischen Ideals bemüht hat, wird als verfrüht angesehen.

Die Versammlung drückt in ihrer Antwort die Hoffnung aus, daß die Minister die Empfehlung 53 in ihrer Gesamtheit erneut prüfen werden, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sie im Oktober 1953 von dem Rat der europäischen Gemeinden einstimmig gebilligt worden ist.

### *Austausch von Besuchen zwischen örtlichen Behörden der europäischen Länder*

Auf Vorschlag von Herrn *Smithers* (Engländer) beschloß die Versammlung, etwaige Maßnahmen zur Entwicklung des Austausches von Besuchen zwischen den örtlichen Behörden der europäischen Länder auf ihre Tagesordnung zu setzen.

Die Frage wurde an den Ausschuß verwiesen.

## XI. Information

### *Fünfter Bericht des Ministerkomitees und Antwort der Versammlung*

#### Fernsehen

Die Versammlung nimmt zur Kenntnis, daß die Schlußfolgerungen des Ausschusses der Kultursachverständigen zu der Empfehlung 54 (vgl. Mitteilungen des Europarats in Europa-Archiv 22/1953, S. 6117) über den Gebrauch des Fernsehens als Mittel, das Interesse der Öffentlichkeit für die europäische Idee zu wecken, den Regierungen zum Studium vorliegen. Sie bedauert, daß sie über diese Schlußfolgerungen nicht unterrichtet worden ist, und hofft, daß sie ihr während des zweiten Teils der Sitzungsperiode vorgelegt werden.

#### Europäisches Jahrbuch

Der Europarat wird ein Jahrbuch veröffentlichen, das dem sachlichen Studium der europäischen Organisationen gewidmet ist. Zu dem Redaktionsausschuß gehören Lord *Layton*, die Professoren *Pisanelli* und *Soerensen*, der Direktor der Bibliothek des Palais de la Paix in Den Haag, Dr. *Landheer*, und der Generalsekretär des Europarats.

## XII. Nicht vertretene europäische Nationen

Während ihrer neunten Sitzung am Vormittag des 28. Mai, bei der Herr *Boggiano Pico* den Vorsitz führte, beriet die Versammlung über die Berichte des Sonderausschusses zur Wahrung der Interessen der beim Europarat nicht vertretenen europäischen Nationen.

### *Europäischer Kulturfonds für Exilierte*

Der Bericht über die Schaffung eines europäischen Kulturfonds für die Exilierten (Dok. 248) wurde von Herrn *Wistrand* (Schwede) an Stelle des Berichterstatters Herrn *Pfleiderer* (Deutscher) vorgelegt. Der in diesem Bericht enthaltene Entwurf der Empfehlung Nr. 60 an das Ministerkomitee wurde von der Versammlung im Lauf ihrer zehnten Sitzung am 28. Mai mit 84 Stimmen bei einer Stimmenthaltung in folgendem Wortlaut angenommen:

#### Empfehlung Nr. 60

„Mit Bezugnahme auf die Empfehlung 40 über die Schaffung eines europäischen Kulturfonds für die im Exil lebenden Personen, die am 27. September 1952 von der Versammlung einstimmig gebilligt wurde; nach sorgfältigstem Studium der Erklärung des Ministerkomitees bei der Sitzung des Gemischten Ausschusses, die der Versammlung in dem Dokument 220 mitgeteilt wurde;

nach Kenntnisnahme von der in dieser Erklärung geäußerten Ansicht des Ministerkomitees, daß, wenn

„der Zweck und der Charakter des geplanten Fonds... (darin besteht), unter den zur Zeit in Westeuropa lebenden Exilierten für die Wahrung ihres Kulturerbes und ihrer nationalen Zivilisation zu sorgen... die Einrichtung eines Sonderfonds erneut zur Diskussion gestellt werden könnte in dem Sinn, daß die Mitgliedsländer, die nicht daran teilzunehmen wünschen, sich vielleicht mit seiner Schaffung durch die anderen Mitgliedsländer einverstanden erklären würden“;

mit Bedauern über die wiederholten Verzögerungen bei der Schaffung des Fonds, unter Berücksichtigung der ermutigenden Antwort, die der damalige Präsident des Ministerkomitees, Herr van Zeeland, für seine eigene Person am 8. Mai 1953 in der Versammlung Herrn *Tufton Beamish*



gab, und ebenfalls unter Berücksichtigung der Erklärung des Finanzministers der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Schäffer, am 26. Juni 1953 im Bundestag, daß die Bundesregierung im Hinblick auf den zukünftigen europäischen Kulturfonds für Exilierte in ihrem Haushalt für 1953 einen Beitrag dafür bereitgestellt habe,

empfiehlt die Versammlung dem Ministerkomitee, die Frage der Schaffung des europäischen Kulturfonds für Exilierte im Licht der folgenden ergänzenden Erläuterung von neuem zu erwägen:

1. Die Versammlung ist bereit, die von dem Ministerkomitee gegebene Interpretation des wesentlichen Ziels des europäischen Kulturfonds für Exilierte anzunehmen, nämlich daß dieser Fonds der Wahrung des Kulturerbes und der nationalen Zivilisation bei den jetzt in Westeuropa lebenden Exilierten dienen soll. Die Versammlung erwägt, daß in dem Europa von heute, das künstlich geteilt ist, unser gemeinsames kulturelles Erbe das stärkste Band darstellt, das noch zwischen Ost und West erhalten ist. Sie ist der Meinung, daß es Pflicht und Aufgabe des Europarats ist, dieses Band zu festigen und zu versuchen, das Weiterbestehen der westlichen kulturellen Konzeptionen bei den Nationen Mittel- und Osteuropas zu sichern.

2. Eins der wirksamsten Mittel zur Aufrechterhaltung der kulturellen Traditionen dieser Länder ist unter den gegebenen Umständen praktische Ermutigung und Hilfeleistung durch entsprechende Garantien für wissenschaftliche und Forschungsinstitute, die durch oder für Flüchtlinge geschaffen worden sind, die unter politischem Druck ins Exil getrieben wurden. Obwohl dem Problem der Flüchtlinge große Aufmerksamkeit gewidmet worden ist, so ist bis jetzt doch wenig geschehen, um ihre kulturellen, erzieherischen oder wissenschaftlichen Betätigungen zu unterstützen. Zu diesen Betätigungen gehören die Einrichtung von Instituten und Bibliotheken, die Veröffentlichung von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, die Organisation von Konferenzen, Seminaren, Sonderkursen, Kunstausstellungen und Musikfestspielen. Im allgemeinen konnte jede Betätigung, die zu ermöglichen war, nur unter großen materiellen Schwierigkeiten durchgeführt werden. Die Versammlung schlägt vor, daß der Fonds gebraucht werden soll, um diese Betätigungen zu stützen und weiterzuentwickeln und andere zu fördern, zum Beispiel die Schaffung von Lehrstühlen an den Universitäten. Es besteht die Hoffnung, daß auf diese Weise ein Kern von Professoren, Studenten, Gelehrten und Künstlern aus Mittel- und Osteuropa sich unter uns bilden kann — als freie Treuhänder der kulturellen Traditionen ihrer Heimatländer im Exil. Der Fonds wird ein Zeugnis der weltweiten Bruderschaft des Wissens und der Bildung darstellen.

3. Die Versammlung ist sich vollkommen der schweren finanziellen Belastung für alle Mitgliedstaaten bewußt, die jede zusätzliche Bemühung erschwert. Aus diesem Grunde hat die Versammlung in der Empfehlung 40 vorgeschlagen und schlägt heute wieder vor, daß man sich an freiwillige Organisationen und Privatpersonen wegen eines Beitrages zu dem Fonds wenden sollte, nachdem die Mitgliedstaaten des Europarats mit ihrem Beispiel vorangegangen sind. Die Versammlung ersucht das Ministerkomitee, die hierfür erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Ähnliche Erwägungen haben zu der ebenfalls in der Empfehlung 40 enthaltenen Anregung geführt, daß der auf besonderen Gründen beruhende Wunsch eines Mitgliedstaates, sich der Beteiligung an dem Fonds zu enthalten, die anderen Mitgliedstaaten nicht daran hindern sollte, Schritte zu ergreifen, um seine Begründung sicherzustellen, wenn nötig unter Benutzung des von dem

Ministerkomitee gebilligten Verfahrens für den Abschluß von Teilabkommen.

4. Hinsichtlich der Verwaltung des Fonds ist die Versammlung gewillt, das in der Empfehlung 40 angetragene Verfahren zu vereinfachen. Sie ersucht das Ministerkomitee dringend, in kürzester Frist den Ausschuß der Kultursachverständigen einzuberufen und ihm den Auftrag zu erteilen, sofort einen ersten Entwurf eines Kostencoranschlags zusammen mit einem Zuteilungsplan des Fonds auszuarbeiten und über die erforderlichen Bewilligungen für das erste Finanzjahr so zeitig abzustimmen, daß der Kulturfonds vom kommenden Herbst an in Anwendung kommen kann. Sie schlägt vor, daß das Ministerkomitee in Zukunft jährlich einen Kredit bewilligt, dessen Höhe von Zeit zu Zeit auf Grund der gemachten Erfahrungen und des gerechtfertigten Bedarfs überprüft werden könnte. Dieser Kredit würde einen unabhängigen Posten in dem Programm der kulturellen Betätigungen darstellen, die jährlich unter der Schirmherrschaft des Europarats unternommen werden. Der Ausschuß der Kultursachverständigen würde jedes Jahr einen Plan für die Zuteilung des Fonds ausarbeiten, der dem Sonderausschuß der Versammlung zur Stellungnahme vorgelegt würde, um dann endgültig dem Ministerkomitee unterbreitet zu werden."

#### Unterdrückte europäische Nationen

Der Bericht über die Zukunft der unterdrückten europäischen Nationen (Dok. 253) wurde von Herrn Goedhart (Holländer) als Berichterstatter vorgelegt. Der Entwurf der Entschliebung Nr. 47 aus diesem Bericht wurde von der Versammlung auf ihrer zehnten Sitzung am 28. Mai in folgender Fassung einstimmig gebilligt:

#### Entschliebung Nr. 47

„In der Erkenntnis, daß die Berliner Konferenz und alle vorhergehenden Verhandlungen bewiesen haben, daß die Sowjetunion noch nicht geneigt ist, die Wiederherstellung der wahren nationalen Unabhängigkeit und Freiheit der unterdrückten europäischen Nationen, die jenseits des Eisernen Vorhangs von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer leben, zu gestatten;

im Bewußtsein der Tatsache, daß bei diesen Europäern, die zuerst die Unterdrückung durch das totale Regime Hitlers und seiner Verbündeten und dann durch die kommunistische Herrschaft erlebt haben, von Konferenz zu Konferenz das Gefühl der Enttäuschung anwächst;

außerdem im Bewußtsein der Tatsache, daß ihre Sorge sich noch vertiefen wird, wenn sie die Empfindung haben müssen, sich selbst überlassen zu sein, und daß sie von den Nationen des Westens moralische Unterstützung und Treue des Geistes und des Herzens erwarten;

bestätigt die Versammlung die am 29. September 1952 einstimmig von ihr angenommene Entschliebung, in der sie ihren Glauben an die Einheit des ganzen Europa versichert;

spricht sie von neuem ihre Ueberzeugung aus, daß die volle Unabhängigkeit und demokratische Freiheit dieser unterdrückten Nationen gemeinsame Ziele der Völker auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs und die eigentliche Voraussetzung für einen echten und dauerhaften Frieden in Europa sind;

wünscht sie, daß der Augenblick kommen möge, daß sie in die freie europäische Gemeinschaft eingegliedert werden können; und

verpflichtet sie sich, von dem Gefühl der Anteilnahme und der Solidarität geleitet, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um auf internationaler Ebene eine politische und diplomatische Situation zu schaffen, die die Verwirklichung dieses Zieles erlaubt."



### XIII. Geschäftsordnung

#### *Bildung eines Verwaltungs- und Haushaltsausschusses*

Die Versammlung prüfte während ihrer zehnten Sitzung am 28. Mai den von Herrn Oakshott (Engländer) vorgelegten Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunitäten über die Bildung eines Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen (Dok. 254).

Die Versammlung billigte den in diesem Bericht enthaltenen Entwurf der Direktive Nr. 54 in folgender Fassung:

*„Die Versammlung beauftragt das Präsidium, den Vorschlag des Haushalts für das Rechnungsjahr 1955 im einzelnen zu prüfen und seine Stellungnahme sowie seine Anregungen vor dem 15. Juli 1954 im Namen der Versammlung dem Generalsekretär zu übermitteln.“*

#### *Gesuche um beratenden Status von nicht von den Regierungen getragenen internationalen Organisationen (Non Governmental Organizations)*

Die Versammlung prüfte am 28. Mai den von Herrn Oakshott (Engländer) vorgelegten Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung und Immunitäten über das Prüfungsverfahren der Gesuche um beratenden Status beim Europarat (Dok. 255).

Sie billigte den in diesem Bericht enthaltenen Entwurf der Direktive Nr. 55 in folgender Fassung:

*„1. Das Präsidium überweist alle Gesuche um beratenden Status von internationalen nicht von Regierungen getragenen Organisationen (NGO) an einen aus den Präsidenten der Ausschüsse zusammengesetzten Ausschuss unter dem Präsidium des Präsidenten der Versammlung.*

*2. Jeder Präsident kann sich, falls er verhindert ist, in dem Ausschuss von einem Vizepräsidenten vertreten lassen.*

*3. Der Ausschuss benennt einen Berichterstatter zur Vorlage eines Berichts bei der Versammlung, in dem die Annahme eines Empfehlungsentwurfs an das Ministerkomitee beantragt werden wird.“*

### XIV. Verschiedenes

#### *Europäische Verteidigungsgemeinschaft*

Am 4. Mai wurde bekanntgegeben, daß die Außenminister der Sechs grundsätzlich übereingekommen sind, daß nach der Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde des Vertrages der EVG die sechs Regierungen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden, um die jetzt bestehende Versammlung der Gemeinschaft durch eine nach allgemeinem Wahlrecht gewählte Versammlung zu ersetzen. Die Hohe Behörde der Gemeinschaft für Kohle und Stahl und das Kommissariat der EVG würden beide dieser Versammlung verantwortlich sein. Diese neuen Verfügungen würden keine Abänderung der bestehenden Verträge nach sich ziehen. (Vgl. den Wortlaut des Communiqués auf S. 6658, Fußnote, dieser Folge des Europa-Archivs.)

Der Deutsche Bundestag hat am 6. Mai einen Beitrag der Bundesrepublik an die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Höhe von 9 Milliarden DM für 1954/55 gebilligt. Voraussetzung für diesen Beitrag ist das Inkrafttreten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Das Nationale Exekutiv-Komitee der Britischen Ar-

beiter-Partei hat am 3. Mai ein Communiqué veröffentlicht, in dem es heißt:

*„Da die europäische Sicherheit für Großbritannien von lebenswichtigem Interesse ist, erklärt das Exekutiv-Komitee, daß die Arbeiterpartei eine möglichst enge Assoziation mit der EVG befürwortet und darauf dringt, daß die britische Regierung alle Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Assoziation trifft, einschließlich auch der Integration eines britischen Kontingents in der EVG, falls deren Mitgliedstaaten es wünschen.“*

Der französische Sozialisten-Kongress (SFIO) stimmte am 30. Mai mit 1969 gegen 1215 Stimmen bei 265 Enthaltungen für die Ratifikation der EVG. In dem Antrag, über den abgestimmt wurde, wird festgestellt:

*„Die Partei hat erkannt, daß die EVG nur eins der Mittel einer allgemeinen europäischen Einigungspolitik ist und zur Zeit allein die Möglichkeit bietet, durch die Schaffung eines Instruments der kollektiven Sicherheit die Wiederherstellung einer selbständigen deutschen Armee zu vermeiden.“*

Der Kongress erklärte sich außerdem für Parteidisziplin seiner Parlamentsmitglieder bei Abstimmungen.

Der französische M.R.P.-Kongress billigte am 30. Mai einstimmig, abgesehen von zwei Stimmen, einen Antrag über allgemeine Politik, in dem er seine volle Unterstützung der Ratifikation der EVG bekanntgab.

#### *Belgische Liga für die Verteidigung der Menschenrechte*

Am 18. März 1954 konstituierte sich erneut die Belgische Liga für die Verteidigung der Menschenrechte. Ziel der Liga ist es, über die Anwendung der Bestimmungen der Konvention der Menschenrechte zu wachen und die Öffentlichkeit über Verletzungen der Konvention zu unterrichten.

#### *Herr Marchal in Genf*

Der Generalsekretär des Europarats, Herr Léon Marchal, hat am 24. und 25. Mai in Genf an der Tagung des Koordinations-Verwaltungsausschusses der Vereinten Nationen unter dem Vorsitz des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Herrn Dag Hammarskjöld, teilgenommen.

#### *Ab Abschaffung der Sichtvermerke*

Die schwedische Regierung hat am 21. Mai beschlossen, mit Wirkung vom 1. Juni für die im Besitz eines ordnungsgemäßen Reisepasses befindlichen Angehörigen der Bundesrepublik Deutschland, die für einen Aufenthalt von höchstens drei Monaten nach Schweden kommen, die Sichtvermerke abzuschaffen.

#### *Gleichwertigkeit der Schulabgangszeugnisse*

Der Vertreter Norwegens hat am 21. Mai bei dem Generalsekretär des Europarats die Ratifikationsurkunde der Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Schulabgangszeugnisse für die Zulassung an den Hochschulen hinterlegt.

#### *Kulturausweis*

Der norwegische Außenminister, Herr Halvard Lange, hat am 28. Mai die ersten fünf Kulturausweise unterzeichnet, die im Namen des Europarats ausgegeben werden; damit bestätigte er das Interesse der norwegischen Regierung an dieser Initiative des Rates auf dem Gebiet des kulturellen Austausches unter den Mitgliedstaaten.